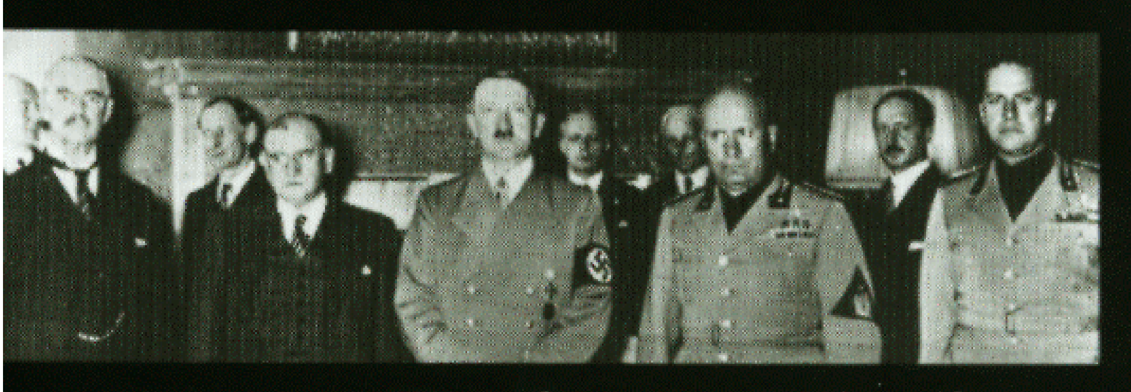
Gerd Schultze-Rhonhof

1939

Der Krieg, der viele Väter hatte



Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg

OLZOG

2. Auflage

Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg

Was hat die Generation meines Vaters dazu bewegt, nur 20 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg Adolf Hitler in einen neuen Krieg zu folgen? Die Suche des Autors nach einer Antwort führt zu überraschenden Ergebnissen.

Dokumente beteiligter Außenministerien, Notizen und Memoiren englischer, französischer, italienischer und amerikanischer Regierungschefs, Minister, Diplomaten und Armeeoberbefehlshaber belegen: Es war eine ganze Anzahl von Staaten, die den Zweiten Weltkrieg angezettelt haben. Zusammenhänge werden deutlich, die bislang schlichtweg übergangen wurden. „Dieser Krieg", so Schultze-Rhonhof, „hatte viele Väter".

Vieles in unserer deutschen Geschichte zwischen 1919 und 1939 ist ohne Kenntnis des zeitgleichen Geschehens in anderen Ländern nicht zu verstehen, zu eng greifen oft Wirkung und Wechselwirkung ineinander. Doch es ist nicht allein die zeitgleiche Geschichte unserer Nachbarvölker, die den Kriegsbeginn beeinflußt hat, es ist auch – und das nicht unerheblich – die gemeinsame Vorgeschichte der streitenden Parteien. Der israelische Botschafter in Bonn, Asher ben Nathan, antwortete in einem Interview auf die Frage, wer 1967 den 6-Tage-Krieg begonnen und die ersten Schüsse abgegeben habe: „Das ist gänzlich belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist." So hat fast jede Geschichte ihre Vorgeschichte.



Gerd Schultze-Rhonhof
war 37 Jahre lang Soldat der Bundeswehr, zuletzt als Generalmajor und Territorialer Befehlshaber für Niedersachsen und Bremen.
1995 zog er das Interesse der Medien auf sich, als er das Bundesverfassungsgericht wegen seines sogenannten „Soldaten sind Mörder"-Urteils öffentlich kritisierte.

ISBN 3-7892-8117-4



www.olzog.de

Gerd Schultze-Rhonhof

1939
Der Krieg, der viele Väter hatte

Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg

OLZOG

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufhahme

Schultze-Rhonhof, Gerd :
1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte : Der lange
Anlauf zum Zweiten Weltkrieg / Gerd Schultze-Rhonhof. –
2. durchges. Aufl. – München : Olzog, 2003
ISBN 3-7892-8117-4

Bildnachweis:
Sämtliche Bilder von Ullstein Bild, Berlin.



Gescannt von ***c0y0te***.

Dieses e-Buch ist eine Privatkopie und nicht zum Verkauf bestimmt!

---

2. durchgesehene Auflage
ISBN 3-7892-8117-4
2003 Olzog Verlag GmbH, München

Internet: http://www.olzog.de

Umschlagentwurf: Gruber & König, Augsburg
Satz: Fotosatz H. Bück, Kumhausen
Druck- und Bindearbeiten: Himmer-Druck, Augsburg
Printed in Germany

INHALT

TEIL 2:
DIE JAHRE DER ANSCHLÜSSE

TEIL 3:
DIE WIEDERAUFRÜSTUNG ZWISCHEN 1918 UND 1939

TEIL 4:
HITLERS KRIEGSANKÜNDIGUNGEN BIS 1939

TEIL 5:
DER WEG IN DEN
DEUTSCH-POLNISCH-SOWJETISCHEN KRIEG

TEIL 6: SCHLUSSBETRACHTUNG

ANHANG

VORWORT

Zu Beginn möchte ich fünf Dinge erwähnen. Das sind die Idee, die Quellen, der Anspruch und die Gliederung des Buchs und die Einordnung seines Inhalts in das Zeitgeschehen.

Zuerst die Buchidee. Vor ein paar Jahren beschäftigte mich die Frage, welcher Teufel meine Vätergeneration geritten haben mag, als sie nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs einen neuen Krieg vorbereitet und begonnen hat. Ich dachte dabei anfangs nur an die deutschen Väter. Die Ergebnisse der Nürnberger Prozesse ließen das ja auch zunächst vermuten. Auf der Spurensuche stieß ich allerdings auf vieles, das mir so bis dato nicht bekannt gewesen war. Das war vor allem der Kontext des damaligen Weltgeschehens. Die übliche deutsche Geschichtsschreibung, vom gängigen Schulgeschichtsbuch bis zu den Standardwerken des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, blendet diesen Kontext – aus welchem Grund auch immer – fast zur Gänze aus. Die Geschichte wird dort mit einem „Tunnelblick“ betrachtet. „So“ las ich auf der Spurensuche erstmals in ausländischer Literatur, in welchem Umfeld es zum Zweiten Weltkrieg kam. Die Vorgeschichte dieses Krieges gleicht einem Kriminalroman; zu meiner Überraschung einem mit einer ganzen Tätergruppe. So hat sich meine Buchidee verschoben. Statt dem einen Täter auf der Spur zu sein, folgte ich am Ende meiner Arbeit vielen Spuren und mehr Tätern, als ich anfangs glaubte.

Meine zweite Vorbemerkung gilt der Literatur- und Quellenlage. Ich habe in diesem Buch fast nichts verwertet, das nicht schon irgendwo beschrieben worden wäre. Alle Quellen sind jedermann in öffentlichen Bibliotheken und Archiven oder über das Internet zugänglich, und trotzdem ist vieles nicht bekannt. Je nach Auswahl von Literatur und Quellen entstehen allerdings recht unterschiedliche Bilder der Geschichte. Die in Deutschland verbreitetste Geschichtsschreibung konzentriert sich auf die deutsche Vergangenheit und wählt danach die Quellen aus. Doch diese Konzentration verengt den Blick zu der bereits erwähnten Tunnelperspektive, und sie läuft Gefahr, die internationalen Gebräuche und Strömungen der beschriebenen Epochen auszublenden. Sie zerstört die Zusammenhänge, in denen die Vergangenheit der Deutschen stattgefunden hat. Das gilt in besonderem Maße für die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs. Man kann eben keine Reportage über ein Autorennen machen, indem man nur die Wagen von Ferrari schildert. Zum Rennen wird das Ganze erst durch alle Wagen auf der Piste.

Ausländische Literatur ist dennoch kein Quell der absoluten Wahrheit. Engländer, Franzosen, Amerikaner und Sowjets neigen, wie andere Nationen, zur Selbstdarstellung und zur Rechtfertigung des eigenen Handelns. Trotzdem waren sie für mich bei meiner Arbeit gute Fährtenleger. Das Problem, vor dem ich bei

der Spurensuche stand, war, daß die meisten Quellen eine Absicht transportieren. Da sind die Zeitzeugen, deren Berichte vor 1939 anderes melden als ihre Memoiren nach 1945. Da sind die offiziellen Dokumentenbände, die „heiße Ware“ unterschlagen, zum Beispiel die „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik“ (ADAP), die ich zunächst für authentisch hielt, weil sie in den 50er Jahren als die amtliche Dokumentation des Auswärtigen Amts in Bonn veröffentlicht worden sind. Erst später fiel mir auf, daß diese Nachkriegsausgabe der Akten des deutschen Auswärtigen Amts von amerikanischen, englischen und französischen Wissenschaftlern und Archivaren herausgegeben worden ist. Es darf nicht wundern, daß die Akten dabei zu Gunsten der Sieger ausgewählt und auch „gewaschen“ worden sind. So fehlt in diesem Nachdruck zum Beispiel die erste offizielle Drohung, wegen Danzig Krieg zu führen. Sie wurde im März 1939 vom **polnischen** Botschafter in Berlin ausgesprochen, noch ehe Hitler der Wehrmachtsführung den Befehl gab, einen Krieg gegen Polen vorzubereiten. Es gibt jedoch die Veröffentlichung der selben Dokumente aus dem Jahre 1939 (AA 1939), die diese Drohung noch enthält[1]. Aber auch diese Vorkriegs-Dokumentensammlung ist nicht ohne Haken. Sie läßt, genauso wie das „British War Bluebook“ und die vergleichbaren Dokumentationen anderer Nationen, viele Briefe und Protokolle unerwähnt, wenn sie die entsprechenden Regierungen belasten. So fand ich in den Memoiren und Dokumenten Auslassungen, Überarbeitungen, Fälschungen und pro-domo-Interpretationen.

An der deutschen Literatur war für mich verwirrend, daß die erste Geschichtsschreibung nach dem Kriege unter gesetzlichen Auflagen erarbeitet worden ist, die der Forschung Grenzen auferlegten. Im Überleitungsvertrag von 1954, Artikel 7 (1) ist verbindlich festgelegt gewesen, daß „deutsche Gerichte und Behörden ... alle Urteile und Entscheidungen“ aus den Nürnberger Prozessen „in jeder Hinsicht als rechtskräftig und rechtswirksam ... zu behandeln haben.“ Zu den Entscheidungen des Gerichts gehörten die „Feststellungen“ zum Ablauf der Ereignisse, die zum Kriege führten. Sie stehen in den Urteilsbegründungen. Die Urteile konnten nach Maßgabe des Gerichts auch ohne Beweiserhebung oder gegen die Beweisführung der Verteidigung zustande kommen.[2] Dadurch waren der subjektiven Sicht der Siegermächte Tür und Tor geöffnet und die besiegten Deutschen per Gerichtsbeschluß verpflichtet, diese Sicht zu übernehmen. Zu den Behörden, die diese so zustande gekommenen „Feststellungen“ in jeder Hinsicht als rechtswirksam zu behandeln haben, gehören die Kultusministerien der Länder, die die Aufsicht über den Inhalt der Geschichtsbücher an den Schulen führen. Die forschenden Beamten sind per Diensteid an diesen Artikel 7 des Deutschlandvertrags gebunden und damit an eine Lesart von „Geschichte“ , die in Nürnberg verbindlich festgeschrieben worden ist.

---

[1] In AA 1939, Nr. 2, Dokument 208 **mit** polnischer Kriegsdrohung und in ADAP, Serie D, Band VI Dokument 101 (von 1956) **ohne** diese Drohung.

[2] Artikel 19 und 20 der Statuten des Nürnberger Militärtribunals. Siehe ITM, Band I, Seiten 7-9

Nun könnte man sagen, daß der Überleitungsvertrag und das Jahr 1954 selber schon Geschichte sind. Doch 1990 wurde die Bindekraft der Urteile des Nürnberger Prozesses per Vertrag ein weiteres Mal verlängert. 1990 wurde der Überleitungsvertrag durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag abgelöst, und die Siegermächte bestanden dabei darauf, daß der besagte Artikel 7 (1) des Vertrags von 1954 weiterhin Bestand hat. In der „Vereinbarung vom 27728. September 1990 zum Deutschlandvertrag und zum Überleitungsvertrag", die den Zwei-plus-Vier-Vertrag begleitet, wurde das noch einmal von deutscher Seite schriftlich zugesichert.[3] So weiß man als Leser heute nicht, wo Historiker und Autoren aus der frühen Bundesrepublik gesetzestreu die Siegerlesart der Geschichte zu Papier gebracht und nachfolgenden Historikern und Autoren als irreführendes Erbe hinterlassen haben.

Angesichts einer so facettenreichen Literatur- und Quellenlage sollte es den Leser dieses Buches nicht erstaunen, daß das Bild der Zeit zwischen den beiden großen Kriegen, das sich mir erschlossen hat, zum Teil von dem abweicht, was sonst in Deutschland Allgemeingut ist.

Nun zur dritten Vorbemerkung. Ich erhebe nicht den Anspruch, die Tausende von Büchern gelesen und verarbeitet zu haben, die zum Thema meines Buchs bereits geschrieben worden sind und die neuesten wissenschaftlichen Publikationen dazu zu kennen. Mein Anliegen ist es, die Geschichte, die zum Zweiten Weltkrieg führt, in begreifbare Zusammenhänge zu stellen und sie gut lesbar zu erzählen. Ich hoffe, daß dies besonders jüngeren Lesern bei ihrer Suche nach einem eigenen Urteil zur Geschichte hilft.

Als vierte Vorbemerkung möchte ich etwas zur Gliederung des Buches sagen. Bei dem Bemühen, Zusammenhänge aufzuzeigen, habe ich vieles nicht nach seinen Zeitabläufen sondern nach den Querbezügen dargestellt, z.B. nacheinander den Umgang der Polen mit den Russen, mit den Briten, mit den Deutschen usw. Da viele der verschiedenen Querbezüge und Zusammenhänge in den selben Zeitabschnitten stattgefunden haben und die selben geschichtlichen Ereignisse berühren, sind zahlreiche Wiederholungen im Text nicht zu vermeiden. Das mag den einen Leser stören, dem anderen ist es vielleicht eine willkommene Gedächtnisstütze bei der großen Zahl beschriebener Ereignisse.

Die letzte Vorbemerkung gilt der Einordnung des Themas in das Zeitgeschehen. Unser deutsches Geschichtsbewußtsein, soweit es die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft betrifft, ist von der grauenhaften Seite des damaligen Regimes geprägt. Wir können kaum über diese Zeit berichten, ohne an den Untergang der Rechtsstaatlichkeit im Lande und ohne an die grausame Ermordung von Juden und anderen Minderheiten zu denken. Die Erinnerung an die Verbrechen im Auftrag der damals eigenen Regierung legen sich wie ein düsterer Schatten auf die

[3] Zwei-plus-Vier-Vertrag, Prof. Stern, Seiten 227f und BM Justiz vom 22.1.1997.

betrachtete Epoche. Der Nationalsozialismus als Leitidee des damaligen Regimes und der Untergang des Parlamentarismus nach 1933 haben sicherlich Voraussetzungen geschaffen, die es Hitler erleichtert haben, 1939 einen Krieg gegen Polen zu eröffnen. Doch beides hat den Zweiten Weltkrieg nicht verursacht. Von den Verbrechen der deutschen Reichsregierung an den Juden in Deutschland ist Ähnliches zu sagen. Sie haben zwar das Engagement Amerikas gegen das nationalsozialistische Deutschland gestärkt, aber sie haben den Zweiten Weltkrieg nicht verursacht. So sind Unrechtsstaat und Mord an Minderheiten nicht Ursache und Anlaß für den Krieg gewesen. Sie sind deshalb auch nicht der Untersuchungsgegenstand des Buchs und nicht sein Thema. Ich will vielmehr versuchen zu beschreiben, was 1939 zum zweiten Streit der Völker innerhalb von 25 Jahren führte.

Bei streitenden Parteien liegt es nahe, sie alle miteinander zu betrachten. Vieles in unserer deutschen Geschichte zwischen 1919 und 1939 ist ohne Kenntnis des zeitgleichen Geschehens in anderen Ländern nicht zu verstehen, zu eng greifen oft Wirkung und Wechselwirkung ineinander. Doch es ist nicht allein die zeitgleiche Geschichte unserer Nachbarvölker, die den Kriegsbeginn beeinflußt hat, es ist auch – und das nicht unerheblich – die gemeinsame Vorgeschichte der streitenden Parteien. Der israelische Botschafter in Bonn Asher ben Nathan hat einmal in einem Interview in der Fernsehsendung DIE WOCHE IN BONN auf die Frage, wer 1967 den 6-Tage-Krieg begonnen und die ersten Schüsse abgegeben habe, geantwortet: „Das ist gänzlich belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist.“ So hat fast jede Geschichte ihre Vorgeschichte. Der Kriegsbeginn von 1939 ist ohne die Person des Diktators Hitler nicht zu begreifen. Hitler und die Bereitschaft der Deutschen, ihm in den Krieg zu folgen, sind ohne den Vertrag von Versailles unverständlich. Die allgemeine Empörung des deutschen Volkes über Versailles ist ohne die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs nicht zu verstehen. Und auch diese Vorgeschichte kann man nur begreifen, wenn man das Konkurrenzgebaren der großen Staaten im Europa des 19. Jahrhunderts kennt. Das Buch wird deshalb einen langen Anlauf nehmen müssen.

TEIL 1
DIE VORGESCHICHTE

Die Vorgeschichte

Kriegsgründe in Europa

Die britisch-deutsche Rivalität
Englands Vertragspolitik
Das Flottenwettrüsten
Englands Alternative
Englands Feindbild
Die Marokkokrisen
Die Bagdadbahn Die deutsche Sicht von England

Französisch-deutsche Auseinandersetzungen
Elsaß-Lothringen Die Rivalität in den Kolonien

Rußlands Verhältnis zu Deutschland

Deutschland als „enfant terrible“

Das Gewirr von gegensätzlichen Interessen

Der Zündfunke von Sarajewo

Die Kettenreaktion vom Juli 1914

Die Kriegsschuld 1914

Der Erste Weltkrieg

Die Hypothek der Propaganda

Der Versailler Vertrag und die Ächtung Deutschlands

Die ersten Folgen von Versailles

Die subjektive Sicht der Völker

Brandgeruch in Europa

DIE VORGESCHICHTE

Den Zweiten Weltkrieg kann man nicht vom Ergebnis her begreifen, sondern nur von seiner Vorgeschichte. Die wird gemeinhin auf die Verträge von Versailles, Saint-Germain und Trianon zurückgeführt. Doch daß die Verträge die Eltern eines zweiten Weltkriegs werden konnten, versteht nur, wer wieder ihre Vorgeschichte kennt. Diese drei Verträge, die dem Ersten Weltkrieg folgen, sind den besiegten Staaten aufgezwungen worden, und sie sind ungewöhnlich hart. In den Verträgen lasten die Sieger den besiegten Deutschen, Österreichern und Ungarn die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg an. Die Alleinschuld ist dann die „Legitimation", mit der sich die Siegermächte 1919 Teile der Territorien, der Bevölkerungen und des Völksvermögens der Besiegten nehmen, und mit der sie ihnen Reparationen in irrealen Höhen auferlegen. Die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel zahlt die Reste dieser Reparationen für den Ersten Weltkrieg vertragsgemäß noch bis zum Jahr 2010[4].

In der deutschen und österreichischen Bevölkerung führt der Vorwurf der Alleinschuld *1919 zu* Empörung, weil sich die Menschen in den beiden Ländern noch zu gut an die politischen Ereignisse der letzten Vorkriegsjahre und die Rolle der Siegerstaaten kurz vor Kriegsbeginn erinnern. Dieses Wissen läßt sich auch nicht durch die erzwungenen Unterschriften unter die Verträge löschen. Dazu kommt, daß profunde Geschichtskenntnisse damals zum Gemeingut des Bildungsbürgertums gehören, und daß die Eliten in Deutschland, Österreich und Ungarn die Geschehnisse von 1914 und davor deshalb in größeren geschichtlichen Zusammenhängen sehen und bewerten. Wer die Reaktionen auf Versailles und Saint-Germain in Deutschland und in Österreich verstehen will, und wer versucht, die Geschichte der Völker Europas vor 1939 zu begreifen, muß sich die Ereignisse und Zusammenhänge aus der Zeit vor 1914 ins Gedächtnis rufen. Das Wissen der Deutschen von 1939 ist der Schlüssel zu ihren Motiven im Jahre 1939.

Der Weg zur Aussöhnung der zerstrittenen Völker nach dem Ersten Weltkrieg ist durch die Weigerung der Sieger zugeschüttet, die eigene Mitschuld am vergangenen Kriege einzuräumen. So zementieren die drei Verträge eher die Feindschaft in Europa, als daß sie Brücken für die Zukunft bauen. Die Sieger von 1918 liefern damit Adolf Hitler sein erstes großes, populäres Thema: „das Sprengen der Fesseln von Versailles".

[4] BM Finanzen 27. November 1996

Kriegsgründe in Europa

Das Geschichtsbild der betroffenen Generation in Österreich und in Deutschland reicht weit in die Vergangenheit zurück. Der Erste Weltkrieg ist nach ihrem Wissen kein Einzel- oder Sonderfall in der Geschichte. Wiederholt in der Vergangenheit haben sich aufstrebende Völker und Staaten ihren Platz neben vorherrschenden Völkern und Staaten erarbeitet und erkämpft, indem sie einen Anteil der auf dieser Erde verfügbaren Bodenschätze, Handelsströme und anderen Wohlstandsquellen für sich beansprucht und errungen haben, und indem sie es gewagt haben, Konkurrenz zu sein. Der Auf- und Abstieg von Nationen ist für die Generation der Europäer um 1900 Teil der Weltgeschichte und keine Frage der Moral. So können auch die Deutschen zu dieser Zeit nichts Verwerfliches im Aufstieg ihres eigenen Landes sehen. Das Phänomen des Auf- und Abstiegs in der Neuzeit ist für sie so etwas wie ein geschichtliches Naturgesetz. In England ist die Sicht der Dinge im übrigen die gleiche[5].

Portugals Welt- und Kolonialreich zum Beispiel wird im Jahre 1580 mit Spanien in Personalunion verbunden, das Portugal damit als erste Macht Europas ablöst. Schon 1577 beginnt England, Spaniens Handelswege anzugreifen. 1588 verliert Spanien seine just erkämpfte Vormachtrolle im Seekrieg gegen England durch den Untergang der Flotte. Nun steigt England auf und übernimmt als Großbritannien für dreieinhalb Jahrhunderte die Vormachtstellung auf dem Globus. Es wird darin nur einmal ernsthaft durch Frankreich unter Kaiser Napoleon herausgefordert. Großbritannien wacht konsequent darüber, daß keine Macht auf dem nahen Kontinent und im Umfeld der eigenen Kolonien so weit erstarkt, daß sie zum Rivalen werden könnte. Das Mittel dazu ist, bei Auseinandersetzungen Dritter auf dem Festland stets zugunsten der schwächeren Staaten einzugreifen und gegen den „Aufsteiger“ Krieg zu führen. Diese Politik der „balance of power“[6] sichert den Bestand des britischen Imperiums bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs. Im 18. Und 19. Jahrhundert führt Großbritannien daneben noch eine Reihe weiterer Kriege, um anderen Staaten ihre Kolonien abzunehmen, um eigene Kolonien vor dem Unabhängigkeitsbestreben der dort Lebenden zu schützen oder um den Macht- und Gebietszuwachs der Konkurrenten zu vereiteln.

Mit dieser Sicht der Dinge hält der normale deutsche Bürger vor dem Ersten Weltkrieg die Vormachtstellung Großbritanniens für eine Realität von unbestimmter Dauer. Doch er sieht darin kein Recht der Briten, über den Weg und die Geschicke der anderen Völker Europas zu bestimmen.

[5] Messerschmidt, Seite 84
[6] Gleichgewicht der Kräfte

Die britisch-deutsche Rivalität

Eine der Ursachen für den Ausbruch der zwei Weltkriege von 1914 und 1939 liegt in Deutschlands Wirtschaftsaufstieg nach 1871. Doch das allein hätte nicht notwendigerweise zum Ersten Weltkrieg fuhren müssen, der den Zweiten nach sich zieht. Es kommt hinzu, daß Deutschlands Politiker vor 1914 zwei verhängnisvolle Fehler machen. Sie unterlassen es, den Deutsch-Russischen Rückversicherungsvertrag zu verlängern, und sie geben dem Wirtschaftsaufstieg Deutschlands eine maritime Komponente. Beides ruft Großbritannien auf den Plan.

Mit der deutschen Einigung von 1871 entsteht ein Wirtschaftsraum von erheblicher Dynamik. Begünstigt durch ein gut entwickeltes Bildungssystem und versehen mit den damals wichtigsten Bodenschätzen Kohle und Eisenerz im eigenen Land steigen Deutschlands Produktivität und Außenhandel in kurzer Zeit in einem für England beängstigenden Maß. Von 1880 bis 1907 zum Beispiel vervierfacht Deutschland seine Steinkohleforderung und schließt damit fast zu England auf. Im selben Zeitraum rücken Deutschlands Hütten bei der Roheisenproduktion auf die erste Stelle in Europa vor. An Stahl erzeugt Deutschland 1907 bereits doppelt so viel wie man in England produziert. Dementsprechend entwickelt sich auch der Außenhandel Deutschlands. Obwohl London 1887 mit der „Merchandise marks act“ den Versuch macht, deutsche Exporte mit dem Verbraucherwarnhinweis „Made in Germany“ einzudämmen, wächst der deutsche Außenhandel von 1887 bis 1907 um 250 Prozent, während der englische in den gleichen 20 Jahren nur um 80 Prozent steigt. Auch Frankreich wird in diesem Zeitraum wirtschaftlich von Deutschland abgehängt. Damit ist für England die „balance of power“ auf dem Kontinent bedroht.

Dieser Sicht der Dinge wird noch die Vermutung aufgesetzt, Deutschland strebe danach, ganz Europa zu beherrschen. Am 1. Januar 1907 verfaßt ein Beamter des englischen Außenministeriums, Sir Eyre Crowe, eine Denkschrift, in der er diesen Wirtschaftsaufstieg Deutschlands in historische Zusammenhänge stellt. Er schreibt, England habe erst Spanien, dann die Niederlande und zuletzt Frankreich in die Schranken verwiesen. Jetzt, zu Beginn des 20 Jahrhunderts seien diese drei Mächte keine ernstzunehmenden Rivalen mehr. Nun und in Zukunft hieße der einzige potente Gegner Englands Deutschland. Die Deutschen strebten mit Konsequenz und Energie nach der Vorherrschaft in Europa. Alle Verständigungsversuche Berlins, so endet diese Denkschrift, seien bloße Täuschungsmanöver, die dazu dienten, England davon abzulenken, daß Deutschland den Kontinent beherrschen wolle. Crowe kommt mit dieser Ansicht zu Einfluß und Karriere. 1920 wird er Unterstaatssekretär im Foreign Office[7].

Deutschlands Wirtschaftsaufstieg und seine Konkurrenz werden in England vor dem Ersten Weltkrieg offensichtlich als Bedrohung angesehen. Als dann auch

[7] Britisches Außenministerium

noch das große Rußland 1904 einen Krieg gegen Japan in Ostasien verliert, ist die letzte Macht, die Deutschland auf dem Kontinent gefährlich werden könnte, angeschlagen. In den Augen der Briten ist die „balance of power“ in Europa damit zugunsten Deutschlands aufgehoben. So bemühen sich die englischen Regierungen seit 1904, das Deutsche Reich auf dem Feld der Außenpolitik zu isolieren. Und deutsche Ungeschicklichkeiten geben dazu Raum.

Englands Vertragspolitik

England beginnt, sich Frankreich, seinem bis dahin größten Gegenspieler in den Kolonien, zuzuwenden. Beide Länder schließen 1904 eine „Entente cordiale“[8], mit der sie zunächst nur ihre kolonialen Interessen koordinieren. 1906 vereinbaren die Kriegs- und Außenminister der zwei Staaten Heeres- und Flottenbesprechungen, um Militäraktionen beider Länder für die Zukunft aufeinander abzustimmen. 1911 wird man konkret. Der englische Generalstabschef reist nach Paris und sagt den Franzosen die Unterstützung mit sechs Heeresdivisionen für den Fall eines Kriegs mit Deutschland zu[9]. So legt sich England gegen Deutschland fest, ohne daß von letzterem auch nur die leiseste Drohung mit einem Kriege ausgegangen wäre. Und Frankreich kann ab 1911 mit Englands Hilfe rechnen, und im Falle einer Spannung mit Deutschland dementsprechend pokern.

Der erste der erwähnten zwei verhängnisvollen deutschen Fehler ist das Versäumnis, sich vertraglich, wie früher, gegen Rußland abzusichern. Damit kann England die Entente mit Frankreich im Westen Deutschlands durch einen Bund mit Rußland im Osten Deutschlands ergänzen und das Deutsche Reich so von zwei Seiten in die Zange nehmen. 1890 waren die deutsch-russischen Abkommen von 1873, 1884 und 1887 ausgelaufen. Die deutsche Reichsregierung unterläßt es mit Rücksicht auf den Bündnispartner Österreich, die Rückversicherungsverträge gegenüber Rußland zu erneuern. Im Juli 1905 schließen Kaiser Wilhelm II. und sein russischer „Vetter“ Zar Nikolaj II. bei einem Treffen an der Küste Finnlands zwar noch einmal einen russisch-deutschen Beistandspakt, doch die Regierungschefs in Berlin und Petersburg weigern sich, den Pakt zu unterschreiben.[10] Sie fürchten, daß ihre Länder durch die neuen Beistandspflichten in die Kriege des jeweils anderen Staats hineingezogen werden könnten. So steht Deutschland 1905 ohne eine Sicherung gegenüber dem großen Nachbarn Rußland da.

Die englische Regierung nutzt diese Chance, sich statt der Deutschen selber Rußland anzunähern. Ab 1906 verhandelt man in Petersburg über die kolonialen Ambitionen beider Seiten. Im August 1907 schließen beide Staaten den Russisch-Englischen-Vertrag, in dem sie ihre „Einflußzonen“ in Afghanistan und Persien

---

[8] Ein herzliches Bündnis
[9] Grenfell, Seiten 12ff
[10] Wilhelm II. und die Gemahlin des Zaren sind Vetter und Cousine

markieren. Doch England begnügt sich nicht mit der politischen Entspannung in kolonialen Fragen. Bereits im November 1907 reist General French, der Oberbefehlshaber des englischen Heeres, nach Sankt Petersburg, um dort mit russischen Generalen und Ministern über weit mehr als nur Afghanistan und Persien zu sprechen. Er legt den Russen nahe, ihre Truppen an der Westgrenze gegenüber Deutschland zu verstärken. So zieht Großbritannien auch hier die Fäden gegen Deutschland, das außer Wirtschaftsexpansion zu der Zeit keine anderen, vor allem keine territorialen Ziele hat.

Das Flottenwettrüsten

Der zweite verhängnisvolle Fehler, den Deutschland gegenüber Englands Machtanspruch begeht, ist es, den eigenen Aufschwung mit einer maritimen Komponente zu versehen, das heißt, die deutsche Flotte zu verstärken. Bei steigender Bevölkerungszahl und Produktivität nehmen mit dem Außenhandel auch Fischerei und Handelsschiffahrt zu. Ab 1884 erwirbt das Reich außerdem die ersten Kolonien. Das Selbstbewußtsein in Wirtschaft, Bevölkerung und Politik wächst und man glaubt in Deutschland, sich gleichberechtigt neben die etablierten Länder Frankreich und England stellen zu dürfen. Die allgemeine Begeisterung und der Glaube an den Sinn und Nutzen von Welthandel und Weltpolitik sind damals im Deutschen Reich so verbreitet, wie heute die positive Meinung zur Globalisierung von Politik und Wirtschaft. Besonders der noch junge und in dieser Hinsicht unvorsichtige Kaiser Wilhelm II. erhebt Deutschlands ebenbürtige Geltung in der Welt zu seinem politischen Programm. Der Kaiser, Sohn einer englischen Prinzessin und Lieblingsenkel von Königin Victoria in London, ist von allem stark beeindruckt, was er als englische Lebensart und Politik erlebt. Aus diesem Erbteil stammt seine Faszination für Welthandel, Flottenbau und Kolonien.

Kaiser Wilhelm II. läßt ab 1898 eine Flotte bauen, die über die bisher betriebene Küstenverteidigung hinaus die Handels- und Überseeverbindungen bei internationalen Krisen oder im Verteidigungsfall vor Unterbrechungen schützen soll. Deutschland begibt sich damit auf ein Feld, auf dem andere Nationen längst zuhause sind, so daß der Ausbau der eigenen Marine zunächst nicht ungewöhnlich ist. 1898 erläßt der Deutsche Reichstag sein erstes Flottenbaugesetz. England hatte schon 1889 und 1894 neue Flottenbauprogramme eingeleitet, Rußland 1890 und 1895, Japan 1896 und die USA 1897[11]. Kaiser Wilhelm II., der Deutsche Reichstag und die Marineleitung unter Admiral von Tirpitz begehen mit dem Ausbau der bis dahin kleinen deutschen Kriegsmarine 1898 also beileibe nichts, das man neu, kriegstreibend oder unmoralisch nennen könnte. Die deutsche Flotte besteht 1898 – was die großen „Kaliber“ anbelangt – schließlich nur aus 9 Schlachtschiffen und Kreuzern erster Klasse. Die britische im Vergleich dazu aus 72[12].

[11] MGFA, Marine, Seite 222
[12] MGFA, Marine, Seite 181

1900 bewilligt der Deutsche Reichstag sein zweites Flottenbaugesetz, das den Ausbau der eigenen Marine auf eine Stärke von etwa zwei Dritteln der englischen bis zum Jahre 1920 vorsieht. Das ruft Großbritannien auf den Plan. Der deutsche Flottenbau ab 1898 verfolgt zunächst das allgemeine Ziel, daß Deutschland im Rennen der modernen Staaten um Märkte und Einfluß in der Welt Schritt halten kann und nicht zurückfällt. Im besonderen aber, vor allem ab 1900, versuchen die Reichsregierung, der Kaiser und die Marineleitung, eine neue Position gegenüber England aufzubauen. Deutschland will damit erstens seine Fischfangflotte vor den rüden Übergriffen der englischen Fischer schützen. Es will zum zweiten seinen Im- und Export über See und damit einen Großteil seiner Wirtschaftsadern von Englands „Gnaden" lösen. Deutschland will sich zum dritten militärisch gegen Englands Flotte sichern, dabei vor allem gegen deren Seeblockademöglichkeiten. Und die deutsche Politik hofft viertens, mit einer angemessenen Flotte ein interessanter Bündnispartner für Großbritannien zu werden.

Das erste Anliegen bezieht sich auf die Piratenmethoden, mit denen Englands Fischer damals häufig – und das selbst in den deutschen Hoheitsgewässern – die deutschen Fischer auf offener See bedrängen und ihnen durch die Netze fahren. Das zweite Anliegen zielt auf Englands Seemacht, mit der es weltweit Handel dulden, behindern oder unterbinden kann. Das dritte ist eine Reaktion auf Englands Tradition der Seeblockaden, mit denen es in der Vergangenheit in Konfliktfällen sowohl gegnerische als auch neutrale Länder von ihren Rohstoff- und Nahrungsmittelimporten abgeschnitten hat. Die neue deutsche Flotte soll nun so stark werden, daß sie in Zukunft die sogenannte „enge Blockade" der deutschen Häfen in der Nordsee sprengen kann. Das vierte Anliegen ist strategisch-politischer Natur. Die Reichsregierung, der Kaiser und die Marineleitung glauben, daß England im Fall der Auseinandersetzung mit anderen Seemächten Deutschland mit einer respektablen Flotte als Verbündeten benötigen könnte, und daß man so mit Großbritannien zu einer Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe kommen könnte. Für den Fall von Spannungen zwischen Großbritannien und Deutschland rechnet man außerdem damit, daß England gegenüber einer genügend starken Seemacht Deutschland lieber Frieden halten und notfalls verhandeln werde, statt die eigene Flotte in einem Seekrieg gegen Deutschland zu riskieren. Die vier Absichten hinter Deutschlands Flottenrüstung vor dem Ersten Weltkrieg sind also defensiv. Sie zielen weder darauf, selber Kriege loszutreten, noch streben sie nach kolonialen oder anderen Landgewinnen. Die Erde ist auch mittlerweile aufgeteilt.

Der Kaiser, die Reichsregierung und die Marineleitung erreichen mit dem Flottenbau jedoch das Gegenteil von Annäherung an England, von Sicherung der Handelswege und von Sicherheit für Deutschland. Der Stachel in Englands Fleisch sind das rasche deutsche Wirtschaftswachstum und die deutsche Handelskonkurrenz auf dem Festland und in Übersee. Beides läßt sich nicht mit einem Krieg bekämpfen, ohne dabei den Makel der Schuld an einen solchen

Krieg zu übernehmen, es sei denn, man spielt die Kriegsschuld Deutschland zu. So wird der deutsche Flottenbau in Englands öffentlicher Meinung zu einem Kriegsgrund aufgebaut und Deutschland unterstellt, nach Weltherrschaft zu streben. In diesem Zusammenhang ist interessant, den Flottenaufbau in beiden Ländern zu vergleichen und dabei den Blick auf die Marinen Rußlands und der USA nicht auszublenden.

Den Flottenbauprogrammen Großbritanniens und des Deutschen Reichs liegen unterschiedliche Philosophien zugrunde. Admiral von Tirpitz und die Marineleitung entwickeln die Vorstellung, daß eine deutsche Kriegsmarine in Stärke von etwa 60% der englischen der Königsweg zur Lösung der vier gesteckten Ziele ist: dem Schutz der Nordsee-Fischerei, des eigenen Handels auf den Meeren, dem Schutz vor Seeblockaden und der Bündnisfähigkeit mit England. Mit einer solchen 60%-Flotte kann man nach Tirpitz' Überzeugung Englands Sicherheit und Seeherrschaft nicht in Wirklichkeit gefährden. Doch kann man damit, so glaubt von Tirpitz, notfalls Englands Seeblockaden sprengen und in einem Krieg Teile der englischen Flotte in der Nordsee angreifen und versenken, so daß sich Großbritannien in einem solchen Fall statt des Risikos, teure Schiffe zu verlieren, eher mit dem Deutschen Reich verständigen als Kriege führen wolle. Der Risikogedanke gibt der neuen Tirpitz-Flotte ihren Namen „Risiko-Flotte“.

Außerdem, so kalkulieren Admiral von Tirpitz und der Kaiser, könnte Großbritannien im Falle eines Krieges mit seinen zwei Kolonialrivalen Frankreich und Rußland, die nach England die nächststarken Marinen unterhalten, ein Interesse an einem Bündnis mit dem flottenstarken Deutschland haben. Doch diese Rechnung geht nicht auf.

In England ist man davon überzeugt, daß die eigene Marine stets der Summe der zwei nächstgroßen Flotten um etwa 10 % an Zahl und Stärke überlegen sein muß, damit man notfalls auch alleine siegreich gegen zwei verbündete gegnerische Seemächte bestehen kann. Dies ist das gleiche Denken, aus dem heraus sich die Sowjetunion fünf Jahrzehnte später überzogen große Mengen von Landstreitkräften hält. In England glaubt man, daß die britische Vormacht auf den Meeren und die Wertschöpfung aus den Kolonien nur so auf Dauer sicher sind. Im Jahre 1899 wird deshalb in London die „Naval Defence Act“ über den „two power standard“[13] erlassen und der Vorsprung der britischen Flotte über die zwei nächstgroßen zum Gesetz erhoben. 1899 sind das noch die französische und die russische Marine. Doch ab 1900, dem Jahr des zweiten deutschen Flottenbaugesetzes, drängen gleich zwei neue Mitbewerber auf den Markt. Ab etwa 1903 wird für die Admiralität in London sichtbar, daß die bislang nur zweitklassigen Flotten der USA und Deutschlands für sie zu den neuen Zählfaktoren im two-power-standard werden. 1903 überholt die deutsche Kriegsmarine die französische und die russische und belegt damit nach den schon vorher aufgestiegenen USA Platz

[13] Zwei-Mächte-Maßstab

drei der Weltrangliste. Von nun an muß England für jedes zusätzliche Schiff in Nordamerika **und** Deutschland ein neues eigenes bauen. Die Zahlen der großen Schlachtschiffe in den USA und Deutschland wachsen von 1901 an fast konstant in gleichen Mengen bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs von je 17 auf etwa 45 in beiden Ländern[14]. Großbritannien rüstet dementsprechend von 43 im Jahre 1901 auf 85 im Jahre 1914, um den two-power-standard einzuhalten. England versucht zwar, der Aufholjagd der Konkurrenten durch einen Qualitätssprung zu entkommen, doch auch das will nicht gelingen.

Ab 1904 wird auf Englands Werften ein neuer Typ von Großkampfschiff auf Kiel gelegt, die sogenannte Dreadnought-Klasse mit höherer Geschwindigkeit, stärkerer Panzerung und leistungsfähigerer Bordartillerie als auf bisherigen Schiffen. Doch der „Dreadnought-Sprung" der Royal Navy bringt nicht den Vorsprung, wie erwartet. Die USA ziehen noch im gleichen Jahre nach; Deutschland, Frankreich, Japan und Italien ein bis drei Jahre später.

Für Großbritannien wird dieses Flottenrüsten teuer, und London muß politisch einen Ausweg finden. Die Suche nach dem Weg geht viele Spuren. Die erste Spur, der England nachgeht, führt direkt nach Deutschland. Die britische Regierung versucht mehrmals zwischen 1898 und 1901, die deutsche auf dem Verhandlungswege vom Kriegsschiffbauen abzubringen. Deutschland fordert als Gegenleistung ein britisch-deutsches Bündnis, das England nicht bereit ist einzugehen. Das fördert deutscherseits die Überzeugung, daß man mehr Schiffe haben müsse, um für ein solches Bündnis reif und interessant zu sein. 1907, auf einer Haager Abrüstungskonferenz, bemühen sich die Briten ein weiteres Mal vergeblich, dem deutschen Kriegsschiffbau vertraglich Fesseln anzulegen. 1908 und 1912 besuchen der englische König Edward VII. und zwei Kabinetts-mitglieder den deutschen Kaiser und die Marineleitung, um sie davon zu überzeugen, daß der Schlachtschiffbau in Deutschland eingestellt oder zumindest gedrosselt werden müsse[15]. Da England zu der Zeit vertraglich schon im Gegnerlager steht und auch nicht bereit ist, auf deutschen Wunsch einen deutsch-englischen Neutralitätsvertrag zu schließen, gibt es für die deutsche Reichsregierung und den Kaiser vordergründig keinen Anlaß, von der 60 %-Flotte abzusehen und den Schiffsbau einzustellen.

Das Ende dieser ersten Spur führt geradewegs zur zweiten. England sucht den Interessenausgleich mit den bisherigen Seemächten Nummer zwei und drei, mit Frankreich und mit Rußland. Es gibt – wie schon beschrieben – mit beiden Ländern einen Abgleich ihrer kolonialen Interessen und 1904 die Entente mit den Franzosen und 1907 den englisch-russischen Vertrag. So ist Deutschland ab 1907 von einer „Triple-Entente" Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands einge-

[14] MGFA, Marine, Seite 224
[15] MGFA, Marine; Seiten 263 ff

kreist, die sich 1914 nach dem Mord von Sarajewo auf geschickte Weise Ball nach Ball zuspielt. Damit ist der Warnschuß von Deutschlands Flottenpolitik nach hinten losgegangen.

Die deutsche Geschichtsschreibung nach dem Zweiten Weltkrieg sieht im deutschen Flottenrüsten einen großen Teil der Schuld des Kaisers und des Admirals von Tirpitz am Kriegsausbruch des Ersten Weltkriegs. Deutschland – so die Begründung – habe Großbritannien mit seinem Flottenbau zu diesem Krieg herausgefordert. Hier folgen deutsche Wissenschaftler den Argumenten der Sieger von 1918. Die wirklichen Herausforderungen der Vorkriegsjahre heißen aber deutsche Wissenschaft und Technologie, Wirtschaftswachstum und Konkurrenz auf allen Märkten. Der deutsche Flottenbau dagegen ist keine ernste Konkurrenz für England, auch wenn er den Briten Schwierigkeiten macht.

Der Bau der Tirpitz-Flotte mit den vier Zielen: Schutz der deutschen Fischerei und Schutz des Handels, Brechen von Blockaden und Bündnisfähigkeit mit Großbritannien, ist dennoch legitim gewesen, doch angesichts des Gegenspielers England unklug. Der Flottenbau auf Deutschlands Werften hat für die Eliten in Großbritanniens Wirtschaft, Politik und Militär Symbolkraft. Er zeigt unübersehbar – was die Eliten vorher längst begriffen haben –, daß Deutschland nun freie Konkurrenz und gleiche Rechte auf dem Erdball fordert.

Zu einer echten Seemacht gehören außer einer Flotte auch strategisch-geographische Positionen, von denen aus die Flotte wirken kann. Großbritannien besitzt selbst ein Stück Atlantikküste und hat ansonsten weltweit Auslandsstützpunkte zwischen Sydney und Gibraltar. Es kann von dort aus eine Marine fuhren und versorgen. Es kann von da aus seine Handelsflotte schützen und anderen Ländern ihre Handelsrouten sperren. Dieser zweite Faktor, der erst aus einer Flotte eine Seemacht werden läßt, fehlt Deutschland völlig. Das Deutsche Reich sitzt seestrategisch in der Nordsee fest. Der Aus- und Zugang von und zu den deutschen Marinehäfen Kiel und Wilhelmshaven kann jederzeit durch eine „enge Blockade“ in der Nordsee, eine „weite Blockade“ an den Nordseeausgängen oder eine „strategische Blockade“ auf dem Atlantik abgeschnitten werden. Wenn Deutschland Großbritannien auf den Meeren hätte gefährlich werden wollen, hätte es eine Atlantikflotte von der Größe der Royal Navy bauen und Häfen an der Atlantikküste haben müssen. Dies haben weder Kaiser Wilhelm II. noch die Reichsregierung noch von Tirpitz jemals angestrebt. Die „Risiko-Flotte“ ist für die Seeschlacht in der Nordsee konzipiert und nicht für einen Krieg um Englands Kolonialreich. Darin liegt von Tirpitz' Fehler, denn seine Flotte kann Großbritannien im Ersten Weltkrieg niemals wirklich schaden. Das alles wissen Englands Seestrategen, und trotzdem beharren die britische Regierung und der König vor dem Ersten Weltkrieg darauf, daß Deutschland Großbritannien bedroht.

Die Bedrohungstheorie hat eine zweite schwache Seite, und das wird in der Gesamtschau aller Flotten sichtbar. Schon vor Beginn des ersten deutschen Flotten-

bauprogramms beginnen England, Rußland, Frankreich, Japan und die USA, ihre Flotten aufzurüsten. So findet Deutschlands Flottenausbau im Rahmen eines internationalen Rüstungswettlaufs statt. Die Zunahme deutscher Schiffe relativiert sich dadurch fortlaufend durch die Parallelentwicklung der anderen Marinen. Deutschlands Flotte muß sich also stets im Kontext mit den Flotten jener Staaten sehen, die sich vertraglich gegen das Deutsche Reich verbündet haben. 1914 stehen Deutschlands 45 Schlachtschiffen 150 Schiffe in den Flotten Rußlands, Englands und Frankreichs gegenüber. Seit 1907 baut Rußland außerdem die Ostseeflotte aus und bindet Teile der deutschen Marine, die dadurch nicht mehr gegen England zur Verfügung stehen. Und Frankreich übernimmt ab 1912 die Sicherung des Mittelmeeres für England und setzt damit die britische Mittelmeerflotte für den Einsatz in der Nordsee frei. Auch von daher ist der Tirpitz-Plan ein Fehlschlag. Zu keinem Zeitpunkt vor dem Ersten Weltkrieg gewinnt die deutsche Kriegsmarine eine Stärke, die England ernstlich hätte fürchten müssen. Doch aus Englands Perspektive sieht das anders aus.

Aus einer Mischung von Missionsgefühl und Sinn für die Geschäfte fühlen sich die Elite und das Volk in England verantwortlich für ein Weltreich, daß sie in mühevollem Kampf erworben und über drei Jahrhunderte mit Erfolg zusammengehalten haben. Das „Recht", die Nummer eins zu sein, und dieses notfalls zu verteidigen, ist für die Briten ein Naturrecht jenseits aller Zweifel. Zu diesem Grundverständnis gehört es, keine Konkurrenz zu dulden, weder auf den Meeren noch auf dem Kontinent Europa. Und Konkurrenz kann man nur bremsen, solange sie noch unterlegen ist. Daraus hat sich in Jahrhunderten die Strategie der „balance of power" entwickelt. Sie sorgt dafür, daß kein Staat in Europa mehr Macht entwickeln kann, als eine andere Macht, die sie in Schach hält. Gegen diese britische „Spielregel" verstößt das Deutsche Reich ab 1902, als die Marine des Kaisers größer wird als die des Zaren von Rußland. Des weiteren zwingt der deutsche Flottenbau die Briten, sich mit Frankreich und Rußland zu arrangieren und damit Handlungsfreiheit aufzugeben. Er zwingt sie, den Schutz der See- und Handelswege durch das Mittelmeer an Frankreich abzugeben. Und zu guter Letzt bedroht die deutsche Kriegsmarine Englands Nordseeküste. Daß die Royal Navy[16] dies genauso mit der deutschen Nordseeküste tut, wird moralisch nicht dagegen aufgewogen.

Daß die Tirpitz-Flotte im Ersten Weltkrieg Deutschland vor dem bewahrt, was die Royal Navy vor dem und im Kriege plant, übt und untersucht, nämlich an Deutschlands Nordseeküste Truppen anzulanden, in der Nordsee zu blockieren und in die Ostsee einzudringen, um dort vereint mit Rußlands Ostseeflotte die deutsche Küste anzugreifen, daß die Tirpitz-Flotte dies verhindert, wiegt wenig vor der Frage, ob ihr Bau zum Teil den Krieg verursacht hat. Fest steht, daß der Flottenbau in Deutschland die öffentliche Stimmung in England vor dem Ersten

[16] Britische Flotte

Weltkrieg weiter anheizt. Fest steht auch, daß es in Deutschland vor dem Kriege weder Plan noch Absicht gibt, einen Krieg um was auch immer gegen Großbritannien zu beginnen. Und fest steht ebenfalls, daß die englische Regierung es zwischen 1901 und 12 ein paarmal ablehnt, einen Nichtangriffs- oder Neutralitätsvertrag oder einen Freundschaftspakt mit der Reichsregierung abzuschließen. London besteht auf seinem „Recht" gegen Deutschland Krieg zu führen. Tirpitz' und des Kaisers Hoffnung auf mehr Sicherheit und eine bessere Bündnisfähigkeit des Deutschen Reiches bleiben unerfüllt.

Englands Alternative

In die Gesamtschau der Marinen vor dem Ersten Weltkrieg gehört auch ein Blick auf die US-Navy. Deutschland und die USA rüsten ihre Flotten seit 1902 im gleichen Tempo und in gleichen Mengen auf. So hätten sich die britischen Bedrohungsängste genauso an der Flotte Nordamerikas entzünden können. Die USA sind außerdem, soweit es ihre Industrie und ihren Handel angeht, auf der Überholspur gegenüber England. Und sie erwerben seit 1898 Kolonien: Kuba, die Philippinen und Hawaii. Somit treffen die drei Konkurrenzkriterien, die Großbritannien von Deutschland trennen, genauso auf die USA zu: Handel, Kolonien und der Flottenbau.

Daß England und die USA vor dem Ersten Weltkrieg trotzdem zueinanderfinden, und nicht England und sein Nachbar Deutschland, muß seine Gründe haben. Londons „balance-of-power-Strategie" ist hinlänglich erklärt. Ein anderer Grund liegt in einer offenkundigen Hinwendung Amerikas zu England. Bis zur Regierungszeit des US-Präsidenten Mac Kinley sind die Beziehungen der USA zum Deutschen Reich stets freundschaftlich und ausgewogen. Das englisch-amerikanische Verhältnis steht dagegen bis dahin noch immer unter der Hypothek der früheren Kolonialherrschaft der Briten und der Kolonialkriege Englands in Amerika. Dies zeigt sich zum Beispiel an der Einsatzplanung der US-Navy, die mit dem „Fall Rot" den Seekrieg gegen Großbritannien vorsieht[17]. Mit der Ermordung Mac Kinleys 1901 und dem Wechsel zu Theodore Roosevelt im Präsidentenamt setzt in den USA ein neues Denken ein. Roosevelt und sein Nachnachfolger Wilson sind deutlich anglophil. Sie suchen die Partnerschaft zu Großbritannien. Doch beide glauben, daß die Zeit gekommen ist, die Vormacht Englands durch die eigene abzulösen. Theodor Roosevelt denkt dabei offensichtlich zunächst nur an eine Ebenbürtigkeit der USA mit England. Wilson geht schon weiter. Im Ersten Weltkrieg unter Wilson rücken die USA an Stelle Englands zur ersten Seemacht auf, ersetzt der Dollar das Pfund Sterling als Leitwährung und wird der Finanzplatz London durch die Wall Street abgelöst. Dieser Siegeszug der USA setzt sich dann im Zweiten Weltkrieg fort. US-Präsident Franklin Delano Roosevelt zwingt die Briten 1942 als Preis für seine Waffenhilfe, die Koloni-

[17] Schwarz, Seite 39

en freizugeben. Die USA ersetzen die alte Vorherrschaft der Briten im internationalen Rahmen durch eine neue Ordnung der supra-nationalen Organisationen wie UNO, Weltbank und so weiter, die sie zunächst selber dominieren.

Zurück zum deutsch-britischen Verhältnis von 1901 bis 1914. England ist – obwohl ein „global player" – vor dem Ersten Weltkrieg strategisch auf Europa festgelegt. Die Sorge um die balance of power wird alleine auf das nahe Deutsche Reich bezogen. England hätte sich mit gleicher Sorge und Berechtigung vor den Vereinigten Staaten von Amerika hüten und die Nähe Deutschlands suchen können. Deutsche Bitten um Verträge hatte es zwischen 1901 und 12 genug gegeben. Doch der Wirtschaftsaufschwung des nahen Konkurrenten hatte die öffentliche Meinung in Großbritannien schon vorher angeheizt. Konkurrenzgefühle, nationaler Stolz und die Fixierung der balance-of-power-Idee aufs nahe Festland in Europa lassen in der politischen Elite Englands keine Weitsicht zu. England hätte vor dem Ersten Weltkrieg sehen müssen, daß ihm auf Dauer nur die USA und nicht das Deutsche Reich den Rang ablaufen werden. Nur Nordamerika ist im Besitz der beiden unabdingbaren Voraussetzungen für eine Seemacht: die Flotte und Flottenpositionen an den Küsten zweier Weltmeere. Deutschland dagegen besitzt nur eine Flotte. Ohne Flottenpositionen hat es keine Chance, sich auf Dauer auf den Meeren gegen England durchzusetzen. Die USA haben – auch das ist 1901 erkennbar – außerdem ein weitaus größeres Wachstumspotential als Deutschland, soweit es die Zahl der Menschen, die Bodenschätze sowie die Dynamik der Wirtschaft dieses Riesenstaats betrifft. So verkennt Englands politische Elite vor dem Ersten Weltkrieg, daß sie die balance-of-power global begreifen muß. Sie sieht nicht, daß es die USA sein werden, die Großbritannien binnen 40 Jahren in den Schatten stellen werden.

Englands Feindbild

Erkennbar wird die deutsch-englische Entfremdung auch an dem Wandel des Bildes, das die Historiker in England von der Geschichte ihres deutschen Nachbarn zeichnen. Vor der Jahrhundertwende 1900 ist die gemeinsame Abstammung beider Völker von den „freien, tapferen, rechtsbewußten und demokratischen" Germanen[18] noch ein Positivum, das verbindet. Die Deutschen wie die Briten werden dabei nicht selten als Angehörige der teutonischen Völkerfamilie bezeichnet[19]. Die gleichzeitige Ablehnung der Romanen und Franzosen reflektiert das kritische Verhältnis Englands zur damals stärksten Festlandsmacht. Ab der Jahrhundertwende löst Deutschland Frankreich in den Augen vieler Briten als stärkste Militär- und Wirtschaftsmacht Kontinentaleuropas ab. Langsam gewinnt dementsprechend nun das Kelten-Erbe Englands an historischer Beachtung und die germanische Gemeinsamkeit verblaßt.

---

[18] Messerschmidt, Seite 17
[19] Messerschmidt, Seiten 27 und 39

Politisch im besonderen wirksam ist das Bild, das sich die englischen Historiker von Preußen machen. Bis etwa 1910 beherrschen die für ihre Zeit sehr liberalen, effizienten und auf die Rechte ihrer Bürger achtende Preußenkönige, das tüchtige Militär und der Patriotismus von Stein und Hardenberg die Szene. Danach verkehrt sich das bis dahin positive Preußenbild in das Image eines Preußen als Staat der Unfreiheit, der Obrigkeitshörigkeit, des Militarismus und der Gewalt. Dies Preußen wird oft pars pro toto mit ganz Deutschland gleichgesetzt und stellt als solches in den Augen vieler britischer Historiker den Gegensatz zum positiv gesehenen liberal-parlamentarischen England dar. Der „Teutone", vor Jahrzehnten noch Ahnherr der Deutschen und der Briten, wird im Ersten Weltkrieg sogar zum Schimpfwort für die Deutschen, und das Preußentum zur „Bedrohung der Zivilisation[20].

Nicht jeder englische Historiker sieht das neue Deutsche Reich jedoch in solchen düsteren Farben. John Adam Cramb bewundert durchaus die Kraft, den „Heroismus" und die Disziplin der Deutschen. Doch was er 1914 in seinem Werk „Germany and England" schreibt, klingt in anderer Weise düster.

> *„Die Deutschen zeigen den Impuls eines aktiven, expansionsdürstigen, weltreichhungrigen Volkes. ... Deutschland wird auf das englische Weltreich stoßen wie Alarich auf Rom[21]."[22]*

Das ist ein Menetekel.

Im Krieg verschlimmert sich das Deutschlandbild noch einmal ganz erheblich. Der Historiker John Headlam-Morley „weist" in Schriften zwischen 1915 und 1918 anhand der Geschichte nach, daß

> *„der hochorganisierte Militärstaat Deutschland Europa mit totalitärer Alleinherrschaft bedrohe, das britische Weltreich zerstören wolle und schon lange vor dem Kriege den Plan zur Erringung der Alleinherrschaft gehabt habe." [23]*

Hier wird an den Universitäten offensichtlich nachvollzogen, was in der politischen Elite Englands schon seit Jahren durch die Köpfe geistert. Es ist die Saat für den späteren Alleinschuldvorwurf von Versailles 1919 und den Weltherrschaftsvorwurf von Nürnberg 1945.

In England krallt man sich inzwischen längst an einem „Feindbild Deutschland" fest. Eine Vielzahl hinterlassener Schriften gibt davon Zeugnis. So schreibt der englische Botschafter Sir Francis Bertie am 11. Juni 1904 an einen Freund:

> *„Dein Brief vom 2ten atmet Mißtrauen gegen Deutschland und Du hast Recht. Deutschland hat nie etwas anderes getan als uns zu schröpfen. Es*

---

[20] Messerschmidt, Seite 60
[21] Die Westgoten unter Alarich greifen 401 n.Chr. die Römer in Oberitalien an und werden geschlagen.
[22] Messerschmidt, Seite 84
[23] Messerschmidt, Seite 91

ist falsch und habgierig. Deutschland ist in Wirklichkeit unser wirtschaftlicher und politischer Feind.“ [24]

Der Unterstaatssekretär im Londoner Außenministerium Sir Charles Hardinge schreibt in einer Denkschrift vom 30. Oktober 1906:

„Man muß ganz allgemein zur Kenntnis nehmen, daß Deutschland infolge seiner ehrgeizigen Pläne für eine Weltpolitik, eine maritime Vorherrschaft und eine militärische Vorherrschaft in Europa der einzige Störfaktor ist.“ [25]

Auch im Ausland wird die wachsende Feindschaft der Briten gegenüber ihren deutschen Vettern registriert. Der amerikanische Generalkonsul in München Gaffney notiert in Rückschau auf seine Aufenthalte in Großbritannien vor dem Ersten Weltkrieg:

„Bei meinen jährlichen Besuchen stellte ich erstaunt und amüsiert fest, wie die Feindschaft gegen Deutschland wuchs. Meine englischen Freunde zögerten nicht, mir mit völliger Offenheit und der üblichen englischen Anmaßung zu erklären, daß es nötig sei, Deutschland zu zerstören oder Großbritannien würde seine wirtschaftliche Vormachtstellung auf den Weltmärkten verlieren.“ [26]

In der Biographie des ehemaligen US-Diplomaten Henry White ist ein Gespräch zwischen White und dem Führer der Konservativen Partei Englands und vormaligen Premierminister Lord Balfour überliefert, das beide im Jahre 1910 in London führten. Der Amerikaner White sieht Deutschland zu der Zeit offensichtlich in der gleichen Rolle eines aufstrebenden Landes wie die USA. Auch sein Land Amerika expandiert in Flottenbau und Handel.

Balfour: *„Wir sind wahrscheinlich töricht, daß wir keinen Grund finden, um Deutschland den Krieg zu erklären, ehe es zu viele Schiffe baut und uns unseren Handel wegnimmt.“*

White: *„Sie sind im Privatleben ein hochherziger Mann. Wie können Sie etwas politisch so Unmoralisches erwägen, wie einen Krieg gegen eine harmlose Nation zu provozieren, die genauso gut wie Sie das Recht hat, eine Flotte zu unterhalten? Wenn Sie mit dem deutschen Handel mithalten wollen, arbeiten Sie härter.“*

Balfour: *„Das würde bedeuten, daß wir unseren Lebensstandard senken müßten. Vielleicht wäre ein Krieg einfacher für uns.“*

White: *„Ich bin schockiert, daß Sie sich zu grundsätzlichen Fragen so äußern können.“*

Balfour: *„Ist das eine Frage von Recht oder Unrecht? Vielleicht ist das aber eine Frage der Erhaltung unserer Vorherrschaft.“* [27]

---

[24] MGFA, Marine, Seite 267
[25] MGFA, Marine, Seite 268
[26] Gaffney, Seite 11
[27] Nevis, Seite 257

Am 19. April 1911 warnt der Stellvertreter des Unterstaatssekretärs Hardinge, Sir Arthur Nicolson, seinen Chef in einem Brief, sich außenpolitisch von Rußland ab und Deutschland zuzuwenden:

> *„Es ist unmöglich, die Anhänger einer solchen Politik davon zu überzeugen, daß Deutschland keine Freundschaft auf gleicher Augenhöhe eingehen will. Wir werden uns in nicht allzu weiter Zukunft gezwungen sehen, uns in jeder neuen Frage nach deutschen Wünschen zu richten.“* [28]

Gemessen an den Zielen deutscher Außenpolitik ist das Verfolgungswahn. Das Ziel Berliner Außenpolitik mit London vor dem Ersten Weltkrieg ist genau jene „Freundschaft auf gleicher Augenhöhe“. Ansonsten versucht Berlin, den Ring der antideutschen Allianzen zu durchbrechen, den Frankreich, Rußland und Großbritannien zwischen 1904 und 1907 geschlossen haben. Daneben sind die Ziele deutscher Außenpolitik, dort Handelsrechte, Bergbau- und Erdölförderkonzessionen und Kolonien zu erwerben, wo dieses ohne Kriege möglich ist. Auch das steht störend zwischen Großbritannien und Deutschland.

Die Marokkokrisen

Englands klare Position an Frankreichs Seite zeigt sich 1904 und 1911 in den sogenannten zwei Marokkokrisen. In beiden geht es darum, daß Paris versucht, seinen Einfluß auf Marokko auszudehnen, und daß es dabei einen Vertrag von 1880 bricht, in dem die Souveränitätsrechte des Sultans von Marokko und deutsche Handelskonzessionen festgeschrieben worden waren. Die Zweite Marokkokrise von 1911 – drei Jahre vor dem Ersten Weltkrieg – geht mit dem „Panthersprung“ in die Geschichte ein. Der Vorfall zeigt, daß Großbritannien schon jetzt bereit und willens ist, selbst um eine Nichtigkeit wie diese in einen Krieg mit Deutschland einzutreten. 1911 nimmt Paris den zweiten Anlauf innerhalb nur weniger Jahre, Marokko in sein Kolonialreich einzugliedern. Das Auswärtige Amt in Berlin, aus Angst, den deutschen Handel und die Bergbaukonzessionen in Marokko zu verlieren, weist ein deutsches Kriegsschiff namens Panther an, den Hafen von Agadir außerhalb der französischen Besatzungszone anzulaufen und dort zur Wahrung deutscher Interessen „Flagge“ zu zeigen. Die „Panther“, ein kleines Mehrzweckschiff zum Fluß- und Küstendienst in deutschen Kolonien, ist zu der Zeit reif zur Überholung und deshalb auf dem Rückweg von Westafrika zur Werft in Deutschland[29]. Es läuft Kurs Casablanca, um dort Kohlen für die Weiterfahrt zu bunkern, wird aber vorher umgeleitet. So legt die Panther fast ohne Treibstoff und reif für die Instandsetzung am 1. Juli 1911 in Agadir im Hafen an. Die englische Regierung bewertet das sogleich als gewaltsame Demonstration deutscher Macht in Übersee und unterstellt der Reichsregierung, sie wolle einen deutschen Kriegshafen in Agadir anlegen lassen. Die britische Regierung fordert die deutsche zur Stellungnahme auf, doch ehe diese eingeht, bezieht sie selber Stellung.

---

[28] MGFA, Marine, Seite 268
[29] Hildebrandt, Seiten 213 f

Ein Teil der Royal Navy wird mobil gemacht, der Kohlevorrat für die Schiffe der Marine wird ergänzt, und Schatzkanzler Lloyd George erklärt am 21. Juli im Namen der englischen Regierung, „daß sein Land im Falle einer deutschen Herausforderung an der Seite Frankreichs in den Krieg ziehen werde". Frankreich hat das Pulverfaß geliefert, England schwenkt die Lunte und Deutschland steht als Sünder da.

Die Regierungen in London und Paris hatten sich offensichtlich 1904 bereits ohne Wissen der Regierung in Berlin darauf verständigt, daß Marokko französisches Interessengebiet sei und daß England dafür freie Hand in Ägypten und Sudan bekomme. Da stören deutscher Handel und deutsche Bergbaurechte in Marokko. Doch ein Streit zwischen den Franzosen und den Deutschen um ein paar deutsche Rechte in Marokko und das Erscheinen eines kleinen Kolonialdienstschiffes sind an sich kein Grund, mit Krieg zu drohen. Es geht England erneut darum, Frankreich als Gegenkraft zu Deutschland stark zu machen und es geht um die ernst gemeinte Warnung, der deutschen Konkurrenz bei weiterer Rührigkeit mit Krieg ein Ende zu bereiten.

Soweit es vor dem Ersten Weltkrieg deutscherseits den Wunsch nach weiteren Kolonien gibt, hätte auch das kein Grund für die kommenden deutsch-britischen Auseinandersetzungen sein dürfen. Schließlich versucht das deutsche Kolonialministerium, seine Wünsche in Bezug auf Afrika stets einvernehmlich mit dem entsprechenden Ministerium in London zu bewegen. So einigen sich die beiden Ministerien in London und Berlin zum Beispiel im Juli 1913 auf den Entwurf eines Vertrags über die eventuelle Aufteilung portugiesischer Kolonien.[30]

Im Deutschland der Jahre 1914 und 1918 begreift noch kaum jemand den Aufstieg des eigenen Landes in Industrie und Handel als Grund für einen Krieg. Auch solche Krisen, wie die beiden in Marokko, bei denen Deutschland lediglich versucht, ein letztes Stück vom kolonialen Kuchen abzukriegen, hinterlassen bei den Deutschen kein Gefühl von deutscher Schuld. Sie nähren höchstens die Befürchtung, sich in der Welt zu isolieren. Schließlich hat das Deutsche Reich – anders als das Britische Imperium der letzten 20 Jahre – kein anderes weißes Volk angegriffen und ihm Kolonien abgejagt.

Die Bagdadbahn

Deutschland tritt auch im Nahen Osten als neuer Konkurrent für England auf; zunächst im Handel und ein paar Jahre vor Beginn des Ersten Weltkriegs auch bei der Förderung von Erdöl. Ab 1888 bemühen sich deutsche Industrielle und Bankiers, das Osmanische Reich als Wirtschaftsraum für Deutschland zu erschließen. Sie bauen dazu eine Eisenbahnverbindung vom Balkan bis zur Stadt Konya in Südanatolien. 1903 beginnt der Weiterbau der Strecke, die durch das Erdölgebiet

[30] Gebhardt, Band 4/1, Seite 29 32

von Mossul im heutigen Irak bis nach Bagdad und später auch nach Kuwait führen soll. Der deutsche Kaiser und die Deutsche Bank versuchen, dazu englisches Kapital zu mobilisieren, was nach Mühen in geringem Maße auch gelingt. 1912 überschreibt die türkische Regierung der Deutschen Bank die Konzessionen für alle Öl- und Mineralvorkommen beiderseits der Bahn bis nach Mossul als Kompensation für ihre Kosten an der „Bagdadbahn".[31] So wird das Deutsche Reich in einer Region wirtschaftlich aktiv, die auch Großbritannien für sich erschließen will.

Die Seemacht England bemüht sich zur gleichen Zeit, im damals noch osmanischen Arabien und in Persien Fuß zu fassen und sich die dort entdeckten Erdölvorkommen zu sichern. 1899 schließen die Briten mit dem lokalen Scheich in Kuwait einen Vertrag, in dem der verspricht, daß weder er noch seine Erben jemals Verträge über die Niederlassung dritter Mächte in Kuwait unterzeichnen werden.[32] 1901 – etwa zur Zeit der Ölentdeckung – entsendet London Kriegsschiffe nach Kuwait und zwingt die osmanische Regierung, ein britisches „Protektorat" über das Scheichtum Kuwait zu akzeptieren.[33] 1913 läßt sich England außerdem die Erdölförderkonzessionen dort gegen Geldgeschenke vom Scheich von Kuwait übertragen.

Nun drohen die deutschen Erdölaktivitäten, der Handel und der deutsche Schienenweg in den Irak zu einer ernsten Konkurrenz für die britische Durchdringung des Irak von Süden her zu werden. Die deutsche Eisenbahn nach Kuwait hätte vor allem das britische Transportmonopol zur See dorthin entwertet und den Deutschen einen eigenen Zugang zum Persischen Golf eröffnet.

Die deutsche Sicht von England

In Deutschland verkennt man vor dem Ersten Weltkrieg einerseits die Gefahr, die von Englands Anspruch auf die eigene Sicherheit und auf die Vorherrschaft auf den fünf Meeren ausgeht. Doch andererseits nimmt man die britische Weltmachtpolitik und ihre Skrupellosigkeit durchaus zur Kenntnis. Die völkerrechtswidrige Eroberung, mit der sich England zum Beispiel 1902 die burisch-südafrikanischen Staaten Oranje und Transvaal aneignet, samt den Goldvorkommen, die dort lagern, hinterläßt einen starken Eindruck bei den Deutschen. Der Seemachtanspruch und die oft rücksichtslose Außenpolitik der Briten lassen England vor dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg deshalb auch nicht als Hüterin von Demokratie und Menschenrechten erscheinen und schon gar nicht als die Beschützerin angegriffener Nationen. Dieses Image Englands baut sich erst nach 1945 auf, als die Vorgeschichte beider Kriege in Deutschland in Vergessenheit gerät. Vor den zwei Kriegen sieht man hierzulande Großbritannien zu aller erst als konsequenten Verfechter der eigenen Interessen.

[31] Engdahl, Seite 46
[32] Engdahl, Seite VII
[33] Engdahl, Seite 45

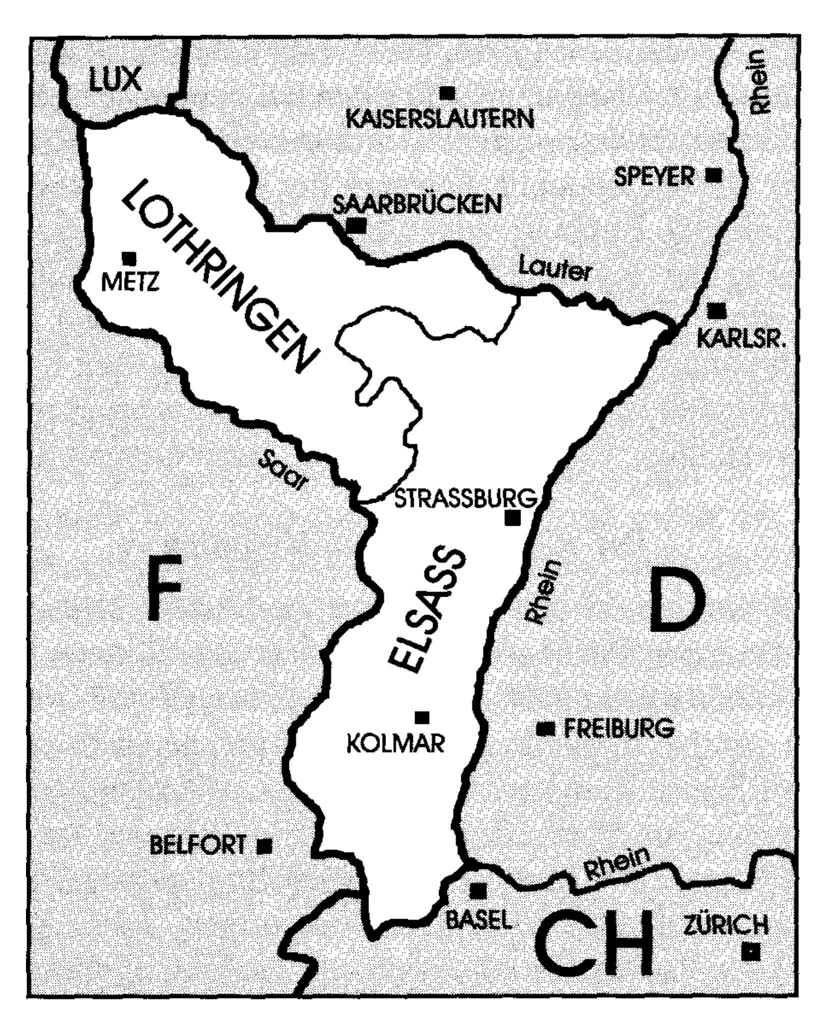
Selbst nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg erkennt die große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nicht, daß das eigene Kaiserreich den Selbstanspruch der mächtigeren Briten herausgefordert hat, die Nummer Eins in einer europäischen Mächte- und „Hackordnung“ zu sein. Dieser Selbstanspruch der Engländer vor dem Ersten Weltkrieg hat keine moralische Legitimation, so wenig wie später Hitlers Anspruch auf die deutsche Vorherrschaft in Südosteuropa. Beide Ansprüche rechtfertigen sich allein aus dem darwinistischen Weltbild jener Zeit. In Deutschland will man das auch nach dem verlorenen Kriege 1919 noch nicht akzeptieren und sieht deshalb nicht ein, warum die Engländer die Deutschen im Vertrag von Versailles so gnadenlos zur Kasse bitten. Der Sieg des Darwinismus über die Moral bereitet der späteren außenpolitischen Rücksichtslosigkeit Hitlers in gewisser Weise ihren Weg. Die Verträge von Versailles und Saint-Germain zeigen dem deutschen und dem österreichischen Volk, wie man in Europa miteinander umzugehen pflegt.

Französisch-deutsche Auseinandersetzungen

Die Spannung zwischen Deutschen und Franzosen, die das Verhältnis beider Völker 1914 prägen, haben weit tiefere Wurzeln, als die zwischen Engländern und Deutschen. Schon 1552 beginnen die Könige von Frankreich, ihr Staatsgebiet nach Osten zum Rhein hin auszudehnen.

Elsaß-Lothringen

Sie nutzen innerdeutsche Streitigkeiten und den Druck der Türken auf das Reich, um sich zuerst die deutschen Festungsstädte Metz, Toul und Verdun, dann zehn elsässische Städte, dann Teile Lothringens und zum Schluß das ganze Elsaß anzugliedern. Die deutsche Muttersprache der Elsässer Bevölkerung ist den Franzosen dabei kein Hinderungsgrund. Der französische Versuch, dann auch noch das damals deutsche Luxemburg zu annektieren, mißlingt jedoch. Im 30jährigen und im Pfälzischen Erbfolgekrieg nutzt Frankreich die gegebenen Gelegenheiten, in Deutschland einzudringen und in Kurpfalz und Baden-Durlach ein Gebiet von 160 Kilometer Länge und etwa gleicher Breite einzuäschern. Dörfer, Felder, Weinberge und Städte werden abgebrannt, dabei auch Worms, Bingen, Mannheim, Heidelberg und Speyer. Die Franzosen schaffen damit einen Ödlandgürtel, der verhindern soll, daß die Annexion des Elsaß je von deutschem Boden aus rückgängig gemacht werden kann. Der Vandalismus der Franzosen in der Pfalz hinterläßt der dortigen Bevölkerung ein Frankreichbild, das bis zum Zweiten Weltkrieg mit dem bösen Wort vom Erbfeind in Erinnerung bleibt. In Norddeutschland ist es die französische Besatzungszeit der Jahre 1806 bis 13, die mit hohen Kontributionen, Sachabgaben, Steuerlasten, Einquartierungen und dem Zwang, als Vasallen an Napoleons Kriegen teilzunehmen, ein unangenehmes Bild der Franzosen hinterläßt.



Karte 1: Elsaß-Lothringen

1870 versucht Frankreich ein weiteres Mal, sich das damals deutsche Luxemburg (unter holländischer Krone), die Pfalz (heute weitgehend Rheinland-Pfalz) und das Saarland anzugliedern und seine Grenze nach Osten vorzuschieben. Es verursacht, erklärt, beginnt und verliert den Krieg mit Deutschland und muß dafür mit der Abtretung Elsaß-Lothringens bezahlen. Deutschland seinerseits zahlt mit dem Haß der Franzosen und damit, daß Frankreich nun ein neuer Kriegsgrund gegen Deutschland bleibt. Der Wechsel Elsaß-Lothringens zwischen beiden Nachbarländern ist stets ohne das Votum der Betroffenen erfolgt. Volksabstimmungen zur Zugehörigkeit sind 1681,1766 und 1871 noch nicht üblich. 1872 kann die Bevölkerung „optieren". 10,3 % bekennen sich zu Frankreich und 5 % wandern dorthin ab[34]. Doch die Stimmung in beiden Landesteilen bleibt lange profranzösisch. Dennoch wagt Frankreich – das sei hier eingeschoben – auch 1919 nach der Zwangsrückgliederung des Elsaß und Lothringens keine Befragung der betroffenen Bevölkerung nach ihren Wünschen, zu Frankreich oder Deutschland zu gehören. Das ist den Franzosen offensichtlich zu riskant. Eine Volkszählung aus dem Jahre 1900 hatte in den zwei von Frankreich wieder annektierten Landesteilen schließlich nur 11,5% französischsprachige Einwohner ergeben.

[34] Meyers Konversationslexikon, Stichwort Elsaß-Lothringen

Zurück zu Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Frankreich sucht sich zur rechten Zeit Verbündete, um Elsaß und Lothringen bei günstiger Gelegenheit zurückzuholen. 1892 schließt es den sogenannten Zweiverband mit Rußland. 1912 gibt der Präsident der Dritten Republik Poincare der russischen Regierung die Zusicherung, daß Frankreich Rußland unter allen Umständen militärisch unterstützen werde, gleichgültig, ob Rußland angegriffen werde oder selbst angriffsweise einen Krieg beginne[35]. Des weiteren schließt Frankreich 1904 die „entente cordiale“ mit Großbritannien und holt sich 1911 das Versprechen Englands auf Heeresunterstützung für den Fall des Krieges mit dem Deutschen Reich. Damit stehen Frankreich zwei mächtige Verbündete zur Seite, Großbritannien und Rußland.

Die Rivalität in den Kolonien

Neben dem Elsaß-Streit ist es der Wettlauf um die letzten „offenen“ Kolonien, die die französisch-deutsche Nachbarschaft vergiften. Das Rennen um die Kolonien ist um die Jahrhundertwende 1900 weltweit noch immer voll im Gange. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Beispiel nehmen sich 1898 die Philippinen und die Insel Puerto Rico als US-Kolonien. Großbritannien annektiert 1900 die Diamantenminen von Kimberley in Südafrika, Spanien im gleichen Jahr in Südkamerun die Provinz Rio Muni. 1902 erobert England die Burenstaaten Oranje und Transvaal mit ihren reichen Goldvorkommen. Japan nimmt sich 1905 Korea. 1907 erklären Rußland Nordpersien und England Südpersien zu ihren Einflußzonen und 1912 macht Italien Libyen zur Kolonie und Spanien zwei Küstenstreifen in Marokko. Bei dieser Jagd nach Überseegebieten kommt Frankreich in Marokko in Konflikt mit Deutschland. 1880 waren im Vertrag von Madrid dem Sultan von Marokko die Souveränität in Tanger und Deutschland freie Handelsrechte im ganzen Lande zugesichert worden[36]. Als Frankreich den Versuch macht, sich auch das Gebiet von Tanger anzueignen, wollen der deutsche Kaiser und die Reichsregierung den französischen Vertragsbruch und den eigenen Nachteil so nicht schlucken. Kaiser Wilhelm II. begibt sich deshalb persönlich nach Tanger und protestiert dort in Absprache mit der Reichsregierung gegen das französische Bemühen, ganz Marokko inklusive Tanger „friedlich zu durchdringen“, wie das die Franzosen nennen. Das Ergebnis dieser Intervention in der sogenannten Ersten Marokko-Krise von 1904 bis 1905 ist ein deutsch-französischer Vertrag, in dem sowohl das „besondere politische Interesse“ Frankreichs an Marokko anerkannt als auch Deutschland eine Beteiligung an der wirtschaftlichen Erschließung des Landes zugestanden wird. Doch dieser Kompromiß ist nicht einmal ein halber Sieg. Dafür ist der Preis zu hoch. Deutschland rutscht mit dem Marokko-Streit, in dem es Frankreichs Kreise stört, in eine internationale Isolation, die sich bis zum Ersten Weltkrieg nicht mehr löst. Deutschland besteht zwar mit Recht auf dem noch gültigen Vertrag von Madrid, aber England und Italien

[35] Grenfell, Seite 84
[36] Löwenstein, Seite 470

stehen hinter Frankreichs Marokko-Ambitionen, weil sie sich im Gegenzug dafür vorher freie Hand für eigene koloniale Pläne eingehandelt haben. So bleibt der Kompromiß um Tanger und Marokko eher ein Sieg für Frankreich.

1911 in der schon beschriebenen Zweiten Marokko-Krise geht der nächste Punkt an Frankreich. Die französische Regierung läßt Marokko unter dem Vorwand, dort bei inneren Unruhen für Ordnung sorgen zu müssen, von eigenen Truppen besetzen. Paris erklärt Marokko zum französischen Protektorat, was nichts anderes bedeutet, als daß nun auch Marokko zu Frankreichs Kolonien zählt. Was folgt, ist in der Schilderung des deutsch-britischen Verhältnisses zum Teil bereits erwähnt. Das deutsche Kanonenboot Panther läuft Agadir an. Deutschland verlangt von Frankreich Kompensation im Kongo und erhält für den Verlust des deutschen Handels in Marokko ein Stück Französisch-Kongo, das Deutsch-Kamerun als Grenzland zugeschlagen wird. Ein bedeutungsloser Landgewinn drei Jahre vor dem Ersten Weltkrieg. Von erheblicher Bedeutung ist dagegen der Ärger der Franzosen über Deutschlands neue Konkurrenz in Afrika.

So schieben sich in Frankreich viele Gründe aufeinander, bei Gelegenheit mit Deutschland abzurechnen. Es ist der Wille, Elsaß und Lothringen wiederzugewinnen. Es ist der Ärger über den kolonialen Mitbewerber Deutschland, und es ist die Sorge, daß der deutsche Nachbar als Land- und neue Seemacht weiter stärker werden könnte. In Deutschland ist man sich zwar des tiefen Grolls bewußt, den die Franzosen wegen des Verlusts von Elsaß und Lothringen hegen, aber ein Gefühl von Unrecht haben die Deutschen deshalb nicht. Landabtretungen nach verlorenen Kriegen sind damals – wie auch noch heute – üblich. Und die eroberte Bevölkerung ist nach der Muttersprache überwiegend deutsch. Vor dem Ersten Weltkrieg bedienen sich im Elsaß und in Lothringen immerhin 1,3 Millionen Bürger ihrer deutschen Muttersprache und nicht ganz 200tausend sprechen französisch. Aus deutscher Sicht werden die Landesteile Elsaß und Lothringen deshalb auch nicht als Anlaß für den Krieg begriffen. Der liegt für jedermann erkennbar 1914 auf dem Balkan. Die furchtbare Rache, die die Franzosen nach dem Kriege an den Deutschen nehmen, stößt deshalb in Deutschland auch auf kein Verständnis. Hitler wird vom Unmaß dieser Rache profitieren.

Rußlands Verhältnis zu Deutschland

Zur Vorgeschichte des Desasters von Versailles und Saint-Germain gehört auch das Verhältnis der drei Kaiserreiche Rußland – Habsburg – Deutschland zueinander. Obwohl Rußland und Deutschland im Grunde Nachbarn ohne gegenseitige territoriale Ansprüche sind und obwohl sie nirgends in den Kolonien konkurrieren, bewegen sie sich doch ab 1890 auseinander. Das hat im wesentlichen vier Gründe. Der erste betrifft das deutsch-russische Verhältnis in direkter Weise. Berlin versäumt es, einen 1890 auslaufenden Rückversicherungsvertrag

mit St. Petersburg zu erneuern. Die anderen drei Gründe sind indirekter Art. Gegner Deutschlands suchen Rußlands Unterstützung oder Deutschland stützt die Gegner Rußlands. So wirbt – das ist der zweite Grund – Frankreich weiter mit Erfolg um Rußland als Macht in Deutschlands Rücken. Zum dritten hält Deutschland zu Österreich-Ungarn, dem Rivalen Rußlands auf dem Balkan. Und viertens führt Rußlands Bündnisstrategie zur Wahrung eigener Interessen in Fernost, in Persien – Afghanistan, auf dem Balkan und an den Dardanellen dies große Land bis zum Ersten Weltkrieg mit einer Reihe von Verträgen in das Lager der Gegner Habsburgs und des Deutschen Reichs.

Der lange Anlauf zum russisch-deutschen Kriegsausbruch von 1914 beginnt viele Jahre vorher auf dem Balkan. Seit 1875 zerfällt Stück um Stück der Vielvölkerstaat der türkischen Osmanen. Da den neuen Staaten, die sich auf dem Balkan aus dem Nachlaß des Osmanenreiches bilden, klare Volkstumsgrenzen fehlen, wird dieses Gebiet für 40 Jahre zum Krisenherd Europas. Rumänien, Bulgarien, Serbien, Montenegro und Mazedonien führen viele Kriege um Grenzen und Gebiete. Der Streit der Balkanstaaten strahlt immer auf die Nachbarn aus, die hier um ihre eigenen Einflußzonen kämpfen. So sind in aller Regel Rußland, Österreich-Ungarn, die Türkei, Italien und Griechenland beteiligt. Frankreich, Großbritannien und Deutschland werden als Vermittler und Parteiergreifende indirekt hineingezogen. Dabei steht Deutschland zwar generell auf Österreichs Seite, aber in den Balkankrisen von 1909,1912 und 1913 tritt die Reichsregierung dennoch als Vermittler auf. 1909 und 1913 hält Deutschland Habsburg zweimal von Kriegen auf dem Balkan ab. Mit ihrer generellen Unterstützung Österreichs in allen Balkankrisen verprellt die Reichsregierung dennoch Russen und Franzosen. So bezahlt Deutschland seinen Einsatz für den Frieden letztlich mit Rußlands Feindschaft und mit zunehmender Isolation unter den großen Staaten in Europa.

Rußlands Weg in den Ersten Weltkrieg ist auch innenpolitisch vorgezeichnet. Die krassen sozialen Ungerechtigkeiten im noch feudalen Zarenstaat und die Separationsbestrebungen der nicht russischen Nationen sorgen für einen Sprengstoff, der droht, das Zarenreich von innen zu zerlegen. Es gibt drei Gruppen, die sich von einem neuen Krieg die Lösung der russischen Probleme in ihrem Sinn erhoffen. Die nicht russischen Nationalbewegungen sehen im Krieg die Chance für eine Niederlage Rußlands und damit für die Freiheit ihrer Völker. Der Hochadel des Landes glaubt umgekehrt, ein neuer Krieg könnte sein von innen her bedrohtes Reich noch einmal für eine Zeit zusammenschweißen. Und dann sind da noch die Revolutionäre des Klassenkampfs, die den Krieg zum Aufstand gegen Großbürgertum und Adel nutzen wollen. So gibt es in allen Schichten und Völkern Rußlands starke Kräfte, die einen Krieg begrüßen würden. 1914 im Streit zwischen Österreich-Ungarn und Serbien um die Reaktionen auf den Mord von Sarajewo ist es die sogenannte Großfürstengruppe, die auf einen Krieg gegen Habsburg und das Deutsche Reich drängt. In der russischen Armee ist der Krieg mit Deutschland längst ein Thema, als noch niemand etwas vom Attentat in Sa-

rajewo ahnen kann. So schreibt die verbreitetste Militärzeitschrift in Rußland RASWJEDSCHIK schon im Januar 1914:

> *„Uns allen ist sehr wohl bekannt, daß wir uns auf einen Krieg an der Westfront, vornehmlich gegen die Deutschen, vorbereiten. Deshalb müssen wir allen unseren Truppenübungen die Annahme zugrunde legen, daß wir gegen die Deutschen Krieg führen. Zum Beispiel muß immer die eine Manöverpartei die „ deutsche " heißen. Nicht nur die Truppe, das ganze russische Volk muß an den Gedanken gewöhnt werden, daß wir uns zum Vernichtungskampf gegen die Deutschen rüsten und daß die deutschen Staaten zerschlagen werden müssen, auch wenn wir dabei Hunderttausende von Menschen verlieren."* [37]

Im deutschen Heer ist man dagegen kurz vor Kriegsausbruch nicht auf diese Stimmung bei den Russen eingestellt. 1913 läßt der Generalstabschef Moltke der Jüngere die jährliche Überarbeitung der Aufmarschpläne in Richtung Rußland einstellen, weil er sie nicht für dringlich hält. Ein Zeichen dafür, daß Deutschland gegenüber Rußland keine aggressiven Pläne hegt.

Deutschland als enfant terrible

Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg ist das enfant terrible unter den „Erwachsenen" Europas, das schreckliche Kind, so wörtlich übersetzt. Ein Kind, weil das neue, das zweite Deutsche Kaiserreich von 1871 zu Beginn des Kriegs gerade 43 Jahre zählt. Das ist neben dem schon unter König Ludwig XL ab 1461 zum Nationalstaat zusammengewachsenen Frankreich und neben dem unter König Heinrich VII. ab 1485 vereinigten Königreich und Nationalstaat England wirklich nur ein Kindesalter. Die Deutschen, die sich dennoch ihrer über 1000jährigen Geschichte bewußt sind, versuchen in diesen nur 43 Jahren manches nachzuholen, was sich die alten, etablierten Nachbarn in Jahrhunderten geschaffen haben.

Terrible, schrecklich sind die Deutschen für die Nachbarn, weil ihre Aufholjagd für diese wirklich schrecklich ist. Ein Flottenrüsten, das für den Geschmack der Briten viel zu umfangreich gerät und eine Heeresvermehrung ab 1913, die zeitgleich mit der in Frankreich läuft, schaffen Argwohn und Ängste bei den „Alten", die selbst schon über eine große Flotte und ein großes Heer verfügen. Der Aufschwung im nun zusammengewachsenen Wirtschaftsraum Deutschland, der England und Frankreich auf die Plätze 3 und 4 der Weltrangliste drückt, ist für die etablierten Konkurrenten eine Last. Und das politische Gewicht, mit dem das Deutsche Reich seit Bismarck auf alle Streitigkeiten und Veränderungen in Europa und in Afrika aktiven Einfluß nimmt, stört oft die Kreise Rußlands, Serbiens, Frankreichs, Griechenlands und Englands. Dazu kommt das Ungeschick der Deutschen,

[37] Reichsarchiv, Band 2, Seite 17

die das Wachsen ihrer Stärke und ihr neues Selbstbewußtsein nicht diskret verbergen, sondern es das Ausland durchaus hören lassen. So wird das Deutsche Reich vor Beginn des Ersten Weltkriegs durch seinen wirtschaftlichen Aufstieg, durch seine Rüstung, durch Mängel in der Bündnispolitik und dazu auch noch durch ungeschickte Reden und Interviews des Kaisers vor dem Ausland in eine unvorteilhafte Lage manövriert. Der nachweisliche Friedenswille des Kaisers und der Reichsregierung werden zu oft von strammen Kaiserreden übertönt. Als Deutschland sich vor Kriegsausbruch so ohne jedes Zögern auf die Seite Habsburgs stellt, argwöhnt man in Paris, Sankt Petersburg und London, daß es Berlin um mehr als nur um den Konflikt in Serbien geht. Man vermutet, daß Deutschland den Krach um Serbien zu eigenen Landgewinnen nutzen will. Andeutungen oder Hinweise darauf hat es allerdings aus Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg nicht gegeben.

Das Gewirr von gegensätzlichen Interessen

Vor dem Ersten Weltkrieg kreuzen sich die Interessen Rußlands, Serbiens, Frankreichs, Englands, Habsburgs und Deutschlands auf einer ganzen Zahl von Linien.

Rußland wendet sich nach dem verlorenen Krieg in Asien gegen Japan 1904 wieder seinen Möglichkeiten in Europa zu. Der anstehende Zerfall des großen Osmanischen Reiches verleitet, erneut um den freien Wasserweg zum Mittelmeer zu kämpfen. So ist Rußland interessiert, Konstantinopel und die Dardanellen zu erobern und die Serben bei deren Absicht zu unterstützen, sich zur Adria hin auszudehnen. Rußland fühlt sich außerdem als Schutzmacht aller Slawen und der griechisch-orthodoxen Welt.

Frankreich will die Niederlage von 1870-71 tilgen und Elsaß-Lothringen zurückerobern. Außerdem strebt es danach, militärisch wieder erste Landmacht auf dem Kontinent zu werden.

England empfindet sein Kolonialreich und die von ihm beherrschten Handelswege durch den deutschen Flottenbau gefährdet. Es sieht im Bau der deutschen Bagdad-Bahn und in den deutschen Erdölförderkonzessionen im Irak einen unerwünschten Zugriff auf eine Wirtschaftszone, die es bis dahin für die seine hielt. Die deutsche Erdölförderung bei Mossul und die neue Eisenbahnverbindung dorthin könnte England unterbinden lassen, wenn Serbien in einem Kriege auf der Seite Englands die deutsche Bahntrasse auf dem Balkan unterbrechen würde. Und nicht zuletzt ist Deutschland strategisch Großbritanniens potentieller Gegner Nummer eins, seitdem es Frankreich als erste Macht des Kontinents in fast jeder Hinsicht eingeholt beziehungsweise überrundet hat.

Serbien, seit 1878 ein unabhängiger Staat, will Führungsmacht eines neuen Großreichs auf dem Balkan werden und dazu die kleinen Nachbarländer zu „Großserbien“ zusammenfügen. Eine großserbische Bewegung außerhalb der

offiziellen Staatsgewalt fordert diesen Expansionsgedanken durch Propaganda und wiederholte Terrorakte in Serbiens Nachbarländern. Davon sind auch die Habsburger Gebiete Kroatien und Bosnien betroffen.

Habsburg als Vielvölkerstaat bemüht sich, die Unabhängigkeitsbestrebungen seiner nichtdeutschen Mitgliedsvölker teils durch mehr Autonomie, teils durch Mitbeteiligung an der Zentralgewalt zu unterlaufen. Doch das Vielvölkerstaatsproblem ist 1914 nicht gelöst. Habsburg, zu dem auch viele slawische Nationen zählen, kann dabei Auseinandersetzungen mit Rußland, das sich selbst als Schutzherr aller Slawen ansieht, kaum aus dem Wege gehen. Hinzu kommt Konfliktstoff mit den Serben. Die Habsburger Regierung hat dem eigenen Staatsgebiet die zwei ehemals osmanischen Provinzen Herzegowina und Bosnien 1908 formlich angegliedert und sie den Osmanen 1909 mit Kaufvertrag bezahlt. Beide Landesteile waren auf internationalen Beschluß ohnehin seit 30 Jahren von Österreich-Ungarn fremdverwaltet. Mit dieser Landerwerbung ist Serbien die gewünschte Expansion in Richtung Adria verbaut.

Deutschland erlebt zwischen 1871 und 1914 ein rasches Wachstum der Bevölkerung und den Übergang zum Industriestaat. Damit ist es zunehmend auf die Importe von Nahrungsmitteln für die Menschen und von Rohstoffen für seine Industrien angewiesen. So ist das neue Deutsche Reich gezwungen, einen angemessenen Platz im Welthandel zu suchen, in dem die guten Plätze schon besetzt sind. Die deutschen Bestrebungen, ab 1884 Kolonien zu erwerben, den eigenen Anteil am Welthandel auszubauen, Bergbau- und Erdölförderkonzessionen in Übersee zu kaufen und den Nahen Osten durch Eisenbahnbau für sich zu erschließen, sind in erster Linie verantwortungsvolle Mühen, die Ernährungs- und Erwerbsgrundlage der stark wachsenden Bevölkerung zu sichern. In zweiter Linie sind sie das riskante Unterfangen, sich als eine Großmacht wie England oder Frankreich darzustellen.

Damit kreuzen sich die Interessen der gerade beschriebenen sechs Staaten in Elsaß-Lothringen, in Serbien, an den Dardanellen, an den Ölfeldern im Nahen Osten und im Welthandel. Zum Stolperstein und zum Verhängnis werden die Interessen da, wo sich alle Linien schneiden, auf dem Balkan. Österreich ist am Status quo interessiert, Serbien an Erweiterung, Rußland an Serbiens Erfolg, Deutschland an den Eisenbahnverbindungen zum Nahen Osten, England an Serbien als Sperriegel an der deutschen Bahn zum nahöstlichen Öl und Frankreich an einem schwachen Deutschland, das Elsaß-Lothringen nicht mehr verteidigen kann.

Der Zündfunke von Sarajewo

Der Schilderung der langen und komplizierten Kettenreaktion vom Mord in Sarajewo bis zum Kriegsausbruch sei diese Kurzversion vorausgeschickt, um eine Übersicht zu geben.

Als 1914 ein bosnisch-serbischer Attentäter im bosnisch-österreichischen Sarajewo den habsburgischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand ermordet, spitzt sich die Lage zwischen Habsburg und Serbien unversehens zu. Das Deutsche Reich stellt sich sofort in Bündnistreue hinter Habsburg. Die Regierung in Wien mißbraucht dies als Blankoscheck und überzieht ihre Drohungen und Ultimaten an das souveräne Serbien, zu dessen „Nutzen“ das Attentat begangen worden ist. Serbien holt sich Rückendeckung bei seiner Schutzmacht Rußland. Die wiederum versichert sich der Bündnistreue Frankreichs. Und das kann vereinbarungsgemäß auf die Hilfe Englands zählen. So stehen sich kurz nach dem Mord von Sarajewo Serbien, Rußland, Frankreich und England auf der einen Seite und Österreich-Ungarn und Deutschland auf der anderen Seite gegenüber. In dieser zugespitzten Lage schickt Österreich-Ungarn den Serben ein Ultimatum. Dem folgen Kriegsvorbereitungen in Frankreich und in Rußland. Als beide Staaten ihre Truppen mobilmachen und England das gleiche mit der Flotte tut, kommt das Deutsche Reich in Zugzwang, mobilisiert später aber schneller und greift als erstes Frankreich an. Dabei läßt die deutsche Heeresleitung einen Teil der Truppen durch das neutrale Belgien aufmarschieren. Daraufhin erklärt England dem Deutschen Reich den Krieg. Dem folgen Kriegserklärungen Englands, Frankreichs und Rußlands an die Türkei. Als nächstes klinkt sich Japan ein, das dem Deutschen Reich den Krieg erklärt, um dadurch Deutschlands Kolonien im Pazifik zu erwerben. Und Italien – zunächst im Bund mit Deutschland und Österreich-Ungarn – wechselt 1915 auf die andere Seite, erklärt seinen Bündnispartnern ebenfalls den Krieg, um seine Grenzen von Süden her bis zum Kamm der Alpen vorzuschieben. So bleibt die Konstellation bis zum Kriegseintritt der USA im Jahre 1917. Es kämpfen Österreich-Ungarn, Deutschland und die Türkei gegen Großbritannien, Frankreich, Rußland, Japan und Italien. Die Balkanländer schlagen sich teils zur einen, teils zur anderen Seite.

Die Kettenreaktion vom Juli 1914

Als am 28. Juni 1914 Habsburgs Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand von einem großserbischen Attentäter ermordet wird, ist die ganze Welt zunächst empört und auf der Seite Habsburgs. Nur die Zeitungen in Serbien verherrlichen den Mord.[38] In dieser Lage versichert Kaiser Wilhelm II. – wie schon erwähnt - Österreich-Ungarn die „unbedingte Bündnistreue“ Deutschlands. Der Kaiser handelt damit zwar vertragskonform, doch die Zusicherung ist auch ein falsches und gefährliches Signal. Habsburg, das zunächst zögert, energisch gegen Serbien vorzugehen, verschärft nun mit der deutschen Zusicherung im Rücken seinen Ton gegen die serbische Regierung. Doch inzwischen ist die weltweite Empörung über den Mord in Sarajewo weitgehend abgeklungen, und die alten Parteinahmen der Staaten untereinander greifen wieder.

[38] Gebhardt, Band 4/1, Seite 42

In Deutschland rechnet man zunächst nicht mit dem Schlimmsten. Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der Staatssekretär (Minister) des Auswärtigen von Jagow, der Generalstabschef von Moltke und der Chef der Marineleitung von Tirpitz, sie alle treten in diesen Tagen ihren zu der Zeit vorgesehenen Urlaub an und verlassen die Reichshauptstadt Berlin[39]. Keiner von ihnen glaubt ernstlich, daß sich aus dieser neuen Balkankrise ein großer Krieg entwickeln könnte. Weder das Heer noch die Marine werden angewiesen, irgendwelche Vorbereitungen für einen Krieg zu treffen. Sogar die Presse wird gebeten, nichts über Kriegsgefahr zu schreiben. Auf eine deutsche Absicht, Krieg zu führen, gibt es in diesem „heißen" Sommer 1914 nicht den geringsten Hinweis.

Anders verhält es sich in England. Dort trifft man in aller Stille Vorbereitungen für den Fall, daß sich aus der Serbien-Krise ein Krieg entwickeln sollte. Marinestaatssekretär Churchill und der Erste Seelord Prinz von Battenberg ordnen für die Zeit vom 15. bis 25. Juli eine Mobilmachungsübung der Flotte an[40]. Das heißt, die Royal Navy wird schon kriegsbereit gemacht, ehe der Funke auf dem Balkan überschlägt. Am Ende jener Übung wird nicht demobilisiert[41]. Die Flotte bleibt auf dem Sprung, um gegebenenfalls die versprochenen sechs Heeresdivisionen nach Nordfrankreich einzuschiffen. England, fernab und nicht bedroht, bereitet seinen Teil am Kriege gegen Deutschland vor, noch ehe Habsburg mit seinem Ultimatum an Serbien Öl ins Feuer gießt, und noch ehe das Deutsche Reich mobil macht oder irgendjemand einen Krieg erklärt. Die Briten haben damit 14 Tage Vorsprung vor der Mobilmachung der deutschen See- und Landstreitkräfte. Erst zwei Wochen nach dieser inoffiziellen Vorbereitung auf den Krieg verkündet England am 2. August offiziell die Mobilmachung der Flotte und wahrt damit den Schein.

Wien verschärft derweil die Gangart gegenüber der serbischen Regierung. Die berät sich mit der russischen in Petersburg. In dieser angespannten Lage weilen vom 20. bis 23. Juli auch der französische Staatspräsident Poincaré und sein Ministerpräsident Viviani in Sankt Petersburg auf einem seit langem anberaumten Staatsbesuch. Beide nutzen die Gelegenheit, den Französisch-Russischen Zweibund von 1894 gegen Deutschland zu bekräftigen[42]. Sie sichern den Russen ihre Bündnistreue für den Fall des Krieges zu. So steht dem Leichtsinn Wilhelms II. mit seiner Bündnistreueerklärung an Habsburg der gleiche Leichtsinn Poincarés mit solch einer Zusicherung an Rußland gegenüber.

Am 23. Juli stellt Habsburg den Serben ein 48-Stunden-Ultimatum, in dem verlangt wird, jede anti-österreichische Hetzpropaganda in Serbien zu unterbinden, österreichische Organe bei der Terrorbekämpfung in Serbien zuzulassen und österreichische Beamte zu den gerichtlichen Untersuchungen des Sarajewo-

---

[39] Binder, Seite 48
[40] Frost, Seite 22
[41] Hinweis bei Churchill-Memoiren, Seite 424
[42] dtv Geschichte, Seite 122

Mordes hinzuzuziehen. Die letzten beiden Forderungen gehen der serbischen Regierung zu weit. Die Russen, die nun sicher sind, daß die Franzosen im Falle eines Krieges auf ihrer Seite stehen, beschließen am 25. Juli ihrerseits, Serbien zu unterstützen. Sie geben der serbischen Regierung ein Hilfsversprechen. Die lehnt daraufhin das Wiener Ultimatum mit einer teils abweisenden und teils entgegenkommenden Note ab und macht die serbische Armee mobil. Dem folgt noch am gleichen Abend die Teilmobilmachung der Österreich-ungarischen Streitkräfte gegen Serbien.

Es ist die Arroganz der Macht, mit der das große Österreich-Ungarn 1914 den Versuch macht, dem kleinen, doch souveränen Serbien österreichische Beamte und Organe zur Terrorbekämpfung aufzuzwingen. Man kann den Vorgang allerdings auch anders sehen. Der Habsburger Regierung reicht es 1914 nicht, den Mord gerichtlich zu verfolgen und die großserbische Bewegung auf dem eigenen Boden zu bekämpfen. Es ist für Habsburg eine Lebensfrage, den Rückhalt der Bewegung und des Terrors in Serbien zu zerbrechen, so wie es 2001 für die Amerikaner unumgänglich ist, den Terrorismus außerhalb des eigenen Landes zu bekämpfen.

Bemerkenswert ist die Reaktion des deutschen Kaisers, als er den Text der serbischen Antwort vom 25. Juli 1914 in den Händen hält. Er urteilt: „... Damit fällt jeder Kriegsgrund fort. ... Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung befohlen“.[43]

Vom 26. bis zum 31. Juli versuchen Deutschland und England mehrfach zu vermitteln. London schlägt eine Balkankonferenz vor. Kaiser Wilhelm II. bemüht sich am 27. Juli vergeblich, die Höfe in Petersburg und Wien zu bewegen einzulenken. Wien erklärt daraufhin lediglich, daß es bei diesem Streit mit Belgrad nicht die Absicht hege, serbisches Territorium zu erwerben. Trotz aller deutschen und englischen Bemühungen erklärt Habsburg am 28. Juli 1914 den Krieg an Serbien. Jetzt handelt auch der Hof in Petersburg. Am 29. mobilisiert Rußland 13 Armeekorps an den Grenzen zu Österreich-Ungarn. Am gleichen Tag bittet die Regierung in London die in Berlin, noch einmal in Wien zu intervenieren. Das britische Außenministerium teilt dabei aber bereits mit, daß England nur so lange neutral zu bleiben gedenke, wie Frankreich nicht am Krieg beteiligt sei[44]. Das ist die erste leise Drohung an die Adresse Deutschlands, denn mit Österreich kann Großbritannien schließlich keinen Seekrieg führen. England steht „Gewehr bei Fuß“ gegen Deutschland, das verrät dieser frühe Hinweis auf die Bereitschaft, an der Seite Frankreichs Krieg zu führen. Das ist seit der Marokkokrise von 1911 die zweite Drohung in drei Jahren.

[43] Binder, Seite 49
[44] Binder, Seite 42

Am 30. Juli gibt es aus Deutschland zwei entgegengesetzte Impulse. General von Moltke, Chef des deutschen Generalstabs, sieht die militärische Gefahr, die aus dieser Krise für das Deutsche Reich erwachsen kann. Wenn es zum Kriege kommen und Rußland plus Frankreich auf der Seite Serbiens kämpfen sollten, wäre es für Deutschland überlebenswichtig, daß die österreichisch-ungarische Armee kriegsbereit ist und die Russen bindet. So drängt von Moltke seinen österreichischen Kameraden, General von Hötzendorf, aus rein militärischen Erwägungen, die Allgemeine Mobilmachung der Truppen Österreich-Ungarns zu beschleunigen. Am gleichen Tag rät Kanzler Bethmann Hollweg dem österreichischen Außenminister Graf Berchtold dringend, vom Krieg mit Serbien abzulassen. Und auch an diesem Tag versucht Kaiser Wilhelm II. ein weiteres Mal, seinen Vetter Zar Nikolaj II. vom Kriege abzubringen. Er bittet ihn eindringlich, die Teilmobilmachung vom Vortag zurückzunehmen. Der Zar lenkt zunächst ein, fügt sich dann aber doch dem Druck seines Außenministers und der Kriegspartei im eigenen Lande. Nun macht Rußland sogar total mobil, das heißt, auch gegenüber Deutschland. Jetzt versucht die deutsche Seite es noch einmal mit härteren Bandagen. Am 31. Juli läßt Kaiser Wilhelm II. in Sankt Petersburg ein Ultimatum überreichen, mit dem die russische Regierung aufgefordert wird, die Mobilmachungsbefehle binnen zwölf Stunden zurückzuziehen, anderenfalls – so heißt es in der Note – sei der Kriegszustand zwischen Deutschland und Rußland unvermeidlich. Die russische Regierung geht darauf nicht mehr ein. Sie hat den Angriff ihrer Truppen gegen Deutschland offensichtlich bereits angeordnet. Am 1. August um 19 Uhr, nach Ablauf des Ultimatums, überreicht der deutsche Botschafter in Petersburg die deutsche Kriegserklärung[45] und zeitgleich überschreiten die ersten russischen Kavallerieverbände die deutsche Grenze.

Die Entfernung zwischen Petersburg und der deutsch-russischen Grenze in Ostpreußen und der Dienstweg zwischen dem Hof des Zaren und den russischen Schwadronschefs in ihren Aufmarschräumen an der Grenze sind – vor allem damals – viel zu weit, als daß ein Angriffsbefehl binnen einer oder auch nur weniger Stunden von da nach dort hätte durchgegeben werden können. Der Befehl zum Angriff und damit zur Kriegseröffnung gegen das noch immer abwartende Deutschland ist in Sankt Petersburg ohne jeden Zweifel schon vor der deutschen Kriegserklärung erlassen worden. Damit hat Rußland mit dem Krieg begonnen, und Deutschland hat ihn zuerst erklärt. In Versailles, vier Jahre später, werden die deutschen Kriegserklärungen als wesentlicher Teil der deutschen Alleinkriegsschuld gewertet. So darf es nicht wundern, daß Hitler 1939 daraus die Lehre zieht und eine Kriegserklärung unterläßt.

Der 30. Juli ist ein schicksalsschwerer Tag gewesen. Kaiser Wilhelm II. versäumt es, an jenem Krisentag die Tätigkeiten von Kabinett und Militär zu bündeln und den Chef des Generalstabs auf seine Friedens-Linie festzulegen. Doch der Gene-

[45] Ploetz, Volksausgabe, Seite 387

ralstabschef Graf Moltke, der hier ohne Weisung seines Kaisers handelt, schätzt die Entscheidungen am Zarenhofe richtig ein. Daß die Zuspitzung zwischen Österreich und Rußland an diesem 30. Juli ohne das Drängen Moltkes bei Hötzendorf unterblieben wäre, ist im nachherein weder zu beweisen noch zu widerlegen. Die Würfel für den Krieg sind am Hof des Zaren politisch offensichtlich schon gefallen.

Mit dieser am 1. August 1914 so plötzlich eingetretenen Entwicklung steht Deutschland unversehens vor der Gefahr, zwischen zwei Fronten zu geraten. Die zwei großen Nachbarn im Osten und im Westen sind seit 1894 vertraglich gegen das Deutsche Reich verbunden. Ein Krieg nach zwei Seiten ist für Deutschland eine existentielle Bedrohung, zumal da Deutschland zu der Zeit noch immer nicht mobilgemacht hat. Die Reichsregierung fragt deshalb noch am 31. Juli in Paris an, wie Frankreich gedächte, sich in einer russisch-deutschen Auseinandersetzung zu verhalten. Die französische Regierung hält die deutsche hin und antwortet vieldeutig: „man werde den französischen Interessen entsprechend handeln“[46]. Das kann Frieden heißen oder Krieg um Elsaß-Lothringen. Paris weicht dem offenkundigen deutschen Wunsch nach weiterem Frieden zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich aus und bereitet sich statt dessen auf den Krieg mit Deutschland vor. Die französische Regierung ordnet am 1. August die Mobilmachung der Streitkräfte an.

Deutschland hängt nun schon vier Tage hinter der Teilmobilmachung und drei Tage hinter der Generalmobilmachung in Rußland her. Die Zeit wird knapp. Die Tage, in denen der Kaiser und die Reichsregierung versucht haben, zwischen Habsburg und Rußland zu vermitteln, fehlen nun für die eigenen Vorbereitungen auf einen Krieg. Das Deutsche Reich kann sich ein weiteres Warten nicht erlauben. Nach Eingang der schlechten Nachricht aus Paris, daß Frankreich nicht zusagt, neutral zu bleiben und nach dem Bekanntwerden der französischen Generalmobilmachung am 1. August verkündet auch die Reichsregierung die Mobilmachung der deutschen Truppen. Deutschland hat nicht die Kräfte, gegen Rußland und Frankreich zur gleichen Zeit zu kämpfen. Es kann das vor allem nicht aus der Defensive gegen zwei zusammen zahlenmäßig überlegene Gegner. Es kann nicht warten, bis der eine Feind „von vorne“ und der andere Feind „von hinten“ kommt. Derart in der Zange bleibt den Deutschen nur der Ausweg, den zwei Gegnern zuvorzukommen und sie nacheinander anzugreifen und zu schlagen. Deutschland kann entweder zuerst alleine Rußland angreifen. Das würde – so schätzt man in Berlin – lange dauern und die derweil nur schwach besetzte Westgrenze der Gefahr eines französischen Angriffs aussetzen. Oder Deutschland kann zuerst versuchen, Frankreich zu besiegen, was man in relativ kurzer Zeit zu schaffen glaubt, und sich dann erst gegen Rußland wenden. So ist die Einschätzung der eigenen Möglichkeiten vor dem Ersten Weltkrieg in Berlin, und so

[46] Binder, Seite 56

hat der deutsche Große Generalstab seine Aufmarschpläne für diesen schlimmsten Fall der Fälle vorbereitet.

Daß die Befürchtungen des deutschen Generalstabs nicht aus der Luft gegriffen sind, zeigt sich zu Kriegsbeginn, als sich erweist, daß Frankreichs Truppen nicht nur zur Verteidigung des eigenen Landes aufmarschieren, sondern von Anfang an auch für einen Angriff gegen Deutschland mit einer Offensive in Richtung auf den Oberrhein[47]. Da Frankreich ab dem 1. August mobil macht, die Vorbereitungen zum Krieg trifft, offensichtlich darauf wartet, daß die deutschen Truppen in Richtung Rußland abmarschieren und sich weigert, seine Neutralität zu erklären, muß man in Deutschland damit rechnen, daß Frankreich losschlägt, sobald sich Rußland regt. So ist der strategisch schlimmste Fall für Deutschland eingetreten. Am 3. August erklärt Berlin Paris den Krieg, um nicht später selbst in Frankreichs Falle zu geraten.

Gleichzeitig mit der Kriegserklärung fragt Berlin in Brüssel an, ob die belgische Regierung einen Durchmarsch deutscher Truppen gegen Frankreich durch belgisches Gebiet gestatten würde. Berlin garantiert dabei die Unversehrtheit des belgischen Gebiets und sagt zu, dem Staat Belgien alle Durchmarschkosten zu bezahlen und etwaige Schäden zu ersetzen. Die belgische Regierung lehnt das ab.

Die Nutzung belgischen Gebiets für einen eigenen Aufmarsch in einem befürchteten Krieg mit Frankreich oder sogar mit Frankreich und England ist auf deutscher Seite seit langem gedanklich in alle Verteidigungsvorbereitungen einbezogen worden. Der Große Generalstab geht von der Annahme aus, daß sich auch Engländer und Franzosen in einem Krieg nicht scheuen werden, gegen Deutschland durch Belgien, Luxemburg und Holland aufzumarschieren. So ist die komplizierte Aufmarschplanung der deutschen Heerestruppen für den Kriegsfall unter Einbeziehung des belgischen Eisenbahnnetzes vorgenommen worden. Dies vor allem deshalb, weil man sich deutscherseits die größten Erfolgschancen gegen das französische Heer durch eine Nordumfassung entlang der Kanalküste ausgerechnet hat. Und der Weg nach Nordfrankreich führt nun einmal durch Belgien. Dieser Aufmarschplan des Großen Generalstabs ist zwar außenpolitisch töricht und ihn dann auch noch gegen den Willen der belgischen Regierung durchzusetzen, ist ein Völkerrechtsverstoß. Doch militärisch verspricht der Plan Erfolg zum Schutz des eigenen Landes, vor allem, wenn Deutschland zur gleichen Zeit nach zwei Seiten um seine Existenz kämpfen muß.

Dem Einmarsch der deutschen Truppen in das neutrale Belgien am 3. August 1914 geht ein diplomatisches Pokerspiel voraus, in dem London und Berlin mehr auf Vorteil denn auf Frieden setzen. Schon in der Nacht vom 28. auf 29. Juli versucht der deutsche Reichskanzler von Bethmann Hollweg Englands Absicht für den Fall auszuloten, daß sich der Balkankonflikt auf Frankreich und Deutschland

---

[47] Ploetz Volksausgabe, Seite 388

ausweiten sollte. Von Bethmann Hollweg bestellt den englischen Botschafter in Berlin, Sir Goschen, zu sich und erklärt ihm, daß Deutschland mit England Frieden halten wolle und im Falle einer Ausweitung des Krieges auf Frankreich keine Gebietserwerbungen auf französische Kosten beabsichtige. Außerdem deutet von Bethmann Hollweg an, daß Deutschland je nach Frankreichs Verhalten gezwungen sein könnte, Belgiens Neutralität für eine begrenzte Dauer zu verletzen[48]. Auf die Frage nach Englands Haltung und Verhalten antwortet Botschafter Sir Goschen, daß sich seine Regierung zu diesem Zeitpunkt noch nicht festlegen wolle.

Am Tag nach dem Gespräch Bethmann Hollwegs mit Sir Goschen beginnt der britische Außenminister Sir Grey ein dunkles Doppelspiel. Er informiert nacheinander den deutschen und den französischen Botschafter in London über Englands Haltung. Dem deutschen, Fürst Lichnowsky, teilt er mit, daß sein Land gedenkt, nur neutral zu bleiben, solange sich der Krieg auf Rußland und Österreich beschränkt. Wenn aber Deutschland und Frankreich in diesen Krieg hineingezogen würden, könne England nicht mehr lange abseits stehen. Den Franzosen, Botschafter Cambon, läßt er verklausuliert das gleiche wissen[49], so daß die französische Regierung mit Englands Waffenhilfe rechnen kann. Grey gibt Frankreich auf diese Weise diskret englisch zu verstehen, daß es im Streit der Russen, Österreicher und Serben freie Fahrt zum Krieg mit Deutschland hat. Es kann sich – so drückt das Grey aus – getrost in einen Krieg „hineinziehen“ lassen.

Tags darauf spitzt sich die Lage für die Deutschen weiter zu. Am 30. Juli macht Rußland generalmobil. Deutschland steht infolge des Vertrags mit Österreich-Ungarn automatisch gegen Rußland. Frankreich hat einen Vertrag mit Rußland und steht damit gegen Deutschland. In London weiß man, daß das Deutsche Reich nun in der Klemme steckt und zur eigenen Rettung höchstwahrscheinlich Belgiens Neutralität verletzen muß. Das ist Englands Eintrittskarte in den Krieg. In dieser deutschen Zwickmühlensituation, am 31. Juli, fordert die britische Regierung die deutsche und die französische auf, Belgiens Neutralität zu achten. Frankreich sichert das den Briten sofort zu. Deutschland fragt zurück, ob England seinerseits Neutralität und Frieden gegenüber Deutschland wahren werde, wenn es auf den Durchmarsch durch belgisches Gebiet verzichte. Nun hätte es England in der Hand gehabt, die Belgier vor dem deutschen Durchmarsch zu bewahren. Doch London, das seine Kriegserklärung an das Deutsche Reich drei Tage später mit der deutschen Verletzung der belgischen Neutralität begründet, ist nicht bereit, dem Krieg, der sich zusammenbraut, zugunsten Belgiens fernzubleiben. Außenminister Grey sagt auf diesem Höhepunkt der Krise weder Neutralität noch Frieden zu[50]. Die englische Regierung will die Chance nicht vergeben, das Deutsche

[48] Stegemanns, Seite 361
[49] Stegemanns, Seite 359
[50] Stegemanns, Seite 363

Reich erst mit Hilfe der Franzosen und der Russen im Landkrieg zu besiegen und dann aus den Märkten, aus den Kolonien und dem Flottenbau zu drängen.

Am 1. August 1914 tritt der schlechteste Fall der Fälle für die deutsche Seite ein. Der Krieg mit Rußland hat sich nicht verhindern lassen. Die ersten russischen Verbände stehen bereits auf ostpreußischem Gebiet. In Frankreich wird mobil gemacht und Deutschland in der Zange kann nicht weiter warten. Die konkrete Existenzbedrohung für das Reich zwingt Kaiser, Kanzler und den Großen Generalstab, von dem umstrittenen Aufmarschplan durch Belgien notfalls ohne Billigung der Belgier Gebrauch zu machen.

Am 2. August fragt die deutsche die belgische Regierung ultimativ um die Erlaubnis, Truppen durch belgisches Gebiet nach Nordfrankreich marschieren lassen zu dürfen. Die Belgier lehnen ab. Inzwischen sind die Würfel in London längst gefallen. An diesem 2. August, noch ehe deutsche Truppen belgisches Gebiet betreten, gibt England die Mobilmachung seiner Flotte offiziell bekannt. Die Flotte steht allerdings seit der Mobilmachungsübung am 25. Juli schon insgeheim bereit. Am gleichen Tag, dem 2. August, teilt der englische Außenminister Grey der französischen Regierung mit, daß die britische Flotte der französischen zu Hilfe kommen werde, falls die deutsche mit feindlichen Handlungen gegen die französische beginnen werde[51]. Außerdem hatte England den Franzosen bereits 1911 sechs Heeresdivisionen für den Fall des Krieges heimlich zugesagt. So ist Großbritannien am 2. August schon kriegsbereit und festgelegt. Als i-Punkt in diesem Intrigenspiel stellt sich Minister Grey am Tag danach, dem 3., vor das Unterhaus in London und erklärt den offensichtlich ahnungslosen Abgeordneten, England habe sich in Bezug auf den in Europa beginnenden Krieg bisher in keiner Weise festgelegt[52].

Als deutsche Truppen am 3. August beginnen, durch Belgien gegen Frankreich vorzugehen, stellt London Berlin ein Ultimatum und verlangt, die Truppen unverzüglich aus Belgien zurückzuziehen. Deutschland kann auf den Durchmarsch durch das neutrale Land jetzt allerdings nicht mehr verzichten und setzt den Aufmarsch fort. Dem folgt am Tag darauf, am 4. August, die Kriegserklärung Englands an das Deutsche Reich.

England und Deutschland haben sich gegenseitig, was die belgische Neutralität betrifft, in den letzten sieben Tagen vor dem Kriegsbeginn je einmal eine Brücke zum Frieden gebaut. Doch Deutschland wollte ohne Englands Neutralitätserklärung seinen militärischen Vorteil gegenüber Frankreich nicht verlieren, und England wollte zum Schluß nicht auf seine Chance verzichten, an einem Kriege gegen Deutschland teilzunehmen. So wird aus der serbisch-österreichischen Auseinandersetzung auf dem Balkan in nur fünf Wochen ein europaweiter Krieg.

---

[51] Stegemanns, Seite 366
[52] Grenfell, Seite 25

Wie groß die Skrupel der deutschen Reichsregierung sind, Belgiens Neutralität zu verletzen, drückt Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 4. August vor dem Reichstag aus:

> *„So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht – ich spreche offen – das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut“.*[53]

Die Kriegsschuld 1914

Deutschland verfolgt 1914 keine eigenen Kriegsziele. Es hat allerdings durch Kaiser Wilhelm II. frühe und bedingungslose Rückendeckung für Österreich zum Kriegsausbruch beigetragen. Doch nach dieser ersten unbedachten Äußerung von Bündnistreue versuchen Kaiser und Regierung nacheinander erst die Russen, dann die Franzosen und zum Schluß die Briten von einem Kriege miteinander abzubringen. Rußland will nicht demobilisieren. Frankreich lehnt es ab, sich mit Deutschland auf Gegenseitigkeit in Ruhe zu lassen, und England denkt nicht daran, Deutschland für die Schonung Belgiens Frieden zuzusichern. Die deutsche Kriegserklärung an die Russen ist die Konsequenz des vergeblichen Versuchs, Rußland zur Mäßigung zu zwingen. Die Kriegserklärung an Frankreich und der Bruch der belgischen Neutralität sind die fast zwangsläufigen Folgen des ersten Schrittes gegenüber Rußland. Die Gründe, die Deutschland für den Ersten Weltkrieg liefert, liegen tiefer. Es sind dies die Übernahme Elsaß-Lothringens 1871, die Wirtschafts- und Handelsexpansion, das Flottenbauprogramm, die Bagdadbahn und die deutschen Erdölforderkonzessionen in dem Land, das heute Irak heißt.

Rußland setzt 1914 bewußt auf Krieg. Innerstaatliche Probleme, die Chance bei einem Sieg den erhofften Zugang zum Mittelmeer zu gewinnen und das angemaßte Patronat über alle Slawenvölker, verleiten die russische Regierung, Serbien offen gegen Österreich-Ungarn zu unterstützen, mobil zu machen und ohne Warnung oder Kriegserklärung in Deutschland einzumarschieren.

Frankreichs Kriegsziel seit 1871 ist, sich Elsaß-Lothringen zurückzuholen. Es schafft vor dem Krieg diplomatisch das, was Deutschland aus einem Mangel an Einsicht und Vermögen unterläßt. Frankreich sucht sich Verbündete für eine Auseinandersetzung, die sich irgendwann in Zukunft – so nimmt man in Paris an – mit dem Deutschen Reich ergeben wird. Frankreich stellt – wie man das nennt – die Verbündeten zur Schlacht. Der französische Bündnispolitik wohnt

[53] Binder, Seite 62

eine Sprengkraft inne, die 1914 explodiert. Frankreich nimmt Deutschland mit dem Französisch-Russischen Zweibund so in eine Zange, daß das Deutsche Reich bei Spannungen und Kriegsgefahr mit Frankreich oder Rußland gezwungen wird, militärisch den ersten Schritt zu tun, wenn es dem Risiko des eigenen Untergangs mit einiger Chance auf Erfolg entgehen will. Frankreichs Zange und Deutschlands Zugzwang wären im Falle einer Krise wie 1914 nur zu lösen, wenn Frankreich oder Rußland dann erklärten, daß sie nicht zu den Waffen greifen wollten. Im Sommer 1914 aber wollen weder Frankreich noch Rußland Frieden halten. Beide haben ihre „Beute“ fest im Auge. Frankreichs Zusage an die russische Regierung im Jahre 1912, es in jedem Falle militärisch zu unterstützen[54] und Poincarés Besuch in Petersburg am 20. Juli 1914 verleiten die „Kriegspartei“ in Rußland, Ende Juli 14 gegenüber Deutschland hoch zu pokern. Frankreich nutzt die von ihm selbst bestärkte harte Haltung Rußlands und ergreift die Chance, die sich mit der deutschen Anfrage zur eigenen Neutralität ergibt. Es weigert sich, der deutschen Reichsregierung Frieden zuzusichern, macht weiterhin mobil und zwingt die Deutschen, sich entweder zur Abwehr Rußlands nach Frankreich hin von Truppen zu entblößen oder selber schnellstmöglich den Krieg mit Frankreich zu eröffnen. So heftet Frankreich Deutschland in einer wahren „Meisterleistung“ die Schuld der Kriegseröffnung an.

England drängt nicht direkt zum Krieg, doch es glaubt, seine Weltmarktposition, sein Kolonialreich und die Seeherrschaft, die beides schützt, gegen den Machtzuwachs des Deutschen Reichs verteidigen zu müssen. Die britische Regierung treibt ein auf lange Zeit hin angelegtes Doppelspiel und nutzt die Chancen, die sich daraus ergeben. London vermittelt bei allen Krisen in Marokko und allen Balkanstreitigkeiten – so auch 1914 – und stärkt dabei Frankreich den Rücken gegenüber Deutschland. Zur Außenpolitik der Briten gehören auch die Zusage von 1911, Frankreich notfalls mit sechs Heeresdivisionen gegen Deutschland beizustehen und die Versicherung vom 2. August 1914, daß Englands Flotte auf der Seite Frankreichs kämpfen werde. Diese zwei geheimen Zusicherungen der Waffenbrüderschaft in einem eventuellen Krieg haben die gleiche verhängnisvolle Wirkung wie Kaiser Wilhelms II. „Blankoscheck“ an Österreich-Ungarn. Frankreich pokert hoch und riskiert den Krieg um Elsaß-Lothringen.

Als Deutschland in der Klemme zwischen Rußland und Frankreich steckt und England um Neutralität und den Fortbestand des Friedens bittet, weigert sich die britische Regierung, beides zuzusagen. Sie weigert sich auch dann noch, als Deutschland dafür bietet, auf den Durchmarsch durch Belgien zu verzichten. England wartet statt dessen, bis Deutschland den Versuch macht, der eigenen Gefahr durch einen Angriff auf Nordfrankreich mit Anmarsch durch das neutrale Belgien zu entkommen. Dann schnappt die Falle Englands zu. Großbritannien

[54] Grenfell, Seite 84

erklärt dem Deutschen Reich den Krieg, weil es die Neutralität der Belgier verletzt. So steht England in einer völkerrechtlich einwandfreien Position da, auch wenn es bewußt auf indirekten Wegen die Konstellation für diesen Kriegsausbruch mit angelegt hat. Großbritannien nutzt die Kettenreaktion der sich überschlagenden Ereignisse im Juli 1914, um der deutschen Konkurrenz, dem „Made in Germany" und dem Flottenbauprogramm im Deutschen Reich ein Ende zu bereiten.

Amerika steht 1914 noch auf Distanz zum Mächtespiel der Europäer. Die Regierung, der Kongreß und die Bevölkerung gedenken, ihr Land aus diesem Krieg in Übersee herauszuhalten. Doch schon zu Kriegsbeginn gibt es auch in den Staaten Persönlichkeiten von nicht geringem Einfluß, die das anders sehen, zum Beispiel Mahan und Roosevelt. Admiral Mahan beeinflußt seit etwa 20 Jahren das strategische Denken vieler politisch Interessierter in den USA[55], und Franklin D. Roosevelt, der sein Land später in und durch den Zweiten Weltkrieg führt, ist zu der Zeit stellvertretender Marineminister. Mahan schreibt Roosevelt zwei Wochen nach dem Kriegsausbruch am 13. August:

> *„Deutschlands Prozedur besteht darin, (seine Gegner) durch konzentrierte Vorbereitung und ungestüme Triebkraft schlagartig zu überwinden. Sollten die Deutschen Frankreich und Rußland zu Lande besiegen, würden sie eine Atempause gewinnen, die sie in die Lage versetzen könnte, eine Seemacht vergleichbar mit England aufzubauen. In diesem Falle würde die Welt mit einer Seemacht konfrontiert werden. ... voller gierigen und expansiven Ehrgeizes."* [56]

Die Bombe, die erst drei Jahre später gegen Deutschland losgeht, tickt also schon in einigen Köpfen.

Keine der 1914 beteiligten Regierungen überblickt im Juli 14 das Ausmaß der europäischen Katastrophe, zu der sie beiträgt. Keine der Regierungen – abgesehen von der belgischen – bemüht sich in aller und letzter Konsequenz, den Frieden zu erhalten. Großbritannien und das Deutsche Reich versuchen zwar mehrfach, zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln. Doch die Regierungen und Repräsentanten beider Länder ermutigen die kriegsbereiten Staaten Frankreich und Österreich-Ungarn durch unbedachte Zusagen und geheime Absprachen zu verantwortungslos riskantem Handeln. Und Frankreich verleitet Rußland zu dessen unnachgiebiger Haltung. Überdies nehmen Frankreich und England den Krieg wegen der erwarteten „Mitnahmeeffekte" bewußt und billigend in Kauf. Beide bereiten sich bei Zeiten militärisch darauf vor, die heraufziehenden deutsch-russischen Verstrickungen für sich zu nutzen, ohne selber als Aggressor dazustehen. Österreich-Ungarn, Serbien und Rußland steuern direkt und bewußt auf diesen Krieg zu, auch wenn man in Wien zunächst nur an eine Strafaktion gegen die Serben denkt. So ist der Schuldanteil der Staaten am Entstehen dieses

---

[55] Admiral Mahan schreibt 1889 das Buch „The Influence of Sea Power upon History"
[56] Bavendamm, Roosevelts Weg *zum* Krieg, Seite 564

Ersten Weltkriegs höchst verschieden. Im Vergleich geht die Last der Verantwortung für die Katastrophe von 1914 zu geringsten Teilen auf das Konto der Briten und der Deutschen.

Der spätere englische Ministerpräsident Lloyd George hat die Ereignisse vom Juli 1914 mit den Worten kommentiert:

„*The nations slithered over the brink into the boiling cauldron of war*".[57].
Wörtlich übersetzt: „Die Völker sind in den Siedekessel des Krieges hineingerutscht".

Die Gemengelage von Motiven, Fehlhandlungen und Schuld, die zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs fuhrt, wird im Nachkriegsdeutschland in den 20er und 30er Jahren durchaus durchschaut. So ist es unausweichlich, daß im Reichstag 1920 keine der Parteien von links bis rechts das Diktum der „Alleinschuld" akzeptiert, das die Sieger dem deutschen Volke auferlegen. Zudem greift die Last der Reparationen, die die Siegerstaaten ab 1919 mit dieser „Alleinschuld" begründen, so tief in das Leben und in den Alltag aller Deutschen ein, daß die Revision von „Alleinschuld" und Versailler Vertrag zum erklärten Ziel und zum Konsens aller Parteien und politischen Gruppierungen im Nachkriegsdeutschland werden. So ergibt sich aus der Unhaltbarkeit der Alleinschuldthese, daß die auf ihr gebaute europäische Nachkriegsordnung bald zusammenbricht und innerhalb von nur zwei Jahrzehnten zu einem neuen Weltkrieg führt.

Der Erste Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg dauert vier Jahre und bringt Frankreich 1915/16 an die Grenze seiner Fähigkeit, ihn durchzuhalten. Der Krieg verlangt auch von den Mittelmächten schwere Opfer. So nutzen die Regierungen in Berlin und Wien die Eroberung Rumäniens durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen als eine – wie sie meinen – günstige Gelegenheit, den Gegnermächten Rußland, Großbritannien und Frankreich im Dezember 1916 einen Frieden anzubieten. Das Angebot ist allgemein gehalten und spricht vom „Frieden und Aussöhnung". Die Gegnerstaaten halten die Offerte für ein Zeichen, daß die Mittelmächte schwächer werden und antworten mit der Forderung nach „Sühne, Wiedergutmachung und Bürgschaft"[58].

Frankreich und Rußland schließen außerdem – wohl um sich gegenseitig in die Pflicht zu nehmen – einen zweiseitigen Geheimvertrag. In diesem Pakt sichern sich die beiden ihre Kriegsgewinne zu. Frankreich soll außer Elsaß-Lothringen das Saargebiet bekommen, und Deutschland links des Rheins soll abgetrennt vom Reich als Pufferstaat unter Frankreichs Oberhoheit kommen. Rußland erhält

[57] Lloyd George, Seite 32
[58] Gebhardt, Band 4/1, Seite 78

dafür die Blankovollmacht „in voller Freiheit nach seinem Belieben seine Westgrenzen festzusetzen". Es soll nach einem Sieg ganz Polen, Konstantinopel und die Dardanellen übernehmen dürfen[59]. So stößt das deutsche Friedensangebot von 1916 nicht nur ins Leere. Es verschärft auch noch die Habgier der zwei Gegner.

Kurz darauf scheitert ein weiterer Versuch, Frieden für Europa zu vermitteln. US-Präsident Wilson läßt bei den kriegführenden Parteien fragen, unter welchen Bedingungen der Krieg beendet werden könnte. Großbritannien und Frankreich stellen für Deutschland und Österreich-Ungarn unannehmbare Bedingungen, und Deutschland geht nach seiner gerade erst gescheiterten Friedensinitiative bedauerlicherweise nicht weiter auf die Botschaft Wilsons ein. Statt die Chance zu ergreifen und die Vermittlung Amerikas zu nutzen, riskiert es Deutschland, die USA in ihren U-Boot-Krieg mit England zu verwickeln.

Da Großbritannien die Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung Deutschlands über See mit einer Fernblockade seiner Flotte unterbindet, versucht auch Deutschland, England von seinem Nachschub über den Atlantik abzuschneiden. Doch das mißlingt zunächst. Zu viele britische Handelsschiffe holen – bevor sie in die umkämpften Seegebiete rund um England kommen, den Union Jack vom Mast und laufen unter amerikanischer Flagge unbehelligt in ihre Häfen weiter[60]. So setzt die Oberste Deutsche Heeresleitung ihre letzte Hoffnung, England auszuschalten und den Krieg doch noch siegreich zu beenden, auf einen uneingeschränkten U-Boot-Krieg gegen alle Zufuhr Englands über See. Dieser U-Boot-Krieg bringt England zwar in eine Krise, doch er führt zur gleichen Zeit zur Kollision mit den USA. Die Vereinigten Staaten von Amerika, obwohl offiziell neutral, stellen einen großen Teil der Transportflotte und der Einfuhrgüter für die englische Versorgung. So werden auch die „neutralen" USA und ihre Schiffe Opfer der deutschen Seekriegsführung gegen England.

Das Verhältnis der USA zu Deutschland bekommt zu der Zeit einen weiteren Dämpfer. Als Rußland 1917 als besiegtes Land aus dem Krieg ausscheidet, ist die Möglichkeit eines Sieges der Mittelmächte Deutschland, Österreich-Ungarn und Türkei nicht mehr ganz ausgeschlossen. Dies hätte Konsequenzen für die USA gehabt. England und Frankreich haben ihre Kriegskosten nach Verbrauch der eigenen Staatsfinanzen komplett durch amerikanische Banken finanzieren lassen. Bei einem Sieg Deutschlands und Österreich-Ungarns wäre die Kriegsfinanzierung Englands und Frankreichs zum verlorenen Kredit geworden und zu Lasten der Volkswirtschaft der USA gegangen. Die Aussicht, auf diese Weise zum finanziellen Verlierer eines fremden Kriegs zu werden, der uneingeschränkte U-Boot-Krieg der Deutschen und ein unvorsichtiger Versuch der Reichsregierung, Mexiko, das schon im Kriege mit den USA liegt, Unterstützung anzubie-

[59] Nitti, Seite 67 und Franz.-Russischer Vertrag vom 11.3.1917
[60] Gaffney, Seite 174

ten[61], bringen die amerikanische Regierung dazu, auf der Seite Großbritanniens und Frankreichs auch offiziell am Kriege teilzunehmen. Am 6. April 1917 erklärt Amerika dem Deutschen Reich den Krieg. Die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn folgt ein paar Tage später.

Deutschlands und Österreich-Ungarns Kräfte schwinden. Die der Gegner nehmen von nun an durch den Zustrom frischer amerikanischer Truppen ständig zu. Bis zum Oktober 1918 sind es 30 US-Divisionen[62], die nach Europa kommen und hier den Krieg entscheiden. Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei auf ihrer Seite haben keine Chance mehr, das Blatt zu wenden. Anfang 1918, als die deutschen Truppen noch unbesiegt in Frankreich kämpfen, schlägt der Präsident der USA Woodrow Wilson einen Friedensschluß zu harten, aber dennoch akzeptablen Bedingungen vor, die sogenannten „14 Wilson-Punkte". Die US-Regierung hat die Briten und Franzosen zwar zu diesem Friedensvorschlag konsultiert, doch sie nicht darauf festgelegt. So fühlen sich die Regierungen in London und Paris später nicht an Präsident Wilsons Bedingungen gebunden.

Die Hypothek der Propaganda

Die Friedensverhandlungen, die nun folgen werden, stehen neben der jeweils subjektiven Sicht der Sieger zum Grund und Anlaß dieses Krieges noch unter einer weiteren Hypothek. Die Regierungen und die Medien in England, Frankreich und den USA hatten eine Öffentlichkeitsarbeit betrieben, um ihre Wähler und Soldaten vom Sinn des Kriegs zu überzeugen, und um sie – als der Krieg hart wird – zu bewegen durchzuhalten. Die Argumente, mit denen die Massen in Frankreich, Großbritannien und Amerika „erfahren", daß sie für Recht und Gutes gegen Unrecht und böse Menschen stehen, sind recht unterschiedlicher Natur. Die „Aufklärung" dieser Art beginnt in England, wo die Londoner TIMES gut drei Wochen nach dem Kriegsausbruch in ihrer Ausgabe vom 27. August berichtet:

> *„daß ein Mann mit eigenen Augen gesehen hat, wie deutsche Soldaten einem Baby, das sich am Rock seiner Mutter festhielt, die Arme abgehackt haben".*

Am 2. September kommt die TIMES ein zweites Mal mit einer solchen Nachricht:

> *„Sie schneiden den kleinen Knaben die Hände ab, damit Frankreich keine Soldaten mehr haben soll".*

[61] Binder, Seite 96
[62] Binder, Seite 100

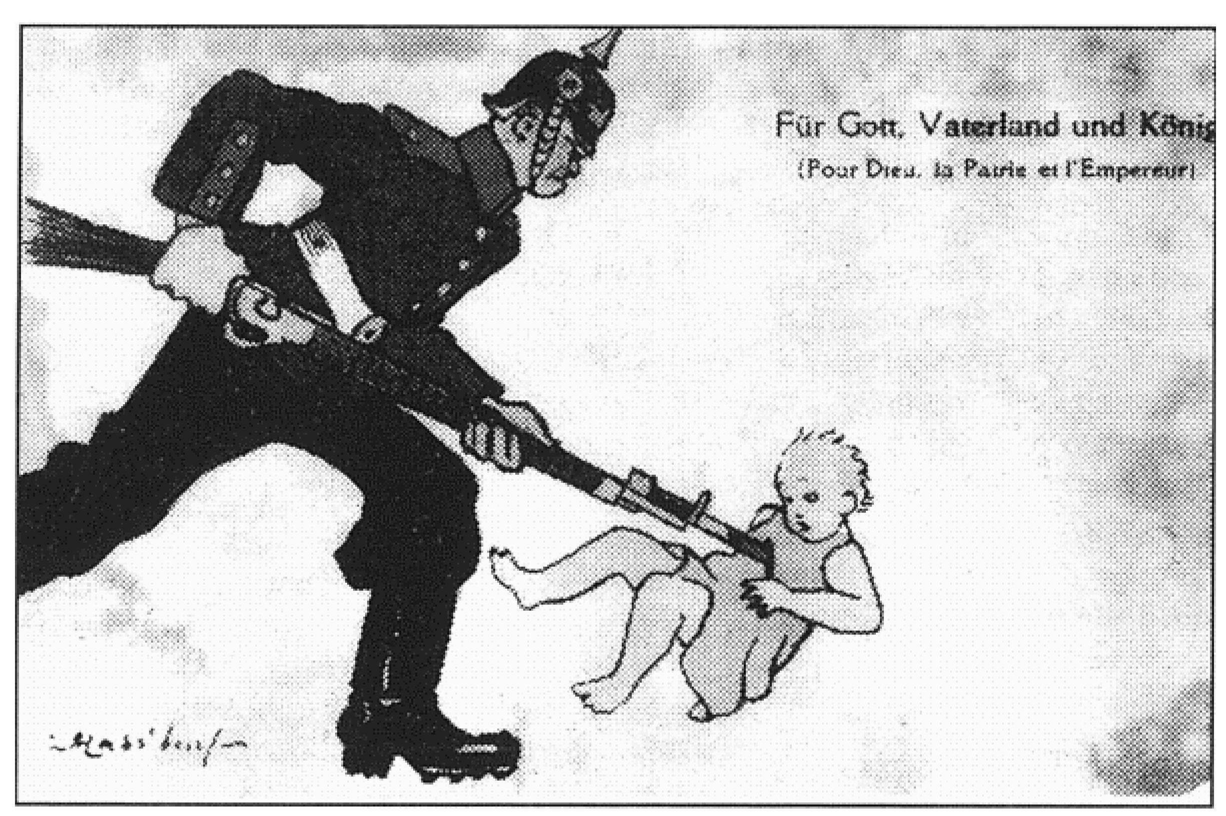


Abb. 1: Propagandabild gegen deutsche Soldaten

Seitdem blüht die Propaganda von dem „blutrünstigen Hunnen“ in den drei genannten Ländern. Nippfiguren mit Kindern, die abgehackte Arme von sich strecken, Postkarten mit deutschen Soldaten, die Bajonette in Babyleiber stoßen, Berichte über Vergewaltigung von Nonnen und dergleichen bringen Briten, Franzosen und US-Amerikaner in Wallung gegen die deutschen „Hunnen“ und „Teutonen“. Eine Untersuchung, die der Papst im Kriegsgebiet veranlaßt, bringt allerdings nicht einen einzigen solchen Fall ans Tageslicht. Francesco Nitti, ab 1919 Ministerpräsident Italiens, beschreibt in einem Buch vier Jahre nach dem Krieg, wie Frankreich, England und Italien die widersinnigsten Erdichtungen in Umlauf setzen, um den Kampfgeist ihrer Völker zu erwecken. Er schreibt:

> *„Man mußte siegen, siegen um jeden Preis. ... Um zu siegen, muß man vor allem hassen und um zu hassen, muß man dem Feind alles Hassenswerte zumuten. ... Damals malte man die Deutschen als Barbaren der Kultur, als die Wurzel aller Übel der Menschheit. Es gab keine Grausamkeit, die man ihnen nicht zuschrieb und wenn sie keine wehrlosen Frauen erschossen, hackten sie den Kindern die Hände ab. ... Vor allem ist die Legende von den abgehackten Kinderhänden während des Krieges ausgeschlachtet worden ... als unwiderleglicher Beweis der deutschen Hunnennatur. ... Nicht als ob ernsthafte Personen an all diese Legenden geglaubt hätten, aber es war doch von Nutzen, sie zu verbreiten. ... Sofort nach dem Kriege wollte ich mich der Wahrheit all dieser Anschuldigungen versichern und beauftragte mehrere meiner Freunde mit den nötigen Nachforschungen*

nach Zeit, Ort und Namen. Lloyd George hatte denselben Gedanken und verhörte auf seiner Reise in Belgien alle nur möglichen Zeugen über die schrecklichen Amputationen. Aber weder mir noch ihm ist es gelungen, auch nur einen einzigen Fall als tatsächlich festzustellen.“ [63]

Das Trommeln gegen Deutschland hört selbst dann nicht auf, als deutsche Truppen 1918 zur Vorbereitung eines Friedensschlusses aus Frankreich und aus Belgien abmarschieren. Die Briten werfen überflüssiger Weise Bomben auf die französischen Städte Saint Quentin, Roulers, Douai und Cambrai und verbreiten die Nachricht, die Deutschen verwüsteten bei ihrem Rückzug absichtlich und systematisch die bisher besetzten französischen Gebiete[64].

Der Atlantik ist für die Propaganda der Briten gegen die Deutschen keine Barriere. Die Engländer dehnen ihren Krieg mit falschen Informationen gleich nach Kriegsausbruch auf die noch neutralen USA aus. Dabei sind ihnen die Mittel ihrer Flotte und die gleiche Sprache in England und den USA besonders hilfreich. Die Royal Navy kappt die deutschen Fernmeldekabel auf dem Grunde des Atlantik und unterbricht den Nachrichtenaustausch zwischen Deutschland und Amerika. So kann England das Presse- und Meinungsmonopol in den USA besetzen, soweit das den Krieg der Europäer angeht. England überschwemmt die USA mit seiner Sicht der Dinge und mit seinem Propagandabild von Deutschland. Sir Gilbert Parker, ein englischer Pressemann, legt das im März 1918 ungeschminkt in HARPER'S MAGAZINE offen. Er schreibt

„Praktisch mit Kriegsausbruch wurde ich für die britische Öffentlichkeitsarbeit in den USA zuständig. ... Wir verteilten 360 englische Zeitungen an US-Zeitschriftenverlage. Wir stellten Kontakte zu englischen Soldaten her, arrangierten Interviews und verteilten unser Schriftgut an eine große Zahl von öffentlichen Büchereien, Vereinslokalen des CVJM, Universitäten, Colleges, Clubs und an Historische Gesellschaften.“ [65]

Ein Lord Northcliff betreibt daneben eine nach ihm benannte Stiftung in den USA mit 4.500 „publicity-agents“. So sind die Menschen in den USA und später die amerikanischen Soldaten von einem Deutschlandbild beeinflußt, das bis in den Zweiten Weltkrieg nachwirkt.

Als Woodrow Wilson 1917 die amerikanische Bevölkerung auf den Kriegseintritt der USA einstimmt, greift auch er zum Mittel, die Deutschen zum Feind der Welt, der Guten und Gerechten hochzustilisieren. Er bezeichnet den deutschen U-Boot-Krieg als „Krieg gegen alle Nationen“ und macht ihn zur „Herausforderung für die gesamte Menschheit“. Wilson ruft die Welt auf, die „unverantwortlichen und antidemokratischen Regierungen hinwegzufegen“ und schafft den schönen Slogan

„Die Welt muß für die Demokratie sicherer werden “.

[63] Nitti, Seiten 39 bis 56
[64] PAAA, Geheime Akten Krieg 1914, R 21872, Blatt 224
[65] Gaffney, Seite 10

Was der Durchschnittsamerikaner, der diese Botschaft hört, allerdings nicht weiß und 1917 auch nicht wissen kann, ist, daß die Demokratie im eigenen Land noch nicht so weit entwickelt ist wie zu jener Zeit im Deutschen Reich. Die demokratischen USA führen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht mit der „Voting rights act“ erst 1965 ein. Im von Wilson derart abqualifizierten Deutschen Reich gibt es das bereits seit 1871.

Auch Wilson greift zum Selbstbetrug, die Gegner schwarz zu malen, sie als Gefahr für die Menschheit und als böse Mächte darzustellen. Fortan dämonisiert Amerika in allen Kriegen seine Gegner. Medien und Unterhaltungsfilme überziehen die USA mit einem Propagandabild „vom Deutschen“ , das sich zu Teilen bis zum Zweiten Weltkrieg hält. Der Film „The Prussian Cur“ zum Beispiel zeigt eine Szene, in der deutsche Soldaten einen gefangenen Kanadier an einem Hoftor kreuzigen. Solche Phantasien bleiben hängen.
Wieweit die selbsterzeugten Trugbilder in den USA grassieren, zeigt das Sitzungsprotokoll des US-Kongresses vom 10. Januar 1918. Dort ist das folgende Gebet vermerkt, mit dem die Abgeordneten den Tag beginnen:

> *„Die Sitzung wird um 11 Uhr eröffnet. Pfarrer S. spricht folgendes Gebet: „Allmächtiger Gott, unser Himmlischer Vater, wir danken Dir und freuen uns, daß diese Regierung auf dem Glauben an Dich und Dein Wort gegründet ist. ... Du weißt, o Herr, daß wir in einem Kampf auf Leben und Tod mit der ehrlosesten, niederträchtigsten, habgierigsten, mißgünstigsten, blutdürstigsten, wollüstigsten und lasterhaftesten Nation stehen, die je das Buch der Geschichte beleidigt hat. Du weißt, daß Deutschland so viele Tränen der Menschheit verursacht hat, daß sich ein neues Meer damit anfüllt. Wir beten zu Dir, daß Du Deinen mächtigen Arm entblößt und die Horde hungriger, wölfischer Hunnen zurückwirfst, von deren Fängen frisches und geronnenes Blut herabläuft. ... Segne unsere Alliierten und möge der Sieg unser sein. ... Du sollst für immer gelobt sein durch Jesus Christus. Amen. “ (Es folgt das Protokoll der Debatte).*[66]

Von diesem Berg von Haß und Selbstbetrug kommen die politischen Eliten Englands, Frankreichs und Amerikas nicht mehr herunter, als sie 1919 mit den Deutschen Frieden schließen sollen. So geht es in Versailles, Saint-Germain und Trianon nicht nur um eine neue Friedensordnung für Europa. Es geht nach der bisherigen Propagandalogik nun auch um Rache und Bestrafung.

---

[66] Congressional Record, Containing the Proceedings and Debates of the Second Session of the Sixty-Fifth Congress of the United States of America-Volume LV I – Washington-Government printing Office 1918, Page 761, 762

Der Versailler Vertrag und die Ächtung Deutschlands

Anfang 1918 gibt der amerikanische Präsident Woodrow Wilson den ersten Anstoß für eine Friedenslösung, die alle Kriegsparteien akzeptieren könnten. Am 8. Januar hält er vor dem Kongreß die Rede, in der er einen 14-Punkte-Vorschlag für einen solchen Friedensschluß entwickelt[67]. Neun der vierzehn Punkte haben für das Deutsche Reich Bedeutung. Es sind dies,
1. die Abschaffung der Geheimdiplomatie,
2. die Freiheit der Meere,
3. zukünftige Rüstungsbeschränkungen,
4. die Regelung der kollektiven Ansprüche der Westalliierten Mächte, also der Entente,
5. die Räumung Rußlands durch die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn,
6. die Wiederherstellung Belgiens,
7. die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich,
8. die Errichtung eines unabhängigen Polen mit einem freien und sicheren Zugang zur Ostsee und
9. die Gründung eines Völkerbunds.
Sein Vorschlag endet mit den Sätzen:

> „*Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe und es ist nichts in diesem Programm, das sie verringert. ... Wir wünschen nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluß oder seine Macht zu hemmen. ... Wir wollen Deutschland nicht bekämpfen, weder mit Waffen noch mit feindlichen Handelsmethoden, wenn es bereit ist, sich uns und den anderen friedliebenden Nationen in Verträgen der Gerechtigkeit, des Rechts und der Fairneß anzuschließen. Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt, statt eines Platzes der Vorherrschaft. ...*“[68]

In einer weiteren Rede vor dem Kongreß am 11. Februar ergänzt Wilson, daß es bei einem Friedensschluß keine territorialen Entschädigungen und Annexionen gegen den Willen der beteiligten Bevölkerungen geben soll. Er schließt ausdrücklich Regelungen aus, „die mit der Zeit den Frieden Europas und somit der Welt stören werden“.[69]

Als sich die strategische Lage des Deutschen Reichs von August 1918 an dramatisch verschlechtert und im September ganz unhaltbar wird, fordert die Oberste Heeresleitung die Reichsregierung am 19. September und danach noch mehrmals dringend auf, Waffenstillstandsverhandlungen mit den Gegnerstaaten aufzunehmen. Die Reichsregierung und die Heeresleitung lassen sich durch Wil-

---
[67] PAAA, Akten Krieg 1914, R 21923, Blätter 12-14
[68] Wilson Papers, Seiten 538 f
[69] PAAA, R 21923, Blatt 14

sons moderate 14 Punkte verleiten, auf annehmbare Friedensbedingungen zu hoffen. Am 3. Oktober senden die Regierungen Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Türkei ihre Waffenstillstandsangebote auf der Grundlage der 14 Punkte an den US-Präsidenten Woodrow Wilson, in dem sie den Sprecher ihrer Gegnermächte sehen.

Am 10. Oktober kommt die Antwort[70]. Wilson bietet zunächst noch keine Waffenruhe. Er fragt zurück, ob mit diesem deutschen Angebot seine 14 Friedenspunkte angenommen seien. Er wolle – so schreibt Wilson weiter – den verbündeten Regierungen einen Waffenstillstand vorschlagen, verlange dafür aber, daß die deutschen Truppen vorher die besetzten belgischen und französischen Gebiete räumen. Dies sei – so Wilson – die Voraussetzung für ein anschließendes „gutes Vertrauensverhältnis". Nach dieser Wilson-Antwort kann die deutsche Reichsregierung davon ausgehen, daß die 14 Punkte Basis eines Friedensschlusses werden sollen. Sie kann außerdem bei Abzug aller Truppen aus den besetzten Gebieten auf ein „gutes Vertrauensverhältnis" hoffen. Dennoch ist ein Waffenstillstand von der Gegenseite damit noch nicht zugesichert. Die Reichsregierung vertraut auf Wilsons Angebot und auf die Bedingungen, zieht ihre Truppen aus Frankreich und aus Belgien ab und beginnt, sie in der Heimat aufzulösen.

In ihrer Antwortnote beruft sich die deutsche Reichsregierung ein weiteres Mal auf Wilsons 14 Punkte und drückt die Hoffnung aus, daß sich neben den USA auch die anderen Gegnerstaaten daran halte[71]. In den vierzehn Tagen bis November stellt Wilson in zwei Briefen immer neue Forderungen, die die Reichsregierung jedesmal mit einer Note akzeptiert[72]. In seinem Brief vom 23. Oktober zum Beispiel stellt Wilson die Bedingung, daß die USA und ihre Alliierten nur dann mit Deutschland über einen Friedensschluß verhandeln werden, wenn von deutscher Seite zu diesem Zweck gewählte Volksvertreter und keine „militärischen Beherrscher und monarchischen Autokraten" entsendet werden[73]. Wenn Deutschland keine gewählten Volksvertreter sende, so die Bedingung, könne nicht verhandelt werden. Dann müsse Deutschland sich ergeben. Die Reichsregierung sagt die gewählten Volksvertreter zu und schickt sie 1919 nach Versailles. Trotzdem wird der Friede nicht verhandelt. Er wird, was später noch zu schildern ist, diktiert, und das besiegte Deutsche Reich muß sich trotz eingehaltener Bedingungen ergeben.

In den folgenden Oktoberwochen erfahren Heeresleitung und Regierung aus vielen Presse- und Agentenmeldungen, wie weit die Auffassungen der Briten, Amerikaner und Franzosen über einen Waffenstillstand und den Frieden auseinandergehen. Briten und Franzosen wollen zunächst noch Belgien erobern, doch

---

[70] Note der US-Regierung vom 8. Oktober 1918: PAAA Geheime Akten Krieg 1914, R 21872, Blätter 35 und 36

[71] PAAA, R 21872, Blätter 164 und 165, Note vom 12. Oktober 1918

[72] Noten vom 14. Oktober, 20. Oktober, 23. und 27. Oktober 1918. Siehe Vertrags-Ploetz, Seiten 32-35

[73] Vertrags-Ploetz, Seite 34

da sperren sich die Belgier und Amerikaner. Die Franzosen sind darauf erpicht, als Sieger im Elsaß und in Lothringen einzumarschieren, um beide Landesteile nicht im Zuge einer Friedensregelung dank der alliierten Waffenhilfe zu bekommen. Das verhindern Engländer und Amerikaner. Die Franzosen wollen außerdem die Selbstentwaffnung der deutschen Truppen nutzen, um Deutschland mit ihren Truppen zu besetzen[74]. In den USA sind zudem am 5. Oktober noch Wahlen zum Kongreß. Die Gegner Wilsons lehnen dessen Verhandlungsführung mit den Deutschen ab und wollen die 14 Punkte bei einem Wahlsieg annullieren. Um die Deutschen zu beruhigen und auch weiterhin zu einem Frieden zu bewegen, schiebt Wilson am 5. November 1918 folgende Erklärung nach:

> *„Die alliierten Regierungen ... erklären ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung aufgrund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegt sind.“*[75]

Damit hat Wilson vorgetäuscht, auch die Regierungen Englands und Frankreichs hätten seine 14 Punkte akzeptiert.

Wilson sagt also am 5. November 1918, vier Tage vor Beginn der offiziellen Waffenstillstandsverhandlungen, expressis verbis zu, daß die Alliierten auf der Basis der 14 Punkte Frieden schließen wollen. Das kommt völkerrechtlich einem Friedensvorvertrag gleich, der nun durch einen endgültigen Vertrag in Form gegossen werden müßte. Am 9. November 1918 beginnen die Waffenstillstandsverhandlungen im Wald von Compiégne nordöstlich von Paris. Verhandlungsführer auf Seiten der Entente ist nun der Franzose Marschall Foch und nicht mehr der Amerikaner Wilson.

Inzwischen sind auch die Österreicher, die Ungarn, die Türken und die Bulgaren einen Waffenstillstand mit den Siegern eingegangen, und in Berlin beginnt die Revolution. So ist die Verhandlungsposition der Deutschen denkbar schlecht geworden. Die Delegierten der Entente halten sich nicht an Wilsons 14 Punkte und legen neue Forderungen nach. Die deutsche Delegation kann jetzt nicht mehr damit drohen, die Kämpfe wieder aufzunehmen. So bleibt ihr nur übrig, die erweiterten Forderungen der Gegner für einen Waffenstillstand von 36 Tage hinzunehmen. Die wichtigsten der Forderungen sind:

1. die Räumung der besetzten Gebiete binnen 15 Tagen,
2. die Räumung Deutschlands westlich des Rheins mit zusätzlichen Brückenköpfen auf dem Ostufer bei Mainz, Koblenz und Köln,
3. die einseitige Freilassung der Kriegsgefangenen,
4. die Annullierung der vorausgegangenen Friedensschlüsse mit den besiegten Staaten Rußland und Rumänien,

---

[74] PAAA, Geheime Akten Krieg 1914, R 21882
[75] PAAA, Geheime Akten Krieg 1914, R 21882, Blatt 185

5. die Ablieferung von großen Mengen von Eisenbahnzügen, Lastwagen und Kriegsmaterial und
6. die Internierung der deutschen Hochseeflotte im Seegebiet vor Scapa Flow nördlich Schottland.[76]

Mit der Annahme dieser Bedingungen am 11. November 1918 hat Deutschland seine Waffen und Druckmittel aus der Hand gegeben. So ist es bei den nun anstehenden Friedensverhandlungen nicht mehr verhandlungsfähig. Es ist den Siegern ausgeliefert und kann das 14-Punkte-Friedensangebot von Wilson nicht mehr geltend machen. Die Begrenzung des Waffenstillstands auf nur 36 Tage bedeutet außerdem, daß die Sieger zu jeder Verlängerung der Waffenruhe neue Forderungen stellen können.

Am 18. Januar 1919 beginnt die sogenannte Friedenskonferenz von Versailles bei Paris. Hier beraten allein die Außenminister der 27 Siegerstaaten. Den Vorsitz führt der französische Ministerpräsident Clemenceau. Die „gewählten Volksvertreter" Deutschlands werden trotz des Wilson-Briefes vom 23. Oktober nicht zu den Gesprächen zugelassen. Grundlage der Versailler Beratungen sind auch nicht – wie zunächst von deutscher Seite angenommen – die 14 Punkte Wilsons. Die Sieger unter sich verhandeln einzig und allein über ihre Kriegsziele, also über die Verteilung ihrer Beute. Deutschland muß dabei schwer bluten. Größere als die im Versailler Vertrag verlangten Opfer bleiben Deutschland dabei nur erspart, weil England einen zu großen Machtzuwachs Frankreichs zu verhindern weiß und weil US-Präsident Wilson die Gier der anderen Sieger bremst. Im April 1919 droht die Versailler Siegerkonferenz sogar daran zu scheitern. Marschall Foch verlangt die Gründung eines von Deutschland abgetrennten Rheinstaats. Er fordert, daß die Sieger diesen Staat auf Dauer mit einer internationalen Armee besetzen, zu der die USA ein Kontingent von 100.000 Soldaten stellen sollen[77]. Wilson geht die Flut der Forderungen aus Paris zu weit, er verläßt die Konferenz, reist in die USA zurück und der Kongreß lehnt ab, den Versailler Vertrag zu unterschreiben.

Auch andere Forderungen sind Deutschland durch den Einspruch Englands und der USA erspart geblieben. Die Polen und die Tschechen haben mehr deutsches Land verlangt, als sie zum Schluß bekommen. Frankreich bietet Holland das Emsland an, doch die Niederländer, die am Krieg nicht teilgenommen haben, bleiben fair und lehnen ab. Sogar ein souveränes Land aus dem Siegerlager gerät fast in die Beute. Es wird verhandelt, ob Luxemburg von Frankreich oder Belgien annektiert wird[78].

Am 7. Mai werden die von den 27 Siegern festgelegten Bedingungen erstmals der deutschen Delegation eröffnet. Der Franzose Clemenceau überreicht sie mit

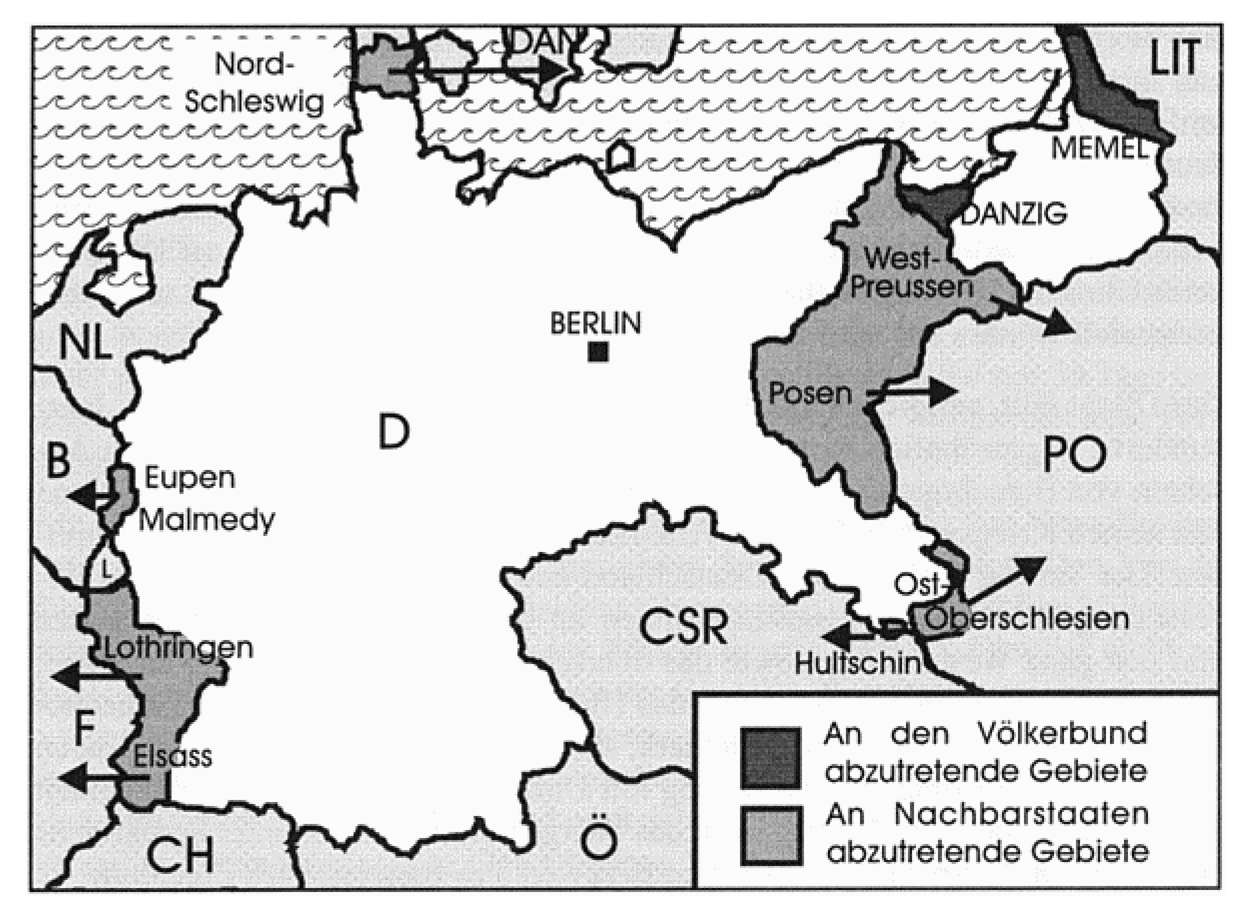
[76] Vertrags-Ploetz, Seiten 36 f
[77] Nevis, Seite 435
[78] Nevis, Seite 368

den Worten: „Die Stunde der Abrechnung ist da“. „Abrechnung“ statt „gerechter und fairer Verträge“, wie Wilson das exakt fünf Monate zuvor verkündet hatte, um das Deutsche Reich zu einem Waffenstillstand zu bewegen. Die Bitte der deutschen Delegierten, den „Vertrag“, den sie nun unterschreiben sollen, vorher zu verhandeln, wird abgelehnt. Die Deutschen erreichen mit mehreren schriftlichen Noten lediglich noch die eine oder andere Nachbesserung zu Deutschlands Gunsten. Der Sachverhalt, daß der Vertrag von Versailles diktiert und nicht verhandelt worden ist, wird sein großer Makel bleiben.

Das Diktat fällt, verglichen mit den europäischen Friedensverträgen des 19. Jahrhunderts, ungewöhnlich hart aus. Um dem Ausmaß ihrer Forderungen den Anschein von Berechtigung zu geben, versteigen sich die Sieger dazu, Deutschland und seinen Kriegsverbündeten die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zuzuschreiben. Der Vertrag verlangt von Deutschland eine große Zahl von Land- und Bevölkerungsabtretungen: Elsaß-Lothringen an Frankreich, die Provinzen Posen und fast ganz Westpreußen sowie das oberschlesische Industriegebiet an Polen, das Memelland an den Völkerbund, das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei, Nordschleswig an Dänemark, das Gebiet um die zwei Städte Eupen und Malmedy an Belgien, und Danzig mit Umland als Freistaat unter die Hoheit des Völkerbundes. Der Vertrag stellt das Saargebiet für 15 Jahr unter Frankreichs Herrschaft und überführt die dortigen Bergwerke in französisches Eigentum.

Er verbietet den Anschluß Rest-Österreichs an das Deutsche Reich. Er legt Besatzungsgebiete auf dem deutschen Territorium links des Rheins fest, in denen in drei Zonen für 5 beziehungsweise 10 und 15 Jahre belgische und französische Truppen stationiert werden sollen. Mit dem Vertrag verliert Deutschland seine Kolonien vor allem an England und die britischen Dominions, aber auch an Frankreich, Belgien und Japan. Der Vertrag nimmt Deutschland die Hoheit über seine Binnenwasserstraßen und die Lufthoheit im eigenen Land. Die Streitkräfte werden auf 100.000 Mann im Heer und 15.000 in der Marine reduziert. Luftwaffe, U-Boote und schwere Artillerie sind für Deutschland zukünftig verboten, und eine Zone von 50 Kilometern Breite rechts des Rheins wird für deutsches Militär gesperrt. Das Deutsche Reich muß den größten Teil der Handelsflotte und der Goldreserven an die Sieger aushändigen, dazu einen Großteil der jährlichen Erz- und Kohleforderung, der Kalk-, Zement- und Benzinproduktion, Unmengen von Nutzvieh und Landwirtschaftsmaschinen, 150.000 Eisenbahnwaggons und viele tausend Lokomotiven und Lastkraftwagen. Das gesamte deutsche private Auslandsvermögen und unzählige Industriepatente werden konfisziert. Die Höhe der Geldzahlungen – so behalten es sich die Sieger im Vertrag vor – wird erst später festgelegt.

Im Deutschen Reich ist man bestürzt und tief enttäuscht. Die „Sieger“ waren schließlich vor dem Waffenstillstand nicht zu einem Sieg gekommen, auch wenn sie ihm schon nahe waren. Alle kriegführenden Staaten außer Amerika waren



Karte 2: Deutsche Landverluste nach dem Ersten Weltkrieg

abgekämpft und hatten diesen Frieden dringend nötig. Die Kriegsverluste bei den Gegnern waren immerhin ein Drittel höher als die eigenen. Deutsche Truppen standen noch in Frankreich und kein einziger Franzose oder Brite war bis Deutschland vorgedrungen. Nur Deutschland hatte seit dem Waffenstillstand Vorleistungen für den Friedensschluß erbracht, hatte die Truppen zurückgezogen und begonnen, sie aufzulösen. In seiner 14-Punkte-Rede hatte Wilson von „deutscher Größe", von „Verträgen der Gerechtigkeit, des Rechts und der Fairneß" gesprochen. So hatten die Deutschen mit offenen Verhandlungen und einem anständigen Frieden rechnen können, dies um so mehr, als der amerikanische Präsident ihnen noch vier Tage vor dem Waffenstillstand einen Frieden auf der Basis seiner 14 Punkte zugesichert hatte.

In Deutschland ist 1919 noch zu gut bekannt, wie man im Friedensschluß von Frankfurt 1871 selbst mit den Franzosen umgegangen ist. Frankreich, das den Krieg von 1870 verursacht und verloren hat, mußte damals das überwiegend deutschsprachige Elsaß-Lothringen abtreten und binnen dreier Jahre fünf Milliarden Franken in Silbergeld bezahlen. Danach zogen die deutschen Besatzungstruppen wieder ab. Frankreich behielt seine Armee, seine Flotte, seine Kolonien und seine Goldreserven. Wie kraß der Unterschied der zwei Friedensschlüsse von 1871 und 1919 ausfällt, zeigt schon ein kleines Beispiel. In Artikel 2 des

Friedens von Frankfurt regeln die Deutschen die Besitzstandgarantie für die französischen Elsässer. Mit Artikel 74 des Friedens von Versailles regeln die Franzosen die Enteignung der deutschen Elsässer. In Erinnerung an den Frieden, den die Deutschen 1871 mit den Franzosen geschlossen haben, ist man 1919 im nun besiegten Deutschland über die Maßlosigkeit der Forderungen entsetzt. Die Parteien im Reichstag lehnen das Diktat deshalb zunächst geschlossen ab. Reichspräsident Ebert (SPD) sagt am Tag nach der Zustellung der Friedensbedingungen:

> *„Der ehrliche Friedenswille unseres schwer duldenden Volkes fand die erste Antwort in ungemein harten Waffenstillstandsbedingungen. Das deutsche Volk hat die Waffen niedergelegt und alle Verpflichtungen des Waffenstillstands, so schwer sie waren, ehrlich gehalten. Trotzdem setzten unsere Gegner sechs Monate lang den Krieg durch Aufrechterhaltung der Hungerblockadefort. Das deutsche Volk trug alle Lasten im Vertrauen auf die durch die Note vom 5. November von den Alliierten gegebene Zusage, daß der Friede ein Friede des Rechts auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons sein würde. Was uns statt dessen jetzt in den Friedensbedingungen geboten wird, widerspricht der gegebenen Zusage, ist für das deutsche Volk unerträglich und auch bei der Aufbietung aller Kräfte unerfüllbar. Gewalt ohne Maß und Grenzen soll dem deutschen Volk angetan werden. Aus solchem aufgezwungenen Frieden müßte neuer Haß zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen. ...“* [79]

Doch die Macht der Sieger zwingt zur Unterschrift. England droht, bei Verweigerung der Unterzeichnung des Vertrags die Blockade der deutschen Häfen für die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen nach Deustchland und nach Österreich-Ungarn wieder aufzunehmen. Trotz des im November 1918 geschlossenen Waffenstillstands hatte England seine Seeblockade aus dem Kriege bis Mitte Mai 1919 aufrecht erhalten und damit den Waffenstillstand bis dahin permanent gebrochen. Die englische Regierung hatte auch das Ersuchen der deutschen Reichsregierung, wenigstens Weizen, Fette, Kondensmilch und Medikamente während des Waffenstillstands vom Embargo auszunehmen, abgelehnt[80]. Dadurch beklagen Deutschland und Restösterreich bereits bis zum März 1919 fast eine Million Hungertote. Beide Staaten können eine Wiederaufnahme der Seeblockade durch die Briten nur zwei Monate danach angesichts der Hungersnot im Lande nicht riskieren. Zudem droht Frankreich, das nun weitgehend entmilitarisierte Deutschland mit Truppen zu besetzen. In dieser ausweglosen Lage unterzeichnet die Deutsche Delegation in Versailles unter Zwang am 28. Juni 1919 den Vertrag.

Eine Mantelnote zum Vertrag stellt zunächst die Sicht der Sieger dar. Sie lautet:

> *„Nach Ansicht der alliierten und assoziierten Mächte war der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch kam, das größte Verbrechen gegen die*

[79] Binder, Seite 120
[80] Deighton, Seite 26

Menschheit und gegen die Freiheit der Völker, das eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat. Während langer Jahre haben die Regierenden in Deutschland getreu der preußischen Tradition die Vorherrschaft in Europa angestrebt. ... Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos. Die furchtbare Verantwortung, die auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen, ... Darum haben die alliierten und assoziierten Mächte nachdrücklich erklärt, daß Deutschland als grundlegende Bedingung des Vertrags ein Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit vollbringen muß. ...“[81]

Mit dieser Mantelnote stoßen die „alliierten und assoziierten Mächte“ die Deutschen aus der Gemeinschaft der zivilisierten Völker aus. Das wird Folgen haben.

Der Versailler Vertrag enthält neben aller Unbarmherzigkeit vier besondere Artikel, die sich für die Siegerstaaten als Bumerang erweisen werden. Zuerst ist da die Präambel. Sie beginnt mit dem Satz:

„Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich ... (es folgen die Aufzählung der weiteren Siegermächte) einerseits und Deutschland andererseits ... sind über folgende Bestimmungen übereingekommen: ...“

Dieses „übereingekommen“ beruht auf dem puren Zwang der Stärkeren. Das unterlegene Deutschland ist hier nicht „übereingekommen“, auch wenn es das nun unterschreiben muß. Das falsche Wort zu Anfang des Vertrages soll verbergen, daß es sich hierbei um die völlig einseitige Willenserklärung der Sieger handelt. Solches war bei den großen Friedensschlüssen nach den napoleonischen Kriegen und – wie schon erwähnt – nach dem Krieg von 1870-71 nicht mehr üblich und nicht praktiziert. Es stellt einen Rückfall in die Zeiten dar, in denen nur die Eigeninteressen der Stärkeren und nicht der Ausgleich zwischen den zerstrittenen Parteien die Norm der Friedensschlüsse war. Als Adolf Hitler 20 Jahre später mit den dann Unterlegenen gleich verfährt, wird das in Deutschland als ein „Heimzahlen in gleicher Münze“ ohne große Skrupel akzeptiert.

Zum zweiten bestimmt der Versailler Vertrag mit Artikel 8, daß alle Unterzeichner – also auch die Sieger – ihre Armeen „auf ein Mindestmaß herabsetzen“. Artikel 8 legt zudem fest, daß das Deutsche Reich als erstes abzurüsten hat, und daß dies die Voraussetzung für den Abbau der Flotten und Armeen der anderen Staaten ist. Der Artikel 8 wird später – wie sich die Sieger hätten denken können – zum Bumerang, der zwar erst die Deutschen, doch irgendwann sie selber trifft. Nachdem Deutschland 1927 abgerüstet hat, weigern sich die Siegermächte, ihre Pflichten selber einzuhalten und ihre Flotten und Armeen abzubauen. Darüber ist man in Deutschland allgemein empört. Die deutschen Reichsregierungen verlangen daraufhin zunächst, daß die Sieger mit der Truppenreduzierung folgen. Als

---

[81] Vertrag von Versailles

das nichts fruchtet, fordern sie das Recht für Deutschland, in angemessenem Umfang wieder aufzurüsten und die kleine Reichswehr der Größe der Armeen der Sieger auf diesem Weg ein wenig anzugleichen. Doch vor Hitlers Wahl zum Kanzler ist das auf dem Verhandlungsweg nicht durchzusetzen. Als Hitler 1933 erst mit Vorsicht und dann mit Vehemenz die Wehrmacht wieder aufbaut, paßt das zunächst nur zu gut in den Rahmen dessen, was sich die Sieger selber leisten. Bis 1937 gibt es deshalb in Deutschland auch kaum Gründe, hinter Hitlers Rüstungsdrängen die Absicht zu vermuten, demnächst einen Krieg zu führen. Artikel 8 des Versailler Vertrages holt die Sieger unter Hitler wieder ein.

Als drittes wird Abschnitt 5 aus Teil III des Vertrages Folgen zeigen. Dieser Teil des Vertrages bestimmt, daß Deutschland Elsaß und Lothringen an Frankreich abzugeben hat. Es ist hier nicht das Territorium, um das es geht, sondern der Grundsatz „pacta sunt servanda", der gebrochen wird (Verträge sind zu halten). Der Friede von Frankfurt, mit dem der Deutsch-Französische Krieg 1872 beendet wird, legt fest, daß beide Landesteile von nun an auf ewig zum Deutschen Reich gehören. Diese Ewigkeit währt nicht einmal ganze 50 Jahre. Hier zeigen die Entente-Staaten, daß Verträge nur so lange halten, wie sich der jeweils Stärkere daran hält. Auch das hat Einfluß auf das Rechtsempfinden von Öffentlichkeit und Militär in Deutschland. Als Hitler knapp zwei Jahrzehnte später selbst skrupellos Verträge bricht und das auch ohne Scheu verkündet, ist man in Deutschland nicht mehr sonderlich erschüttert. Man nimmt es als Verrohung der internationalen Gebräuche, die man nicht selber zu vertreten hat.

Als vierter wird Artikel 231 Folgen für die Entente-Staaten haben. Die Siegermächte begründen ihre exorbitanten Reparationsforderungen im Vertrag mit der Alleinschuld Deutschlands und dessen Verbündeten am Krieg. In Artikel 231 heißt es dazu:

> *„... daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und alle Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben."*

In Deutschland jedoch sind Kaiser Wilhelms II. Versuche vom Juli 1914 nicht vergessen, den Frieden durch Vermittlung und Verhandlung zu erhalten. Man erinnert sich auch an die Mobilmachungen in Rußland und in Frankreich, die Deutschland erst zum Handeln zwangen, an die Weigerung der Russen, die Mobilmachung ihrer Truppen abzublasen und an das Versagen der Briten und Franzosen, ihren deutschen Nachbarn Neutralität und Frieden zuzusichern. Die Behauptung von der Alleinschuld der Deutschen und ihrer Verbündeten ist so dreist, daß die Empörung über die Verlogenheit der Sieger und die Betroffenheit aus tief verletztem Ehrgefühl in Deutschland keine Grenzen finden. Entsprechend sind die Reaktionen.

Reichsjustizminister Otto Landsberg (SPD), einer der deutschen Delegierten in Versailles sagt, was viele im besiegten Deutschland denken:

„Dieser Friede ist ein langsamer Mord des deutschen Volkes."

Das Urteil fällt selbst im Ausland oft nicht anders aus. Staatssekretär Lansing aus der Versailler US-Delegation kommentiert den Vertrag in einer Aktennotiz vom 8. Mai 1919 wie folgt:

„Der Eindruck, den der Friedensvertrag macht, ist enttäuschend. Erweckt Bedauern und Niedergeschlagenheit. Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, während viele von ihnen mir unerfüllbar erscheinen. Es mag Jahre dauern, bis diese unterdrückten Völker imstande sind, ihr Joch abzuschütteln, aber so gewiß wie die Nacht auf den Tag folgt, wird die Zeit kommen, da sie den Versuch wagen. Wir haben einen Friedensvertrag, aber er wird keinen dauernden Frieden bringen, weil er auf dem Treibsand des Eigennutzes begründet ist.".[82]

William Bullitt, Diplomat und Mitglied der amerikanischen Delegation in Versailles, bittet seinen Präsidenten schriftlich um Abberufung von der Konferenz. In seinem Brief vom 17. Mai 1919 heißt es:

„Die ungerechten Beschlüsse der Versailler Konferenz über Shantung, Tirol, Thrazien, Ungarn, Ostpreußen, Danzig, das Saarland und die Aufgabe des Prinzips der Freiheit der Meere machen neue Konflikte sicher. ... Daher halte ich es für meine Pflicht der eigenen Regierung und dem eigenen Volk gegenüber zu raten, diesen ungerechten Vertrag weder zu unterschreiben noch zu ratifizieren." [83]

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika verweigern dem Diktat konsequenter Weise ihre Unterschrift und schließen 1921 einen eigenen Friedensvertrag mit Deutschland.

Der englische Premierminister Lloyd George vermerkt in einer Denkschrift vom 26. März 1919, also noch ehe der Vertrag den Deutschen ausgehändigt wird:

„*Ungerechtigkeit und Anmaßung, ausgespielt in der Stunde des Triumphes, werden nie vergeben und vergessen werden. Aus diesem Grunde bin ich auf das schärfste dagegen, mehr Deutsche als unerläßlich nötig der deutschen Herrschaft zu entziehen, um sie einer anderen Nation zu unterstellen. Ich kann kaum eine stärkere Ursache für einen künftigen Krieg erblicken, ...".*

Die Briten unterzeichnen den Vertrag trotz dieser frühen Einsicht. Ihr Sinn für Beute und die Rücksicht auf den Partner Frankreich sind offensichtlich stärker als die eigene Stimme der Vernunft. Doch auch späte Einsicht führt nicht dazu, daß die englischen Regierungen in der Zeit bis 1933 die Schäden von Versailles selber richten. Der britische Nationalökonom Keynes, Berater der englischen Delegation in Versailles, wertet den Vertrag schon 1920 in seinem Buch „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags" als

[82] Baumfalk, Seite 121
[83] Bernhardt, Seite 40

„einen Versuch, Deutschland der Versklavung zuzuführen und als ein Gewebe von jesuitischen Auslegungen zur Bemäntelung von Ausraubungs- und Unterdrückungsabsichten. “

Auch der spätere englische Premierminister Winston Churchill äußerst sich in seinen Memoiren zu Versailles:

„Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages waren so bösartig und töricht, daß sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten. ... Die siegreichen Alliierten versichern nach wie vor, sie würden Deutschland ausquetschen, bis die , Kerne krachen'. Das alles übte auf das Geschehen der Welt und auf die Stimmung des deutschen Volkes gewaltigen Einfluß aus.“ [84]

Francesco Nitti, der italienische Ministerpräsident zur Zeit des Endes der Versailler Siegerkonferenz bemerkt:

„Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten, geschweige denn eines besiegten großen Volkes gegründet worden. Und dies und nichts anderes ist der Vertrag von Versailles.“ [85]

Ansonsten bezeichnet Nitti den Vertrag, den er nicht selber mitverhandelt hat, in einem Buch von 1923 wiederholte Male als Verbrechen an den Deutschen.

In Frankreich sind es die Sozialisten, die die Schärfe des Vertrags mißbilligen. Als der Versailler Vertrag am 18. September 1919 in der Nationalversammlung debattiert wird, sagt der Abgeordnete Jean Longuet im Namen der Fraktion der Sozialisten:

„Dieser Vertrag kann in keiner Weise die Zustimmung der Sozialistischen Partei erhalten. Er geht aus dem wohl skandalösesten Mißbrauch der Geheimdiplomatie hervor. Er verletzt offen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, knechtet ganze Nationen und erzeugt neue Kriegsgefahren.“ [86]

Es muß erstaunen, daß die Sieger den Vertrag trotz soviel Einsicht dennoch so gestalten. Der Versailler Vertrag fußt so offensichtlich auf Unwahrheit und Unrecht, daß er den Nationalsozialisten ab 1928 ein Dauer-Wahlkampfthema liefert. Das wird die Sieger später Blut und Tränen kosten.

Nachzutragen bleibt noch, daß Wilsons Reden nach dem Ersten Weltkrieg auch auf Deutsch herausgegeben werden. Interessant ist dabei, daß dort die inhaltsschweren Sätze aus der bedeutungsvollen 14-Punkte-Rede weggelassen sind:

„Wir wünschen nicht Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluß oder seine Macht zu hemmen. Wir wollen Deutschland nicht bekämpfen, weder mit Waffen noch mit feindlichen Handelsmethoden, wenn es bereit ist, sich uns und den anderen friedliebenden

[84] Churchill Weltkrieg, Seiten 13f
[85] Nitti, Seite 14
[86] Rassinier, Seite 206

Nationen in Verträgen der Gerechtigkeit, des Rechts und der Fairneß anzuschließen. Wir wünschen nur, dass Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt, statt einen Platz der Vorherrschaft.“ [87]

Diese Sätze fehlen später auch in anderen deutschsprachigen Publikationen.[88] Damit wird dem deutschen Leser nach dem Ersten Weltkrieg ein wenig die Größe des Betrugs verschleiert, der im Vertrag von Versailles steckt.

Die ersten Folgen von Versailles

Die Lasten, die der Versailler Vertrag den Deutschen auferlegt, sind so außerordentlich und das spätere Entgegenkommen der Sieger ist so gering, daß daran – neben anderen Gründen – die junge Demokratie in Deutschland scheitert. Die Zwangsabgaben an Maschinen, Nahrungsmitteln, Kohle, Düngemitteln und Devisen führen zur Verelendung weiter Schichten der Bevölkerung und machen sie so unmittelbar betroffen, daß jede Partei und jeder Politiker, die Lösung oder Linderung versprechen, mit einem Hoffnungsbonus und mit Wahlerfolgen rechnen kann. Die NSDAP wird davon profitieren. Die Bevölkerung im Ruhrgebiet zum Beispiel, die auf der Kohle lebt, muß in Winterzeiten frieren. Die Kohle, kaum daß sie gefördert ist, wird sofort nach Frankreich abtransportiert.

Die Reparationen führen auch zu Zorn und Ärger bei den Siegern. Das Deutsche Reich muß nicht nur große Sachleistungen als Reparationen liefern. Es muß Gold und Devisen in einer Höhe zahlen, die das Reich nicht aufbringt. Da Deutschlands Volkswirtschaft durch die Gebietsabtretungen, durch den Verlust von 75 Prozent seiner Eisenerzvorkommen, durch die Abtrennung der Kohle- und Industriereviere in Oberschlesien und an der Saar und durch die Ablieferung von Maschinen, Lokomotiven, Kraftfahrzeugen und Handelsschiffen stark angeschlagen ist, lassen sich die für den Wiederaufbau nötigen Devisen nur im Außenhandel und durch Dumpingangebote auf dem Weltmarkt zusammenbringen. Die deutschen Unternehmen müssen dazu die Betriebe in England und Frankreich unterbieten, was dort zu Verwerfungen und weiterem Zorn auf Deutschland führt. Des weiteren glaubt man im Ausland, daß die Deutschen ihre Wirtschaft mit Absicht in Unordnung halten, um ihre Zahlungsunfähigkeit zu beweisen.[89]

Die Höhe der Geldzahlungen wird erst 1921 festgelegt. Am 3. März fordern die Sieger auf einer Konferenz in London von Deutschland zunächst 269 Milliarden Goldmark in 42 Jahresraten, die jährlich bis 1963 zu entrichten sind. Die Forde-

[87] Wilsons-Dokumente, III. Band, Seite 42
[88] z.B. in ODSUN-Dokumente, Seite 480
[89] Taylor, Seite 62

rung ist in einer Frist von nur vier Tagen anzunehmen. Doch diese immense Summe Geldes ist angesichts Währungsverfalls im Inland bereits 3 Billionen Papiermark wert und nicht mehr abzutragen. Die deutsche Reichsregierung beantwortet das Londoner Ultimatum mit einem Gegenvorschlag, den die Sieger allerdings für völlig unzureichend halten. Sie besetzen daraufhin – trotz geschlossenen „Friedens“ von Versailles – am 8. März 1921 die Städte Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort und drohen, die Hungerblockade von 1919 wieder aufzunehmen und auch das Ruhrgebiet mit Truppen zu besetzen. So muß die Reichsregierung akzeptieren. Inzwischen hat die Reparationskommission der Sieger den Gesamtumfang der Forderungen an Geld auf 132 Milliarden Goldmark plus 26 % der deutschen Ausfuhrerlöse neu festgelegt[90]. Zu alle dem kommen noch die nicht unerheblichen Unterhaltskosten für 140.000 Mann Besatzungstruppen[91]. England und die USA versuchen, die Ansprüche der Franzosen zu mäßigen, doch Frankreich hofft darauf, Deutschland, wenn es nicht mehr zahlen kann, links des Rheins auf Dauer besetzen zu können und unter eigener Hoheit zu behalten[92]. Ab Mai 1921 wirbt die Presse in Frankreich für den Gedanken, das Ruhrgebiet mit französischen Ingenieuren und Militär zu übernehmen[93].

Nachdem die enormen Staatsausgaben für den Krieg den Wert des Geldes ohnehin sehr stark belastet hatten, zerstört nun der Abfluß der Devisen ohne wirtschaftlichen Gegenwert das deutsche Geld endgültig. Ab Januar 1923 herrscht Inflation in Deutschland. Das Land kann seine Reparationen in Geld nicht mehr bezahlen, auch die Steinkohlelieferungen nach Frankreich geraten in Verzug. Da ordnet Frankreichs Ministerpräsident Poincare an, ab dem 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet mit Truppen zu besetzen und die gesamte Bergbauförderung für Frankreich zu beschlagnahmen. Belgien nimmt mit Truppen an der Ruhrbesetzung teil.

Der Lieferverzug der Deutschen im Jahre 1922 umfaßt Holz und Kohle im Wert von 24 Millionen Goldmark. Die Lieferungen und Zahlungen, die im gleichen Jahr geleistet werden, belaufen sich jedoch auf 1.478 Milliarden Goldmark[94]. So ist der Grund, den die Franzosen als Vorwand für die „kalte Eroberung“ des Ruhrgebiets vorschieben, ein Fehl von nur 1,6 % der fälligen Jahresrate.

Die Reichsregierung ist empört, daß die Franzosen trotz des in Versailles geschlossenen Friedens mit Truppen in das Reichsgebiet marschieren. Sie ruft die Bevölkerung auf, „passiven Widerstand“ zu leisten. Die Gewerkschaften antworten mit Generalstreik und die Kumpel weigern sich in vielen Städten, den Franzosen ihre Zechen zu überlassen. In Essen erschießen französische Soldaten vierzehn Arbeiter, die versuchen, sich den Beschlagnahmen zu widersetzen. Hunderte von deutschen Männern, die sich gegen die Franzosen stellen, werden

[90] Gebhardt, Band 4/1, Seite 228
[91] Kern, Seite 71
[92] Taylor, Seite 39
[93] Nitti, Seite 71
[94] Gebhardt, Band 4/1, Seite 239

nach Frankreich und in die Kolonien deportiert. 80.000 Deutsche werden ausgewiesen und müssen auf französischen Befehl das Ruhrgebiet verlassen[95]. In Deutschland steigt die Bitterkeit. In Frankreich nimmt die Empörung über die „besiegten“ Deutschen zu, die den Versailler Vertrag erst unterschrieben und nun nicht eingehalten haben.

Im November 1923 endet die Inflation im Deutschen Reich. Aus einer Billion Papiermark ist inzwischen eine Rentenmark geworden. Da Frankreich jetzt fast so erschöpft wie Deutschland ist und geordnete Finanzen braucht, kommt es 1924 durch amerikanische Vermittlung zum sogenannten Dawes-Plan. Danach muß Deutschland jährlich 1 bis 1,7 Milliarden Mark an Reparationen zahlen, und ab 1928 jährlich, zunächst auf unbegrenzte Dauer, 2,5 Milliarden. Nach 1928 soll dann neu verhandelt werden. Deutschland zahlt zunächst vier Jahre, doch zum großen Teil mit Geld aus Auslandskrediten, die bei Privatbanken in den USA aufgenommen werden. Dafür räumen die Franzosen und die Belgier 1925 das besetzte Ruhrgebiet. 1929, nach einer weiteren Konferenz, wird im sogenannten Young-Plan festgesetzt, daß die Reparationen für den Ersten Weltkrieg bis 1988 cirka 2 Milliarden Mark im Jahr betragen. Dazu kommt als verdeckte Reparation noch eine Beförderungssteuer auf die Deutsche Reichsbahn von einer weiteren dreiviertel Milliarde Mark pro Jahr bis 1966, zu zahlen an die Siegermächte[96]. Nachdem die Reichsregierung die Zahlung dieses Geldes zugesichert hat, werden auch die Besatzungstruppen aus dem Rheinland abgezogen, und zwar vier Jahre vor der in Versailles festgelegten Zeit.

Am 24. Oktober 1929, dem „schwarzen Freitag“, stürzen an der Wall Street in New York erst die Börsenkurse ab, dann folgt eine schwere Wirtschaftskrise. In Folge dessen fordern die US-Banken die kurzfristigen Kredite, mit denen Deutschland seine Reparationen hatte zahlen müssen, auf einen Schlag zurück. Das deutsche Bank- und Kreditwesen hält den Abzug der Devisen nur bis Mitte 1931 durch. Für Industrie und Mittelstand in Deutschland stehen nun keine Kredite mehr zur Verfügung. Die Zahl der Insolvenzen und Firmenzusammenbrüche 1930 und 1931 steigt in großen Sprüngen und mit ihr die Zahl der Menschen ohne Arbeit. Zum Jahreswechsel 1931-32 übersteigt die Zahl der Arbeitslosen die Marke von 6 Millionen Menschen.

Auf Bitten des Reichspräsidenten von Hindenburg und durch Vermittlung von US-Präsident Hoover werden die deutschen Reparationszahlungen für ein Jahr ausgesetzt. 1932 beenden die Siegermächte das Reparationsproblem formal auf einer Konferenz in Lausanne. Die restlichen Reparationen können nun durch eine Einmalzahlung von 3 Milliarden Reichsmark abgelöst werden. Doch damit sind die inzwischen angewachsen Gesamtschulden aus den vorher in Amerika gepumpten Reparationen nicht erfaßt und nicht beglichen. Deutschland ist

---

[95] Binder, Seite 132
[96] Bernhardt, Seite 67

zunächst nicht in der Lage, die 3 Milliarden als „letzte Rate“ plus die Auslandsanleihen in den USA plus die Zinsen zu bezahlen. Das Deutsche Reich verhandelt von nun an alljährlich bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich um einen Aufschub der Verpflichtungen.

1953, nach dem Zweiten Weltkrieg, wird der Faden der Reparationen für den Ersten Weltkrieg wieder aufgenommen. Die Abzahlung der Restschulden wird im sogenannten Londoner Schuldenabkommen neu geregelt, soweit Westdeutschland anteilig dafür einzutreten hat. Nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten 1990 wird der Rest geregelt. Das wiedervereinigte Deutschland zahlt nun den Anteil der DDR nach. So hat sich die Bundesrepublik verpflichten müssen, die Restschulden aus den Reparationen für den Ersten Weltkrieg und die Zinsen dafür bis zum Jahre 2010 in Raten zu bezahlen[97].

Heute, im Deutschland nach dem Jahr 2000, sind solche Zahlungen für den Ersten Weltkrieg kein besonderes Thema mehr, nicht einmal in ihrer symbolischen Bedeutung. Doch 1920 ist „Versailles“ von einer ungeheuren Sprengkraft, die die junge Republik von Weimar von innen her zerstört. Die in Versailles beschlossene Plünderung des besiegten Deutschland, die Vertreibung und die Arbeitslosigkeit von Millionen Menschen und die Not, die daraus erwächst, führen nach zehn hoffnungslosen Jahren zu einer Radikalisierung breiter Massen. Das traurige Ergebnis ist 1933 das Ende der Demokratie in Deutschland, der die Sieger vorher keine Chance hatten geben wollen.

Die subjektive Sicht der Völker

Die Verträge von Versailles, Saint-Germain, Trianon und die anderen Pariser Vorortverträge verwandeln Europa und Amerika in eine Welt von meist unzufriedenen Nationen. In Frankreich herrscht Empörung über Deutschland, das den unterschriebenen Vertrag nicht erfüllen will. Es herrscht die Furcht, die neue Vormachtstellung auf dem Kontinent „in einer nächsten Runde“ wieder zu verlieren. So versuchen die Franzosen, den Ausnahmezustand der deutschen Niederlage in einen Dauerzustand zu verwandeln. Sie weigern sich, selbst abzurüsten und kreisen Deutschland erneut mit einer Serie von Militärverträgen ein.

In England streicht man die Landgewinne von Versailles ein und ist von nun an eher geneigt, Frankreich als neue „erste“ Macht des Kontinents in Schach zu halten. So ist Englands Haltung gegenüber Deutschland in den ersten Jahren nach dem Krieg zunächst abwartend freundlich. Doch die Briten haben in Versailles mitgeholfen, Deutschland durch eine Vielzahl von Konfliktherden an fast allen seinen Grenzen zu beschäftigen und klein zu halten. Alle diese Herde, wie das

---

[97] BM Finanzen 27. November 1996

Saarland, das von deutschem Militär entblößte Rheinland, Eupen, Malmedy, Danzig, Memel, Westpreußen und Oberschlesien kommen ein paar Jahre nach Versailles zum Verdruß der Briten wieder auf die Tagesordnung. Jedesmal stellen diese Herde London vor die Wahl, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu verleugnen oder dem besiegten Deutschland doch noch nachzugeben. Da die englischen Regierungen keines der Probleme von sich aus lösen, bleibt den Deutschen – und insbesondere Hitler – ein reiches Feld für künftige Erfolge. Das System der von den Briten mitverkorksten Nachkriegsordnung zerbricht 1939, als sie es versäumen, das Problem von Danzig selbst beizeiten anzupacken und zu lösen.

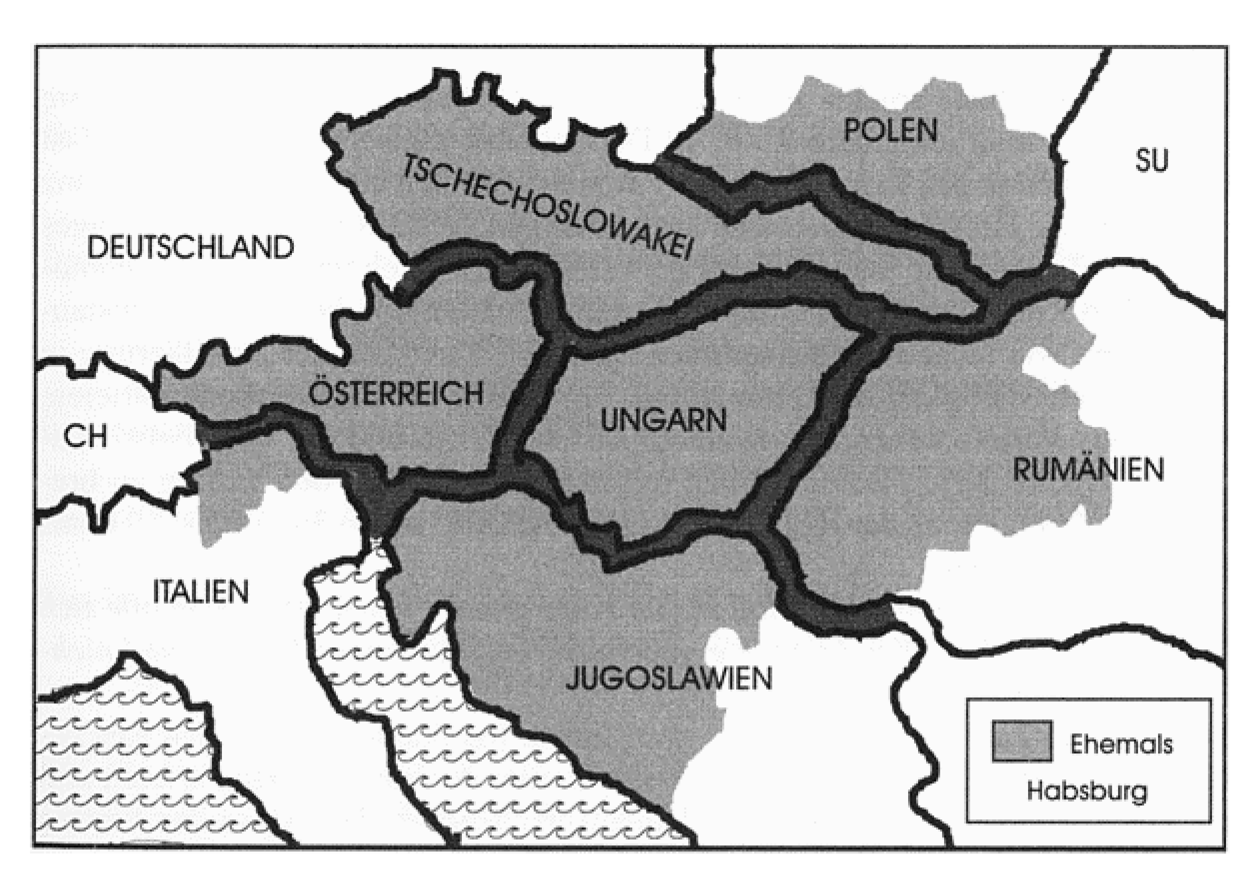
In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat man am Ersten Weltkrieg mit den Waffen- und Munitionslieferungen an England und Frankreich, mit den Kriegskrediten an die beiden Länder und mit den Leihgeschäften für die deutschen Reparationen gut verdient. Dennoch ist man vom Ergebnis dieses Friedens stark enttäuscht. Präsident Wilson hatte den Kriegseintritt der USA damit begründet, daß die Welt dadurch sicherer werden sollte. Im letzten Kriegsjahr hatte Wilson eine Friedenskonferenz gefordert, auf der Sieger und Besiegte als Gleichberechtigte verhandeln sollten. Und er hatte ein Forum aller Völker zur Bewahrung einer gerechteren Welt unter gleichem Recht für alle vorgeschlagen, den Völkerbund. Die Siegerkonferenz von Versailles und das Diktat als ihr Ergebnis widersprechen Wilsons früheren Visionen so sehr, daß die USA den Versailler Vertrag nicht unterschreiben. Und der Völkerbund wird von Frankreich und Großbritannien so ungeniert dazu benutzt, Deutschlands momentane Unterlegenheit zu zementieren, daß die USA sich weigern, ihm nach der Gründung beizutreten. Die Enttäuschung Woodrow Wilsons über seine bisherigen Verbündeten und über diesen „Frieden“ ist so stark, daß er kurz nach Versailles beschließt und anordnet, die US-Kriegsmarine kräftig aufzurüsten. Wilson traut dem Frieden nicht.

Auch die polnische Elite ist mit den Ergebnissen der Verhandlungen von Versailles unzufrieden. Die polnische Delegation hatte bei den Siegern weitere Gebiete in der Sowjetunion, in der Tschechoslowakei und im Deutschen Reich für sich beansprucht und damals nicht erhalten. So helfen sich die Polen selbst und erobern und annektieren zwischen 1920 und 1938 Gebiete jenseits der ihnen zugestandenen Grenzen in Litauen, in Rußland, Deutschland und in der Tschechoslowakei.

Ein weiteres Ergebnis der Pariser Vorortverträge ist das Entstehen dreier neuer Vielvölkerstaaten in Europa. In Polen, in Jugoslawien und in der Tschechoslowakei feiern die Polen, die Serben und die Tschechen ihre neue Freiheit und ihr nationales Selbstbestimmungsrecht. Doch auf der Suche nach nationaler Identität und Einheit bemühen sich die drei genannten Titularnationen, den anderen Volksteilen innerhalb ihrer neuen Staaten ihre Sprache, ihre Sitten und ihr Wesen aufzuzwingen. So beginnen schwere Zeiten für die neuen Minderheiten von Ukrainern, Weißrussen, Juden, Österreichern, Ungarn, Albanern, Mazedoniern,

Montenegrinern, Kroaten, Slowenen, Ruthenen und Slowaken. Die Selbständigkeitsbestrebungen der vielen Minderheiten in der Tschechoslowakei und in Polen bilden den leicht entflammbaren Untergrund, auf dem diese zwei Vielvölkerstaaten 1939 niederbrennen.

Nachkriegsösterreich und Nachkriegsungarn, jetzt beide unabhängig voneinander, sind nur Reste ihrer alten Vorkriegsgröße. Beide Völker sind gezwungen, große Teile ihres Landes und damit Millionen ihrer Bürgen an die neuen Nachbarstaaten abzutreten. Dies, die Nachkriegsnot und der Vorwurf der Alleinschuld am vergangenen Kriege ähneln den Problemen und der Lage Deutschlands so, daß beide Staaten auch für die Zukunft wieder zu den natürlichen Verbündeten des Deutschen Reiches werden.



Karte 3: Zerschlagung der Donau-Monarchie

Nachkriegsdeutschland wird von Reparationen in Geld, in Natural- und Sachleistungen so stranguliert, daß die Not für jedermann im Lande deutlich spürbar ist. Dazu kommen die Verluste an Territorien und Menschen. Die Ausgliederung von 7 Millionen Menschen aus dem Deutschen Reich und die Grenzen neuer Staaten trennen Millionen von Familien auf unbestimmte Dauer. Not, Trennung und Vertreibung wird mit dem Kriegsschuldvorwurf psychologisch eine Krone aufgesetzt. Der Bevölkerung ist vier Jahre nach 1914 noch zu gut im Gedächtnis, wie Kaiser und Regierung kurz vor Kriegsausbruch versuchten, Rußland und

Frankreich vom Kriege abzuhalten. So wird Artikel 231, der Deutschland und den Verbündeten die Alleinschuld zuschiebt, von der Masse aller Deutschen als politische Zwecklüge zur Rechtfertigung der exorbitanten Reparationen angesehen. Ein Weiteres zeigt Wirkung. Die Einmärsche und Angriffe von Truppen aus Frankreich, Belgien, England, Litauen und Polen in den 20er Jahren, gegen die das Deutsche Reich mit nur 100.000 eigenen Soldaten so gut wie hilflos ist, führen jedermann vor Augen, daß Deutschland zum eigenen Schütze wieder aufgerüstet werden muß. Da der Versailler Vertrag ein glatter Bruch der fünf Noten und Friedensangebote Wilsons ist, wird er von Politik und Militär nur als gigantischer Betrug betrachtet, der kein Befolgen schuldet, auch nicht, daß Deutschland dauernd wehrlos bleibt. Man schließt aus dem Erlebten, daß man auch in Zukunft vom Ausland weder Gutes noch Fairneß zu erwarten hat. So bleibt die Stimmung, bis der nächste Krieg beginnt.

Die Gebietsverluste spielen in der politischen Diskussion der Nachkriegsjahre zunächst nur eine sekundäre Rolle. In Deutschland wünscht sich deswegen fast niemand einen neuen Krieg. Doch die Parteien im Reich von ganz links bis ganz rechts und die Bevölkerung streben nach einer generellen Revision des Vertrages von Versailles. Als die Siegermächte dem Deutschen Reich und damit den demokratischen Kräften der jungen Republik zehn Jahre lang in dieser Frage substantiell so gut wie nicht entgegenkommen, sinkt das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit der Demokraten. Es sind die radikalen Arbeiterparteien, die daraus Vorteil ziehen, die Kommunistische Partei und die Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Beide werben mit dem Versprechen, den Vertrag zu brechen. Im Zentralorgan der KPD „DIE ROTE FAHNE“ ist am 24. August 1930 als Programm zu lesen:

> *„Wir erklären feierlich, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden.“*

So steigt die Zahl der Mandate der zwei linken Radikalparteien ab den Reichstagswahlen von 1930 sprunghaft an. Die Mandate der bürgerlichen Parteien und die der Sozialdemokraten nehmen dementsprechend ab. Der Versailler Vertrag vergiftet die politische Kultur in Deutschland, er zerbricht die im vergangenen Jahrhundert langsam zivilisiert gewordenen internationalen Gepflogenheiten, mit Besiegten umzugehen. Er schafft in ganz Europa Gründe für viele neue Kriege.

Brandgeruch in Europa

Seit Versailles, Saint-Germain und Trianon riecht es in Europa nach einem neuen Krieg. Die Sieger haben die Besiegten bestraft, ohne später Frieden im Sinn von Ausgleich und Versöhnung anzubieten. Sie haben sich vor allem selbst bedient, die Macht des Stärkeren zum einzigen Regulativ erhoben, vielfach das

selbst proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker außer Kraft gesetzt und dabei mehr neue Minderheitenprobleme in die Welt gesetzt als alte weggeräumt. Die Sieger haben außerdem ihr Wort, später selber abzurüsten, mit Mehrheit nicht gehalten. So schaffen die Verträge Fakten und ein Klima, in dem viele kluge Europäer und andere dem Frieden keine Chance geben. In vielen Kommentaren aus den ersten Nachkriegsjahren spiegelt sich das wider.

Friedrich Ebert 1919:
> *„Aus solchem aufgezwungenen Frieden müßte ... neues Morden werden.“*

Der US-Außenminister Lansing 1919:
> *„Wir haben einen Friedensvertrag, aber er wird keinen dauerhaften Frieden bringen.“*

Der britische Premierminister Lloyd George 1919:
> *„Ich kann kaum eine stärkere Ursache für einen künftigen Krieg erblicken.“*

Der holländische Gesandte Swinderen zu einem englischen Kollegen:
> *„Die Friedensbedingungen von Versailles enthalten alle Keime eines gerechten und dauerhaften Krieges.“*

Der englische Abgeordnete Kneeshow auf dem Labour-Parteitag 1920:
> *„Wären wir das besiegte Volk und hätten solche Bedingungen auferlegt bekommen, so würden wir ... in unseren Schulen und Heimen begonnen haben, unsere Kinder auf einen Vergeltungskrieg vorzubereiten.“*

Der italienische Ministerpräsident Nitti 1923:
> *„Noch nie ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten ... Volkes begründet worden.“*

Der britische General und Historiker Fuller in seinem Buch „1939-1945“:
> *„So wurden die Drachenzähne gesät, aus welchen ein noch verheerenderer Konflikt hervorgehen sollte, als der, den diese Vertragsverletzungen beendete.“*

Mit der Vertragsverletzung bezieht sich Fuller auf die nicht eingelösten 14 Wilson-Punkte. Selbst der französische Marschall Foch, der noch kurz zuvor die alliierte Waffenstillstandsdelegation in Compiégne geleitet hatte, prophezeit:
> *„Das ist kein Friede. Das ist ein Waffenstillstand für 20 Jahre.“*

Die nächsten 20 Jahre herrscht zwar Waffenstillstand, doch der täuscht nur eine neue Friedensordnung vor. In Wahrheit gärt es und rumort es in Europa. Die Kommunistische Internationale, KOMINTERN, verkündet auf einer Konferenz am 10. Januar 1933, drei Wochen bevor Adolf Hitler deutscher Kanzler wird, worum es in den nächsten Jahren geht:
> *„Die Kommunistische Internationale begrüßt den Kampf der KP Polens für das Recht der freien Selbstbestimmung der Bevölkerung Oberschlesiens und des polnischen Korridors bis zur Loslösung von Polen, und für das Recht der Danziger Bevölkerung zum freiwilligen Anschluß an*

Deutschland. Sie begrüßt den Kampf der KP Frankreichs für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes Elsaß-Lothringens bis zur Lostrennung von Frankreich, und für die Befreiung des Saargebiets von imperialistischer Besetzung. Sie begrüßt den Kampf der KP Belgiens für das Selbstbestimmungsrecht des flämischen Volkes sowie der Bevölkerung von Eupen-Malmedy bis zur Lostrennung von Belgien.“ [98]

---

[98] Kern, Seite 83

TEIL 2

DIE JAHRE DER ANSCHLÜSSE

Die Jahre der Anschlüsse

Die Volksabstimmung an der Saar

Die deutsche Wehrhoheit im Rheinland

Der Anschluß Österreichs
Die Vorgeschichte Die deutsch-österreichische Wiederannäherung
Das Nachkriegsösterreich
Dr. Schuschniggs „Volksabstimmung"
Die Wiedervereinigung

Stresa, Abessinien und die Achse-Rom-Berlin

Amerika im Hintergrund

Der Anschluß der Sudetengebiete und die Unterwerfung der Tschechei
Die historischen Wurzeln der Tschechoslowakei
Die Tschechoslowakei als Vielvölkerstaat
Die Sudetendeutschen
Die deutsche Einmischung in die tschechische Sudetenkrise
Die tschechoslowakische Eskalation Englands und Frankreichs Einmischung
Chamberlains erster Vermittlungsversuch und Beneš Vorschlag
zur Aussiedlung der Sudetendeutschen
Roosevelts Rettungsversuch
Das Einlenken der Tschechen
Das Treffen in Bad Godesberg vom 22. bis 24. September 1938
Beneš Sowjet-Plan
Die Münchener Konferenz vom 29. bis 30. September 1938
Der Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938
Die Reichskristallnacht am 9. November 1938
Der Irrtum mit der „freien Hand im Osten"

Der Zerfall der Tschechoslowakei
Die Tschechei wird zum Protektorat
Die Garantie, die es nie gab
Der Anlaß zum Zweiten Weltkrieg

Die Rückgabe Memels

Die offene koloniale Frage

DIE JAHRE DER ANSCHLÜSSE

Die Siegermächte des Ersten Weltkriegs geben Europa eine neue territoriale Ordnung, die nicht lange hält. Mit der Zerschlagung des Habsburger und des Osma-nischen Vielvölkerstaats und der Verkleinerung des Deutschen Reichs entstehen neue Staaten, die teils aus dem historischen Zusammenhang gerissen, teils selbst mit den Problemen des Vielvölkerstaats belastet und teils mit Großmachtträumen im Gepäck die neue Ordnung sprengen.

Deutschland verliert mit dem Versailler Vertrag eine nicht geringe Zahl von deutsch bewohnten Regionen an den Rändern des alten Deutschen Reichs. Österreich bleibt nur als Rumpf des Habsburger Reichs mit dem deutschsprachigen Kern des früheren Vielvölkerstaats erhalten. Das neue Polen übernimmt die Herrschaft über zwei Millionen Deutsche. Zur neugeschaffenen Tschechoslowakei gehören über dreieinhalb Millionen Deutsch-Böhmen, die sich seit Anfang des Jahrhunderts Sudetendeutsche nennen. Zum Versailler Erbe gehört auch die Räumung einer Reihe deutscher Grenzregionen von deutschem Militär.

Im Nachkriegsdeutschland und in Nachkriegsösterreich versuchen Parlamente und Regierungen seit 1919, die Hoheit im eigenen Lande wiederzugewinnen, das Selbstbestimmungsrecht des Volkes durchzusetzen und die Verteidigungsfähigkeit nach außen wieder aufzubauen. Die Auseinandersetzungen um die von den Siegern hinterlassene Ordnung prägen die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts, ohne daß sich wesentliches tut. Die Bemühungen des Deutschen Reichs um die Verteidigungsfähigkeit und die Weigerung der Sieger, ihren in Versailles eingegangenen Verpflichtungen zur Abrüstung der eigenen Armeen nachzukommen, sind einem späteren Kapitel dieses Buches vorbehalten. Doch es sei hier schon erwähnt, daß Briten, Franzosen, Polen, Tschechen, Belgier und Italiener den Versailler Versuch, die Nachkriegsordnung in eine europaweite Abrüstung einzubetten, selber ruinieren, ehe Deutschland 1933 damit anfängt, „die Fesseln von Versailles“ abzustreifen.

Die Sieger versäumen es in den 20er Jahren, die Versailler Ordnung von sich aus so nachzubessern, daß Deutschland, Österreich und Ungarn damit hätten leben können. Sie überlassen es statt dessen den drei besiegten Ländern, dies selbst zu tun. So werden das Saarland wieder eingegliedert, das Rheinland mit deutschem Militär besetzt und Österreich, die Sudetengebiete und das Memelland an Deutschland angeschlossen. Nichts davon ist ein freiwilliges Geben der Siegerstaaten. Es ist vielmehr der erst sanfte und später harte Druck aus Deutschland, der die Dinge ändert. Doch der Krug geht – wie das Sprichwort sagt – so lang zu Brunnen, bis er bricht. Die Sieger, die nicht von sich aus geben, sondern die nur gezwungenermaßen nachgeben, fühlen mit der Zeit, daß ihnen der Sieg von 1918

durch die Finger rinnt. Als Deutschland unter Hitler 1939 die Tschechei ihrer Selbständigkeit beraubt und zum Protektorat erklärt, zerbricht der Krug, noch ehe die letzten Schäden von Versailles ganz beseitigt sind. Als Deutschland die Tschechei besetzt, drängt sich den Siegern eine neue Perspektive auf. Sie sehen die Rheinlandbesetzung und die Anschlüsse Österreichs und der Sudetengebiete in der Rückschau als den langen Anlauf Deutschlands erst für eine Vormachtstellung in Europa an und dann sogar für Deutschlands Weltherrschaft[1]. Die Angst der Sieger davor verhindert 1939 den Anschluß Danzigs und die Lösung der Transitwegefrage durch den Pomerellen-Korridor im Einvernehmen zwischen dem neuen Polen und dem Deutschen Reich. So ist der Blick auf die Jahre von 1935 bis 1939 unumgänglich, wenn man verstehen will, wieso der Streit um Danzig, um den Anschluß einer einzigen deutschen Stadt, so schnell und überhaupt zu einem neuen Weltkrieg führt.

Die Volksabstimmung an der Saar

Der erste Anschluß fällt Hitler sozusagen in den Schoß. Während der Siegerkonferenz in Versailles hat der französische Ministerpräsident Clemenceau wiederholt versichert, daß die Saarländer französischer Abstammung seien und, soweit doch von deutscher Herkunft, Bürger Frankreichs werden wollten[2]. So jedenfalls notiert das der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin in einem seiner Bücher. Trotz des festen Willens der Franzosen findet ihre Absicht, auch das Saargebiet zu schlucken, in Versailles keine Mehrheit. Die Russen, die ihnen die Saar im Geheimvertrag von 1917 zugesichert hatten, sind in Versailles nicht mehr dabei. Und US-Präsident Wilson sowie der englische Premier Lloyd George sind nicht damit einverstanden, daß Clemenceau das Saarland samt Bevölkerung und Bodenschätzen annektiert. Als Kompromiß der drei großen Siegermächte wird das Saarland zunächst für 15 Jahre unter die Verwaltung des Völkerbunds gestellt. Dann erst soll nach einer Volksabstimmung entschieden werden, ob es auf Dauer französisch, selbständig oder wieder deutsch wird. Eine fünfköpfige, international besetzte „Saarkommission“ soll das Saarland in diesen 15 Jahren im Auftrag des Völkerbunds regieren. Die Saarkommission steht unter dem Vorsitz eines französischen Präsidenten. Sie entpuppt sich bald als alleinige Vertretung französischer Interessen. Das ändert sich auch nicht, als das kanadische und das deutsche Mitglied der Kommission deshalb aus Protest dies Gremium verlassen. Die Verhältnisse an der Saar verschlimmern sich dadurch nur noch weiter zum Schaden der betroffenen Bevölkerung. Frankreich schaltet und waltet de facto als neuer Herrscher an der Saar. Die Proteste der angestammten

---

[1] Lord Halifax z.B. spricht am 20. März 1939 vor dem Oberhaus von „Deutschlands ehrgeizigen Weltherrschaftsplänen“

[2] Benoist-Méchin, Band 3, Seite 257

Bevölkerung werden auf Weisung der Franzosen in der Kommission in aller Regel dem zuständigen Völkerbund nicht einmal zugeleitet[3]. Die Regierung in Paris verlegt gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrags 5.000 französische Soldaten in das Saargebiet[4]. Die deutsche Beamtenschaft wird zum größten Teil ausgewiesen und durch französische ersetzt. Das gleiche passiert mit den deutschen Firmenleitungen in der Industrie und im Bergbau an der Saar. Doch 1935 sind die 15 Jahre Saarstatut zu Ende, und Frankreich muß die 1920 in Versailles festgelegte Volksabstimmung dulden. So ist die Tatsache der Volksabstimmung an der Saar kein Verdienst des Kanzlers Hitler.

In den Monaten vor der Abstimmung tobt ein heftiger Wahlkampf an der Saar, bei dem die französische Verwaltung vor Ort den Heimvorteil besitzt, und das Deutsche Reich dagegen keinen unmittelbaren Zutritt hat. Der Wahlkampf wird von französischer Seite bewußt gegen den Nationalsozialismus und die neuen Mißstände im Deutschen Reich geführt. Die Emotionen schlagen dabei hoch, und die Volksabstimmung droht, zu harten Auseinandersetzungen auszuarten. Da schlägt der deutsche Regierungschef Hitler der französischen Regierung vor, die Zukunft der Saar durch eine freundschaftliche Vereinbarung zwischen beiden Regierungen zu regeln und auf die Volksabstimmung zu verzichten[5]. Sein Vorschlag lautet, das Saargebiet dem Deutschen Reiche wieder anzuschließen und durch einen Wirtschaftsvertrag zu regeln, daß die französische Industrie die saarländischen Bodenschätze, so ausbeuten dürfe wie bisher. Die französische Regierung lehnt den Vorschlag ab. Sie wertet ihn als Hitlers Eingeständnis der schlechten deutschen Chancen bei der Wahl.

Am 13. Januar 1935 wird unter der Aufsicht des Völkerbunds gewählt. 90,8 Prozent der Saarländer votieren für den Anschluß an das Deutsche Reich, 8,8 Prozent für die Selbständigkeit der Saar und 0,4 Prozent für den Anschluß an Frankreich. Diese Wahl außerhalb des deutschen Staatsgebiets hat ohne jeden Zweifel ohne deutsche Manipulationen und Pressionen stattgefunden. Und sie wirkt, dank des Wahlkampfthemas der Franzosen „Nationalsozialismus in Deutschland“ statt einer Entscheidung für Deutschland und gegen Frankreich wie eine breite Zustimmung zum neuen nationalen Sozialismus des deutschen Kanzlers Hitler. So bescheren die Franzosen Hitler einen innenpolitischen Triumph, der stärker nachwirkt als sie ahnen. Für Hitler wird der erste Anschluß nach der Niederlage von 1918 zugleich ein Plebiszit für die „Bewegung“.

Am 1. März 1935 geht die Hoheit über das Saargebiet wieder auf das Deutsche Reich über. Hitler gibt zu diesem Anlaß eine Regierungserklärung vor dem Reichstag ab, in der er feierlich auf den deutschen Anspruch auf Elsaß-Lothringen verzichtet und die durch die Heimkehr der Saar neugezogene Grenze zwi-

---

[3] Nitti, Seite 115

[4] Nach Versailler Vertrag, Teil III, Artikel 50, Anlage, § 30 war das Saargebiet frei von Militär zu halten

[5] Benoist-Méchin, Band 3, Seite 259



Abb. 2: Wahlkampf vor der Saarabstimmung

schen Frankreich und Deutschland als endgültig anerkennt. Frankreich hat damit ein erstes Stück seiner Versailler Kriegsbeute auf legalem Weg verloren. Und Hitler hat – fast unverdienter Maßen – den ersten innenpolitischen Erfolg durch einen Anschluß eingefahren.

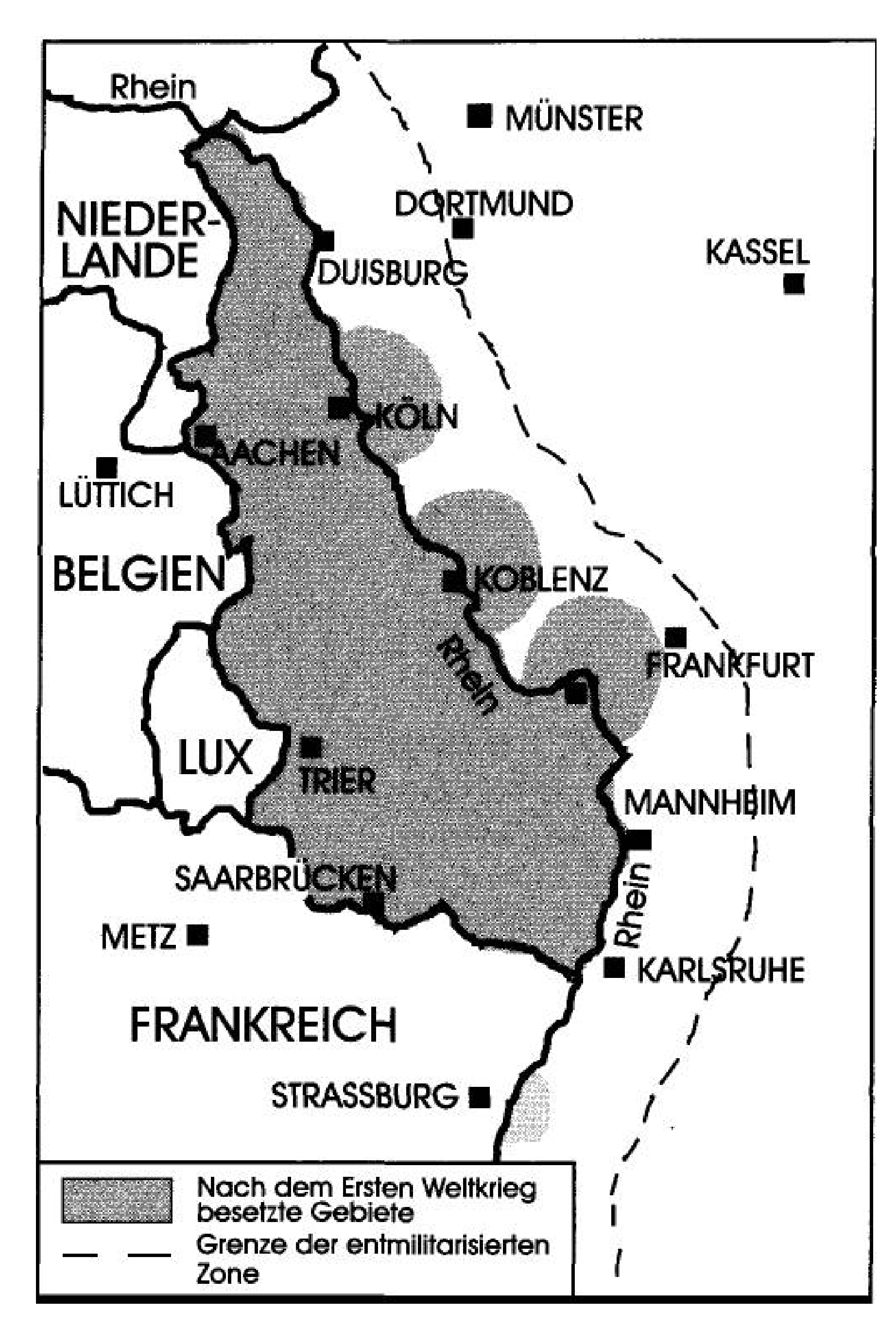
Die deutsche Wehrhoheit im Rheinland

Die nächste „Fessel von Versailles", die Hitler abstreift, ist die Entmilitarisierung des deutschen Rheinlands. Mit dem Vertrag von Versailles war Deutschland auferlegt, das Rheinland mit der Pfalz links des Rheins und eine 50 Kilometer tiefe Zone rechts des Rheins von der Schweiz bis zu den Niederlanden von eigenen Truppen und Befestigungen freizuhalten.

1921 und 1923 nutzen Frankreich und Belgien trotz des inzwischen geschlossenen „Friedens" diese ungeschützte Grenze, um Deutschland für nicht geleistete Reparationen zu „bestrafen" und erst Düsseldorf und Duisburg und dann das ganze Ruhrgebiet mit fünf Heeresdivisionen zu besetzen. Dennoch bestätigt die deutsche Reichsregierung 1925 im Pakt von Locarno[6] noch einmal diese Entmilitarisierung der deutschen Grenzregion in Richtung Frankreich, um sich damit die deutsche Mitgliedschaft im Völkerbund und den Abzug der französischen Besatzungstruppen aus der „Kölner Zone" zu erkaufen[7]. Gleichzeitig garantieren sich die Staaten Frankreich, Deutschland und Belgien gegenseitig den Verlauf ihrer gemeinsamen Grenzen, und sie vereinbaren, in Zukunft „in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten"[8]. Die von Locarno erhoffte Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland stellt sich jedoch nicht ein. Frankreich erwartet, daß Deutschland sich in Dankbarkeit für die Aufnahme in den Völkerbund fortan strikt an „Versailles" hält. Ansonsten blockiert es die Gleichberechtigung der Deutschen im Völkerbund, so gut es kann. Deutschland dagegen erwartet nach dem end-gültigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen französisches Entgegenkommen, besonders soweit es die Lasten von Versailles anbelangt. So bleibt Locarno nur ein kurzer Blütentraum der deutsch-französischen Annäherung zwischen beiden Kriegen. Dies als erster Teil der Vorgeschichte zur deutschen Rheinlandbesetzung von 1936.

Der zweite Teil beginnt mit einem Französisch-Russischen Vertrag. 1935 ersetzen Frankreich und die Sowjetunion einen auslaufenden Nichtangriffspakt von 1932 durch einen neuen Freundschafts- und Beistandspakt[9]. Zu diesem Pakt

[6] Sicherheitspakt von Locarno vom 16. Oktober 1925, zwischen D, UK, F, B, IT, PO und CSR geschlossen. Auch Rhein-Pakt genannt.
[7] Die Zone Jülich-Düren-Köln-Bonn sollte nach Artikel 429 des Versailler Vertrags im Mai 1924 von den Besatzungstruppen geräumt werden. Das war nicht geschehen.
[8] Artikel 2 des Vertrages von Locarno
[9] Franz.-Sowjet. Vertrag vom 2. Mai 1935



Karte 4: Das entmilitarisierte Rheinland

gehört allerdings ein Zusatzprotokoll, in dem sich die Sowjetunion und Frankreich ihre Waffenhilfe auch für den Fall zusagen, daß eines der beiden Länder von einem Drittland angegriffen wird, und – das ist das Besondere – das auch, wenn der Völkerbund eine solche Waffenhilfe nicht empfiehlt[10]. Damit behalten sich die Sowjetunion und Frankreich vor, bei einem Streit mit dritten Staaten in eigener Machtvollkommenheit zu entscheiden, wer der Aggressor ist. Da die inzwischen wieder gut aufgerüstete Sowjetunion nicht damit rechnen kann, von den kleinen Baltenstaaten oder von den militärisch weit unterlegenen Polen oder

[10] Benoist-Méchin, Band 3, Seite 278. Dieses Zusatzprotokoll ist im Vertrags-Ploetz ausgelassen.

Rumänien angegriffen zu werden, macht der Pakt nur in einem Krieg mit Deutschland einen Sinn. Frankreich hatte sich jedoch in Locarno mit Vertrag verpflichtet, keine militärischen Operationen gegen Deutschland mehr zu führen, es sei denn zur eigenen Verteidigung oder aufgrund früherer Verpflichtungen, die Frankreich gegenüber den Polen und den Tschechen eingegangen war. Ein französisches Versprechen, der Sowjetunion im Falle einer deutsch-sowjetischen Auseinandersetzung mit Waffenhilfe beizustehen, ist also ein Bruch des Paktes von Locarno. Und in Locarno – und das ist hier von Bedeutung – wird deutscherseits die schon erwähnte Entmilitarisierung des deutschen Rheinlands zugesagt, die Hitler nun im Gegenzuge kündigt.

Der Unterzeichnung des Französisch-Sowjetischen Vertrags am 2. Mai 1935 geht eine Monate dauernde diplomatische Auseinandersetzung zwischen Paris und Berlin voraus, an der mittelbar auch die Garantiemächte des Locarno-Paktes ihren Anteil haben. Im April 1935 warnt der britische Außenminister Simon die französische Regierung,

> *„daß England beunruhigt sein würde, wenn Frankreich einen Vertrag unterschriebe, der es eventuell in einen Krieg mit Deutschland hineinziehen könnte und das unter Bedingungen, die mit dem §2 des Locarno-Paktes unvereinbar sind.“* [11]

Am 25. Mai 1935 übersendet die deutsche Regierung der französischen ein Memorandum, in dem sie geltend macht, daß der neue sowjetisch-französische Vertrag im Widerspruch zu Artikel 16 der Völkerbundsatzung steht, und daß er nach deutscher Auffassung den Locarno-Pakt verletzt[12]. Die französische Regierung erwidert, daß der neue Vertrag ja keine französisch-sowjetische Militärallianz begründe und ansonsten völlig in Übereinstimmung mit dem Völkerbundvertrag und dem Pakt von Locarno stünde. Zur eigenen Sicherheit konsultiert Frankreich auch die Garantiemächte von Locarno, England, Italien und Belgien und läßt sich bestätigen, daß diese den Locarno-Pakt auch nach Abschluß des Französisch-Sowjetischen Beistandspakts für weiter gültig halten. Im Januar 1936 versucht die Reichsregierung noch einmal, den Französisch-Sowjetischen Vertrag auf andere Weise abzuwenden. Sie bietet Paris an, einen deutsch-französischen Nichtangriffspakt zu schließen. Frankreich lehnt den Vorschlag ab. Damit hat Berlin außenpolitisch eine Runde an Paris verloren. Am 27. Februar 1936 wird der Sowjetisch-Französische Beistandspakt von der französischen Nationalversammlung ratifiziert.

Für Hitler ist der Sowjetisch-Französische Vertrag ein Rückschlag in dem Bemühen, Deutschland nach außen abzusichern. Sein Erfolg von 1934, der Nichtangriffspakt mit Polen, hatte Frankreichs Ring um Deutschland aufgebrochen. Mit seinem neu geschlossenen Bündnis mit den Sowjets stopft Paris die

---

[11] Benoist-Méchin, Band 3, Seite 282
[12] ADAP, Serie C, Band IV 1, Anlage zu Dokument 107

Lücke mit einem neuen Waffenbruder. Für Deutschlands Sicherheit hat diese Wendung zwei Aspekte. Zum ersten wird erkennbar, daß man in Paris den deutschen Garantien im Vertrag von Locarno keinen unbedingten Glauben schenkt, und daß man durchaus noch einen weiteren Krieg ins Auge faßt. Zum zweiten verstärkt sich die Allianz der potentiellen Gegner Deutschlands an Frankreichs Seite um eine weitere Million Soldaten. Für Deutschland ist dies in Erinnerung an das französisch-russische Zusammenspiel von 1914 keine gute Perspektive. Bei nüchterner Betrachtung zeigt sich, daß Frankreich 1935 sein Bündnissystem ein weiteres Mal zu deutschen Lasten ausbaut, daß die französischen Streitkräfte der erst im Aufbau begriffenen deutschen Wehrmacht noch weit überlegen sind und daß Deutschlands Grenze zu Frankreich schutzlos offenliegt. Hitler und der Reichswehrführung ist durchaus bewußt, daß die Entblößung der Rheingrenze von deutschen Truppen nicht nur der Sicherheit Frankreichs dient, sondern den Franzosen auch ein Einfallstor ins dadurch ungeschützte deutsche Reichsgebiet geöffnet halten soll. Die Drohung Frankreichs während der oberschlesischen Kämpfe von 1921, in Deutschland einzumarschieren, und die ja tatsächlich erfolgten Einmärsche der Belgier und Franzosen vom 8. März 1921 und vom 11. Januar 1923 sind schließlich nicht vergessen.

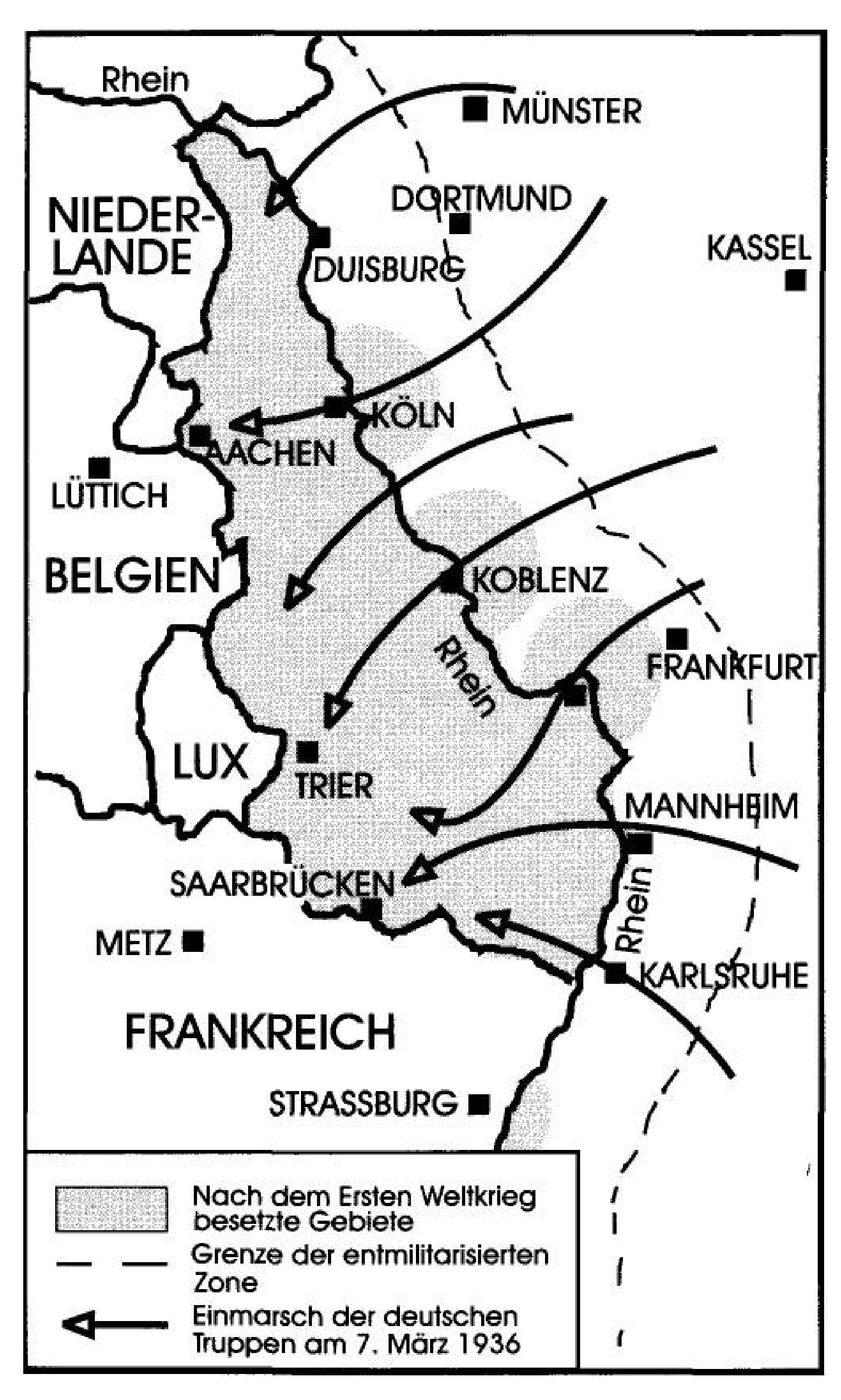
Des weiteren ist der neue Sowjetisch-Französische Pakt – anders als von der französischen Regierung dargestellt – doch mehr als nur ein rein politischer Vertrag. Am 13. und 14. Februar 1936 besucht der sowjetische Marschall Tuchatschewski seinen französischen Kameraden in Paris, den Oberbefehlshaber General Gamelin[13]. Und die deutsche Abwehr kann ermitteln, daß der französische Generalstab einen Plan für eine eventuelle Zusammenarbeit der französischen und der sowjetischen Streitkräfte in Arbeit hat. Dieser Plan sieht einen französischen Einmarsch durch das von deutschem Militär entblößte Rheinland vor, Truppenbewegungen über den Mittelrhein und dann entlang der Mainlinie in Richtung Tschechoslowakei, wo eine Vereinigung mit den sowjetischen Bundesgenossen vorgesehen ist[14].

Die französische Verletzung des Locarno-Vertrages durch den Abschluß des Beistandsabkommens mit der Sowjetunion ist für Hitler Anlaß, sich nun auch nicht mehr an diesen Pakt zu halten und das eine mit dem anderen zu begründen. Hitler faßt den politischen Entschluß, das von deutschen Truppen nicht geschützte Rheinland wieder zu besetzen.

Anfang März 1936 eröffnet der Diktator Hitler den Entschluß dazu den Spitzen des Auswärtigen Amtes und der Wehrmacht. Von beiden Seiten wird ihm schärfstens abgeraten. Die deutsche Botschaft in Paris sagt vorher, daß die französische Regierung den deutschen Schritt nicht dulden und militärisch reagieren werde. General von Blomberg als Reichskriegsminister macht geltend, daß die Wehr-

[13] Benoist-Méchin, Band 3, Seite 283
[14] IMT. Verhandlungen, Band XVI, Seite 686

macht, die gerade erst am Anfang ihres Wiederaufbaus steht, den französischen Streitkräften an Stärke, Bewaffnung und Reserven um ein mehrfaches unterlegen ist. Hitler sagt gegen allen Rat voraus, daß Frankreich auf einen Einmarsch deutscher Truppen in das Rheinland trotz aller der genannten Gründe nicht militärisch reagieren werde.



Karte 5: Der Einmarsch der Wehrmacht in das Rheinland

Am 7. März 1936 läßt Hitler 19 Wehrmachtsbataillone in die entmilitarisierte Zone einmarschieren[15]. Um der politischen Provokation nicht noch eine militärische Drohgebärde hinzuzufügen, überschreiten zunächst nur drei der 19 Bataillone den Rhein nach Westen und rücken in Saarbrücken, Trier und Aachen ein[16]. Hitler verletzt mit diesem Handeln die Verträge von Locarno und Versailles. Doch er schafft damit auch die Voraussetzung für die Verteidigungsfähigkeit des Deutschen Reichs nach Westen. Hitler begleitet diesen Schritt mit einem neuen Angebot an Frankreich. Er regt an, – wenn Frankreich dem so zustimmt – in Zukunft eine entmilitarisierte Zone auf beiden Seiten der deutsch-französischen Grenze einzurichten, die deutschen und die französischen Streitkräfte bei gemeinsamen Höchstzahlen zu begrenzen und einen Nichtangriffspakt von 25 Jahren Dauer abzuschließen.

Die Reaktionen Frankreichs und der anderen ehemaligen Siegerstaaten geben Hitler Recht. Die französische Regierung läßt zwar den Alarmzustand für die Armee erklären, die Maginotlinie besetzen und nordafrikanische Divisionen von Südfrankreich zur deutschen Grenze vorverlegen. Ansonsten versucht sie nur, die Locarno-Garantiemächte und den Völkerbund gegen Deutschland aufzubringen. Doch außer Polen, Tschechen, Rumänen und Jugoslawen sagt den Franzosen niemand Hilfe zu. Die britische Regierung lehnt es trotz der Bitte der Franzosen ab, mobil zu machen. London will den erst vor neun Monaten abgeschlossenen Flottenvertrag mit Deutschland nicht aufs Spiel setzen und keinen neuen Krieg riskieren, um eine für Frankreich vorteilhafte Bestimmung des Versailler Vertrages durchzusetzen. London bietet nur seine Vermittlungsdienste an. Die übrigen Locarno-Garantiemächte Belgien und Italien schließen sich der Haltung Englands an.

Am 14. März 1936 tritt der Rat des Völkerbunds zusammen, um über den deutschen Bruch des Versailler Vertrages zu befinden. Der Vertreter Frankreichs fordert, Deutschland der Vertragsverletzung anzuklagen und zu verurteilen. Der britische Vertreter erklärt für „seiner Majestät Regierung“:

> *„Es ist offensichtlich, daß der Einmarsch der deutschen Truppen in das Rheinland eine Verletzung des Versailler Friedensvertrages darstellt. Dennoch stellt diese Aktion keine Bedrohung des Friedens dar und erfordert nicht den unmittelbaren Gegenschlag, der in gewissen Fällen im Locarno-Pakt vorgesehen ist. Zweifellos schwächt die Wiederbesetzung des Rheinlandes die Macht Frankreichs, aber sie schwächt in keiner Weise seine Sicherheit.“* [17]

Nach sieben Tagen der Beratung erklärt der Völkerbund, daß Deutschland den Artikel 43 des Versailler Friedensvertrags verletzt hat. Doch er verlangt weder

[15] Benoist-Méchin, Band 3, Seite 294
[16] MGFA Dt. Reich und 2. Weltkrieg, Band 1, Seite 425
[17] Benoist-Méchin, Band 3, Seite 300

den Rückzug der ins Rheinland einmarschierten deutschen Truppen noch Sanktionen.

Die Konsequenzen dieses Hitler-Handstreichs sind allerdings auf eine andere Weise folgenschwer. Adolf Hitler hat mit seinem Rheinland-Schachzug gegen allen Rat der Diplomaten und Generale Recht behalten. Das trübt sein Vertrauen in die Urteilsfähigkeit der berufenen Berater und hebt sein eigenes Selbstvertrauen, das sich später nach weiteren Erfolgen übersteigert. Er beginnt auch, die Tatkraft ausländischer Regierungen zu unterschätzen. Bei den deutschen Generalen ist die Wirkung genau umgekehrt. Ihr Vertrauen in die eigene Urteilsfähigkeit wird brüchig und sie beginnen, Hitler in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zu viel Kredit zu geben.

Der Anschluß Österreichs

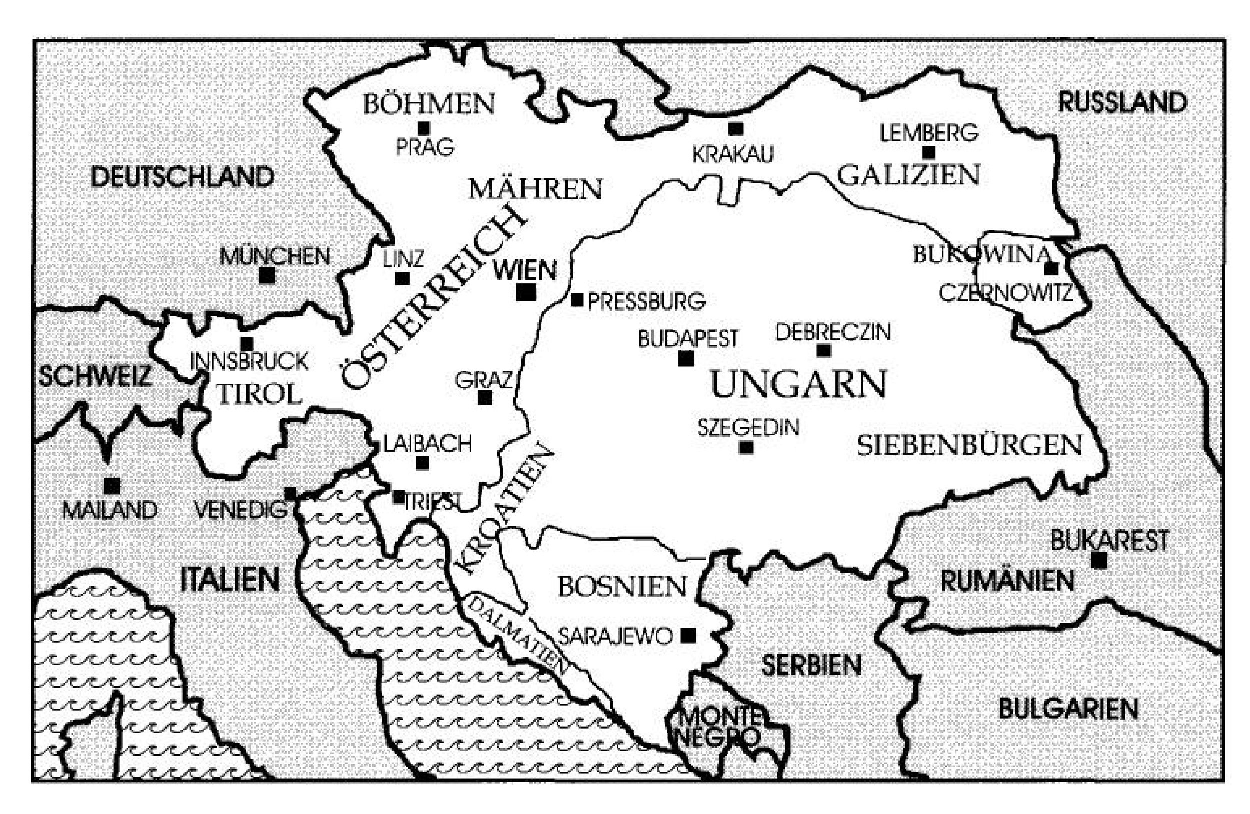
Die bessere Überschrift wäre sicher die „Wiedervereinigung“ mit Österreich gewesen, doch dieser Vorgang ist nun einmal mit dem Wort „Anschluß“ in die Geschichte eingegangen. Die vergeblichen Versuche der Parlamente und der Regierungen des Deutschen Reichs und der Republik Österreich von 1919, beide Länder nach fast einem Jahrtausend gemeinsamer Geschichte und 54 Jahren Trennung wieder zu einem Staate zu vereinigen, haben weniger Spuren in der Geschichtsschreibung hinterlassen, als der von beiden Ländern 1938 mit Erfolg vollzogenen Anschluß.

Die Vorgeschichte

Die staatliche Gemeinsamkeit der deutschen Länder einschließlich derer, die später den Staat Österreich bilden, beginnt im Jahr 911 mit der Wahl Konrad I. zum König des Ostfrankenreiches, für das sich bald der Name „Reich der Deutschen“ und später „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“ durchsetzt. Im Jahr 1273 geht die Krone dieses Heiligen Römischen Reiches erstmals an einen Fürsten aus dem Hause Habsburg, an Rudolf I., Herzog von Österreich, Herzog der Steiermark, Kärntens und der Krain und Graf von Tirol. Nach ihm tragen Fürsten aus den Häusern Nassau, Bayern und Luxemburg die Krone des deutschen Königs und Kaisers, ehe diese Würde 1438 wieder an einen Fürsten aus dem Hause Habsburg übergeht, wo sie dann in ununterbrochener Herrscherfolge bis 1806 verbleibt. So sind die Landesteile des Hauses Habsburg fast ein Jahrtausend lang ein integraler Teil des Deutschen Reichs und die Fürsten Habsburgs während der letzten 368 Jahre zugleich die Könige und Kaiser Deutschlands.

1806 löst Kaiser Franz II. aus dem Hause Habsburg nach den französischen Angriffen auf das Deutsche Reich und nach der Bildung eines „Rheinbunds“ deutscher Fürstentümer unter Frankreichs Oberherrschaft mit Dekret das erste Deut-

sche Reich auf. Zum gleichen Zeitpunkt vereinigt der nun abgedankte Kaiser Franz II. seine ererbten Länder Österreich, Böhmen, Mähren, Tirol die Steiermark, Krain, Kärnten und andere zu einem Kaiserreich Österreich, über das er fortan als Franz I. herrscht. Der eigene Weg des Hauses Habsburg neben seiner Zugehörigkeit zu Deutschland beginnt jedoch schon ein paar Jahrhunderte zuvor. Durch Heiraten, Erbschaften, Käufe und Verträge kommen viele Länder außerhalb des Deutschen Reiches für dauernd oder für begrenzte Zeit unter Habsburgs Herrschaft, so Ungarn, Kroatien, Galizien, die Bukowina, das Banat, die Toskana, das Herzogtum Mailand, ein Teil Serbiens und zum Schluß im Jahre 1908 auch noch Bosnien und Herzegowina.



Karte 6: Habsburgische Lande vor 1914

1815, nach dem Zusammenbruch der napoleonischen Vorherrschaft und der Auflösung der französischen Königreiche in Europa, gründen 36 deutsche Fürsten und vier reichsfreie Städte an Stelle des untergegangenen Deutschen Reichs den Deutschen Bund. Und wieder ist es der Chef des Hauses Habsburg, der den Vorsitz im Deutschen Bund innehat, der Kaiser von Österreich.

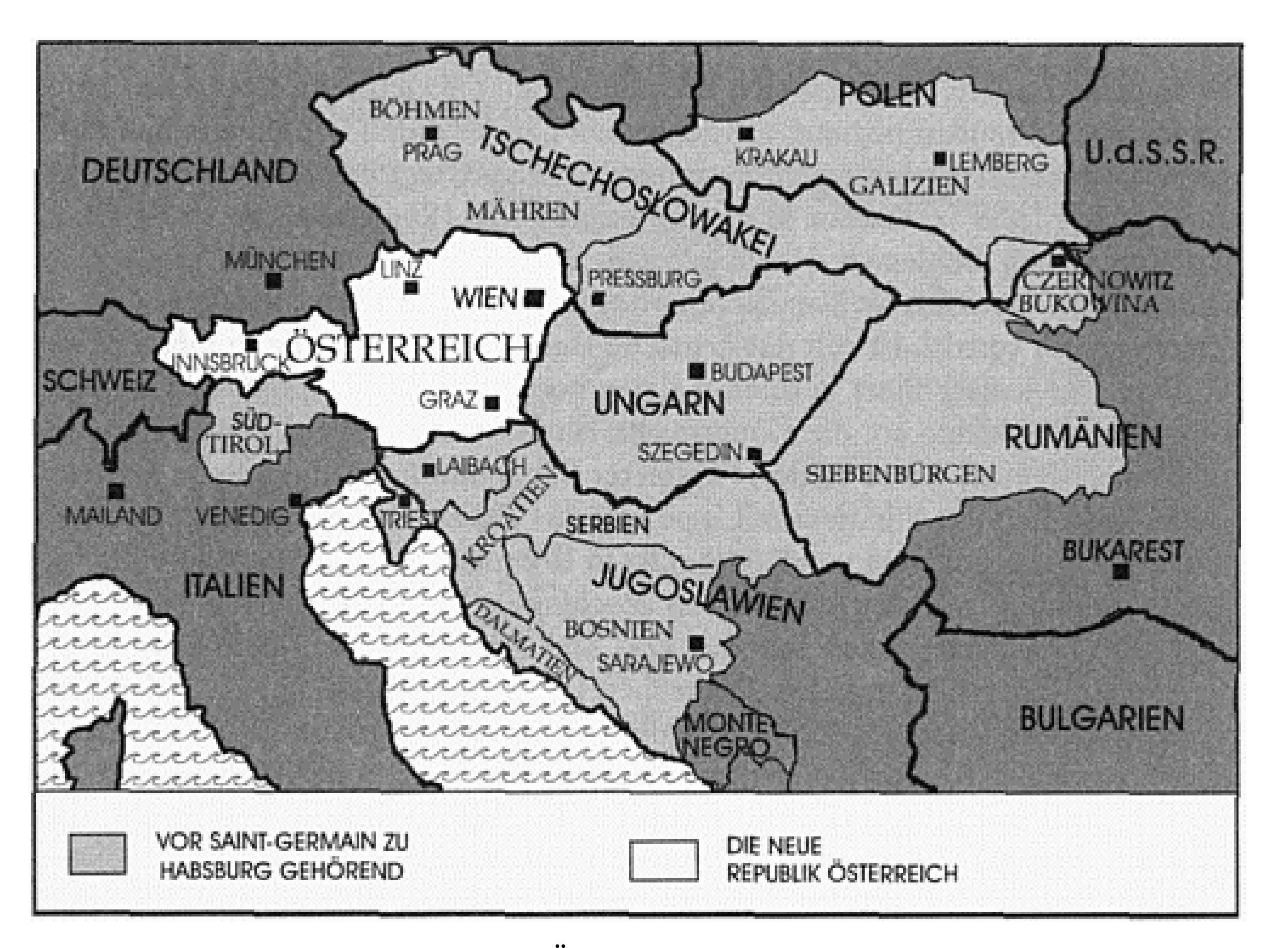
Gut drei Jahrzehnte später wird erneut versucht, Deutschland zu einem festen Staatsgebilde zu vereinen. Die Verfassunggebende Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt ruft 1849 ein „einiges und unteilbares Reich“ aus, doch an der Frage, was zum Reich gehören soll, scheiden sich die Geister. Die Nationalversammlung fordert die österreichische Regierung auf, mit ihren deutschen Ländern Teil des neuen Deutschen Reichs zu werden und zugleich auf die Hoheitsrechte in allen nicht deutschen Ländern zu verzichten. Die Nationalver-

sammlung will ein Deutschland ohne fremde Völker unter deutscher Herrschaft gründen. So steht Österreich vor der Wahl, erste Macht in einem neuen Deutschen Reich zu werden, dafür aber auf seine nicht deutschen Fürstentümer zu verzichten, oder erste Macht im eigenen Imperium im Donauraum zu bleiben. Österreich will sich nicht dazu entscheiden, ein ausschließlich deutscher Staat zu werden. So bleibt es vorerst beim Deutschen Bund von 1815, und Österreich spielt weiter seine Doppelrolle als Teil des Deutschen Bundes und als Vielvölkerstaat im Donauraum.

Es folgen 17 Jahre, in denen sich die politischen Gewichte im Deutschen Bund verschieben. Preußen beginnt, die deutschen Länder durch Diplomatie und Kriege zu vereinen. Habsburg verliert derweil an Kraft und Einfluß, unter anderem durch einen 1859 verlorenen Krieg mit Frankreich. 1866 kommt es im Streit um die Verwaltung Schleswig-Holsteins zum deutschen Bruderkrieg, in dem der Kaiser von Österreich als Vorsitzender des Deutschen Bundes ein letztes Mal die Reichsgewalt vertritt. Er ruft das deutsche Bundesheer gegen die Preußen zu den Waffen. Der Kaiser fuhrt in diesem Krieg noch einmal die Mehrheit aller deutschen Bundesstaaten an, die Königreiche Hannover, Sachsen, Württemberg und Bayern nebst einer Reihe weiterer kleinerer Fürstentümer. Auf der Seite Preußens stehen lediglich das Fürstentum Lippe und das Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha, doch in der Schlacht von Königgrätz in Böhmen wird die österreichische Armee vernichtend von der preußischen geschlagen. Damit ist Habsburgs Vorherrschaft im Deutschen Reich beendet. Das Ziel der preußischen Politik in diesem Kriege ist, Österreich aus dem Deutschen Bund zu drängen, um ohne den Vielvölkerstaat von Wien den Rest der deutschen Länder zu einem neuen Deutschen Reich zu einen. So verzichtet Preußen nach dem Sieg von Königgrätz darauf, Habsburg-Österreich zu zerschlagen, aber es löst den Deutschen Bund auf und setzt die Deutsch-Österreicher mit ihren 16 nicht deutschen Völkern vor die deutsche Tür. Damit wird das deutsch-deutsche Band zwischen Deutsch-Österreich und den anderen deutschen Ländern nach 955jähriger Gemeinsamkeit durchtrennt.

In den folgenden 48 Jahren vereinigen sich die anderen deutschen Länder unter Preußens Führung zum zweiten deutschen Kaiserreich und entwickeln ein neues deutsch-preußisches Bewußtsein. Das zweite deutsche Kaiserreich und das österreichische Kaiserreich gehen nun für weniger als ein halbes Jahrhundert ihre eigenen Wege, ehe sie im Ersten Weltkrieg als Bundesgenossen wieder zueinan-derfinden. Diese 48 Jahre Trennung haben einen tiefen Einfluß auf das Ge-schichts- und Selbstbewußtsein im kaiserlichen Deutschland. Die habsburger Wurzeln der eigenen Nation geraten in Preußen-Deutschland ins Vergessen. Diese Zeit der deutschen Trennung hat in dieser Hinsicht Ähnlichkeit mit der deutschen Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg. Die realen politischen Verhältnisse prägen das Bewußtsein und überlagern das Empfinden, zueinander zu gehören. Und wie 1990 beim Niedergang der DDR, so ist es 1918 die Niederlage beider

deutschen Kaiserreiche, die die Deutschen wieder zueinander bringt. Habsburgs Großreich wird zerschlagen. 41 Millionen ehemalige habsburger Untertanen nicht deutscher Muttersprache gründen ihre eigenen Staaten oder gehen gezwungenermaßen in andere Staaten auf. Und 7 Millionen Deutsch-Österreicher verbleiben mit dem territorialen Rest, den die Siegermächte auf der Konferenz von Saint-Germain von Alt-Habsburg übriglassen, in der neuen Republik Österreich.



Karte 7: Österreich nach 1919

Die deutsch-österreichische Wiederannäherung

Die 54 Jahre der deutsch-deutschen Trennung seit 1866 haben das Empfinden, zum selben Volke zu gehören, in Deutschland und in Österreich genausowenig sterben lassen, wie die 45 Jahre deutscher Teilung bei den Deutschen in West- und Mitteldeutschland nach 1945.

1919 übernehmen sozialdemokratische Regierungen in den neuen Republiken Deutschland und Österreich die Geschicke ihrer Teilnationen. In Österreich fassen die mit der Ausarbeitung einer neuen Staatsverfassung beauftragten Parlamentarier bei ihrer ersten Arbeitssitzung am 12. November 1918 einstimmig den Beschluß:

„Deutsch-Österreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt. Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.“ [18]

Gut eine Woche später, am 21. November erhebt die österreichische Nationalversammlung außerdem den Anspruch, alle Deutschen aus dem alten Habsburg zu vertreten:

„Der deutsch-österreichische Staat beansprucht Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern.“ [19]

Im neuen Deutschen Reich hegt die Politik die gleichen Wünsche. Am 6. Februar 1919 schließt der Abgeordnete Scheidemann (SPD) seine Eröffnungsrede zur konstituierenden Sitzung der Weimarer Nationalversammlung mit einen Appell an „die Brüder in Böhmen und Österreich“. Er beendet seine Rede mit den Worten:

„Möge die Zeit nahe sein, da unsere österreichischen Brüder ihren Platz in der großen deutschen Volksgemeinschaft wieder einnehmen werden.“

Am 2. März 1919 versammelt sich in Wien die erste Nachkriegsnationalversammlung zur Eröffnungssitzung. Fast einstimmig – mit Ausnahme einer Handvoll Monarchisten – beschließen die Abgeordneten aus allen vertretenen Parteien, Österreich als Bestandteil Deutschlands anzusehen. Damit wird der Beschluß der Verfassunggebenden Versammlung vom 12. November 1918, der Deutsch-Österreich zu einem Teil der Deutschen Republik erklärt, Gesetz. Noch am gleichen Tage, dem 2. März, unterzeichnen der österreichische Abgeordnete Otto Bauer und der deutsche Außenminister Graf von Brockdorff-Rantzau einen Staatsvertrag zum Anschluß Österreichs an die neue Deutsche Republik. Doch die Siegermächte schieben dieser Art von Selbstbestimmungsrecht der Völker gleich den Riegel vor. Als die österreichische Friedensdelegation in Saint-Germain eintrifft, wird ihr sofort eröffnet, daß es der Republik Österreich verboten ist, sich Deutschland anzuschließen, und daß das besiegte Österreich sich nicht „Deutsch-Österreich“ nennen darf. Der Delegationsleiter aus Wien, Staatskanzler Dr. Renner, erhebt Protest, verweist auf Wilsons 14 Punkte und beruft sich auf das von den Siegern selbst proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker. Er erhält die Antwort, daß dieses Recht keinesfalls auch für die Besiegten gelte. Die Siegermächte hätten so entschieden.

Die österreichische Delegation kann und darf den Vertrag von Saint-Germain genausowenig mit verhandeln, wie die Deutschen den von Versailles. Es ist lediglich der Austausch von Noten zugelassen. Die fünf Siegermächte USA, Frankreich, England, Japan und Italien, die in Saint-Germain ihr Urteil über Österreich sprechen, legen mit Artikel 88 ihrer Bedingungen für den Frieden fest, daß Österreich auf Dauer unabhängig bleiben muß. Noch während die Sieger in Saint-Germain zusammensitzen, versucht die österreichische Regierung, ihnen und dem

[18] IMT. Verhandlungen, Band XV, Seite 666
[19] IMT. Verhandlungen, Band XV, Seite 666

Völkerbund zu zeigen, wie stark der Wille der Bevölkerung ist, dem Deutschen Reiche[20] beizutreten. Sie setzt drei regionale Volksabstimmungen in Tirol, in der Provinz Salzburg und in Oberösterreich an. Die Tiroler Volksbefragung bringt 143.302 Stimmen für den Anschluß und 1.805 dagegen[21]. Das ist ein Votum von 98,7% für die Vereinigung Österreichs mit Deutschland. Die Abstimmungen in Oberösterreich und in Salzburg werden von den Siegern unterbunden. Trotzdem gelingt es einer Bürgerinitiative – wenn auch erst 1921 – in Salzburg die Volksbefragung nachzuholen. Das Ergebnis läßt mit 98.546 Stimmen pro und 877 contra, d.h. mit 99,1% für den Anschluß keine Fragen offen.

Vier Tage bevor die österreichische Delegation in Saint-Germain das Siegerurteil unterzeichnen muß, am 6. September 1919, verkündet Staatskanzler Dr. Renner noch einmal in der Wiener Nationalversammlung:

> *„Deutsch-Österreich wird niemals darauf verzichten, die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich als das Ziel seiner friedlichen Politik zu betrachten.“*

Das ist ein letztes Aufbegehren. Die nackte Macht des Hungers hat auch Österreich genau wie Deutschland gezwungen nachzugeben. England hat vom Waffenstillstand an bis in den Juli 1919 die Lebensmittelzufuhr nach Deutschland und Österreich durch eine Seeblockade unterbunden, um die Besiegten in Versailles und Saint-Germain zur Unterschrift zu zwingen. In beiden Ländern sind inzwischen fast eine Millionen Menschen den Hungertod gestorben, besonders viele Kinder. Österreich und Deutschland können nun keine Wiederaufnahme der Blockade durch Unterschriftsverweigerung mehr riskieren, denn Großbritannien hat sie angedroht.

Am 10. September muß die österreichische Regierung den Vertrag von Saint-Germain akzeptieren und ihn unterschreiben. Am 21. Oktober muß sie auf Druck der Sieger den Satz aus der Verfassung streichen „Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik“ – Am 18. Juli 1920 ratifiziert das Parlament in Wien den Vertrag von Saint-Germain, und Österreich steht gegen den Willen der großen Mehrheit seiner Bürger wieder vor der deutschen Tür. Ungeachtet dessen nehmen alle österreichischen Parteien – ausgenommen Legalisten (Monarchisten) und Kommunisten – den späteren Anschluß ihres Landes als Ziel in die Parteiprogramme auf. Das trifft sowohl auf die Sozialdemokraten, auf die Deutsch-Nationalen, die National-Liberale Bauernpartei als auch auf die Christlich-Sozialen zu, die ab 1934, zur Diktatur-Partei geworden, den Anschluß an das Reich bekämpfen.

Im Deutschen Reich denkt und handelt man in der Anschlußfrage nicht anders als in Tirol, in Salzburg oder Wien. Schon in Weimar, auf der ersten Sitzung der

---

[20] Bernhardt, Seite 45
[21] IMT Verhandlungen, Band XV, Seite 667

Deutschen Nationalversammlung am 6. Februar 1919, erklärt der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert zu dieser Frage:

> *„Deutsch-Österreich muß mit dem Mutterland für alle Zeiten vereinigt werden. ... Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. Sie gehören zu uns und wir gehören zu ihnen."* [22]

Doch auch der Versailler Vertrag legt fest, daß das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in den zwei besiegten Staaten in dieser Frage nicht vollzogen werden darf. In Artikel 80 des am 28. Juni 1919 unterschriebenen Vertrages heißt es:

> *„Deutschland anerkennt die Unabhängigkeit Österreichs und wird sie streng in den durch den gegenwärtigen Vertrag festgelegten Grenzen als unabänderlich betrachten, es sei denn mit Zustimmung des Rates des Völkerbundes."*

Der Deutsche Reichstag sieht im Nachsatz „es sei denn mit Zustimmung des Rates des Völkerbunds" die offene Tür für spätere Zeiten. Mit dieser vagen Aussicht fügen die Abgeordneten des Deutschen Reichstags am 11. August 1919 der Weimarer Verfassung den Artikel 61 an, der lautet:

> *„Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin haben die Vertreter Deutsch-Österreichs beratende Stimme."*

So spricht die Weimarer Verfassung mit Artikel 61 vom kommenden Anschluß Österreichs, wie 30 Jahre später das Bonner Grundgesetz vom „Beitritt der anderen Teile Deutschlands" in Artikel 23. Nur fünf Wochen danach, am 22. September 1919, muß der Deutsche Reichstag die Weimarer Verfassung auf Druck der Siegermächte wieder ändern und Artikel 61 streichen.

Der von Bauer und Graf Brockdorff-Rantzau geschlossene deutsch-österreichische Vereinigungsvertrag vom November 1918 wandert, ohne daß ihn die Parlamente in Berlin und Wien je ratifizieren können, als totes Dokument in die Archive. Doch das Gefühl, mit den Menschen in Österreich zusammenzugehören, bleibt den Bürgern und Parteien im Deutschen Reich erhalten. Noch 1932 bezeichnet der Reichstagsabgeordnete und spätere Bundespräsident Theodor Heuss den „großdeutschen Gedanken" der Zusammengehörigkeit mit Österreich als eine der wenigen Ideen, die die Parteien der Weimarer Republik miteinander tragen[23].

Aus der Sicht der Sieger hat das Verbot der deutsch-österreichischen Vereinigung zunächst durchaus einen Sinn. Mit einem angeschlossenen Österreich hätte das besiegte Deutschland seine Verluste an Land und Menschen wieder ausgegli-

---

[22] Bernhardt, Seite 31

[23] Heuss, Seite LX

chen. Doch dieses Rechenspiel der Sieger mißachtet ihre selbst aufgestellte Regel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Außerdem soll ein unabhängiges Österreich helfen, Deutschlands Wirtschaft aus den Ländern des Donau- und Balkanraumes fernzuhalten.

Das Nachkriegsösterreich

Die 20er Jahre sind für Österreich arm und bitter. Das wirtschaftliche Netzwerk Habsburgs ist zerschlagen. Die sudetendeutsche Industrie in der Tschechoslowakei und die Landwirtschaftsgebiete Ungarns sind von Österreich abgeschnitten. Der österreichischen Industrie fehlt umgekehrt der alte Absatzmarkt im Donauraum. Deutschsprachige Beamte und Soldaten strömen in großen Zahlen aus den nicht deutschen Fürstentümern Habsburgs zurück ins Kernland Österreich, ohne daß sich ihnen dort Lohn und Arbeit bietet. Die Lebenshaltungskosten steigen, Nahrungsmittel werden knapp, die Zahl der Arbeitslosen klettert auf 800.000, die erfolglos nach Beschäftigung suchen, und die Auslandsschulden Österreichs sind bald nicht mehr abzutragen. Die sozialdemokratische Regierung unter Dr. Renner kann die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes nicht lösen und muß 1920 einer Koalitionsregierung aus kirchennahen, sogenannten klerikalen Kräften und Liberalen unter Monsignore Dr. Seipel weichen.

Auch Dr. Seipel und seine Amtsnachfolger können die ökonomischen Probleme der jungen Republik nicht überwinden. Eine Bankenkrise 1928, große Außenhandelsdefizite und die anhaltend zu hohen Auslandsschulden zwingen die österreichische Regierung, neue Lösungswege aufzutun. So betreibt sie die Bildung einer Zollunion mit Deutschland. 1931 versuchen die Außenminister aus Berlin und Wien, eine deutsch-österreichische Wirtschafts- und Zollunion zu gründen, wohl auch mit dem Wunsch von beiden Seiten, daß dies der Grundstein für eine staatliche Vereinigung sein möge. Die Hoffnung auf spätere Vereinigung mit Deutschland ist in Österreich schließlich ungebrochen, und alle politischen Parteien – außer Monarchisten (Legalisten) und Marxisten – sind sich darin einig und äußern dies auch immer wieder. So erinnert der Führer der Sozialdemokraten Dr. Renner am 12. November 1928 in einer öffentlichen Rede an den Beschluß der Verfassungsväter, Österreich und Deutschland zu vereinen, und erklärt:

> *„Heute, zehn Jahre nach dem 10. November 1918, und immerdar halten wir in Treue an diesem Beschluß fest und bekräftigen ihn durch unsere Unterschrift. ... Der Friede von Saint-Germain hat das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Österreich vernichtet. ... Laßt Österreichs Bürger frei abstimmen und sie werden mit 99 von 100 Stimmen die Wiedervereinigung mit Deutschland beschließen.“*[24]

[24] Kern, Seite 77

Die Haltung der regierenden Christlich-Sozialen weicht davon nicht ab. Sie erklären 1931 mit einem Parteibeschluß erneut, daß es ihr Ziel ist, Österreich an Deutschland anzuschließen. Den Weltkriegssiegermächten bleiben solche Reden und Beschlüsse nicht verborgen, und so ist ihre Reaktion auf die Zollunion auch zu begreifen.

Am 24. März 1931 wird die deutsch-österreichische Wirtschafts- und Zollunion mit dem „Wiener Protokoll“ besiegelt. Nun hagelt es Proteste aus Paris, London, Prag und Rom. Die Regierungen Englands und Frankreichs bringen das Wiener Protokoll als Bruch des Unabhängigkeitsartikels 88 des Vertrags von Saint-Germain vor den Völkerbund in Genf[25]. Die Klage kommt vor dem Haager Gerichtshof zur Entscheidung, der die Zollunion als unzulässig untersagt. Frankreich fühlt sich obendrein genötigt, Österreich zu bestrafen. Es zieht Kredite aus dem ohnehin geschwächten Österreich ab, wodurch im Mai 1931 die Österreichische Kreditanstalt und wenig später die Darmstädter National-Bank zusammenbrechen. So verschärfen sich noch einmal Österreichs Wirtschaftsschwierigkeiten, und ein weiterer Versuch der beiden Länder, sich zu einer späteren Einheit anzunähern, ist gescheitert.

Die nächsten Jahre sind in Österreich politisch ähnlich turbulent wie die im Deutschen Reich. Am 21. Mai 1932 übernimmt der christlich-soziale Engelbert Dollfuß die österreichische Regierung. Auch er kann Arbeitslosigkeit, Finanzmisere und wirtschaftlichen Niedergang nicht bremsen. Im Sommer 1932 verhandelt Dollfuß deshalb mit dem Völkerbund um einen weiteren Staatskredit. Doch der knüpft daran die Bedingung, daß Österreich dafür in den kommenden zehn Jahren auf jeglichen Versuch verzichtet, mit Deutschland eine Zollunion zu bilden. Bei den Parlamentsdebatten zu dieser Völkerbundsbedingung kommt es im August und Oktober 1932 zu schweren Auseinandersetzungen, bei denen der Nationalrat[26] letzten Endes Parlamentsneuwahlen für das Frühjahr 1933 durchsetzt. Eine weitere Parlamentskrise im März 1933, in der es zuerst nur um einen Eisenbahnerstreik gegangen ist, führt dazu, daß der Nationalrat Bundeskanzler Dollfuß am 15. März 1933 mit einer nicht korrekt zustande gekommenen Entscheidung absetzt. Der läßt nun seinerseits das Parlamentsgebäude von der Polizei besetzen und den Nationalrat fortan nie mehr tagen Damit herrscht seit 1933 auch in Österreich kein Parlament mehr, sondern ein Diktator.

Im Mai 1933 untersagt Dollfuß erst die für diesen Monat vorgesehenen Nationalratswahlen, dann verbietet er die Kommunistische und im Juni die Nationalsozialistische Partei in Österreich. Im September werden sogenannte „Anhaltelager“ zur Inhaftierung politischer Gegner eingerichtet. Sie entsprechen den Konzentrationslagern, die im gleichen Jahre auch in Deutschland eingerichtet werden. Mitte Februar 1934 folgt eine Polizeiaktion, um den Kampfverband der

---

[25] Documents Brit. Foreign Policy, Second Series, Volume II, Dokumente 1 bis 29
[26] Erste Kammer des Parlaments, entspricht dem Bundestag

sozialdemokratischen Partei, den „Schutzbund“, zu entwaffnen. Es kommt infolgedessen erst zu Widerstand und Straßenkämpfen in Linz und Wien. Dann werden die Sozialdemokratische Partei verboten und die Freien Gewerkschaften aufgelöst. So hat Dollfuß alle Parteien und Organisationen der österreichischen Arbeiterschaft entmachtet, ohne daß er das Los der Arbeitnehmer auch nur im geringsten hätte bessern können. Währenddessen fängt im nahen Deutschen Reich die Wirtschaft an, sich langsam aber deutlich zu erholen. Die Not der deutschen Arbeitnehmerschaft nimmt ab. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Und dieses Wirtschaftswunder ist ausgerechnet der politische Erfolg einer in Österreich verbotenen Partei, der Nationalsozialisten. Mit dem deutschen Wirtschaftsaufschwung wird in Österreich nicht nur erneut der Anschluß an das Deutsche Reich, sondern auch die nationalsozialistische Bewegung populär. Von ihr ist bekannt, daß sie den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich betreibt.

Noch im Mai 1933 gründet Bundeskanzler Dollfuß als Ersatz für die Parteien und die ihnen zugeordneten Verbände die sogenannte Vaterländische Front, auf die er fortan Regierung und Verwaltung seines Landes stützt. Die Mehrzahl der Parteien, die der Front nicht angehören, formieren sich in lockerem Zusammenschluß zur „Nationalen Opposition“. Sie vertreten in ihrer Mehrheit Österreichs Anschluß an das Deutsche Reich.

Bundeskanzler Dollfuß, in seinen jungen Jahren selbst ein Verfechter der österreichisch-deutschen Einheit, setzt dem bisherigen Konsens der österreichischen Parteien zum Anschluß an das Deutsche Reich ein Ende. Dollfuß, der als Diktator schon im eigenen Lande keine Lust hat, seine Macht und Herrschaft mit neuen Wahlen zu riskieren, will beides erst recht nicht bei einem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich verlieren. So endet Österreichs Anschluß-Politik mit Dollfuß und dem Ende der Demokratie im Nachkriegs-Österreich. Nun ereignet sich ein tragisches Geschehen, das als „Dollfuß-Mord“ in die Geschichte eingeht, jedoch ein von den Tätern nicht vorgesehener Totschlag ist. Die Nationalsozialisten Österreichs sehen, daß der Weg der deutschen Schwesterpartei zur Macht in Deutschland über freie Wahlen möglich war. In Österreich versperrt Bundeskanzler Dollfuß diese Möglichkeit, indem er keine neuen Nationalratswahlen zuläßt. Ein direkter Putsch zur Macht hat so gut wie keine Aussicht auf Erfolg, da Hitler, der hier theoretisch helfen könnte, wissen läßt, daß er die Zeit für einen Österreich-Anschluß noch nicht für gekommen hält, und weil die Signatarmächte von Saint-Germain einen Nazi-Putsch in Österreich niemals dulden würden. Und Deutschland hätte 1934 mit seiner noch nicht wieder aufgebauten Wehrmacht und mit der noch immer offenen Rheinland-Grenze gegenüber Frankreich auch nicht den Ansatz einer Chance gehabt, Österreichs Nationalsozialisten in einer solchen Auseinandersetzung mit Erfolg zu unterstützen.

So entsteht bei der Führung der Nationalsozialisten Österreichs ein Zweistufenplan zur Machtergreifung ohne deutsche Hilfe. Als erstes soll Dollfuß gefangen genommen werden und als Diktator vor Gericht. An seiner Stelle soll dann der

von Dollfuß ausgebootete christlich-soziale ehemalige Innenminister Rintelen Bundeskanzler werden. Unter Rintelen, einem Demokraten ohne Diktator-Ambitionen, wird es – so die Überlegung – wieder freie Wahlen geben. Und mit diesen Wahlen hofft die Führung der österreichischen Nationalsozialisten auf Sieg und legale Übernahme der Regierung. Rintelen stellt sich als neuer Bundeskanzler bei Gelingen dieses Putsches zur Verfügung.

Am 25. Juli 1934 soll Bundeskanzler Dollfuß während einer Kabinettssitzung festgenommen werden. Doch die Aktion wird im letzten Augenblick verraten. Dollfuß flieht in einer Gruppe von Personen durch die Gänge seines Kanzleramts im Wiener Ballhaus. Die Putschisten und die Dollfuß-Gruppe treffen in einem Saal mit blendend grellem Licht unvermittelt aufeinander. Die Begleitpersonen aus der Dollfuß-Gruppe heben zum Ergeben ihre Hände und Dollfuß stürzt als einziger der Gruppe nach vorne auf den vordersten Putschisten zu. Der erkennt im grellen Licht den Bundeskanzler nicht, fühlt sich selber angegriffen, verliert die Nerven und schießt zweimal, statt den Gesuchten zu verhaften. So stirbt Bundeskanzler Dollfuß durch die Kugeln, die ein österreichischer Nationalsozialist auf ihn abgefeuert hat.[27]

Die Bevölkerung nimmt mit Abscheu vom Verbrechen an ihrem Bundeskanzler Kenntnis. Der von allen österreichischen Demokraten bis dahin abgelehnte Diktator Dollfuß wird über Nacht zum Märtyrer der Nation, und die Nationalsozialisten trifft die berechtigte Empörung der Menschen in ganz Österreich. Rintelen, der Mitverschwörer, bekommt 25 Jahre Haft. Der Todesschütze und mit ihm weitere 12 Putschisten werden zum Tode verurteilt und bald hingerichtet. Der Todesschütze erklärt unter seinem Galgen stehend nochmals, er habe nie die Absicht gehabt, Bundeskanzler Dollfuß umzubringen. Er habe nur geschossen, weil er sich angegriffen fühlte.

Der Tod des Bundeskanzlers Dollfuß belegt die Nationalsozialisten Österreichs mit dem Odium des Verbrechens und des Putsches. Ihr Ansehen sinkt und damit auch die Attraktivität des von ihnen propagierten Anschlusses an das Deutsche Reich. Zu allem Unglück wird Deutschland nach den Schüssen auf den Diktator Dollfuß noch in den Fall verwickelt. Als der Versuch, Dollfuß festzunehmen, auf so tragische Weise fehlgeschlagen ist, werden die Putschisten im Ballhaus von Polizei und Militär umzingelt. Sie verlangen freien Abzug über die Grenze nach Bayern und drohen, sich bei Verweigerung des Abzugs mit ihren Waffen zu verschanzen. Zunächst wird freier Abzug zugesichert. Die Putschisten trauen dem Versprechen nicht und rufen den deutschen Botschafter in Wien zur Garantie und Überwachung ihres Abzugs telefonisch in das Ballhaus. Der Botschafter sagt spontan zu, sich einzuschalten, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Er kommt damit zwar nicht mehr zum Zuge, doch mit dem Fluchtbegehren der Putschisten nach Deutschland und mit dem Auftreten des deutschen Botschafters ist

[27] Benoist- Méchin, Band 5, Seite 151

das Deutsche Reich für jedermann in Österreich und für die ganze Welt in diesen Putsch verstrickt. Es entsteht der falsche Eindruck, als seien die Fäden für die Affäre und für den Tod des Bundeskanzlers von deutschen Stellen aus gezogen worden. Das ist ein Dämpfer für den in Österreich bis dahin allgemein gehegten Wunsch nach einem Anschluß an das Deutsche Reich.

Der Ära Dollfuß folgt die Ära Schuschnigg. Das österreichisch-deutsche Verhältnis ist nach dem Tode Dollfuß' zunächst für die Dauer von zwei Jahren tiefgefroren. Auch unter Bundeskanzler Schuschnigg gibt es keine freien Wahlen. Die Alleinherrschaft der aus der Christlich-Sozialen Partei hervorgegangenen „Vaterländischen Front" wird nun christlich-diktatorisch ausgerichtet. Auch Schuschnigg versucht, eine Vereinigung Österreichs mit Deutschland zu verhindern.

Erst im Sommer 1936 kommt es unter dem sanften Druck Italiens zu einem Wiederannäherungsversuch der beiden deutschsprachigen Staaten. Am 11. Juli 36 unterzeichnen Bundeskanzler von Schuschnigg und der deutsche Sondergesandte für Österreich von Papen ein Deutsch-Österreichisches Abkommen über die Normalisierung und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Deutschland erkennt darin die „volle Souveränität des Bundesstaates Österreich" an, und Österreich bekennt sich ausdrücklich dazu, ein deutscher Staat zu sein. Im Zusatz zum Abkommen sichert Schuschnigg schriftlich zu, „Vertreter der bisherigen sogenannten Nationalen Opposition in Österreich" zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung heranzuziehen. Hitler kommentiert das Abkommen gegenüber dem Führer der österreichischen Nationalsozialisten Josef Leopold mit den Worten:

> *„Dieses neue Abkommen nehme ich sehr ernst. Die österreichischen Nationalsozialisten müssen eine mustergültige Disziplin bewahren und den Anschluß als eine innerösterreichische Angelegenheit betrachten, und versuchen, auf diesem Wege in Österreich Fortschritte zu machen."*[28]

Hitler hält den späteren Anschluß Österreichs für eine zwangsläufige Folge des in der Vergangenheit so oft bekundeten Willens der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung. Die von Deutschland anerkannte Souveränität des Bundesstaates Österreich steht dem nach Hitlers Ansicht nicht entgegen. Hitler ist sich sicher, daß der Anschluß Österreichs eines Tages die freie und souveräne Entscheidung einer österreichischen Regierung sein wird. Doch er soll sich täuschen. Bedauerlicher Weise kann das Abkommen vom 11. Juli die deutsch-österreichischen Differenzen nicht überbrücken.

Bundeskanzler Schuschnigg will ein in Habsburger Tradition stehendes souveränes Österreich erhalten, einen zweiten „besseren" deutschen Staat. Als die österreichische Regierung keinen Ansatz zeigt, ihr Versprechen aus dem Juli 1936 einzulösen und Kräfte aus der Nationalen Opposition an der politischen Verantwor-

[28] v. Papen, Seite 424

tung zu beteiligen, wird das Verhältnis zwischen Berlin und Wien wieder gespannt.
In der Folgezeit lösen sich in Österreich pro- und antideutsche Demonstrationen des Bevölkerungswillens ab. Im April 1937 setzt Schuschnigg auf deutsches Drängen einen Vermittler zwischen der Regierung und den Kräften der sogenannten Nationalen Opposition ein, um diese, wie versprochen, zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung heranzuziehen. Der Vermittler ist der junge und parteilose Rechtsanwalt Dr. Seyß-Inquart, der sowohl das Vertrauen seines Bundeskanzlers Schuschnigg hat als auch bald das von Adolf Hitler[29]. Seyß-Inquart macht keinen Hehl aus seinem Wunsch nach einem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich.

Trotz des Deutsch-Österreichischen Abkommens vom Juli 1936 und der Vermittlungstätigkeit Seyß-Inquarts läßt der Druck der Diktatur im Donau-Staat nicht nach. Die Dokumentation eines Wiener Rechtsanwalts vom Juni 1937 legt Zeugnis davon ab, wie Gerichte, Parteibehörden, Gendarmerie und Polizei 1936 und 37 mit den Personen umgehen, die sich im Sinn der ersten österreichischen Verfassung von 1918 nach wie vor zur Einheit mit dem Deutschen Reich bekennen[30]. Die Dokumentation „Justitia fundamentum regnorum“ , die Bundeskanzler Schuschnigg zugeleitet wird, umfaßt 264 Beispielfälle von Rechtsbrüchen und Verfolgung an Angehörigen der „Nationalen Opposition“. Diese Sündenliste ist beachtlich. Sie umfaßt

- Haftstrafen ohne Gerichtsverfahren,
- Einweisung in Konzentrationslager ohne Gerichtsverfahren und Urteil,
- Untersuchungshaft ohne richterliche Anordnung,
- Beugehaft für Verwandte von Beschuldigten,
- Haft- und Geldstrafen ohne Schuldbeweis,
- Haftstrafen ohne Vorliegen eines Straftatbestandes,
- Doppelbestrafung in zwei getrennten Verfahren wegen ein und derselben Straftat,
- zusätzliche wirtschaftliche Nebenstrafen wie Vermögenseinziehung,
- Führerscheinentzug oder das Erheben von Verpflegungs- und Unterbringungskosten bei Konzentrationslager-Haft,
- Umkehrung der Beweislast in Strafverfahren,
- Geständniserpressung,
- körperliche Mißhandlung von Inhaftierten,
- Unterlassung von medizinischer Behandlung erkrankter oder verletzter politischer Gefangener, zum Teil mit Todesfolge,
- Aberkennung der österreichischen Staatsbürgerschaft nach ungenehmigten Reisen nach Deutschland,

[29] Seyß-Inquart tritt erst 1938 der Nationalsozialistischen Partei Österreichs bei.
[30] Führer-Dokumentation

- Einziehung von Handwerks- und Gewerbegenehmigungen sowie Zulassungen für akademische Berufe bei Personen mit „mangelnder staatsbürgerlichen Verläßlichkeit“ und
- Entlassung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes wegen des „Verdachts der nationalen Gesinnung“ ohne Pensionen und Arbeitslosenhilfe.

Die Gründe dieser Strafen liegen immer ähnlich. Es sind die Zugehörigkeiten zu verbotenen Parteien, meist zu den österreichischen Nationalsozialisten, oder zu einem der vielen deutsch gesonnenen Gesangs- und Sportvereine oder auch nur der Wunsch des Angeklagten nach einer deutsch-österreichischen Vereinigung und manchmal auch nur ein Verdacht in dieser Richtung.

1935 bis 1937 zeigen Frankreich, England, Jugoslawien und die Tschechoslowakei immer weniger Sympathie für das „autoritäre“ Österreich. Auch Italien wendet sich von Österreich ab und Deutschland zu. Zudem läßt ein Wirtschaftsaufschwung wie der in Deutschland auf sich warten. Im gleichen Zeitraum schließen sich die Saarländer mit 90,8 % Pro-Deutschland-Stimmen an das Deutsche Reich an, und die früher offene Rheinlandgrenze steht wieder unter dem Schutze deutscher Truppen. In Österreich sind dergleichen Erfolge nicht zu sehen und ein neuer Weg zu Habsburgs Glanz und Größe steht für das kleine Land nicht offen. Hinzu kommt, daß sich die Diktatur in Österreich kaum von der in Deutschland unterscheidet, so daß letztere kein Grund ist, einen Anschluß abzulehnen. So wird der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich für die Bürger Österreichs wieder zur attraktiven Perspektive. Besonders viele Menschen aus der Arbeitnehmerschaft – auch wenn sie den Nationalsozialisten nicht nahestehen – sehen im Anschluß eine wirtschaftliche Hoffnung. Bundeskanzler Schuschnigg, der die außenpolitische Isolierung seines Landes spürt und den Drang weiter Bevölkerungskreise zu einem Anschluß kennt, bittet den Gesandten von Papen um Vermittlung eines Staatsbesuchs bei Hitler. Am 12. Februar 1938 kommt der Besuch zustande. Schuschnigg ist bei dieser Reise sicherlich zu gewissen Konzessionen Österreichs an deutsche Wünsche bereit gewesen. Doch die Forderungen, die ihm Hitler an diesem 12. Februar in Berchtesgaden präsentiert, hat er nicht erwartet.

Hitlers Wunschvorstellung ist sicherlich gewesen, daß ein frei gewählter Nationalrat und eine österreichische Regierung kraft des Selbstbestimmungsrechts der Völker von sich aus den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich verkünden, den Anschluß den die Verfassungsväter Österreichs und der Nationalrat schon vor zwei Jahrzehnten fest beschlossen hatten. Doch Hitler ist inzwischen klar, daß mit der Diktatur des christ-sozialen Schuschnigg, ohne Parlament und ohne Wahlen kein legaler Weg für einen Anschluß offensteht.

Das Gespräch der zwei Diktatoren Schuschnigg und Hitler ist nach Schuschniggs Schilderung – und nur diese ist uns überliefert – ein einziger Streit gewesen. Hitler hält Schuschnigg vieles vor, das Vorgehen der Polizei in Österreich gegen die Nationalsozialistische Partei, Grenzbefestigungen gegen Deutschland und ande-

res mehr. Als Schuschnigg Österreichs Eigenständigkeit verteidigt und darauf besteht, daß er es ist, der Österreich hier vertritt, bezweifelt Hitler seine Legitimität und sagt:

> *„Ich könnte mit dem gleichen und mit noch viel mehr Recht mich als Österreicher bezeichnen als Sie, Herr Schuschnigg. Versuchen Sie es doch einmal und machen Sie eine freie Volksabstimmung in Österreich, in der Sie und ich gegeneinander kandidieren, dann werden Sie sehen!“* [31]

Hitler hat dabei im Sinn, daß Schuschnigg vor drei Jahren nicht – wie er selbst - durch Wahlen in sein Amt gekommen ist, sondern als Ersatzmann für den toten Dollfuß.

Hitler legt Schuschnigg eine „Liste mit deutschen Vorschlägen für eine endgültige Regelung der österreichischen Frage“ vor. Die wesentlichen Forderungen lauten:

- Konsultationspflicht für beide Regierungen in außenpolitischen Fragen,
- Ernennung des Staatsrats Dr. Seyß-Inquart zum Innenminister und Unterstellung des Sicherheitswesens unter diesen,
- politische Betätigungsfreiheit der österreichischen Nationalsozialistischen Partei zur legalen Betätigung im Rahmen der „Vaterländischen Front“,
- Amnestie für alle wegen nationalsozialistischer politischer Betätigung inhaftierten Österreicher,
- Wiederherstellung der Pressefreiheit,
- Zusammenarbeit der Streitkräfte Österreichs und Deutschlands,
- Vorbereitung der Angleichung der Wirtschaftssysteme beider Länder unter Leitung eines gewissen Dr. Fischböck als Finanzminister und die
- Zusicherung der Deutschen Reichsregierung, daß sich reichsdeutsche Parteidienststellen nicht in innerösterreichische Verhältnisse einmischen.

Die „Vorschläge“ enden mit dem Ultimatum: „Der Bundeskanzler erklärt sich bereit, die vereinbarten Maßnahmen bis zum 18. Februar 1938 durchzuführen“[32], also in nur einer Woche. Kanzler Schuschnigg macht dagegen geltend, daß ein Teil der Forderungen nach der Verfassung nur der österreichische Bundespräsident erfüllen könne, und es gelingt ihm, ein paar Details mit Hitler zu verhandeln und zu ändern. So wird zum Beispiel Dr. Fischböck nicht Finanzminister. Doch nachdem ihm Hitler klargemacht hat, daß er – Schuschnigg – unterschreiben müsse oder er – Hitler – auch anders handeln könne, setzt Schuschnigg seinen Namen unter das Papier.

Zurückgekehrt nach Wien, muß der österreichische Kanzler die deutschen Forderungen in die Tat umsetzen, sein Kabinett umbilden, Verurteilte amnestieren und zu alle dem den Bundespräsidenten überreden. Die Nationalsozialisten, nun vom Verbot befreit und ohne weiter von der Polizei verfolgt zu werden, mobili-

[31] Benoist-Méchin, Band 5, Seite 200
[32] ADAP, Band I, Dokumente 294/295, Seiten 421-424

sieren jetzt in Graz, Salzburg, Klagenfurt und Linz die Massen und zeigen offen ihre Sympathie für eine Anschlußlösung. Minister Seyß-Inquart fahrt durch die Lande, um die Führer der Nationalsozialisten in den Bundesländern zur Mäßigung zu mahnen, doch der Zug ist nicht mehr aufzuhalten. Der Druck der Straße wächst und Hitler besteht nachträglich doch noch einmal auf der Forderung, Dr. Fischböck als Finanzminister Österreichs einzusetzen.

Dr. Schuschniggs „Volksabstimmung"

Nun tritt der Bundeskanzler Schuschnigg die Flucht nach vorne an. Er glaubt, daß die Mehrheit der Bürger Österreichs für die Selbständigkeit des Landes und gegen einen Anschluß ist. Auch hegt er offensichtlich Illusionen über den Beliebtheitsgrad der eigenen Person. Schuschnigg setzt am Mittwoch, den 9. März, ganz überraschend eine Volksabstimmung zur Anschlußfrage für den nächsten Sonntag an, das ist vier Tage später. Die kurzgesteckte Frist und manches andere zeigen, daß der Bundeskanzler hier in Panik handelt. So hat er es unterlassen, die Gesamtheit der Minister zum Plan der Volksabstimmung zu befragen, was nach Artikel 65 der Verfassung erforderlich gewesen wäre. Da es seit 1929 auf Bundesebene und seit 1932 auf Landesebene keine Wahlen mehr gegeben hat, und weil Wahlen 1933 von Dollfuß generell verboten worden waren, gibt es in ganz Österreich keine aktuellen Wählerlisten mehr. Zudem hat der demokratieentwöhnte Bundeskanzler angeordnet, daß Wahlaufsicht und Stimmauszählung allein von der „Vaterländischen Front" vorzunehmen sind, also vom Regierungslager. Des weiteren begrenzt Kanzler Schuschnigg das Wahlalter nach unten auf 25 Jahre. Er befürchtet, daß besonders junge Wähler zu einem Anschluß an das Deutsche Reich tendieren. Und als letztes befiehlt Dr. Schuschnigg, daß in den Wahllokalen nur Stimmzettel mit dem Aufdruck „JA" ausgegeben werden, was ein Ja zur Unabhängigkeit bedeutet. Wer für den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich stimmt, muß sich dazu einen mit „Nein" beschriebenen Zettel in vorgeschriebener Größe selber fertigen und zur Wahl mitbringen. In § 22 der Verordnung über diese Volksbefragung ist dazu folgendes geregelt:

> *„Der Stimmzettel ... ist auf einer Seite mit „Ja" bedruckt oder beschrieben gültig, auch dann, wenn das Wort durchgestrichen oder mit einem Beisatz versehen ist. Auch teilweise zerrissene Zettel mit dem Aufdruck oder der Aufschrift „Ja " gelten als Ja-Stimmen.*
> *Diejenigen Personen, die mit „Nein" zu stimmen wünschen, müssen nach obigen Anordnung einen Zettel in der gleich Größe mit dem Wort „Nein" handschriftlich beschreiben. Zettel, die das Wort „Nein" mit irgendeinem Zusatz enthalten, sind ungültig. Vollkommen leere Stimmzettel gelten als Ja-Stimmen. ..."*[33]

Ansonsten verhandelt Kanzler Schuschnigg in aller Eile mit den Führern der bisher verbotenen Parteien und der aufgelösten Gewerkschaften, um sie für Wahl-

[33] Ländergesetzblatt für Oberösterreich vom 10. März 1938

aufrufe gegen einen Anschluß zu gewinnen. Als Preis verlangen die so plötzlich angesprochenen Führer, daß ihre Parteien unverzüglich wieder zugelassen werden, und sie fordern, daß ihre zu Tausenden in den „Anhaltelagern“ inhaftierten Parteimitglieder endlich freigelassen werden. Doch Dr. Schuschniggs getürkte Volksabstimmung bleibt nicht ohne Widerspruch.

Innenminister Seyß-Inquart und ein weiteres Mitglied der Regierung, Minister Glaise-Horstenau, teilen ihrem Kanzler unverzüglich mit, daß das Anberaumen dieser Wahl ohne vorherige Anhörung des Kabinetts verfassungswidrig ist, und daß nicht hingenommen werden kann, daß allein die regierende Vaterländische Front die Wahlen überwacht und dann zum Schluß die Stimmen zählt. Die zwei Minister verlangen die Verschiebung der Volksabstimmung auf einen späteren Zeitpunkt, damit die Wahlen vorbereitet werden können. Bundeskanzler Schuschnigg lehnt Seyß-Inquarts und Glaise-Horstenaus Bedenken und Forderungen ab.
Tags darauf wiederholt Seyß-Inquart seinen Einspruch in einem Brief an Kanzler Schuschnigg, der zurückschreibt, daß es bei der Wahl am nächsten Sonntag bleibt. Bis dahin sind es nun nur noch drei Tage.
Am 11. März, nach einer weiteren Nacht, versuchen die Minister Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau noch einmal, Schuschnigg umzustimmen. Sie geben zu bedenken, daß es bei dem überhastet angesetzten Wahltermin und bei den bisher verfugten Wahlbedingungen zu Gewalt im Lande kommen könnte. Schuschnigg beharrt auf seiner Wahl am Sonntag in zwei Tagen. Darauf schicken die zwei Minister in ihrem und im Namen anderer Kabinettsmitglieder noch am späten Vormittag ein Ultimatum an den Kanzler. Die sechs Bedingungen, die dieser Brief enthält, sind

1. Eine neue Volksabstimmung wird innerhalb einer Frist von vier Wochen abgehalten. Sie wird im Einklang mit Artikel 65 der Bundesverfassung stehen.
2. Mit der technischen Durchführung dieser Volksabstimmung wird der Innenminister Dr. Seyß-Inquart betraut.
3. Die Zusammensetzung der Wahlkommission soll so erfolgen, daß in jeder einzelnen ein Vertreter der Nationalsozialisten seinen Sitz hat.
4. Die Möglichkeit der Wahlpropaganda soll allen Parteien, also auch den Nationalsozialisten, zugestanden werden.
5. Für den Fall der Ablehnung der obigen Bedingungen geben die beiden Minister und die sonstigen nationalen Funktionäre ihre Demission bekannt und lehnen jede Verantwortung für das weitere Geschehen ab.
6. Diese Bedingungen müssen noch heute, bis spätestens 13 Uhr angenommen werden.“[34]

Als Schuschnigg dieses Schreiben liest, bleibt ihm nur noch eine Stunde zur Entscheidung. Die Frist ist unannehmbar kurz, doch der österreichische Innenmini-

[34] Bénoist-Mechin, Band 5, Seite 248

ster verlangt von seinem Kanzler hier nicht mehr, als daß die Wahl nach Gesetz und Recht und mit gleichen Chancen für alle politischen Parteien abgehalten wird. Nach zwei Stunden läßt Kanzler Schuschnigg den Minister wissen, daß man zwar über die Rahmenbedingungen der Wahl, jedoch nicht über eine Wahlverschiebung sprechen könne. Die Volksabstimmung fände, wie einmal festgelegt, am Sonntag in zwei Tagen statt. Nun gibt Seyß-Inquart alle weiteren Versuche auf. Er wendet sich direkt vom Kanzleramt im Ballhaus telefonisch an Minister Göring in der deutschen Reichskanzlei und fragt um Rat.

Die Wiedervereinigung

In Deutschland hat man die Turbulenzen in Österreich seit dem 9. März verfolgt. Hitler wurde unverzüglich von den Überrumpelungswahlen Schuschniggs informiert. Es ist nicht schwer, die Absicht hinter den kuriosen Wahlauflagen zu durchschauen. Wahlaufsicht und Stimmauszählung nur durch eigene Leute riechen schon nach Fälschungsabsicht, und, die jungen Wähler auszuschließen, ist der offensichtliche Versuch, pro-deutsche Wähler von den Urnen fernzuhalten. Hitler sieht die Chance schwinden, daß sich Österreichs Bürger zu einem späteren Zeitpunkt in freien und korrekten Wahlen für den Anschluß an das Deutsche Reich entscheiden können, wenn zuvor nach einer manipulierten Volksbefragung das Gegenteil beschlossen worden ist.

Am 9. März verkündet Schuschnigg seinen Wahlplan. Am gleichen Abend konferieren Hitler und Minister Göring über diesen Schuschnigg-Schachzug. Hitler ist verärgert, aber er hat zunächst kein Konzept, wie er reagieren soll. Göring, der ein paar Jahre in Österreich gelebt hat, und der Deutsche und Österreicher als eine einzige Nation empfindet, ist ein überzeugter Verfechter der Vereinigung der beiden Teilnationen. Er drängt Hitler, schnell in Österreich einzuschreiten[35]. So kommt der Entschluß zustande, sowohl politisch als auch militärisch in Österreich einzugreifen. Am Tage nach der Wahlankündigung, am 10. März, gibt Hitler vormittags um 11 Uhr den Befehl, daß am 12. März – einen Tag vor der geplanten Volksbefragung – Wehrmachtsdivisionen in Österreich einmarschieren. In der dazu in aller Eile verfaßten Weisung Hitlers heißt es:

„Der Oberste Befehlshaber der Wehrmacht *Berlin, den 11.3.1938*

Weisung Nr. 1

1. *Ich beabsichtige, wenn andere Mittel nicht zum Ziele führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken, um dort verfassungsmäßige Zustände herzustellen und weitere Gewalttaten gegen die deutschgesinnte Bevölkerung zu unterbinden.*

...

4. *Die für das Unternehmen bestimmten Kräfte des Heeres und der Luftwaffe müssen ab 12. März spätestens 12.00 Uhr einmarsch- bzw. ein-*

[35] IMT-Verhandlungen, Band IX, Seite 333

satzbereit sein. Die Genehmigung zum Überschreiten und Überfliegen der Grenze und die Festsetzung des Zeitpunktes hierfür behalte ich mir vor.

5. *Das Verhalten der Truppe muß dem Gesichtspunkt Rechnung tragen, daß wir keinen Krieg gegen ein Brudervolk führen wollen. Es liegt in unserem Interesse, daß das ganze Unternehmen ohne Anwendung von Gewalt in Form eines von der Bevölkerung begrüßten friedlichen Einmarsches vor sich geht. Daher ist jede Provokation zu vermeiden. Sollte es aber zu Widerstand kommen, so ist er mit größter Rücksichtslosigkeit durch Waffengewalt zu brechen.*
   Übergehende österreichische Verbände treten sofort unter deutschen Befehl.
6. *An den deutschen Grenzen zu den übrigen Staaten sind einstweilen keinerlei Sicherheitsmaßnahmen zu treffen.*

Adolf Hitler" [36]

Kurz nach 21 Uhr am gleichen Abend gehen die entsprechenden Befehle an die bis dahin nicht vorgewarnte Truppe, der damit nur noch 13 Stunden bleiben. Am 11. März schon rollen die befohlenen Verbände in Richtung Österreich. Ob es allerdings zum Einmarsch kommt, ist damit nicht entschieden, denn Hitler behält sich mit Ziffer 4. der Weisung Nr. 1 die Türe offen, die Truppen anzuhalten, wenn, wie in Ziffer 1 geschrieben, „andere Mittel zum Ziele führen".

Die politischen Stränge zieht nun vor allem der Minister Göring. Drei Stunden nachdem Hitler die Weisung Nr. 1 mit seiner Unterschrift versehen hat, am 11. März etwa 14.30 Uhr, erfolgt der schon erwähnte Anruf von Seyß-Inquart aus Wien bei Göring in Berlin. Der österreichische Innenminister teilt Minister Göring mit, daß Bundeskanzler Schuschnigg noch immer nicht gewillt ist, die Volksabstimmung auf einen vernünftigen Zeitpunkt zu verschieben. Göring bittet Seyß-Inquart, einen Augenblick am Apparat zu bleiben, geht zu Hitler und informiert ihn von der Neuigkeit aus Wien. Beide sehen, daß es so keine Chance mehr für eine faire Volksabstimmung in der Anschlußfrage gibt. Sie beschließen, nun direkt in das österreichische Geschehen einzugreifen und Schuschnigg durch Seyß-Inquart zu ersetzen. Göring bringt den Entschluß in aller Eile zu Papier, geht zurück an das Telefon und diktiert dem am anderen Leitungsende wartenden Seyß-Inquart:

„*Teilen Sie das Schuschnigg wörtlich mit:*
Das Ultimatum gilt nach der erteilten Antwort für abgelehnt. Es ist nun der Rücktritt Dr. Schuschniggs zu verlangen. Mit der Bildung der neuen Regierung ist Dr. Seyß-Inquart zu beauftragen. Die Mehrheit des neuen Kabinetts muß aus Nationalsozialisten bestehen. Die Volksabstimmung wird abgesagt. Eine neue Volksbefragung findet in 14 Tagen nach dem Vorbild

[36] IMT-Dokumente, Band XXXIV, Dokument 102 C

der Saarabstimmung statt. Sie haben innerhalb einer Stunde Bescheid zu geben. Sollten Sie nach Ablauf der gesetzten Frist nicht angerufen haben, so wird hier angenommen, daß Sie am Telefonieren verhindert sind. In diesem Falle werden wir entsprechend handeln.“ [37]

Seyß-Inquart gibt das Ultimatum an den Bundeskanzler weiter. Nun greift Schuschnigg zum letzten Strohhalm, den er sieht. Er versucht, den Chef der italienischen Regierung Mussolini anzurufen, um von ihm Hilfe zu bekommen. Die Antwort, die nach kurzem übermittelt wird, sagt nur, daß sich die italienische Regierung in der augenblicklichen Situation Österreichs jeglicher Stellungnahme enthält. Ohne einen einzigen Verbündeten im Ausland und mit zweifelhafter Rückendeckung in der eigenen Bevölkerung beginnt Schuschnigg, auf Raten nachzugeben. Erst teilt er den zwei Ministern Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau mit, daß er die Wahl verschiebt. Er bittet, dieses Göring mitzuteilen. Inzwischen ist es 16 Uhr. Die zwei Minister rufen unverzüglich Göring in Berlin an, doch Göring gibt sich mit einer Wahlverschiebung nun nicht mehr zufrieden. Er diktiert das nächste Ultimatum:

„Die Lage ist nur zu retten, wenn der Bundeskanzler sofort zurücktritt und binnen zwei Stunden Dr. Seyß-Inquart zum Bundeskanzler ernannt wird. Wenn Herr Seyß-Inquart nicht bis 18.30 Uhr ernannt ist, erfolgt eine Stunde später, also um 19.30 Uhr, der deutsche Einmarsch in Österreich. Dieser Beschluß ist diesmal unwiderruflich.“ [38]

Nachdem Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau dem Kanzler auch diese Botschaft übermittelt haben, gibt Bundeskanzler Schuschnigg auf. Er begibt sich zu Bundespräsidenten Miklas, um seinen Rücktritt anzubieten. Doch der Präsident genehmigt nur die Verschiebung der Volksabstimmung, die er selbst für einen Fehler hält. Er weigert sich jedoch, Schuschnigg aus seinem Amte zu entlassen und Seyß-Inquart an dessen Stelle zu ernennen.

Um 17.26 Uhr ruft Göring nun von sich aus in Wien an, um den Stand der Dinge zu erfragen. Als er hört, daß der Bundespräsident nicht nachgibt, schickt er Seyß-Inquart diesmal in Begleitung des deutschen Militärattaches zum Bundespräsidenten. Der Attache trägt Görings Forderungen und das Ultimatum noch einmal vor. Doch der Präsident will Innenminister Seyß-Inquart nicht als neuen Bundeskanzler akzeptieren. Er läßt in aller Eile den Präsidenten des Obersten Rechnungshofes Österreichs zu sich rufen und trägt ihm die Regierung an. Doch der lehnt ab. Als nächster muß der Generalinspekteur des Heeres kommen. Auch der weigert sich, das Amt des Bundeskanzlers anzunehmen.

Inzwischen ist es fast halb sieben abends. Göring ruft erneut in Wien an. Noch während Göring und Seyß-Inquart miteinander sprechen, entläßt Bundespräsident Miklas den Kanzler und das Kabinett, jedoch ohne einen neuen Bundeskanzler einzusetzen. Bei einem weiteren Gespräch um 20 Uhr informiert Seyß-

[37] Benoist-Méchin, Band 5, Seite 251
[38] Benoist-Méchin, Band 5, Seite 254

Inquart Göring, daß der Generalinspekteur den Truppen befohlen hat, sich zurückzuziehen, und daß die führenden Persönlichkeiten Österreichs jetzt offensichtlich auf den Einmarsch warten. Göring erwidert, daß er den Einmarsch nun befehlen werde, und er fordert Seyß-Inquart auf, dann die Macht im Land zu übernehmen. Kurz nach 8 Uhr abends gibt Ex-Bundeskanzler Schuschnigg über Radio bekannt, daß er mit dem Kabinett zurückgetreten ist. So weiß in dieser Nacht und am Tag des deutschen Einmarsches in Österreich niemand, wer im Land das Sagen hat.

Inzwischen ist ganz Österreich ein einziger Hexenkessel. Seit Kanzler Schuschnigg vor drei Tagen die Parteiverbote aufgehoben hat, demonstrieren und marschieren Marxisten, Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, die Nationale Opposition, die habsburgtreuen Legalisten, Gewerkschaften, die Heimwehr und der Heimatschutz zu Fuß und mit LKW-Kolonnen durch die Straßen aller großen Städte. Polizei und Heer sperren an vielen Orten Plätze und öffentliche Gebäude mit Stacheldraht und demonstrativ aufgestellten Maschinengewehren. Im Gewühl der Menschen in den Straßen hört man die Parolen „Heil Moskau", „Heil Schuschnigg", „Nieder mit Schuschnigg", „Heil Hitler", „Nieder mit Hitler", „Es lebe Österreich", „Es lebe Deutschland" und so weiter. Auch die Beflaggung von Rot-Weiß-Rot über Hammer und Sichel bis zum Hakenkreuz zeigt die augenblickliche Zerrissenheit der österreichischen Bevölkerung. Die regierungsnahe Presse wird nicht müde, eine Wahlentscheidung für den Anschluß als Landesverrat an Österreich zu bezeichnen, während der Stellvertreter des Innenministers die Menschen über Rundfunk zum Boykott der Volksabstimmung aufruft. Ein Bild, das dem der DDR in ihren letzten Tagen ähnelt, in denen die einen zu Tausenden mit Fackeln und Paraden den 40. Jahrestag der DDR feiern und verkünden, daß die Mauer noch in 100 Jahren steht, während die anderen ebenfalls zu Tausenden Bittgottesdienste halten und auf Montagsdemonstrationen „Wir sind ein Volk" skandieren.

In der Nacht wendet sich das Blatt. Ex-Bundeskanzler Schuschnigg hat seinen Rücktritt über Rundfunk mitgeteilt. Kurz daraufruft der nun nur noch geschäftsführende Innenminister Seyß-Inquart die Bevölkerung gleichfalls über Radio zur Ruhe auf. Plötzlich trägt die Polizei in Wien Armbinden mit dem Hakenkreuz. Die Anti-Anschluß-Demonstrationen sind wie von jetzt auf gleich verschwunden. Statt dessen bewegt sich ein Motor-Korso mit Hakenkreuzfahnen und Fackeln auf den Autos durch die Wiener Innenstadt. Sprechchöre vor dem Ballhaus rufen: „Es lebe das neue Österreich!" und man verlangt „Seyß-Inquart auf den Balkon!" Zu dieser Zeit ist Seyß-Inquart noch immer nicht als neuer Bundeskanzler eingesetzt. Da das auch offensichtlich nicht mehr zu erwarten ist, befiehlt Hitler um 20.45 Uhr den Einmarsch der an Österreichs Grenzen aufmarschierten Truppen. Nur wenig später versucht Minister Göring Seyß-Inquart dazu zu bewegen, offiziell um einen Einmarsch deutscher Truppen zu ersuchen[39].

[39] IMT Dokumente, Band XXXI, Dokument 2949-PS/l 1

Doch der österreichische Minister, der immer noch im Sinn hat, den Anschluß nach erfolgter Wahlentscheidung auf legalem Wege zu vollziehen, tut Göring den Gefallen nicht. Um etwa 23 Uhr ernennt Bundespräsident Miklas Seyß-Inquart doch noch zum neuen Chef der österreichischen Regierung.

In den Morgenstunden des neuen Tages – es ist inzwischen Samstag, der 12. März 1938 – marschieren deutsche Heerestruppen in Richtung Salzburg, Linz und Innsbruck. Blumenschmuck und Fahnen auf den Militärfahrzeugen sollen zeigen, daß dies eine Wiedervereinigung nach langen Jahren deutscher Trennung und kein Eroberungsfeldzug ist. Dies Zeichen wird auch so verstanden. Die österreichische Bevölkerung beiderseits der Straßen reagiert erst freundlich, dann bald mit steigender Begeisterung. Es gibt Umarmungen, Winken, Händeschütteln, Freudentränen, Fahnenschwenken. Als Hitlers Wagenkolonne gegen Abend auf den Marktplatz der Stadt Linz rollt, warten dort schon 60.000 Menschen zum Empfang. Hitler hält eine kurze Rede und wird dabei wieder und immer wieder von Beifallsstürmen unterbrochen. Die Begeisterung der Menschenmenge hinterläßt ihm, der sich bis dahin der ungeteilten Zustimmung der Österreicher nicht sicher sein konnte, einen tiefen Eindruck.

Bundeskanzler Seyß-Inquart, frisch vom österreichischen Bundespräsidenten vereidigt, und einige der neu ernannten Bundesminister sind zur Begrüßung Hitlers nach Linz gekommen. Seyß-Inquart, der immer noch kein Freund des Einmarschs ist, schlägt Hitler vor, auch österreichische Truppen ins Deutsche Reich zu schicken, um aller Welt zu zeigen, daß sich hier eine freiwillige Vereinigung vollzieht und keine einseitige Eroberung. Hitler ist von dem Vorschlag angetan und ordnet auf der Stelle an, so zu verfahren. Schon tags darauf marschieren österreichische Truppen nach München, Dresden, Stuttgart und Berlin.[40]

Bis Linz hat Hitler offensichtlich kein politisches Konzept für diesen bis vor drei Tagen nicht geplanten Einmarsch. So ist ihm bis dato noch nicht klar, in welcher Weise Österreich nun dem „Altreich“ angeschlossen werden soll. Dem vom überstürzten Ablauf des Geschehens selber überraschten Hitler schwebt bis zu dem überwältigenden Empfang, den ihm die Österreicher in Linz bereiten, offensichtlich zunächst nur vor, Österreich als eigenen Staat in Personalunion mitzuregieren[41]. In Linz beschließt er, Österreich dem „Altreich“ als neuen Reichsteil anzuschließen. Auch kann sich Hitler immer noch entscheiden, ob er auf das Ergebnis der nun verschobenen Volksabstimmung wartet und es Seyß-Inquart überläßt, den Anschluß zu vollziehen, oder ob er selber vorher Fakten schafft. Der Völksauflauf von Linz und die Begeisterung der Menschen bestärken Hitler, letzteres zu tun.

Sonntag morgen, den 13. März 1938 um 1 Uhr früh, rollt die erste Wehrmachtseinheit in Österreichs Hauptstadt Wien ein. Die Straßen sind trotz Nacht und Kälte voll von Menschen. Vor der Oper ist ein österreichisches Musikkorps angetre-

[40] IMT-Verhandlungen, Band XV, Seite 664 ff
[41] v. Weizsäcker-Papiere, Seite 124

ten und empfangt die ersten deutschen Truppen zu einer improvisierten Militärparade. Die Polizeiabsperrungen, die die Menschen von den vorbeimarschierenden Wehrmachtskompanien trennen sollen, brechen unter dem Ansturm der begeisterten Menge bald zusammen. Um 2.30 Uhr trifft das erste Bataillon der Wehrmacht in der Rennweg-Kaserne ein und wird dort vom 3. Wiener Infanterie-Regiment mit Ehrenkompanie, Fahne und Musik erwartet. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Eintreffen deutscher Truppen an den Grenzübergängen nach Italien und Jugoslawien. Auch dort werden die Wehrmachtstruppen von den italienischen und jugoslawischen Grenztruppen mit Zeremoniell empfangen. Der Militäreinmarsch vollzieht sich so, als wäre der politische Anschluß Österreichs schon vorausgegangen.

Doch noch sind Seyß-Inquart Bundeskanzler und Miklas Bundespräsident von Österreich. Gegen Abend allerdings erklärt Miklas seinen Rücktritt vom Amt des Bundespräsidenten. Damit gehen nach geltender Verfassung, Artikel 77, die Befugnisse des Präsidenten auf den Bundeskanzler über. So ist Seyß-Inquart für ganz kurze Zeit Regierungschef und Staatsoberhaupt in einem. Schon am Vormittag des Tages hatten Seyß-Inquart als Bundeskanzler, Glaise-Horstenau als Vizekanzler und Justizminister Hueber ein neues „Bundesverfassungsgesetz" verfaßt und unterschrieben, in dem es heißt:

> *„Artikel I*
> *Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches.*
> *Artikel II*
> *Sonntag, den 10. April 1938, findet eine freie und geheime Volksabstimmung der über 20 Jahre alten deutschen Männer und Frauen Österreichs über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich statt.*
> ...
> *Artikel V*
> *Dieses Bundesverfassungsgesetz tritt am Tage seiner Kundmachung in Kraf t...*
> *Wien, den 13. März 1938*
>
> *Seyß-Inquart, Bundeskanzler*
> *Glaise-Horstenau, Vizekanzler*
> *Hueber, Justizminister"* [42]

Als reichsdeutsches Gegenstück dazu unterzeichnet Adolf Hitler das „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich. Die Artikel lauten:

> *„Artikel I*
> *Das von der österreichischen Bundesregierung beschlossene Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 wird hiermit deutsches Reichsgesetz.*

[42] Benoist-Méchin, Band 5, Seite 285

(Es folgt der Text des österreichischen Gesetzes)
Artikel II
Das derzeit in Österreich geltende Recht bleibt bis auf weiteres in Kraft. Die Einführung des Reichsrechts in Österreich erfolgt durch den Führer und Reichskanzler oder die von ihm dazu ermächtigten Reichsminister.
...
Artikel IV
Das Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.
Linz, den 13. März 1938

Adolf Hitler" [43]

So vollzieht sich der politische Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich am Abend des 13. März 1938 in nur noch ein paar kurzen Schritten. Als erstes macht Bundespräsident Miklas – wie erwähnt – den Weg durch seinen Rücktritt frei. Dann verkündet Seyß-Inquart als kommissarischer Präsident in Wien das „Bundesverfassungsgesetz" und setzt es nach Artikel V des Gesetzes auch sogleich in Kraft. Damit erklärt sich Österreich zu einem Teil des Deutschen Reichs und erkennt die deutsche Hoheit an, Gesetze auch für Österreich zu erlassen. Als letzten Schritt verkündet der Reichsminister Goebbels in Berlin das „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich", das nun ebenfalls für Österreich gilt. Damit ist Österreich auch von deutscher Seite aus zu einem Teil des Reichs erklärt, und Hitler ist Staatsoberhaupt und Regierungschef auch für diesen Teil des Reichs geworden. Doch dem Anschluß fehlt die Legitimation der Wahl, die erst für den 10. April 1939 vorgesehen ist.

Seit Beginn der Dollfuß-Diktatur vor fünf Jahren hat es in Österreich keine Bundeswahlen mehr gegeben. So ist vorerst unklar, wie sich bei der Volksabstimmung die entscheiden werden, die den Anschluß in den letzten Jahren nicht so verfochten haben, wie die „Nationale Opposition" und die Nationalsozialisten Österreichs. Es ist ja durchaus möglich, daß Kirchen, Gewerkschaften, Monarchisten, Sozialisten und Marxisten nicht für Deutschland, sondern gegen die Nationalsozialistische Partei Österreichs stimmen. Das Risiko, das sich Hitler und Seyß-Inquart mit dieser Wahl aufbürden, ist also nicht gering. Doch schon am Tag des Anschlusses bekennt sich das Konsistorium der Evangelischen Kirche in einen Brief an die Gemeinden zum Anschluß an das Deutsche Reich. Der Brief lautet:

„Die Evangelische Kirche Deutsch-Österreichs steht voll Freude einmütig und entschlossen zu der geschichtlichen Stunde, die das deutsche Volk Österreichs in die Lebens- und Schicksalsgemeinschaft des Deutschen Reiches zurückführt. ..." [44]

---

[43] Reichsgesetzblatt 1938/1, Seite 237, Nr. 21
[44] Deutsches Nachrichten Büro vom 14. März 1938



Abb. 3: Die Wiener am Prinz-Eugen-Denkmal bei Hitlers Eintreffen am 15. März 1938

Eine Woche später verfassen die katholischen Bischöfe einen Hirtenbrief zur Volksabstimmung:

> *„Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anläßlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich: ...*
> *Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind."* [45]

Am 3. April, eine Woche vor der Volksabstimmung, erklärt sich der erste Nachkriegs-Bundeskanzler Dr. Renner in einem Interview im NEUEN WIENER TAGEBLATT:

> *„Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutsch-Österreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu Saint-Germain werde ich mit JA stimmen."* [46]

Noch vor der Legitimation durch eine Wahl nimmt auch das Ausland Stellung. Die Regierungen in London und Paris erkennen beide schon am 2. April den Anschluß an, und Mussolini vergleicht ihn mit der Einigung Italiens im Jahre 1856. Damit ist auch Artikel 88 des Vertrags von Saint-Germain gefallen.

Die für den 10. April angesetzte Volksabstimmung wird zur Bestätigung der österreichischen Verfassungsväter von 1918 und zum Triumph für die, die einen Anschluß wollten. Von 4.284.795 Wählern stimmen 4.273.884 für die Wiedervereinigung Österreichs und Deutschlands und 9.852 dagegen[47]. Das sind 99,73% pro Anschluß[48]. Im deutschen „Altreich" findet am selben Tage eine Volksabstimmung zum gleichen Thema statt. Hier sind es 99,08 % der Stimmen, die für einen Anschluß sind. Die Deutschen in Österreich und im sogenannten Altreich – so zeigt das diese Wahl – sind an jenem 10. April 1938 durch das verbunden, was die Nation ausmacht: die gleiche Sprache und Kultur, die gemeinsame Geschichte, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und der Wille, zusammen zu gehören.

An dieser Stelle ist noch einmal ein Blick zurück in die Geschichte nötig. Im Oktober 1848 in der Paulskirche zu Frankfurt stand die Deutsche Nationalversammlung vor der Frage, ob Deutschland in Zukunft ein „Kleindeutschland" ohne Österreich werden sollte oder ein „Großdeutschland", das die deutschen Fürstentümer Habsburgs einschloß. Die Entscheidung ist bei der Einigung des Reiches 1871 für „Kleindeutschland" gefallen. 90 Jahre nach der Paulskirchen-

---

[45] IMT-Dokumente, Band XL, Seite 159
[46] IMT-Dokumente, Band XL, Dokument Neurath-130, Seite 523
[47] Benoist-Méchin, Band 5, Seite 309
[48] Juden und andere Gruppen sind allerdings von der Abstimmung ausgeschlossen, was die 99% etwas relativiert.

Versammlung entscheiden sich die Menschen in Österreich und in Deutschland im Volksentscheid vom 10. April 193 8 für den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich. Damit ist auch der Name „Großdeutschland“ wieder auf der Tagesordnung. Das Deutsche Reich einschließlich Österreich heißt deshalb in Erinnerung an 1848 ab 1938 auch „Großdeutsches Reich“. Das ist ein geschichtlicher Bezug und kein Ausdruck deutscher Großmannssucht.

Beim Anschluß Österreichs 1938 wiederholen sich zwei Dinge, die es schon bei der Heimkehr des Saargebiets 1935 und bei der Wiederbesetzung der bis dahin ungeschützten Rheinlandgrenze 1936 gab. Im Falle Österreichs und des Saargebiets haben die Anschlußgegner ihre Ziele mit einem Votum gegen die Nationalsozialisten verbunden, obwohl es bei beiden Urnengängen um ganz anderes ging, und dann die Wahl verloren. Die Österreicher genauso wie die Saarländer haben sich bei ihren Wahlen mit großer Mehrheit für den Anschluß an das Deutsche Reich entschieden und damit scheinbar für die Partei, die den Anschluß propagierte. Niemand weiß, wie viele der abgegebenen Stimmen in erster Linie für den Anschluß und wie viele in erster Linie wegen der Partei gegeben worden sind. So geht Hitler beide Male auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Zentrumsleute, der Christsozialen, und all der anderen als Sieger aus dem Rennen. Die Alliierten Mächte, die in beiden Fällen in Versailles und Saint-Germain das Selbstbestimmungsrecht der Völker vorsätzlich gebrochen haben, haben auch in dieser Hinsicht Hitlers Weg bereitet.

Die zweite Parallele zeigt sich beim Anschluß Österreichs und bei der Wiederbesetzung des vom deutschen Militär entblößten Rheinlands. In beiden Fällen warnt die deutsche Generalität, daß der nächstgeplante Schritt das Ausland provoziert. Die Generale sind der Überzeugung, daß England, Frankreich, die Tschechoslowakei und Polen die Brüche der Verträge von Versailles, Locarno und Saint-Germain nicht dulden und in Deutschland einmarschieren werden. In beiden Fällen schätzt Hitler die Reaktion des Auslands besser ein, und beide Male hat er Recht. Die Folge ist, daß sich Hitlers Selbstvertrauen steigert, und daß sein Vertrauen in die Urteilsfähigkeit der militärischen Berater schwindet. Auch das wird Deutschland später zum Verhängnis.

Die Siegerstaaten des Ersten Weltkriegs sehen diesen Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich mit Befürchtungen und Sorge. Mit diesem Schritt steht Nachkriegsdeutschland so stark da wie vor 1914. Die Regelungen von Versailles und Saint-Germain zur ewigen Unabhängigkeit Österreichs von Deutschland sind aufgehoben worden, ohne daß Frankreich, England und die USA auch nur um ihre Meinung, geschweige denn um ihr Einverständnis hierzu gebeten worden wären. So setzen die Sieger des Ersten Weltkriegs den Anschluß Österreichs 1938 den Deutschen 1945 auf die Rechnung. In den Nürnberger Prozessen werfen sie der Reichsregierung den Anschluß Österreichs als Rechtsbruch und Eroberung vor. Für die Deutschen in Österreich und im „Altreich“ sieht der Anschluß anders aus. Sie verwirklichen mit ihm, was schon 1848 in der Paulskirche

versucht worden ist. Sie setzen in die Tat um, was Wilson 1917 mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zugestanden hat, was im Deutsch-Österreichischen Vereinigungsvertrag vom November 1918 vereinbart worden ist, was ein Verfassungsziel der ersten Verfassungen der neuen Republiken Österreich und Deutschland von 1918 und 1919 gewesen ist, und was die Menschen in beiden Teilen Großdeutschlands nun in einer Volksabstimmung eindrucksvoll bestätigt haben: die Wiedervereinigung der Deutschen.

Stresa, Abessinien und die Achse Rom-Berlin

Was hat die Oase Wal-Wal mit der Hauptstadt Wien zu tun?
Beide sind Schauplätze im gleichen Bühnenstück, das im vorausgegangenen Kapitel nur mit seinen österreichischen und deutschen Akteuren beschrieben worden ist. Doch im gleichen Stück spielen auch die Briten, die Franzosen, die Abessinier und die Italiener große Rollen.

1915, als England, Frankreich und Rußland versuchen, Italien aus seinem Bund mit Österreich und Deutschland zum Seitenwechsel zu bewegen, bieten sie den Italienern für ihre Waffenhilfe Südtirol, Istrien, Dalmatien, Westalbanien, das Protektorat über Zentralalbanien, die Inseln des Dodekanes und eine Vergrößerung des italienischen Kolonialreichs für den Fall an, daß die deutschen Kolonien nach dem Krieg an England oder Frankreich fallen sollten. Dieser umfangreiche Kriegsgewinn wird Italien im Vertrag von London am 26. April 1915 schriftlich zugesichert.[49]

Nach dem Kriege teilen sich London und Paris in Afrika die deutschen Kolonien, und Rom geht, was die versprochene Erweiterung seines Kolonialbesitzes angeht, so gut wie leer aus. Auch Südalbanien kommt nicht, wie 1915 zugesagt, zum Königreich Italien. Die Italiener fühlen sich deshalb nach dem Ersten Weltkrieg genauso um die im Londoner Vertrag zugesagten Kolonien betrogen, wie zur gleichen Zeit die Deutschen um die Friedensbedingungen der 14 Wilson-Punkte. So befindet sich Italien nach dem Kriege in einer nicht gerade angenehmen Lage. Es kann nicht sicher sein, daß sich Österreich und Deutschland auf Dauer an die Verträge von Saint-Germain und von Versailles halten und auf ewig auf das deutsche Südtirol verzichten. Schließlich hat Italien 1915 selber einen Vertrag mit Deutschland und mit Österreich dem Geiste nach nicht eingehalten, als es den Dreibund verließ und zu den Gegnern Deutschlands überlief. Andererseits kann sich Italien fortan auch auf die Briten und Franzosen nicht verlassen, weil diese gerade erst den Londoner Vertrag gebrochen haben. So ist Italien gezwungen, sich in den Nachkriegsjahren ständig zwischen den Interessen der Briten, der Franzosen, der Österreicher und der Deutschen hindurchzuwinden.

---

[49] Wilson-Dokumente, Band 1, Seite 52

Italien drücken in der Nachkriegszeit zwei Sorgen. Die erste ist das schon erwähnte Südtirolproblem mit einer einheimischen deutschsprachigen Bevölkerung, die nicht italienisch werden will. Die Italiener sehen die deutsch-österreichischen Bemühungen zu einer Vereinigung der beiden Länder, und sie fürchten, daß ein vereinigtes und wieder starkes Deutsch-Österreich eines guten Tages Südtirol zurückerobern könnte. So sind die italienischen Nachkriegsregierungen die schärfsten Gegner eines Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich.

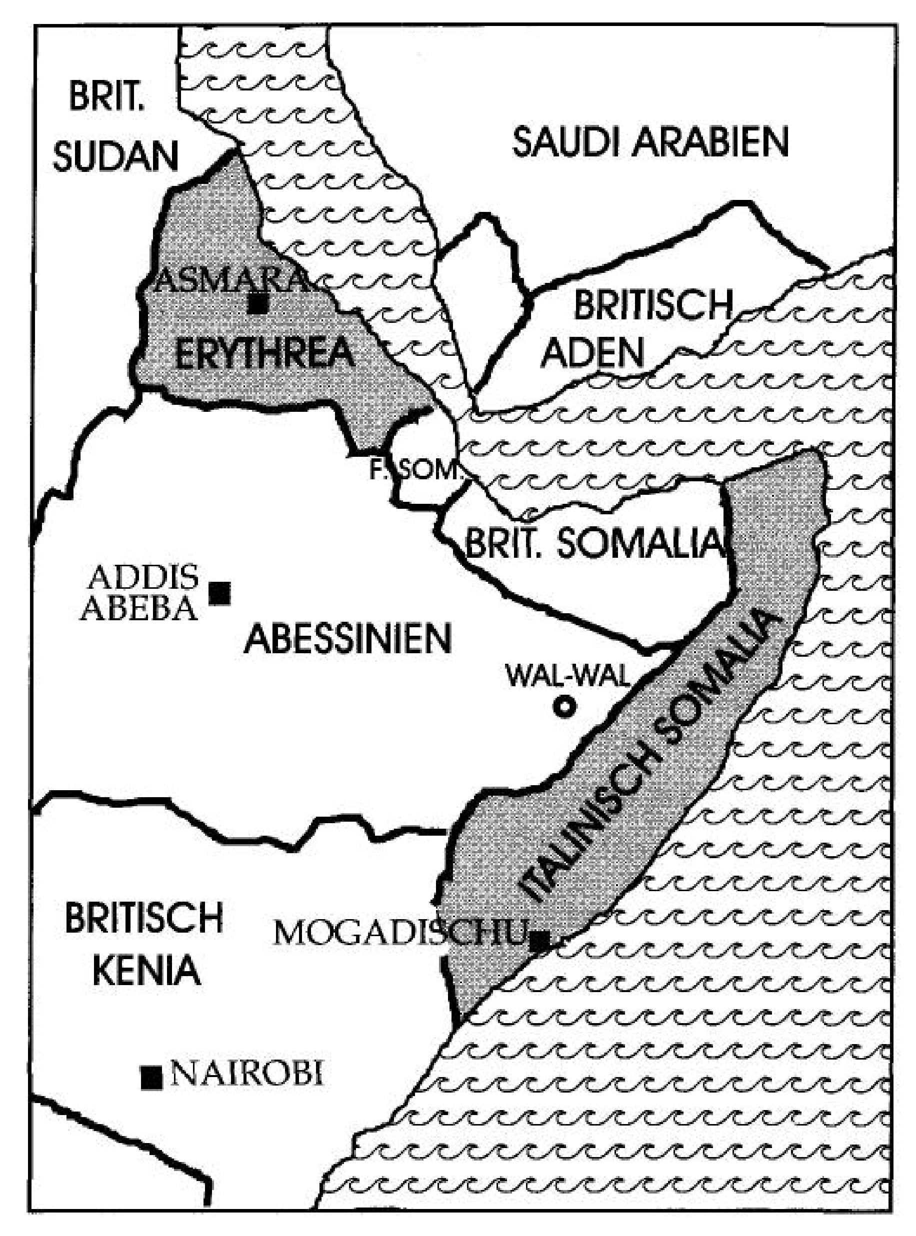
Die zweite Sorge betrifft das enorme Wachstum der eigenen Bevölkerung. Schon in den Vorkriegsjahren wandern jährlich fünf- bis siebenhunderttausend Italiener aus, weil das Land die wachsende Bevölkerung nicht trägt. Italien braucht kolonialen Raum, um der Bevölkerungsexplosion im eigenen Lande Herr zu werden. In der Konferenz von London 1915 hatte Italien bei seiner Forderung nach einer weiteren Kolonie an das letzte Land in Afrika gedacht, das noch frei und souverän ist, an Abessinien. Das Land hätte Siedlungsraum geboten und interessante Bodenschätze. Abessinien hätte außerdem die zwei afrikanischen Kolonien Italiens Somalia und Eritrea in Ostafrika als neues Mittelstück verbunden.

So ist die Ausgangslage Italiens nach dem Ersten Weltkrieg. Es will Südtirol behalten und Abessinien gewinnen.

England, das vor dem Weltkrieg selber noch in Afrika Kolonialbesitz erobert hatte, das Italien 1915 Kolonialerwerb verspricht und das 1919 mehr als die Hälfte aller deutschen Kolonien annektiert, wechselt mit dem Erwerb der deutschen Afrikagebiete seine Haltung. Großbritannien verlegt sich fortan auf die Sicherung der Beute, nennt das die „Bewahrung des Status quo“ und vertritt seinen neuen Standpunkt auf allen internationalen Konferenzen ab 1920 als die „Sicherung des Friedens“. Der Ausdruck „Sicherung der Beute“ wäre ehrlicher gewesen.

Frankreichs größte Sorge nach dem Weltkrieg ist das besiegte doch weiterhin intakte Deutsche Reich. So versuchen die französischen Regierungen, sich die Loyalität der großen Mächte England und Italien gegen Deutschland zu erhalten. Dies wird jedoch von nun an schwierig, da beide Staaten in Konflikt geraten und deshalb selbst die Nähe Deutschlands suchen.

Deutschland drücken in dieser Zeit vor allem seine wirtschaftlichen Sorgen. Daneben versucht das Reich, auch das Problem der offenen Grenzen und der fehlenden Verteidigungsfähigkeit zu lösen. Und drittens bemühen sich die Reichsregierungen nach wie vor, den Anschluß Österreichs einzuleiten. Bis 1933 ist dieses noch in gleicher Weise der Wunsch der Regierungen in Berlin und Wien. Als die beiden deutschen Länder 1931 die Gründung einer Zollunion versuchen, stoßen sie auf den vehementen Widerstand der Italiener und Franzosen. Italien hat Angst vor einem Deutschen Reich, das bis zum Brenner und damit an die Südtiroler Grenzen reicht, und Frankreich fürchtet einen Machtzuwachs des deutschen Nachbarn. 1931 vereiteln die Regierungen in Paris und Rom die



Karte 8: Die italienischen Kolonien Erythrea, Ital. Somalia und ab 1936 Abessinien

deutsch-österreichische Zollunion. 1933 beginnt in Österreich die Diktatur des Kanzlers Dollfuß und somit endet auch der Wunsch aus Wien nach einem Anschluß. Damit befindet sich Österreich unversehens im Lager der Franzosen und der Italiener.

Österreich, bisher der Partner Deutschlands, sucht nun den Schutz Italiens gegen weiteres deutsches Drängen. Italien kann mit seiner Patronage über Österreich damit rechnen, daß Wien in Zukunft keine Forderungen nach Südtirol mehr stellt, und daß Österreich außerdem das Deutsche Reich auf Abstand hält. Frankreich kann fortan wieder mit Italien als Gegner Deutschlands rechnen, und Italien kann sich dieses mit Frankreichs Rückendeckung in Abessmien bezahlen lassen. In der Folgezeit stehen also Frankreich, Italien, England und Österreich in der Abwehr deutscher Anschlußwünsche eng zusammen. Am 17. Februar und 27. September

1934 geben Frankreich, England und Italien in diesem Sinne zwei gemeinsame Garantieerklärungen für die Unabhängigkeit Österreichs von Deutschland ab. Am 17. März des gleichen Jahres schließen Italien und Österreich und in dessen Schlepptau auch noch Ungarn einen Konsultationsvertrag, mit dem sie die Abstimmung ihrer Außenpolitik vereinbaren. Und am 7. Januar 1935 unterzeichnen die Ministerpräsidenten Frankreichs und Italiens die „Römischen Verträge", in denen sie sich ein drittes Mal verpflichten, Österreich gegen deutsche Anschlußwünsche zu verteidigen. Ansonsten stecken die Verträge die Interessen beider Staaten in den Kolonien ab. In einem geheimen Militärvertrag, der den Römischen Verträgen folgt, geben die Franzosen den Italienern außerdem noch freie Hand in Abessinien[50].

Zu guter Letzt treffen sich am 12. April 1935 Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens in Stresa am Ufer des Lago Maggiore, um Österreichs Sicherheit ein weiteres Mal zu garantieren. Die Geschichtsschreibung bezeichnet dieses vorerst letzte Einvernehmen der drei Länder gegen Deutschland als die „Stresa-Front". England, Frankreich und Italien sprechen auf der Konferenz von Stresa über eine Bedrohung Österreichs, die zu der Zeit nicht besteht, und sie übergehen schweigend einen Streit um Abessinien, der sich seit Dezember 1934 zwischen die bisherigen Partner England und Italien schiebt.

Die Italiener glauben seit dem Ersten Weltkrieg, mit ihren Abessinien-Ambitionen keine englischen oder französischen Interessen zu verletzen, doch sie täuschen sich in dieser Hinsicht. Zwischen 1925 und 1934 versucht Italien, im Einvernehmen mit Abessinien und England eine Eisenbahnverbindung zwischen seinen Kolonien Eritrea und Somalia durch Abessinien zu bauen. London willigt ein und läßt sich das mit der Sicherung der ehemals deutschen Erdölkonzessionen im Irak bezahlen. Auch die abessinische Regierung stimmt dem zunächst vertraglich zu, doch hält sie den Vertrag nicht ein.

1934 kommt es zu Grenzstreitigkeiten zwischen Italien und Abessinien und infolge dessen auch zu Auseinandersetzungen zwischen Rom und London. Im Herbst des Jahres 34 beansprucht der abessinische Kaiser Haile Selassi die Oase Wal-Wal im Grenzland zwischen Italienisch-Somalia und Abessinien. Die Grenze dort war bislang nie genau in Karten festgehalten worden. Italien hatte die Oase vor fünf Jahres in Besitz genommen und seitdem besiedelt und befestigt. Italien lehnt die Übergabe ab. Daraufhin erobern abessinische Truppen am 5. Dezember 1934 Wal-Wal, die Oase an der Grenze. Italien reagiert mit der Verlegung von vier Infanteriebataillonen nach Somalia, was England als den Auftakt der Eroberung Abessiniens durch Italien wertet. Damit beginnt sich das Rad der Veränderungen in Europa neu zu drehen. Die Partnerschaften aus dem Ersten Weltkrieg brechen, und am Ende der Entwicklung um Abessinien steht Italien auf der

[50] Benoist-Méchin, Band 4, Seite 115

Seite Deutschlands. So kann Österreich vier Jahre später Teil des Deutschen Reiches werden und damit auch die Hauptstadt Wien.

Die Abessinien-Krise schwelt und brennt von Wal-Wal im Dezember 1934 bis zur Eroberung Addis Abebas durch die Italiener im Mai 1936. Im Frühjahr und Sommer 1935 verlegt Italien 170.000 Mann Alpenjäger, Infanterie und Kavallerie an die Grenzen Abessiniens. England, das den Machtzuwachs Italiens in Afrika nicht dulden will, zieht eine Flotte von 134 Kriegsschiffen im Mittelmeer zusammen und Premierminister Mac Donald erklärt, die Welt befinde sich am Rande eines Krieges wie im Jahre 1914. Die italienische Presse reagiert empört auf Englands Veto-Haltung und erinnert an die gebrochenen Versprechen von 1915 und an Englands eigene Kolonialerwerbungen in Indien und jüngst erst in Oranje und Transvaal.

Am 3. Oktober 1935 marschieren Italiens Truppen in das noch freie Abessinien ein. England mobilisiert den Völkerbund. Knapp 50 Mitgliedsstaaten erklären Italien zum Aggressor und verhängen zur Strafe ein Embargo und Sanktionen. Deutschland, das nicht zum Völkerbund gehört, nutzt die Gunst der Stunde, um Italien aus der Stresa-Front herauszubrechen. Hitler bietet Mussolini vier Millionen Tonnen Steinkohle, die die stornierten Lieferungen aus England für geraume Zeit ersetzen.

Nun kommt Frankreich in Bedrängnis. Es braucht sowohl England als auch Italien gegen Deutschland, das seit einem Jahr erkennbar seine Wehrmacht wieder aufbaut. England läuft seit dem Flottenabkommen von 1935 auf Entspannungskurs mit Deutschland. Und nun zwingt der Druck des Völkerbundembargos auch noch die Italiener, sich den Deutschen anzunähern. England will das Embargo gegen Italien durch einen Erdöllieferstop ergänzen. Frankreich kann das allerdings verhindern und damit auch einen endgültigen Schwenk der Italiener zu den Deutschen. Doch der läßt sich im Jahr darauf nicht mehr verhindern.

Hitlers Kohleangebot zeigt Wirkung. Mussolini läßt den deutschen Botschafter in Rom schon im Januar 1936 wissen, daß er nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Österreich ein – allerdings formal selbständiger – Satellitenstaat des Deutschen Reiches werde[51]. Im März folgt der nächste Schlag für Frankreich. Hitler läßt deutsche Truppen in das Rheinland einmarschieren. Nun verlangt Frankreich beim Völkerbund Sanktionen gegen Deutschland. England, das sich durch den Wiedereinzug deutscher Truppen in das Rheinland nicht gefährdet fühlt, weigert sich nun seinerseits, den Wünschen der Franzosen auf Sanktionen nachzukommen. Die letzten Embargoforderungen Englands gegen Italien und die neuen Sanktionsforderungen der Franzosen gegen Deutschland überschneiden und blockieren sich zu Gunsten Deutschlands und Italiens.

Am 9. Mai 1936 kapitulieren die letzten abessinischen Truppen, und Mussolini ruft in Rom das „Imperium Romanum“ aus. Der König von Italien Viktor Ema-

[51] ADAP, Serie C, Band IV, Dokument 485

nuel III. nimmt den Titel des Kaisers von Abessinien an. Mussolini glaubt jetzt, der deutschen Hilfe nicht mehr zu bedürfen. Er versucht nun, wieder Abstand zu Hitler zu gewinnen und sich statt dessen Frankreich anzunähern. Unmittelbar nach seinem Eroberungskrieg in Abessinien fühlt er sich berufen, die Tschechoslowakei und Österreich gegen Deutschland zu verteidigen. Mussolini entdeckt sein altes Interesse wieder, die Deutschen vom Brenner fernzuhalten, und er läßt der französischen Regierung den Vorschlag übermitteln, einen Militärpakt gegen Deutschland abzuschließen[52]. Er offeriert Frankreich Durchmarschrechte durch Italien, wenn es Truppen gegen Deutschland in die Tschechoslowakei entsenden möchte. Er verlangt dafür die Waffenhilfe Frankreichs, wenn Italien Österreich gegen Deutschland „schützen“ sollte, und er will die Anerkennung der Herrschaft des Königreichs Italien über Abessinien.

Mussolinis Angebot kommt zur falschen Zeit und läuft ins Leere. Am 4. Juni 1936 bilden Frankreichs Linksparteien eine Volksfrontregierung, die sich sofort den Kampf gegen den Faschismus auf die Fahnen schreibt. Damit ist die französische Tür für Mussolini auf Dauer zugeschlagen.

Auch die USA und England weigern sich, die Eroberung Abessiniens durch Italien völkerrechtlich anzuerkennen. So bleibt diese Anerkennung das erste Ziel der römischen Außenpolitik in den nächsten Jahren. Und Mussolini ist nun isoliert. Er muß sich neue Freunde suchen. Österreich ist Italien nach wie vor verbunden, doch das Verhältnis Österreichs zu Deutschland ist seit dem Tod des Kanzlers Dollfuß ruiniert. Eine Entspannung zwischen Rom und Berlin würde durch die deutsch-österreichische Verstimmung sicherlich belastet. So drängt Mussolini den österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg, sich mit den Deutschen auszusöhnen. Das Ergebnis dieses guten Rats aus Rom ist das schon erwähnte „Deutsch-Österreichische Abkommen über die Normalisierung und die freundschaftlichen Beziehungen“ vom 11. Juli 1936. So öffnet Mussolinis Abessinien-Abenteuer auf mittelbare Weise den Weg zum späteren Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich.

Am 24. Oktober 1936 läßt der „Duce“ Mussolini seinen Außenminister Graf Ciano beim „Führer“ Hitler und dessen Außenminister von Neurath eruieren, wieweit die Interessen beider Staaten zueinander passen. Am 1. November erfährt man das Ergebnis. Mussolini schwenkt offiziell aus dem Lager der Erste-Weltkrieg-Sieger in das Lager des ehemaligen Weltkrieg-Gegners Deutschland. Der „Duce“ hält an diesem Tag in Mailand eine öffentliche Rede und verkündet dabei die „Achse Rom-Berlin“. Er lädt alle anderen Staaten ein, in dieser Achse mitzuwirken. Damit sind die zwei bis dahin isolierten Staaten Italien und Deutschland für die kommenden acht Jahre ein Gespann mit Vor- und Nachteilen für beide „Achsenmächte“.

[52] Benoist-Méchin, Band 4, Seite 192

Im März 1938, als Österreichs Bundeskanzler Schuschnigg den Versuch macht, sich für sein Referendum gegen den „Anschluß“ die Rückendeckung Mussolinis einzuholen, zeigt der ihm nur die kalte Schulter. Italien akzeptiert nun den Anschluß an das Deutsche Reich, den es jahrelang versucht hat, mit Frankreichs Hilfe zu verhindern. Deutschlands Kohlehilfe während des Völkerbundembargos und die deutsche Anerkennung des italienischen Kaiserreichs Abessinien tragen ihre Früchte. Die Vereinigung der beiden deutschsprachigen Staaten Deutsches Reich und Österreich hat, wenn man den Anteil Italiens daran betrachtet, ihren langen Anlauf in Wal-Wal genommen.

Der nächste Anschluß, bei dem Mussolini Pate steht, ist der der Sudetenlande an das Deutsche Reich. Doch ehe der Anschluß der Sudetenlande und die Unterwerfung der Tschechei zum Thema werden, muß noch ein Blick auf eine Macht im Hintergrund geworfen werden: die USA, die bislang scheinbar an den Veränderungen in Europa nicht beteiligt sind.

Amerika im Hintergrund

Ein nicht unwichtiger Mitspieler bei den Veränderungen in Europa seit 1933 ist der amerikanische Präsident Franklin Delano Roosevelt, auch wenn er noch die Fäden aus dem Hintergrunde zieht.

1915 war Roosevelt mit 33 Jahren Unterstaatssekretär im US-Marineministerium. Schon damals, zwei Jahre vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland, drängt der junge Roosevelt US-Präsident Wilson, gegen Deutschland Krieg zu führen. Da erteilt ihm Wilson eine Lehre:

> *„Ich werde ihnen etwas sagen, was ich öffentlich nicht sagen kann. Ich möchte nicht nur vor der Geschichte zeigen, daß wir jedes diplomatische Mittel angewandt haben, um uns aus dem Krieg herauszuhalten, und um zu zeigen, daß uns der Krieg von Deutschland bewußt aufgezwungen wurde, sondern ich will auch mit sauberen Händen vor das Gericht der Geschichte treten können.“* [53]

Nach dem ersten Weltkrieg geht Roosevelt nicht von seiner Überzeugung ab, daß der Kaiser und die Deutschen allein die Schuld an diesem großen Kriege tragen.

Seit 1921 sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika neutral. Doch obwohl die drei Präsidenten nach dem Ersten Weltkrieg die USA von allen Kriegen Asiens und Europas ferngehalten haben, greift in den Staaten seit geraumer Zeit ein neues Denken Platz. Neben einem weit verbreiteten Isolationismus gewinnt ein neuer Interventionismus langsam aber sicher an Boden. Dieser gründet auf der Überzeugung, daß die Demokratie sowie die Rechte und die Freiheiten des Indi-

[53] Bavendamm, Roosevelts Krieg, Seite 49

viduums Werte von allgemeiner Geltung sind, die stärker wiegen als das souveräne Recht der Staaten, nach innen und nach außen das eigene Wesen und das Leben ihrer Bürger zu bestimmen. Dieser Überzeugung hängt auch Roosevelt an, der sich darum berufen fühlt, die Wertvorstellungen Amerikas in die Welt zu exportieren, notfalls auch mit Kriegen. Jener liberal-demokratische Internationalismus vieler Amerikaner findet im zeitgleichen marxistisch-leninistischen Internationalismus insofern eine Parallele, als beide überzeugt sind, das Wohl der Menschen zu vertreten, und beiden eine verborgene Kriegsbereitschaft innewohnt.

Von Bedeutung ist auch Roosevelts Verhältnis zu den Deutschen seit dem Ersten Weltkrieg. Die USA haben die globale Nachkriegsordnung in den Konferenzen von Versailles, Trianon und Saint-Germain entscheidend mitgeprägt. Doch ihr damals eingebrachter Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, auf die Durchsetzung der Demokratie in fremden Staaten, auf die Freiheit der Meere im Frieden und im Kriege und auf einen dauerhaften Frieden hat sich weder in den Siegerkonferenzen noch in der Nachkriegszeit ganz durchgesetzt. So versucht Roosevelt seit seinem Amtsantritt als Präsident 1933 diesen Traum der Amerikaner nun doch noch zu verwirklichen.

Roosevelt hat die Strafen des Versailler Vertrages gegenüber Deutschland Zeit seines Lebens als gerecht verteidigt, und er hat verlangt, sie weiter durchzusetzen. Das Selbstbestimmungsrecht der „abgetrennten“ Deutschen interessiert ihn dabei wenig. Sein Verhältnis zu Prinzipien gibt auch in anderer Hinsicht Rätsel auf. In seinem Kampf für Demokratie und Menschenrechte beklagt er zum Beispiel vehement die Menschenrechtsverletzungen, deren sich die deutsche Reichsregierung schuldig macht. Dagegen berühren ihn die auch ihm bekannten Verfolgungen, Vertreibungen und Ermordungen von Angehörigen der ehemaligen Oberschicht in Rußland und von Großbauern, von Offizieren und Parteifunktionären offensichtlich wenig. Die massenweise „Liquidierung von Klassenfeinden“ in der Sowjetunion und die Menschenrechtsverletzungen in Polen und in der Tschechoslowakei fechten ihn nicht an. Er deutet sich die despotisch regierte Sowjetunion in eine Übergangserscheinung zu einer späteren sozialen und gerechten Gesellschaftsordnung um. Daß der deutsche entartete nationale Sozialismus der Konkurrenzentwurf des Diktators Hitler zu dem etwas älteren und schon vorher entarteten russischen Sozialismus der Diktatoren Lenin und Stalin ist, bleibt Roosevelt verschlossen. Auch die unterschiedliche Bewertung, die der Präsident gegenüber dem Deutschen Reich und Polen vornimmt, ist kaum zu ergründen. Im späteren Streit um Danzig und um eine exterritoriale Verkehrsanbindung des seit 1920 abgetrennten Ostpreußen an das Reichsgebiet steht Roosevelt ohne Zweifel auf der Seite Polens. Dabei geht es ihm nicht in erster Linie um den Schutz des Staates Polen. Sonst hätte er sich dieses ebenfalls autoritär geführte, bis in jüngster Zeit gegenüber seinen Nachbarn aggressive und antijüdische Land sicherlich genauer angesehen. Es geht ihm auch nicht um die Not der jüdischen Bevölkerung in Deutschland. Sonst hätte er die Polen in gleicher Wei-

se wie die Deutschen in die Schranken weisen müssen. Schließlich übersteigt die Zahl der zwischen 1933 und 1937 an den US-Kongreß gerichteten Protestschreiben wegen antijüdischer Maßnahmen in Polen die Zahl der gleichen Klagen aus dem Deutschen Reich um ein Vielfaches[54]. Es geht dem amerikanischen Präsidenten allein darum, die von den USA in Versailles mitgeschaffene Ordnung zu erhalten. Roosevelt stellt das gleich nach Hitlers Regierungsübernahme unmißverständlich klar.

Er, der selbst sofort nach Amtsantritt 20 Zerstörer und 2 Flugzeugträger für die Flotte bauen läßt, besteht darauf, daß Deutschlands Rüstung auf dem in Versailles festgelegten Niedrigstand zu bleiben hat[55]. Auch der Einzug deutscher Truppen in das Rheinland erbost den Präsidenten. Weitere Revisionen der Nachkriegsordnung von Versailles ohne Beteiligung und Billigung der USA wären für Roosevelt eine Demontage des Macht- und Führungsanspruchs, den er hier empfindet.

Roosevelts Sorge für eine demokratischere, gerechtere und sicherere Welt kreist nicht allein um Deutschland. Seine harten Reaktionen, in deren Sog das Deutsche Reich ab 1937 kommt, haben ihren Ursprung zunächst in Japan und Italien. Beide sind nach dem Ersten Weltkrieg nicht so mit Kriegsgewinnen abgefunden worden, wie ihnen das vor ihrem Kriegseintritt versprochen worden war, und beide Länder sind jetzt keine Alliierten mehr. Japan und Italien kämpfen um Gleichberechtigung mit England, Frankreich und den USA, und sie ringen um Wohlstand, Lebensraum und Kolonien.

Japan hat 1931 die Mandschurei erobert und in einen Vasallenstaat unter eigener Oberherrschaft umgewandelt. Italien schluckt 1936 Abessinien. Roosevelt beginnt nun, mit seinen Mitteln gegen beide Staaten vorzugehen. Er läßt die Zölle auf das Hauptexportgut Japans, die Textilprodukte, um 42 % erhöhen[56] und er wirbt bei allen Staaten um ein Embargo gegen das Königreich Italien. Die Folgen sind, daß Japans Bemühungen um seine außenwirtschaftliche Unabhängigkeit vom Westen zunehmen, und daß sich Italien an das Deutsche Reich anschließt. Auch Deutschland erregt zu dieser Zeit des Präsidenten Argwohn. Der Austritt aus dem Völkerbund, der Wirtschaftsaufschwung, die Wiederaufrüstung und die Verlegung deutscher Truppen 1936 in das bis dahin ungeschützte Rheinland zeigen Roosevelt, daß hier eine neue Kraft im Kern Europas wächst, die eigenen Gesetzen folgt. Noch ehe Hitler sich nach außen mit irgendwelchen Forderungen regt, ist Deutschland für den Präsidenten zur Gefahr geworden.

Obwohl die USA sich seit 1921 mit einer ganzen Anzahl von Gesetzen zur Neutralität verpflichtet haben, beginnt Roosevelt ab etwa 1936, Deutschland, Japan und Italien mit verschiedenen Mitteln und Methoden zu bekämpfen. Ab 1937 fä-

[54] Congressional Record. House of Representatives Protokoll vom 9. Juli 1937, zitiert bei Hoggan, Seite 813
[55] Forderung Roosevelts gegenüber Reichsbankpräsident Schacht am 6. Mai 1933. Siehe Tansill, Seite 63
[56] Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seite 224

delt er die Beteiligung der USA am nächsten Kriege ein, immer hart am Rande der Gesetze. Er bedient sich wirtschaftlicher Mittel, die ihm reichlich zu Gebote stehen: Strafzölle, Devisenbewirtschaftung, Einfrieren von Auslandsguthaben und Ausfuhrsperren auf lebenswichtige Güter. Und Roosevelt fängt an, die drei genannten Staaten öffentlich und „offiziell“ zu ächten.

Am 5. Oktober 1937 hält der Präsident in Chicago eine Rede, die als „Quarantäne-Rede“ Nachhall und Bekanntheit findet. In dieser Ansprache klagt Roosevelt, daß „die Herrschaft des Terrors und der internationalen Gesetzlosigkeit“ Formen angenommen habe, die die „Grundlagen der Zivilisation“ bedrohten. Er bezieht sich dabei auf Japans Krieg mit China, auf Italiens Abessinien-Eroberung und auf Deutschlands einseitige Loslösung vom Versailler Vertrag. Der Präsident folgert, daß auch Amerika eines Tages das Ziel solcher Angriffe werden könnte. Um solches zu verhindern, müßten – so Roosevelt -:

> *„alle friedliebenden Nationen eine konzentrierte Anstrengung denjenigen Nationen gegenüber machen, die einen Zustand der internationalen Anarchie und Instabilität schaffen, aus dem es keinen Ausweg gibt als durch bloße Isolation und Neutralität. Die Gegenwehr aller friedliebenden Nationen müsse die Form einer Quarantäne annehmen, die die Friedenstörer isoliert.“* [57]

Mit der „Quarantäne-Rede“ zeichnet Roosevelt die Grundzüge seiner Politik der nächsten Jahre vor. Die sind die Unterscheidung der Völker in friedliebende und unfriedliche Nationen, die Ächtung und Isolierung dieser negativen Völker, die Verbreitung von Ängsten vor den Unfriedlichen, die Aufhebung der Neutralität der USA und der Anspruch an alle Friedliebenden, sich an die Seite Amerikas zu stellen. Eine differenzierte Sicht der Probleme der Deutschen, Italiener und Japaner hat in dieser Politik so wenig Raum wie die Neutralität von anderen Staaten. So beginnt Roosevelt recht früh damit, Deutschland in den Kreis der Schurkenstaaten einzuordnen und Amerika strategisch auf den nächsten Weltkrieg einzustellen.

Das Verhalten der Japaner gibt ihm dazu einen Einstieg. Seit Juli 1937 dringen japanische Truppen wieder in Ostchina vor, wo sie auf amerikanische Interessen stoßen. Die USA unterhalten in China nicht nur Banken, Industrieanlagen, Missionen, Krankenhäuser, Schulen und Handels- und Schiffahrtsunternehmen, sondern auch Kriegsschiffe auf den Flüssen, und sie bauen den Chinesen moderne Luftstreitkräfte auf. Auch England hat in China Kanonenboote auf den Flüssen stationiert. Am 12. Dezember 1937 kommt es zu einem Zwischenfall, bei dem japanische Sturzkampffiieger amerikanische und britische Kanonenboote auf dem Jangtsekiang-Fluß nahe Nanking[58] angreifen, offensichtlich in dem Glauben, es handele sich um Schiffe der Chinesen. Dabei wird das US-Kanonenboot „Panay“

---

[57] Bavendamm, Roosevelts Krieg, Seite 127
[58] Nanking ist zu der Zeit die Hauptstadt der Republik China

versenkt. Die japanische Regierung entschuldigt sich in Washington und bezahlt den entstandenen Schaden[59].

Obwohl die Kriegsschiffe der neutralen USA zu der Zeit nichts in einem Kriegsgebiet zu suchen haben, und obgleich Präsident Roosevelt nach geltender Gesetzeslage auch weiterhin zu einer Politik der Neutralität verpflichtet ist, nutzt er die Gelegenheit, den ersten Nagel für die späteren Kriege gegen Japan, Deutschland und Italien einzuschlagen. Kurz nach dem Panay-Vorfall, noch im Dezember 1937, entsendet er den Leiter der Abteilung für Kriegsplanungen der US-Navy Kapitän zur See Ingersoll nach London, um erste Gespräche über eine spätere Zusammenarbeit der US- und der Royal Navy führen zu lassen[60]. Damit klinkt sich Roosevelt in die strategischen Überlegungen und Planungen der Briten ein. In London kann man von nun an damit rechnen, daß die USA im Falle einer Auseinandersetzung mit den Japanern im Pazifik, mit den Italienern im Mittelmeer oder mit den Deutschen auf dem Nordatlantik auf ihrer Seite stehen. Die Aussicht auf die Unterstützung der Seemacht USA stärkt die Handlungsfreiheit Englands, eigene Interessen notfalls auch unter dem Risiko von Kriegen durchzusetzen. Ein knappes Jahr danach geht Roosevelt auf diesem Wege weiter. Im August und September 1938 gibt er erst an Kanada und dann an England ein informelles Schutzversprechen[61], obwohl beide Länder bis dahin von niemandem bedroht und angegriffen worden sind, und obgleich der Kongreß ihn nicht dazu ermächtigt hat.

Ein weiterer Schachzug Roosevelts ist hier der Erwähnung wert, sein „Weltfriedensplan“[62], mit dem er den Versuch macht, ein Bündnis der „Weltgemeinschaft“ für den Frieden aufzubieten. Der Präsident eröffnet seinen Plan zunächst nur dem englischen Premierminister Chamberlain, dem er dazu am 12. Januar 1938 einen streng geheimen Brief schreibt. Dieses Datum liegt noch vor der Zeit, in der Hitler den Anschluß Österreichs und der Sudetendeutschen fordert. Roosevelt verfolgt mit dem Weltfriedensplan offensichtlich zwei ganz verschiedene Zwecke. Er will die USA als erste Macht der Erde etablieren und sein Plan soll Italien und Deutschland zähmen. Die Sache scheitert, weil der englische Premierminister Chamberlain Roosevelt durchschaut und die Gefahr für England wittert, die der Plan enthält. Der amerikanische Präsident schlägt dem englischen Premier an jenem 12. Januar in dem geheimen Brief ein eigenartiges Verfahren für seine Absicht vor. Er will parallel zehn ausgewählte kleine Staaten zu einer Konferenz unter seiner Leitung nach Washington einladen und zeitgleich in getrennten Verhandlungen nacheinander mit England, Frankreich, Italien und Deutschland über seine neue Weltfriedens- und Wirtschaftsordnung sprechen. Das Ergebnis der Konferenzen soll dann allen anderen Staaten dieser Erde übersandt und zur Unterschrift empfohlen werde.

[59] Dupuy and Dupuy, Seite 1124
[60] Bavendamm, Roosevelts Krieg, Seite 149
[61] Bavendamm, Roosevelts Krieg, Seite 342
[62] Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seiten 285 ff

Mit dieser komplizierten Art Regie hätte Roosevelt die absolute Dominanz gehabt. Die zehn Kleinen hätten neben der Weltmacht USA so gut wie kein Gewicht besessen und die vier Großen keine Chance, während der getrennten Gespräche eine Allianz zu eigenen Gunsten einzugehen und eigene Interessen zu wahren. Doch das ist nicht der einzige Punkt, den Chamberlain nicht akzeptieren will. Da gibt es noch vier weitere. Der erste ist, daß auf den Konferenzen auch über einen freien Zugang aller Staaten zu allen Handelszonen und Rohstoffquellen auf der Erde verhandelt werden soll. Hier hätte England in seinen Kolonien Konzessionen machen müssen. Das zweite ist, daß Roosevelt sich schon in seinem Schreiben die „Freiheit von politischen Verwicklungen" vorbehält. Das kann nur heißen, daß sich die USA im Notfall selbst nicht an ihre neue Weltfriedensund Wirtschaftsordnung halten müßten. Der dritte ist, daß Roosevelt zum Ausdruck bringt, daß er „von ganzem Herzen kommende Unterstützung" jedoch keine Ergänzungsvorschläge wünscht. Und der vierte Punkt, der stört, ist der Termin. Roosevelt verlangt Antwort in nur fünf Tagen. Chamberlain lehnt diesen „Weltfriedensplan" mit Brief vom 13. Januar ab.

Der Roosevelt-Weltfriedensplan – obwohl gescheitert – ist der Anlauf, die USA vom Platz des Ersten Geigers auf das Dirigentenpult zu bringen. Der Anspruch des Präsidenten, eine neue Weltfriedens- und Weltwirtschaftsordnung quasi im Alleingang zu gestalten, läßt diesen Rückschluß zu. Der Plan ist zweitens der Versuch, den USA die kolonialen Märkte und Ressourcen anderer Staaten zu erschließen. Der Weg, den Plan vorab nur mit den Briten zu erörtern, zeigt das Bemühen, England vom wirtschaftlichen und seestrategischen Konkurrenten zum angeleinten Verbündeten zu machen. Und drittens liegt der Plan im Zug der Quarantäne-Politik. Roosevelt hätte mit den Beschlüssen von zehn kleinen Staaten und mit der Zustimmung der Briten und Franzosen die Deutschen und die Italiener zwingen können, die Regeln Amerikas zu akzeptieren oder sich, für jeden sichtbar, außerhalb der „Staatengemeinschaft" zu stellen.

So hat Roosevelt einen Führungsanspruch außerhalb des eigenen Landes angemeldet, obwohl der Kongreß daheim auch weiterhin auf der Neutralität der USA besteht. Er hat zudem die neue britisch-amerikanische Waffenbrüderschaft für einen nächsten Krieg schon arrangiert, noch ehe Hitler Österreichs Anschluß fordert. Und er gibt die beiden informellen Schutzversprechen an Kanada und England ausgerechnet zu der Zeit, in der die deutsche Reichsregierung mit England, Frankreich und Italien um die deutsche Zugehörigkeit und Zukunft der sudetendeutschen Bürger in der Tschechoslowakei ringt.

Der Anschluß der Sudetengebiete und die Unterwerfung der Tschechei

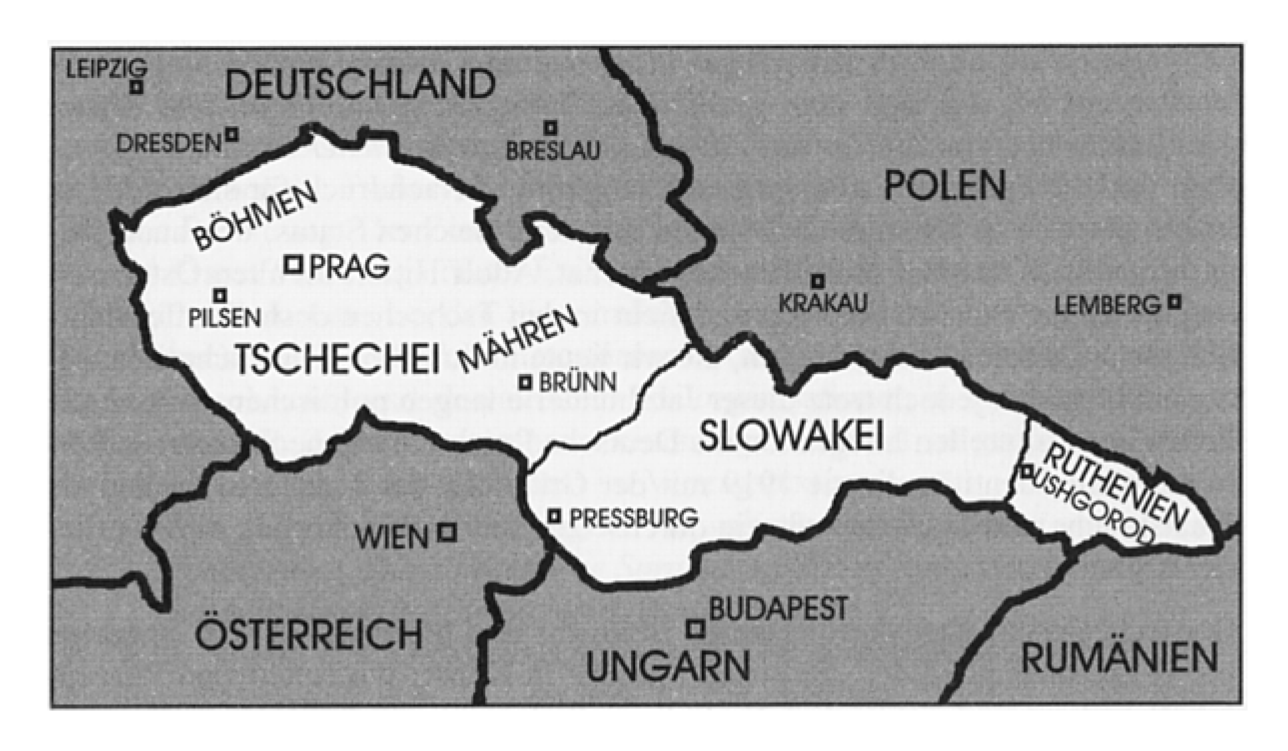
Der nächste Erfolg des Politikers Hitler, deutsche Menschen und deutsche Landschaften „heim ins Reich“ zu holen, trägt in sich schon den Keim des späteren Untergangs des Dritten Reichs. Im September 1938 gelingt es Hitler auf der „Konferenz von München“, die Gebiete der Tschechei, in denen seit altersher überwiegend Deutsche leben, nämlich die Sudetenlande, durch Drohung und Verhandlung Deutschland anzuschließen. Die Drohung, den Anschluß notfalls mit der Wehrmacht zu erzwingen, führt allerdings zum neuen Schulterschluß der früheren Weltkriegsgegner gegen Deutschland. Mit der Annexion der Rest-Tschechei ein halbes Jahr danach gibt Hitler diesen Gegnerstaaten dann den Grund, wenig später in der Danzig-Frage Partei für Polen und gegen Deutschland zu ergreifen und aus einem ursprünglich nur lokalen Grenzkonflikt zwischen dem Deutschen Reich und Polen einen weiteren Weltkrieg zu entfachen.

Die historischen Wurzeln der Tschechoslowakei

Die Tschechoslowakei, ein erst 1919 entstandener Kunststaat, ist nach dem Ersten Weltkrieg von den Siegermächten aus Landesteilen zusammengefügt worden, die vormals österreichisch, ungarisch, deutsch oder polnisch waren. Vor der Ewigkeit der fast 1000jährigen Zugehörigkeit der Landesteile zu den genannten Nachbarländern erscheinen die nur 19 Jahre der Tschechoslowakei den Regierungen in Wien, Budapest, Berlin und Warschau 1938 wie die Lebensdauer einer Eintagsfliege. Es fehlt der neuen Tschechoslowakei die Legitimation, die sich aus einer eigenen Geschichte speist. Dies mag ein Grund dafür gewesen sein, daß die Regierungen aller Nachbarstaaten, einschließlich Adolf Hitlers, den Tschechen 1938 und 39 das Recht auf Eigenstaatlichkeit verweigern.

Der Doppelname Tschechoslowakei verweist auf zwei verschiedene Völker oder zwei verschiedene Landesteile. Der Name verschleiert, daß im neu geschaffenen Staat die größten Völker Tschechen und Sudetendeutschen sind und nicht Tschechen und Slowaken, und er läßt nicht erkennen, daß der neue Staat drei Landesteile hat und nicht nur zwei. Die Karpato-Ukraine, ganz im Osten der Tschechoslowakei, bildet mit ihrer ruthenisch-ukrainischen Bevölkerung ein eigenes Gebiet. Die eng verwandten Sprachen Tschechisch und Slowakisch verbinden Tschechen und Slowaken, doch die Geschichte trennt sie. Daneben stehen Slowaken und Ruthenen mit gemeinsamer Geschichte, doch mit zwei verschiedenen Sprachen.

Die Tschechei mit ihren zwei Landesteilen Böhmen und Mähren ist sehr früh schon in Abhängigkeit zum Deutschen Reich geraten. Nach 800, zur Zeit Karls des Großen, werden Böhmen und Mähren zunächst dem deutschen Kaiser gegenüber zum Tribut verpflichtet. 929 wird Böhmen erstmals und 950 endgültig



Karte 9: Tschechoslowakei 1920-1938

von deutschen Königen und Kaisern unterworfen. Ab 1041 gehören beide Landesteile auf Dauer bis 1918 zum Deutschen Reich. In dieser Zeit verklammern sich Böhmen, Mähren und Deutschland durch eine Vielzahl politischer Verbindungen. 1086 verleiht der deutsche Kaiser dem Herzog von Böhmen die Königswürde. Schon 1257 tritt der Böhmenkönig als siebter Kurfürst zu den bis dahin sechs deutschen Fürsten, die das Recht zur Wahl des deutschen Königs haben, der in der Regel danach auch der deutsche Kaiser wird. 1310 erwirbt das deutsche Haus Luxemburg durch Heirat Johanns von Luxemburg mit der Erbin der böhmischen Krone Elisabeth das Königreich Böhmen. Mit Kaiser Karl IV, König Wenzel und Kaiser Sigismund werden drei Könige von Böhmen aus dieser Linie selbst Könige und Kaiser des Deutschen Reichs. In ihrer Zeit dient Prag für nicht ganz hundert Jahre als „Hauptstadt“ Deutschlands. 1526 fallen Böhmen und Mähren durch Erbschaft an das Haus Habsburg, wo sie bis 1918 bleiben. So steht das Gebiet des heutigen Tschechiens und mit ihm die tschechische Nation fast 1000 Jahre unter deutscher Herrschaft, fast 500 Jahre als Teil des Deutschen Reichs und über 400 Jahre im Besitz des Hauses Habsburg. Die Bindung der Tschechen an das Habsburger Reich ist 1917 noch so stark, daß die tschechischen Abgeordneten des Wiener Reichsrats protestieren, als die englische und die französische Regierung auf Anfrage des US-Präsidenten Wilson die Befreiung der Tschechen und Slowaken von Habsburg als eines ihrer Kriegsziele verkünden. Sie erklären schriftlich:

> *„Angesichts der alliierten Antwort an Präsident Wilson, worin die Befreiung der Tschechen als ein Kriegsziel erwähnt ist, weisen wir diese Zumutung zurück, die auf ganz falschen Annahmen beruht. Wir erklären nach-*

drücklich, daß das tschechische Volk wie stets in der Vergangenheit überzeugt ist, daß ihm eine gedeihliche Entwicklung nur unter dem Zepter Habsburgs und in der habsburgischen Monarchie sicher ist.“[63]

Das, was die Tschechen allerdings seit langem mit Nachdruck für sich fordern, ist ein autonomes Königreich Böhmen mit dem gleichen Status, den auch Ungarn innerhalb des Habsburg-Reiches innehat. Adolf Hitler, im alten Österreich aufgewachsen und von dort geprägt, sieht in den Tschechen deshalb offensichtlich nicht die selbständige Nation, die wir heute in ihr sehen. Die Tschechen selber erhalten sich jedoch trotz dieser Jahrhunderte langen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Integration ins Deutsche Reich die eigene Sprache und ihre nationale Identität, die sie 1919 mit der Gründung der Tschechoslowakei als Staatsprache und Staatsbewußtsein durchsetzen und 1939 natürlich nicht verlieren wollen.

Der tschechische Bevölkerungsanteil Böhmens und Mährens hat sich einerseits bis 1918 zunehmend der deutschen Sprache in Kunst, Wirtschaft und Wissenschaft bedient und politischen Einfluß im Parlament und bei Hof in Wien gewonnen. So ist zum Beispiel von 1916 bis 1917 der tschechische Graf Clam-Martinitz österreichischer Ministerpräsident. Andererseits fühlen sich auch viele Tschechen seit Jahrhunderten vom deutschen Habsburg unterdrückt. Die Erinnerung an den religiösen Kampf des katholischen Herrscherhauses Habsburg gegen die tschechischen Hussiten und Calvinisten im 15. und 17. Jahrhundert lebt im Identitätsempfinden der Tschechen als antideutsche Haltung bis in die Moderne fort. So empfinden sie die Ermordung ihres Reformators Jan Hus 1415 auf dem Konzil von Konstanz bis heute als schnöden Wortbruch und als Verbrechen der Deutschen an den Tschechen. Hus war unter Zusicherung der freien Rückkehr zum Konzil geladen und dort mit Zustimmung des böhmischen Königs und deutschen Kaisers Sigismund als Ketzer verurteilt und auf dem Scheiterhaufen verbrannt worden.
Auch ein zweites religiöses Aufbegehren endet im Desaster. Der protestantische tschechische Adel erhebt sich 1618 gegen die vom deutschen Kaiser Ferdinand II. in Böhmen betriebene Gegenreformation. Der Aufstand endet 1620 mit einer Niederlage der Tschechen in der Schlacht am Weißen Berge nahe Prag. Der Adel verliert danach nicht nur seine Rechte sondern auch die Güter, die nun meist in deutsche Hände übergehen. Wie tief diese Niederlage in das historische Bewußtsein der Tschechen eingegangen ist, zeigt sich 1925, als die Regierung der Tschechoslowakei mit einer Bodenreform den Versuch macht, den Besitzstand der Tschechen von 1620 wiederherzustellen.

Die Slowaken sind geschichtlich einen anderen Weg gegangen. Die Slowakei ist seit 906 zunächst zwischen tschechischen, ungarischen und polnischen Herrschaftsansprüchen hin- und hergerissen, ehe sie im Jahre 1018 zusammen mit der

[63] Ingrim, Seite 95

Karpato-Ukraine Teil des ungarischen Königreiches wird. So stehen Slowaken und Ruthenen – obwohl verschiedene Völker – von 1018 bis 1919 gemeinsam unter der ungarischen Krone. Erst als Ungarn Teil des habsburgischen Weltreichs wird, kommen die Tschechen, Slowaken und Ruthenen unter diesem Dach in politische Berührung. Der Zusammenbruch des habsburgischen Weltreichs am Ende des Ersten Weltkriegs bietet Exiltschechen und Exilslowaken in den USA die Chance, von dort aus bei den Siegermächten in Saint-Germain ein eigenes Land für Tschechen und Slowaken einzufordern. Am 30. Mai 1918 schließen die Vertreter tschechischer und slowakischer Exilorganisationen in Pittsburg, USA, ein Abkommen, in Zukunft gemeinsam einen eigenen Staat zu gründen. Dabei sichern die Tschechen den Slowaken im Vertragstext zu:

> *„Die Slowakei wird ihre eigene Verwaltung, ihr Parlament und ihre Gerichte haben. Die slowakische Sprache wird zum Amtssprache in Schulen, Behörden und im öffentlichen Leben überhaupt.“* [64]

In Hoffnung auf eine Gleichberechtigung im neu geschaffenen Staat der Tschechoslowakei binden sich die Slowaken für die nächsten 20 Jahre an die sprachverwandten Tschechen.

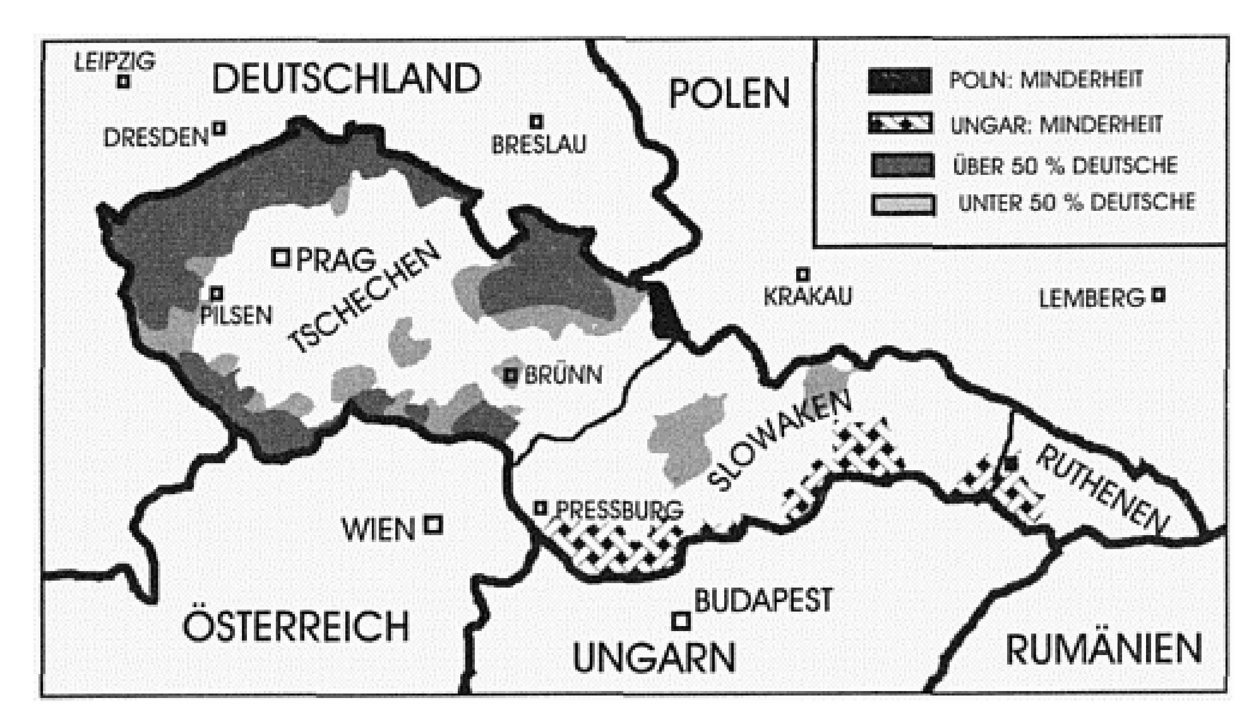
Die Ruthenen, die sich selber Karpato-Ukrainer nennen, landen mit einer ähnlichen Vereinbarung, die Exiltschechen mit Exilruthenen in Cleveland USA abschließen, ebenfalls im Staat der Tschechen und Slowaken. Sie fühlen sich nach ihrem Volkstum als Teil des großen, auf die Sowjetunion, auf Polen und auf die Tschechoslowakei verteilten ukrainischen Volkes. Sie streben nach langer Fremdherrschaft eher in eine neue Gesamtukraine[65] als zu den Tschechen und Slowaken. Ihr nicht verhehlter Wunsch nach einer Großukraine bringt ihnen Argwohn und Gegnerschaft in Warschau und in Moskau ein.

Die Tschechoslowakei als Vielvölkerstaat

1938 zählt die Tschechoslowakei neben 6,7 Millionen Tschechen auch 3,1 Millionen Deutsche, 2 Millionen Slowaken, 734tausend Ungarn, 460tausend Ruthenen (Ukrainer), 180tausend Juden, 75tausend Polen und 240tausend Menschen anderer Herkunft. Die Tschechen stellen damit im eigenen Staat nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung.

Die bunte Völkermischung ist in erster Linie das Ergebnis der Absicht der Weltkriegssiegermächte, das bis dahin mächtige Österreich-Ungarn in viele Staaten aufzuteilen. So werden hier Menschen und Territorien einem neuen Staate zugeschlagen, dessen Bevölkerung und Gebiete nie zuvor in der Geschichte eine Einheit, geschweige denn ein Staat gewesen sind. Der Status dieses neuen Staatsgebildes ist in den Verträgen von Saint-Germain, von Trianon und von Versailles

[64] ODSUN-Dokumente, Seite 483
[65] Die letzte selbständige Ukraine war 1667 zwischen Rußland und Polen aufgeteilt worden



Karte 10: Der Vielvölkerstaat Tschechoslowakei

festgeschrieben[66]. Die Verträge bestimmen, daß jede der genannten Minderheiten ihre innere Autonomie in der neuen Tschechoslowakei erhalten soll. Von Seiten der Exiltschechen wird das auch so zugesagt. Der tschechische Delegierte Eduard Benes teilt den Siegermächten von Versailles diese Absicht als Versprechen in einer Note vom 20. Mai 1919 schriftlich mit:

> *„Die tschechoslowakische Regierung hat die Absicht, ihren Staat so zu organisieren, daß sie als Grundlage der Nationalitätenrechte die Grundsätze annimmt, die in der Verfassung der schweizerischen Republik zur Geltung gebracht werden, d.h., sie will aus der Tschechoslowakischen Republik eine bestimmte Art Schweiz machen."* [67]

Doch nur die Exil-Tschechen, -Slowaken und -Ruthenen haben zu dieser neuen Staatengründung einen Bund geschlossen[68]. Die anderen Volksgruppen landen ungefragt, durch das Diktat der Siegermächte und durch Gewaltanwendung in diesem neuen Staat.

Schon die Verfassung der neuen Tschechoslowakei von 1920 löst die Zusagen für eine Autonomie nicht für alle Minderheiten ein. Nur den Ruthenen wird mit Artikel 3 ein autonomes Gebiet, die Karpato-Ukraine, zugestanden. Die Verfassung sichert ihnen darin ein eigenes Landesparlament mit der Befugnis zu, Gesetze zu Fragen der Sprache, der Erziehung, der Religion und der örtlichen Verwaltung zu

---

[66] Art 27 und 53 bis 58 des Vertrags von Saint-Germain, Art 27 und 48 bis 52 des Vertrags von Trianon und Art 27 und 81 bis 86 des Vertrags von Versailles

[67] Wellems, Seite 127

[68] Tschecho-Slowakische Emigrantenvereinbarung vom 30. Mai 1918 in Pittsburg (USA) und die Tschecho-Ruthenische Vereinbarung von Cleveland (USA)

erlassen. Den Slowaken gegenüber erkennen die Tschechen ihr im Exil gegebenes Versprechen von Pittsburgh nicht mehr an und verweigern ihnen das eigene Landesparlament. Auch die Deutschen, die Ungarn und die Polen werden in dieser Hinsicht nicht bedacht. Sie stehen, wie die Slowaken, lediglich unter dem Schutz von Minderheitenartikeln in der Staatsverfassung:

> *„Artikel 128.2 Unterschiede in Religion, Glaube, Konfession oder Sprache sollen im Rahmen der allgemeinen Gesetze kein Hindernis für irgendeinen Bürger der Tschechoslowakei beim Zugang zum öffentlichen Dienst, zu Ämtern, zum Zugang zu Würden oder bei der Ausübung jeglichen Gewerbes führen.*
> *Artikel 128.3 Das Recht die Muttersprache zu benutzen.*
> *Artikel 131 In den Städten und Distrikten mit einer ansehnlichen Anzahl von Bürgern, die eine andere als die tschechische Sprache sprechen, herrscht Zweisprachigkeit in den Erziehungseinrichtungen.“* [69]

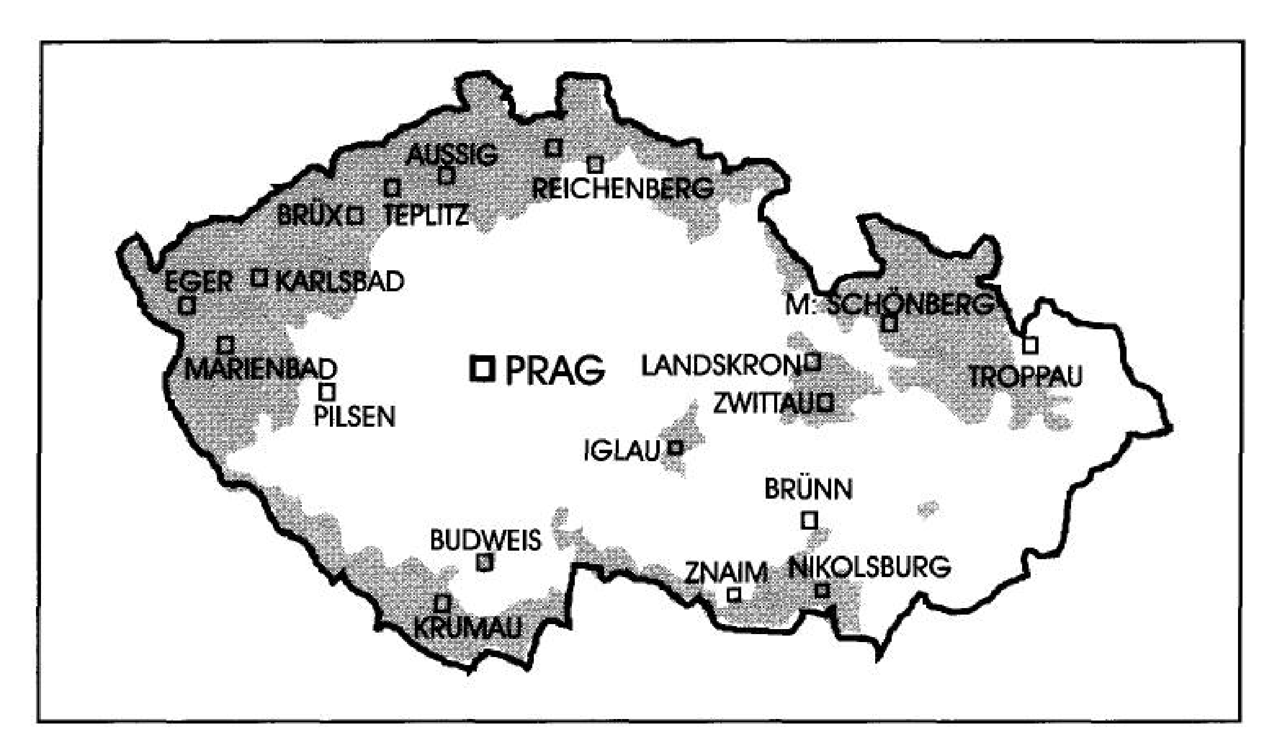
Die Sudetendeutschen

Der Name der Sudetendeutschen leitet sich von ihrer Heimat, den Sudeten ab, wie die Gebirgszüge rund um Böhmen und Mähren bis 1945 heißen. Das Gebiet Böhmens und Mährens wird nach der Völkerwanderung, nach Abzug der germanischen Markomannen, von dem nachrückenden Volk der slawischen Tschechen übernommen. Ab 1204 rufen mehrere Generationen böhmischer Könige deutsche Bauern, Handwerker und Kaufleute zur Aufsiedlung und Entwicklungshilfe in ihr Land, wodurch die Randgebiete Böhmens und Mährens und einige Sprachinseln im Landesinneren deutsch besiedelt werden und es über 700 Jahre bleiben. Die Sudetendeutschen sind dort, wie die Tschechen, während der letzten vier Jahrhunderte Angehörige des Habsburger Reichs. So ist es natürlich, daß sie sich nach der Zerschlagung Österreich-Ungarns zunächst Österreich zugehörig fühlen.

Mit dem Zerfall der Habsburg-Monarchie scheint das Schicksal der Sudetendeutschen für einen Atemzug lang ungewiß. Die Abgeordneten der Wahlkreise in den geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten Böhmens, Nordmährens und Österreichisch-Schlesiens rufen am 29. Oktober 1918 die „Provinz Deutschböhmen“ aus und teilen der Wiener Nationalversammlung mit, daß die Provinz ein Teil Deutsch-Österreichs werden soll[70]. Am 21. November leiten sie der amerikanischen Regierung über schwedische Vermittler eine Note zu, in der sie das von Präsident Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für sich erbitten[71].

---

[69] Verfassung der Republik Tschechoslowakei vom 29. Februar 1920
[70] ODSUN-Dokumente, Seite 494
[71] ODSUN-Dokumente, Seite 502



Karte 11: Die Sudetengebiete

Trotz dieser klaren Voten landen die Sudetendeutschen 1918 durch Gewaltanwendung und 1919 durch den Spruch der Siegermächte im Staat der Tschechen und Slowaken. Zuerst nutzen die Tschechen die Kapitulation des Habsburger und des deutschen Kaiserreichs und besetzen im November 1918 die deutsch besiedelten Gebiete Böhmens, Mährens und Österreichisch Schlesiens bis zu den Kämmen der Gebirge. Bis zum 18. November marschieren tschechische Legionäre in den deutschen Städte Aussig, Karlsbad, Troppau, Komotau und Eger ein, ohne daß die deutschen Bewohner dieser Orte das verhindern können. Am 4. März 1919 kommt es in den genannten Städten zu pro-österreichischen Demonstrationen, mit denen der Anspruch seinen Ausdruck findet, zu Österreich zu gehören. Doch tschechisches Militär schießt in die Demonstrantenmengen. 54 tote und ein paar hundert verletzte Sudetendeutsche kostet dieser Sieg der Tschechen über ihre neue Minderheit. Am 2. Juni 1919 geben die Siegermächte in Saint-Germain ihr Siegel unter diese Annexion der Tschechen. Sie überreichen Österreichs erstem Nachkriegskanzler Dr. Renner die „Friedensbedingungen", mit denen die Sudetenlande der Tschechoslowakei zugeschlagen werden. Dr. Renner läßt nichts unversucht. Am 15. Juni legt er mit einer Note in Saint-Germain Protest ein und beansprucht das von US-Präsident Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für die Sudetendeutschen. Er fordert eine Volksabstimmung zur zukünftigen territorialen Zugehörigkeit der umstrittenen Gebiete. Er beruft sich auch auf den Beschluß der freigewählten Abgeordneten Deutsch-Böhmens, daß ihre Wahlkreise Teil Deutsch-Österreichs werden wollen. Doch die USA und Frankreich entscheiden sich gegen die Stimme Englands auf der Konferenz von Saint-Germain zu Gunsten der Tschechen und zu

Lasten der Sudetendeutschen. Sie antworten Kanzler Renner- wie an früherer Stelle schon erwähnt -, daß das Selbstbestimmungsrecht nicht für die Besiegten gelte und untersagen eine Volksabstimmung in den Gebieten, in denen die Menschen mit deutscher Muttersprache leben. Damit werden über drei Millionen Sudetendeutsche 1919 gegen ihren Willen Bürger der Tschechoslowakei. Die Werte Demokratie und Selbstbestimmungsrecht, um derentwillen England, Frankreich und die USA ihre Männer vor dem Siege hatten kämpfen lassen, haben ihre normative Kraft nach dem Sieg verloren.

Das Siegervotum von Saint-Germain ist vor allem das Ergebnis des Drängens der Exiltschechen bei den Siegermächten. Masaryk – später erster Staatspräsident der Tschechoslowakei – und der schon genannte Beneš – später zweiter Präsident – haben gute Gründe, ihren neuen Staat mit Deutsch-Böhmen sowie den deutsch bewohnten Gebieten in Nord- und Südmähren abzurunden. Der erste Grund liegt vor allem „unter Tage". In den Sudetengebieten gibt es bedeutende Eisen-, Kohle- und Ölvorkommen, Silber-, Blei-, Quecksilber- und Graphitlagerstätten, und darauf begründet eine ansehnliche Chemieindustrie, Eisen- und Glashütten sowie Gießereien. Erst durch die Annexion der deutschen Randgebiete Böhmens steigt die neue Tschechoslowakei vom Agrar- zum Industrieland auf. Vier Fünftel der Industrie des neuen Staates liegen in den Gebieten der Sudetendeutschen. Der zweite Grund liegt in der Topographie des Landes. Erst der Einschluß der deutsch bewohnten Ränder Böhmens bis zum Kamm des Böhmerwaldes und des Erzgebirges gibt dem neuen Land eine Außengrenze, die man im Kriegsfall leicht verteidigen kann[72]. So landen über drei Millionen deutschsprachige Bürger aus dem alten Habsburg durch den Anspruch der Tschechen und den Spruch der Sieger in einem Land, dem sie nicht angehören wollen, und das sie im übrigen auch selbst nicht haben will. Bodenschätze, Industrie und die Arrondierung des Gebiets sind das, was die Tschechen treibt, die Sudetenlande für ihren neuen Staat zu fordern. Es sind nicht die Menschen, die dort wohnen. Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gibt es unter den Tschechen eine Strömung, die die Deutschen in Böhmen als „fremdnational" empfindet und sich von ihnen trennen möchte. Diese abweisende Einstellung gegenüber den Sudetendeutschen wird um so stärker, je größer die Aussicht auf einen eigenen Staat wird. 1919 nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns und vor Beginn der Siegerkonferenz in Saint-Germain wird das in der tschechischen Publizistik so auch offen diskutiert. So veröffentlicht zum Beispiel ein tschechischer Jurist namens Stihule 1919 eine Denkschrift mit dem Titel „Der tschechoslowakische Staat im internationalen Recht", in der er die Stellung der Deutschböhmen in seinem neuen Staat wie folgt beurteilt:

> „*... Der Deutsche als Feind der Menschheit kann das Recht auf Selbstbestimmung nicht nach seinen egoistischen Bedürfnissen wahrnehmen. ... Es*

[72] Bodenschätze, Industrien und der strategische Wert der Grenzregionen werden 1919 von Beneš in seinem Memorandum Nr. 3 in der Konferenz von Saint-Germain u.a. als Begründung für die geforderte Grenzziehung angegeben. Siehe ODSUN-Dokumente, Seiten 551 ff

sind die Slawen, auf deren Kosten sich der Deutsche ausgebreitet hat, und dieses Unrecht muß nach der Meinung der Menschheit wieder gutgemacht werden, d. h. das deutsche Volk muß dieses Territorium seinen rechtmäßigen Eigentümern herausgeben. ... Die in unserem Staat lebenden Deutschen bilden keine historisch-politische Individualität, welche allein der Träger des Rechtes auf Selbstbestimmung sein kann. Es sind dies ursprüngliche Kolonisten ...“ [73]

Des weiteren schreibt Stihule über die Assimilation der Deutschböhmen und über die zukünftige Zerstückelung der deutschen Siedlungsgebiete innerhalb der neuen Grenzen. Er beendet den Gedanken mit dem Satz:

„*Wenn dieser Prozeß nicht schnell genug vonstatten geht, schreiten wir zur Aussiedlung des deutschen Elements, sofern es unsere staatliche Sicherheit bedroht.“*

Zurück zum Beginn der Tschechoslowakei. 1919 besteht die neugebackene Nation der Tschechen und Slowaken zu 48 % aus Tschechen, zu 28 % aus Deutschen, zu 14 % aus Slowaken, zu 7 % aus Ungarn und zu 3 % aus Ruthenen. In den ersten Jahren nach der Gründung entwickelt sich das neue Land zu einem Zentralstaat in der Hand der Tschechen. Staatsapparat, Polizei und Militär sind überwiegend tschechisch und spiegeln den Proporz der Völker in keiner Weise wieder. Wirtschaft, Schulen und Verwaltung in den bis dahin rein und überwiegend deutsch bewohnten Städten und Gemeinden werden gegen den Willen der ansässigen Bevölkerung und auch gegen die Garantien der Verfassung mit Nachdruck tschechisiert. 354 deutsche Volksschulen und 47 Mittelschulen müssen schließen[74], etwa 40.000 deutsche Staatsbeamte werden aus dem Dienst entfernt. Die deutschen Städte werden umgetauft und erhalten tschechische Namen. Aus Eger wird Cheb, aus Aussig Usti und so weiter. Auch die deutschen Straßennamen werden ausgetauscht. Alle deutschen Landerwerbungen seit 1620[75] werden in einer sogenannten Landreform enteignet und an den tschechischen Bevölkerungsanteil „zurückerstattet“[76]. Zur Reform gehört ebenfalls die Aufteilung der großen Güter in Böhmen, Mähren und der Slowakei, wobei das umverteilte Land bis dahin zu 43 % in deutschen Händen lag, zu 42 % im Besitz von Ungarn, und nur 15 % der Enteignung betreffen Tschechen. Die Bestimmungen der Verträge von Saint-Germain und Trianon, die Tschechoslowakei zu einem Bundesstaat mit gleichen Rechten für alle Völker zu entwikkeln, werden niemals umgesetzt. Auch der Geist der tschechoslowakischen Verfassung hat hier keinen Einfluß mehr.

Selbst die Slowaken, deren Einvernehmen erst zur Gründung dieses Staats geführt hatte, bleiben bei der Machtverteilung lange außen vor. Die Spannungen

---

[73] ODSUN-Dokumente Seiten 539 ff

[74] Bernhardt, Seite 31

[75] 1620, im 30jährigen Krieg besiegt die katholische Liga in der Schlacht am Weißen Berge die protestantischen Böhmen.

[76] Benoist-Méchin, Band 6, Seite 50

zwischen Tschechen auf der einen und Slowaken und Ruthenen auf der anderen Seite führen 1939 deshalb auch zur Auflösung der Tschechoslowakei. Doch davon später.

Auch die Tschechen sind nicht glücklich mit den für ihren Staat zu vielen und zu großen Minderheiten. Besonders die „Minorität" der Deutsch-Böhmen bereitet ihnen Schwierigkeiten. Schon 1920 hört und liest man Klagen über die Unwilligkeit der Deutschen, in den Kreisen und Gemeinden, in denen sie noch immer eine Mehrheit bilden, das Tschechisch in Ämtern und Schulen zu benutzen und tschechische Bürgermeister und Beamte zu akzeptieren. Man wirft den Deutsch-Böhmen vor, ihrem neuen Staate gegenüber illoyal zu sein und den Anschluß an Österreich oder Deutschland zu betreiben.

In den 20er und 30er Jahren nimmt der Verdruß der Sudetendeutschen an der Vorherrschaft und an der Selbstbedienung der Tschechen im neuen Staate stetig zu. Die deutsche Volksgruppe artikuliert sich zunächst zersplittert in mehreren Parteien. Sie bleibt damit politisch lange ohne jeden Einfluß. Erst 1933 gelingt es einem 35jährigen Sudetendeutschen namens Henlein, die deutschsprachigen Bürger der Tschechoslowakei in einer Bewegung zu sammeln, die er die „Sudetendeutsche Heimatfront" nennt. Henlein erkennt die Tschechoslowakei als den Staat der Sudetendeutschen an, doch er versucht, die Kultur, das Heimatrecht, die wirtschaftliche Stellung und die Arbeitsplätze der deutschen Bevölkerung in ihrem neuen Staate zu erhalten und, wo nötig, durchzusetzen[77]. Aus der Sudetendeutschen Heimatfront bildet sich alsbald die „Sudetendeutsche Partei" (SdP), die schon bei den Mai-Wahlen 1935 stimmenstärkste Partei im Lande wird. Den Aufschwung der SdP zaubert sich die Prager Regierung gegen ihren Willen selbst. Sie löst zwei der deutschen Parteien auf und treibt der neuen deren Wähler zu[78]. Im Juli 1936 wird die SdP mit 44 Sitzen auch noch zur stärksten Fraktion in der Prager Nationalversammlung. Ihr folgt die vorwiegend slowakische Agrarpartei, die fortan mit Milan Hodscha den Ministerpräsidenten stellt. Beide, die Sudetendeutschen und die Slowaken drängen auf die in Saint-Germain versprochene innere Autonomie der Nationen im Vielvölkerstaate Tschechoslowakei.

Im Februar 1937 versucht Henlein, ein „Volksschutzgesetz" in die Prager Nationalversammlung einzubringen. Der Gesetzentwurf fordert die Umgestaltung der Verfassung und die Autonomie der vielen Völker dieses Staates. Der Vorschlag birgt Sprengkraft für die Tschechoslowakei, denn neben den Sudetendeutschen gibt es im Lande auch die Ungarn, Ruthenen und Slowaken, denen die Zentralisierungspolitik und die Tschechisierung in ihrem Land ein Dorn im Auge ist. Im September 1937 findet ein ergebnisloses Gespräch Henleins mit Ministerpräsident Hodscha zur Frage der deutschen Selbstverwaltung statt. Weitere Gespräche

---

[77] Benoist-Méchin, Band 6, Seite 59

[78] Die 1935 von der tschechoslowakischen Regierung aufgelösten Parteien sind die Deutschnationale Partei und die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei

zu dieser Frage lehnt Hodscha danach ab. Im Oktober kommt es im Wahlkampf zu Gemeindewahlen zur offenen Konfrontation zwischen Tschechen und Sudetendeutschen. Henlein, der zu der Zeit noch immer um die Zukunft der Deutschen innerhalb der Tschechoslowakei kämpft, schickt Staatspräsident Beneš nun ein förmliches Ultimatum mit der Aufforderung, die innere Autonomie der Sudetenlande zu erklären. Beneš würdigt Henleins Ultimatum nicht einmal einer Antwort.
Henleins Brief an Beneš gelangt sofort und ohne Henleins Wissen in die Hände der Presse im deutschen Reichsgebiet und wird dort veröffentlicht, ehe er Beneš vorgelegen hat. So entsteht der falsche Eindruck, Henlein arbeite mit dem Deutschen Reich zusammen. Der Führer der Sudetendeutschen kann sich danach von diesem Verdacht auch nicht mehr befreien. Da er bei Hodscha und Beneš kein Gehör gefunden hat und offensichtlich auch nicht finden wird, und da er nun ohnehin als Kollaborateur der Deutschen gilt, richtet Henlein am 19. November 1937 ein schriftliches Ersuchen an Hitler, die deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei zu unterstützen[79]. Das ist sein erster Hilferuf nach außen, der letzte Schritt vor der offiziellen Bitte, die Sudetengebiete dem Deutschen Reiche anzugliedern.

Die deutsche Einmischung in die tschechische Sudetenkrise

Im Februar 1938 bieten Hodscha und Beneš den Sudetendeutschen Zugeständnisse bei der Pflege und Anerkennung der deutschen Sprache und Kultur an, doch sie verbinden dieses Angebot mit einer scharfen Zurückweisung aller Forderungen nach Autonomie der Nationen innerhalb der Tschechoslowakei. Die Anerkennung der deutschen Sprache und Kultur ist jedoch nur das, was den Sudetendeutschen nach der tschechoslowakischen Verfassung ohnehin schon zugestanden hätte. Die sudetendeutsche Bevölkerung ist nun mit kulturellen Zugeständnissen allein nicht mehr zu gewinnen. Arbeitslosigkeit und materielle Not der in ihren eigenen Gebieten vom tschechischen Staat wirtschaftlich benachteiligten Deutschen verschärfen den Konflikt. Es kommt in Eger (heute Cheb), Reichenberg (heute Liberec), Aussig (heute Usti) und Komotau (heute Chomutov) zu spontanen Demonstrationen der Sudetendeutschen. Die Tschechen reagieren hart mit Polizeieinsätzen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Gerichtsverfahren. Die Vielvölker-Krise der Tschechoslowakei ist damit unversehens von einer politischen Auseinandersetzung zum offenen Gewaltkonflikt geworden.

Am 20. Februar 1938 äußert sich Hitler zum ersten Male öffentlich zum Los der Deutschen in der Tschechoslowakei. Er bezieht in einer Reichstagsrede[80] Stellung zur Lage der Deutschen in Österreich und in der Tschechoslowakei und führt dabei unter anderem aus:

---

[79] ADAP, Serie D, Band II, Dokument 23
[80] Hierbei handelt es sich um die erste – wenn auch nur innerhalb Berlins -jemals vom Fernsehen übertragene Rede

„Allein zwei der an unseren Grenzen liegendenden Staaten umschließen eine Masse von 10 Millionen Deutschen. Sie waren bis 1866 mit dem deutschen Gesamtvolk noch in einem staatsrechtlichen Bund vereinigt. ... Sie sind gegen ihren eigenen Willen durch Friedensverträge an einer Vereinigung mit dem Reiche verhindert worden ... die staatsrechtliche Trennung vom Reich kann nicht zu einer volkspolitischen Rechtlosmachung führen. Das heißt, die allgemeinen Rechte einer völkischen Selbstbestimmung, die übrigens in den 14 Punkten Wilsons als Voraussetzung zum Waffenstillstandfeierlich uns zugesichert worden sind, können nicht einfach mißachtet werden deshalb, weil es sich hier um Deutsche handelt. ...
Allein so wie England seine Interessen über einen ganzen Erdkreis hin vertritt, so wird auch das heutige Deutschland seine – wenn auch viel begrenzteren ~ Interessen zu vertreten und zu wahren wissen. Und zu diesen Interessen des Deutschen Reiches gehört auch der Schutz jener deutschen Volksgenossen, die aus eigenem nicht in der Lage sind, sich ... das Recht zu einer allgemeinen menschlichen, politischen und weltanschaulichen Freiheit zu sichern. ...“ [81]

Bei den erwähnten 10 Millionen Auslandsdeutschen weiß jedermann im Inland und im Ausland, daß Hitler außer den 6 Millionen Deutsch-Österreichern auch die über 3 Millionen Sudetendeutschen meint.

Trotz des Seitenhiebs auf England trifft der deutsche Kanzler mit seinem Eintreten für die Deutschen in der Tschechoslowakei durchaus auch auf Verständnis bei einem Teil der britischen Öffentlichkeit. So kommentiert der englische Medienzar Rothermere am 6. Mai 1938 in der DAILY MAIL:

„Die Deutschen sind ein sehr geduldiges Volk. Ich kann mir auch nicht einen Augenblick lang vorstellen, daß Großbritannien zwanzig Jahre lang ruhig zugesehen hätte, wie drei und eine halbe Million Briten unter der Knute eines durch und durch verabscheuten Volkes lebten, das eine fremde Sprache spricht und eine völlig verschiedene nationale Weltanschauung hat. Soweit ich meine Landsleute kenne, wären sie nach wenigen Jahren gegen eine solche Vergewaltigung eingeschritten.“

Hitler verlangt mit seiner Februar-Rede vor dem Reichstag noch keinen Anschluß. Er gießt kein Öl ins Feuer. Er fordert nur das Selbstbestimmungsrecht der Auslandsdeutschen und bezieht sich dabei sehr geschickt auf US-Präsident Wilsons früheres Versprechen.

Daß Hitler sich vor Außenminister von Neurath und den höchsten Generalen und Admiralen der Wehrmacht schon ein Vierteljahr zuvor, am 5. November 1937, zu einem späteren Krieg gegen die Tschechoslowakei geäußert hat, ist der Öffentlichkeit bis dato nicht bekannt[82]. In dieser Geheimrede im vergangenen Novem-

[81] Domarus, Band 1, Seiten 801 f
[82] Die von Oberst Hoßbach protokollierte Hitler-Rede, siehe Domarus Band 1, Seiten 748ff

ber hatte Hitler den Generalen offenbart, daß er die Tschechei im Falle späterer kriegerischer Auseinandersetzungen mit England oder Frankreich für eine Gefahr in Deutschlands Rücken hält, und daß er plant, sie bei passender Gelegenheit zu annektieren. Vorbereitungen für eine solche Tschechei-Eroberung werden am 5. November 1937 allerdings noch nicht erwähnt, geschweige denn befohlen. Von dieser geheimen Hitler-Rede hat und wird Henlein auch später nichts erfahren. Er weiß seit jener öffentlichen Reichstagsrede Hitlers vom 20. Februar 1938 nur, daß er in Zukunft mit der Unterstützung der deutschen Reichsregierung rechnen kann.

Am 12. März 1938 wird Österreich an Deutschland angeschlossen. Doch selbst nach dem Anschluß Österreichs, dem sich die Sudetendeutschen noch immer zugehörig fühlen, fordern sie zunächst öffentlich nicht mehr als ihre Selbstverwaltung innerhalb der Tschechoslowakei. Mehr zu fordern, wäre Hochverrat gewesen. Der Anschluß Österreichs an Deutschland bringt dennoch das Thema „Tschechoslowakei" in London, Paris und Moskau auf die Tagesordnung. Hier argwöhnt man – zu Recht -, daß Hitler der Sudetendeutschen wegen und um sich der Tschechen im eigenen Rücken zu entledigen, als nächstes die Tschechoslowakei erobern könnte. Vom Anschluß Österreichs an wird Deutschland deshalb unterstellt, es wolle der Tschechoslowakei zu Leibe rücken. So laufen von nun an Gespräche zwischen Prag, London, Moskau und Paris, wie man sich dem im Falle, daß es so kommen sollte, entgegenstellen kann.

Zwei Wochen nach dem Anschluß Österreichs kommt es am 28. März 1938 zum ersten offiziellen Treffen des Führers der Sudetendeutschen Henlein mit dem „Führer" Adolf Hitler. Eine Angliederung der Sudetengebiete an das Deutsche Reich wird auch hier noch nicht besprochen[83]. Doch Hitler weiß inzwischen, daß die Sudetendeutschen an die soeben zum „Großdeutschen Reich" vereinigten Deutschland und Österreich angeschlossen werden wollen. Er ist sich jedoch nicht sicher, wie Frankreich, die Sowjetunion und England auf eine solche Angliederung reagieren würden. So wagt er es noch nicht, von sich aus diesen Anschluß öffentlich zu fordern oder ihn gar zu vollziehen. Hitler und von Ribbentrop raten Henlein aber, maximale Forderungen an die Regierung der Tschechoslowakei zu stellen, deren Ziel „die volle Freiheit der Sudetendeutschen" sei. Ansonsten vertröstet Hitler Henlein:

> *„Das Reich wird von sich aus nicht eingreifen. Für die Ereignisse sei er, Henlein, zunächst selbst verantwortlich."* [84]

Hitler spielt seit der erwähnten Generalsbesprechung im November 37 insgeheim ein Doppelspiel. Während er sich gegenüber Henlein weiterhin bedeckt hält, ändert er im Dezember 1937 die Weisungslage innerhalb der Wehrmacht. Er ordnet erstmals an, Pläne für eine spätere Eroberung der Tschechoslowakei „und damit

[83] ADAP, Serie D, Band II, Dokument 107
[84] ADAP, Serie D, Band II, Dokument 107

die Lösung des deutschen Raumproblems“ zu erarbeiten[85]. Bislang ist ein Krieg mit der Tschechoslowakei von der Wehrmacht nur im Zusammenhang mit möglichen Kriegsabsichten der Franzosen betrachtet und vorbereitet worden. Die Tschechoslowakei ist in einem solchen Szenario bisher stets der zweite Feind in einem von deutscher Seite befürchteten Zweifrontenkrieg gewesen. Mit Hitlers neuer Weisung vom 21. Dezember 1937[86] wird die Tschechoslowakei zum eigenen Kriegs- und Eroberungsziel. Jetzt geht es auch nicht mehr alleine um die „Heimkehr“ der Sudetendeutschen. Nun steht die Tschechoslowakei als Erweiterung des deutschen Lebensraums und als militärisch dauerhaftes Risiko für Deutschlands Sicherheit auf Hitlers Tagesordnung. Die neue Weisung läßt den Zeitpunkt für einen deutschen Angriff offen. Ein Passus dazu lautet:

> *„Entwickelt sich die politische Lage nicht oder nur langsam zu unseren Gunsten, so wird damit auch die Auslösung des Falles „ Grün “ von unserer Seite her noch um Jahre hinausgeschoben werden müssen.“* [87]

Grün ist fortan der Tarnname der Wehrmacht für die Tschechoslowakei. Hitler läßt intern die Eroberung der Tschechoslowakei vorbereiten und verlangt nach außen und öffentlich nicht mehr, als daß die Staatsführung in Prag „die Sudetendeutschen anständig behandelt“. Am 21. April 1938 gibt Hitler Generaloberst Keitel, dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, den Auftrag, sich mit der Tschechoslowakei zu befassen. Er soll – so Hitler – die Möglichkeit eines Angriffs der Wehrmacht gegen die Tschechoslowakei untersuchen lassen[88]. Das Protokoll des Gesprächs trägt die Überschrift

> *„Grundlagen zur Studie , Grün'“.*

Hitler läßt auch bei diesem ersten Gespräch den Zeitpunkt für ein solches Unternehmen völlig offen. Er sagt zu Keitel, „daß er einstweilen nicht die Absicht zu einem Angriff habe“, und daß er gedenke, einen tschechischen Zwischenfall als Anlaß für sein Handeln abzuwarten[89]. Das Protokoll zu dieser Besprechung zwischen Hitler und Keitel beginnt mit dem Satz:

> *„Strategischer Überfall aus heiterem Himmel ohne jeden Anlaß oder Rechtfertigungsmöglichkeit wird abgelehnt.“* [90]

Als Begründung für die nun geforderten Vorbereitungen auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei nennt Hitler gegenüber Keitel zwei verschiedene Gründe. Der erstgenannte ist die Sorge um das weitere Schicksal der Sudetendeutschen. Der zweitgenannte betrifft die strategische Bedeutung der Tschechoslowakei für Deutschland. Hitler spricht dabei von der

> *„für uns unhaltbaren Lage, wenn einmal die große Auseinandersetzung im Osten ... vor allem mit dem Bolschewismus kommen werde. Es sei seine*

---

[85] IMT, Band XXXIV, Dokument 175-C

[86] ADAP, Serie D, Band VII, Seite 547 (Anlage 1 zur entsprechenden Weisung vom 7. Dezember 1937)

[87] ADAP, Serie D, Band VII, Seite 547 (Anlage 1 zur entsprechenden Weisung vom 7. Dezember 1937)

[88] Domarus, Band 1, Seiten 851 f und Keitel, Seite 222

[89] IMT, Band X, Seite 569

[90] ADAP, Serie D, Band II, Dokument 133

heiligste Überzeugung, daß dem Reich von hier die größte Gefahr drohe. Die Tschechoslowakei werden dann das Sprungbrett für die Rote Armee und Landeplatz für deren Luftwaffe sein.“[91]

Hiermit gibt Hitler ein weiteres Mal nach seiner bereits erwähnten, von Oberst Hoßbach protokollierten Rede zu verstehen, daß er die Tschechei nicht nur wegen der Sudetendeutschen für ein Problem für Deutschland hält. Er sieht das Nachbarland im Osten vor allem als Bundesgenossen der Staaten, die ideologisch oder machtpolitisch auf Gegenkurs zu Deutschland stehen. Und er sieht in der Tschechei „neuen Lebensraum im Osten“.

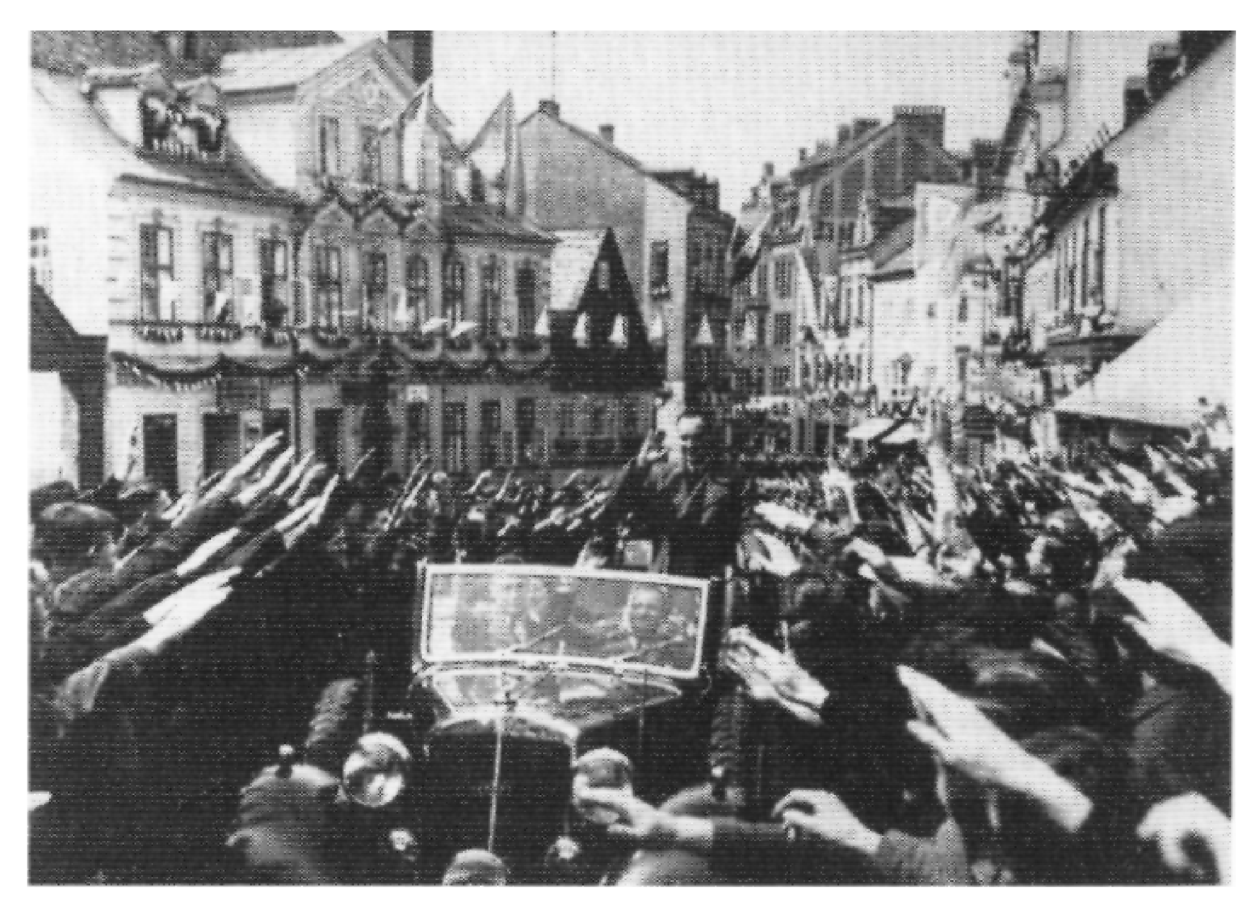


Abb. 4: Konrad Henlein auf dem Weg zu einer Kundgebung der Sudetendeutschen Partei am 6. Mai 1938 in Asch

Henlein ahnt von alledem noch nichts. Er kämpft nach wie vor um die volle Autonomie der Sudetendeutschen innerhalb der Tschechoslowakei.

Henlein nutzt den nächsten Parteitag der SdP in Karlsbad, um einen acht Punkte umfassenden Forderungskatalog an die Prager Regierung zu verkünden. In diesem „Karlsbader Programm“ vom 24. April 1938, von dem Henlein gleich sagt, es seien Mindestforderungen, verlangt er

[91] Keitel, Seite 222

1. die volle Gleichberechtigung der deutschen Volksgruppe mit dem tschechischen Volk,
2. die Anerkennung der deutschen Volksgruppe als Rechtsperson,
3. die Feststellung und Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes,
4. den Aufbau einer deutschen Selbstverwaltung im deutschen Siedlungsgebiet, soweit es sich um die Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe handelt,
5. gesetzliche Schutzbestimmungen für die Sudetendeutschen, die außerhalb der geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete wohnen,
6. Wiedergutmachung der Schäden, die der deutschen Volksgruppe seit 1918 durch Unrecht zugefügt worden sind,
7. deutsche öffentliche Angestellte in den deutschen Gebieten und
8. die volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung.[92]

Henlein verlangt damit noch keinen Anschluß der Sudetenlande an das deutsche Reichsgebiet. Was er fordert, bleibt im Rahmen der 14 Wilson-Punkte, im Rahmen des Selbstbestimmungsrechts der Völker und im Rahmen des tschechisch-slowakischen „Pittsburgh-Abkommens“ von 1918, in dem den Völkern innerhalb der Tschechoslowakei Autonomie nach dem Schweizer Kanton-Modell zugesichert worden ist. Doch im Hintergrund und ohne Henleins Wissen wartet Adolf Hitler darauf, daß sich ihm die Tschechen irgendwann durch eigene Fehler selbst ans Messer liefern.

Die tschechoslowakische Eskalation

Das Karlsbader Programm hat eine ungeheure Wirkung. Kaum, daß es bekannt geworden ist, verlangen die Vertreter der Slowaken, der Polen und der Ungarn im Prager Parlament die gleiche Autonomie für sich. In den folgenden zwei Wochen bedrängen die Regierungen in London und Paris die Regierung der Tschechoslowakei wiederholte Male, mit den Sudetendeutschen zu verhandeln und eine schnelle und friedliche Lösung der Nationalitätenprobleme zu finden. Ministerpräsident Hodscha lenkt ein und legt der englischen Regierung den Entwurf einer Bundesverfassung vor, um damit zu retten, was zu retten ist. Doch Henlein traut der tschechoslowakischen Regierung kein ehrliches Bemühen zu und lehnt Gespräche über Hodschas Verfassungsentwurf ab. Statt dessen reist er nach London, um dort ein Bild von der Lage der Sudetendeutschen unter der Herrschaft der Tschechen zu vermitteln.

Dieses Bild sieht zu der Zeit wahrlich düster aus. Vom 1. bis 31. Mai 1938 werden in der Tschechoslowakei bei Übergriffen 3 Sudetendeutsche getötet und 130 verletzt, viele davon schwer. Des weiteren sind 40 Überfälle mit Mißhandlungen von sudetendeutschen Bürger bekannt geworden.[93]

[92] ODSUN-Dokumente, Seite 719
[93] Bernhardt, Seite 210

Am 20. Mai 1938 stellt Hitler weitere Überlegungen zu einer militärischen Operation gegen die Tschechoslowakei an. Er entwirft eine neue Weisung für den „Fall Grün". Noch sind seine „Konditionen" so, daß er es den Tschechen überläßt, sich ihr Grab selbst auszuheben. Die Weisung beginnt mit der Erklärung:

> *„Es liegt nicht in meiner Absicht, die Tschechoslowakei ohne Herausforderung schon in nächster Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen, es sei denn, daß eine unabwendbare Entwicklung der politischen Verhältnisse innerhalb der Tschechoslowakei dazu zwingt."* [94]

Hitler kann an diesem Tag nicht wissen, daß Dr. Beneš zu genau der gleichen Zeit bereits dabei ist, ihm einen Anlaß für den nächsten deutschen Schritt zu liefern.

Präsident Beneš macht am 20. Mai die Armee der Tschechoslowakei mobil, beruft 180.000 Reservisten zu den Waffen und behauptet zur Begründung, Deutschland habe seinerseits zuvor mobilgemacht. Das tschechische Kriegsministerium ergänzt, die deutsche Wehrmacht sei bereits mit 8 bis 10 Division auf dem Marsch zur Tschechoslowakei[95]. Doch beide Nachrichten sind falsch[96]. Beneš hat versucht, die Briten, Russen und Franzosen durch diesen Schachzug für sich und gegen die Sudetendeutschen einzunehmen.

Am Tag darauf berichten die Zeitungen in Europa und den USA, das „klare Nein" der Tschechen habe Hitler gezwungen, von der Eroberung der Tschechoslowakei abzulassen. Hitler habe „klein beigegeben" und seine Erklärungen zur Sudetenfrage seinen „nichts als Wind"[97]. Der britische Botschafter in Berlin Henderson kommentiert diesen Vorgang zwei Jahre später in seinen Erinnerungen so:

> *„Es war vor allem das Jubilieren der Presse, das Hitler die Entschuldigung für seinen schlechtesten Einfall dieses Jahres gab, und das ihn endgültig über die Grenze zwischen friedlichen Verhandlungen zur Anwendung von Gewalt trieb ... Die Deutschen hatten nie mobilgemacht noch ... hatten sie zu der Zeit in Wirklichkeit die geringste Absicht, einen Handstreich gegen die Tschechoslowakei zu unternehmen. ... Wir hatten voreilig „Der Wolf kommt, der Wolf kommt!" gerufen. ... Die Pressekampagne gegen Deutschland hatte zwei verhängnisvolle Folgen. Sie diente Hitler als Entschuldigung für eine gewaltsame Lösung, sie ermunterte die Tschechen fataler Weise, sich in ihrer Situation sicher zu fühlen, und sie bestärkte Beneš in seinem Widerstreben, die Sudetendeutschen zufriedenzustellen."*[95]

[94] Domarus, Band 1, Seite 863
[95] Henderson, Seite 135
[96] Die Botschafter Englands und Frankreichs in Berlin lassen die Nachricht von der angeblichen deutschen Mobilmachung von ihren Militärattaches vor Ort überprüfen. Die Nachricht der Tschechen erweist sich als falsch. Siehe Henderson, Seite 135 und Rassinier Seite 177
[97] Benoist-Méchin, Band 6, Seite 103
[95] Henderson, Seite 140f

Hitler, der bisher nichts gegen die Tschechoslowakei unternommen hatte, merkt sehr wohl, daß Beneš mit dem Kriegsgerücht Frankreich und England auf seine Seite ziehen und Deutschland in Schwierigkeiten bringen will. Er ist empört und handelt ohne langes Zögern. Am 28. Mai, eine Woche nach der Mobilmachung der Truppen in der Tschechoslowakei, ruft er die Chefs der drei Wehrmachtsteile und andere höchste Offiziere sowie den Außenminister und dessen Amtsvorgänger in die Reichskanzlei. Hitler eröffnet den Herren, daß er sich angesichts der Drohgebärde der Tschechen nun dazu entschlossen habe, die Tschechei bei passender Gelegenheit „blitzschnell zu beseitigen.“[99] Während dieser Generalsbesprechung am 28. Mai erwähnt Hitler kein einziges Mal das Schicksal der Sudetendeutschen. Es geht ihm an diesem Tage und in diesem Kreis um eine andere Frage. Es geht ihm hier allein um die Bewertung der strategischen Bedeutung, die die Tschechoslowakei bei zukünftigen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben wird. Hitler spricht von dem Widerstand, den Briten und Franzosen dem weiteren Erstarken Deutschlands entgegensetzen werden, vor allem, wenn es einmal darum gehen wird, die von den beiden Mächten annektierten deutschen Kolonien zu verlangen oder Ersatz dafür in Osteuropa. Hitler sieht eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Deutschland auf der einen Seite und Frankreich und Großbritannien auf der anderen für diesen Fall als sehr wahrscheinlich an. Und die Tschechoslowakei steht dabei mit etwa 45 Divisionen auf der Seite der Gegner Deutschlands und zwar in Deutschlands Rücken. Den gleichen Gedanken hatte Hitler schon einmal in der bereits zitierten Rede am 5. November 1937 vor den Generalen ausgeführt. Nun ist die Tschechoslowakei, nachdem sie am 20. Mai mobilgemacht hat und Deutschland ohne deutschen Anlaß ihre Zähne zeigt, nach Hitlers Ansicht reif, um als Risiko aus Deutschlands Rücken zu verschwinden. Der Inhalt dieser Generalsbesprechung im Mai 1938 macht verständlich, warum Hitler ein halbes Jahr danach noch immer nicht zufrieden ist, als ihm auf der Konferenz von München die Sudetenlande zugesprochen werden. Die Sudetengebiete sind für Hitler nur ein Teil des tschechischen Problems. Es geht ihm im Sommer 1938 in Wirklichkeit um die Gefahr an Deutschlands Hintertür. Es geht um die Tschechei.

Am 30. Mai 1938 befiehlt Hitler Keitel, die Wehrmacht in aller Stille auf einen Angriff auf die Tschechoslowakei vorzubereiten und zwar so, daß ein Feldzug dazu ab 1. Oktober 1938 begonnen werden könnte. Zusätzlich ordnet er an, den Bau des Westwalls, einer weiträumigen Verteidigungsanlage gegen Frankreich, zu beschleunigen. Er befürchtet, daß die Franzosen einer deutsch-tschechischen Auseinandersetzung nicht zusehen würden, ohne selbst in Deutschland einzufallen.

Noch im Mai 1938 erfahrt die britische Regierung von den deutschen Vorbereitungen auf eine Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei. Das mag der Grund sein, daß sie am 3. August eine Kommission unter Sonderbotschafter Run-

[99] BA-MA, N 28/3, Seite 25

ciman nach Prag entsendet, um dort den Stand der sudetisch-tschechischen Differenzen zu ermitteln und, wenn nötig, zu vermitteln. Runcimans Verhandlungen bewegen „außer oberflächlichen Freundlichkeiten auf beiden Seiten“ nichts im Sinne der Sudetendeutschen[100]. Lord Runciman erfährt sehr schnell, daß ein Ausgleich zwischen Tschechen und Sudetendeutschen nicht mehr möglich ist. Bis Ende August ist es vor allem Präsident Beneš, der mauert und den deutschen Bürgern seines Staates nicht entgegenkommen will. Als Beneš dann doch noch einlenkt, sind es die Vertreter der Sudetendeutschen, die inzwischen den Anschluß an Deutschland wollen und kein Interesse mehr an den Zugeständnissen der Tschechen zeigen. Das ist für Runciman der Zeitpunkt, seine Reise abzubrechen. Er sieht, daß es keine Hoffnung mehr auf eine Verständigung zwischen Tschechen und Sudetendeutschen gibt. Runcimans Bericht vom 21. September 1938 fällt vernichtend für die Tschechen aus. Er gibt Henlein zwar die Alleinschuld für den letzten Abbruch der Gespräche. Doch er schreibt auch:

> *„... Mein Eindruck ist, daß die tschechische Verwaltung im Sudetengebiet, wenn sie auch in den letzten 20 Jahren nicht aktiv unterdrückend und gewiß nicht „ terroristisch “ war, dennoch einen solchen Mangel an Takt und Verständnis und so viel kleinliche Intoleranz und Diskriminierung an den Tag legte, daß sich die Unzufriedenheit der deutschen Bevölkerung unvermeidlich zu einem Aufstand fortentwickeln mußte. ... Die Sudetendeutschen merkten auch, daß Ihnen in der Vergangenheit viele Versprechen durch die tschechoslowakische Regierung gemacht worden sind, aber daß nur wenig oder gar nichts auf diese Versprechungen gefolgt ist.“* [101]

Er führt fort, man habe tschechische Beamte und Polizisten ohne Deutschkenntnisse in rein deutschen Bezirken eingesetzt, Tschechen in deutschen Gebieten angesiedelt, tschechische Firmen bei der Vergabe von Staatsaufträgen bevorzugt, soziale Hilfen auf die Tschechen konzentriert und so weiter und so fort.

> *„Sogar, “ so beklagt Runciman, „jetzt noch, zur Zeit meiner Mission, habe ich bei der tschechischen Regierung keinerlei Bereitwilligkeit gefunden, diesem Sachverhalt in erschöpfendem Maße abzuhelfen.“*

Runciman schließt mit der Empfehlung, die Grenzbezirke mit überwiegend deutscher Bevölkerung unverzüglich von der Tschechoslowakei zu trennen und an Deutschland anzugliedern. Für weitere Gebiete, in denen die Sudeten nicht die große Mehrheit bilden, schlägt er Volksabstimmungen vor und einen autonomen Status innerhalb der verbleibenden Tschechoslowakei.[102]

Neben der Sudetenfrage erschüttern die Differenzen zwischen Tschechen und Slowaken die nach beiden Völkern benannte Tschechoslowakei. Die Slowaken erinnern an den Vertrag von Pittsburgh aus dem Jahre 1918, in dem Vertreter beider Völker einen gemeinsamen Staat mit gleichberechtigten Nationen vereinbart

---

[100] Henderson, Seite 143
[101] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume II, Appendix II, Document IV
[102] Ebda. Und François-Poncet, Seite 370

hatten. Die Tschechen haben diesen „Ehevertrag“ mit den Slowaken niemals eingehalten, und nun folgt die späte Quittung. Am 5. Juni 1938 treffen sich Vertreter der Slowaken zu einem Kongreß in Preßburg und verlangen die Gleichberechtigung mit den Tschechen und Autonomie für die Slowaken. Ministerpräsident Hodscha, selbst Slowake, fürchtet die Konsequenzen dieser Forderung und spricht den Delegierten von Preßburg das Mandat für die Slowaken ab. So zerbricht auch ohne deutsches Zutun die letzte Brücke, über die die zwei Titularnationen, die Tschechen und Slowaken, zueinander hätten finden können.

Noch während Lord Runciman in Prag versucht, zwischen Tschechen und Sudetendeutschen zu vermitteln, findet vom 5. bis zum 12. September 1938 in Nürnberg ein NSDAP-Parteitag statt. Hitlers Grundsatzrede zum Abschluß der Veranstaltung ist zwar harsch im Ton, doch Hitler verlangt dabei noch immer nur das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Bevölkerungsgruppe innerhalb der Tschechoslowakei. Er fordert keinen Anschluß an das Reich, er drängt auf keine Volksabstimmung, er stellt kein Ultimatum. Die Kernsätze dieser Rede zum Problem des Nachbarlandes lauten:

> *„... Was die Deutschen fordern, ist das Selbstbestimmungsrecht, das jedes andere Volk auch besitzt. ... Ich stelle die Forderung, daß die Unterdrückung der dreieinhalb Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei aufhört und an deren Stelle das freie Recht der Selbstbestimmung tritt. ... Im übrigen ist es Sache der tschechoslowakischen Regierung, sich mit den berufenen Vertretern der Sudetendeutschen auseinanderzusetzen und eine Verständigung so oder so herbeizuführen.“* [103]

Doch läßt es Hitler auch nicht an einer Warnung fehlen. Er sagt an späterer Stelle:

> *„Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind weder wehrlos noch sind sie verlassen. Das möge man zur Kenntnis nehmen.“*

Für das Ausland läßt auch diese Rede den Weg des Friedens offen, und selbst im Inland kann daraus noch niemand schließen, daß Hitlers Ziel in Wirklichkeit eine Unterwerfung der Tschechei in naher Zukunft ist. Immerhin hatte Hitler dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, General Keitel, und dem Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, schon eine Woche vorher am 3. September befohlen, Wehrmachtstruppenteile bis zum 28. September so nahe an die Tschechoslowakei heranzuführen, daß sie gegebenenfalls nach zwei weiteren Tagesmärschen dort einmarschieren könnten.

Hitler beobachtet seit Monaten die Zuspitzung der Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken, zwischen Tschechen und Sudetendeutschen und die Unzufriedenheit der Ungarn, Polen und Ukrainer in der Tschechoslowakei. Er ist sich offensichtlich sicher, daß ihm die Tschechen demnächst selber den Grund zum Einmarsch liefern. Er hält sich deshalb in seinen öffentlichen Reden mit Anschlußforderungen selbst zurück.

---

[103] Domarus, Band 1, Seite 904

In der Tschechoslowakei brodelt es indessen weiter. An 15. September verlangt der Sudetenführer Henlein in einer vom Rundfunk übertragenen Rede offen den Anschluß an das Deutsche Reich. Die tschechische Regierung versucht daraufhin, ihn in Haft zu nehmen. Henlein flieht nach Deutschland und mit ihm ein paar Tausend junge sudetendeutsche Männer im wehrpflichtigen Alter.

Englands und Frankreichs Einmischung

In Frankreich und England ist man sich indessen der Gefahr bewußt, daß Hitler und die Wehrmacht tun könnten, was Henlein und die Sudetendeutschen fordern. Die französische Regierung, die aus vorhergehenden Sondierungen in London weiß, daß die Briten nicht bereit sind, für den Chauvinismus der Tschechen zu marschieren, fühlt sich außerstande, alleine für die Tschechoslowakei zu kämpfen. Obwohl die französische Regierung die Gründe für den drohenden Zerfall der Tschechoslowakei kennt, will sie diesen Staat als Verbündeten in Deutschlands Rücken unbedingt am Leben halten. So versichert der französische Ministerpräsident Blum dem tschechischen Gesandten in Paris noch am 14. März 1938 in allem Ernst, Frankreich werde seine militärischen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei ohne Vorbehalt erfüllen, wenn Deutschland wegen der Sudetendeutschen zu den Waffen greifen sollte[104]. Doch schon am Tag danach wendet sich das Blatt. In der Konferenz des Ständigen Verteidigungsausschusses in Paris am 15. März kommen Ministerpräsident Blum und die anwesenden Minister und Generale zu dem Ergebnis, daß die französischen Streitkräfte für einen Zweifrontenkrieg Frankreichs und der Tschechoslowakei gegen Deutschland zu schwach und der Westwall zur Abwehr eines französischen Angriffs inzwischen zu stark seien. Sie beurteilen die Lage so, daß Spanien und Italien Frankreich in den Rücken fallen könnten, daß Polen auf deutscher Seite die Tschechoslowakei angreifen werde, daß Belgien keinen französischen Durchmarsch dulde, daß die Hilfsmöglichkeiten der Sowjetunion fraglich seien, daß sich England auf keine konkrete Unterstützung festlegen lasse und daß man daher den Tschechen selber nicht zu Hilfe eilen könne[105]. So ist auch Frankreich nun nicht mehr bereit, der Tschechoslowakei gegenüber bündnistreu zu bleiben, auch wenn Blum das tags zuvor noch so versprochen hat.

Die englische Regierung unter Chamberlain fühlt sich den Tschechen gegenüber vertraglich zu nichts verpflichtet und außerdem für einen Krieg gegen Deutschland nicht gerüstet. Chamberlain macht daraus den Franzosen gegenüber auch nicht den geringsten Hehl. In Frankreich wechselt inzwischen die Regierung. Als der frisch ins Amt gekommene französische Ministerpräsident Daladier am 28. und 29. April 1938 nach London reist, um doch noch einmal den Versuch zu ma-

[104] Churchills Memoiren, Seite 335
[105] Benoist-Méchin, Band 6, Seiten 169-178 und Gamelin, Seiten 322 ff

chen, die Briten zu einer Garantieerklärung für den Bestand der Tschechoslowakei zu bewegen, entgegnet ihm Chamberlain während der Gespräche:

> *„Niemals werden das englische Volk noch weniger die Dominions einen Krieg beginnen, um zu verhindern, daß die Völker Mitteleuropas in einer Volksabstimmung ihren Willen kundtun. ... Wenn Beneš, wozu er sich 1919 verpflichtet hatte, die von ihm annektierten deutschen Minderheiten liberal behandelt hätte, dann gäbe es die gegenwärtige Krise nicht. Dazu kommt aber noch eine andere Überlegung. England hat 1925 bis 1935 abgerüstet. Soeben erst sind die neuen Rüstungsprogramme für die See- und Luftrüstung angelaufen. Erst wenn diese Programme beendet sind, kann England einem neuen Krieg ins Auge sehen.“* [106]

Doch die englische Regierung teilt der französischen und auch der deutschen Reichsregierung mehrfach mit, daß sie im Falle eines Krieges, in den Frankreich eingreift, auf der Seite Frankreichs stehen werde[107]. So hat England nach Auffassung der dort amtierenden Regierung ein Interesse, daß der Konflikt der vielen Völker innerhalb der Tschechoslowakei keine Kettenreaktion in Gang setzt, bei der erst die Tschechen die Franzosen und dann die Franzosen die Briten in einen Krieg mit Deutschland ziehen. Lediglich eine Gruppe von Oppositionspolitikern um Winston Churchill vertritt jetzt in England schon die Auffassung, daß Großbritannien sogleich eine „Große Allianz“ mit Frankreich und der Sowjetunion zum Kriege gegen Deutschland schließen müsse. Und Frankreich hört nicht auf, die Tschechen und Slowaken in Illusionen einzuwickeln. Ministerpräsident Daladier wiederholt das französische Truppenversprechen gegenüber der Regierung der Tschechoslowakei vom vergangenen März noch einmal wider besseres Wissen und erklärt am 12. Juni 1938:

> *„Frankreichs Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei sind heilig und können nicht umgangen werden.“* [108]

Chamberlains erster Vermittlungsversuch und Benešs Vorschlag zur Aussiedlung der Sudetendeutschen

Chamberlain sieht realistisch, daß die Ereignisse nun auf einen Krieg zutreiben, der die Briten gegen ihren Willen auf die Seite der Tschechen zwingen würde. Die Sudetendeutschen fordern ja inzwischen offen ihren Anschluß an das Reich. Die Wehrmacht steht „Gewehr bei Fuß“, um bei den Tschechen einzugreifen. Neue Zusammenstöße nehmen scharfe Formen an. Die tschechische Regierung verhängt daraufhin das Standrecht über 13 sudetendeutsche Kreise. In dieser Lage versucht Premierminister Chamberlain zu retten, was zu retten ist.

---

[106] Benoist-Méchin, Band 6, Seite 185
[107] Henderson, Seite 132
[108] Churchill Memoiren, Seite 355. Der franz. Botschafter François-Poncet datiert ein solches Versprechen auf den 12. Juli 1938, siehe François-Poncet, Seite 370

In der Nacht vom 13. auf den 14. September schreibt Chamberlain Hitler einen Brief und bietet an, sofort nach Deutschland zu kommen, um gemeinsam mit ihm eine friedliche Lösung der anstehenden Probleme in der Tschechoslowakei zu suchen. Chamberlain wagt diesen Schritt, ohne sich vorher mit seinem Außenminister oder gar dem ganzen Kabinett darüber abzusprechen. Hitler stimmt dem sofort zu und lädt den englischen Premierminister zum Tag danach nach Berchtesgaden ein. Er überlegt sogar, selbst nach England zu fliegen, um dem fast 70jährigen Chamberlain die Beschwerden einer solchen Reise abzunehmen.

Am 15. September stehen sich Chamberlain und Hitler erstmals persönlich gegenüber. Das Gespräch der beiden findet auf Hitlers Vorschlag hin unter nur vier Augen statt. Außenminister von Ribbentrop und Wilson, der außenpolitische Berater Chamberlains, werden nicht hinzugezogen. Allein ein Dolmetscher ist zugegen. So wird dies erste Gespräch der beiden ein Ringen allein zwischen Chamberlain und Hitler. Der beklagt die Unfähigkeit des Völkerbunds, die Minderheitenprobleme der Deutschen im Ausland zu beheben, und er verlangt das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für die Sudetendeutschen. Hitler fordert in dem Gespräch nicht weniger und nicht mehr als die von einer deutschen Mehrheit bewohnten Grenzgebiete für das Reich und für umstrittene Bezirke eine Volksabstimmung. Die Abstimmung soll nach seiner Meinung klären, ob weitere Gebiete von der Tschechoslowakei an Deutschland abzutreten sind. Der deutsche Kanzler kündigt an, er werde die Probleme der Sudetendeutschen in Bälde „so oder so aus eigener Initiative lösen". Chamberlain versteht die Drohung dieser Worte. „So oder so" heißt in Hitlers Art, sich auszudrücken: Einlenken der Gegenseite oder Einmarsch der Wehrmacht in die Tschechoslowakei. Chamberlain sagt Hitler zu, die Frage des Selbstbestimmungsrechts für die Sudetendeutschen sofort mit seinem Kabinett in London zu beraten und dann baldmöglichst zu einem zweiten Gespräch nach Deutschland zu kommen. Er ringt Hitler dafür das Versprechen ab, bis dahin von einer Intervention in der Tschechoslowakei abzusehen[109].

Inzwischen teilt der französische Außenminister Bonnet der englischen Regierung mit, daß die französische sich allen Vorschlägen Chamberlains an Hitler anschließen werde[110]. Am 16. September gibt Chamberlain, kaum zurück in London, seinem Kabinett einen Bericht der Reise. Es läßt dabei keinen Zweifel offen, daß Deutschland auf dem Sprung ist, in der Tschechoslowakei mit Truppen einzugreifen, wenn die Probleme der Sudetendeutschen nicht schnellstmöglich auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker eine Lösung finden. Auch Lord Runciman, aus Prag zurückberufen, berichtet vor dem Kabinett in gleicher Sitzung. Er hält die tschechische Regierung für die jetzt entstandene und völlig festgefahrene Lage in der Tschechoslowakei für voll verantwortlich.

[109] Henderson, Seite 151
[110] Benoist-Méchin, Band 6, Seite 265

Runciman schließt seinen Vortrag mit der Empfehlung, die Sudetengebiete ohne große Diskussion in kürzester Zeit an Deutschland anzuschließen.

Präsident Beneš, davon unterrichtet, versucht nun in aller Eile, die französische Regierung für eine minimale Lösung zu gewinnen. Am 17. September schickt er Ministerpräsident Daladier ein Schreiben mit angefügter Karte, in dem er die Abtretung von drei sudetischen Gebieten mit etwa 800.000 Deutschen vorschlägt. 2,3 Millionen Sudetendeutsche wären danach bei der Tschechoslowakei verblieben. Der Beneš-Brief enthält den handgeschriebenen Nachsatz:

> *„Ich bitte Sie inständig, diesen Vorschlag nicht bekanntzugeben, denn ich müßte ihn dementieren.“* [111]

Mit diesem allerdings zu späten Zugeständnis und dem handgeschriebenen Zusatz glauben die französische und die englische Regierung, daß Präsident Beneš von nun an Gebietsabtretungen nicht mehr prinzipiell ablehnt, und sie wissen, daß er die Verantwortung dafür nicht selber tragen, sondern den Franzosen überlassen möchte.

Aufschlussreich ist das Gespräch, das Beneš mit dem französischen Botschafter Lacroix führt, als er ihm den besagten Brief an Präsident Daladier übergibt. Beneš unterrichtet den Franzosen nicht nur vom Inhalt seines Briefes, zum Beispiel seinem Vorschlag, gewisse Landesteile und „8-900.000 Deutsche abzutreten“, sondern er offenbart ihm auch, daß seine Gedanken weitergehen, als es der Brief an Daladier erkennen läßt. Er ergänzt zu dem im Brief gemachten Vorschlag:

> *„Andererseits – vorausgesetzt der Abtretung der Gebiete werde zugestimmt – muß die Regierung des (Deutschen) Reichs akzeptierten, auf ihrem eigenen Gebiet ungefähr eine Million Sudetendeutsche aufzunehmen, die aus tschechoslowakischem Gebiet gekommen sind.“* [112]

Zusätzlich zu diesem Brief, den Lacroix zu überbringen hat, schickt Beneš den tschechischen Minister Nečas nach London und Paris, um dort einflussreiche Politiker von seinem Angebot zu überzeugen. Nečas' Auftrag ist es, den Briten und Franzosen als Bedingung für Gebietsabtretungen zu übermitteln, daß das Deutsche Reich „wenigstens 1,5 bis 2 Millionen deutsche Bevölkerung zu übernehmen“ habe.[113] Auch die Weisung an Minister Nečas enthält den Nachsatz „Nicht sagen, daß das von mir kommt“. Hier taucht die Idee, die der späteren Vertreibung der Sudetendeutschen zugrunde liegt, ein erstes Mal bei Beneš auf.
Am 18. September treffen sich Daladier und sein Außenminister Bonnet in London mit Chamberlain und Halifax. Briten und Franzosen suchen nun gemeinsam nach einer Lösung, die weder Frankreichs Vertragsverpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei verletzt noch zu einem Krieg wegen des bisher vorenthaltenen Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen führt. Als Ergebnis dieser

---

[111] Benoist-Méchin, Band 6, Seite 267
[112] Telegramm von Lacroix an Außenminister Bonnet vom 17. September l938, Siehe ODSUN Dokumente, Seiten 766f
[113] ODSUN Dokumente, Seite 762

Konferenz schicken beide Regierungen, die britische und die französische, am 19. September getrennt die gleichlautende Aufforderung nach Prag, selbst und auf eigenen Entschluß mit oder ohne Volksabstimmung die Gebiete mit mehr als 50% sudetendeutscher Bevölkerung an das Deutsche Reich zu übergeben und die neue Grenzziehung einer internationalen Kommission zu übertragen. Als Anreiz wird den Tschechen die Bereitschaft Englands mitgeteilt, die neuen Grenzen ihres Staates nach Abtretung der Sudetenlande mit zu garantieren. Das ist ein Versprechen, dem sich England später mit Geschick entzieht. Dies halbe Garantie-Versprechen vom 19. September 1938 wird an späterer Stelle dieses Buches, an der es um die Garantien geht, noch einmal aufgegriffen. Die Schreiben der Briten und Franzosen enden mit der Bitte um eine schnelle Antwort, spätestens am 21. September. Das ist in 48 Stunden. Doch Chamberlain ergänzt den Brief an Beneš durch eine Weisung an den englischen Botschafter Newton in Prag, er möge Präsident Beneš darauf hinweisen, daß er seine Antwort „unbedingt heute abend, spätestens aber morgen geben muß“[114]. Das ist sogar ein Ultimatum ohne Bedenkzeit.

Chamberlains und Daladiers Entscheidung, die Erhaltung des Friedens in Europa auf diese Weise zu erzwingen, stößt in England und Frankreich auf ein geteiltes Echo. Neben dem Zuspruch alle derer, die Europa einen neuen Krieg ersparen wollen, gibt es in beiden Ländern „Falken“, die ungeachtet des desolaten inneren Zustandes des tschechoslowakischen Vielvölkerstaats eher Krieg mit Deutschland führen wollen, als daß sie eine Anschlußlösung zugunsten der Sudetendeutschen akzeptieren. In Frankreich bilden die Minister Mandel, Reynaud, Champetier de Ribes, Campinchi, Zay und de Chappedelaine die „Kriegspartei“. Mandel, Reynaud und Champetier drohen für den Fall, daß Daladier dem Anschluß der Sudetengebiete an Deutschland zustimmt, mit Austritt aus dem Kabinett[115]. Kolonialminister Mandel versteigt sich sogar dazu, Beneš, den Präsidenten der Tschechoslowakei, am 20. September in Prag anzurufen und ihn im Gegensatz zum Brief seines Ministerpräsidenten unverhohlen zum Kriege, ja selbst zur Kriegseröffnung aufzufordern:

> „*... Weder Paris noch London haben das Recht, Ihnen Ihre Haltung zu diktieren. Wenn ihr Gebiet verletzt wird, sollten Sie keine Sekunde zögern, den Befehl an Ihre Armee zu geben, die Heimat zu verteidigen. ... Wenn Sie in der Notwehr* ***den ersten Schuß abgeben,*** *wird der Widerhall in der Welt gewaltig sein. Die Kanonen Frankreichs, Großbritanniens und auch Sowjetrußlands werden wie von selbst zu schießen beginnen. ...*“ [116]

In England sind es vor allem Churchill, Vansittart, der außenpolitische Berater der Regierung, und Eden, der Vorgänger des amtierenden Außenministers, die lieber Krieg als „Anschluß“ wollen. In gleicher Weise gibt es in Deutschland Fal-

---

[114] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume II, Document 938
[115] Benoist-Méchin, Band 6, Seite 275
[116] Benoist-Méchin, Band 6, Seite 276

ken und Tauben. Der prominenteste Vertreter der Friedenspartei im Reich ist Luftfahrtminister Göring, zugleich Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe. Sein Gegenpol als Falke im Kabinett ist Reichsaußenminister von Ribbentrop.

Die Vielvölkerkrise der Tschechoslowakei berührt auch andere Staaten in Europa. Ungarn, einst fast ein Jahrtausend Herrscher über die Slowakei, reflektiert auf die Gebiete in der Südslowakei, in denen noch immer fast 750.000 Ungarn leben. Am 22. September fordert die ungarische Regierung von Prag, die ungarische Minderheit in Zukunft in der gleichen Weise zu behandeln, wie die deutsche. Polen fordert das Industriegebiet von Teschen, wo es eine kleine Minderheit an Polen gibt. Polen, das sich eng mit Ungarn verbunden fühlt, setzt sich bei Hitler außerdem für einen Anschluß der Karpato-Ukraine an Ungarn ein, wodurch eine gemeinsame polnisch-ungarische Grenze entstehen würde. Hitler, das sei hier schon einmal erwähnt, bringt bei dieser Gelegenheit bei den Polen erstmals den Wunsch nach einer Gegenleistung an. Es ist der Wunsch nach einem Anschluß der Stadt Danzig und nach einer exterritorialen Autobahnverbindung durch Pomerellen in das vom Reich abgeschnittene Ostpreußen. Am 21. September meldet die polnische Regierung ihre Gebietsforderungen in drei Noten in Prag, Paris und London an. Der nächste Staat mit Ambitionen ist das Königreich Italien. Es ist zwar nicht Nachbar aber Interessent. Es will eine Rolle als Schutzmacht Ungarns und als Vormacht im Raum der Donauländer spielen. „Duce“ Mussolini verlangt eine Volksabstimmung für alle Minderheiten in der Tschechoslowakei, doch er mahnt zum Frieden und fordert – ganz im Sinne Hitlers – einen Krieg, wenn er denn gar nicht zu vermeiden sei, auf den Konfliktherd zu begrenzen. Mussolini sagt zu der Zeit mehrmals in öffentlichen Reden, daß Italien in einem Krieg um die Tschechoslowakei so lange neutral bleiben werde, wie sich auch Großbritannien aus ihm heraushalte.

Während die englische und die französische Regierung nach einer Lösung ohne Blutvergießen suchen, „entwickelt sich die innere Situation der Tschechoslowakei von schlecht zu schlimm“[117]. Die Propaganda im Deutschen Reich malt schwarz und heizt die Sudetendeutschen weiter an. Wenn man die Unwahrheiten der deutschen Medien abzieht, bleiben immer noch ein paar standrechtliche Erschießungen und einige hundert Verhaftungen von Angehörigen der deutschen Bevölkerungsgruppe. In Deutschland nimmt man im Gegenzug 150 hier ansässige Tschechen als Geiseln in Haft, um weitere Erschießungen in der Tschechoslowakei zu unterbinden. Sudetenführer Henlein erklärt öffentlich, den Sudetendeutschen bleibe keine andere Wahl, als das eigene Schicksal selber in die Hand zu nehmen und sich zu bewaffnen. Er ruft die wehrfähigen Deutschen in der Tschechoslowakei auf, ein „Sudetendeutsches Freikorps“ im Reichsgebiet zu bilden und die Heimat selber zu befreien. Binnen zweier Tage sammeln sich 40.000 junge Männer auf der deutschen Seite. Sie beginnen, von da aus mit Scharmüt-

[117] Formulierung von Henderson, Seite 151

zeln gegen die an der Grenze stationierten tschechischen Truppen, bis Hitler dieses unterbindet. Aufgeschreckt von den Unruhen in der Tschechoslowakei und um sich vor einem Krieg in Sicherheit zu bringen, verlassen im September 1938 etwa 240.000 Sudetendeutsche ihre Heimat und fliehen in das Deutsche Reich[118].

Roosevelts Rettungsversuch

Kurz vor dem Höhepunkt der Krise, am 19. September, versucht noch die große Macht im Hintergrund, die Tschechoslowakei zu retten. Für Präsident Roosevelt gehört der Vielvölkerstaat der Tschechen und Slowaken zu der von den USA mitgebauten Nachkriegsordnung in Europa, die der Diktator Hitler nicht ohne die Billigung der USA verändern darf. Hier geht es Roosevelt auch um den Führungsanspruch, den er in Europa für die USA erhebt. Der Selbstbestimmungsanspruch der Sudetendeutschen ist gegen diesen Führungsanspruch von geringerer Bedeutung. Der Präsident schlägt dem englischen Botschafter in Washington Sir Lindsay eine Seeblockade gegen Deutschland vor. Amerikanische und britische Seestreitkräfte sollen – so der Vorschlag – Deutschland mit einer Kontinentalsperre von der Nordsee über den Atlantik und das Mittelmeer bis Suez von seinen Überseeimporten abschneiden[119] und es so zwingen, den Status quo der Sudetendeutschen zu akzeptieren. Roosevelt nimmt dazu in Kauf, das Recht der USA zu brechen. Seeblockaden sind nach dem Völkerrecht Kriegshandlungen, und die USA sind nach eigenem Landesrecht neutral. Der Präsident ist bereit, die USA für den Erhalt der Tschechoslowakei in einen Krieg zu führen.

Das Einlenken der Tschechen

Am Mittag des 19. September 1938 wird dem tschechoslowakischen Präsidenten der britisch-französische Vorschlag übergeben, die Sudetengebiete an Deutschland abzutreten. Benes begibt sich mit seinem Kabinett für 30 Stunden auf dem Hradschin[120] in Klausur. Die Nervosität in Paris und London steigt, da die Entscheidung über Frieden oder Krieg auch für Briten und Franzosen nun bei den Tschechen liegt. Für die tschechische Regierung geht es jedoch nicht allein um Frieden oder Krieg. Es geht für die Tschechen vielmehr um den Bestand eines von ihnen beherrschten Vielvölkerstaats oder dessen Auseinanderfallen.

Am 20. September, 20 Uhr, übermittelt der tschechische Außenminister Krofta den Botschaftern Englands und Frankreichs die gefaßte Kabinettsentscheidung. Die Regierung der Tschechoslowakei lehnt es ab, die Sudetenlande abzutreten, und bittet die Regierungen in Paris und London, „ihren Standpunkt zu revidieren“[121]. Doch die Erklärung steht offensichtlich auf sehr schwachen Füßen.

---

[118] Henderson, Seite 151
[119] Bavendamm, Roosevelts Krieg, Seite 129
[120] Burg und Regierungssitz in Prag
[121] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume II, Document 987

Schon zwei Stunden später schwenkt Ministerpräsident Hodscha ein und läßt folgendes Telegramm an die Regierungen in Paris und London übermitteln:

> *„Im Einverständnis mit dem Präsidenten der Republik (Beneš) erkläre ich folgendes: Wenn ich in dieser Nacht Beneš persönlich erklären würde, daß im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei wegen der Sudetendeutschen Frankreich im Hinblick auf seine Vereinbarungen mit England nicht eingreifen würde, so würde der Präsident der Republik von dieser Erklärung Kenntnis nehmen. Der Ministerpräsident (Hodscha) würde dann sofort das Kabinett zusammenrufen, dessen sämtliche Mitglieder dann mit dem Präsidenten der Republik zum Nachgeben bereit wären."* [122] [123]

Damit schieben der tschechische Staatspräsident Beneš und der slowakische Ministerpräsident Hodscha die Verantwortung für die Entlassung der Sudetendeutschen aus ihrem Staatenverband zum zweiten Mal in einer Woche denen zu, die diese Deutschen 1919 in die Tschechoslowakei gezwungen haben, den Franzosen. Kurz nach dieser „Kapitulation" der tschechoslowakischen Führung erklärt die französische Regierung, – wie ihr nun von den Tschechen suggeriert – daß Frankreich nicht helfen werde, wenn es aufgrund einer Ablehnung des englisch-französischen Plans durch die tschechoslowakische Regierung zu einem Angriff der Deutschen komme. Eine Ablehnung des englisch-französischen Plans führe zu einem Erlöschen des französisch-tschechischen Bündnisses[124]. Die englische Reaktion ist nicht minder klar. Sie lautet:

> *„Der französisch-britische Plan ist das einzige Mittel, den drohenden deutschen Angriff zu verhindern. ... Wenn die tschechische Regierung sich nach einer neuen Prüfung der Lage dennoch zur Ablehnung unseres Vorschlags entschließt, bleibt es ihr natürlich überlassen, alle ihr geeignet erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, um die daraus entstehende Lage zu meistern. ..."* [125]

Also, England und Frankreich lehnen ab, den Tschechen im Falle eines deutschen Angriffs beizustehen.

Am 21. September um 17 Uhr übergibt Außenminister Krofta den Botschaftern Englands und Frankreichs die endgültige Entscheidung der tschechoslowakischen Regierung und des Staatspräsidenten Beneš. Der englisch-französische Plan zur Abtretung der mehrheitlich von Sudetendeutschen bewohnten Gebiete wird darin „mit Bitternis" akzeptiert[126]. Der Weg ist frei für weitere Gespräche zwischen Chamberlain und Hitler.

---

[122] Klammern enthalten Anmerkungen des Verfassers
[123] Benoist-Méchin, Band 6, Seite 289
[124] Benoist-Méchin, Band 6, Seite 290
[125] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume II, Document 991
[126] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume II, Document 1005

Das Treffen in Bad Godesberg vom 22. bis 24. September 1938

Hitler entschließt sich, Chamberlain dieses Mal auf halbem Weg entgegenzukommen. So ist der Ort des zweiten Treffens am 22. September Bad Godesberg bei Bonn am Rhein. Ministerpräsident Chamberlain berichtet Hitler von der nur mit Druck und Mühen erreichten Annahme des englisch-französischen Plans durch die Regierung der Tschechoslowakei. Er rechnet nun mit Hitlers Dank, doch der schiebt zu seiner Bestürzung zwei neue Forderungen nach. Die erste ist die nach gleichen Regelungen für die ungarische und die polnische Minderheit. Damit nimmt Hitler die Forderungen der italienischen, der polnischen und der ungarischen Regierung auf, die diese seit dem ersten Hitler-Chamberlain-Gespräch erhoben haben. Zum zweiten verlangt Hitler die sofortige Besetzung der mehrheitlich von Sudetendeutschen bewohnten Zonen durch die Wehrmacht innerhalb von nur vier Tagen und dementsprechend den Abzug von Polizei und Militär der Tschechoslowakei von dort.

Woher kommt Hitlers Eile so kurz vor dem Erfolg, der ihm doch offensichtlich jetzt so gut wie sicher ist? Hitler ist Dank des deutschen Abhördienstes[127] inzwischen über Entwicklungen informiert, die selbst Chamberlain nicht kennt. Zum einen hat der französische Minister Mandel Präsident Benes in dem schon erwähnten Telefonat aufgefordert, den Deutschen Widerstand zu leisten. Mandel hatte dabei „die Kanonen Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion“ als Köder ausgelegt. Zum anderen hat die Prager Regierung auf Telefonleitungen, die durch das Reich verlaufen, offen mit den tschechischen Botschaftern in Paris und London darüber gesprochen, daß nun Zeit gewonnen werden muß, bis die Opposition in Frankreich und in England Daladier und Chamberlain stürzt und durch neue, kriegsbereite Regierungschefs ersetzt[128]. Hitler hat Kenntnis von der Kabinettskrise in Paris und ist sich der Gefahr bewußt, daß schon in Kürze statt des „Friedenspremierministers“ Daladier ein neuer Premier aus dem Nest der Falken einen Konfrontationskurs gegen Deutschland fahren könnte. So hat es Hitler plötzlich eilig.

Die Konferenz von Godesberg droht, an Hitlers Nachforderungen schnell zu scheitern. Daß die Sorge des deutschen Kanzlers nicht ganz unberechtigt ist, erweist sich, noch während er mit Chamberlain verhandelt. Am Abend des ersten Konferenztages wechselt im Hradschin die Regierung. Am zweiten Konferenztag um 22.30 Uhr verkündet die neue Regierung der Tschechoslowakei die Allgemeine Mobilmachung und ruft damit 1,3 Millionen Soldaten zu den Waffen. Offensichtlich befolgt sie damit den Rat Minister Mandels und hofft – wie der Franzose Mandel das bei seinem Ratschlag sagte –, daß nun die Kanonen Frankreichs, Großbritanniens und Sowjetrußlands wie von selbst zu schießen beginnen. Chamberlain versucht, Hitler diese Mobilmachung als Defensivmaßnahme

[127] Der zentrale deutsche Abhördienst ist das sogenannte Forschungsamt im Reichsluftfahrtministerium
[128] François-Poncet, Seite 375

zu erklären, doch auch der Naivste muß jetzt merken, daß die Tschechen den französisch-englischen Plan nun nicht mehr akzeptieren.

Hitler sichert Chamberlain zu, daß die Wehrmacht solange nicht marschiert, wie deutsch-englische Verhandlungen laufen. Und er mäßigt seine Forderung nach Übergabe der Sudetengebiete in vier Tagen und verschiebt sie um weitere fünf Tage auf den 1. Oktober 1938.

Beneš „Sowjet-Plan“

Nach der Mobilmachung in der Tschechoslowakei rechnet jedermann mit Krieg. In Frankreich werden noch in gleicher Nacht 600.000 Reservisten einberufen[129]. Italien zieht 300.000 Soldaten ein und läßt Truppen an der Grenze zu Frankreich aufmarschieren. Belgien macht mobil. England bringt die Flotte auf Kriegsstärke[130]. Die Sowjetunion hatte schon drei Monate zuvor begonnen, 330.000 Reservisten einzuziehen und sechs Armeegruppen in Weißrußland und in der Ukraine in Richtung Westen zu verlegen[131]. Auch Ungarn und Polen hatten bereits vor der Tschechoslowakei mobilgemacht.

Beneš entwickelt inzwischen einen neuen Plan, die Zerteilung der Tschechoslowakei in letzter Stunde abzuwenden. Schon am 19. September hatte er in Moskau fragen lassen, wie sich die Sowjetunion im Falle eines deutschen Angriffs gegen die Tschechoslowakei verhalten werde. Nach einer ersten ausweichenden Antwort aus Moskau und einer weiteren Anfrage aus Prag erhält Beneš das erwünschte Hilfsversprechen. Doch die Sowjets können sich weder mit den Rumänen noch den Polen auf die Erlaubnis zum Durchmarsch ihrer Truppen durch eins der beiden Länder einig werden. König Carol II. von Rumänien kommentiert den Wunsch aus Moskau mit den Worten:

> *„Ich ziehe es vor, die Deutschen als Feinde im Lande zu haben, als die Russen als Freunde.“*

Ähnlich reagiert die polnische Regierung. Am 22. September ersetzt Beneš – wie erwähnt – den antikommunistischen Ministerpräsidenten Hodscha durch den der Sowjetunion genehmen General Sirovy, und er nimmt Kontakt zur polnischen Regierung auf. Er bietet an, das Teschener Gebiet an Polen abzutreten, wofür Warschau den Durchmarsch sowjetischer Truppen gestatten müsse. Die polnische Regierung lehnt das ab, weil sie damit rechnen kann, Teschen bald aus deutscher Hand auch ohne dieses Zugeständnis zu bekommen. Der einzige Erfolg des neuen Beneš-Plans ist eine Warnung der Russen an die Polen, daß sie den Polnisch-Sowjetischen Nichtangriffspakt von 1932 lösen werden, wenn Polen sich an einem Angriff gegen die Tschechoslowakei beteiligt. Die Konsequenzen dieser Drohung wird Warschau 1939 spüren.

---

[129] Rassinier, Seite 190
[130] Henderson, Seite 158
[131] MGFA Mil. Geschichte UdSSR, Band 2, Seite 127

Der neue Beneš-Plan ist also schnell gescheitert, doch er torpediert zunächst einmal die französisch-britischen Bemühungen. Am 24. September, kaum daß General Sirovy als neuer Ministerpräsident im Amte ist, läßt er den ausländischen Diplomaten in Prag die folgende Erklärung übermitteln:

> *„Nachdem unsere Mobilmachung angelaufen ist, sind weitere Zugeständnisse von unserer Seite nicht mehr möglich. Wir haben das gefährliche Stadium hinter uns gebracht, die militärische Lage ist gut. Wir hatten gestern einen ersten Angriff der deutschen Luftwaffe erwartet, der die Zusammenziehung unserer Truppen verhindern sollte. Er hat nicht stattgefunden. Man muß diese Zurückhaltung in Berlin als ein Zeichen der Schwäche auslegen.“* [132]

So ist der Stand der Prager Dinge, als der englische Botschafter der tschechoslowakischen Regierung die Godesberger Bedingungen Hitlers überreicht. Diesmal folgt die Antwort der Tschechen auf dem Fuß. Am 25. September lehnt Prag die neuen Godesberger Forderungen Hitlers nach einer sofortigen Besetzung der Sudetenlande durch die Wehrmacht als unannehmbar ab[133]. Damit ist das englische Bemühen, den Krieg um die Sudetenfrage abzuwenden, zunächst erneut gescheitert.

In den Folgetagen steht Europa am Rande eines neuen Krieges. Die deutsche Wehrmacht ist mit sieben Heeresdivisionen aufmarschiert. Die tschechische Regierung lehnt die Godesberger Forderungen Hitlers – besonders wegen der verlangten Volksabstimmung – ab und bringt das Heer mit Reservisten auf 43 Divisionen[134]. Die Regierung der Sowjetunion zieht sich trotz ihres Beistandspakts von der Tschechoslowakei zurück. Polen beharrt auf einer Übergabe des Teschener Industriegebiets. Ungarn verlangt die Abtretung der „ungarischen Gebiete“ und Selbstbestimmung für die Slowaken und Ruthenen[135]. Die Regierungen in Paris und London schwanken. Die Franzosen fordern Englands Waffenhilfe, und London merkt, daß Paris bisher militärisch selber nichts zur Rettung der Tschechoslowakei vorbereitet hat. Daladier und Chamberlain lassen trotz alledem nichts unversucht, Hitler vom Selbstvollzug des Sudetenanschlusses abzuhalten. Beide drohen unmißverständlich, gegen Deutschland Krieg zu führen, falls deutsche Truppen in die Sudetenlande einmarschieren[136]. Die britische Regierung mobilisiert dazu ihre Flotte und teilt das der Reichsregierung mit, um der Drohung Nachdruck zu verleihen[137].

Hitler beharrt darauf, daß die tschechische Regierung seine Godesberger Forderungen bis zum 28. September akzeptiert. Andernfalls – so seine Drohung – wer-

---

[132] Benoist-Méchin, Band 6, Seite 309
[133] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume II, Document 1092
[134] Görlitz, Seite 33
[135] Roos, Polen und Europa, Seite 352
[136] Henderson, Seiten 158 und 160
[137] Churchill, Memoiren, Seite 395

de die Wehrmacht die Sudetengebiete am 1. Oktober 1938 notfalls mit Gewalt besetzen. Doch trotz der Drohgebärden von zwei Seiten bittet Hitler Chamberlain in einem Brief um „weiterhin gute Vermittlungsdienste bei der tschechischen Regierung“ und verspricht, „daß Deutschland die Tschechoslowakei nach Übergabe der Sudetengebiete in Ruhe lassen und ihre Unabhängigkeit in keiner Weise verletzen werde.“[138]

Chamberlain läßt an diesem und an den Folgetagen nichts unversucht, eine kriegerische Auseinandersetzung um die Sudetenfrage zu verhindern. Noch am 27. September mahnt er Präsident Beneš drängend, die deutschen Forderungen anzunehmen. Er fügt hinzu, daß die Tschechoslowakei selbst nach einem gewonnenen Krieg nicht so wiederhergestellt werde, wie sie vorher war[139]. Mit anderen Worten, selbst nach einem gewonnenen Krieg muß die Tschechoslowakei mit dem Verlust der Sudetenlande und vielleicht noch anderer Landesteile rechnen.

Die Münchener Konferenz vom 29. und 30. September 1938

Am Tag danach, am 28. September, teilt Chamberlain dann Hitler mit, er habe beim Lesen seines Briefes den Eindruck gewonnen, die deutschen Wünsche könnten auch ohne Krieg befriedigt werden. Er sei bereit, nach Berlin zu kommen und die anstehenden Probleme mit ihm und einer französischen und einer italienischen Delegation zu besprechen[140]. Hitler reagiert zunächst nicht auf dies Angebot. Am gleichen Tag, dem Ablauftag des Ultimatums, schickt auch US-Präsident Roosevelt ein Telegramm an Hitler und schlägt eine Konferenz aller interessierten Staaten zur Lösung der Probleme vor. Parallel dazu bittet Roosevelt den italienischen Staatschef Mussolini, Hitler umzustimmen und in der Sudetenfrage zu vermitteln. Die gleiche Bitte geht auch noch von Chamberlain an Mussolini. Auch der französische Ministerpräsident Daladier versucht, die Krise ohne Krieg zu lösen. Er läßt Hitler einen in Frankreich ausgearbeiteten Abtretungsplan für die Sudetenlande übermitteln[141], der zwar die hitlerschen Forderungen erfüllt, der allerdings nicht mit den Tschechen abgesprochen ist. Hitler geht auch auf diesen Plan nicht ein.

Nun greift Mussolini ein. Es hebt sein Prestige, daß die USA und England ihn um Vermittlung bitten, und er sieht die Chance, sich dabei den Dank der Deutschen, der Polen und der Ungarn zu Lasten der Tschechen, Slowaken und Ruthenen zu verdienen. Mussolini bietet Hitler die Vermittlung in der Sudetenkrise an, und der „Führer“, der im „Duce“ seinen Partner sieht, nimmt ohne Zögern an. Hitler lädt die Staats- und Regierungschefs aus Rom, Paris und London für den Folgetag nach München ein. Die Prager Regierung wird aus London informiert,

[138] Brief vom 27. September 1938, siehe Henderson, Seite 161
[139] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume II, Document 1138
[140] Henderson, Seite 163
[141] François-Poncet, Seite 378

doch nicht von Hitler eingeladen. Der „Führer“ will mit der Regierung, die den Sudetendeutschen keine Freiheit geben wollte, nicht verhandeln.

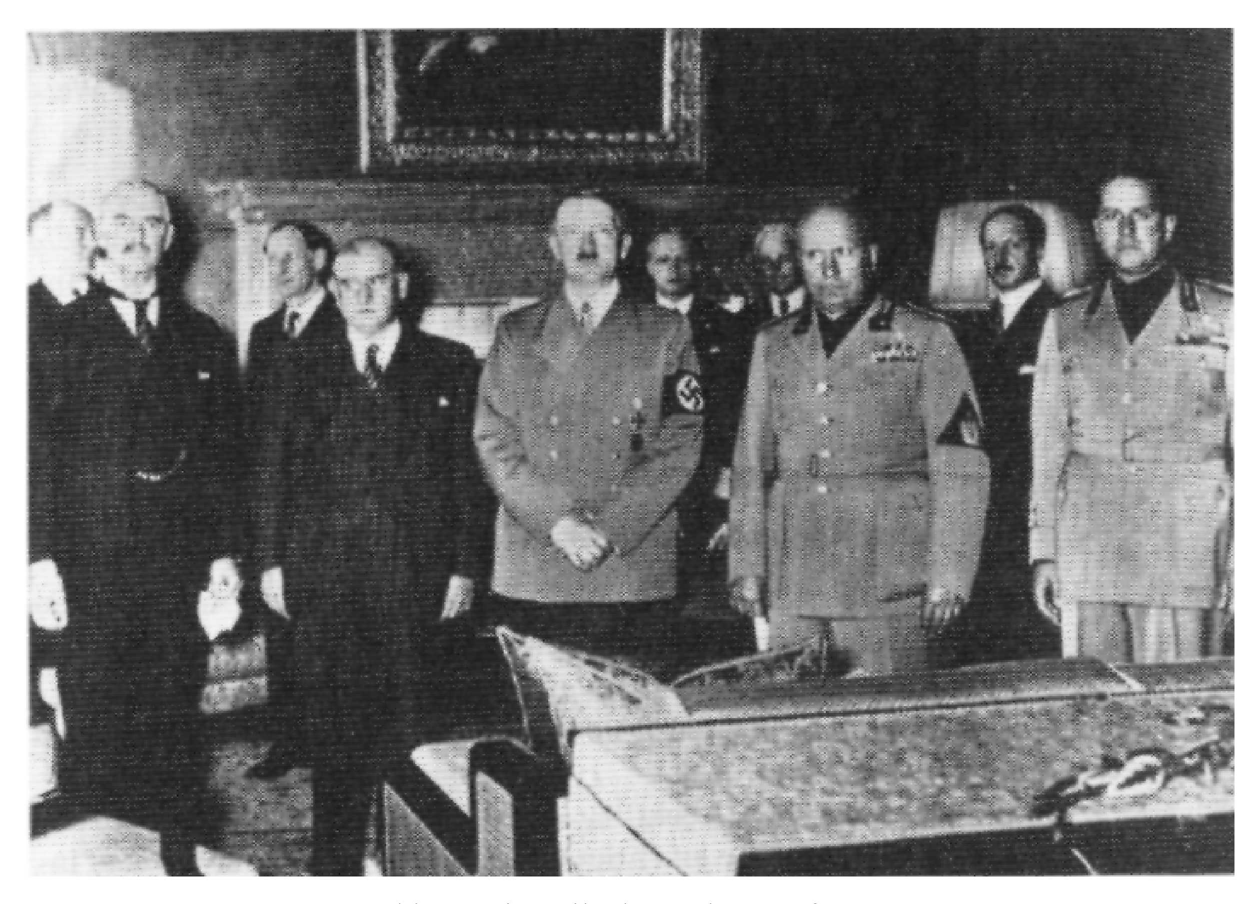


Abb. 5: Die Teilnehmer der Konferenz
Von links: der brit. Premiermin. Chamberlain, der franz. Min.Präs. Daladier, Adolf Hitler, der ital. Staatschef Mussolini und sein Außenmin. Graf Ciano.lm Hintergrund: Chefdolmetscher Dr. Schmidt, der franz. Außenmin. Bonnet, Reichsaußenmin. v. Ribbentrop, Staatssekretär v. Weizsäcker, der Generalsekretär des franz. Außenministeriums Léger.

Die Konferenz Mussolinis, Daladiers, Chamberlains und Hitlers beginnt mit einer Darstellung der nationalen Standpunkte der vier Länder. Mussolini übernimmt dabei die Moderation. Er spricht als einziger alle Muttersprachen der hier versammelten vier Herren. Der englische Premier Chamberlain verlangt zweimal im Laufe der Gespräche, auch tschechische Vertreter zu den Verhandlungen zuzulassen, doch Hitler wehrt das ab. Die gleiche Ungerechtigkeit wie in Versailles. Nach einigem kontroversen Hin und Her legt Mussolini einen Kompromißvorschlag vor, der – was weder Briten noch Franzosen wissen – am Tag zuvor von Göring, Neurath und Weizsäcker[142] aufgesetzt, dann von Hitler genehmigt und Mussolini zugeleitet worden ist.

---

[142] Göring ist Reichsluftfahrtminister und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, von Neurath gewesener Außenminister und von Weizsäcker Staatssekretär im Außenministerium

Die drei genannten Herren, alle Vertreter einer Friedenslösung, fuhren damit nicht nur Daladier und Chamberlain hinters Licht. Sie bremsen – da ist ihre vordringliche Absicht – im eigenen Lager Außenminister von Ribbentrop aus, der einer Sudetenlösung mit Gewalt offensichtlich gern den Vorzug gäbe. Es folgen Stunden harten Ringens. Doch um Mitternacht ist Mussolinis „deutscher" Vorschlag im wesentlichen angenommen. Am 30. September 1938 morgens um 1.30 Uhr ist der Vertrag unterschrieben. Die wesentlichen Punkte dieses nach dem Tagungsort benannten Münchener Abkommens lauten:

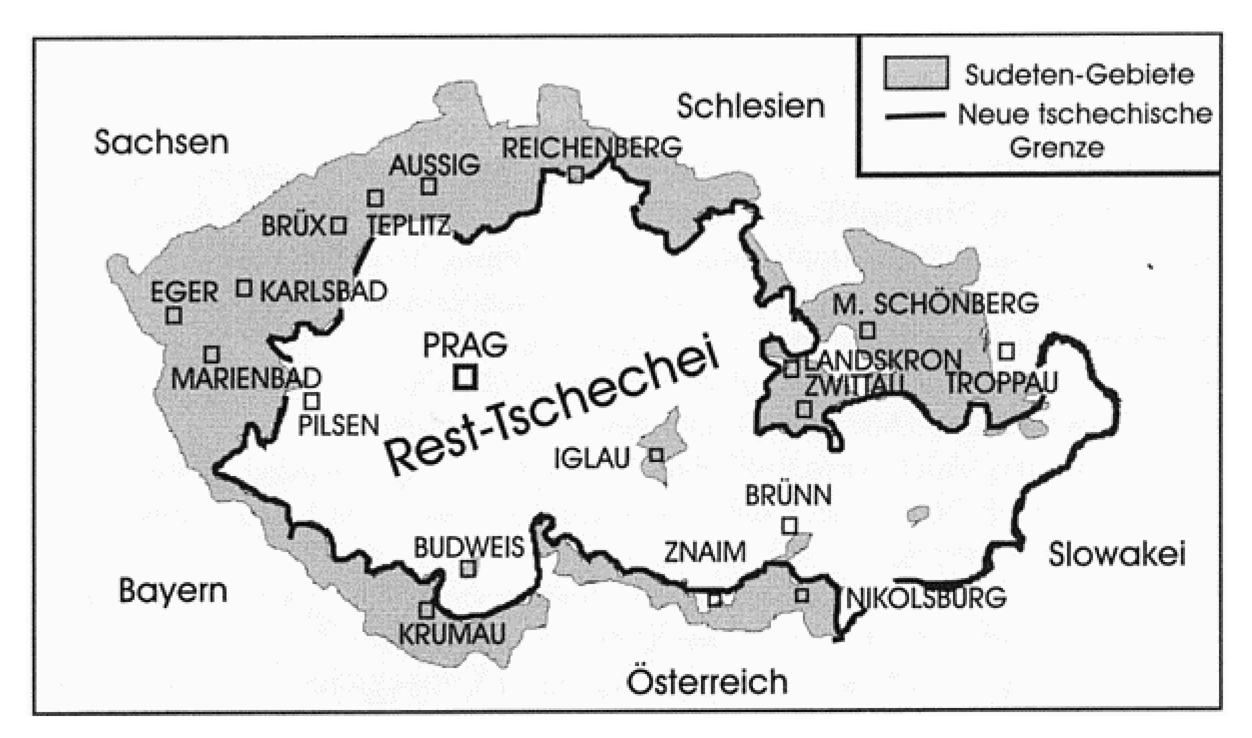
- Die Räumung der vorwiegend deutsch bewohnten Sudetengebiete beginnt am 1. Oktober und ist bis zum 10. Oktober 1938 abzuschließen.
- Ein internationaler Ausschuß unter tschechischer Beteiligung bestimmt zusätzliche Gebiete, in denen die spätere Zugehörigkeit durch eine Volksabstimmung geklärt wird.
- Ein Optionsrecht für Tschechen und Sudetendeutsche innerhalb von sechs Monaten stellt einen freiwilligen Bevölkerungsaustausch sicher. Tschechen aus den Sudetengebieten können nach eigener Entscheidung in die Tschechoslowakei übersiedeln und Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei in die Sudetengebiete.
- Die tschechoslowakische Regierung entläßt alle Sudetendeutschen, die dieses wünschen, aus dem Militär- und Polizeidienst.
- Beim Rückzug der Tschechen werden keine bestehenden Einrichtungen zerstört.[143]

Dieses Münchener Abkommen der vier Mächte wird den Tschechen von den Botschaftern Englands und Frankreichs wie ein Urteil ohne Berufungsmöglichkeit eröffnet mit der dringenden Empfehlung, es unverzüglich anzunehmen. Ein deutscher Sieg auf ganzer Linie. Doch für den Vermittler Mussolini ist die Konferenz nur zu Teilen ein Erfolg. Sein Versuch, dort auch die Interessen der Polen und der Ungarn durchzusetzen, scheitert am Einspruch Chamberlains. Die Gebietsforderungen aus Budapest und Warschau werden zu späterer Regelung zurückgestellt.

Zwei zusätzliche Vereinbarungen zum Münchener Vertrag sind im späteren Ablauf der Geschichte von Bedeutung. Die eine steht im „Zusatz" des Vertrags und betrifft die Garantien für „die neuen Grenzen der Tschechoslowakei". Die zweite ist ein zusätzliches Papier, das allein Chamberlain und Hitler unterschreiben. Zuerst zum Zusatz des Vertrags. Die spätere Geschichtsschreibung übermittelt, daß Deutschland in München eine Garantie für den weiteren Bestand der Tschechoslowakei gegeben habe. Doch das steht weder im Vertrag noch in diesem Zusatz über Garantien. Da heißt es:

> *„Zusatz zu dem Abkommen. München, 29. September 1938*
> *Seiner Majestät Regierung im Vereinigten Königreich und die französische Regierung haben sich dem vorstehenden Abkommen angeschlossen auf der Grundlage, daß sie zu dem Angebot stehen, welches in § 6 der englisch-*

[143] Vertrags-Ploetz, Teil II, 4. Band, Seiten 154 ff



Karte 12: Neue Außengrenzen der Rest-Tschechei ab dem 21. Oktober 1938

französischen Vorschläge vom 19. September enthalten ist, betreffend eine internationale Garantie der neuen Grenzen des tschechoslowakischen Staates gegen einen unprovozierten Angriff.
Sobald die Frage der polnischen und ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei geregelt ist, werden Deutschland und Italien ihrerseits der Tschechoslowakei eine Garantie geben.

- Unterschriften –" [144]

In einer weiteren zusätzlichen Erklärung wird noch vereinbart, daß eine neue Konferenz der vier Mächte einberufen werden soll, falls das Problem der polnischen und der ungarischen Minderheit nicht innerhalb von drei Monaten gelöst sein sollte.

Die deutsche Reichsregierung hat in München also keine Garantien ausgesprochen. Sie hat sie für den Fall versprochen, daß „die Frage der polnischen und ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei geregelt ist." So bleibt nun abzuwarten, ob sich dieser Fall ergibt. Nach der Schilderung des Wiener Schiedsspruchs soll dieser Faden in einem späteren Kapitel wieder aufgegriffen werden. Die zweite so wichtige Vereinbarung von München ist das Papier, das Chamberlain und Hitler unterzeichnen. Bei allen Vermittlungserfolgen Mussolinis bleibt es vor allem das Verdienst des englischen Premierministers Chamberlain, Europa im September 1938 den Weg in einen neuen Krieg erspart zu haben. Seine Besuche in Berchtesgaden und Bad Godesberg, sein mäßigender Einfluß auf die Regierungen in Paris und Berlin und sein Drängen gegenüber Prag haben letzt-

[144] Vertrags Ploetz, Teil II, Band IV, Seite 156

endlich den Erfolg gebracht. Bei diesem Zerren um das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen auf der einen Seite und den Besitzstand der Tschechoslowakei auf der anderen, bei diesem Pokern um Frieden oder Krieg hat sich bei Chamberlain ein tiefes Mißtrauen gegen Hitler eingestellt. So beschließt der englische Premier, den deutschen Kanzler mit einer weiteren Erklärung für die Zukunft festzulegen. Nach der Konferenz bittet Chamberlain Hitler um ein vertrauliches Gespräch unter vier Augen. Er bietet dabei an, die deutsch-britischen Beziehungen „in dem Wunsch, niemals wieder Krieg gegeneinander zu führen“ auf ein neues Fundament zu stellen und zukünftige Streitigkeiten auf dem Wege britisch-deutscher Konsultationen zu bereinigen. Das Angebot ist schriftlich in Form einer Erklärung formuliert, und Chamberlain bittet Hitler, diese Erklärung gemeinsam mit ihm zu unterschreiben. Hitler, noch dankbar für Chamberlains Entgegenkommen am Tag zuvor, unterzeichnet, ohne daß er offensichtlich dabei ahnt, wozu ihn das verpflichtet. Die Unterschrift und die Verpflichtung holen Hitler wieder ein, als er sechs Monate danach den Rest der im Zerfall begriffenen Tschechoslowakei ohne Englands Mittun zum deutschen Protektorat erklärt.

Noch während die tschechische Regierung in Prag berät, ob sie ihr „Diktat von München“ akzeptieren soll, meldet sich der polnische Botschafter mit einem Ultimatum und verlangt die Herausgabe des Teschener Gebietes innerhalb von nur zwölf Stunden. Im Weigerungsfall – so droht die polnische Regierung – werde der Tschechoslowakei der Krieg erklärt. Die Tschechen geben nach und Teschen wechselt den Besitzer. Dieser Vorgang hat später für Polen und für Deutschland schwere Folgen. Warschau bricht mit seiner Drohung den Kellogg-Pakt von 1928 sowie das Litwinow-Protokoll von 1929 und verursacht damit obendrein die Auflösung des polnisch-sowjetischen Beistandspakts von 1932. Drei Verträge, die Polen 1939 hätten schützen können. Für das deutsch-polnische Verhältnis ist von Bedeutung, daß die polnische Regierung zunächst die Erwartung hegte, Teschen auf der Konferenz von München mit deutscher Hilfe zu erhalten. Nach dem Selbstvollzug ohne deutsches Zutun sieht man in Warschau später keinen Grund mehr, den Deutschen dafür in der Danzig-Frage Dank zu zeigen. Dies wiederum ist die Erwartung, die Hitler an die Polen hat.

Die Heimkehr der Sudetendeutschen ist ein Erfolg mit Beigeschmack und Folgen. Sie war nur mit deutschem Druck und deutscher Drohung möglich, und sie hat offenbart, daß der Politiker Hitler bereit ist, für seine Ziele Krieg zu führen. Des weiteren hat der Anschluß der Sudetendeutschen die Mächte aufgebracht, die diese drei Millionen Menschen einst gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und gegen ihren Willen in die Tschechoslowakei gezwungen haben, die Franzosen und die US-Amerikaner. In beiden Ländern ist man schon bald der Überzeugung, daß Briten und Franzosen in München politisch eine Niederlage akzeptieren mußten, weil sie militärisch schlecht gerüstet waren. So verspricht Ministerpräsident Daladier – kaum daß er zurück ist in Paris – dem Parlament, die Aufrüstung der französischen Nation mit Energie voranzutreiben. Und in den

USA läßt Präsident Roosevelt sechs Wochen nach der Konferenz von München ein Luftrüstungsprogramm auflegen, das die US-Air Force auf 10.000 Militärmaschinen bringen soll[145]. Zu alledem ist nun auch die Sowjetunion verprellt, die, obwohl Schutzmacht der Tschechoslowakei, in München ausgeschlossen blieb. Am schwersten für die Zukunft wiegt, daß Großbritannien mit der Konferenz von München zur neuen Schutzmacht des Rests der Tschechoslowakei geworden ist, ein Umstand, der später Folgen hat. So zahlt das Deutsche Reich für die Heimkehr der Sudetendeutschen den Preis der zunehmenden Isolation in Europa und Amerika.

In Paris und London wird das Münchener Abkommen in den Parlamenten ratifiziert, in Paris mit einer satten Mehrheit von 535 Stimmen bei 75, die dagegen sind. In London sind es 369 Zustimmungen bei 150 Gegenstimmen[146]. Der Abstimmung im englischen Unterhaus geht eine leidenschaftliche Debatte voraus, die ahnen läßt, in welche Richtung sich die deutsch-britischen Beziehungen bewegen. Die Redebeiträge reichen vom Verständnis für die Sudetendeutschen bis zur blanken Feindschaft gegen Deutschland, das manchem Abgeordneten gefährlich und zu mächtig wird.

Der Abgeordnete Raikes:	„*Wir sollten nicht vergessen, daß die Tschechen die deutschen Gebiete* ***noch vor*** *dem Vertrag von Versailles annektiert haben. Einige ehrenwerte Mitglieder dieses Hauses beklagen die kurze Frist zur Übergabe. Ich möchte Sie daran erinnern, daß sich die Tschechen 20 Jahre Zeit gelassen haben, ehe sie den Sudetendeutschen Rechte zugestanden haben.*“ [147]
Der Abgeordnete Sir Southby:	„*Wir sind alle der Meinung, daß die Sudetendeutschen ein Anliegen hatten, doch daß ihre Beschwerden erst berücksichtigt wurden, als Deutschland stark genug wurde, um für sie einzutreten.*“ [148]
Der Abgeordnete Churchill:	„*Wir haben eine völlige, durch nichts gemilderte Niederlage erlitten. Das Bündnissystem mit den Staaten Mitteleuropas, auf das Frankreich bisher seine Sicherheit gegründet hatte, ist zerstört worden, und ich sehe kein Mittel, es wieder aufzubauen. Alle diese Länder in Mitteleuropa werden, eines nach dem anderen, in den Bannkreis dieses ungeheuren politischen Gewaltsystems geraten,*

[145] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 15
[146] Rassinier, Seite 215
[147] Wellems, Seite 133
[148] Wellems, Seite 133

überwältigt nicht nur von der militärischen Macht, sondern auch von der wirtschaftlichen Kraft, die von Berlin ausgeht.“ [149]

Churchill kommentiert die Einigung von München auch noch im Rundfunk, wo er am 16. Oktober sagt:

> *„Die Tschechoslowakische Republik war der demokratischste Musterstaat in Mitteleuropa, ein Land, in dem die Minderheiten besser behandelt wurden, als irgendwo anders.“* [150]

Southby geht es um Menschenrechte, Churchill um Konkurrenz und Macht.

Chamberlain begeht bei dieser Unterhausdebatte[151] über das Münchener Abkommen einen außenpolitisch schweren Fehler. Er verbindet die Billigung des Münchener Vertrages mit einer Abstimmung über ein gigantisches Aufrüstungsprogramm, das angesichts des Vorsprungs, den Deutschland seit zwei Jahren beim Heer und bei den Luftstreitkräften hat, verständlich ist. Das Programm umfaßt eine Aufstockung der Haushaltsmittel für das Militär von 400 Millionen auf 800 Millionen Pfund im Jahr, 11.000 Flugzeuge für die Royal Air Force bis zum Jahresende 1939, die Verstärkung der Feuerkraft der Flotte und die Neuaufstellung und Aufrüstung von 6 aktiven Heeresdivisionen plus 13 Divisionen für das Territorialheer[152]. Das paßt nicht zu der „Vier-Augen-Erklärung“, die Chamberlain und Hitler fünf Tage vorher gemeinsam unterzeichnet haben, in der es unter anderem heißt:

> *„Wir sehen das gestern abend unterzeichnete Abkommen und den deutsch-englischen Flottenvertrag[153] als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen. ...“*

Eine Verdoppelung des Wehrhaushalts und der Bau von 11.000 Militärflugzeugen in nur 15 Monaten sind Signale, die nach allem anderen riechen als nach Frieden. Dies muß Hitler, der bis dahin öffentlich niemals weitere Eroberungsabsichten hat verlauten lassen, und der mit dem Flottenabkommen von 1935 von sich aus Englands Seeherrschaft anerkannt und festgeschrieben hat, dies muß Hitler wie ein Bruch des Friedensversprechens von vor fünf Tagen vorkommen. Dementsprechend seine Reaktion: Vier Tage später, bei einer Rede, die er am 9. Oktober in Saarbrücken hält, macht er aus seinen Befürchtungen keinen Hehl:

> *„Die Staatsmänner, die uns gegenüberstehen, wollen – das müssen wir ihnen glauben – den Frieden. Allein sie regieren in Ländern, deren innere Konstruktion es möglich macht, daß sie jederzeit abgelöst werden können, um anderen Platz zu machen, die den Frieden nicht so sehr im Auge haben. Und diese anderen sind da. Es braucht in England nur statt Cham-*

[149] Benoist-Méchin, Band 6, Seite 363
[150] Bernhardt, Seite 222
[151] Debatte am 5. Oktober 1938
[152] Rassinier, Seite 214
[153] Flottenvertrag vom 18. Juni 1935, in dem Deutschland seine Flottenrüstung freiwillig auf 35% der britischen beschränkt

berlain Herr Duff Cooper oder Herr Eden oder Herr Churchill zur Macht kommen, so wissen wir genau, daß es das Ziel dieser Männer wäre, sofort einen neuen Weltkrieg zu beginnen. Sie machen gar keinen Hehl daraus. Sie sprechen das offen aus.“ [154]

Duff Cooper, der Erste Lord der Admiralität, hatte vier Tage vorher aus Protest gegen das Münchener Abkommen seinen Abschied eingereicht, und Eden sowie Churchill hatten während der Unterhausdebatte zum Vertrag die Auffassung vertreten, daß England gegen Deutschland hätte kämpfen müssen, um die Sudetengebiete für die Tschechoslowakei zu sichern. So hängt der britisch-deutsche Haussegen schon wieder schief, kaum daß Chamberlain und Hitler 10 Tage vorher das englisch-deutsche Freundschafts- und Konsultationsversprechen gemeinsam unterschieben hatten.

Hitlers Reaktion auf Englands neue Parlamentsentscheidung und auf den dort beschlossenen Rüstungsschub läßt auch nicht lange auf sich warten. Mit Blick auf Englands und auf Frankreichs Ungewisse Haltung gegenüber Deutschland sieht Hitler in der Tschechoslowakei mit ihren 45 Heeresdivisionen und einer um die 1.500 Flugzeuge starken Luftwaffe nach wie vor eine Gefahr in Deutschlands Rücken. Dazu kommt, daß Hitler den Westteil der Tschechoslowakei, nämlich die Tschechei, für historisch zum Deutschen Reich gehörend hält und ihn auch deshalb annektieren will. So mischt sich bei Hitler defensives Denken mit aggressiven Plänen. Als er drei Wochen nach der Konferenz von München der Wehrmacht eine neue Weisung für ihre Aufgaben in der Folgezeit erteilt, nennt er neben dem Schutz der Grenzen des Deutschen Reichs und der Inbesitznahme des noch von Litauen annektierten Memellandes die „Erledigung der Rest-Tschechei“. Es heißt in dieser Weisung:

„Es muß möglich sein, die Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen zu können, wenn sie etwa eine deutschfeindliche Politik betreiben würde.“ [155]

So bleibt die Rest-Tschechei auf Hitlers Tagesordnung, auch wenn der Diktator Termin und Einzelheiten jetzt noch offenläßt. Er setzt offensichtlich auf die selbstzerstörerischen Kräfte innerhalb der Tschechoslowakei. Ansonsten hüllt sich Hitler in dieser Sache nach außen hin in Schweigen. Noch ein anderes Land behält die Tschechoslowakei auf der Agenda. Der polnische Botschafter Lipski spricht am 24. Oktober bei Hitler vor und bekundet Polens Interesse, die Karpato-Ukraine Ungarn zuzuschlagen. Lipski erwähnt bei der Gelegenheit, daß seine Regierung seit geraumer Zeit versucht, Ungarn zur Eroberung der Karpato-Ukraine zu bewegen.[156]

Bitter sind die Entscheidungen von München für die Tschechen in den Gebieten, die nun zu Deutschland kommen. Etwa die Hälfte der rund 700.000 Tschechen in

---

[154] Domarus, Band 1, Seite 955
[155] Domarus, Band 1, Seite 960
[156] ADAP, Serie D, Band V, Dokument 81

den Sudetenlanden optiert nach dem in München zugestandenen Recht für die Tschechoslowakei und siedelt dorthin um. Die andere Hälfte – etwa 350.000 Tschechen – verbleibt bei den Sudeten, ohne dadurch späterer Verfolgung ausgesetzt zu sein. Das Optieren für die Tschechoslowakei ist für die Betroffenen ein schwerer Gang gewesen, auch wenn die Mehrheit dieser Menschen erst nach 1919 in die Sudetenlande eingewandert war. Trotz der zugestandenen sechs-Monats-Frist und trotz des Rechts, alles Eigentum mit sich zu führen, haben viele Tschechen ihre Heimat in aller Eile und unter Zurücklassung mancher Habe verlassen. Eine Vertreibung ist es trotzdem nicht gewesen. Dieser Exodus, so schlimm er auch für die Betroffenen gewesen, ist kein Vorgänger der Vertreibung der Sudetendeutschen durch die Tschechen von 1945, bei der etwa 272.900 Menschen durch Mord und Totschlag und auf andere Weise um ihr Leben kommen[157].

Das Münchener Abkommen wird nach dem Zweiten Weltkrieg annulliert, und es dient den Tschechen und den Siegern, die Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer angestammten Heimat im Jahre 1945 und die Dekrete des Ministerpräsidenten Beneš zu begründen. Das Abkommen wird dabei im Nachherein zur Ursache der Vertreibung und der Dekrete umgedeutet. Doch das Abkommen von München ist nicht zuerst die Ursache für die Verbrechen der Tschechen an den Sudetendeutschen im Jahre 1945 sondern vorher 1938 die Wirkung der Wortbrüche, Diskriminierungen, Vergehen und Verbrechen der Tschechen an „ihren“ Deutschen seit 1918. Die Regierungschefs Englands, Frankreichs und Italiens setzen ihre Unterschriften in München nicht alleine unter den Vertrag, um Kriegsgefahr zu bannen. Sie unterzeichnen dies Abkommen im September 1938 über die Köpfe der Tschechen hinweg auch deshalb, weil sie nur zu gut wissen, daß die Tschechen sich die Gebiete der Sudetendeutschen 1918 ohne Rechtstitel, mit der Gewalt der Waffen angeeignet haben. Sie haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Tschechen und Slowaken den Deutschen und Ungarn die in Saint-Germain versprochenen und in der Verfassung von 1920 festgeschriebenen Minderheitenrechte niemals völlig zugestanden haben. Sie wissen, daß die beiden Titularnationen die Sudetendeutschen als Bürger ihres Staates persönlich, wirtschaftlich und politisch diskriminiert haben, und daß sie nie versucht haben, die Deutschen als ihre zweitstärkste Bevölkerungsgruppe gleichberechtigt in ihren neuen Staat zu integrieren.

Zu den Folgen des Münchener Abkommens ist noch nachzutragen, daß eine Gruppe hoher deutscher Generale[158] vor der Konferenz von München Vorbereitungen getroffen hatte, Hitler festzunehmen und vor Gericht zu stellen, falls er wegen der Sudeten einen Krieg vom Zaune brechen sollte. Der Verhandlungssieg

[157] Siehe Nawratil, Seite 89. Die in der sonstigen Literatur angegebenen Zahlen über die bei der Vertreibung umgekommenen Sudetendeutschen schwanken zwischen ca. 30.000 in tschechischen Verlautbarungen und 400.000 nach Angaben des Statistischen Bundesamts

[158] Es handelt sich um die Generale Adam, Beck, Graf Brockdorff-Ahlefeldt, Halder, Hoeppner, Ulbricht und von Witzleben

von München läßt den Putschversuch ins Leere laufen und gibt Hitler einen Nimbus, der dazu führt, daß ähnliche Versuche in den folgenden fünf Jahren nicht mehr unternommen werden. Nach München bleibt zunächst das Rätsel offen, ob Hitler mit dem Wehrmachtsaufmarsch in Richtung Tschechoslowakei Krieg führen oder alle Gegner bluffen wollte. Dies wirkt ein Jahr später nach, als die deutschen Generale und die Spitzendiplomaten beim Wehrmachtsaufmarsch gegen Polen bis zum Schluß nicht wissen, ob Hitler angreifen oder nur mit Bluff eine Verhandlungs- beziehungsweise Zugeständnislösung in der Danzig-Frage will.

Der Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938

Nach der Münchener Konferenz bleibt zunächst das Problem der polnischen und ungarischen Minderheiten offen, zu dessen Lösung die vier Mächte sich drei Monate Zeit gelassen hatten.

Am 1. Oktober beginnen die deutschen Truppen, das Deutschland zuerkannte Sudetenland zu besetzen. Am gleichen Tage marschieren die Polen in das ihnen zu der Zeit noch nicht zugesprochene Teschener Gebiet. Am 14. Oktober wird ein Drittel der deutschen „Einmarschtruppe“ wieder abgezogen. Neben diesen schnell geschaffenen Fakten läuft ein heftiges Zerren um die zwei noch offenen Minderheitenfragen. Die Warschauer Regierung versucht ihre weiteren Interessen in der Tschechoslowakei mit Hilfe des deutschen Hebels und mit ungarischer, rumänischer und slowakischer Hilfe durchzusetzen. Die Regierung in Budapest dagegen verhandelt mit der zuständigen Regierung in Prag. Zunächst die Ungarn:

Gleich zu Beginn des Oktobers 1938 treffen sich zwei Delegationen aus Prag und Budapest, um die Minderheitenrechte der Ungarn und einen neuen Grenzverlauf zu regeln. Nach fast zwei Wochen werden die Verhandlungen ergebnislos beendet. Der italienische Staatschef Mussolini, der sich nach wie vor als der Patron der Ungarn fühlt, und der seinen Einfluß dort nicht schwinden sehen möchte, drängt nun die deutsche Reichsregierung, helfend einzugreifen. Mussolini fürchtet, daß das Ungarnproblem in der Tschechoslowakei binnen dreier Monate anders nicht zu lösen ist, und er will vermeiden, daß dann die dafür vorgesehene nächste Viererkonferenz zusammentritt. Dort könnten England und Frankreich zu Lasten Ungarns und zugunsten der Tschechen und Slowaken Einfluß nehmen. Berlin und Rom üben daraufhin gemeinsam Druck auf Prag und Budapest aus, bald eine Einigung zum Schicksal der ungarischen Minderheit und zum neuen Grenzverlauf zu finden. Die Regierungen in Budapest und Prag erklären daraufhin am 30. Oktober, daß sie bereit sind, im voraus einen Schiedsspruch anzuerkennen, den Deutschland und Italien zum Streit der beiden Staaten fällen werden.

Mussolinis England-Ängste sind in diesem Falle offensichtlich unbegründet. Die britische Regierung zeigt kein Interesse an dem Streit Ungarns und der Tsche-

choslowakei. Sie selbst empfiehlt der italienischen Regierung, die Minderheitsfrage durch ein deutsch-italienisches Schiedsgericht ohne Hinzuziehung der Regierungen in London und Paris zu lösen[159].

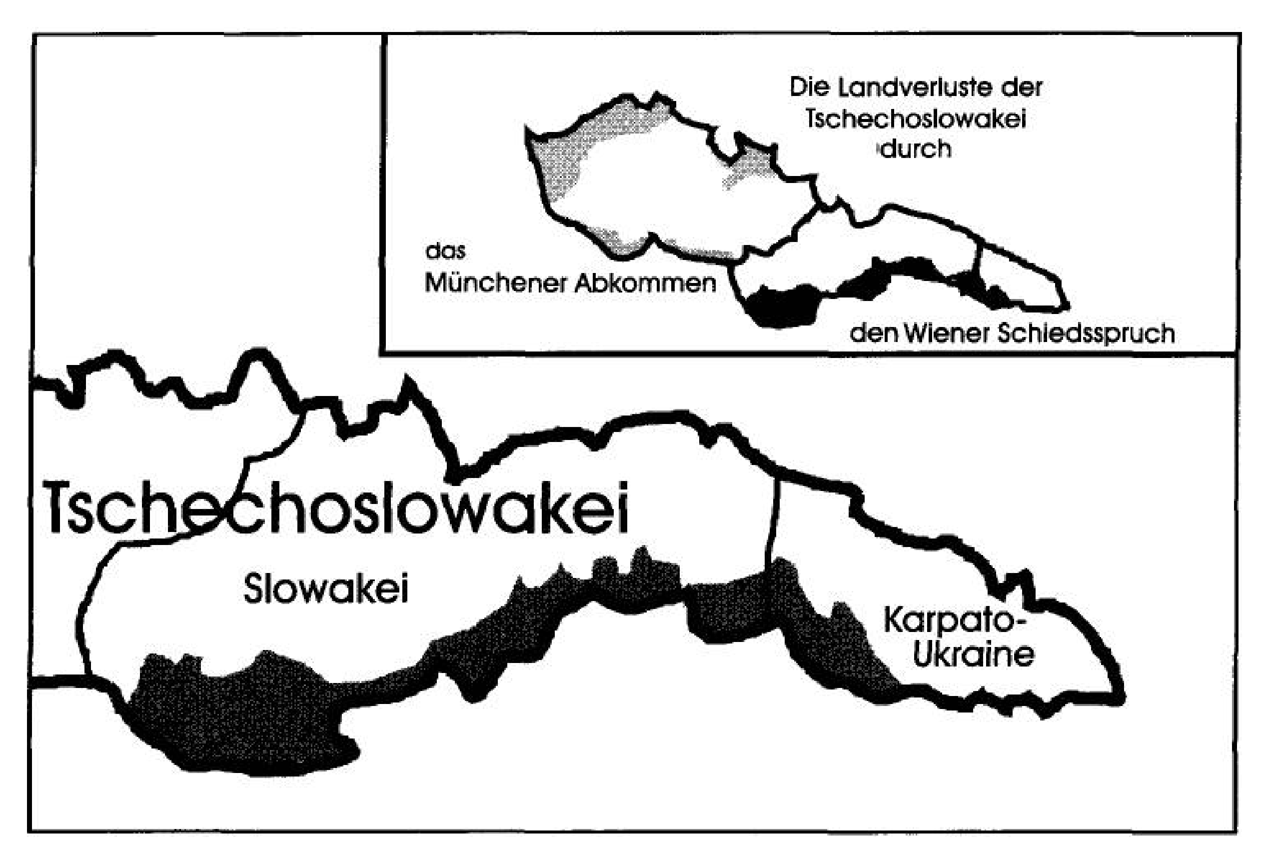


Abb. 6: Verkündigung des Wiener Schiedsspruchs durch Außenminister von Ribbentrop
Am Tisch von rechts nach links: der ungar. Außenmin. v. Kanya, Chefdolm. Dr. Schmidt, Legationsrat Dr. Woermann, Außenmin. v. Ribbentrop, der ital. Außenmin. Graf Ciano, der tschech. Außenmin. Chvalkovski und der slowak. Min.Präs. Dr. Tiso

Am 2. November 1938 tritt daraufhin eine deutsch-italienische Schiedskommission in Wien zusammen. Ungarn, Tschechen und Slowaken tragen ihre Positionen vor und das Schiedsgericht entscheidet. Ein von Westen nach Osten verlaufender Gebietsstreifen im Süden der Slowakei mit einem Zipfel in der Karpato-Ukraine werden Ungarn zugeschlagen. Damit kommen 746.000 Ungarn heim ins Mutterland. Doch auch 75.000 Slowaken werden dadurch gegen ihren Willen nach Ungarn eingebürgert.

Mit dem Wiener Schiedsspruch ist nur die eine Minderheitenfrage einer Lösung zugeführt. Die zweite, die nach dem Münchener Abkommen ja auch noch offen ist, bleibt dabei ungelöst. Der Staat Polen stellt gleich nach der Annexion des Teschener Gebiets eine Reihe immer neuer Forderungen nach „polnischen“ Gebie-

[159] PAAA, R 29770, Blatt 760 76



Karte 13: Die Landverluste der Tschechoslowakei nach dem Wiener Schiedsspruch

ten. Doch dabei handelt es sich neben einem Streifen Grenzland vor allem um Gebiete mit Kohlevorkommen und Chemischer Industrie. Die polnischen Gebietsansprüche, die erkennbar mehr nach fremden Bodenschätzen als nach eigenen Minderheiten trachten, werden beim Wiener Schiedsgericht nicht mitverhandelt. So bleibt die Frage der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei auch weiter ungelöst. Und damit ist der im Münchener Abkommen vorgesehene Zeitpunkt für eine Garantie der Italiener und der Deutschen zu den neuen Grenzen der Tschechoslowakei noch immer nicht gekommen.

Nun bahnt sich – darauf soll hier besonders hingewiesen werden – der baldige Bruch der bisher vertraglichen deutsch-polnischen Beziehungen an. Während des ganzen Oktobers 1938 versucht Polen, den Zerfall der Tschechoslowakei mit Deutschlands Hilfe zu beschleunigen., die Slowakei mit Teilen ihrer Industrie und Bodenschätze zu beerben und die Karpato-Ukraine den Ungarn zuzuschieben. Letzteres will Polen, um bei einem Krieg mit Rußland die Unterstützung der Ungarn an der eigenen Hintertür zu haben. Für die Polen sind die Tschechen und Slowaken nicht Partner, sondern im Falle einer Auseinandersetzung mit den Sowjets die Verbündeten des potentiellen Gegners, und zwar im eigenen Rücken. Am 24. Oktober, bei einem der Gespräche, das der polnische Botschafter Lipski zu diesem Zwecke mit Außenminister von Ribbentrop in Berlin führt, bringt der ein neues Thema aufs Tapet. Von Ribbentrop eröffnet Lipski, daß Hitler in ab-

sehbarer Zeit die Rückgliederung Danzigs an das Deutsche Reich wünscht. Das hätte zu der Zeit durchaus ein Handel werden können, Danzig gegen ein Stück der Tschechoslowakei. Doch der Wiener Schiedsspruch läßt die Wünsche Polens außen vor. Hier ist eine Chance verpaßt, das Streitobjekt Danzig, das ein Jahr danach den Krieg auslöst, im Zuge eines „Handels“ aus der Welt zu schaffen. Ab dem 24. Oktober 1938 ist das Thema Danzig zwischen Berlin und Warschau auf dem Tisch.

Die „Reichskristallnacht“ am 9. November 1938

In dieser in Europa ohnehin so angespannten Lage ereignet sich ein Drama, das für Deutschland ein dauerhafter Schandfleck bleiben und schwere Folgen haben wird. Das Ereignis gehört zu diesem Teil der Vorkriegsgeschichte, weil es das englisch-amerikanisch-deutsche Verhältnis nachhaltig belastet.

Zeitgleich mit der Verfolgung deutscher Juden herrscht ein starker Antisemitismus auch in Polen. Während in den Jahren von 1933 bis 1938 170.000 deutsche Juden ihr eigenes Land verlassen und im Ausland Rettung vor Verfolgung suchen, strömen 557.000 polnische Juden von Ost nach West, um in Deutschland den Verfolgungen in Polen zu entkommen[160]. Die Reichsregierung versucht, Tausende der armen Flüchtlinge zurück nach Polen abzuschieben, doch dort sind sie inzwischen ausgebürgert und werden nicht mehr in ihr Land gelassen. Ein 18 Jahre alter Jude namens Grynszpan will die Aufmerksamkeit der Welt durch eine spektakuläre Tat auf das schlimme Schicksal seiner Glaubensbrüder lenken. Er erschießt, um dies zu tun, in der deutschen Botschaft in Paris einen ebenfalls noch jungen deutschen Diplomaten, den Legationssekretär vom Rath, und läßt sich dann verhaften. Das ist nach der Ermordung des Deutschen Wilhelm Gustloff, des Führers der Auslandsdeutschen in der Schweiz, durch einen Juden das zweite Attentat in dieser Art. Der Mord an Ernst vom Rath entfesselt im Deutschen Reich ein Feuer der Entrüstung. Am Tag nach der Tat Grynszpans brennen in Deutschland Hunderte von Synagogen. Jüdische Geschäfte werden zerstört, selbst Wohnungen geplündert. Die Nacht dieses schändlichen Pogroms vom 9. auf 10. November 1938 erhält die makabere Bezeichnung „Reichskristallnacht“. Kurz nach dem furchtbaren Ereignis werden weitere antijüdische Gesetze im Deutschen Reich erlassen.

Die Wirkung auf das Ausland ist verheerend. Der Argwohn der Amerikaner, Engländer und Franzosen gegen das nationalsozialistische Deutschland erhält neue Nahrung. In England und Amerika kommt zum ohnehin vorhandenen Mißtrauen gegenüber den außenpolitischen Zielen Deutschlands die offene Ablehnung des hier gezeigten Unrechts an den Juden. Die Folgen lassen auch nicht lange auf sich warten. US-Präsident Roosevelt beruft den Botschafter der Vereinigten Staaten aus Berlin ab. Die Reichsregierung reagiert mit der Abberufung ihres Mannes aus Washington. Damit ist der Faden zwischen Berlin und Wash-

[160] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 39

ington zerschnitten. Was auf Dauer schwerer wiegt, ist Roosevelts Bemühen, seine Gangart gegenüber Deutschland zu verschärfen. Er schlägt dem Kongreß ein neues Verfahren vor, das auf die Ablösung des bisherigen „cash- and carry“-Systems zur Lieferung von Kriegswaffen an England und Frankreich auf ein „lend- and lease“-System hinausläuft[161]. Auch wenn Roosevelts Vorschlag im Kongreß noch keine Mehrheit findet, so ist die neue Richtung damit vorgezeichnet. Des weiteren übt er Druck auf Kongreß und Industrie aus, die laufenden Rüstungsvorhaben zu beschleunigen. Mit der „Reichskristallnacht“ findet die Neutralitätspolitik Amerikas den Anfang ihres Endes.

Eine der späteren Folgen dieses Wandels in den USA ist die Verhärtung der Fronten im Streit um Danzig im Sommer 1939. Die Regierungen in Warschau, London und Paris erfahren umgehend aus Roosevelts politischer Umgebung, daß der US-Präsident der Herrschaft Hitlers und der NSDAP im Deutschen Reich ein Ende setzen und aus diesem Grunde Krieg mit Deutschland führen will. So erklärt der US-Botschafter in Paris, William Bullitt, am 19. November 1938, nur wenige Tage nach der „Reichskristallnacht“, während eines Aufenthalts in Washington seinem dortigen polnischen Kollegen, Graf Potocki,:

> *„Nur Gewalt und schließlich ein Krieg kann der wahnsinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen.“*

Potocki, der dieses am 21. November brühwarm nach Warschau meldet, berichtet, daß Bullitt auf seine Frage, ob sich Amerika an einem Krieg gegen Deutschland beteiligen werde, geantwortet habe:

> *„Zweifelsfrei ja, aber erst dann, wenn England und Frankreich zuerst losschlagen. Die Stimmung in den Vereinigten Staaten gegenüber Nazismus und Hitlerismus ist so gespannt, daß schon heute unter den Amerikanern eine ähnliche Psychose herrscht wie vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland im Jahre 1917.“* [162]

Mit einer solchen Erklärung im Rücken haben die Polen und die sie unterstützenden Engländer und Franzosen eine gute Aussicht, daß ein Krieg um Danzig mit der Waffenhilfe Amerikas zur Niederlage Deutschlands führen wird. Ein Grund mehr, 1939 in der Danzig-Frage nicht das kleinste Stückchen nachzugeben.

Die Frage, die sich hier trotz all der schlimmen Verfolgung der Juden in Deutschland stellt, ist, warum sich US-Präsident Roosevelt und mit ihm offensichtlich die amerikanische Nation nicht mit der gleichen Vehemenz und Strenge gegen die ihnen ebenfalls bekannte Drangsalierung der Juden im Staate Polen wenden, und warum sie die Diktatur in diesem Lande akzeptieren. Es fragt sich auch, warum Botschafter Bullitt seinem polnischen Kollegen gegenüber schon 1938 von der „wahnsinnigen Expansion Deutschlands“ redet, wo diese bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal begonnen hat. Diese drei Kriterien Antisemitismus, Diktatur und Expansion hätten die Vereinigten Staaten, wenn es allein darum gegan-

[161] cash and carry: Bezahlung bei Abholung, lend and lease: Leih und Pacht
[162] AA, 1940, Nr. 3, Dokument 4

gen wäre, seit 1919 auch immer wieder zu Auseinandersetzungen mit anderen Staaten zwingen müssen. Doch nichts dergleichen ist geschehen. Der Grund für die amerikanisch-deutschen Differenzen, das kann man hieraus schließen, liegt offensichtlich auch in einer gewissen Deutschlandfeindlichkeit der handelnden Personen.

Der Irrtum mit der „freien Hand im Osten“

Das Abkommen von München, die deutsch-britische Freundschafts- und Konsultationsvereinbarung vom 30. September, der Schiedsspruch von Wien, die „Reichskristallnacht“ und die noch offenen französisch-italienischen Differenzen führen in den Monaten danach zu einem Hin- und Hergezerre in Europa, bei dem es keine klaren Fronten gibt.

In Frankreich ist man unzufrieden mit dem Münchener Abkommen, weil man glaubt, dort eine Gelegenheit verpaßt zu haben, Deutschland erneut auf Elsaß-Lothringen verzichten zu lassen[163]. In England hat man mit der Hitler-Chamberlain-Erklärung vom 30. September ein Dokument, das Deutschland für alle Zeit verpflichtet, bei neuen Differenzen mit dritten Staaten zuerst die englische Regierung zu konsultieren. England legt Frankreich nahe, ein ähnliches Freundschafts- und Konsultationsabkommen mit Deutschland abzuschließen. Nach einigen Verhandlungen sind die Regierungen in Paris und Berlin im November 1938 zum Vertragsabschluß bereit. Nun gibt es Sperrfeuer aus Italien, den USA und innerhalb von Frankreich. Der „Duce“ Mussolini beansprucht Nizza, Korsika, Tunis und Dschibuti von den Franzosen und versucht folglich, die Deutschen von einer Annäherung an Frankreich abzuhalten. Auf der anderen Seite ist es US-Präsident Roosevelt, der alle Staaten – so auch Frankreich – auf einer Pressekonferenz am 15. November, kurz nach der „Reichskristallnacht“, rät, sich von Deutschland fernzuhalten. In Frankreich selbst sind es einige Gewerkschaften und die Kommunistische Partei, die auf Weisung Moskaus den Versuch unternehmen, den Besuch des Außenministers von Ribbentrop in Paris und damit die Unterzeichnung eines deutsch-französischen Nichtangriffspaktes zu vereiteln. Trotz aller dagegenlaufenden Bemühungen unterzeichnen die beiden Minister des Äußeren von Ribbentrop und Bonnet am 6. Dezember 1938 in Paris dennoch einen Vertrag, der feststellt,

- daß beide Länder keine Fragen territorialer Art mehr offen haben,
- daß sie feierlich gegenseitig ihre gegenwärtigen Grenzen anerkennen und
- daß sie in Zukunft alle bilateralen Fragen miteinander beraten wollen, wenn die künftige Entwicklung dieser Fragen zu internationalen Schwierigkeiten führen sollte.[164]

---

[163] Deutschland hatte auf Elsaß-Lothringen bereits dreimal verzichtet: in Versailles 1919, im Locarno-Vertrag 1925 und nach der Saar-Abstimmung 1935

[164] Vertrags-Ploetz, Teil II, Band IV, Seite 160

Mit dem Hitler-Chamberlain-Freundschafts- und Konsultationspapier und dem ähnlichen Ribbentrop-Bonnet-Vertrag haben sich Hitler, Chamberlain und Daladier auf Gegenseitigkeit verpflichtet, daß sich Deutschland, England und Frankreich zukünftig um friedliche Beziehungen bemühen und in heiklen Fragen konsultieren werden. Dies hätte zu einer Mäßigung der deutschen Außenpolitik in der Zeit danach führen müssen, doch ein Mißverständnis oder eine Irreführung oder beides bewirkt das genaue Gegenteil. Der deutsche Außenminister von Rib-bentrop fuhrt mit seinem französischen Kollegen Bonnet vor und nach der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages am 6. und 7. Dezember 1938 Gespräche über politische Themen, die für beide Seiten von Interesse sind: die Gebietsforderungen Italiens an Frankreich, die noch ausstehende Garantieerklärung Deutschlands für die neuen Grenzen der Tschechoslowakei, die französisch-sowjetischen Beziehungen und anderes mehr. Von besonderem Inter-esse ist dabei der Meinungsaustausch über die französischen Militärverträge mit den Staaten Osteuropas hinter Deutschlands Rücken. Von Ribbentrop bezeichnet Frankreichs Vertragssystem als „ärgerliches Überbleibsel französischer Einkreisungspolitik“[165]. Er hört aus Bonnets Entgegnungen heraus, daß Frankreich sich von Deutschland einen mäßigenden Einfluß auf Italien mit dessen Gebietsansprüchen verspricht, und daß es Deutschland dafür „freie Hand in Osteuropa“ läßt. Hier hat der deutsche Außenminister etwas gehört oder herausgehört, was Bonnet später nicht bestätigt. Von Ribbentrop berichtet seinen Mitarbeitern wiederholte Male, daß Bonnet ihm dieses angedeutet habe. Der bei den Gesprächen in Paris übersetzende Chefdolmetscher des Auswärtigen Amts Dr. Paul **Otto** Schmidt zum Beispiel berichtet dem Pressechef des Amts Dr. Paul **Karl** Schmidt schon auf der Rückfahrt nach Berlin über das Gespräch der zwei Minister:

> *„Die osteuropäischen Fragen wurden mit harten Bandagen ausgetragen. Der Chef hat den guten Bonnet ziemlich betrommelt, und der hat sich schließlich in den Clinch gerettet. Wenn wir für die Franzosen die Italiener zügeln, wird Paris wahrscheinlich in der Danzigfrage die Polen nicht ermutigen, hartnäckig zu sein.“* [166]

Von Ribbentrops Eindruck oder Irrtum hatte sich offensichtlich schon vor der Pariser Konferenz gebildet. Am 20. November, also gut zwei Wochen vorher, tritt der neue französische Botschafter Coulondre seinen Dienst in Deutschland an. Über das Gespräch des neuen Botschafters bei seinem Antrittsbesuch beim deutschen Außenminister schreibt der anwesende Chefdolmetscher Schmidt als Aufzeichnung:

„Ribbentrop: *eine Verständigung ist möglich, wenn sich die ... europäischen Staaten auf ihre wirklichen Interessen beschränken, so Frankreich auf sein großes Kolonialreich, England auf sein Empire und*

---

[165] Bonnet, Seite 135

[166] Paul **Karl** Schmidt, Seite 29. Der Chefdolmetscher Dr. Paul **Otto** Schmidt hat das zitierte Gespräch in einem Buch 1952, also 14 Jahre später, anders wieder gegeben.

	Deutschland auf seine eigentliche Interessensphäre, nämlich den Südosten Europas.
Coulondre:	*sagte, daß er die Frage genauso sehe".* [167]

Daß der französische Außenminister Bonnet und sein Botschafter Coulondre in Berlin dies im November 1938 so sehen und Deutschland freie Hand im Osten lassen wollen, läßt sich auch aus den Memoiren des damaligen französischen Botschafters in Warschau Noel entnehmen. Noel beschreibt, daß Bonnet zu der Zeit drauf und dran ist, die französischen Beistandspakte mit Polen und mit der Sowjetunion zu lösen[168]. Dies ist ein ziemlich sicheres Indiz dafür, daß Frankreich während einer kurzen Zeit Deutschland wirklich freie Hand in Osteuropa lassen will. Doch schon im Januar 1939, beim Besuch des deutschen Außenministers von Ribbentrop in Warschau und bei dem Versuch, die Danzig-Frage auf dem Verhandlungsweg zu lösen, mischt sich Frankreich wieder ein.

Zusagen der „freien Hand" sind ansonsten zu der Zeit nicht selten. Im gleichen Jahr 1938 schließen zum Beispiel Italien und England ein solches Abkommen[169]. England gibt Italien darin „freie Hand" in Abessinien und gegenüber Spanien und läßt sich dafür Handlungsfreiheit in Mitteleuropa zusichern. 1935 hatten sich auch Frankreich und Italien im geheimen Zusatzabkommen zu den Römischen Verträgen „freie Hand" für ganz bestimmte ihrer Interessen zugestanden.

Es ist auch nicht auszuschließen, daß von Ribbentrop sich nicht geirrt hat, und daß Frankreichs Minister und Diplomaten die „freie Hand" erst angedeutet und dann geleugnet haben. Immerhin hatten sie für Deutschlands Einfluß gegen die Gebietsansprüche Italiens ja irgend etwas bieten müssen. Ob Wahrheit oder Mißverständnis oder Irrtum, der Gedanke hat sich bei von Ribbentrop so festgesetzt, daß er daraus die falschen Schlüsse zieht und Hitler in der Folgezeit dementsprechend falsch berät. Im Fall der Tschechei nur drei Monate danach und im Falle Polens neun Monate später sagt von Ribbentrop dem „Führer" in dieser irrigen Beurteilung voraus, daß Frankreich die Kriege Deutschlands gegen die Nachbarn in Osteuropa tolerieren werde. Bei der folgenden Besetzung der Rest-Tschechei hält Frankreich aus ganz anderen Gründen still und erweckt damit den Anschein, von Ribbentrop habe die „Zusicherung der freien Hand" in Paris korrekt verstanden. Doch bei dem Angriff gegen Polen kommt Ribbentrops Irrtum voll zum Tragen. Er berät Adolf Hitler falsch, und Frankreich erklärt dem Deutschen Reich drei Tage nach dem deutschen Angriff gegen Polen von sich aus den Krieg.

Im Falle Polens ist von Ribbentrops Rat jedoch nicht mehr zu verstehen, da ihm Bonnet zuvor mit einem Brief vom 1. Juli mitteilt, daß die Politik der freien Hand

---

[167] Paul Karl Schmidt, Seite 32
[168] Noel, Seiten 246 und 27
[169] Britisch-Italienisches Abkommen vom 16. April 1938, siehe Churchill Weltkrieg, Seite 115

sich nicht darauf beziehen könne, Teile eines Nachbarlands mit Militär zu unterwerfen[170].

Ansonsten sind die Monate vor dem Zerfall der Tschechoslowakei und vor dem Einmarsch in die Rest-Tschechei davon geprägt, daß Englands Presse gegen das Abkommen von München zu Felde zieht, und daß Winston Churchill nicht müde wird, gegen das Deutsche Reich zu trommeln. Dementsprechend reagiert die deutsche Presse zunehmend anti-englisch. Im Dezember 1938 und im Januar danach laufen außerdem in England Gerüchte um, von denen niemand weiß, woher sie stammen. Es heißt, Deutschland wollte Holland und die Schweiz erobern, die Ölfelder Rumäniens besetzen, London bombardieren und anderes dergleichen[171]. So wird die öffentliche Meinung in England schon auf Temperatur gebracht, noch ehe irgendjemand in Deutschland Grund hat, über solches nachzudenken. Im übrigen wird in Deutschland, Frankreich, England, in den USA, in der Sowjetunion und in der Tschechoslowakei um die Wette weiter aufgerüstet.

Der Zerfall der Tschechoslowakei

Die Trennung der deutschsprachigen Bevölkerung vom Staat der Tschechen und Slowaken nach der Konferenz von München löst das Problem nicht, das dieser Staat seit seiner Gründung hat. Den Slowaken, Ungarn, Polen und Ruthenen (Ukrainern) sind 1919 in der Vereinbarung von Pittsburgh und im Minderheitenabkommen von Saint-Germain Rechte zugesprochen worden, die sie nun – wie jetzt die Sudetendeutschen – endlich haben wollen.

Am 4. Oktober 1938 tritt Staatspräsident Beneš, der die Tschechenherrschaft im Vielvölkerstaat der Tschechoslowakei geschaffen hatte, von seinem Amt zurück. Ihm folgt Ministerpräsident General Syrovy, der nun für kurze Zeit die beiden Spitzenämter innehat. Am 29. November 1938 wird Dr. Hacha nach General Syrovy vierter Präsident der Tschechoslowakei. Er ist Verwaltungsjurist und bis dahin ohne politische Tätigkeit und Ambitionen und auch ohne die dem Amt entsprechenden Erfahrungen. Ehe Dr. Hacha als Staatspräsident und Syrovy als Ministerpräsident die Zeit finden, das Land neu zu gestalten, driften die im Staat verbliebenen Völker von selber auseinander. Nach der Abtrennung der Sudetenlande, der Annexion des Teschener Gebiets durch Polen, dem Wiener Schiedsspruch und der Wiedereingliederung der Ungarn in ihr Mutterland gehören nur noch sechseinhalb Millionen Tschechen sowie zwei Millionen Slowaken, knapp eine halbe Million Ruthenen und kleine Minderheiten zum Rest der Tschechoslowakei. Dieser Rumpf soll, so ist es zwischen Tschechen, Slowaken und Ruthenen vereinbart worden, nun zu einem Bundesstaat mit innerer Autonomie für die drei Völker umgestaltet werden.

---

[170] Paul **Karl** Schmidt, Seite 74 und ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 602
[171] Henderson, Seite 183

Am 4. Oktober 1938 beschließen die Ruthenen und am 9. die Slowaken, eigene Landesparlamente aufzustellen und damit ihre Rolle in dem neuen Bundesstaate selber zu gestalten. In Preßburg werden ein provisorischer Landtag und eine vorläufige Landesregierung für die Slowakei und in Užgorod gleichfalls ein solcher Landtag und eine solche Landesregierung für die Karpato-Ukraine gebildet. Die vorläufige Landesregierung für die Slowakei führt ein Monsignore Dr. Tiso, die für die Karpato-Ukraine ebenfalls ein geistlicher Herr, Monsignore Dr. Woloschin. Als die zwei Präsidenten der neuen „Bundesländer" allerdings die ersten Landtagswahlen halten lassen, setzen Schwierigkeiten ein.

In der Wahl der Ruthenen am 2. Februar 1939 bestätigen 92% der Wähler Woloschin in seinem Amt und die von ihm geforderte innere Autonomie für die Karpato-Ukraine. Drei Wochen später, am 23. Februar, fällt die Wahl mit 98% für Tiso und die Autonomie sogar noch deutlicher aus. Nun fürchten Dr. Hacha und die tschechischen Minister seines Kabinetts, daß auch der Rest der Republik in seine Teile auseinanderbrechen könnte. Am 6. März läßt Hacha deshalb tschechische Truppen unter General Prchala in die Karpato-Ukraine einmarschieren und ernennt, ohne das neue Ruthenen-Parlament zu fragen, den General zum dortigen Innen-, Finanz- und Verkehrsminister. Ministerpräsident Woloschin ist damit als Regierungschef der Karpato-Ukraine schon entmachtet, kaum daß er sein erstes ruthenisches Landeskabinett hat bilden können.

Der Slowakei geht es nicht besser. Am 10. März entläßt Hacha Monsignore Tiso als Minister für slowakische Angelegenheiten aus der noch gemeinsamen Staatsregierung der Tschechoslowakei und mit ihm drei weitere slowakische Minister. Damit ist die Herrschaft der Tschechen über die Slowaken, die Ruthenen und die Minderheiten im Gesamtstaat wieder hergestellt. Am 10. März löst Dr. Hacha außerdem den frisch gewählten Landtag der Slowaken wieder auf. Er läßt Preßburg von tschechischem Militär besetzen, die slowakischen Milizen durch tschechische Polizei ersetzen[172], die Post- und Bahnverbindungen ins Deutsche Reich einstellen und ein paar als Separatisten bekannte Landesparlamentarier verhaften. Die Krone setzt Dr. Hacha der Entmachtung der Slowaken damit auf, daß er der Slowakei eine neue Landesregierung unter dem früheren Erziehungsminister Sivak aufdrückt[173]. Doch Sivak nimmt das Amt nicht an, und Hacha muß Monsignore Tiso nach ein paar Tagen Chaos bitten, die Regierung über die Slowakei wieder zu übernehmen. Tiso ist von nun an nicht mehr dazu bereit, mit den Tschechen im allgemeinen und mit der Prager Regierung im besonderen in irgendeiner Form Gemeinsamkeit zu suchen und die Tschechoslowakei am Leben zu erhalten.

Auch bei der kleinen, noch im Land verbliebenen deutschen Minderheit rumort es. Bei der Abtrennung der Sudetengebiete sind nicht nur 350.000 Tschechen ge-

[172] Henderson, Seite 201
[173] Henderson, Seite 201

gen ihren Willen dem Deutschen Reiche zugeschlagen worden. Auch 175.000 Deutsche in den Sprachinseln innerhalb der Tschecho-Slowakei mußten in diesem ihnen fremd gebliebenen Staat verbleiben. Die Sudetendeutschen – enttäuscht, daß sie nicht „heim ins Reich“ gekommen – kooperieren nicht mehr mit den Tschechen. Die ihrerseits sehen inzwischen in den Deutschen ihren Feind im eigenen Lande. Tausende von Sudetendeutschen verlieren ihren Arbeitsplatz. Die Tschechoslowakei gewährt ihnen und ihren Familien zunächst keine Arbeitslosenunterstützung, was sonst im Lande üblich ist. So kommt für viele der in der Tschechoslowakei verbliebenen Deutschen zur Isolierung die wirtschaftliche Not. Damit steht eine dritte, wenn auch nur noch sehr kleine Volksgruppe auf schlechtem Fuße mit den Tschechen. Dieses Zerwürfnis zwischen Tschechen und in der Tschechoslowakei verbliebenen Sudetendeutschen kann allerdings nicht als Rechtfertigung für das später aufgezwungene Protektorat Deutschlands über die Tschechei herhalten. Dr. Hacha bemüht sich seit seinem Amtsantritt am 29. November 1938 zusammen mit Außenminister Chvalkovsky um ein gedeihliches Verhältnis zur deutschen Reichsregierung. Wann immer Klagen aus Berlin nach Prag gerichtet werden, beeilen sich Hacha und Chvalkovsky, den deutschen Wünschen nachzukommen. Dennoch gelingt es Dr. Hacha nicht, die Lebensverhältnisse der Sudetendeutschen in seinem Land in kurzer Zeit zu ändern.

Zu allem inneren Aufruhr in der Rest-Tschecho-Slowakei kommt weiterer Druck von außen. Die Polen bleiben bei ihren nach ihrer Sicht noch immer offenen territorialen Forderungen. Am 17. Oktober beansprucht Warschau ein 5 mal 20 Kilometer großes Grenzgebiet südwestlich Zakopane. Dann steckt es Fühler nach Deutschland und Rumänien aus, um mit Berliner und Bukarester Hilfe eine Abtrennung der Karpato-Ukraine und deren Angliederung an Ungarn zu erreichen[174]. Am 22. Oktober fordert Warschau vier weitere, wenn auch nur kleine Grenzkorrekturen in der Tatra. Alsdann startet die polnische Regierung den allerdings vergeblichen Versuch, die Slowakei zur Erklärung ihrer Unabhängigkeit zu bewegen[175]. Bis zum 30. Oktober umfaßt die Liste polnischer Forderungen an die Tschechoslowakei neben den schon genannten Grenzverschiebungen die Gegend von Hrosow mit Kohlengruben und chemischen Fabriken, ein noch nicht ausgebeutetes Grubenfeld bei Hermanice, die Grube Ludwigsschacht bei Petrwald sowie die Bahn- und Straßenstrecke von Cerny nach Zwardon am Jablonka-Paß, und die Straße bei Lubkov in den Ostbeskiden. Die slowakische Regionalregierung, die sich offensichtlich nicht mehr sicher ist, daß die Prager Zentralregierung sie vor den polnischen Gebietsansprüchen schützen kann, wendet sich am 31. Oktober an die deutsche Reichsregierung und bittet, die Slowakei vor den nachgeschobenen Forderungen der Polen zu beschützen[176]. Am 4. März 1939 beginnt die polnische Regierung, Truppen an die Grenze zu verle-

[174] PAAA, R 29770 und Roos, Polen und Europa, Seite 382
[175] PAAA, R 29770, Blatt 76021
[176] PAAA, R 29770, Blatt 76088

gen. Am 12. März sind es inzwischen zwei volle Divisionen in und vor dem Teschener Gebiet[177]. Am 13. marschieren weitere Truppen aus Polen an die Grenze zur Karpato-Ukraine. Des weiteren drängt die polnische Regierung die rumänische, sich der Eisenbahnlinien und der rumänischen Dörfer in der Karpato-Ukraine zu bemächtigen[178].

Auch die ungarische Regierung stellt trotz ihres Landgewinns im Wiener Schiedsspruch weitere Forderungen. Dabei geht es nicht nur um die historischen Ansprüche, die die Ungarn geltend machen. Es geht auch um einen Streit der Ungarn und Ruthenen um die Zerstörung der Natur, die die Ruthenen mit dem Abholzen der Südhänge der Waldkarpaten treiben. Die Ruthenen versuchen, sich Devisen durch Holzexporte zu verschaffen. Sie treiben Raubbau in den Wäldern, die bisher die Niederschläge im Abgang zum Tal der Theiss gespeichert haben, und verursachen damit die Verkarstung der dortigen Karpaten und als Folge dessen die Versumpfung des Ackerlands im ungarischen Theiss-Tal. Am 8. März 1939 bietet Ungarn der Tschechoslowakei den Ankauf der Waldregionen in der Karpato-Ukraine an[179]. Ungefähr ab 11. März läßt Ungarn Truppen an den Grenzen zur Ostslowakei und zur Karpato-Ukraine aufmarschieren[180]. Am 13. März werden in ganz Ungarn Reservisten einberufen, und ein ungarischer Sender kündigt an, daß ungarische Truppen am 15. März marschieren werden, „um ihre ruthenischen Brüder zu befreien". Am 14. März – zwei Tage vor dem deutschen Einmarsch in der Rest-Tschechei – kommt es bei Munkács zu einem ersten Grenzgefecht, bei dem ungarische Truppen ein Dorf auf der tschechoslowakischen Seite erobern und besetzen.

Auch die Rumänen haben nichts für ihre Nachbarn übrig. Am 13. März teilt der rumänische Außenminister Gafencu dem deutschen Botschafter in Bukarest mit, daß

> *„Rumänien kein Interesse an einem Fortbestand der Tschechei oder der Slowakei habe, und daß es sich in keiner Weise mehr an Prag gebunden fühle".* [181]

Hitler weiß von den Ambitionen der Polen und der Ungarn und so beschließt er, Vorteil aus dem Zusammenbruch des ungeliebten Nachbarlands zu ziehen und den anderen Interessenten dabei zuvorzukommen. Am 12. März 1939 weist er Generaloberst Keitel an, daß sich die dafür vorgesehenen Heeres- und Luftwaffenverbände bereitzuhalten haben, am 15. März um 6 Uhr morgens in die Tschechei einzumarschieren[182]. Er hat offensichtlich ein ausgeprägtes Zeitgespür für den Ablauf solcher Dramen.

---

[177] PAAA, R 29934, Blatt 213499
[178] PAAA, R 29934, Blatt 213380
[179] PAAA, R 29934, Blatt 213537
[180] PAAA, R 29934, Blatt 213499
[181] PAAA, R 29934, Blatt 213473
[182] Keitel, Seite 235

Der Druck von außen beschleunigt den Zerfall im inneren. Am 13. März reist der slowakische Ministerpräsident Tiso auf Einladung nach Berlin, um dort zu erkunden, wie sich die deutsche Reichsregierung im Falle einer Unabhängigkeitserklärung der Slowakei verhalten würde. Hitler bekundet, daß Deutschland kein Interesse am Besitze dieses Landes hat, weil es – anders als die Tschechei – nie zum Deutschen Reich gehört hat. Doch Hitler fragt Tiso mit einem Hinweis auf den Truppenaufmarsch des ungarischen Heeres, ob die Slowakei nun unabhängig werden oder zurück zu Ungarn wolle.

> *„ Sie sehen “, so Hitler „ wie die Dinge stehen. Ich habe keine Absichten auf die Slowakei. Sie hat niemals zu Deutschland gehört, und ich werde keinen einzigen deutschen Soldaten für sie einsetzen, sofern sie mich nicht um eine Garantie ihrer Grenzen ersucht. Dann muß die Slowakei aber auch ganz klar sagen, ob sie das will oder nicht“* [183].

Tiso beendet das Gespräch mit Dank, doch ohne eine Antwort. Er fliegt am gleichen Tag zurück nach Preßburg und tritt anderntags vor seinen Landtag, den er zu diesem Zweck schon vor der Reise nach Berlin hatte einberufen lassen. Tisos Rede dort ist kurz und klar:

> *„Da die Prager Regierung mit dem Gewaltakt vom 10. März unsere Autonomie verletzt hat, löse ich alle Bindungen, die bisher zwischen uns bestanden haben. Kraft des Selbstbestimmungsrechts der Völker erkläre ich hiermit die Unabhängigkeit der Slowakei. Diejenigen, die meinen Entschluß gutheißen, mögen sich erheben!“*[184]

Die Reaktion ist eindeutig. Alle Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen und singen die slowakische Nationalhymne. Sofort nach dieser für die Slowakei historischen Versammlung schickt Präsident Tiso dem deutschen Reichsluftfahrtminister Göring ein Telegramm, in dem er schreibt:

> *„Ich bitte Sie, folgendes dem Führer und Reichskanzler zur Kenntnis zu bringen: In starkem Vertrauen auf Sie, den Führer und Reichskanzler des Großdeutschen Reiches, unterstellt sich der slowakische Staat Ihrem Schutz. Der slowakische Staat bittet Sie, diesen Schutz zu übernehmen.*
>
> *Tiso“* [185]

Hitlers Antwort folgt noch am selben Tag:

> *„Ich bestätige den Empfang Ihres Telegramms und übernehme hiermit den Schutz des slowakischen Staates.*
>
> *Adolf Hitler“*

Ein gleiches Schutzersuchen der Ruthenen, ebenfalls am 14. März, wird für Monsignore Woloschin zum außenpolitischen Desaster[186]. Hitler geht nicht darauf ein. Er läßt vielmehr Ungarns Staatschef von Horthy von der Selbständig-

---

[183] ADAP, Serie D, Band IV, Dokument 202 und IMT Band XXXI, Dokument 2802-PS
[184] Benoist-Méchin, Band 6, Seite 65
[185] ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 10
[186] PAAA, R 29934

keitserklärung der Karpato-Ukraine unterrichten und die Budapester Regierung davon informieren, daß sie „freie Hand“ in der Karpato-Ukraine habe. Am 18. März 1939 übernimmt Ungarn dieses kleine Land, das nur historisch, doch nicht dem Volkstum der Ruthenen nach zu ihm gehört. So hat mit dem 14. März die nur 20 Jahre alt gewordene Tschechoslowakei ihr Dasein als Vielvölkerstaat beendet.

Hitlers Reaktion gegenüber den Ruthenen paßt schlecht zu der von vielen Historikern gepflegten Theorie, daß der Diktator von Beginn seiner Laufbahn an die Eroberung eines Ostreiches in der Ukraine als sogenannten Lebensraum im Osten als festen Plan im Auge hatte. Hitler hätte mit einer selbständigen Karpato-Ukraine unter deutscher Schutzherrschaft den Grundstock für eine von Polen und Rußland losgelöste und Deutschland assoziierte Gesamtukraine bilden können. Hitler weiß vom Haß der etwa sechs Millionen Ukrainer auf die Polen, deren Staat sie seit 1920 gegen ihren Willen angehören müssen, und er kennt die Unabhängigkeitsbestrebungen der Ostukrainer in der Sowjetunion. Statt die Karpato-Ukraine und die Ruthenen den Ungarn zu überlassen, hätte Hitler Monsignore Woloschins Antrag annehmen und das erste Stück Ukraine dem deutschen Herrschaftsgebiet als Protektorat angliedern können. Er hat es nicht getan. Warum? Das Desinteresse Hitlers an der Karpato-Ukraine im März 1939 kann man wohl als Zeichen dafür werten, daß er zu der Zeit noch keine ausgereiften Pläne hat, sich der Länder zu bemächtigen, die bislang Herren über die zwei größten Teile der Ukraine sind, Polen und Sowjetunion. Hitler hat im März 1939 nach allem Anschein noch nicht vor, Polen anzugreifen.

Am 14. März 1939 hat die Tschechoslowakei aufgehört zu existieren. Das Todesurteil für dieses Kunstgeschöpf von Saint-Germain ist nicht erst 1939 ausgesprochen worden, sondern kurz nach seiner Gründung mit dem Bruch des Versprechens von Masaryk und Benes, ein Land von gleichberechtigten Völkern nach Art der Schweiz zu bauen. Mit der Tschechoslowakei zerbricht der erste der drei von den Weltkriegssiegermächten geschaffenen Vielvölkerstaaten. Die Tschechen, wie bald danach die Polen und später auch die Serben, scheitern als Leitnationen dieser neuen Kunstgebilde, weil sie sich als Unterdrücker und nicht als Partner der ihnen anvertrauten nationalen Minderheiten zeigen. Amerikaner, Briten und Franzosen, als Paten der Vielvölker-Tschechoslowakei, haben die 1919 mit Tschechen und Slowaken vereinbarten Bürgerrechte für die Angehörigen der anderen Volksgruppen nie überwacht und durchgesetzt. Sie tragen ein Stück Mitschuld am Desaster.

Die Tschechei wird zum Protektorat

Am 13. März 1939, als der slowakische Präsident Tiso zu Hitler fährt, nimmt der englische Botschafter Henderson in Berlin Verbindung zu Staatssekretär von Weizsäcker im Auswärtigen Amt auf. Er will erfahren, was Deutschlands beziehungsweise Hitlers Absicht für den weiteren Verlauf der Dinge ist. Von Weiz-

säcker, der Hitlers Einmarschpläne kennt, weicht aus und sagt nur: „Was auch immer getan wird, wird in einer anständigen Weise geschehen“[187]. Henderson, der Großbritanniens Anspruch zu vertreten hat, die Zukunft der Tschechoslowakei mitzugestalten, warnt von Weizsäcker in aller Eindringlichkeit vor dem Eingreifen Englands für den Fall, daß das Münchener Abkommen verletzt werden sollte. Diese Warnung bleibt, was Hitler später wohl vermerkt, eine hohle Drohung. Henderson drängt am gleichen Tag noch seinen tschechischen Kollegen, er möge seinem Außenminister in Prag nahelegen, sofort nach Berlin zu reisen und die tschechoslowakische Entwicklung mit der Reichsregierung abzusprechen[188].

Ob auf Druck des englischen Botschafters Henderson in Berlin oder aus eigenem Entschluß, am 14. März wendet sich nun als dritter auch der bisherige Staatspräsident der Tschechoslowakei, und ab diesem Tag nur noch Präsident der Tschechen, Dr. Hacha an den deutschen Kanzler. Er bittet um einen schnellstmöglichen Besuchstermin[189], der ihm auch sofort angeboten wird. Noch am 14. nachmittags reist Dr. Hacha in Begleitung seines Außenministers Chvalkowsky und seiner Tochter mit der Bahn von Prag nach Berlin. Eine Flugreise traut sich der schon alte und herzkranke Hacha nicht mehr zu. Der angegriffene Gesundheitszustand des Präsidenten ist auch der Grund, weshalb die Tochter ihn begleitet.

Dr. Hacha trifft spät abends ein und wird mit allen zeremoniellen Ehren, die einem ausländischen Staatsoberhaupt gebühren, in der Reichshauptstadt empfangen. Im Hotel überreicht Außenminister von Ribbentrop der Tochter Hacha einen Strauß mit gelben Rosen. Auf dem Zimmer liegt eine Bonbonniere als Aufmerksamkeit Hitlers für die Dame. Im Vorgespräch, das der tschechische Präsident noch im Hotel mit dem deutschen Außenminister führt, sagt Dr. Hacha zu von Ribbentrop, daß er gekommen sei, „um das Schicksal der Tschechei in die Hände des Führers zu legen“[190]. Alles in allem ein Auftakt für die folgenden Gespräche, der noch nichts Böses ahnen läßt. Von Ribbentrop meldet Hitler die hachasche Bemerkung vom Schicksal der Tschechen, das in die Hände des „Führers“ gelegt werden soll. Der beauftragt den Minister, sofort ein deutsch-tschechisches Abkommen zu diesem Zwecke zu entwerfen.

Als Dr. Hacha bei Hitler eintrifft, ist es inzwischen 1.15 Uhr morgens[191]; für den alten und herzleidenden Präsidenten eine arge Strapaze. Hacha kann auf das, was nun auf ihn zukommt, nicht ganz unvorbereitet gewesen sein. Bereits beim Empfang am Bahnhof hatte ihn der tschechoslowakische Botschafter davon unterrichtet, daß soeben deutsche Truppen in Mährisch-Ostrau auf tschechisches Territorium vorgedrungen wären[192]. Ansonsten sind die deutschen Verbände, die zur

[187] Henderson, Seite 202 und AA 1939 Nr. 2, Dokument 258
[188] Henderson, Seite 205
[189] PAAA ;R 29934, Blatt 213455
[190] IMT Verhandlungen, Band X, Seite 291
[191] 15. März 1939
[192] Hier waren deutsche Truppen zur Abriegelung der polnisch-tschechoslowakischen Grenze in Marsch

Besetzung vorgesehen sind, während sich Dr. Hacha und Hitler gegenübertreten, bereits auf ihrem Marsch zur Grenze. Hitler hatte den Einmarsch deutscher Truppen schon vor zwei Tagen für diesen Morgen auf 6 Uhr in der Frühe festgelegt.

Präsident Hacha geht mit ausgestreckten Armen auf Hitler zu und eröffnet das Gespräch mit einem Schwall von Freundlichkeiten:

> *„Exzellenz, Sie wissen gar nicht, wie ich Sie bewundere. Ich habe alle Ihre Werke gelesen, und ich habe es möglich gemacht, daß ich fast alle ihre Reden hören konnte.“* [193]

Das kann, da Hacha fließend deutsch spricht, durchaus so gewesen sein. Nach der Konferenzeröffnung ist es wieder der tschechische Präsident, der sofort das Wort ergreift. Nachdem er zunächst erklärt, daß er den nun selbständigen Slowaken „keine Träne nachweint“ kommt er zum deutsch-tschechischen Verhältnis:

> *„Jahrhunderte lang haben unsere Völker nebeneinander gelebt und den Tschechen ist es nie so gut gegangen wie dann, wenn sie mit den Deutschen im Einvernehmen lebten. Deshalb habe ich Sie auch um eine Unterredung gebeten, denn ich will die Mißverständnisse, die zwischen unseren beiden Ländern aufgetaucht sein mögen, ausräumen. Ich lege das Schicksal meines Volkes in Ihre Hände mit der Überzeugung, daß ich es in gar keine besseren legen könnte.“*[194]

Hitler erwidert zunächst freundlich, doch dann beginnt er aufzuzählen, wie die alte Tschechoslowakei das deutsch-tschechische Verhältnis ruiniert habe. Bei der Wiederbesetzung des deutschen Rheinlandes 1936 habe die Prager Regierung Paris angeboten, Deutschland bei einem deutsch-französischen Krieg mit seiner Armee in den Rücken zu fallen. Bei Völkerbundverhandlungen in Genf hätten die Tschechen stets eine deutschfeindliche Haltung an den Tag gelegt. Im Mai 1938 habe sein Land, ohne daß Deutschland einen Anlaß dazu gegeben hätte, gegen das Deutsche Reich mobilgemacht. Damals habe er, Hitler, den Entschluß gefaßt, Konsequenzen aus der feindseligen Haltung der Tschechoslowakei zu ziehen[195]. Auch nach der Konferenz von München vor sechs Monaten und nach der Ausgliederung der Sudetengebiete habe sich am alten Geist der Feindschaft nichts geändert. Die tschechische Armee sinne nur auf Rache.

> *„So sind“, sagt Hitler, „bei mir am letzten Sonntag die Würfel gefallen. ... Ich habe der Wehrmacht den Befehl gegeben, in die Rest-Tschecho-Slowakei einzurücken und sie in das Deutsche Reich einzugliedern.... Jetzt gibt es nur noch zwei Möglichkeiten: entweder leistet die tschechische Armee dem Vormarsch der deutschen Truppen keinen Widerstand. In diesem Falle hat Ihr Volk noch gute Aussichten für die Zukunft. Ich werde ihm eine Au-*

---

gesetzt worden, um den polnischen Truppen, die den ungarischen Truppen durch die Slowakei entgegenmarschieren sollten, den Weg zu verlegen.

[193] IMT Band XXXI Seite 139 ff

[194] IMT Band XXXI Seite 139 ff

[195] Am 30. Mai 1938 gab Hitler dem Chef des OKW den Auftrag, einen Einsatz der Wehrmacht gegen die Tschechoslowakei vorzubereiten, „um die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit ... zu zerschlagen“.

tonomie gewähren, die weit über alles hinausgeht, wovon es zu Zeiten Österreichs hätte träumen können. Oder aber ihre Truppen leisten Widerstand. In diesem Falle werden sie mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln vernichtet werden.“ [196]

Eine Verhandlung zwischen Hitler und Hacha findet nicht mehr statt. Der „Führer“ drängt den tschechischen Präsidenten, sofort mit seinem Verteidigungsminister Syrový in Prag zu telefonieren und ihm zu befehlen, seine Truppen und die Bevölkerung aufzufordern, keinen Widerstand zu leisten. Der anwesende Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generaloberst Göring, setzt nach und droht, andernfalls am nächsten Morgen Prag zu bombardieren. Dr. Hacha gibt schweren Herzens der Erpressung nach und weist, wie gefordert, Syrový an, jeden Widerstand der tschechischen Armee zu unterbinden. Nachdem das klar ist, wird auch auf deutscher Seite ein Schießverbot für die Wehrmachtsteile ausgesprochen, die ab 6 Uhr die Grenzen überschreiten sollen.

Von dieser nächtlichen Besprechung kursieren wilde Versionen durch die Geschichtsschreibung. Ein Schwächeanfall des alten Dr. Hacha und die Hilfe des anwesenden Leibarztes Hitlers geben sicher Stoff dazu. Doch die zwei Protokollanten dieses Abends, der deutsche Legationsrat Hewel und der Chefdolmetscher Schmidt, berichten nichts dergleichen. Schmidt schreibt später über die Begegnung:

„Dennoch ist es in jener Nacht nicht zu den turbulenten Szenen zwischen Hitler und Hacha gekommen, von denen die Auslandspresse damals und später geschrieben hat.“ [197]

Auch Hewels Protokoll des Abends schildert einen eher nachgiebigen denn aufgeregten Dr. Hacha. Im Protokoll steht, daß Dr. Hacha sich Hitler als ehemaligen Wiener KuK-Verwaltungsjuristen vorstellt, der sich sowieso

„die Frage gestellt habe, ob es überhaupt für die Tschechoslowakei ein Glück sei, ein selbständiger Staat zu sein.“

Als Hitler Dr. Hacha eröffnet, daß in ein paar Stunden deutsche Truppen in sein Land einmarschieren werden, bittet Hacha nur, daß seinem Volk ein „Seelenkauf wie zur österreichischen Zeit“ erspart bleibe, will heißen, den Tschechen soll die eigene Nationalität erhalten bleiben. Hitler sagt das dem Tschechen zu[198].

Morgens um 3.55 Uhr schreiten Hitler und Dr. Hacha zur Unterzeichnung der Erklärung, die Außenminister von Ribbentrop nach seinem ersten Gespräch mit Hacha am vergangenen Abend auf Hitlers Geheiß entworfen hatte:

„... Auf beiden Seiten ist übereinstimmend die Überzeugung zum Ausdruck gebracht worden, daß das Ziel aller Bemühungen die Sicherung von Ruhe, Ordnung und Frieden in diesem Teil Mitteleuropas sein müsse.

---

[196] IMT-Band XXXI Seite 139 ff
[197] Schmidt, Paul Otto, Seite 429 f
[198] ADAP, Serie D, Band IV, Dokument 228

Der tschechoslowakische Staatspräsident hat erklärt, daß er um diesem Ziel zu dienen und um eine endgültige Befriedung zu erreichen, das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt. Der Führer hat diese Erklärung angenommen und seinem Entschluß Ausdruck gegeben, daß er das tschechische Volk unter den Schutz nehmen und ihm eine seiner Eigenart gemäße autonome Entwicklung seines völkischen Lebens gewährleisten wird.“ [199]

Der Vollzug dieser erpreßten Abmachung geht erstaunlicher Weise ohne alle Reibungen über die Bühne der Tschechei. Die Wehrmacht besetzt noch bis zum Abend die Landesteile Böhmen und Mähren. Am gleichen Tag erscheint Hitler auf dem Hradschin und läßt sich von Dr. Hacha die Mitglieder der tschechischen Regierung und die Spitzen der Verwaltung vorstellen. Hacha bleibt Regierungschef bis 1945. Der frühere deutsche Außenminister von Neurath wird ihm als „Reichsprotektor“ und Hitlers persönlicher Vertreter vorgesetzt. Von Neurath erhält die Befugnisse, die bis vor 20 Jahren die Statthalter der Habsburger Krone in den Untertanen Ländern innehatten. Die deutsche Reichsregierung übernimmt die Ressorts Außenpolitik, Finanzen, Wirtschaft und Verteidigung in eigene Regie. Hachas tschechische Regierung verfugt mit der Hoheit über Inneres, Kultur und weitere Ministerien dann nur noch über die Befugnis, ein im Inneren autonomes Eigenleben zu gestalten. Die Polizei bleibt demnach tschechisch. Allerdings errichtet die deutsche Gestapo[200] daneben ein eigenes Kontroll- und Machtregime im Lande. Das Militär wird von 150.000 Mann auf 7.000 abgerüstet[201]. Die Tschechen werden nicht mehr zum Wehrdienst einberufen, so daß sie später den Zweiten Weltkrieg in dieser Hinsicht ungeschoren überstehen. Die entlassenen tschechischen Offiziere erhalten auf Hitlers Weisung Pensionen, womit ihnen die erlittene moralische Niederlage zumindest materiell erträglich wird. Unmengen von Wehrmaterial und eine leistungsfähige Rüstungsindustrie stehen nun zusätzlich für den weiteren Ausbau der deutschen Wehrmacht zur Verfügung.

Trotz der entlassenen fast 100.000 tschechischen Soldaten sinkt in der Folgezeit die Arbeitslosigkeit im Lande.[202] Die Wirtschaft erfährt Belebung durch den Anschluß an das Reich. Der Grund ist die deutsche Nachfrage nach dem qualitativ guten Warenangebot der Tschechen. Die Krone bleibt neben der Reichsmark Landeswährung. Die Tschechei wird Teil des deutschen Zollgebiets, doch die Außengrenzen bleiben. Deutsche Bürger reisen auch fortan nur mit Paß in diesen Teil des Reichs, der nun offiziell in Deutschland das „Protektorat Böhmen und Mähren“ heißt.

---

[199] ADAP, Serie D, Band IV, Dokument 229

[200] Geheime Staatspolizei

[201] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 81, der tschech. Historiker Miksche spricht von 16.000 Soldaten

[202] Die Differenz zwischen 150.000 ehemaligen Soldaten und den nur entlassenen 100.000 erklärt sich durch die slowakischen und ruthenischen Soldaten, die in der Tschechei nicht mehr mit Arbeitsplätzen zu versorgen sind.

Diese Darstellung – das soll hier eingeschoben sein – darf nicht verdecken, daß die Protektoratsmacht Deutschland die Tschechei bis 1945 mit einem Kontingent von 5.000 deutschen Polizeibeamten kontrolliert und damit alle antideutschen Bestrebungen im Keim erstickt. Eine geschätzte Zahl von 36 bis 55tausend Tschechen wird in den sechs Jahren Opfer deutscher Herrschaft, wobei – auch das gehört zum deutsch-tschechischen Verhältnis – mehr als 90 Prozent der Denunziationen und Anzeigen, die zur Verhaftung von Tschechen führen, auch von Tschechen stammen[203].

Am Tag des deutschen Einmarschs in die Tschechei besetzen auch die Ungarn mit der Karpato-Ukraine einen Teil der auseinanderfallenden Tschechoslowakei. Doch anders als die Tschechen bei den Deutschen, leisten die Ruthenen den Ungarn militärisch Widerstand. Hier liegt, auch anders als im Falle des Protektorats, kein Vertrag und kein Einverständnis der Ruthenen vor, nicht einmal ein unter Druck erpreßtes. Und die Karpato-Ukraine bekommt danach, im Gegensatz zur Tschechei im Reich, keinen autonomen Status. Trotzdem reagieren Frankreich, Großbritannien, die USA und die Sowjetunion nicht auf die Annexion der Ungarn. Der Protest der vier genannten Staaten richtet sich in diesen Tagen alleine gegen das Vorgehen der deutschen Reichsregierung.

Die Garantie, die es nie gab

Mit der Rest-Tschechei-Besetzung begeht der „Führer“ Hitler ein Verbrechen an den Tschechen, das im folgenden Absatz bewertet werden soll. Zuvor ein Blick auf einen Detailaspekt:

Die Franzosen bezeichnen die Besetzung der Rest-Tschechei von Anfang an als einen Bruch des Münchener Abkommens. Die Geschichtsschreibung hat diese Sicht der Dinge übernommen. Bis heute müssen deutsche höhere Schüler das so lernen. Im Schulgeschichtsbuch „Unsere Geschichte“ Band 4 von Diesterweg z.B. heißt es zur Tschechei-Besetzung: „Er (Hitler) hatte ... den feierlich in München unterzeichneten Vertrag gebrochen“[204]. Der weitere Vorwurf, der Eingang in die Geschichtsschreibung gefunden hat, ist, daß Hitler mit der Besetzung auch die in München abgegebene Garantie für die neuen Grenzen der Tschechoslowakei verletzt hat. Wer den Vertrag und den Zusatz zu jener Garantie liest, stellt schnell fest, daß das nicht stimmt.

Der Münchener Vertrag regelt in seinen acht Artikeln nur und wirklich nur die „Bedingungen und Modalitäten“ der Abtretung der sudetendeutschen Gebiete, als da sind: Zeitpunkte und Zonen für die etappenweise deutsche Besetzung, eine Volksbefragung, die Bildung eines internationalen Ausschusses für die endgültige Festlegung der Grenzen, das Optionsrecht für die betroffenen Gebietsbe-

[203] FAZ vom 30. August 1997 aus dem Buch „Hyeny“ von Jaroslav Pospišil
[204] Diesterweg 1988, Seite 123

wohner und die Entlassung der Sudetendeutschen aus dem Polizei- und Militärdienst der Tschechoslowakei. Diese acht Artikel – allesamt zu deutschen Gunsten – hat Deutschland mit seiner unrechtmäßigen Tschechei-Besetzung nicht verletzt, das Abkommen also nicht gebrochen.

Auch eine Garantie hat Deutschland nicht verletzt, weil es keine Garantie gegeben hatte. Der „Zusatz zum Münchener Abkommen" zur Garantie der neuen Grenzen sieht, wie schon beschrieben, die vorherige Regelung der ungarischen und der polnischen Minderheitenfrage vor. Die Polenfrage ist bis zum Tag des deutschen Einmarschs aber nicht geregelt worden. Und die Reichsregierung hat eine solche Garantie folglich auch nicht ausgesprochen.

Der Nutzen einer Garantie für die neuen Grenzen der Tschechoslowakei ist um die Jahreswende 1938 auf 1939 ohnehin umstritten. Keine der Nationen, die den Vertrag von München unterzeichnet haben, will in der Zeit danach zu ihrer Garantie-Ankündigung stehen und die Garantie der Unverletzbarkeit der neuen Grenzen wirklich geben. Jeder schiebt zunächst den anderen vor. Nach dem Wiener Schiedsspruch im November 1938 fordert die Regierung in Paris die in London auf, gemeinsam mit ihr die neuen Grenzen der um die ungarischen Gebiete verkleinerten Tschechoslowakei als endgültig zu garantieren. Am 14. November lehnt der britische Premier Chamberlain den Vorschlag der Franzosen ab[205]. Daraufhin nimmt auch die französische Regierung Abstand von einer solchen Garantie. Vom 11. bis zum 14. Januar 1939 befindet sich Chamberlain in Rom, um sich mit seinem Kollegen Mussolini über die Krisenherde in Europa auszutauschen. Dabei sind sich Chamberlain und Mussolini einig, daß die Verhältnisse in der Tschechoslowakei derzeit zu instabil seien, um die englische und die italienische Garantie, wie man sie in München angekündigt habe, praktisch umzusetzen[206].
Trotz dieser eigenen Bedenken fragt die britische Regierung mit einer Note vom 8. Februar 1939 in Berlin an, ob die deutsche Reichsregierung nun nicht endlich die in Aussicht gestellte Garantie für die neuen Grenzen der Tschechoslowakei abgeben wolle. Doch der Sachstand ist auch im Februar immer noch der alte. Die Minderheitenfrage der Polen ist weiter ungeklärt und damit der Zeitpunkt für Garantien aus Berlin und Rom noch immer nicht gekommen. Am 28. Februar, zwei Wochen vor dem deutsch-ungarischen Einmarsch, gibt die Reichsregierung den Regierungen in London und Paris eine Antwort auf die englische Anfrage vom 8. Februar in Bezug auf jene noch offene Garantie. Die Reichsregierung gibt in ihrer Antwortnote zu bedenken, daß internationale Garantien zu diesem Zeitpunkt die Regierung der Tschechoslowakei ermuntern könnte, die innerstaatlichen Probleme ihres Landes wieder mit härterer Hand zu regeln[207]. Daß diese Vermutung nicht daneben liegt, zeigen schon die nächsten vierzehn Tage. Am 6. März marschiert General Prchala mit tschechischen Soldaten in die Karpato-

[205] Nicoll, Seite 129
[206] Nicoll, Seite 126 und Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume III, Document 500 (3)
[207] PAAA, R 29934, Blatt 213567

Ukraine und „ersetzt" dort ein paar Minister, und am 10. März löst die Prager Zentralregierung den frisch gewählten Landtag der Slowaken auf. Die erwähnte Note der deutschen Reichsregierung endet mit dem Satz:

> *„Die Deutsche Reichsregierung glaubt daher, daß es notwendig ist, zunächst eine Klärung der innerstaatlichen Entwicklung der Tschechoslowakei und die sich dann daraus ergebenden Verbesserungen der Beziehungen dieses Landes zu den umliegenden Staaten abzuwarten, ehe der Zeitpunkt für eine weitere Stellungnahme gekommen ist."* [208]

Die Reichsregierung lehnt hier also eine deutsche Garantie für Bestand und Grenzen der im Zerfall begriffenen Tschechoslowakei vorläufig ab. Bei Licht besehen hat damit keine der vier in München vertretenen Regierungen eine Garantie gegeben. Die Franzosen und die Briten wollten es vielleicht und haben es dann nie getan. Sie hatten sich am 19. September 1938 bei ihrer denkwürdigen Forderung an die Prager Regierung, die Sudetenlande abzutreten, nur **„bereit erklärt,** einer internationalen Garantie beizutreten". In jenem „Zusatz zum Münchener Abkommen", der die Garantie betrifft, haben sie dann noch einmal unterschrieben, daß sie „zu ihrem Angebot vom 19. September 1938 stehen". Somit haben sie schriftlich und vertraglich nie mehr als ihre Bereitschaft zu einer solchen Garantie ausgedrückt. Aus diesem Grund spricht Chamberlain am Tag des deutschen Einmarsches in die Rest-Tschechei vor dem Unterhaus in London auch von der Tschechoslowakei als von einem Staat, dessen Grenzen England „zu garantieren beabsichtigte". Keine der vier Münchener Mächte hat die neuen Grenzen der Tschechoslowakei je garantiert, auch Deutschland nicht.

Der Anlaß zum Zweiten Weltkrieg

Mit der Annexion der Rest-Tschechei und ihrer Umwandlung zum „Protektorat Böhmen und Mähren" hat Hitler einen weiteren unblutigen Sieg und Landerwerb errungen. Doch dies ist erstmals ein Gewinn außerhalb der bislang allgemein akzeptierten Legitimation, deutsche Bevölkerungsgruppen „heim ins Reich" zu holen. Hitler versucht, der Annexion mit dem von Dr. Hacha unterschriebenen Protektoratsvertrag den Schein von Legitimität zu geben. Der Vertrag ist zwar im Sinne des Völkerrechts verbindlich, doch da erpreßt, fehlt ihm, gleich dem zuvor erpreßten Vertrag von Versailles, die moralische Verbindlichkeit.

Trotz des Zusammenbruchs des Staatsgefüges der Tschechoslowakei sind die Annexionen der Rest-Tschechei und der Karpato-Ukraine ein Verbrechen gegen das Recht der Tschechen und Ruthenen, nach eigener Selbstbestimmung in jeweils einem eigenen Staat zu leben. Das Protektorat über die Tschechei ist und bleibt ein Unrecht, trotz der erpreßten Hacha-Unterschrift unter den Protektoratsvertrag, auch wenn das Münchener Abkommen dadurch nicht gebrochen worden ist und selbst wenn Briten, Deutsche, Italiener und Franzosen nie eine

[208] PAAA, R 29934, Blatt 213568

Garantieerklärung für die Tschechoslowakei gegeben hatten. Das ist und bleibt auch so, obwohl Großbritannien zur gleichen Zeit das gleiche mit Ägypten macht und obgleich Frankreich Deutschland vielleicht doch „freie Hand im Osten“ zugestanden hatte. Dieses Unrecht wäre im Frühjahr 1939 ein Grund für England, Frankreich, die USA und die Sowjetunion gewesen, den Deutschen und den Ungarn Krieg zur Befreiung der Tschechen und Ruthenen zu erklären. Doch das ist nicht geschehen.

Hitler bricht mit der Besetzung der Tschechei außerdem sein oft gegebenen Wort. Er hatte in der Zeit davor bei mehreren Gelegenheiten feierlich und öffentlich verkündet: „Ich will gar keine Tschechen“ oder „Deutschland wird die Tschechoslowakei nach der Übergabe der Sudetengebiete in Ruhe lassen“ und ähnliches im gleichen Sinne. Nach der Konferenz von München hatte er Chamberlain sein Wort gegeben, in Zukunft auf Alleingänge in solchen Fragen zu verzichten. Er hatte dem britischen Premier mit Unterschrift versprochen:

> *„auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln und etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Weg zu räumen“.*

Zu guter Letzt hatte er im deutsch-französischen Vertrag vom 6. Dezember 1938 auch den Franzosen zugesagt,

> *„in Zukunft alle bilateralen Fragen untereinander zu beraten, wenn die künftige Entwicklung dieser Fragen zu internationalen Schwierigkeiten führen sollte“.*

Doch schon vor der Selbstauflösung der maroden Tschechoslowakei lassen Hitler, von Ribbentrop und sein Staatssekretär von Weizsäcker Paris und London wissen, daß die Reichsregierung keine weiteren Einmischungen von dieser Seite in die noch möglichen Veränderungen im Mittelosteuropa wünscht; und dieses trotz der zwei Konsultationsabkommen mit Großbritannien und Frankreich. Paris und London werten diese Abkommen jedoch als ihr Mitspracherecht in allen die Tschechoslowakei betreffenden Zukunftsfragen. Hitler aber legt die Texte wörtlich aus und stellt sich auf den Standpunkt, daß die Bitte der Slowaken um ein deutsches Protektorat eine ausschließlich deutsch-slowakische Angelegenheit gewesen sei und die Annexion der Karpato-Ukraine eine ausschließlich ungarische. Zur Rechtfertigung der Tschechei-Besetzung argumentiert Hitler im nachherein mit der Instabilität, die dieses Restgebilde in die Region getragen habe. Doch dieser Grund ist vorgeschoben. Als seine wahren Gründe muß man folgende vermuten:

Zum ersten nimmt Hitler, der in Habsburg aufgewachsen, die Tschechen und die Tschechei offensichtlich nicht als völlig eigenständig wahr. Für ihn sind sie seit rund eintausend Jahren – bis auf die letzten 20 Jahre – Teil des Deutschen Reichs gewesen und nur durch eine Bosheit von Versailles abgetrennt. Hitler denkt und handelt in dieser Frage so, wie es zu der Zeit durchaus üblich ist. Die Tschechen und die Polen zum Beispiel setzen 1918 mit haargenau der gleichen Argumenta-

tion in Saint-Germain und Versailles durch, daß eine Reihe von Gebieten wegen historischer Zugehörigkeiten ihren neuen Staaten zugeschlagen werden, obwohl auch da die „zugeschlagenen“ Bevölkerungen weder Tschechen noch Polen sind und das offenkundig auch nicht werden wollen. Hitler drückt dieses Denken sechs Wochen nach der Annexion in einer Reichstagsrede aus, als er betont, daß das Großdeutsche Reich selbst mit der Tschechei nur aus solchen Gebieten bestehe, die seit alten Zeiten schon dazugehörten.

Als zweites hegt Hitler offensichtlich ein Gefühl der Rache für die Tschechen. Er hat nie vergessen, wie sie als „Leitnation“ mit den Sudetendeutschen in ihrem Lande umgegangen sind. Großzügigkeit, Vergeben und Vergessen gehören nicht zu Hitlers Eigenschaften und Gewohnheiten.

Der dritte Grund hängt direkt mit der Sicherheit des Reichs zusammen. Hitler kennt die Gefahr, die bisher von der Tschechoslowakei für Deutschland ausgegangen ist. Er hat die Gespräche der Tschechen und Franzosen von 1936 nicht vergessen, bei denen Prag Paris die Waffenhilfe gegen Deutschlands „Rücken“ angeboten hat. Er hat Kenntnis von den Einweisungsbesuchen sowjetischer Luftwaffenoffiziere auf den Flugplätzen in der Tschechoslowakei. Und er zitiert auch immer wieder den französischen Luftfahrtminister Cot, der noch im Vorjahr in einem Interview geäußert hat,

> *„daß gemeinsame Angriffe der französischen und der tschechischen Luftwaffe sehr schnell alle deutschen Produktionsstätten vernichten könnten“.*[209]

Von Cot stammt auch das Schlagwort von der Tschechoslowakei als Flugzeugträger gegen Deutschland. Hitler will die Gefahr in Deutschlands Rücken für alle Zukunft bannen. Dazu reicht es ihm dann allerdings, die Tschechei zum Protektorat zu machen und bis auf 7.000 Soldaten abzurüsten.

Das vierte und wahrscheinlich stärkste Motiv hängt mit dem letztgenannten eng zusammen. Hitler glaubt wie in einer Zwangsvorstellung daran, daß es irgendwann in den nächsten Jahren zu einer neuen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Italien auf der einen Seite und den Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich auf der anderen kommen wird. Hitlers dahingehende Gedanken, die er erstmals am 5. November 1937 und dann noch einmal am 28. Mai 1938 in Vorträgen vor dem Reichsaußenminister und den Spitzengeneralen der Wehrmacht offenlegt, drehen sich im Kern um die Sicherstellung der Ernährung in kommenden Jahrzehnten für die in Deutschland weiterwachsende Bevölkerung. Hitler mahnt in beiden Reden die Rückgabe der von England und Frankreich 1918 annektierten Kolonien an oder Ersatz dafür in Osteuropa. Er sieht als Folge dessen einen neuen Krieg mit den genannten Weltkriegssiegerstaaten als höchst wahrscheinlich an und fürchtet deshalb die militärisch starke Tschechoslowakei als potentiellen Feind im Gegnerlager.

[209] Interview von 14. Juli 1938 in NEWS CHRONICLE

Ganz ähnlich, wenn auch in die andere Himmelsrichtung, argumentiert Hitler in einem Gespräch am 21. Mai 1938, als er Generaloberst Keitel den Auftrag gibt, die Möglichkeiten eines Krieges gegen die Tschechoslowakei zu untersuchen. Er spricht dabei von der „unhaltbaren Lage, ... wenn es einmal zu einer Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus kommt“, und bezeichnet die Tschechoslowakei in diesem Zusammenhang als „Sprungbrett für die Rote Armee und Landeplatz für deren Luftwaffe“[210]. Ob sich Hitlers Befürchtungen nun auf Großbritannien und Frankreich im Westen oder auf die Sowjetunion im Osten beziehen, für ihn ist die Tschechoslowakei mit ihren 45 Heeresdivisionen und einer respektablen Luftwaffe stets ein potentieller Gegner nur 40 Flugminuten von Berlin. So wird die Tschechei der erste Verlierer eines großen Krieges, der noch gar nicht ausgebrochen ist.

Ein fünfter Punkt soll nicht vergessen werden. Er hat Hitler zwar nicht zur Annexion der Rest-Tschechei bewogen, doch ihm den Entschluß dazu erleichtert. Das ist seine falsche Einschätzung der Briten und Franzosen. Die Ribbentropsche Interpretation der Pariser Gespräche vom 6. und 7. Dezember 1938 und der Irrtum, die Franzosen hätten Deutschland „freie Hand in Osteuropa“ zugesagt, wenn das seinerseits die Italiener in ihren territorialen Forderungen bremse, entheben Hitler offensichtlich aller Vorsicht. Dazu kommen eine Reihe deutsch-britischer Botschaftergespräche, in denen die deutsche Seite den Eindruck aufnimmt, die englische Regierung würde „ein deutsches Interesse am tschechischen Raum“ anerkennen[211].

Der Politiker Hitler nutzt mit der Überrumpelung des Dr. Hacha und seines Restgebiets taktisch und kurzfristig die Gelegenheit, die sich ihm mit dem Zerfall der Tschechoslowakei fast wie von selber bietet. Doch mit diesem wohlfeilen Erfolg verpaßt er zugleich die andere, die strategische und langfristige Möglichkeit, die ihm die Notlage der Tschechen und das Entgegenkommen Hachas wahrscheinlich auch geboten hätte. Hitler hätte mit großer Sicherheit in jener Nacht vom 14. auf den 15. März 1939 eine „ideelle Annexion“ mit Friedens- und Freundschaftsvertrag haben können, mit Wirtschafts- und Zollunion, mit Abrüstung der tschechischen Armee und dem Versprechen, die Außenpolitik der Tschechei in Zukunft mit der des Deutschen Reiches abzustimmen. Doch Hitler verpaßt die Chance, die ihm hier gegeben war.

Der „Führer“ begeht in einem ein Verbrechen am Selbstbestimmungsrecht der Tschechen und bricht dabei sein so oft gegebenes Wort, die Tschechei nicht anzurühren. Mit diesem Wortbruch verspielt Hitler den Kredit, den er bis dahin noch in Frankreich, England und den USA genießt. Was für Deutschland ungleich schlimmer ist, Hitlers Böhmen- und Mähren-Unterwerfung läßt bei den Regierungen der drei genannten Länder die Absicht reifen, mit Deutschland bei nächstpassender Gelegenheit einen weiteren Krieg zu führen. Die Annexion der

[210] Keitel, Seite 222
[211] AA 1939 Nr. 2, Dokument 258

Rest-Tschechei ist hierzu der Anlaß, die Danzig-Frage gibt den Briten und Franzosen dann die nötige Gelegenheit.

Die Reaktionen des Auslands auf den Einmarsch von Wehrmachtskräften in die Rest-Tschechei sind für das Deutsche Reich fatal. England läßt zwar erst die Tschechen fallen, doch dann braust es in Entrüstung gegen Deutschland auf. Am 15. März, dem Tag des Zusammenbruchs der Tschechoslowakei, dem Tag, an dem Dr. Hacha Hitler aufsucht, zieht die englische Regierung zunächst ihr Münchener Schutzversprechen von der Tschechoslowakei zurück. Premier Chamberlain verkündet an diesem Nachmittag vor dem Unterhaus in London:

> *„Unserer Ansicht nach hat sich die Lage von Grund auf geändert seit der Slowakische Landtag die Unabhängigkeit der Slowakei erklärt hat. Diese Erklärung hatte die Wirkung, daß der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigten, von innen her zerbrach und so sein Ende fand. Demgemäß hat die Sachlage.... die wir schon immer als nur vorübergehend ansahen, aufgehört zu bestehen. Seiner Majestät Regierung kann sich infolgedessen nicht mehr länger an diese Verpflichtung gebunden fühlen.“* [212]

Damit baut sich die englische Regierung eine Argumentation zu eigenem Nutzen auf, die sie für Deutschland so nicht gelten lassen will. Als sich die deutsche Reichsregierung ebenfalls darauf beruft, daß es die auf der Münchener Konferenz mit neuen Grenzen versehene Tschechoslowakei seit dem 14. März 1939 nicht mehr gibt, und daß der Einmarsch deutscher Truppen in die Rest-Tschechei folglich kein Verstoß gegen den Geist oder die Buchstaben des Münchener Vertrages sein kann, sieht das die englische Regierung plötzlich anders[213]. Sie wirft der Reichsregierung fortan den Bruch des Münchener Abkommens vor.

Am Morgen nach der Chamberlain-Erklärung, die das Schutzversprechen aufhebt, erfährt man in London vom Hitler-Hacha-Protektoratsvertrag und vom deutschen Einmarsch in die Rest-Tschechei. Die Empörung über beides ist in Parlament und Presse so gewaltig, daß Premier Chamberlain sofort wieder Partei für die Tschechei ergreift. Am Tag danach, am 17. März, hält er in Birmingham eine zweite Rede, mit der er seiner bisherigen Verständigungspolitik mit dem Deutschen Reich ein Ende setzt. Um seine Politik von gestern noch einmal ins rechte Licht zu rücken, beginnt er seine neue Rede mit einer Beschreibung der alten Tschechoslowakei vor der Abtretung der Sudetenlande. Er bezeichnet sie als

> *„ein Problem, das seit dem Vertrag von Versailles bestanden hat, und das schon längst hätte gelöst werden können, wenn bloß die Staatsmänner der letzten 20 Jahre eine umfassendere und aufgeklärtere Auffassung von ihrer Pflicht gehabt hätten. Es war wie eine lange vernachlässigte Krankheit ge-*

[212] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 82
[213] AA 1939 Nr. 2, Seite VIII

worden. Da half nur noch ein chirurgischer Eingriff, um den Patienten zu retten“. [214]

Nach diesem Rückblick wechselt Chamberlain das Thema zu dem „stolzen und tapferen Volk der Tschechen“, ohne daran zu erinnern, daß es genau die „stolzen und tapferen“ Tschechen gewesen sind, die das soeben noch beklagte „vernachlässigte Übel“ angerichtet haben. Chamberlain rügt zu Recht, daß Hitler, der vor kurzem noch beteuert hat, „er wolle keine Tschechen“, diese nun dem Deutschen Reiche angegliedert hat. Dann schlägt der englische Premier – rhetorisch meisterhaft – eine Gedankenbrücke vom deutschen Vorgehen im Rheinland 1936, in Österreich und in den Sudetengebieten 1938 über die Tschechei 1939 zu einer Ungewissen Zukunft, zu der er fragt, ob Deutschland dann versuche, den Globus zu beherrschen. Mit dieser Wendung seiner Rede wirft Chamberlain der bisher akzeptierten Politik des „heim ins Reich“ vor, offensichtlich nur der lange Anlauf zur deutschen Weltherrschaft zu sein. Von nun an, das sei hier eingeschoben, bedienen sich Politik und Propaganda aller Länder, die später Gegner Deutschlands werden, wieder dieser einprägsamen Formel, die man schon im Ersten Krieg verwendet hatte. Das Gespenst von der deutschen Weltherrschaft beginnt umherzugeistern, noch ehe Hitler dem Gedanken nähertritt, mit dem Nachbarn Polen wegen Danzig Krieg zu führen.

Zurück zur Rede Chamberlains in Birmingham. Der englische Premier wirft Hitler mit Fug und Recht vor, in der Tschechei das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu verletzen, auf das Hitler sich bisher stets selbst berufen hatte. Chamberlain schließt seine Rede mit der Warnung, die Friedenssehnsucht Englands mit einer Kraftlosigkeit der Briten zu verwechseln. Großbritannien, so sagt er, sei bereit, einen Krieg „als Herausforderung bis zur Erschöpfung seiner Kraft anzunehmen“[215].

Mit der Tschechei-Besetzung vom 15. März 1939 und der Chamberlain-Rede vom 17. sind England und das Deutsche Reich erneut auf Kollisionskurs. Chamberlain hat objektiv zwar Recht mit seinen Vorwürfen vom Vertrauensbruch und von der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Tschechen. Doch dabei die Friedenssehnsucht Englands zu erwähnen, ist pure Heuchelei. Das Protektorat der Briten über den seit 1922 souveränen Staat Ägypten und Sudan zum Beispiel ist nichts anderes als das deutsche über die Tschechei. 1924 bittet die ägyptische Regierung die englische vergeblich, ihre Truppen abzuziehen. 1925 erzwingt England die Trennung der zwei Staatsteile Ägypten und Sudan. 1926 blockieren die Briten die Wiederwahl von Ägyptens Regierungschef Saghlul Pascha und 1928 setzen sie erneut den Regierungschef – diesmal Nahās Pascha – von seinem Amt ab. 1936 endlich drückt England Ägypten wegen angeblicher Bedrohung durch Italien ein Protektorat auf, mit Truppenstationierung, Liegeplätzen für die

[214] British War Bluebook, Document 9
[215] British War Bluebook, Document 9

englische Marine und dem Recht, englische Interessen auf ägyptischem Territorium zu verteidigen. England ist mit diesem 1939 noch jungen Zwangsprotektorat über das souveräne Ägypten kaum die moralische Instanz, die sich im Falle der Tschechei zum Richter über Deutschland machen darf. Doch die englische Regierung, die sich weder an den Friedensbrüchen Frankreichs gegenüber Deutschland in den Jahren 1923 und 1925 stört, noch an den vier Eroberungen der Polen in ihren Nachbarländern 1920, 21 und 38, nicht an der Memelannexion der Litauer 1923 und auch nicht an der gerade erst erfolgten Annexion der Karpato-Ukraine durch die Ungarn, diese englische Regierung reagiert im Falle der Tschechei-Besetzung ausgesprochen empfindlich gegenüber Deutschland. Hier stehen in Wahrheit nicht nur Hitlers gebrochene Versprechen auf der Tagesordnung und nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der Tschechen. Hier geht es um das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Kontinent und um ein noch schlummerndes deutsch-britisches Problem, die früheren deutschen Kolonien. Das soll an späterer Stelle dieses Buche behandelt werden.

Das Deutsche Reich ist mit dem Protektorat Tschechei ein Stück zu stark geworden. Das widerspricht dem Jahrhunderte alten Prinzip der englischen Außenpolitik, keine Vormacht auf dem Kontinent zu dulden. Der englische Oppositionsführer Churchill hat das schon ein Jahr zuvor beim Besuch des Außenministers von Ribbentrop konkret so ausgedrückt, als er dem Gast aus Deutschland sagte:

„*Wenn Deutschland zu mächtig wird, werden wir es wieder vernichten*“.[216]

Hitlers rücksichtsloses Vorgehen gegenüber der Tschechei hat Kräfte auf den Plan gerufen, denen Deutschland – wie die nächsten Jahre zeigen – nicht gewachsen ist.

England hätte hier zum Schutz der Tschechen und zur Strafe für gebrochene Versprechen eine Grund gehabt, gegen Deutschland Krieg zu führen. Doch die Londoner Regierung fühlt sich trotz ihrer grandiosen Überlegenheit zur See, selbst im Verein mit der Land- und Luftmacht Frankreich, trotz der ihr angebotenen 30 Sowjet-Divisionen und mit den Heeresdivisionen, die die Tschechen selbst zum Schütze ihres Landes stellen können, noch nicht stark genug für einen Waffengang gerüstet. So erklärt sie den Tschechen, daß das Schutzversprechen von München nicht mehr gilt und lassen den Anlaß ungenutzt verstreichen. Damit gilt wieder Friedenspflicht.

Gäbe es nach verstrichenen Kriegsanlässen und Kriegsgründen keine solche Friedenspflicht, dann hätte auch das Deutsche Reich jederzeit das Recht gehabt, nach dem aufgezwungenen Versailler Vertrag bei günstiger Gelegenheit von sich aus neue Kriege zur Tilgung des erlittenen Unrechts anzuzetteln. Daß England genau wie Frankreich nach dem Verstreichenlassen dieses Kriegsanlasses nun in englisch-polnischen und in französisch-polnischen Geheimgesprächen die Weichen für einen deutsch-polnischen Konflikt um Danzig stellt, ist mit der

[216] v. Ribbentrop, Seite 97

Tschechei nicht mehr zu rechtfertigen. Es ist ein eigener Anlauf, um mit der Hilfe Polens nach erfolgter eigener Aufrüstung doch noch zu einem Kriege mit dem Deutschen Reich zu kommen. Doch das soll erst das Thema im letzten Teil des Buches sein.

Auch weitere Länder lehnen die Angliederung der Tschechei als Protektorat an Deutschland ab, jedes auf seine ganz bestimmte Weise. Frankreich legt Protest in Deutschland ein und beginnt sehr bald, Fühler nach Polen und nach Rußland auszustrecken, um sich mit Warschau und mit Moskau für einen Krieg mit Deutschland abzustimmen, ein Krieg, der bis zur der Zeit bei der deutschen Reichsregierung noch gar nicht auf der Tagesordnung steht. Polen, bisher Komplize Deutschlands bei der Zerteilung der Tschechoslowakei, wechselt schnell die Seite und beginnt die schon erwähnten Geheimgespräche in Paris und London. Die Sowjetunion verurteilt den deutschen Einmarsch und vertritt die Rechtsauffassung, daß die Hitler-Hacha-Übereinkunft verfassungswidrig sei, weil sie ohne die Zustimmung des Parlaments in Prag getroffen worden sei. Doch auch in Moskau geht es mehr um Macht und Vorteil als um Moral und Recht. So erhebt die sowjetische Regierung keinerlei Einwände gegen die gleichzeitige Annexion der Karpato-Ukraine durch die Ungarn. Dies kleine Stückchen tschechoslowakischer Ukraine ist Moskau als Basis einer gesamtukrainischen Bewegung stets ein Ärgernis gewesen. Moskaus Außenminister Litwinow nimmt die Eroberung der Karpato-Ukraine deshalb, wie berichtet, auch mit „unverhohlener Befriedigung“ zur Kenntnis[217].

So haben alle Nachbarstaaten der Tschechoslowakei – und nicht nur Deutschland – die Auflösung dieses Versailler Kunstprodukts gewollt. So haben alle Signatarmächte von München – und nicht nur Deutschland – nie eine Garantie für den Bestand der Tschechoslowakei gegeben und so haben alle Verbündeten die Tschechoslowakei im Stich gelassen, als sie in Bedrängnis kam. Nur die Sowjetunion hätte offensichtlich gern geholfen.

Auch die USA, die in Saint-Germain einer der Konstrukteure des Problemstaats Tschechoslowakei gewesen sind, die dort ein paar Volksgruppen gegen ihr nationales Selbstbestimmungsrecht und gegen ihren Willen den Tschechen und Slowaken zugeschlagen haben, reagieren nun empört auf das deutsche Vergehen am Selbstbestimmungsrecht der Tschechen. US-Präsident Roosevelt verfügt innerhalb nur weniger Tage, die Zölle auf deutsche Waren anzuheben, eine Novelle zur Revision der amerikanischen Neutralität in den Kongreß einzubringen und die englische Marine massiv durch die amerikanische zu entlasten. Doch das soll erst im Zusammenhang mit dem späteren Streit um Danzig im Detail beschrieben werden. Außerdem schickt Roosevelt bemerkenswerte Briefe an Hitler und Mussolini, „aus Sorge für alle anderen Völker der ganzen westlichen Hemisphäre“ –

[217] ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 51

wie es in der Briefeinleitung heißt. Er fordert Hitler und Mussolini in den Briefen auf, ihm zu versprechen, 31 namentlich genannte Staaten bis hin zu Syrien und Persien in den nächsten 10 oder besser 25 Jahren nicht anzugreifen[218]. Roosevelt läßt die Briefe an die Presse geben, noch ehe sie Hitler und Mussolini ausgehändigt werden; ein offensichtlicher Versuch, die 31 genannten Staaten medienwirksam unter den Schutz der USA zu rufen und sich selber in Europa wieder ins Gespräch zu bringen. Hitler nutzt den diplomatisch plumpen Akt des Präsidenten und läßt die angesprochenen Staaten außer der Sowjetunion, Polen, England, Frankreich und die von diesen Mächten besetzten Länder fragen, ob sie sich von Deutschland bedroht fühlten und ob sie die USA um ihren Schutz gebeten hätten. Die befragten Staaten antworten allesamt mit zweimal „nein". Ein diplomatischer Triumph für Hitler, ein ebensolcher Reinfall für den Präsident der USA. Hitler zahlt Roosevelt die vorzeitige Veröffentlichung des Briefes mit der Öffentlichkeit seiner Antwort heim, indem er den Brief mit einer im Rundfunk übertragenen Reichstagsrede erwidert[219]. Er verweist auf die Antworten der angeblich bedrohten Staaten und sagt zu der im Brief von Roosevelt beschworenen Kriegsfurcht der genannten Völker:

> *„So sind zum Beispiel nach dem Friedensschluß von Versailles vom Jahre 1919 bis 1938 allein vierzehn Kriege geführt worden, an denen Deutschland allerdings in keinem Fall beteiligt war, wohl aber Staaten der westlichen Halbkugel, in deren Namen der Herr Präsident Roosevelt ebenfalls das Wort ergreift. Dazu kommen aber noch im selben Zeitraum 26 gewaltsame Interventionen und mit blutiger Gewalt durchgeführte Sanktionen. Auch daran ist Deutschland gänzlich unbeteiligt gewesen."*

Wie zum Spotte schließt Hitler noch die Frage an, warum er auch die Sicherheit der Republik Irland garantieren solle, wo sich doch der irische Ministerpräsident de Valera gerade öffentlich darüber beklagt habe, daß sein Land unter den fortwährenden Aggressionen Englands zu leiden habe.

> *„Wie kommt aber"*, so fährt Hitler an späterer Stelle seiner Rede fort, *„Herr Präsident Roosevelt dazu, gerade dem deutschen Staatsoberhaupt zuzumuten, ihm eine Erklärung abzugeben, ohne daß nicht auch die anderen Regierungen diese Erklärung ihrer Politik abzugeben eingeladen werden? ... Dann würde ... mit demselben Recht auch von unserer Seite an den Herrn Präsidenten der amerikanischen Republik die Frage gerichtet werden können, welche Ziele denn die amerikanische Außenpolitik ihrerseits verfolge, und welche Absichten denn dieser Politik zugrunde liegen, sagen wir zum Beispiel den mittel- und südamerikanischen Staaten gegenüber. Herr Roosevelt wird sich in diesem Falle sicherlich auf die Monroe-Doktrin berufen und eine solche Forderung als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des amerikanischen Kontinents ablehnen. Genau die*

[218] Roosevelt-Note vom 14. April 1939, siehe ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 200
[219] Reichstagsrede vom 28. April 1939, siehe Domarus, Band 2, Seiten 1166ff

gleiche Doktrin vertreten wir Deutsche nun für Europa, auf alle Fälle aber für den Bereich und für die Belange des Großdeutschen Reiches."

Abgesehen von Roosevelts Irland-Schnitzer zählt der Präsident auch Länder auf, die noch immer Kolonien sind. Das demaskiert die Floskel von der „Sorge" um die Völker.

Die Annexion der Tschechei tut Hitler auch in dieser Reichstagsrede damit ab, daß er mit ihr nur einen Zustand wiederhergestellt habe, der auch schon vorher fast ein Jahrtausend so bestanden hat. Diese selbstbewußte Antwortrede mag vielen deutschen Zuhörern im April 1939 noch gefallen haben, doch sie ist ein billiger Triumph. Sie ist – und das wiegt ungleich schwerer – auch eine Abfuhr, die Roosevelt Hitler nicht vergißt.

Hitler selbst verbucht die Angliederung Böhmens und Mährens als einen persönlichen Erfolg von geschichtlicher Bedeutung, besonders da ihm dies als Schachzug ohne Krieg gelungen ist. Die Konsequenzen, die er aus dem letztgenannten Umstand zieht, sind allerdings fatal. Er wertet das Nichtstun der Regierungen in London, Moskau und Paris als Schwächezeichen und als deren Unvermögen, sich zu einer Abwehr aufzuraffen. Daß ihm dieser Irrtum kommen mußte, liegt auf der Hand. Die Botschafter Francois-Poncet und Henderson hatten das militärische Eingreifen Frankreichs und Großbritanniens wiederholte Male angedroht, und dann ist nichts passiert. In dem halben Jahr, das folgt, wird Hitler bei den Verhandlungen um die Heimkehr Danzigs über diesen seinen Irrtum stolpern.

Hitlers Fehleinschätzung bezieht sich auch auf den inneren Zirkel seiner außenpolitischen Berater. Der frühere Außenminister von Neurath und Minister Göring raten Hitler von der Tschechei-Besetzung ab und sagen ihm voraus, daß die Weltkriegssiegermächte militärisch reagieren werden. Beide irren. Reichsaußenminister von Ribbentrop dagegen sagt vorher, daß Briten und Franzosen trotz ihrer Drohungen nicht handeln werden. Von Ribbentrop liegt mit seinem schlechten Rat in diesem Falle „richtig", was seine Stellung bei Hitler auf fatale Weise stärkt. Ein halbes Jahr danach im Streit mit Polen berät von Ribbentrop den „Führer" ein zweites Mal in gleicher Weise. Seine Vorhersagen in Bezug auf die Reaktionen aus Paris und London gehen aber dieses Mal daneben, und aus dem Streit mit Polen wird binnen dreier Tage auch ein Krieg mit Frankreich und mit Großbritannien.

Adolf Hitler hat, soweit es die Annexion der Tschechei betrifft, sicher keinen Krieg um des Krieges willen angestrebt. Aber seit seiner Rede vor einer Gruppe höchster Wehrmachtsgenerale im November 1937 ist bekannt, daß er die Tschechei gemeinsam mit Deutsch-Österreich zum Teil des Deutschen Reiches machen will[220]. Und dazu ist er offensichtlich die ganze Zeit bereit gewesen,

[220] Die im Hoßbach-Protokoll niedergeschriebene Hitler-Rede vom 5. November 1937

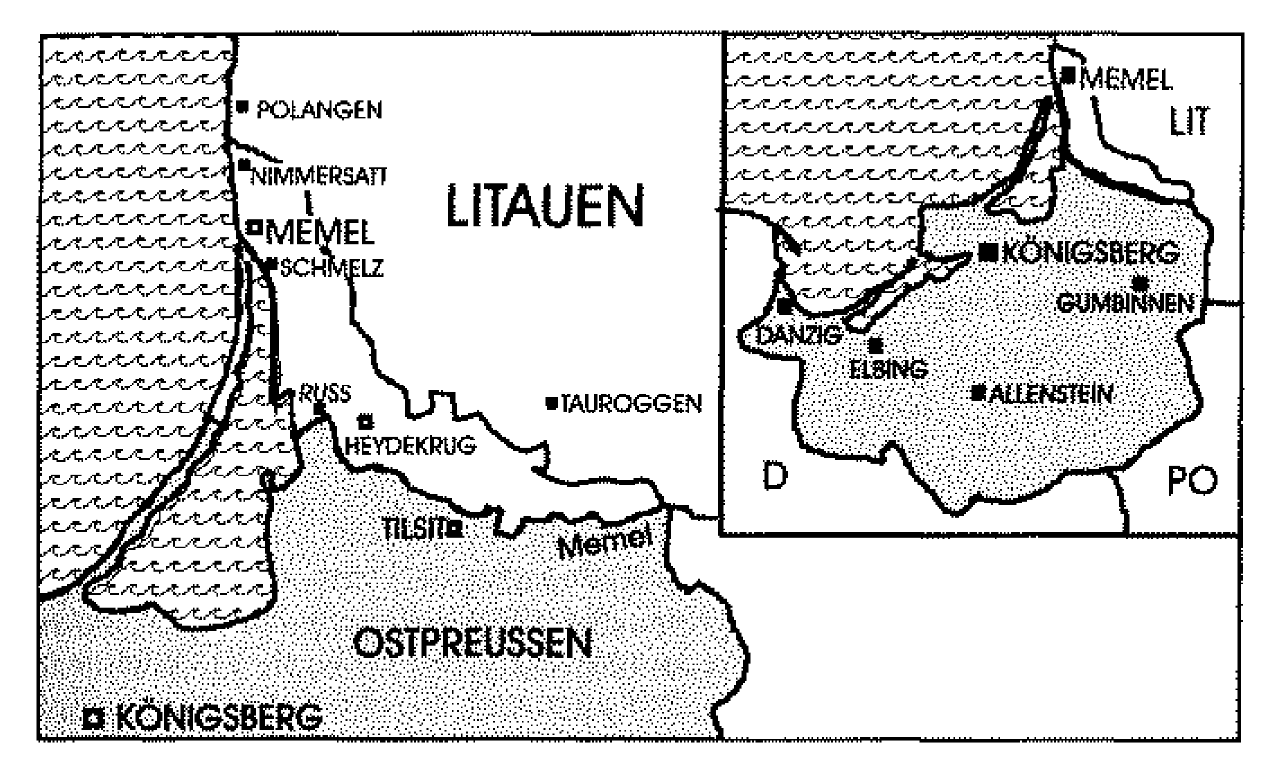
auch einen Krieg zu fuhren. Es ist beachtenswert, daß Hitler schon im November 1937 nur von der Tschechei spricht, als er den Generalen seine Absicht offenlegt, und nicht von der Tschechoslowakei. Er will – das läßt sich daraus schließen – das alte Deutsche Reich der letzten tausend Jahre wieder zu einem Staat zusammenfügen. Und zu diesem Reich gehörten weder Slowaken noch Ruthenen. Die Angliederung der Sudetengebiete ist Hitler in Verfolgung dieser Absicht nur ein Zwischenziel gewesen. Doch der Kampf um dieses Zwischenziel war dem Ausland und den deutschen Bürgern ein legitimes Handeln. Es war der Kampf ums Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Sudetendeutschen. Die zwangsweise Rückführung der Tschechen in „ihr Altreich“ dagegen stößt in Deutschland auf Befremden und führt im Ausland zu Empörung. Hitlers überflüssiger Gewaltakt gegen die Tschechei veranlaßt Briten, Franzosen, Sowjets und Amerikaner, nach einer passenden Gelegenheit zu streben, mit Deutschland Krieg zu führen. Daß die Polen bei der Teilung der Tschechoslowakei noch auf der Seite der Deutschen und der Ungarn stehen, wird dabei tunlichst übergangen. Die Polen sind den Briten und Franzosen im nächsten Akt des Dramas ein sehr willkommener Partner, um Deutschland in der längst überfälligen Danzig-Frage und beim Schutz der deutschen Minderheit in Polen vor die unheilvolle Wahl zu stellen, Verzicht zu leisten oder Krieg zu führen, und den dann auch noch zu eröffnen.

Die Tschechei-Besetzung als Anschub für diese weitere Entwicklung geht ganz allein auf Hitlers Rechnung.

Die Rückgabe Memels

Der letzte „Anschluß“ vor dem Krieg fällt Deutschland wieder in den Schoß. Die litauische Regierung gibt das 1920 abgetrennte Memelland am 22. März 1939 ohne Widerstand an das Deutsche Reich zurück. Dieser Landzipfel zwischen dem Fluß Memel im Süden und dem Ort Nimmersatt im Norden, der das kleine Litauen nach der geographischen Gegebenheit so ideal ergänzt, ist allerdings vor 1920 niemals im eigentlichen Sinne litauisch gewesen.

In diesem Streifen Landes leben um das Jahr 1000 die Kuren, die als Stamm zum Volk der Letten zählen. Die Litauer sind zu der Zeit nach Osten hin noch hinter dem Siedlungsgebiet der Szamaiten erst übernächste Nachbarn. Im 12. und 13. Jahrhundert missionieren und erobern der Livländische Schwertbrüderorden von Norden und der Deutsche Orden von Süden im Auftrag von Papst und Kaiser die baltischen Gebiete entlang der Ostseeküste. Die Memel ist der Fluß, an dem sich beide Orden treffen. Der Livländische Orden, der ab 1158 von Norden kommend das Gebiet der Kuren unterwirft, schafft mit dem später so genannten Memelland zunächst die Brücke zwischen beiden Ordensterritorien. Später reißt die Verbindung des Ordenslandes in Richtung Lettland nördlich der Stadt Memel wieder ab und das Memelland wird 1328 dem inzwischen deutsch gewordenen Ostpreußen angegliedert. Die Kuren und die Deutschen dort haben sich inzwischen zu einem



Karte 14: Das Memelgebiet in der Zeit der Abtrennung

Volk gemischt und das Kurisch ist als Sprache in dieser Gegend ausgestorben. So wird das Memelland schon um das Jahr 1200 deutsch.

1252 gründen Ordensbrüder dort, wo die Danje in die Ostsee mündet an einer Stelle, die klajs peda heißt, ihre erste Burg und unmittelbar daneben eine deutsche Siedlung. Klajs peda ist Kurisch-Lettisch und heißt wörtlich „flache Stelle". Daß die „Memelburg" der Ordensritter dort die erste Burg an diesem Platze war, ist daraus zu schließen, daß die Kuren ihre Burgen nur auf Höhen bauten. So weist der heutige Name Kleipada für die ehemals deutsche Stadt Memel auf eine kurische Ortsbezeichnung hin und nicht – wie der Anschein das vermittelt – auf eine litauische Burg in grauer Vorzeit.

Von der Gründerzeit von Burg und Ort bis 1409 wird Memel gut ein halbes Dutzend mal von Litauern und Kuren angegriffen, erobert und abgebrannt und jedesmal von Deutschen wieder aufgebaut. 1411 im Ersten Thorner Frieden und 1422 im Frieden vom Melno-See wird das Ordensland nördlich der Memel seines Hinterlands beraubt; der Ostteil fällt an Litauen und das Memelland erhält die Grenzen, die es dann unverändert bis 1945 hat. Litauer und Deutsche werden so ab 1411 direkte Nachbarn.

Schon zur Zeit der ersten deutschen Besiedlung wandern getaufte Litauer – wenn auch in geringen Zahlen – von Osten in das Ordensland. Sie sind im damals noch heidnischen Litauen der Verfolgung ausgesetzt und suchen Schutz beim Orden. Drei Jahrhunderte danach, nach der Reformation und der Umwandlung Ost-

preußens und des Memellands von einem geistlichen Ordensstaat in ein weltliches Herzogtum verändert sich die Bevölkerung im Memelland ein weiteres Mal. Der Glaubensdruck der Kirchen und Regenten in Frankreich, in den Niederlanden, in Schottland, in der Schweiz, in Österreich und im katholischen Litauen führt zur Einwanderung vieler Menschen, die im toleranten Preußen weiter zu ihrem Glauben stehen dürfen. Diese Holländer, Schotten, Hugenotten, Salzburger und Litauer tragen zum Volkscharakter der Memelländer bei.

Die Siedler und die Glaubensflüchtlinge aus Litauen müssen wegen ihrer späteren politischen Bedeutung hier besondere Erwähnung finden. Sie behalten ihre Muttersprache, doch sie sind anders als die Menschen ihres Herkunftslandes Protestanten. Zu Ende des ersten Weltkriegs stellen diese „Kleinlitauer" im Memelland 48 % der ansässigen Bevölkerung. Trotz der Bezeichnung und trotz der Muttersprache fühlt sich die Mehrheit der Kleinlitauer zum deutschen Kulturkreis und zum Deutschen Reich gehörig. Bei einer Volksbefragung nach den „Familiensprachen" im Jahre 1922 bekennen sich 71.156 Memelländer zur deutschen Sprache und 67.259 zur litauischen Sprache, doch nur 2,2% der Kleinlitauer wünschen, den Lese- und Schreibunterricht in den Schulen von Deutsch auf Litauisch zu wechseln[221]. Deutsch ist ihre zweite inzwischen angestammte Sprache.

1919 in Versailles beanspruchen die zwei Staaten Polen und Litauen das Memelland für sich. Beide sehen im Zusammenbruch des besiegten Deutschen Reichs die Chance, ihre neu formierten Länder zu Lasten Deutschlands „aufzurunden". Die Polen wollen ganz Litauen samt Memelland für sich, die Litauer das Memelland mit der Stadt Memel als Tor zur nahen Ostsee. Die litauische Begründung, die in Versailles vorliegt, besagt, daß das Memelland vor 600 Jahren Teil des Großlitauischen Reichs gewesen sei. Daran stimmt, daß das Memelland einmal als integraler Teil Ostpreußens unter dem Lehen der Polnisch-Litauischen Doppelmonarchie gestanden hat. Doch mit der gleichen Qualität von Argument könnte Deutschland heute die Herrschaft über Ungarn fordern.

Die alliierten Siegermächte erfüllen weder Polens noch Litauens Ansprüche auf das Memelland. Sie weisen die These der litauischen Regierung, das Memelgebiet sei früher litauisch gewesen, in der Mantelnote zum Versailler Vertrag vom 19. Juni 1919 schriftlich ab. Auch die deutschen Versuche, das Memelland zu halten, werden von den Siegermächten abgewehrt. Drei Vorstöße der Deutschen Reichsregierung und der memelländischen Volksvertretung im Mai, im August und im September 1919 werden mit der Begründung abgelehnt, das Memelgebiet sei nach Versailler Vertrag nicht mehr Teil des Deutschen Reichs, und es könne deshalb mit Deutschland in dieser Sache nicht verhandelt werden.

Ab 1920 nehmen die Versailler Siegermächte das Memelland in einem sogenannten Kondominium unter gemeinschaftliche Herrschaft und lassen es von

[221] Arnaszus, Seite 54

Frankreich fremdverwalten. Am 14. Februar 1920 trifft die französische Besatzungstruppe, ein knappes Bataillon, in Memel ein. Trotz dieser Änderungen bleiben die Memelländer deutsche Staatsangehörige. Die deutsche Verwaltung setzt ihre Arbeit ohne Unterbrechung fort, desgleichen die Reichsbank und die Deutsche Reichsbahn. Die Post wird selbständig gemacht. Sie benutzt französische Briefmarken mit Überdruck in deutscher Sprache. Ansonsten wird das Memelland ein eigenes, geschlossenes Zollgebiet. Damit hat dies neue Kunstgebilde für drei kurze Jahre keine eigene Staatsbürgerschaft und keine eigene Währung. Doch es ist ringsum von Zollgrenzen eingeschlossen und führt eine eigene Flagge. Das Memelland wird von Deutschland abgetrennt und keinem anderen Staate zugesprochen[222]. Diese Abtrennung ist wohl der sinnloseste und lächerlichste Racheakt der Sieger; ein Zustand der förmlich nach Veränderung ruft.

In Litauen bleibt das Verlangen nach dem Memelland weiter auf der Tagesordnung. So beschließt die litauische verfassunggebende Versammlung am 11. November 1921, das Memelland mit Litauen zu „vereinigen"[223]. Gut ein Jahr danach, vom 10. bis zum 16. Januar 1923 dringen litauische Bewaffnete ins Memelland ein und vertreiben die Franzosen. Die französische Besatzungstruppe mit etwa 200 Soldaten ist angesichts der 5 bis 6.000 angreifenden Litauer auch nicht bereit, sich für ein Stück fremdes Land zu opfern. Die Ständige Botschafterkonferenz der Siegermächte legt Protest ein, und die litauische Regierung beeilt sich, ihr mitzuteilen, daß es sich bei dem Geschehen um einen „Verzweiflungsakt der memelländischen Bevölkerung" handelt. Die Regierung in Kaunas weigert sich jedoch, das Memelland herauszugeben, und die Botschafterkonferenz in Paris beugt sich nach kurzem Sträuben der Gewalt. Sie verlangt zunächst, eine Volksabstimmung über die Zukunft des Memellandes durchzuführen, doch als die Konferenz am 16. Februar beschließt, die Souveränität über das Memelland an Litauen zu übertragen, ist auch das vom Tisch. Damit ist der Versailler Vertrag ein weiteres Mal gebrochen.

Nachdem Litauen dem Völkerbund sein Memelland-Mandatsgebiet mit militärischer Gewalt genommen und die verlangte Volksabstimmung mit Erfolg verhindert hat, schließt die Alliierte Botschafterkonferenz den Vorfall ab, indem sie nachgibt. Doch sie verlangt von Litauen, die Gebietsübertragung vertraglich in einer Konvention zu regeln. Mit jener sogenannten Memelkonvention wird außer dieser Übertragung vor allem eine weitgehende Autonomie der Memelländer in ihrem neuen Staate festgeschrieben. Zur „Memelkonvention" gehört als Anhang das „Memelstatut", die Verfassung für das übertragene Gebiet.

Am 8. Mai 1924 wird die Memelkonvention im Namen des Völkerbunds von England, Frankreich, Italien, Japan und Litauen unterzeichnet. Nach Artikel 1 des Memelstatuts bildet das Memelgebiet fortan

[222] Der Versailler Vertrag, Artikel 99, spricht das Memeler Gebiet pauschal den Siegermächten zu.
[223] Plieg, Seite 16

„eine nach demokratischen Grundsätzen aufgebaute Einheit unter der Souveränität Litauens, der auf den Gebieten der Gesetzgebung, der Rechtsprechung, der Verwaltung und des Finanzwesens innerhalb näher umschriebener Grenzen Autonomie verliehen wird“.

Die litauische Regierung ist jetzt im Memelland durch einen Gouverneur vertreten. Das Land regiert sich durch ein Direktorium selbst. Die Gesetze erläßt der memelländische Landtag. Die Memelländer werden, ohne daß man sie dazu befragt hat, Litauer. Und fortan setzt der Zuzug von litauischen Bürgern aus Litauen ein, die man im Gegensatz zu den bisher dort ortsansässigen Kleinlitauern und Memeldeutschen die Großlitauer nennt.

Die erste Landtagswahl im autonomen Memelland am 29. Oktober 1925 bringt bei 83% Wahlbeteiligung 94% der Stimmen für die Parteien der Deutschen Einheitsfront und 6% für die litauischen Parteien[224] ,ein bei 48% litauischen Muttersprachlern erstaunliches Ergebnis. Mit dem klaren Wählervotum beginnt auch der Verdruß. Der litauische Gouverneur verweigert der 94%-Mehrheit das Recht, den Regierungschef zu stellen. Er setzt gegen den Protest des Landtags einen Litauer als Vertreter der 6 %-Minderheit als Chef des Direktoriums ein. Eine Beschwerde des Landtags beim Völkerbund und die Forderung, der Memelkonvention in dieser Sache Geltung zu verschaffen, finden kein Gehör. Die Memelländer schlucken den Litauer als Chef des Direktoriums und der Völkerbund verliert in Deutschland ein weiteres Mal an Ansehen und Vertrauen.

Im Dezember 1926 wird die litauische Regierung in Kaunas[225] mit einem Staatsstreich aus dem Amt gejagt. Die Putschregierung verhängt den Belagerungs- und den Kriegszustand über ganz Litauen, also auch übers Memelland. Der Belagerungszustand wird nach ein paar Tagen wieder aufgehoben. Der Kriegszustand mit Kriegsrecht und allen negativen Begleiterscheinungen bleibt bis 1938 erhalten. Er wird im Memelland erst dann auf Drängen der deutschen Reichsregierung wieder aufgehoben.

Die Folgejahre bleiben für die memelländische Bevölkerung und die Litauer eine Zeit der unerfreulichen Auseinandersetzungen. Die Litauer werfen den Memelländern mangelnden Integrationswillen und Illoyalitäten vor. Die Memelländer beklagen eine nicht endende Kette von Verstößen der Litauer gegen die Memelkonvention. Es gibt Streit über die Benutzung des Deutschen als Schul- und zweite Amtssprache, über die Verwaltung des Memeler Hafens, über die staatliche Finanzausstattung des autonomen Memelgebiets, über die vom Staat zu leistenden Pensionszahlungen, über litauische Gerichtsurteile ohne Verfahren und Anhörung, über die konventionswidrigen Anwendungen des Kriegsrechts, über die wiederholte Absetzung des deutsch-memelländischen Chefs des Direktoriums, über die Pressezensur, über die Verhaftung von Landtagsabgeordneten, über

[224] Plieg, Seite 35
[225] Kaunas ist Litauens Hauptstadt, seit Polen die Stadt Wilna besetzt hält

die ständige Blockierung von Landtagsgesetzen durch den litauischen Gouverneur und so weiter und so fort.

1934 und 35 belastet ein weiteres Ereignis das Memel-Litauen-Verhältnis: der Kriegsgerichtsprozeß von Kaunas. Ab Februar 1934 werden ein paar hundert deutschmemelländer Personen verhaftet und verdächtigt, einen Aufstand zur Befreiung des Memelgebiets geplant zu haben. Im Januar 1935 stehen 126 Memelländer in Kaunas vor den Schranken des litauischen Kriegsgerichts. Ihnen werden „die Aufrechterhaltung des Deutschtums im Memelgebiet als staatsfeindliche Haltung", Waffenbesitz, Geländespiele und zwei Racheakte an Litauern nachgewiesen[226]. Die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes ist allerdings nicht zu beweisen. Die Urteile lauten viermal Tod durch Erschießen und 89 mal Zuchthausstrafen von verschiedener Dauer. Die Todesurteile werden später in Zuchthausstrafen umgewandelt. Der Kaunas-Prozeß mit dem Anklagepunkt „Aufrechterhaltung des Deutschtums" verletzt nicht nur die Präambel des Memelstatuts, er findet auch im Deutschen Reich ein starkes Echo. In 34 deutschen Städten gibt es Demonstrationen gegen dieses Urteil. Das deutsch-litauische Verhältnis wandelt sich von kalt zu frostig.

Im Laufe des Jahres 1935 bemüht sich Litauen, einen Nichtangriffspakt mit dem Deutschen Reich zu schließen. Die Reichsregierung lehnt das ab mit Hinweis auf die zu oft verletzte Memelkonvention. 1936 verbessern sich zunächst die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern. Ein Nichtangriffspakt kommt trotzdem wieder nicht zustande. Statt dessen übergibt die Reichsregierung der litauischen Regierung im März 1938 eine Note mit dem Verlangen, die Memelkonvention ohne Abstrich einzuhalten. Die Note besteht aus „11 Klagepunkten" von denen die Reichsregierung fordert, sie alsbald abzustellen. Die Klagepunkte sind: Der Kriegszustand seit 1926, die Beschränkungen der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit, Verhaftungen durch den litauischen Kriegskommandanten und die litauische Politische Polizei, die weitgehende Lahmlegung der gesetzgeberischen Tätigkeiten des Memeler Landtags durch das häufige Veto des litauischen Gouverneurs im Gegensatz zu den Bestimmungen der Konvention, unangemessen umfangreiche Enteignungen von Memeldeutschen im Memeler Stadtgebiet im September 1937, Druck auf die Betriebe, deutsche durch litauische Arbeitskräfte zu ersetzen und so weiter[227]. Bemerkenswert bei der Note der „11 Klagepunkte" ist, daß die Reichsregierung mit keiner Silbe das Verlangen äußert, das Memelland an Deutschland abzutreten.

Die außenpolitische Lage Litauens wird 1938 brenzlig. Polen zwingt Litauen unter Androhung eines Krieges, ihre Annexion der Stadt Wilna von 1920 völkerrechtlich anzuerkennen. Die zwei Verbündeten der Litauer, die Franzosen und Russen lassen Litauen in diesem Streit mit Polen ohne Unterstützung. Ein weite-

[226] Plieg, Seite 135
[227] PAAA, R 29675

res Ereignis weist in die gleiche Richtung. Im September 1938 – während der Sudetenkrise – läßt Frankreich auch die Tschechoslowakei trotz eines Beistandspakts im Stich. So erkennt die litauische Regierung, daß sie im Falle einer deutsch-litauischen Auseinandersetzung gleichfalls ohne Hilfe ihrer Bündnispartner bliebe. Man zieht in Kaunas Konsequenzen.

Die deutsche Reichsregierung stellt trotz des unverkennbaren Wunsches der Memelländer, „heim ins Reich“ zu dürfen, zu der Zeit noch immer keine Forderungen territorialer Art. Hitler faßt eine militärische Lösung des Problems allerdings schon im Oktober 1938 als Möglichkeit ins Auge. Am 21. Oktober gibt er dem Wehrmachtsführungsstab die Weisung,

> *„Die Wehrmacht muß jederzeit darauf vorbereitet sein, das Memelland in Besitz zu nehmen“.* [228]

Konkrete Pläne und Befehle folgen daraus jedoch zunächst noch nicht.

Als Konsequenz ihrer außenpolitischen Lage beginnt die litauische Regierung nun, bei der deutschen zu sondieren. Der litauische Gesandte Saulys trägt am 31. Oktober in Berlin den Wunsch vor, die deutsch-litauischen Beziehungen neu zu gestalten, und er bittet um eine Erklärung der Reichsregierung zur Unverletzbarkeit des litauischen Staatsgebiets. Das kommt dem Wunsch gleich, daß Deutschland endgültig auf das Memelland verzichtet. Staatssekretär von Weizsäcker im Auswärtigen Amt hält sich bedeckt und verlangt vor weiteren Gesprächen erst einmal die völlige Einhaltung der Autonomie fürs Memelland. Am 1. November wird der erste der elf deutschen „Klagepunkte“ aus der Welt geschafft. Der Kriegszustand im Memelland wird aufgehoben. Doch inzwischen ist der Verdruß der Memelländer über ihre litauische Herrschaft zu groß geworden, und der Anschluß Österreichs im März 1938 weckt bei ihnen alte Wünsche. Ab November 1938 kommt es im Memelland zu prodeutschen Aufmärschen und Fackelzügen und zu der offenen Forderung nach baldiger Rückgliederung ins Deutsche Reich. Die Reichsregierung hält sich trotzdem zunächst weiterhin zurück.

Am 20. November läßt der litauische Außenminister Urbšys den deutschen Gesandten in Kaunas erstmals wissen, daß seine Regierung bereit sei, mit Deutschland über alle offenen Fragen zu verhandeln. Damit kommt Bewegung in die Memelfrage. Am 1. Dezember 1938 sucht der litauische Generalkonsul in Königsberg Dymša den Stab des „Stellvertreters des Führers“ in Berlin auf und überbringt den Wunsch aus Kaunas, über Memel zu verhandeln. Er erklärt im Auftrag der Regierung, Litauen sei nun bereit, dem Memelgebiet die volle Autonomie zu geben und die litauische Außenpolitik der des Deutschen Reiches anzupassen[229]. Sein deutscher Gesprächspartner, der Diplomat Kleist, erwidert, daß die Entwicklung im Memelgebiet nach seiner Meinung automatisch zu einer Rückkehr der Memelländer ins Deutsche Reich führe. Dymša antwortet:

---

[228] ADAP, Seite D, Band IV, Dokument 81
[229] PAAA, R 29675

„Die glücklichste Lösung sei nach seiner Meinung die sofortige Aufnahme von deutsch-litauischen Verhandlungen. Diese Verhandlungen würden deutscherseits also von der automatischen Rückkehr des Memelgebiets nach Deutschland ausgehen. Von litauischer Seite wäre der Ausgangspunkt das Angebot der vollen Autonomie. Das Ergebnis könne als Kompromiß ein Con-Dominium Deutschlands und Litauens über Memel sein“. [230]

Die litauische Diplomatie zeigt damit Bereitschaft zum Entgegenkommen. Die deutsche legt noch keine Karten offen. Sie trifft zunächst in aller Stille Vorbereitungen. Reichsaußenminister von Ribbentrop erwägt die Einladung seines litauischen Kollegen und läßt zwei Verträge ausarbeiten. Entwurf eins ist ein deutsch-litauischer Vertrag, der die Rückkehr des Memellands zu Deutschland vorsieht und als Gegenleistung einen litauischen Freihafen und Wirtschaftsprivilegien in Memel. Entwurf zwei verlangt nur die volle Autonomie für das Memelland. Ansonsten informiert der Außenminister sein Haus, daß eine gewaltsame Rückeroberung des Memelgebietes nicht in der Absicht Hitlers liegt. In den Akten des Auswärtigen Amtes aus diesen Tagen steht wiederholt die Anmerkung des Staatssekretärs von Weizsäcker

„Wir lassen die Litauer über unsere Absichten zu Memel im Ungewissen“. [231]

Deutschland und das Ausland warten zu der Zeit mit Spannung auf die nächsten Memeler Landtagswahlen. Am 11. Dezember 1938 gehen 96% der wahlberechtigten Memelländer unter den Augen amerikanischer, polnischer, französischer, italienischer und englischer Wahlbeobachter und Journalisten zu den Urnen. Trotz der 48% litauischer Muttersprachler bekommt die deutsche Liste über 87% der abgegebenen Stimmen. Das Ergebnis wirkt wie ein Votum der Bevölkerung für den Anschluß an das Deutsche Reich. England und Frankreich reagieren alarmiert auf dies Ergebnis. Am Tage nach der Wahl schon teilen die Regierungen beider Mächte dem Auswärtigen Amt in Berlin mit,

„daß sie als Signatarmächte der Memelkonvention darauf vertrauen, daß die Deutsche Regierung ihren Einfluß auf die Memelländer im Sinne der Aufrechterhaltung des Status quo geltend macht“. [232]

Damit verlangen Briten und Franzosen den Verbleib des Memellands bei Litauen und dies trotz des offenbar entgegengesetzten Willens der betroffenen Bevölkerung. Zum Zeitpunkt der Memeler Landtagswahl hat Hitler seinen ersten Sündenfall, den Einmarsch in die Rest-Tschechei noch nicht begangen. So sind die Reaktionen aus Paris und London noch nicht als Reflex auf Hitlers spätere Aggressionen zu erklären. England und Frankreich sind also auch nach ihrem Debakel auf der Konferenz von München und dem Anschluß der Sudetengebiete an

---

[230] PAAA, R 29675
[231] PAAA, R 29675
[232] PAAA, R 29675

das Deutsche Reich noch immer nicht bereit, ihre Fehler von Versailles selber zu bereinigen. Sie überlassen es den Deutschen.

Die Reaktionen aus Berlin und Kaunas auf die Landtagswahlen sind so etwas wie die Ruhe vor dem Sturm. Der „Stellvertreter des Führers" Rudolf Heß erläßt am 2. Februar 1939 an die deutschen Dienststellen im Memelgebiet und im Deutschen Reich eine streng geheime Weisung,

> *„daß jedes Hinarbeiten deutscher Parteistellen nach dem Memelgebiet zu unterbleiben habe, daß vor der Hand jeder Konflikt mit der litauischen Regierung zu vermeiden sei und daß die memeldeutsche Führung für die Durchführung dieser Weisung verantwortlich gemacht werde".* [233]

Die deutsche Reichsregierung übt sich also in Zurückhaltung. Die litauische Regierung läßt die Entwicklung im Memelland zunächst frei laufen, ehe sie im Februar wieder auf die Bremse tritt. Die Zweisprachigkeit wird nun auch bei den litauischen Behörden im Memelland zur Pflicht. Die Unterrichtssprache richtet sich fortan nach den Elternwünschen. Die litauische Staatssicherheitspolizei muß das Gebiet verlassen, auch wenn sie weiter als Bahn- und Grenzpolizei verkleidet die deutschen Memelländer überwacht. In den Schulen werden die litauischen Staatswappen entfernt und mit ihnen auch die Bilder von Staatspräsident Smetona. Doch trotz all dieser Konzessionen drängt die Stimmung der Bevölkerung immer heftiger auf den Anschluß an das deutsche Mutterland. Im litauisch orientierten Teil der memelländischen Bevölkerung kommt es bald zu Gegenreaktionen. Prügeleien zwischen Jugendlichen beider Nationalitäten und eingeworfene Fensterscheiben zeigen, daß die Temperaturen auf beiden Seiten steigen. Am 12. März stören 600 Litauer, davon 450 mit Gewehren, eine deutsche Feierstunde an einem Gefallenenehrenmal. Die Feier und die Störung werden von der jeweils anderen Seite als schwere Provokation betrachtet.

Am 15. März 1939 marschiert die Wehrmacht in „Böhmen und Mähren" ein. Die Deutsch-Memelländer nehmen das für sich als gutes Omen und hoffen als nächstes auf einen Einmarsch deutscher Truppen in das Memelland. Der im Dezember neu gewählte Landtag ist vom litauischen Gouverneur inzwischen noch immer nicht zu seiner ersten Sitzung einberufen worden. An diesem 15. März hält der Vertreter der deutschen Parteienliste Dr. Neumann vor dem Landtagsgebäude eine öffentliche Rede. Er beklagt die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Memelländer. Er prangert den wirtschaftlichen Niedergang des Gebiets unter litauischer Herrschaft an, und er verlangt vom Gouverneur, den Landtag bis zum 25. März zu seiner ersten Sitzung einzuberufen. Zwei Tage später gibt Dr. Neumann Vertretern der Agentur Reuter und des DAILY TELEGRAPH ein Interview, in dem er erstmals öffentlich erklärt, die deutsche Bevölkerung des Memellands erwarte den Anschluß an das Deutsche Reich und hoffe, die litauische Regierung werde das Gebiet freigeben. Er fügt hinzu, daß die Memelländer kei-

---

[233] PAAA, R 29675, Blatt 120 785

ne Feindschaft gegen die litauische Bevölkerung empfinden würden, auch nicht gegen die litauischen Soldaten[234]. – Damit ist die Katze aus dem Sack.

Den Neumann-Erklärungen folgen litauische Anfragen in Paris und London. Die französische Regierung stellt fest, daß sie keine Garantie für Litauen gegeben habe. Die britische antwortet ausweichend sibyllinisch. Die Litauer, die die Memelkonvention bisher oft nicht beachtet haben, finden nun unter deren Dach auch keinen Schutz. Am 20. März, nachdem Litauen in Paris und London keinen Rückhalt findet, reist Außenminister Urbšys nach Berlin zu Ribbentrop. Der deutsche Minister, der sich bisher in Bezug auf Memel stets öffentlich zurückgehalten hat, nutzt nun die ausweglose Lage des litauischen Kollegen. Er weiß, daß Litauen das Memelland einst ohne Recht und mit Gewalt genommen hat, daß es die Memelkonvention die längste Zeit nicht eingehalten hat, daß die Memelländer sich mit übergroßer Mehrheit für das Deutsche Reich entschieden haben und daß Litauen nun bei den Siegermächten keinen Rückhalt findet. Von Ribbentrop beginnt das Gespräch mit Urbšys mit der Feststellung, daß die Memelländer zurück zu Deutschland wollen. Dann stellt er Urbšys vor die Wahl.

> *„Es gibt zwei Möglichkeiten“, so von Ribbentrop, „eine freundschaftliche Regelung mit nachfolgendem freundschaftlichem Verhältnis zwischen den beiden Ländern. Hierbei würden wir wirtschaftlich großzügig sein und die Freihafenfrage zu Gunsten Litauens lösen. Anderenfalls ist nicht zu sehen, wo die Entwicklung endet. Kommt es im Memelgebiet zu Aufständen und Schießereien, wird Deutschland nicht ruhig zusehen. Der Führer wird blitzartig handeln und die Situation wird dann von den Militärs bestimmt.“* [235]

Von Ribbentrop beendet das Gespräch mit dem Angebot eines Vertrages, der beides regeln soll, die Rückkehr Memels und den Freihafen für Litauen. Urbšys erbittet Bedenkzeit von ein paar Tagen, doch von Ribbentrop setzt nach und rät, „allerschleunigst einen Bevollmächtigten zum Abschluß des Vertrags zu entsenden“. Der litauische Minister kehrt noch am gleichen Tag zurück nach Kaunas.

Am Folgetag berät das litauische Kabinett ab 14 Uhr das deutsche Angebot, das ja offensichtlich keine andere Wahl mehr läßt. Um 19 Uhr fällt der Entschluß, das Memelland zurückzugeben. Dann wird Staatspräsident Smetona von der Entscheidung unterrichtet. Um 0 Uhr 20 informiert das Presseamt die Medien. Am Tag danach, dem 22., schließen beide Länder den von Deutschland angebotenen Vertrag, der das Memelland zurück ins Reich bringt und Litauen einen Freihafen in Memel und gewisse Rechte garantiert. Fast zeitgleich gehen Noten der litauischen Regierung an die in London, Rom, Paris und Tokio, die nach Artikel 15 der Memelkonvention als Signatarmächte dieser Konvention „der Übertragung der Souveränitätsrechte über das Memelgebiet zustimmen“ müssen. Die angeschrie-

---

[234] Plieg, Seite 205

[235] PAAA, R 29675, Blatt 120813

benen Mächte bekunden, daß sie nichts gegen die Rückübertragung des Memellands an Deutschland unternehmen werden. So wird das Memelgebiet am 22. März 1939 völkerrechtlich wieder deutsch.

Schon in der Nacht zum 23. beginnt das litauische Militär, vertragsgemäß aus Memel abzurücken. In den frühen Morgenstunden marschieren dafür drei nahe stationierte deutsche Heeresbataillone von Tilsit kommend ein, und ein Dutzend Schiffe der Kriegsmarine legt im Memeler Hafen an. Die ganze Übergabe ist kein kriegerisches Unternehmen.

Der Anschluß des Memellandes entspricht dem Willen der großen Mehrheit der betroffenen Bevölkerung, und er folgt einem völkerrechtlich gültigen Vertrag. Man kann gewiß nicht sagen, daß der Verzicht der Litauer ein Akt des freien Willens ist. Er ist wohl mehr ein Akt der Einsicht, mit der man zurückgibt, was man nicht länger halten kann. Am 15. Mai 1939 erkennt die britische Regierung die Rückkehr des Memellandes in einer Note an, in der sie schreibt:

> *„Ihrer Majestät Botschaft... hat die Ehre, das (deutsche) Außenministerium im Auftrag des Außenministeriums Ihrer Majestät davon in Kenntnis zu setzen, daß Ihrer Majestät Regierung des Vereinigten Königsreichs entschieden hat, die deutsche Vereinigung mit Memel de jure anzuerkennen. ...“* [236] [237]

Diese de-jure-Anerkennung ist insofern bemerkenswert, als sie in England und bei den anderen Erste-Weltkrieg-Siegermächten bald danach vergessen ist. Auf der Siegerkonferenz von Potsdam 1945 legen der englische Premier Churchill und US-Präsident Truman gemeinsam fest, was nach ihrer Lesart „Deutschland“ ist. Für sie ist es das Deutschland in den Grenzen von 1937 ohne Memel. Auch das Internationale Militärtribunal von Nürnberg erklärt die Heimkehr Memels in ihrem Urteil 1946 zu einer von sechs Verletzungen des Versailler Vertrags[238]. Dies Urteil übergeht, daß die Regierungen Englands und Frankreichs der Rückgabe 1939 auf litauisches Befragen nicht widersprochen und den Artikel 99 des Versailler Vertrags damit selber aufgehoben haben. Es übergeht die „de-jure-Anerkennung“ der englischen Regierung, mit der die Briten 1939 sagen, daß ihre Anerkennung „von Rechts wegen“ geschieht und nicht etwa aufgrund der geschaffenen Fakten oder infolge von Gewalt.

Die Mächte von Versailles haben den Streit der Litauer und der Deutschen um Memel 1920 angelegt. Wenn dieses keine böse Absicht war, ist es zumindest eine Unsinnstat gewesen. Ein Stückchen Land und die Bevölkerung vom Mutterland zu trennen, ohne zu wissen, wem das alles letzten Endes zugesprochen werden soll, ist ein zerstörerischer Akt ohne Sinn und Weisheit. Die Erste-Weltkrieg-Sieger, die stets vorgegeben haben, sich für Demokratie, Freiheit und das Selbst-

---

[236] Plieg, Seite 224
[237] Klammer ist Anmerkung des Verfassers
[238] IMT, Band XXII, Seite 522

bestimmungsrecht der Völker eingesetzt zu haben, haben sich im Memelland kein einziges Mal um Recht und Freiheit der betroffenen Bevölkerung geschert. Der Schuldanteil der Litauer an dem Streit ist nicht geringer. Sie haben das Gebiet 1923 in einem kriegerischen Akt erobert. In den 15 Jahren ihrer Herrschaft haben sie die Rechtsgrundlage für das Zusammenleben der Memeldeutschen und der Kleinlitauer so oft unterlaufen und gebrochen, daß das seit jeher friedliche Verhältnis beider Gruppen schnell vergiftet worden ist. Litauen ist auch nicht so vital und attraktiv gewesen, daß es die Chance hätte haben können, den zwangseingebürgerten Deutschen als Vielvölkerstaat ein neues Heimatland zu werden. Der dritte Sünder ist der Völkerbund, der als Friedenswächter über das Memelland von Anfang an versagt hat.

Die Heimkehr des Memellandes innerhalb nur einer Woche von der ersten öffentlichen Forderung des Dr. Neumann bis zum Abschluß des Vertrags und die schnelle Anerkennung durch die Siegermächte sind ein weiterer Erfolg für Adolf Hitler; der letzte in einer langen Kette von Erfolgen. Ohne die Sieger von 1918 hätte es keine Rückkehr deutscher Truppen in die Rheinlandgarnisonen geben müssen, hätten das Saarland, die Sudetengebiete und das Memelland nicht wieder angeschlossen werden müssen und hätte es kein Österreich geben müssen, das gegen den Willen von Volk und Parlament zur Eigenstaatlichkeit gezwungen worden ist. Das alles hätten die Sieger in Versailles und Saint-Germain ohne einen Hitler regeln können, wenn sie in Zukunft Frieden mit den Deutschen hätten haben wollen.

Nach der Kette von Erfolgen nimmt es nicht Wunder, daß Hitler erstens nun versucht, die deutsche Stadt Danzig an Deutschland anzuschließen, und daß er dabei zweitens die Erste-Weltkrieg-Sieger nicht mehr richtig einschätzt.

Neben allen Revisionen, die sich Hitler von der Saar bis an die Memel auf die Haben-Seite schreiben kann, bleiben nun nur noch zwei Fragen offen : die nach der Rückkehr Danzigs und die nach der Rückgabe der früheren deutschen Kolonien durch die Siegermächte.

Die offene koloniale Frage

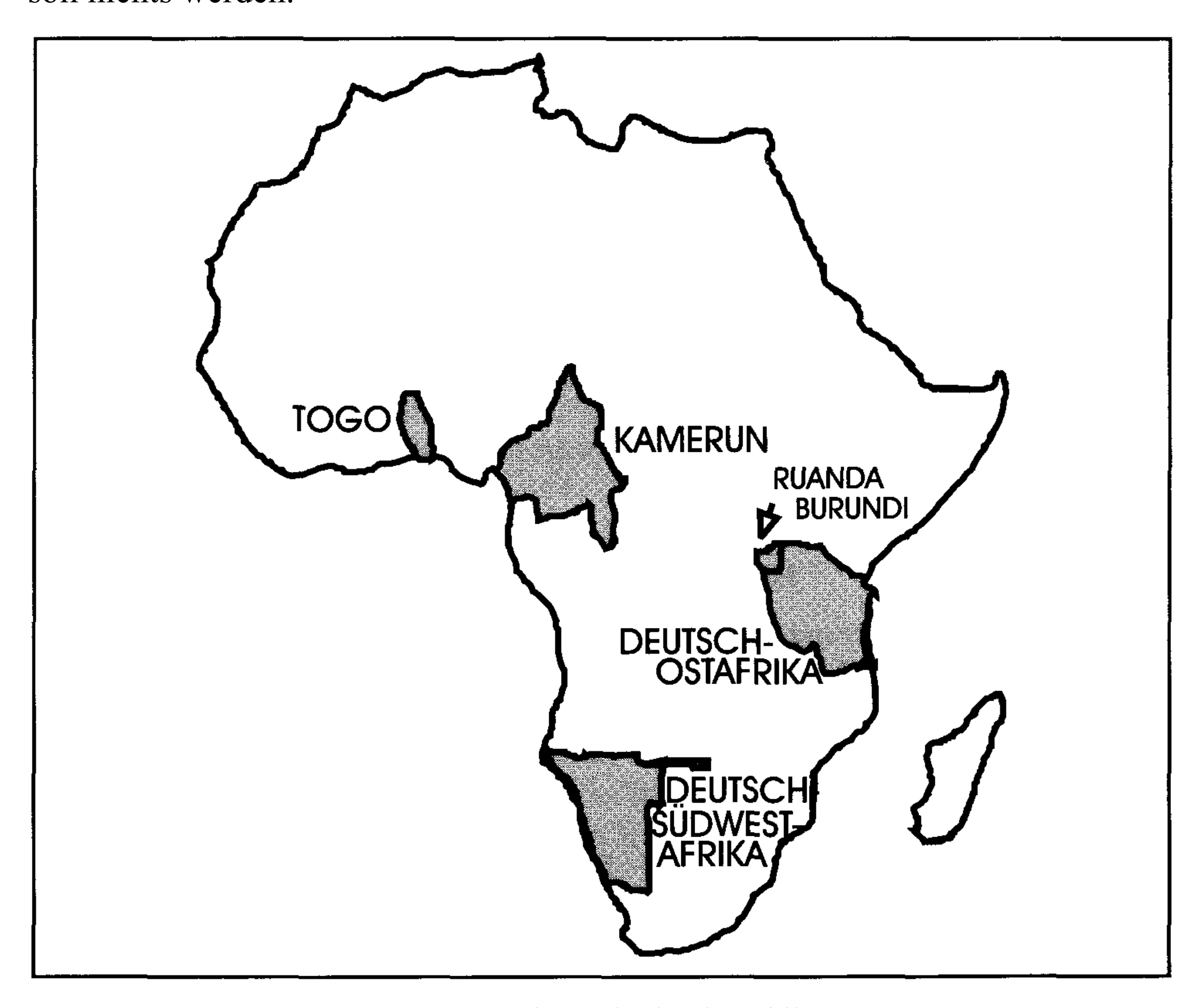
Die Abessinien-Eroberung der Italiener bildet nicht die einzige Erschütterung, die nach dem Ersten Weltkrieg vom Streit um Kolonien ausgeht. Das Problem schnell wachsender Bevölkerungen bei damals ungenügender Rohstoff- und Ernährungslage bewegt nicht nur die Italiener. Auch Polen, Japaner, Deutsche und andere Völker sind davon betroffen. So bleibt der Drang nach neuem „Lebensraum“ für viele Staaten bis zum Zweiten Weltkrieg ein Teil der Außenpolitik.

Die USA und Rußland haben ihre „Lebensraum-Probleme“ durch Expansion über jeweils einen Kontinent gelöst und dabei ihnen zivilisatorisch unterlegene Völker vertrieben, dezimiert und unterworfen. Ihr kolonialer Raum ist lange

schon vor 1918 zum integralen Teil des Staatsgebiets geworden, so daß man ihn völkerrechtlich und umgangssprachlich nicht mehr als Kolonie betrachtet. Trotz dieser Sättigung mit Lebensraum unterhalten die USA auch nach dem Ersten Weltkrieg noch Kolonien außerhalb der eigenen Grenzen, die Philippinen, Guam, Ost-Samoa, Puerto Rico und Hawaii.

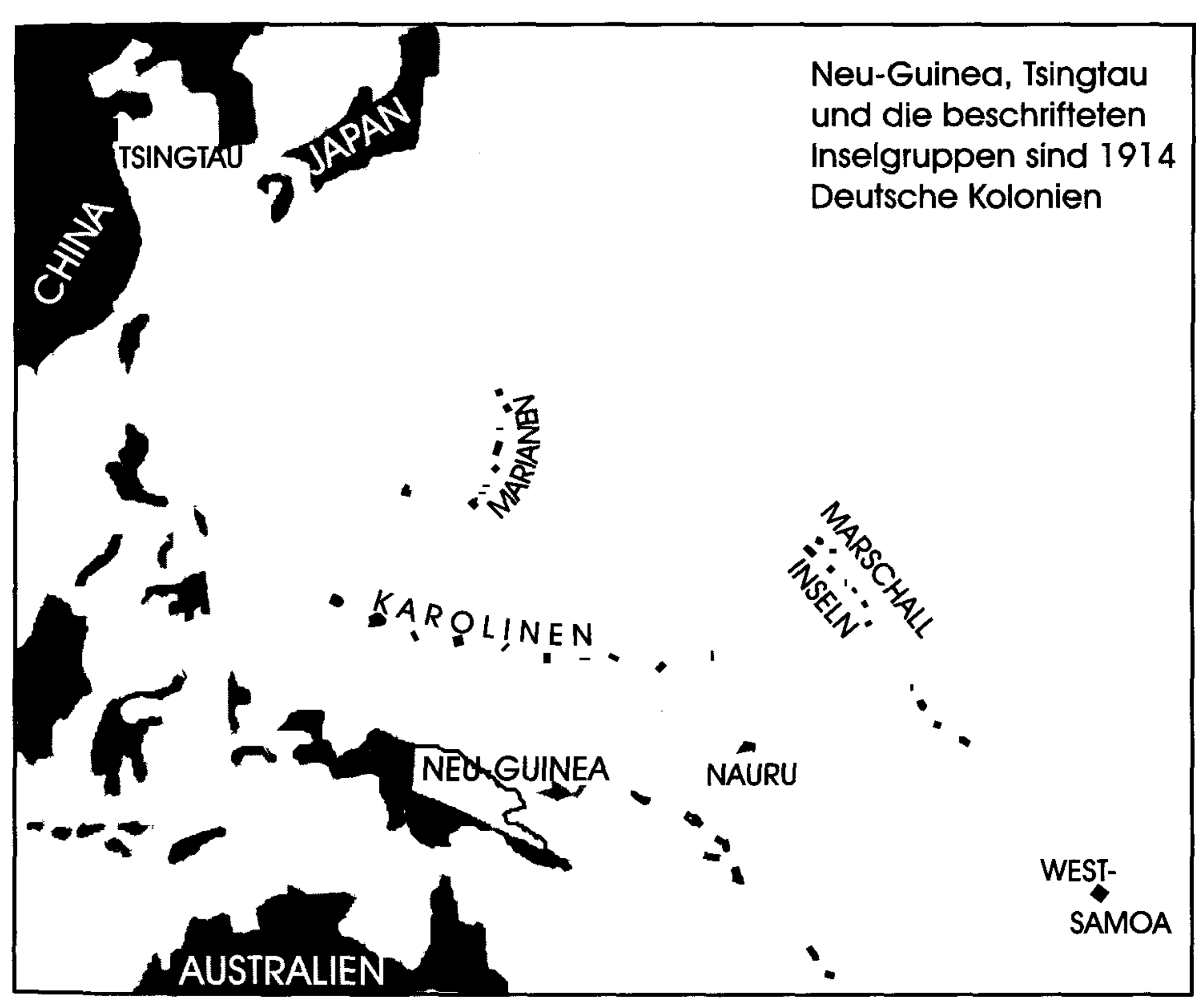
England und Frankreich haben sich ihre Kolonialreiche in Übersee errichtet. Da hier kein territorialer Anschluß an das Mutterland gegeben ist, und da sich die unterworfenen Völker nicht wie die Indianer dezimieren und verdrängen lassen, bleiben diese Kolonien völkerrechtlich Kolonien. Nur in Kanada, Neuseeland und Australien gelingt es, die einheimische Bevölkerung, wie in den USA, in unwirtliche Landesteile abzudrängen und dort erst Kolonien und dann Vasallenstaaten einzurichten. Die Kolonien und Dominions stellen Großbritannien und Frankreich im Ersten Weltkrieg Truppen.

Zu Ende dieses Krieges schlägt Wilson Deutschland mit seinen 14 Punkten einen Frieden vor. Im 5. Punkt der 14 verspricht er einen „freien, vorurteilslosen und absolut unparteiischen Ausgleich aller kolonialen Ansprüche“, doch daraus soll nichts werden.



Karte 15: Deutsche Kolonien in Afrika 1914

Trotz der schon erreichten Saturierung nehmen sich England und Frankreich 1920 die Masse der bis dahin deutschen Kolonien. Mit Deutsch-Südwest-Afrika (Namibia), Deutsch-Ostafrika (Tansania), Togo, Nordost-Neuguinea und den pazifischen Inselgruppen Nauru und West-Samoa werden 1.200.000 Quadratkilometer deutschen Kolonialgebietes dem britischen Empire einverleibt. Frankreich erhält mit Kamerun etwa 500.000 qkm. Italien bekommt 80.000 qkm im Zuge eines Gebietsaustauschs in Afrika. Belgien kriegt Ruanda nebst Burundi und Japan übernimmt von Deutschland die Marianen- und die Marschall-Inseln im Pazifik. Mit dieser Neuverteilung wird allerdings das „Lebensraum-Problem“ der Italiener und Japaner nicht gelöst.



Karte 16: Die deutschen Kolonien im Pazifik 1914

Italiens Streit um Abessinien ist bereits geschildert. Japan ist 1914 – wie Italien 1915 – von England mit dem Versprechen zur Kriegserklärung gegen Deutschland überredet worden, daß ihm die deutschen Kolonien im Pazifik nördlich des Äquators bei einer deutschen Niederlage zugesprochen werden. In Versailles verhindern die USA, daß Japan seine volle Beute kriegt. Die deutschen Rechte in Shantung in China werden Tokio vorenthalten und Japan muß seine Eroberungen südlich des Äquators an England und Australien übergeben. Ungeachtet seiner kleinen Kriegs-

gewinne steht Japan 1920 weiterhin wie andere Völker vor den Problemen einer schnell wachsenden Bevölkerung und vor der Knappheit von Nahrungsmitteln, Kohle, Öl und Erzen. Dazu kommen nach dem Ersten Weltkrieg zwei weitere Erschwernisse. Die USA ändern ihr Einwanderungsgesetz und lassen keine Bürger Japans mehr ins Land, und mit Zöllen und Importgesetzen halten sie japanische Produkte fern vom eigenen Markt. So steigt der Bevölkerungsdruck auf Japans Inseln, während die Devisen schrumpfen, mit denen das Land im Ausland kaufen könnte. Beides schiebt den Drang zu neuen Kolonien weiter an.

Japan hatte mit dem Aufbau eines Kolonialreichs schon begonnen, als noch die Jagd nach Kolonien offen war. 1895 nimmt es sich Formosa (Taiwan), dann 1910 Korea, und 1915 versucht es, sich in China festzusetzen. Doch nach dem „Schlußverkauf von 1920 setzt Japan sein Bemühen um ein größeres Kolonialreich fort. Von 1931 bis 1934 erobert es die Mandschurei. Damit steht Japan zusammen mit Italien als zu spät gekommene Kolonialmacht am Pranger jener Staaten, die ab 1920 nur noch ihren Kolonialbesitz verteidigen.

Polen – in den gleichen Schwierigkeiten – dehnt seinen Lebensraum zuerst auf Kosten Rußlands aus, als es 1920 Teile Weißrußlands und der Ukraine erobert und sie dann als „Ostpolen“ annektiert. Doch das Problem ist angesichts der weiter zunehmenden Bevölkerung damit offensichtlich nicht gelöst, wie Außenminister Beck das 1939 vor der Auslandspresse offenlegt. Der Minister erwähnt am 26. Januar 1939 in einer Pressekonferenz, daß Polen Interesse an Kolonien habe, „weil es Boden für die Auswanderung suche und Rohstoffe für seine Industrie brauche“. Aus diesem Grunde – so Minister Beck – werde die Zusammenarbeit mit Ländern gesucht, die Kolonien besitzen[239]. Becks Äußerungen zeigen, daß die Polen die gleichen Sorgen haben wie viele andere Völker. Hitler mit seinen Lebensraum-Gedanken ist kein Einzelfall zu seiner Zeit, und diese Problematik ist in den 20er und 30er Jahren nicht so außergewöhnlich, wie sie uns heute scheint.

Es sind zum großen Teil die gleichen Nationen, die vom Selbstbestimmungsrecht der Völker reden, und die sich Kolonien halten. Der Widerspruch, der sich dabei auch schon den Siegermächten in Versailles auftut, findet seine Heilung in einer neuen Auslegung von kolonialer Herrschaft. Im Teil I der Völkerbundsakte in Artikel 22 nennt man koloniale Herrschaft nun

> *„Vormundschaft über Völker, die noch nicht imstande sind, sich unter den besonders schwierigen Verhältnissen der modernen Welt selbst zu leiten, durch fortgeschrittene Nationen.“*

Nach dieser neuen Lesart ist die Herrschaft der Amerikaner, Briten und Franzosen eine Wohltat für die, die nicht imstande sind, sich in dieser Welt zurechtzufinden, auch wenn Inder, Syrer, Ägypter und viele andere ihre kolonialen Herren nach dem Ersten Weltkrieg mehrmals bitten, endlich abzuziehen.

[239] Archiv der Gegenwart, Seite 3905

Der Diktator Hitler ist, was sein Denken über Kolonien und Lebensraum betrifft, ein Kind der Zeit. Seine Vorstellungen und Äußerungen zu Ernährungs- und zu Rohstoff-Fragen, zu Lebensraum und Kolonien ziehen sich wie ein roter Faden durch sein Leben, doch wechselt er dabei öfter seinen Standpunkt. Im Buch „Mein Kampf schreibt Hitler 1924, daß Deutschland auf die kaiserlichen Kolonien verzichten und sich dafür Lebensraum im Osten suchen sollte.[240] Dies ist sicher das Ergebnis der Erfahrung aus dem Ersten Weltkrieg. Das Deutsche Reich als Seemacht zweiten Ranges hatte keine Chance, im Kriege aus den Kolonien Nahrungsmittel, Kohle, Öl und Erze einzuführen. Das haben die Briten und die Amerikaner auf dem Atlantik und im Indischen Ozean unterbunden und die Japaner im Pazifik. Eine Kolonie in Osteuropa hätte Deutschland im Kriege sicher besser nutzen können. Von 1928 bis 1933 schweigt Hitler dann zu Lebensraum und Kolonien, vermutlich um im Kampf um seine Kanzlerschaft niemand zu verschrecken. Sofort nach dem Regierungsantritt im Februar 1933 nimmt Hitler dieses Thema wieder auf. In seiner Antrittsrede vor hohen Reichswehroffizieren entwickelt er Gedanken zur Problematik von wachsender Bevölkerung und auf Dauer unzureichender Ernährungslage. Er stellt dabei die Frage, was denn besser sei, eine Kolonie in Übersee oder neues Siedlungsland in Osteuropa. Diese Rede wird an späterer Stelle dieses Buches noch erörtert werden.

Seit dieser Antrittsrede kommt Hitler in geschlossenen Kreisen und geheimen Reden immer wieder auf den „neuen Lebensraum“ zu sprechen, ohne daß er vor dem Kriege sagt, daß er dabei an die Ukraine denkt. So bleibt das Thema für Partei und Wehrmacht bis zum Kriege theoretisch akademisch. Selbst als das Geschehen im Sommer 1939 wie unaufhaltsam auf den Krieg zustrebt, bringt Hitler den „Lebensraum im Osten“ nicht mit Polen in Verbindung. Anders sind Hitlers Äußerungen in öffentlichen Reden und dem Ausland gegenüber. Hier spricht er vor allem von Deutschlands früheren Kolonien, die er in „Mein Kampf noch abgeschrieben hatte. Oftmals, wenn im Reichstag die Ernährungs- und die Rohstofflage Deutschlands angesprochen wird, verweist Hitler auf zwei Ziele: er will Deutschland wirtschaftlich autark, das heißt vom Außenhandel so weit wie möglich unabhängig machen, und er fordert eine Kolonie in Übersee. Auf dem Reichsparteitag am 9. September 1936 proklamiert der Diktator das Ziel der Autarkie des Deutschen Reichs bei der Rohstoffgewinnung und fügt hinzu:

> *„Unabhängig davon kann Deutschland aber nicht auf die Lösung seiner kolonialen Forderungen verzichten.“* [241]

Auf dem „Parteitag der Arbeit“ ein Jahr später, am 7. September 1937 sagt er in seiner Rede:

> *„Es ist daher die Forderung nach einem dem Reich gehörenden Kolonialbesitz eine in unserer wirtschaftlichen Not begründete. Und die Einstellung der anderen Mächte zu dieser Forderung ist eine einfach nicht ver-*

[240] Hitler, Seiten 736 ff
[241] Domarus, Band 1, Seite 637

ständliche. Deutschland hat seine Kolonien einst diesen Mächten weder geraubt noch gestohlen.“ [242]

Im letzten Satz steckt ein Stück Vorwurf an die Briten. Während Deutschland seine Kolonien durch Verträge oder Kauf erworben hatte, sind Englands Kolonien meist erobert worden.

Im Herbst 1936 und Februar 1937 unterbreitet der deutsche Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht mit Hitlers Vollmacht erst den Franzosen, dann den Briten einen Vorschlag, alle noch zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland offenen Streitfragen in einem umfassenden Arrangement zu lösen. Dabei sollte auch eine Regelung zur kolonialen Frage auf die Tagesordnung kommen. Schacht bringt Kamerun und Togo ins Gespräch, die unter deutsche wirtschaftliche Lenkung, aber nicht unter Deutschlands Hoheit kommen sollten[243]. So stünden die zwei Kolonien allen Staaten für den Handel offen, und es entstünde nicht der Eindruck, England und Frankreich hätten eroberte Gebiete an das Deutsche Reich zurückzugeben. Der Vorstoß Schachts ist moderat, doch er wird nacheinander erst von England, dann von Frankreich abgelehnt.

In den Folgejahren hält Hitler diesen Punkt „Versailler Unrechts“ durch bisweiliges Erinnern auf der Tagesordnung. Er bespricht das Thema mit den Botschaftern Englands, Frankreichs, Polens[244] und mit dem Beauftragten des Völkerbunds für Danzig[245], ohne allerdings alle früheren deutschen Kolonien zu verlangen und ohne Eile anzumahnen. So spricht er vor dem französischen Außenminister Bonnet und dem Völkerbundsvertreter Professor Burckhardt davon, daß er „für das Getreide Raum im Osten braucht und für das Holz eine Kolonie“[246]. Gemessen an den kolonialen Territorien anderer Nationen, die zahlenmäßig deutlich kleiner als die deutsche sind, ein recht bescheidenes Verlangen, doch gemessen am Selbstverständnis der Briten und Franzosen reiner Sprengstoff.

Am 19. November 1937 besucht der spätere Außenminister Lord Halifax als Emissär der britischen Regierung Hitler auf dem Obersalzberg. Der Zweck der Reise ist den englischen Medien zufolge die Absicht des Premierministers, die Verhältnisse mit Deutschland zu ordnen und die noch offenen Fragen einschließlich der Kolonialfrage zu erörtern[247]. Lord Halifax eröffnet das Gespräch nach ein paar Begrüßungsfloskeln mit kritischen Bemerkungen über die Behandlung von Kirchen, Juden und Gewerkschaften im Deutschen Reich. Dem fügt er allerdings die Anerkennung bei, daß Hitler durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande Westeuropa vor dem Bolschewismus bewahrt habe. Im Mittelpunkt des nun folgenden Meinungsaustausches zwischen Halifax und Hitler

---

[242] Domarus, Band 1, Seite 716
[243] Bevendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seiten 240 ff
[244] Benoist-Méchin, Band 6, Seite 283
[245] Burckhardt, Seite 341
[246] Bonnet, Seite 247
[247] Der Verlauf des folgenden Gesprächs: ADAP, Serie D, Band 1, Seiten 46-56 und PAAA, R 29575 Fiche 215

steht die koloniale Frage. Lord Halifax gesteht als erstes zu, daß „die Fehler des Versailler Vertrages richtig gestellt werden müßten“, allerdings nur aufgrund „vernünftiger Regelungen“. England sperre sich nicht generell gegen eine Rückgabe von Kolonien an Deutschland, doch London könne dies nicht alleine mit Berlin verhandeln. Eine Neuregelung der Verteilung der Kolonien sei nur im Rahmen einer europäischen Gesamtregelung denkbar. Hitler setzt dagegen, daß sich die englische Regierung zwar bereit erkläre, über Kolonien zu diskutieren, daß ihre Partei, die Konservativen, eine Rückübertragung aber kategorisch ablehnt. Er fügt hinzu, daß es nicht Deutschlands Sache sei, hier Forderungen zu stellen, sondern die Sache der Sieger, hierzu Vorschläge zu machen. Schließlich hätte Deutschland Anspruch auf seinen einstigen Besitz. Entweder werde die Kolonialfrage irgendwann „im freien Spiel der Kräfte geregelt“ oder es gebe vorher eine „vernünftige Lösung“. Hitler beendet seine Ausführungen mit der Versicherung, daß er auch akzeptable Kompensationsvorschläge annähme, wenn England oder Frankreich aus strategischen Gründen glaubten, bestimmte Kolonien nicht zurückgeben zu können. In Halifax' anschließendem Bericht über dieses Gespräch mit Hitler steht ein Gedanke, dem aber niemand Taten folgen läßt:

> *„Statt zu versuchen, Hitler seine kolonialen Forderungen mit einer „freien Hand“ in Europa abzukaufen, sollte man den möglicherweise vernünftigen Weg gehen und ihm eine koloniale Regelung zum Preis dafür bieten, daß er sich als guter Europäer zeigt.“* [248]

Trotz der guten Absicht gibt es in der Frage der Rückübertragung früherer deutscher Kolonien keinen Fortschritt, auch nicht als Halifax 1938 selbst Außenminister geworden ist. Im März 1938 bringt der englische Botschafter in Berlin Henderson lediglich einmal ins Gespräch, daß man Deutschland vielleicht ein Gebiet in Afrika, etwa dem Kongo-Becken entsprechend geben könnte[249]. Die Erwähnung des Kongo mag man als Angebot auf Belgiens Kosten werten. Dem Vorschlag folgen keine Taten.

Ein Jahr nach dem Halifax-Besuch, am 19. September 1938 ist Premierminister Chamberlain zu Gast bei Hitler, um die Frage der Rückkehr der Sudetendeutschen „heim ins Reich“ zu regeln. Auch da vergißt es Hitler nicht, die Kolonien zu erwähnen.

> *„Diese Frage sei“, so Hitler, „ allerdings keine kriegerische Forderung. Sie müsse jedoch auch einmal erfüllt werden und Deutschland werde nie von ihr abweichen.“* [250]

Nach diesem Chamberlain-Besuch und dem Anschluß der Sudetenlande wird es wieder kälter zwischen London und Berlin. Zu stark war Hitlers Drohung mit dem Krieg. Als dann sechs Monate danach die Rest-Tschechei zum deutschen Protektorat gemacht wird, ist der Zorn in England groß. Hitler hat sich hier in ei-

---

[248] Documents Brit. Foreign Policy, Second Series, Volume XIX, Document 336
[249] Weizsäcker-Papiere, Seite 497, Fußnote 12
[250] ODSUN-Dokumente, Seite 758

ner Art bedient, die man in London so nicht akzeptiert. Man will vor allem nicht, daß England eines Tages die 1920 erworbenen, früheren deutschen Kolonien in gleicher Weise unter deutschem Druck verliert. Doch vor den Kolonien steht offensichtlich Danzig auf der Tagesordnung. Und so versucht die englische Regierung von der Tschechei-Besetzung an, den Deutschen eine Hürde aufzubauen, an der sie stehen bleiben oder selber einen Krieg eröffnen müssen. England ist von nun an entschlossen, den Danzig-Streit zu nutzen, um Deutschlands weiteren Revisionen einen Riegel vorzuschieben, ehe es um Englands eigene Kriegsgewinne geht. So folgen konsequenterweise die britische Garantie an Polen gegen Deutschland und der weitere Ausbau von Heer, Luftstreitkräften und Marine.

Hitler, der sich seit jeher um eine Partnerschaft mit Großbritannien bemüht hat, und der bis zum letzten Tage vor dem Kriegsausbruch versuchen wird, zu einer Einigung mit London zu gelangen, hat hier einen der zwei wunden Punkte Englands angefaßt. Der zweite Punkt wird – wie an späterer Stelle dargestellt – die Aufrüstung der Kriegsmarine sein. Hitler hat für englisches Empfinden zu häufig und zu klar auf Deutschlands Anspruch auf die Kolonien hingewiesen. Zu häufig und zu klar, auch wenn er stets betont hat, daß diese Frage nur einvernehmlich und ohne Zeitdruck irgendwann zu lösen sei.

Trotz der von Hitler mit der Tschechei-Besetzung so verschärften Lage werden die deutsch-englischen Gespräche – wenn auch nur auf Beamten-Ebene – fortgesetzt. Am 18. Juli 1939 findet zwischen dem britischen Schatzamt und dem „Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan" ein Sondierungsgespräch über Möglichkeiten einer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern statt. Ein englischer Vertreter spricht dabei über eine „gemeinsame Erschließung Afrikas durch die europäischen Kolonialmächte", ohne allerdings Deutschlands direkte Beteiligung zu erwähnen[251]. Er bezieht englische, portugiesische, spanische, belgische, französische und ehemals deutsche Kolonien in eine solche Konstruktion mit ein. So bleibt jeder Vorschlag Englands von 1937 bis 39 unverbindlich, und jedesmal schimmert Londons Absicht durch, Deutschland auch zu Lasten anderer Staaten abzufinden.

Die Vorsorge für eine ungehinderte und krisensichere Zufuhr von Rohstoffen für Deutschlands Industrie und von Nahrungsmitteln für Deutschlands ständig wachsende Bevölkerung sind ein Dauerthema hitlerscher Außen- und Wirtschaftspolitik. Der Diktator sieht drei Lösungsmöglichkeiten des Problems, die alle zu Konflikten mit den Siegern aus dem Ersten Weltkrieg führen. Treibt Deutschland – so der eine Lösungsansatz – noch mehr Außenhandel, eckt es mit der Konkurrenz aus England, USA und Frankreich an. Auch können die Zollhoheit der drei genannten Staaten in den Kolonien, die Seeherrschaft Amerikas und Englands auf den Meeren und die Vorherrschaft der USA in Südamerika den Deutschen in Krisenzeiten alle Handelspforten in Nord- und Südamerika, in

[251] ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 716 218

Asien, Afrika und in Australien verschließen. Wenn Deutschland – so der zweite Lösungsansatz – von England, Belgien und Frankreich seine früheren Kolonien fordert, gibt es höchstwahrscheinlich Krieg. Im übernächsten Buchkapitel werden Hitlers Überlegungen in dieser Richtung anhand seiner vielen Reden dargestellt. Als dritter Lösungsansatz bleibt ein deutsch beherrschter Wirtschaftsraum in Südost- und Osteuropa.

TEIL 3

DIE WIEDERAUFRÜSTUNG ZWISCHEN 1918 UND 1939

DIE WIEDERAUFRÜSTUNG ZWISCHEN 1918 UND 1939

Parallel zu dem Geschehen der gerade beschriebenen Epoche der 20er und 30er Jahre verläuft ein Prozeß, mit dem Deutschland aus heutiger Sicht und allem Anschein nach geradewegs auf einen neuen Krieg zusteuert, die Wiederaufrüstung der Reichswehr und der Wehrmacht. Im Kontext dieses Buches ist es interessant, ob auch die deutsche Bevölkerung im allgemeinen und die Wehrmacht im besonderen vor dem Zweiten Weltkrieg wissentlich zum Brand von 1939 beigetragen haben. Angesichts der Wiederaufrüstung stellt sich da die Frage, ob Bevölkerung und Wehrmacht vor 1939 durch dies Geschehen hätten wissen können oder wissen müssen, daß Hitler einen neuen Krieg riskieren würde oder daß er ihn gar führen wollte. In diesem Falle wären beide Mitwisser und mitschuldig. Für den Fall jedoch, daß der Wiederaufrüstung zu ihrer Zeit andere Gründe und Deutungen zugrunde lagen, kann man der Bevölkerung und der Wehrmacht weder ein Mitwissen noch eine Mitschuld unterstellen. Die Vergrößerung des Heeres, der Aufbau der Luftwaffe und die Verdreifachung der Schiffstonnage in der Flotte hätten den Menschen im Deutschen Reich doch eine Warnung geben müssen.

Das Abrüstungsgebot von Versailles

Der Erste Weltkrieg endet mit dem Friedensvertrag von Versailles, der die Grundlage für einen dauerhaften Frieden in Europa legen soll. Der Vertrag enthält unter anderem weitgehende Verpflichtungen für alle Unterzeichnerstaaten, ihre Armeen nach dem Kriege abzurüsten. Diese Pflicht betrifft also nicht alleine das besiegte Deutschland.

Im I. Teil des Versailler Vertrags, Artikel 8, bekunden alle Unterzeichnerstaaten,

> *„daß es die Aufrechterhaltung des Friedens nötig macht, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusetzen, das mit der nationalen Sicherheit vereinbar ist“*.

Erst der V Teil des Vertrags bestimmt, daß Deutschland seine Streitkräfte auf 100.000 Mann im Heer und auf 15.000 Mann in der Marine zu reduzieren hat,

> *„um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen“*.

Außer der Umfangsbegrenzung von Landstreitkräften und Marinen bestimmt der Versailler Vertrag auch, daß dem Deutschen Reich der Besitz von Militärflugzeugen, schwerer Artillerie, Kampfpanzern und einigem anderen Kriegsgerät verboten ist. Die Begleitnote vom 16. Juni 1919, mit der der französische Mini-

sterpräsident Clemenceau den Vertragstext „im Namen der Alliierten“ an die deutsche Reichsregierung übersendet, wiederholt die Selbstverpflichtung der Siegerstaaten, nach vollendeter deutscher Abrüstung ebenfalls den Umfang der eigenen Armeen zu verringern. In dieser Note heißt es:

> *„Die deutsche Abrüstung stellt gleichzeitig den ersten Schritt zu der allgemeinen Herabsetzung und Begrenzung der Rüstung dar. ... Nachdem Deutschland den Weg gezeigt haben wird, werden die alliierten und assoziierten Mächte in voller Sicherheit den gleichen Weg gehen“*. [1]

Die Sieger sagen damit ihre eigene Abrüstung für den Zeitpunkt zu, zu dem die deutsche Abrüstung vollzogen worden ist. Anfang 1927 wäre der Moment gekommen. Am 31. Januar 1927 stellt die Interalliierte Militärkommission der Siegermächte offiziell fest, daß das Deutsche Reich seine Abrüstung vertragsgemäß vollzogen hat. Das hätte nach Geist und Buchstaben des Versailler Vertrags der Startschuß für eine umfassende und globale Abrüstungswelle nach dem Ersten Weltkrieg werden müssen.

Die internationale Aufrüstung nach dem Ersten Weltkrieg

Flottenrüstung

Die Realität außerhalb des Deutschen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg sieht jedoch ganz anders aus. Trotz der Präambel des Teils V des Vertrages von Versailles, in der die Siegerstaaten ihre Abrüstung in Aussicht stellen, beginnt ein Wettrüsten in weltweiten Dimensionen. Das Wort Wettrüsten spiegelt schon die Gründe wider. Es geht den beteiligten Staaten dabei um ihre weiteren Ambitionen und Konkurrenzverhältnisse, nachdem sie die drei großen Konkurrenten Österreich-Ungarn, Türkei und Deutschland ausgeschaltet haben. Das Aufrüsten der Staaten rund um Deutschland und weltweit bildet den Hintergrund, vor dem die Deutschen ihre „Aufholjagd“ ab 1934 sehen.

Die erste Runde spielen die vier nun noch verbliebenen großen Konkurrenten England, USA, Japan und in einer Nebenrolle die Sowjetunion. Großbritannien beansprucht aus seinem Selbstverständnis und zur Sicherung des Kolonialreichs für sich, die erste Seemacht auf der Welt zu sein. Die USA empfinden Englands Flottenstärke im Atlantik und seine Stützpunkte vor den Küsten Mittelamerikas als Risiko im Osten und Japans Expansionspolitik in Asien als Risiko im Westen[2]. Japan – im Ersten Weltkrieg noch Verbündeter der beiden Großen – geht nach dem Krieg auf Abstand, als die USA ihm die deutschen Kolonien im Pazifik streitig machen, die England den Japanern als Lohn für einen Kriegseintritt gegen Deutschland vor dem Krieg versprochen hatte.[3]

---

[1] v. Oertzen, Seite 13
[2] Schwarz, Seiten 35 ff
[3] Brit.-japan. Vereinbarung vom 16.2.1917. Siehe Wilson-Dokumente, Band I, Seite 58

Japan, England, die USA und die Sowjetunion verfolgen außerdem Wirtschafts- und Hegemonialinteressen im Pazifik, besonders gegenüber China. Die USA fordern das „Prinzip der offenen Tür“ für Asien, dabei den freien Zugang zu Chinas großem Binnenmarkt und dazu wiederum den Abbau von Chinas Außenzöllen. Japan stellt diesem Verlangen die Forderung entgegen, die Amerikaner mögen ihren Markt dann auch für Waren und Produkte aus ganz Asien öffnen. Großbritannien ist zu der Zeit bereits mit Handel und mit Militär in China tätig. Es hat Truppen und Schiffe in China stationiert und greift 1922, 23, 26 und 27 mit Landungstruppen in innerchinesische Streitigkeiten ein. Japan beansprucht 1928 eigene Interessen in Shantung. 1929 marschieren russische Truppen in der Mandschurei ein und 1931 besetzt Japan die ganze Mandschurei.

So wird der Ansatz von Versailles, Truppen abzubauen, sofort nach dem Ersten Weltkrieg schon von den Siegermächten USA, Großbritannien und Japan unterlaufen. Während ihres Wettlaufs um den ersten Platz im Fernen Osten setzen die drei Staaten die Marinerüstung fort, die seit dem Kriege nach wie vor auf vollen Touren läuft.[4] Als erster heizt US-Präsident Wilson das Flottenrüsten nach dem Weltkrieg wieder an. Er reagiert damit verärgert auf die Ablehnung eines großen Teiles seiner 14 Friedenspunkte durch Briten und Franzosen in Versailles. Ein besonderer Streitpunkt ist dabei sein zweiter Friedenspunkt, in dem er die „absolute Freiheit der Schiffahrt auf den Meeren“ im Frieden und im Krieg gefordert hatte, ein Punkt, der England seine Seeblockaden für alle Zeit verboten hätte. Die Briten setzen durch, daß dieser Punkt in Versailles nicht mit verhandelt wird, und Wilson reagiert. Der läßt den US-Kongreß 1919 ein neues Super-Flottenbauprogramm beschließen, das eine Verdoppelung des gesamten amerikanischen Kriegsschiffbaus während des gerade beendeten Weltkriegs darstellt. Großbritannien und Japan folgen 1920 mit eigenen Schiffsneubauprogrammen[5]. Beide sehen ihre Seemachtstellung nun durch die USA bedroht. So sind es zuerst die drei großen Seemächte, die der in Versailles vereinbarten Abrüstung entgegenwirken.

Mit den Präsidentenwahlen von 1920 in den USA tritt scheinbar eine Wende ein. Präsident Harding, der auf den abgewählten Wilson folgt, betreibt eine andere Politik in Hinsicht auf die Flotte. Zum einen fühlt sich Harding dem Abrüstungsgedanken verpflichtet, zum anderen sieht er, daß für die USA ein Problem strategischer Natur entsteht. Der Trend in der Marinerüstung aller Staaten führt zu immer größeren Schiffsneubauten. Zu große, vor allem breite Schiffe können den Panamakanal nicht mehr passieren, doch die US-Navy muß mit ihren Schiffen durch den Kanal vom Pazifik in den Atlantik fahren können, wenn sie in beiden Ozeanen zur Verfügung stehen soll. Die USA können aus diesem Grund dem Schiffbau anderer Staaten nicht mehr folgen, sobald deren Neubauten das „Pana-

---

[4] Potter/Nimitz, Seite 448
[5] Potter/Nimitz, Seite 449

ma-Maß“ überschreiten. So legt Präsident Harding der drohenden Entwicklung Zügel an und lädt die See-Großmächte 1921 zu einer Konferenz nach Washington ein. Die US-Regierung schlägt den eingeladenen Staaten auf der Konferenz vor, die Gesamttonnage aller Flotten zu begrenzen, den Nationen Quoten für Linien- und Großkampfschiffe zuzuteilen, alle bis dato nicht fertiggestellten Schiffsneubauten zu verschrotten und zehn Jahre lang kein neues Großkampfschiff mehr auf Kiel zu legen. Die USA, England, Japan, Frankreich und Italien vereinbaren 1922 auf diesen Vorschlag hin ein Zehn-Jahres-Moratorium für den Neubau großer Schiffe und akzeptieren, daß sie Flugzeugträger und Großkampfschiffe nur noch in einem Verhältnis von 100 für die USA und England zu 60 für Japan zu 35 für Frankreich und Italien unterhalten dürfen[6]. Amerika ist seine Sorge um die Panamapassage für ein paar Jahre los, und Japans Flottenbau ist vorerst ausgebremst.

Statt den Schiffsbau nun im Geiste dieses Washingtoner Abkommens, des Versailler Vertrages und der 1926 beginnenden Genfer Abrüstungsverhandlungen zu verringern, verlegen sich die genannten Länder auf die Modernisierung ihrer „leichten“ Seestreitkräfte, die dem Zehn-Jahres-Bauverbot nicht unterliegen. So ersetzt Frankreich in den zehn Baustopp-Jahren 10 seiner 14 Geschützten Kreuzer[7] durch moderne Schiffe und 26 seiner 59 Zerstörer. Die USA tauschen 18 von 21 Geschützten Kreuzer durch neue Bauten aus, Japan 22 aus einem Gesamtbestand von 32 und Italien ersetzt 43 von 56 Zerstörern durch neue und moderne Schiffe[8]. Das besiegte Deutsche Reich dagegen baut in der gleichen Zeit nur 5 leichte Kreuzer, um alte Schiffe zu ersetzen, und legt erst 1930 sein erstes Panzerschiff auf Kiel.

1930 in der weltweiten Wirtschaftskrise folgt ein Versuch der englischen Regierung, auch die Rüstung der „leichten“ Seestreitkräfte einzudämmen. Sie lädt zur Flottenkonferenz nach London ein. Frankreich und Italien lehnen es ab, sich im Flottenbau noch einmal Quoten zu unterwerfen. Deutschland, das von sich aus um eine Einladung bittet, wird zur Konferenz nicht zugelassen. So gilt das Londoner Flottenabkommen von 1930 nur für England, Japan und die USA, und das auch nur für kurze Zeit.

Großbritannien zum Beispiel baut ab 1931 jährlich 3 neue Kreuzer, 9 Zerstörer und 3 Unterseeboote[9]. Die Seemächte beginnen, ihren Zehn-Jahres-Baustopp aufzuholen, noch ehe Adolf Hitler ab 1933 Einfluß auf die Rüstungsplanung der Reichsmarine nehmen kann. Großbritannien, Japan und die USA streiten sich zu dieser Zeit um ihre Vormachtstellung im Pazifik und Frankreich und Italien um die im Mittelmeer. Der Rüstungswettlauf ist in vollem Gange, ehe Deutschland

[6] Weyers 1922, Seiten 355 ff
[7] Kreuzer mit Panzerdeck
[8] Weyers 1932, Seiten 54 ff
[9] Dreessen, Seite 105

ab 1934 in dieser Hinsicht in Erscheinung tritt. Die heute oft vertretene Meinung, die weltweite Aufrüstung in den 30er Jahren wäre von Hitler-Deutschland losgetreten worden, ist deshalb völlig irrig. Die traditionellen Seemächte USA, Japan und Großbritannien zumindest hatten ihre „Hauptwaffe" die Flotten schon längst hochgerüstet, ehe Hitler 1933 auf den Plan tritt.

Hier drängt sich ein Gedanke zur Betrachtungsweise auf. In der Geschichtsschreibung wird die spätere deutsche Wiederaufrüstung als ein Indiz für schon früh vorhandene deutsche Kriegsabsichten angesehen. Zum Beweis werden unter anderem die Heeresstärken Deutschlands, Englands und Amerikas herangezogen. Das läßt die deutsche Aufrüstung besonders kraß erscheinen und Englands und Amerikas Friedensliebe als Kontrast dazu gut sichtbar werden. Doch solch ein Vergleich ist schief, falsch und irreführend. Er stellt die relativ schwachen Heere von Seemächten neben das große Heer der Landmacht Deutschland. Bei einem gleich schiefen Vergleich, der die drei Staaten alleine nach ihren Marinen messen würde, müßte man England und den USA Kriegsabsichten mit der gleichen falschen Logik unterstellen. 1931 beträgt das Flottenverhältnis zwischen England, den USA und Deutschland 10 zu 9 zu 1. Selbst nach der Wiederaufrüstung des Deutschen Reichs zu Kriegsbeginn im September 1939 ist das Verhältnis noch 10 für England zu 9,2 für die USA zu 1,7 für Deutschland. Bei dieser Überlegenheit der Royal- und der US-Navy ist zu bezweifeln, daß der Admiralität der Reichsmarine und ihrem Seeoffizierskorps vor 1937 der Verdacht gekommen ist, Hitler könnte diese bescheidene Flotte eines Tages zu einem Angriffskrieg benutzen wollen.

Luftrüstung

Auch die Luftrüstung in Europa wird nach dem Ersten Weltkrieg zunächst nicht von der deutschen Seite angeschoben. Hier sind es vor allem Frankreich und Italien, welche die Impulse geben.

Anfang der 20er Jahre entwickelt der italienische General Douhet eine neue Theorie der Luftkriegführung[10]. Neu ist sein Gedanke, Kriege in Zukunft mit den Luftstreitkräften zu entscheiden. Nach Douhet ist die Bombardierung von Wohngebieten und Industrieanlagen im Feindesland geeignet, den Kriegswillen der „betroffenen" Bevölkerung zu brechen und die weitere Produktion von Waffen lahm zu legen. Mit einer solchen Doktrin werden die Luftstreitkräfte eines jeden Staates zur potentiellen Bedrohung für jedes andere Land, das sich in ihrer Reichweite befindet. So ist es zu verstehen, daß sich Großbritannien ab 1922 von Frankreich aus bedroht fühlt und versucht, den französischen Vorsprung an Luftstreitkräften aufzuholen.

[10] Douhet schreibt das Buch „Il dominio del l'aria" (Die Luftherrschaft)

Nach dem Ersten Weltkrieg behält Frankreich seine Armee de l'Air mit 300 Bombern, 300 Jägern und weiteren Militärflugzeugen im aktiven Dienst. England dagegen verfügt 1922 nur noch über zusammen 40 Bomben- und Jagdflugzeuge. Als die TIMES in London diesen Sachverhalt im März 1922 enthüllt, erzeugt das in ganz England einen Schock. Die englische Bevölkerung fühlt sich im Radius der für damalige Zeiten starken französischen Bomberflotte im eigenen Land bedroht. Das bleibt nicht ohne Folgen. 1923 beschließt das Unterhaus in London, so schnell wie möglich 52 neue Luftwaffenstaffeln aufzustellen[11]. In England übernimmt man auch Douhets Idee, mit Bombern gegen die Zivilbevölkerung zu kämpfen. Am 28. November 1932 referiert der Führer der Konservativen Baldwin in einer Unterhausdebatte – wenn auch mit dem Ausdruck des Bedauerns – über seine Vorstellungen vom Bombenkrieg der Zukunft:

> *„Die einzige mögliche Verteidigung heißt hier Angriff. Das bedeutet, daß man schneller mehr Frauen und Kinder töten muß als der Feind, wenn man sich selber retten will.“* [12]

So rüsten England und Frankreich um die Wette, statt daß die Franzosen, wie im Vertrage von Versailles vereinbart, ihre Armee de 1' Air verkleinern. 1932 verfügt Frankreich über etwa 1500 Militärflugzeuge für den Kampfeinsatz, England über 600[13] und Deutschland über keine. Die englische Debatte im November 1932 kann sich noch nicht auf eine Bedrohung durch das Deutsche Reich beziehen. Sie zeigt, daß der später unbarmherzig harte Bombenkrieg der Briten gegen die Zivilbevölkerung in Deutschland einen frühen Ursprung hat.

Auch Frankreich und Italien rüsten gegeneinander. Beide konkurrieren in Savoyen, auf Korsika, im Mittelmeer und in Nordafrika um Einfluß und Gebiete. Italien kommt 1932 auf 1.500 Militärflugzeuge. Des weiteren baut sich Rußland respektable Luftstreitkräfte auf. Ab 1925 fertigt Tupolew den ersten Ganzmetallbomber der Welt, ab 1930 den ersten viermotorigen schweren Bomber. Im März 1932 folgt die Aufstellung eines schweren Bombenfliegerkorps. 1930 werden jährlich etwa 860 Militärmaschinen jeder Art in der Sowjetunion gefertigt. Bis 1935 steigt die Zahl auf jährlich 3.500[14]. Alle diese Rüstung – wodurch sie auch verursacht sei – strahlt auf das Deutsche Reich aus. Am 28. Juli 1932 – noch unter dem Verbot des Versailler Vertrages – ordnet die Reichswehrführung an, bis 1937 200 Militärflugzeuge anzuschaffen und damit 22 Ausbildungsstaffeln aufzustellen[15].

---

[11] Terraine, Seite 10
[12] Colvin, Seite 121
[13] Poturzyn, Seite 22
[14] Topitsch, Seiten 159 und 167
[15] MGFA, DR u 2.WK, Band 1, Seite 402

Rüstung der Landstreitkräfte

Das Deutsche Reich mit Landesgrenzen zu zehn Nachbarstaaten ist vor allem auf seine Heereskräfte zur Verteidigung angewiesen. Dabei hat die relative Stärke der eigenen Bodentruppen im Verhältnis zu der aller Nachbarstaaten eine ganz besondere Bedeutung. Deutschland kann mit Abschluß des Versailler Vertrages zunächst damit rechnen, daß die Nachbarländer „die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabsetzen, das mit der nationalen Sicherheit vereinbar ist". So zumindest haben das acht von zehn Nachbarstaaten mit Artikel 8, Teil I des Vertrages von Versailles zugesagt. Damit wäre die deutsche Heeresreduzierung auf 100.000 Mann und 10 Divisionen zu verschmerzen. Doch schon die Einfälle von Polen, Franzosen, Belgiern und Litauern in das deutsche Reichsgebiet bis 1924 zeigen, daß ein großer Staat wie Deutschland mit nur 10 Heeresdivisionen nicht zu schützen ist.

Die Siegerstaaten denken auch nach dem Abschluß der deutschen Waffen- und Truppenreduzierung 1927 nicht daran, ihre Pflichten aus dem Versailler Vertrage einzuhalten. So wie die Briten und Japaner ihre Flotten beibehalten und die Franzosen ihre Armee de l'Air, so denken fast alle Nachbarstaaten nicht daran, ihre Landstreitkräfte auf das zugesagte „Mindestmaß" zu reduzieren. Die Staaten rüsten soweit ab, wie sie es für mit ihrer nationalen Sicherheit vereinbar halten. Von „Mindestmaß" ist keine Rede mehr. Frankreich mit seinem auf 700.000 Soldaten abgerüsteten Heer fühlt sich auch weiterhin von Deutschland mit 100.000 Mann im Heer bedroht. Es ergänzt die eigenen Sicherheitsaufwendungen deshalb durch Kredite für Waffenkäufe und Militärberater an einen Ring von Staaten, die rundum an Deutschlands Grenzen stoßen. Das führt dazu, daß sich diese Länder – Belgien, Polen und die Tschechoslowakei – überdimensionierte Armeen halten, die ihrer Größe, der Kopfzahl ihrer Menschen und der Leistungsfähigkeit der Staatshaushalte in keiner Weise mehr entsprechen. Bei 100.000 deutschen Heeressoldaten unterhalten Frankreich und die mit ihm gegen Deutschland verbündeten Nationen 1923[16].

Frankreich	724.000 Mann
Belgien	113.000 Mann
Polen	275.000 Mann
Tschechoslowakei	140.000 Mann und
Litauen	32.000 Mann[17]

Diese für das Deutsche Reich riskante Unterlegenheit von 12 zu 1 ändert sich auch nicht im Laufe der Abrüstungskonferenz des Völkerbunds in Genf bis 1934.

[16] Nitti, Seiten 159 und 167 – Laut Nitti sind das die dem Völkerbund angezeigten Zahlen.
[17] Statkus, Tabelle ohne Seitenangaben.

Als Hitler 1933 an die Macht kommt, stehen den 100.000 Mann im deutschen Heer noch immer gegenüber[18]:

655.000 Franzosen 66.000 Belgier
298.000 Polen
140.000 Tschechen und
32.000 Litauer

Hinzu kommen als weiteres Risiko für Deutschland – wenn auch erst in der zweiten Reihe – 885.000 sowjetische Soldaten.[19]

Erschwerend kommt aus deutscher Sicht hinzu, daß Deutschland infolge des Versailler Verbots seit 15 Jahren ohne Wehrpflicht keine Reservekräfte unterhält. Die Nachbarstaaten verfügen allesamt über Waffen und Reservisten, mit denen bei Mobilmachung die Heere für den Kriegsfall vergrößert werden können. Im Vergleich der „K-Stärken"[20] schneidet Deutschland deshalb noch einmal deutlich schlechter ab. Den deutschen 100.000 Mann stehen im „K-Fall" gegenüber[21]:

4,5 Millionen Franzosen
3.2 Millionen Polen
1,3 Millionen Tschechen
0,6 Millionen Belgier
0,15 Millionen Litauer[22]

Mit diesem Verhältnis der Kriegsstärken dicht bei 100 zu 1 zu Deutschlands Nachteil ist es nicht möglich, deutsche Außenpolitik zu machen. Zum Desaster, das sich hier in Zahlen ausdrückt, kommt hinzu, daß es dem deutschen Heer durch den Versailler Vertrag verboten ist, schwere Artillerie und Panzer zu besitzen.

Das deutsche Volk und seine Reichswehr kennen diese sicherheitspolitische Lage ihres Landes, als Hitler 1933 Kanzler wird. Was der normal empfindende deutsche Bürger damals denkt, kann man offensichtlich auch in England nachempfinden. Am 29. November 1934 sagt der ehemalige britische Premierminister Lloyd George in London vor dem Unterhaus:

> *„Die Signatarmächte des Vertrages von Versailles versprachen den Deutschenfeierlich, man würde abrüsten, wenn Deutschland mit der Abrüstung vorangehe. Vierzehn Jahre hat Deutschland auf die Einhaltung dieses Versprechens gewartet. In dieser Zeit ist eine Reihe ausgesprochen friedfertiger Minister in Deutschland tätig gewesen, Minister, die nicht aufgehört haben, die großen Mächte zu beschwören, endlich mit der Einlösung des gegebenen Versprechens ernst zu machen. Man hat sich über diese deutschen Minister ... lustig gemacht. In der Zwischenzeit haben alle Länder,*

[18] v. Oertzen, Seite 248, MilGeschichte UdSSR Band 1, Seite 71 gibt die franz. Heeresstärke mit 750.000 Mann an
[19] Maser, Seite 137
[20] Kriegs-Stärken
[21] v. Oertzen, Seite 248,
[22] Statkus, Tabelle ohne Seitenzahlen

mit Ausnahme Englands, ihre Kriegsbewaffnung gesteigert und sogar den Nachbarn Deutschlands Geldanleihen zugestanden, mit denen diese wiederum gewaltige Militär-Organisationen dicht an Deutschlands Grenzen aufbauten. Können wir uns denn wundern, daß die Deutschen zu guter Letzt zu einer Revolte gegen diese chronische Betrügerei der großen Mächte getrieben wurden.“ [23]

Daß auch England seine Flotte aufgerüstet hat, verschweigt Lloyd George.

Die Genfer Abrüstungsverhandlungen bis 1933

Am 18. Mai 1926 eröffnet der Völkerbund in Genf eine Vorkonferenz zu der Abrüstungskonferenz, die dem Vollzug der deutschen Truppen- und Waffenreduzierung folgen soll. Im Januar 1927 stellt die Interalliierte Militärkommission der Sieger fest, daß das Deutsche Reich dem Versailler Vertrag gemäß abgerüstet hat. Jetzt müßten bei den Siegern Taten folgen.

Die deutsche Delegation bei der Konferenz in Genf verlangt nun die Reduzierung der Streitkräfte der anderen Staaten auf ein vergleichbar niedriges Niveau. Den beteiligten Siegerstaaten dämmert offensichtlich, daß sie nun handeln müßten. Am 27. Februar 1927 sagt der belgische Außenminister Vandervelde vor der Konferenz:

„*Von nun an stehen wir vor folgendem Dilemma: Entweder müssen die anderen Mächte ihre Armeen im Verhältnis zur deutschen Reichswehr vermindern, oder der Friedensvertrag wird hinfällig und Deutschland nimmt für sich das Recht in Anspruch, Streitkräfte zu besitzen, die in der Lage sind, die Unverletzbarkeit seines Gebietes zu verteidigen.“* [24]

Viereinhalb Jahre Vorkonferenz verstreichen, ohne daß auch nur der Ansatz eines Resultats erzielt wird. Die Siegermächte sind noch nicht bereit, im eigenen Lande sowohl die Heere als auch die Luftwaffen und Marinen abzurüsten und selber die Artikel des Vertrages von Versailles einzuhalten. In vielen Ländern rüstet man statt dessen unverdrossen weiter.

Am 2. Februar 1932 beginnt dann ohne jedes Vorergebnis die Abrüstungskonferenz des Völkerbunds in Genf. Da schon die Vorverhandlungen gezeigt haben, daß sich kein Staat bereit erklärt, auf das Streitkräfteniveau des Deutschen Reiches abzurüsten, schlägt Deutschland nun ein mittleres Rüstungsniveau für alle vor. Die Höhe dieser Mitte wäre auszuhandeln. Für den Fall, daß auch dies nicht akzeptiert wird, fordert die Reichsregierung eine einseitige Anpassung der deutschen Truppenstärken an die der vergleichbaren europäischen Staaten.

---

[23] Bernhardt, Seite 151

[24] Domarus, Band 1, Seite 508 [Redezitat Hitlers]

Die schwache Reichswehr ist für Deutschland nicht nur ein Ausdruck fehlender staatlicher Souveränität. Sie ist vielmehr das ganz konkrete Problem der mangelhaften Selbstschutzfähigkeit. Die Einmärsche der Briten, Franzosen, Belgier, Litauer und Polen zwischen 1920 und 24 mitten im Versailler Frieden, die noch immer offenen Forderungen der Polen nach Schlesien, Ostpreußen und Pommern, die Überlegenheit der Franzosen und ihrer Verbündeten gegenüber Deutschland im Verhältnis 12 zu 1 zeigen jedermann in Deutschland und besonders in der Reichswehr, daß ein 100.000-Mann-Heer keine Dauerlösung ist.

Auch die deutschen Unterschriften unter zwei Verträge können die Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes nicht beflügeln. 1925 schließen Deutschland und Frankreich den Nichtangriffspakt von Locarno. Die deutsche Reichsregierung verzichtet dabei endgültig auf Elsaß-Lothringen. 1928 unterzeichnet die Reichsregierung außerdem den Briand-Kellogg-Pakt, der die Anwendung des Krieges ächtet. Beides kann Frankreich nicht dazu bewegen, nun auf seine 7 zu 1-Überlegenheit gegenüber Deutschland zu verzichten.

Als Österreich und Deutschland 1931 eine Zollunion beschließen, wird augenfällig, daß militärische Macht auch nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur dem Selbstschutz dient. Frankreich legt ein Veto gegen die geplante Zollunion ein und beruft sich dabei auf Artikel 48 des Vertrags von Saint-Germain, der die Unabhängigkeit Österreichs für unveräußerlich erklärt und damit Wiens Bündnisfähigkeit für ewig unterbindet. Österreich und Deutschland, ohne nennenswertes Militär im Hintergrund, haben keine Chance, die Zollunion mit Frankreich zu verhandeln. Frankreich kann sie jederzeit mit eigenem Militär verhindern. Österreich und Deutschland sind nicht in der Lage, ihre souveräne Entscheidung, die niemanden bedroht, von sich aus durchzusetzen. Die deutsche Reichsregierung ist mit so geringen Kräften, wie sie die Reichswehr stellt, weder fähig, das eigene Territorium zu schützen, noch in der Lage, souveräne Außenpolitik zu betreiben.

Von Februar bis Juni 1932 wird beim Völkerbund verhandelt, ohne daß es zu den geringsten Resultaten kommt. Man kann sich weder auf die Waffenkategorien einigen, über die gesprochen werden soll, noch darauf, was man unter einem „Angriff' zu verstehen hat. Auch der Vorschlag, eigene Truppen des Völkerbundes aufzustellen, stirbt so schnell, wie er geboren ist. Vor allem Frankreich blockiert die Konferenz. Trotz Deutschlands endgültiger Anerkennung der Grenzen Frankreichs, trotz englischer und italienischer Garantien für Frankreichs territoriale Unverletzbarkeit, trotz der Pflicht, nach dem Versailler Vertrag selbst abzurüsten, ist Frankreich 1932 fest entschlossen, jegliche Anpassung der deutschen Truppenstärken zu verhindern. Vielmehr möchte Frankreich selber nach Belieben weiter rüsten dürfen.

Die deutsche Reichsregierung macht nun geltend, daß Deutschland seit 1927 Vollmitglied des Völkerbundes ist. Sie verweist darauf, daß der Völkerbund als demokratische Versammlung aus gleichberechtigten Mitgliedern besteht, und

daß sie deshalb fortan keine diskriminierenden Sonderregelungen mehr akzeptiert, die allein für Deutschland gelten sollen.

Um die bisher an Frankreich gescheiterten Verhandlungen erneut in Gang zu setzen, bringt US-Präsident Hoover am 22. Juni 1932 einen neuen Vorschlag ein. Er regt an, alle Land- und Seestreitkräfte um ein Drittel des jetzigen Bestandes zu vermindern, alle Bomber zu verschrotten und den Bombenkrieg zu ächten. Die Sowjetunion und Italien akzeptieren das sofort. Großbritannien stellt seine Entscheidung erst einmal zurück, und Frankreich lehnt den Hoover-Vorschlag rundweg ab. Die Genfer Konferenz zu diesem Plan aus Washington endet nach vier Wochen mit der unverbindlichen Erklärung, daß weltweit abgerüstet werden soll. Die Schlußerklärung ist ein Etikett auf leerer Flasche.

Für Deutschland ist die Verhandlungsrunde im Juli 1932 von ganz besonderer Bedeutung. Die deutsche Delegation versucht, die Anerkennung gleicher Rechte für das Deutsche Reich in allen Rüstungsfragen zu erreichen. Doch das mißlingt. Deutschland soll nach dem Willen vieler anderer Staaten in einem Status zweiter Klasse bleiben. Daraufhin kündigt der Leiter der deutschen Delegation, der Diplomat Nadolny, in der letzten Sitzung dieser Runde die Mitarbeit des Deutschen Reichs für weitere Konferenzen auf und reist aus Genf ab.

Die nächste Verhandlungsrunde läuft alleine zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich. Am 28. August 1932 teilt der deutsche Außenminister von Neurath der Regierung in Paris mit, daß zukünftige, in Genf erzielte Abrüstungsvereinbarungen seiner Auffassung nach an die Stelle der Versailler Rüstungsbegrenzungen für Deutschland treten müßten. Er macht mit gleicher Note deutlich, daß Deutschland seinerseits bereit ist, auf alle Waffen zu verzichten, auf die alle anderen Mächte ebenfalls verzichten. Von Neurath gibt dabei zu verstehen, daß Deutschland als Vollmitglied im Völkerbund ansonsten das Recht für sich beansprucht, wie alle anderen Länder selber über Umfang und Bewaffnung der eigenen Streitkräfte zu bestimmen.

Die Reichsregierung bemüht sich, den Franzosen ein Entgegenkommen leicht zu machen. Am Tag danach, dem 29. August, überreichen Außenminister von Neurath und Wehrminister von Schleicher dem französischen Botschafter in Berlin François-Poncet eine schriftliche Zusammenfassung der deutschen Rüstungswünsche. Sie versichern dem Franzosen, daß das Deutsche Reich die gewünschte Gleichberechtigung, wenn sie erst einmal grundsätzlich zugestanden sei, „nur in beschränktem Umfang“ nutzen werde. Ein zusätzliches Truppenkontingent für das Heer und Prototypen der bisher verbotenen Waffen würden schon genügen[25].

Am 11. September 1932 antwortet die französische Regierung mit einer ziemlich schroffen Note. Sie sagt darin, daß auch alle zukünftigen Verhandlungsergebnisse beim Völkerbund an den Bestimmungen des Versailler Vertrags nichts ändern

[25] François-Poncet, Seite 60 und Roos, Polen und Europa, Seite 50

könnten. Deutschland habe sich im Artikel 164 des Vertrages auch für spätere Zeiten, in denen es einmal Mitglied des Völkerbunds sein sollte, verpflichtet, die Beschränkungen des Versailler Vertrages weiter einzuhalten.[26] Die Antwort aus Paris raubt der Reichsregierung in Berlin ihren bislang gehegten Glauben, daß die Probleme der deutschen Sicherheit mit den Mitteln der Diplomatie zu lösen seien.

Frankreich zieht sich mit der Antwort auf die formale Auslegung des Versailler Vertrags zurück. Es macht der deutschen Seite deutlich, daß sie vertraglich in der Falle sitzt. Nach französischer Auffassung verpflichtet die Mitgliedschaft im Völkerbund die Deutschen, den Vertrag von Versailles auf Dauer einzuhalten. Im Grunde weist Frankreich dem besiegten Deutschland damit einen Weg aus der Misere. Der Weg heißt Austritt aus dem Völkerbund und einseitige Lösung vom Versailler Vertrag, den die anderen Staaten ja selbst nicht halten wollen. Der Vertrag von Locarno mit der deutschen Garantie der Westgrenzen hat nicht gereicht, Frankreich zu bewegen, Deutschlands gleiches Recht auf Sicherheit zu akzeptieren. Sechs Jahre französische Blockade im Völkerbund und bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen lassen die deutschen Regierungen nun nach anderen Wegen und Methoden suchen.

Zwei Tage nach der unnachgiebigen Antwortnote aus Paris schreibt Außenminister von Neurath seinem britischen Kollegen und Präsident der Genfer Abrüstungskonferenzen, daß Deutschland den weiteren Gesprächen so lange fernbleibt, „wie die Gleichheit der Rechte nicht geklärt ist“. Am 28. September 1932 zur Eröffnung der nächsten Sitzungsrunde ist die deutsche Delegation nicht in Genf erschienen. Die Verhandlungen haben sich damit faktisch totgelaufen. Jetzt drängen England und Italien Frankreich, seine harte Linie aufzugeben. Am 11. Dezember 1932 kommt der – wenn auch nur kleine – Durchbruch. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Italiens erklären in einer Note,

> *„daß Deutschland bei der Fortführung der Abrüstungskonferenz die gleichen Rechte in einem für alle 'Nationen gültigen Sicherheitssystem erhalten muß“.*

Der Pferdefuß der Note ist die ausdrückliche Anmerkung,

> *„daß die Modalitäten der Anwendung einer solchen Gleichheit der Rechte noch auf der Konferenz besprochen werden müssen “.* [27]

Trotz dieses Pferdefußes ist jetzt zugestanden, daß die beim Völkerbund vereinbarten Waffen- und Truppenobergrenzen von nun an auch für Deutschland gelten sollen, und daß sie die Begrenzungen aus dem Teil V des Vertrages von Versailles ersetzen. Mit dieser britisch-französisch-italienischen Note vom 11. Dezember 1932 ist der erste Schritt zur Lösung der „Fesseln von Versailles“ getan.

Die polnische Regierung allerdings erklärt ausdrücklich, daß sie die nun Deutschland zugesprochene Gleichberechtigung nicht anerkennt[28].

---

[26] Benoist-Méchin, Band 3, Seite 135
[27] Benoist-Méchin, Band 3, Seite 137
[28] MGFA, DR u. 2. WK, Band 1, Seite 374

Dies ist die außen- und sicherheitspolitische Lage des Deutschen Reichs, als Adolf Hitler im Januar 1933 deutscher Kanzler wird. Seinem Amtsantritt gehen somit sechseinhalb Jahre vergeblicher Abrüstungsverhandlungen beim Völkerbund voraus. Deutschland ist zu der Zeit, 15 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, immer noch nicht selbstschutzfähig. Alle Chancen, das Deutsche Reich mit akzeptablen Verträgen einzubinden, die der unumgänglichen Erweiterung der Reichswehr Maß und Grenzen hätten setzen können, sind bisher vertan.

Die geheimen Verteidigungsvorbereitungen der Reichswehr bis 1933

Neben allen Bemühungen der deutschen Außenpolitik, die Selbstschutzfähigkeit des Reichs im Einvernehmen mit den Siegermächten wiederherzustellen, laufen geheime Vorbereitungen für einen späteren Wiederaufbau deutscher Streitkräfte. Die Heimlichkeit hat gute Gründe. Die Maßnahmen, die der späteren Sicherheit des eigenen Landes dienen sollen, dürfen nicht selber zu einem Anlaß für einen neuen Krieg der Sieger gegen das nicht mehr verteidigungsfähige Deutschland werden.

Das Truppenamt der Reichswehr stellt im Februar 1924 in einer Bestandsaufnahme fest, daß die dem Reich verbliebenen zehn Divisionen nur über Munition für eine Einsatzdauer von etwa einer Stunde Kampf verfügen. Der Bericht des Truppenamtes zu dieser Sache folgert, daß sich Deutschland im Falle eines Krieges notgedrungen auf den hinhaltenden Widerstand der Grenzbevölkerung verlassen müßte. Der Bericht schließt mit der Bemerkung:

> *„Heute und in absehbarer Zeit ist die Aufnahme eines Krieges nur eine heroische Geste“*[29].

Die Reichsmarine liegt zur gleichen Zeit weit unter dem in Versailles zugestandenen Bestand an Schiffen, und eine Luftwaffe zu besitzen, ist dem Deutschen Reich verboten.

Die Unfähigkeit Deutschlands, sich selbst zu schützen, die wiederholten Einmärsche ausländischer Truppen in deutsches Territorium und die angezweifelte Legitimität des aufgezwungenen Vertrages von Versailles lassen die Reichsführung früh damit beginnen, den Wiederaufbau der Selbstschutzfähigkeit des Deutschen Reichs für spätere Zeiten vorzubereiten. Dem steht der Versailler Vertrag entgegen, der im Juli 1919 obendrein als Reichsgesetz verkündet werden mußte. Der Vertrag begrenzt nicht nur die Größen von Heer und Flotte. Er untersagt den Deutschen auch den Besitz fast aller neuzeitlichen Waffen. Artikel 160 des Vertrags legt zudem fest, daß die Reichswehr „ausschließlich zur Auf-

[29] MGFA, DR u. 2. WK, Band 1, Seite 374

rechterhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebietes und als Grenzpolizei“ verwendet werden soll. Das heißt nichts anderes, als daß die Reichswehr nicht zur Verteidigung des Staatsgebiets herangezogen werden darf. Trotz dieser Knebelklauseln bleibt es Naturrecht und allgemein anerkanntes Völkerrecht, daß der Schutz der eigenen Bürger vor äußerer Gefahr eine der konstitutiven Aufgaben und Pflichten des Staates – auch des besiegten deutschen Staates – ist. Zudem beginnen viele Siegermächte, die den Vertrag von Versailles beschlossen und geschlossen haben, bald nach dem Krieg, ihn selbst zu brechen. Frankreich zum Beispiel besetzt das Saargebiet mit Militär, und Polen bricht die im Vertrag gesetzten Regeln für die Volksabstimmung im noch immer deutschen Oberschlesien. So ist es bald Konsens in breiten Schichten der Bevölkerung und besonders in der Reichswehr, daß das Wohl des eigenen Landes höher steht als der aufgezwungene und von den Siegern selbst nicht eingehaltene Vertrag. In diesem Sinne versuchen die Reichswehrführung und ab 1927 auch die Reichsregierung die äußere Sicherheit des Deutsches Reichs und seiner Bürger am Versailler Vertrag vorbei wieder aufzubauen.

Ein Teil der deutschen Wirklichkeit in jener Zeit der 20er Jahre ist aber auch, daß es in der heillos zerstrittenen Parteienlandschaft der damals nicht konsolidierten Republik auch Kräfte gibt, die der Reichswehr skeptisch oder sogar feindlich gegenüberstehen, und die die Verstöße gegen den Versailler Vertrag verurteilen und bekämpfen. Zu einem Konsens des ganzen deutschen Volkes gegen den Vertrag und für die Selbstschutzfähigkeit der Weimarer Republik kommt es deshalb nicht.

Die Vorbereitungen der für eine spätere Zeit erhofften Wiederaufrüstung finden zunächst innerhalb der Reichswehr im geheimen statt, ab 1927 unter politischer Kontrolle und Verantwortung, und bis 1935 vor dem Ausland abgeschirmt. Die Vorbereitungen sind mannigfaltig. Sie umfassen sowohl die Entwicklung moderner Waffen als auch die neuzeitliche Schulung des Reichswehrpersonals. Sie erstrecken sich zudem auf die planerischen Vorarbeiten für einen späteren Ausbau des kleinen 100.000-Mann-Heeres und der Marine und für den bislang verbotenen Aufbau deutscher Luftstreitkräfte. Die Vorarbeiten korrespondieren mit dem gleichzeitigen diplomatischen Bemühen der Regierung, die Siegermächte bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen dazu zu bewegen, selber abzurüsten oder Deutschlands Wiederaufrüstung in Maßen zuzulassen.

Die heimlichen Vorbereitungen für den späteren Wiederaufbau deutscher Streitkräfte bleiben den Siegermächten naturgemäß nicht ganz verborgen. Die Folgen sind häufige Verstimmungen der Sieger und Sanktionen gegen die besiegten Deutschen. So sind die verspätete Räumung der sogenannten Kölner Zone 1925 und andere Zwangsmaßnahmen der Siegerstaaten gegen Deutschland unter anderem die Konsequenzen dieser geheimen Verteidigungsvorbereitungen.

Die geheimen Verteidigungsvorbereitungen im Reichsheer

Schon bald nach der deutschen Niederlage und dem nun eigentlich geschlossenen Frieden zeigt sich, daß der in Versailles unterzeichnete Vertrag Deutschlands Sicherheit nicht garantiert. Das wieder auferstandene Polen beginnt, sich in Oberschlesien unter dem Schütze der Franzosen deutsches Territorium anzueignen. So sieht sich der neue Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, gezwungen, sich schon 1921 mit Überlegungen zu einem späteren Wiederaufbau deutscher Verteidigungskräfte zu befassen. Am 15. Januar 1921 setzt er eine kleine Arbeitsgruppe von Offizieren seines Truppenamtes ein, der er den Auftrag gibt, Mittel und Möglichkeiten zu einem „Grenzschutz Ost“ zu untersuchen. Seeckts Überlegungen gehen dabei von drei Szenarien aus: der späteren Milderung des Versailler Vertrags, der Aufhebung des Vertrags und von einer Notfallsituation, in der Deutschland angegriffen wird[30]. Die ersten Gedanken über die Vermehrung der 7 Infanteriedivisionen auf 21 und die Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht werden hier geboren, zwölf Jahre bevor der spätere Kanzler Hitler daran anknüpft.

1923 läßt Seeckt die noch immer offene Frage der äußeren Sicherheit ein weiteres Mal, und dieses Mal umfassend und gründlich untersuchen. Das Ergebnis ist ein Entwurf für ein späteres **„Großes Heer“,** das in der Lage sein soll, Deutschland in einem Mehrfrontenkrieg mit Aussicht auf Erfolg zu schützen. Der Entwurf, der 1925 vorliegt, sieht ein Heer vor, das im Falle eines Krieges mit aktiven und Reservedivisionen auf 104 Infanterie-, Kavallerie- und Grenzschutzdivisionen wachsen soll[31]. Zu der Zeit verfügen die Nachbarstaaten, die sich mit Militärverträgen untereinander gegen das Deutsche Reich verbündet haben, über etwa 220 aktive und Reservedivisionen. Die gut hundert deutschen Divisionen für den Verteidigungsfall sind damit angemessen, jedoch 1925 politisch und ökonomisch völlig illusorisch. Der Entwurf für das Große Heer geht deshalb auch über das Überlegen und Berechnen nicht hinaus. Ein Plan mit Verbindlichkeit und festen Daten ist er nicht, auch wenn er 15 Jahre später als Anhalt für den Heeresaufbau dient.

Im Mai 1926 beginnen beim Völkerbund und in Genf die schon erwähnten Vorverhandlungen für eine Abrüstung aller Staaten in Europa. Die Reichsregierung muß jedoch zur Kenntnis nehmen, daß es den Siegerstaaten – an erster Stelle Frankreich – an der Bereitschaft fehlt, selbst abzurüsten. Sie kann deshalb erwarten, daß sich damit gewisse Spielräume für Deutschlands Truppenstärken auftun. So entwirft die deutsche Heeresleitung nach zwei Jahren fruchtloser Verhandlungen im September 1928 einen Plan, die zehn aktiven Reichswehrdivisionen im Falle eines Angriffs von außen durch Mobilmachungsdivisionen zum **16-Divisionen-Heer für den Verteidigungsfall** aufzufüllen. Die erste Gerä-

[30] Meyer-Welcker, Seiten 532f
[31] Dirks-Janßen, Seiten 21 und 210

teausstattung, Munition und Reservisten für die Reservedivisionen sollen bis 1932 beschafft und ausgebildet werden[32].

Unter dem Eindruck der hohen Zahl an Heereskräften aller Nachbarländer und angesichts der weiteren Ergebnislosigkeit der Genfer Abrüstungskonferenz erweitert Reichswehrminister Groener die Planung für das 16-Divisionen-Heer zwei Jahre später auf **21 Divisionen**[33]**.** Im April 1930 schreibt Groener in einer Weisung „Die Aufgaben des Heeres“ fest, daß die 10 Friedensdivisionen nur im Falle eines Angriffs fremder Staaten auf das Reichsgebiet durch 11 Mobilmachungsdivisionen ergänzt werden dürfen. Auch diese Menge Heereskräfte ist im Vergleich zu der, die Deutschlands Nachbarn schon im Frieden unterhalten, sehr gering.

1932 werden die Planungszahlen für das 21-Divisionen-Heer zweimal präzisiert. Im Frühjahr 32 erläßt Minister Groener das **2. Rüstungsprogramm** und legt darin die **Verteidigungsstärke auf 570.000 Mann** fest sowie den Munitionsvorrat der Truppe für eine Einsatzdauer von 6 Wochen. Am 11. September 1932 setzt die französische Regierung dem deutschen Streben nach Konsens ein Ende. Außenminister Barthou erklärt im Namen Frankreichs, daß auch alle zukünftigen Verhandlungsergebnisse beim Völkerbund in Genf keine Auswirkungen auf die Reichswehr-Truppenstärken haben dürften. Der Geist der französisch-deutschen Annäherung aus der Zeit der Außenminister Briand und Stresemann ist damit 1932 offensichtlich ausgehaucht und aufgebraucht. Für die Reichsregierung ist das nach sechs Jahre dauernden Verhandlungen, angesichts der nach wie vor unverändert hohen Rüstungsstände aller Nachbarstaaten und auch eingedenk der vielen „Einmärsche“ fremder Truppen seit dem Ersten Weltkrieg so nicht akzeptabel. Sie zieht die Konsequenzen und erhöht den Friedensumfang des 100.000-Mann-Heeres auf 175.000. Erreichen will man das in stufenweisem Aufbau bis 1938. Die Zahl der Friedensdivisionen soll trotzdem unverändert bleiben.

Damit hat bereits die Regierung unter dem Reichskanzler Franz von Papen die erste Fessel von Versailles abgelegt, ehe Adolf Hitler 1933 neuer Kanzler wird. Als Hitler ein viertel Jahr danach die Regierungsverantwortung übernimmt, setzt er zunächst die von papensche Rüstungspolitik in Maßen fort. Das ist einer jener Gründe, warum im Deutschen Reich der ersten Hitler-Jahre zunächst niemand der Verdacht kommt, daß Hitler eines Tages den Zweck der wiederaufgebauten Reichswehr pervertiert.

Die geheimen Verteidigungsvorbereitungen der Reichsmarine

Die Verhältnisse in der Reichsmarine sehen nicht viel anders aus als die im Heer. Der Flotte werden nach dem Versailler Vertrag lediglich 15.000 Mann und eine

[32] MGFA, DR u. 2. WK, Band 1, Seite 379
[33] MGFA, DR u. 2. WK, Band 1, Seite 384

geringe Zahl von Schiffen zugestanden: 8 Linienschiffe, 8 kleine Kreuzer[34], einige Torpedoboote und die dazu nötigen Hilfsschiffe. Neubauten sind innerhalb der nun auf 144.000 Tonnen begrenzten Gesamttonnage für die Flotte erst ab 1922 wieder zugelassen.

Deutschland, in seiner Lage nach dem Ersten Weltkrieg, braucht eine Flotte für zwei Zwecke. Es muß die Seewege im Vorfeld seiner Häfen für die Importe von Rohstoffen und Nahrungsmitteln offenhalten können, und es muß den Seeweg auf der Ostsee zum nunmehr auf dem Lande abgetrennten Ostpreußen gegen Unterbrechung schützen können. Beide Aufgaben sind trotz des geschlossenen Friedens aktuell. Die Verwundbarkeit der Importe über See haben die Briten 1919 vorgeführt, als sie trotz der in Wilsons 14 Punkten zugesagten „Freiheit der Meere in Frieden und Krieg“[35] der deutschen Unterschrift unter den Versailler Vertrag mit einer Blockade der deutschen Nord- und Ostseehäfen „nachgeholfen“ haben. Die Folge war eine Hungersnot in Deutschland und in Österreich.

Die zweite Aufgabe für die Flotte ergibt sich aus der Abtrennung Ostpreußens vom Reichsgebiet und aus Frankreichs Polenpolitik. Die Presse Polens und mit ihr wohl weite Kreise dort erheben nach wie vor Ansprüche auf deutsche Landesteile, die sie zwar in Versailles für sich gefordert aber 1919 nicht erhalten haben, Teile Schlesiens, Ostpreußens und Teile Pommerns. Nach dem polnischen Versuch, 1921 Ostoberschlesien zu erobern, werden solche Forderungen aus Polen in Deutschland durchaus ernst genommen. Zum Schwergewicht aus deutscher Sicht wird Polen jedoch erst durch einen Französisch-Polnischen Militärvertrag von 1925, mit dem Frankreich sich verpflichtet, im Falle eines deutsch-polnischen Konflikts ein französisches Flottengeschwader zur Unterstützung Polens in die Ostsee zu entsenden. Fatal dabei für Deutschland ist die Zusage der Franzosen, diese Unterstützung zu gewähren, gleich welche Ursache dem Konflikt zugrunde liegen sollte. Das ist ein Quasi-Angebot auch für den Fall, daß Polen von sich aus einen Angriff auf Ostpreußen, Pommern oder Schlesien startet. Das seestrategische Konzept der Reichsmarine orientiert sich deshalb seit dem Abschluß des polnisch-französischen Militärvertrags an der Gefahr, die, ausgelöst von Polen, von Frankreichs Flotte drohen könnte. So braucht die Reichsmarine Schiffe, die denen der Franzosen an Zahl und Qualität gewachsen sind.

1928 geht der erste große Nachkriegsbau in Auftrag, ein 10.000-Tonnen-Panzerschiff. Der Versailler Vertrag erlaubt, 20 Jahre alte Schiffe zu ersetzen. 1930 wird das Panzerschiff auf Kiel gelegt und damit die Ablösung der sechs inzwischen 30 Jahre alten Großkampfschiffe aus der Kaiserzeit begonnen. Im November 1932 legt Admiral Raeder, Chef der Marineleitung – parallel zum Heeresplan des 175.000-Mann-Heeres – einen **„1. Umbauplan der Marine“** vor. Zum Plan gehören der spätere Bau eines Flugzeugträgers, die Indienststellung von U-Boo-

[34] einschließlich der Reserveschiffe
[35] Punkt 2 der 14 Punkte

ten, der Bau größerer Kreuzer als erlaubt, die Aufstellung einer Marineluftwaffe und eine geringfügige Personalvermehrung. So sind auch hier die Fesseln von Versailles abgeworfen, ehe Hitler Kanzler wird.

Die geheimen Vorbereitungen zur Aufstellung einer Luftwaffe

Luftstreitkräfte zu besitzen, ist Deutschland seit Versailles verboten. Die geheimen Vorbereitungen zum späteren Aufbau einer Luftwaffe sind nach dem Ersten Weltkrieg eher bescheiden. Ab 1926 gestatten die Siegermächte dem Deutschen Reich den Bau ziviler Flugzeuge und die luftsportliche Betätigung einer streng begrenzten Zahl von Reichswehroffizieren. Damit und mit der an späterer Stelle beschriebenen deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit auf dem Flugplatz Lipezk in Rußland sammelt die Industrie ihre Erfahrungen für den Militär-Flugzeugbau, und beginnt die Reichswehr, Piloten auszubilden. Ab 1929 wagt sich das Heereswaffenamt gegen das Verbot der Sieger an den Militärflugzeugbau heran. Es schreibt die Konstruktion eines Nahaufklärers, eines Fernaufklärers, eines Jagdflugzeugs und eines Bombers aus[36]. Die Prototypen aus dieser Ausschreibung gehen zur Erprobung nach Lipezk. **1930** legt der Chef der Heeresleitung ein **„Fliegerrüstungsvorhaben“** für die Periode 1931 bis 1937 fest. Vorgesehen sind dabei noch immer Fliegerstaffeln nur für die Heeresunterstützung und keine Luftwaffe als neuer dritter Wehrmachtsteil. Auch mit diesem Zwischenschritt löst sich Deutschland aus den Verboten von Versailles.

Geheime Vorbereitungen im allgemeinen Wehrwesen

Die Vorbereitungen für normale spätere Zeiten beschränken sich nicht allein auf Pläne zur Aufstellung von Reservedivisionen für den Verteidigungsfall und auf den Bau modernerer Schiffe für eine größere Flotte. Sie bestehen vor allem aus einer Modernisierung des Wehrwesens in Deutschland in allen seinen Sparten. So werden Reichswehr-Unteroffiziere in einer Güte ausgebildet, die viele von ihnen auf zukünftige Offizieraufgaben vorbereitet. Im großen Heer der späteren Wehrmacht werden viele von ihnen einen nicht geringen Anteil des unteren Offizierkorps stellen. Auch die Reichswehroffiziere werden auf höhere Führungsaufgaben vorbereitet, die Führung von Verbänden und Großverbänden, die es in der Reichswehr noch nicht gibt. So baut das kleine 100.000-Mann-Heer das Offizierkorps der später großen Wehrmacht auf.

In den gleichen Zusammenhang gehört die deutsch-sowjetische Kooperation. Das Reich und die Sowjetunion schließen 1922 parallel zu ihrem Abkommen von Rapallo einen Geheimvertrag über eine begrenzte Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Sowjetarmee. In Folge dieses Abkommens werden deutsche Offiziere in Lipezk zu Piloten und in Kama zu Panzersoldaten ausgebildet. Bei-

[36] Schliephake, Seite 26

des ist in Deutschland untersagt. Die Reichswehr kann in Rußland ihre ersten Erfahrungen für den Bau moderner Panzerfahrzeuge und Kampfflugzeuge sammeln.

Des weiteren entwickeln deutsche Offiziere, Ingenieure und Firmen, die ihren Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit des eigenen Landes leisten wollen, im In- und Ausland Prototypen für moderne Waffen, die Deutschland noch verboten sind. Die Fertigung der Waffen findet stets im Ausland statt, oft durch „joint-venture-Unternehmen". Die neuen Waffen werden dann an die Streitkräfte im Herstellungsland verkauft, bisweilen auch in dritte Länder. Die fertigen Produkte kommen der Reichswehr in Deutschland selbst in keinem Fall zugute, wohl allerdings die Erkenntnisse aus der Entwicklung und dem Bau. Und was nicht weniger zählt, sind die Erfahrungen der beteiligten Firmen für die spätere industrielle Fertigung in Deutschland ab 1933. So werden in den 20er und 30er Jahren U-Boote nach deutschen Entwürfen in Spanien, in Finnland und in den Niederlanden entwickelt und gebaut und zum Teil von den Marinen dritter Länder aufgekauft[37]. Deutsche Bomber entstehen in England, Flugboote in Spanien und Aufklärungsflugzeuge in den USA. Ein Teil der so entstandenen Neuentwicklungen geht anschließend bei Mitsubishi und Kawasaki in Japan in den Lizenzbau[38].

Die Modernisierung des Wehrwesens im besiegten Deutschland erhält in den 20er und 30er Jahren noch andere wichtige Impulse aus dem Ausland. Während die Reichswehrführung der militärischen Ohnmacht im eigenen Lande Rechnung tragen muß und Defensivstrategien zum Schutz des Reichs entwickelt, gehen die Gedanken und Ideen der Fachwelt anderswo ganz neue Wege. Da ist der General Douhet in Italien mit einer modernen Doktrin zur Luftkriegführung. Da sind die Obersten Fuller in England, de Gaulle in Frankreich, die Generale Eimannsberger in Österreich und Tuchatschewski in der Sowjetunion, die den Bewegungskrieg der Zukunft konzipieren. Junge Reichswehroffiziere greifen auf, was andernorts geschrieben wird und entwickeln die Land- und Luftkriegsstrategien für ihre eigene Zukunft in Gedanken weiter. Das sind wichtige Vorarbeiten für den späteren Wiederaufbau einer deutschen Wehrmacht. So bilden sich im Deutschen Reich gerade in den Jahren der weitgehenden Wehrlosigkeit die Qualitäten, mit denen die Wehrmacht 1939 den Armeen anderer Staaten zunächst weit überlegen ist. Das sind die Führungsfähigkeit des Offizierkorps und der Unteroffiziere, das know-how der Industrie und eine moderne Konzeption für Führung, Rüstung und Struktur.

Nach 1945 wird den in Nürnberg als Kriegsverbrechern Angeklagten vorgeworfen, schon vor Hitlers Zeit auf einen neuen Weltkrieg hingewirkt zu haben. Der ehemalige Reichskanzler Wirth, von 1921-22 Kanzler und von 1929-31 Reichs-

[37] Dreessen, Seite 79
[38] Kens/Novarra, Seite 16

minister, sagt als Zeuge dieser Zeit vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg zu dieser Unterstellung aus:

> *„Alle deutschen Regierungen zwischen 1918 und 1933 und die deutsche Heeresleitung waren von der Sorge um den Bestand des Reiches beseelt, den sie innen- und außenpolitisch bedroht sahen. Bereits in den ersten Jahren nach dem ersten Weltkrieg hatte Polen wiederholt versucht, Teile des Reichsgebietes gewaltsam vom Reich abzutrennen. Die Furcht vor weiteren Angriffen war nicht unbegründet. Nationalistische polnische Kreise forderten weitere Gebietsabtrennungen. ... Dabei war die Bewaffnung unserer Reichswehr kläglich. ... Reichskanzler Dr. Brüning und Reichswehrminister Groener beschlossen daher, bei einem Angriff der Polen Schlesien zu räumen. Wer angesichts dieser Tatsache noch behauptet, daß wir Angriffsabsichten gehabt hätten, ist zu bemitleiden. ...Es war angesichts der jammervollen Lage an den deutschen Ostgrenzen selbstverständlich, daß Umschau gehalten worden ist, wie man wehrpolitisch die Lage verbessern könne.“*[39]

Hitler und die Genfer Abrüstungsverhandlungen bis 1934

Am 30. Januar 1933 wird Adolf Hitler neuer deutscher Kanzler. Er greift den Gesprächsfaden der Genfer Abrüstungsverhandlungen so schnell wie möglich wieder auf, ohne allerdings zunächst mehr Truppen oder zusätzliche Waffen für das Deutsche Reich zu fordern.

Im März 1933, sechs Wochen nach Hitlers Amtsantritt, legt der britische Premierminister Mac Donald der Genfer Abrüstungskonferenz einen neuen Vorschlag vor. Danach soll Deutschland ein Heer mit 200.000 Mann zugestanden werden. Frankreich soll seine Landstreitkräfte auf 200.000 Soldaten in Europa plus 200.000 in den Kolonien reduzieren. Für Italien sind nach dem Vorschlag 200.000 im Mutterland und 50.000 weitere in den Kolonien vorgesehen. Für die Sowjetunion plant Mac Donald 500.000, für Polen 200.000 und für die Tschechoslowakei 100.000 Mann. Ein wesentlicher Teil des Vorschlags ist, daß Frankreich, England, Belgien, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Polen Luftstreitkräfte unterhalten dürfen, Deutschland aber nicht. Alle betroffenen Nationen außer Italien und Frankreich stimmen dem Mac Donald-Vorschlag zu. Italien verlangt mehr Truppen für die Kolonien und Frankreich lehnt den Vorschlag rundweg ab.

Alle Welt fragt sich in diesen Tagen, wie der neue deutsche Kanzler auf das Angebot aus England reagieren wird. Am 17. Mai 1933 gibt Hitler dem britischen Premier in einer Regierungserklärung vor dem Reichstag seine offizielle Antwort:

---

[39] Verteidigungsdokumentenbuch 2a zum Krupp-Prozeß, Nr. 47

„... Die Deutsche Reichsregierung sieht in dem englischen Plan eine mögliche Grundlage zur Lösung dieser Fragen. ... Dabei erklärt sich Deutschland im wesentlichen damit einverstanden, eine Übergangsperiode von fünf Jahren für die Herstellung seiner nationalen Sicherheit anzunehmen in der Erwartung, daß nach dieser Zeit die wirkliche Gleichstellung Deutschlands mit den anderen Staaten erfolgt. ...
Ferner wird die deutsche Regierung kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen, wenn es in gleicher Weise auch für die anderen Staaten Anwendung findet.“ [40]

Fast zeitgleich appelliert der ebenfalls frisch ins Amt gekommene US-Präsident Roosevelt in einer Friedensbotschaft an 44 Staatschefs, alle Angriffswaffen wie Bombenflugzeuge, Panzer und motorisierte schwere Artillerie gänzlich abzuschaffen. Hitler antwortet in der schon zitierten Reichstagsrede ebenfalls auf dieses Rooseveltsche Angebot:

„Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, von dem ich heute nacht Kenntnis erhielt, verpflichtet deshalb die deutsche Regierung zu warmem Danke. Sie ist bereit, dieser Methode zur Behebung der internationalen Krise zuzustimmen. ... Deutschland ist jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn auch die übrige Welt ein Gleiches tut.“

Hitler verlangt also, wie seine Amtsvorgänger, die Gleichbehandlung Deutschlands. Er gesteht den anderen Staaten eine Übergangsperiode von fünf Jahren zu und lehnt zur gleichen Zeit ab, daß es nur Deutschland nicht erlaubt sein soll, Luftstreitkräfte zu besitzen. Für den Fall, daß Deutschland trotz der französisch-britisch-italienischen Erklärung vom 11. Dezember 1932 doch nicht gleichbehandelt werden sollte, kündigt Hitler schon die Möglichkeit eines deutschen Rückzugs aus dem Völkerbund an.

Hitlers Reaktion wird in Deutschland als angemessen angesehen. Sechseinhalb Jahre vergeblicher Abrüstungsverhandlungen haben den Eindruck hinterlassen, daß der Völkerbund als Forum ungeeignet ist, die versprochene Abrüstung der Siegermächte – insbesondere Frankreichs – in Gang zu setzen. In Deutschland weiß man zudem noch, wie das eigene Land vor 48 Jahren als Sieger mit dem besiegten Frankreich umgegangen ist. Frankreich hatte den Krieg von 1870 verursacht, erklärt, begonnen und verloren. Trotzdem waren die deutschen Besatzungstruppen bereits zwei Jahre nach Frankreichs Niederlage wieder abgezogen und den besiegten Franzosen waren keine Begrenzungen für Waffen, Heer und Flotte aufgezwungen worden. Auch aus diesem Grund empfindet jeder einigermaßen historisch versierte deutsche Bürger 15 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg Frankreichs harte Haltung als völlig überzogen und billigt Hitlers Forderung nach angemessener und gleicher Sicherheit für Deutschland.

---

[40] Domarus, Band 1, Seiten 276 f

Das was Hitler auf internationaler Bühne äußert, ist unverdächtig und läßt nicht ahnen, daß er sechs Jahre später einen Krieg eröffnet. Auch die Generalität der Reichswehr, die die Genfer Verhandlungen verfolgt hat, und die die Truppenstärken aller Nachbarstaaten rund um Deutschland kennt, hat keinen Anlaß, aus Hitlers Reaktion auf den Mac Donald- und den Roosevelt-Vorschlag bei einigem Realitätssinn schon auf mehr zu schließen, als daß es hier um Deutschlands Selbstschutz geht. Selbst die 200.000 Soldaten, die Berlin hier angeboten werden, wären nach Abschluß der Abrüstung aller Nachbarländer nicht einmal ein Drittel dessen, was die gegen Deutschland verbündeten Polen, Tschechen, Belgier und Franzosen auf die Waage bringen. Ein Drittel Truppenstärken und Bewaffnung gilt nach Meinung von Experten jedoch als die Minimalbedingung für eine Verteidigung mit Aussicht auf Erfolg. So ist auch zu verstehen, daß die Reichswehrführung keinen deutschen Alleinverzicht auf Luftstreitkräfte akzeptiert. Von daher gesehen liegt es auf der Hand, daß die Generale Hitlers Verhandlungsposition in Genf und seine Rüstungspolitik zunächst für selbstverständlich halten.

In einer Rede, die Hitler am 3. Februar 1933, frisch ins Amt gekommen, vor den Befehlshabern der Reichswehr hält, betont er seine Absicht, die Reichswehr wieder aufzubauen. Daß er in dieser Rede auch vom neuen „Lebensraum im Osten“ spricht, den Deutschlands schnell wachsende Bevölkerung in Zukunft braucht, hätte den Generalen eine Warnung geben müssen. Doch das Thema „Lebensraum im Osten“ ist bei dieser frühen Hitler-Rede so wenig greifbar und konkret, daß die Warnung nicht verstanden wird. Der Lebensraum im Osten ist dann für Hitler vor den Generalen auch für lange Zeit kein Thema mehr. Die Bedeutung der besagten Februar-Rede von 1933 wird im folgenden Buchkapitel noch einmal betrachtet werden.

Die Reaktion der meisten Staaten auf Hitlers Regierungserklärung vom 15. Mai 1933 zu den englischen und amerikanischen Ab- und Aufrüstungsvorschlägen ist durchaus positiv und optimistisch. Dennoch ist mit dem Mac Donald-Vorschlag rein gar nichts zu bewegen. Frankreich beklagt sich über die in Deutschland vorhandenen SA-Verbände[41] und ist mit 200.000 Soldaten für das deutsche Heer nicht einverstanden. Es moniert das britische Übergewicht zur See und will die Flottenstärken mitverhandeln. Frankreich gibt sich mit 400.000 Soldaten nicht zufrieden, und es verlangt obendrein vor dem Beginn aller Abrüstungen die Erprobung eines Kontrollsystems zu deren Überwachung. Nach den Erfahrungen, die die Interalliierte Kontrollkommission soeben erst sieben Jahre lang mit der Überwachung der deutschen Abrüstung hat machen können, ist dieses französische Verlangen nichts anderes als ein durchschaubares Spiel auf Zeit.

Trotz Hitlers politisch anfangs noch so moderaten Tönen regt sich im Ausland vielerorts sofort der Argwohn. Der englische Delegationsleiter bei der Ab-

[41] SA ist Abkürzung für Sturmabteilung, eine militante Gliederung der NSDAP

rüstungskonferenz in Genf schickt schon am 1. Mai 1933 einen geharnischten Bericht nach London, in dem der Verfasser, ein Heeresgeneral, Klage über den nationalen Stimmungsumschwung bei den Deutschen führt. Er zählt die deutschen „Missetaten“ auf: die Einrichtung eines Reichsarbeitsdienstes[42], den Bau und Besitz von 125 Militärflugzeugen, die militärische Organisation und Bewaffnung von Polizeikräften und so weiter. Der Berichtende stellt schon im Mai 1933, kaum daß die Reichswehr mit dem Wiederaufbau angefangen hat, fest, daß dies eine Bedrohung für die Nachbarstaaten sei. Er fordert die Durchsetzung des Versailler Vertrags und schließt den Bericht mit seinem Urteil über Deutschland:

> *„Draußen läuft wieder ein tollwütiger Hund herum. Wir müssen entschlossen zusammenhalten und ihn entweder vernichten oder einsperren bis die Krankheit vorbei ist.“* [43]

Der Bericht wird mit einem zustimmenden Vermerk des Unterstaatssekretärs Vansittart im Londoner Außenministerium an die Abteilungen des Hauses verteilt.

Als die Verhandlungsrunde um den Mac Donald-Plan am 5. Juni 1933 ergebnislos zu Ende geht, erklärt der deutsche Delegationsleiter Nadolny, daß Deutschland sich, sofern nicht binnen eines weiteren Jahres Verhandlungsergebnisse erzielt werden, die Freiheit nimmt, ohne weitere vertragliche Grundlagen selber wieder aufzurüsten. Das heißt im Klartext, daß sich die Siegermächte bis zum Sommer 1934 selbst verpflichten müssen, abzurüsten oder Deutschland rüstet wieder auf.

Im Januar 1934 fordert Adolf Hitler von den Verhandlungspartnern in Genf einen Umfang von 300.000 Soldaten für die Reichswehr. Die englische Regierung versucht daraufhin, zwischen Frankreich und Deutschland zu vermitteln und schlägt eine Zahl zwischen 2 und 300.000 Mann für Deutschland vor. Hitler akzeptiert den Kompromiß. Frankreich schlägt ihn aus. Der französische Außenminister Barthou fordert, die Kolonialtruppen von der Abrüstung auszuschließen, wovon Deutschland keinen Vorteil hätte, und er verlangt die Einbeziehung der SA-Verbände in die deutsche Truppenzählung. Außerdem beharrt Barthou darauf, daß die Bestimmungen des Teils V des Vertrages von Versailles für Deutschland bindend bleiben, selbst wenn die Abrüstungsverhandlungen anderes ergeben sollten. Nun ist es wieder Hitler, der Frankreich weit entgegenkommt. Er bietet an, die SA gänzlich zu entwaffnen und zu entmilitarisieren[44]. Er gibt sich mit einer Luftwaffe zufrieden, die 50% der französischen nicht überschreiten soll. Er erklärt Deutschlands Verzicht auf Bombenflugzeuge, wenn es zu einer Einigung mit Frankreich kommt. Und Hitler akzeptiert den Wunsch der Franzosen, die Abrü-

---

[42] Reichsarbeitsdienst. Erst ab 1935 Pflichtdienst für junge Männer und Frauen ab dem 18. Lebensjahr zu 6 Monaten ziviler Arbeit, ab 1939 auch zu Festungsbau

[43] Documents Brit. Foreign Policy, Second Series, Volume V, Document 127

[44] Die SA ist Hitler 1934 ohnehin ein Dorn im Auge. Sie wird zunehmend paramilitärisch und entzieht sich seinem Einfluß

stung der anderen Staaten erst nach einer Frist von fünf Jahren beginnen zu lassen[45]. Italien stimmt dem britischen Kompromißvorschlag inzwischen zu, doch Frankreich gibt nicht nach.

Am 17. April 1934 erteilt Barthou dem englischen Vermittlungsvorschlag und dem deutschen Entgegenkommen eine Abfuhr mit einer offiziellen Note. Da heißt es, daß

> *„die französische Regierung sich feierlich weigert, einer deutschen Wiederbewaffnung zuzustimmen, “ daß „ die deutsche Wiederbewaffnung alle Verhandlungen zunichte mache“ und daß „Frankreich von nun an seine Sicherheit mit eigenen Mitteln gewährleisten wird.“* [46]

Der englische Politiker Lloyd George kommentiert die Barthou-Note vier Tage später vor dem Unterhaus in London. Er sagt, die Reaktion aus Paris rühre daher, daß

> *„Frankreich sich jahrelang, wenn nicht länger, weigere, seine Verpflichtung einzuhalten, selber abzurüsten, und daß es auch nach Locarno seine Rüstung von Jahr zu Jahr verstärke.“* [47]

Nach der Barthou-Note vom April 1934 sind die Abrüstungsverhandlungen von Genf endgültig gescheitert. Frankreich tut hier kund, daß es seine nationale Sicherheit in Zukunft nicht mehr auf die Begrenzung der Rüstung aller Staaten gründet, sondern alleine auf die Stärke der französischen Armee. Das ist der Startschuß für ein neues Rüsten in Europa.

Die Chance der Sieger von 1918, das Nachkriegs-Deutschland durch allseits akzeptierte Rüstungskontrollverträge einzubinden, ist vertan. Frankreichs Verfolgungswahn vor Deutschland und seine Gier nach eigener Bedeutung haben selbst die Schleusentore aufgestoßen, die Frankreich geschlossen hatte halten wollen. Deutschland hat seine Selbstschutzfähigkeit gefordert und dafür Beschränkungen an Truppenstärken und Waffen angeboten.

Ein einziges solcher deutschen Angebote wird 1935 von den Briten angenommen, das Britisch-Deutsche Flottenabkommen, in dem die deutsche Reichsregierung die Stärke der Reichsmarine auf 35% der Royal Navy begrenzt. Das Abkommen hält bis kurz vor Kriegsausbruch, als die Briten die Polen in der Danzig-Frage unterstützen.

---

[45] Benoist-Méchin, Band 3, Seite 156
[46] Rassinier, Seite 83
[47] Rassinier, Seite 83

Der Rüstungswettlauf ab 1933

1933 und danach sind es vier Ereignisse, die eine neue Rüstungswelle in Europa, Amerika und Asien auslösen. Das erste sind zwei bedeutungsvolle Regierungswechsel fast zur gleichen Zeit. In Deutschland und den USA übernehmen Anfang 1933 zwei Politiker die Macht, die Rüstung als Mittel ihrer Außen- und Wirtschaftspolitik verstehen. Das zweite ist die deutsche Forderung in Genf, daß alle Staaten – wie vereinbart – ihre Truppen reduzieren, und die Ankündigung, daß Deutschland, sollte nichts geschehen, die Reichswehr ein Jahr später wieder aufrüstet. Das dritte Ereignis ist ein Bündel von Kompromißvorschlägen zu den Waffenzahlen-Obergrenzen aus Washington und London, die die Reichsregierung akzeptiert, und die Frankreich allesamt strikt ablehnt. Das vierte folgenschwere Ereignis ist Frankreichs Reaktion auf Deutschlands beginnende Wiederaufrüstung: Barthous Erklärung „Frankreich werde von nun an seine Sicherheit mit eigenen Mitteln gewährleisten." Damit sind alle Schleusentore offen.

Die Marinerüstung 1933 bis 1939

Die deutsche Marinerüstung, obwohl an realen Mengen völlig unbedeutend, ist vermutlich einer der Gründe, deretwegen Großbritannien 1939 auf die Seite Polens tritt, dem Deutschen Reich den Krieg erklärt und diesen Krieg in nur zwei Tagen vom Lokalkonflikt um Danzig und den „Korridor" zum Weltkrieg ausdehnt. Die Rüstung der Marinen soll aus diesem Grund zuerst und in Ausführlichkeit behandelt werden.

Die deutsche Flottenrüstung nach Hitlers Amtsantritt spiegelt zwei verschiedene Entwicklungen und Veränderungen wider. Die eine ist der Rüstungswettlauf, den die großen Seenationen vorher schon begonnen hatten. Die andere ist ein Schwenk in Hitlers Außenpolitik gegenüber Großbritannien im Jahre 1937. Bis dahin bemüht sich der Diktator, Englands Partnerschaft durch eine maritime Selbstbeschränkung zu gewinnen. Als das erfolglos bleibt, versucht er die Partnerschaft oder an deren Stelle die Neutralität der Briten mit Hilfe einer großen Flotte zu erzwingen.

Zunächst der Blick auf das, was sich weltweit bewegt.
1932 ist der im Washingtoner-Flottenabkommen festgelegte 10-Jahres-Baustopp für Großkampfschiffe abgelaufen, in dem sich das Schwergewicht des Marinerüstens aller Staaten auf die Modernisierung der leichten Seestreitkräfte umgeschichtet hatte. Ab 1932 beginnen die großen Seemächte, wieder Schlachtschiffe, Flugzeugträger und Kreuzer auf Kiel zu legen und zu bauen.

In Deutschland gelten zu der Zeit noch die Auflagen von Versailles. 1933, zu Hitlers Amtsantritt, verfügt die deutsche Reichsmarine über schwere Kriegsschiffe mit einer Wasserverdrängung von zusammen 104.000 Tonnen. Die Royal Navy Englands zählt zu der Zeit mit ihren Flugzeugträgern, Schlachtkreuzern und Zer-

störern zusammen 1.210.000 Tonnen. Das sind fast zwölfmal so viel. Die Flotte Frankreichs ist mit 487.000 Tonnen viereinhalbmal so groß wie die deutsche Reichsmarine[48]. Die steht im Vergleich der großen Flotten weltweit nach Tonnage und nach Zahl der Hauptkampfschiffe auf Rang 7. Zu Kriegsbeginn, sechs Jahre später, wird die deutsche Kriegsmarine trotz des eigenen Rüstens nach wie vor Rang 7 innehaben. Nur der Rangplatz für die Zahl der U-Boote wird sich dann leicht verschoben haben.

Anfang 1933 wird Roosevelt, der ehemalige Marineunterstaatssekretär, neuer Präsident der USA. Sein Land hat zu der Zeit 12,8 Millionen Menschen ohne Arbeit, ein Viertel der arbeitsfähigen Bevölkerung. Roosevelt erklärt den Kriegsschiffbau in einer seiner ersten Amtshandlungen im Rahmen des New-Deal-Programs[49] zur Arbeitsbeschaffungsmaßnahme und läßt den US-Kongress sofort den Neubau von 2 Flugzeugträgern und 20 Zerstörern beschließen und im Etat verankern. 1934 schon folgt der nächste Schub, ein achtjähriges Bauprogramm von 120 Schiffen[50]. So bereitet sich die Seemacht USA bereits ab 1933 darauf vor, in noch unbestimmter Zukunft militärisch gegen Staaten wie Japan, die Sowjetunion, Italien oder Deutschland vorzugehen, wenn sie versuchen sollten, den Status quo der Mächte und Gewichte auf dem Globus zu verändern.

Auch England beginnt 1931, das Schiffbautempo wieder zu erhöhen. 1934 folgt die Kiellegung von 2 Flugzeugträgern, die 1936 fertig werden. 1937 laufen 3 weitere und 1938 noch einmal 2 vom Stapel. Ansonsten steigert sich die englische Produktion ab 1936 auf 2 Schlachtschiffe, 7 leichte Kreuzer und 17 Zerstörer jedes Jahr[51].

In Frankreich beschließt man 1931 den Bau einer neuen und größeren Schlachtschiffklasse von 26.000 Tonnen und nimmt die Gelder dafür in die Haushaltsplanung auf[52]. Der Baubeginn des ersten Schiffes der neuen Klasse, der „Dunkerque“, erfolgt schon 1932. Ab 1934 versuchen Frankreich und Italien, sich gegenseitig in der Größe ihrer Schiffe zu überbieten und alte Schiffe durch neue zu ersetzen. Ihre Flotten wachsen aber weder nach Tonnage noch nach Zahl der Schiffe.

Ab **1931** beginnt die deutsche Reichsmarine ihre inzwischen 30 Jahre alten Linienschiffe zu ersetzen[53]. Admiral Raeder, der Chef der Marineleitung, hält sich dabei noch an die in Versailles festgelegte Gesamttonnage-Grenze von 144.000 Tonnen für die Flotte. Doch er läßt die Ersatzbauten schon etwas größer konzipieren, als es nach den Versailler Verträgen für die Typenklassen zugelassen ist.

---

[48] Weyers 1934
[49] Programm zur Ankurbelung der amerikanischen Wirtschaft
[50] Potter/Nimitz, Seite 472
[51] Dreessen, Seite 105 u. Weyers Flottenkalender 1939, Seiten 416ff
[52] Die bis dahin größten franz. Linienschiffe hatten 23.500 to Wasserverdrängung. Das engl. Schlachtschiff HOOD hatte aber bereits 42.000 to.
[53] Heute werden die großen Containerschiffe nach etwa 15 Jahren verschrottet.

Diesen Vertragsbruch glaubt Raeder angesichts der immer größeren Schiffe in den fremden Flotten und in Anbetracht der vielen Brüche des Versailler Vertrages durch die Sieger verantworten zu können[54]. Admiral Raeders **„1. Schiffbauersatzplan“** ist bis 1946 ausgelegt. Bis 1933 werden 3 Schiffsneubauten auf Kiel gelegt, in Frankreich im gleichen Zeitraum 81[55].

Deutschlands Sicherheitsinteressen zur See sind zu der Zeit vor allem auf Frankreich und auf die Sowjetunion bezogen. Die französische Regierung fährt trotz aller deutsch-französischen Verträge bei ihren sonstigen Bündnisschlüssen und bei den Abrüstungsverhandlungen des Völkerbunds einen deutlich antideutschen Kurs. Und Rußland ist der potentielle Gegner, der in einer Krise die deutschen Eisenerz- und Grubenholzimporte auf der Ostsee unterbinden könnte. Als die Siegerstaaten 1932 ihren Versailler Abrüstungspflichten immer noch nicht folgen wollen, als die Abrüstungsverhandlungen vom Februar bis September ergebnislos verlaufen, zieht die deutsche Reichsregierung ihre Konsequenzen aus dem Vertragsbruch der Siegerstaaten. Sie entscheidet, die Reichswehr ungefähr dem Umfang der französischen Streitkräfte in Europa anzupassen. Das bedeutet für die Reichsmarine ein Wachstum 1 zu 4.

So entsteht im Oktober 1932 der **„1. Umbauplan der Reichsmarine“,** nach dem sie in den folgenden sechs Jahren auf die Größe der Flotte Frankreichs wachsen soll. Die Reichsmarine hat damit Schiffe für etwa 480.000 Tonnen im Bestand, im Ersatzbau und in ihrer Planung. Auch dieses ist ein klarer Bruch des vorher schon oft von den Siegerstaaten gebrochenen Vertrages von Versailles. Die neue Planung wird zunächst aus Furcht vor Gegenreaktionen vor den Siegermächten und vor dem Völkerbund geheimgehalten. Die noch immer gültigen Einsatzpläne der Reichsmarine aus dem Jahre 1925 sehen zwei Optionen vor, die Verteidigung der Ostseezugänge gegen französische Geschwader und den Schutz der eigenen Zufuhr über See vor Schiffen der Franzosen[56].

1933 –1934

Als Admiral Raeder Adolf Hitler bald nach dessen Amtsantritt im Februar 1933 die Einzelheiten seines 1. Umbauplanes vorträgt, erhebt der Einspruch[57]. Hitler sucht den Interessenausgleich mit Großbritannien und, wenn möglich, dessen Bündnispartnerschaft. Deshalb darf nach seiner Ansicht die eigene Flottenrüstung kein falsches Signal an England geben. Trotz dieses Hitler-Vetos bleibt die französische Marine zunächst der Maßstab Raeders. Als im Juni 1934 bekannt wird, daß Italien vorhat, zwei Großkampfschiffe mit 35.000 Tonnen und noch größeren Geschützen, als bisher dagewesen, auf Kiel zu legen, und das Gerücht folgt, Frankreich wolle nachziehen, plant auch Raeder in die Richtung[58].

[54] Raeder nutzt auch eine ab 1922 international anerkannte neue Berechnungsgrundlage für Schiffsgrößen aus, die „Standardverdrängung“
[55] Salewski, Seite 116
[56] Salewski, Seite 136
[57] Raeder, Band 1, Seiten 280 f
[58] Salewski, Seite 142

Für die Jahre, in denen die deutsche Flotte der französischen noch an Zahl der Schiffe unterlegen ist, entwickelt Raeder ein seestrategisches Konzept, das den Franzosen ihren Vorteil nehmen soll[59]. Die Reichsmarine soll in Zukunft nicht nur die eigenen Seeverbindungen und die Ostsee vor der Flotte Frankreichs schützen. Sie soll zur gleichen Zeit im Kriegsfall selbst mit schweren Schiffen den Nachschub der Franzosen und ihre Truppentransporte auf dem Atlantik stören und – soweit das möglich – unterbrechen. Die Atlantikfähigkeit zu diesem Zwecke verlangt nun wieder größere Schiffe. So entsteht ein Rüstungssog zu immer mächtigeren Kriegsschiffen.

1935

Im Januar 1935 drückt Hitler erstmals einem Mitglied des englischen Oberhauses gegenüber aus, daß er bereit ist, die Reichsmarine auf 35% der Stärke der Royal Navy zu begrenzen. England sieht den eigenen Nutzen dieses Angebotes und nimmt an, obwohl die 35 % für Deutschland gegen den aus englischer Sicht noch immer gültigen Versailler Vertrag verstoßen. Am 18. Juni 1935 wird ein „Deutsch-Britisches Flottenabkommen“ von beiden Seiten unterzeichnet. Der Vertrag begrenzt die deutschen Flottenstärken in allen Schiffsklassen auf 35% der englischen. Für U-Boote werden 45 % festgelegt, die nach späteren Absprachen auf 100% erweitert werden dürfen, wenn Deutschland dafür auf Tonnage in anderen Schiffsklassen verzichtet.

Englands Marinerüstung muß zu der Zeit die Flottenkonkurrenz Italiens im Mittelmeer und Japans im Pazifik ausbalancieren. So ist man in London froh darüber, nun wenigstens den Rücken gegenüber der Reichsmarine im Atlantik freizuhaben. Mehr interessiert die Briten nicht, vor allem keine Partnerschaft mit Deutschland. Insofern täuscht sich Hitler über die von ihm erhoffte Wirkung des Vertrages.

Nach Abschluß des Flottenabkommens ersetzt die Marineleitung in Berlin den 1. Umbauplan von 1932 im November durch einen **„Entwurf für einen Schiffbauersatzplan“,** der ein Bauprogramm bis 1946 festschreibt. Die neue Planung reduziert die vorgesehene Schiffstonnage von 480.000 Tonnen auf etwa 420.000. Mit den nun vertraglich festgelegten 35% der Royal Navy hat die Reichsmarine – der Theorie nach – Parität mit Frankreich, das selber nach den Flottenabkommen von 1922 und 1930 bisher auch nur 35% der Flottenstärke Englands unterhalten durfte. Der Gleichstand ist und bleibt allerdings bis Kriegsbeginn fiktiv, weil Frankreichs Flotte existiert und Deutschlands Schlachtenflotte nie gebaut wird.

1935 scheitert ein weiterer Versuch der Briten, ihrem Wettrüsten mit den anderen Konkurrenten Einhalt zu gebieten. Sie berufen eine dritte Flottenkonferenz nach London ein. Die Japaner verlangen dort die gleichen Flottengröße wie die USA.

[59] Rahn, Seite 90

Die wollen das nicht akzeptieren, fordern aber selbst die gleiche Marinestärke, die Großbritannien hat. England will mehr Kreuzer und Zerstörer bauen, jedoch in verminderten Schiffsgrößen, die dann für alle gelten sollen. Italien möchte die unbedingte Gleichstellung mit Frankreich erreichen. Das aber will im Vergleich der Flotten weder seine Schiffe in den Kolonien noch die im Atlantik mitberechnen lassen. So endet die Konferenz mit einer Einigung auf kleinstem gemeinsamen Nennen, der Begrenzung der Tonnage und Bewaffnung für bestimmte Schiffsklassen.

Die Bindung der deutschen Marinegröße an die britische bedeutet, daß die 35% für Deutschland ein Maß auf Zuwachs sind, denn die Briten rüsten weiter auf. Dennoch hält sich die Marineleitung nicht an die zugestandenen Wachstumsgrenzen. In dem Bestreben, über Schiffe zu verfügen, die den französischen in Seegefechten ebenbürtig sind, überschreiten fast alle Pläne für die neuen Panzerschiffe und die Kreuzer die festgelegten Maximal-Tonnagezahlen. Als Raeder Ende 1935 eine Bilanz der Schlachtschiffneubauten durch die Marinekonstruktionsabteilung machen läßt, stellt er fest, daß er mit den Planungen weit überzogen hat, und daß bei einem Weiterbau die zugestandenen Tonnagen 1938 oder 39 überschritten und das Deutsch-Britische Flottenabkommen gebrochen werden würde. Dennoch legt der Admiral dem Rüsten keine Bremsen an. Erst der Mangel an Stahl, an Werften und an Geld sorgt dafür, daß die deutsche Kriegsmarine zu keiner Zeit die 35% der Royal Navy überschreitet[60]. Eine Ausnahme hiervon bilden ab Kriegsbeginn lediglich die auf Kiel gelegten U-Boote. So bleibt der Vertragsbruch Raeders eine böse Absicht, der die Kraft zur Tat fehlt.

1936 – 1937

In den Jahren 1936, 37 und 38 beginnt Hitler einzusehen, daß ihn seine Hoffnung in Bezug auf England trügt. Die Regierung in London hat das Flottenabkommen eingestrichen und – aus deutscher Sicht – nichts dafür gegeben. Hitlers Vorstellungen für die weite Zukunft ranken sich um eine Partnerschaft mit England, in der die Briten als Seemacht unangefochten Herrscher ihres Weltreichs bleiben, und in der Deutschland als Land- und Luftmacht in einem Wirtschaftsraum oder einer Staatengruppe in Südosteuropa seine Vorherrschaft ausübt. Hitler glaubt auch lange, daß die Rivalitäten und Probleme, die Großbritannien weltweit mit Frankreich, der Sowjetunion, den USA, Japan und Italien hat, dazu führen würden, daß Deutschland mit einer respektablen Flotte ein interessanter Bündnispartner werden würde. So verfolgt er mit dem 35%-Limit der deutschen Flotte eine Doppelstrategie. Die Selbstbeschränkung soll England einerseits beruhigen, und die dennoch beachtenswerte Größe der Marine soll das Deutsche Reich zum attraktiven Partner machen. Immerhin schicken sich die USA an, England als erste Seemacht zu verdrängen, und in der Sowjetunion ordnet Stalin 1935 an, bis 1947 eine Schlachtflotte aufzubauen, die den Flotten Amerikas und Englands

[60] Dreessen, Seite 297

ebenbürtig ist. Da könnte ein deutscher Juniorpartner auf den Meeren in Zukunft für die Briten wichtig sein.

Auch Hitlers Bemühen von 1936, Pakte mit den Rivalen Englands – nämlich Japan und Italien – zu schließen, sind Versuche, die Briten zu bewegen, sich doch noch um die Freundschaft Deutschlands zu bemühen.

1938

Im Frühjahr 1938 sieht Hitler, daß er hiermit offensichtlich scheitert. Im Mai eröffnet er Admiral Raeder, daß er damit rechnen muß, daß England bei zukünftigen Auseinandersetzungen auf der Gegnerseite steht, also wie im Ersten Weltkrieg auf der Seite Frankreichs. Ab diesem Zeitpunkt schwanken Hitlers Einschätzungen zur Reaktion der Briten. Er sagt einerseits des öfteren vor Generalen, daß England einen weiteren Aufstieg Deutschlands sicherlich nicht dulden werde. Und er beteuert andererseits vor jedem folgenden Ereignis – dem Anschluß Österreichs, der Annexion der Tschechei und dem Angriff gegen Polen –, daß er gewiß ist, daß England sich nicht rühren werde – womit er zweimal richtig liegt und einmal falsch.

Für Raeder sind kriegerische Auseinandersetzungen zu der Zeit theoretisch nicht weit hergeholt. Die Revision der deutschen Ostgrenze gegenüber Polen, die Heimkehr Memels und das Los der Sudetendeutschen unter fremder Herrschaft sind noch immer offene Probleme, die zu einem Krieg mit Frankreich oder Polen führen könnten. Nach Hitlers neuer Rechnung stünden damit nicht nur die Alliierten Frankreichs, die Polen, die Sowjets und die Tschechen auf der Liste der potentiellen Gegner, sondern nun auch Großbritannien. Die Konsequenzen sind fatal.

Im Herbst 1938 verschlechtert sich das deutsch-britische Verhältnis merklich, als Hitler droht, zur Heimkehr der Sudetendeutschen notfalls Krieg zu führen. England stimmt dem Anschluß der Sudetenlande zwar in der Konferenz von München zu, doch schon fünf Tage später, am 5. Oktober 1938, verdoppelt das Unterhaus in London die Gelder für den Wehretat von 400 auf 800 Millionen Pfund Sterling[61]. Mit München kippt die Stimmung der Briten gegenüber Deutschland um.

Zu der Zeit schwelt noch ein anderes Problem. In den vergangenen zwei Jahren hat die U-Boot-Rüstung der Sowjetunion einen Umfang angenommen, der für die deutschen Importwege auf der Ostsee und die Fährverbindungen zum noch immer abgeschnittenen Ostpreußen zur lauernden Gefahr wird[62]. Zum Ausgleich der Bedrohung macht die Reichsregierung von der Klausel des Deutsch-Britischen Flottenvertrags Gebrauch, die es erlaubt, die Gesamt-Tonnage der deutschen U-Boot-Flotte nach Vorankündigung auf die Tonnage der Briten anzuheben, unabhängig von der jeweiligen Zahl der Boote. Die Reichsregierung richtet

[61] Rassinier, Seite 214
[62] Weyers, Bände 1937-1939

im Dezember 1938 ein entsprechendes Gesuch an England[63]. Die britische Regierung versucht, die deutsche von diesem Schritte abzuhalten und entsendet Admiral Cunningham, den Chef des Stabes der Admiralität, am 30. Dezember nach Berlin, um die deutsche Seite zu bewegen, die U-Boot-Vermehrung langsam und auf Raten vorzunehmen. Hitler lehnt das ab. Cunningham kommentiert die vergebliche Mission mit der Bemerkung:

> *„Es war völlig klar, daß der Krieg nicht auf Dauer aufgeschoben werden konnte und Britannien in ihn hineingezogen werden würde“.* [64]

Da Cunningham nicht von verhindern sondern von aufschieben spricht, und da man nur aufschieben kann, was man selber zu beeinflussen vermag, ist bei diesem Kommentar des Admirals nicht auszuschließen, daß er glaubt, England müsse dem deutschen Flottenrüsten selber mit einem Krieg ein Ende setzten, in den es sich allerdings „hineinziehen“ lassen sollte.

Angesichts der neuen Spannungen mit England, jedoch noch vor dem Cunningham-Besuch richtet Admiral Raeder im Oktober 38 einen Planungsausschuß ein, der die Konsequenzen aus dieser unerfreulichen Entwicklung untersuchen soll: die eigenen Maßnahmen für den Fall eines Krieges mit der Seemacht England. Der Ausschuß kommt zu der Empfehlung, eine offene Seeschlacht mit der Royal Navy in jedem Falle zu vermeiden. Die deutsche Kriegsmarine habe im besten Falle eine vage Chance, die Überseeverbindungen der Briten durch einen Kreuzerkrieg auf hoher See zu unterbinden. Der Ausgang eines solchen Krieges bleibe aber völlig offen. Der Planungsausschuß der Seekriegsleitung erwähnt auch den Gedanken, daß die Briten angesichts eines deutschen Bedrohungspotentials auf See eher zu einer friedlichen Verständigung geneigt sein könnten, als die Sicherheit ihrer Überseeverbindungen in einem Krieg mit Deutschland zu riskieren[65]. Die Seekriegsleitung und an ihrer Spitze Raeder planen also, im Falle eines Krieges Englands Zufuhr zu bekämpfen. Sie haben nicht die Absicht, mit England um sein Weltreich Krieg zu führen.

Im November 1938 trägt Raeder Hitler das Ergebnis dieser Untersuchung vor. Er schlägt vor, den weiteren Aufbau der Marine zu beschleunigen, um englische Gegenmaßnahmen zu unterlaufen. Doch Hitler ist aus heiterem Himmel mit der bisher geplanten Flottengröße nicht mehr einverstanden. Er fordert einen noch schnelleren und noch stärkeren Schlachtschiffbau, als Raeder ihn für angemessen hält. Nach einer Auseinandersetzung, bei der der Admiral um seinen Abschied bittet – den Hitler ablehnt –, läßt Raeder unter Ignorierung des Deutsch-Britischen Flottenabkommens eine Hochseeflotte konzipieren, die im Falle eines Krieges den Kampf um Englands Zufuhr auf den Meeren führen soll. Nach zwei Planentwürfen „Plan X“ und „Plan Y“ im Herbst und Winter 1938 legt die Mari-

---

[63] Potter/Nimitz Seite 465
[64] Güth, Seite 152
[65] Rahn, Seite 92

neleitung Hitler im Januar den sogenannten **„Z-Plan“** für eine neue, große Flotte vor. Er umfaßt **mit 1.654.395 Tonnen**[66] eine für Deutschland gigantische Marine mit 10 Schlacht- und 15 Panzerschiffen, mit 3 Flugzeugträgern, 43 Kreuzern, 87 Zerstörern und 249 U-Booten, die ab 1947 zur Verfügung stehen sollen[67]. Das geplante Fertigstellungsdatum wird dann auf Hitlers Drängen **auf 1945** vorgezogen.

1939

Mit dem Schritt vom „Entwurf für einen Schiffbauersatzplan“ vom November 1935, der einen Gesamttonnageumfang von 475.0001 bis 1946 vorsieht, bis zum „Z-Plan“ mit seinen über 1,6 Millionen Tonnen bis zum Jahre 1945 macht die Kriegsmarine einen planerischen Sprung von 1 zu 3. Doch der Sprung kommt über die fatale Absicht nicht hinaus. Es fehlt dem Deutschen Reich an Werften, Stahl und Geld. Anfang 1939, vor dem Sprung, steht die Kriegsmarine erst bei 200.311 Tonnen. Das Stärkeverhältnis zwischen der deutschen Flotte und denen Frankreichs und Englands ist damit noch immer bei 1 zu 2 zu 6[68].

Obwohl der Z-Plan ein gigantisches Projekt ist, liegt ihm keine neue strategische Idee zugrunde. Die Marineleitung denkt immer noch an einen Kreuzer- und U-Boot-Krieg, um damit im Kriegsfall die übliche englische Blockade mit gleicher Münze heimzuzahlen. Und Hitler nennt außer seiner Furcht vor einem Eingreifen Englands bei weiteren Revisionen der Versailler Gebietsverluste keine Gründe.

Mit dem Z-Plan überziehen Hitler und die Leitung der Marine planerisch für 1945 die Tonnage, die ihnen nach dem Flottenabkommen im Jahre 1935 zugestanden wird. Doch noch ist England das nicht mitgeteilt. Im März gibt die englische Marineleitung im Rahmen der Berichtspflicht nach dem Flottenabkommen ihrerseits bekannt, daß die Royal Navy bis 1943 auf fast 2 Millionen Tonnen wachsen soll. Das hätte für die deutsche Kriegsmarine ein Wachstum auf fast 700.000 Tonnen zugelassen, mehr als die deutschen Werften hätten fertigstellen können. Doch Hitler und der Admiral wollen die immense Rüstung, die sie für 1945 planen, nicht vor England offenlegen. Da greift Hitler zu dem zweifelhaften Mittel, die Bindung an die 35 %-Obergrenze abzustreifen. Er kündigt bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit das Britisch-Deutsche Flottenabkommen.

Mitte März 1939 hat Hitler die Tschechei besetzen lassen. England bietet Polen in Reaktion darauf eine Garantie gegen Deutschland an. Hitler bezeichnet das als antideutsche Handlung und nimmt den polnisch-britischen Vertrag zum Anlaß, das Flottenabkommen zu kündigen. Damit ist Deutschland frei von jeder Bindung, in der Flottenrüstung Obergrenzen einzuhalten. Doch statt mit dem forcierten Kriegsschiffbau Deutschlands Sicherheit zu stärken, gibt Hitler England

---

[66] Dreessen, Seite 151
[67] Dreessen, Seiten 111-113, 151
[68] Dreessen, Seiten 144f

einen Grund, das Rüsten mit Hilfe eines neuen Kriegs zu unterbinden. So nutzen die Briten die nächste Gelegenheit, die ihnen Deutschland dazu bietet, den deutsch-polnischen Krieg im September 1939. Am 3. September erklärt Großbritannien dem Deutschen Reich den Krieg.

Der Z-Plan und die Kündigung des Flottenabkommens sind die Resultate der gleichen falschen Rechnung, mit der schon Kaiser Wilhelm II und Admiral Tirpitz vor dem Ersten Weltkrieg statt der Partnerschaft der Briten deren Gegnerschaft erworben hatten. Das „Aufblähen“ der Kriegsmarine nach dem Z-Plan ist – obwohl gigantisch – strategisch defensiv gemeint, auch wenn es dem Reich bei Vollendung dieses Plans die Fähigkeit verliehen hätte, im Seekrieg offensiv zu werden. Hitler will den Krieg gegen seinen „Wunschpartner“ England 1939 immer noch vermeiden. Auch Admiral Raeder warnt Hitler wiederholt vor einem Krieg mit England, der zu der Zeit noch größten Seemacht auf dem Globus. Raeder sieht vorher, daß die Industrie- und Seemacht USA in einer britisch-deutschen Auseinandersetzung auf die Seite Englands treten wird. Er weiß, daß ein solcher Krieg mit einer Katastrophe für Deutschland enden würde, und dennoch stellt er selbst mit seinem Z-Plan für Deutschland diese Falle auf.

Am 1. September 1939, bei Kriegsausbruch, hat Deutschlands Aufrüstung der Marine die Rangfolge der größten Flotten seit 1933 nicht verändert. Die Kriegsmarine liegt nach Tonnage und nach Zahl der Schiffe nach wie vor weltweit auf dem siebten Platz. Auch alle anderen Flotten sind gewachsen. An Gesamttonnage steht England und an Zahl der Schiffe Amerika an erster Stelle im Vergleich. Tabellenführer England bestimmt mit 1.370.927 Tonnen die 100%-Meßlatte für den Vergleich. Auf Platz 2 folgen die USA mit 92,2% der britischen Tonnage. Frankreich besetzt Rang 4 mit 39% und Deutschland steht auf Platz 7, jetzt allerdings mit 240.315 Tonnen oder 17,5% der britischen Tonnage. Ein tabellarischer Vergleich der Zahl der großen Schiffe in den Marinen zeigt, daß Deutschland 1939 noch weit von der Fähigkeit entfernt ist, „die Weltherrschaft zu erringen“. Die Absicht dazu haben die Nürnberger Ankläger den Admiralen Raeder und Dönitz 1946 unterstellt.

Zahl der großen Kampfschiffe am 1. September 1939[69]

Schiffsklasse	GB	USA	F	D
Schlachtschiff	15	15	7	5
Flugzeugträger	7	5	1	-
schwere Kreuzer	17	18	7	1
leichte Kreuzer	48	18	12	6
Zerstörer	183	214	58	21
Summe pro Flotte	270	270	85	33

[69] Dreessen, Seite 132 und 144

Nur an Zahl der U-Boote hat die Kriegsmarine zur Royal Navy aufgeschlossen.

Zahl der U-Boote am 1. September 1939[70]

Schiffsklasse	SowjU	USA	F	GB	D
U-Boote	165	95	77	57	57

Mit Kriegsbeginn im September 1939 haben die Flotten Amerikas und Großbritanniens ihre maximale Stärke noch nicht erreicht. Die Aufrüstung schlägt in der britischen und amerikanischen Marine nach langen Schiffbauzeiten erst ab 1940 und 1941 zu Buche. Trotz aller deutschen Anfangserfolge zur See wird der Krieg der Flotten ein Kampf mit ungleichen Waffen werden.

Fazit

Nach dem Kriege dient der Z-Plan dem Nürnberger Gericht der Sieger über die Besiegten als Hauptbeweis der Schuld des Chefs der Marineleitung Großadmiral Raeder und seines Nachfolgers Großadmiral Dönitz, einen Angriffskrieg geplant und mit der großen Flotte nach der Weltherrschaft gestrebt zu haben. Neben jenem Z-Plan sind es noch dienstliche Stellungnahmen und Ansprachen der Generaladmirale Carls und Boehm, die diesen Beweis und Vorwurf stützen sollen. Die letztgenannten beiden Admirale schreiben und sprechen 1938 und 39 darüber, daß „Deutschland den Weg zum Ozean erobern“ müsse und daß die „bisher von der Geschichte Begünstigten zum Zusammenrücken und zum Freimachen eines weiteren Platzes an der Sonne zu bewegen“ seien[71]. Beide, Carls wie Boehm, sind nicht die Marineleitung. Und so wie Cunningham, der Chef des Stabes der britischen Admiralität, nicht offiziell für England spricht, so sprechen die zwei Admirale nicht für Deutschland, auch wenn alle drei wahrscheinlich die Meinung vieler Briten und vieler Deutscher wiedergeben. Außerdem gilt es, den Unterschied zwischen „Weltherrschaft“ und deutscher „Gleichberechtigung unter den Weltmächten“ wahrzunehmen. Auch wenn das Gesamtbild von Rüstung und Außenpolitik im Deutschen Reich Hitlers Expansionsabsichten nach Osteuropa belegen, ist das Flottenrüsten kein Indiz für ähnliche Ambitionen in Richtung Übersee und Weltherrschaft. Hitler läßt schon in seinem Buch „Mein Kampf erkennen, daß er weder Sinn für Seeherrschaft noch Kolonien hat. Hitlers Streben ist nicht gegen England und Amerika und auch nicht auf deren überseeische Besitzungen gerichtet. Für ihn hat Marinerüstung nur den Sinn, sich damit auf den Meeren einen „Flankenschutz“ für seine Osteuropa-Ambitionen aufzubauen. Das gilt sowohl für die Zeit des deutschen Angriffs auf den Nachbarn Polen als auch danach für den Blockadekrieg mit England, das sich selbst in den Krieg mit Po-

[70] Dreessen, Seite 145
[71] Rahn, Seiten 92 f

len eingeschaltet hat. Es gilt auch später für den Versuch, die Flut der amerikanischen Kriegsgüter für die Sowjetunion auf dem Nordatlantik abzufangen. Vorstellungen, sich am Kolonialreich Englands zu bedienen, kommen Hitler erst im Kriege, als er eine Chance sieht, die Briten zu besiegen.

Mit Englands und Frankreichs Kriegserklärung an das Deutsche Reich am 3. September 1939 wird aus Deutschlands Land- und Luftkrieg gegen Polen unversehens auch ein Seekrieg auf den Meeren. Wo Englands Flotte hinreicht, kann sie Heerestruppen und Luftstreitkräfte landen. Das wird sie dann erstmals im April 1940 in Norwegen praktizieren und damit Deutschland zwingen, auch Truppen dorthin zu entsenden. Das tut sie später wiederholte Male in Griechenland und in Nordafrika, um den von Italien angegriffenen Staaten und Kolonien Unterstützung zu gewähren. Auch hier wird Hitler abseits aller eigenen Ziele dem von der Seemacht England ausgeübten Zugzwang folgen und deutsche Truppen zur Verstärkung des erfolglosen italienischen Bundesgenossen schicken. So bestimmt die Seemacht durch mittelbare Strategie, wohin die Landmacht folgt. Auf Dauer wird die Bedrohung aller Küsten in Europa durch die Marinen Englands und Amerikas im Zweiten Weltkrieg die Präsenz von deutschen Kräften vom Nordkap bis Sizilien erfordern. So ist der Wert des Z-Plans und die Kündigung des Flottenabkommens für Deutschland minimal, der politische Schaden zu Beginn und im Kriege aber groß.

Deutsche Flottenpläne und -verträge

Zeitpunkt	Plan oder Vertrag	geplante Gesamttonage	Zieldatum
1919	Bestimmungen von Versailles	144.000	auf Dauer
1931	1. Schiffbauersatzplan	ca. 480.000	1942
Okt. 1932	1. Umbauplan	ca. 480.000	1942
Juni 1935	Deutsch-Britisches Flottenabkommen	420.000 auf Zuwachs	auf Dauer
Nov. 1935	Entwurf für einen Schiffbauersatzplan	475.000	1946
Jan. 1939	Z-Plan	ca. 1.654.000	1948
Sept. 1939	IST-Stand bei Kriegsbeginn	240.300	—

Mit ihren 240.300 Tonnen ist die deutsche Kriegsmarine den Flotten Englands und Frankreichs zu Kriegsbeginn 8-fach unterlegen.

Deutschlands Flottenrüstung von 1933 bis 39 ist eine Reaktion auf die jeweils angenommene Bedrohungslage, erst auf Frankreich und dann auf Großbritannien bezogen. Sowohl England als auch Deutschland sehen in den Flotten anderer Staaten stets eine Bedrohung ersten Rangen für sich selbst. Die Briten fürchten um ihr Weltreich, die Deutschen um ihre Lebensadern über See, die Zufuhr lebenswichtiger Güter. Weder die englische Regierung noch die deutsche ist bereit zu sehen, daß die eigene Flotte zu gleichen Teilen Schutz und Drohung ist.

Die Luftwaffenrüstung 1933 bis 1939

1933

Zum Jahreswechsel 1932-33, ehe Hitler deutscher Kanzler ist, wird die Aufrüstung der vielen Luftarmeen in Europa noch von der französische-italienischen Rivalität rund um das Mittelmeer, von Frankreichs allgemeiner Furcht vor Deutschland und von Englands Angst vor Frankreichs Bomberflotte angetrieben. Die Flugzeugbestände der Luftarmeen zu Hitlers Amtsantritt betragen etwa:

– Vereinigte Staaten von Amerika	3.100 Militärflugzeuge
– Frankreich	3.000
– Großbritannien	1.800
– Italien	1.700
– Sowjetunion	1.700
– Polen	700
– Tschechoslowakei	670
– Belgien	350
– Deutschland	70

Alle hier und im folgenden erwähnten Angaben über Flugzeugzahlen sind aus 13 deutschen, englischen, amerikanischen und russischen Büchern über Luftrüstung sowie aus 9 verschiedenen Luftzeitschriften aus 6 Nationen entnommen. Die Bücher sind im Quellenverzeichnis aufgeführt, die Zeitschriften nicht. Die Zahlen in den verschiedenen Quellen weichen zum Teil erheblich voneinander ab, u.a. weil Reserveflugzeuge, die oft die Hälfte des Gesamtbestandes ausmachen, oder Flugzeuge in den Kolonien mit- oder nicht mitgezählt worden sind. Hier ist der Versuch gemacht, die wahrscheinlichen „Zirka-Zahlen“ aus den verschiedenen Tabellen abzuleiten.

Die mit Frankreich gegen Deutschland verbündeten Nationen sind an Militärmaschinen also um mehr als das 60fache überlegen, wobei die deutschen Maschinen noch immer Schulflugzeuge oder Prototypen sind.

Für die Reichsregierung und die Reichswehrführung beziehen sich 1932 und 33 noch alle Sorgen um die eigene Sicherheit auf Frankreich, das trotz der deutsch-französischen Verträge weiter antideutsche Politik betreibt, und auf Polen, in dem die Stimmen, die nach Gebietserweiterungen rufen, nicht verstummen wollen. Als potentielle Gegner in der zweiten Reihe gelten die mit Frankreich verbünde-

ten Belgier und Tschechen. So bezieht sich das deutsche Drängen auf eigene Luftstreitkräfte zunächst allein auf diese Nachbarstaaten und auf deren Angriffsfähigkeit.

Ab Februar 1933 bestimmt Adolf Hitler im Deutschen Reich den Takt der Rüstung. Als erstes bietet er bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf an, daß Deutschland gänzlich auf Luftstreitkräfte verzichten würde, wenn alle anderen Länder gleiches täten. Eine solche Lösung wäre für das noch verarmte Deutschland attraktiv. Die anderen Staaten lehnen diesen Vorschlag Hitlers ab. Danach versucht die deutsche Reichsregierung, ihren Geheimbeschluß vom Juli 1932, 200 Militärflugzeuge zu beschaffen, auf dem Verhandlungsweg zu legalisieren. Sie bringt in Genf den Antrag vor, Deutschland 500 Jagd- und Aufklärungsflugzeuge zuzubilligen[72]. Von Bombern, die für einen Angriffskrieg geeignet wären, ist in diesem Antrag keine Rede. Die Genfer Verhandlungspartner lehnen die deutsche Forderung nach 500 Militärflugzeugen ab und sie sind auch nicht bereit, wie in Versailles angekündigt, selber ihre Luftstreitkräfte abzubauen.

Nachdem von Seiten der alten Siegermächte kein Entgegenkommen zu erwarten ist, löst sich die Reichsregierung von ihren inzwischen sieben Jahre dauernden vergeblichen Versuchen, ein Rüstungsgleichgewicht im Einvernehmen zu erreichen. Im Mai **1933** entwickelt das Reichsluftfahrtministerium das sogenannte **1000-Flugzeuge-Programm,** die Planung für jene in Genf geforderten 500 Jagd- und Aufklärungsflugzeuge plus gleichviel Schul- und Ausbildungsmaschinen[73].

Am 5. Juni 1933 erklärt Botschafter Nadolny für das Deutsche Reich in Genf – wie schon erwähnt –, daß Deutschland ab Mitte 34 aufrüsten werde, wenn die anderen Staaten sich bis dahin nicht verpflichten, selber abzurüsten. Ende Juni 1933 ordnen die zwei Reichsminister für Luftfahrt und für die Verteidigung, Göring und von Blomberg, im geheimen an, bis 1935 eine „Luftflotte“ von 600 Frontflugzeugen aufzustellen[74]. Einschließlich der Schul- und Reservemaschinen sind das die vorerwähnten 1000 Flugzeuge.

Bereits im Oktober 1933 warnen die drei Chefs der englischen Marine, des Heeres und der Luftwaffe in ihrem gemeinsamen Jahresbericht von der möglichen Wiederbewaffnung des Deutschen Reiches. Sie begründen damit unter anderem einen „Luftwaffenerweiterungsplan für 1934“, den ersten von sieben weiteren bis 1939[75]. Die Warnung zu so früher Zeit kann sich bislang nur auf die deutschen Forderungen in Genf beziehen. Im Oktober 1933 hat die Lieferung von Militärflugzeugen für die Reichswehr nicht einmal begonnen.

[72] Völker-Luftwaffe, Seite 27
[73] Völker-Dokumente, Band 9, Seite 119
[74] MGFA, DR u. 2. WK, Band 1, Seite 476
[75] Völker-Luftwaffe Seite 27

Obwohl der deutsche Plan bei weitem nicht den Anschluß an den Rüstungsstand der Royal Air Force[76] bringt und noch einen großen Abstand zu den Luftstreitkräften Frankreichs hält, fangen die Briten schon 1933 ihren Rüstungswettlauf an, ehe Deutschland richtig an den Start gegangen ist. Sie werden später stets darauf verweisen, daß es die Deutschen waren, die sie zum Rüsten zwangen. Der englische Historiker Terraine schreibt dazu nach dem Kriege:

> *„Nach allgemeiner Auffassung des Oberkommandos der Luftwaffe gab es keinen Zweifel, daß diese Wiederaufrüstung gegen Deutschland und allein gegen Deutschland gerichtet war“.* [77]

Doch 1933 denkt man in England auch immer noch an die Bedrohung durch den nächsten Nachbarn auf dem Festland, man denkt an Frankreich. Der englische Medienzar Viscount Rothermere schreibt am 7. November 1933 in seiner DAILY MAIL:

> *„Wir brauchen 5.000 Kriegsflugzeuge, wenn wir nicht für immer unseren Nachbarn auf Gnade und Ungnade ausgeliefert bleiben sollen. Frankreich könnte heute England erobern, ohne einen einzigen Soldaten an unseren Küsten zu landen oder ohne eine einzige Seeschlacht zu schlagen.“*

Auch Frankreich, die 1933 stärkste Luftmacht in Europa, rüstet nach. Im Dezember 33 beschließt die französische Regierung, den „Flugzeugpark der 1. Linie“ bis Anfang 1937 mit 1.010 modernen Militärmaschinen zu erneuern[78].

Derweilen sich das Ausland rührt, ist in Deutschland im ganzen Jahre 33 vom Aufbau neuer Luftstreitkräfte nach außen hin noch nichts zu sehen. Die Piloten schulen weiter in der Sowjetunion oder in zivilen Einrichtungen im Reich. Die Industrie baut erst ihre Fertigungsstätten für Militärflugzeuge auf und in ganz Deutschland gibt es noch keinen einzigen Fliegerhorst und kein Geschwader. Erst zum Jahreswechsel 1933-1934 laufen der Reichswehr die ersten Militärmaschinen aus der Produktion zu. Von Hitler ist zu der Zeit im Ausland noch nicht mehr bekannt, als daß er die Gleichberechtigung des Deutschen Reiches unter allen anderen Staaten fordert, und daß er, wie alle anderen Kanzler vor ihm, die Annullierung des Vertrages von Versailles anstrebt; eigentlich noch kein Grund, gegen Deutschland aufzurüsten.

1934

Im Februar 1934 bietet Hitler vor dem Völkerbund noch einmal an, daß Deutschland seine Luftstreitkräfte auf 50% der französischen begrenzt, und er schlägt vor, auf Bomber gänzlich zu verzichten. Frankreich verfügt zu der Zeit über knapp 2.000 Einsatzflugzeuge, 1000 Schulflugzeuge und über 2000 Reservemaschinen in Europa und über 100 in den Kolonien[79]. So bedeutet Hitlers Ange-

---

[76] Luftwaffe Großbritanniens
[77] Terraine, Seite 25
[78] Luftfahrtminister Cot gibt am 10. Februar 1937 in der Zeitschrift „L'Aero“ die Erfüllung dieses Plans bekannt.
[79] Deutsche Luftwacht, Band II, Seiten 14 f

bot eine Nachrüstung der Deutschen auf etwa 1.000 Kampfflugzeuge oder die Reduzierung der Luftstreitkräfte Frankreichs. Von beidem will die Regierung in Paris nichts wissen. Statt dessen teilt Außenminister Barthou – wie schon erwähnt – am 17. April 1934 dem Völkerbund in Genf mit, daß Frankreich ab sofort nicht mehr an den Abrüstungsverhandlungen teilnimmt und in Zukunft ohne Vereinbarungen im Völkerbund so aufrüstet, wie es die französische Sicherheit verlangt. Auch Frankreich tritt zum Rennen an.

In Deutschland, das zu der Zeit weder mit Heeres- noch mit Marinekräften in der Lage wäre, sich notfalls selbst zu schützen, wächst die Erkenntnis, daß Luftstreitkräfte und vor allem Bomber ein probates Mittel wären, fremde Staaten von Übergriffen abzuschrecken, wie sie Deutschland in den letzten 15 Jahren mehrfach wehrlos hat erdulden müssen. Bomber sind – anders als Jagdflugzeuge – das offensive Luftkriegsmittel, den Feind im eigenen Lande zu bedrohen. Und Flugzeuge – so eine weitere Überlegung – lassen sich als Abschreckungswaffen gegenüber den zwei potentiellen Gegnern Frankreich und Polen schneller und mit erheblich weniger Rohstoffaufwand bauen als Schlachtschiffe für die Flotte oder schwere Artillerie und Panzer für das Heer. So gewinnt der Aufbau von Luftstreitkräften vorübergehend eine besondere Bedeutung für die Sicherheit des Reichs. Die an späterer Stelle dieses Buchs erwähnten Sondierungen der polnischen Regierung in Paris zur Jahreswende 1933-34, ob sich Frankreich an einem Präventivkrieg gegen das Deutsche Reich beteiligen wolle, zeigen, daß diese Überlegungen der Reichsregierung zu der Zeit nicht aus der Luft gegriffen sind.

Die Rüstungsplanung dieser Zeit – bezogen auf die Bomber – legt noch etwas anderes offen. Obwohl viermotorige Langstreckenbomber 1934 durchaus machbar wären – in Rußland baut man sie seit 1930 – verzichten Reichsregierung und Reichswehrführung darauf, solche Bomber für die deutschen Luftstreitkräfte einzuplanen. Das hat seine Gründe. Der erste liegt im hohen Aufwand ihrer Produktion, der zweite spiegelt die Bedrohungslage wider. Niemand in Deutschland, weder Hitler noch der „Reichskommissar für die Luftfahrt“ General Göring sehen den Bedarf, Gegner jenseits von Frankreich oder Polen zu bekämpfen. Auch Hitler hat zu der Zeit offensichtlich keine konkreten Ambitionen, später England anzugreifen oder Krieg gegen die Sowjetunion zu führen. So werden in Deutschland nur ein- und zweimotorige Bomber mit Reichweiten bis 500 Kilometer Eindringtiefe vorgesehen und gebaut. Wenn Hitlers Lebensraum-Gedanke 1934 schon so weit gereift gewesen wäre, hätte der Diktator nicht auf den Aufbau einer strategischen Bomberflotte gegen die Sowjetunion verzichtet. Auch der industrielle Mehraufwand für große Bomber wäre für Hitler sicherlich kein Hinderungsgrund gewesen.

Im Frühjahr 1934 schlagen die Rüstungswellen in der Welt mit einem Male hoch. Am 26. Januar 34 schließt Deutschland einen Nichtangriffspakt mit Polen. Damit steigt die Sicherheit des Deutschen Reichs, doch Frankreichs Paktsystem beginnt dadurch zu bröckeln. Als die britische Regierung dann auch noch vor-

schlägt, den Deutschen 250.000 Soldaten für das Reichsheer zu erlauben, wird die Entwicklung für die Franzosen – aus deren Perspektive – unerträglich.

Mit dem Jahre 1934 wechselt Englands Politik, wenn man britischen Kommentaren folgt, ihre Einstellung zu den Mächten auf dem Kontinent. Frankreichs relative Stärke schwächt sich ab und die des Deutsches Reiches wächst. Von nun an ist Deutschland der Rivale Nummer 1. Der britische Militärhistoriker Generalmajor Fuller beschreibt das so:

> *„Seit den Tagen der Tudors bis zum Jahre 1914 bestand die Politik Großbritanniens darin, das Gleichgewicht der Mächte aufrechtzuerhalten, das heißt, die großen Nationen des Kontinents durch Rivalität getrennt zu halten und selbst den Ausgleich zwischen ihnen auszuüben. Dieser Ausgleich stellte automatisch fest, wer als Feind in Betracht kam.“* [80]

Im Mai 1934, doch noch ehe das nächste deutsche Flugzeugbauprogramm beschlossen wird, fordert das Defence Requirement Committee[81] in London die Aufstellung von 46 Flugzeugstaffeln. Das sind 10, die noch aus dem „52-Schwadronen-Plan“ von 1923 fehlen, 10 weitere Schwadronen für die Luftwaffe im englischen Mutterland, dazu 10 für die RAF in Übersee plus 16 für die Flotte. Die Forderung endet mit der Feststellung, daß eigentlich noch 25 weitere Schwadronen von Nöten wären[82]. Im Juli 34, fast zeitgleich mit dem nächsten deutschen Plan, erläßt der britische Oberbefehlshaber der Luftwaffe den ersten RAF-Erweiterungsplan, mit dem der Bau der Jagdflugzeugmuster Hurricane, Hawker und Spitfire in Auftrag geht[83]. So wird die britische Luftrüstung 1934 zunächst nicht durch eine erkennbare deutsche Luftrüstung angestoßen. Auslöser ist wohl eine Mischung aus der Angst vor Frankreichs Vorsprung und der Furcht vor Deutschlands Möglichkeiten.

Auch Roosevelt dreht seine Rüstungsschraube weiter. Japan, seit 1932 im Krieg mit China, wird aus seiner Sicht in Asien zu stark, und Hitler ist ihm ohnehin ein Dorn im Auge. So veranlaßt er im Juli das schon beschriebene Bauprogramm von weiteren 120 Schiffen für die Flotte, und aus dem Verteidigungsministerium[84] wird angekündigt, daß auch die Air Force größer werden soll[85].

Auch außerhalb der Staaten Westeuropas und Amerikas befindet sich die Welt im Rüstungsfieber. In Italien, Polen und Rußland läuft das Rüsten weiter. In der Sowjetunion erhöht die Luftfahrtindustrie die Produktion, um ab 1935 eine Jahreslieferung von über 3.500 neuen Militärflugzeugen auszustoßen[86]. 50% davon sind Bomber und Schlachtflugzeuge.

---

[80] Fuller, Seite 19
[81] Verteidigungsausschuß
[82] Terraine, Seite 27
[83] Terraine, Seite 27
[84] heute das Pentagon
[85] Rassinier, Seite 86
[86] MGFA, DR u. 2. WK, Band 4, Seite 47

Die deutsche Reichsregierung, in der Absicht, die Schwächejahre des Wiederaufbaus von Marine und Heer zu überbrücken, setzt auf den Geschwindaufbau von Luftstreitkräften. So wird im **Juli 1934 –** vor dem Ausland noch geheimgehalten – ein umfangreiches Flugzeugbauprogramm beschlossen. In einem ersten Schritt bis zum September 1935 sollen **4.021 Militärflugzeuge** beschafft und an die Truppe ausgeliefert werden, davon die Hälfte der Maschinen für den Einsatz und die Hälfte als Kurier- und Schulflugzeuge. In Folgeschritten **bis zum Ende 1938** ist dann ein weiterer Ausbau auf insgesamt **17.015 Militärmaschinen** vorgesehen[87], davon knapp 40% für den Einsatz, der Rest für Schulung und Reserven.

1935

Der Aufbau von Luftstreitkräften in Europa setzt sich 1935 fort. Im März des Jahres verweist das Kriegsministerium in London in einem Weißbuch auf die deutsche Wiederaufrüstung und bewertet sie als Kriegsgefahr. Umgekehrt ist England zu der Zeit aus Hitlers politischer Perspektive und nach Auffassung der Reichswehrspitzen kein potentieller Gegner für das Deutsche Reich. Aus Hitlers Sicht ist England eher ein möglicher Verbündeter. Zeitgleich mit dem Erscheinen des Weißbuchs in London rechtfertigt Generaloberst Beck, der Generalstabschef des Heeres, in Berlin die nochmalige Erhöhung der deutschen Rüstungsausgaben mit den alarmierenden Aufrüstungsmaßnahmen der Nachbarstaaten im Jahre 1934.

Dieser Trend bei Deutschlands Nachbarn verlängert die Periode, in der das zwar wachsende, jedoch noch immer kleine Reichsheer nicht zum Schutz des eigenen Landes reicht. So wird der Aufbau der deutschen Luftwaffe 1935 mit großem Nachdruck fortgesetzt. Am Jahresanfang 1935 verfügt das Deutsche Reich in seinen noch geheimgehaltenen Verbänden mit etwa 1.900 Flugzeugen – davon 670 Maschinen für den Fronteinsatz – noch weit weniger als die anderen großen Staaten in Europa[88]. Aber um die Verteidigungsfähigkeit des Deutschen Reiches vorzutäuschen, ordnet Reichswehrminister von Blomberg am 26. Februar 1935 an, den bisher geheim gehaltenen Aufbau deutscher Luftstreitkräfte zu „enttarnen“. Am 1. März befiehlt er deshalb, die Deutsche Luftwaffe als neuen, selbständigen und dritten Wehrmachtsteil aufzustellen, das heißt, er macht den Aufbau offiziell vor aller Welt bekannt.

Obwohl die Siegermächte Deutschland schon im Dezember 1932 die prinzipielle Gleichberechtigung in Rüstungsfragen zugestanden hatten, folgt jetzt eine Kette schwerer Reaktionen. Am 1. März, dem gleichen Tage also, wird in der Pariser Nationalversammlung die Gesetzesvorlage eingereicht, die Wehrdienstdauer auf zwei Jahre zu verdoppeln[89].

---

[87] MGFA, DR u. 2. WK, Band 1, Seite 483
[88] MGFA, DR u. 2. WK, Band 1, Seiten 480 und 491
[89] Rassinier, Seite 91

Auch Englands Parlament, das Unterhaus, beschließt am 1. März ein umfangreiches Programm zur weiteren Aufrüstung von Heer, Luftwaffe und Marine. Die Briten bewegt dabei nicht nur die Furcht vor Deutschlands neuer Stärke. Es sind auch Englands koloniale Ambitionen, die Konkurrenz zu Japan in Fernost und Sorgen in Ostafrika. Italienische Truppen sind an Äthiopiens Grenzen aufmarschiert und England als „Schutzmacht“ der Ägypter will keinen Landgewinn Italiens südlich des Oberlaufs des Nils zulassen. So stellt das Unterhaus dem britischen Premierminister Baldwin am 1. März 1935 nahezu unbegrenzte Gelder für die weitere Rüstung zur Verfügung[90]. Die Royal Air Force hat nun die Mittel, im Zuge ihres „2. RAF-Erweiterungsplans“ neue Militärflugplätze an der Ostküste Englands anzulegen und alte auszubauen.

Diese Reaktionen aus Paris und London lösen nun selber neue Reaktionen aus. Am 10. März verkündet Hitler erstmals öffentlich den Plan, das deutsche Friedensheer auf 36 Divisionen zu verstärken. Am 16. März antwortet die französische Nationalversammlung mit dem Beschluß, die Wehrpflicht auf zwei Jahre zu verlängern. Am Abend des gleichen Tages kommt Hitlers nächster Zug. Er bringt die Gesetzesvorlage für die Einführung einer einjährigen Wehrpflicht in den Reichstag ein. Vier Wochen später, am 11. April verkündet Italiens „Duce“ Mussolini, daß er den Ausbau der Land-, See- und Luftstreitkräfte beschleunigen lassen will[91]. Auch in den USA, in Japan und in Rußland geht das Rüsten weiter. Am 21. Mai gibt Hitler bekannt, daß im Deutschen Reich die Allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt wird. Er verbindet diese Botschaft mit dem Angebot an England, den Ausbau der Reichsmarine zu begrenzen und mit der Offerte an alle anderen Staaten, ein Abkommen über die Ächtung des Bombenkrieges und die Begrenzung der Zahlen von Schiffen, schwerer Artillerie und Panzern abzuschließen[92]. Alleine England geht auf die Offerte ein und schließt das schon genannte Flottenabkommen. Selbst zur Ächtung des Bombenkrieges sind die angesprochenen Staaten 1935 nicht bereit. So bringen die Rüstungsjahre 1934 und 1935 für Deutschland zunächst nicht die angestrebte Sicherheit. Die allgemeine Aufrüstung außerhalb des Reichs relativiert zunächst noch das, was im Reich an Truppen, Schiffen und Flugzeugen neu in Dienst gestellt wird.

Der Rüstungsschub, der seit dem 1. März 1935 durch ganz Europa geht, ist kaum mit Blombergs Weisung zu erklären, in Deutschland eine Luftwaffe aufzubauen und ein Heer von 36 Divisionen aufzustellen. Schließlich unterhalten alle Nachbarn Luftstreitkräfte, und schließlich hatten sie dem Deutschen Reich 1932 die Gleichberechtigung in Rüstungsfragen prinzipiell schon zugestanden. Auch Hitlers Angebot an alle, Rüstungsobergrenzen einzuführen und der Pakt mit England, die deutsche Flotte zu begrenzen, sowie weitere Garantien an Frankreich,

---

[90] Rassinier, Seite 96
[91] Rassinier, Seite 87
[92] Domarus, Band 1, Seiten 511-514

dessen Grenzen nicht mehr anzutasten, hätten eher beruhigend wirken müssen. Das alles kann die europaweite Rüstung bis 1936 nicht allein erklären. Frankreich, England, Polen, Italien und die Sowjetunion rüsten offensichtlich zunächst mehr der Probleme wegen, die sie teils miteinander, teils mit Japan im Fernen Osten haben. Erst mit der Zeit tritt Deutschlands Wiederaufrüstung in dieser internationalen Entwicklung für alle sichtbar in den Vordergrund und wird dann selbst zum Auslöser neuer Rüstungsschübe.

1936

1936 schließt Deutschland, was die Zahl der Militärflugzeuge angeht, zu den Nachbarländern auf, während Heer und Flotte auch weiterhin noch weit davon entfernt sind, das eigene Land verteidigen zu können. So weiß Hitler, als er im März 1936 deutsche Truppen in das ungeschützte Rheinland einmarschieren läßt, daß die Wehrmacht einem Gegenschlage Frankreichs nicht gewachsen wäre, und daß die deutschen Truppen im Falle dieses Falles würden weichen müssen. Selbst die neue deutsche Luftwaffe wäre der französischen im März noch immer unterlegen.

Im Laufe des Jahres 1936 werden in Deutschland etwa 5.200 Flugzeuge aller Typen hergestellt[93]. Trotz dieser hohen Produktionszahlen bleibt die Menge der neugebauten Maschinen für den Fronteinsatz auch weiterhin noch relativ gering. Ein kleiner Teil davon geht auch in den Export an andere Länder. Auch Großbritannien rüstet seine Air Force weiter auf. 1936 gehen die Bombertypen Halifax und Manchester in Auftrag. Bau- und Kaufaufträge werden in die USA vergeben, und in England entstehen weitere Flugzeugfabriken.[94]

Ende 1936 sieht jedermann in Deutschland in der Luftwaffe noch immer das Instrument, die Nachbarstaaten so lange auf Distanz zu halten, bis das Heer zum Schutz des Deutschen Reiches fähig ist. Die Wehrmacht insgesamt ist den Streitkräften der unmittelbaren Nachbarn noch zahlenmäßig unterlegen[95]. Im Deutschen Reich, selbst in der Wehrmacht hegt deshalb auch Ende 1936 niemand den Verdacht, daß Deutschlands Rüstungsaufholjagd in drei Jahren dazu dienen könnte, selbst einen Weltkrieg auszulösen.

1937-1938

Im Laufe des Jahres 1937 beginnt das Deutsche Reich, jeden der anderen großen Staaten in Europa – außer der Sowjetunion – an Zahl der Militärflugzeuge zu überholen. Doch zur Verteidigung des Reichsgebiets wäre Deutschland einer Koalition von potentiellen Gegnern in Ost und West noch immer nicht gewachsen. So geht das Rüsten weiter. Die Luftwaffe, aufgebaut um Gegner abzuschrecken und um Heer und Flotte notfalls gegen ein angreifendes Frankreich

[93] MGFA, DR u. 2. WK, Band 1, Seite 491
[94] Terraine, Seite 17
[95] MGFA, DR u. 2. WK, Band 1, Seite 493

und dessen Verbündete zu unterstützen, erreicht nun eine Größe und eine Qualität, die selber zur Bedrohung für die Nachbarn wird.

Im November 1937 eröffnet Hitler den Oberbefehlshabern von Heer, Luftwaffe und Marine in einer Aussprache[96], daß er von der Wehrmacht einen Gebrauch zu machen gedenkt, für den die Herren den Wiederaufbau ihrer Wehrmachtsteile nicht vorgesehen hatten: für die Ausdehnung des Deutschen Reichs auf Österreich und die Tschechoslowakei. Hitler läßt die Herren wissen, daß er mit Kriegen, um diese Ziele zu verfolgen, etwa in den Jahren 1943 bis 45 rechnet. Die Reaktion der Generale auf die Absicht, die Tschechei zu annektieren, ist Thema einer anderen Stelle dieses Buchs. Hier sei vermerkt, daß Hitler im Rahmen der Besprechung die Möglichkeiten einschätzt, wie die Nachbarstaaten auf einen Anschluß Österreichs oder die Annexion der Tschechoslowakei reagieren könnten. Er schließt die Möglichkeit der Interventionen Frankreichs oder Englands weitgehend aus. Auch an Einmischungen Polens, Italiens und der Sowjetunion will er nicht glauben. Doch die anwesenden Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile sind nicht so optimistisch. Sie sorgen lieber vor und lassen die Möglichkeiten kriegerischer Auseinandersetzungen mit England oder anderen Staaten von ihren Stäben untersuchen. So gerät ein Krieg gegen die genannten Staaten, den alle – außer Hitler – unbedingt vermeiden wollen, ab Winter 1937-38 ins Visier all' derer, die zu der Zeit und danach am Aufbau der drei Wehrmachtsteile arbeiten. Als Folge dieser neuen Sicht, daß auch ein Krieg mit England denkbar wäre, wird ein Bomber mit größerem Aktionsradius in das Flugzeugbauprogramm mit aufgenommen. Er reicht bis zur Insel England. Fernbomber allerdings, die große Bombenlasten tragen und bis zu den Industriegebieten Rußlands fliegen könnten, werden nur erwogen, jedoch nie geplant und nicht gebaut.

Daß die Befürchtungen der Wehrmachtführung in Bezug auf Hitlers Pläne nicht unbegründet sind, zeigt bald die Reaktion des englischen Unterhauses auf den Vertrag von München. Am 5. Oktober 1938, als die Mitglieder des Parlaments der Angliederung der Sudetenlande an das Deutsche Reich zustimmen, beschließen sie in gleicher Sitzung den Bau von 3.000 Flugzeugen für den Rest des Jahres 38 und von 8.000 für 1939 sowie weitere Verstärkungen für das Heer und für die Flotte[97]. In den USA folgt Roosevelt mit der Entscheidung, die US-Air Force auf eine Stärke von 10.000 Militärflugzeugen aufzustocken[98].

Die weitere Aufstellung der deutschen Luftwaffe ist in ihrer Planung auf die Jahre 1943 bis 1945 ausgerichtet. Wie in der Marinerüstung mit dem Z-Plan so bordet auch hier zum Jahreswechsel 1938-39 der Anspruch auf eigene Macht und

---

[96] Hitlers Besprechung mit den Oberbefehlshabern am 5. November 1937, wiedergegeben im sog. „Hoßbach-Protokoll“
[97] Rassinier, Seite 214
[98] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 15

Stärke über. Am **7. November 1938** wird das **„konzentrierte Flugzeugmuster-Programm“** erlassen, das einen Endausbau der Luftwaffe mit 20.000 Flugzeugen vorsieht[99].

1939

Doch die Dinge laufen schneller, als Hitler das noch 1937 glaubt. 1939 zerfällt der Rest der Tschechoslowakei, und Hitler beugt das Selbstbestimmungsrecht der Tschechen und läßt die Rest-Tschechei als „Protektorat“ besetzen. Ein halbes Jahr darauf beginnt der Zweite Weltkrieg mit dem deutschen Angriff gegen Polen. Die deutsche Luftwaffe ist folglich nach der damaligen Planung noch immer nicht auf volle Stärke aufgewachsen. Doch sie steht zu Kriegsbeginn am **1. September 1939** mit immerhin **4.033 modernen Frontflugzeugen** gegen Polen zur Verfügung[100].

Auch bei den Luftwaffen anderer Staaten in Europa sind die Vermehrung der Geschwader, der Zufluß neuer Militärflugzeuge und der Austausch veralteter Maschinen längst nicht abgeschlossen. Alle Staaten bauen ihre Luftstreitkräfte in hohem Tempo weiter aus, ohne allerdings auf den September 1939 hinzurüsten. In diesem Jahre bauen neue Militärflugzeuge[101]:

die Sowjetunion über	10.000 Stück,
Deutschland knapp über	8.000
England knapp unter	8.000
die USA fast	6.000
und Japan fast	4.500.

Bei Kriegsausbruch ist Deutschland zwar schon zweite Luftmacht hinter Rußland, doch es ist den drei Gegnern England, Frankreich, Polen zusammen noch erheblich unterlegen. Am 1. September 1939 verfügen die europäischen Staaten über folgende Zahlen an sogenannten Frontflugzeugen[102]:

Sowjetunion über	5.000
Deutschland	4.033
England	3.600
Frankreich	2.550
Polen	800.

Fazit

Die Reichswehrführung und dann später Marschall Göring haben die deutschen Luftstreitkräfte erst zur Abwehr des damals aggressiven Polen, dann zur Verteidigung gegen einen eventuellen Angriff Frankreichs und zum Schluß auch für eine Auseinandersetzung mit Frankreich plus England aufgestellt und ausgerüstet. Bis hierher decken sich die Vorstellungen der Wehrmachtführung mit denen

[99] Völker Dokumente, Band 8, Seite 170
[100] MGFA, DR u. 2. WK, 1. Band, Seite 496
[101] Overy, Seite 150
[102] Baumbach, Seiten 45 ff

Adolf Hitlers. Beide, die Generale und der Diktator, halten die Revision vieler der in Versailles geschaffenen Fakten für ihre Pflicht und völlig legitim. Bis 1937 gilt es, die Revisionen militärisch abzusichern. Der defensive Grundgedanke dieser Rüstung wendet sich erst im November 1937, als Hitler offenlegt, daß er mit der Wehrmacht auch nach der Tschechei und Österreich strebt. Weitergehende Gedanken, vor allem in Richtung Rußland und Ukraine, läßt Hitler vor dem Kriege nicht vernehmen.

Für die Generale, vor allem für den Oberbefehlshaber der Luftwaffe Marschall Göring, ist der Anschluß Österreichs legitim. Schließlich haben die Österreicher selber seit 1919 mehrmals den Anschluß ihres Landes an das Deutsche Reich gefordert. Nur bei dem Überfall auf die Tschechei da scheiden sich die Geister. Hitler will die Tschechei zum „Protektorat" des Deutschen Reiches machen. Die Generale sind daran in keiner Weise interessiert. Lediglich ein Dutzend Heeresgenerale versucht, diese Absicht Hitlers zu vereiteln. Die Generale der Luftwaffe lassen den Diktator handeln, vielleicht auch, weil sie dessen Bedrohungsanalyse zur Tschechoslowakei als „Flugzeugträger" der Russen und Franzosen leichter folgen können als ihre Heereskameraden.

Der zügige weitere Aufbau der Luftwaffe 1938 ist in den Augen Görings und der Generale nicht konkret auf die Tschechoslowakei gemünzt, die mit ihren 700 Frontflugzeugen und 43 Heeresdivisionen[103] ohnehin nur zur Gefahr für Deutschland im Zusammenhang mit Frankreich oder Rußland werden kann. Das massive Weiterrüsten ab 1938 bezieht sich vielmehr auf einen späteren Krieg, den Hitler, wie er wiederholte Male sagt, für unausweichlich hält, wenn Deutschland eines Tages seine früheren Kolonien oder Ersatz dafür in Osteuropa fordert. Ansonsten lebt die Generalität in der geschichtlichen Erfahrung. Sie weiß, daß die französischen Regierungen seit drei Jahrhunderten versuchen, die Grenzen Frankreichs an den Rhein zu schieben. Das letzte Beispiel dafür hat Frankreich 1919 in Versailles geboten. Sie weiß, daß die Sowjets versuchen, den Kommunismus bis zum Atlantik auszubreiten und, wenn es geht, auch ihre Herrschaft. Sie weiß, daß England seit ein paar Jahrhunderten Kriege gegen den jeweils stärksten Staat Europas führt. So liegt der Grund des weiteren Rüstens für Marschall Göring und die Generale in einer sehr diffusen Mischung aus Schutzbedürfnis für das eigene Volk und Vorbereitung auf einen späteren Krieg um neues Land. Doch ein solcher späterer Angriffskrieg wird bis 1939 weder in den Operationsplänen der Generalstäbe vorbereitet, noch in den Planübungen der Truppe, noch in einer dafür nötigen Rüstung. So fehlt der deutschen Luftwaffe die Fähigkeit, einen strategischen Bomberkrieg gegen ein ferngelegenes Land zu führen. Es fehlt die schwere Bomberflotte.

Die anderen großen Mächte sind, was ihre Heere, Flotten und Luftstreitkräfte angeht, 1933 gegenüber Deutschland gut gerüstet. So gut, daß einige von ihnen in

[103] Görlitz, Seite 33

den 20er Jahren ungestraft in Deutschland einmarschieren können, und auch noch so, daß Polen und Frankreich 1933 bis 1936 „Strafexpeditionen“ gegen das Deutsche Reich erwägen. England, die USA, Japan und die Sowjetunion produzieren schon 1932 und davor jährlich Hunderte von Militärflugzeugen[104], statt - wie in Versailles angekündigt – abzurüsten. Den Rüstungswettlauf hat nicht das Deutsche Reich begonnen. Es hat sich 1934 in diesen Wettlauf eingeklinkt, dann mit einer industriellen Kraftanstrengung bis 1936 aufgeschlossen und 1937 überholt. Ab 1940 sind es dann wieder England, Amerika und Rußland, die Deutschland in der Flugzeugrüstung überrunden. So ist die Frage offen, wer hier wen bedroht hat. Es sieht so aus, als habe jede große Macht Europas irgendwann erwogen, eine andere anzugreifen – und sei es präventiv.

England und die USA fahren ihre Flotten und die Luftstreitkräfte hoch, ehe die neue deutsche Luftwaffe für das Ausland sichtbar wird, und bevor die Regierungen beider Länder etwas von Hitlers Lebensraum-Idee erfahren können. Die drei Chancen, die Deutschland 1933 und 1934 bietet, die Flugzeugzahlen auszuhandeln und zu begrenzen, sind von den Siegermächten ausgeschlagen worden. Insbesondere Frankreich, das 1934 das Angebot zurückweist, Deutschlands Militärflugzeuge auf 50% der französischen zu beschränken, hat die Gelegenheit versäumt, Hitler zu einer Zeit einzubinden, in der sein Größenwahn noch nicht auf dem Dünger seiner späteren Erfolge wächst. Wenn Frankreichs Angst und Großmannssucht etwas geringer gewesen wären, hätte die deutsche Luftwaffe mit dem von Hitler angebotenen „Luftflottenabkommen“ genauso für ein paar Jahre begrenzt werden können, wie die deutsche Flottenrüstung 1935.

Die Heeresrüstung 1933 bis 1939

Um an die Vorgeschichte anzuschließen, sei erwähnt, daß Reichskanzler von Papen im Oktober 1932 nach sechs ergebnislosen Verhandlungsjahren beschließt, die Reichswehr notfalls ohne Einigung mit den Siegermächten zu vergrößern, daß im November 32 der 2. Rüstungsplan der Reichswehr vorsieht, das deutsche Friedensheer auf 175.000 Soldaten zu erweitern und daß im Dezember 32 die Siegermächte im Völkerbund beschließen, dem Deutschen Reich in Rüstungsfragen die prinzipielle Gleichberechtigung einzuräumen. Kurz darauf treten mit Adolf Hitler und Franklin Delano Roosevelt zwei Politiker ins Rampenlicht der Weltgeschichte, die sich in zwei Punkten gleichen: beide müssen die hohe Arbeitslosigkeit in ihren Ländern beseitigen, und beide sind gewillt, ihre außenpolitischen Vorstellungen – wenn es denn sein muß – mit Kriegen durchzusetzen. Beide haben einen Hang zu Waffen. Beide Politiker beginnen sofort nach Amtsantritt damit, ihre Länder wieder aufzurüsten: Adolf Hitler landmachtorientiert mit Vorrang für das deutsche Heer, und Roosevelt seemachtorientiert – wie schon erwähnt – die amerikanische Marine.

[104] Overy, Seiten 2lf

In die gleiche Zeit fällt ein Ereignis, das jedermann in Deutschland an die früheren Einmärsche der Siegermächte in das Deutsche Reich erinnert. Am 6. März 1933 landet Polen ein Bataillon Marineinfanterie im Freistaat Danzig[105]. Der Völkerbund zwingt Polen, die Truppen nach zehn Tagen wieder abzuziehen. Doch was davon in Deutschland bleibt, ist der Eindruck, daß Polen noch immer Gelegenheiten sucht, sein Territorium nach Westen auszudehnen. Umgekehrt ist in Deutschland das Empfinden nicht erloschen, daß Gebiete, die bis 1919 fast nur deutsch bevölkert waren und ohne Volksabstimmung Polen zugesprochen wurden, bei Gelegenheit „zurückzuholen" sind. Der Reichsaußenminister und Friedensnobelpreisträger Stresemann drückt dies Empfinden 1925 mehrmals in Schrift und Rede aus, indem er sagt, daß es zu den großen Aufgaben der deutschen Außenpolitik gehöre, die Ostgrenzen des Reichs zu korrigieren. So ist die Reichswehrführung im Frühjahr 1933 zwar in Wirklichkeit noch weit davon entfernt, über einen Angriff gegen Polen nachzudenken, doch die Wunde, die Deutschland an Polens Grenze hat, wird mit dem Danzig-Vorfall wieder aufgekratzt. Es ist fast so, als sei Polen der Stichwortgeber für die Reichswehrführung.

1933

Die Sicherheitslage, in der sich Deutschland im Frühjahr 1933 befindet, ist so, daß die Reichswehr auf ähnliche Herausforderungen wie die Polenlandung in Danzig auf der Westerplatte nicht reagieren könnte, falls sie auf deutschem Hoheitsgebiet passieren würden und wenn die vielen Militärbündnisse, die Frankreich gegen das Deutsche Reich geschlossen hat, dabei gegen Deutschland angewendet werden würden. Frankreich hat seit 1920 ein Netz von Bündnissen mit Belgien, Polen und der Tschechoslowakei geknüpft, die ausdrücklich Militäraktionen gegen das Deutsche Reich zum Inhalt haben. Zudem stehen der Reichswehr seit 1931 keine ausgebildeten Reservisten mehr zur Verfügung, und neue Reserven bildet das Berufsheer kaum. Mit nur 100.000 Heeressoldaten und maximal 150.000 Landespolizisten kann Deutschland im Frühjahr 1933 die Sicherheit des eigenen Territoriums nicht selber garantieren. Frankreich aber stünden im Falle eines Krieges einschließlich der Reserven 4,5 Millionen Soldaten zur Verfügung, Belgien 0,6 Millionen, Polen 3,2 und der Tschechoslowakei 1,3 Millionen Mann. Dies gäbe einschließlich der deutschen Landespolizisten eine Unterlegenheit von fast 1:40 für den Fall, daß Deutschland sich verteidigen müßte. Das ist der Hintergrund, vor dem Hitler 1933 eine Aufrüstung ohne gleichen in wenigen Jahren in Szene setzen kann, ohne daß dies zunächst im Inland als Vorbereitung auf einen Angriffskrieg erkennbar wird.

Im März 1933 schlägt der englische Premierminister Mac Donald bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf 200.000 Heeressoldaten für Deutschland und 400.000 für Frankreich vor, je zur Hälfte für das Mutterland und für die Kolonien. Frankreich lehnt das ab und will die im Vorjahr Deutschland zugestandene

[105] Großer Ploetz, Seite 948

Gleichberechtigung nicht akzeptieren. Hitler droht daraufhin – wie schon erwähnt – daß Deutschland den Völkerbund verläßt, wenn die zugesagte Gleichheit weiterhin verweigert wird. Als sich in dieser Hinsicht nichts bewegt, tritt Deutschland aus dem Völkerbund aus, und die deutsche Delegation verläßt die Abrüstungsverhandlungen in Genf. Noch im Oktober 33 ordnet Hitler die planerischen Vorarbeiten für die spätere Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht an und den Ausbau des Heeres auf **21 Divisionen.** Ende 1933 hat das Heer der Reichswehr dann eine Stärke von 122.000 Mann[106]. Mit der Neuaufstellung von Artillerie-, Flugabwehr- und Fernmeldeeinheiten wird ebenfalls begonnen.

Angesichts der Unnachgiebigkeit der Franzosen, die bislang keine Neigung zeigen, einen Großteil ihrer fast 700.000 Heeressoldaten zu entlassen, fordert Hitler nun in bilateralen Verhandlungen mit den Engländern und Franzosen 300.000 Mann für Deutschland. Im Dezember 1933 erarbeitet das Reichwehrministerium dementsprechend eine Weisung für den weiteren Ausbau des Friedensheeres auf **300.000 Soldaten, den sogenannten Dezember-Plan[107].** Bemerkenswert an diesem Plan ist die Selbstwahrnehmung der Reichswehrspitze. In einer Denkschrift, die dem Plan zugrunde liegt, heißt es, daß das aus dem Friedensheer zu mobilisierende Kriegsheer in der Lage sein sollte, einen Verteidigungskrieg nach mehreren Fronten mit einiger Aussicht auf Erfolg zu führen. Vom „Lebensraum im Osten“ oder „Revision der Grenzen“ ist da keine Rede.

1934

Am Beginn des Jahres 1934 steht noch einmal ein Versuch der Deutschen und Franzosen, sich in Bezug auf ihre Heeresstärken anzunähern. Am 18. Dezember 1933 hatte Hitler 300.000 Soldaten für das Reichsheer vorgeschlagen und den im Mac Donald-Plan vom März angeregten Wechsel vom Berufsheer zum Heer mit kurzer Dienstzeit angenommen. Am 1. Januar 1934 lehnt die französische Regierung die Heeresstärke von 300.000 Mann für Deutschland ab und schlägt statt dessen vor, daß zunächst beide Staaten ihre Heere auf kurze Dienstzeit umstellen, und daß erst dann die Bewaffnung und die Stärken des Reichsheeres und des französischen Heimatheeres angeglichen werden sollten. Da der Abbau des Berufsheeres viele Jahre dauern würde, da dem Reichsheer in dieser Zeit auch keine Panzer, Flugzeuge, U-Boote und andere bisher verbotene Waffen zugestanden würden und da Frankreich bei diesem Vorschlag sein Kolonialheer nicht mit in die Rechnung einbezogen haben will, lehnt die Reichsregierung ab. Sie will nach inzwischen acht Jahren ergebnislosen Feilschens nicht noch weitere sechs Jahre hingehalten werden. So lange etwa würde die Umstellung vom Berufsheer zum Heer mit kurzer Dienstzeit dauern. Auch ein neues Angebot von deutscher Seite, die geplante Luftwaffe bei 50% der Stärke der französischen zu begrenzen, kann Paris nicht dazu bewegen, in der Heeresstärken-Frage nachzugeben[108].

[106] MGFA, DR u. 2. WK, Band 1, Seite 405
[107] MGFA, DR u. 2. WK Band 1, Seite 408
[108] Deutsches Begrenzungsangebot vom 21. Februar 1934

Am 22. März 1934 veröffentlicht die Reichsregierung ihren neuen Haushaltsplan und legt auf diese Weise offen, daß Deutschland nun auch ohne Einigung mit der französischen Regierung – wenn auch noch in Maßen – rüstet. Die Reaktion aus Frankreich läßt nicht auf sich warten. Außenminister Barthou erklärt – wie bereits erwähnt -, daß Frankreich aufhört zu verhandeln, daß es seine Sicherheit fortan auf seine eigene Stärke stützt. Die letzte Chance ist vergeben.

Im Jahr 1934 setzt sich die Heeresrüstung in Europa nach Quantität und Qualität der Truppen und der Waffen fort. Frankreich baut trotz der deutschen Garantie von Locarno seit 1930 weiter an seinem gigantischen Befestigungswerk, der sogenannten Maginot-Linie. Ansonsten bleibt das Heer bei einer Stärke von 700.000 Soldaten.

In England läuft – ebenfalls seit 1930 – die Motorisierung der Landstreitkräfte und ab 1931 der Aufbau einer Panzertruppe an. Die Masse des Wehretats geht allerdings an die englische Marine und in die Rüstung der Luftstreitkräfte.
Polen schließt zwar im Januar 1934 den Nichtangriffspakt mit Deutschland, doch es ergänzt im gleichen Jahr – wohl wegen Rußlands – die Wehrpflicht durch einen Militär-Hilfsdienst für Frauen und verstärkt so die Reserven.

Die Sowjetunion baut 1934 die Landstreitkräfte von 600.000 Mann auf 940.000 aus[109] und stellt 10 Panzerbrigaden und drei Fallschirmjägerdivisionen auf. In Deutschland erreicht das Heer derweilen bis Oktober eine Stärke von 240.000 Mann, und die geplanten 21 Infanteriedivisionen wachsen zügig auf[110].

1935

Das Jahr 1935 bringt einen weiteren Rüstungsschub, dessen Ursachen schwer an einem einzigen Ereignis festzumachen sind. Dem Jahreswechsel gehen Übergriffe von Äthiopiern gegen Italiener an der Grenze zu Italienisch Somaliland voraus, worauf die italienische Regierung im Februar 1935 ein Armeekorps gegen Äthiopien aufmarschieren läßt. Am 11. April gibt sie im POPOLO D'ITALIA bekannt, daß das italienische Heer auf 600.000 Mann vergrößert wird. Dadurch sehen die Briten ihr Protektorat Ägypten in Gefahr. Und sie befürchten, daß die italienisch-britischen Absprachen über die Abgrenzung ihrer Interessensphären in Äthiopien nicht eingehalten werden. Des weiteren fühlt sich England durch die Aktivitäten Japans in der Mandschurei berührt. Nicht minder stört man sich in England an der offensichtlichen Wiederaufrüstung im Deutschen Reich. Als Konsequenz legt Premierminister Baldwin der Regierung in London am 1. März 1935 ein umfangreiches Aufrüstungsprogramm für die drei Teilstreitkräfte vor. Wie schon erwähnt, rechtfertigt man die eigene Aufrüstung in England ab dieser Zeit mit der in Deutschland. Umgekehrt begründet man die in Deutschland mit den alarmierenden Rüstungsmaßnahmen des Auslands.

---
[109] Rassinier, Seite 87
[110] Hermann, Seite 422

Am 1. Januar 1935 verlängert die Tschechoslowakei die Allgemeine Wehrpflicht auf zwei Jahre und verstärkt damit ihr Heer. Dem folgen die Franzosen. Am 13. Januar bringt die Volksabstimmung an der Saar ein überwältigendes Ergebnis für den Wiederanschluß des Saargebietes an Deutschland. Die Nationalversammlung in Paris fürchtet den deutschen Machtzuwachs und beschließt, kaum daß das Saargebiet zurückgegeben ist, die Allgemeine Wehrpflicht auf zwei Jahre zu verlängern. Damit wird Frankreichs Heer ab 1936 automatisch um über hunderttausend Mann verstärkt. Ende Januar überschreiten die sowjetischen Streitkräfte in ihrem Aufbau die Zahl von einer Million Soldaten. Dem folgt am 1. März das soeben erwähnte Aufrüstungsprogramm der Briten. Nun kommt der nächste deutsche Schritt.

Hitler nutzt die Debatte in der französischen Nationalversammlung über die Verlängerung der Wehrpflicht, um die bislang geübte Geheimhaltung der deutschen Aufrüstung vor dem Ausland aufzugeben. Nach einem Kabinettsbeschluß am 15. März gibt er am Folgetag bekannt, daß Deutschland ein **Friedensheer von 36 Divisionen** aufstellen, eine Luftwaffe aufbauen und die Allgemeine Wehrpflicht wieder einführen wird. Als Begründung nennt er die Weigerung der Siegermächte, ihre Versprechen aus dem Versailler Vertrage einzulösen, selbst abzurüsten und statt dessen, wie nun im Fall der anderen Staaten, aufzurüsten. Aufschlußreich in dem Zusammenhang sind die Warnungen des Reichskriegsministers General von Blomberg und des Chefs der Heeresleitung General von Fritsch vor diesem Schritt. Beide raten vom übereilten Aufbau des Heeres ab und warnen, das schnelle Rüsten könnte die Siegermächte zu einem präventiven Krieg verleiten. Doch England und Frankreich lassen es mit Protesten bewenden. Nach nur drei weiteren Monaten erkennt England die Legitimität der deutschen Aufrüstung de facto an, als es zur Tagesordnung übergeht und mit Deutschland das Abkommen zur Begrenzung der deutschen Flotte schließt.

Damit ist vor aller Öffentlichkeit bekanntgegeben, daß Deutschland sein Heer in den nächsten Jahren auf eine Stärke von 36 Divisionen bringen wird. Frankreich – zum Vergleich – verfügt über 46 Divisionen und mehrere hundert nicht zugeordnete kleinere Verbände, England über 20 Divisionen einschließlich seiner Kavalleriebrigaden, Polen über 35 einschließlich Kavallerie, die Tschechoslowakei ebenfalls über 35 und die Sowjetunion steht dicht davor, ihr Planziel von 116 Divisionen zu erreichen[111].

Am 31. Mai 1935 bietet die deutsche Reichsregierung dem Ausland mit Hinweis auf die deutsch-britische Flottenabsprache noch einmal an, „in ihrer Waffenrüstung die Begrenzungen vorzunehmen, die von anderen Staaten ebenfalls übernommen werden“. Kein Staat geht auf den Vorschlag ein und alle rüsten weiter. Für die Öffentlichkeit im Deutschen Reich sind die oft wiederholten Abrü-

[111] Ploetz, Zweiter Weltkrieg, Seiten 383, 443, 337, 492

stungsangebote der eigenen Regierung auf der Grundlage der Gleichheit aller Staaten und die Vorschläge, gewisse Waffen in allen Staaten abzuschaffen, überzeugend. Die Aufrüstung bis zu 36 Divisionen und ein Jahr Wehrpflicht halten sich im Rahmen dessen, was der deutsche Bürger als zur Verteidigung erforderlich verstehen kann. Das um so mehr, als die Bekanntgabe der entsprechenden Hitler-Erklärung zu den 36 Divisionen und zur Allgemeinen Wehrpflicht den beruhigenden und trügerischen Satz enthält:

> *„In dieser Stunde erneuert die Deutsche Regierung vor dem deutschen Volk und vor der ganzen Welt die Versicherung ihrer Entschlossenheit, ... in der nationalen deutschen Rüstung kein Instrument kriegerischen Angriffs als vielmehr ausschließlich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen.“* [112]

Im **Oktober 1935** werden in Deutschland die ersten Wehrpflichtigen einberufen und 56.000 Polizisten aus den Länderpolizeien in die Reichswehr übernommen. So erhöht sich die Zahl der Heeressoldaten vom Frühjahr bis zum Herbstanfang von 280.000 auf 400.000 Soldaten und die **Zahl der Divisionen von 21 auf 29.** In Rußland steigt die Heeresstärke inzwischen auf 1,3 Millionen Mann.

Deutschland wäre auch nach der Aufstellung der 36 geplanten Friedensdivisionen in einem Fall wie 1923 gegen einen Angriff von Seiten Frankreichs nicht zu schützen. Frankreich verfügt 1935 – anders als das Deutsche Reich – über ausgebildete und ausgestattete Reserven und kann im Falle eines Krieges etwa 100 Divisionen in den Einsatz bringen[113]. Je nach Einbezug der mit Frankreich gegen Deutschland verbündeten Russen, Tschechen oder Polen können die Franzosen auf weitere 50 bis 200 alliierte Divisionen zählen. Zudem ist die deutsche Rheinland-Grenze nach dem Willen Frankreichs noch immer von deutschen Truppen frei zu halten und damit ungeschützt. So können 36 deutsche Friedensdivisionen gegen im schlimmsten Fall 300 auf der Seite Frankreichs nur eine Zwischengröße sein. Da Hitlers Angebote zur Begrenzung der Heereskräfte auch 1935 nicht verfangen, ist abzusehen, daß der Diktator und die Heeresleitung nach den jetzt geplanten 36 aktiven Divisionen sowohl weitere aktive aufstellen als auch – wie viele andere Staaten – noch einmal die gleiche Zahl Reservedivisionen schaffen werden. Generaloberst Beck, der Generalstabschef des Heeres, bezeichnet die Zahl von 72 Infanteriedivisionen als die Menge Heeresverbände, mit der Deutschland in der Lage sein würde, einen Mehrfrontenkrieg mit einiger Aussicht auf Erfolg zu führen. Die Zahl taucht in der späteren Planung wieder auf.

1936

Das Jahr 1936 ist ein Jahr weiterer, wenn auch mäßiger Zuspitzung. Im März verlegt Deutschland Truppen in das bis dahin entmilitarisierte deutsche Grenzgebiet beiderseits des Rheins. Das ist begründet, doch es empört den Nachbarn Frank-

---

[112] Völkischer Beobachter, Sondernummer vom 16. März 1935. Siehe Domarus 1. Band, Seite 495

[113] General Gamelin spricht bei einer Kabinettsbesprechung 1939 sogar von 120 franz. Divisionen. Siehe Bonnet, Seite 266

reich. Im Juli fängt der Bürgerkrieg in Spanien an. In England beginnt der Generalstab des Britischen Empire damit, Heerestruppen in den Kolonien aufzustellen. Er schafft damit für England strategische Reserven. In Frankreich setzt die 1935 beschlossene Allgemeine Wehrpflicht von zwei Jahren Dauer ein. Im August zieht Deutschland nach und verlängert gleichfalls auf zwei Jahre. Im September bewilligt Frankreich Polen umfangreiche Kredite zur Modernisierung des WafFenarsenals der polnischen Armee. Und in der Sowjetunion überschreitet das Friedensheer 1,5 Millionen Mann[114].

In Deutschland wird die Heeresplanung unter dem Eindruck der neuen Spannungen mit Frankreich noch einmal aufgestockt. Im Frühjahr 1936 erhöht der Generalstab des Heeres in Berlin das **Aufstellungssoll** an Divisionen für den Herbst 1936 von bisher **36 Divisionen auf 40.** Das sind 36 Infanteriedivisionen, 3 Panzer- und 1 Gebirgsdivision plus 1 Kavalleriebrigade. Als Friedenspersonalstärke sind dafür 793.410 Soldaten vorgesehen.

Zu jenen 40 Friedensdivisionen werden nun auch die Reserven für ein „Kriegsheer" eingeplant. Mit jedem Jahrgang, der ab 1935 seine Wehrpflicht absolviert, wächst ab 1937 der Personalbestand pro Jahr um etwa 500.000 Reservisten oder 8 Reservedivisionen[115]. Für Sicherungsverbände sind noch Reservisten aus dem Ersten Weltkrieg vorgesehen. Mit diesem Personal soll es **ab 1940** möglich sein, ein Kriegsheer von 72 Infanteriedivisionen, 3 Panzer-, 3 leichten motorisierten und 21 Sicherungsdivisionen plus 2 Gebirgs- und eine Kavalleriebrigade mobil zu machen[116]. Die Fachliteratur summiert dies üblicherweise als **102 „Divisions-Äquivalente"** auf.

Der enorme Planungsumfang für das Jahr 1940 wirkt erschreckend. Doch mit dem hier vorgesehenen Aufwuchs des deutschen Heeres auf 2,5 Millionen aktive Soldaten und Reservisten muß sich das Reich an den 5,5 Millionen aktiven und Reservisten orientieren, die Frankreichs Heer im gleichen Zeitraum zur Verfügung hat[117]. Dazu sind für den Kriegsfall nach zwei Seiten noch 1,5 Millionen Tschechen und Slowaken, 1,5 Millionen Polen und über 5 Millionen sowjetische Soldaten zu bedenken. Reichskriegsminister Feldmarschall von Blomberg, der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Fritsch, und sein Generalstabschef General Beck sind 1936 der Auffassung, daß ihr geplantes 102-Divisionen-Heer allein der Sicherung des Territoriums und der Souveränität des Deutschen Reiches dient.

Zum **Ende** des Jahres **1936** ist das Heer auf **40 aktive Divisionen plus** eine Kavalleriebrigade und die **Kader von 4 Reserve- und 21 Sicherungsdivisionen**

---

[114] Ploetz, Zweiter Weltkrieg, Seite 447
[115] MGFA, DR u. 2. WK, Band 1, Seite 443
[116] MGFA, DR u. 2. WK, Band 1, Seite 432
[117] Ploetz 2. WK, Seite 386

angewachsen[118]. Der Aufbau weiterer Reservekader bis 1940 ist geplant. Damit ist aus dem zu kurzen Dolch der Reichswehr binnen weniger Jahre ein blankes Schwert geworden. Auch wenn das deutsche Heer dem französischen zu dieser Zeit noch an Zahl der Divisionen, der Panzer und der Reservisten unterlegen ist, so wird es nun selbst zur möglichen Gefahr für alle Nachbarstaaten. Hinzu kommt, daß der Oberbefehlshaber und der Generalstabschef des Heeres seit 1936 die Auffassung vertreten, daß Deutschland im Falle, daß es von zwei Seiten angegriffen würde, den Krieg notfalls auch im Gegenangriff auf das Territorium des Aggressors tragen sollte, um eigene Grenzgebiete vor Verwüstung zu bewahren. Im Militärdeutsch spricht man hierbei von „offensiv geführter strategischer Abwehr". So wird das Heer, das allein dem Schutz des Deutschen Reiches dienen soll, ab Ende 36 fähig, selbst einzelne andere Staaten anzugreifen. Daß Adolf Hitler mit diesem Instrument der geplanten 102 aktiven und mobilgemachten Divisionen drei Jahre später einen Krieg eröffnet, der nach nur drei Tagen schon zum Weltkrieg wird, wird sich Blomberg, Fritsch und Beck erst mit der Zeit erschließen. Der erste, der von ihnen die Gefahr konkret erkennt, ist 1937 Beck.

1937-1939

In den Jahren 1937 bis 1939 wächst das zunächst mit 43 Divisionen geplante Friedensheer durch die Anschlüsse Österreichs und des Sudetenlandes auf **51 Divisionen.** Zugleich werden Kader der für den Kriegsfall vorgesehen 51 Reserve-, Landwehr- und Sicherungsdivisionen aufgestellt. Der Anschluß Österreichs im März 1938 bringt 6 aktive Divisionen aus dem Bundesheer in die geplanten 102 Großverbände ein[119]. Die Überführung des Sudetenlandes mit 3 Millionen Deutschen in das Reichsgebiet im Oktober 38 ermöglicht die Aufstellung zweier weiterer aktiver Heeresdivisionen. Die völkerrechtswidrige Annexion der Rest-Tschechei im April 1939 verstärkt das Arsenal des Heeres zusätzlich um Waffen, Munition und Rüstungsindustrie. Aus der aufgelösten tschechischen Armee übernimmt das deutsche Heer Gerätereserven für 15 Infanteriedivisionen und die Ausstattung für 3 aktive Wehrmachtspanzerdivisionen[120]. Doch dieser Zugewinn hat einen hohen Preis. Die Annexion der Rest-Tschechei zerstört den letzten Rest Vertrauen, den man in England noch zu Hitler hat. So steht dem Zugewinn entgegen, daß sich Großbritannien von nun an auch auf einen Landkrieg gegen Deutschland vorbereitet. Nach dem deutschen Einmarsch in die Tschechei führt man in England die Allgemeine Wehrpflicht wieder ein. Schon bei Abschluß des Münchner Abkommens sechs Monate zuvor hatte das englische Heer damit begonnen, 19 neue Divisionen aufzustellen[121]. Ansonsten kann England bei den eigenen Heereskräften sparen, weil ihm im Fall des Krieges auch die Truppen der Dominions zur Verfügung stehen, wie Frankreich seine Truppen aus den

[118] Hermann, Seite 435
[119] MGFA, DR u. 2. WK, Band 1, Seite 443
[120] MGFA, DR u. 2. WK, Band 1, Seite 444
[121] Rassinier, Seite 214

Kolonien. So werden bald nach Kriegsbeginn Heeres-Divisionen aus Kanada, Indien, Australien, Neuseeland und Südafrika auf Englands Seite kämpfen.

Fazit

Der rasante Aufbau des 102-Divisionen-Heeres läßt sich in zwei Phasen unterteilen. Zuerst entsteht bis 1936 unter dem enormen Rüstungsvorsprung aller Nachbarländer und bei dem Eindruck der Bedrohung, die die französisch-belgisch-polnisch-tschechische Umklammerung im deutschen Volk erweckt, ein aktives Heer mit 40 Divisionen, das in der Lage ist, das Reich mit einiger Aussicht auf Erfolg zu schützen. Ab 1937 wird das aktive Heer in den drei Jahren bis zum Krieg nur noch durch 5 weitere deutsche und sudetendeutsche sowie die erwähnten 6 österreichischen Divisionen aufgestockt. Jedoch daneben entsteht – von der deutschen Öffentlichkeit fast unbemerkt – ein genauso großes Reserveheer mit 51 Landwehr-, Sicherungs-, Ersatz- und Reserve-Infanteriedivisionen[122].

Mit einer Streitmacht von 51 aktiven Divisionen und 51 weiteren, wenn sie voll ausgerüstet und mobilgemacht sind, hat Deutschland eine Angriffsfähigkeit erlangt, der kein Nachbarstaat – ausgenommen Frankreich – widerstehen kann. In Deutschland wird der Spitzengeneralität erst bei der schon zitierten Rede Hitlers im November 1937 klar, daß der Diktator von sich aus anstrebt, ab etwa 1943 um Landerwerb im Osten Krieg zu führen. Hitler spricht bei der Gelegenheit allerdings nur von Österreich und von der Tschechei. Der Bevölkerung, dem Offizierkorps und der Masse der Soldaten bleibt das bis in den Krieg hinein verborgen. Die Illusion vom Friedenswillen der Regierung nährt sich in Deutschland aus einer Vielzahl von „Informationen“ und Gefühlen. Dazu gehören die häufigen Friedensbeteuerungen des „Führers“ und dessen anfängliche Zurückhaltung gegenüber Polens himmelschreiender Minderheitenpolitik. Dazu gehören genauso der Respekt vor der Militärmacht Frankreich und die schrecklichen Erinnerungen an den gerade 20 Jahre vergangenen Ersten Weltkrieg. Dazu zählt sicherlich auch die Geheimhaltung um das schnell wachsende Reserveheer. Und dazu gehört nicht zuletzt die Zufriedenheit über den nun wieder steigenden Wohlstand im eigenen Land. Den durch einen neuen Krieg aufs Spiel zu setzen, ist die Bevölkerung von sich aus nicht gewillt.

Im Jahre 1938 wird das Heer der Wehrmacht als Schutz für Deutschland und als Gefahr für fremde Staaten jedoch ambivalent. Es kann je nach Außenpolitik der Reichsregierung beiden Zwecken dienen. Ab hier sind Brauch und Mißbrauch möglich. Die Heeresführung denkt an den Schutz des Reichs und hofft, daß der Diktator den „Rubikon“[123] trotz seiner Andeutungen nicht überschreiten wird. Sie hält die 1938-39 erreichten 102 Divisionen angesichts der Heeresstärken der Nachbarstaaten nach wie vor für angemessen. Schon 1925, als die Nachbarn lan-

[122] Herrmann, Seite 435
[123] Mit dem Überschreiten des Flusses Rubico bricht Caesar im Jahre 49 v.Chr. von Gallien kommend mit seinen Truppen in Italien ein, um die Herrschaft in Rom zu übernehmen.

ge nicht so hoch gerüstet waren, hatte das Truppenamt die Zahl von 104 Divisionen als für den sicheren Schutz des Reichs erforderlich gehalten.

Im Jahre 1939 treibt der Konflikt zwischen Deutschland einerseits und Polen, England und Frankreich andererseits auf eine Katastrophe zu. Bei Kriegsbeginn stehen etwa 100 deutschen aktiven und Reservedivisionen circa 100 französische, 47 polnische und 20 englische gegenüber. Die Sowjetunion mit inzwischen etwa 220 Divisionen verläßt eine Woche, bevor der Krieg ausbricht, das Lager der Briten, Polen und Franzosen.

Deutsche Heeresplanungen bis 1938

Jahre und Titel der Pläne	Divisionen + Brigaden		Planungs-horizont
	im Frieden	Gesamtzahl für den Krieg	
1928 Okt. 1. Rüstungsplan	10	16	1932
1930 April Aufgaben der Wehrmacht	10	21	1938
1932 Dez. Dezemberplan	21	63	1938
1935 März Denkschrift Truppenamt	36	69	1938
1936 Juni	43 + 1	99 + 3	1941
1938	50 + 1	99 + 3	1943

Schuld und Mitschuld

Der internationale Rüstungswettlauf ab dem Jahre 33, der 1939 zu Deutschlands Sieg in Polen führt, scheint vom Ergebnis her betrachtet für die Deutschen nur dem Ziel gedient zu haben, einen Eroberungskrieg zu führen, und für die Gegner-Alliierten nur dem Ziel, das zu verhindern. Doch der Beginn der Schnellaufrüstung nach dem Ersten Weltkrieg liegt außerhalb der deutschen Sphäre. Er findet sich im Rüsten der Amerikaner, Briten, Sowjets und Japaner und in dem Vorsprung, den sich die Franzosen mit ihrem Heer, den Luftstreitkräften und der Flotte auf dem Kontinent und im westlichen Mittelmeer erhalten wollen. Die genannten Mächte folgen ihrer Verpflichtung aus dem Vertrage von Versailles nicht, selbst abzurüsten. Sie brechen den Vertrag, bevor das Deutsche Reich sich aus ihm löst. Sie öffnen selbst die Tore, durch die sich später Deutschland seinerseits den Rüstungsbegrenzungen des Vertrags entzieht.

Die **USA** sind nach dem Ersten Weltkrieg von keinem anderen Staat bedroht. Sie rüsten ihre Flotte mit einem Tempo auf, das auch noch 1933 und 1934 nicht mit Hitlers Außenpolitik begründet werden kann. Es geht Roosevelt ganz augenscheinlich zunächst um Arbeitsplätze und um Machtausdehnung im Pazifik. Die US-Regierung braucht 1933 Beschäftigung für über 12 Millionen arbeitslose Menschen. Der zweite Grund ist Japans Konkurrenz und Einfluß auf den Märkten in Ostasien. Daß es dem Präsidenten – wie er später vorgibt – um den Schutz von Demokratie und Menschenrechten in der Welt geht, ist angesichts der im eigenen Land geübten Rassendiskriminierung von Schwarzen und Indianern und bei der späteren Allianz mit der menschenverachtenden Diktatur in Rußland nicht zu unterstellen. Präsident Roosevelt ist offensichtlich 1933 schon entschlossen, die Macht der USA mit Krieg und Waffen durchzusetzen, wenn und wo das nötig werden sollte.

Auch **England** rüstet zu Beginn der 30er Jahre seine See- und Luftstreitkräfte wieder auf, ehe in Deutschland die Regierung wechselt. Zu der Zeit können die Briten lediglich die Bomberflotte der Franzosen fürchten und den Anspruch der Japaner auf die Vorherrschaft im West- und Südpazifik. Weder Deutschland noch Italien sind bis dahin auf den Plan getreten. Die Forderung der Chefs der Teilstreitkräfte nach weiteren Rüstungsgeldern bereits Ende 1933 ist weder durch eine schon sichtbare deutsche Wiederaufrüstung noch durch deutsche Gebietsansprüche zu begründen. Der Ursprung ihrer Angst vor Deutschland ist wohl mehr die dumpfe Ahnung, daß das Deutsche Reich eines nicht so fernen Tages wieder stärkste Macht des Festlands werden könnte, und daß es dann die koloniale Beute Englands von 1919 zurückverlangen würde. Die Briten sind jedoch entschlossen, ihre Fremdherrschaft über Hongkong, Singapur und die Inselgruppen im Südpazifik nicht an Japan abzutreten und keine neue deutsche Konkurrenz zu dulden. So setzen sie ihre schon laufende Aufrüstung ab 1933 mit veränderter Begründung fort und verstärken sie ab 1935. Die Briten sind bereit, notfalls um ihre Herrschaft in den Kolonien und gegen eine neue erste Festlandsmacht Europas Krieg zu führen. Ihr Mutterland ist nicht bedroht.

Frankreichs Rüstung zwischen beiden Kriegen ist überwiegend mittelbar und defensiv. Seine Sorgen gelten Deutschland und Italien. Die Italiener fordern Gebiete in Savoyen, im Mittelmeer und in Nordafrika. Die Deutschen fordern bis 1940 nichts von Frankreich außer ihrer Gleichberechtigung. Doch auch die ist aus der Perspektive der Franzosen mit der Sicherheit des eigenen Landes unvereinbar. In Frankreich ist es schier undenkbar, daß die Deutschen auf Dauer darauf verzichten werden, die deutschsprachigen Elsässer und die Lothringer, soweit auch sie das sind, mit einem neuen Krieg zurückzuholen. So ist die Angst vor Deutschland ein Stück des Fundaments der Außen-, Sicherheits- und Rüstungspolitik von Frankreich; und das trotz aller Verzichtserklärungen von Stresemann bis Hitler.

So rüsten die Franzosen zur Bestandserhaltung. Der Flottenbau dient in erster Linie der Sicherheit vor dem Nachbarland Italien, der Bau der Maginot-Linie dem Schutz vor einem Angriff Deutschlands. Doch – das sei erinnert – der Bau der Maginot-Befestigung beginnt schon 1930, als Frankreich über 45 Friedensdivisionen und Deutschland über 10 verfugt.

Das mittelbare Rüsten der Franzosen besteht darin, Polen und die Tschechoslowakei mit Krediten und Beratern für die Aufrüstung ihrer Armeen in Deutschlands Rücken zu versorgen und Deutschlands Gleichberechtigung zu torpedieren, so lange dieses geht.

Die Wiederaufrüstung der **Sowjetunion** beginnt etwa 1930. Die Staatsführung hat dazu eine ganze Anzahl Gründe. Der erste liegt in der Erfahrung der letzten 13 Jahre. 1918 intervenieren amerikanische, britische, französische und japanische Truppen im russischen Bürgerkrieg. Amerikaner, Engländer und Franzosen erobern 1918 erst Murmansk, dann Archangelsk, führen einen unerklärten Krieg, um „frühere Lieferungen von Munition und Versorgungsgütern an das zaristische Rußland zurückzuholen“[124] und verlassen die Sowjetunion erst nach knapp zwei Jahren. In Sibirien sind es Amerikaner und Japaner, die dort zwischen 1917 und 1922 im Bürgerkrieg mitmischen. Auch die Niederlage des großen Rußlands gegen das kleine Polen von 1919 und 1920 ist noch nicht vergessen. So braucht die Sowjetunion als Land mit langen Grenzen und riesigen Entfernungen eine entsprechend große Streitmacht.

Der zweite Grund ist Rußlands Bolschewismus. Die Ideologie der Sowjets ist selber expansiv und für viele Menschen in Europa, Amerika und Asien attraktiv. Sie ist damit einerseits für fremde Staaten eine schleichende Gefahr und andererseits das Ziel des Argwohns der Demokratien Amerika und England und des Mißtrauens des nationalsozialistischen Deutschlands. So muß die sowjetische Regierung fürchten, daß England, Amerika und Deutschland sich selbst, Europa und die Welt vor ihrem Bolschewismus schützen wollen und es dazu eines Tages überfallen. Ein gleiches Schicksal war schon dem revolutionären Frankreich 1791 widerfahren, als sich Habsburg, Preußen und Piemont verbündeten, um die Monarchie in Frankreich wieder einzuführen. So rüstet Rußland 1930 mit großer Eile die Land- und Luftstreitkräfte wieder auf und seit 1936 auch die Flotte.

Daß die Streitkräfte der Sowjetunion nicht nur dem Schutz des Landes und des Kommunismus dienen, erweist sich für das Ausland erst mit dem Einfall russischer Truppen 1939 in Polen, kurz darauf in Finnland und mit dem Angriffsaufmarsch 1941 gegen Deutschland.

In **Deutschland** beginnt der reale Wiederaufbau einer Wehrmacht erst 1933. Die Regierungen des Deutschen Reichs bis 1932 sind, was das eigene Militär betrifft, bestrebt, die volle Wehrhoheit im eigenen Lande wiederzuerlangen und die

[124] Dupuy and Dupuy, Seite 1000

Fähigkeit, sich militärisch selbst zu schützen, wieder aufzubauen. Die Generalität der Reichswehr und der Wehrmacht sieht ihre erste Aufgabe naturgemäß darin, zu den zwei Zielen nach besten Kräften beizutragen. Sie bauen erst geheim, dann noch getarnt und ab 1935 offen Heer, Luftwaffe und Marine zum Schutz des Reiches wieder auf. Der Bruch des Vertrages von Versailles und die damit verbundenen Verstöße gegen das Reichsgesetz mit gleichem Text stören die Reichsregierung und die Reichswehrführung dabei nicht. Zu oft dafür haben die Siegerstaaten vorher die Zusagen in den Wilson-Noten und den Versailler Vertragstext selbst nicht eingehalten und gebrochen.

Das Netzwerk von Militärverträgen, mit dem Frankreich ab 1920 das Deutsche Reich in eine Zange nimmt, frischt das Zweifrontendenken des Militärs in Deutschland wieder auf. Selbst der Vertrag von Locarno mit Deutschlands Garantie für Frankreichs Grenzen und dem Verzicht auf das früher deutsche Elsaß-Lothringen vermag das von Frankreich eng geknüpfte Netz nicht aufzulösen. So orientieren sich die Reichswehr- und die Wehrmachtführung mit ihren Aufbauzielen für Land-, Luft- und Seestreitkräfte an den Stärken Frankreichs. Die Reichsmarine soll dabei Abstand zu den Briten halten, die Hitler bis 1937-38 eher als potentielle Partner denn als Gegner sieht. Erst 1938, als eine Partnerschaft mit England nicht zu haben ist und London deutlich werden läßt, daß es in einem Krieg der Zukunft wie 1914 auf der Seite Frankreichs stehen würde, wird auch die Planung für die deutsche Kriegsmarine den Erfordernissen eines Kriegs mit England angepaßt.

Ab November 1937 können Deutschlands Spitzengenerale wissen, daß Hitler diese große Streitmacht nicht allein zum Schutz des Reiches nutzen will. Er spricht hier vom Anschluß Österreichs und der Annexion der Tschechei. Die Warnungen und Widersprüche der Spitzengenerale seit dieser Konferenz mit Hitler entbinden sie nicht von ihrer Mitverantwortung für den späteren Mißbrauch, den Hitler letzten Endes mit der Wehrmacht treibt. Den Boden für all das haben andere bereitet. Die Siegermächte des Ersten Weltkrieges haben – vielleicht ohne das Ergebnis so zu wollen – Bedingungen für das geschlagene Deutsche Reich geschaffen, die einer Sackgasse sehr ähnlich sind. Sie haben es versäumt, den von den Deutschen als Rache- und Sühne-Vertrag empfundenen Versailler Vertrag zeitgerecht durch eine auf Dauer für Deutschland akzeptable Friedensordnung abzulösen. Sie haben den Völkerbund mißbraucht, um Deutschlands Wehrunfähigkeit zu zementieren, statt ihn – wie gedacht – als Forum für eine allgemeine Abrüstung in Europa zu gebrauchen. Sie haben durch ihre für Friedenszeiten unangemessen hohe eigene Rüstung das Bedürfnis nach entsprechend starken Kräften bei den Deutschen hochgeschraubt.

Die Siegermächte aus dem Ersten Weltkrieg sind auf Hitlers anfängliche Angebote, Rüstungsbegrenzungsabkommen abzuschließen, nicht eingegangen und haben damit alle Chancen, das Rüstungstempo im Deutschen Reich zu mäßigen, leichtfertig ausgeschlagen. Das von Hitler vorgeschlagene Deutsch-Britische

Flottenabkommen zeigt, daß man erfolgreich auch anders hätte handeln können. Die ab 1932 betriebene und ab 1938 überzogene Wiederaufrüstung der Wehrmacht wäre ohne dieses Auslandsumfeld so kaum Wirklichkeit geworden. Immerhin hat die deutsche Reichsregierung zwischen dem Februar 1932 und dem Mai 1935 den Siegermächten sechsmal Angebote unterbreitet, gemeinsam und im Einvernehmen auf Angriffswaffen zu verzichten, den Bombenkrieg zu ächten, Luftstreitkräfte abzuschaffen, die Zahl der Schiffe, der Panzer und der schweren Artilleriegeschütze festzulegen und die deutsche Luftwaffe auf 50% der französischen zu begrenzen und die deutsche Flotte auf 35% der britischen. Auch wenn man Zweifel haben kann, daß Hitler seine Angebote und dementsprechende Verträge später eingehalten hätte, so zeigt der ganze Vorgang doch, daß die Siegermächte nicht das geringste Interesse daran hatten, die eigene Rüstung einzuschränken, und das zu einer Zeit, als Deutschland ihnen noch keinen Grund zu einer „Gegenrüstung" gab. Selbst im Deutsch-Britischen Flottenabkommen hat sich nur Deutschland Fesseln angelegt. England durfte rüsten wie es wollte.

TEIL 4

HITLERS KRIEGSANKÜNDIGUNGEN BIS 1939

HITLERS KRIEGSANKÜNDIGUNGEN BIS 1939

Neben der Wiederaufrüstung der Wehrmacht müßte sich auch aus Hitlers vielen Reden ein Indiz für die Mitwisserschaft und Schuld des deutschen Volks und Militärs an der Vorbereitung und der Auslösung des Zweiten Weltkrieges 1939 ergeben. Der Diktator wirbt in Hunderten von Interviews und Reden für seine Weltanschauung und die Politik, die er betreibt. Bis zum Kriege bemüht sich Hitler um die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zu allem, was er tut. Doch wer heute die Schriften, Interviews und Reden Hitlers liest, wird eine verblüffende Erfahrung machen. Er entdeckt die zwei Seiten ein und des selben Politikers. Er findet den, der öffentlich all' die Jahre nur von Frieden redet, und den, der in geschlossenen Kreisen und geheimen Ansprachen sehr wohl erkennen läßt, daß er bereit ist, Kriege zu riskieren und sogar Kriege selber zu beginnen.

Der trügerische Schlüssel zu Hitlers „Langzeitplan"

Hitlers Reden könnten Antwort auf zwei Fragen geben. Die erste ist die nach dem, was Hitler wirklich wollte. Was dabei von besonderer Bedeutung ist, ist **wann** welche Pläne bei ihm reiften. Es kann durchaus sein, daß dabei zwischen reif und spruchreif Unterschiede liegen. Das letztere, wann Hitler was für spruchreif hält, führt geradewegs zur zweiten Frage: Wann hat die deutsche Öffentlichkeit im allgemeinen und wann die Wehrmacht im besonderen erfahren, was die wahren Absichten des „Führers" sind.

Die vorherrschende Auffassung der deutschen Zeitgeschichtler ist, daß Hitler seine Pläne als geschlossenes Gedankengebäude lange vor der Machtergreifung 1933 faßt, und daß er den gesamten Weltkrieg nach einem früh entworfenen „Langzeitplan" geführt hat. Dagegen sprechen viele Fakten. Hitlers Reden allerdings vermitteln oft den Anschein, daß es so gewesen sei. Dies hat wohl zwei Gründe. Zum einen interpretiert Hitler selbst das, was geschehen ist, gern im nachhinein als Erfüllung seines bisherigen Wollens und als Absicht, die er schon immer hatte. Zum anderen gibt der Verlauf des Krieges mancher frühen Hitler-Äußerung und mancher Rede nachträglich die Bedeutung, die man ihr aus heutiger Sicht auch durchaus unterstellen kann.

Wer Hitlers Buch „Mein Kampf und seine Reden chronologisch liest, stellt fest, daß der Diktator – nicht anders als zu erwarten – seine Auffassungen immer wieder dem damaligen Wandel der Weltereignisse anpaßt. Damit ändern sich im Laufe der Jahre auch seine Vorlieben und Abneigungen für und gegen unsere

Nachbarländer. So steigen England, Frankreich, die Sowjetunion und Polen in seiner Gunst und seinem Haß wechselweise auf und ab. Auch das relativiert die heute oft gehörte Meinung, man hätte alles, so wie es gekommen ist, von Anfang an durchschauen können.

Des weiteren bewegt sich Hitler über lange Phasen seiner Zeit in einer Vorstellungswelt, die man als nebulös oder auch als visionär bezeichnen kann. Die Nachkriegsgeschichtsschreibung deutet diesen Nebel oder diese Visionen meist von Ausgang des Geschehens her. Sie „stellt dabei fest", was Hitler mit dieser oder jener Redewendung gemeint und angekündigt hat. Doch was vom Ende des Geschehens her plausibel scheint, muß nicht in jedem Falle richtig sein. Hitler hätte seine oft nur nebulösen Vorstellungen bei anderem Verlauf der späteren Ereignisse durchaus auch in ganz anderer Weise in die Tat umsetzen können. Diese Erkenntnis ist sehr wichtig, wenn man aus Kenntnis des bösen Endes von 1945 den Schluß zu ziehen wagt, daß die Leser oder Hörer der Hitler-Schriften oder -Reden schon Jahre vorher hätten sehen müssen, wohin die Dinge treiben.

Als Hitler 1938 Österreich an das Deutsche Reich anschließt, ist es Dr. Schuschniggs Handstreich mit der unkorrekten „Überraschungs-Volksabstimmung", die den deutschen Einmarsch auslöst und keine Langzeitplanung des Diktators. Vor dem Angriff gegen Polen 1939 spricht Hitler vor den Generalen mehrmals davon, daß er erst für die Jahre 1943/44 mit einem neuen Kriege rechnet. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in das Nachbarland weiß er dann nicht, was er mit dem eroberten Polen anfangen soll. Der Heeresverbindungsoffizier von Vormann im „Führerbegleitkommando" schildert Hitlers Ratlosigkeit in dieser Frage zu einem Zeitpunkt, da Polen schon fast ganz in deutscher Hand ist[1]. Das läßt nicht vermuten, daß Hitler Polen als Gebietserweiterung in einer Langzeitplanung je auf der Agenda hatte.

Desgleichen sind die Kriege gegen Großbritannien und Frankreich schon im Jahre 1940 alles andere als Hitlers Absicht oder Planung. Auch die Ausweitung des Krieges nach Norwegen im hohen Norden und auf den Balkan und nach Libyen im tiefen Süden verdankt Hitler eher den Strategien der Engländer und Italiener als einem eigenen Plan. Selbst wenn Hitler einen Langzeitplan entwickelt haben sollte, ist der Krieg nicht nach ihm abgelaufen. Damit sind zwei Fragen offen. Die erste ist, ob der „Führer" seine Strategie den deutschen Bürgern und dem deutschen Militär eröffnet hat. Die zweite ist, ob die deutschen Bürger und Soldaten die Katastrophe des Krieges von 1939 bis 1945 vor Beginn des Krieges gegen Polen hätten kommen sehen müssen.

---

[1] v. Vormann, Seite 14

Hitlers Buch „Mein Kampf“

Die ersten Rückbezüge der Hitler-Deutung greifen stets auf sein Buch „Mein Kampf zurück. Da beschreibt der 34 Jahre alte Hitler sein Weltbild und Programm, wie er es 1924 sieht. Das Buch reflektiert viele der Probleme Deutschlands zu jener turbulenten Zeit. Es ist antisemitisch und zu Teilen aggressiv. Doch ab etwa 1930 erklärt Hitler selbst, daß er dieses Buch unter den ganz konkreten Zeitumständen der frühen 20er Jahre zu Papier gebracht hat. 1923 wird Deutschland von einer totalen Geldentwertung heimgesucht, und 1921 und 1923 besetzen französische und belgische Truppen mitten in einem Frieden, der offensichtlich keiner ist, erst Frankfurt, dann Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und dann das ganze Ruhrgebiet. Ab 1930 versichert Hitler, als er in der Politik Gewicht bekommt, mehrfach in seinen Briefen und Reden, daß sein Buch „Mein Kampf unter dem überwältigenden Eindruck jener Ereignisse entstanden ist, und daß er nun keine Auseinandersetzungen mehr mit Frankreich wünscht.

Die Verlockung, dies zu glauben, muß man den Deutschen 1933 so zugute halten, wie man es sich heute selber zugesteht, auf die späte Mäßigung und Reife früher radikal gewesener Politiker zu setzen. Theodor Heuss, der erste deutsche Nachkriegs-Bundespräsident, schreibt 1931 das Buch „Hitlers Weg“. 1968 wird dieses Heuss-Buch über Hitler mit einem Vorwort des Historikers Prof. Jäckel neu herausgegeben. Er schreibt:

> *„Seit dem September 1930 war Hitler nicht nur im Ton maßvoller. Auch in der Sache sprach er anders. Eine Regierungsübernahme oder doch -beteiligung schien in den Bereich des Möglichen gerückt, und aus Hitlers Reden verschwanden fast von einem Tag auf den anderen vor allem die Kriegs- und Eroberungspläne. ... Wer mochte „Mein Kampf“ und die früheren Reden wörtlich nehmen, nachdem Hitler das selbst desavouierte? Ganz abgesehen davon, daß es zu wahnsinnig erschien, als daß man es vorher hätte ernst nehmen können.“* [2]

Kurze Zeit nach Hitlers Amtsantritt bringt der deutsche Botschafter in Oslo Ernst von Weizsäcker den gleichen Gedanken zu „Mein Kampf in einem Brief nach Deutschland zu Papier:

> *„Man wird ja aus Büchern doch nicht klug. Ich las jetzt das etwas veraltete Buch von Hitler „Mein Kampf“. Am meisten Eindruck macht mir zu Beginn die Warmherzigkeit gegenüber dem sozialen Elend. Das ist kein Reaktionär! Unserein muß die neue Ära stützen. Denn was käme denn nach ihr, wenn sie versagte. Natürlich muß man ihr auch mit Erfahrung, Auslandskenntnis und allgemeiner Lebensweisheit beiseite stehen.“* [3]

So vermittelt Hitler dem deutschen Hörer oder Leser 1930 oder 33 nicht den Eindruck, daß er Deutschland eines nicht so fernen Tages in den Krieg führt.

---

[2] Heuss, Seite XXXVI
[3] v. Weizsäcker-Papiere, Seite 70

Der Offenbarungswert der Hitler-Reden

Historiker und Leser von heute sind geneigt, ihr Wissen vom Dritten Reich und von dessen schlimmem Ende aus Hitlers frühen Reden „herauszuhören". Doch der Hörer von 1930 oder 1934 hat den Kenntnisstand von 1950 oder 1960 nicht gehabt. Es fehlen ihm zur Zeit der Reden die vielen Assoziationen, die den Nachkriegshörern oder Lesern dieser Reden automatisch kommen.

Dieses Phänomen hat auch das Theodor-Heuss-Archiv beschäftigt, als es 1968 daran geht, das Buch des inzwischen Altbundespräsidenten Heuss „Hitlers Weg" aus dem Jahre 1932 neu herauszugeben. Heuss, damals für die Deutsche Demokratische Partei als Abgeordneter im Reichstag, beschreibt Hitlers Laufbahn und Programm. Er kritisiert beides analytisch sauber, doch ohne jedes bißchen Schärfe und Polemik. Das ist dem Heuss-Archiv nach dem Kriege offensichtlich so peinlich und verdachterregend, daß es einen renommierten Historiker beauftragt, die Neuauflage mit einem Vorwort und mit Erklärungshilfen zu versehen. Professor Jäckel, der das Vorwort schreibt, fordert die Leser dieses Heuss-Buches von 1932 über Hitler und die NSDAP auf, „zwei gedankliche Operationen zu vollziehen", wenn sie sich vor schnellen Fehlurteilen hüten wollen. Anders – so Jäckel – sei das Buch als historische Quelle nicht zu verstehen. Dem Leser rät er:

> *„Er muß für eine gewisse Zeit alle seine Kenntnisse der späteren Dinge aus dem Gedächtnis verbannen, sich in die damalige Zeit versetzen, und er muß sich die Umstände und die Umgebung des Autors zu jener Zeit vor Augen führen. ...Im Herbst 1931 war all das, was wir heute wissen – Machtergreifung, Herrschaft, Verbrechen, Krieg und Ende des Nationalsozialismus – noch unbekannte, ungeahnte, ja unvorstellbare Zukunft."* [4]

Diese Perspektive der frühen 30er Jahre muß man heute jenen Menschen zugestehen, die Hitler zu der Zeit gehört und gelesen haben. Altbundespräsident Heuss versetzt sich selber später zurück in seine Lage von 1931, wenn er darüber schreibt:

> *„Mein Vater hat mir eine Erziehung bürgerlicher Anständigkeit gegeben, in der das Verbrechen als aktuelle Form des öffentlichen Lebens nicht vorkam. Unsere Phantasie, auch wenn wir einige Übersicht über Greuel als historische Geschehen besaßen, reichte nicht so weit, das Verbrechen als institutionelle Form staatlichen Wirkens einzusetzen."* [5]

Gleiches kann man wohl der ganzen politischen und militärischen Elite Deutschlands in den frühen 30er Jahren unterstellen.

Das Gebot, den Menschen jener Zeit kein späteres Wissen anzulasten, wird heute in aller Regel nicht beachtet. Dabei geht es häufig um hitlersche Zitate, deren schlimmer Sinn erst später offenkundig wird. Wie oft liest man zum Beispiel, daß Hitler

[4] Heuss, Seite XXXIII
[5] Heuss, Seite XXXI

in dieser oder jener ganz bestimmten Rede schon 1933 oder wann auch immer vom Lebensraum des deutschen Volkes spricht. Der heutige Leser denkt dabei sofort an „Lebensraum im Osten“ und glaubt bei der Erwähnung des Zitats, daß Hitler so früh bereits von seinen Eroberungsplänen in Polen oder der Ukraine spricht. Wenn man die Reden dann jedoch im Originaltext liest, steht dort oft sinngemäß:

> *„Deutschlands Lebensraum ist zu eng. Die Deutschen müssen deshalb intelligenter, fleißiger und produktiver sein als andere Völker.“*

Wer sollte dabei damals Schlimmes denken? Viele Historiker zitieren nur das Reizwort „Lebensraum“ und schaffen damit Assoziationen, die die Deutschen in den 30er Jahren noch nicht hatten haben können. Ein anderes Reizwort, das aus dem Zusammenhang gerissen, oft mißbraucht wird, ist der „Vernichtungskrieg“. Wer beurteilen will, was deutsche Bürger und Soldaten 1933 oder 1939 wissen konnten, muß die Hitler Reden in ihrer ganzen Länge lesen, und er muß vergessen, was er vom weiteren Ablauf der Geschichte weiß.

Der Offenbarungswert der Hitler-Reden in den 30er Jahren wird auch durch den Diktator selbst gemindert. Hitler weiß offensichtlich zu verschweigen, was das Volk nicht hinnehmen würde. Ganz augenfällig trifft das auch auf den späteren Mord an Millionen von Juden zu. Der Archivar der Hitler-Reden Dr. Max Domarus resümiert zu diesem Thema:

> *„In seinen öffentlichen und privaten Ansprachen hat Hitler nicht direkt verkündet, er wolle alle Juden vergasen oder sie auf andere Weise vom Leben zum Tode befördern. Selbst im Krieg, als seine Vernichtungsmaschinerie auf vollen Touren lief, beschränkte er sich in seinen Reden auf dunkle Andeutungen und Drohungen. Er wußte nur zu genau, daß ein derartiges Vernichtungsprogramm bei der Masse des Volkes und selbst der Mehrzahl seiner Parteigenossen auf Ablehnung stoßen würde.“* [6]

Ein weiterer Faktor, der den Offenbarungswert der Hitler-Reden mindert, ist seine Angewohnheit, die Menschen, wenn es ihm geboten scheint, zu täuschen. Auf einem Presseempfang am 10. November 1938 in München legt Hitler dies selbst als eines seiner zweifelhaften Führungsmittel offen, als er sagt:

> *„... Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war..., daß eine solche jahrzehntelang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat, denn es kann nur zu leicht dazu führen, daß sich ... die Auffassung festsetzt, daß das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluß und dem Willen, einen Frieden unter allen Umständen zu bewahren.“* [7]

---

[6] Domarus, Band 2, Seite 25
[7] Domarus, Band 1, Seite 974

Hier demontiert sich Hitler selbst, indem er seine Unehrlichkeit zugibt. Und er entwertet alle seine Friedensreden.

Die hierbei vor den Presseleuten erwähnten „nächsten Schritte“ sind die Angliederung Österreichs und des Sudetenlands gewesen. So läßt auch diese Rede zu der Zeit nicht zwingend darauf schließen, daß Hitler von sich aus einen Krieg eröffnen wird. Vielmehr können Presse und Öffentlichkeit daraus die Hoffnung nähren, daß Hitlers Methode der harten Haltung und der zähen Verhandlung die Revision der letzten noch offenen Ungerechtigkeiten von Versailles durchsetzt, was den 16 Reichsregierungen vor 1933 nicht gelungen ist.

Doch Hitler läßt nun schon erkennen, daß er notfalls weitergeht, um die Zwänge von Versailles aufzuheben. Er sagt in gleicher Rede vor der Presse:

> *„Das heißt also, bestimmte Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst wird: wenn man dies eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß man es mit Gewalt abstellen; so kann es auf keinen Fall weitergehen. ...“*

Verhängnisvoll ist Hitlers Eingeständnis, daß er täuscht und noch verhängnisvoller sein Bekenntnis, daß er bereit ist, wegen der noch immer nicht bereinigten Versailler Schäden notfalls einen Krieg zu führen. Von weiteren Kriegsabsichten ist hier keine Rede. Den Presseleuten bleibt die Hoffnung, daß sich die noch offenen Versailler Probleme, das Memelland und die Bevölkerung von Danzig heim ins Reich zu holen, mit Hitlers harter Tour auch ohne Kriege lösen lassen. Die deutsche Öffentlichkeit wird von der Rede ohnehin nichts hören. Sie bleibt geheim.

Hitlers Friedensbeteuerungen

Der „Führer“ bemüht sich, sich den deutschen Bürgern als Mann des Friedens darzustellen. Der Erste Weltkrieg und die Not danach sind 1933 gerade 15 Jahre und weniger vergangen. So spricht Hitler mit allen Bezügen zu Krieg, Versailles, Not, Vertreibung und Unnachgiebigkeit des Auslands die Lebenserfahrungen und die Gefühle an, die die Leute zu der Zeit bewegen. Des weiteren dient ihm das Ausland selbst als bester Stichwortgeber.

In Versailles war vereinbart worden, den Frieden in Europa auf Dauer durch eine Abrüstung der Heere, Luft- und Seestreitkräfte aller Staaten sicherer zu machen. Doch allein Deutschland, Österreich und Ungarn rüsten ab, und alle anderen Staaten halten ihre vertraglichen Verpflichtungen, die sie in Versailles eingegangen sind, nicht ein. Schon die Reichskanzler vor Adolf Hitler hatten die Einhaltung dieser Abrüstungszusagen bei den Franzosen, Briten, Italienern, Polen und so weiter angemahnt und – wenn das nicht erfolge – das Recht gefordert, die

Reichswehr in begrenztem Maße wieder aufzurüsten. Hitler setzt diese Forderungen fort und pocht in öffentlichen Reden auf die Erfüllung des Vertrages von Versailles auch durch die Siegerstaaten.

Hitler bietet wiederholte Male Verhandlungen zu diesem Thema in Rundfunk- oder Reichstagsreden an. Er schlägt die Ächtung des Bombenkrieges vor. Er bietet die Begrenzung der Zahlen und Größen von Schlachtschiffen, Panzern und schwerer Artillerie an. Doch jede von ihm vorgeschlagene Rüstungsbegrenzung soll dann auch für alle Staaten gelten. Außer dem von Hitler angebotenen Deutsch-Britischen Flottenabkommen kommt nichts davon zustande. Die Siegerstaaten mauern und wollen den gigantischen Rüstungsvorsprung, den sie 1933, 34 und 35 gegenüber Deutschland haben, nicht verlieren. Sie spielen Hitler damit in die Hände, der in dieser Frage die öffentliche Meinung durch ein paar Reden leicht auf seine Seite bringt. Hitler nutzt den Vertragsbruch und die Unnachgiebigkeit der Sieger, er nutzt ihre zunächst noch bedrohliche Rüstungsüberlegenheit, und er nutzt die Erinnerungen der Deutschen an die „Einmärsche" der Polen, Belgier und Franzosen in den frühen 20er Jahren, um den Menschen im eigenen Lande Frieden, Verteidigung und Aufrüstung als Teile eines Ganzen darzustellen.

Die zweite Steilvorlage, die die Sieger Hitler liefern, ist die von ihnen erzwungene Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker für Millionen deutsche, österreichische, ukrainische und ungarische Menschen. Immer wieder verknüpft Adolf Hitler seine Friedensbeteuerungen sehr geschickt mit dem Anliegen aller Deutschen nach der Rückkehr der durch Versailles abgetrennten zehn Millionen Landsleute „heim ins deutsche Reich". Am 17. Mai 1933 sagt Hitler vor dem Reichstag:

> *„Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker. ... und möchten aus tiefinnerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben.*
> *Wir kennen daher auch nicht den Begriff des Germanisierens. Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der heraus man glaubte, vielleicht aus Polen und Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genauso fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden. ... Es wäre ein Glück für die Welt gewesen, wenn im Vertrag von Versailles diese Realitäten auch im Bezug auf Deutschland gewürdigt worden wären. ... Eine überlegte Behandlung der Probleme hätte damals im Osten ohne weiteres eine Lösung finden können, die den verständlichen Ansprüchen Polens genauso wie den natürlichen Rechten Deutschlands entgegengekommen wäre."* [8]

[8] Domarus, Band 1, Seite 273



Abb. 7: Adolf Hitler vor dem Reichstag am 17. Mai 1933
Rechts: Staatssekretär Hans Heinrich Lammers, im Hintergrund: Hermann Göring als Reichstagspräsident

Hitler kann 1933 sicher sein, daß er damit den deutschen Menschen aus der Seele spricht. Und welcher deutsche Bürger kann nach solch einem Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker ahnen, daß Hitler sich sechs Jahre später bei der Besetzung der Tschechei nicht mehr an das Gesagte hält.

Ganz ähnlich klingt eine Hitler Rede vom 27. Mai 1933:

> „*So sehr wir als Nationalsozialisten es ablehnen, aus fremden Völkern Deutsche machen zu wollen, so fanatisch wehren wir uns gegen den Versuch, den deutschen Menschen seinem Volke zu entreißen. So sehr uns die Erkenntnis bewegt, daß der Krieg Leid und Elend über die Menschen bringt, so sehr verpflichtet uns die Liebe zu unserer Heimat, für diese einzutreten. Der Nationalsozialismus kennt keine Politik der Grenzkorrekturen auf Kosten fremder Völker. Wir wollen keinen Krieg nur zu dem Zweck, um einige Millionen Menschen vielleicht zu Deutschland zu bringen, die gar keine Deutschen sein wollen und es auch gar nicht sein können. Wir werden niemals fremde Menschen zu unterwerfen versuchen, ...*“ [9]

[9] Domarus, Band 1, Seite 279

Diese Hitler-Rede gleicht in ihrem Kern der Wilson-Rede vom 11. Februar 1918, in der Wilson der deutschen Reichsregierung zusagt, daß es bei einem Friedensschluß keine territorialen Annexionen gegen den Willen der betroffenen Bevölkerungen geben wird. Daß Hitler später das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit der gleichen Skrupellosigkeit mißachtet, wie vor ihm die Sieger in Versailles, Trianon und Saint-Germain, können Bürger und Soldaten in Deutschland 1933 nach solchen Reden nicht vermuten.

Hitlers Reden und Aufrufe für Frieden und soziale Gerechtigkeit, für technischen Fortschritt und Vollbeschäftigung treffen die Nöte und die Wünsche der deutschen Bevölkerung. Und da die Versprechungen in Hitlers ersten Herrschaftsjahren auch verwirklicht werden, sieht die Mehrheit der Deutschen teils zustimmend, teils zähneknirschend über die Schattenseiten der neuen Diktatur hinweg. Die Unterdrückung oppositioneller Kräfte und die Verfolgung der Minderheiten sind im Urteil der Bevölkerung nach den Zeiten der Hungersnot, der Arbeitslosigkeit und des Bürgerkriegs in vielen deutschen Landesteilen offensichtlich so etwas wie ein kleineres Übel. Die Perspektive jener Zeit rückt viele Dinge in Prioritäten, die nicht die heutigen sind. So schreibt ein gewisser Gustav Adolf Gedat, ein Funktionär des Christlichen Vereins Junger Männer (CVJM), der Deutschland in der Weltorganisation des CVJM vertritt, 1934 in seinem Buch „Ein Christ erlebt die Probleme der Welt“:

> *„Der Kapitalismus hat abgewirtschaftet, die alten Systeme zerfallen. Gelingt das gewaltige Werk des Nationalsozialismus, wird dies einzigartige Programm erfüllt, dann liefert Deutschland der Welt den Beweis, daß es einen Weg aus dem Chaos der Gegenwart gibt, der zwingend auch der Weg der anderen wird. ... Hier liegt das Ungeheure, das Gott unserem Deutschland und seinem Führer als Aufgabe gestellt hat.“* [10]

Auch Gedat hat zu der Zeit die Welt von 1939 nicht gekannt.

Die Friedensreden prägen das Hitler-Image bis 1939. Immer wieder betont er in Interviews, Reden und Gesprächen, daß er als Soldat des vergangenen Weltkriegs die Leiden kennt, die Kriege für Völker und Soldaten bringen. Er schwört so oft Frieden, bis man mit rationalen Gründen nicht mehr an seinen Friedenswillen zweifeln kann. Selbst bei Anlässen, die dazu verleiten könnten, unterläßt er jedes Säbelrasseln. Hitlers Ansprachen zu den jährlich wiederholten Tagen der Wehrmacht, selbst seine Vereidigungsreden vor Rekruten der Waffen-SS enthalten keine Töne, die darauf schließen lassen, daß Hitler einen Krieg beginnen und andere Völker unterwerfen will.

Hitler ruft die Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS immer wieder dazu auf, „Wache für Deutschland“ zu stehen. Diese Redensarten prägen das Selbstverständnis der neuen Wehrmacht bis in den Krieg hinein. Die Soldaten sehen

[10] Gedat, Seite 30

sich selbst als die Beschützer von Volk und Land und Heimat. In einem Aufruf Hitlers vom 14. Oktober 1933 liest man:

> *„Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Verantwortung und der Verständigung zu betreiben.“* [11]

Wer kann da widersprechen?

Beim Neujahrsempfang für das diplomatische Korps am 1. Januar 1935 spricht er von dem „heißen Wunsch der Menschheit nach Erhaltung des Friedens“ und sagt:

> *„Kein Land kann das Bedürfnis nach Frieden tiefer empfinden als Deutschland.“*[12]

Beim Neujahrsempfang im Jahr darauf, 1936, drückt er die Erwartung auf „wirklichen Frieden“ aus. In einem Zeitungsinterview mit dem englischen Journalisten Ward Price im DAILY MAIL vom 17. Januar 1935 liest sich Hitler so:

> *„Wenn ich vom Frieden rede, drücke ich nichts anderes aus, als was der tiefinnerste Wunsch des deutschen Volkes ist. ... Ich kenne die Schrecken des Krieges. ... Was ich will, ist das Glück meines Volkes! Ich habe nicht gesehen, daß der Krieg das höchste Glück ist, sondern im Gegenteil, ich sah nur tiefstes Leid. Ich spreche daher zwei Bekenntnisse ganz offen aus:*
> *1. Deutschland wird von sich aus niemals den Frieden brechen und,*
> *2. wer uns anfaßt, greift in Dornen und Stacheln! Denn ebenso wie wir den Frieden lieben, so lieben wir die Freiheit.“* [13]

Das Interview, das zwei Tage später auch im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht wird, spricht sehr geschickt die Friedenssehnsucht sowohl der englischen als auch der deutschen Erste-Weltkriegsgeneration an.

Auch vor den „Braunen“[14] klingt Hitlers Botschaft in den ersten Jahren seiner Kanzlerschaft nicht anders. Am 30. Januar 1936 spricht „der Führer“ im Berliner Lustgarten vor 30.000 Männern der SA. Es ist eine Rede über die Interna der SA. Doch auch hier versäumt es Hitler nicht, das Thema Frieden zu berühren.

> *„Wir wollen zugleich aber auch ..., einfriedliebendes Element unter den anderen Völkern sein. Wir können das nicht oft genug wiederholen. Wir suchen den Frieden, weil wir ihn lieben.“* [15]

Auch Hitlers Wahlkampfreden ab 1933 enthalten stets Appelle für den Frieden in der Welt. In all den Jahren bis 1939 nutzt Hitler unzählige Gelegenheiten, um sich vor großen Menschenmengen mitzuteilen. Er gibt Interviews für Presse aus dem In- und Ausland. Er hält Ansprachen und Vorträge vor Bauern, Industriellen, Werftarbeitern, Parteileuten, Bänkern, Fabrikarbeitern, Lehrern, Soldaten und

[11] Domarus, Band 1, Seite 304
[12] Domarus. Band 1, Seite 467
[13] Domarus. Band 1, Seite 476
[14] Parteifarbe der NSDAP
[15] Domarus, Band 1, Seite 571

anderen Gruppen. Er nutzt Messen, Stapelläufe, Autobahneröffnungen, Einweihungsfeiern für Sportstadien und andere spektakuläre Anlässe, um Medien und Menschen anzusprechen. Fast immer arbeitet er bei diesen Reden ein Repertoire von „Botschaften“ ab, mit denen er die öffentliche Meinung für sich einfängt.

Die Botschaft „Frieden“ wird dabei so oft wiederholt, bis viele Deutsche sie für ein Stück von Hitlers Wesen halten. Als sich mit der Besetzung der Tschechei im März 1939 das Gegenteil erweist, paßt das so wenig zu dem Bild, das man sich in Deutschland gemeinhin von Adolf Hitler macht, daß man zunächst versucht, die schlimme Wirklichkeit dem falschen Friedensimage des „Führers“ anzupassen. Das klingt nach Irrationalität. Doch die deutsche Presse liefert mehr oder weniger plausible Erklärungen für das, was das Deutsche Reich 1939 erst gegen die Tschechei und dann im gleichen Jahr noch gegen Polen unternimmt. Und auch das gehört zu dieser irrationalen Wirklichkeit: die beiden Länder Tschechei und Polen sind für Hitler und die deutsche Presse oft selbst die Stichwortgeber. Die menschenverachtende Behandlung der Deutschen in Polen und in der Tschechoslowakei, die Flüchtlingsströme, die aus beiden Staaten kommen, die Brüche von Verträgen und die Mobilmachungen zum falschen Zeitpunkt geben der deutschen Presse reichlich Stoff, um Hitlers Handeln einen Sinn zu unterlegen.

Hitlers Ruf nach Frieden heißt nie „Frieden um jeden Preis“. Trotz aller bitteren Erfahrungen aus dem vergangenen und verlorenen Ersten Weltkrieg findet das in Deutschland Akzeptanz. Sowie man in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg vom „Frieden in Freiheit“ spricht, um so die Vorstellung eines Friedhofsfriedens unter kommunistischer Fremdherrschaft auszuschließen, so heißt es ab 1933 stets „Frieden in gesicherter Freiheit“ oder „Frieden in Gleichberechtigung“. Das ist im Dritten Reich nach Jahren mit Besatzungstruppen, mit Zwangsabtransporten von Nutzvieh, Steinkohle und Industrieprodukten und nach vier völkerrechtswidrigen Einmärschen fremder Truppen in das Reichsgebiet für jeden deutschen Bürger selbstverständlich.

Hitler führt das deutsche Volk durch die Verknüpfung von Frieden mit Sicherheit und Gleichberechtigung auf gefährlich dünnes Eis. So berechtigt das eigene Verlangen nach Sicherheit und Gleichberechtigung auch ist, aufs Ausland wirkt das provozierend. Die Deutschen können nicht verstehen, daß ihnen die Schuld am Ersten Weltkrieg zugeschoben wird, daß die Sieger sich noch immer weigern, wie versprochen ihre Truppenstärken zu vermindern, und daß Deutschland im Völkerbund als Vollmitglied diskriminiert wird, indem ihm gewisse Hoheitsrechte abgesprochen werden. Im Ausland will man zur gleichen Zeit nicht akzeptieren, daß die Nachkriegsordnung von Versailles auf Dauer nicht zu halten ist. Man begreift weder in Paris, noch in London, Brüssel oder Rom, daß es besser wäre, Unhaltbares selber neu zu ordnen, als daß man es anderen überläßt, das durchzusetzen.
Das Fatale an Hitlers öffentlichen Reden zwischen 1933 und 1939 ist, daß sie Sicherheit und Gleichberechtigung für Deutschland sagen und insgeheim ab ir-

gendeinem Zeitpunkt doch Unsicherheit und Unterordnung für ein paar Nachbarstaaten meinen. In Deutschland glaubt man Hitler, weil man auf Frieden hofft. Im Ausland glaubt man ihm nicht, weil man die Deutschen fürchtet. Leider ist die Furcht berechtigt. Adolf Hitler hat die neu gewonnene Fähigkeit des Reichs, sich selbst zu schützen, mißbraucht, um andere damit anzugreifen.

Im nachhinein ist jeder klüger, doch zur Zeit der Reden muß man hinter Hitlers Formulierungen nicht unbedingt vermuten, was dann später kommt. Im Tagesbefehl an die Reichswehr zum Jahreswechsel 1934/35 heißt es zum Beispiel:

> *„Unser Dienst soll auch in Zukunft nur ein Ziel kennen, Deutschlands Wiederaufstieg in einem Frieden der Gleichberechtigung, der Ehre und gesicherten Freiheit.“* [16]

Dieser Tenor zieht sich durch eine große Zahl von Reden in den ersten Jahren seiner Herrschaft. Er versteht es, dem Wiederaufbau der Wehrmacht einen positiven Sinn zu geben und Befürchtungen in dieser Hinsicht zu zerstreuen. Am 13. September 1935 spricht Hitler auf den Zeppelinwiesen in Nürnberg vor 100.000 Parteifunktionären und sagt zum Aufbau der neuen deutschen Wehrmacht:

> *„Das ist der Sinn der Neuschöpfung unserer Wehrmacht. Nicht um Angriffskriege zu führen ist sie entstanden, sondern um unser Volk zu schützen und zu verteidigen, um nicht Deutschland noch einmal in ein trauriges Los verfallen zu lassen, wie wir es hinter uns 15 Jahre lang ertragen mußten. Nicht um anderen Völkern die Freiheit zu nehmen, sondern um unsere deutsche Freiheit zu schützen, deshalb ist sie da.“* [17]

Im Wahlkampf des März 1936, in dem Hitler in elf deutschen Großstädten als Redner auftritt, wirbt er nachträglich um die Zustimmung der Wähler zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. In keiner seiner Reden fehlen Passagen wie die folgende:

> *„Die Völker sehnen sich nach dem Frieden, jawohl, aber nach einem Frieden, der sie gleichberechtigt nebeneinander leben läßt.* “ (Wahlrede in Berlin)
>
> *„Mein Ziel ist der Friede, der auf der Gleichberechtigung der Völker begründet ist. Wir sind eine Großmacht Europas und wollen als Großmacht gewürdigt werden.* “ (Wahlrede in München)
>
> *„Sprecht nicht von Gesten und symbolischen Handlungen, sondern schließt Frieden. Das ist der Wunsch der Völker.* “ (Wahlrede in Essen)

Ansonsten versteht es Hitler meisterhaft, die Wünsche, Interessen und Befindlichkeiten der Bevölkerung zu treffen: Sport und Urlaub, Löhne und Preise, Bildung und Kultur, Straßenbau und billige Autos für jedermann und wovon die Menschen nach der Not der 20er Jahre sonst so träumen:

> *„Ich habe den Ehrgeiz, mir einmal im deutschen Volk ein Denkmal zu setzen. Aber ich weiß auch, daß dieses Denkmal besser im Frieden aufzustel-*

[16] Domarus, Band 1, Seite 464
[17] Domarus, Band 1, Seite 530

len ist, als in einem Krieg. Mein Ehrgeiz geht dahin, daß wir in Deutschland die besten Anstalten für die Erziehung unseres Volkes schaffen. Ich will, daß wir in Deutschland die schönsten Stadien erhalten, daß unsere Straßen ausgebaut werden, daß unsere Kultur sich hebt und veredelt; ich will, daß unsere Städte verschönert werden.“ [18](Wahlrede in Karlsruhe)

Weil Hitler einen großen Teil der Wahlversprechen mit der Zeit erfüllt, macht er die Mehrheit aller Deutschen glauben, daß er auch den versprochenen Frieden halten wird. Dieser Glaube an den „Führer“ bleibt nicht nur bis 1939, sondern er hält so lange, bis Hitler den Krieg gegen die Sowjetunion beginnt.

Die überhörten Warnsignale und Hitlers Antrittsrede vor Generalen am 3. Februar 1933

Leise Untertöne, die Hitlers spätere Absichten vermuten lassen, läßt er offensichtlich nur in geschlossenen Zirkeln hören. Eine Rede, die oft als Beweis für seine von Anbeginn an aggressiven Pläne angeführt wird, hält er als frisch ernannter Reichskanzler am 3. Februar 1933 vor einem größeren Kreis von höchsten Reichswehroffizieren. Vier Tage nach Amtsantritt spricht Hitler im Privathaus des Chefs der Heeresleitung General von Hammerstein-Equord vor etwa 30 hohen Offizieren.

Der Redeinhalt ist in drei einander ähnlichen Niederschriften überliefert. Das sind Notizen des Heeresgenerals Curt Liebmann[19], des Adjutanten Hammersteins, Major i.G. von Mellenthin[20] und – das mag verwundern – der Tochter Helga des gastgebenden Chefs der Heeresleitung.[21] Helga von Hammerstein-Equord durchläuft als Mädchen eine „Karriere“ vom Sozialistischen Schülerbund über den Kommunistischen Jugendverband zur KPD, der sie 1930 beitritt. Sie beliefert von da an bis 1937 regelmäßig den Kommunistischen Nachrichtendienst mit geheimen Dokumenten aus dem Hause ihres Vaters. So geht auch am 14. Februar 1933 die Abschrift einer inoffiziell angefertigten Protokollnachschrift des Hitler-Vortrags im Hause ihres Vaters beim erwähnten Dienst in Moskau ein. Es gibt Zweifel, daß Helga die Lieferantin dieser Niederschrift ist.[22] Die nachfolgende Beschreibung der Hitler-Rede vor den Generalen fußt auf allen drei erwähnten Quellen.

Hitler stellt sich und seine Politik in dieser Rede vor den Reichswehrgeneralen vor. Er wirbt um ihre Gunst und ihr Vertrauen. Zum einen sagt der neu ernannte Kanzler, was man damals auch von ihm erwartete, daß er die Gleichberechtigung

---

[18] Domarus, Band 1, Seite 604
[19] Jacobsen, Seite 81
[20] IFZ Dokument ZS 105
[21] Wirsching, Seiten 545 ff
[22] Wirsching, Seiten 522 ff

des Deutschen Reiches unter den Nationen anstrebt, daß er die Revision des Versailler Vertrags betreiben will und daß er vorhat, den Marxismus im eigenen Lande „auszurotten". Zum anderen erklärt er einiges, was die Generale sicher gerne hören. Hitler will die Reichswehr parteipolitisch neutral erhalten und sie allein bei außenpolitischen Auseinandersetzungen einsetzen. Für innenpolitische habe er die NSDAP. Hitler verspricht den Generalen, daß die Reichswehr die einzige Armee in Deutschland bleibt. Das ist angesichts des Konkurrenzgebarens der inzwischen mächtig angewachsenen SA ein wichtiges Wort. Und Hitler kündigt an, die Reichswehr wieder aufzurüsten. Damit kommt der neue Kanzler zu dem Teil seines Vortrags, der den Generalen eine frühe Warnung hätte sein können.

Er führt aus, daß die Probleme von Arbeitslosigkeit, Bevölkerungszuwachs und wirtschaftlicher Not nicht mit Krediten und Subventionen auf dem Binnenmarkt zu lösen sind, sondern nur mit einer Wirtschaft, die „mit allen Mitteln und um jeden Preis" Exporte auf den Weltmarkt bringt, oder besser mit einer groß angelegten Siedlungspolitik, die neuen Siedlungsraum erfordert. Er formuliert dies noch als Vorschlag und erwähnt 50 bis 60 Jahre als Rahmen einer solchen Politik. Dann kommt Hitler auf das später oft zitierte Wort vom „Germanisieren". Er macht deutlich, daß man nach seiner Meinung keine Menschen anderer Sprache oder Rasse „germanisieren" könne. „Man kann nur Boden germanisieren." Hitler erwähnt dabei, daß seine Lebensraum-Vorstellungen „wahrscheinlich nach Osten zielen". In der Logik des Gedankens, daß man keine fremden Menschen „germanisieren" könne, sagt er:

> *„Man muß wie Polen und Frankreich nach dem Kriege rücksichtslos einige Millionen Menschen ausweisen."*

Hitler bezieht sich dabei auf die vielen „freiwilligen" und erzwungenen Massenumsiedlungen und Vertreibungen der letzten Jahre in Frankreich, Polen, Griechenland, in der Türkei und in der Tschechoslowakei. Er zeigt bei diesen Worten keine Skrupel, und den Generalen ist dies Thema aus der Realität nicht unbekannt. Aus diesem Siedlungsraum-Gedanken entwickelt Hitler vor den Generalen sein Programm: Konsolidierung der Wirtschaft zur Lösung des von ihm so gesehenen Lebensraum-Problems notfalls unter Einsatz von Streitkräften.

Der heutige Leser muß sich fragen, warum die Generale hier nicht die Bombe ticken hören, die Hitler offensichtlich in der Tasche trägt. Sicher sind einige der anwesenden Generale über diese Passage des Hitler-Vortrages verwundert oder von ihr alarmiert. Die meisten werden den Gedanken angesichts der Wirklichkeit von 1933 vermutlich für unausgegorenes Zeug halten. Noch ist die Reichswehr ein Zwerg neben den Armeen und Flotten der vielen Nachbarstaaten, noch gelten die Zwangsauflagen von Versailles, noch drückt die hohe Arbeitslosigkeit und noch sind Deutschlands Kassen leer. Da wirken Hitlers Gedanken über einen Angriffskrieg um Kolonien oder Siedlungsraum geradezu grotesk. So kommentiert Generalmajor von Brauchitsch nach dem Vortrag: „Na, der wird sich noch wundern in seinem Leben". Und Oberst Fromm, der Chef des Wehrmacht-

amts, sagt zu Generalleutnant Freiherr von Fritsch: „daß die maßlosen Vorhaben an der Härte der Tatsachen scheitern und auf ein nüchternes Maß zurückgeführt" werden würden.[23] Der Vortrag eines neuen Regierungschefs, der nach vier Tagen Amtszeit über Siedlungspläne in den nächsten 50 bis 60 Jahren spricht, wird bei einer durchschnittlichen Regierungsdauer der deutschen Kanzler seit 1919 von weniger als einem Jahr auch sicher nicht besonders ernst genommen worden sein.

Zur Zeit der Rede – das darf nicht übersehen werden – gibt es manche Interpretation, die Hitlers Andeutungen in offensichtlich gutem Glauben als überspitzte Formulierung einer an sich verständlichen Idee entschärft. Zu Anfang des Jahrhunderts ist die Ernährung der Bevölkerung noch eine politische Aufgabe ersten Ranges. Die Erinnerung an das Hungerelend von 1918/19 ist jedermann frisch im Gedächtnis. So sind die einen von Hitlers oft wiederholten Erwähnungen der Lebensraumfrage vorgewarnt, die anderen finden für diesen Hitlerschen Gedanken verharmlosende Erklärungen. Außenminister von Neurath zum Beispiel, der sich sonst nicht scheut, Hitler in Gesprächen mit ihm vertrauten ausländischen Diplomaten zu kritisieren, streitet bei solch einer Gelegenheit kategorisch ab, daß „Lebensraum" die gewaltsame Annektierung fremder Gebiete bedeuten könne. Erläuternd fügt er dem hinzu, daß Hitler damit Mittel für den Lebensunterhalt, Rohstoffe und ähnliches meint, wenn er den Lebensraum erwähnt. Es sei bedauerlich, daß Hitler sich so ausdrückt, als ginge es um Gebietserweiterungen[24]. Daß von Neurath sich hier irrt, gesteht er später selber ein.

Nicht jedes Säbelrasseln muß auch gleich als Absicht eines Regierungschefs gewertet werden, daß er von sich aus Krieg beginnen will. Der Ausschnitt aus der Antrittsrede aus dem März 1933 zum Beispiel:

> *„Die Schwierigkeiten der Nation können nur gemeistert werden, wenn wir sie so anpacken, wie wir sie im Kriegsfalle anpacken. Wir müssen vorwärts marschieren wie eine gut ausgebildete Armee, die bereit ist, der allgemeinen Disziplin Opfer zu bringen, weil ohne Disziplin weder Fortschritt möglich ist noch die Führung etwas erreichen kann. Die Nation ist vor den Altar der Geschichte getreten und muß die historisch nicht wiederkehrende Gelegenheit in gefolgsamer Pflichterfüllung ergreifen, wie sie sonst nur in Kriegszeiten einem Volk abverlangt wird."* [25]

stammt von US-Präsident Roosevelt, als er sein Wirtschafts- und Sozialprogramm des New Deal erklärt. Theatralische Worte und die Erläuterung von Wirtschaftsfragen im Kleide militärischer Phrasen sind – wie das Beispiel zeigt – in den 30er Jahren keine Seltenheit. Auch die amerikanischen Zuhörer werden bei den Worten ihres neuen Präsidenten nicht gleich mit Krieg gerechnet haben.

---

[23] Wirsching, Seite 543
[24] Kunert, Seite 63
[25] Kunert, Seite 35

Das Reden von Frieden, von der Größe Deutschlands und von den Aufbauleistungen der Nationalsozialisten geht bis zum Jahre 1939 weiter. Hitler wettert in seinen Ansprachen oft über den Bolschewismus, die Juden, den Kapitalismus, über das unbelehrbare Bürgertum, über die Kirche und das Ausland. Auch der „enge Lebensraum der Deutschen“ ist immer wieder Thema. Obwohl Hitler schon in seinem Buch „Mein Kampf“[26] rät, auf die ehemals kaiserlichen Kolonien zu verzichten und statt dessen Lebensraum östlich von Deutschland zu erwerben, erwähnt er in den Reden sporadisch einen Anspruch auf die ehemals deutschen Kolonien. Es ist zu vermuten, daß er damit lediglich die von ihm als Problem angesehene Raum- und Ernährungsfrage in Erinnerung halten will. Rückschlüsse auf konkrete Eroberungspläne erlauben solche Reden zunächst nicht, da Hitler die Erwähnung des Problems meist mit nachvollziehbaren Gedanken im Räume stehen läßt. In einer Rundfunkansprache zum 1. Mai 1937 zum Beispiel sagt er:

> *„Unsere Lebensprobleme sind schwerer als die anderer Völker. ... Wir Deutsche sind von der Natur auf dieser Erde mehr als stiefmütterlich bedacht worden. Ein großes Volk, ein unendlich fähiges Volk, ein fleißiges Volk, das leben will und das Lebensansprüche stellen darf, lebt in einem Raum, der viel zu eng und zu begrenzt ist, um selbst bei größtem Fleiß ihm aus Eigenem all das zu geben, was notwendig ist. ... Gerade weil dieser Lebenskampf bei uns viel schwerer ist als irgendwo anders, haben wir besondere Konsequenzen aus dieser Tatsache zu ziehen, die unser Schicksal ist. Wir können nicht von Phrasen, von Redensarten und Theorien existieren, sondern nur von dem Ergebnis unserer Arbeit, unserer Fähigkeit und unserer Intelligenz.“* [27]

Danach setzt Hitler die Rundfunkrede mit Gedanken zur Produktion, zum Vierjahresplan und zur Lohn- und Preisstabilität fort. 1937 wird der Mann auf der Straße dazu gedacht haben: „Ein Schuft, der Schlimmes dabei denkt“. Ab 1941 wird man die Worte „haben wir besondere Konsequenzen aus dieser Tatsache zu ziehen“ ganz anders deuten können.

Hitlers öffentliche Reden vor dem Einmarsch von Wehrmachtstruppen in die Rest-Tschechei im Frühjahr 1939 decken keine Kriegsabsichten auf. Sie entsprechen eher der damaligen Friedenssehnsucht der breiten Masse aller Deutschen. Anders verhält es sich mit einem Teil der geheimen Hitler-Reden ab dem November 1937.

Die geheimen Hitler-Reden und die Schlüsseldokumente

Ab dem November 1937 bekommen einige, ganz wenige der Hitler-Reden eine neue Qualität. Es sind Ansprachen vor geschlossenem Kreis, die erstmals Rück-

[26] Hitler, Seiten 736 ff
[27] Domarus, Band 1, Seite 690

schlüsse auf Hitlers Absicht erlauben, von sich aus Krieg zu führen. Erwähnenswert sind vor allem die drei Reden vom 5. November 1937, vom 23. Mai 1939 und vom 22. August 1939. Sie gelten der Geschichtsschreibung als Schlüssel zur Offenlegung der verbrecherischen Pläne Hitlers, Krieg zu führen, Verträge zu brechen, Völker zu unterwerfen und Land zu erobern. Der Begriff „Schlüssel" stammt aus den Nürnberger Prozessen von 1945 und 46, in denen die Niederschriften dieser Reden als sogenannte **Schlüsseldokumente** als Beweise der Schuld der „Hauptangeklagten" gelten. Den politischen Machthabern und den obersten Militärführern des Dritten Reichs wird im Prozeß „die gemeinsame Planung des Krieges und eine Verschwörung gegen den Frieden" vorgeworfen. Die Schlüsseldokumente sollen den Beweis erbringen, daß Hitler den in Nürnberg Angeklagten seine Pläne aufgedeckt hat, daß sie auf diese Weise zu Mitwissern geworden und demzufolge mitverantwortlich am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sind.

Die sogenannten Schlüsselreden stehen in gewisser Weise in Kontrast zu Hitlers öffentlichen Reden. An der wahrheitsgetreuen Niederschrift dieser Reden gibt es jedoch Zweifel. Deshalb müssen die Nürnberger Schlüsseldokumente mit den geheimen Reden genau betrachtet werden.

Bei der ersten dieser Schlüsselreden räumt der Herausgeber der gesammelten Hitler-Reden, Archivdirektor Dr. Max Domarus selber ein, daß es solche Zweifel gibt, doch er tilgt sie mit dem Hinweis, daß die spätere Kriegspolitik Hitlers die Echtheit der Redeniederschriften im nachhinein bestätigt habe[28]. Diese Logik kann nur Hitlers Schuld am Krieg belegen, doch nicht die seiner Zuhörer, die – was damit weiter offen ist – ab November 1937 Hitlers Pläne kennen oder nicht. Die korrekte oder nicht korrekte Wiedergabe dieser Hitler-Reden ist für die Frage von entscheidender Bedeutung, ob die Wehrmachtsführung die Absicht Hitlers, von sich aus Krieg zu führen, erkannt hat oder nicht. Bei einer juristischen Bewertung der Beweiskraft jener Dokumente gibt es starke Zweifel.

Hitlers Rede vom 5. November 1937 und das Hoßbach-Protokoll

Bei der ersten der drei Schlüsselreden – sie ist vom 5. November 1937[29] – handelt es sich eigentlich um eine Besprechung. Kriegsminister von Blomberg bittet Hitler um eine Konferenz, um mit ihm und den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile dringende Rüstungs- und Rohstoff-Fragen zu erörtern. Die Geschichtsschreibung nennt sie deshalb eine Rede, weil im wesentlichen nur erhalten ist, was Hitler in der Besprechung sagt. Die „Rede" wird heute nach dem

[28] Domarus, Band 1, Seite 756
[29] Domarus, Band 1, Seiten 748 ff.

Mann benannt, der ihre Niederschrift gefertigt hat, nach dem damaligen Oberst Friedrich Hoßbach, Hitlers Wehrmachtsadjutant. Die Niederschrift ist irreführend als das Hoßbach-"Protokoll" in die Geschichte eingegangen, doch sie hat keinen Protokollcharakter. Hoßbach, der nicht stenographieren kann, schreibt fünf Tage nach jener Besprechung Hitlers und der Generale aus dem Gedächtnis nieder, was er davon behalten hat. Als er Hitler das Papier zur Einsichtnahme und Kontrolle vorlegt, hat der keine Zeit, es durchzusehen und den Inhalt durch seine Paraphe zu bestätigen. Nachdem Kriegsminister von Blomberg und der Generalstabschef des Heeres Beck die handschriftliche Gedächtnisniederschrift gelesen haben, geht sie zu den Akten.

Im Nürnberger Prozeß taucht das „Hoßbach-Protokoll" als Hauptbelastungsindiz gegen die Teilnehmer jener Besprechung vor acht Jahren wieder auf[30]. Doch das, was nun als Protokoll vorgelegt wird, ist nicht Hoßbachs Originalpapier. Es ist die Fotokopie einer maschinengeschriebenen Abschrift jener Hoßbach-Niederschrift. General Hoßbach wird im März und Juni 1946 als Kriegsgefangener – jedoch nicht als Zeuge im Prozeß – zu diesem „Hoßbach-Protokoll" vernommen. Er sagt aus, daß er nicht bestätigen kann, daß die vorliegende Kopie mit seiner Niederschrift von 1937 in allen Teilen übereinstimmt[31]. Doch „in summa" sei die Kopie die Wiedergabe seines Originals[32].

„In summa" heißt, nicht im Detail. Hoßbach hat seine Niederschrift nicht selbst mit der Maschine abschreiben lassen. Das tut 1943 oder 44 ein Offizier, der die Kopie „zu treuen Händen" an einen Verwandten übergibt, der sie dann an die Gegnermächte weiterleitet[33]. Der Weg der Hoßbach-Niederschrift von 1937 bis 1946 läßt ein paar Fragen offen. Es kann sein, daß das „Hoßbach-Protokoll" nach Inhalt, Schärfe und Nuancen wiedergibt, was Hitler der Generalität im November 1937 offenbart. Es kann auch sein, daß die Niederschrift auf ihrem Weg nach Nürnberg so überarbeitet worden ist, daß sie erst dadurch zum Beweisstück wird. Immerhin schreibt der Luftwaffenadjutant Hitlers von Below, daß die Kopie nach seiner Erinnerung länger ist, als das Original, das er gesehen hat[34]. Reichsmarschall Göring weist 1946 im Nürnberger Prozeß daraufhin, daß einige der Punkte und Formulierungen im vorliegenden „Beweisstück" so nicht der Stil des „Führers" waren[35].

Auch Großadmiral Raeder zieht die Echtheit von Abschrift und Kopie in Zweifel und beantragt im Prozeß, daß das Original der Abschrift vorgelegt wird, das im Besitz der Amerikaner ist[36]. Sein Anwalt will überprüfen, ob zwischen der

---

[30] IMT Dokumente, Band XXV, Seiten 402ff, Dokument 386-PS/US-25
[31] IMT Dokumente, Band XLII, Seite 229
[32] IMT Dokumente, Band XLII, Seite 229 und Hoßbach, Seite 192
[33] Hoßbach, Seite 190
[34] v. Below, Seite 49
[35] IMT Verhandlungen, Band IX, Seite 344
[36] IMT Verhandlungen, Band XIV, Seite 43 und Raeder, Band 2, Seite 150

Maschinenabschrift und der Fotokopie Montagen vorgenommen worden sind. Das Gericht lehnt diesen Antrag ab. Die Amerikaner weigern sich, das Original der Schreibmaschinenabschrift zu einer Prüfung vorzulegen. So ist nicht auszuschließen, daß die im Prozeß vorgelegte Kopie ein paar belastende „Eindeutigkeiten“ und Zuspitzungen enthält, die nicht aus Hitlers Munde stammen. Der Verdacht und seine Widerlegung müssen offen bleiben.

Ein weiteres Verdachtsmoment für die „Frisur“ am Hoßbach-Protokoll kommt mit den Randbemerkungen auf, die das Original oder die Abschriften getragen haben sollen. Hoßbach weiß bei seiner Vernehmung nichts von den Vermerken, doch er kann sich irren. Die in Nürnberg als Beweisstück vorgelegte Fotokopie der Abschrift trägt solche Randvermerke des Reichskriegsministers von Blomberg, des Generalobersten Freiherr von Fritsch und nach Aussage des britischen Hauptanklägers Shawcross auch einen schriftlichen Randvermerk von Fritschs Nachfolger Generaloberst von Brauchitsch[37]. Von Fritsch, der zwar auf jener Konferenz zugegen ist, tritt am dem Tag, als Hoßbach sein Papier schreibt, eine lange Reise nach Ägypten an. Hoßbach selber zweifelt, daß von Fritsch sein „Protokoll“ je gelesen hat. Bei von Brauchitsch ist der Sachverhalt dagegen ganz eindeutig. Nach aller Logik der Informationsstränge und Zuständigkeiten kann er das Papier von Hoßbach nicht gesehen haben. Von Brauchitsch sagt dann auch in Nürnberg aus, daß er von der ganzen Konferenz und einem Protokoll darüber erst im Prozeß erfahren habe, daß ihn sein Amtsvorgänger Fritsch bei der Übergabe seiner Amtsgeschäfte Anfang Februar 1938 auch nicht über jene Besprechung im November 1937 informiert habe, und daß selbst der Generalstabschef Beck die Besprechung nicht erwähnt habe[38]. Zumindest die Randbemerkung von Brauchitsch auf dem „Protokoll“ – wenn nicht auch die von Fritsch – ist also eine Fälschung. Die offensichtliche Manipulation der Randvermerke, genauso wie die vorgenannten Merkwürdigkeiten, stellt die Glaubwürdigkeit des in Nürnberg vorgelegten Papiers sehr stark in Frage.

Der Streit um jenes Hoßbach-Protokoll entzündet sich am Inhalt. Die Ankläger in Nürnberg sehen mit der Niederschrift bewiesen, daß Hitler den anwesenden Herren seine Kriegsabsicht eröffnet hat, und daß sie deshalb mitwissend und mitschuldig sind. So ist entscheidend, was Hitler im November 1937 wirklich sagt und nicht, was Hoßbach davon zu Papier bringt. Großadmiral Raeder sagt vor dem Nürnberger Militärtribunal aus, daß er und Reichskriegsminister von Blomberg aus jener Konferenz nicht den Eindruck mitgenommen hätten, daß Hitler seine bisherige Friedenspolitik habe durch eine neue Kriegspolitik ersetzen wollen. Der angeklagte Großadmiral verlangt deshalb die Vorladung des Generals Hoßbach, der zu der Zeit als Zeuge zur Verfügung stünde. Das Gericht lehnt ein Verhör Hoßbachs im Beisein von Raeder oder seines Verteidigers Dr. Siemers ab.

[37] Dreessen, Seite 184
[38] IMT, Band XX, Seite 620

Die Beweiskraft des sogenannten Hoßbach-Protokolls steht damit unter nicht weniger als vier Vorbehalten. Erstens ist nicht sicher, daß Oberst Hoßbach nach fünf Tagen genau das zu Papier bringt, was in der Konferenz gesprochen worden ist. Zweitens ist nicht bekannt, ob die erste Abschrift den Inhalt der handgeschriebenen Notizen völlig unverändert wiedergibt. Der Kopist ist unbekannt und eine Beglaubigung der Abschrift ist nicht überliefert. Genauso wenig ist verbürgt, daß die in Nürnberg vorgelegte Fotokopie mit dieser Abschrift übereinstimmt. Drittens verstärkt die Manipulation der Randvermerke den Verdacht, daß auch anderes verändert worden ist. Und viertens vermehrt es alle Zweifel, daß das Militärgericht in Nürnberg der Befragung Hoßbachs im Beisein Raeders ausgewichen ist.

Die Forscher des Militärgeschichtlichen Forschungsamts (MGFA) teilen alle diese Zweifel nicht. Sie halten die Echtheit des Inhalts des Protokolls durch „quellenkritische Untersuchungen" und die überlieferte Reaktion des Generalstabschefs des Heeres Beck für erwiesen. Das MGFA beruft sich damit auf einen General, der nicht dabeigewesen ist, auf Generaloberst Beck.

Bei allen Vorbehalten gegen die in Nürnberg vorgelegte Kopie der Hoßbach-Niederschrift belegen die Reaktionen der sechs anwesenden Herren, wie brisant Hitlers Ausführungen an diesem Novemberabend gewesen sein müssen. Die Minister und Generale haben hier sehr wohl begriffen, daß Hitler von nun an bereit gewesen sein muß, mit dem Feuer eines neuen Kriegs zu spielen. Außenminister von Neurath, Kriegsminister von Blomberg und der Oberbefehlshaber des Heeres von Fritsch versuchen, Hitler in der Besprechung mit Argumenten ihrer jeweiligen Fachkompetenzen zu widerlegen und zu bremsen. Sie nehmen ihre Verantwortung als politische Berater des Kanzlers Hitler durchaus wahr.

Außenminister von Neurath fühlt sich von Hitlers Bereitschaft, die Bestimmungen von Versailles und Saint-Germain notfalls auch mit militärischer Gewalt zu revidieren, so belastet, daß er um seinen Abschied bittet. Er sagt zu der fraglichen Besprechung vor seinen Nürnberger Richtern aus:

> „*Wenn diese von Hitler in einer langen Rede vorgetragenen Pläne auch keinen konkreten Inhalt hatten und verschiedene Möglichkeiten zuließen, war doch für mich zu erkennen, daß die Gesamttendenz seiner Pläne aggressiver Natur war.*" [39]

Generaloberst von Fritsch versucht, Hitler bei einem Gespräch am 10. November noch einmal umzustimmen. Fritsch, von da ab auf Ägypten-Reise, wird in seiner Abwesenheit vom Generalstabschef des Heeres Beck vertreten. Auf Beck, der nicht selbst an der Besprechung teilgenommen hat, macht das „Protokoll" einen „niederschmetternden Eindruck"[40]. Die Kenntnis dieser Hoßbach-Niederschrift veranlaßt Beck, drei Denkschriften gegen Hitlers riskante Politik zu schreiben.

---

[39] IMT Verhandlungen, Band XVI, Seite 700
[40] Hoßbach, Seite 191

Die Reaktionen der Minister und Generale zeigen, daß Hitler ihnen an jenem Abend offensichtlich etwas Außergewöhnliches offenbart, seine Absicht, den bisherigen Kurs der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu ändern. Der Kurs zielt bis dahin allein auf die Gleichberechtigung Deutschlands, auf die Revision von Versailles und Saint-Germain und auf die Verteidigungsfähigkeit des Deutschen Reichs. Die Bedeutung der Hitler-Rede vom 5. November 1937 beruht darauf, daß hier zum ersten Mal erkennbar wird, daß der Diktator die „Chancen" zukünftiger europäischer Kriege zwischen anderen Staaten nutzen und bei günstiger Gelegenheit selbst Annexionen betreiben will. Einen „Kriegsplan", wie das MGFA es ausdrückt[41], eröffnet Hitler den Generalen und Ministern dabei nicht.

Doch nun zum Inhalt dieser Hitler-Rede, so wie sie uns die Nürnberger Richter hinterlassen haben. Hitler erklärt den an jenem Novemberabend versammelten sechs Herren zunächst, daß er sie über „seine grundlegenden Gedanken zu den Entwicklungsmöglichkeiten der außenpolitischen Lage" orientieren wolle. Gleich zu Beginn betont er, daß seine Außenpolitik auf weite Sicht angelegt sei, und daß er bitte, die nun folgenden Ausführungen als sein politisches Testament für den Fall anzusehen, daß er stirbt. Diese Einlassung ist insofern von Bedeutung, als sie Aufschluß über Hitlers territoriale Zielvorstellungen gibt, die er im November 1937 hegt. Sie läßt sogar die Vermutung zu, daß er zu diesem Zeitpunktjenseits seiner „Testamentseröffnung" keine weiteren Ziele hat.
Als ersten Themenpunkt führt Hitler aus, daß er seine politische Aufgabe darin sieht, die Lebens- und Ernährungsgrundlage der 85 Millionen Deutschen einschließlich des erwarteten Bevölkerungszuwachses zu erhalten. Er leitet daraus „das Anrecht auf größeren Lebensraum" ab und reflektiert die Frage, ob die deutsche Raumnot durch wirtschaftliche Autarkie oder durch gesteigerte Beteiligung am Welthandel oder anders zu beheben sei. Zur Wirtschaftsautarkie meint Hitler, daß sie zumindest für Erzrohstoffe und Nahrungsmittel nicht erreichbar sei. Die Beteiligung an der Weltwirtschaft sei seiner Meinung nach deshalb unumgänglich. Dann wägt Hitler in seiner Rede die Möglichkeiten ab, die Deutschland dabei hat. Eine Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Freihandel über die Weltmeere lehnt er ab, weil dieser Handel dem Belieben Englands unterliegt. Hier ist anzunehmen, daß Hitler dabei an die Hungerblockade der Briten gegen Deutschland von 1918 und 1919 denkt.

Als nächstes kommt Hitler auf die Möglichkeiten eines Kolonialerwerbs in Übersee. Den schließt er mit der Begründung aus, daß alle Kolonien in Afrika und Asien verteilt und ohne Kriege gegen England oder Frankreich nicht mehr zu gewinnen sind. Deshalb seien landwirtschaftlich nutzbare Gebiete und Bodenschätze innerhalb Europas die von ihm angedachte Lösung. Hitler läßt bei diesen Worten zu dem „zu engen Lebensraum" noch nicht erkennen, woran er dabei denkt. Polen, die Ukraine oder Rußland erwähnt er hier mit keiner einzigen Silbe.

[41] MGFA, Mil.Gesch., Seite 188

Hitler, das sei hier eingeflochten, kennt sehr wohl die Gefahr, die der von ihm erwogenen Lösung mit mehr Lebensraum innerhalb Europas innewohnt. Erst kurz vor dieser November-Konferenz hatte der britische Oppositionsabgeordnete Winston Churchill dem deutschen Botschafter in London von Ribbentrop bei einem Meinungsaustausch über Hitlers diesbezügliche Überlegungen klipp und klar gesagt, daß England etwaige Versuche Deutschlands, sich nach Osten auszudehnen, niemals dulden werde[42]. Unter dem offensichtlichen Eindruck dieser klaren Churchill-Worte beendet Hitler diesen Teil seiner Ausführungen mit dem Satz:

> „*Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben. Dieser werde niemals risikolos sein.*“

Zur Frage der Gewaltanwendung wendet sich Hitler nun drei Möglichkeiten zu, die er drei „Fälle“ nennt. Fall eins wäre ein Krieg zwischen 1943 und 1945. Hitler fuhrt dazu aus, daß dem Deutschen Reich bei steigender Bevölkerungszahl und fehlenden Reserven ab 1943 bis 1945 bei schlechten Ernten Ernährungskrisen drohen, die aus Mangel an Devisen nicht allein durch einen Zukauf von Nahrungsmitteln im Ausland bewältigt werden könnten. Deutschland brauche einen Außenmarkt, doch das Ausland riegele sich immer weiter ab. Die Wehrmacht sei nun fast fertig aufgestellt und Deutschlands Stärke ließe sich jetzt kaum noch steigern. Das Militär des Auslands sei dagegen erst im Kommen. Irgendwann vor 1943 sei der Gipfel der relativen Stärke Deutschlands überschritten. Und da „die Welt unseren Schlag erwarte und von Jahr zu Jahr mehr Gegenmaßnahmen treffe“, so sagt Hitler, „sei es besser, selbst zuerst zu handeln.“ So sei es sein unabänderlicher Entschluß, spätestens 1943 bis 1945 die Raumfrage zu lösen. Was Hitler damit territorial genau im Kopf hat, verrät er den Generalen auch an dieser Stelle zunächst nicht.

Die Fälle zwei und drei behandeln Frankreichs Rolle in Europa und in Afrika. Sollte Frankreich durch einen Bürgerkrieg im Inland oder wegen seiner Streitigkeiten mit Italien oder Spanien einmal durch einen Krieg gebunden sein, so wolle er, Adolf Hitler, das zur „Erledigung der tschechischen und der österreichischen Fragen“ nutzen. Diese Wendung der Hitler-Worte ist des Pudels Kern.

Hitlers Ausführungen an diesem Abend, wie sie Oberst Hoßbach niederschreibt, befassen sich ausschließlich mit „Lebensraum“ in der Tschechoslowakei und mit dem Anschluß Österreichs. Von Lebensraum in Osteuropa ist kein einziges Mal die Rede. Was Hitler ansonsten vor seinen sechs Zuhörern lang und breit erörtert, sind die möglichen Reaktionen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Polens und der Sowjetunion. Er läßt mit keinem Wort erkennen, daß er Angriffsabsichten gegen diese Staaten haben könnte. Auch die bolschewistische Bedrohung wird an diesem Abend nicht zum Thema, so daß Hitler einen Krieg mit Rußland nicht zur Sprache bringt.

[42] Churchill, Weltkrieg, Seite 98

Da Hitler seine langen Ausführungen über die „Entwicklungsmöglichkeiten der außenpolitischen Lage“ als sein Testament bezeichnet, ist das, was er hier vorträgt, allem Anschein nach umfassend. Er will den Anschluß Österreichs und er will die Tschechei. Von mehr ist in diesem „letzten Willen“ im November 1937 nicht die Rede.

Vom 5. November 1937 an wissen Außenminister von Neurath, die vier führenden Köpfe der Wehrmacht und Oberst Hoßbach, daß Hitler willens ist, gegebenenfalls von sich aus Krieg zu führen, um Österreich und die Tschechei dem Deutschen Reich einzuverleiben. Was die anwesenden Herren, Hoßbachs Niederschrift zufolge, bei dieser Wendung der Besprechung offensichtlich schreckt, ist Hitlers erkennbare Bereitschaft, Krieg zu führen. Was sie vermutlich nicht in dem Maß stört, ist Hitlers Wille, Grenzen zu verändern. Das ist zu der Zeit in Europa nichts Besonderes. In diesen Jahren hat England Forderungen an Irland, Spanien an Italien, Italien an Frankreich, Polen und Ungarn an die Tschechoslowakei, Litauen und Rußland an Polen und Norwegen an Dänemark. Grenzgebiete sind in den 30er Jahren in Europa kaum jemandem heilig.

Was Österreich und den deutsch besiedelten Teil der Tschechoslowakei betrifft, wäre ein Anschluß an das Deutsche Reich nur ein Vollzug des Selbstbestimmungsrechts der Betroffenen. Die Volksvertreter in Österreich und in den Sudetengebieten haben 1918 in der Wiener Nationalversammlung selbst beschlossen, sich Deutschland anzuschließen.

Was die Tschechoslowakei betrifft, so beendet Hitler seine Ausführungen mit der Beschreibung von zwei Möglichkeiten. Für den Fall – so sagt er -, daß ein von ihm erwarteter Krieg der Italiener, Spanier und Franzosen um ihre gegenseitigen Gebietsforderungen zu einer Mobilmachung der anderen Staaten in Europa führt, wolle er „diese sich nur einmal bietende günstige Gelegenheit für einen Feldzug gegen die Tschechei nutzen“. Für den Fall aber, daß sich die anderen Staaten aus einem Krieg der Mittelmeerländer heraushalten, wollte er das auch. Ansonsten steht im Hoßbach-Protokoll, daß Hitler bei einer Annexion Österreichs und der Tschechei mit dem Zugewinn an Nahrungsmitteln für fünf bis sechs Millionen Menschen rechnet, wenn er dem die „zwangsweise Emigration“ von zwei Millionen Menschen aus der Tschechei und einer Million aus Österreich zugrunde legt. Damit endet das berühmte Hoßbach-Protokoll. Der zweite Teil der Besprechung vom 5. November gilt alleine Rüstungsfragen und ist nicht überliefert.

Hitler läßt bei dieser Konferenz in kleinem Kreis erstmals erkennen, daß er bei günstiger Gelegenheit auch von sich aus Kriege führen würde. Doch er begrenzt dies auf Österreich und auf die Tschechei. Er spricht von „Testament“ und vermittelt damit, daß er jenseits dieser beiden Nachbarländer keine weiteren Ziele sieht. Vom großen Krieg, vom Lebensraum in der Ukraine und von einem späteren Feldzug gegen Bolschewismus und Sowjetunion ist hier nicht die Rede. Selbst seine Einschätzung, daß es auf Dauer zu einem Krieg mit Frankreich kom-

men wird, relativiert Hitler, indem er wiederholte Male sagt, daß er es zu keinem Krieg mit Frankreich oder England kommen lassen will. Hitler entwirft am 5. November 1937 keinen Plan. Er offenbart seine Absichten in Bezug auf Österreich und auf die Tschechei, spricht von vielen Möglichkeiten und läßt damit letztenendes offen, zu was er sich konkret entschieden hat.

So ist weder der Verdacht des Nürnberger Militärtribunals berechtigt, die Teilnehmer jener Besprechung im November 1937 hätten „gemeinsam einen Krieg geplant" noch der Verdacht, sie hätten „eine Verschwörung gegen den Frieden" angezettelt. Vielmehr haben von Neurath, von Blomberg und von Fritsch noch im Gespräch und mehrfach später Hitlers Gedankenspielen widersprochen. Vielmehr hat die Heeresführung mit den drei schon erwähnten Denkschriften des Generalstabschefs Beck eindeutig Stellung gegen eine eventuelle Eroberung der Tschechei bezogen. Beck wird entlassen, als er versucht, eine Mehrheit der Generale gegen Hitler aufzubringen. Von einer Verschwörung der sechs Generale und Minister gegen den Frieden kann man da fürwahr nicht sprechen.

Ob jede Einzelheit und Formulierung, die mit dem in Nürnberg vorgelegten Hoßbach-Protokoll überliefert ist, und ob jeder Ausdruck von Gewaltbereitschaft und Zynismus, den man da lesen kann, wirklich Originalton Hitler ist, läßt sich angesichts der Zweifel an der Echtheit des Papiers nicht sagen. Fälschungen an weiteren Hitler-Reden lassen das nicht unwahrscheinlich sein. Für die Mitwisserschaft und Mitverantwortung der anwesenden Generale und Minister ist entscheidend, was Hitler an jenem 5. November 1937 wirklich sagt. Dazu gehören auch die Wortwahl und Nuancen, die Auslassungen und Ergänzungen.

Von all' diesem Ringen um eine Politik des Friedens oder Krieges erfahren weder Öffentlichkeit noch Militär in Deutschland. Selbst beim Wechsel des Oberbefehlshabers des Heeres drei Monate danach informiert Generaloberst von Fritsch seinen Nachfolger von Brauchitsch nicht über den Inhalt jener Besprechung. Zu dieser Zeit hätte in Deutschland ohnehin niemand angenommen, daß die Wehrmacht zu anderem dienen könnte, als zum Schutz von Land und Volk. Am 5. November 1937 schließen Deutschland und Polen außerdem ein neues Minderheitenschutzabkommen, was niemanden vermuten läßt, daß Hitler am gleichen Tage über Angriffskriege nachdenkt.

Für die Öffentlichkeit setzt Hitler sein Werben für den Frieden fort. Die Bevölkerung im Land und mit ihr die Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS haben damit auch nach der Generalsbesprechung vom 5. November 1937 keinen Anlaß, Schlimmes zu befürchten. In der Neujahrsansprache von 1938 zum Beispiel spricht Hitler von der Zukunft der Nation und fugt den folgenden Gedanken an:

> *„Außenpolitisch erfordert dies den Ausbau der deutschen Wehrmacht. Denn nur als starker Staat glauben wir in einer so unruhevollen Zeit unserem Volk jenes Gut auch in Zukunft erhalten zu können, das uns als das Köstlichste erscheint, den Frieden. Denn die Wiederaufrichtung der deut-*

schen Nation ist erfolgt ohne jeden Angriff nach außen, nur durch die Leistungen unseres Volkes im Innern. ... Daß die Gnade des Herrgotts auch im kommenden Jahr unser deutsches Volk auf seinem Schicksalsweg begleiten möge, sei unsere tiefste Bitte." [43]

Wer mochte bei einer solchen Neujahrsbotschaft schon Schlimmes ahnen?

Hitlers neuer Ton dem Ausland gegenüber

Das Jahr 1938 bringt die Sudetenkrise.

In der Konferenz von München entscheiden die Regierungen von England, Frankreich, Italien und Deutschland, daß die habsburgisch-deutschen Sudetenlande aus der Tschechoslowakei zu lösen und an das Deutsche Reich zu übertragen sind. Der neuerliche Erfolg belebt das Vertrauen der Bevölkerung zu seiner offensichtlichen Methode, die durch Versailles abgetrennten Deutschen allein durch Drohung, Sturheit und Verhandlung „heim ins Reich" zu holen. Das deutsche Volk hat zunächst Grund, Hitlers Versicherung zu glauben, daß Deutschland kein Interesse an den Tschechen habe.

Nach dem Erfolg der Münchener Konferenz fängt Hitler an, die Heimkehr der Sudetendeutschen in öffentlichen Reden zu seiner alleinigen Eigenleistung umzudeuten. Er schmälert die Unterstützung der Regierungen in London und Paris, die – wie es ja wirklich war – nur unter seiner Drohung mitgeholfen haben. Hitler brüskiert damit das Ausland in völlig überflüssiger Weise.

Die Neujahrsrede 1939 klingt ganz ähnlich wie die von 1938. Sie ist erfüllt vom Dank für die „Heimkehr" der Österreicher und der Sudetendeutschen im abgelaufenen Jahr. Sie endet:

> *„Im übrigen aber haben wir wie immer nur den einen Wunsch, daß es auch im kommenden Jahr gelingen möge, zur allgemeinen Befriedung der Welt beizutragen. Möge die Gnade des Herrgotts dabei unser deutsches Volk auf seinem Schicksalsweg begleiten."* [44]

Auch im nur kurzen Neujahrsbefehl an die Wehrmacht schlägt Hitler keine aggressiven Töne an:

> *„Soldaten!...*
> *Ich bin gewiß, daß Ihr auch in Zukunft stets bereit sein werdet, die Lebensrechte der Nation gegen jedermann zu schützen."* [45]

So treten die deutschen Bürger und Bürgerinnen und die Angehörigen von Wehrmacht und Waffen-SS das Kriegsjahr 1939 mit Hitlers Friedensbeteuerungen im Ohr und im Bewußtsein an.

---

[43] Domarus, Band 1, Seite 774
[44] Domarus, Band 2, Seite 1025
[45] Domarus, Band 2, Seite 1027

1939 bekommen die Hitler-Reden einen neuen Unterton. Der Diktator wird nach den Erfolgen der vergangenen Jahre selbstsicherer und neigt dazu, zu prahlen, zu polemisieren und zu provozieren. Doch in öffentlichen Reden sagt er nach wie vor nicht, daß er gewillt ist, für weitere Ziele Krieg zu führen. Die Bereitschaft zum Konsens mit den Siegern von 1918 nimmt dennoch hörbar ab.

Am 30. Januar 1939 gibt Hitler vor dem Reichstag in der Krolloper in Berlin eine Regierungserklärung ab, die er – wie Politiker in aller Welt – mit einer langen Aufzählung der eigenen Erfolge anfängt. Er dankt dabei zwar noch den Regierungschefs der drei Staaten, die in München ihr Plazet für die Heimkehr der Sudetendeutschen gaben, aber dann verfällt er dem „Erfolgsrezept" von München und läßt die Muskeln spielen. Er erklärt, daß die Lösung der Sudetenfrage nur möglich gewesen sei, weil er mit Krieg gedroht hat. Was dann kommt, ist verständlich, aber äußerst unklug für den Kanzler einer Mittelmacht:

> *„Deutschland hat in einem Gebiet, wo weder Engländer noch andere Nationen etwas zu suchen haben, für zehn Millionen deutsche Volksgenossen das Selbstbestimmungsrecht hergestellt. Es hat dadurch niemanden bedroht, es hat sich nur zur Wehr gesetzt gegen den Versuch der Einmischung Dritter. Und ich brauche Ihnen nicht zu versichern, meine Abgeordneten, daß wir es auch in Zukunft nicht hinnehmen werden, daß in gewisse, nur uns angehende Angelegenheiten westliche Staaten sich einfach hineinzumengen versuchen, um durch ihr Dazwischentreten natürliche und vernünftige Lösungen zu verhindern."* [46]

Abgesehen von dem schönfärbenden Satz mit „niemanden bedroht" vermittelt Hitler mit seinen Worten zwei Glaubenssätze, die ihm und dem deutschen Volk in der Folge zum Verhängnis werden. Der erste ist, daß Sturheit und Entschlossenheit in jedem Fall erfolgreich sind. Der zweite ist, daß Deutschlands weitere Revisionspolitik zum Ausgleich der noch offenen Versailles-Schäden im Alleingang und ohne Zustimmung der früheren Sieger möglich ist. Mit diesen zwei falschen Denkansätzen beginnen Hitlers verhängnisvolle außenpolitische Fehlleistungen des Jahres 1939: die Besetzung der Rest-Tschechei und der Angriff gegen Polen.

Im Mittelpunkt der erwähnten Regierungserklärung vom 30. Januar 1939 stehen Wirtschaftsfragen und der enge Lebensraum der Deutschen. Hitler stellt zu diesem Thema fest, daß die Ausweitung des Lebensraums derzeit nicht möglich ist und fragt:

> *„Unter den aber nun vorhandenen Umständen bleibt uns kein anderer Weg als der der Fortsetzung einer Wirtschaftspolitik, die versuchen muß, aus dem gegebenen Lebensraum das Höchste herauszuwirtschaften. Dies erfordert eine immer größere Steigerung unserer Leistungen und eine Erhöhung der Produktion. .. "* [47]

---

[46] Domarus, Band 2, Seite 1049
[47] Domarus, Band 2, Seite 1053

Daß Adolf Hitler nur sechs Wochen später das Auseinanderbrechen der Tschechoslowakei dazu mißbraucht, mit der Rest-Tschechei das erste Stück „Lebensraum im Osten“ zu erobern, kann bei diesen Worten keiner der anwesenden Abgeordneten vermuten.

Hitler setzt seine Regierungserklärung mit einer Schelte der amerikanischen und englischen Presse fort, die Deutschland unterstellt hat, es wolle „England und Amerika anfallen“. Er schimpft über Juden und Bolschewiken und kommt zum Schluß zum Verhältnis Deutschlands zum Ausland. Dabei wirbt er allerdings wieder um die Freundschaft der Amerikaner, der Briten und Franzosen, jedoch mit einem Seitenhieb. Hitler verbittet sich „bei aller Freundschaft“ die Einmischung des Auslands in die deutschen Angelegenheiten. Er appelliert dabei an den Friedenswillen der ausländischen Regierungen und schließt die Rede mit dem Hinweis auf das derzeit gute Verhältnis zum Nachbarn Polen. Die Rede mag deutschen Ohren nach Jahren der Siegerwillkür und der Not wohlgeklungen und geschmeichelt haben, für die außenpolitischen Beziehungen des Reiches aber ist sie Gift. Wieder vermittelt Hitler dem deutschen Volk die Illusion vom Frieden mit den Nachbarn. Das kann durchaus daran liegen, daß er sich im Januar 1939 selbst noch Illusionen zum deutsch-polnischen Verhältnis macht.

Hier müßte nun nach der zeitlichen Sequenz der Hitler-Vortrag vom 10. Februar 1939 erwähnt werden. Doch weil Hitler diesen vor dem geschlossenen Kreis der Truppenkommandeure des Heeres hält, soll er erst nach dem Kapitel „Hitlers neuer Ton dem Ausland gegenüber“ folgen.

In der ersten Märzhälfte 1939 bricht die Tschechoslowakei im Streit der Tschechen, Slowaken und Ruthenen auseinander, und Hitler macht die Tschechei mit einem erzwungenen Vertrag zum Protektorat des Deutschen Reichs. In Deutschland ist die Annexion der Rest-Tschechei nicht populär. Man fragt sich, ob das nötig war und registriert den Wortbruch. Schließlich hat Hitler, als er ins Amt kam, am 27. Mai 1933 in einer Rundfunkrede kundgetan:

> *„Wir werden niemals fremde Menschen zu unterwerfen versuchen.“* [48]

Beim Einmarsch der Reichswehrtruppen in das ungeschützte Rheinland sagt Hitler:

> *„Wir haben in Europa keine territorialen Forderungen zu stellen.“* [49]

Vier Tage vor der Heimkehr der Sudetendeutschen in das Reich wiederholt er vor großem Publikum im Sportpalast Berlin:

> *„Es ist die letzte territoriale Forderung, die ich in Europa zu stellen habe*[50]*. ... Wir wollen gar keine Tschechen*[51]*.“*

Hitler macht sich mit der Annexion der Rest-Tschechei erstmals offenkundig vor dem eigenen Volk zum Lügner.

---

[48] Domarus, Band 1, Seite 279
[49] Am 7. März 1936, Domarus, Band 1, Seite 596
[50] Am 26. September 1939, Domarus, Band 1, Seite 927
[51] Am 26. September 1939, Domarus, Band 1, Seite 932

Zwei Wochen nach der Rest-Tschechei-Besetzung, am 31. März, bietet England Polen eine Garantie zum Schütze gegen Deutschland an, und Polen stellt sich in der Danzig-Frage fortan stur. Hitler ist empört. Er will nicht begreifen, daß der Schritt nach Prag der Anfang eines falschen Weges ist. Am Tag nach Englands Angebot an Polen, am 1. April 1939, nutzt Hitler den Stapellauf des Schlachtschiffes „Tirpitz“ in Wilhelmshaven zu einem öffentlichen Auftritt und zu einer Rede. Er versucht, sein Vorgehen in der Tschechei zu rechtfertigen und reagiert dabei ungehalten auf das Angebot der Briten an die Polen. Zum einen begründet er die Übernahme der Tschechei mit einem Gewohnheitsrecht aus der tausendjährigen gemeinsamen deutsch-tschechischen Geschichte und zum anderen mit der Gefahr, die stets von einer französischen oder russischen Nutzung der tschechischen Militärflugplätze gegen Deutschland ausgegangen ist. Dann – und das ist für den weiteren Verlauf des Geschehens der Jahre 1939-1940 vom Bedeutung – rechnet Hitler mit den „tugendhaften“ Briten ab.

> *„Wenn heute ein englischer Staatsmann meint, man könne und müsse alle Probleme durch freimütige Versprechungen und Verhandlungen lösen, dann möchte ich diesem Staatsmann nur sagen: Dazu war vor unserer Zeit 15 Jahre lang Gelegenheit! Wenn die Welt heute sagt, daß man die Völker teilen müßte in tugendhafte Nationen und solche, die nicht tugendhaft sind – und zu den tugendhaften Nationen gehören in erster Linie die Engländer und Franzosen, und zu den nicht tugendhaften gehören die Deutschen und Italiener -, dann können wir nur antworten: Die Beurteilung, ob ein Volk tugendhaft oder nicht tugendhaft ist, ... müßte man dem lieben Gott überlassen. ... Mit welchen Mitteln haben denn die tugendhaften Nationen sich ein Viertel der Welt erworben ? ... Es sind keine tugendhaften Methoden gewesen. 300 Jahre lang hat dieses England nur als untugendhafte Nation gehandelt, um jetzt im Alter von Tugend zu reden.“* [51]

Die Stiche gegen England und Frankreich sind angesichts der letzten Kolonialerwerbungen beider Länder vor nur zwei Jahrzehnten nicht ganz unberechtigt, doch Hitler setzt die Rede mit einem kapitalen Fehler fort. Er bezeichnet das am Vortag vorgeschlagene Anerbieten der Briten an die Polen als Zeichen einer Einkreisung des Deutschen Reichs und droht, bei Abschluß eines Militärvertrags zwischen Warschau und London seinerseits das Deutsch-Britische Flottenabkommen von 1935 aufzukündigen. Großbritanniens Macht und Weltreich beruhen auf der Überlegenheit der Flotte, und Hitler trifft hier mit voller Wucht auf Englands bloßen Nerv. Als er seine Drohung wenige Tage später wirklich wahr macht, bricht er die Brücke ab, die er sich vor vier Jahren selbst auf seinem Weg zu einer Verständigung mit Großbritannien geschlagen hat. England hat nun einen Grund mehr, gegen Deutschland Krieg zu führen.

Diese Wilhelmshaven-Rede schreckt in Deutschland vor allem die Führung der Kriegsmarine auf, die sofort die wachsende Gefahr einer britisch-deutschen Aus-

[51] Domarus, Band 2, Seite 1121

einandersetzung sieht, und die daran denkt, daß die USA mit ihrer Sympathie stets auf Englands Seite stehen. Der Oberbefehlshaber der Marine Raeder nimmt seine Verantwortung als Berater des Reichskanzlers Hitler sehr ernst und trägt ihm mehrmals vor, daß Deutschland einem Seekrieg mit Großbritannien nicht gewachsen ist. Er warnt davor, die Briten in irgendeiner Form zu reizen. Und Hitler versichert Raeder jedesmal, er werde es nicht zum Krieg mit England kommen lassen. Auch Göring rät Hitler, falsche Schritte gegenüber Großbritannien zu vermeiden. Er bekommt die gleichen beschwichtigenden Antworten wie Großadmiral Raeder.

Bei ein paar offiziellen Auftritten in der Zeit danach wiederholt Hitler dieses Spiel. Er wirft den Briten ihr eigenes Sündenregister vor und wirbt zugleich um ihre Partnerschaft. Die Spitzengenerale und Admirale warnen Hitler, doch sie respektieren dessen politische Entscheidungen. Sie hoffen, daß Hitler den Bogen nicht überspannt. Nach ihrer bisherigen Sicht der Dinge gibt es nach einer endgültigen Lösung der noch immer offenen Danzig-Frage auch nichts mehr zu regeln. Selbst nach der von Hoßbach festgehaltenen Geheimbesprechung vom 5. November 1937 steht scheinbar nichts Weiteres mehr im Raum. Die Ankündigungen vom größeren Lebensraum sind nach Ansicht der Wehrmachtsführung mit Österreich und der Tschechei bereits eingelöst. Von einem Kriege gegen die Sowjetunion ist bislang keine Rede. Und Hitler hat auch stets gesagt, daß er Kriege gegen Frankreich oder England von sich aus vermeiden will, selbst wenn er sie auf Dauer für unvermeidlich hält. So steht mit der Wilhelmshaven-Rede für die Generale und Admirale derzeit nur die riskante Unvorsichtigkeit des Politikers Adolf Hitler zur Debatte, nicht aber eine Absicht, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln. Für sie ist der Schutz des Deutschen Reiches nach wie vor die Rolle, für die sie die neue Wehrmacht aufgebaut und aufgerüstet haben.

An diese Stelle gehört auch noch einmal die Hitler-Rede vom 28. April 1939, die schon an früherer Stelle dieses Buchs Erwähnung findet. Am 14. April hatte US-Präsident Roosevelt Hitler einen Brief geschickt und ihm „aus Sorge für alle die anderen Völker der westlichen Hemisphäre“ aufgefordert, 31 namentlich genannte Staaten in den nächsten 10 oder besser 25 Jahren nicht anzugreifen. Des weiteren hatte Roosevelt Verhandlungen über Abrüstungen vorgeschlagen. Hitler antwortet mit der schon erwähnten Reichstagsrede, daß das Deutsche Reich vor zehn Jahren abgerüstet hätte, daß die Siegerstaaten ihren Vertragspflichten, damals gleichfalls abzurüsten, nicht nachgekommen seien, und er verweist auf seine eigenen Abrüstungsvorschläge, die die Sieger aus ihrer damaligen Position der Stärke allesamt abgelehnt hätten. Und Hitler fragt Roosevelt sarkastisch, warum er – Hitler – auch die Unabhängigkeit der Republik Irland garantieren solle, wo sich der irische Präsident de Valera doch gerade darüber beklagt habe, daß Irland unter den „fortwährenden Aggressionen Englands leide“.



Abb. 8: Adolf Hitler bei seiner Erwiderungsrede am 28. April 1939

Hitlers Luftwaffenadjutant von Below schreibt zu dieser Reichstagsrede:

> *„Hitlers Reichstagsrede am 28. April glich einer politischen Explosion. Die Beamten des Auswärtigen Amtes wählten den Ausdruck. ... Weit verbreitet in Deutschland war die Ansicht, daß es eine der besten Reden Hitlers gewesen sei. ...Im kleinen Kreis in der Reichskanzlei äußerte Hitler sich ernst und verbittert. Ihm sei immer klarer geworden, daß die Feindschaft der westlichen Demokratien nicht allein der nationalsozialistischen Regierung in Deutschland gelte, sonder dem ganzen deutschen Volk. ... Die Kündigung der Verträge mit Polen und England wirkte aufweite Teile des Volkes und auf die Umgebung Hitlers alarmierend.“* [53]

So vergiftet Hitler das außenpolitische Klima mit einer Reihe von brisanten Reden, die aus damaliger Sicht zwar nachvollziehbar, doch politisch in höchstem Maße schädlich sind. Schließlich hatte Hitler den Abrüstungsvorschlägen Roosevelts von 1933 zugestimmt, doch nicht die Siegerstaaten. Schließlich waren zwischen 1919 und 1939 die USA in Nicaragua einmarschiert, die Sowjetunion in der chinesischen Mandschurei und die Norweger ins dänische Grönland. Schließlich hatten die Holländer in dieser Zeit die Freiheitsbewegung in Niederländisch Indien[54] blutig unterdrückt, die Franzosen das gleiche in Marokko und in Syrien

[53] v. Below, Seiten 162 f
[54] heute Indonesien

und die Briten in Indien getan. Und schließlich hatte England Ägypten – Sudan und Irland in diesen Jahren gegen den Willen der dortigen Regierungen geteilt. So sind Hitlers Klagen über die Einmischungen der Briten und der Amerikaner „im Namen der Völker der westlichen Hemisphäre“ nicht ganz aus der Luft gegriffen.

Hitlers Vortrag vor den Kommandeuren am 10. Februar 1939

Nun sei der Vortrag nachgeholt, den Hitler am 10. Februar 39 vor den Truppenkommandeuren des Heeres in Berlin hält[55]. Mit diesem Vortrag lüftet Hitler wieder mal den Vorhang, der seine Absichten verhüllt, ein kleines bißchen, ohne jedoch konkrete Pläne zu eröffnen. Er wiederholt seinen Lebensraumgedanken, ohne allerdings zu offenbaren, an welche Territorien er dabei denkt. Er spricht von seinen Sorgen um die Ernährungslage Deutschlands, vom Bevölkerungswachstum, von der Wahrung des Lebensstandards, vom Mangel an Getreide, Erzen, Holz und er dekliniert die Lösungsmöglichkeiten durch: Im- und Exportsteigerung, Geburtenkontrolle, Auswanderung oder Anpassung des Lebensraums an die Bedürfnisse der schnell wachsenden Bevölkerung. Ein verstärktes Drängen auf den Weltmarkt lehnt er ab, weil das schon der tiefere Grund zum letzten Krieg gewesen sei. Geburtenkontrolle und Auswanderung schließt Hitler als probate Lösungsmöglichkeiten aus. So verkündet Hitler, daß er die Absicht habe, „das deutsche Raumproblem zu lösen“.

> *„Es ist nicht mein Ziel, meine Herren, vielleicht einen Krieg zu führen, sondern mein Ziel ist es, die unabweisbaren deutschen Lebensforderungen und Erfordernisse durchzusetzen, und zwar mit allen Mitteln, also, um mit Clausewitz zu sprechen, mit den Mitteln der Politik, ... und wenn notwendig, aber auch mit den Mitteln des Schwertes. ... Seien Sie daher nicht überrascht, wenn auch in den kommenden Jahren bei jeder Gelegenheit irgendein deutsches Ziel zu erreichen versucht wird, und stellen Sie sich dann, bitte sehr, in gläubigem Vertrauen hinter mich.“* [56]

Hitler legt hier offen, daß er nicht vor einem Krieg zurückscheut, aber er läßt für jeden, der den Krieg als Mittel der Politik nicht akzeptiert, gedanklich eine Hintertür zur Hoffnung offen, daß es schon nicht zum Schlimmsten kommen werde, als er sagt:

> *„Das ist es aber auch, was meiner Überzeugung nach am ehesten geeignet ist, jede solche Gefahr zu mildern, die Dauer von Kriegen abzukürzen und vor allem unter Umständen überhaupt Kriege zu vermeiden.“* [57]

[55] Bundesarchiv, Dokument NS 11/28 und Müller KJ, Seiten 365-375
[56] Müller KJ, Seiten 374 f
[57] Müller KJ, Seite 374

So weiß nun jeder zuhörende Heereskommandeur, was Hitler jenseits der Revision des Versailler Vertrags bewegt. Er weiß auch, daß ihm dazu jedes Mittel recht ist, auch der Krieg. Jeder zuhörende Kommandeur ist von diesem Zeitpunkt an gewarnt. Aber Hitler hat auch bei dieser Rede wieder nicht von „Lebensraum im Osten“, von Polen, der Ukraine oder der Sowjetunion gesprochen. So bleibt der Vortrag Hitlers ein brisantes politisches Bekenntnis und kein konkreter Kriegsplan. Als die Tschechei gut einen Monat später zum Protektorat des Reichs und dem deutschen Wirtschaftsraum angeschlossen wird, mag mancher der Zuhörer vom 10. Februar glauben, dies schon sei die Erfüllung von Hitlers Lebensraum-Idee.

Hitlers Rede vom 23. Mai 1939 und das Schmundt-Protokoll

Gut drei Monate nach jenem Vortrag vor den Heereskommandeuren spricht Hitler in einer geheimen Konferenz wieder vor den Spitzen der drei Wehrmachtsteile. Diese Rede vom 23. Mai 1939 ist nach Sinn und Inhalt sehr umstritten. Sie ist die zweite der schon erwähnten „Schlüsselreden“, mit denen das Nürnberger Militärgericht versucht, den angeklagten Generalen und Admiralen ihre „gemeinsame Planung eines Krieges und Verschwörung gegen den Frieden“ nachzuweisen[58]. Die Rede, das sei gleich vermerkt, liegt auch in diesem Falle nicht als Wortlautprotokoll vor. Oberstleutnant Schmundt, zu der Zeit Hitlers Wehrmachtsadjutant, hat sie irgendwann nach der Besprechung aus dem Gedächtnis zu Papier gebracht. Er vermerkt auf der ersten Seite seiner Niederschrift „sinngemäß wiedergegeben“ und weist damit darauf hin, daß er sich nicht an Hitlers Wortlaut hält.

Großadmiral Raeder, im Nürnberger Prozeß mit der Schmundt-Niederschrift konfrontiert, sagt vor Gericht:

> *„Es ist meiner Ansicht nach die unklarste Urkunde über eine Rede Hitlers, die überhaupt vorhanden ist, denn ein großer Teil der Ausführungen hat meines Erachtens gar keinen Sinn. ...Es gibt gerade in diesem Falle keineswegs den Charakter der Rede richtig wieder.“* [59]

Wir Leser sind allerdings auf diese einzige Niederschrift zu jener Hitler-Rede angewiesen.

Hitler hat am 23. Mai 1939 die Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile und ihre Generalstabschefs zu sich in die Reichskanzlei befohlen, um ihnen zwei Dinge mitzuteilen: erstens, daß er einen Extra-Studienstab zur eigenen Verfügung im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) eingerichtet haben will. Der soll ihm die Bedingungen untersuchen, denen Kriege in der Zukunft unterliegen. Und zwei-

[58] IMT Dokument 079-L/US-27 und Domarus, Band 2, Seiten 1196 ff
[59] IMT Verhandlungen, Band XIV, Seiten 48 f

tens teilt er mit, daß er gedenkt, Polen bei günstiger Gelegenheit als potentiellen Gegner in Deutschlands Rücken auszuschalten.

Um diese Rede zu verstehen, muß man sich die jüngste Entwicklung bis zum Mai 1939 ins Gedächtnis rufen. Im Januar verhandeln die deutsche und die polnische Regierung, um eine Lösung in der Korridor- und Danzig-Frage zu erreichen. Im März 1939 läßt Hitler die Tschechei als Protektorat des Deutschen Reichs besetzen. Polen, das sich im Oktober 1938 noch selbst ein Stück der Tschechoslowakei genommen hat, glaubt nun, einen Ausgleich mit den Deutschen nicht mehr nötig zu haben und weigert sich, weiter über Danzig zu verhandeln. Polen nutzt die Chance und wechselt ins Lager der Briten und Franzosen. Zur gleichen Zeit lebt die Unterdrückung der deutschen Minderheit in Polen wieder auf. Seit Februar häufen sich antideutsche Kundgebungen in Polens Städten[60], und die große Zahl polnischer Übergriffe gegen Deutsche empört die Bevölkerung im Reich. Das deutsch-polnische Verhältnis, das vor der Tschechei-Besetzung noch Anlaß zu Hoffnung auf Verständigung gibt, beginnt nun hochzukochen. Hitler ist offensichtlich stark verärgert über die vom ihm selbst verpatzte Chance und über diese Reaktion der Polen. Er schiebt die Weigerung der Polen, weiter über Danzig zu verhandeln, auf das Angebot der Briten, Polen vor der deutschen Danzig-Forderung zu schützen. So richtet sich der Ärger Hitlers zu dieser Zeit vor allem gegen die Briten und die Polen. Hitler weist am 3. April 1939 das OKW an, einen Feldzug gegen Polen für den Fall vorzubereiten, daß Polen seine Haltung gegenüber dem Deutschen Reich verschärfen sollte.

In dieser Lage informiert Hitler die Spitzengenerale über seine Sicht der außenpolitischen Verhältnisse und entwickelt in einer recht konfusen Rede, wie Deutschland militärisch zu verfahren hat. Diese Ansprache – so wie sie „sinngemäß wiedergegeben“ ist -, ist aggressiv, wie vor dem Kriege keine andere. Etliche grauslich martialische Passagen daraus eignen sich wahrlich zum Zitieren, doch ob sie wirklich so von Hitler stammen, ist nicht bekannt.

Ein Gesamtkonzept für einen neuen Weltkrieg verrät die Rede nicht. Doch sie läßt vielerlei erkennen: zum ersten, daß Hitler angesichts der Aufrüstung fast aller Staaten in Europa einen neuen Krieg für unausweichlich hält. Zum zweiten, daß Deutschland seiner Meinung nach mehr Raum für Landwirtschaft und Bodenschätze braucht. Zum dritten, daß er Polen bei günstiger Gelegenheit angreifen und als potentiellen Gegner in Deutschlands Rücken ausschalten werde und viertens, daß er hofft, Kriegen mit anderen Staaten in Europa noch lange zu entgehen.

Konkret wird Hitler bei dieser umfangreichen Rede zu drei Punkten. Er will den eigenen Studienstab beim OKW. Er will Polen „bei erster passender Gelegenheit angreifen“ und er möchte bis 1943 beziehungsweise 1944 bereit für eine große Auseinandersetzung in Europa sein.

[60] Archiv der Gegenwart, Seite 3962

Der Lebensraum-Gedanke wird den Generalen 1939 nicht so absurd erscheinen, wie dem Leser heute. In den 30er Jahren versuchen Italien und Japan mit Gewalt und Polen auf dem Verhandlungswege[61], Kolonien oder Kolonialbeteiligungen zu erwerben, um Siedlungsraum für ihre schnell wachsenden Bevölkerungen zu gewinnen. Das Lebensraum-Problem, das England, Frankreich, die Sowjetunion, die USA und andere zu der Zeit schon mit Kolonien oder Expansionen längst für sich gelöst haben, ist bei den kolonialen Habenichtsen nicht nur in Deutschland Thema.

Zurück zu Hitlers Rede. Die ganze Logik dieser Rede, so wie sie von Schmundt aus dem Gedächtnis nachgeschrieben worden ist, springt etwas hin und her. Mit etwas nachvollzogener Ordnung der Gedanken und in den Worten Schmundts entwickelt Hitler vor den Generalen folgende Gedankenkette:

- Die Sieger hätten das Gleichgewicht der Kräfte in Europa ohne Deutschland festgelegt.
- Der Wiedereintritt Deutschlands in den Kreis der Machtstaaten störe dieses Gleichgewicht.
- Alle deutschen Ansprüche würden als „Einbruch" gewertet.
- England fürchte seine wirtschaftliche Gefährdung.
- Die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands müßten gelöst werden.
- Kolonien seien keine Lösung des Ernährungsproblems. Die Wege dorthin könnten von England auf den Meeren blockiert werden.
- Ohne Einbruch in fremde Staaten oder Angreifen fremden Eigentums sei keine Lösung der wirtschaftlichen Probleme möglich.
- Es bliebe Deutschland die Wahl zwischen Aufstieg oder Abstieg.

Dann springen Hitlers Gedanken zur Rolle Polens über:

- Polen werde immer auf der Seite unserer Gegner stehen. Trotz Freundschaftsabkommens habe in Polen immer die Absicht bestanden, jede Gelegenheit gegen uns auszunutzen.
- Das Problem „Polen" sei deshalb von der Auseinandersetzung mit dem Westen nicht zu trennen.
- Zwinge uns das Schicksal zur Auseinandersetzung mit dem Westen, sei es gut, einen großen Ostraum zu besitzen.
- Danzig sei nicht das Objekt, um das es gehe. Es handele sich für uns um die Erweiterung des Lebensraum im Osten und die Sicherstellung der Ernährung.
- Es entfalle also die Frage, Polen zu schonen und bleibe der Entschluß, Polen bei erster passender Gelegenheit anzugreifen.
- Es dürfe nicht zu einer gleichzeitigen Auseinandersetzung mit Frankreich und England kommen.
- Falls es nicht sicher sei, daß England und Frankreich in einer deutsch-polnischen Auseinandersetzung unbeteiligt blieben, gelte der Kampf in erster Linie den zwei genannten Ländern.

---

[61] Polens Außenminister Beck trägt dies am 26. Januar 1939 vor der in Warschau akkreditierten Auslandspresse vor. Siehe Archiv der Gegenwart, Seite 3905

Nun folgen Hitlers Überlegungen zu England und Frankreich.

- Hitler zweifelt an der Möglichkeit einer friedlichen Auseinandersetzung mit England.
- England sehe in Deutschlands Entwicklung die Fundierung einer Hegemonie, die England entkräften würde. England sei daher unser Feind und die Auseinandersetzung mit ihm gehe auf Leben und Tod.
- Es gehe dabei nicht um Recht oder Unrecht, sondern um Sein oder Nichtsein.

Nach dieser langen Kette von Gedanken beginnt Hitlers Rede, sich im Kreis zudrehen. Er sagt,

- daß man England nur einen entscheidenden Schlag beibringen könne, wenn man nicht durch Polen in einen Krieg mit England hineinschlittere und
- daß er hoffe, daß England und Frankreich sich nicht in einen deutsch-polnischen Krieg einmischten.
- So sei ein langer wie ein überfallartiger Krieg zur Zerschlagung der englischen Möglichkeiten auf dem Festland vorzubereiten.

Was also – so müssen sich die zuhörenden Generale fragen – will Hitler eigentlich? Lebensraum im Osten und wenn ja, wo soll das sein? Krieg mit England und Frankreich oder Krieg mit Polen oder beides? Jedenfalls will er nicht Krieg mit England, Frankreich und Polen zur gleichen Zeit, und – das verdient herausgestellt zu werden – er will nur „Englands Möglichkeiten auf dem Festland“ zerschlagen und nicht Englands Weltreich antasten.

Nach den Ausführungen über seine strategischen Absichten stellt Hitler fest, daß er nun einen Studienstab beim OKW braucht, der ihm die Bedingungen für solche Kriege untersucht. Dann läßt Hitler sich noch eine Weile über die Arbeit und die Unabhängigkeit des neuen Stabes von den Generalstäben der drei Wehrmachtsteile aus. Als Feldmarschall Göring am Ende der Besprechung fragt, was die Wehrmachtsteile denn nun zu unternehmen hätten und wann mit Krieg zu rechnen sei, antwortet Adolf Hitler nur, daß die Rüstungsprogramme auf 1943 bzw. 1944 abzustellen seien[62]. Das klingt nicht nach einem Einmarsch in Polen am 1. September 1939.

So weit die zweite „Schlüsselrede“ Hitlers, die er am 23. Mai 1939 vor den Oberbefehlshabern und den Generalstabschefs des Heeres, der Luftwaffe und der Marine hält.

Die Generale und Admirale nehmen, nach dem, was überliefert ist, aus der Besprechung nicht den Eindruck mit, daß Hitler in Bälde Krieg beginnt. Auch wenn der Ausspruch „bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen“ das so vermittelt, so hebt Hitlers Schlußbemerkung über einen Kriegsbeginn 1943 oder 1944 diesen Eindruck wieder auf.

---

[62] Domarus, Band 2, Seite 1201

Sieben Wochen vor der Rede hatte Polen ein Entgegenkommen in der Korridor- und Danzig-Frage abgelehnt, und England hatte Polen dabei durch ein Bündnisangebot bestärkt. Seitdem gibt es Hitlers Weisung an die Wehrmacht für den Fall „Weiß“[63]:

> *„Das deutsche Verhältnis zu Polen bleibt weiterhin von dem Grundsatz bestimmt, Störungen zu vermeiden. Sollte Polen seine bisher auf dem gleichen Grundsatz beruhende Politik ändern und eine das Reich bedrohende Haltung einnehmen, so kann eine endgültige Abrechnung erforderlich werden. ...*
> *Die Bearbeitung des Falles „Weiß“ hat so zu erfolgen, daß die Durchführung ab 1.9.1939 jederzeit möglich ist.“*

Die Generale und Admirale halten einen Krieg zur Rückgewinnung Danzigs und des Korridors im Sommer 1939 im Grundsatz für berechtigt. Dennoch bevorzugen alle ohne Ausnahme eine Lösung des Problems auf dem Verhandlungswege, weil sie die Weiterungen mit Frankreich und mit Großbritannien sehen. Sollte es zum Krieg mit Polen und zu einem Sieg der Wehrmacht kommen, ist der weitere Verbleib der ehemals deutschen Provinzen Posen und Westpreußen bei Polen oder Deutschland nach damals gängiger Auffassung beim Militär eine Angelegenheit der hohen Politik. In den Gebieten den „Lebensraum im Osten“ zu vermuten, von dem Hitler häufig spricht, liegt in dem Zusammenhang nicht fern. An eine Annexion ganz Polens denkt bei der Hitler-Rede vom 23. Mai aber offensichtlich niemand. Hitlers gedankliche Exkursion zum Lebensraum im Osten in dieser Rede ist so wenig greifbar und konkret, daß sie in der Folge weder Einfluß auf die weitere Polen-Planung der drei Wehrmachtsteile hat, noch für weitere Diskussionen Anlaß gibt. Aber in den Wochen und Monaten nach der Rede warnen die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile Hitler wiederholte Male davor, England und Frankreich falsch einzuschätzen. Doch der wiegelt stets mit Beruhigungen ab, „er habe die Dinge politisch fest in der Hand“[64], „er werde es nicht zum Krieg gegen England kommen lassen“ oder in gleichem Sinne ähnlich formuliert.

Die Rede vom 23. Mai 1939 ist in Teilen wirr und nebulös, doch sie zeigt Hitlers Vermutung, daß England sich der weiteren Stärkung Deutschlands mit einem Krieg entgegenstellen wird. Hitler entwickelt daraus seine Zwangsvorstellung, daß ein Krieg mit England unausweichlich sei, daß er Deutschland dafür weiter rüsten müsse, und daß es vielleicht von Vorteil sei, den Krieg mit England selber zu beginnen. Polen sei hier „nur“ das Land, das sich nun auf die falsche Seite stellt und deshalb ausgeschaltet werden müsse. Diese Deutung bestätigt sich schon binnen eines viertel Jahres, als England kurz vor Kriegsbeginn Deutschland einen Vertrag zur Partnerschaft in Aussicht stellt und Hitler dafür die Bereitschaft zeigt, den Polenfeldzug abzublasen. Doch England löst das Angebot nicht ein und so beginnt der Krieg mit Polen. Dies ist der Gegenstand des folgenden Kapitels.

---

[63] Hitlers Weisung vom 3. April 1939. Siehe dtv Hitlers Weisungen, Seiten 19ff
[64] Raeder, Band 2, Seite 163

Die zweite Schlüsselrede legt den Generalen wieder offen, daß Hitler bereit ist, fiir die Erweiterung des deutschen Lebensraumes Krieg zu fuhren. Aber er offenbart dabei weder, wann noch wie das sein soll. Die Reaktion der Generale zeigt, daß sie Hitler in dieser Art von Politik nicht stützen.

Hitlers Rede vom 22. August 1939 und die sieben Protokolle

Die dritte Schlüsselrede vor dem Krieg hält Hitler am 22. August 1939, gut eine Woche vor dem Kriegsausbruch. Er hat dazu die Führer der Heeresgruppen und der Armeen der drei Wehrmachtsteile in seine Obersalzberg-Residenz[65] befohlen, um sie in die außenpolitische Lage einzuweisen und auf den Feldzug gegen Polen einzustimmen.

Seit Beginn des Jahres 1939 kommt Hitler mit seinen Bemühungen um Danzig und den Korridor nicht weiter. Er hat Polen Verhandlungsangebote unterbreitet und zum Schluß mit Krieg gedroht. Die zum Obersalzberg angereisten Offiziere wissen zu Beginn der Rede nicht, ob Hitler wegen Danzig wirklich Krieg führt oder ob er blufft. Sie können zu der Zeit nur spekulieren. Am Tag vor Hitlers Rede gibt es eine Sensation. Stalin lädt Außenminister von Ribbentrop zum Abschluß von Verträgen nach Moskau ein. Hitler kann jetzt mit einem Abkommen mit Rußland rechnen, das ihm sicherstellt, daß die Sowjetunion im Falle eines deutsch-polnischen Krieges nicht zu Gunsten Polens eingreift. In dieser neuen Lage ist ein Einlenken der polnischen Regierung in letzter Stunde nicht ganz unwahrscheinlich, zumal auch noch immer ein passabler Kompromißvorschlag von deutscher Seite auf dem Tisch liegt. Die große Frage, die über jener Sitzung auf dem Obersalzberg liegt, heißt: Einigung mit Polen oder Krieg?

Die Rede, die Hitler in dieser angespannten Lage hält, könnte Aufschluß geben, ob er zu der Zeit wirklich Krieg um jeden Preis will, oder ob er mit dem massiven Druck der Drohung mit dem Krieg versucht, Polen die deutsche Stadt Danzig abzuringen. Selbst dieses große Aufgebot an Generalen auf dem Obersalzberg, das dem Ausland nicht verborgen bleibt, könnte dazu dienen, den Druck auf Polen zu erhöhen.

Hitler beginnt die Rede mit der Erklärung, daß er sich nun entschlossen habe, gegen Polen Krieg zu führen. Doch da die Gespräche zwischen der Reichsregierung und Polen weiterlaufen, ist es durchaus möglich, daß auch diese Worte nur zu Hitlers Drohszenario gehören. Im Falle der Tschechei, ein halbes Jahr zuvor, hatte Hitler allein mit der Ankündigung einzumarschieren, sein Ziel erreicht. Damals war kein Schuß gefallen. So bleibt trotz der eindeutigen Erklärung Hitlers für die Generale offen, was passiert.

---

[65] Residenz Hitlers außerhalb Berlin, nahe Salzburg

Die Brisanz der Rede liegt in etwas anderem. Diese Ansprache vor den Generalen ist die wohl am häufigsten zitierte Rede Hitlers. Von ihr liegen gleich sieben Niederschriften und Protokolle vor, die zum Teil sehr verschieden voneinander sind. Alle stimmen darin überein, daß Hitler seinen Entschluß zum Kriege gegen Polen ausführlich begründet. Hitler hält nach allen Protokollen eine Auseinandersetzung mit England und Frankreich für auf Dauer unumgänglich. Er glaubt, daß Polen in einem solchen Falle auf der Seite der gegnerischen Mächte und dann in Deutschlands Rücken steht. Er hält es deshalb angesichts der augenblicklich angespannten Lage für besser, den Konflikt mit Polen so bald wie möglich auszutragen. Hitler erläutert seine Sicht der Lage Großbritanniens und Frankreichs und folgert, daß beide Staaten bei einem sofortigen deutschen Angriff gegen Polen nicht wirklich zu den Waffen greifen. Er beurteilt dabei auch die europäischen Staats- und Regierungschefs, die auf das Geschehen Einfluß nehmen könnten. Er schließt seine Rede mit dem Gedanken, daß ein schneller deutscher Sieg die Ausweitung des Konfliktes zu verhindern hilft. Dies sind die wenigen Gedanken, die in allen Niederschriften und Protokollen in übereinstimmender Weise Erwähnung finden.

Bemerkenswert ist nun, daß die Rede Hitlers in einigen der Niederschriften in vulgärer Weise und mit der Erwähnung weitgesteckter Kriegsziele aufgeschrieben worden ist, während sie in anderen in nüchterner und sachlicher Weise ihren Ausdruck findet, vor allem ohne die Zitate, die von Hitlers Kriegsabsichten gegen Frankreich, England und gegen die Sowjetunion berichten. Damit bleibt offen, welche Niederschriften stimmen. Es kann sein, daß die einen Protokollanten Wichtiges verschweigen, um es zu verschleiern. Es kann auch sein, daß die anderen die Rede so ergänzen und frisieren, daß die Niederschriften eindeutigere „Beweise" der weitgesteckten Kriegsabsichten Hitlers und der deutschen Generale liefern. Wenn die „scharfen" Versionen der Redeniederschriften Falsches wiedergeben, wäre das fatal, denn sie und nur sie sind in die Geschichtsschreibung eingegangen. Sie prägen seit den Nürnberger Prozessen das Bild, das man sich in Deutschland und in der Welt von der frühen Mitwisserschaft der deutschen Generalität macht. So ist es für den Beweis der Komplizenschaft der Generale oder für ihre Entlastung von entscheidender Bedeutung, was Adolf Hitler an diesem 22. August 1939 denn nun wirklich sagt.

Der Vergleich der Niederschriften ist wie ein Stück aus einem Kriminalroman. Die sieben Protokolle der Obersalzberg-Rede verschwinden 1939 in den diversen Akten und tauchen bei den Nürnberger Prozessen 1945 als „Beweise" wieder auf.

Als erstes legt die Nürnberger Anklagebehörde ein angebliches Originaldokument vor[66], das die Hitler-Ausführungen in besonders brutalen, vulgären und grotesken Formulierungen wiedergibt. Das „Dokument" wird dem US-Ankläger Alderman von einem amerikanischen Journalisten zugespielt[67]. Es wird in die

[66] IMT Dokument 03-L/US-28
[67] IMT Verhandlungen, Band XIV, Seite 76

Verhandlung eingeführt, dann aber gleich als Beweisstück abgelehnt. Zu offensichtlich ist die Fälschung. Diese vom Gericht nicht anerkannte Falsch-Version glänzt mit Zitaten und Schilderungen wie:

> *„Entschluß zum Angriff auf Polen im Frühling. ... Ich lasse jeden füsilieren, der auch nur ein Wort der Kritik äußert. ... Das Kriegsziel ist nicht das Erreichen von bestimmten Linien, sondern die physische Vernichtung des Gegners. ... Polen wird entvölkert und mit Deutschen besiedelt. ... Nach Stalins Tod zerbrechen wir die Sowjetunion. Dann dämmert die deutsche Erdherrschaft herauf." Nach der Falsch- Version setzt Hitler fort: „Ich habe nur Sorge, daß mir Chamberlain oder irgend so ein anderer Saukerl im letzten Moment mit Vorschlägen und Umfallen kommt. Er fliegt die Treppe herunter. Und wenn ich ihm persönlich vor den Augen aller Photographen in den Bauch treten muß. ... Ob die Welt das glaubt, ist mir scheißegal. ... Die Bürger Westeuropas müssen vor Entsetzen erbeben. ... Und nun ran an den Feind! In Warschau feiern wir Wiedersehen! ... Die Rede wurde mit Begeisterung aufgenommen. Göring stieg auf den Tisch. Blutrünstiger Dank und blutrünstiges Versprechen. Er tanzte wie ein Wilder herum."* [68]

Soweit die erste Falsch-Version.

Fatal für das besiegte Deutschland ist, daß die Anklagebehörde diese vulgäre und brutale „Wildwest-Version" der Hitler-Rede, **nachdem** sie sie als Fälschung für die Beweisaufnahme abgelehnt hat, in 250 Exemplaren kopieren und an die in Nürnberg vertretene Auslandspresse verteilen läßt. Ein Propagandacoup der Sieger gegen die Besiegten. Für die Medien in aller Welt ist das die „Offenbarung", wie Hitler mit den Generalen spricht, und daß er Welteroberungspläne hegt und die auch nicht verheimlicht hat[69]. US-Ankläger Alderman bezeichnet diesen Vorgang, von dem man kaum glauben kann, daß er nur ein Versehen ist, anschließend vor dem Gerichtshof lakonisch als „irgend ein technischer Fehler"[70]. So unwürdig dieser Fehler für das Internationale Tribunal ist, so dauerhaft ist seine Wirkung auf die Geschichtsschreibung in Deutschland und der Welt. In der offiziellen Dokumentation der englischen Außenpolitik, den „Documents on Britisch Foreign Policy" zum Beispiel ist diese und nur diese Falschversion verewigt.[71] Noch heute werden Zitate aus jener Falsch-Version verwendet. Selbst die Herausgeber der abgedruckten und veröffentlichten Akten des Auswärtigen Amts sind sich nach dem Kriege nicht zu schade, die Falsch-Version neben einer zweiten, ebenfalls mit Zweifeln behafteten Variante in den „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik" abzudrucken und als sogenanntes Dokument am Leben zu erhalten[72].

---

[68] IMT Dokument 03-L/US-28

[69] z.B. Neuer Hannoverscher Kurier, Nachrichtenblatt der Alliierten Militärregierung, Nummer 47 vom 27. November 1945, Seiten 1 und 3

[70] IMT Verhandlungen, Band II, Seite 327

[71] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Annex to Document 314

[72] ADAP, Serie D, Band VII, Seiten 171/172

Das nächste Protokoll dieser Hitler-Rede, das der Gerichtshof als Beweis heranzieht, ist ein zweiteiliges Dokument[73]. Es hat weder Kopf noch Datum, kein Aktenzeichen, keine Tagebuchnummer, keinen Geheimvermerk und es trägt auch keine Unterschrift. Bei Gericht kann niemand sagen, wer es verfaßt hat und woher es stammt[74]. Später widersprechen sich die Anklagevertreter sogar mit zwei verschiedenen Herkunftsorten. Der Verteidiger des Großadmirals Raeder, Dr. Siemers, macht – so ist es in den Gerichtsakten von Nürnberg nachzulesen – das Militärtribunal darauf aufmerksam, daß die erste Hälfte dieses neuen Dokumentes auf dem selben Papier und mit der selben Schreibmaschine geschrieben worden ist, wie die erste, von den Anklägern bereits zurückgezogene Falsch-Version[75]. Das Gericht läßt das jedoch nicht als Zweifel an der Zuverlässigkeit und der Echtheit des Dokumentes gelten und beharrt auf der Beweiskraft des Papiers.

Das Brisante an diesem zweiten Dokument sind, wie beim ersten, die zynischen Aussagen und Redewendungen – angeblich aus dem Munde Hitlers –, die, wenn sie denn so gesprochen worden sind, die zuhörende Generalität aufs Schwerste kompromittieren. Die zweite Version ist heute in allen maßgeblichen Geschichtswerken und Dokumentenbänden Deutschlands nachgedruckt[76]. Schulgeschichts- und Gemeinschaftskundebücher vermitteln Schülerinnen und Schülern mit den markigsten Zitaten aus diesem „Dokument", daß Hitler Krieg um jeden Preis mit Polen wollte, und daß die deutsche Generalität dies schweigend und billigend so hingenommen hat.

Im Archiv der Hitler-Reden des Archivdirektors Dr. Max Domarus wird diese zweite Version als die wortgetreuste Wiedergabe jener Rede dargestellt und mit vollem Wortlaut abgedruckt. Domarus kommentiert das so:

> *„An der Echtheit ist nicht zu zweifeln, da über diese Rede zwei weitere Niederschriften existieren: die Aufzeichnung des Generaladmirals Hermann Boehm und der Tagebucheintrag von Generaloberst Halder".* [77]

Hier irrt Domarus, denn gerade Generaladmiral Boehm hat diese zweite Version durch Vergleiche mit seinem eigenen Protokoll als Fälschung bloßgestellt.

Generaladmiral Boehm ist am 22. August 1939 auf dem Obersalzberg einer der Zuhörer Adolf Hitlers. Er schreibt die Rede stichwortartig mit und hält die Kernaussagen Hitlers dabei in ihrem Wortlaut fest. Noch am gleichen Abend fertigt er aus den Notizen sein Protokoll, das in der Erwähnungsreihenfolge dieses Buchs die Nummer drei ist. Boehm gibt das Protokoll an seinen Vorgesetzten Raeder. Der liest es, bestätigt es als richtig und zeichnet das Papier ab. Als Raeder sechseinhalb Jahre später, am 16. Mai 1946 in Nürnberg mit der zweiten

---

[73] IMT Dokumente 798-PS/US-29 (erste Redehälfte) und 1014-PS/US-30 (zweite Redehälfte)
[74] IMT Verhandlungen, Band XIV, Seite 55
[75] IMT Verhandlungen, Band XIV, Seite 55
[76] z. B. ADAP, Serie D, Band VII, Seiten 167 ff und Domarus, Band 2, Seiten 1233 ff und Jacobsen, Seiten 98 ff
[77] Domarus, Band 2, Seite 1233

Version der besagten Hitler-Rede konfrontiert wird, sagt er sofort, daß viele der Formulierungen in diesem „Protokoll“ nicht stimmen. Worte – so Raeder – wie

> *„Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie“ oder „Herz verschließen gegen Mitleid, brutales Vorgehen“*

seien nicht gefallen[78]. Er macht geltend, daß sich die deutschen Oberbefehlshaber die Erwähnung eines solchen Kriegsziels bei Kriegsbeginn nicht hätten gefallen lassen. Raeder entsinnt sich des Boehm-Protokolls und verlangt, den Generaladmiral als Zeugen zu vernehmen. Der Anwalt Raeders, Dr. Siemers, stellt den Antrag, Boehm als Zeugen vorzuladen. Die Richter lehnen ab. Daraufhin vernimmt Dr. Siemers Boehm, fertigt eine Vernehmungsniederschrift und läßt den Generaladmiral eine eidesstattliche Erklärung abgeben. Beides, Vernehmungsniederschrift und Erklärung legt Siemers dann dem Nürnberger Gericht als Entlastungsdokument „Raeder Nr. 129“ vor[79]. Interessant ist nun, daß Boehms Anhörung zwar im Verhandlungsprotokoll des Gerichts mit Tag, Verhandlungsgegenstand und Dokumentennummer aufgeführt ist, im Dokumentenband des IMT aber nicht erscheint. Sie fehlt. Die Nürnberger Richter haben es vermieden, die Demontage ihrer „Schlüsselrede“ als Beweisstück aktenkundig mit zu überliefern. Die sehr aufschlußreiche Anhörung des Generaladmirals ist jedoch im Nachlaß des Raeder-Verteidigers Dr. Siemers vollständig erhalten. Es lohnt sich, sie zu lesen.

Boehm vergleicht die von Raeder angezweifelte zweite Version mit seiner eigenen Niederschrift und gibt zu Protokoll:

> *„Ich erkläre unter Eid, daß die nachfolgend aufgeführten Redewendungen in diesen Dokumenten von Hitler bei seiner Rede teils überhaupt nicht, teils in anderer Form und in anderem Sinne gebraucht worden sind.“*

Dann geht er Stück für Stück die brisanten Stellen in dem angezweifelten „Beweisstück“ durch. Die angeblichen Hitler-Zitate sind im folgenden mit „2. Version“ eingeleitet, die Aussagen des Zeugen mit „Boehm“[80].

2. Version: *„Ich faßte den Entschluß bereits im Frühjahr, dachte aber, daß ich mich zunächst in einigen Jahren gegen den Westen wenden würde und dann erst gegen den Osten.“*

Boehm: *In Sonderheit ist die Redewendung, daß Hitler sich zunächst gegen den Westen wenden würde, was also eine Angriffsabsicht gegen die Westmächte ausgedrückt hätte, auf keinen Fall gebraucht worden.“*

2. Version: *„Ich wollte zunächst mit Polen ein tragbares Verhältnis herstellen, um zunächst gegen den Westen zu kämpfen.“*

Boehm: *„Der Satz ist nicht gebraucht worden. Es gilt das gleiche, wie vorher ausgeführt, daß Hitler auf keinen Fall eine Absicht, gegen den Westen kämpfen zu wollen, zum Ausdruck gebracht hat.“*

---

[78] IMT-Verhandlungen, Band XIV, Seite 56
[79] Siemers, Dokumentenbuch VI, Seiten 3 ff
[80] Siemers, Dokumentenbuch VI, Seiten 3-10, Dokument Raeder-129

2. Version: *„Wir haben nichts zu verlieren, nur zu gewinnen."*
Boehm: *„Der Satz wurde nicht gebraucht. "*

2.Version: *„Die Gegner haben nicht mit meiner großen Entschlußkraft gerechnet. Unsere Gegner sind kleine Würmchen. Ich sah sie in München."*

Boehm: *„Beide Sätze, besonders die Beurteilung der Gegner, sind nicht gebraucht worden."*
2.Version: *„Ich habe nur Angst, daß mir im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsvorschlag vorlegt. Die politische Zielsetzung geht weiter. Anfang zur Zerstörung der Vormachtstellung Englands ist gemacht."*
Boehm: *„Weder der Satz hinsichtlich des Vermittlungsvorschlages, noch besonders hinsichtlich der Zerstörung der Vormachtstellung Englands ist gesprochen worden. Es sind glatte Erfindungen, ebenso wie das Wort „Schweinehund"."*

2.Version: *„Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie. "*
Boehm: *„Es ist nie von der Vernichtung Polens oder der Beseitigung der lebendigen Kräfte des polnischen Volkes als solchem gesprochen worden, sondern stets nur von dem Zerbrechen der militärischen Kräfte."*

2.Version: *„Restlose Zertrümmerung Polens ist das militärische Ziel"*
Boehm: *„Der Satz ist bestimmt nicht gesprochen worden."*

2.Version: *„Herz verschließen gegen Mitleid" – „Brutales Vorgehen ".*
Boehm: *„Es ist nie in der Rede Hitlers ein brutales Vorgehen gefordert worden. Die Aufforderung zur Härte bezog sich in Wortlaut und Sinn auf die Führung des Kampfes ebenso gegen die feindliche Wehrmacht, wie im Einsatz der eigenen Truppe zur schnellsten Beendigung des Konflikts."*

2.Version: *„Neue deutsche Grenzführung nach gesunden Gesichtspunkten, eventuell Protektorat als Vorgelände."*
Boehm: *„Es ist nur von einer späteren neuen Grenzziehung, nicht von einem Protektorat gesprochen worden."*

Und so weiter und so fort.

Der Generaladmiral schließt seine eidesstattliche Erklärung vor dem Anwalt des Großadmirals Raeder, Dr. Siemers, mit der zusammenfassenden Bemerkung, daß er die „besonders belastenden Stellen für nachträgliche Zusätze oder Irrtümer hält". Boehms eigenes Protokoll, die dritte Rede-Niederschrift in der Zählung dieses Buchs, beginnt mit

„Zweck der Aussprache ...

Absicht (Hitlers[81]) noch im Frühjahr war, die Lösung der polnischen Frage hinauszuschieben, sozusagen auf Eis zu legen, um erst die nach seiner Ansicht unvermeidbare Auseinandersetzung im Westen auszutragen. Jedoch darf man sich als Politiker hinsichtlich einer Zeitfolge nicht festlegen, müsse elastisch sein. Die Voraussetzungen für seine ursprünglichen Absichten hätten sich geändert, im übrigen habe er nie geglaubt, daß Polen sich an den Nichtangriffspakt gehalten hätte, wenn Deutschland irgendwie sonst gebunden wäre. ...

Wenn diese Auseinandersetzung mit Polen auch unerwünscht sei, so sei sie notwendig, und die politische Lage für Deutschland jetzt günstiger als vielleicht in einigen Jahren.“ [82]

Nach Boehms Protokoll erklärt Hitler in dieser Rede seine Beweggründe für einen baldigen Krieg gegen Polen. Nach einleitenden Betrachtungen zur gegenwärtigen Lage des britischen Weltreichs, Frankreichs, Italiens und Spaniens kommt er auf Polen:

„Klar ist zunächst, daß eine politische Lage mit Polen wie sie jetzt bestand, auf Dauer untragbar ist. Daher der Vorschlag des Führers hinsichtlich der Abtretung Danzigs und der Herstellung eines Verbindungsweges durch den Korridor. Dieser Verständigungsversuch wurde gestört durch England, das sich in eine Hysterie hineinsteigerte und Polen zu frechen Noten und militärischen Maßnahmen veranlaßte. ... Für England aber war und ist gerade ein dauerhafter labiler Zustand erwünscht, um jederzeit, wenn es selbst losschlagen will, auf der anderen Seite Polen loslassen zu können. ... Abzulehnen wären faule Kompromisse. ... Die Wahrscheinlichkeit eines Eingreifens der Westmächte in einen Konflikt ist nach Ansicht des Führers nicht groß.“

Dann erläutert Hitler nach dem Boehm-Protokoll, warum er nicht mit einem Eingreifen der Westmächte rechnet, und warum sich die Sowjetunion so plötzlich in dieser deutsch-polnischen Auseinandersetzung von England und Frankreich ab- und Deutschland zugewendet habe. Boehms Protokoll setzt fort:

„Natürlich werden die Westmächte bei einem Konflikt Deutschland – Polen versuchen, das Gesicht zu wahren. Sie werden vielleicht die Botschafter abberufen, vielleicht eine Handelssperre einrichten. Dagegen hilft nur eisernste Entschlossenheit. ...

Im übrigen muß man bedenken. Auch auf der anderen Seite sind Menschen mit ihren Sorgen und Kümmernissen. Letzten Endes sind es nicht Maschinen, die miteinander ringen, sondern Menschen. Und wir haben die besseren Menschen. ...

Das Ziel ist die Beseitigung und Zerschlagung der militärischen Kräfte Polens. ...

[81] Anmerkung des Verfassers
[82] IMT Protokoll Band XLI, Dokument Raeder-27

> *Uns hat die Vorsehung zu Führern dieses (deutschen[83]) Volkes gemacht; wir haben damit die Aufgabe, dem deutschen Volke, das mit 140 Menschen auf den Quadratkilometer zusammengedrängt ist, den nötigen Lebensraum zu geben. ...“*

Von Plänen Hitlers, selber später Frankreich oder England anzugreifen, von der „restlosen Zertrümmerung Polens“ oder gar von einer „deutschen Erdherrschaft“ (in 1. Version) ist bei Boehm nicht ein einziges Wort zu lesen.

Von besonderer Bedeutung ist der kolportierte Hitler-Ausspruch aus jener zweiten Version, von der nicht bekannt ist, wer sie geschrieben hat:

> *„Ich habe nur Angst, daß mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.“* [84]

Dieses Zitat geistert bis heute durch die Schulgeschichts- und Gemeinschaftskundebücher[85], belegt es doch, daß Hitler nun Krieg um jeden Preis mit Polen will und an einer Lösung der Korridor- und Danzig-Frage nicht mehr interessiert ist. In der ersten Falsch-Version heißt der „Schweinehund“ noch „Saukerl“. Weder bei Boehm, noch Halder oder Greiner (5. Version) ist dieser folgenschwere Satz zu finden. Bei Boehm heißt es statt dessen:

> *„Abzulehnen wären faule Kompromisse.“*

Die fragliche Schweinehund-Formulierung ist deshalb von Bedeutung, weil Hitler am Tag danach, am 23. August 1939, sowie am 25., am 26. und am 29. August die englische Regierung um Vermittlung bei den Polen bittet. Im folgenden Kapitel wird hiervon noch ausführlich zu berichten sein. Die Schweinehund-Formulierung soll 1946 in Nürnberg den Beweis erbringen, daß Hitler seine Vermittlungsersuchen an die britische Regierung nur zum Schein gestellt hat. Das kann auch der Grund sein, warum sich die Nürnberger Richter wehren, Boehm als Zeugen vorzuladen.

Archivdirektor Dr. Domarus entscheidet sich, die 2. Version, deren Verfasser und Herkunft unbekannt sind, in das Archiv der Hitler-Reden aufzunehmen und nicht die Boehm-Version. Er begründet es,

> *„da sie prägnanter formuliert sind, als diejenigen von Boehm und Halder, obwohl sie den gleichen Inhalt haben.“* [86]

Domarus hat sich offensichtlich gerade von den „prägnanten“, aber zweifelhaften Formulierungen blenden lassen, und er bedient sich dabei ausgerechnet zweier Zeugen, die seine Logik widerlegen. Weder Boehm mit seinem eigenen Protokoll noch der Generalstabschef des Heeres, General Halder, mit seiner Tagebucheintragung (4. Version)[87] bestätigen die vielen kompromittierenden Formulierungen, die Hitler mit jener zweiten Protokollversion in Nürnberg zugeschrieben werden.

---

[83] Anmerkung des Verfassers
[84] ADAP, Serie D, Band VII, Seite 170
[85] z.B.: Gebhardt, Band 4/2, Seite 499
[86] Domarus, Band 2, Seite 1233
[87] ADAP, Serie D, Band VII, Seiten 467 ff und Halder, Band 1, Seiten 23ff

Ein weiteres Protokoll, das fünfte in der Zählung dieses Buchs, steht im Kriegstagebuch des OKW [88], geschrieben vom Führer dieses Tagebuchs Helmuth Greiner. Dieses Protokoll bestätigt Boehm in fast allen seinen Punkten. Es korrigiert den Admiral nur dahingehend, daß Hitler offensichtlich doch von einer Zerstörung der Vormachtstellung Englands gesprochen hat, jedoch nicht – wie in der 2. Version suggeriert – als Hitlers politisches Programm, sondern nur als Erwähnung eines Tatbestands. Und Greiner bestätigt, daß Hitler doch davon gesprochen hat, Polen eventuell zum Protektorat zu machen.

Auch Generalfeldmarschall von Manstein, Zuhörer dieser Hitler-Rede, schreibt später, daß Hitler viele der ihm zugeschriebenen Redewendungen damals nicht gebraucht hat[89]. Großadmiral Raeder sagt in Nürnberg aus:

> *„Die Worte sind nach meiner Erinnerung bestimmt nicht gefallen. Der Führer pflegte solche Ausdrücke in Ansprachen, die er an die Generale hielt, nicht zu gebrauchen“.* [90]

Gleiches bestätigt Generalfeldmarschall Keitel[91].

Neben den bereits genannten fünf Versionen von Niederschriften dieser brisanten und oft zitierten Hitler-Rede sind als sechste eine weitere von General Liebmann und als siebte eine von Generaladmiral Albrecht überliefert. Die zwei Versionen sind keine Wortlautwiedergaben.

Der vermeintliche Echtheitsbeweis von Domarus ist folglich kein Beweis. Die zweite in den Akten des Deutschen Auswärtigen Amts und im Domarus-Archiv abgedruckte Version, von der niemand weiß, von wem sie stammt, ist offensichtlich genauso eine Fälschung wie die erste. Sie kann angesichts der Beobachtung des Dr. Siemers, daß das fragwürdige Dokument zum Teil auf der selben Schreibmaschine wie die erste Falschversion geschrieben worden ist, durchaus vom gleichen Fälscher stammen, der schon die erste „vulgäre“ Version verfaßt hat.

Die zweite Version dient in Nürnberg als „Beweis“, daß Hitler die Generalität an jenem 22. August 1939 davon in Kenntnis setzt, daß er die Verhandlungen mit Polen nur zum Schein führt, daß er um jeden Preis Krieg und Landeroberung will, und daß er die Absicht hat, später Großbritannien und Frankreich anzugreifen.

Als Hitler an jenem 22. August die Heeresgruppen- und Armeebefehlshaber der drei Wehrmachtsteile in seiner Alpenresidenz, dem Obersalzberg, versammelt hat, wissen die hohen Offiziere, daß seit Januar mit Polen um Danzig und den Korridor verhandelt wird. Sie sind sich der Spannungen mit Frankreich und Großbritannien bewußt, die Hitler durch die Unterwerfung der Tschechei im März selbst verursacht hat. Sie haben Kenntnis von den zahllosen Übergriffen gegen die deut-

---

[88] KTB-OKW, Dokumentenanhang, Seite 947
[89] v. Manstein, Seite 19
[90] IMT Verhandlungen, Band XIV, Seite 59
[91] Keitel, Seite 247

sche Minderheit in Polen, von den vielen Grenzverletzungen durch Polen, und sie wissen, daß deutsche Divisionen gegen Polen aufmarschieren. In dieser Lage erwarten die Generale und Admirale Aufschluß über das, was sie erwartet.

Wenn man die Niederschriften von Greiner, Boehm und Halder zu Grunde legt, eröffnet Hitler der Generalität an jenem 22. August 1939 nicht mehr und auch nicht weniger, als daß er nun nach monatelangen ergebnislosen Verhandlungen mit Polen in Kürze militärisch handeln will. Er verschweigt zwar den eigenen Fehler, den er vor sechs Monaten mit der Besetzung der Tschechei begangen und mit dem er die steife Haltung Polens selbst verursacht hat. Doch die Rede birgt nichts, das die Generale in einer solchen Spannungslage vielleicht überraschen könnte. Sie hören zumindest nichts über weitere Pläne Hitlers, später Frankreich, England, Rußland oder wen auch immer anzugreifen. Wenn das so ist – und daran gibt es wenig Zweifel – dann hat das Internationale Militärgericht in Nürnberg mit seinen zwei entstellten Redeprotokollen nicht nach der Wahrheit sondern nach Belastungsmaterial gesucht. Und das Gericht hat uns und den deutschen Schülerinnen und Schülern ein zweifelhaftes Erbe hinterlassen. Die „prägnanten“ Zitate aus der 2. Version halten sich bis heute in den Schulgeschichts- und Gemeinschaftskundebüchern[92].

Mitwisserschaft und Mitschuld des deutschen Volkes

Die Gesamtschau aller Interviews und Reden Hitlers zwischen 1933 und dem Beginn des Krieges gegen Polen zeigt ein zunächst diffuses Bild. Da gibt es die öffentlichen Reden, in denen Hitler bis zum Kriegsausbruch für den Frieden in Europa wirbt, und da gibt es die geheimen Reden vor geschlossenen Kreisen - meist vor hohen Offizieren -, in denen er erkennen läßt, daß er bereit ist, Kriege zu riskieren. Hitler täuscht mit seinen Friedensreden offensichtlich das Ausland und das deutsche Volk, und das Internationale Militärtribunal zu Nürnberg täuscht das Ausland und das deutsche Volk über den wahren Inhalt der geheimen Hitler-Reden.

So ist es aus der Rückschau nicht ganz einfach zu erkennen, ob Hitler zunächst nur einen Krieg um die Rückkehr Danzigs und des Korridors riskiert, ob er eine spätere Auseinandersetzung mit den Westmächten für unausweichlich hält und dafür rüstet oder ob er selber einen Krieg zur deutschen Expansion vom Zaune brechen will. Alle Nachkriegsinterpretationen über den „deutschen Lebensraum im Osten“ helfen da nicht weiter. Hitler erwähnt in keiner seiner Reden, selbst in denen nach der Kriegseröffnung am 1. September, am 6. Oktober und am 23. No-

[92] z.B. in „Unsere Geschichte“ Band 4, Seite 128 zitiert als Diesterweg 1988 und in „Geschichte und Geschehen 10“ Ausg. N, Seite 133 zitiert als Klett 1995 und in „Handbuch der deutschen Geschichte“ Band 4/2, Seite 499 zitiert als Gebhardt und in „Der Mensch gegen den Mensch“, Seite 40, Buch für niedersächsische Schulen zitiert als Nolte

vember 1939 nicht, wo für ihn der oft erwähnte Lebensraum im Osten liegt. Die zuhörenden Generale, Admirale und Minister konnten ihn im jeweils nächsten „Ziel“ vermuten, in Österreich, in Böhmen und Mähren oder in den ehemals deutschen Teilen Polens. Die Ukraine, das spätere Eroberungsziel, hat Hitler bis zum Juli 1940 nie erwähnt[93]. So hat das offensichtliche Frisieren der geheimen Hitler-Reden mit den Formulierungen über Angriffsabsichten gegen Großbritannien und Frankreich oder über die angestrebte „Erdherrschaft“ der Wahrheitssuche eher geschadet als genutzt.

Die deutsche Öffentlichkeit hat im Spätsommer 1939 keinen Anhalt, aus Hitlers Reden auf mehr als einen Krieg um Danzig und den Korridor zu schließen. Nach Hitlers Handstreich- und Droherfolgen im Rheinland 1936, in Österreich und im Sudetenland 1938 und in der Tschechei 1939 darf sie sogar hoffen, daß auch Danzig wieder ohne Krieg zum Deutschen Reich zurückkehrt. Die vorausgegangenen Wortbrüche, mit denen Hitler seine früheren Versprechen wie „wir wollen gar keine Tschechen“ Lügen straft, steckt die deutsche Öffentlichkeit allem Anschein nach genauso weg, wie sie es gewöhnlich mit gebrochenen Politikerversprechen tut. Sie sieht darin kein Menetekel. So kann das deutsche Volk den Hitler-Reden bis 1939 nicht entnehmen, daß es sein „Führer“ zu späterer Zeit in einen Krieg um „Lebensraum im Osten“ führen wird. Hitler hat das deutsche Volk als Ganzes mit seinen öffentlichen Reden nicht in seine Karten schauen lassen. So kann man dem deutschen Volk als Ganzem auch nicht Mitwisserschaft und eine kollektive Schuld zumessen.

Die Reichsminister und die Spitzengenerale können bis 1937 Hitlers latente Bereitschaft, die Wehrmacht auch zu anderem als zur Verteidigung Deutschlands einzusetzen, nicht beobachtet haben. Der einzige Hinweis auf Hitlers spätere Ambitionen ergibt sich aus seiner Antrittsrede bei der Reichswehr am 3. Februar 1933, wo der frisch ins Amt gekommene Kanzler Hitler einmal erwähnt, daß Deutschland möglicherweise „Lebensraum im Osten“ brauche. Danach ist das zunächst für lange Zeit kein Thema mehr. Es folgen der Bau von Befestigungsanlagen an der Ostgrenze, die Besetzung des bis dahin von deutschen Truppen ungeschützten Rheinlands und der Bau des Westwalls. Auch der Wiederaufbau der Wehrmacht orientiert sich in den ersten Hitler-Jahren zunächst nur am Rüstungsvorsprung Frankreichs und der mit Frankreich verbündeten Nachbarstaaten Deutschlands. Das alles ist kein Grund, Eroberungskriege unter der Regierung Hitlers zu befürchten.

Dennoch gibt es – das darf nicht übersehen werden – auch Männer in Wirtschaft, Politik und Militär, die schon in der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht, in der Aufrüstung und in der Rheinlandbesetzung die Vorboten einer Kriegspolitik erblicken und das auch so zum Ausdruck bringen[94].

[93] Auch da noch spricht Hitler von einem eigenen „Ukrainischen Reich“
[94] Bross, Seite 84

Der erste klare Hinweis in einer Rede findet sich erst in der von Oberst Hoßbach protokollierten Aussprache Hitlers mit Außenminister von Neurath und der Wehrmachtsspitze am 5. November 1937. Hitler läßt erkennen, daß er die „Chancen“ zukünftiger Kriege der großen europäischen Staaten miteinander für Deutschland nutzen möchte, und daß er Österreich und die Tschechei dem Deutschen Reich angliedern will. Das Schmieden eines Kriegsplans, wie das Nürnberger Gericht es später vorwirft, ist das nicht. Die Einwände Neuraths und der Generale belegen nur das Gegenteil. Doch Hitler läßt zum ersten Mal die Maske fallen. Von Neurath zieht die Konsequenz und bittet um den Abschied. Die Generale fühlen sich dem Primat der Politik verpflichtet und versuchen, Hitler mit ihrem Rat von Abenteuern abzubringen. Es kommt nur zu der schon im Teil 2 des Buchs erwähnten Verschwörung von sieben Heeresgeneralen, die sich nicht auswirkt, weil das Abkommen von München einen Angriff gegen die Tschechei verhindert.

In den drei Reden vor Befehlshabern und Kommandeuren am 10. Februar 1939 und am 23. Mai (2. Schlüsselrede) und am 22. August (3. Schlüsselrede) versucht Hitler, das Führerkorps der Wehrmacht zu einem Krieg zu motivieren. Er spricht von der Erweiterung des Lebensraums und macht deutlich, daß er einen großen Krieg ab 1943 für unausweichlich hält. Doch Hitler enthüllt in keinem Fall, was er mit der Erweiterung des Lebensraums denn wirklich meint. Jede seiner Reden hebt – wenn sie konkret wird – nur das kleine Stück vom Schleier, das auf dem allernächsten Schritt liegt. Das ist erst Österreich, dann die Tschechei, dann Polen. Hitler hat sich nie gänzlich in die Karten schauen lassen. Nach seinen Ansprachen und Interviews ist es auch wahrscheinlich, daß ihm konkrete Pläne jenseits seiner nebulösen Visionen erst mit den frühen Kriegserfolgen und mit den sich bietenden Gelegenheiten kommen.[95]

Die zynischen und brutalen Redewendungen und manche Absichtserklärungen Hitlers stammen allem Anschein nach aus fremden Federn, die das Nürnberger Gericht mit schlagenden Beweisen bedienen wollten. Diese später veränderten Texte haben die Generale 1939 ganz offensichtlich nicht gehört und nicht gekannt. Die Vorstellungen der Wehrmachtsoffiziere drehen sich 1939 um das, was sie zu der Zeit hören und was sie sehen können. Sie beobachten die sich ab dem April 1939 dramatisch verschärfenden Spannungen zwischen dem Deutschen Reich und Polen. Ihre Mitschuld am Ausbruch eines neuen Weltkriegs muß sich an dem bewerten lassen, was sie 1939 wissen, beobachten und hören. So ist der lange Weg in die deutsch-polnisch-russische Auseinandersetzung entscheidender für ihre Mitschuld oder Unschuld als Hitlers sogenannte Schlüsselreden.

[95] Hitler bestreitet das in späteren Reden und behauptet, seine Aktionen von langer Hand geplant zu haben.

TEIL 5

DER WEG IN DEN DEUTSCH-POLNISCH-SOWJETISCHEN KRIEG

DER WEG IN DEN DEUTSCH-POLNISCH-SOWJETISCHEN KRIEG

Polen im Streit mit allen seinen Nachbarn

Das polnische Drama von 1939 braut sich seit 1918 in einer nur kurzen, doch turbulenten Vorgeschichte unheilvoll zusammen. Die schwierige Neuregelung der territorialen Abgrenzung zwischen dem wiedererstandenen Polen und seinen Nachbarn wird im Januar 1918 durch den Präsidenten der USA Wilson vorgezeichnet. Er verlangt in Punkt 13 seines 14 Punkte umfassenden Friedensangebots von den im Kriege unterlegenen Staaten Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland die Errichtung eines neuen Staates Polen. Punkt 13 lautet:

> *„Es soll ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden, der die von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen soll, dem ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährleistet werden soll und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit durch internationale Abmachungen garantiert werden sollen.“*[1]

Die unklaren Formulierungen in dieser Forderung erzeugen eine ungeheure Sprengkraft in allen späteren Gebiets- und Grenzregelungen, die für Polen und alle seine Nachbarn gelten werden. Die Worte „unbestreitbar polnische Bevölkerung“ erwecken bei den Polen die Erwartung, daß jeder Landstrich, auf dem Polen leben, in Zukunft polnisch wird. In Rußland, Österreich, Litauen und Deutschland denkt man dabei eher an die Territorien, auf denen die Polen eine Mehrheit bilden. Auch Wilson hat bei „unbestreitbar polnischer Bevölkerung“ offensichtlich an polnische Bevölkerungsmehrheiten gedacht. Nur so macht seine Rede vom 4. Juli 1918 in Mount Vernon einen Sinn, in der er

> *„die Volksbeteiligung zur Regelung jedweder Gebiets-, Souveränitäts-, Wirtschafts- und politischen Probleme unter Ausschaltung aller jeweils ausländischen Machtinteressen.“*

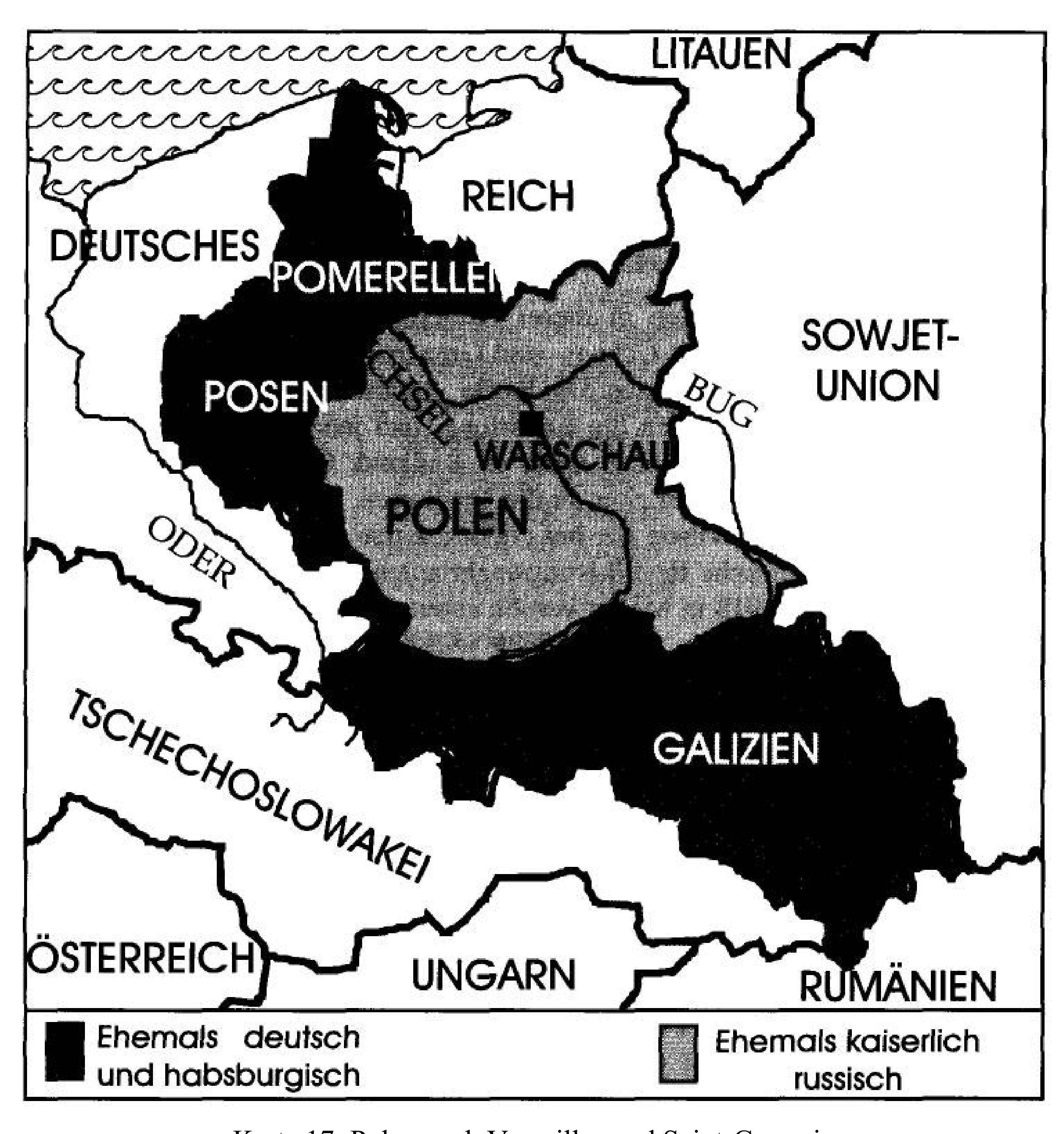
verspricht. Bei den besiegten Völkern erzeugt es ab 1920 Verbitterung, daß dies von Amerika versprochene Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Verträgen von Versailles und Saint-Germain nicht eingehalten wird. Im Falle Danzigs und des „Korridors“ löst der dauerhafte Bruch des Selbstbestimmungsrechts den Zweiten Weltkrieg aus.

Die zweite Formulierung, die Zündstoff birgt, liegt in den Worten vom „freien und sicheren Zugang zum Meere“. Wilson denkt dabei zwar zunächst nur an bloße Wegerechte, wie sie ja auch der neuen Tschechoslowakei auf der Elbe zugestanden werden. Aber für die Staaten, die in Versailles das neue Polen kon-

[1] Kern, Seite 27

struieren, ist das durchaus nicht klar. Sie machen daraus den ganzen Landstrich Pomerellen einschließlich der Stadt Danzig. Die so interpretierte Wilson-Formulierung verleitet die Regierung Polens zwei Jahrzehnte später zu einer steifen Haltung in der Danzig-Frage. Da Deutschland diesen freien Zugang ab 1938 auch außerhalb von Danzig garantiert, berufen sich sowohl die Polen als auch die Deutschen 1939 auf Punkt 13 der Wilson-Punkte und gehen damit in den Krieg; beide im Bewußtsein, Recht zu haben.

Der neu gegründete Staat Polen bekommt von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs Land und Menschen aus dem Bestand der Nachbarvölker zugesprochen. Dabei befinden sich viele Millionen Menschen, die keine Polen sind und es auch nicht werden wollen.



Karte 17: Polen nach Versailles und Saint-Germain

Dennoch sind die Polen mit ihren Landgewinnen nicht zufrieden. Der polnische Delegationsleiter in Versailles Dmowski erklärt bei den Verhandlungen über die neuen Grenzen Polens, daß man nicht aus den Augen verlieren dürfe, daß die dem Staate Polen zugestandenen Gebiete „nur eine Anzahlung auf ein wirkliches Großpolen sind.“[2] Die frisch ins Amt gekommene polnische Regierung verlangt für ihren neuen Staat all die Gebiete, die vor 1772 Teile der polnisch-litauischen Union gewesen sind.[3] Dabei spielt es für sie keine Rolle, daß Polen zu der Zeit über viele fremde Völker herrschte. Auch nach der Staatsgründung bleibt das Thema „polnische Gebiete“ noch lange für die Polen aktuell. Der spätere Vize-premierminister Grabski schreibt 1923, als er den Vorsitz des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Parlament in Warschau inne hat,:

> „... *Vor allem besteht für die Machtpolitik Polens noch immer dasselbe grundlegende Dilemma, das auf unserer ganzen bisherigen Geschichte lastet, nämlich die Frage: Welche Richtung soll die Expansion des polnischen Volkes einschlagen ? Die nördliche nach der Ostsee oder die südöstliche nach der Ukraine und dem Schwarzen Meer?... Entweder wir lenken die polnische Machtausdehnung ostwärts gegen Rußland, indem wir uns die Periode seiner Ohnmacht zunutze machen, die ihm das nächste halbe Jahrhundert bringen wird ... oder aber wir setzen unsere ganze uns zur Verfügung stehende Kraft dafür ein, daß die ostpreußische Frage durch Polen im Sinne Polens entschieden wird. ...In der neueren Geschichte findet sich kein Beispiel dafür, daß ein Volk auf irgendeinen seiner Bestandteile nur darum verzichtet hätte, weil sich dieser zur Zeit noch außerhalb seiner Staatsgrenzen befand. ...*“ [4]

Das neue Polen stellt 1918 – kaum gegründet – aus den ehemals deutschen, österreichischen, ungarischen und russischen Weltkriegssoldaten polnischer Nationalität ein starkes Heer auf und beginnt, sich angriffsweise nach drei Himmelsrichtungen zu Lasten seiner Nachbarn auszudehnen. So sind die Konflikte der nächsten 20 Jahre vorgezeichnet.

Das polnische Selbstverständnis

Polens Geschichte umfaßt eine Zeit von fast eintausend Jahren, in denen das Volk der Polen – vom kleinen Slawenstamm zum Königreich gewachsen – in der Hälfte dieser Zeit zum Großreich und zum Herrscher über viele fremde Völker aufsteigt. Die zweite Hälfte polnischer Geschichte ist der Weg des inneren Zerfalls, der Eroberung der nicht polnisch besiedelten Gebiete Polens durch Russen und Osmanen und zum Schluß der „drei polnischen Teilungen“, der Aufteilung des Landes zwischen Rußland, Österreich und Preußen, die Polens Selbständigkeit

---

[2] Kendziora, Seite 6
[3] Halecki, Seite 223
[4] Fuchs, Seiten 76 f

ab 1795 beenden. Erst 1917 gründen Österreich und Deutschland aus „ihren" Teilen Polens ein neues Polen.

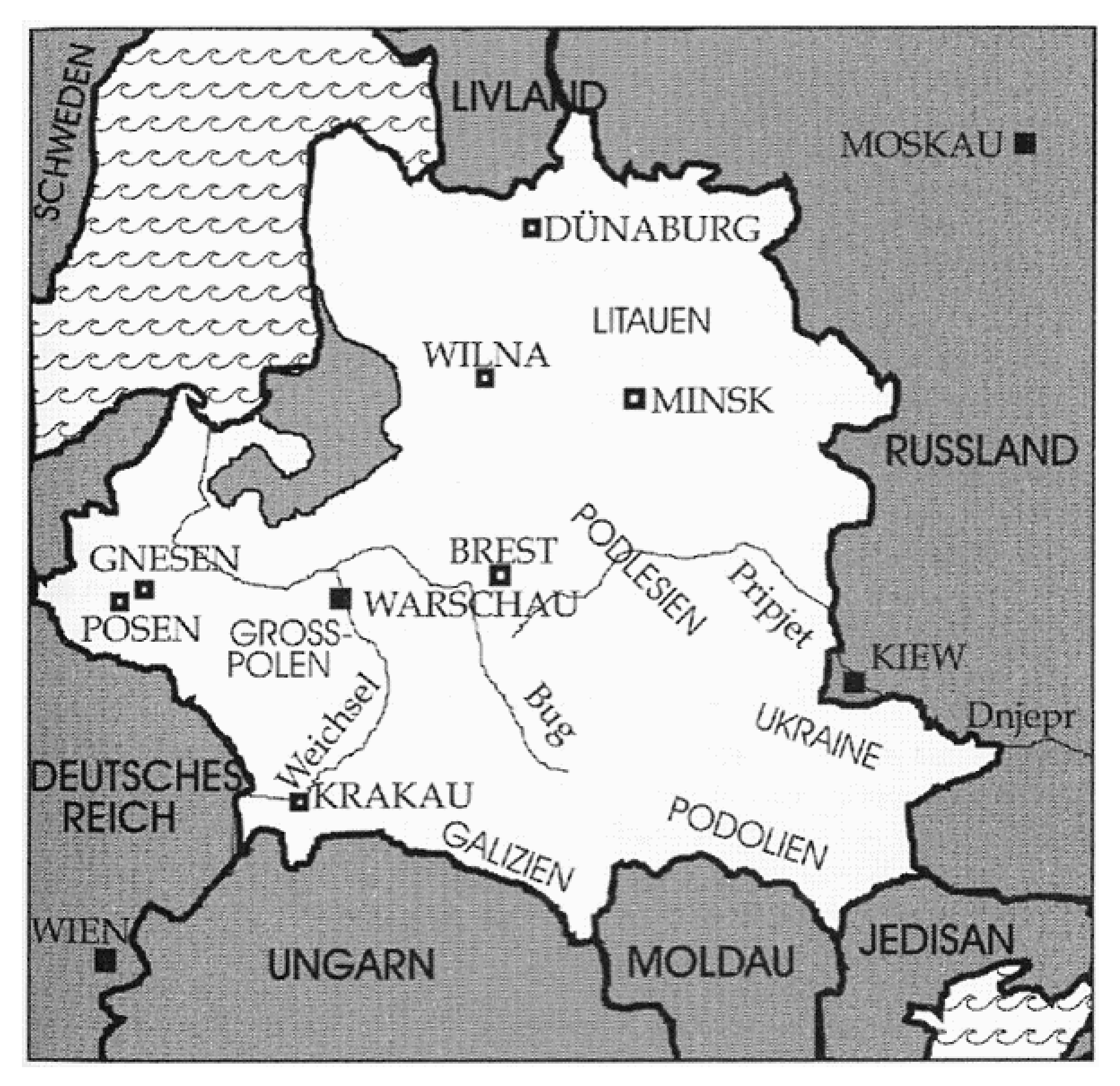
Aus dieser tausendjährigen Geschichte dominieren zwei historische Erinnerungen das kollektive Gedächtnis der Polen und ihr politisches Bewußtsein. Es sind dies die Reminiszenzen an den „Glanz" des alten Großreichs, die den Polen suggerieren, dieses Land sei in seinem vollen Umfang polnisch. Das zweite sind die Erinnerungen an das „Elend" der drei Teilungen, die im Selbstbewußtsein der Polen heute noch als Schuld der Russen, Österreicher und Deutschen an ihrem Volke weiterleben. Dieser Glanz und dieses Elend wirken auch 1918 und danach in Polen auf das Selbstverständnis der Eliten und des Volkes.

Nach dem Verständnis der polnischen Geschichtsschreibung bildet der Kampf des kleinen Volkes der Polanen gegen seine slawischen Nachbarn den Anfang eines ersten Königreiches. Aus der zeitweiligen Unterwerfung dieser Nachbarslawen, zum Beispiel der Masuren in Ostpreußen und der Schlesier leitet die polnische Regierung 1918 ihre Rechtsauffassung ab, daß deren Länder urpolnische Gebiete seien. Das Vordringen der deutschen Herrschaft und Besiedlung ab dem Jahre 963 über die Elbe in die damals slawisch besiedelten Gebiete lebt in der polnischen Geschichtsschreibung bis heute als der erste Angriff Deutschlands gegen Polen fort.[5]

König Boleslaw Chrobry dehnt die Herrschaft Polens bis 1025 für kurze Zeit nach Westen aus. Die Lausitz wird dabei von 1018 bis 1031 polnisch und so auch Böhmen von 1003 bis 1004 und Mähren von 1003 bis 1029, ebenso Schlesien und für eine kurze Periode auch die Slowakei. 1386 heiratet die polnische Prinzessin Jadwiga den litauischen Großfürsten Jagiello. Nun wachsen deren beide Reiche zur Polnisch-Litauischen Personalunion zusammen. In diese Union bringen die Polen ein gutes Viertel ein, die Litauer mit Weißrußland, der Ukraine, Wolhynien und Podolien die restlichen drei Viertel. Mit der Union wächst Polens Machtteilhabe in ein weites Land nach Osten bis kurz vor Moskau und vor Kursk.[6] Der litauische Teil wird später noch im Norden bis an den Rand des deutschen Memellands und im Süden bis zum Schwarzen Meer erweitert. Teile davon im Osten und im Süden kommen allerdings schon vor der Ersten Polnischen Teilung in russischen und in osmanischen Besitz. Im Jahre 1569 wird aus der Personalunion der beiden Staaten eine Realunion, und das große Litauen wird ein Teil des bis dahin weitaus kleineren Polen.

Die Polen beanspruchen dieses angeheiratete Großlitauen 1918 in Versailles als ihr Erbe. So gehen auch die polnischen Eroberungen Ostlitauens, Weißrußlands und der Ukraine um 1920 auf jene großlitauische Zeit zurück. Nach polnischem Verständnis handelt es sich dabei um Länder, die ihnen das zaristische Rußland

[5] Halecki, Seite 19
[6] Putzgers, Seite 37



Karte 18: Die Polnisch-Litauische Union vor der Ersten Polnischen Teilung

in den „drei polnischen Teilungen“ später abgenommen hat. Nichts desto trotz sind die Länder, die Polen 1920 im Osten annektiert, historisch betrachtet, eher ein „Erbteil“ des kleinen Baltenstaates Litauen. Polens Forderungen nach weißrussischen und ukrainischen Gebieten unter Bezug auf die polnisch-litauische Union von 1386 ist in Anbetracht der Zeitabläufe und der Mittelbarkeit der Anspruchsgründe 1920 für die Sowjetunion deshalb auch so wenig überzeugend wie es 1920 ein Besitzanspruch der Dänen auf Norwegen und Schweden unter Rückgriff auf die Kalmarer Union von 1387 gewesen wäre.

1410 unterliegt der Deutsche Orden in der Schlacht von Tannenberg – die bei den Polen Schlacht von Grunwald heißt – einem polnisch-litauischen Heer, womit

der Niedergang der Macht des Ordens in Nordosteuropa eingeleitet ist. In der Folge kommen 1466 Pomerellen und das Ermland direkt zu Polen und dazu Ostpreußen unter Polens Lehen, wie man zu der Zeit eine Oberherrschaft nennt. Das polnische Lehen über Ostpreußen endet 1657, doch Pomerellen und das Ermland mit ihrer deutschen und kaschubischen Bevölkerung gehören nun für gut 300 Jahre zum Königreiche Polen. Sie kommen erst mit der 1. Polnischen Teilung 1772 wieder unter deutsche Herrschaft. So erklärt sich 1918 und danach Polens Anspruch auf die nach deutscher Ansicht deutschen Landesteile.

In der 1. Teilung verliert Polen auch Galizien mit einer halb polnischen, halb ukrainischen Bevölkerung an Österreich.
In der 2. und 3. Teilung 1793 und 1795 wird das Kernland Polens aufgeteilt. Das ist auch heute noch ein Schmerz für jeden Polen. Den Polen bleiben die drei Teilungen als Verlust des eigenen Landes in Erinnerung, auch wenn weit mehr als die Hälfte des aufgeteilten Landes eher Kolonien waren denn eigentliches Polenland. So ist die zweite Hälfte der tausendjährigen Geschichte Polens zunächst das Schrumpfen auf das Kernland und erst dann der Untergang des freien Polen.

Polnisch-sowjetische Auseinandersetzungen

Im Osten und im Norden geht der Streit um Gebiete, die zur Zeit der polnisch-litauischen Doppelmonarchie dem großlitauischen Teil des Reiches angehörten. Sie liegen 1918 in Litauen, Weißrußland und in der Ukraine. Als nach dem Ende des Ersten Weltkriegs die deutschen Heereskräfte aus dem Baltikum und aus Westrußland zurückgezogen werden, rücken sowjetische Truppen bis nach Litauen im Norden und bis zum Bug in der Ukraine nach. Daraufhin greift Polen im Frühjahr 1919 die durch die Revolution geschwächte Sowjetunion und das inzwischen unabhängige Litauen an. Es erobert Wilna und drängt die sowjetischen Truppen bis weit nach Weißrußland und in die Ukraine zurück.[7]

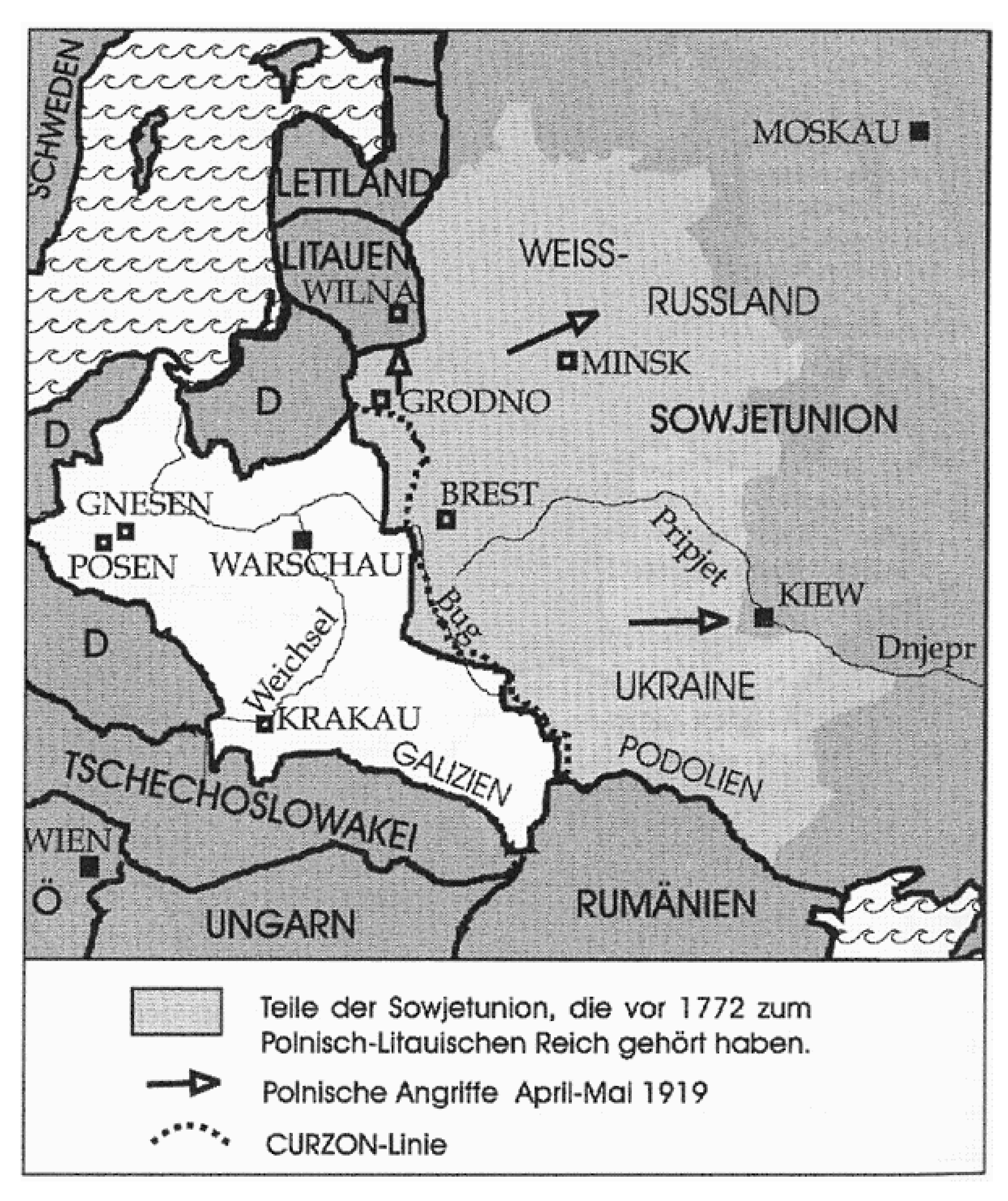
Im Dezember 1919 mischen sich die Gründungsmächte Polens ein. Der „Höchste Alliierte Rat“ der Siegermächte in Versailles bestimmt die Volkstumsgrenze zwischen Polen im Westen und den Weißrussen und Ukrainern im Osten zur Ostgrenze des neuen Staates Polen. Die Grenze verläuft nun von Nord nach Süd von Grodno über Brest-Litowsk und dann entlang des Flusses Bug. Sie ist nach dem Mann benannt, der sie vorgeschlagen hatte, nach dem britischen Außenminister Lord Curzon. Nach dem Teilungsspruch des Rates verlangen die Sowjets die Übergabe der ihnen zugesprochenen Teile Weißrußlands und der Ukraine auf ihrer Seite jener Curzon-Linie. Polen weigert sich, das frisch eroberte „Ostpolen“ herauszugeben. Dem folgt ein Aufmarsch sowjetischer Heereskräfte in Richtung Polen. Polen tut ein gleiches nach Osten und greift Rußland ohne Kriegserklärung

[7] Die Daten und Fakten zur nachfolgenden Darstellung der polnisch-sowjetischen und polnisch-litauischen Auseinandersetzungen sind der US-amerikanischen Enzyklopädie der Militärgeschichte von Dupuy and Dupuy entnommen, Seiten 991 ff



Karte 19:1919 Polens Angriff gegen Russland

an. Die Kämpfe wogen ein halbes Jahr lang hin und her. Im Mai 1920 erobern Polens Truppen die Ukraine bis nach Kiew. Im Juli gewinnt die sowjetische Armee die Oberhand. Sie schafft es, das Heer der Polen bis vor die Tore Warschaus zurückzuwerfen. In der Schlacht bei Warschau wendet sich das Blatt erneut, die Polen siegen und treiben die Russen in Richtung Osten bis Minsk in Weißrußland vor sich her. Die Rote Armee der Russen wird dabei so gut wie aufgerieben.



Karte 20: Die CURZON-Linie

Die Sowjets müssen Frieden schließen. Am 18. März 1921 verzichtet Rußland im Frieden von Riga auf das „Ostpolen" seinerseits der Curzon-Linie. Es verliert damit 5 Millionen Ukrainer, 1,2 Millionen Weißrussen und etwa 1 Million Juden als Bürger seines Landes. Polen gewinnt mit „Ostpolen" auch die etwa 1,5 Millionen Polen, die dort leben. Mit dem nun dazu eroberten Gebiet liegt die neue Staatsgrenze Polens 250 Kilometer innerhalb des russischen Sprachraums.



Karte 21: Sowjetischer Angriff bis vor die Tore Warschaus

Der Frieden von Riga hat ein paar Folgen, die Gründe für den späteren Untergang des neuen Polen sind. Zum ersten behält die Sowjetunion einen legitimen Grund für eine spätere Revision zu Lasten Polens. Sie wird sich 1939 genau das nun verlorene Gebiet bis zur Curzon-Linie zurückerobern, das ihr 1919 der „Höchste Alliierte Rat“ der Siegermächte zugesprochen hat. 1945 wird sie auch noch die 2 Millionen Polen, die dort inzwischen leben, aus dem Lande jagen. Dafür werden dann 15 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat in Schlesien, West- und Ost-

preußen, Danzig, Ostbrandenburg, dem Wartheland sowie Pommern weichen müssen. Zum zweiten kauft sich Polen große Minderheiten ein, die es in den Folgejahren nicht integrieren kann. Und drittens verleitet der Sieg des relativ kleinen Polen gegen die riesige Sowjetunion das polnische Volk zu einer verfänglichen Selbstüberschätzung. Das Volk der Polen und mit ihm die Armee glaubt von nun an, die großen Nachbarstaaten militärisch schlagen zu können. So sehen sie auch 1939 keinen Grund, zu verhandeln anstatt Krieg zu führen.

Des weiteren hat der Krieg der Polen und der Sowjets Folgen für den zukünftigen Umgang der Völker in Europa. Die Nachkriegsordnungsmächte, vertreten durch den „Höchsten Alliierten Rat", nehmen ohne Konsequenzen hin, daß ein militärisch starker Staat eine von ihnen gezogene Grenze mißachtet. Sie akzeptieren den Angriff eines Staates ohne Kriegserklärung. Sie übergehen das Selbstbestimmungsrecht von ein paar Millionen Menschen in Osteuropa. Sie beugen sich der Macht der Fakten, die ein Land mit seinem Militär geschaffen hat. Das bleibt nicht ohne dauerhaften Eindruck auf die Menschen in den besiegten Ländern Sowjetunion und Deutschland, die später gleiches tun.

Polnisch-litauische Auseinandersetzungen

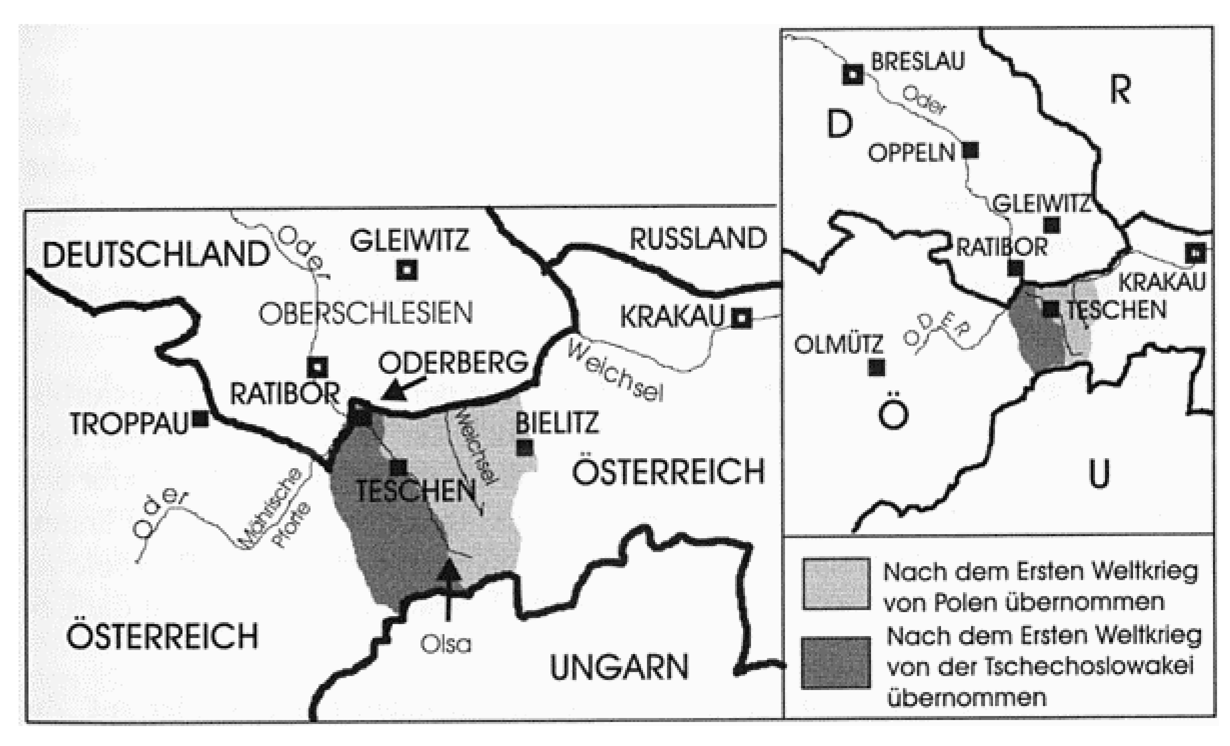
Das zweite Land, das Polen anfaßt, ist das seit 1918 unabhängige Litauen. Zunächst will Rußland die Unabhängigkeit des neuen Staats nicht anerkennen und besetzt die Hauptstadt Wilna mit dem Umland. Doch die Polen halten das umstrittene Gebiet für polnisch. Wilna hat einen großen Anteil polnischer Bevölkerung, das Umland ist rein litauisch besiedelt. Als die Sowjetunion im Krieg mit Polen andere Sorgen hat, erkennt sie im Juli 1920 die Unabhängigkeit des litauischen Staates an und zieht die Truppen ab. Polen besetzt daraufhin im Oktober 1920 die Hauptstadt Wilna mit dem Umland. Der Völkerbund in Genf erhebt vergeblich Einspruch und schlägt eine Volksabstimmung vor. Polen gesteht der Bevölkerung im eroberten Gebiet kein Recht auf nationale Selbstbestimmung zu und behält den Osten des noch jungen litauischen Staates, ohne eine Volksbefragung zuzulassen. 1938 läßt Polen Truppen an der Grenze aufmarschieren, droht mit Krieg und zwingt die Litauer, die polnische Eroberung von 1920 völkerrechtlich anzuerkennen.

Auch dieser Krieg von 1920 und die Kriegsdrohung von 1938 haben mittelbaren Einfluß auf den späteren Umgang der Staaten in Europa miteinander. Zum einen verliert der Völkerbund als Forum an Bedeutung, weil er letzten Endes kraftlos zuschaut, wie ein Mitgliedsland den Frieden bricht. Und zweitens führt Polen Minderheitenrecht und historische Bindungen als Legitimation für seine Kriege an. In Wilna und Umgebung sind die Polen eine Minderheit und ihre Rechte aus der früheren Polnisch-Litauischen Union sind inzwischen 125 Jahre ausgesetzt. Das ist so, auch wenn die Union vorher 400 Jahre von Bestand gewesen ist. Mit exakt der gleichen falschen Legitimation annektieren Hitler 1939 die Rest-

Tschechei und Stalin 1940 die drei baltischen Staaten. Das deutsche Volk nimmt diese Unrechtstat der eigenen Regierung gegenüber der Tschechei 18 Jahre später nicht zuletzt auch deshalb ohne Widerstand zur Kenntnis, weil derartige Aggressionen in Europa nach 1918 hier in Litauen und andernorts fast an der Tagesordnung sind und von den Siegermächten ohne ernsten Einspruch hingenommen werden. Solches Unrecht ist für die deutschen Menschen im Jahre 1939 also durchaus nicht mehr ungewöhnlich.

Polnisch-tschechische Auseinandersetzungen

Der dritte Staat, von dem Polen Land verlangt, ist die Tschechoslowakei. Polen und Tschechen beanspruchen 1918 gleichermaßen das Teschener Gebiet, ein Territorium von etwa 60 mal 50 Kilometer Flächengröße südlich von Oberschlesien.



Karte 22: Das Teschener Gebiet als Teil Österreichs
zwischen den Staatsgrenzen von 1918

Das Ländchen wird in der Literatur mal nach der Stadt Teschen als Teschener Gebiet, mal nach dem Fluß Olsa, der es durchquert, als Olsa-Gebiet bezeichnet. Die Mehrheit der Bevölkerung stellen die Slonzaken, ein eigenständiges kleines Slawenvolk mit eigener Identität, ähnlich den Sorben in der deutschen Lausitz. Ansonsten leben Deutsche, Polen und Tschechen in und rund um Teschen.[8] Die Bedeutung des Teschener Gebiets ergibt sich aus drei Faktoren. Der erste liegt im Reichtum dieser Gegend an Kohlengruben, Stahlwerken und einem erheblichen

[8] Roos, Polen und Europa, Seite 18

Teil der tschechischen Schwerindustrie. Der zweite ergibt sich aus den geographischen Gegebenheiten. Am Nordrand des Gebietes durchbricht die Oder, durch die Mährische Pforte fließend, eine Kette von Gebirgen. Der Staat, der im Besitz der Pforte ist, beherrscht ein Einfallstor zu seinem Nachbarland. Der dritte Faktor hängt damit zusammen. In der Mährischen Pforte liegt die Stadt Oderberg mit einem der wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte Ostmitteleuropas.

Bei den Pariser Verhandlungen zur territorialen Nachkriegsordnung setzt Polen mit der Hilfe Frankreichs durch, daß ihm der Ostteil des Teschener Gebietes zugesprochen wird. Nach Streitereien der Tschechen und der Polen teilt der „Höchste Alliierte Rat“ das kleine Land erneut zwischen den zwei Kontrahenten auf. Doch Polen will die Teilung so nicht akzeptieren. Es macht geltend, daß die Bevölkerung im Westteil, der bei den Tschechen bleibt, polnisch ist. Dort wohnen aber, was die Polen nicht erwähnen, neben 80.000 Polen auch 150.000 Menschen anderer Nationalitäten.[9]

Die zweite Säule der polnischen Begründung fußt auf den historischen Ansprüchen, so wie sie die Polen sehen. Von 1290 bis 1653 herrschen piastische Herzöge polnischer Herkunft im kleinen Fürstentum Teschen, das aber schon 1292 Teil des Königreiches Böhmen wird. Die Verbindung Teschens zu Polen besteht seitdem nur noch in einer weitläufigen Verwandtschaft der Herrscherhäuser beider Länder.

Die Herzöge in Teschen gehören einer Seitenlinie der schon 1370 ausgestorbenen polnischen Piastenkönige an. 1625 stirbt auch die Teschener Linie der Piasten mit ihrem letzten Sproß, dem Herzog Friedrich Wilhelm, aus. 1653 gibt der böhmische König das verwaiste Lehen Teschen an einen sächsischen Fürsten weiter[10]. Damit ist das Teschener Gebiet, um es an einer historischen Parallele zu erläutern, 1918 genauso wenig polnisch wie die Toskana deutsch. Soweit die Legitimation der Polen.

1938, während der Sudetenkrise, greift Polen die Teschen-Frage wieder auf. Zu der Zeit verlangt die Deutsche Reichsregierung von der tschechischen in Prag, ihr die mehrheitlich deutsch besiedelten Sudetenlande zu übergeben. In Warschau hält man die eigene Forderung nach West-Teschen für so berechtigt, wie die deutsche nach den Sudeten. Nachdem England und Frankreich den Anspruch der Polen zunächst anerkennen, verwerfen sie ihn letztlich doch, weil sie als Konsequenz den völligen Zerfall des tschechoslowakischen Vielvölkerstaats befürchten. So lehnen Briten, Franzosen und mit ihnen die Sowjets den Anspruch der Polen auf West-Teschen ab. Die Sowjetunion droht sogar mit ernsten Konsequenzen. Moskau und Prag haben im Mai 1935 einen Beistandspakt geschlossen. So warnen die Sowjets die Polen, sich an Teschen zu vergreifen, und drohen, sonst den Polnisch-Sowjetischen Nichtangriffspakt vom Juli 1932 zu kündigen. Anders die

[9] Burneleit, Seite 21
[10] Meyers Konversationslexikon zu Teschen

Reaktion aus Deutschland. Am 20. September 1938 fragt der polnische Botschafter Lipski in Berlin bei Hitler an, ob es deutscherseits Bedenken gegen eine polnische Annexion des westlichen Teschener Gebietes gäbe. Hitler und sein Außenminister von Ribbentrop erheben keine Einwände zum Schutz der Tschechen. Hitler äußert dabei allerdings die Hoffnung, daß im Gegenzug auch die deutsche, noch immer unter Völkerbundmandat stehende Stadt Danzig mit dem Deutschen Reich vereinigt werden kann.[11] Hierauf geht das Buch an späterer Stelle ein.

In der letzten Septemberwoche 1938 läßt Polen dann ein Armeekorps bei Teschen aufmarschieren und droht der tschechischen Regierung mit Krieg. Die Tschechoslowakei, zu der Zeit ohnehin nicht handlungsfähig, gibt nach, und Polen besetzt vom 1. bis zum 10. Oktober das umstrittene Gebiet.

Der Zugewinn an Land, Industrie und Menschen hat für die Polen verhängnisvolle Konsequenzen. Als erste sei erwähnt, daß die Sowjetunion postwendend den Sowjetisch-Polnischen Nichtangriffspakt von 1932 kündigt, den Polen ein Jahr später dringend hätte brauchen können.[12] Nicht einmal ein ganzes Jahr danach, am 17. September 1939 greift die Sowjetunion das expansive Polen an. Zum zweiten sind nun auf höchster Ebene Gespräche zwischen Berlin und Warschau um die Zukunft der Stadt Danzig eingeleitet. Da Hitler nach anfänglichen Bedenken und vielem Hin und Her den Polen mit West-Teschen auch die überwiegend deutsch bewohnte Grenzstadt Oderberg am Rand zu Oberschlesien zugesteht[13], sind seine Hoffnungen auf Kompensation in Danzig sehr berechtigt. Die anschließende Unnachgiebigkeit der Polen in dieser Frage ein Jahr später bringt ein Faß zum Überlaufen und den Polen einen Krieg, in dem sie furchtbar bluten müssen. Zum dritten beginnt Polen gleich nach der Annexion von Teschen mit der Entrechtung der dort lebenden Nichtpolen in Wirtschaft und Verwaltung. Man beschuldigt vor allem die Slonzaken, nichts als abtrünnige Polen zu sein. So schafft sich der Staat Polen binnen kurzem weitere Minderheiten, die sich eher den Untergang dieses Landes als alles andere wünschen. Zum vierten hat Polen nun zum wiederholten Male den Kellogg-Pakt verletzt, in dem es sich 1928 mit anderen Staaten verpflichtet hatte,

> *„auf Kriege als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle zu verzichten und Regelungen niemals anders als durch friedliche Mittel anzustreben."*

Der Aufmarsch des Armeekorps im September 1938 und das Ultimatum an die Tschechen sind klare Brüche dieses Abkommens zur „Ächtung des Krieges". Polen kann damit ein Jahr später nicht mehr darauf hoffen, selbst vom Kellogg-Pakt geschützt zu werden. Und fünftens hat Polen nun außer Lettland und Rumänien keinen Nachbarn mehr, den es seit 1918 nicht zumindest einmal angegriffen hätte.

---

[11] Rassinier, Seite 230
[12] Taylor, Seite 234
[13] Roos, Polen und Europa, Seite 355

Die relativ kleine Teschener Affäre, die kein Schulgeschichtsbuch der Erwähnung wert befindet, wird so zum Brandbeschleuniger der Danzig-Frage und des Zweiten Weltkriegs.

Polnisch-deutsche Auseinandersetzungen

Das vierte Land, mit dem Polen keinen Frieden findet, ist das Deutsche Reich im Westen. Beide Staaten haben aus subjektiver Sicht weitgehende Forderungen in Bezug auf Territorien und Menschen an den jeweils anderen. Deutschland muß 1920 nach dem Vertrage von Versailles die Landesteile Westpreußen, Posen und Ost-Oberschlesien mit 2 Millionen deutschen Staatsbürgern an das neue Polen abgeben.



Karte 23: Polens Landgewinne

Im Februar 1919 fordert die polnische Delegation auf der Versailler Siegerkonferenz außerdem die Angliederung ganz Oberschlesiens, Ostpommerns, ganz Westpreußens einschließlich der rein deutschsprachigen Kreise, das Ermland und Masuren sowie das Memelland. Damit verlangt Polen mehr, als es seit 1772 in den drei Teilungen verloren hat.[14] Die letztgenannten Forderungen scheitern allerdings am Einspruch der Siegermächte England und Italien. Der britische Premier Lloyd George beurteilt die Forderungen Polens mit Weitsicht, als er am 25. März 1919 dazu sagt:

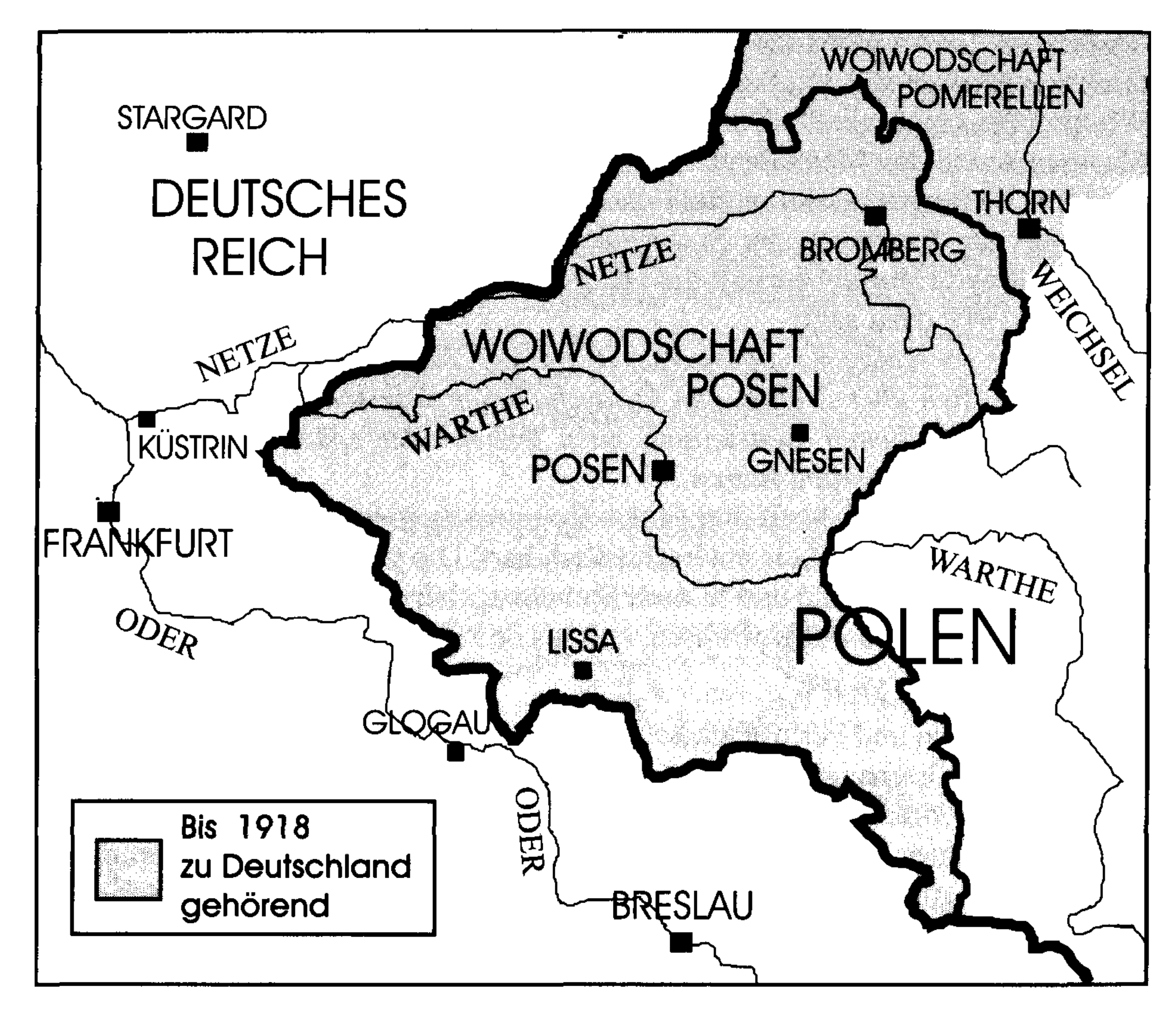
> *„Der Vorschlag der polnischen Regierung, durch eine neue Grenzziehung im Westen über 2 Millionen Deutsche unter polnische Verwaltung zu stellen, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen.“* [15]

Die deutsche Öffentlichkeit empfindet die erzwungenen Gebietsabtretungen an Polen je nach Landesteil als unterschiedlich hart. Die verlorenen Territorien werden – je nach Geschichte und je nach Sprachzugehörigkeit der Mehrheit der Bewohner – teils durchaus als polnisch, teils als deutsch und teils auch als urdeutsch angesehen.

Die Abtretungen und Verluste ziehen sich von 1918 bis 1922 hin. Als Ende 1918 der Krieg für Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich zu Ende geht, proklamiert ein Regentschaftsrat in Warschau am 7. Oktober 1918 die Unabhängigkeit des neues Staates Polen. Am 13. Dezember bricht die polnische Regierung die Beziehungen zum Deutschen Reich ab, und Polen betrachtet sich fortan als Siegermacht.[16] Noch im Dezember erheben sich die Polen in den bis dahin zum Reich gehörenden Provinzen Posen, Westpreußen und Oberschlesien und versuchen, diese Territorien gewaltsam Polen anzugliedern.

Die **Provinz Posen** ist bis 1793 polnisch und wird erst bei der zweiten Teilung Polens von Preußen annektiert. Sie steht seither mit kurzer Unterbrechung in napoleonischer Zeit unter deutscher Herrschaft. Die großen Städte Posen und Gnesen sind altpolnische Siedlungen, die eine früher Residenzstadt, die andere Bischofssitz. Doch schon Mitte des 13. Jahrhunderts haben polnische Herzöge deutsche Kolonisten in der Posener Gegend angesiedelt. So ist der heutige Stadtkern Posens eine Gründung deutscher Siedler. 1253 haben deutsche Kolonisten links der Warthe neben einer alten polnischen Siedlung rechts der Warthe eine Stadt errichtet, die bis zur Zeit der Gegenreformation eine rein deutsche Gemeinde bleibt. Noch 1918 sind 43% der Bürger der Stadt Posen Deutsche. 57% sind Polen. Ansonsten leben vor dem Ersten Weltkrieg in der Provinz Posen überwiegend Polen. Nur 35% der Bevölkerung der Provinz sind Deutsche. Im

[14] Piekalkiewicz, Seite 36 und Halecki, Seite 224
[15] Piekalkiewicz, Seite 36
[16] Halecki, Seite 223



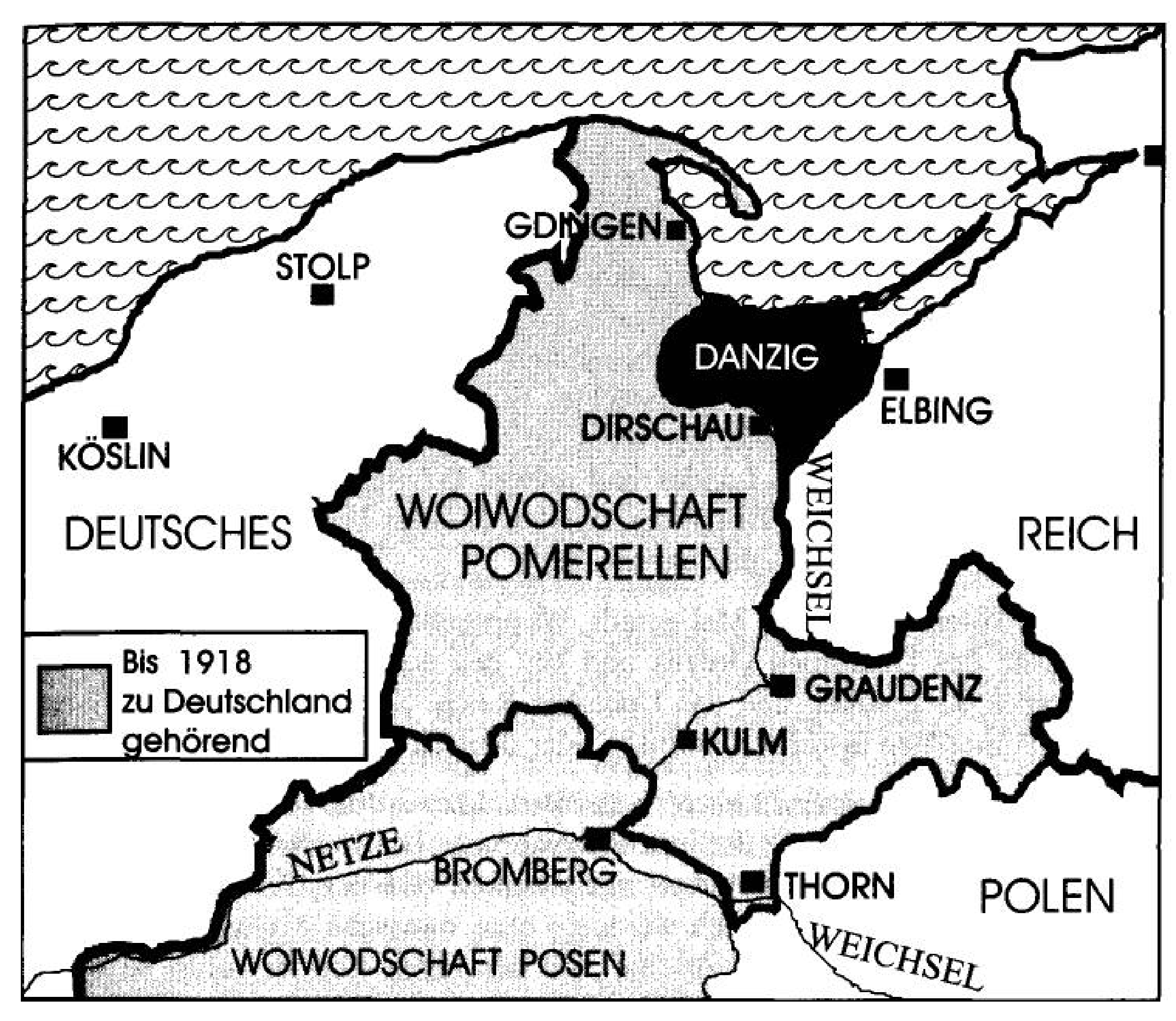
Karte 24: Die frühere Provinz Posen

Deutschen Reich wird die Angliederung der Provinz Posen an das neue Polen deshalb auch bald akzeptiert. Revanchegedanken, wie um Elsaß-Lothringen in Frankreich, kommen wegen des Verlusts der Provinz Posen in Deutschland nach dem Krieg nicht auf.

In der **Provinz Westpreußen** liegen die Verhältnisse nicht so einfach. Das Land, das die Polen Pomerellen nennen, hat in seiner Geschichte von Anfang an oft zwischen polnischer und deutscher Herrschaft hin- und hergewechselt.

Als sich Polen im Jahre 965 erstmals anschickt, Pomerellen zu erobern, leben dort die Pomoranen, ein eigenständiges westslawisches Volk mit eigener Sprache. Damit sind die Menschen, die dort ursprünglich wohnen, weder deutsch noch polnisch. Die erste Polenherrschaft währt nur kurz. 1119 gelingt es Polen, sich Pomerellen und die Pomoranen erneut zu unterwerfen; diesmal für knapp zweihundert Jahre. Polen steht dabei seinerseits zeitweise selbst unter deutscher Oberherrschaft, zeitweise ist es unabhängig. Ende des 12. Jahrhunderts setzt

350



Karte 25: Die ab 1919 polnisch gewordenen Teile der Provinz Westpreussen, nun Woiwodschaft Pomerellen

außerdem die Einwanderung deutscher Siedler nach Pomerellen ein. In den ersten zwei Jahrhunderten der Polenherrschaft kommt Pomerellen nicht zur Ruhe. Schon 1202 zerfallt Polen wieder in getrennte Herzogtümer.

Bei Auseinandersetzungen polnischer Herzöge und zur Abwehr von Raubzügen des benachbarten Volks der Pruzzen rufen die Polen den deutschen Kaiser, deutsche Fürsten und zum Schluß den Deutschen Orden wiederholte Male zur Hilfe in das Land. 1226 gibt der Polenherzog Konrad von Masowien den Landstrich zwischen Kulm und Thorn zum Preis der Rückeroberung von den Pruzzen als Schenkung an den Deutschen Orden. Ab 1270 kämpfen zwei polnische Herzöge gegeneinander um Pomerellen und um dessen Hauptstadt Danzig. Sie rufen dabei teils die deutschen Brandenburger, teils den Deutschen Ritterorden zur Waffenhilfe in ihr Land. Am Ende dieses Streits kann der siegende Polenherzog den Orden für seine Unterstützung nicht entlohnen, und so geht Pomerellen 1309

in den Besitz des Deutschen Ordens über. 1343 verzichtet der Polenkönig Kasimir III. offiziell auf Pomerellen, das im deutschen Sprachgebrauch nun Westpreußen heißt. Pomerellen-Westpreußen bildet für das Deutsche Reich fortan die Landbrücke zwischen Pommern und Ostpreußen. 1410, nach der Schlacht bei Tannenberg, erkennt der Deutsche Ritterorden die Oberherrschaft der Polen wieder an. Nach einem weiteren Krieg fällt das Land ab 1466 ganz zurück an Polen. Doch Westpreußen-Pomerellen wird dabei zunächst nicht im Sinne heutigen Verständnisses ein integraler Teil des Staates Polen. Es erkennt im zweiten Thorner Frieden von 1466 lediglich die Lehenshoheit des Polenkönigs an und behält dabei eine Anzahl eigener Hoheitsrechte. So bleiben den Bewohnern Westpreußens die deutsche Sprache, das Recht auf eigene Steuern, die Befreiung vom Kriegsdienst außerhalb des Landes und andere Privilegien erhalten, bis Polen 1569 diese Vorrechte unter Bruch des zweiten Thorner Friedens streicht. Pomerellen wird damit in Polen „gleichgeschaltet".

1772 wird Polen zum ersten Mal geteilt. Westpreußen kommt dabei als ehemaliger Besitz des Deutschen Ordens und Teil des deutschen Reichsgebiets vor 1466 zurück an Preußen und das Deutsche Reich. So ist die Frage, ob Westpreußen-Pomerellen historisch polnisch oder deutsch ist, völlig müßig.

1918 sind je nach Statistik 73 bis 65% der Bewohner mittlerweile deutscher Muttersprache, also gut zwei Drittel der Bevölkerung. Die im Norden Pomerellen-Westpreußens lebenden Kaschuben mit weiteren 6% der Gesamtbevölkerung sind ebenfalls keine Polen, auch wenn sie eine slawische Muttersprache sprechen.[17] Bei aller Sprachverwandtschaft mit den Polen sind sie selbst so wenig Polen wie die Niederländer Deutsche. So sind in Westpreußen-Pomerellen bei Kriegsende 1918 nur ein Viertel der Bewohner Polen. Trotzdem beansprucht die polnische Delegation beim „Höchsten Alliierten Rat" der Sieger in Paris das Land für sich. Sie verweist dabei auf die „starke" polnische Bevölkerung und auf ihre historischen Rechte, die sie zu haben glaubt. Und sie verweist auf das Versprechen der USA, dem Nachkriegspolen eine Landverbindung zum Meer zu geben. Die Gegenforderung der Deutschen nach einer Volksabstimmung in der Provinz Westpreußen wird von den Siegern abgelehnt. Deutschland muß Westpreußen bis auf kleine Randgebiete mit rein deutscher Bevölkerung bis zum 10. Januar 1920 an Polen übergeben.

Das von den Siegermächten zum Prinzip der territorialen Nachkriegsordnung erhobene Selbstbestimmungsrecht der Völker wird mit dieser Regelung gebrochen. Die erzwungene Abtretung Westpreußens an das neue Polen wird in Deutschland als Willkürakt der Sieger aufgefaßt. Zum einen schmerzt die Zwangsabtretung der deutschen Bevölkerung nach Polen. Zum anderen ist damit auch Ostpreußen erstmals seit 150 Jahren wieder abgetrennt. Ostpreußen verliert dadurch den direkten Wirtschaftsanschluß an das Deutsche Reich und damit sein Hauptab-

[17] Die Volkszählung von 1910 weist 60% Deutsche, 32% Polen und 7% Kaschuben aus.

satzgebiet für Landwirtschaftsprodukte. So sinkt z.B. der Verkauf von Rindern in das Reichsgebiet von 1913 bis 1927 von 70.000 Stück auf ganze 1.700.[18] Die Zahlen bei anderen Gütern aus der Landwirtschaft sind ähnlich.

Der Verlust der Landbrücke zwischen Nordost-Pommern und Ostpreußen ist eines der Kuckuckseier von Versailles. Die Woiwodschaft Pomerellen wird deshalb von 1920 an zur Belastung und zum Streitpunkt im Verhältnis der Deutschen und der Polen. Polen soll nach dem Willen der Siegerstaaten fortan Seemacht auf der Ostsee sein und mit eigener Handelsflotte am Fernhandel über See teilnehmen. England und Frankreich verschaffen Deutschland und Rußland auf diese Weise Konkurrenz. Briten und Franzosen haben von nun an auch einen legalen Grund, zum Schutz der Polen mit Seestreitkräften in der Ostsee aufzukreuzen. Die Abtrennung Ostpreußens vom Reich bedeutet außerdem, daß die deutschen Verkehrsverbindungen zu Lande, zur See und auf dem Luftweg dorthin Polens Kontrolle und Polens Schikanen unterworfen sind.

1938 und 1939 spitzt sich der Streit zwischen dem Reich und Polen um den Nordteil Pomerellens-Westpreußens zugleich mit dem Streit um Danzig zu. 1938 fordert das Deutsche Reich zunächst nur gesicherte, exterritoriale Verkehrswege durch den Nordteil Pomerellens, durch den sogenannten Korridor. Als Polen das nicht zugesteht, fordert Deutschland eine Volksabstimmung im umstrittenen Gebiet. Bemerkenswert ist dabei, daß Deutschland von Polen bis zum Kriegsausbruch kein einziges Mal verlangt, ganz Westpreußen zurückzugeben.

Ein Teil der früheren Provinz Westpreußen ist die **Stadt Danzig** als Hauptstadt der Provinz. Ihre Geschichte ist mit der Westpreußens eng verbunden, doch 1920 rückt sie gesondert in das Rampenlicht der Weltgeschichte. Die Hansestadt wird am 15. November 1920 nach dem Beschluß der Siegermächte ohne Volksabstimmung vom Deutschen Reich getrennt und „unter den Schutz des Völkerbunds gestellt“. Die Bürger Danzigs verlieren die deutsche Staatsbürgerschaft und sind nun Staatsbürger eines neu gebildeten „Freistaats Danzig“. In Stadt und Umland leben zu der Zeit 340.000 Menschen. 97% der Bevölkerung sind bis dahin deutsch und 3 % sind Angehörige anderer Nationen, meist Polen. Die Bevölkerung verlangt in den Jahren zwischen beiden Kriegen mehrmals eine Volksabstimmung über ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich. Der Völkerbund lehnt alle Begehren in dieser Richtung ab.[19]

Auch Polen ist nicht mit dem Status Danzigs als Freistaat unter Völkerbunds-Herrschaft zufrieden. Während der Siegerkonferenz von Versailles hat die polnische Delegation gefordert, Danzig dem neuen Polen anzugliedern. Die Begründung wird auch hier wieder weitgehend aus einer frühen Zugehörigkeit der Stadt zu Polen abgeleitet.

---

[18] Grimm, Seite 87
[19] Burckhardt, Seite 26

Der Ort, an dem das heutige Danzig liegt, wird zunächst von Burgundern, Goten und Pruzzen bewohnt, ehe er sich nach der Zeit der Völkerwanderung zum Hauptort der Pomoranen entwickelt, die sich im 6. Jahrhundert im späteren Westpreußen-Pomerellen niederlassen. Somit ist auch Danzig im Ursprung weder deutsch noch polnisch.

Im Jahre 1119 erobert erstmals ein polnischer König die Stadt Danzig zusammen mit dem übrigen Pomerellen. Gegen Ende des Jahrhunderts setzt die deutsche Einwanderung nach Danzig ein, und 1224 gründen Lübecker Kaufleute eine eigene Handelssiedlung innerhalb der Stadt. Nach dem Zerfall Polens 1202 und infolge der schon erwähnten Auseinandersetzungen zweier Polenherzöge, die sich um die Herrschaft über Pomerellen streiten, geht Danzig mit ganz Pomerellen 1309 in den Besitz des Deutschen Ritterordens über. Damit enden die ersten zwei Jahrhunderte polnischer Herrschaft über Danzig als Stadt von Pomoranen, von Polen und von Deutschen. 1343 verzichtet der Polenkönig Kasimir III. offiziell für alle Zeit auf Danzig.

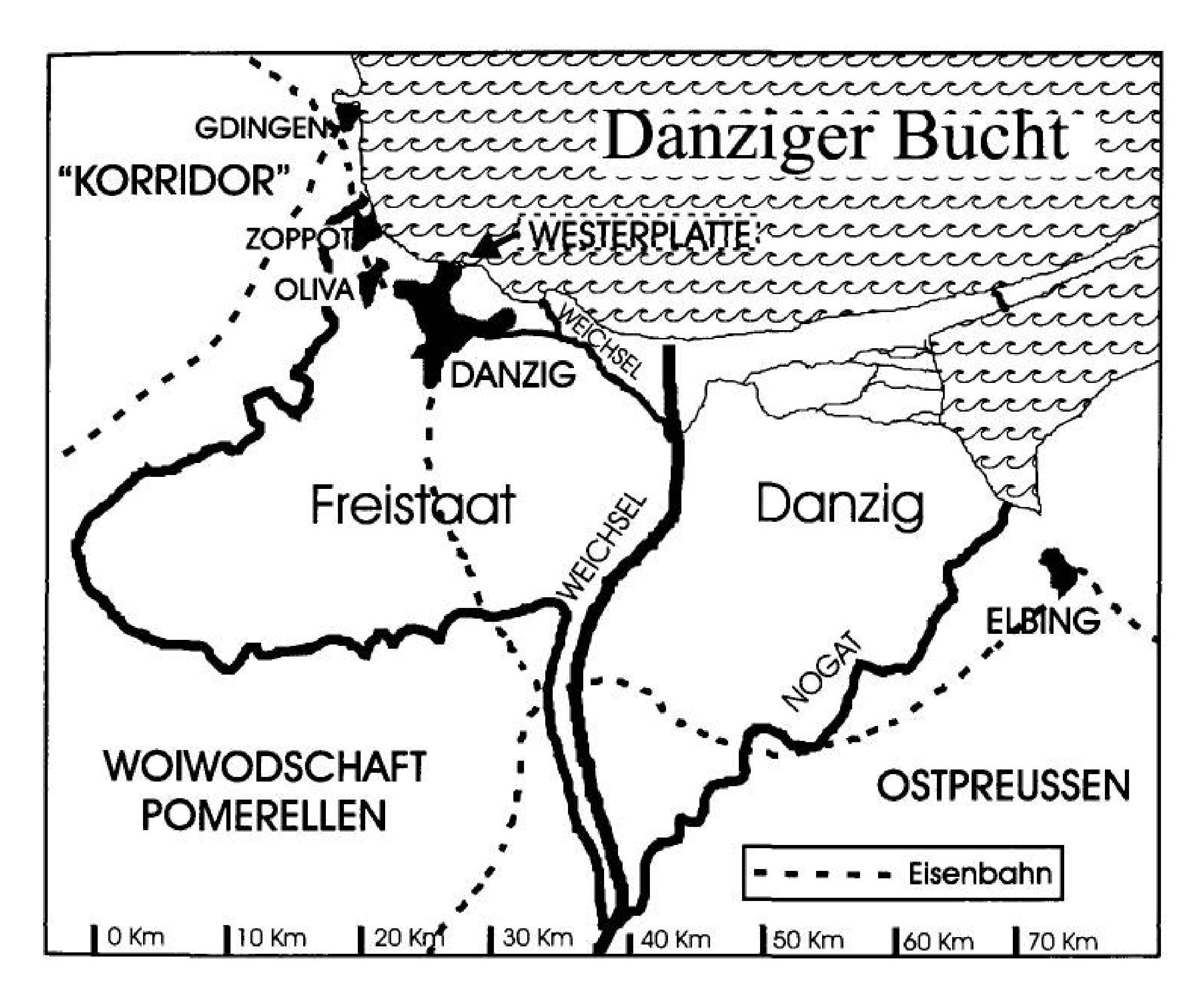
Es folgen eineinhalb Jahrhunderte, in denen die Bewohner Danzigs mit den deutschen Einwanderern das deutsche Recht und die deutsche Sprache übernehmen. Die Stadt gehört nun zum Ordensland und damit auch zum Deutschen Reich. Die Zeit im Reich findet dann mit dem Niedergang des Deutschen Ordens jedoch zunächst ein Ende. 1454 wählen sich die inzwischen deutschen Danziger den Polenkönig Kasimir IV in eigener Entscheidung zum neuen Schutzherrn. So wird Danzig für die nächsten etwa 130 Jahre zu einer weitgehend souveränen Stadtrepublik innerhalb des Königreiches Polen mit deutscher Sprache, eigener Währung, eigenen Truppen, Kriegsschiffen und Befestigungen und mit dem Recht, über Krieg und Frieden selber zu entscheiden. Polens Könige sind nicht einmal berechtigt, Danzig mit eigenen Truppen zu betreten. Jeder neue Polenkönig muß die Selbständigkeit und die Rechte der Stadt erneut bestätigen.[20] 1573 versucht der Rat der Stadt Danzig, sich wieder Deutschland anzuschließen, doch Polen zwingt die Stadt, bei Polen zu verbleiben. Dabei verliert Danzig auch seine Sonderstellung im Königreiche Polen. Nach nicht ganz dreieinhalb Jahrhunderten, im Jahr 1793 wird die im Inneren deutsch gebliebene Stadtrepublik Danzig bei der zweiten polnischen Teilung Preußen angeschlossen. Von da an gehört sie bis 1920 ein zweites Mal zum Deutschen Reich.

Bei einer so wechselvollen Stadtgeschichte gehen die Ansichten der Polen und der Deutschen über Danzigs Zugehörigkeit natürlich auseinander. Für Polen zählen 1920 die zwei Perioden, in denen es die Oberherrschaft über Danzig innehatte. Hier ist die Sicht der Polen die gleiche wie bei allen anderen Städten mit deutscher, russischer oder litauischer Bevölkerung, die im Laufe der Geschichte einmal ein Teil von Polen waren. Für Deutschland zählt, daß die Danziger Be-

[20] Kendziora, Seite 17

völkerung während der letzten sechs Jahrhunderte immer deutsch gewesen und geblieben ist.

Artikel 102 des Versailler Vertrags trennt die Hansestadt Danzig vom Deutschen Reich ab, ohne es jedoch dem neuen Polen anzugliedern.



Karte 26: Der Freistaat Danzig

Artikel 104 bestimmt, daß Danzig fortan eine „Freie“ Stadt mit eigener, autonomer Verwaltung unter der Regie eines vom Völkerbund ernannten Hochkommissars sein soll. Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs obliegt nach dem Vertrag der polnischen Regierung. Die Interessen Danzigs im Ausland werden also in den nächsten 19 Jahren von Warschau aus vertreten und nicht mehr von Berlin. Nach Artikel 104 des Vertrages gehört Danzig von 1920 an außerdem zu Polens Zollgebiet. Die Danziger Wasserstraßen und der gesamte Hafen stehen den Polen ohne Einschränkung zur Benutzung zur Verfügung. Polen überwacht den Eisenbahn- und Wasserstraßenverkehr in Danzig und Umgebung. Die Post und Telekommunikationsverbindungen von Polen in den Hafen – allerdings nur diese – werden polnischen Behörden übertragen. Polens

Einflußauf den Freistaat ist damit klar begrenzt. Doch in den 19 Jahren bis 1939 versucht der Staat Polen, sich den Freistaat in einer Folge kleiner Schritte Zug um Zug einzuverleiben.

Die Abtrennung der Stadt vom deutschen Reichsgebiet soll dem neuen Polen den von US-Präsident Wilson versprochenen Seehafen zur Verfügung stellen. Ab 1928 allerdings entfällt dieser Grund für Danzigs Sonderstatus. 1928 nehmen die Polen ihren neugebauten Hafen von Gdingen in Betrieb. Sie verfügen von da ab über einen eigenen Zugang zum Meer. Die Siegermächte geben Danzig trotzdem nicht ans Deutsche Reich zurück.

Polen dehnt das eigene Postnetz auf den ganzen Freistaat aus, obwohl der polnische Postdienst nach Versailler Vertrag ausschließlich für den Hafen vorgesehen ist. Es weigert sich, die Völkerbundwährung, den Danziger Gulden, auf Danziger Gebiet als Zahlungsmittel anzunehmen, obwohl der an das englische Pfund gekoppelt und damit nicht wertlos ist. Das polnische Militär legt gegen den ausdrücklichen Protest des Danziger Senats ein Munitionsdepot im Hafen an. Später versucht Polen, die eigenen Truppen im Hafen zu verstärken, um – wie es heißt – das Depot zu schützen. Die Verstärkung der polnischen Heereskräfte im Hafen von Danzig scheitert allerdings am Einspruch des Völkerbundes. 1932 nutzt Polen einen englischen Flottenbesuch in Danzig, um eigene Kriegsschiffe dorthin zu verlegen. Als der Senat der Freistadt dagegen protestiert, wird ihm von Polen mitgeteilt, daß „polnische Kriegsschiffe das nächste öffentliche Gebäude beschießen werden, falls die Danziger Bevölkerung die polnische Flagge auf den polnischen Schiffen beleidige“.[21] Ab August 1932 beansprucht Polen dann generell das Recht zum Aufenthalt seiner Flotte im Danziger Hafen. So weitet sich der Zugriff des polnischen Staates auf den Freistaat langsam aber unaufhörlich aus.

Der Status des Freistaates Danzig mit einer deutschen Bevölkerung ohne deutsche Staatsbürgerschaft, unter Völkerbundmandat und mit zunehmender Einbeziehung in den polnischen Staat fuhrt zu einem dauerhaften Unmut bei der Bevölkerung im Deutschen Reich. Ein „Freistaat Liverpool“ unter deutscher Oberherrschaft hätte zur gleichen Zeit nicht anders auf die Menschen in Großbritannien gewirkt. Die Deutschen im abgetrennten Danzig reagieren abweisend auf die wachsenden Ansprüche der Polen, und sie wünschen sich, wieder zum eigenen Lande zu gehören. So prägt sich in Danzig ein besonders starkes Nationalempfinden aus.

Ein durchaus wichtiger Aspekt des Schwebezustands, den Briten und Franzosen mit dem Status einer „Freien“ kleinen Republik Danzig unter Oberherrschaft des Völkerbundes mit deutscher Bevölkerung und polnischen Zoll-, Diplomatie- und Handelsrechten schaffen, soll hier nicht übersehen werden. Der hier konstruierte Sonderstatus schafft nicht nur vorhersehbaren Streit und Sprengstoff zwischen

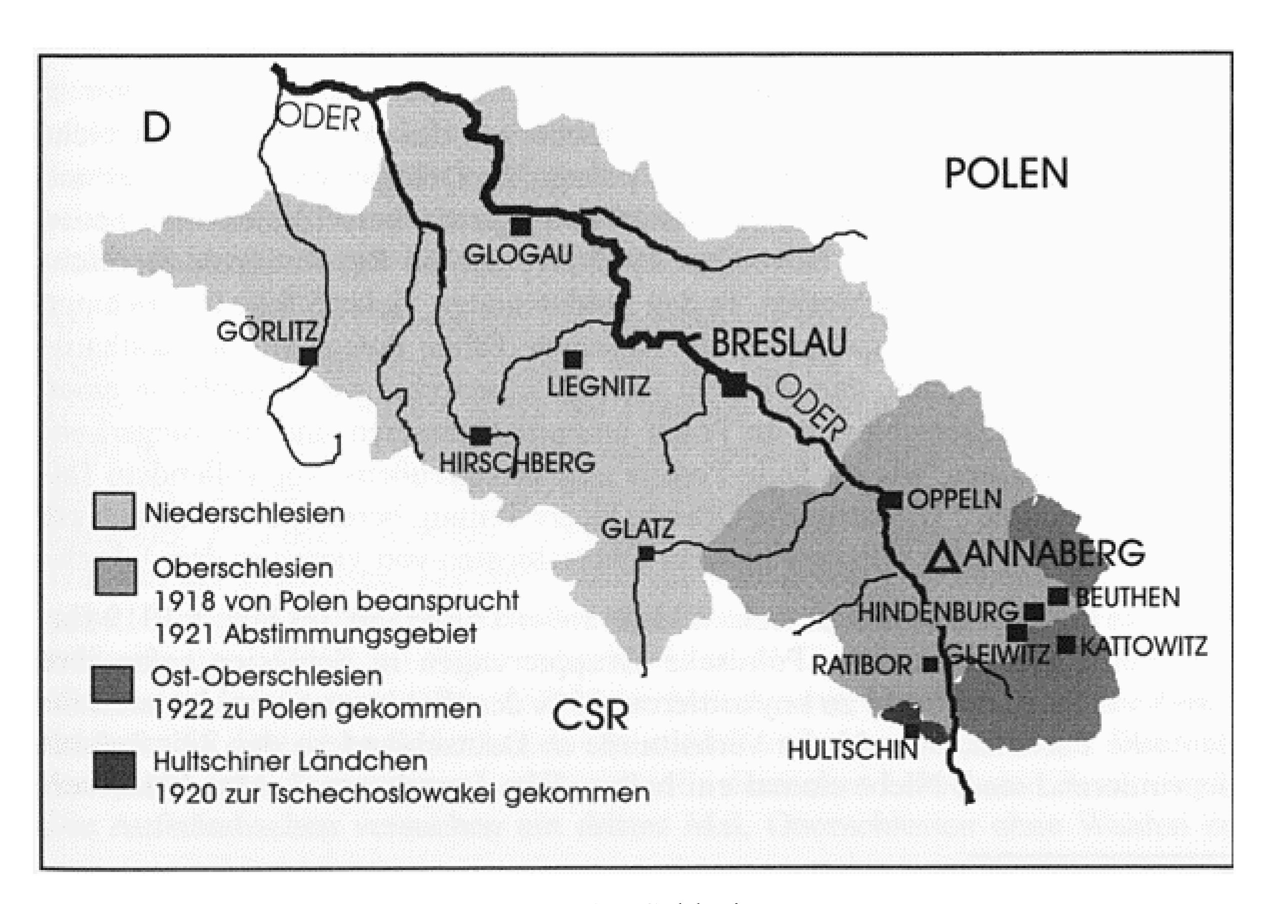
[21] Roos, Polen und Europa, Seite 47

Polen und dem Deutschen Reich. Er verschafft den zwei Garantiemächten von Versailles, England und Frankreich, auch ein „Wächteramt“ für Danzig und damit ein Mitspracherecht bei allen deutsch-polnischen Streitigkeiten der Zukunft und ein militärpolitisches Standbein in der Ostsee.

Trotz der Interessenlage der Briten und Franzosen und trotz der Bemühungen der Polen, Danzig auf Dauer in ihren Staat zu integrieren, macht sich Hitler bis zum Sommer 1939 Illusionen. Da Danzig völkerrechtlich nicht ein Teil des Staates Polen ist, glaubt er, er könne bei gegebener Gelegenheit und bei anderweitigem Entgegenkommen einen Weg der Einigung mit Polen finden. Hitler sieht sein Entgegenkommen, abgesehen vom Teschener Zugeständnis, im eigenen, endgültigen Verzicht auf die Menschen und Gebiete, die Deutschland in Posen, Westpreußen und in Oberschlesien verloren hat. Den Verzicht der Polen auf einen Teil ihrer Rechte im Freistaat Danzig hält er für zumutbar. Doch Danzig ist für beide Länder, Deutschland wie Polen, inzwischen ein Symbol.

Der vierte Gebietsverlust an Polen liegt in **Ost-Oberschlesien.** Polen fordert beim „Höchsten Alliierten Rat“ der Sieger ganz Oberschlesien. Der Anspruch wird auch hier historisch und mit der polnischen Bevölkerung begründet.

Schlesiens Geschichte unter der Herrschaft Polens ist jedoch nur ein frühes und recht kurzes Zwischenspiel. Um das Jahr 990 kommt Schlesien erstmals durch



Karte 27: Schlesien

Eroberung an Polen, das zu der Zeit seinerseits unter deutscher Oberhoheit steht. 1163, in einem polnischen Erbfolgestreit, greift der deutsche Kaiser Friedrich I. Barbarossa ein, veranlaßt die Gründung zweier schlesischer Herzogtümer und die Einsetzung von polnischen Piastenprinzen als Regenten. Die Piastenherzöge rufen deutsche Handwerker und Bauern in ihr nur sehr dünn besiedeltes Land, um Schlesien zu kultivieren. Schlesien wird damit langsam deutsch. 1202 bricht Polen für über ein Jahrhundert in seine Herzogtümer auseinander, und Schlesien gehört fortan nicht mehr zu einem Staate Polen. Beide Herzogtümer teilen sich im Laufe der Zeit durch Vererbung in zahlreiche piastische Kleinfürstentümer. 1327 erkennen alle Piastenfürsten in Oberschlesien den Böhmenkönig Johann aus dem deutschen Hause Luxemburg als ihren Lehnsherrn an. Böhmen selbst gehört zum Deutschen Reich. 1335 verzichtet Polens König Kasimir der Große, formal und mit Vertrag für alle Zeiten auf seine Oberhoheit über Schlesien und auf Polens Anspruch. Spätestens damit endet die polnische Geschichte Schlesiens. So gibt es bei der Neugründung des Staates Polen nach dem Ersten Weltkrieg seit sechs Jahrhunderten keinen polnischen Anspruch mehr auf Schlesien und seit sieben Jahrhunderten keine politische Verbindung mehr zwischen Schlesien und Polen.

Die Bevölkerung Oberschlesiens ist zu Ende des Ersten Weltkriegs mit großer Mehrheit deutsch. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als sich Ost-Oberschlesien zum Industriegebiet entwickelt und die Grenzregion attraktive Arbeitsplätze für Menschen im nahen Russisch-Polen und im habsburgischen Galizien bietet, sind große Zahlen polnischer Industrie- und Landarbeiter in Schlesien eingewandert. Mit dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs und mit Kriegsende 1918 versuchen die polnischen Delegierten in Versailles und die Nachkommen der polnischen Gastarbeiter, ganz Oberschlesien dem neuen Polen anzuschließen.[22] Im November 1918 erreicht die Revolution in Deutschland auch die Provinz Schlesien. In den Soldatenräten vieler Städte übernehmen Polen das Kommando und hissen die rot-weiße Fahne Polens auf den Rathausdächern. Sie versuchen, den Wechsel von der Monarchie zur Republik in einen Anschluß von Oberschlesien an Polen umzufunktionieren und die Siegerkonferenz in Versailles, wie im Falle Posens und Westpreußens, vor vollendete Tatsachen zu stellen.[23] Die deutsche Oberste Heeresleitung bereitet dem Versuch ein Ende. Es ist der erste Polenaufstand in Oberschlesien von vieren in drei Jahren.

Was nun folgt, ist bis zum schlechten Ende äußerst turbulent. Im Januar 1919 finden Reichtagswahlen statt. Polnische Gruppierungen in Schlesien rufen ihre Landsleute auf, die Wahl zu boykottieren. 75% der Wähler votieren dennoch für deutsche Parteien, obwohl die Verhältnisse in Deutschland zu der Zeit äußerst deprimierend sind. Nicht einmal ein halbes Jahr danach, am 7. Mai 1919, ver-

---

[22] Benoist-Méchin, Band 2 Seiten 157 ff
[23] Benoist-Méchin, Band 2, Seite 161

langt der „Höchste Alliierte Rat“ der Sieger die Übergabe ganz Oberschlesiens an Polen. Nach den Januarwahlen ist das ein offensichtlicher Bruch des Selbstbestimmungsrechts der schlesischen Bevölkerung. Die deutsche Delegation in Versailles fordert deshalb eine Volksabstimmung in Oberschlesien. Nach dem Verlust des Saargebiets und des deutschen Teils von Lothringen an Frankreich wäre das bereits das dritte Industriegebiet gewesen, das die Sieger Deutschland nehmen wollten. Das oberschlesische Kohle- und Industrierevier ist zudem ausschließlich von deutschen Ingenieuren und mit deutschem Kapital erschlossen worden.

Am 16. Juni 1919 gesteht der „Höchste Alliierte Rat“ den Deutschen gegen Frankreichs Stimme eine Volksabstimmung zu. Die Wahlen sollen von einer interalliierten Kommission geleitet werden und unter dem Schütze alliierter Truppen stehen. Deutschland muß seine im Abstimmungsgebiet stationierten Truppen vorher abziehen. Nach Abzug der deutschen und vor Eintreffen der alliierten Soldaten bricht ein zweiter Aufstand der Polen los, um der Volksabstimmung und dem fremden Militär zuvorzukommen. Am 10. Juli 1919 sprengen Aufständische, wie sie die Deutschen nennen, oder Patrioten, wie sie die Polen sehen, drei Eisenbahn- und Straßenbrücken, um das umstrittene Gebiet gegen Deutschland abzuriegeln. Dem deutschen Zoll gelingt es zwar noch, Waffentransporte und Propagandamaterial aus Polen abzufangen, doch ab 16. Juli streiken die polnischen Kumpel im ganzen schlesischen Bergbaurevier. Dann bricht ein Aufstand von fast 22.000 bewaffneten, in polnischen Vereinen organisierten Kämpfern los.[24] Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Korfanty, der die schlesischen Polen bis dahin in Berlin vertreten hat, fuhrt den Aufstand an. Da die Reichswehr auf Geheiß der Siegermächte abgezogen worden ist, greifen deutsche Freikorps ein. Sie rücken gegen den Protest der Sieger in Oberschlesien ein und beenden die zweite Revolte binnen einer Woche.

Am 11. Februar 1920 übernimmt die Interalliierte Kontrollkommission dann die politische Gewalt in Oberschlesien. Mit ihr rücken 11.500 französische und 2.000 italienische Soldaten unter der Führung des französischen Generals Le Rond in Oberschlesien ein. Le Rond macht aus seiner Sympathie für Polen keinen Hehl. Er nimmt Partei statt zu vermitteln. Am 17. August 1920 kommt es in Kattowitz zu Zusammenstößen zwischen deutschen Demonstranten und den Truppen der Franzosen. Korfanty nutzt die Gelegenheit zu einem dritten Aufstand. Blutige Auseinandersetzungen und Plünderungen greifen auf ganz Oberschlesien über. Der Staat Polen marschiert mit 11 Divisionen an der Grenze auf und macht Druck von außen. Polnische Milizen mit Verstärkungen aus Polen drängen die deutschen Sicherheitskräfte zurück und setzen – mit stiller Duldung der Franzosen – in mehreren Landkreisen die deutschen Lehrer und Beamten ab. Die Aufständischen versuchen ein drittes Mal, Oberschlesien ohne Wahlen zu

[24] Benoist-Méchin, Band 2, Seite 168

übernehmen. Der Aufstand wird diesmal durch Verhandlungen beendet. Der „Höchste Alliierte Rat“ zieht nun Konsequenzen. Im März 1921 verlegt er weitere 2.000 Soldaten, diesmal aus England, nach Oberschlesien, um ungestörte Wahlen zu ermöglichen.

Am 21. März 1921 findet die von deutscher Seite verlangte Volksabstimmung statt. Dem Tage gehen noch einmal blutige Auseinandersetzungen voraus. Bei Wahlkampfveranstaltungen und beim Urnengang finden 1.520 deutsche Bürger ihren Tod. Das Wahlergebnis bringt die Teilung Oberschlesiens. Fast 61% der Bevölkerung stimmen für den Verbleib beim Deutschen Reich, 39% wünschen einen Anschluß an das neue Polen. Das Ergebnis zeigt bedauerlicherweise keine klare Volkstumsgrenze. Die Bewohner von 13 Städten im Industriegebiet wollen mehrheitlich bei Deutschland bleiben, doch die Landbewohner in den Wahlkreisen, in denen diese Städte liegen, wollen mehrheitlich zu Polen. Obwohl die Gesamtmehrheit für Deutschland reichen würde, und obwohl einige der Städte einen Zugang zum angrenzenden deutschen Mehrheitsgebiet besitzen, schlägt die Interalliierte Kontrollkommission sie Polen zu. In der Kommission ist man sich jedoch zunächst nicht einig, welcher Grenzverlauf die Mehrheitsgebiete teilen soll. Briten und Italiener schlagen eine Trennungslinie vor, die 350.000 Polen beim Deutschen Reich belassen würde. Die Franzosen setzen sich jedoch mit einer Grenze durch, bei der 400.000 Deutsche Bürger Polens werden.[25] Deutsche und Polen bedauern die Entscheidung. Deutschland trauert um 400.000 verlorene Bürger und um sein schlesisches Revier. 85% der oberschlesischen Kohlevorkommen gehören nun zu Polen. Polen hatte jedoch offensichtlich mehr erwartet.

Ungefähr zur Zeit der Wahlen liefert Frankreich Waffen für Polens Krieg mit Rußland. Ein Teil der Waffen wird in Polen nach Schlesien umgeleitet.[26] Am 1. Mai 1921 verkündet die Interalliierte Kommission den Verlauf der neuen Grenze. Die Polen sind nicht bereit, das Abstimmungsergebnis und die Teilung Oberschlesiens zu akzeptieren. Am 2. Mai streikt die polnische Bevölkerung in Schlesiens Zechen, den Fabriken und in der Landwirtschaft. Am 3. Mai ruft Korfanty zum vierten Aufstand auf. Züge mit Artilleriegeschützen, Mörsern, Handfeuerwaffen und Versorgungsgütern rollen von Polen in das völkerrechtlich noch immer deutsche Oberschlesien. Polens reguläres Heer unterstützt den Aufstand mit ein paar Bataillonen Infanterie. General Le Ronds französische Soldaten lassen die polnischen Lastwagen- und Infanteriekolonnen unbehelligt ziehen. Die Italiener tun ihre Pflicht und stellen sich den Aufständischen und den polnischen Kräften entgegen, was sie mit 40 Toten und 200 Verwundeten bezahlen.[27] Vom 3. Mai sind zwei Korfanty-Dokumente überliefert. Der Aufruf an die Bevölkerung:

[25] Benoist-Méchin, Band 2, Seite 172
[26] Benoist-Méchin, Band 2, Seite 173
[27] Benoist-Méchin, Band 2, Seite 176

„Mitbürger!
... Seit 20 Jahren habe ich unaufhörlich für Eure Rechte und Unabhängigkeit gekämpft. Streikende und kämpfende Arbeiter! Ich bin von nun ab euer Bruder unter euch und ich stelle mich – im Einvernehmen mit unseren polnischen Parteien – an die Spitze unserer Bewegung. ... Um eine Massenbewegung zu organisieren, ernenne ich Nowina Doliva zum Oberbefehlshaber aller bewaffneten Streitkräfte. Alle Bezirkskommandanten, die Anführer und Aufständischen selber schulden ihm absoluten Gehorsam. ...
Im Hauptquartier von Beuthen
am 3. Mai 1921, dem Geburtstag
der Polnischen Verfassung.
Korfanty“ [28]

Das andere Dokument ist ein Brief an die Regierungen der alliierten Siegermächte vom gleichen Tag:

„... Ich erkläre feierlichst, daß ich alles getan habe, um einen bewaffneten Aufstand, eine Störung der öffentlichen Ordnung zu verhindern. Als aber die Vorschläge der Hohen Interalliierten Kommission bezüglich der Teilung Oberschlesiens bei den polnischen Arbeitern und Bauern, die seit Jahrhunderten Gegenstand einer gewissenlosen Ausbeutung und einer brutalen Unterdrückungspolitik seitens Preußens und Deutschlands sind, bekannt wurden, hat die Masse eine grenzenlose Verzweiflung ergriffen bei dem Gedanken, daß sie wieder unter preußisches Joch zurückkehren könnten. ...24 Stunden nach Eintreffen der Hiobsbotschaft... hat die Bevölkerung spontan zu den Waffen gegriffen. ... Damit dieser leidenschaftliche Ausbruch des erbitterten bewaffneten Volkes nicht unter den Einfluß verbrecherischer Elemente in den Zustand der Anarchie ausartet, habe ich mich auf Verlangen der Aufständischen und Streikenden an die Spitze der Bewegung gestellt, um ... so schnell wie möglich die öffentliche Ordnung wiederherzustellen. ...
Korfanty“ [29]

Frankreich lastet den Aufstand der deutschen Presse an. Der britische Premierminister Lloyd George bewertet den Aufstand aus seiner Sicht am 13. Mai 1921 im Unterhaus ganz anders:

„Die Alliierten haben durch eine allgemeine Entscheidung bestimmt, daß die Teile Oberschlesiens, die überwiegend für Polen gestimmt haben, an Polen gegeben werden sollen. Jetzt haben die Polen einen Aufstand veranstaltet und die Alliierten vor ein fait accompli[30] *gestellt. Dieser Schritt war ein vollständiger Bruch des Friedensvertrages von Versailles. ... Polen ist das letzte Land, das versuchen dürfte, gegen den Vertrag von Versailles zu*

[28] Benoist-Méchin, Band 2, Seite 175
[29] Baumfalk, Seite 178
[30] Vollendete Tatsachen

verstoßen. ... Wenn Polen Erlaubnis bekäme, diese deutschen Provinzen zu überrennen, so würde das ein böses Ende nehmen....“ [31]

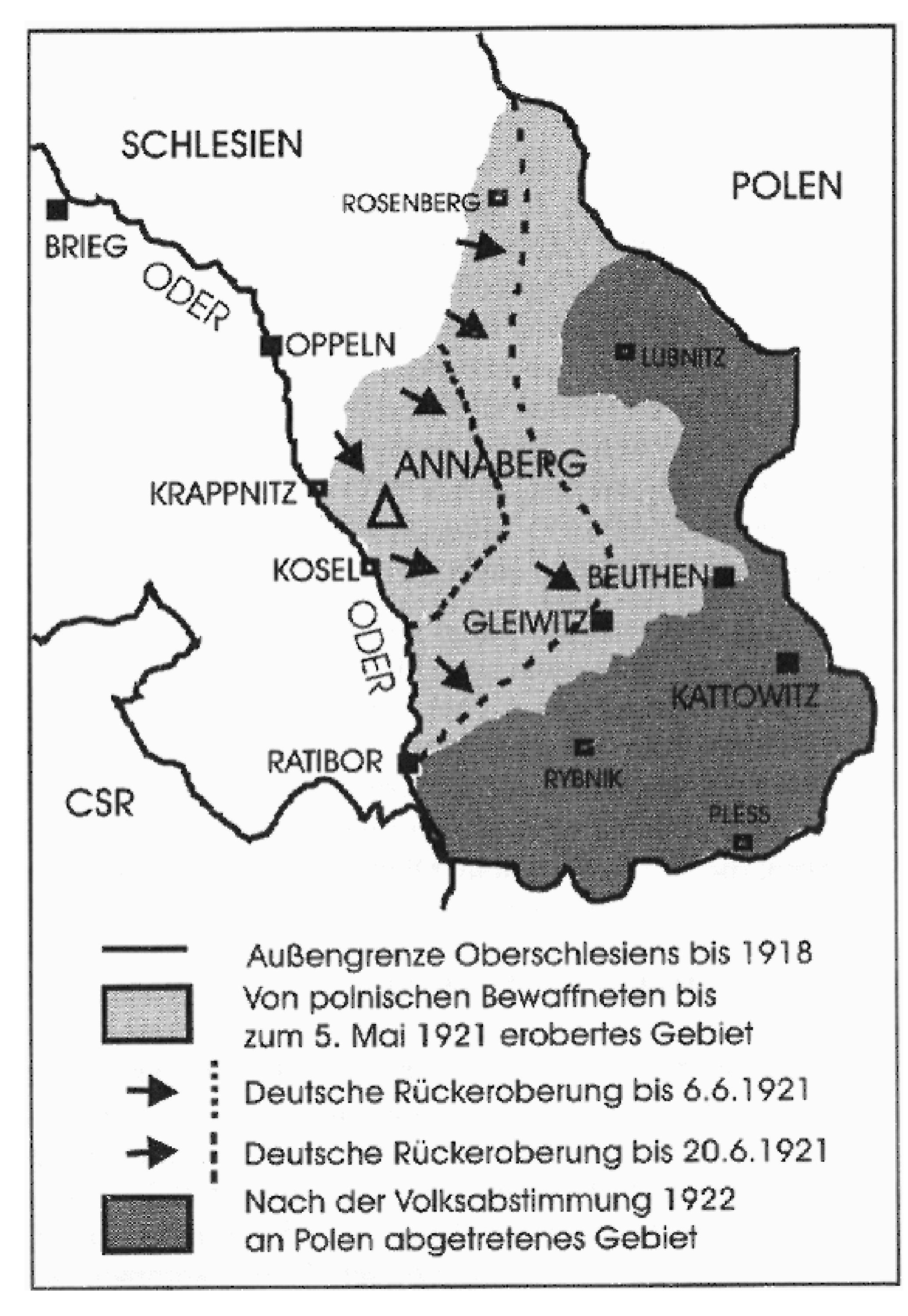
Polnische Aufständische und Truppen erobern bis zum 5. Mai, also binnen zweier Tage, den Osten Oberschlesiens bis zum Oberlauf der Oder, ein Gebiet ein Viertel größer als das Saargebiet. Die Reichsregierung protestiert am 2. Mai, am 3., 4., 5. und 7. Mai bei den Regierungen der Siegermächte. Frankreich versucht, die polnische Eroberung unter ihren Schutz zu stellen und droht, daß es einen Einsatz der Reichswehr in Oberschlesien als einen Bruch des Vertrages von Versailles ansehen und mit einer Besetzung des Ruhrgebiets ahnden werde. In Frankreich wird – zum Zeichen, daß die Drohung nicht in den Wind gesprochen ist – der bereits entlassene Wehrpflichtigenjahrgang 1919 wieder einberufen. Ab 9. Mai 1921 versuchen die Polen, weiter nach Westen anzugreifen. Doch mittlerweile sammeln sich Freiwillige aus ganz Deutschland und aus Österreich, bilden Freikorps und beginnen ab 21. Mai, das verlorene und zum Teil zerstörte Land zurückzuerobern. Vom 21. bis 25. Mai liefern sich Polen und Freikorps eine Entscheidungsschlacht am Annaberg bei der Kleinstadt Krappnitz. Der größte Teil der polnischen Eroberungen kann dabei für Deutschland zurückgewonnen werden.

Bitter für die Freiwilligen aus ganz Deutschland ist das Verhalten der eigenen Reichsregierung in Berlin. Noch als die Schlacht in vollem Gange ist, gibt sie am 24. Mai unter massivem Druck aus Paris per Erlaß bekannt, daß jeder deutsche Freikorpssoldat, der an den Kämpfen in Oberschlesien teilnimmt, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 100.000 Mark bestraft wird.[32] So trägt die polnisch-deutsche Auseinandersetzung in Schlesien nicht unerheblich dazu bei, das Vertrauen der Weltkriegssoldaten zur eigenen Regierung und zur neuen deutschen Republik nachhaltig zu zerstören.

Am 5. Juli haben die Freikorps den größten Teil Oberschlesiens befreit. Die Teilung erfolgt nun nach einem Vorschlag des italienischen Außenministers Graf Sforza mit einer neuen Trennungsgrenze – der Sforza-Linie -, so daß die deutsche und die polnische Minderheit im jeweils fremden Land in etwa zahlenmäßig ausgeglichen sind. Am 17. Juni 1922 scheidet Ost-Oberschlesien aus dem Reichsverbande aus. Der polnische Historiker Halecki wertet das Ergebnis dieser Auseinandersetzung so:

„Frankreich allein begünstigte die polnischen Ansprüche, während England und Italien Polen nur zwei landwirtschaftliche Bezirke zusprechen wollten. Schließlich wurde die Frage in einer Weise gelöst, die mit internationaler Gerechtigkeit am besten vereinbar war. ... Auf diese Weise gewann Polen auch einen beträchtlichen Teil der reichen industriellen Landstriche. ... Die neue polnische Provinz Schlesien war der einzige, ver-

[31] Baumfalk, Seite 180
[32] Reichsgesetzblatt 1921, Seite 711



Karte 28: Die Kämpfe um den Annaberg

hältnismäßig kleine Teil der wiederhergestellten Republik, der die Grenzen der Zeit vor den (polnischen) Teilungen überschritt."[33]

In Deutschland wird die Abtretung des Industriegebiets und der überwiegend deutschen Städte jenseits der Sforza-Linie als schmerzlicher Verlust empfunden. Dies steht solange zwischen Deutschland und dem neuen Polen, bis Adolf Hitler

[33] Halecki, Seite 229

die deutschen Forderungen auf Danzig und die Transitwege reduziert. Hitler bezieht keine seiner Forderungen auf Ost-Oberschlesien. Doch das französisch-polnische Zusammenspiel bei der Teilung und bei den Aufständen der Polen prägt das sicherheitspolitische Denken der deutschen Reichsregierungen und der jungen Reichswehr für die nächsten 20 Jahre. Fortan wird bei jeder Spannung und jedem Konflikt mit Frankreich zugleich die polnische Gefahr gesehen; bei jeder Auseinandersetzung mit Polen entsprechend die Bedrohung von Seiten der Franzosen. Reichswehr und Bevölkerung haben seitdem eine Vorstellung davon, daß eine Schwäche an Militär die Erpreßbarkeit des Staats bedeutet. Frankreichs Drohung, das Ruhrgebiet im Westen zu besetzen, wenn sich das Reich im Osten gegen fremde Annexionen wehrt, bleibt bis zum Zweiten Weltkrieg unvergessen. Die geheimen Rüstungsvorbereitungen vor 1933 und der schnelle Wiederaufbau der deutschen Streitkräfte ab 1935 bekommen in den Augen der Bevölkerung und der Soldaten ihre Legitimation aus dieser Erfahrung der frühen 20er Jahre.

Polen kehrt 1919 als selbständige Nation auf die Bühne der europäischen Geschichte zurück. Doch es sucht seine neue Identität nicht in den von den Siegern des Ersten Weltkriegs vorgegebenen Grenzen. Die modernen Polen von 1919 träumen von dem alten Polen-Litauen von 1450. Sie beginnen ihre neueste Geschichte mit einer Serie selbstinszenierter Kriege. Das trägt ihnen nicht nur die Feindschaft aller ihrer Nachbarn ein, sondern das entwertet auch eine ganze Anzahl von Verträgen, die sie 1939 vielleicht hätten schützen können.

Polen als Vielvölkerstaat

Das neue Polen ist mit der Angliederung ehemals ukrainischer, weißrussischer, litauischer, tschechischer und deutscher Landesteile ein Vielvölkerstaat geworden. Die Bevölkerung des Landes besteht 1923 aus 30 Millionen polnischen Staatsbürgern, von denen 19 Millionen – das sind zwei Drittel – als Muttersprache Polnisch sprechen. 5 Millionen sind Ukrainer, 2,5 Millionen Juden, 2 Millionen Deutsche und 1,2 Millionen sind Weißrussen.[34] Dazu kommen weitere Minderheiten litauischer, tschechischer oder ungarischer Herkunft sowie Kaschuben und Slonzaken. Im eroberten „Ostpolen“ sind die Polen selber eine Minderheit. Auf 7,4 Millionen Ukrainer, Juden und Weißrussen kommen dort gerade einmal 1,5 Millionen Polen, also knapp ein Sechstel aller Menschen, die dort wohnen.[35]

Polen hat die Rechte seiner Minoritäten zunächst in dem zum Versailler Vertrag gehörenden Minderheitenschutzvertrag anerkennen und garantieren müssen.[36] Doch die Polen empfinden diesen Schutzvertrag als diskriminierend, weil er nur

[34] Castellan, Seiten 151 ff; die Zahlen sind aus den widersprüchlichen polnischen Statistiken in der angegebenen Quelle abgeleitet
[35] Info BpB, Heft 142, Seite 25
[36] Minderheitenschutzvertrag vom 28. Juni 1919, sog. Minoritätenvertrag

sie und nicht auch ihre Nachbarländer bindet. Polen tritt am 15. Mai 1922 außerdem der „Genfer Konvention zum Schutz von Minderheiten“ bei. Auch die Verfassung des neuen Staates Polen garantiert den nationalen Minderheiten angemessene Rechte.[37] In Artikel 109 der polnischen Verfassung heißt es:

> *„Jeder Bürger hat das Recht, seine Nationalität zu bewahren und seine Sprache und nationalen Eigentümlichkeiten zu pflegen. Besondere staatliche Gesetze sichern den Minderheiten im polnischen Staat die volle freie Entwicklung ihrer nationalen Eigentümlichkeiten mit Hilfe von autonomen Minderheitsverbänden. ...“*

Der Schutz des Lebens, der Rechte, der Muttersprache und der Traditionen der vielen nichtpolnischen Nationalitäten ist im neu entstandenen Staate Polen damit gesetzlich und völkerrechtlich zunächst abgesichert. Doch die in der Verfassung vorgesehenen „besonderen staatlichen Gesetze“ werden nie erlassen. Polen beginnt sehr bald damit, die früher erduldete Russifizierung und Eindeutschung umzukehren und geht mit der Polonisierung derer, die nun Minderheit in Polen sind, weit über das hinaus, was ihnen selbst zuvor – zumindest unter deutscher und habsburger Herrschaft – zugemutet worden ist.

Als erstes weist man ab 1922 die Nichtpolen aus, die nach 1908 ins Land gekommen sind, auch wenn sie dort rechtmäßig Geschäfte, Firmen oder Land erworben hatten. Dann stellt man die Nichtpolen vor die Wahl, sich für Polen zu entscheiden oder für Deutschland oder andere Länder zu „optieren“ und dorthin auszuwandern. Die „Optanten“, die sich zu Deutschland, Österreich oder zur Sowjetunion bekennen und das Land verlassen, werden für die zurückgelassene Habe, für die enteigneten Liegenschaften, für das Bauernland und ihre Forsten zunächst nicht entschädigt. Zudem entläßt man die Beamten mit Russisch oder Deutsch als Muttersprache. Etwa die Hälfte der russischen, jüdischen und deutschen Schulen und Universitäten muß schließen. Der doppelsprachige Unterricht, soweit nach Kriegsende noch erteilt, wird per Gesetz[38] verboten und Polnisch wird zur alleinigen Unterrichtssprache erklärt. Einem großen Teil der Ukrainer, Weißrussen, Juden, Österreicher und Deutschen werden ihre Arzt- und Apothekerapprobationen und die Geschäfts- und Verlagslizenzen entzogen.[39] Und ansonsten wird polnischerseits geschäftlich alles boykottiert, was nicht polnisch ist.

Mißliebige Personen werden ab 1919 in Lagern bei Szczypiorno und Stralkowno konzentriert und eingesperrt. Hier sitzen allein 16.000 „Staatsfeinde“ mit deutscher Muttersprache ein. 1923 werden zur Konzentration weiterer „Staatsfeinde“ auch solche Lager bei Brest-Litowsk und Bereza Kartuska eingerichtet.[40] Bis

[37] Verfassung vom 17. März 1921
[38] Gesetz vom 31. Juli 1924
[39] Gesetz vom Dezember 1921
[40] Kendziora, Seite 22

1939 erreichen etwa 15.000 Minderheitenbeschwerden aus Polen den Völkerbund in Genf, in denen die Betroffenen Willkürakte, Rechtsbrüche und Drangsalierungen von Polen an Nichtpolen anzeigen und beklagen. Von März bis August 1939 sind es allein 1.500 solcher Fälle gegenüber Deutschen, die das Auswärtige Amt in Berlin registriert.[41] Der Völkerbundrat muß die Lage der Minderheiten im Staate Polen wiederholt zum Thema machen, doch er vermag kaum, etwas zu ändern. Am 15. Juni 1932 berichtet Lord Noel-Buxton vor dem Oberhaus in London über eine Tagung des Rats zu diesem Thema:

> *„In den letzten Tagen sind auf den Tagungen des Rats des Völkerbundes wichtige Fragen, die die nationalen Minderheiten betreffen, behandelt worden. Vor allem wurde auf der Januar-Tagung ein Bericht verhandelt, der sich mit der sogenannten Terrorisierung beschäftigte, die im Herbst 1930 in der Ukraine stattgefunden hat. ... Assimilierung durch Zerstörung der Kultur ist an der Tagesordnung. ... Aus dem Korridor und aus Posen sind bereits nicht weniger als 1 Million Deutsche seit der Annexion abgewandert, weil sie die Bedingungen dort unerträglich finden. ... Im polnischen Teil Ostgaliziens wurden vom Ende des Krieges bis 1929 die Volksschulen um zwei Drittel vermindert. In den Universitäten, in denen die Ukrainer unter österreichischer Herrschaft elf Lehrstühle innehatten, besitzen sie jetzt keinen, obwohl ihnen 1922 von der polnischen Regierung eine eigene Universität versprochen worden war. In dem Teil der polnischen Ukraine, der früher zu Rußland gehörte, in Wolhynien, sind die Bedingungen noch härter. Hier gibt es ein umfangreiches System der Kolonisierung durch frühere Soldaten, und diese Leute verfolgen ihre Nachbarn in einer äußerst bedauernswerten Weise. ...In der ganzen Ukraine gibt es überdies das System der polizeilichen Verfolgung. ... Wir können in diesem Zusammenhang eine besonders beklagenswerte Tatsache nicht beiseite lassen, nämlich die Folterung von Gefangenen in Gefängnissen und von Verdächtigen, die sich die Ungnade der polnischen Behörden zugezogen haben. Überzeugende Beweise dafür, daß in solchen Fällen mittelalterliche Foltern angewandt werden, liegen zu meinem Bedauern vor. Diese Darstellungen wurden im Völkerbundrat durch Lord Cecil als Delegiertem der britischen Regierung als das Gewissen der Menschheit erschütternd bezeichnet. Sie sind vom Rat nicht untersucht worden, wie das hätte erfolgen müssen. ... Ich möchte Eure Lordschaften an ihre Not erinnern durch Verlesung der Worte eines ausgezeichneten Rechtsgelehrten, ... Sir Walter Napier, der folgendes schrieb: „Die Führer des Dorfes wurden umringt, in eine Scheune getrieben, entkleidet, niedergehalten und mit dicken Stöcken, die zum Dreschen gebraucht werden, geschlagen. Ärzten war es verboten, von den Städten in die Dörfer zu gehen. Und die Bauern, die den Versuch machten, sich zur Behandlung in die Städte zu bege-*

[41] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 218

ben, wurden durch die Polizei zur Umkehr gezwungen. "... *Wir dürfen nicht vergessen, daß Polen ganz besonders Ursache hat, diese Verträge zu beachten, denn die ihm zugestandenen Annexionen wurden ihm unter der Bedingung zugestanden, daß es diesen Gebieten Autonomie gewährt. Diese Bestimmung wurde von der Botschafterkonferenz 1923, in der unser Land führendes Mitglied war, aufgestellt. ...*" [42]

Das besondere Interesse der Briten am Schicksal der Ukrainer in Ostpolen, das hier herauszuhören ist, erklärt sich aus dem großen Zustrom ukrainischer Emigranten nach Britisch-Kanada.

Ein weiteres Problem für die Nichtpolen ergibt sich aus der sehr starken Identifizierung aller geborenen Polen mit der **römisch-katholischen Kirche.** Die Kirche Roms ist in den vergangenen 150 Jahren der Fremdherrschaft im geteilten Polen das Refugium des Polentums gewesen. Das zeigt nun seine Wirkung. So ist nach dem Ersten Weltkrieg „evangelisch sein" in Polen ein Synonym für deutsch, und die Zugehörigkeit zu einer der drei orthodoxen Kirchen in Weißrußland und in der Ukraine paßt nicht zum echten Polentum. Die Formel „Pole ist gleich Katholik" grenzt auch die Juden aus. Das neue Polen setzt – wo das geht – die Kirche zum Polonisieren seiner Minderheiten ein. So nutzt Warschau ein Konkordat mit Rom[43], um in den katholischen Kirchen Weißrußlands und im Gebiet von Wilna das Russische und das Litauische aus den Gottesdiensten zu verbannen. An deren Stelle treten Polnisch und Latein.[44] Die evangelischen Sonntagsschulen in deutscher Sprache, eine Art des freiwilligen Unterrichts an Feiertagen, werden polizeilich unterbunden.

Das neue Polen wird kein Vielvölkerstaat wie vordem Habsburg. Es versteht sich nicht als Staat mit einer Vielzahl von Konfessionen und Nationen. Im Polen ab 1920 wird nur akzeptiert, wer polnisch spricht und römisch-katholisch glaubt. Am 14. Dezember 1931 beschreibt der englische MANCHESTER GUARDIAN die polnische Nationalitätenpolitik als eine „Hölle".

„Die Minderheiten in Polen sollen verschwinden", so schreibt das Blatt. „Diese Politik wird rücksichtslos vorangetrieben, ohne die geringste Beachtung der öffentlichen Meinung in der Welt, der internationalen Verträge und des Völkerbundes. Die Ukraine ist unter polnischer Herrschaft zur Hölle geworden. Von Weißrußland kann man dasselbe mit noch größerem Recht sagen. Das Ziel der polnischen Politik ist das Verschwinden der nationalen Minderheiten auf dem Papier und in der Wirklichkeit."

Weißrussen und Ukrainer als angestammte Mehrheit östlich der Curzon-Linie setzen sich energisch gegen alle Polonisierungs- und Katholisierungsversuche zur Wehr. Als die Regierung Polens daran geht, Land in Weißrußland zu enteig-

[42] Burneleit, Seiten 26 ff
[43] Konkordat vom 10. Februar 1925
[44] Castellan, Seite 156

nen und 1924 und 1925 die weißrussische Sprache für Zeitungen und Schulen zu verbieten, kommt es zu einem Volksaufstand, zu Terror und zu Gegenterror. Das Land bleibt bis zur Besetzung durch die Sowjetunion im September 1939 unbefriedet.

Auch in der Ukraine steht das Nebeneinander von Polen und **Ukrainern** unter einem schlechten Stern. Nach Ende des Weltkrieges kommt es zuerst zu schweren Ausschreitungen der Ukrainer gegen die Polen, die sie als frühere Unterdrücker in Erinnerung haben. Dann erobert Polen die Westukraine östlich der Curzon-Linie, und die Rache tobt in umgekehrter Richtung. Ein Beobachter vor Ort, der französische Slawistikprofessor Martel, beschreibt die Gebietsübernahme der Ukraine durch die Polen etwas drastisch so:

> *„Es wurde erschossen, gehängt, gefoltert, eingesperrt, beschlagnahmt, kurz, man amüsierte sich ganz wie in den guten alten Zeiten. Viele ukrainische Priester wurden hingerichtet. Um Überfüllungen zu vermeiden, machten die Polen keine Gefangenen. ... Die Gefängnisse vom Lemberg quellen über von Ukrainern aller Schichten ..., deren einziges Verbrechen darin bestand, Ukrainer zu sein oder ukrainisch zu sprechen.“* [45]

Die Polen wissen, daß die Ukrainer in ihrem Land mit den Ukrainern in der benachbarten Sowjetunion einen eigenen Staat anstreben, zumindest jedoch eine Vereinigung. So schöpft man in Warschau den Verdacht, daß die polnischen Ukrainer Kommunisten oder Bolschewisten sind und mit den Sowjets paktieren. Nur 1933 und 34 entspannt sich die Lage in der polnischen Ukraine für eine Atempause, als Polen den Versuch macht, die „eigenen“ Ukrainer und die in der Sowjetunion für eine Großukraine unter Polens Vorherrschaft zu gewinnen.

Dennoch bleibt der Haß beider Nationen aufeinander innerhalb des neuen Polen solange erhalten, bis die Sowjetunion das Land zurückerobert. 1930 schreibt Erzbischof Szeptyckyj, Metropolit der griechisch-katholischen Kirche von Lemberg, einen Brief an einen Freund, in dem er klagt:

> *„Wir durchleben schreckliche Zeiten. Die Strafexpeditionen ruinieren unsere Dörfer, unsere Schulen, unsere wirtschaftlichen Institutionen. Tausende von Dorfbewohnern, sechs Priester, Frauen, Intellektuelle wurden geprügelt, oft bis sie das Bewußtsein verloren. Den Dörfern werden wie im Krieg unmäßige Kontributionen und Requisitionen auferlegt. Polizei und Armee führen gegen die friedliche, unschuldige Bevölkerung unseres unglücklichen Landes einen wahren Krieg. Der Vorwand, man bekämpfe oder unterdrücke nur Kommunisten und Terroristen, geht völlig fehl. Das ist nur eine Fiktion. Es handelt sich um eine krisenhafte Zuspitzung eines Systems der Verfolgungen, das seit dem Jahre 1920 nicht mehr aufgehört hat.“* [46]

[45] Castellan, Seite 159
[46] Castellan, Seite 161

Zu den großen Minderheiten Polens zählen des weiteren 2,5 Millionen **Juden.** Auch diese Gruppe wird polnischerseits als Problem betrachtet. Der polnische Historiker Halecki schreibt 1970 in seiner „Geschichte Polens“:

> *„Die jüdische Frage wurde besonders brennend vor dem Zweiten Weltkrieg. Dies war eine sehr einschneidende Frage, wenn man bedenkt, daß mehr als drei Millionen Juden -fast zehn Prozent der Gesamtbevölkerung – über das ganze Land verstreut lebten, daß sie noch einen viel höheren Prozentsatz in den Stadtbewohnern, im Handel und der Industrie und in gewissen Berufen darstellten und daß nur eine unbedeutende Zahl von ihnen wirklich assimiliert war. Unter diesen Umständen war das Aufkommen einer antisemitischen Bewegung, aus wirtschaftlichen Gründen weit mehr als aus rassischen, fast unvermeidlich.“* [47]

Zu den von Halecki genannten rassischen und wirtschaftlichen Gründen kommen wohl noch parteipolitische für die geringe Integration der Juden bei den Polen. Unter den Angehörigen der jüdischen Minderheit ist die Anhängerschaft der KP Polens offensichtlich besonders groß oder es bestehen zumindest Verdächtigungen, das dies so sei. Im März 1937 beklagt sich der polnische Ministerpräsident Skladkowski im Gespräch mit Professor Burckhardt, dem Hohen Kommissar des Völkerbunds in Danzig, daß „60% unserer Juden Kommunisten sind und 90% aller Kommunisten Juden.“[48] Kommunisten stehen in Polen stets unter dem Verdacht, Sympathisanten der ungeliebten Sowjetunion zu sein.

1935 setzt der polnische Außenminister Beck eine Arbeitsgruppe ein, die sich „mit der Judenfrage in Polen“ befassen und Möglichkeiten zu ihrer Lösung finden soll. Der Zufall will es, daß die Entwicklung der Insel Madagaskar 1937 in Frankreich zum öffentlichen Thema wird. Man sucht Kolonisten, doch die Franzosen zeigen wenig Neigung, dorthin auszuwandern. Als Frankreichs Außenminister Delbos im Dezember 1937 einen Staatsbesuch in Warschau macht, nutzt sein Gastgeber Beck die Gelegenheit, Delbos zu fragen, „ob er einverstanden sei, daß alle polnische Juden auf die Insel Madagaskar auswanderten“.[49] Delbos geht darauf nicht weiter ein.

Auch Ministerpräsident Skladkowski vertritt die Auffassung, daß die Juden gut daran täten, ihre Auswanderung in Zusammenarbeit mit dem polnischen Staate zu betreiben. Er äußert das auf einer Sitzung des Haushaltsausschusses des Sejm.[50] Die jüdische Bevölkerung ist für die hohe Politik in Polen offensichtlich Dauerthema, bis der Staat im Jahre 1939 untergeht. 1931 erklärt der ehemalige Außenminister Dmowski, die Judenfrage sei das größte Problem für die Zivilisation der ganzen Erde, und er vertritt dabei den Standpunkt, daß nur die „völlige Austreibung“ der Juden aus Polen die Judenfrage lösen könne.[51]

---

[47] Halecki, Seite 234
[48] Burckhardt, Seite 73
[49] Rassinier, Seite 127
[50] Sitzung vom 14. Januar 1939, siehe Archiv der Gegenwart, Seite 3889
[51] Hoggan, Seite 24. Dort zitiert: Swiat Powojenny i Polska, Warschau 1937, Seite 317

Die antisemitische Bewegung, wie Halecki das bezeichnet, führt dazu, daß in den Jahren von 1933 bis 1938 557.000 Juden ihr polnisches Heimatland verlassen und Zuflucht im benachbarten Deutschland suchen (von wo aus im gleichen Zeitraum 170.000 deutsche Juden ins Ausland emigrieren).[52] Die deutschen Reichsbehörden versuchen, etwa 50.000 von diesen flüchtenden Juden wieder nach Polen abzuschieben. Die polnische Polizei verhindert die Rückkehr dieser armen Menschen und treibt sie an den Grenzen mit Bajonetten zurück zur deutschen Seite. Dies Vertreiben und dies Abweisen von Juden ist ein für Deutschland und Polen gleichermaßen zutiefst beschämendes Stück gemeinsamer Geschichte. Polen entzieht den nach Deutschland und andernorts emigrierten Juden alsbald die polnische Staatsbürgerschaft. Das Los der in Polen verbleibenden Juden wird später nach der Eroberung im deutsch besetzten Teil des Landes durch deutsche Schuld zu einer Katastrophe.

Eine weitere Minderheit, jedoch mit nur 106.000 Menschen, sind die **Kaschuben.** Das sind die Nachfahren der Pomoranen, der Urbevölkerung im küstennahen Pomerellen aus der Zeit vor der ersten polnischen Eroberung. Sie pflegen neben ihrer eigenen Sprache auch ihre eigene Identität. Die politische Bedeutung der Kaschuben in den 20er Jahren ergibt sich aus ihrem Siedlungsgebiet in Norden Westpreußen-Pomerellens, dort wo Pommern und Ostpreußen sich am nächsten kommen. Die Polen zählen die Kaschuben als Polen, um damit nachzuweisen, daß die Bevölkerung im Korridor schon immer polnisch war. Die Unzufriedenheit der Kaschuben mit ihrer neuen Staatsgewalt in Warschau wird ihnen von den Polen als Undank und als Dummheit ausgelegt.

Die **deutsche Minderheit** in Polen – zunächst gut 2 Millionen Menschen – nimmt durch das Abdrängen der „Optanten“, durch das Abwandern der entlassenen Beamten, die ohne Gehälter dort nicht länger leben können, wegen der Schließung vieler deutscher Schulen, wegen der Enteignungen und wegen des Terrors bis 1923 auf 1,2 Millionen ab. Das Deutsche Reich steckt zur gleichen Zeit in einer krisenhaften Wirtschaftslage. Es muß zudem die aus Elsaß-Lothringen und dem besetzten Rheinland ausgewiesenen Menschen aufnehmen und versorgen. Die Reichsregierung fordert deshalb die noch in Polen lebenden Deutschen auf, dort zu bleiben.[53] Das wiederum erzeugt in Polen den Verdacht und die Beschuldigung, Deutschland wollte sich eine Minderheit in Polen halten und damit den Anspruch auf verlorene Gebiete.

Die Deutschen, die in Polen bleiben, akzeptieren ihr Los als Bürger zweiter Klasse unter fremder Herrschaft nur mit Widerstreben. Auch zeigen die Versuche, Deutsche mit Nachdruck zu Polen zu erziehen, kaum Erfolg. Die Polen halten die deutsche Minderheit deshalb für illoyal und betrachten sie als Fremde, obwohl sie nun Bürger ihres Staates sind. Im September 1934 kündigt Polen einseitig den

---

[52] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 39
[53] Strobel, Seite 23

Minderheitenschutzvertrag, den es 1919 auf Verlangen der Siegermächte hatte schließen müssen. Ab 1934 bemüht sich Adolf Hitler, die Danzig-Frage und das Korridorproblem im Einvernehmen mit der polnischen Regierung zu lösen. Er hofft auf Entgegenkommen und versucht, die Spannungen zwischen beiden Ländern auch zum Vorteil der deutschen Minderheit in Polen abzubauen. Das Ergebnis des Bemühens sind zwei Verträge: der Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag von 1934 und ein Minderheitenschutzabkommen im November 1937. Die Wirkung des Letzteren für die deutsche Minderheit in Polen ist nicht von langer Dauer. Als 1938 erst Österreich und dann die Sudetengebiete mit dem Deutschen Reich vereinigt werden – oder okkupiert, wie das die Polen sehen – steigt die Angst der Polen, Deutschland könnte auch von ihnen Land und Menschen aus dem Bestand des früheren Deutschen Reichs zurückverlangen. Nach der Annexion des Teschener Gebiets durch Polen im September 38, als Hitler Verhandlungen über die Zukunft der Stadt Danzig fordert und eine Garantie für sichere Verkehrsverbindungen ins abgetrennte Ostpreußen, nimmt die Feindschaft der Polen gegen ihre deutsche Minderheit wieder scharfe Formen an. Terrorakte gegen Deutsche, die Zerstörung deutscher Geschäfte und Brandstiftungen auf deutschen Bauernhöfen werden zum Pogrom. Nach der Rückgliederung des Memellandes an das Reich im März wird die Lage der Deutschen in Polen gänzlich unerträglich.

Die Polen halten einen Krieg mit Deutschland inzwischen für unumgänglich. Mitte August 39 beginnt man deshalb in Polen mit der vorbeugenden Verhaftung von Angehörigen der Minderheit und ihrem Abtransport nach Innerpolen.[54] Im Sommer 1939 wird die Zahl der Deutschen, die dem entkommen wollen und Polen „illegal“ verlassen, immer größer. Bis Mitte August sind über 76.000 Menschen ins Reich geflohen[55] und 18.000 zusätzlich ins Danziger Gebiet. Die Berichte über den Umgang der Polen mit ihrer deutschen Minderheit und die Schilderungen der Geflohenen sind Öl aufs Feuer des deutsch-polnischen Verhältnisses in den letzten Wochen und Tagen vor dem Kriegsausbruch. Die Auseinandersetzung um die Zukunft Danzigs bekommt so eine zweite Dimension. Mit dem Flüchtlingsstrom aus Polen kommt im Sommer 1939 in Deutschland erneut Empörung über die Behandlung der Landsleute im Nachbarland Polen auf. Es zirkuliert die unheilvolle Redewendung: „Wann macht der Führer dem ein Ende?“

Polen hat sich, anders als von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs vorhergesehen und gewünscht, nicht zu einem Vielvölkerstaat nach Art der Schweiz entwickelt. Es verspielt von Anfang an die Chance, die Minderheiten in ein neues Vaterland zu integrieren. Man macht im neuen Polen nicht einmal den Ansatz des Versuchs, die großen Minderheiten der Deutschen, Juden, Weißrussen und

[54] Schulze-Dirschau, Seite 155 und Rasmus, Seite 115
[55] Stader Tageblatt vom 18. August 1939

Ukrainer für das eigene Land zu gewinnen. Polen wird vielmehr zu einem Staat, in dem die Titularnation versucht, das Drittel der Staatsbürger, die ethnisch keine Polen sind, mit Zwangsmaßnahmen zu polonisieren oder zur Auswanderung zu bewegen. Das Bemühen, die Identität der Deutschen, Juden, Weißrussen, Litauer und Ukrainer zu zerstören, dreht Haß und Terror in einer Spirale fast zwei Jahrzehnte lang nach oben. Statt daß die Polen als stärkste Kraft im Lande Aussöhnung und Normalisierung suchen, hält ihr Chauvinismus alle Wunden offen. So ist 1939 in Deutschland und in Rußland auch niemand mehr bereit, die Polen als die Opfer der drei früheren Teilungen zu betrachten, denen man historisch etwas schuldet. Man sieht in ihnen mittlerweile die Täter gegen Deutsche und Russen, denen ein schlimmes Schicksal das Los der Minderheit in Polen aufgebürdet hat. In summa führt Polens Minderheitenpolitik zu extremen Spannungen im eigenen Land und zu handfester Polenfeindlichkeit in fast allen Nachbarländern. Polen wird deshalb auch der zweite der drei in Versailles und Saint-Germain geborenen Vielvölkerstaaten, der am Egoismus seiner Titularnation zerbricht. Genauso wie die Tschechoslowakei davor und Jugoslawien danach an der Unfähigkeit der Tschechen und der Serben scheitern, ihre Minderheiten angemessen am Staate zu beteiligen, so scheitert Polen.

Deutschlands grundsätzliche Haltung gegenüber Polen

Der Verlust der gänzlich oder überwiegend deutsch bevölkerten Landesteile Dan-zig und Westpreußen wird im Deutschen Reich nach 1920 von keiner politischen Kraft im Lande akzeptiert. Eine spätere Änderung des Verlaufs der deutsch-polnischen Grenze ist daher das gemeinsame Anliegen aller Parteien im Reichstag von ganz rechts bis ganz links. Außenminister Stresemann bringt das in einem Brief[56] zum Ausdruck, in dem er schreibt:

> *„Eine meiner wesentlichen Aufgaben ist die Korrektur der Ostgrenzen: Die Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenzen Oberschlesiens: ... Daß wir die Grenze im Osten nicht anerkennen, habe ich zum Leidwesen der polnischen Regierung einst in einer öffentlichen Rede im Auswärtigen Ausschuß zum Ausdruck gebracht, als ich erklärte, daß keine deutsche Regierung von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten jemals die Grenze des Versailler Vertrages anerkennen würde.“*[57]

Stresemann, Friedensnobelpreisträger und Vater der deutsch-französischen Aussöhnung, drückt gleiches noch einmal am 14. Dezember 1925 in einer Grundsatzrede über die Locarno-Verhandlungen aus, in denen Frankreich seine Grenzen und der Besitz von Elsaß und Lothringen bestätigt worden ist:
56

[56] Brief vom 7. September 1925
[57] Kern, Seite 72

„Der andere Komplex der Fragen war der der Ostfragen. Die Verpflichtung, von jedem Angriff abzusehen, sind wir im Westen eingegangen. Wir haben sie für den Osten abgelehnt. ... Der Völkerbund läßt den Krieg frei, wenn in politischen Fragen eine Einigung nicht zu erzielen ist. ... Ich strebe zwar keine kriegerischen Auseinandersetzungen an, schließe aber auch Grenzänderungen im Osten nicht aus, wenn die unmögliche Grenzziehung im Osten einmal Verhältnisse herbeiführen sollte, die dies erforderlich machen.“ [58]

Im übrigen hat auch Großbritannien bei diesen Locarno-Verhandlungen eine Bestandsgarantie für die ehemals deutschen Gebiete zugunsten Polens abgelehnt.

Der Konsens zur erwünschten Revision der deutschen Ostgrenze reicht ganz links nicht nur bis zu den deutschen Kommunisten. Er wird von den Kommunisten ganz Europas mitgetragen, bemerkenswerter Weise einschließlich der KP Polens. Die europäischen Kommunisten stehen in der Minderheitenfrage vor dem Zweiten Weltkrieg prinzipiell auf der Seite der „Unterdrückten“. In der schon an früherer Stelle dieses Buches erwähnten Deklaration der Kommunistischen Parteien aus dem Januar 1933 wird das Selbstbestimmungsrecht aller aus dem ehemaligen Deutschen Reich abgetrennten Bevölkerungsgruppen gefordert und erforderlichenfalls die Rückkehr von Land und Menschen in das Deutsche Reich. Diese Deklaration spricht expressis verbis[59] auch von Danzig, Oberschlesien und Westpreußen-Pomerellen. In Bezug auf Polen heißt es:

„Die Konferenz stellt fest, daß das revolutionäre Proletariat Frankreichs, Italiens, Polens, Englands (usw.) ... einen schonungslosen Kampf gegen die imperialistische und kriegerische Politik der eigenen Bourgeoisie und gegen die nationale Unterdrückung entfaltet: ... gegen die Raubpolitik des polnischen Imperialismus gegenüber Danzig, gegen die nationale Unterdrückung in Oberschlesien und Pomerellen ... Die Konferenz begrüßt den Kampf der KP Polens für das Recht der freien Selbstbestimmung der Bevölkerung Oberschlesiens und des polnischen Korridors, der Westukraine und Weißrußlands bis zur Lostrennung von Polen und für das Recht der Danziger Bevölkerung zum freiwilligen Anschluß an Deutschland.“ [60]

Die Vorbehalte zur deutschen Ostgrenze und zum Status der Stadt Danzig bestehen in Deutschland also lange vor dem Regierungsantritt Adolf Hitlers. Sie sind keine Besonderheit nationalsozialistischer Außenpolitik. Es herrscht zu diesen Fragen eine sonst seltene Einigkeit aller Parteien im Deutschen Reichstag. Alle 16 Reichsregierungen der Nachkriegszeit sehen neben ihrem Ziel, die deutschen Grenzen zu Polen bei Gelegenheit zu korrigieren, die Gefahr, daß Polen selbst noch weitere Gebiete Deutschlands annektiert. Die Eindeutigkeit und Häufigkeit polnischer Forderungen nach Ostpreußen, Pommern und Oberschlesien in

[58] Burneleit, Seite 31
[59] ausdrücklich
[60] Burneleit, Seite 33

öffentlichen Reden, Zeitungen und auf Plakaten ist nicht zu übersehen. Deutschland, bis 1933 mit nur 10 Heeresdivisionen und ohne eine Luftwaffe, könnte Polen mit 30 Divisionen plus eigener Luftwaffe im Falle eines Angriffs auf eine der Provinzen militärisch nicht erfolgreich widerstehen. So versuchen die Regierungen bis hin zu Adolf Hitler, dem Druck der Polen durch eine umfassende Verständigung mit Frankreich und mit der Sowjetunion die Kraft zu nehmen.

Polens militärische Gedankenspiele

Polens Sicherheit beruht halb auf Verträgen, halb auf Militär. Sosehr der neue Staat anfangs Nutzen aus der Schwäche seiner großen Nachbarn zieht, so schwindet seine relative Truppenstärke mit den Jahren, bis 1939 nicht mehr viel davon geblieben ist. Von 1920 an unterhält Polen ein Heer von 30 Divisionen mit fast 300.000 Mann.[61] Noch 1920 und 1921 kann Polen im Krieg mit der Sowjetunion die Truppen dieses großen Nachbarn schlagen und vermag es, sie fast aufzureiben. Auch der Nachbar Deutschland ist den Polen mit nur 10 Divisionen lange Jahre nicht gewachsen.

Anfang der dreißiger Jahre ändern sich die Relationen. 1931 unterhält die Sowjetunion bereits 80 Heeresdivisionen.[62] 1939 zu Beginn des Zweiten Weltkrieges steht Polen mit einer Friedensheeresstärke von 35 Divisionen[63] zwischen Deutschland mit 51[64] und der Sowjetunion mit 143 Friedensdivisionen.[65] Polens Nachteil liegt dabei nicht nur in diesen Zahlen. Sie liegt auch darin, daß Polen, obwohl es zwischen beiden Kriegen ein volles Drittel aller Staatseinnahmen für sein Militär aufwendet, versäumt hat, den Waffenpark des Heeres und die Flugzeuge seiner Luftwaffe modern zu halten. Weniger entscheidend – obwohl das wundert – ist Polens Mittellage, denn auch die Sowjetunion und Deutschland sind Länder, die strategisch zu der Zeit in der Klemme sitzen: Deutschland zwischen Frankreich und Polen und die Sowjetunion zwischen Polen und Japan in Fernost.

Aus der Rückschau und in Kenntnis der Niederlage Polens von 1939 wirkt es grotesk, Polen als Bedrohung für das Deutsche Reich oder die Sowjetunion zu sehen. Doch aus der Sicht der Zeit ist Polen durchaus für beide Länder im Verbund mit Frankreich einerseits und Japan andererseits eine ernstzunehmende Gefahr. Diese heute so erstaunliche Einschätzung Polens durch die Deutschen und die Russen in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts resultiert

---

[61] Roos, Polen und Europa, Seite 138
[62] Roos, Polen und Europa, Seite 32
[63] Ploetz, 2. WK, Teil 2, Seite 337 (31 Divisionen und Kavalleriebrigaden in Stärke von weiteren 4 Divisionen)
[64] Ploetz, 2. WK, Teil 2, Seite 122
[65] Ploetz, 2. WK, Teil 2, Seite 448

damals zum ersten aus den noch taufrischen Erfahrungen, zum zweiten bis 1935 aus den Angriffsplänen Polens für den Fall des Krieges und drittens aus dem, was man in Polen tut und sagt. Die Erinnerungen an die Annexion „Ostpolens" und die Versuche, Oberschlesien zu erobern, werden von Polen aus mit neuen Forderungen nach Land und Leuten und mit weiteren Drohgebärden wachgehalten. Polen läßt keine Wunden heilen.

Auch Polen hat objektive Gründe, das Deutsche Reich und die Sowjetunion zu fürchten. Zum ersten wird der französische Hebel gegen Deutschland schwächer, seit letzteres 1925 in Locarno die Gebietsgewinne Frankreichs nach dem Weltkrieg anerkennt. Zum zweiten weiß man in Polen, daß Deutschland die Gebietsgewinne Polens überall da nicht anerkennt, wo die Mehrheit der Bevölkerung deutsch spricht, und wo die Sieger Volksabstimmungen verhindert haben. Zum dritten ist die West- und Nordgrenze gegenüber dem Deutschen Reich trotz der zunächst noch vorhandenen eigenen Überlegenheit an Truppen schwer zu verteidigen. Wenn man Ostpreußen als potentielles Einfallstor in Richtung Warschau ansieht oder die Gefahr von dort gegen Polens Nachschub über See durch Pomerellen, muß das den Polen Sorgen machen. So ist die polnische Verteidigungsplanung nach Westen prinzipiell auf die Gefahr aus Deutschland ausgerichtet.

Bis 1935, solange Polen überlegen ist, beruhen seine Kriegsvorbereitungen auf einem französisch-polnischen Gemeinschaftsplan, dem Foch-Plan. Der sieht einen Angriff beider Länder gegen Deutschland vor, mit Hauptstoß auf Berlin und einen Nebenangriff der Polen gegen Ostpreußen.[66] Der polnische Generalstab hat außerdem drei Zusatzpläne vorbereitet. Einen für einen begrenzten Angriff gegen Hinterpommern zur Erweiterung des Korridors, einen zweiten zur Besetzung Danzigs und eines Teils von Ostpreußen und einen dritten gegen Mittelschlesien.[67] Die Verteidigung der Polen heißt bis 1935 also Angriff gegen Deutschland. Dann wechselt in Polen das Regime. Nach dem Tod Piłsudskis im Jahre 1935 übernimmt ein Nachfolgerkollektiv unter dem General Rydz-Śmigły die Gewalt im Staat. Etwa in dieser Zeit erreicht die deutsche Wehrmacht die Größe der polnischen Streitkräfte. Die Rote Armee der Sowjetunion ist inzwischen auf ein Vielfaches der polnischen gewachsen. Von nun an sieht die polnische Einsatzplanung für den Krieg die Verteidigung des Landes auf eigenem Boden vor. Der bisherige Gedanke, Deutschland in einer gemeinsamen französisch-polnischen Offensive von zwei Seiten her zu schlagen, findet sich ab 1935 allerdings noch als strategisches Ziel in der „Studium Niemcy" (Studie Deutschland) des polnischen Generalstabes wieder.[68]

[66] Roos, Planung Polens, Seite 187
[67] Roos, Planung Polens, Seite 187
[68] Roos, Planung Polens, Seite 191

Auch 1939 ist die Idee eines Angriffs gegen Deutschland noch nicht ganz vom Tisch. Die Verteidigung Polens 1939 beruht auf einer Denkschrift des Generals Kutrzeba vom 26. Januar 1938.[69] Der General geht zwar ganz realistisch von einer Unterlegenheit der polnischen Streitkräfte gegenüber den deutschen aus, doch er glaubt, daß sie Polen dennoch ein paar Wochen halten können. Er rechnet damit, daß Frankreich Polen nach nicht ganz acht Wochen militärisch hilft, und daß Deutschland dann geschlagen werden kann. Auch Kutrzebas Konzept geht noch davon aus, daß ein Krieg nach einer defensiven Anfangsphase in einer zweiten Phase mit einem Angriff auf Berlin für Polen und Frankreich zu gewinnen ist. Er glaubt, daß es dazu kommen wird, sobald die Wehrmacht Teile ihrer Truppen von Polen abziehen und gegen Frankreich werfen muß.

Ungeachtet der wirklichen Verhältnisse verleihen die vergangenen Siege gegen die Sowjetunion und gegen Litauen sowie ein ausgeprägter Nationalstolz den Polen ein militärisches Selbstbewußtsein, das sich zu einer völligen Selbstüberschätzung ausgewachsen hat. Polens Außenminister Oberst Beck, der Oberbefehlshaber Rydz-Śmigły und offensichtlich auch die Mehrheit des polnischen Offizierkorps glauben kurz vor Kriegsbeginn noch immer, daß die polnischen Streitkräfte den deutschen überlegen sind, und daß sie die Wehrmacht notfalls schlagen würden. So täuscht das Stimmungsbild in Polen vom Sommer 1939 auch die Briten und Franzosen. Es gaukelt ihnen vor, ihr alliierter Partner Polen sei in dem zu erwartenden Krieg mit Deutschland ein Faktor von Gewicht. Noch Mitte 1939 versichern der polnische Kriegsminister seinem französischen Kollegen und der polnische Botschafter in Paris dem französischen Außenminister, bei Ausbruch eines Krieges würden es zuerst die Polen sein, die in Deutschland einmarschierten und nicht umgekehrt.[70]

Zwei Beamte des Londoner Foreign Office, die im Mai und Juni 1939 auf einer „fact finding mission“ durch Polen reisen, berichten in ihrem Reiseprotokoll von der Begegnung mit einem Abteilungsleiter des polnischen Generalstabes und weiteren Offizieren:

> *„Teils von ihm, teils von den anderen Herren erfuhr ich, daß man daran denke, zu Beginn des Krieges Ostpreußen anzugreifen, weil es für die Deutschen schwierig sein würde, die Provinz rasch und ausreichend zu verstärken “...*

An späterer Stelle des Berichts wird fortgesetzt:

> *„Jedenfalls schien es die allgemeine Auffassung zu sein, daß Ostpreußen von Polen annektiert werden müsse.“* [71]

Das Vertrauen auf die eigene militärische Stärke geht so weit, daß polnische Zeitungen in Erwartung eines sicheren Sieges über Deutschland Landkarten und

---

[69] Schneider, Seiten 205 ff
[70] Bonnet, Seiten 224 und 252
[71] Foreign Office, S.W. 1, 9th June 1939, Gladwyn Jebb

Plakate mit den „historischen Westgrenzen Polens“ an der Elbe drucken. Obwohl die Polen das langsame Gesunden ihrer beiden Nachbarländer sehen, obwohl sie den Aufbau des Militärs in der Sowjetunion und Deutschland durchaus zur Kenntnis nehmen und von Sorgen um die eigene Sicherheit umgetrieben werden, träumen sie weiterhin von neuen Expansionen. Ihre Träume bleiben den Deutschen infolge zahlreicher amtlicher und inoffizieller Bekundungen nicht verborgen.

Am 9. Oktober 1925 steht zum Beispiel in der GAZETA GDANSK zu lesen:

> *„Polen muß darauf bestehen, daß es ohne Königsberg, ohne ganz Ostpreußen nicht existieren kann. Wir müssen jetzt in Locarno fordern, daß ganz Ostpreußen liquidiert wird. ... Sollte dies nicht auf friedlichem Wege geschehen, dann gibt es ein zweites Tannenberg. ...“*

Gemeint ist dabei jene Schlacht von 1410, in der ein polnisch-litauisches Heer das Heer des Deutschen Ordens geschlagen und dessen politischen Niedergang eingeleitet hatte.

1930 schreibt die Piłsudski-nahe Zeitschrift MOCARSTWOWIEC (Die Liga der Großmacht):

> *„Wir sind uns bewußt, daß Krieg zwischen Polen und Deutschland nicht vermieden werden kann. Wir müssen uns systematisch und energisch für diesen Krieg vorbereiten. Die heutige Generation wird sehen, daß ein neuer Sieg bei Tannenberg in die Seiten der Geschichte eingeschrieben wird. Aber wir werden dies Tannenberg in den Vorstädten von Berlin schlagen. Unser Ideal ist, Polen mit den Grenzen an der Oder im Westen und der Neiße in der Lausitz abzurunden und Preußen vom Pregel bis zur Spree einzuverleiben. In diesem Krieg werden keine Gefangenen genommen. Es wird kein Platz für humanitäre Gefühle sein. Wir werden die ganze Welt mit unserem Krieg gegen Deutschland überraschen.“*

Im September 1930, drei Jahre vor Hitlers Machtergreifung, erklärt der polnische Außenminister Zaleski dem Präsidenten des Danziger Senats Dr. Ziehm, daß nur ein polnisches Armeekorps die Danzig-Frage lösen könne.[72] 1934 läßt die Polnische Akademie der Wissenschaften Bildpostkarten drucken, die den Polenkönig Boleslaw Chrobry vor einer Landkarte Polens zeigen, auf der Deutschland mit Ostpreußen, Schlesien, Pommern, der Mark Brandenburg und Lübeck als Westteils Polens zu erkennen ist. Im aufgedruckten Text steht:

> *„In Polen lebt der Geist von Bolestaw dem Tapferen. Der kleinste Staub polnischen Bodens kehrt wieder zum Mutterland zurück.“* [73]

---

[72] Miksche, Seite 66

[73] Piekalkiewicz, Seite 50



Abb. 9: Bolesław Chrobry vor einer Polenkarte mit Lübeck, Leipzig und Berlin

Heute noch können die Besucher des litauischen Militärmuseums in Kaunas eine polnische Landkarte aus den 30er Jahren bestaunen, die die Mark Brandenburg mit Berlin, Pommern, Schlesien und Ostpreußen als verlorene polnische Gebiete zeigt.
Die polnische Presse setzt ihre Arbeit der Beeinflussung nach innen und der Bedrohung nach außen bis 1939 fort. Am 20. Juli 1939 kommentiert die Wochenzeitschrift NAROD W WALCE (Volk im Krieg):

> *„Danzig muß polnisch bleiben und Deutschland muß gezwungen werden, den ostpreußischen Raum ohne Bevölkerung an Polen abzutreten."*

Auch hier schwirrt – ähnlich wie bei Beneš ... – die spätere Vertreibung der Deutschen schon durch manche Köpfe.



Abb. 10: Die „verlorenen“ polnischen Gebiete in einer polnischen Darstellung aus dem Frühjahr 1939

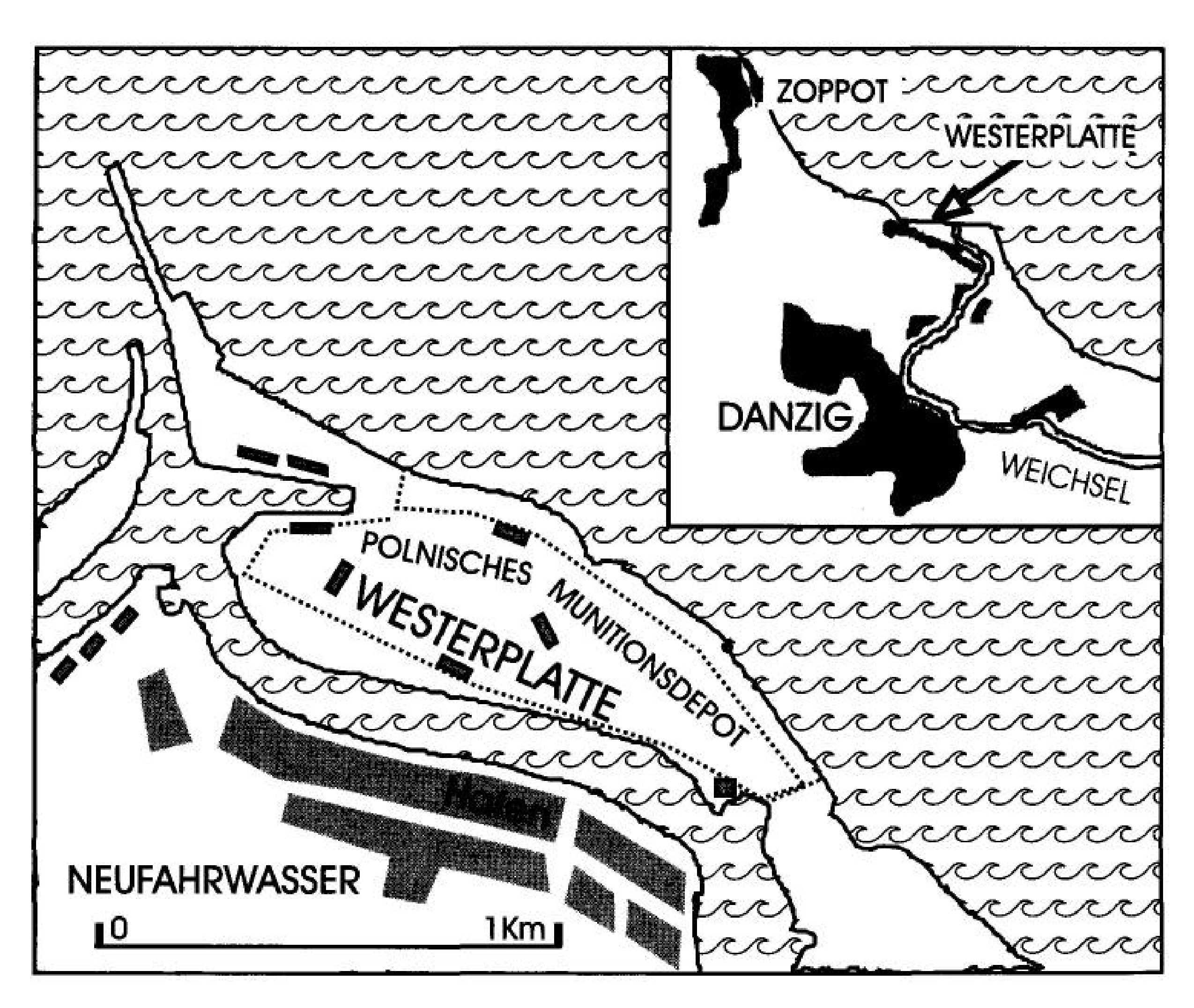
Polen läßt es nicht allein bei Träumen und mit solchen Manifestationen bewenden. Im Oktober 1931 läßt Marschall Piłsudski, zu der Zeit Regierungschef in Warschau, US-Präsident Hoover davon in Kenntnis setzen, „daß Polen einen drohenden Angriff irregulärer deutscher Truppen entgegentreten und in Deutschland einmarschieren müsse, um die Dinge ein für allemal zu regeln.“[74] Auch wenn es nicht dazu gekommen ist, und auch wenn – so nimmt man heute an – Piłsudskis Absicht nur gewesen ist, die politische Elite Amerikas mit dieser Ankündigung von einer Korrektur des Versailler Vertrages abzubringen, so ist die Note doch ein gefährliches Gedankenspiel. Die Führung Polens zeigt, daß sie bereit ist, den gerade mal drei Jahre alten Kellogg-Pakt zu brechen, in dem auch Polen unterschrieben hat, auf Kriege als Lösung internationaler Streitigkeiten zu verzichten.

---

[74] Roos, Polen und Europa, Seite 38

1932 gelingt Piłsudski ein Schachzug gegenüber den bis dahin vertraglich verbundenen Ländern Deutschland und Sowjetunion. Am 25. Juli 1932 schließen Warschau und Moskau den Polnisch-Sowjetischen Nichtangriffspakt. Mit dem Vertrag sichert die Sowjetunion den Polen zu, „dem Deutschen Reich im Falle eines polnisch-deutschen Konflikts weder unmittelbar noch mittelbar Hilfe und Beistand zu leisten.“[75] Der Pakt soll nach Verlängerung am 5. Mai 1934 bis 1944 gelten. Er gibt der polnischen Regierung einen freien Rücken gegenüber Rußland für alle eventuellen Auseinandersetzungen mit dem Deutschen Reich im Westen.

Den ersten Test der neuen Handlungsfreiheit startet Polen fünf Wochen nach Hitlers Amtsantritt. Am 6. März 1933 verstärkt Piłsudski die polnischen Truppen im Freistaat Danzig. Er läßt ein Bataillon Marineinfanterie auf der Westerplatte an der Zufahrt zum Hafen Danzigs stationieren.



Karte 29: Danzig und die Westerplatte

[75] Vertrags-Ploetz, Teil II, 4. Band, Seite 114

Der Völkerbund hatte Polen dort vertraglich nur eine relativ bescheidene Wachmannschaft für ein Munitionsdepot zugestanden. So kommt es statt einer Kraftprobe mit dem Deutschen Reich zu einer solchen mit dem Völkerbund. Die polnischen Soldaten müssen abgezogen werden.

Der zweite Anlauf, die Rückendeckung Moskaus gegen Deutschland auszunutzen, ist weit größeren Kalibers. Marschall Piłsudski unternimmt 1933 drei Versuche, Frankreich zu einem gemeinsamen Angriffskrieg gegen Deutschland zu bewegen. Die Versuche sind als „Piłsudskis Präventivkriegspläne“ in die Geschichtsschreibung eingegangen. „Präventiv“, weil man dem polnischen Marschall die Absicht unterstellt, er habe den damaligen Bemühungen des Deutschen Reichs zuvorkommen wollen, bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen eine Lockerung der Versailler Rüstungsbeschränkungen zu erreichen. Der Versuch der deutschen Reichsregierung noch unter Kanzler Brüning, solch' eine Änderung des Vertrages zu erreichen, und der Aufbau einer Heimwehr der Danziger Bürger sind Marschall Piłsudski Rechtfertigung genug, Deutschland zu „bestrafen“ und – das ist zu unterstellen – daraus weitere Territorialgewinne zu erzielen.

Der erste Versuch, die französische Regierung zu einem solchen Angriffskrieg gegen Deutschland zu bewegen, findet im Februar oder März 1933 statt. Piłsudski läßt bei den Franzosen in aller Diskretion sondieren, ob Frankreich zu einem Krieg bereit sei, um Deutschland zur Einhaltung der Versailler Bestimmungen zu zwingen. Frankreich fühlt sich an das Angriffsverbot aus dem Kellogg-Pakt gebunden und geht auf das Angebot nicht ein. Der polnische Versuch wird später von Warschau aus bestritten, doch er bleibt nicht unbemerkt. Am 17. Februar verplappert sich der polnische Gesandte in Berlin Wysocki, als er mit dem „Abteilungsleiter Osteuropa“ des Auswärtigen Amtes Meyer die Nachbesetzungen für den deutschen Militärattache in Warschau und den polnischen Generalkonsul in Königsberg besprechen muß. Er fragt,

> *„ob es denn überhaupt noch Zweck habe, diese Posten zu besetzen, da wir ja doch am Vorabend eines Krieges zwischen Deutschland und Polen ständen“.* [76]

Nach dem Kriege hat auch die Historische Kommission des Polnischen Generalstabs die polnischen Sondierungsversuche in Paris erwähnt.[77]

Die zweite polnische Sondierung in Paris in Richtung Präventivkrieg findet Mitte April 1933 statt. Polen wird gerade von antideutschen Unruhen heimgesucht. In der genannten Zeit läßt der Marschall Truppen aufmarschieren. Kavallerie wird in Pomerellen, vor Danzig und an der Grenze zu Ostpreußen konzentriert. Elitetruppen werden von Polens Ostgrenze abgezogen und ebenfalls dorthin verlegt. In der zweiten Aprilhälfte wird Hitler erstmals von Botschafter von Moltke aus Warschau über die Versuche der polnischen Regierung informiert, Frankreich zu

[76] ADAP, Serie C, Band I, Dokument 22
[77] Polnischer Generalstab, 1951, Band I, Teil 1

einem Präventivkrieg gegen Deutschland zu bewegen.[78] Nachdem Frankreich auch nach der zweiten Sondierung Piłsudskis keine Neigung zeigt, sich ohne rechten Grund auf einen gemeinsamen Krieg an der Seite Polens gegen Deutschland einzulassen, sucht der polnische Staatschef einen anderen Weg, das zunehmende Gewicht des Nachbarn Deutschland auszugleichen. Am 15. November 1933 läßt er den polnischen Botschafter in Berlin, Lipski, bei der deutschen Reichsregierung anfragen, ob es einen Weg gäbe, Polen nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund eine Rückversicherung gegen Deutschland zu verschaffen.[79] Hitler bietet Piłsudski einen Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag an. Am 24. November legt der deutsche Botschafter von Moltke den Vertragsentwurf dazu im polnischen Außenministerium vor. Dann herrscht für sechs Wochen Funkstille zwischen Warschau und Berlin. Piłsudski versucht in dieser Zeit ein drittes Mal, Paris zu animieren, einer zukünftigen Wiederaufrüstung Deutschlands durch einen Präventivkrieg zuvorzukommen.[80] Als Frankreich ihm erneut die kalte Schulter zeigt, entschließt sich der polnische Staatschef, seine Außenpolitik zu ändern. Am 9. Januar 1934 wird der deutsch-polnische Freundschafts- und Nichtangriffspakt geschlossen. Damit kehrt erst einmal Ruhe für vier Jahre ein.

Die polnischen Erwägungen, das Deutsche Reich zu überfallen und die drei Sondierungen bei der französischen Regierung wären ohne den russisch-polnischen Vertrag wohl kaum zustande gekommen. Mit dem eigenen Aufgebot an Truppen und einem gleichzeitigen Angriff Frankreichs gegen Westdeutschland hätte die polnische Armee noch 1933 Ostpreußen und Danzig ohne weiteres Risiko erobern können.

Die Westerplatten-Affäre von 1933 und die bekanntgewordenen polnischen Kriegssondierungen in Paris zeigen beim neu ins Amt gekommenen Hitler Wirkung in zwei Richtungen. Zum einen sucht er nun Annäherung an Polen, dem Deutschland 1933 in einem Kriege nicht gewachsen wäre. Zum anderen prägt sich bei Hitler ein, daß Polen zur Gefahr in Deutschlands Rücken wird, sobald es Auseinandersetzungen mit Frankreich gibt. Und er registriert, daß Polen den Kellogg-Pakt, der Kriege zur Lösung internationaler Streitigkeiten ausschließt, mißachtet, wenn das von eigenem Vorteil ist. Als Hitler im Mai und im August 1939 die zweite und die dritte seiner berühmt gewordenen „Schlüsselreden" vor der Wehrmachtführung hält, drückt er genau das aus, was er sechs Jahre vorher – frisch ins Amt gekommen – hat erleben müssen. Polen und die Westmächte, die im Kriege Deutschlands Gegner waren, spielen sich nicht nur in die Hände; Polen treibt auch gegen Deutschland an. Hitler sagt am 22. August 1939 vor der hohen Generalität: „Es war mir klar, daß es früher oder später zu einer Auseinandersetzung mit Polen kommen mußte". Es hätte dieser Worte Hitlers sicher nicht

[78] Roos Präventivkriegspläne, Seite 361
[79] Vertrags-Ploetz, Seite 126
[80] Roos, Präventivkriegspläne, Seite 359

bedurft, um die Generale und Admirale über Polen aufzuklären. Die hohen Offiziere wissen zu der Zeit selber, daß Polen seit 1918 stets im Rücken Deutschlands lauert und bei günstiger Gelegenheit Gewinne macht, Verträge bricht und in Frankreich zum Kriege gegen Deutschland trommelt.

Polens Bündnispolitik

Die zweite Säule polnischer Sicherheitspolitik ist ein Netzwerk von Verträgen. Zunächst knüpfen **Frankreich und das Kollektiv der Siegermächte** dieses Netz. Letztere binden Polen an einen Minderheitenschutzvertrag, um den vorhersehbaren Sprengstoff, den die neu geschaffenen Minoritäten bilden, zu entschärfen und um den Vaterländern dieser Minderheiten den Grund für spätere Interventionen oder Rückeroberungen zu nehmen. Polen empfindet diese Regelung, wie schon erwähnt, als Diskriminierung und kündigt 1934 den Vertrag, der jedoch Teil des Vertragswerks von Versailles ist. In der Literatur wird der polnische Minderheitenschutzvertrag deshalb bisweilen auch als der „kleine Versailler Vertrag" bezeichnet. Polen rüttelt mit dieser Kündigung zum zweiten Mal an der Konstruktion der Pariser Vorortverträge. Das erste Mal war das die Nichtanerkennung der Curzon-Linie. Die polnischen Regierungen demontieren damit eine Friedensordnung, auf die sie sich trotzdem immer wieder selbst berufen; eine Ordnung, die Polen später vielleicht hätte schützen können.

Das Verhältnis Polen – Frankreich

Von den Siegermächten ist es besonders Nachkriegsfrankreich, das ein Netz von bilateralen Verträgen spinnt, um Nachkriegsdeutschland einzukreisen. Die Summe der kleinen und mittelgroßen Staaten Osteuropas, die Frankreich durch sein Netzwerk gegen Deutschland bindet, nennt sich in Anlehnung an die Erste-Weltkriegs-Allianz die **„Kleine Entente".**

Polen wird für Frankreich zum Hauptpartner dieser Kleinen Entente gegen Deutschland. Am 19. Februar 1921 schließen beide Staaten einen Allianzvertrag. Kern des Vertrags ist das Versprechen, sich im Falle eines nicht provozierten Angriffs durch dritte Staaten gegenseitig beizustehen. Der Vertrag wird gleichen Tages durch eine geheime Militärkonvention ergänzt, die alle Einzelheiten der französischen Unterstützung im Falle eines deutschen oder sowjetischen Angriffs gegen Polen regelt.[81] Frankreichs Absicht hinter den Verträgen ist indessen, daß Polen Frankreich gegenüber Deutschland mit Truppen unterstützt, sollte Frankreich dessen irgendwann einmal bedürfen.[82]

[81] Gamelin, Band II, Seite 466
[82] Taylor, Seite 55

Als die deutsche Reichsregierung im Oktober 1925 in Locarno Frankreichs Gebietsgewinne aus dem Ersten Weltkrieg anerkennt, schwindet dessen Interesse an einer Unterstützung durch die Polen. Paris ersetzt den bisherigen Allianzvertrag von 1921 noch im gleichen Monat durch einen neuen, jedoch abgeschwächten Garantievertrag[83], der das sinkende Interesse der Franzosen widerspiegelt. Zum ersten enthält der neue Garantievertrag keine Bestimmungen mehr zum Schutz der Polen im Falle eines Angriffs durch die Russen, und zum zweiten knüpft er den Beistandsfall zugunsten Polens an eine vorherige Völkerbundentscheidung.

1936, als Hitler Truppen in die entmilitarisierte Rheinlandzone einmarschieren läßt und damit die Wehrhoheit im eigenen Lande wiederherstellt, fühlt Frankreich sich zu schwach, das zu verhindern. Es macht keinen Gebrauch mehr von seiner Möglichkeit, die Kleine Entente zu einer „Strafaktion" gegen Deutschland zu aktivieren. Spätestens von da an weiß man auch in Warschau, daß Paris nicht mehr auf die polnische Karte setzt. Dennoch einigen sich die Regierungen in Paris und Warschau nach der deutschen Rheinlandbesetzung, den alten Allianzvertrag von 1921 wieder als gültig zu betrachten.[84] Doch schon ein paar Monate danach, im August 1936, stellt sich für das polnische Militär heraus, daß Frankreichs Oberbefehlshaber Gamelin nicht mehr dazu bereit ist, genau umrissene Verpflichtungen zu Art und Zeitpunkt des französischen Eingreifens für den Fall eines deutschen Angriffs gegen Polen einzugehen.[85] Ab jetzt gibt es für Polen keine Garantie mehr, daß Frankreich sich mit aller Kraft jedem deutschen Versuch entgegenstellen würde, die deutsch-polnische Grenzziehung bei Gelegenheit zu revidieren.

Zwischen 1920 und 1934 wird in Frankreich leidenschaftlich über Recht und Unrecht, Sinn und Unsinn der clemenceauschen Versailles-Politik gestritten. Man erkennt durchaus, daß der Zwist zwischen den Deutschen und den Polen um Danzig und den Korridor ein Werk der eigenen „Friedensordnung" ist. Politik und Medien diskutieren öffentlich, welche Möglichkeiten es denn geben könnte, dieses Dauerrisiko für Europas Frieden zu entschärfen. Für den Durchschnittsfranzosen der 20er und 30er Jahre ist derweil klar, daß er im Falle eines Krieges nicht bereit sein würde, für Polens Interessen in einen weiteren Krieg zu ziehen. Doch das offizielle Frankreich hält es weiterhin für außenpolitisch klug und nützlich, daß es „einen polnischen Fuß in der deutschen Tür" behält.

Das Verhältnis Polen – Großbritannien

Großbritannien übernimmt erst kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs die Rolle einer „Schutzmacht" Polens. Die Haltung Londons nach dem Abschluß des Vertrages von Versailles gegenüber Warschau bleibt zunächst lange Zeit sehr distanziert. Man sieht in England durchaus ein, daß man mit der Übereignung

---

[83] Französisch-Polnischer Garantievertrag vom 16. Oktober 1925
[84] Roos, Planung Polens, Seite 190
[85] Roos, Planung Polens, Seite 192 und Gamelin, Bd II, Seiten 230 f

von zwei Millionen Deutschen an das neue Polen, mit der Konstruktion des Freistaats Danzig und dem polnischen Landkorridor zwischen Ostpreußen und dem Reich selbst die Gründe für einen nächsten Krieg geschaffen hat. Schon während der Verhandlungen, die die Sieger in Versailles über das Schicksal der Besiegten führen, legt der britische Premier Lloyd George ein Memorandum vor, in dem er mit einem häßlichen Seitenhieb gegen Polen prophezeit:

> *„Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2,1 Millionen Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen. ...“* [86]

Die Distanz, die London gegenüber Warschau hält, nährt sich außerdem aus der Minderheitenpolitik in der Ukraine. Die große Gruppe der ukrainischen Emigranten im britischen Kanada sorgt dafür, daß die unwürdige Behandlung der Ukrainer in Galizien in England nicht unbeachtet bleibt.

Obwohl England 1919 selber dazu beigetragen hat, Polen durch einen Korridor zur Ostsee und durch die Hafenrechte in der Stadt Danzig zur Seemacht zu erheben, will es sich dadurch nicht auf Dauer binden lassen. Polens neue Flotte dient nach Großbritanniens Kalkül zwar dazu, Teile der Ostseeflotten der Sowjetunion und Deutschlands bei zukünftigen Auseinandersetzungen in diesem Binnenmeer zu binden, doch Garantien will England deshalb trotzdem nicht für Korridor und Danzig geben. In London will man, daß das neue Polen die Sowjets und die Deutschen fesselt und nicht England. Das muß Polens Staatschef Piłsudski bald erfahren.

1925, während der Locarno-Verhandlungen, versucht Piłsudski vergeblich, eine Garantie der Briten für die deutsch-polnischen Grenzen zu erhalten. Außenminister Chamberlain erklärt daraufhin ausdrücklich, daß England keine Garantie für diese Grenzen übernehmen werde.[87] Londons Außenpolitik spiegelt in dieser Frage offensichtlich auch die öffentliche Meinung im eigenen Lande wider. Der MANCHESTER GUARDIAN befindet, daß England die Grenzen Polens niemals garantieren werde. Und die TIMES schreibt, daß die neuen Grenzen in Osteuropa nicht mehr haltbar seien. Als Polen die Frage der Garantie seiner Grenzen auf der Septembertagung des Völkerbundes 1927 erneut zur Sprache bringt, muß es zur Kenntnis nehmen, daß die englische Regierung das nach wie vor nicht will. Das politische Klima in Großbritannien wendet sich statt dessen eher gegen Polen. Churchill, zu der Zeit Abgeordneter der Konservativen, sagt am 24. November 1932 in einer Rede vor dem Unterhaus:

> „*Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas zur Förderung des Friedens zu tun, dann sollte sie die Führung übernehmen und die Fra-*

---

[86] Burneleit, Seite 22 (Memorandum Lloyd George vom 25. März 1919 mit dem Titel „Einige Erwägungen für die Friedenskonferenz, ehe sie ihre Bedingungen endgültig festsetzt.“)
[87] Burneleit, Seite 33

ge Danzigs und des Korridors ihrerseits wieder aufrollen, solange die Siegerstaaten noch überlegen sind. Wenn diese Fragen nicht gelöst werden, kann keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehen.“ [88]

Auch Churchill sieht, daß der Status von Danzig und Westpreußen-Pomerellen nicht dauerhaft zu halten ist.

Vierzehn Monate nach dieser Churchill-Rede wird Hitler Kanzler im Deutschen Reich. Mit dem 1934 zwischen Hitler und Piłsudski geschlossene Vertrag versiegt das Interesse der Briten am deutsch-polnischen Verhältnis für gut vier Jahre.

1938, mit dem deutschen Begehren nach Heimkehr der Sudetendeutschen in das Reich, rückt auch Polen wieder in das Blickfeld der englischen Außenpolitik. Polen hält seinen Anspruch auf West-Teschen für so berechtigt wie die deutsche Forderung nach den Sudeten und verlangt die Abtretung des umstrittenen Gebietes. London zeigt im Vorfeld der Konferenz von München zunächst Verständnis für die Wünsche Warschaus, doch es will sie dann dort nicht behandeln. Nach dem Konsens der Konferenz von München erhält Deutschland die alt-habsburgischen Gebiete der Tschechoslowakei, die zur Mehrheit deutsch besiedelt sind. West-Teschen mit nur einem Drittel polnischer Bevölkerung soll nach dem Willen der vier Konferenzmächte von München jedoch in der Tschechoslowakei verbleiben. Als Polen dann dennoch West-Teschen annektiert, ist man in London sehr empört. Das ist der Stand der britisch-polnischen Beziehungen ein knappes Jahr vor Kriegsbeginn. Nichts weist zu der Zeit daraufhin, daß sich England ein Jahr später in der deutsch-polnischen Auseinandersetzung um die Danzig-, Korridor- und Minderheitenproblematik auf die Seite Polens schlägt und Deutschland von sich aus Krieg erklärt.

Das Verhältnis Polens zur Sowjetunion

ist zunächst durch den Friedensvertrag von Riga[89] festgelegt, in dem die Sowjets 1921 Teile Weißrußlands und der Ukraine an Polen abgetreten haben. Für die Russen bleibt das eine offene Wunde, für die Polen ein Etappenziel. Marschall Piłsudski, dem ein neues Polen in den Grenzen der alten Polnisch-Litauischen Union von 1569 vor Augen schwebt, verfolgt eine Föderation als Fernziel seiner Außenpolitik, in der Litauen, ganz Weißrußland und die ganze Ukraine als Protektorate unter Polens Herrschaft stehen. Alle polnischen Regierungen dulden deshalb in Warschau auch die Exilregierung einer nichtexistenten ukrainischen Republik.[90] 1927, als der sowjetische Gesandte Wojkow in Warschau von einem Exilrussen ermordet wird, kochen die sowjetisch-polnischen Spannungen soweit hoch, daß beide Länder Vorbereitungen zum Kriege treffen, zu dem es dann je-

[88] Kern, Seite 82
[89] Vertrag von Riga vom 18. März 1921
[90] Roos, Polen und Europa, Seite 12

doch nicht kommt. 1929 gelingt es dem sowjetischen Außenminister Litwinow, Polen, Rumänien und die Baltenstaaten im Vorgriff auf den bis dahin nicht von allen Ländern ratifizierten Kellogg-Pakt für einen regionalen „Kriegsächtungspakt“ zu gewinnen. Sie unterzeichnen am 29. Februar 1929 das „Litwinow-Protokoll“, nach dem Kriege zwischen diesen Staaten zur Lösung internationaler Streitfälle in Zukunft ausgeschlossen werden sollen. Damit ist Polen, einschließlich seiner umstrittenen Gebiete in „Ostpolen“ vertraglich zunächst gegen Rußland abgesichert.

Ab September 1931, mit der Besetzung der Mandschurei durch Japan, verlagern sich Rußlands Sorgen nach Fernost. Die Sowjetunion nimmt frühere Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt mit Polen wieder auf. Am 23. Januar 1932 wird ein Vertrag dazu in Moskau paraphiert, im Juli unterschrieben. Dieser Polnisch-Sowjetische Nichtangriffspakt enthält die für Polen wichtige Bestimmung, daß die Sowjetunion dem Deutschen Reich im Falle eines deutsch-polnischen Konflikts „während der ganzen Dauer des Konflikts weder unmittelbar noch mittelbar Hilfe und Beistand leisten darf.“[91] Damit ist Polen durch einen weiteren Vertrag vor der Sowjetunion geschützt. Doch auch dieser Vertrag verliert 1938 seine Wirkung, als Polen der Tschechoslowakei gegen Rußlands Warnung[92] den Rest des Teschener Gebiets entreißt. Die Sowjetunion, seit 1935 ebenfalls mit der Tschechei verbündet, hatte Polen – wie schon erwähnt – zuvor angedroht, den Polnisch-Sowjetischen Nichtangriffspakt im Falle eines Angriffs der Polen auf die Tschechoslowakei zu kündigen. So hat Polen mit der Teschener Annexion gleich zwei Verträge mit der Sowjetunion verletzt und faktisch annulliert, das Litwinow-Protokoll von 1929 und den Nichtangriffspakt von 1932. Beide Verträge waren den Polen einst von den Sowjets angeboten worden. Man kann zwar mit Recht feststellen, daß die Sowjets später andere Nichtangriffsverträge z. B. mit Finnland, Estland und weiteren Ländern auch nicht eingehalten haben, und daß die zwei Verträge mit Polen vermutlich bei Bedarf ebenfalls gebrochen worden wären, doch der Vertragsbruch des Litwinow-Protokolls geht eindeutig von den Polen aus. Die Polen haben mit dieser eigenmächtigen Landerwerbung zu Lasten ihrer tschechischen Nachbarn auch den schon mehrfach zitierten Kellogg-Pakt mißachtet. Sie haben die Verträge, die ihr „Ostpolen“ vor den Sowjets hätte schützen können, selbst zerrissen. Polen jagt als Hai im Haifischbecken solange mit, bis es selbst gefressen wird.

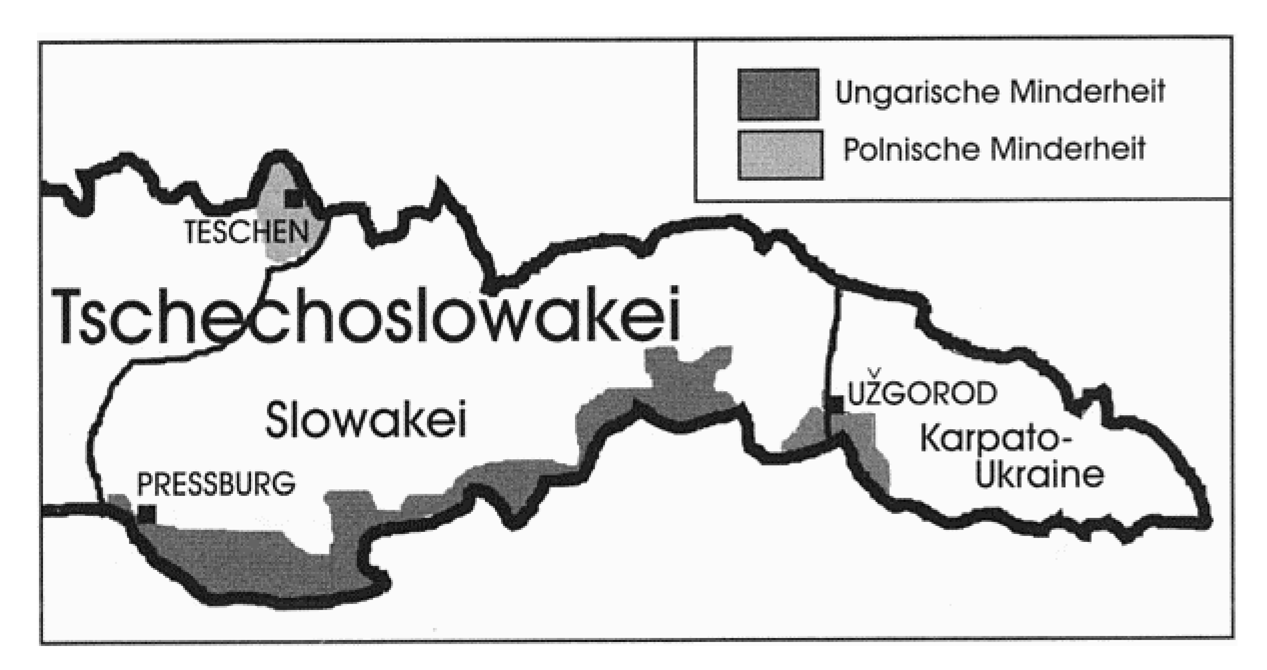
Das Verhältnis Polens zur Tschechoslowakei

Das Verhältnis der Nachbarn Tschechoslowakei und Polen bleibt in den 20 Jahren ihrer Unabhängigkeit kühl und distanziert. Beide Ländern sind Vielvölkerstaaten mit ähnlichen Problemen, die sie mit der nur schwach ausgeprägten Loya-

---

[91] Roos, Polen und Europa, Seite 34
[92] Sowjetische Note an die polnische Regierung vom 23. September 1938

lität ihrer Volksminoritäten haben. Beide sind deshalb mit den Begehrlichkeiten der Muttervölker ihrer Minderheiten konfrontiert. Sowohl die Polen als auch die Tschechen hätten deshalb Grund zum Schulterschluß gehabt. Doch ein paar Gegensätze trennen beide Nachbarn. Das ist zum ersten Polens Forderung nach dem tschechoslowakischen Teil des Teschener Industriegebiets. Das ist zweitens in umgekehrter Richtung die offene Unterstützung der Tschechen für die Unabhängigkeitsbestrebungen der Ukrainer im benachbarten polnischen Galizien. Und das ist zum dritten die Unterstützung der Polen für die Ungarn, die die ungarisch besiedelten Randgebiete der Tschechoslowakei zurückerhalten wollen.



Karte 30: Randgebiete mit ungarischen und polnischen Minderheiten

So paktiert in diesem Raum ein jeder mit dem Feind des Nachbarn, statt mit dem Nachbarn Ausgleich und Schulterschluß zu suchen. Die polnische Führung kommt überdies – ähnlich der deutschen – schon sehr früh zu der Auffassung, daß die Tschechoslowakei als Versailler Kunstprodukt nicht lebensfähig ist und durch den inneren Nationenkonflikt von selber auseinanderbrechen wird. Als die französische Diplomatie vor der Sudetenkrise 1938 Versuche unternimmt, Polen in eine antideutsche Koalition zur Unterstützung der Tschechoslowakei einzubinden, bekommt sie das zu spüren. Die Franzosen erhalten eine kalte Abfuhr. Polens Außenminister Beck läßt den französischen Botschafter Noel in Warschau wissen, daß die „Tschechoslowakei in naher Zukunft verschwinden müsse“ und daß man sich in Polen selbst darauf vorbereite „einen Teil des Erbes an sich zu nehmen.“[93] Der polnische Botschafter in Paris, Graf Łukasiewicz, gibt dem französischen Außenminister Bonnet eine Auskunft in der gleichen Richtung. Łukasiewicz antwortet,

[93] Bonnet, Seite 41

> *„daß die Tschechoslowakei, ein willkürliches Kompositum zahlreicher einander äußerst feindlicher Minderheiten, ein zum Tode verurteiltes Land sei. Sie trotzdem verteidigen zu wollen, sei ein schwerer Irrtum Frankreichs und Großbritanniens.“* [94]

Mit Polens Truppenaufmarsch in Teschen, mit der Kriegsdrohung in der letzten Septemberwoche 1938 und mit der Okkupation von West-Teschen am 1. Oktober ist das polnisch-tschechische Verhältnis endgültig ruiniert. Abgesehen vom Domino-Effekt, den diese Handlung später in der Sowjetunion und im Deutschen Reich gegenüber Polen auslöst, hat Polen damit einen weiteren Feind.

Das Verhältnis Polens zum Deutschen Reich

Die deutsch-polnischen Beziehungen sind im Ansatz schon beschrieben worden. Als Außenminister Stresemann 1925 seine Freundschafts- und Versöhnungsbemühungen gegenüber Frankreich mit dem Rheinpakt und mit der Anerkennung der deutsch-französischen Grenze krönt, versucht Marschall Piłsudski, die gleichen Zugeständnisse und Garantien für die deutsch-polnischen Grenzen und für Polens Landgewinne zu bekommen. Der deutsche Außenminister weist Piłsudskis Wünsche ab und erklärt ganz offen, daß Deutschland zwar keinen Krieg beginnen werde, doch auf Gelegenheit zu einer Neuregelung in den Grenzregionen warte. Polen seinerseits läßt nicht mit dem Bemühen nach, Danzig in kleinen Schritten und mit vielen Winkelzügen aus dem Völkerbundsmandat zu lösen und sich selber einzugliedern. Des weiteren wollen die vielen halbamtlichen und privaten Stimmen aus Polen nicht verstummen, die Schlesien, Ostpreußen und Pommern für Polen fordern. So steht das Verhältnis beider Länder zueinander bis 1933 unter der doppelten Hypothek der deutschen Ansprüche an Polen und der polnischen Wünsche nach weiterem deutschen Land.

Erst Adolf Hitler bricht mit dieser starren deutschen Haltung. Er sieht in Polen das Land eines alten Volkes, das anders als die Tschechen und Slowaken niemals in der Geschichte in seiner Gänze zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gehört hat. Für Hitler ist der Staat Polen ein Puffer zwischen dem „Dritten Reich“ und der ihm so verhaßten kommunistischen Sowjetunion. Obwohl oder gerade weil Polen nach seinem Amtsantritt versucht, Deutschlands Wiederaufstieg mit einem Präventivkrieg und mit anderen Machenschaften zu verhindern, bietet Hitler dem polnischen Diktator Marschall Piłsudski einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt, der im Januar 1934 von beiden Seiten unterzeichnet wird, – ein Vertrag auf die Dauer von 10 Jahren.[95]

[94] Bonnet, Seite 41
[95] D-PO-Vertrag vom 26. Januar 1934. Siehe Vertrags-Ploetz Teil II, Band 4, Seite 125



Abb. 11: Propagandaminister Goebbels zu Besuch bei Marschall Piłsudski nach Unterzeichnung des Deutsch-Polnischen Vertrages
von links: der Gesandte Graf Moltke, PiJsudski, Goebbels,
der polnische Außenminister Beck.

Piłsudski durchschaut den Wandel der Verhältnisse zu Polens Nachteil. Er registriert Frankreichs sinkendes Interesse. Mit großer Sorge sieht er die Annäherung der Franzosen an die Russen. Er kennt Hitlers Alternative, statt mit Polen mit der Sowjetunion zu koalieren. Außerdem ist ihm bewußt, daß Deutschlands Wiederaufrüstung auf Dauer kaum noch zu verhindern ist. Hitler auf der anderen Seite hofft, Polen zum Entgegenkommen zu bewegen, wenn er die deutschen Revisionsansprüche deutlich reduziert und Polen zu dessen Ostambitionen Rückendeckung gibt. Piłsudski hegt nämlich eigene Wünsche nach einer großpolnischen Föderation mit einer halbabhängigen Ukraine unter Polens Vorherrschaft. Auch Hitler hat Ukraine-Ambitionen. Er sieht in dem Teil der Ukraine, der ostwärts Polens Grenzen liegt, die Zukunftskolonie für Deutschland. Beide Diktatoren wissen, daß dies nur gegen die Sowjetunion zu machen ist, und jeder hofft, die „Visionen" des anderen in irgendeiner Weise irgendwann für sich zu nutzen.

Seit dem Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens von 1934 gestalten sich die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau im großen und ganzen positiv. Das bleibt auch so nach Piłsudskis Tod. Selbst bei den polnisch-deutschen Differenzen um Minderheiten und Gebiete sieht es zwischendurch so aus, als seien

Lösungen nicht ausgeschlossen. François-Poncet, Frankreichs Botschafter in Berlin, berichtet als Beobachter der Szene:

> *„Oberst Beck (Polens Außenminister) stand mit Göring auf vertrautem Fuß und dieser folgte jedes Jahr einer Einladung zur Jagd in den polnischen Wäldern. Bei diesen freundschaftlichen Zusammenkünften sprach man natürlich auch über die Danziger Frage und den polnischen Korridor, also über Probleme, die eines Tages im Interesse der guten Beziehungen beider Länder gelöst werden mußten. Oberst Beck gab zu verstehen, Polen werde sich nicht weigern, Danzig an das Reich zurückzugeben, wenn es dort wirtschaftliche Vorrechte beibehielte. Auch würde sich Polen mit einer exterritorialen Autobahn und Eisenbahnlinie zwischen West- und Ostpreußen einverstanden erklären.“* [96]

Der Vertrag mit Deutschland gibt Polen freie Hand für anderweitige Gebietserwerbungen. 1938, als die Sudetendeutschen wünschen, den Staatsverband der Tschechen und Slowaken zu verlassen, sieht die polnische Regierung ihre Chance kommen. Am 20. und 24. September 1938 läßt sie Botschafter Lipski in Berlin erst Hitler und dann von Ribbentrop fragen, ob Polen die derzeitige Sudetenkrise nutzen und der angeschlagenen Tschechoslowakei den noch tschechischen Teil des Teschener Gebiets entreißen könne.[97] Hitler hat nichts dagegen einzuwenden, äußert aber zugleich die Hoffnung, daß man sich auch bald in der Danzig-Frage gütlich einigen könne. Polen vergreift sich daraufhin an der innerlich schon zerrissenen und nicht mehr abwehrfähigen Tschechoslowakei und annektiert am 1. Oktober 1938 Teschen und das dortige Industriegebiet.

Was nun folgt, ist eine Serie vergeblicher Versuche von deutscher Seite, das Danzig- und das Korridor-Problem auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Kern der deutschen Kompromißvorschläge ist das Angebot, die polnischen Gebietserwerbungen an ehemals deutschem Land aus den Jahren 1918 bis 1921 als endgültig anzuerkennen. Das sind Gebiete in Oberschlesien, Westpreußen und die Provinz Posen. Um diese Anerkennung hatte Marschall Piłsudski von 1920 bis zu seinem Tode 1935 mehrfach vergeblich nachgefragt. Die 16 Reichsregierungen vor Hitler hatten diesen Wunsch der Polen nicht erfüllen wollen. Hitler bietet die erbetene Garantie nun gegen zwei „Tauschobjekte“: die Angliederung der alten Hansestadt Danzig, die völkerrechtlich ohnehin nicht polnisch ist, zurück ans Reich und exterritoriale Zugangswege in das abgetrennte Ostpreußen. Die Reichsregierung nimmt sechsmal vergeblich den Anlauf zu Verhandlungen. Die Serie der Gespräche beginnt am 24. Oktober 1938[98] und setzt sich mit immer neuen Versuchen am 19. November[99], am 5. Januar 1939[100], am 25. und 26. Januar[101], am

---

[96] François-Poncet, Seite 213
[97] Rassinier, Seite 230
[98] ADAP, Serie D, Band V, Dokument 81
[99] ADAP, Serie D, Band y Dokument 101
[100] ADAP, Serie D, Band Y Dokument 119
[101] (Kein Protokoll bekannt)

21. März[102] und am 28. April[103] fort, bis am 30. August 1939[104] die letzte Offerte an Polen geht. Am 24. Oktober 1938, drei Wochen nachdem die Polen Teschen und Oderberg erhalten haben, schlägt Außenminister von Ribbentrop seinen polnischen Kollegen ein Acht-Punkte-Programm zur Lösung der deutsch-polnischen Probleme vor. Die acht Punkte bleiben mit Abänderungen die Grundlage auch der späteren deutschen Angebote bis zu dem am 30. August 1939. Sie lauten:

> *„1. Der Freistaat Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück.*
>
> *2. Durch den Korridor wird eine exterritoriale, Deutschland gehörende Reichsautobahn und eine ebenso exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gebaut.*
>
> *3. Polen behält im Danziger Gebiet ebenfalls eine exterritoriale Straße oder Autobahn und Eisenbahn und einen Freihafen.*
>
> *4. Polen erhält eine Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet.*
>
> *5. Die beiden Nationen anerkennen ihre gemeinsamen Grenzen (Garantie) oder die beiderseitigen Territorien.*
>
> *6. Der deutsch-polnische Vertrag wird von 10 auf 25 Jahre verlängert.*
>
> *7. Polen tritt dem Antikomintern-Vertrag bei.*
>
> *8. Die beiden Länder fügen ihrem Vertrag eine Konsultationsklausel bei.“*[105]

Trotz allen bisherigen Bemühens beider Seiten, die Beziehungen zueinander intakt zu halten, beginnt nun eine innerpolnische Entwicklung, die den Dialog zwischen polnischer und deutscher Regierung überrollt. Seit 1937 verändert sich in Polen die innere Großwetterlage. Zum ersten wird Becks „Verständigung“ mit Deutschland angegriffen. Zum zweiten erreicht die Drangsalierung der Minderheiten einen neuen Höhepunkt und drittens schießt sich die Presse in Polen auf alles Deutsche ein. Damit hat Beck so gut wie keinen Spielraum mehr, sich in der Danzig-Frage zu bewegen.

Am 19. November 1938 läßt Botschafter Lipski von Ribbentrop in einer Unterredung wissen, daß sein Außenminister Beck den deutschen Danzig-Wünschen aus innenpolitischen Gründen nicht werde zustimmen können. Am gleichen Tag trifft Becks offizielle Antwort auf den deutschen Vorschlag bei Adolf Hitler ein. Die ist höflich, jedoch auch unverbindlich. Beck versucht, einem Danzig-Zugeständnis mit der Antwort zu entkommen, daß man nach einer Gesamtlösung für alle noch strittigen Probleme suchen müsse. Auch der deutsche Vorschlag, Polen möge als weiteres Mitglied dem antisowjetischen Antikomintern-Bündnis beitreten, ist für Warschau nicht akzeptabel. Polen kann sich als Nachbar nicht ohne negative Folgen so offen gegen Rußland stellen. So taucht der „Antikomintern-Vorschlag“ auch in den weiteren deutschen Verhandlungsangeboten nicht mehr auf.

---

[102] ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 61
[103] ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 276
[104] AA 1939, Nr. 2, Dokument 466, Anlage II
[105] ADAP, Serie D, Band V, Dokument 81

Selbst nach dieser Ablehnung aus Warschau hätte Polen weiterhin die Chance gehabt, sich eine Danzig-Lösung von deutscher Seite für gewisse Entgegenkommen zum eigenen Vorteil abhandeln zu lassen oder – wenn es schlechter kommt – vollendete Tatsachen in Bezug auf Danzig auch ohne eigene Territorialverluste hinzunehmen. Hitler hofft nach wie vor auf eine Lösung auf dem Verhandlungswege. Am 5. Januar 1939 besucht Polens Außenminister Beck den deutschen Kanzler in der Alpenresidenz bei Salzburg, auf dem Obersalzberg. Hitler spekuliert bei diesem Treffen noch immer auf eine gewisse Dankbarkeit für Oderberg und Teschen. Er unterbreitet ein zweites Mal den Vorschlag vom Oktober und bietet erneut die Anerkennung der verlorenen Gebiete als polnischen Bestand. Er verlangt dafür Danzig und exterritoriale Transitwege.[106] Den Danzig-Vorschlag bringt Hitler auf die Formel:

> *„Danzig kommt politisch zur deutschen Gemeinschaft und bleibt wirtschaftlich bei Polen.“* [107]

Selbst der Korridor soll dabei polnisch bleiben.
Auch diesmal kommt ihm der polnische Außenminister kein Stück entgegen. Doch er sichert Hitler zu, „er wolle jedoch das Problem gerne einmal in Ruhe überlegen“.[108] Man trennt sich mit der Zusage, weiter nach Lösungen zu suchen. Der Friede ist noch nicht verspielt.

Den dritten Anlauf macht die deutsche Seite am 25. Januar 1939 mit einem Gegenbesuch des Außenministers von Ribbentrop in Warschau. Auch dieses Mal bewegt sich nichts, was zu einem Weiterkommen in der Danzig-Frage führen könnte. Und wieder wird die Tür trotz grundsätzlich verschiedener Auffassungen nicht zugeschlagen. Das Schlußcommunique des Treffens spricht von einer

> *„Übereinstimmung, daß sowohl die gegenwärtigen wie die zukünftigen Fragen, die beide Staaten gemeinsam angehen, unter Wahrung der berechtigten Interessen beider Nationen geprüft und gelöst werden sollen.“*[109]

Beide Seiten sind weiterhin an einem gedeihlichen Auskommen miteinander interessiert. Doch die Reichsregierung strebt nach wie vor eine Linderung der von Versailles hinterlassenen Schäden an. Sie will Danzig, und sie ist bereit, dafür endgültig auf Westpreußen, die Provinz Posen und auf Ost-Oberschlesien zu verzichten. Die polnische Regierung dagegen will den Status quo erhalten. Sie ist auch nicht bereit, die neu eingebrachte Formel „Danzig kommt politisch zu Deutschland und bleibt wirtschaftlich bei Polen“ als Kompromiß zu akzeptieren. So ist auch Ende Januar 1939 keine Verhandlungslösung abzusehen, die den deutsch-polnischen Streit dauerhaft beenden könnte.

---

[106] v. Weizsäcker Papiere, Seiten 153 und 511
[107] ADAP, Serie D, Band V, Dokument 119
[108] ADAP, Serie D, Band V, Dokument 119
[109] Archiv der Gegenwart, Seite 3908

Dieser Januar-Versuch von Ribbentrops, die Danzig-Frage auf dem Verhandlungsweg zu lösen, wird – das muß hier eingeschoben werden – von Frankreich torpediert. Nur sieben Wochen vorher hatte von Ribbentrop den Deutsch-Französischen Nichtangriffspakt geschlossen, hatte er erneut vertraglich auf Elsaß und Lothringen verzichtet, und hatte der Minister den subjektiven Eindruck von der „freien Hand im Osten" mit nach Haus gebracht. So kann von Ribbentrop bei seinem Januar-Besuch in Warschau eigentlich erwarten, daß sich Frankreich seinen Verhandlungen in Polen nicht entgegenstellt. Doch schon am ersten Tag des Aufenthalts in Warschau mischt sich die französische Regierung ein und macht den Polen klar, daß sie in Bezug auf Danzig mit der vollen Rückendeckung der Briten und Franzosen rechnen können. Am 26. Januar, gut abgestimmt auf Ribbentrops Besuch bei Beck, hält der französische Außenminister Bonnet eine Rede über die Grundzüge seiner Außenpolitik vor der Pariser Nationalversammlung:

> *„... Im Falle eines Krieges würden, ..., falls England und Frankreich hinzugezogen werden sollten, alle Kräfte Großbritanniens Frankreich zur Verfügung stehen und genauso alle Kräfte Frankreichs Großbritannien. ... Bezüglich der Beziehungen zu Polen genügt es, daran zu erinnern, daß der polnische Außenminister Beck erklärt hat, daß die polnisch-französische Freundschaft unverändert eine der Grundlagen der polnischen Politik darstellt." ...*[110]

Ministerpräsident Daladier betont in der gleichen Sitzung,

> *„daß es gelte, den Forderungen gewisser Nachbarn ein kategorisches Nein entgegenzusetzen."*

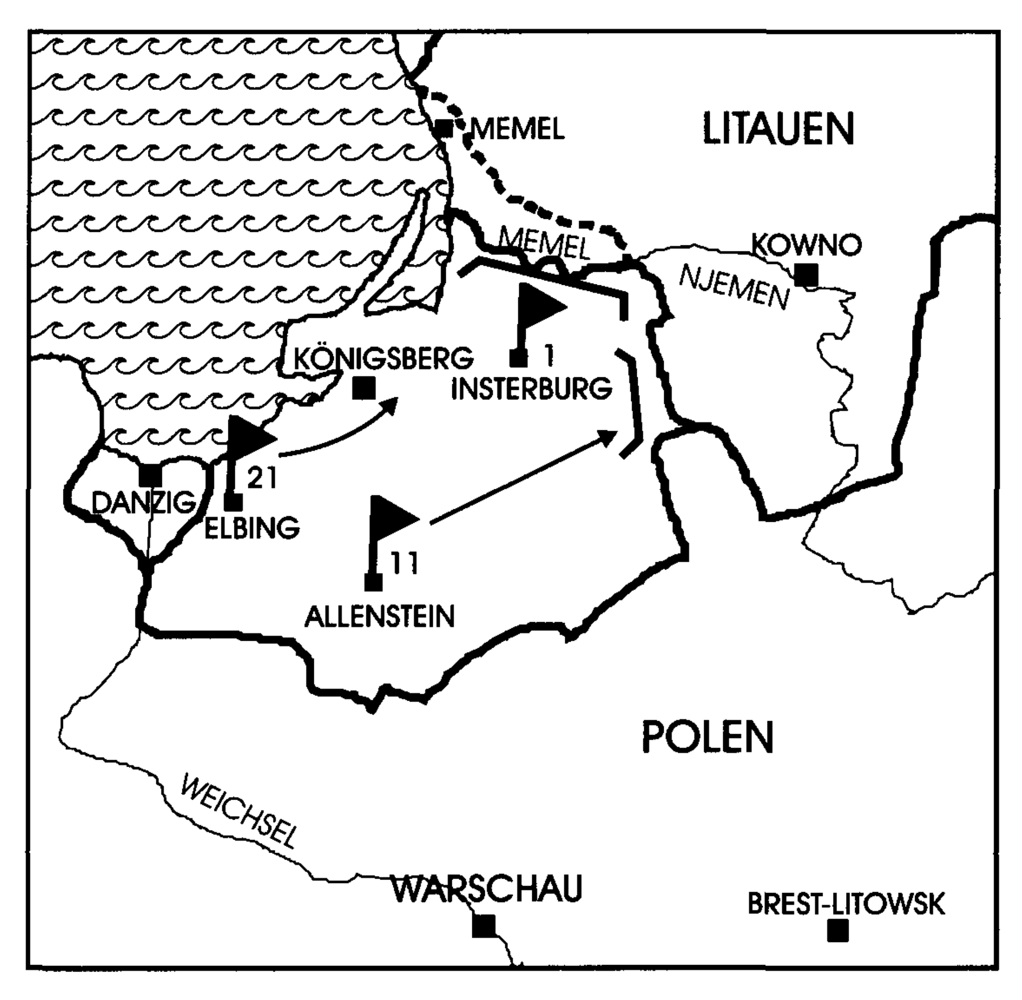
Da zu der Zeit die Tschechoslowakei noch nicht zerbrochen ist, und da das Deutsche Reich die Rest-Tschechei noch nicht besetzt hat, kann Bonnet bei seinem Kriegsgerede nur an einen Konflikt um Danzig denken. Auch Daladiers Mahnung, „den Forderungen gewisser Nachbarn ein kategorisches Nein entgegenzusetzen", kann im Januar 1939 nur die Polen und nicht die Tschechen meinen. So sind die Worte Bonnets und Daladiers eine unverhohlene Aufforderung an Warschau, den deutschen Wünschen nach Danzig „ein kategorisches Nein" entgegenzusetzen. Auch die Erwähnung der Kriegsbereitschaft Englands und Frankreichs ist an diesem Tag des Ribbentrop-Besuchs in Warschau nicht einfach so dahergesprochen.

Im Januar 1939, als Deutschland noch immer nur Danzig und die Transitwege fordert und dafür den endgültigen Verzicht auf Westpreußen, Posen und Ost-Oberschlesien anbietet, lehnt Frankreich eine solche Lösung ab. Zu diesem Zeitpunkt kann es noch nicht um eine Bestrafung Deutschlands für die Besetzung der Tschechei gegangen sein. Es geht den Franzosen erkennbar darum, die Reste von Versailles zu erhalten und eine endgültige Aussöhnung der Deutschen und der Polen zu verhindern.

---

[110] Paul Karl Schmidt, Seiten 64 f

Sechs Wochen nach dem Warschau-Treffen ergibt sich für Polen eine Chance, das deutsche Drängen in Zukunft mit Englands Rückendeckung offen abzuwehren. Die Chance tut sich auf, als am 16. März 1939 Hitler deutsche Truppen in den Rest der zerfallenden Tschechoslowakei marschieren läßt, und die deutsche Bevölkerung im abgetrennten Memelland in einem Volksaufstand den Anschluß an das Deutsche Reich verlangt. Letzteres spielt eine Rolle, weil die Reichsregierung daraufhin fünf Tage später die drei in Ostpreußen stationierten Wehrmachtsdivisionen nach Norden an die Grenze zum Memelland verlegt.[111] Polen versteht es, beides, die Tschechei-Besetzung und die deutschen Truppen an der Memel-Grenze auszunutzen.

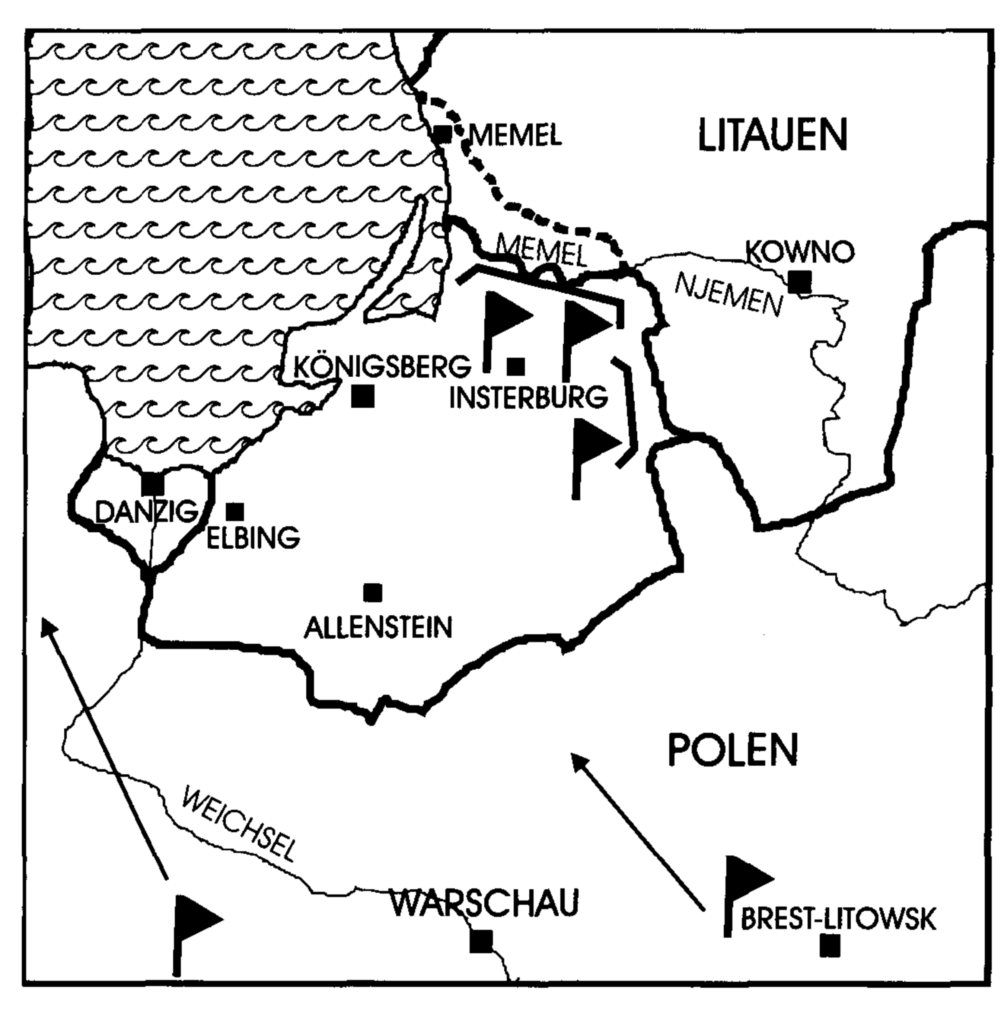


Karte 31: 21. März 1939 deutsche Truppen marschieren an der litauischen Grenze auf

Hitler annektiert mit der Tschechei erstmals ein nicht deutsches Land, und er handelt damit gegen den ausdrücklichen Willen Frankreichs und Englands, die Tschechoslowakei als eigenständigen Staat in Ostmitteleuropa zu erhalten. Polens Außenminister Beck nutzt die Verärgerung der Briten und bittet die Londoner Regierung um ein Schutzabkommen gegen Deutschland. Polens Marschall

[111] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 101

Rydz-Śmigły bedient sich gleichzeitig der Verlegung deutscher Truppen an die Memelländer Grenze zu einem zweifelhaften Schachzug. Er läßt mit der Begründung, die Deutschen wollten Danzig annektieren, einen Teil der polnischen Streitkräfte mobilisieren, ruft drei Reservistenjahrgänge und Tausende von Spezialisten in die Kasernen, erhöht die Truppenstärke der Armee um über 330.000 Soldaten und läßt Kampfverbände in Richtung Danzig und Pomerellen aufmarschieren.[112]



Karte 32: März 1939 Verlegung polnischer Truppen an die Grenzen zu Ostpreussen und Hinterpommern

Dieser rasche und so nicht vorhergesehene Gang der Dinge überschneidet sich mit dem nächsten Versuch des deutschen Außenministers, mit Polen erneut Verhandlungen über Danzigs Zukunft aufzunehmen. Von Ribbentrop sieht die gärende Entwicklung bei den Polen und versucht, einer weiteren Zuspitzung der antideutschen Stimmung dort zuvorzukommen. Am 21. März ersucht er Botschafter Lipski, nach Warschau zu fahren und seiner Regierung die offizielle deutsche Bitte um neue Verhandlungen zu übermitteln. Es ist mittlerweile der vierte Versuch von deutscher Seite, das Danzig-Problem auf dem Verhandlungsweg zu lösen.

[112] Taylor, Seite 271 und Roos, Planung Polens, Seite 194

Fast zur gleichen Zeit liegt das polnische Begehren um einen Schutzvertrag in London vor. Die Briten sagen zu, und Polen schwenkt von jetzt auf gleich zu neuen Gepflogenheiten gegenüber Deutschland um. Statt wie im deutsch-polnischen Vertrag von 1934 vereinbart, die bilateralen Streitigkeiten zu verhandeln, folgt nun die Rydz-SmigJy-Geste. Warschau macht teilmobil und läßt Truppen vor der Stadt aufmarschieren, über die nach deutschem Wunsch verhandelt werden sollte. Diese Drohgebärde als Antwort auf ein Verhandlungsersuchen widerspricht dem Geist des deutsch-polnischen Vertrages, in dem die zwei Vertragsparteien zur Lösung ihrer Streitigkeiten vereinbart haben:

> *„Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten."* [113]

Zu der Zeit gibt es von Seiten der deutschen Reichsregierung noch keine einzige Drohung gegenüber Polen.

Am 26. März 1939 kehrt Botschafter Lipski nach Berlin zurück und übergibt ein Antwortmemorandum[114], mit dem der polnische Außenminister übermitteln läßt, daß ihm an gutnachbarlichen deutsch-polnischen Beziehungen gelegen ist, und daß man miteinander sprechen könne. Doch in der Sache ist die Antwort ein mit diplomatischen Freundlichkeiten garniertes klares Nein zu den zwei deutschen Wünschen. Für die Verkehrswege könne es nach polnischer Auffassung keine exterritorialen Transitwege durch Pomerellen geben, und für Danzig schlägt der polnische Minister vor, den bisherigen Status des Freistaates in Zukunft gemeinsam zu garantieren. Die Brisanz der Note liegt in dem Wortwechsel, mit der sie übergeben wird. Nachdem von Ribbentrop das polnische Memorandum empfangen und gelesen hat, sagt er zu Lipski, daß diese Antwort auf die deutsche Bitte in Bezug auf Danzig keine Lösung darstellt. Er beharrt darauf, daß der einzig gangbare Weg die Wiedereingliederung Danzigs in das Reich und exterritoriale Transitwege seien. Lipskis Antwort darauf ist, daß

> *„er die unangenehme Pflicht habe, darauf hinzuweisen, daß jegliche weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere soweit sie die Rückkehr Danzigs zum Reich beträfen, den Krieg mit Polen bedeuten".*[115]

Hier taucht die erste Drohung mit dem Krieg zwischen Polen und dem Deutschen Reich auf. Und es ist der Pole, der sie ausspricht. Polen setzt auf Krieg, um Danzig außerhalb des Reichs zu halten, statt den Weg zur Rückkehr Danzigs freizugeben. Die Drohung mit dem Krieg, die sich nun öfter wiederholt, ist weit gefaßt. Schon die „weitere Verfolgung der deutschen Pläne", so sagt Lipski, bedeute Krieg. Das wären, streng genommen, auch alle weiteren deutschen Verhandlungsangebote. Hier verletzt Lipski als der offizielle Sprecher Polens nicht nur den Geist sondern auch den Text des Deutsch-Polnischen Vertrages.

---

[113] Vertrags-Ploetz, Seite 127
[114] ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 101 und IMT-Dokument, Band XLI, Dokument 208
[115] IMT-Dokument, Band XLI, Dokument 208, und AA 1939 Nr. 2, Dokument 208

Die erste Drohung mit dem Krieg von Seiten Polens ist in den Aufzeichnungen über dieses Gespräch in den Vorkriegsakten des Auswärtigen Amts (AA 1939) und in den Akten des Nürnberger Prozesses abgedruckt und überliefert.[116] Interessant ist, daß diese Drohung in der selben, nach dem Krieg erneut veröffentlichten Gesprächsniederschrift in den „Akten der Deutschen Auswärtigen Politik" (ADAP – 1956) nicht mehr zu finden ist.[117] Ein Original dieser Aufzeichnung des so brisanten Gesprächs vom 26. März 1939 ist im Archiv des Auswärtigen Amts heute nicht mehr aufzufinden.

Nach der gefährlichen Einlassung Lipskis zum Thema Krieg antwortet von Ribbentrop angesichts des Aufmarsches polnischer Truppen am Rand des Danziger Gebiets:

> *„daß z.B. eine Verletzung des Danziger Hoheitsgebiets durch polnische Truppen von Deutschland in der gleichen Weise wie eine Verletzung der Reichsgrenzen betrachtet werden würde "*

Diese Drohung von deutscher Seite ist in beiden Versionen des zitierten Dokumentes abgedruckt. Somit ist in der kürzeren Nachkriegsversion der „Akten der Deutschen Auswärtigen Politik" die deutsche Drohung als einzige erhalten. Die zuerst ausgesprochene Kriegsdrohung aus dem Munde Lipskis wird nach dem Krieg nicht mehr erwähnt.

Ab dem 26. März 1939 haben demnach beide Seiten ausgesprochen, daß die Änderung beziehungsweise die Nichtänderung des Danzig-Status gegen eigene Interessen Krieg bedeutet. Von Ribbentrop unterrichtet den „Führer" noch am gleichen Tag von der sehr harten Reaktion aus Polen. Hitler weist den Minister an, er möge den polnischen Botschafter wissen lassen, daß auf dieser Basis natürlich keine Lösung der deutsch-polnischen Differenzen gefunden werden könne. Von Ribbentrop berichtet über dies Gespräch, Hitler habe dem Auftrag die Bemerkung angefügt:

> *„Von Krieg dürfe hier natürlich nicht gesprochen werden."* [118]

Beck dagegen legt, statt gleichfalls zu beruhigen, noch einen oben drauf. Am 28. März bestellt er den deutschen Botschafter in Warschau, von Moltke, in sein Ministerium ein, um ihm seine Auffassung zu den vorausgegangenen Drohungen mitzuteilen.[119] Er stellt vor von Moltke klar, daß er die Feststellung des deutschen Außenministers gegenüber dem polnischen Botschafter

> *„ein polnischer Angriff gegen die Freie Stadt Danzig würde durch die Reichsregierung als ein Angriff gegen Deutschland betrachtet"*

mit der eigenen Feststellung beantworte,

[116] IMT-Dokument, Band XLI, Dokument 208
[117] ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 101.
[118] IMT-Verhandlungen, Band X, Seite 299
[119] Polnisches Weißbuch, Dokument Nr. 64

„daß jede Intervention der deutschen Regierung für eine Änderung des bestehenden Status quo in Danzig als ein Angriff gegen Polen betrachtet werden wird“.

Von Moltke antwortet: „Sie wollen auf den Spitzen der Bajonette verhandeln“. Der polnische Minister hat damit noch einmal offiziell bekräftigt, daß jede Änderung in Danzig im Sinne deutscher Wünsche einen Krieg zwischen Polen und dem Deutschen Reich auslösen wird. Nun ist klar, daß es für Deutschland in der Danzig-Frage nur noch die Wahl zwischen Verzicht oder Krieg mit Polen gibt. Die Tür für eine auf Danzig begrenzte Lösung, ohne Polen anzufassen, ist damit zugeschlagen.

Drei Tage nach dem klaren Nein aus Polen, am 31. März 1939, verkündet die britische Regierung, daß England die Unversehrtheit Polens gegenüber Deutschland garantiert. Das schließt ein, daß Großbritannien bei einem deutsch-polnischen Streit um Danzig gegen Deutschland kämpfen wird.

Die Ankündigung der Polen, statt einen Kompromiß zu schließen lieber Krieg zu führen, die provozierende Mobilmachung und das Dazwischentreten Englands nehmen Hitler in den letzten Märztagen 1939 jede weitere Hoffnung, in der Danzig-Frage auf dem bisherigen Weg allein zum Ziel zu kommen. Er setzt jetzt die militärische Option neben weitere Verhandlungen und läßt einen Angriff gegen Polen vorbereiten. Am 3. April gibt Adolf Hitler die Weisung für den „Fall Weiß“. Es ist der Auftrag an die Wehrmacht, einen Angriff gegen Polen so vorzubereiten, daß er ab 1. September 1939 möglich ist. Der politische Zusammenhang für die gegebene Weisung findet sich in ihrer Ziffer I:

„Das deutsche Verhältnis zu Polen bleibt weiterhin von dem Grundsatz bestimmt, Störungen zu vermeiden. Sollte Polen seine bisher auf dem gleichen Grundsatz beruhende Politik gegenüber Deutschland umstellen und eine das Reich bedrohende Haltung einnehmen, so kann eine endgültige Abrechnung erforderlich werden.“ [120]

Polen tanzt ab dem 3. April 1939 auf dem Vulkan. Der Ausbruch ist für den 1. September angesagt.

Hitler sieht in der Mobilmachung als Antwort auf ein Verhandlungsanerbieten und im Britisch-Polnischen Abkommen, das sich offensichtlich gegen Deutschland richtet, einen Bruch des Deutsch-Polnischen Freundschafts- und Nichtangriffsvertrages von 1934, den er deshalb vier Wochen später kündigt. Hitler spricht die Aufkündigung am 27. April in einem Memorandum an die polnische Regierung[121] und tags darauf in einer Reichstagsrede aus. Im Memorandum und in der Rede erkennt er noch einmal Polens Anspruch auf Westpreußen-Pomerellen und den eigenen Zugang zur Ostsee an. Er bietet an, neue vertragliche Regelungen zwischen beiden Staaten auszuhandeln. Dies ist das fünfte deutsche

[120] OKW, Weisung „Fall Weiß“ vom 3. April 1939, siehe dtv-Hitlers Weisungen, Seite 19
[121] ADAP, Serie D, Band VI, Seiten 288 ff

Angebot, die Streitpunkte zwischen Deutschland und Polen endgültig durch Verträge aus der Welt zu schaffen. Hitler droht Polen im Memorandum und in der Reichstagsrede mit keinem einzigen Wort mit Gewaltmaßnahmen oder Krieg. Noch immer wäre bei einer Rückkehr Danzigs der Weg zum Frieden zwischen dem Deutschen Reich und Polen offen.

In Polen beurteilt man die Dinge derweilen völlig anders. Am 5. Mai 1939 begründet Außenminister Beck seine Politik des Status quo und der Abweisung der deutschen Forderungen vor dem Sejm, dem Parlament in Warschau.[122] Der Status der Freien Stadt – so sagt er – beruhe nicht auf den Verträgen von Versailles, sondern auf der jahrhundertelangen Zugehörigkeit der Stadt zu Polen. Der Reichtum Danzigs sei das Ergebnis des Außenhandels, den Polen auf der Weichsel über Danzigs Hafen treibe. Daß die Weichsel in den vergangenen 19 Jahren unter polnischer Verwaltung zugesandet ist, und daß dort kein Schiff mehr fährt, verschweigt er. Beck fragt vor dem Plenum des Parlaments, was Deutschland Polen im Tausch für Danzig anzubieten habe. Das Angebot der deutschen Reichsregierung, alle Gebietserwerbungen ehemals deutscher Territorien durch Polen nach dem Ersten Weltkrieg als endgültig polnisch anzuerkennen, sei kein Angebot. Die Gebiete, um die es dabei ginge, seien „de jure und de facto[123] längst unbestreitbar polnisch“. So sei die deutsche Forderung nach Danzig und nach exterritorialen Transitwegen nichts anderes als ein Nehmen ohne Gegenleistung. Daß Marschall Piłsudki zu seinen Lebzeiten die deutschen Reichsregierungen immer wieder um genau diese Anerkennung gebeten hatte, unterschlägt Beck in seiner Rede. Als Quintessenz schließt Beck:

> *„Eine Nation, die sich selbst achtet, macht keine einseitigen Zugeständnisse.“*

Am gleichen Tag, dem 5. Mai, antwortet die polnische Regierung der deutschen auf die Kündigung des Nichtangriffspaktes mit einer Note.[124] Sie führt darin aus, daß Polen zum ersten ja verhandeln wolle, daß Deutschland zum zweiten immer zugesagt habe, die polnischen Rechte in Danzig zu respektieren und dabei solle es nun auch bleiben, und daß man drittens mit der Antwort, die Lipski am 26. März in Berlin überbracht habe, den Deutschen schon entgegengekommen sei. Man habe angeboten, die weitere Selbständigkeit Danzigs gemeinsam zu garantieren und man habe weitere Verwaltungsvereinfachungen auf den Transitwegen in Aussicht gestellt. Einen Anschluß Danzigs an das Deutsche Reich und exterritoriale Verkehrswege könne es jedoch nicht geben.

Die polnische Note vom 5. Mai 1939 verlangt die Respektierung der Rechte Polens im Freistaat Danzig, doch genau die sind im abgelehnten deutschen Danzig-Vorschlag im wesentlichen zugesichert worden. Des weiteren fordert Polen in der Note, daß Deutschland den Nichtangriffspakt von 1934 weiter einhält, weil der

---

[122] British War Bluebook, Document 15
[123] nach der Rechtslage und in Wirklichkeit
[124] British War Bluebook, Document 16

vor Ablauf von 10 Jahren nicht gekündigt werden darf. Dabei wird tunlichst übergangen, daß die Teilmobilmachung des polnischen Heeres und der Aufmarsch von Truppen vor den Toren Danzigs am 24. März selbst Verstöße gegen das Abkommen von 1934 waren. Außerdem beruft sich die polnische Regierung in ihrer Note auf den Kellogg-Pakt, den sie schon viermal selbst gebrochen hat. Im Kern schlägt die polnische Note vom 5. Mai 1939 nichts anderes vor, als daß Deutschland den Verbleib Danzigs außerhalb des Deutschen Reichsverbandes im Verein mit Polen selber garantieren soll.

Obwohl sich Großbritannien im polnisch-deutschen Streit seit Hitlers Rechtsbruch mit der Rest-Tschechei eindeutig und offen auf die Seite Polens stellt, gibt es auch dort Zweifel an der Haltung der polnischen Regierung. So schreibt der englische Botschafter Henderson am 4. Mai 1939 aus Berlin an seinen Minister Lord Halifax in London:

> „*... Wieder einmal ist die deutsche Sache weit davon entfernt, ungerechtfertigt oder unmoralisch zu sein ... Meine These war immer, daß Deutschland nicht zur Normalität zurückkehren kann, ... solange nicht seine legitimen Forderungen erfüllt worden sind. Die Danzig-Korridor-Frage war zusammen mit dem Memelproblem eine von diesen. ... Nach Aussage meines belgischen Kollegen betrachten fast alle diplomatischen Vertreter hier das deutsche Angebot als ein überraschend günstiges. Auch der holländische Gesandte, der amerikanische Geschäftsträger und mein südafrikanischer Kollege haben zu mir in diesem Sinne gesprochen...* “.[125]

Nach Becks abweisender Antwortnote und seiner Sejm-Rede vom 5. Mai erkennt Hitler, daß der Anschluß Danzigs ohne Drohung mit dem Krieg und wahrscheinlich sogar ohne Krieg mit Polen nicht zu haben ist. Er beschließt, Polen „bei erster passender Gelegenheit anzugreifen“.[126] Sehr zum Nachteil Polens wendet sich Adolf Hitler nun von seiner bisherigen kleinen Danzig-Lösung ab und hin zu einer großen Polen-Lösung. Was noch schwerer wiegt, er bezieht Polen von jetzt an in seine bis dahin nur vagen Vorstellungen vom „Lebensraum im Osten“ ein. In diesem bis dato nicht konkretisierten Lebensraumkonzept ist Polen in Hitlers Wunschvorstellungen bis zum Mai ein möglicher Teilhaber gewesen. Nun wird Polen Opfer. Hitler spricht das in seiner Rede vor den Spitzengeneralen am 23. Mai 1939 erstmals an.

Was nun folgt, ist wie der Rutsch auf schiefer Ebene. Im Juni und Juli 1939 nehmen die Drangsalierungen der Minderheiten in Polen, die Grenzzwischenfälle und der Druck aus Danzig derart zu, daß ein spannungsfreies Verhandeln zwischen der polnischen und der deutschen Regierung nicht mehr möglich ist. Ende Juli, Anfang August belastet ein Streit zwischen Polen und dem Danziger Senat um den Zolldienst im Freistaat zusätzlich das deutsch-polnische Verhältnis. Der

---

[125] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume V, Seite 422 ff
[126] Formulierung aus Hitlers „Generals-Rede“ vom 23. Mai 1939

Danziger Senat gibt auf Anraten Hitlers nach, und polnische sowie französische Zeitungen berichten, Hitler sei vor der festen Haltung Polens in die Knie gegangen.[127] Der Streit beginnt nun auch psychologisch abzugleiten. Hitler will Erfolg. Der Preis wird inzwischen Nebensache.

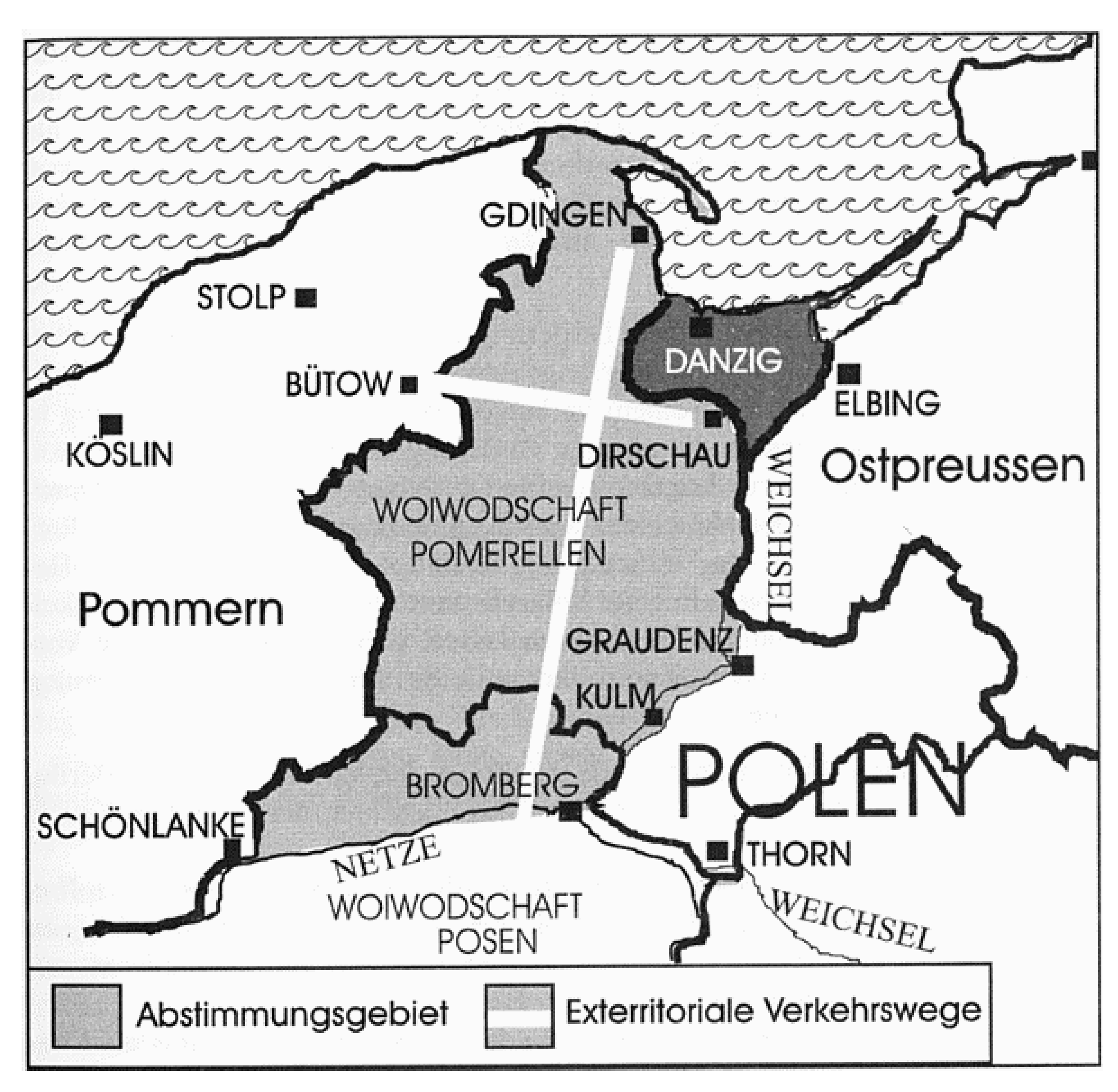
In den letzten Wochen vor dem Kriegsausbruch versucht Hitler, den Polen die Pistole auf die Brust zu setzen, indem er nun offen droht. Er nutzt dazu Gespräche über London, über den Beauftragten des Völkerbunds für Danzig, Professor Burckhardt, und über einen schwedischen Vermittler namens Dahlems. Die Drohungen und britische Vermittlung bewegen den polnischen Außenminister Beck, am 28. August zu erklären, er sei mit neuen deutsch-polnischen Verhandlungen über Danzigs Zukunft einverstanden. Doch Beck weicht den deutschen Aufforderungen zu Gesprächen in den Folgetagen aus.

Am 30. August 1939 schiebt Hitler in allerletzter Stunde ein neues Angebot – wie es die Deutschen meinen – beziehungsweise eine neue Forderung – wie es die Polen sehen – nach. Hitler will die Briten noch auf seine Seite ziehen und läßt deshalb für die Polen eine Brücke stehen, über die sie gehen könnten. Der in aller Eile von Diplomaten und Juristen erarbeitete deutsche Vorschlag ähnelt den vorausgegangenen. Er fordert nach wie vor den Anschluß Danzigs an das Reich. Doch er verlangt – das ist nun neu – auch eine Volksabstimmung für die Menschen im sogenannten Korridor.

Die betreffenden Passagen im deutschen Vorschlag lauten:

> *„2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, ..., wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.*
>
> *3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. ... Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung ... wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Großmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich und England gebildet wird. ...*
>
> *4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnischen Hoheitsgebiet ist. ...*
>
> *8. Um nach erfolgten Abstimmung ... die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone... gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. ... Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, so erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte. ...*[128]

[127] Benoist-Méchin, Band 7, Seiten 212 und 217
[128] Benoist-Méchin, Band 7, Seiten 482-185



Karte 33: Die deutschen Vorschläge vom 30. August 1939

Dies ist das sechste und letzte Angebot von deutscher Seite. Hitler läßt den Polen nun keinen Raum mehr, auf Zeit zu spielen. Er setzt eine Frist für den Gesprächsbeginn. Er „erwartet“, daß Warschau bis zum 30. August 1939 um 24 Uhr einen bevollmächtigten Unterhändler nach Berlin entsendet. Außenminister Beck will weder den Zeitdruck noch den Verhandlungsort Berlin akzeptieren. Er weist Lipski in der deutschen Hauptstadt an, den neuen deutschen Vorschlag nicht entgegenzunehmen.[129] Einen Tag und fünf Stunden nachdem der vorgeschlagene und „erwartete“ Termin für den Beginn neuer Gespräche ergebnislos verstrichen ist, marschiert die Wehrmacht in Polen ein.

Das letzte Hitler-Angebot, das die Polen auf diese Weise nicht mehr zur Kenntnis nehmen, verschlechtert mit der verlangten Volksabstimmung zwar die Ver-

[129] Dahlems, Seite 112

handlungsgrundlage für die Polen, doch auch dieses Mal stellt die Reichsregierung keine Forderungen nach den ehemals deutschen Territorien in der Provinz Posen und in Ost-Oberschlesien. Beide, Posen und Ost-Oberschlesien, wäre als Gebiete mit reichen Erz- und Kohlevorkommen auch für das Deutsche Reich von großem Wert gewesen. Selbst das Abstimmungsgebiet „Korridor“ ist in dem Vorschlag etwas kleiner ausgewiesen, als die ehemals deutsche Provinz Westpreußen.

Auch wenn Hitler mit dieser letzten Forderung an Polen mehr verlangt als in den vorhergegangenen fünf Verhandlungsangeboten, so beansprucht er damit dennoch wenig. Er hält sich mit seinem Verlangen nach einer Volksabstimmung in Westpreußen-Pomerellen an die einstige Forderung des US-Präsidenten Wilson nach „Volksbeteiligung zur Regelung jedweder Gebiets- und Souveränitätsprobleme“[130] und an den gleichlautenden Vorschlag des damaligen englischen Premierministers Lloyd George während der Versailler Siegerkonferenz, die Bewohner der strittigen Gebiete in einer Volksabstimmung über ihre Zugehörigkeit zu Polen oder Deutschland abstimmen zu lassen.[131] Selbst der hitlersche Vorschlag einer internationalen Kontrollkommission für die Volksabstimmung stammt von Lloyd George.

Es gibt zwei interessante Kommentare zu diesem letzten Vorschlag aus Berlin. Der eine stammt vom französischen Historiker Rassinier, der nach dem Kriege dazu schreibt:

> *„Hätten das französische und britische Volk am 30. August von diesen Vorschlägen Kenntnis gehabt, so hätten Paris und London kaum den Krieg an Deutschland erklären können, ohne einen Sturm der Entrüstung hervorzurufen, der den Frieden durchgesetzt hätte.“* [132]

Der zweite Kommentar ist von der Ehefrau des britischen Marineministers Cooper überliefert. Sie findet den deutschen Vorschlag, als sie von ihm hört, „so vernünftig“, daß ihren Mann Entsetzen packt. Die Vorstellung, daß die englische Öffentlichkeit ähnlich auf den Vorschlag Hitlers reagieren könnte, veranlaßt ihn, unverzüglich beim DAILY MAIL und beim DAILY TELEGRAPH anzurufen und die Redaktionen aufzufordern, den deutschen Vorschlag in einem möglichst ungünstigen Lichte darzustellen.[133]

Als Bilanz der polnisch-deutschen Beziehungen in den 20 Jahren zwischen beiden Kriegen läßt sich sagen, daß das polnische Verhalten in den ersten Jahren recht aggressiv gewesen und nach Deutschlands Gesundung dann defensiv geworden ist. Dabei beharrt Warschau, was den eigenen Besitz betrifft, auf dem in Versailles geschaffenen Status quo. Doch dieser Status enthält mit Danzig, West-

---

[130] Wilson-Rede vom 4.7.1918 in Mount Vernon
[131] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 482
[132] Rassinier, Seite 291
[133] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 486

preußen, Posen, Ost-Oberschlesien und der Behandlung der deutschen Minderheit in Polen zu viele Differenzen, als daß er Bestand auf Dauer hätte haben können. Polen, das gegenüber Litauen und der Sowjetunion und bei der Tschechoslowakei keine Skrupel hat, den Status quo von Versailles mit Gewalt zu ändern, verteidigt seinen eigen Status quo ohne jeden kleinsten Kompromiß. Da Polen in der Auseinandersetzung mit Deutschland die Besitzstandwahrung will, und Deutschland die Veränderungen fordert, liegt der Schwarze Peter zum Schluß beim Deutschen Reich. Dennoch kann Polen keinen Vorteil daraus ziehen, daß es mit dem Besitzstand von Versailles 1939 völkerrechtlich besser dasteht, als das Deutsche Reich mit seinen Wünschen. Es verliert Krieg und Freiheit trotz seiner England-Garantien für ganze 50 Jahre.

Die polnische Regierung hat 1939 durchaus eine andere Wahl gehabt. Sie hat die Chance zu einem Bündnis mit dem Deutschen Reich gehabt, ohne dafür eigene Territorien opfern zu müssen. Danzig, um das es geht, ist schließlich nicht ein Teil des Staates Polen. Polen hätte durchaus als freies Land als Deutschlands souveräner, kleiner Partner seine Rolle spielen können. Polen ist in der Geschichte mehrmals als „Bollwerk des Abendlandes" gegen die Einfälle der Mongolen und Magyaren aufgetreten. Es hätte – so ist Hitlers anfängliche Vorstellung gewesen – durchaus wieder in dieser Rolle stehen können, diesmal im Verbund mit Deutschland gegen den Bolschewismus, den die Sowjets zu der Zeit nach Westen exportieren wollen.

In einer weiteren Rolle hätten sich die Polen ihr Territorium, die Freiheit und den Frieden sichern können, und zwar als Rückendeckung Deutschlands. Hitler bemüht sich seit 1933, den Ring der antideutschen Koalition zu sprengen, den Frankreich mit der Kleinen Entente um das Reich geschlossen hat. Hitler ist dabei nicht wählerisch. Bei seiner Zwangsvorstellung, daß es irgendwann zum Krieg mit Frankreich und mit Großbritannien kommt, wäre ihm ein ruhiges und verbündetes Polen im Rücken manches wert gewesen.[134] Nicht umsonst bietet Hitler Polen einen Pakt für 25 Jahre an.

Polen ist 1939 selbst eine Diktatur wie Deutschland, in der die Menschenrechte der Minderheiten so wenig gelten, wie die Menschenrechte der Juden und der „Andersdenkenden" in Deutschland. Polens Entscheidung zugunsten der westlichen Demokratien im Jahre 1939 ist nicht die Hinwendung zu artverwandten Ländern. Es ist in erster Linie ein Pakt mit den Feinden des eigenen Feindes. Es ist außerdem – was die Polen in ihrem Egoismus übersehen – zugleich ein Bündnis mit zwei Ländern, die sie 1939 gegen Deutschland und 1945 gegen die Sowjetunion aus gleichem eigenen Egoismus zweimal sitzen lassen: Frankreich und Großbritannien.

[134] Siehe Hitlers im Hoßbach-Protokoll festgehaltene Ausführungen

Polen und der Kellogg-Pakt

Ein weiteres Vertragswerk, das die Polen hätte schützen können, ist der schon erwähnte Kellogg-Pakt[135] von 1928, in dem die USA, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Polen, Deutschland und andere erklären,

> *„daß sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten.“ (Art I)*

Sie vereinbaren:

> *„daß die Regelung und Entscheidung aller Streitigkeiten ..., die zwischen ihnen entstehen könnten, ..., niemals anders als durch friedliche Mittel angestrebt werden sollen.“ (Art II)*

Der Pferdefuß an dem Vertrag für Polen ist die Präambel. Sie bestimmt, daß

> *„jede Signatarmacht, die zum Kriege schreitet, der Vorteile, die dieser Vertrag gewährt, verlustig erklärt werden sollte.“*

Nachdem Polen versucht hat, Frankreich 1933 zum Kriege gegen Deutschland zu bewegen, und nachdem es 1938 erst Litauen und dann die Tschechoslowakei mit Krieg bedroht hat, liegt auf der Hand, daß Deutschland und die Sowjetunion der Empfehlung folgen und den Kellogg-Pakt nicht mehr für Polen gelten lassen.

Die Bilanz

In der Bilanz hat Polen 1939 wenig zu seinen Gunsten vorzuweisen. Die Außenpolitik der ständigen Vorteilnahme ohne eigene Bündnistreue wird für Polen zur „Reise nach Jerusalem“. Es wechselt seinen Platz so oft, daß ihm zum Schluß kein Stuhl mehr bleibt. Nachdem das neue Polen sich zunächst Gebiete von vier Nachbarn angeeignet hatte, war es auf Verträge und Bündnispartner angewiesen. Das Patronat des Völkerbunds und die Sympathie Englands hat Polen recht schnell mit den Brutalitäten gegen seine Minderheiten abgenutzt. Frankreichs Polenliebe ist erloschen, seit Deutschland auf Elsaß und Lothringen verzichtet hat. In Warschau weiß man das spätestens seit 1933. Der Kellogg-Pakt ist so oft gebrochen worden, daß Polen keinen Schutz mehr durch ihn zu erwarten hat. Der Vertrag mit Rußland ist 1938 für 80.000 Polen im Teschener Gebiet und ein halbes Industrierevier geopfert worden. Der Vertrag mit Deutschland wird mißachtet, als die deutsche Reichsregierung um Gespräche wegen Danzig bittet, Polen daraufhin Reservisten einberuft und Truppen vor Danzig aufmarschieren läßt. Deutschland fordert dabei nicht einmal Land, das völkerrechtlich polnisch wäre. Der Vertrag, den Polen dafür mit England schließt, bringt Polen keine Sicherheit. England will Deutschland die Flügel stutzen und nicht Polen retten. Großbritannien überläßt die Republik Polen – als es ernst wird – faktisch erst den Deutschen und dann der Sowjetunion. Nach knapp zwei Jahrzehnten neuer Souveränität steht Polen im August 1939 auf dem Scherbenhaufen seiner Außenpolitik, drei Wochen später ist es selbst ein Scherbenhaufen.

---

[135] Vertrag über die Ächtung des Krieges vom 27. August 1928, der sog. Kellog-Pakt oder Pakt von Paris

Hitlers Polen-Pläne

Zu Hitlers Absichten in Bezug auf Polen gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Ein Teil der Historiker ist der Meinung, daß Hitler Polen schon sehr früh als erste Stufe seiner Welteroberungspläne angesehen habe. Ein anderer Teil vertritt die Meinung, daß Hitler solch weitreichende Pläne nicht gehabt habe und neigt der Auffassung zu, daß Polen seine Chance hatte, als Mittelmacht neben Deutschland zu bestehen. Hitler – so diese Schule – sei erst sehr spät zu dem Entschluß gekommen, Polen zu erobern.

Wenn man davon ausgeht, daß Hitler seine Umgebung oft getäuscht hat, daß er in aller Regel für sich behalten hat, was er gedacht hat und gewollt, ist die Wahrheit hierzu ohnehin kaum zu ergründen. Wenn man im Gegensatz dazu der Auffassung zuneigt, daß er sich teils offen und teils täuschend zu dem geäußert hat, was seine Absicht war, ist die Suche nach seinen Polen-Plänen leichter. Hier sei der zweite Weg versucht.

Hitler drückt sich in seinem Buch „Mein Kampf noch recht knapp und vage zur Polen-Frage aus. Es sind nur zwei Passagen, die er diesem Thema widmet.

Hitler kritisiert in seinem Buch lediglich die früheren Eindeutschungsversuche der Österreicher und der Preußen gegenüber ihren polnischen Minderheiten mit dem Bestreben, den Polen Deutsch als Sprache aufzudrängen. Er beschreibt, daß die „Germanisation“ nur dort von Dauer war, wo das betroffene Land nach der Eroberung von deutschen Bauern besiedelt worden ist.[136] Dieser Text in „Mein Kampf ist eine allein auf die Vergangenheit bezogene Betrachtung. Es fehlt jeder Hinweis auf eine von ihm anvisierte Revision der Grenzen oder gar auf eine spätere Eroberung des Nachbarlandes Polen. „Mein Kampf kann nicht als Beweis für eine frühe Absicht Hitlers dienen, sich später an Polen zu vergreifen.

Hitler legt im Jahre 1923 – damals erst 34 Jahre alt – in seinem Buche dar, was ihn zu der Zeit bewegt. Dabei spielt seine stark empfundene nationale Identität eine große und für ihn richtungweisende Rolle. Hitlers Nationalbewußtsein hat sich im Vielvölkerstaat des alten Habsburg herausgebildet, in dem die Deutschen inzwischen zur 23-Prozent-Minderheit neben einer ansonsten slawischen und ungarischen Mehrheit geworden waren. Seine Vorstellungen drehen sich im Buch „Mein Kampf als Folge dessen immer und immer wieder um das Überleben des Deutschtums in dieser inzwischen slawisch majorisierten Umwelt. So sieht Adolf Hitler 1923 die Weltpolitik als Kampf der Völker um ihren Platz auf Erden. Das Erleben, Minderheit im eigenen Land zu sein, hat in Hitler offensichtlich eine Animosität gegen alle Slawen hinterlassen, gleich ob es Polen, Tschechen oder Russen sind. Selbst das läßt nicht den Rückschluß zu, daß Hitler beim Schreiben seines Buches schon an Krieg mit Polen denkt.

---

[136] Hitler, Seiten 297f und 429 f

10 Jahre nach „Mein Kampf wird Hitler Kanzler. Sein erster Auftritt vor den Befehlshabern der Reichswehr am 3. Februar 1933 – vier Tage nachdem er selbst ins Amt gekommen – spiegelt die beschriebene Grundeinstellung wieder. Der frischgebackene Reichskanzler Hitler spricht hier vor den Spitzengeneralen und stellt ihnen dabei erstmals sein Programm in großen Zügen vor: den Kampf gegen Versailles, den Wiederaufbau einer Wehrmacht und die Förderung der deutschen Wirtschaft und des Außenhandels. Zu letzterem Thema führt er aus, daß

> *„vielleicht neue Exportmöglichkeiten erkämpft werden müßten oder vielleicht – und das wäre wohl besser – neuer Lebensraum im Osten erobert und rücksichtslos germanisiert werden müßte“.*[137]

Bei diesem Hinweis denkt man heute unwillkürlich an die spätere Eroberung des Staates Polen. Doch in der zitierten Rede wird Polen nicht erwähnt. So bleibt offen, ob Hitler im Februar 1933 schon an Polen denkt. Für die anwesenden Generale sind Hitlers Ausführungen zu Versailles eine Selbstverständlichkeit gewesen. Die Beteuerungen zum Wiederaufbau einer Wehrmacht haben sie sicherlich mit Erleichterung vernommen. Schon die zwei Regierungschefs vor Hitler hatten ja damit beginnen wollen. Die Überlegungen des neuen Kanzlers zum Lebensraum Osten sind den Generalen angesichts der realen Verhältnisse im Jahre 1933 wahrscheinlich eher als ein unausgegorenes Fabulieren denn als eine ernstzunehmende Absichtserklärung vorgekommen. Die Sorge der Generalität ist zu der Zeit die Verteidigungsfähigkeit des Reichs gewesen und nicht mehr. Dennoch, Hitler spricht hier von Lebensraum im Osten, aber Polen wird dabei nicht genannt.

Als nächstes hätte man erwarten können, daß Hitler die Polenpolitik all' seiner Vorgänger seit 1918 fortsetzt und eine harte Linie gegenüber Warschau fährt. Das um so mehr, als Polen Hitlers Amtsantritt mit der Provokation der Truppenanlandung auf der Danziger Westerplatte und mit dem Versuch begleitet, Frankreich zu einem Angriffskrieg gegen Deutschland zu bewegen. Hitler erfährt von Polens Kriegsabsichten im April 1933.[138] Nun ist erstaunlich, wie er reagiert. Hitler sucht, statt mit gleicher Münze heimzuzahlen, Friede mit den Polen. Im Januar 1934 wird auf deutschen Vorschlag hin ein Deutsch-Polnischer Nichtangriffspakt geschlossen.[139] Im Vertrag wird zwar auf Krieg als Mittel der Auseinandersetzungen verzichtet, aber Deutschland hält sich spätere Verhandlungslösungen für eigene territoriale Forderungen offen.

Nach Marschall Piłsudskis fehlgeschlagenen Versuchen, Frankreich zu einem Krieg gegen Deutschland zu animieren, lenkt auch Polen ein. Die zwei Diktatoren Hitler und Piłsudski entdecken einen teilweisen Gleichlauf der Interessen, der dann für die kommenden fünf Jahre zu einer Beruhigung der deutsch-polnischen Beziehungen führt. Die Regime Polens und des Deutschen Reichs sind sich zu

---

[137] Jacobsen, Seite 81
[138] Roos, Präventivkriegspläne, Seite 361
[139] Deutsch-Polnisches Nichtangriffsabkommen vom 26. Januar 1934

der Zeit in ihrer nationalen Selbstbezogenheit, in ihren autoritären Herrschaftsformen, in ihrer Ablehnung des Parlamentarismus, in ihrem Antikommunismus und bedauerlicherweise auch in ihrem Antisemitismus ziemlich nahe. Hitler und Piłsudski sehen im Bolschewismus eine drängende Gefahr für Deutschland, für Polen und letztlich für ganz Europa. Beide haben ein Interesse, den Teil der Ukraine, der östlich der polnischen Grenze liegt, aus der Sowjetunion zu lösen.[140] Piłsudski denkt dabei an eine Föderation seines Landes mit einer Gesamt-Ukraine unter der Oberherrschaft Polens. Hitler bewegt ein Fernziel, das er für eine spätere Zeit im Auge hat, in der Deutschland die Schäden von Versailles überwunden haben wird. Es ist der Ausgleich für die 1918 verlorenen Kolonien durch eine neue Kolonie in der Ukraine. So kommt es 1933 und 1934 zu ein paar vorsichtigen und unverbindlichen Sondierungen zwischen Warschau und Berlin über eine Möglichkeit, gemeinsam in der Ukraine vorzugehen, aber nicht zu mehr.[141]

Hitlers Verhalten gegenüber Polen von 1933 bis 1939 stellt eine Wende der deutschen Außenpolitik nach Osten dar. Die Regierungen vor 1933 hatten stets gefordert, die deutschen Ostgrenzen zu Lasten Polens zu verändern. Das schloß die Möglichkeit der Korrekturen in Westpreußen-Pomerellen und Ost-Oberschlesien ein. Ein Hebel dieser Politik ist vor 1933 die Annäherung Deutschlands und der Sowjetunion gewesen. Hitler dagegen sucht Annäherung an Polen und Abstand zur Sowjetunion. Auch Adolf Hitler will die Revision der Grenzen, doch er beschneidet Deutschlands Forderungen von vornherein auf ein – wie er glaubt – für Polen akzeptables Minimum: die Rückkehr der Stadt Danzig, die ohnehin nicht Teil des Staates Polen ist, und exterritoriale Verkehrswege durch den Korridor. Hitler hofft, die Polen mit langem Atem zu Zugeständnissen in der Danzig-Korridor-Frage zu bewegen, wenn er ihnen für ihre eigenen Ambitionen freie Hand in Osteuropa gibt. Hitlers Rechenfehler dabei ist zu glauben, daß die Polen den Verzicht auf das ehemals deutsche Westpreußen und auf eine Grenzkorrektur in Oberschlesien für ein Entgegenkommen halten. Was ein fairer Kompromiß in Hitlers Augen ist, empfinden die Polen als einen Angriff auf ihre Souveränität, ihre territoriale Unverletzbarkeit und ihre nationale Würde. Hitler verliert seine Illusionen erst, als Warschau nach seiner Zustimmung zur polnischen Annexion von Oderberg und Teschen 1939 nicht einmal den Anschein eines Entgegenkommens für Deutschlands Danzig-Wünsche zeigt. Das ist dann auch der Zeitpunkt, ab dem Hitler in Bezug auf Danzig und den Korridor wieder auf die Karte Moskaus setzt.

Nach Abschluß des Deutsch-Polnischen Freundschafts- und Nichtangriffsvertrages im Januar 1934 folgen fünf Jahre der deutsch-polnischen Verständigung und Ruhe, auch wenn das Los der deutschen Minderheit in Polen als Schwelbrand zwischen beiden Völkern weiterglimmt. Hinweise auf eine Änderung von Hitlers

---

[140] Jacobsen, Seite 82. Die Ukraine-Interessen werden bei Jacobsen durch einseitige Auswahl von Dokumenten fälschlicherweise als ein allein deutsches Anliegen dargestellt.
[141] Benoist-Méchin, Band 7, Seiten 179f

Polenpolitik finden sich erst wieder in den Reden, die der „Führer“ geheim und vor geschlossenem Kreise vor den Spitzengeneralen der Wehrmacht hält. Am 5. November 1937 spricht Hitler erstmals vor der Generalität und vor seinem Außenminister von Neurath über Krieg und über seine Pläne, Österreich Deutschland anzugliedern und die Tschechei zu annektieren.[142] Polen findet dabei allerdings nur als Randproblem Erwähnung. Hitler drückt in der Rede zweimal die Hoffnung und Erwartung aus, daß Polen sich bei Kriegen Deutschlands mit dritten Staaten neutral verhält. Kein Hinweis also auf irgendwelche Absichten des Kanzlers, irgendwann einmal auch gegen Polen vorzugehen. Am gleichen Tag, dem 5. November 1937, schließen Deutschland und Polen ein neues Minderheitenschutzabkommen. Auch das kann man kaum als Hinweis auf Hitlers spätere Absichten gegen Polen werten.

Zwei Wochen nach der Generalsbesprechung kommen Österreich, die Tschechoslowakei und Danzig noch einmal kurz zur Sprache. Am 19. November besucht der englische Abgeordnete und spätere Außenminister Lord Halifax in Abstimmung mit Premier Chamberlain und Außenminister Eden Hitler auf dem Obersalzberg. Er soll sondieren, welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit es zwischen dem Deutschen Reich und England gibt. Im Verlaufe des Gesprächs mit Hitler spricht Halifax über eine

> *„Änderung der europäischen Ordnung, die wahrscheinlich früher oder später eintreten wird. Zu diesen Fragen gehöre Danzig und Österreich und die Tschechoslowakei. England sei nur daran interessiert, daß diese Änderungen im Wege friedlicher Entwicklungen zustande gebracht würden...“* [143]

Dies Gespräch muß Hitler glauben machen, daß ihm England später bei Verhandlungen mit Polen um den Anschluß Danzigs keine Schwierigkeiten machen wird.

Nach der Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 führen Hitler und sein Außenminister von Neurath am 24. April ein Gespräch, bei dem der Diktator äußert, „er glaube, auf der Höhe seiner außenpolitischen Erfolge zu stehen. Man dürfe“, so ist Hitler überliefert „den Bogen nicht überspannen.“[144] Hitler rechnet zu der Zeit offensichtlich nicht damit, daß er in naher Zukunft die noch offene Danzig-Frage nicht so wird lösen können, wie das Rheinland-Problem 1936 und die Österreich-Frage kurz zuvor. Es sieht so aus, als habe Hitler sich Illusionen hingegeben, er könnte sich mit Polen bei gehörigem Entgegenkommen gütlich einigen. Dieser Eindruck kommt auch auf, wenn man in der gerade erwähnten Rede vom November 1937 liest, daß Hitler einen Krieg mit England und Frankreich in den Jahren 1943 bis 1945 kommen sieht. Polen ist für Hit-

---

[142] Rede vom 5. November 1937 im sog. Hoßbach-Protokoll wiedergegeben.
[143] ADAP, Serie D, Band I, Anlage zu Dokument 31
[144] v. Weizsäcker-Papiere, Seite 126

ler in den Jahren 1937 und 1938 offensichtlich noch immer der unsichere Kantonist, den er lieber an sich und Deutschland binden würde, als mit ihm Krieg zu führen.

Diese Haltung bleibt offenkundig bis zur Sudetenkrise unverändert. Am 26. September 1938 verkündet Hitler im Berliner Sportpalast vor großem Publikum:

> *„Wir sehen ein, daß hier zwei Völker sind, die nebeneinander leben müssen und von denen keines das andere beseitigen kann. Ein Staat von 33 Millionen Menschen wird immer nach einem Zugang zum Meer streben. Es muß daher ein Weg der Verständigung gefunden werden.“* [145]

Im September 1938 kommt es in Folge der Teschen-Frage zur Annäherung zwischen Warschau und Berlin. Hitler hofft nun auf Dank für die Unterstützung in Bezug auf Teschen und auf Kompensation für das Zugeständnis, die überwiegend deutsche Stadt Oderberg an Polen anzugliedern. Hitler, der sonst einen Instinkt für Chancen hat, versäumt es, die Warschauer Regierung bei dieser günstigen Gelegenheit auf eine Danzig-Lösung festzulegen. Er verläßt sich statt dessen mit unangebrachter Zuversicht auf den inzwischen positiven Stand der deutsch-polnischen Beziehungen und läßt ein paar Wochen ungenutzt verstreichen. Hitler und von Ribbentrop bitten die polnische Regierung erst vortastend und dann direkt und später drängend am 24. Oktober und 19. November 1938, am 5., am 25. und 26. Januar 1939 und schließlich am 21. März und am 28. April, das noch offene Danzig-Problem und die exterritorialen Transitverbindungen durch den Korridor auf dem Verhandlungsweg zu lösen und zu regeln. Der erste Vorschlag von Ribbentrops an Lipski vom 24. Oktober 1938 ist bei der Schilderung der polnischen Bündnispolitik an früherer Stelle dieses Buches bereits im Volltext dargestellt.[146]

Schon bei den ersten zwei Gesprächen, am 24. Oktober und am 19. November läßt Lipski von Ribbentrop wissen, daß Beck in Bezug auf Danzig innenpolitisch keinen Spielraum hat. Am 19. November weist Beck die deutschen Danzig-Wünsche höflich doch verbindlich ab. Hitler läßt nun eine Lösung ohne Polens Segen vorbereiten. Am 24. November gibt der „Führer“ dem Heer die Weisung, Vorbereitungen für eine handstreichartige Besetzung Danzigs aus Ostpreußen heraus zu treffen.[147] Der Weg aus Ostpreußen vermeidet, daß deutsche Truppen polnisches Territorium betreten müssen. Hitler ergänzt seine Weisung gegenüber dem Oberbefehlshaber des Heeres Generaloberst von Brauchitsch durch eine mündliche Erläuterung in der er sagt:

> *„Auf jeden Fall habe ich die Absicht, diese Maßnahme nur dann zu ergreifen, wenn Lipski durchblicken läßt, daß die polnische Regierung eine freiwillige Abgabe Danzigs ihrem Volk gegenüber nicht vertreten will und*

[145] Domarus, Band I, Seite 925
[146] ADAP, Serie D, Band V, Dokument 81
[147] Weisung vom 24. November 1938, IMT-Dokumente, Band XXXIV

> *ihr die Lage durch einen von Deutschland geschaffenen „fait accompli“* [148] *erleichtern würde.“* [149]

Hitler hofft demnach im November 1938 noch immer auf eine Lösung, bei der er den Konflikt begrenzen kann. Ein Krieg mit Polen liegt zu der Zeit offensichtlich nicht in seiner Absicht. Zu wertvoll ist ihm ein intaktes Polen als Puffer zwischen Deutschland und der Sowjetunion.

Auch zu Beginn des Jahres 1939 herrscht der Anschein, als könne es noch eine Lösung im Sinne der deutschen Wünsche geben. Der französische Botschafter in Berlin François-Poncet berichtet, wie er den Stand der Dinge im Januar 1939 sieht:

> *„Hitler regte an, einen exterritorialen Durchgang mit Autobahn und Eisenbahnlinie durch den Korridor zu legen, so daß Ostpreußen eine direkte Verbindung mit dem Reich hatte. Oberst Beck hatte erklärt, daß ihm eine derartige Lösung annehmbar erschiene.“* [150]

Auch der Besuch von Ribbentrops am 26. Januar in Warschau wird noch mit einem gemeinsamen Schlußkommunique beendet, das den Anschein gibt, daß die Tür zu einer deutsch-polnischen Verhandlungslösung für Danzig weiter offenstünde. Hitler nimmt aus seiner Sicht der Dinge an, daß er mit den zwei Minimalforderungen „Danzig und Verkehrsverbindungen“, mit dem Verzicht auf das früher überwiegend deutsche Pomerellen und auf Grenzkorrekturen in Oberschlesien den Polen so weit entgegenkommt, daß sie ihm die Hand auf Dauer nicht verweigern können. Er bietet als Gegenleistung außerdem die bereits erwähnte Garantie der Grenzen und die Verlängerung des Nichtangriffspakts für 25 Jahre. Hitler weiß auch, daß kein Nachkriegskanzler vor ihm so weit „Verzicht“ geleistet hat. Er fühlt sich in dieser Hinsicht und Polen gegenüber offenkundig als ein Mann des Friedens.

Doch dann kommt im März 1939 Hitlers Sündenfall mit der Tschechei. Die polnische Regierung nutzt blitzschnell die Gelegenheit, die Front zu wechseln und sich die Garantie der Briten und Franzosen gegen Deutschland einzuhandeln. Hitler sieht offenbar nicht ein, daß er es selbst gewesen ist, der Warschau hier die Tür zum Seitenwechsel aufgestoßen hat. Er ist enttäuscht und ändert schrittweise sein weiteres Vorgehen gegenüber Polen. Hitler stellt sich nun darauf ein, die Danzig-Frage wenn nicht auf dem Verhandlungswege, dann mit Gewalt zu lösen. Unklar dabei bleibt, ab wann Hitler wirklich Krieg mit Polen will, und ob er nicht doch bis zum Schluß auf ein Nachgeben der polnischen Regierung hofft.

Viele Historiker vertreten die Auffassung, daß Hitler den Krieg gegen Polen von Beginn seiner Regierungszeit an, spätestens aber seit Anfang 1939 mit Vorsatz angesteuert hat. Sie führen als Beweise an, daß er der Wehrmacht am 3. April

[148] Vollendete Tatsache
[149] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 185
[150] François-Poncet, Seite 192

1939 den Auftrag gegeben hat, einen Feldzugsplan gegen Polen zu entwerfen.[151] Und sie entnehmen Hitlers sogenannten Schlüsselreden vom 23. Mai und vom 22. August 1939, daß dies sein fester Wille war: Krieg und nicht nur Danzigs Heimkehr in das Reich. Gegen diese Meinung spricht eine ganze Menge.

Am 25. März 1939, als Lipski mit dem erneuten deutschen Verhandlungsangebot in Warschau weilt, als Polen sich das neue Schutzversprechen in England holt, als Hitler noch nicht weiß, daß die Tür zur deutsch-polnischen Verständigung über Danzig gerade zugeschlagen wird, an diesem 25. März gibt er dem Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, eine neue Weisung zum Verhalten gegenüber Polen, der Tschechei und der Slowakei.[152] Zu Polen ist dort nachzulesen:

„Danziger Frage: *Lipski kommt am Sonntag, dem 26. März, aus Warschau zurück. (Er) Hatte den Auftrag, dort anzufragen, ob Polen zu einem Arrangement bzgl. Danzig bereit sei. ... Führer will die Danziger Frage jedoch nicht gewaltsam lösen. (Er) Möchte Polen nicht dadurch in die Arme Englands treiben. ...*

Polnische Frage: *Vorläufig beabsichtigt Führer nicht, die polnische Frage zu lösen. Sie soll nun aber bearbeitet werden. ...*“

Im weiteren wird ausgeführt, daß ein späterer Angriff gegen Polen günstige politische Voraussetzungen haben müßte.

Vom gleichen Tag, dem 25. März 1939, gibt es in den Akten des deutschen Auswärtigen Amtes noch einen weiteren Vermerk, der zeigt, daß Hitler immer noch auf eine weiche Lösung setzt. Dort steht als „Weisung des Führers“ notiert:

> *„Führer will die Danziger Frage jedoch nicht gewaltsam lösen. Möchte Polen nicht dadurch in die Arme Englands treiben. Eine evtl. mil. Besetzung Danzigs käme nur dann in Betracht, wenn Lipski durchblicken läßt, daß die pol. Regierung eine freiwillige Abgabe Danzigs ihrem Volk gegenüber nicht vertreten könne, und ihr die Lösung durch einfait accompli erleichtern würde.“* [153]

Fast genauso hatte sich der Kanzler ein halbes Jahr zuvor gegenüber Generaloberst von Brauchitsch ausgedrückt.[154] Der Text der Hitler-Weisung vom 25. März 1939 und der Vermerk in den Akten des Auswärtigen Amtes lassen eher bezweifeln, daß Polens spätere Eroberung zu der Zeit schon das unbedingte Ziel des „Führers“ ist. Er zieht sie allerdings als Möglichkeit für den Fall einer auch damals nicht auszuschließenden massiven Provokation durch Polen durchaus in Betracht. Hitler hat Polens Kriegssondierungen in Frankreich von 1933 nicht vergessen.

---

[151] OKW, Weisung „Fall Weiß“ vom 3. April 1939, siehe dtv – Hitlers Weisungen, Seiten 19ff
[152] IMT-Dokumente Band XXXVIII, Seite 247 – Die Klammerergänzungen stammen vom Verfasser.
[153] ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 99
[154] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 185

Am 26. März erfährt Adolf Hitler vom Polnisch-Britischen Abkommen und von der polnischen Abfuhr in der Danzig-Frage. Wenn er nun Krieg um jeden Preis gewollt hätte, hätte er mit der nicht von Deutschland provozierten Teilmobilmachung der polnischen Armee am 23. März, mit dem gleichzeitig erfolgenden Aufmarsch von Truppen in Richtung Danzig und mit den sich seit Jahresbeginn mehrenden Übergriffen gegen Angehörige der deutschen Minderheit in Polen genug Gründe finden können, sich bei seiner nächsten Weisung an die Wehrmachtsführung auf einen Angriff gegen Polen festzulegen. Statt dessen gibt Hitler mit der Weisung vom 3. April 1939 für den „Fall Weiß" den Auftrag, die Bearbeitung eines Angriffsplans gegen Polen so vorzunehmen, daß der Angriff ab dem 1. September 1939 möglich ist. Er läßt offen, ob es dazu kommt. Vielmehr sagt Hitler dem Oberbefehlshaber des Heeres im Anschluß an die Erteilung dieser Weisung, er wünsche keinen Konflikt mit Polen und er habe auch kein Interesse daran, Polen zu schwächen und damit die Unabhängigkeitsbestrebungen der Ukrainer zu unterstützen.[155]

Der Text der Weisung ist in vielerlei Weise aufschlußreich:

> *„Weisung ‚Fall Weiß' 3. April 1939*
>
> *I. Die gegenwärtige Haltung Polens erfordert es, über die bearbeitete Grenzsicherung Ost hinaus die militärischen Vorbereitungen zu treffen, um notfalls jede Bedrohung von dieser Seite für alle Zukunft auszuschließen.*
>
> *1. Politische Voraussetzungen und Zielsetzung:*
> *Das deutsche Verhältnis zu Polen bleibt weiterhin von dem Grundsatz bestimmt, Störungen zu vermeiden. Sollte Polen seine bisher auf dem gleichen Grundsatz beruhende Politik gegenüber Deutschland umstellen und eine das Reich bedrohende Haltung einnehmen, so kann eine endgültige Abrechnung erforderlich werden. ... Die politische Führung sieht es als ihre Aufgabe an, Polen in diesem Fall womöglich zu isolieren, d. h., den Krieg auf Polen zu beschränken. ...*
>
> *2. Militärische Forderungen:*
> *Die großen Ziele im Aufbau der deutschen Wehrmacht bleiben weiterhin durch die Gegnerschaft der westlichen Demokratien bestimmt. Der „Fall Weiß" bildet lediglich eine vorsorgliche Ergänzung der Vorbereitungen, ist aber keineswegs als die Vorbedingung einer militärischen Auseinandersetzung mit den Westgegnern anzusehen.*
>
> *3. Aufgabe der Wehrmacht:*
> *Die Aufgabe der Wehrmacht ist es, die polnische Wehrmacht zu vernichten... "*[156]

Die Formulierungen zeigen, daß dies eine „Vorratsweisung" für den Fall ist, daß Polen auf eine Heimkehr Danzigs gegen seinen Willen mit einer Kriegserklärung

[155] Miksche, Seite 69
[156] dtv – Hitlers Weisungen, Seiten 19 ff

reagiert. Die Drohung dazu hat der polnische Botschafter Lipski ja gut eine Woche vorher vor dem deutschen Außenminister von Ribbentrop „von Amts wegen" ausgesprochen.

Angriffspläne und -befehle auf Vorrat sind in den 20er und 30er Jahren in Europa durchaus üblich, wie der berühmte Foch-Plan zum Angriff der Franzosen und der Polen gegen Deutschland demonstriert. Die Weisung für den Fall Weiß zeigt außerdem, daß Hitlers Vorstellungen über einen Einsatz der Wehrmacht auf lange Sicht nicht in Richtung Polen zeigen. Die Wehrmachtsrüstung ist nach wie vor auf die von Hitler „vorhergesehene" Auseinandersetzung mit den zwei Kolonialmächten im Westen ausgerichtet.

Nachdem Hitler die Weisung für den „Fall Weiß" gegeben hat, unterbreitet er der polnischen Regierung am 28. April 1939 immerhin noch ein weiteres Mal sein Angebot:

> *„1.Danzig kehrt als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurück.*
> *2. Deutschland erhält durch den Korridor eine Straße und eine Eisenbahnlinie zur eigenen Verfügung.*
> *Dafür ist Deutschland bereit:*
> *3. sämtliche wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig anzuerkennen;*
> *4. Polen in Danzig einen Freihafen beliebiger Größe und bei vollständig freiem Zugang sicherzustellen;*
> *5. damit die Grenzen zwischen Deutschland und Polen endgültig als gegeben hinzunehmen und zu akzeptieren und*
> *6. einen fünfundzwanzigjährigen Nichtangriffspakt mit Polen abzuschließen."* [157]

Auch dieses Angebot hilft Hitler keinen Meter weiter. Es folgt dann seine sogenannte Schlüsselrede vom 23. Mai vor den Oberbefehlshabern der Wehrmachtsteile.[158] Selbst diese oft als Beweis zitierte Ansprache vor den Generalen läßt nicht unbedingt darauf schließen, daß Hitler Ende Mai 1939 schon fest vorgesehen hat, im September über Polen herzufallen. Aus der Rede werden immer wieder Sätze wie

> *„Es entfällt also die Frage, Polen zu schonen, und bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen." Und*
> *„Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraums im Osten."*

als Beleg für Hitlers festen Angriffswillen gegenüber Polen herangezogen. Doch der Gesamtzusammenhang der Rede weist etwas anderes aus. Hitler hat die Oberbefehlshaber und Generalstabschefs der Wehrmachtsteile zu sich bestellt, um ihnen die Einrichtung eines unabhängigen Studienstabes beim Oberkom-

---

[157] Domarus, Band II Kurzfassung von Seite 1162
[158] Domarus, Band II, Seiten 1196 ff.

mando der Wehrmacht (OKW) anzukündigen. Er weiß, daß dieses neue Konkurrenzunternehmen bei den Generalstäben der Wehrmachtsteile auf wenig Gegenliebe stößt. Hitler erläutert die Notwendigkeit eines solchen Stabes deshalb mit den Erfordernissen der modernen Kriegführung in der Zukunft. Um das zu begründen, trägt er in dieser seine Gedanken über mögliche Kriege in Europa vor. Dabei geht es in erster Linie um Deutschlands Lage gegenüber den Kontrahenten England, Frankreich und Sowjetunion. Polen spielt in Hitlers Argumentation nur eine Rolle als Trabant der Briten im Rücken Deutschlands. Redepassagen wie:

> *„Der Pole ist kein zusätzlicher Feind. Polen wird immer auf der Seite unserer Gegner stehen“ und*
> *„Anzustreben bleibt, dem Gegner (gemeint ist hier England* [159]*) zu Beginn einen oder den vernichtenden Schlag beizubringen. ... Dies ist nur möglich, wenn man nicht durch Polen in einen Krieg mit England hineinschlittert.“*

weisen vielmehr daraufhin, daß Polen im Mai 1939 noch nicht im Mittelpunkt von Hitlers Überlegungen steht. Diese Sätze sind der Reflex auf den Seitenwechsel Polens zwei Monate vor dieser Rede. Die Ansprache vom 23. Mai ist aggressiv, doch sie befaßt sich mit einer späteren Auseinandersetzung mit England, wenn es einmal darum geht, eine der verlorenen Kolonien von den Briten zurückzufordern oder Ersatz dafür in der Ukraine. Das Anliegen dieser Rede ist der neue Studienstab beim OKW. Das Hauptthema zur Begründung dieses Stabes ist eine von Hitler befürchtete spätere Auseinandersetzung mit England. Polen ist trotz der drastischen Redewendungen nicht der Punkt, um den es dabei geht. Doch Polen steht nun – und das ist neu – auf Hitlers „Abschußliste“. Am Schluß der Rede sagt Hitler, daß die Wehrmacht 1943 bis 1944 für einen Krieg gerüstet sein muß. Von Polen und 1939 ist da keine Rede. Wenn die Mai-Ansprache in Bezug auf Polen eines zeigt, dann ist es Hitlers Einsicht, daß seine Politik der Zusammenarbeit gescheitert ist. Ab nun ist Polen für ihn kein potentieller Partner mehr, sondern potentieller Gegner.

Bis zum Sommer 1939 hat Hitler weder öffentlich noch auf diplomatischen Kanälen mit Krieg gedroht. Bis dato steht nur seine Forderung nach Verhandlungen um Danzig und die Verbindungen durch den Korridor im Raum.

Neben die Danzig-Frage schiebt sich 1939 noch ein ganz anderes deutsch-polnisches Problem, das in der deutschen Öffentlichkeit viel Zorn entfacht. Im ganzen Jahr verschlechtert sich die Lage der deutschen und der ukrainischen Minderheit in Polen, die auch schon vorher alles andere als zufriedenstellend war. Staatssekretär von Weizsäcker, damals Stellvertreter des Außenministers in Berlin, schreibt dazu:

[159] Anmerkung des Verfassers

„Unsere diplomatischen und Konsulatsberichte aus Polen zeigten, wie 1939 die Welle immer höher auflief und das ursprüngliche Problem, Danzig und Passage durch den Korridor, überdeckte.“ [160]

Im Sommer verschärfen sich die Spannungen zwischen dem Reich und Polen in immer höherem Tempo und weiterer Dramatik.[161] Es kommt zu einer Serie von Zwischenfällen und Schußwechseln an den Grenzen. Ausschreitungen gegen die Angehörigen der Minderheiten sind nun an der Tagesordnung. In Galizien läuft eine Verhaftungswelle gegen ukrainische Personen. „Illoyale und staatsfeindliche“ Deutsche werden zu Tausenden nach Innerpolen transportiert und in Lagern konzentriert. Polnische Betriebe entlassen massenweise Arbeiter mit deutscher Muttersprache. Junge Deutsche bekommen keine Arbeitsplätze. Eine große Zahl deutscher Firmen muß auf Anordnung der Behörden schließen. In vielen Städten boykottiert man deutsche Läden. Selbst polnische Soldaten ziehen als Boykottposten „unter Waffen“ vor den Geschäften auf. In Oberschlesien schließt Polen den kleinen Grenzverkehr und zehntausend deutsche Pendler sind von ihren Arbeitsplätzen abgeschnitten. Zu allem Überfluß beschießt polnische Schiffs- und Küstenartillerie in drei Fällen zivile Lufthansa-Passagiermaschinen über offener See. Dazu kommt die steigende Nervosität der Bevölkerung in Danzig. Die Demonstrationen der Danziger für ihre Wiedervereinigung mit Deutschland wollen nicht mehr enden. Im Juli und August setzt eine Flüchtlingswelle von „Volksdeutschen“ nach Deutschland ein, die sich, wie kurz vor dem Bau der Mauer 1961 in Berlin, von Tag zu Tag verstärkt. Am 17. August zählt man inzwischen über 76.000 Flüchtlinge an den polnisch-deutschen Grenzen und weitere 18.000 auf Danziger Gebiet. Die Lage kocht so hoch, daß die Danzig-Frage und das Problem der Minderheiten nicht weiter aufgeschoben werden können.

Auch in Polen ist man tief verärgert über Deutschland und den deutschsprachigen Bevölkerungsanteil im eigenen Land. Das Reich verkehrt immer öfter direkt mit den Danziger Behörden – statt wie es das Danzig-Statut verlangt – den diplomatischen Weg über das polnische Außenministerium in Warschau einzuhalten. Die deutsche Minderheit – genauso wie die ukrainische – beschuldigt man zudem, Polen gegenüber illoyal und Feind im eigenen Land zu sein.

Nach fünf Verhandlungsinitiativen von deutscher Seite im Herbst, Winter und Frühjahr 1938/39, die allesamt erfolglos bleiben, faßt Hitler offensichtlich im späten Frühjahr 1939 den Entschluß, das Bündel der deutsch-polnischen Probleme notfalls mit einem Krieg zu lösen. Ein Feldzug, das weiß Hitler, darf wegen des in Osteuropa üblichen Herbstwetters nicht zu spät im Jahr beginnen. Regen, Schlamm und Nebel behindern sonst die Bewegungen der Bodentruppen und schließen mit einiger Wahrscheinlichkeit den Einsatz der Luftstreitkräfte aus. So

[160] v. Weizsäcker Erinnerungen, Seite 242

[161] Das Folgende ist dem Stader Tageblatt Juli-August 1939 entnommen und den Dokumenten zur Vorgeschichte des Krieges aus AA 1939 Nr. 2, Dokumente 349 bis 437

visiert Hitler, wenn er von der Möglichkeit des Krieges spricht, auch stets das Ende des Augusts oder den Anfang des Septembers an. Am 12. August kündigt Hitler dem italienischen Außenminister Graf Ciano an, Polen nach der nächsten Provokation anzugreifen. Als Ciano nachfragt, ist Hitlers Antwort: „Ende August“[162] Was ihm bis in den August hinein noch hindert, ist der Versuch der Briten und Franzosen, die Sowjets in ein Bündnis gegen Deutschland zu verpflichten. Mit der Sowjetunion im Gegenlager hätte Hitler den Schlag gegen Polen nach eigenem Bekunden nicht gewagt.[163] Doch als die Sowjets etwa um den 20. August herum zur deutschen Seite einschwenken, und als es Hitler und von Ribbentrop gelingt, am 23. August einen Nichtangriffspakt mit Stalin und Molotow zu schließen, steht für Hitler auch das Datum eines Angriffs gegen Polen für den Fall fest, daß Warschau in der Danzig-Frage unnachgiebig bleibt.

Am 22. August 1939 versammelt er die Heeresgruppen- und Armeebefehlshaber der drei Wehrmachtsteile auf dem Obersalzberg und verkündet seine Absicht. Die Ansprache, die er zu dieser Gelegenheit hält, ist seine schon erwähnte dritte sogenannte Schlüsselrede. Er sagt dem Sinne nach, er habe ursprünglich zuerst mit einem Krieg gegen die Westmächte gerechnet. Nun aber „müsse er sich zuerst Polen zuwenden“. Wörtlich ist aus der Rede überliefert:

> *„Das Verhältnis zu Polen ist untragbar geworden. Meine Vorschläge an Polen zu Danzig und zum Korridor wurden durch das Eingreifen Englands gestört. Polen änderte seinen Ton uns gegenüber. Der Spannungszustand ist auf die Dauer unerträglich. ... Jetzt ist der Zeitpunkt günstiger als in zwei oder drei Jahren.“* [164]

Hitler erwähnt auch, daß er den Entschluß zum Angriff schon im Frühjahr 1939 gefaßt habe. Wenn er hier die Wahrheit sagt, ist das die Zeit nach Polens Schwenk ins Lager der Briten und Franzosen.

In den letzten Tagen vor dem Kriegsbeginn wird Hitler immer wieder schwankend. Er bekundet mal, daß er nun auf Krieg setzt, mal daß er immer noch auf das Einlenken der polnischen Regierung hofft. So vertraut er am Vormittag des 24. August Staatssekretär von Weizsäcker unter vier Augen an, daß er glaubt, England werde Polen doch noch fallen lassen und Warschau werde zugestehen, was er verlangt.[165] Nach dem Wechsel der Sowjets auf die deutsche Seite ist diese Hoffnung auch nicht mehr ganz unberechtigt.

Hitler ist auf Erfolg versessen und offensichtlich nicht unbedingt auf Krieg. Ein Erfolg wäre es in seinen Augen auch gewesen, die Danzig-Frage und das Transitproblem mit dem Schachzug des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspakts und durch die Drohung mit dem Aufmarsch von 52 Heeresdivisionen allein zu

---

[162] Domarus, Band II, Seite 1226
[163] v. Weizsäcker-Papiere, Seite 181
[164] Jacobsen, Seite 99
[165] v. Weizsäcker Erinnerungen, Seite 253

lösen, ohne Krieg zu fuhren. Diese Lösung hätte die Serie seiner bisherigen Erfolge in einer für ihn innenpolitisch vorteilhaften Weise fortgesetzt. Adolf Hitler hat sich bis zu diesem Zeitpunkt wiederholte Male selbst gerühmt, die Besetzung des Rheinlands, die Heimkehr der Sudetenlande, Österreichs und des Memelgebiets und sogar die Annexion der Rest-Tschechei ohne Krieg und Blutvergießen durchgesetzt zu haben.

Selbst in den letzten vier Tagen, bevor die Wehrmacht zum Angriff gegen Polen antritt, zieht Hitler sein Angebot „Danzig gegen Frieden" nicht zurück. Zunächst ist es noch das alte Angebot, Danzig und Transitwege gegen die Anerkennung der polnischen Gebietsgewinne von 1920 bis 1923 zu Lasten Deutschlands. Am 30. August erhöht Hitler den Preis für Polen. In dem schon erwähnten letzten Angebot, das der polnische Vertreter nicht mehr entgegennimmt, verlangt Hitler außer Danzig und den Transitwegen eine Volksabstimmung in Westpreußen-Pomerellen. Die Mehrheit der dortigen Bevölkerung soll nach Hitlers neuem Vorschlag den Ausschlag geben, ob das Gebiet zurück zu Deutschland kommt oder ob es polnisch bleibt. Auch dieser Vorschlag in Anlehnung an die inzwischen international anerkannte Regel des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist noch moderat. Zum Schluß drängt Hitler, daß Polen gibt, was es ein Jahr lang nicht verhandeln wollte. Hitler will Danzig oder Krieg und Polen wählt den Krieg.

Nach dem Krieg ist argumentiert worden, Hitler habe sein letztes Verhandlungsangebot mit der Forderung nach einer Volksabstimmung in Westpreußen-Pomerellen nur als Vortäuschung einer nicht vorhandenen Absicht unterbreitet. Er habe in den letzten Tagen vor dem Krieg nicht mehr ernstlich nach einer friedlichen Konfliktlösung gesucht, sondern Krieg mit Polen um jeden Preis gewollt. Der letzte Kompromißvorschlag an Polen macht diese Annahme ziemlich unwahrscheinlich. Wenn Hitler Krieg um jeden Preis hätte haben wollen, hätte er die Forderungen an Polen so hoch geschraubt, daß auch England den Polen nicht mehr zum Verhandeln hätte raten können. Er hätte vor allem nicht bis zum Nachmittag vor Kriegsausbruch deutsch-polnische und deutsch-englische Verhandlungen führen lassen.

Auch aus der Zeit des Feldzugs gegen Polen gibt es einen Hinweis, daß Hitler zwar den Krieg mit hohem Risiko in Kauf genommen, doch nicht sicher eingerechnet hatte. Oberstleutnant von Vormann, Heeresverbindungsoffizier im Gefolge Hitlers, schildert dessen allabendliche Monologe, in denen er in kleinem Kreis versucht, sich selbst Klarheit über seine nächsten Schritte zu verschaffen. Von Vormann berichtet aus der Zeit in Polen:

> *„Über die zukünftige Gestaltung des polnischen Staates sprach Hitler oft viele Stunden lang. Er war sich keineswegs selbst klar, was er eigentlich wollte. Er rang sich auch zu keinem Entschluß durch."* [166]

[166] v. Vormann, Seite 14

Hitlers Ratlosigkeit zu dieser Zeit läßt darauf schließen, daß er Polen im Herbst 1939 eigentlich noch nicht auf seiner Rechnung hatte. Anderenfalls hätten er und seine Berater längst ein Konzept für ein besiegtes Polen parat gehabt.

Die Abfolge der Hitlerschen Handlungen und Reaktionen im letzten Jahr vor Kriegsbeginn läßt – trotz aller seiner kriegerischen Redensarten – darauf schließen, daß der Diktator erst nach dem Scheitern einer „kleinen Danzig-Lösung" zur „großen Polen-Lösung" greift. Der lange Weg vom Verhandlungsvorschlag über die Vorbereitung eines Danzig-Handstreichs, über weitere Verhandlungsvorschläge, über die Vorbereitung eines Eventualplans für den Krieg gegen Polen, über drängende Forderungen an die polnische Regierung, über die Bitte an England, in der Danzig- und Transitfrage zu helfen, bis zum Angriff gegen Polen läßt nicht den Schluß zu, daß Hitler Polen von Beginn an erobern und zerstückeln wollte.

Adolf Hitler hat sich die Chancen, Danzig diplomatisch heimzuholen, selbst verdorben, als er gegen sein Versprechen im Frühjahr 1939 die Rest-Tschechei besetzen läßt und zum Protektorat erklärt. Er hat sich diesen strategischen, politischen und moralischen Fehler offensichtlich nie selber eingestanden. Er betrachtet sich vielmehr als Opfer der Infamie der Polen, die sie sich erst Oderberg und Teschen nehmen und dann, statt etwas dafür zurückzugeben, zum Gegner überlaufen. Hitler hätte die Danzig-Frage und das Transitproblem ohne jenen kapitalen Tschechei-Fehler und mit mehr Geduld sicherlich auch ohne Krieg zum Erfolg geführt, weil Polens Positionen in dieser Sache historisch, ethnographisch und völkerrechtlich auf sehr schwachen Füßen stehen. Hitlers Haltung gegenüber Polen hätte nicht notwendigerweise zum Krieg mit Polen führen müssen. Doch zum Schluß ist es offensichtlich nicht mehr in erster Linie die Danzig-Frage, die Hitler zur falschen Eile treibt. Es ist der Überdruck in Polens Minderheiten-Kessel, der die Dinge eskalieren läßt. Der Sommer 1939 hat insofern große Ähnlichkeit mit dem Frühjahr 1999. Die Behandlung der Deutschen und Ukrainer im Vielvölkerstaat Polen wühlt die Gemüter in Deutschland 1939 genauso auf, wie 60 Jahre später die Repressionen der Serben gegen die Albaner im Vielvölkerstaat Jugoslawien die Menschen in Europa zur Empörung bringen. Die Verschärfung der Lage der deutschen Minderheit und die Weigerung der Polen, weiter über Danzig zu verhandeln, treibt Hitler im August 1939 zur falschen und fatalen Lösung. Er löst den Zweiten Weltkrieg aus.

Roosevelts Rolle im Streit um Danzig

Zum Jahreswechsel 1938 auf 1939 laufen nach wie vor die deutsch-polnischen Gespräche. Sowohl Franzosen als auch Briten zeigen zu der Zeit so gut wie keine Neigung, zum Nutzen Polens und zum Schaden Deutschlands einen nächsten Krieg zu führen. Zum einen sind sie gerade erst erleichtert, den deutsch-tsche-

chischen Streit um die Sudeten friedlich beigelegt zu haben. Zum anderen haben sich die Polen im Oktober 1938 gegen den erklärten Willen der Briten und Franzosen an der Tschechoslowakei vergriffen und sich das Westteschener Industriegebiet genommen. Ganz im Gegensatz zu dieser Stimmung entsteht der Eindruck, Roosevelt sei daran gelegen, Europa trotz der gerade erst getroffenen Sudetenregelung doch noch in den Krieg zu treiben.

William Bullitt, Roosevelts Botschafter und persönlicher Vertrauter in Paris, vermittelt diesen Eindruck, als er Professor Burckhardt, dem Hochkommissar des Völkerbunds für Danzig, am 2. Dezember 1938 seine Einschätzung der Weiterentwicklung der Danzig-Affäre auseinandersetzt. Burckhardt hat das Gespräch in seinem Tagebuch notiert:

> *„Er erklärte mir mit merkwürdiger Genugtuung, die Polen seien bereit, wegen Danzig Krieg zu führen. ... Im April wird der neue Krieg ausbrechen. Niemals seit der Torpedierung der Lusitania*[167] *bestand in Amerika ein solch religiöser Haß gegen Deutschland wie heute. Chamberlain und Daladier werden durch die öffentliche Meinung weggeblasen werden. Es handelt sich um einen heiligen Krieg. ..“* [168]

Hinter Bullitts Worten stehen Taten. Am 4. Januar 1939 läßt Roosevelt die gesamte US-Flotte vom Pazifik durch den Panama-Kanal auf die Atlantikseite zu Manövern in die Karibik laufen. Am gleichen Tage beantragt er weitere 1,3 Milliarden Dollar für die Rüstung im Kongreß und – was zu der Zeit ein deutliches Signal ist – er fordert die Kongreßmitglieder auf, die amerikanischen Neutralitätsgesetze aufzuheben oder sie zu lockern.[169] Das letztere wird ihm verweigert. Die Rüstungsgelder, die Flotte am Zugang zum Atlantik und der Versuch, die Fesseln der Neutralitätsgesetze abzustreifen sind drei Signale an Deutschland, Polen, Großbritannien und Frankreich. Roosevelt läßt keinen Zweifel daran offen, daß er gewillt ist, eine weitere Demontage der Versailler Nachkriegsordnung zu verhindern, daß er den Anschluß Danzigs an das Deutsche Reich missbilligt, und daß er bei einem Krieg um Danzig gegen Deutschland eingreift.

Die drei Drohgebärden vom 4. Januar 1939 sind sicherlich nicht ohne Einfluß auf die laufenden deutsch-polnischen Gespräche, die am 5. Januar in ihre dritte Runde gehen sollen. Noch im Oktober 1938 hatten sich die Polen ja West-Teschen mit Hitlers Billigung genommen. Der konnte daraufhin erst einmal mit einem gewissen Entgegenkommen der polnischen Regierung in der Danzig-Frage rechnen. Die ersten deutsch-polnischen Verhandlungen im Oktober und November 1938 sind, wie bereits berichtet, zwar ergebnislos verlaufen, doch der Verhandlungsweg steht weiter offen. Am Tage vor dem dritten deutschen Anlauf, die Probleme um Danzig und den Korridor zu regeln, an jenem 4. Januar zeigt

---

[167] Die Torpedierung der Lusitania, die außer Passagieren Munition für England an Bord hat, durch ein deutsches U-Boot trägt 1917 zur amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland bei.
[168] Burckhardt, Seite 225
[169] Bavendamm, Roosevelts Krieg, Seite 375

Roosevelt den Polen, daß Deutschland einen mächtigen Gegner zu erwarten hat. Im Februar 1939 gelingt es Roosevelt auch noch, die laufenden deutsch-englischen Verhandlungen über einen Handelsvertrag durch ein eigenes Angebot zu unterlaufen, das einen deutsch-britischen Vertrag ausschließt. Der amerikanische Präsident hat damit sowohl eine Annäherung zwischen London und Berlin behindert als auch der deutschen Wirtschaft Schaden zugefugt. Roosevelts massives und eindeutiges Auftreten rund um den Jahreswechsel von 1938 auf 1939 verfehlt die Wirkung nicht, die es auf die Standfestigkeit der Polen gegenüber Deutschland und die es auf den Mut der Briten gegenüber Deutschland haben soll.

Am 15. März folgt der Einmarsch deutscher Truppen in die Rest-Tschechei und damit Hitlers erster klarer Bruch des Friedens. Von nun an zieht Roosevelt sein Netz um Deutschland enger. Der erste seiner vielen Schritte, die Erhöhung aller Zölle gegen Waren aus dem Deutschen Reich, ist schon erwähnt. Am 19. bittet das englische Außenministerium das amerikanische, die Flottenzusammenarbeit beider Länder fortzusetzen und die US-Navy nach Hawaii in den Pazifik zu verlegen. Am 23. sagt Roosevelt beides zu und macht damit die englische Pazifik-Flotte für den Einsatz im Mittelmeer und im Atlantik frei. Als weiteren Schritt läßt der Präsident am 20. einen Gesetzentwurf zur Revision der Neutralitätsgesetze in den Kongreß einbringen. Am gleichen Tag geht Englands erstes Angebot an Polen, die Garantie für dessen Sicherheit zu übernehmen. Als die Verhandlungen zur Art der Garantie ins Stocken kommen, nimmt Roosevelt auf Chamberlains Entschlüsse Einfluß. Am 26. schickt der Präsident den amerikanischen Botschafter Kennedy nach London zu Chamberlain und läßt den auf die Gefahr hinweisen, die eine unzureichende Garantie der Briten für die Polen und den Frieden haben würde.[170] Roosevelt, den sein Kongreß noch immer hindert, direkt einzugreifen, schickt hier Chamberlain und England vor. Der englische Premier versichert dem amerikanischen Botschafter, daß England auf der Seite Polens stehen und es verteidigen werde, sollte Hitler wegen Danzig einen Krieg vom Zaune brechen. Fünf Tage später, am 31. März spricht Chamberlain die Garantie für Polen aus.

Als Beobachter der Szene von der anderen Seite des Atlantiks berichtet der deutsche Geschäftsträger an der Botschaft in Washington Hans Thomsen am 27. März an Minister von Ribbentrop in Berlin:

> *„Die Kundgebungen und Maßnahmen der amerikanischen Regierung in den letzten Wochen lassen immer deutlicher erkennen, daß der Führungsanspruch des Präsidenten Roosevelt in weltpolitischen Angelegenheiten in das Ziel einmündet, das nationalsozialistische Deutschland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu vernichten. ... Roosevelt ist in seinem Innersten davon überzeugt, daß Deutschland der Feind ist, der vernichtet werden muß, weil er das Gleichgewicht der Kräfte und den Status quo der-*

[170] Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seite 529

artig empfindlich gestört hat, daß Amerika die Folgen zu spüren haben wird, wenn es nicht gelingt, das Präveniere[171] *zu spielen. ...“* [172]

Am 14. April schreibt Roosevelt die schon erwähnten Briefe an Hitler und an Mussolini und verlangt Garantien für 31 namentlich genannte Staaten. Am 19. April, noch ehe Hitler auf sein Garantieverlangen für die 31 Staaten reagiert hat[173], läßt der Präsident die britische Regierung wissen, daß er es für unerläßlich hält, daß England die Allgemeine Wehrpflicht einführt. Am 28. April wird das entsprechende Gesetz im Unterhaus verabschiedet. Auch die Franzosen bekommen Hinweise, daß Amerika im Fall von Auseinandersetzungen mit Deutschland oder Japan auf ihrer Seite steht. Am 15. April übermittelt der amerikanische Marineattache der französischen Marineleitung in Paris, daß Roosevelt die amerikanische Marine in die Irische See oder zu den Philippinen beordern könnte, ohne den Kongreß zu fragen, wenn es irgendwelche Erkenntnisse über kriegerische Pläne der Achsenstaaten geben sollte.[174] Auf diese indirekte Weise bekommt auch Frankreich seine Schützenhilfe gegen Deutschland im Atlantik oder gegen Japan vor Französisch-Indochina angeboten.

Ende Juni 1939 scheitert Roosevelt am Kongreß, der nicht bereit ist, das Waffenembargo gegen kriegführende Nationen aufzuheben und die Neutralitätsgesetze aufzuweichen. Der Präsident ist damit weiterhin verpflichtet, die USA von einem Krieg der Staaten in Europa fernzuhalten. Trotzdem ist die Position des Präsidenten klar und festgelegt. Er lehnt die autoritären Regime in Japan, Deutschland und Italien ab. Er sieht im Aufstieg der drei genannten Staaten ein großes Risiko für die moralische, wirtschaftliche und seestrategische Führungsrolle, die er für Amerika beansprucht. Und in Bezug auf Deutschland hält Roosevelt den Status der Stadt Danzig als Völkerbundsmandat, die Abtrennung Ostpreußens vom Reich durch den polnischen Korridor und die Ausdehnung Polens auch auf die mehrheitlich deutsch besiedelten Teile Westpreußens für die in Versailles festgesetzte, gerechte und dauerhafte Lösung. So bestärkt er Polen, Briten und Franzosen, nicht auf Deutschlands Forderungen einzugehen.

Das Verhältnis der Sowjetunion zu Deutschland

Ein weiterer Teilnehmer am „großen Spiel“ um Danzig ist ab Frühjahr 1933 die Sowjetunion. Das Verhältnis der Sowjetunion zu Deutschland bestimmt sich immer wieder wechselnd mal taktisch nach den naheliegenden Notwendigkeiten und mal strategisch nach den Langzeit-Zielen Moskaus. So ist Sowjetrußland nach 1918 zunächst als bolschewistischer Staat der Paria der Welt und ausge-

[171] Präveniere = Zuvorkommen
[172] ADAP, Serie D, Band VI, Seiten 107 f
[173] Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seite 573
[174] Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seite 572

stoßen wie der Kriegsverlierer Deutschland. Demzufolge schließen beide Paria-Staaten 1922 den Vertrag von Rapallo, um ihre Isolierung zu durchbrechen, unter der sie beide leiden, und um sich gegenseitig wirtschaftlich zu helfen. Dem schließt sich 1926 der Berliner Vertrag an, ein Neutralitätsvertrag auf die Dauer von fünf Jahren. Die zwei Abkommen von Rapallo und Berlin erlauben unter anderem die schon beschriebene Zusammenarbeit von Sowjetarmee und Reichswehr, die Deutschlands Militär Übungs- und Erprobungsmöglichkeiten aufschließt und den Russen ihren Lernanteil daran. Doch die taktischen Vorteile für beide Seiten können die Gegensätze der Systeme nicht verdecken. Für die Bolschewisten ist Deutschland ein „kapitalistisches“ Land wie England oder Frankreich und als solches ein Staat im Gegnerlager. Im Jahre 1920 definiert Lenin das strategische Verhältnis der Sowjetunion zu diesen Staaten, und daran wird sich Stalin 1939 halten. Am 6. Dezember 1920 führt Lenin in einer Grundsatzrede vor hohen Funktionären der Moskauer Organisation der Kommunistischen Partei Rußlands/die Bolschewisten aus:

> *„Bis zum endgültigen Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt“ gelte die Grundregel, „daß man die Widersprüche und Gegensätze zwischen zwei imperialistischen Mächtegruppen, zwischen zwei kapitalistischen Staatengruppen ausnutzen und sie aufeinander hetzen muß.“ Ist es unmöglich, beide zu besiegen, „so muß man es verstehen, seine Kräfte zu gruppieren, daß die beiden untereinander in Streit geraten. ... Sobald wir aber stark genug sind, den gesamten Kapitalismus niederzuwerfen, werden wir ihn sofort an der Gurgel packen.“* [175]

So steht Deutschland als „kapitalistischer und imperialistischer“ Staat für Lenin trotz aller wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit prinzipiell im Gegnerlager. Stalin wird sich im Sommer 1939 daran orientieren, wenn er versucht, erst die Briten und Franzosen und dann die Deutschen zu einem Krieg gegeneinander zu verlocken.

Polens Rückversicherung bei Frankreich kurz vor Kriegsbeginn

Paris läßt seine Fäden zu Warschau niemals abreißen. Noch bei von Ribbentrops Besuch in Polen im Januar 1939, als der versucht, wegen Danzig zu verhandeln, bestärken Premierminister Daladier und Außenminister Bonnet die polnische Regierung in ihren schon zitierten Nationalversammlungs-Reden, „den Forderungen gewisser Nachbarn ein kategorisches Nein entgegenzusetzen“.

Das dennoch abgekühlte Verhältnis der Franzosen zu den Polen wird ab dem Frühjahr 1939 wieder warm. Am 16. März 1939 bricht Hitler – wie erwähnt –

[175] Topitsch, Seiten 39 f, dort zitiert nach Lenin, Werke, Band 31, Berlin (Ost) 1964, Seite 434 424

sein Münchener Versprechen und macht die Rest-Tschechei zum Protektorat. Das ist für die Polen, Briten und Franzosen Grund zu der Befürchtung, daß die deutsche Reichsregierung in naher Zukunft auch Danzig übernehmen wird. Polen, das mehrfach offiziell erklärt hat, der Anschluß Danzigs käme einer Kriegserklärung gleich, will sich nun nicht mehr aus diesem Junktim lösen und bittet England und Frankreich um ein Garantieversprechen für sich selbst. Am 25. März 1939 gibt London das Versprechen. Am 31. März leistet auch Paris die erbetene Garantieerklärung gegenüber Warschau. Am 15. Mai reist der polnische Kriegsminister, General Kasprzycki, nach Paris, um mit dem französischen Kameraden General Gamelin zu besprechen, wie Frankreich Polen in einem eventuellen Kriege unterstützen wird. Das generelle Ergebnis der Gespräche ist das gegenseitige Versprechen, im Falle eines Krieges gemeinsam gegen Deutschland vorzugehen. Polen stellt dabei in Aussicht, der deutschen Wehrmacht größtmögliche Verluste beizubringen und sich nicht vor dem Beginn der französisch-britischen Operationen im Westen geschlagen zu geben. Sobald die Wehrmacht selbst angeschlagen ist – so die Polen – soll Ostpreußen angegriffen werden.[176]

Der Franzose Gamelin verspricht seinerseits Luftangriffe gegen Deutschland in den ersten Tagen eines Krieges, begrenzte Heeresoperationen ab dem dritten Tage und eine französische Offensive mit 40 Heeresdivisionen ab dem 15. Tag der Allgemeinen Mobilmachung in Frankreich.[177] Am 19. Mai endet die Besprechung der beiden Kriegsminister mit einer schriftlichen Vereinbarung, welche die französische Armee verpflichtet, ab dem 15. Tag zu einer Offensive gegen Deutschland anzutreten.[178] Im französischen Text heißt es „avec les gros de ses forces“, was Gamelin nach Polens Niederlage als „mit etwa einem Drittel seiner Kräfte“ interpretiert.[179] Im polnischen Text steht „swymi glöwnymi silami“, was zu Deutsch „mit den Hauptkräften“ heißt. Für Deutschland ist dabei bedeutend, daß die Zusage eines Angriffs der Franzosen gegen Deutschland auch dann gilt, wenn nicht Polen angegriffen, sondern nur die Stadt Danzig an Deutschland angeschlossen wird.[180]

Am 31. Mai 1939, zwei Wochen nach der französisch-polnischen Kriegsministerkonferenz, von der die Polen so weitreichende Zusagen mit heim genommen haben, schreibt General Gamelin die Richtlinien für den künftigen Oberbefehlshaber der französischen Front an Rhein und Mosel.[181] In dieser Weisung ist dann von Offensiven gegen Deutschland nicht mehr die Rede. Da heißt es:

---

[176] Roos, Planung Polens, Seite 198
[177] Rassinier, Seite 266
[178] Piekalkiewicz, Seite 45, ebenso Deighton, Seite 105, ebenso Roos, Planung Polens, Seite 199
[179] Gamelin, Band II, Seite 421 und Roos, Planung Polens, Seiten 198 f
[180] Piekalkiewicz, Seite 45
[181] Aus „Richtlinien des Chefs des Generalstabes für den künftigen Oberbefehlshaber des nord-östlichen Kriegsschauplatzes über mögliche Operationen zwischen Rhein und Mosel“, siehe Gamelin, Servir Band II, Seiten 426 f, die Klammervermerke sind vom Verfasser.

„Dieses Engagement selbst wird zwei Phasen haben:

a. In der ersten Phase wird es sich darum handeln, möglicherweise den Feind aus dem nationalen (gemeint: französischen) Gebiet zurückzuwerfen; dann uns an seine Widerstandsstellung (gemeint: die deutsche) heranzuarbeiten. ...

b. In einer zweiten Phase, ..., würde es sich darum handeln, diejenigen Abschnitte der deutschen Stellung zu erkunden, auf die man dann alle Anstrengungen konzentrieren kann, indem man unsere vorhandenen Mittel einsetzt."

Gamelin legt damit offen, daß er schon im Mai 1939 nicht vorgesehen hatte, Polen in einem Krieg mit Deutschland mit einem Angriff starker Kräfte zu entlasten. Sein dahingehendes Versprechen gegenüber dem polnischen Kriegsminister Kasprzycki ist also nur der Köder für die Polen, den Krieg um Danzig zu riskieren.

Am 23. August 1939, dem Tag des Abschlusses des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspakts, macht das französische Kabinett einen Kassensturz, um zu ermitteln, ob man auch ohne Rußlands Hilfe die Bündnispflicht gegenüber Polen erfüllen kann. Das Sitzungsprotokoll offenbart die Gedanken des französischen Generalstabschefs General Gamelin eine Woche vor dem „Bündnisfall" mit Polen.[182] Der französische Oberbefehlshaber muß zu der Zeit wissen, daß das deutsche Heer über insgesamt 106 aktive und Reservedivisionen verfügt und Polen über zusammen 52. Er weiß auch, daß die polnische Luftwaffe der deutschen unterlegen ist. Trotzdem trägt Gamelin den versammelten Ministern diese Rechnung vor:

„Frankreich kann 200 deutschen Divisionen etwa 120 eigene Divisionen entgegensetzen. Deshalb muß es sich die Unterstützung durch die 80 polnischen Divisionen erhalten. ... Die polnische Armee wird der deutschen ehrenhaft Widerstand leisten. Kälte und schlechtes Wetter werden die Feindseligkeiten schnell zum Stehen bringen, so daß die Schlacht im Frühjahr 1940 im Osten noch weitergehen wird. In diesem Augenblick wird die französische Armee durch zahlreiche britische Divisionen, die auf dem Festland gelandet werden, verstärkt sein. ...Im Frühjahr 1940 wird Frankreich daher auf 240 Divisionen rechnen dürfen, die die 120 französischen, 80 polnischen und etwa 40 englischen Divisionen zusammen ergeben. Falls Deutschland außerdem die holländische und belgische Neutralität verletzen sollte, würde es damit zusätzlich noch 30 holländische und belgische Divisionen auf unsere Seite bringen, womit dann insgesamt 270 alliierte gegen 200 deutsche Divisionen stehen würden." [183]

Diese Rechnung Gamelins offenbart drei für Frankreich wenig schmeichelhafte Sachverhalte. Zum ersten gesteht der Minister damit ein, daß die französische

[182] Protokoll des Generals Decamps vom 23. August 1939, Bonnet, Seite 266
[183] Bonnet, Seiten 265 f

Armee der polnischen erst im Frühjahr 1940 zu Hilfe eilen will und nicht – wie General Kasprzycki im Mai 1939 zugesagt – schon nach 15 Tagen. Zum zweiten legt Gamelin hier offen, daß es ihm bei der Mai-Vereinbarung darum gegangen ist, 80 polnische Divisionen für einen zukünftigen Krieg Frankreichs gegen Deutschland einzuspannen. Zur Zeit des französischen Versprechens, am 19. Mai, hat es noch keine deutsche Drohung gegen Polen und damit für Frankreich keinen legitimen Grund gegeben, gegen Deutschland Krieg zu führen. Zum dritten wird erkennbar, daß Gamelin seine Ministerkollegen in Paris noch vor dem Krieg davon in Kenntnis setzt, daß eine so frühe Entlastungsoffensive zur Hilfe Polens – wie versprochen – gar nicht vorgesehen ist. Es wäre nun die Pflicht von Bonnet, dem Außenminister, gewesen, seinen polnischen Kollegen Beck vor einer allzu harten Haltung gegenüber Deutschlands Danzig-Forderung zu warnen. Statt dessen ist es so gewesen, daß Gamelin die Polen mit dem Versprechen des Zweifrontenkrieges gegen Deutschland siegessicher macht, daß Bonnet sie – obwohl er es besser weiß – in ihrem falschen Glauben schmoren lässt, und daß beide die Polen sehenden Auges in ihr Verderben rennen lassen.

Frankreich bedient sich 1939 der Polen für seine eigenen nationalen Interessen. Paris sieht in einem weiteren Krieg die Chance, Deutschland erneut auf Versailles-Niveau zurückzustutzen und es für die Tschechei-Besetzung zu bestrafen. Die französische Regierung stachelt Polen an, in der Danzig-Frage stur zu bleiben, wohl wissend, daß daraus ein Krieg entsteht. Gamelin stellt in der Kabinettssitzung vom 23. August auch gleich sein Wunsch-Szenario vor. Er erwartet einen europaweiten Krieg mit Frankreich und Polen auf der einen Seite, gefolgt von Großbritannien, Belgien und den Niederlanden und Deutschland auf der anderen Seite. Frankreich setzt im Sommer 1939 bewußt auf Krieg.

Am 1. September 1939 tritt die Wehrmacht gegen Polen an. Am 3. September erklärt Paris Berlin den Krieg. Frankreich bricht sein Versprechen, führt keine Offensive gegen Deutschland und läßt die Polen untergehen. Gamelin versucht, das später in seinen Memoiren damit zu erklären, daß die Polen die Militärvereinbarung vom 19. Mai 1939 falsch übersetzt hätten. Er habe nie versprochen, mit den Hauptkräften Frankreichs zum Angriff gegen Deutschland anzutreten.[184]

Polens Rückversicherung bei England kurz vor Kriegsbeginn

Noch im Oktober 1938 ist das britisch-polnische Verhältnis tiefgefroren. Polen hatte Teschen gegen Englands Willen annektiert. Doch mit Hitlers Tschechei-Handstreich im März 1939 rückt Polen plötzlich wieder in das Zentrum des englischen Interesses. Als Hitler die Rest-Tschechei besetzen läßt und damit seine

[184] Gamelin, Band II, Seite 421

Münchener Zusagen bricht, fürchtet man in London, Moskau und Paris, daß der deutsche Diktator weiter gesteckte Ambitionen hat als nur die Heimkehr Danzigs. In London weiß man sehr genau, daß nach einer Heimkehr Danzigs irgendwann die Kolonien an die Reihe kämen, die Großbritannien 1919 Deutschland abgenommen hat. England will dem weiteren Gang der Revisionen deshalb rechtzeitig ein Ende setzen, und dazu eignet sich der deutsche Streit mit Polen um den Freistaat Danzig. So setzt England ab sofort auf Polen. Die polnische Teschen-Missetat ist damit ohne weiteren Kommentar vergeben. London bietet Warschau am 20. März, vier Tage nach dem deutschen Einmarsch in der Tschechei, einen Schutzvertrag gegen Deutschland an und schlägt vor, Frankreich und die Sowjetunion als weitere Garantiemächte mit ins Boot zu nehmen.[185] Für Warschau ist dies zur weiteren Abwehr aller deutschen Danzig-Wünsche ein Geschenk des Himmels. Doch Polen will vermeiden, daß die Sowjetunion auf diesem Wege zur eigenen Schutzmacht wird, und bemüht sich, die Russen außen vor zu halten. Die polnische Regierung ersucht deshalb die britische um ein bilaterales Schutzabkommen gegen Deutschland.[186] Sie argumentiert, daß die Verhandlungen zum Schließen eines Viererbundes zu lange dauern würden, und daß Frankreich die Sicherheit des Staates Polen ja sowieso seit 1921 garantiere.

Den Briten wäre es sicher Recht gewesen, die Verantwortung für Polens Sicherheit mit der Sowjetunion zu teilen, doch ein ganz anderes Ereignis, ein politisches Gerücht in London, bringt Drall und Eile in die Gespräche mit den Polen.

Zeitgleich zum deutschen Einmarsch in der Tschechei verhandelt eine rumänische Delegation in London, um britische Staatskredite für Rumänien zu erhalten. Der Delegationsleiter, der Diplomat Tilea, nutzt die Betroffenheit der Engländer über das Schicksal der Tschechei, ihre Sorgen auf Rumänien umzulenken. Er behauptet, Deutschland sei im Begriff, auch Rumänien zu überfallen. So unglaubwürdig dies auch wegen der 400 Kilometer Entfernung ist, die zwischen Deutschland und Rumänien liegen, der Rumäne trifft die Briten an einer sehr sensiblen Stelle. Die Mehrheit aller Aktien für die rumänischen Ölfelder ist zu der Zeit in britischem Besitz. So bringt dieses rumänische Gerücht die englische Öffentlichkeit in Wallung. Die Londoner, Pariser und New Yorker Zeitungen tragen die falsche Nachricht vom deutschen Angriff auf Rumänien in einem Tage um die Welt. Das Gerücht tut seine Wirkung, obwohl es schon tags darauf, am 18. März, vom rumänischen Außenminister Gafencu amtlich dementiert wird.[187] Während England noch versucht, Frankreich, die Sowjetunion und Polen für ein Viererbündnis gegen Deutschland zu gewinnen, nützt Warschau die durch das Rumänien-Gerücht entstandene Stimmung. Der polnische Außenminister Beck drängt seinen englischen Kollegen Lord Halifax „angesichts des raschen Ablaufs

[185] Memorandum des Britischen Auswärtigen Amtes an die Polnische Regierung vom 20. März 1939, siehe Do-cuments Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume IV, Seiten 400 ff
[186] Anfrage vom 23. März 1939, siehe Weißbuch der polnischen Regierung, Dokument Nr. 66, Seiten 93 f
[187] Rassinier, Seiten 232 ff

der Ereignisse“ auf zeitraubende Verhandlungen zu verzichten und unverzüglich ein britisch-polnisches Schutzabkommen abzuschließen. Außenminister Halifax, der ja inzwischen weiß, daß das Rumänien-Gerücht nicht stimmt, und daß es noch keine Drohung Deutschlands gegen Polen gibt, geht darauf ein. Am 31. März 1939 spricht Lord Halifax vor dem Unterhaus in London eine Garantieerklärung für Polen aus.[188]

Das Pikante an dieser Patronage der Briten über Polen ist, daß sie aus Verärgerung über Hitlers Umgang mit der Tschechoslowakei zustande kommt. Was man dabei in London nicht recht mitbekommen hat, ist, daß Polen ein halbes Jahr zuvor selbst versucht, die Tschechoslowakei mit Gewalt zu teilen. Am 24. Oktober 1938 hatte Beck bei Hitler fragen lassen, ob man nicht den Ostteil der Tschechoslowakei, die sogenannte Karpato-Ukraine abtrennen und Ungarn zuschlagen könne.[189] Polen und Ungarn sind zu der Zeit verbündet. Hitler ist im Oktober 1938 damit nicht einverstanden. So „schützt“ Großbritannien fortan die Polen, weil Deutschland die Tschechei gefleddert hat, wo Polen die Tschechei vorher wegen Deutschlands Veto selbst nicht fleddern durfte.

Am 3. April 1939 reist der polnische Außenminister nach London, um die britische Garantieerklärung vom 31. März schriftlich zu bekommen und durch eine polnische zu ergänzen. Beide Seiten sichern sich nun zu, sich im Falle der mittelbaren oder unmittelbaren Bedrohung durch andere Staaten gegenseitig beizustehen.[190] Der genaue Umfang des Beistands und der Hilfen ist einem späteren „dauernden Abkommen“ vorbehalten. Dieses Abkommen wird jedoch erst am 25. August geschlossen.

Am 7. April 1939 erregt ein völlig anderes Ereignis die Gemüter in Europa und in den USA: Italien greift Albanien an. Am 13. April reagieren Frankreich und England mit einer gemeinsamen Garantie für die Unabhängigkeit Griechenlands und Rumäniens. Am 15. April folgt US-Präsident Roosevelt mit dem schon erwähnten Telegramm an die deutsche und an die italienische Regierung. Von beiden verlangt er die Zusicherung, 31 namentlich genannte Staaten in Europa nicht anzugreifen.[191]

Vom 24. April bis 4. Mai treffen sich Delegationen der Generalstäbe Frankreichs und Englands zu einer Konferenz in London. Thema soll die Garantie für Polen sein, doch es wird fast ausschließlich über die britisch-französische Zusammenarbeit im Falle eines Kriegs gesprochen. Die Debatten und Absprachen drehen sich vor allem um Seewege, um Kolonien in Nordafrika und in Fernost und um Stützpunkte von Gibraltar bis nach Singapur.[192] Polen ist dabei nur ein Stein im

[188] British War Bluebook, Document 17
[189] Roos, Polen und Europa, Seiten 383 f
[190] Englisch-Polnisches Kommunique über die Besprechung des polnischen Außenministers Beck in London vom 6. April 1939, siehe Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume V, Seiten 35 f
[191] ADAP, Serie D, Band VI, Dokument Nr. 200
[192] Protokoll des Generals Lelong vom 5. Mai 1939, AA 1939/41, Nr. 6, Dokument 1

Mosaik der beiden großen Mächte. Der englische Generalstab stellt in Aussicht, in einem Krieg 6 Infanteriedivisionen im Laufe der ersten sechs Kriegswochen nach Frankreich zu entsenden, dazu 10 Territorialdivisionen in einem halben Jahr und weitere 16 im ersten Jahr. In summa sind das 32 Divisionen zur Unterstützung Frankreichs gegen Deutschland und nicht 40, wie General Gamelin wenig später dem französischen Kabinett berichtet. Der Einsatz der britischen Flotte wird bei den Gesprächen nur im Zusammenhang mit einem Krieg gegen Japan und Italien in Betracht gezogen. Von einer direkten Hilfe der Briten für die Polen ist hier keine Rede. Für England geht es im Frühjahr 1939 offensichtlich darum, sich auf eine globale Auseinandersetzung mit seinen Konkurrenten vorzubereiten. Die Polen-Garantie aus London ist erkennbar ein politisches Signal, um Deutschland von Danzig und von Polen fernzuhalten. Sie ist, wie die französisch-britischen Gespräche zeigen, kein Angebot, sofort und vor Ort zu Polens Gunsten einzugreifen.

Diese Flut von Garantien ist nicht nur Warnung, sie ist auch zugleich Verlockung. So sehr Deutschland und Italien nun damit rechnen müssen, daß keiner ihrer weiteren Gewaltschritte ohne Antwort bleiben wird, so sehr verlockt der Schutz die Polen, in Zukunft kompromißlos gegenüber Deutschland aufzutreten. Schon während der polnisch-britischen Gespräche, am 26. März, übermittelt der aus Warschau zurückkehrende Lipski dem deutschen Außenminister ein klares Nein zum deutschen Danzig-Vorschlag. Er fügt – wie schon erwähnt – hinzu, daß es Krieg mit Polen geben werde, wenn Deutschland seinen Plan zur Rückgewinnung Danzigs weiterhin verfolgt. Diese erste Kriegsdrohung aus dem Munde eines polnischen Diplomaten hätte es vielleicht nicht gegeben, wenn die polnische Regierung nicht damit hätte rechnen können, daß England und Frankreich Krieg an Polens Seite führen werden. Hitlers erste Weisung zum Kriege gegen Polen ergeht ja erst eine Woche nach der Drohung des polnischen Botschafters.

Die britische Garantie wirkt noch auf andere Weise kontraproduktiv. Polens neue harsche Ablehnung einer Rückgliederung Danzigs an das Reich zeigt Hitler, daß ihm der Verhandlungsweg nun offensichtlich nicht mehr offensteht. Hitler glaubt zwar noch, daß England Polen in der Krise fallen lassen wird, und er bietet Polen am 28. April noch einmal einen Handel „Danzig für Gegenleistungen“ an, doch ihm wird in dieser Zeit auch klar, daß weitere Gespräche mit Polen unter Englands Schirm so gut wie sinnlos sind. Englands Garantie vom März 1939 zerstört die letzten Chancen, den deutsch-polnischen Streit auf Danzig und die exterritorialen Transitwege einzugrenzen. Mit Englands Rückendeckung kann Polen die Heimkehr Danzigs zu einem casus belli[193] machen. Wenn Deutschland Danzig will, muß es von nun ab Krieg mit Polen fuhren. Lord Halifax' Zusage an die Polen im März 1939 ist genau das gleiche wie Kaiser Wilhelms II. Zusage an die Österreicher im Juli 1914, „Deutschland werde in gewohnter Bündnistreue zu Österreich-Ungarn stehen“. Es ist ein Blankoscheck für Polen.

---

[193] Anlaß für einen Krieg

Der britische Botschafter Henderson, der von Berlin aus die Gefahr sieht, die von Englands Rückendeckung für die Polen ausgeht, schreibt am 18. Juli 1939 in einem Bericht nach London:

> *„Hitler mag schon glauben, daß England in jedem Falle Krieg mit Deutschland führen will. Wenn er es noch nicht glaubt, so fehlt nicht mehr viel, ihn zu einer solchen Meinung zu bringen. ... Auch halte ich es – seien wir ehrlich – nicht für politisch klug oder gar fair, die Polen übermäßig aufzustacheln. ...“* [194]

Als sich am Verhandlungstisch nichts mehr bewegen läßt, setzt sich Hitler – vermutlich im April 1939 – selbst ein Datum zur Rückkehr Danzigs in das Deutsche Reich.

Als Polen mit der Gewißheit der englischen und französischen Waffenhilfe hart bleibt, versucht Hitler den Hebel wieder in London, Paris und Moskau anzusetzen. Nachdem am 19. August 1939 der britisch-französische Versuch gescheitert ist, die Sowjetunion auf ein Bündnis gegen Deutschland festzulegen, nutzt Hitler am 25. August die neue Lage. Er bietet der englischen Regierung ein Bündnis an, wenn London dafür bei der Rückgewinnung Danzigs und des Korridors behilflich ist. Als Gegenleistung bietet Hitler die Garantie der dann neuen Grenzen Polens und die deutsche Hilfeleistung bei der Verteidigung des Britischen Empires, wo auch immer in der Welt diese nötig werden sollte.[195] Doch in London ist man inzwischen fest entschlossen, in der Danzig-Frage Polens Position zu stützen. Zu tief sitzt dort auch die Enttäuschung über Hitlers Handeln gegenüber der Tschechei. Man schenkt dem neuen Garantieversprechen zu den Grenzen Polens kein Vertrauen.

Am Tag des Hitler-Angebots, am 25. August, schließen London und Warschau das Beistandsabkommen, das sich Beck und Halifax am 6. April in London zugesichert hatten. Artikel 1 des neuen Schutzabkommens wiederholt die April-Versprechen, im Falle eines Angriffs durch dritte Staaten „unverzüglich alle in der Macht des unterstützenden Vertragspartners stehenden Hilfen zu gewähren.“ Artikel 2 des Vertrages erweitert das alte Beistandsversprechen allerdings noch ganz erheblich. Da heißt es:

> *„Artikel 2*
> *(1) Die Zusagen aus Artikel 1 gelten auch in dem Fall, daß ein europäischer Staat die Unabhängigkeit eines Vertragspartners in direkter oder indirekter Weise zweifellos bedroht und daß der in Frage kommende Vertragspartner es für nötig hält, mit seinen Streitkräften dagegen Widerstand zu leisten.“* [196]

194

195

---

[194] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VI, Document 347
[195] ADAP, Serie D, Band VII, Seiten 233 ff
[196] British War Bluebook, Document 19

Damit hat sich Großbritannien verpflichtet, auch dann schon einzugreifen, wenn Polen es bei einer „indirekten Bedrohung“ für nötig hält, mit Streitkräften Widerstand zu leisten. Mit dieser Formulierung liegt es bei Warschau zu entscheiden, wann eine indirekte Bedrohung – was auch immer dieses ist – zum Kriegsfall wird. Das ist ein Freibrief für Polen, den deutschen Druck zum Anschluß Danzigs an das Reich zur „indirekten Bedrohung“ zu erklären und darauf militärisch zu reagieren. Schon in einem solchen Falle müßte England Polen nach Artikel 2 unverzüglich mit all' seinen ihm zu Gebote stehenden Kräften unterstützen. So bindet sich die englische Regierung an die vorhersehbaren Entscheidungen der polnischen.

Es ist so gut wie auszuschließen, daß die Briten mit ihrer Welterfahrung den Vertragstext des Beistandsabkommens unbedacht und ohne Absicht so dehnbar formulieren. Sie zerstören mit ihrer weitgespannten Garantie die letzte kleine Chance für ein Entgegenkommen der Polen in der Danzig-Frage. Da Polen längst erklärt hat, daß eine Änderung des Danzig-Statuts Krieg bedeutet, und da Deutschland angekündigt hat, daß es sich Danzig ab September 1939 auch ohne die Zustimmung Polens angliedern werde, ist das Schutzversprechen Englands nichts anderes als die Erklärung, am Krieg, der nun Dank eigenen Zutuns so gut wie sicher ist, auf Polens Seite gegen Deutschland teilzunehmen. Der Schutzvertrag der Briten vom 25. August 1939 steht in bemerkenswertem Gegensatz zu der last-minute-Vermittlungstätigkeit der Londoner Regierung in den Folgetagen. Großbritannien vermittelt in den letzten Tagen vor dem Kriegsbeginn an einer Tür, die es de facto selber abgeschlossen hat. Wenn man den britisch-polnischen Beistandsvertrag vom 25. August allein betrachtet und die englischen Vermittlungsversuche, die dann noch folgen, außer acht läßt, entsteht der Eindruck, als habe die englische Regierung zum Schluß mit Raffinesse auf den Ausbruch eines Krieges hingewirkt. Mit dem „Fall Danzig“ entsteht – so könnte das Motiv gewesen sein – der geschickt eingefädelte und dennoch dem äußeren Anschein nach nicht selbst verschuldete „Fall Krieg“, in dem Großbritannien dem Machtzuwachs des Deutschen Reiches mit Hilfe der Polen, Franzosen und der Amerikaner ein Ende setzen kann. Mit einem solchen Kriege wären dann auch Hitlers Forderungen nach der Rückgabe der früheren deutschen Kolonien aus der Welt zu schaffen.

Mit der Zusage aus London im Marschgepäck ist man nun in Warschau – eine Woche vor Beginn des Krieges – auch nicht mehr bereit, in der Danzig-Frage auch nur einen einzigen Schritt auf Deutschland zuzugehen. Polen lehnt Deutschlands Ansprüche auf Danzig und die Transitwege durch den Korridor in deutscher Hoheit ab und verläßt deshalb in Vertrauen auf Großbritannien die seit 1934 gewachsene Partnerschaft mit Deutschland. Die polnische Regierung setzt mit diesem Wechsel auf ein britisches Interesse am Schicksal Polens, das es in Wirklichkeit nicht gibt. So wechselt Polen 1939 in das antideutsche Lager und besiegelt damit seine Unfreiheit für die nächsten 50 Jahre.

Aufschluß über Englands Interessenlage gibt ein Geheimes Zusatzprotokoll, das Briten und Polen in Ergänzung zu ihrem Beistandsabkommen unterzeichnen. Im Geheimen Zusatzprotokoll vom 25. August wird präzisiert, daß das abgeschlossene Bündnis nur gegen Deutschland gültig ist.[197] Damit muß England Polen nicht vor der Sowjetunion beschützen, wenn die tut, was auf der Hand liegt. Angesichts der sowjetischen Gefahr, die den Polen genauso wie die deutsche droht, wird durch das Zusatzprotokoll erkennbar, daß England zuvörderst Deutschlands Machtzuwachs ein Ende setzen und nicht in erster Linie Polen schützen will. Als die Rote Armee am 17. September 1939 nach Polen einmarschiert und „Ostpolen“ annektiert, nimmt die britische Regierung dies auch ohne Konsequenz zur Kenntnis.

Die gescheiterte britisch-französisch-sowjetische Annäherung

England und Frankreich sehen in den 30er Jahren mit wachsendem Unbehagen, wie sich Deutschland innenpolitisch, wirtschaftlich und militärisch neu formiert. Zur Zeit des österreichischen Anschlusses und der Angliederung der Sudetenlande im Jahre 1938 fühlen sich beide Länder außerstande, den deutschen Forderungen militärisch einen Riegel vorzuschieben. Im Falle Österreichs und der Sudeten sprechen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und 1000 Jahre gemeinsame Geschichte außerdem für das Verlangen der Deutschen, Österreicher und Sudetendeutschen. Das Unbehagen der Briten und Franzosen wird durch die Legitimität dieser Politik des „heim ins Reich“ allerdings nicht kleiner.

Die Sowjetunion, zunächst nicht vom Deutschen Reich bedroht, hat andere Pläne und Probleme. Sie wird seit dem Ersten Weltkrieg weitgehend von der politischen Mitgestaltung in Europa ferngehalten. Bei der Konferenz von München wird sie sogar von England, Frankreich, Deutschland und Italien ausgeschlossen. So versucht Rußland, mal mit französischer und englischer Unterstützung, mal mit der Hilfe Deutschlands den Weg auf die Bühne der großen Europapolitik zurückzufinden.

Rußlands Nahziel ist, die 1921 von Polen eroberten weißrussischen und ukrainischen Gebiete östlich der Curzon-Linie wiederzugewinnen. Das Fernziel ist, den Marxismus nach Westeuropa auszubreiten. Der Weg zu beiden Zielen führt immer quer durch Polen.

Beide Ziele – so schätzt das Stalin ein – könnten der Sowjetunion eines schönen Tages als Ergebnis eines europäischen Krieges der kapitalistischen Staaten untereinander als reife Früchte ohne weitere Kraftanstrengung zufallen. Stalin

[197] Documents of International Affairs 1939-1946, Band 1, Seite 471 und Michaelis, Seiten 506 ff

hofft, daß Europa am Ende eines solchen Krieges mit geschwächten Staaten, verelendeter Bevölkerung und angeschlagenen Armeen eine leichte Beute der marxistischen Revolution und der sowjetischen Expansion werden würde. Hier ähnelt Stalin Hitler, der – wie das Hoßbach-Protokoll überliefert – zunächst auch mit Kriegen in Europa ohne die Beteiligung Deutschlands rechnet. So sucht die Sowjetunion Anfang 1939 ihren Weg zurück auf Europas große Bühne. Sie versucht, in fast gleichzeitigen Gesprächen mit den Westmächten auf der einen Seite und mit Deutschland auf der anderen, ihre Ausgangsposition für spätere Gebiets- und Einflußerweiterungen zu verbessern. Die Tschechei-Besetzung am 16. März 1939 eröffnet Stalin dazu eine willkommene Gelegenheit. Mit Hitlers Tschechei-Besetzung verläßt die deutsche Außenpolitik den Boden ihrer legitimen Ansprüche und geht wildern. Die Antwort läßt nicht auf sich warten.

Noch am Tag des deutschen Einmarsches in die Tschechei, am 16. März 1939, schlägt Frankreichs Außenminister Bonnet dem sowjetischen Botschafter in Paris französisch-sowjetische Beratungen vor. Er regt an, über gemeinsame Maßnahmen im Falle neuer Aktionen der deutschen Seite gegen ein osteuropäisches Land zu sprechen. Am 18. reagiert der sowjetische Außenminister Litwinow mit einem gleichen Vorschlag an die Regierungen in Paris, London, Warschau, Bukarest und Ankara.[198] Tags darauf schon folgt der britische Außenminister Halifax mit einer entsprechenden Note an seinen französischen, den polnischen und den sowjetischen Kollegen. Halifax versucht nun, einen französisch-englisch-polnisch-sowjetischen Viererbund gegen das Deutsche Reich zu arrangieren. Doch Polen will – wie schon beschrieben – eine sowjetische Schirmherrschaft nicht riskieren und zerstört den ersten Anlauf der großen Mächte, zu einem Übereinkommen zu gelangen. Das Ergebnis ist nicht nur die an früherer Stelle erwähnte britische Garantie für Polen vom 31. März. Polen vereitelt in der Folge auch den weiteren Versuch der Briten und Franzosen, die Sowjets für einen nächsten Krieg ins antideutsche Boot zu holen.

Obwohl die Sowjets im Frühjahr und im Sommer 1939 mit den Briten und Franzosen über ein Bündnis gegen das Deutsche Reich verhandeln, halten sie sich während der gesamten Zeit die Hintertüre offen, um vielleicht doch nicht gegen sondern mit Deutschland bei den Polen einzugreifen.

Am 14. April 1939 beginnen französische, englische und sowjetische Unterhändler mit Gesprächen über ein Zusammengehen gegen Deutschland. Am 17. schlagen die Sowjets den Briten und Franzosen einen Dreierbund gegen Deutschland vor.[199] Am gleichen Tage sucht der sowjetische Botschafter Merekalow in Berlin Staatssekretär von Weizsäcker auf und erklärt ihm,

> *„daß ideologische Meinungsverschiedenheiten das deutsch-russische Verhältnis nicht zu stören brauchten, wie dies bei den russisch-italienischen*

[198] Shirer, Seite 428
[199] Maser, Seite 74

Beziehungen der Fall sei. “ Er setzt fort: „Die Sowjetunion hat die jetzigen Reibereien zwischen Deutschland und der westlichen Demokratien nicht gegen Deutschland ausgenützt und wünscht auch nicht das zu tun.“[200]
So stehen die Sowjets im April 1939 in der Tür der Briten und Franzosen und achten trotzdem darauf, daß ihnen die Tür der Deutschen offenbleibt.

Zwischen dem 15. April und dem 23. Juni tauschen die englische und die sowjetische Regierung je sieben Noten aus, um den Rahmen für ein Zusammengehen gegen Deutschland abzustecken.[201] Am 8. und am 17. Juli legen die Regierungen in Paris und London der in Moskau einen Vertragsentwurf vor, den die Russen allerdings erst akzeptieren, als ihnen Briten und Franzosen zusichern, in Militärverhandlungen über eine Kriegführung gegen Deutschland einzutreten. Zu der Zeit gibt es in Deutschland keine Pläne, gegen Frankreich, England oder Rußland Krieg zu führen. Am 24. Juli wird ein Französisch-Britisch-Sowjetisches Abkommen über militärische Zusammenarbeit paraphiert, jedoch nicht unterschrieben. Dadurch ist niemand endgültig gebunden, doch der Weg zu Verhandlungen der Generalstäbe der Briten, Franzosen und Sowjets ist damit geebnet.

Auch danach zieht die russische Führung ihre Fäden weiter in zwei verschiedene Richtungen. Am 4. August billigt Stalin ein von den Volkskommissariaten für Verteidigung und Äußeres erarbeitetes Dokument mit dem Titel „Vorstellungen zu den Verhandlungen mit England und Frankreich“, das fünf verschiedene Möglichkeiten eines Aufmarsches mit bis zu 120 Heeresdivisionen gegen Deutschland vorsieht.[202] Am Tage daraufsucht der Geschäftsträger der sowjetischen Botschaft in Berlin Astachow den Vortragenden Legationsrat Schnurre im Auswärtigen Amt auf und übermittelt ihm von Außenminister Molotow in Moskau, daß die Sowjetunion an einer Normalisierung und Besserung der Beziehungen zu Deutschland interessiert sei.[203] Sowohl die Briten und Franzosen als auch die Deutschen bemühen sich nun weiter um die Hilfe der Sowjetunion.

Am 11. August treffen die Militärmissionen aus London und Paris in Moskau ein.[204] Am 13. beginnen die Gespräche. Die Engländer und Franzosen haben keine konkreten Vorstellungen nach Moskau mitgebracht, wie und mit welchen Kräften sie ihren Krieg gegen Deutschland führen könnten. Die sowjetischen Verhandlungspartner unter Marschall Woroschilows Leitung warten im Gegensatz dazu mit den fünf von Stalin gebilligten Aufmarschoptionen gegen Deutsch-

---

[200] ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 215
[201] Maser, Seite 53
[202] Maser, Seite 22
[203] Maser, Seite 75 und ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 772
[204] Das Protokoll der nachfolgend geschilderten sowjetisch-französisch-britischen Militärverhandlungen ist einem Artikel der russischen Zeitung „Internationales Leben“, Heft 3/1959, Seiten 139-158 (Moskau) entnommen. Siehe auch Benoist-Méchin, Band 7, Seiten 239 ff

land auf. Je nach Szenario bieten sie an, 70 bis 100% der Streitkräftemenge gegen Deutschland aufzubieten, die auch Briten und Franzosen vorgesehen haben.[205] Da ist die Rede von maximal 2 Millionen Mann und 102 sowjetischen Divisionen, von Angriffen gegen Ostpreussen und gegen Schlesien, von 5.500 Flugzeugen, von Bombern mit Reichweiten bis zu 4.000 Kilometern und außerdem vom Einsatz der sowjetischen Nordflotte und der Schwarzmeerflotte, um Deutschland von Erz- bis Ölimporten abzuschneiden. Das ist an Heereskräften das, was die Wehrmacht mit Reservedivisionen aufzubringen in der Lage ist und an Luftstreitkräften mehr als der deutsche Bestand an Frontflugzeugen. Deutschland geriete damit, wenn auch Rußland auf der Seite Polens stünde, in einer Auseinandersetzung um Danzig in einen Zweifrontenkrieg mit einer Unterlegenheit an Kräften im Verhältnis von 2,5 zu 1. Marschall Woroschilow kommentiert das gegenüber der britischen und der französischen Militärdelegation mit den Worten:

> *„Die Operationen der sowjetischen Truppen gegen Ostpreußen und in Galizien, und die Operationen Englands und Frankreichs im Westen würden das Ende Deutschlands bedeuten."* [206]

Wenn die Sowjetunion das Land Polen militärisch gegen Deutschland unterstützen sollte, müßten sowjetische Streitkräfte über polnisches Territorium marschieren dürfen. Polen befürchtet nun in Erinnerung an den alten Curzon-Linien-Streit mit Rußland, daß aus dem Durchmarsch von Unterstützungstruppen unversehens eine russische Besetzung „Ostpolens" werden könnte. Die polnische Regierung verweigert demzufolge ihr Einverständnis zu einer solchen Allianz. Dies ist der eine Grund für das Scheitern der sowjetisch-französisch-britischen Gespräche. Der andere ist die Weigerung der englischen und der französischen Militärdelegationen, den Sowjets die eigene Waffenhilfe konkret zuzusagen. Die Franzosen wollen im Falle eines Krieges nur die eigenen Grenzen schützen und nicht, wie die Russen, in Deutschland einmarschieren, und der Leiter der englischen Delegation ist nicht mit einer schriftlichen Verhandlungsvollmacht ausgestattet. Es entsteht der Eindruck bei den Russen, daß die Sowjetunion im Falle eines Krieges alleine für die Polen, Briten und Franzosen bluten soll. So schleppen sich die französisch-englisch-sowjetischen Verhandlungen bis zum 21. August hin und werden dann erfolglos abgebrochen. Für Stalin ist nun die zweite Lösung zum Erwerb „Ostpolens" offen: der Pakt mit Hitler.

Schon am 19. August führt Stalin die Einwilligung des Politbüros herbei, statt einer Allianz mit Frankreich und mit England eine solche mit den Deutschen einzugehen. Er begründet diese Umkehr seines Kurses vor dem höchsten Entscheidungsgremium der Sowjetunion mit einer eingehenden Analyse der Vor- und Nachteile, die beide Handlungsmöglichkeiten für die Russen haben. Stalin geht dabei von der sehr hohen Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen Deutsch-

[205] Maser, Seite 26
[206] Maser, Seite 30 und Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Appendix II

land auf der einen und England-Frankreich auf der anderen Seite aus. Eine Auseinandersetzung Deutschlands mit dem Trio England, Frankreich und Sowjetunion ende vorhersehbar zu schnell mit einer deutschen Niederlage. Ein Krieg jedoch, bei dem die Deutschen nur gegen die Briten und Franzosen kämpfen müßten, sei von längerer Dauer. Damit sei es klüger, das als schwächer eingeschätzte Deutschland zu unterstützen statt die Briten und Franzosen. So könne ein Krieg der kapitalistischen Staaten untereinander länger hingezogen werden und so würden die Kräfte dieser Staaten stärker abgenutzt, als bei einem schnellen Sieg der Briten und Franzosen über Deutschland.[207] Bei der Aussicht auf einen Zweifrontenkrieg gegen eine Übermacht bestünde außerdem das Risiko, daß Hitler von einem Krieg um Danzig Abstand nehme. So entschließen sich Stalin und das Politbüro am 19. August, die Weichen umzustellen und mit Deutschland zu verhandeln. Am gleichen Tag fällt die Entscheidung, die Zahl der Schützendivisionen zu verdoppeln.

Zwei Facetten dieser vergeblichen englisch-französisch-sowjetischen Annäherungsbemühungen werden sichtbar, wenn man den ganzen Vorgang bei Licht dreht und sorgfältig betrachtet. Als erstes ist bemerkenswert, daß England und Frankreich hier versuchen, ein Bündnis mit einer Diktatur zu schließen. Sowjetrußland ist selbst ein Staat mit Weltherrschaftsambitionen. Er ist pointiert antidemokratisch und er tritt, wie jedermann in Frankreich und in Großbritannien weiß, die Menschenrechte seiner Bürger skrupellos mit Füßen. Die Staatskriminalität, wie sie zum Beispiel an den „Säuberungen“ unter den russischen Eliten 1936 und 1937 sichtbar wird, ist im Westen 1939 wohlbekannt. Der gleiche Win-ston Churchill, der im Mai 1919 vor dem Aldwych-Club in London erklärt:

> *„Von allen Tyranneien der Geschichte ist die bolschewistische die schlimmste, die vernichtendste, die erniedrigendste. Es ist reiner Humbug vorzugeben, sie sei nicht viel schlimmer als der deutsche Militarismus.“*[208]

vertritt die Allianz mit dieser „bolschewistischen Tyrannei“ am 19. Mai 1939 vor dem Unterhaus kurz und bündig mit britischen Interessen:

> *„Ohne wirksame Ostfront wird es keine ausreichende Verteidigung unserer Interessen im Westen geben, und ohne Rußland gibt es keine Ostfront.“*[209]

Skrupel über die Zusammenarbeit mit einer antidemokratischen Diktatur, deren staatliche Mordrate die deutsche bis dahin bei weitem überragt, sind Churchill in seiner Gegnerschaft zu Deutschland offensichtlich fremd. Die politischen Eliten Englands und Frankreichs bemühen sich um ein Bündnis mit einer offensichtlich verbrecherischen Diktatur und begründen das damit, für Demokratie und Menschenrechte einzutreten und die Weltherrschaftsambitionen Deutschlands zu vereiteln. Der Versuch, einen Pakt mit einer Diktatur zu schließen, die Recht und

[207] Magenheimer, Seite 18. Einige Historiker halten die zwei aufgefundenen Niederschriften dieser Stalin-Ausführungen für Fälschungen. Andere führen Nachweise ihrer Echtheit an. Ihr Inhalt entspricht zumindest der Logik der vorerwähnten Lenin-Rede vom 6. Dezember 1920
[208] Bernhardt, Seite 32
[209] Churchill-Memoiren, Seite 454

Freiheit im eigenen Lande seit fast zwei Jahrzehnte stranguliert, enthüllt den Anspruch, Recht, Freiheit und Demokratie zu schützen, als Vorwand für ganz andere Zwecke. England und Frankreich wollen im Sommer 1939 die weitere Stärkung Deutschlands unterbinden. Hier geht es beiden Staaten um ihre eigene Macht und nicht um Polen oder Menschenrechte.

Die andere Facette, die in der deutschen Geschichtsschreibung völlig übergangen wird, ist ein Handel, den Briten und Franzosen bereit sind einzugehen. Während der englisch-französisch-sowjetischen Gespräche im Juli 1939 schraubt die sowjetische Seite ihre Forderungen für eine Allianz gegen Deutschland immer höher. Zu den „Opfern", die die Russen den Briten und Franzosen dabei abverlangen, gehört auch die Überlassung der drei kleinen Baltenstaaten in die Einflußsphäre der Sowjetunion. Der englische Außenminister Halifax nimmt das nur zähneknirschend hin, doch die französische Regierung drängt, eine Allianz mit Rußland daran nicht scheitern zu lassen.[210] Die Allianz scheitert, wie erwähnt, am Einspruch Polens und an der britisch-französischen Weigerung, sich konkret auf die eigene Waffenhilfe festzulegen. So sind Franzosen und Briten im Juli 1939 durchaus dazu bereit, die Balten der „Obhut" der Sowjetunion zu überlassen, um sich die Waffenhilfe der Russen gegen Deutschland dafür einzukaufen. Churchill rechtfertigt die Überlassung der drei Baltenstaaten an die Sowjets in der schon zitierten Unterhausrede am 19. Mai 1939 mit einer angeblichen „Interessengemeinschaft" zwischen Russen, Litauern, Letten und Esten. Er führt dazu aus:

> *„Wie steht es mit den baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland, um derentwillen Peter der Große in den Krieg zog? Rußland hat das größte Interesse daran, daß diese Länder nicht in die Hände Nazideutschlands fallen."* [211]

Vier Wochen später begeht die Deutsche Reichsregierung das gleiche „Verbrechen", das den Briten und Franzosen im Juli 1939 dank des Vetos der Polen nicht gelungen ist: Deutschland überläßt die Letten und die Esten im Molotow-Ribbentrop-Geheimabkommen der Einflußsphäre Rußlands. Um das „Verbrechen" zu präzisieren, muß erwähnt sein, das weder Briten noch Franzosen noch Deutsche den Sowjets zugestehen, Estland, Lettland und Litauen zu annektieren. Die drei Länder gestehen den Russen nur die Einbeziehung der Baltenstaaten in ihre Einflußzone zu. Der Verlauf dieser vergeblichen englisch-französischen Bemühungen, im Juli 1939 ein Pakt mit der Sowjetunion zu schließen, entzaubert die Vorkriegspolitik der beiden Demokratien. Es geht ihnen dabei nicht um Moral und Ideale, es geht allein um Macht.

---

[210] Rassinier, Seite 261 und Benoist-Mechin, Band 7, Seiten 231 ff

[211] Churchill-Memoiren, Seiten 454 f

Die deutsch-sowjetische Verständigung

Schon vor der vorgesehenen Unterzeichnung des fertigen Vertrages zwischen London, Moskau und Paris zeichnet sich der Einspruch Warschaus gegen das Zusammengehen der zwei Westmächte mit den Sowjets ab. Berlin nutzt diese Haltung Warschaus und bietet Moskau am 4. August 1939 Gespräche zur Verständigung an. Am 12. August, noch ehe die Militärdelegationen Englands, Frankreichs und der Sowjetunion in Moskau ihre Verhandlungen über einen Feldzug gegen Deutschland angefangen haben, meldet sich der sowjetische Geschäftsträger in Berlin Astachow ein zweites Mal im Auswärtigen Amt beim Leiter des Ost-Europa-Referats Schnurre. Er übermittelt im Auftrag Molotows, daß man „sowjetischerseits an einer Erörterung der einzelnen, bisher zur Sprache gekommenen Fragengruppen interessiert sei". Bei den Fragen, die da interessieren, nennt Astachow das „polnische Problem".[212] Der Russe schlägt auch gleich vor, in Moskau zu verhandeln.

Am 15. August, dem zweiten Tag der britisch-französisch-russischen Verhandlungen, beginnen in Moskau deutsch-sowjetische Gespräche. Botschafter Graf von der Schulenburg sucht Außenminister Molotow auf und bittet um einen Besuchstermin für seinen Minister von Ribbentrop bei Stalin. Molotow begrüßt die deutsche Absicht, eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion zu suchen. Dann gibt er dem Grafen gegenüber zu erkennen, woran die Sowjets ein Interesse haben. Das sind vier Angelegenheiten. Zuerst hofft man in Moskau auf einen mäßigenden Einfluß Berlins auf Tokio, denn die Sowjetunion und Japan liegen noch im Krieg. Zum zweiten und zum dritten wünscht Molotow einen Nichtangriffspakt und einen Handels- und Kreditvertrag mit Deutschland. Der vierte Wunsch ist offensichtlich eine Täuschung. Molotow spricht davon, die Baltenstaaten gemeinsam zu garantieren.[213] Graf von der Schulenburg berichtet über den Besuch bei Molotow unverzüglich nach Berlin. Bemerkenswert ist, daß er dem Bericht am Tag darauf einen Kurzbrief folgen läßt, in dem er seine Zweifel daran äußert, daß die Sowjets wirklich den Bestand der Baltenstaaten gemeinsam mit den Deutschen garantieren wollen.[214] Jener Kurzbrief vom 16. August kreuzt sich mit der nächsten Weisung aus Berlin. In dieser sichert von Ribbentrop den Sowjets einen Nichtangriffspakt für 25 Jahre zu, und außerdem stellt er in Aussicht, wie ersucht, auf Japan einzuwirken. Wiederum bemerkenswert ist, daß von Ribbentropp bekundet, daß das Deutsche Reich bereit ist, „die baltischen Staaten gemeinsam mit der Sowjetunion zu garantieren."[215]

Tags darauf, am 17. August, meldet sich der deutsche Botschafter ein zweites Mal bei Molotow und überbringt die Reaktionen aus Berlin. Der sowjetische

[212] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 50
[213] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 79
[214] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 88
[215] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 75

Außenminister übergibt seinerseits eine schriftliche formulierte Antwort auf die Fragen, die seit Schulenburgs erster Audienz bei ihm im Räume stehen. In dieser Antwortnote[216] sind noch einmal die Wünsche nach einem Handels- und Kreditabkommen und einem Nichtangriffspakt genannt. Des weiteren räumt Molotow in diesem Schreiben ein, daß die Sowjetunion infolge der sowjetfeindlichen Haltung Deutschlands gezwungen gewesen sei,

> *„erste Maßnahmen zur Vorbereitung einer Abwehrfront gegen eine mögliche Aggression auf die Sowjetunion von Seiten Deutschlands zu ergreifen."*

Damit sind zweifelsohne die vor drei Tagen den Briten und Franzosen vorgeschlagenen Angriffe gegen Ostpreußen und Schlesien gemeint. Der Brief setzt fort:

> *„... daß die Sowjetregierung niemals irgendwelche aggressiven Absichten gegen Deutschland gehabt hat. ..."*

Statt der bisher stets erwähnten Absicht, den Bestand der Baltenrepubliken gemeinsam mit dem Deutschen Reich zu garantieren, schlägt Molotow nun ein „spezielles Protokoll" vor, „das einen integrierenden Bestandteil des Paktes bildet." „Integrierender Bestandteil" heißt, daß dieses „spezielle Protokoll" mit dem Vertrag, den die deutsche Reichsregierung haben will, zum Paket verschnürt wird. Deutschland – so die Botschaft – bekommt beides oder nichts. Da in dem Schreiben Molotows nichts zum Inhalt dieses Protokolls gesagt wird, fragt von der Schulenburg den russischen Minister sofort nach den diesbezüglichen Wünschen der Sowjetregierung. Molotow gibt dazu keine Antwort, doch – wie man heute weiß, ist aus dem „speziellen Protokoll" schon eine Woche später das „geheime Zusatzprotokoll" geworden, mit dem die deutsche Reichsregierung anerkennt, daß Ostpolen, Bessarabien, Finnland und die Baltenstaaten zur Interessensphäre der Sowjetunion gehören. So haben die Sowjets ihre Nägel für den Hitler-Stalin-Pakt vom 24. August schon eingeschlagen, als sie am gleichen Ort noch mit den Briten und Franzosen über einen Krieg mit Deutschland sprechen.

Botschafter von der Schulenburg kabelt Molotows Schreiben am frühen Morgen des 18. August an Minister von Ribbentrop, der noch am gleichen Tage seine Antwort schickt. Der deutsche Außenminister schreibt ohne Kenntnis der Wünsche Stalins und in Verkennung des Sinns des „speziellen Protokolls", daß die Reichsregierung mit der „Garantierung der baltischen Staaten" einverstanden ist.[217]

Am 19. August teilen die englische und die französische Regierung der sowjetischen mit, daß sie den zuvor verhandelten französisch-sowjetischen Vertrag aufgrund des Einspruchs der polnischen Regierung nicht unterzeichnen werden. Damit steht Rußlands Seitenwechsel nichts mehr im Weg. Um 16 Uhr wird der deutsche Botschafter erneut ins Außenamt zu Molotow bestellt. Der überreicht ihm

[216] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 105
[217] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 113

einen Textentwurf für den Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspakt. Der Vertragstext enthält noch nicht das Zusatzprotokoll, doch er endet mit dem Satz:

> *„Der gegenwärtige Pakt ist nur bei gleichzeitiger Unterzeichnung eines besonderen Protokolls über die Punkte, an denen die vertragsschließenden Teile auf dem Gebiet der auswärtigen Politik interessiert sind, gültig.“* [218]

Graf von der Schulenburg übermittelt den Text noch in der gleichen Nacht nach Deutschland. Die „Katze“ mit den Baltenländern ist damit nach wie vor nicht „aus dem Sack“.

Nun folgt Zug auf Zug. Hitler – in der Danzig-Krise unter Zeitdruck – schaut auf den Nichtangriffspakt mit Stalin, von dem er hofft, daß er die Polen, Briten und Franzosen zu einem Nachgeben beim Danzig-Korridor-Problem bewegt. Er schaut nicht auf das Zusatzprotokoll, von dem er immer noch nicht weiß, was die Sowjets da hinein verpacken werden. Hitler telegraphiert am 20. August mit Stalin und teilt mit, daß er dem Entwurf des Nichtangriffspaktes akzeptiert, und daß er Außenminister von Ribbentrop mit „umfassendster Generalvollmacht“ zur Unterzeichnung des Vertrags und zur „Abfassung und Unterzeichnung des Protokolls“ entsenden wolle.[219] Am 21. August dankt Stalin Hitler für das Telegramm und lädt von Ribbentrop für den 23. August nach Moskau ein.[220]

Als Hitler am 22. August bei Salzburg auf dem Obersalzberg die Armee- und Heeresgruppenführer der inzwischen aufmarschierten Wehrmacht informiert, daß er sich nun entschlossen habe, gegen Polen Krieg zu führen, weiß er noch nicht, daß sich Stalin 24 Stunden später von Ribbentrop im Geheimen Zusatzprotokoll große Teile Osteuropas als sowjetische Interessengebiete überschreiben läßt. Noch glaubt Hitler, von Ribbentrop solle in Moskau die Garantie für die drei Baltenstaaten unterschreiben. Er kann zwar ahnen, daß Stalin einen Preis für den Nichtangriffspakt verlangen wird, doch er weiß nicht, daß Rußland sich vier Wochen später selbst zwei Drittel Polens nimmt. Tags darauf, am 23. August, trifft Ribbentrop in Moskau ein. Um 18 Uhr empfangen Stalin und Molotow von Ribbentrop und Graf von der Schulenburg im Kreml. Nach kurzer und höflicher Begrüßung kommt man schnell zur Sache. Der Nichtangriffspakt, auf den man sich bald einigt, entspricht fast ganz dem russischen Entwurf, bis auf den Punkt, daß er für zehn, statt wie von den Sowjets vorgeschlagen fünf Jahre gelten soll. Dann geht es um das von Stalin gewünschte Geheime Zusatzprotokoll. Von Ribbentrop, dem Hitler eine uneingeschränkte Verhandlungsvollmacht mitgegeben hat, ist sich seiner Sache angesichts der Forderungen Stalins nicht ganz sicher. Er bittet gegen 22 Uhr, die Gespräche für kurze Zeit zu unterbrechen, und holt sich telefonisch Hitlers Einverständnis ein.[221]

---

[218] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 133
[219] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 142
[220] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 159
[221] Maser, Seite 41

Hitler vor die Wahl gestellt, mit Stalins Rückendeckung seine Handlungsfreiheit in der Danzig-Frage gegenüber Polen, Großbritannien und Frankreich zu erhalten, oder ohne Stalin auf Danzig, die exterritorialen Transitwege und den Schutz der deutschen Minderheit in Polen zu verzichten, akzeptiert die Interessensphären-Grenzen, die der Russe fordert. Hitler, der Stalins Forderungen vorher nicht gekannt hat, entscheidet offensichtlich ohne langes Zögern. Kurz nach Mitternacht, am 24. August, werden der Nichtangriffspakt[222] und das Geheime Zusatzprotokoll von Molotow und Ribbentrop unterschrieben. Die entscheidenden zwei Abschnitte des Zusatzprotokolls lauten:

> „*1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.*
>
> *2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.*
>
> *Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wären, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden. ...*“ [223]

Die deutsch-sowjetische Einigung, so schnell nach dem Scheitern der vorausgegangenen französisch-englisch-sowjetischen Verhandlungen, ist eine Sensation für ganz Europa, ein Schock für Großbritannien und Frankreich und dennoch für Polen kein Anlaß, in der Danzig-Frage auf Deutschland zuzugehen. Die Überraschung ist so groß, weil die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin seit dem Ersten Weltkrieg nicht frei von Belastungen und Gegensätzen sind. Das Verhältnis zwischen beiden Staaten ist durchaus wechselhaft und das nicht immer nur zu Polens Nachteil. Deutschland verfolgt – vor allem ab 1933 – eine eindeutig antikommunistische Innen- und Außenpolitik. Auf diese Weise steht dem durch Grenzfragen belasteten deutsch-polnischen Verhältnis ein durch Ideologiefragen belastetes deutsch-sowjetisches gegenüber. Doch als Polen sich gegen die Warnung Sowjetrußlands West-Teschen einverleibt, und als es sich gegen den dringenden Wunsch der Deutschen weigert, den Weg zur Rückgliederung Danzigs freizugeben, verletzt es die Interessen beider Nachbarn. Polen verspielt seine bis dahin normal-nachbarlichen Beziehungen wegen zweier kleiner Fleckchen Erde, die beide nicht mal polnisch sind. Es riskiert damit, daß sich die Sowjetunion und Deutschland, die beide Ansprüche auf russisch beziehungsweise deutsch besiedeltes Land an Polen haben, zu Polens Lasten einigen. Und so geschieht es.

---

[222] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 228
[223] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 229

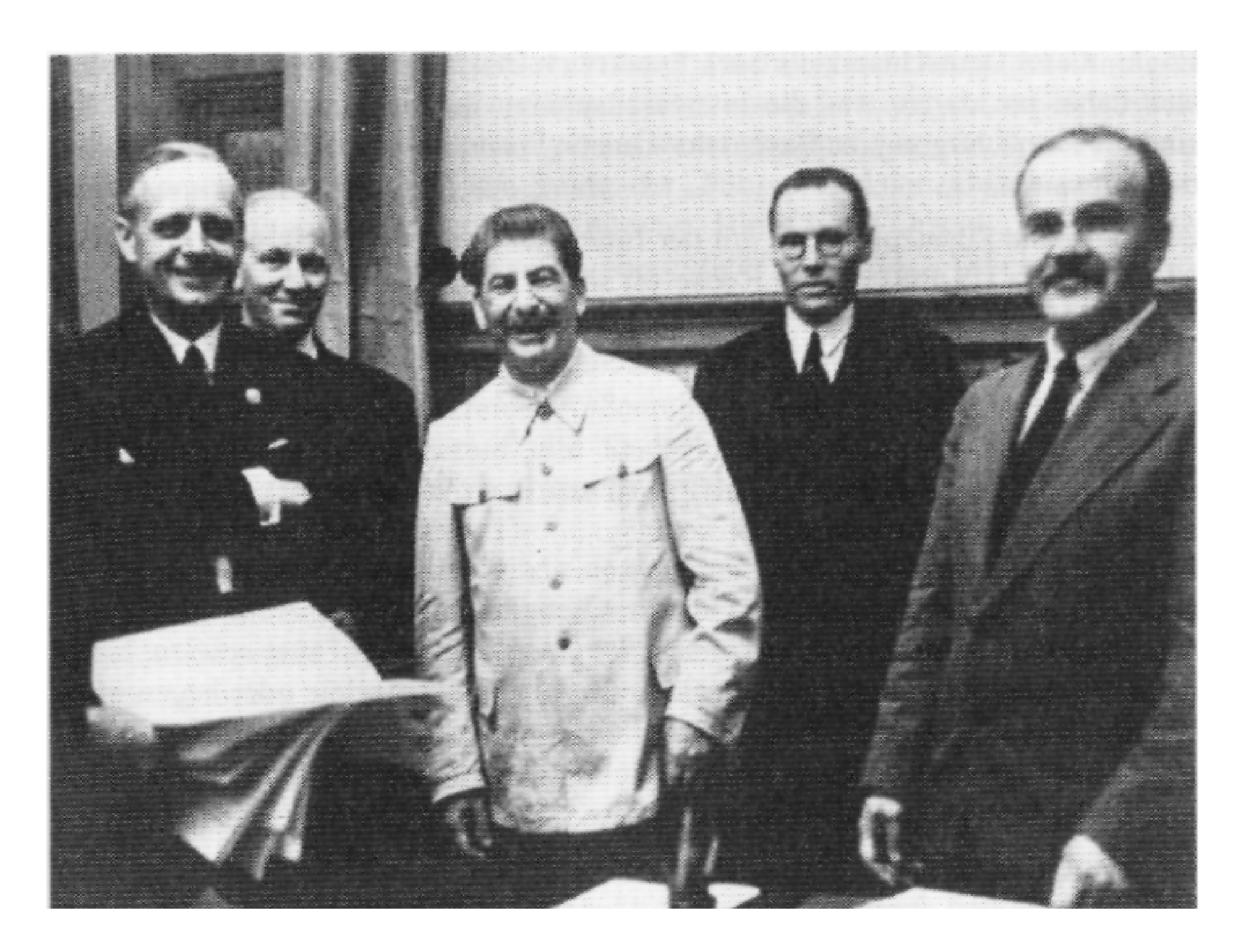


Abb. 12: Nach der Unterzeichnung
Von links: Außenminister v. Ribbentrop, Legationsrat Hencke, Jossif Stalin, Legationsrat Hilger und Außenminister Molotow

Der Deutsch-Sowjetische Nichtangriffspakt sichert sowohl Deutschland als auch Rußland zu, daß die jeweils andere Macht im Falle eines Krieges nicht zum Schütze Polens Partei ergreifen wird. Damit ist auch der deutsch-sowjetische Gegensatz kein Schutz mehr für die Polen in der Mitte.

Das Geheime Zusatzprotokoll spricht nur von Interessensphären. Es bringt nicht zum Ausdruck, daß die Sowjetunion nun Finnland und die Baltenstaaten einkassieren darf. So harsch dies deutsch-sowjetische Geheimabkommen auch später kritisiert wird, es entspricht den Gepflogenheiten jener Zeit. Es ist damals unter allen großen Staaten durchaus üblich, Interessensphären miteinander abzustecken, ohne die Länder in diesen Sphären nach ihrer Meinung zu befragen. So schließen, wie bereits erwähnt, Großbritannien und Italien im April 1938 solch' ein Abkommen:[224] England gibt Italien „freie Hand" in Abessinien und gegenüber Spanien und läßt sich dafür Handlungsfreiheit in Mitteleuropa garantieren. Auch in den schon beschriebenen britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen im Juli 1939 versuchen die Beteiligten, ihre Sphären abzustecken. Sowohl

[224] Britisch-Italienisches Abkommen vom 16. April 1938, siehe Churchill-Memoiren, Seite 115

England und Deutschland, als auch Frankreich, Italien und die Sowjetunion sind sich dabei im klaren, was die Interessensphären in Wirklichkeit bedeuten. Sie sind die Ermächtigung, zu Lasten der kleinen Staaten in den Sphären zu schalten und zu walten.

Das Geheime Zusatzprotokoll mit der Interessensphären-Grenze quer durch Polen wird dem US-Präsidenten Roosevelt schon tags darauf durch den deutschen Diplomaten Herwarth von Bittenfeld aus Moskau zugespielt. Roosevelt unterläßt es, die Polen schnell davon zu informieren.[225]

Der Vermittlungsversuch des Vatikans

In der Zeit der vielfältigen Verhandlungen und Koalitionsgespräche, in der die meisten europäischen Staaten zu allererst bemüht sind, sich gut für einen kommenden Krieg zu positionieren, und in der sie alle mit dem Feuer spielen, bleibt der Heilige Stuhl die einzige Autorität ohne eigene territoriale oder hegemoniale Interessen. Papst Pius XII. sieht, daß ein weiterer Krieg in Europa kaum Sieger, dafür aber viele Verlierer unter den christlich-abendländischen Nationen haben wird.

Polen und Deutschland setzen sich um Gebiete mit deutscher Bevölkerung unter polnischer Hoheit auseinander. England hat in diesem Streit Polens Partei ergriffen. Italien stellt Forderungen an Frankreich nach Dschibuti, Korsika und Nizza. England und Italien haben Differenzen um den Suez-Kanal. Frankreich will Deutschland noch immer nicht aus den Fesseln von Versailles lassen und stellt sich in der Danzig-Frage gegen Deutschland. England gesteht keiner Kontinentalmacht eine Vormachtstellung auf dem Festland zu. Bei soviel Pulverfässern und soviel ausgelegten Lunten kann jeder Funke irgendwo in ganz Europa den Kontinent in kurzer Zeit in Feuer legen.

In dieser hochbrisanten Lage macht Papst Pius XII. den Versuch, die Streitigkeiten der fünf großen Staaten in einer Fünf-Mächte-Friedenskonferenz zu entschärfen, wenn es geht, sie beizulegen und so den Frieden in Europa zu bewahren. Der Heilige Vater, ein Kirchenoberhaupt mit langer eigener diplomatischer Erfahrung, weiß, daß solche Konferenzen durch Sondierungen bei den Beteiligten vorbereitet werden müssen, wenn sie Erfolg versprechen sollen. So entsendet er kirchliche Diplomaten in die Hauptstädte der fünf betroffenen Länder.

Die erste Vorsprache dieser Art findet am 1. Mai 1939 bei Mussolini statt. Nach eintägiger Bedenkzeit stimmt der italienische „Duce“ dem Plan des Papstes ohne Einschränkung oder Bedingungen zu.[226] Am 5. Mai sucht der Berliner Nuntius Monsignore Orsenigo Adolf Hitler in Berchtesgaden auf. Die Protokolle der

[225] Herwarth, Seite 188
[226] Rassinier, Seite 246

Begegnungen überliefern, daß der „Führer“ „nicht an eine Kriegsgefahr glaube, da die gespannte Stimmung mehr auf Hetze als auf Tatsachen zurückzuführen sei.“[227] Hitler behält sich allerdings vor seiner Zustimmung zur Konferenz eine Rücksprache mit Mussolini vor. Beide, der „Führer“ und der „Duce“, hatten sich solche Konsultationen gegenseitig zugesagt. Hitler bittet Orsenigo, „dem Heiligen Stuhl seinen wirklichen Dank zu übermitteln“ und erteilt Außenminister von Ribbentropp sofort den Auftrag, sich mit Mussolini abzusprechen. So haben beide Diktatoren bis zum 5. Mai in einem Falle zu- und im anderen nicht abgesagt.

Am 5. Mai wird auch Frankreichs Außenminister Bonnet vom Friedensplan Pius XII. unterrichtet. Kurz darauf gibt Staatspräsident Daladier dem päpstlichen Nuntius in Paris persönlich den Bescheid, Frankreich „werde an keiner Konferenz teilnehmen, die unter der Drohung deutscher Kanonen stattfände“.[228] Als der Nuntius nachsetzt, wiegelt Daladier mit der Bemerkung ab, mit einer solchen Konferenz stünde „dann für jedermann fest, daß der Papst nur dazu in Anspruch genommen werde, die italienischen Kastanien aus dem Feuer zu holen und ein neues München vorzubereiten.“ Kurz darauf begründet der Generalsekretär[229] des Quai d'Orsay Leger die französische Ablehnung der Friedenskonferenz gegenüber dem US-Botschafter Bullitt in Paris ganz anders:

> *Käme es zu einer solchen Konferenz, „so würde man sowohl von Frankreich als auch von Polen erwarten, daß sie – den Papst als Schiedsrichter und Großbritannien als Oberschiedsrichter über sich – Deutschland und Italien Konzessionen machten“... was Polen betreffe, so sei man am Quai d'Orsay überzeugt, daß Warschau „in der Angelegenheit der deutschen Forderungen den Schiedsspruch einer fremden Macht nicht annähme“. Ansonsten befürchte Frankreich, daß England in der Konferenz die Interessen der Franzosen und Polen „wegschiedsrichtern“ werde, um die Verhandlungen von dem sonst unausweichlichen Thema der britischen Kolonien fernzuhalten.*[230]

Also, Frankreich will 1939 keinen Frieden, der eigene Konzessionen kosten könnte.

Am 5. Mai wird auch Lord Halifax, dem britischen Außenminister, der Plan des Papstes vorgetragen. Er übermittelt seine Antwort gleichen Tages mit einem Telegramm an den britischen Botschafter beim Vatikan, in dem es heißt:

> *„Seine Heiligkeit möge seine guten Dienste getrennt und hintereinander Polen und Deutschland, Frankreich und Italien anbieten“.* [231]

England lehnt es zu der Zeit ab, sich an Verhandlungen über den Streit um Danzig oder die italienisch-französischen Auseinandersetzungen zu beteiligen. Nach

---

[227] ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 331
[228] Tansill, Seite 564
[229] Staatssekretär des französischen Außenministeriums
[230] Tansill, Seiten 564 f
[231] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume V, Seite 435

der bitteren Erfahrung mit der Friedenskonferenz in München, die letztendlich die Unabhängigkeit der Tschechei nicht retten konnte, weil Hitler nicht sein Wort gehalten hat, hat man in London keinen weiteren Bedarf an solchen Konferenzen.

Der polnische Außenminister teilt zum Konferenzvorschlag des Papstes mit, daß Polen an keiner Konferenz teilnehmen möchte, auf der es um polnische Konzessionen an Deutschland gehe. Polen wünsche nicht, an einer „zweiten Münchener Konferenz“ teilzunehmen.[232]

Mussolini, der zunächst zum Konferenz-Plan Pius XII. zugestimmt, und Hitler, der ihn zunächst nicht ausgeschlagen hatte, beantworten das Angebot des Papstes nach der Ablehnung der Franzosen, der Briten und der Polen am 12. Mai mit einer abgestimmten Note. Beide geben zu bedenken, daß

> *„die atmosphärische Lage zur Zeit noch nicht so günstig scheine, um einer internationalen Erörterung im größeren Kreise dienlich zu sein,“* [233]

und bitten von einer päpstlichen Vermittlung abzusehen.

Der Versuch des Papst Pius XII. ist eine von Europas letzten Chancen, einem Krieg, so wie er dann kommt, zu entgehen. Doch Hitler hatte die Basis für eine solche Friedenskonferenz, ein Mindestmaß an allseitigem Vertrauen, bereits zerstört, ehe Pius XII. mit seinem Vorschlag auf den Plan getreten war.

Mit dem Scheitern dieser Papst-Initiative vom Mai 1939 wird erkennbar, daß England und Frankreich seit der Annexion der Tschechei als deutsches Protektorat nicht mehr vor allem an der Erhaltung des Friedens in Europa interessiert sind, sondern in erster Linie an der Eindämmung Deutschlands, auch wenn das Krieg bedeuten sollte. Von nun an ist aus britischer Sicht nicht mehr die Eingliederung Danzigs nach Polen oder Deutschland das, was zählt, sondern ausschließlich Deutschlands Verhalten gegenüber Polen. Polens weiteres Verhalten gegenüber Deutschland ist für England nicht mehr von Belang.

Zwei weitere Friedensinitiativen des Papstes unmittelbar vor Kriegsausbruch bleiben ebenfalls erfolglos.[234]

Der spätere Verlauf der Ereignisse zeigt allerdings, daß Europa ein weiterer Krieg um die Herrschaftsverhältnisse auf dem Kontinent wohl auch ohne Danzig nicht erspart geblieben wäre. Westeuropa hätte Stalins Überfall auf Finnland im November 1939 wahrscheinlich nicht hingenommen, ohne einzugreifen. Spätestens aber mit dem vorgesehenen Angriff der Sowjetunion gegen das Deutsche Reich hätten die Staaten Westeuropas ihre Staats- und Lebensformen vor dem Bolschewismus retten und Partei ergreifen müssen. Stalin kommt trotz seiner weit gediehenen Angriffsvorbereitungen gegen Deutschland im Herbst 1941 nur des-

---

[232] Tansill, Seite 565
[233] ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 372
[234] Am 24. August 1939 und am 31. August 1939

halb nicht zum Zuge, weil Hitler seinen Feldzug gegen die Sowjetunion ein paar Wochen früher startet.

Die Zuspitzung der Lage in Danzig und in Polen

Für die Menschen in Polen, in Deutschland und im Freistaat Danzig ist das Jahr 1939 bis zum Kriegsbeginn mehr als eine Periode heftiger diplomatischer Aktionen. Für viele ist es vor allem eine Zeit hochschäumender Emotionen. Die teils offenen, teils geheimen Verhandlungen um Grenzkorrekturen und Koalitionen für den Krieg, den man förmlich kommen hört, sind den Bürgern in Europa ohnehin kaum noch verständlich.

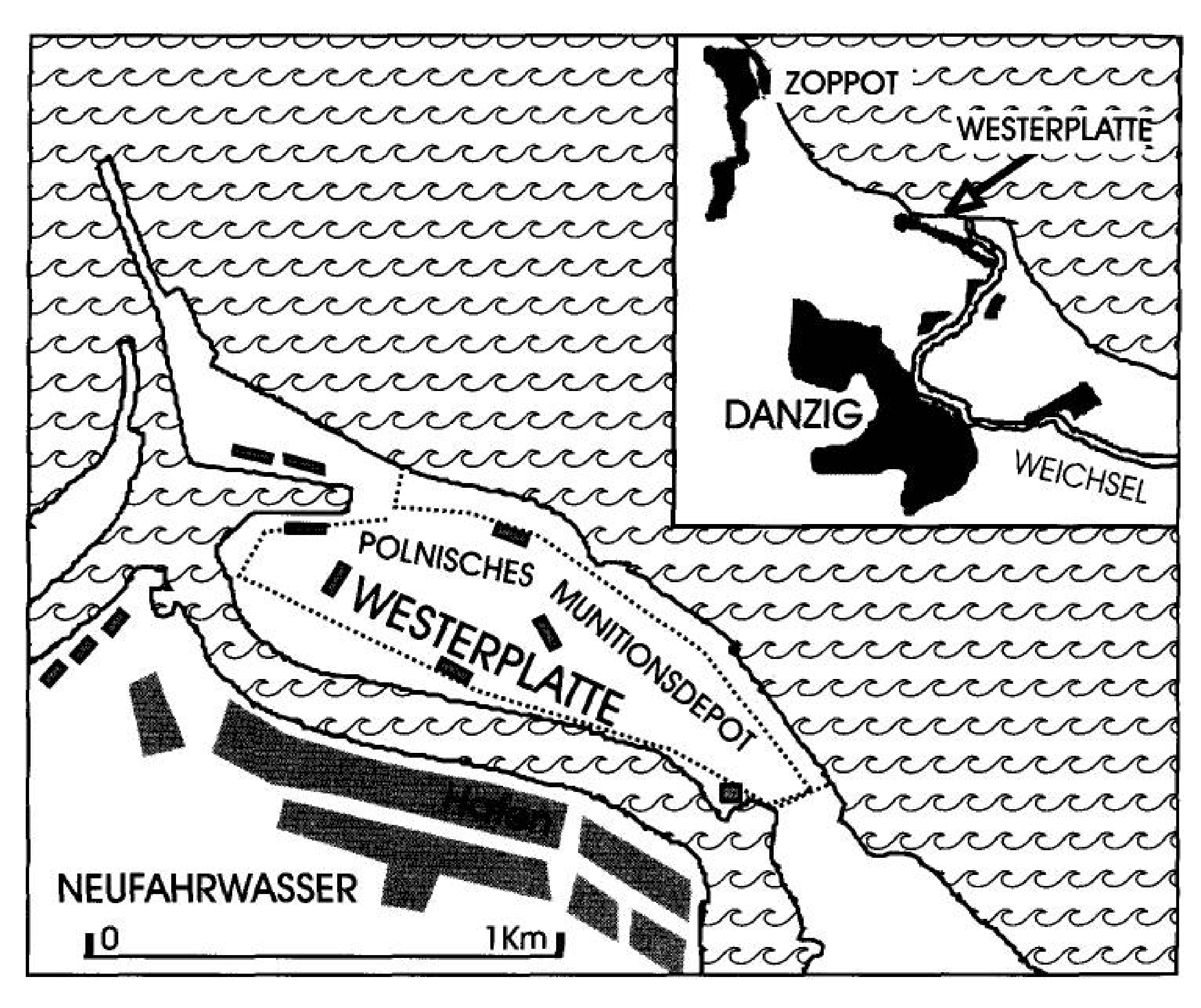
In Danzig steigt das Verlangen nach Anschluß an das Mutterland. In Deutschland glaubt man das Recht auf eigener Seite, wenn Hitler den Anschluß Danzigs und sichere Verkehrswege ins abgeschnittene Ostpreußen fordert. Und in Polen nehmen Wut und Haß gegen die illoyalen Mitbürger deutscher, weißrussischer und ukrainischer Sprache zu.

Seit Englands Garantien und Frankreichs militärischen Versprechungen wächst in Polen ein Gefühl von Siegessicherheit, das sich zwischen Traum und Rausch bewegt. In Deutschland will die Bevölkerung zwar Danzig, aber keinen Krieg. Und in Danzig finden weder Deutsche noch Polen zu der Mäßigung, die 1939 am Platz gewesen wäre. Mit der britischen Garantie im März für Polen und der Kündigung des Deutsch-Polnischen Vertrages in April verschärfen sich die Spannungen zwischen Berlin und Warschau, was man die deutsche Minderheit in Polen sofort spüren läßt. Ab Mai 1939 nehmen die Ausschreitungen von Polen gegen Deutsche wieder schlimme Formen an. Auf dem Lande werden deutsche Höfe in großer Zahl von Polen angezündet, die Bauern weggetrieben, Menschen in den Städten verprügelt, in Einzelfällen totgeschlagen. Deutsche Gottesdienste werden so häufig gestürmt und aufgelöst, daß sich der Vatikan genötigt sieht, dies bei der polnischen Regierung zu beklagen. Die Deutsche Reichsregierung muß im Sommer 1939 Auffanglager einrichten, um des Stromes deutscher Flüchtlinge aus Polen Herr zu werden.[235]

Ab Juni 1939 mehren sich im Freistaat Danzig die gegenseitigen Beschuldigungen und Verdächtigungen zwischen der deutsch-Danziger Bevölkerung und den polnisch-Danziger Behörden.[236] Polnische Militärtransporte fahren durch das Danziger Gebiet, ohne daß sie, wie es vereinbart ist, vorher beim deutschen Danziger Senat gemeldet werden. Die polnische Militärbesatzung im Munitionsdepot

[235] Die Zahl der Geflohenen beträgt bis zur Mitte des August 78.000 auf dem Gebiet des Deutschen Reichs und noch einmal 18.000, die sich nach Danzig retten. Siehe Rasmus, Seiten 28 ff
[236] Die nachfolgende Darstellung ist dem Buch des Völkerbundbeauftragten für Danzig Prof. Burckhardt „Meine Danziger Mission“, Seiten 321—345, und der Aktenlage in den ADAP entnommen.

auf der Westerplatte neben Danzigs Hafen wird auf 240 Soldaten verstärkt, obwohl der Völkerbund nur 88 zugelassen hat. Die polnischen Zöllner, ursprünglich sechs Beamte, sind inzwischen 110 geworden.[237] Als deutsch-Danziger Behörden die Militärtransporte und die Verstärkung bei dem polnischen Generalkommissar beim Danziger Senat, Herrn Chodacki, beanstanden, weist der die Klagen ab.



Karte 34: Danzig und die Westerplatte (wie Karte 29)

Besonders kritisch im Sommer 1939 wird ein Zwist, der als der „Zollinspektorenstreit“ bekannt geworden ist. Ab Mai verschärfen sich Kontrollen und Verhalten der polnischen Zollbeamten gegenüber den Danzigern im kleinen Grenzverkehr, der für die Menschen dort in ihrer Insellage von besonderer Bedeutung ist. Des weiteren maßen sich die polnischen Zollbeamten gegenüber ihren deutschen Kollegen Befehlsbefugnisse an, die sie so nicht haben.[238] Und zur Verärgerung der deutschen Seite wird die Zahl der polnischen Beamten noch wesentlich erhöht. Die deutsche Polizei behauptet, ein Teil der zusätzlichen Zollbeamten gehöre dem polnischen Nachrichtendienst an und werde auf diese Weise nach Danzig

[237] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VI, Document 6

[238] Nach dem Vertrag von Warschau sind die poln. Zollbeamten den deutschen weder über- noch untergeordnet.

eingeschleust. Die deutschen Beamten arbeiten daraufhin mit den polnischen nicht mehr recht zusammen. Die wiederum verzögern die Ausfuhr Danziger Agrar- und Fischereiprodukte, die im heißen 39er Sommer besonders leicht verderben. In dieser angespannten Lage schreibt der Präsident des Danziger Senats dem polnischen Generalkommissar, beschwert sich über die beschriebenen Vorfälle und kündigt an, daß deutsche Zollbeamte von den polnischen in Zukunft keine Weisungen mehr entgegen nehmen werden. Der Generalkommissar Chodacki schickt dem Präsidenten Greiser als Antwort postwendend ein Ultimatum, diese Weisung bis 18 Uhr des gleichen Tags zurückzunehmen[239], andernfalls

> *„wird die polnische Regierung unverzüglich Vergeltung gegen die freie Stadt anwenden".*

Außerdem teilt Chodacki mit, daß der polnische Zoll ab sofort bewaffnet werde.[240] Der Streit wird auch noch dadurch angeheizt, daß ein untergeordneter Beamter aus der Senatsverwaltung eigenmächtig und ohne jeden Auftrag an Chodacki schreibt:

> *„... die Danziger Behörden würden sich mit Gewalt jedem Versuch der polnischen Zollinspektoren widersetzen, ihren Dienst... mit der Waffe auszuüben".*[241]

Hitler, vom Senatspräsidenten um Rat gefragt, drängt, für Entspannung zu sorgen und „die Angelegenheit nicht noch mehr zu vergiften"[242]. Es gelingt dem Präsidenten Greiser den Generalkommissar Chodacki zu bewegen, das Ultimatum aufzuheben.

So belanglos dieser Zwischenfall auch scheint, er zeigt doch, wie nah die Welt am Rand des Krieges steht. Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Weizsäcker übermittelt dem polnischen Geschäftsträger in Berlin die Mißbilligung der Reichsregierung zum Zollinspektorenstreit, zum Ultimatum und zur Drohung gegenüber der Danziger Bevölkerung. Der nimmt Rücksprache mit seinem Ministerium in Warschau und teilt von Weizsäcker tags darauf offiziell mit, daß Polen jede Einmischung der Reichsregierung in die polnisch-Danziger Beziehungen zu Lasten Polens als „Angriffshandlung" betrachten werde.[243] Das polnische Außenamt gibt damit zu verstehen, daß schon jedes Parteiergreifen der Reichsregierung zu Gunsten Danzigs und zu Lasten Polens Krieg bedeuten werde. Angesichts des unbedeutenden Zollstreits in Danzig ist das eine ganz massive Drohung, zumal England und Frankreich zugesichert hatten, Polen in jedem von Deutschland ausgelösten Krieg zu unterstützen.

Hitler zeigt sich über das polnische Ultimatum in dieser ohnehin so spannungsreichen Zeit empört, und er spricht davon, daß „die Grenze seiner Duldsamkeit

---

[239] Chodacki-Ultimatum vom 5. August 1939, 01 Uhr, siehe ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 774
[240] Nach dem Vertrag von Warschau dürfen polnische Zöllner nur Waffen tragen, wenn auch die deutschen Zöllner Waffen tragen.
[241] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 211
[242] ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 771
[243] v. Weizsäcker Erinnerungen, Seiten 244 f

erreicht ist“. Polens Presse gießt nun noch Öl ins Feuer, indem sie schreibt, Hitler habe im Zollstreit „klein beigegeben“ und eine einzige ein wenig schroffe Note habe genügt, „ihn in die Knie zu zwingen“.[244]

Der Britische Botschafter Henderson kommentiert den Danzig-Vorfall am 8. August in einem Brief an Außenminister Halifax in London so:

> *„Die Elemente, die dazu neigen, Deutschland zu demütigen, werden durch Presseartikel in England und Polen bestärkt, ...Es mag sein, daß die Demütigung für Hitler heilsam ist, aber wenn diese gefährliche Politik nicht die der Regierung seiner Majestät ist, so schlage ich ernstlich vor, daß sowohl in Warschau als auch in London das Äußerste getan werden sollte, um zu verhindern, daß Hitler in den nächsten paar Wochen in eine Lage getrieben wird, in der des Diktators Stolz ihm nicht mehr gestatten werde, langsam zu treten, selbst wenn er es wollte.“* [245]

Das ist drei Wochen vor dem Krieg. Das Chodacki-Ultimatum und Hitlers Reaktion darauf so kurz vor Kriegsbeginn lassen Rückschlüsse auf dessen Absichten in Bezug auf Polen zu. Wenn der „Führer“ wirklich Krieg mit Polen statt nur Danzig und die Transitwege hätte haben wollen, hätte er ihn jetzt leicht haben können. Er hätte dem Danziger Senat nur bedeuten müssen, im Zollinspektoren-Streit nicht nachzugeben. Polen wäre dann, wie angedroht, gegen den Freistaat vorgegangen. Danzig hätte als Reaktion darauf den Anschluß an das Deutsche Reich erklären können und Polen wäre – das ist sicher – militärisch gegen Danzig vorgegangen. Damit hätten die Polen und nicht die Deutschen den Krieg, der in der Luft liegt, ausgelöst. Wenn Hitler Anfang August 1939 unbedingt Krieg mit Polen hätte haben wollen, hätte er sich diese Chance kaum entgehen lassen. Er hätte Senatspräsident Greiser wohl nicht den Rat gegeben, „die Angelegenheit nicht noch mehr zu vergiften.“

Zusätzlich zu den realen Turbulenzen kommen die fiktiven. Am 5. Juli 1939 kursiert das Gerücht, der „Führer“ werde heute in Danzig Einzug halten, und der Anschluß an das Reich sei nur noch eine Frage weniger Stunden. An alledem ist kein Stück wahr, doch es zeigt die inzwischen überspannte Lage in der abgetrennten Stadt.[246] Ebenfalls im Juli verbreitet sich die falsche Nachricht, die Polen planten, die Eisenbahnlinien innerhalb des Freistaats militärisch zu besetzen. Die polnische Regierung dementiert, und es geschieht auch nichts dergleichen.

Im Juli und August spitzt sich die Lage in Polen und an den polnisch-deutschen Grenzen derart zu, daß Danzig fast zur Nebensache wird.[247] Im Juli erreichen die deutschfeindlichen Demonstrationen in Polens Städten einen neuen Höhepunkt. Zwangsvollzogene Geschäfts- und Betriebsschließungen von Firmen mit deut-

[244] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 213
[245] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VI, Document 585
[246] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 209
[247] AA 1939 Nr. 2, Dokumente 393 bis 444. Die folgenden Ereignisse sind auch im STADER TAGEBLATT Juli und August 1939 nachzulesen.

schen Eigentümern sind an der Tagesordnung. Im gerade eben von Polen neu erworbenen Teschener-Gebiet werden deutschsprachige und tschechische Lehrer, Pastoren und Beamte ohne Pensionen aus dem Dienst entlassen, weil sie „illoyal und von staatsfeindlicher Gesinnung“ seien. In Oberschlesien sind es die deutschsprachigen Arbeiter und leitenden Angestellten, die in Massen aus der Industrie entlassen werden, dazu die Forstbeamten und die Waldarbeiter. Weitere deutsche Schulen müssen auf Anweisung polnischer Behörden schließen. Von Anfang Juli bis Mitte August 1939 melden die deutschen Konsuln in Polen viele hundert Überfälle auf „Volksdeutsche“. Das Spektrum reicht dabei vom Verprügeln bis zur Kastration. Ähnliches wird aus Galizien berichtet: Massenverhaftungen von Ukrainern, die Zerstörung einer großen Zahl orthodoxer und ukrainisch-katholischer Kirchen und in Lemberg das Verbot der ukrainischsprachigen Zeitung DILO.

Auf deutscher Seite werden die polnischen Ausschreitungen gegen Angehörige der deutschen Minderheit inzwischen durch staatliche Repressalien gegen Polen im Reichsgebiet vergolten. Den Ausweisungen von Deutschen dort folgen Ausweisungen von Polen hier. Das alles wiederum heizt die antideutsche Stimmung in Polen nur noch weiter an.

Derweilen rumort es in Danzig, wenn auch auf eine andere Weise. Die deutsche Bevölkerung der Stadt fordert auf Großveranstaltungen mit der Parole „heim ins Reich“ den Anschluß an das Mutterland. Die SS-Heimwehr tritt im August zum ersten Male öffentlich mit einer Parade in den Straßen Danzigs auf. Und Gauleiter Forster provoziert völlig überflüssig London und Paris. Bei einer Massenveranstaltung wirft er Briten und Franzosen vor, sich unberechtigt in Danziger Angelegenheiten einzumischen und dabei die Partei der Polen zu ergreifen:

> *„Es geht sie gar nichts an, wie wir unsere Zukunft gestalten wollen. Wir Danziger kümmern uns auch nicht darum, wie die Engländer und Franzosen sich ihr Schicksal zu gestalten versuchen“.*[248]

Auch im Ausland wird der Krieg herbeigeredet und die Stimmung angeheizt, was allerdings nach der Tschechei-Besetzung, nach Italiens Angriff auf Albanien und angesichts der Eskalation in Polen nicht verwundert. Im April 1939 teilt Englands Außenminister Lord Halifax US-Präsident Roosevelt mit, daß die britische Flotte jeden Augenblick Ziel eines deutschen „Blitzangriffs“ werden könnte.[249] Am 9. April meldet US-Botschafter Bullit aus Paris an das State Department[250] in Washington:

> *„Ich sprach heute nacht kurz mit Bonnet (dem französischen Außenminister). Er bat mich, meine Regierung darüber zu informieren, daß es fünf Minuten vor zwölf sei. Jeden Augenblick könne der Krieg ausbrechen.“* [251]

248

249

[248] STADER TAGEBLATT vom 14. August 1939
[249] Note vom 5. April 1939, siehe Tansill, Seite 554
[250] US-Außenministerium
[251] Tansill, Seite 558

Zwei Tage später berichtet Bullitt über ein Gespräch mit dem französischen Ministerpräsidenten Daladier nach Washington. Er schreibt, daß Daladier glaube, daß Hitler und Mussolini „wahrscheinlich in ein bis zwei Wochen zum Krieg schreiten würden".[252] Zu der Zeit versucht die Reichsregierung noch immer, in der Danzig- und der Korridor-Frage auf dem Verhandlungsweg zum Ziel zu kommen.

Auch der August bringt keine Besserung der Lage. Das Deutsche Reich bleibt gegenüber Polen bei den bekannten Forderungen. Die Polen lehnen jede Einigung zu ihren Lasten in der Danzig- und der Transitwege-Frage ab. Engländer und Franzosen versuchen, die Russen gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen, ehe Deutschland seinerseits die Russen für die kommenden Auseinandersetzung zur Neutralität verpflichtet. Derweil wird die Hintergrundmusik aus Danzig und aus Polen immer schriller.

Am 16. August versucht Englands Botschafter Henderson noch einmal von Berlin aus zu Vernunft und Mäßigung zu raten. Er schickt Außenminister Halifax ein Telegramm und schreibt:

> *„Ich würde persönlich empfehlen, der polnischen Regierung nahezulegen – und zwar sofort nahezulegen – ihren hiesigen Botschafter anzuweisen, irgendeinen diplomatischen Schritt zu unternehmen, was ihm über Göring ein leichtes sein sollte. ... Lipski ist, trotz allem was vorgefallen ist, hier immer noch „persona grata"* [253]*. Die Polen könnten vorschlagen, zum Verhandlungsstand vor dem März zurückzukehren ... um es zu ermöglichen, wieder in Gespräche einzusteigen."* [254]

Zwei Telegramme am Folgetag von Halifax an Kennard, den englischen Botschafter in Warschau zeigen keine Reaktion auf Hendersons Empfehlung.

In der letzten Woche vor dem Kriegsausbruch versuchen polnische Flak-Batterien noch ein paar Mal, Passagiermaschinen der Deutschen Lufthansa auf ihrem Flug von Berlin nach Königsberg über der Ostsee abzuschießen. Es kommt zu zahlreichen Schießereien an den Grenzübergängen zwischen polnischen und deutschen Zollbeamten und Soldaten, wobei es viele Tote gibt. Das „Abfackeln" deutscher Bauernhöfe im polnischen Grenzland geht unvermindert weiter. Im August greifen die Überfälle und Brandstiftungen der Polen auch auf die deutsche Seite der Grenze über. Völlig überflüssiger Weise inszeniert der „Sicherheitsdienst des Reichsführers SS" (SD) in den letzten Tagen vor Beginn des Krieges beiderseits der Grenze fingierte Brand- und Sprengstoffanschläge, um die dann für die Propaganda auszuschlachten.[255] Diese illegalen Aktivitäten des SD wären angesichts der Vielzahl der ohnehin geschehenden polnischen Übergriffe

---

[252] Tansill, Seite 558
[253] Erwünschte Person
[254] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 35
[255] Rasmus, Seiten 92f und 357

nicht erforderlich gewesen, um das Ausland gegen Polen aufzubringen oder um noch einen Anlaß für den deutschen Einmarsch in Polen zu schaffen. Die Bevölkerung auf der deutschen Seite sieht den Flüchtlingsstrom, die Schießereien und die Angriffe auf die deutschen Bauern jenseits der Grenze mit zunehmendem Entsetzen. Sie erwartet, daß man dem Treiben bald ein Ende setzt. Am 31. August, dem Tag vor Kriegsbeginn ermorden Polen in Krakau auch noch den dort tätigen deutschen Konsul. Die deutsch-polnische Grenze steht im August 1939 auch ohne Krieg in Flammen.

Die öffentliche Meinung im Deutschen Reich zu Danzig, Krieg und Polen

Die öffentliche Meinung in Deutschland zum Nachbarvolk im Osten, zu den nach dem Weltkrieg verlorenen Gebieten und zu einer möglichen Auseinandersetzung um Danzig, Westpreußen und Oberschlesien fällt vor dem Zweiten Weltkrieg selbstverständlich noch ganz anders aus, als nach der Katastrophe des 1945 verlorenen Krieges. Vor 1939 sind Zustimmung oder Ablehnung zur deutschen Außenpolitik gegenüber Polen im wesentlichen von den Ansichten geprägt, die die Mehrheit der Bevölkerung ganz allgemein zu der Zeit über die Politik des Diktators Hitler hat. Und die beschreibt der 1938 nach England emigrierte Journalist Sebastian Haffner in seinem Nachkriegsbuch „Anmerkungen zu Hitler" ganz treffend dem Sinne nach wie folgt:[256]

> *„Die .positiven Leistungen' Hitlers haben Deutschlands Bevölkerung zu der Zeit unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu Arbeiterschaft oder Bürgertum und unabhängig von ihren früheren Bindungen an KPD, SPD, Zentrum oder wen auch immer in eine , Hitleranhängerschaft und Führergläubigkeit' versetzt, die einer gesunden Kritik so gut wie keinen Spielraum läßt. Die Liste hitlerscher Leistungen ist inzwischen lang und respektabel. Man hält ihm ein Wirtschaftswunder ohne Inflation inmitten einer anhaltenden weltweiten Depression zugute. ‚Aus schreiender Not und Massenelend' so Sebastian Haffner, ‚war allgemein ein bescheiden-behaglicher Wohlstand geworden. Die Versailler Strafauflagen sind weitgehend außer Kraft gesetzt. Das Saarland und das Memelland gehören wieder zum Reich, ebenso die Österreicher, die den Anschluß in zwei Volksabstimmungen selbst gefordert hatten, und die Sudetendeutschen. Krieg hat es deswegen wunderbarerweise nicht gegeben. So ist die deutsche Bevölkerung, was die hitlersche Regierungszeit bis Kriegsbeginn betrifft, erfolgsverwöhnt und voll Vertrauen. Die Negativseite der Bilanz mit der Verfolgung politisch Andersdenkender und mit den Verbrechen gegen Minderheiten*

[256] Haffner, Seiten 37 ff

fremder Abstammung tritt nicht so klar zu Tage und wird als nicht so schwer bewertet, daß sie die Erfolge und das Vertrauen schmälert.“

So weit Haffners „Anmerkungen zu Hitler“. Mit dieser Beschreibung schildert der Emigrant Haffner, wie interessierte Bürger 1939 die Situation im eigenen Lande und die Position des Deutschen Reiches in der Welt empfunden, gesehen und bewertet haben. Das hilft, die Frage zu beantworten, warum das deutsche Volk die Außenpolitik, die zur Kriegseröffnung führt, so akzeptiert hat, wie es das im späten Sommer des Jahres 1939 tut. Haffner widersteht der Versuchung, sein Nachkriegswissen von Verlauf und Ende dieses Krieges in die Betrachtung der Menschen von 1939 einzufügen. Er beschreibt allein, was man in Deutschland **damals** denkt.

In der positiven Grundstimmung jener Zeit folgt das deutsche Volk seinem ersten Politiker auf dem Weg in die große Katastrophe, die wir heute den Zweiten Weltkrieg nennen. Für den deutschen Normalbürger von 1939 ist der damalige Beginn eines neuen Krieges zunächst nur ein letzter, noch ausstehender Schritt, die unberechtigten Sanktionen und die Völkerrechtsbrüche von Versailles zu beenden. Dieser letzte Schritt soll der Befreiung der deutschen Landsleute dienen, die seit 20 Jahren gezwungenermaßen unter polnischer Herrschaft leben müssen. Daß dieser Schritt zur endgültigen Überwindung von Versailles auch der erste in eine ganz andere Richtung ist, die zuerst zum neuen Weltkrieg und dann 1945 zu einer weiteren Niederlage führt, kann man damals noch nicht wissen. Daß trotzdem nicht wenige Menschen schon 1939 bange Ahnungen hegen, heißt nicht, daß sie mit Klarheit wissen, was sich aus dem Streit mit Polen noch entwickelt.

Bis 1939 wirken ganz andere Faktoren auf die öffentliche Meinung als ab Beginn des Krieges. Als erstes sind da Hitlers Reden, in denen der „Führer“ seinen Friedenswillen immer wieder suggestiv betont. Er sagt so oft, daß man es ihm glaubt, daß er die Leiden des Krieges aus eigener, bitterer Erfahrung kennt, und daß er dem Frieden in Europa dienen wolle. Zum zweiten, bei aller Pokerei, die man auch damals schon bei Hitler sehen kann, spricht für seine Außenpolitik, daß er von der Angliederung des Saargebietes über die Besetzung des Rheinlandes, bis zum Anschluß Österreichs und der Sudetenlande, ja selbst bei der unrechtmäßigen Besetzung der Rest-Tschechei immer ohne Krieg und Blutvergießen ausgekommen ist.

Zum dritten registriert die Bevölkerung bei der Lösung der damals anstehenden Danzig-Frage durchaus, daß Hitler als erster Nachkriegskanzler auf die Heimkehr Westpreußen-Pomerellens und die Korrektur der Grenzen innerhalb Oberschlesiens verzichtet, und daß Posen für ihn schon längst kein Thema mehr ist. Das Deutsche Reich hätte nach dem seit 1918 anerkannten Selbstbestimmungsrecht der Völker genauso seine Interessen an den bis 1919 überwiegend deutsch geprägten und bewohnten Teilen Westpreußens und Oberschlesiens geltend machen können. Die Selbstbeschränkung auf Danzig, die sich Adolf Hitler augenscheinlich gegenüber der polnischen Regierung auferlegt, und die Gewißheit,

daß Danzig deutsch und nicht im geringsten polnisch ist, macht die Menschen in ganz Deutschland glauben, daß Hitler den Streit mit Polen um eine durch und durch gerechte Sache führt.

Der vierte Faktor, der die öffentliche Meinung 1939 für Hitlers Haltung gegenüber Polen einnimmt, ist der Informationsstand der Menschen zur Danzig-Lage und zu den Verkehrsproblemen auf den Transitstrecken in das abgetrennte Ostpreußen. Jedermann in Deutschland weiß, daß Danzig ein halbautonomes Gebiet unter Aufsicht des Völkerbunds geworden ist und nicht ein Teil des Staates Polen. Jeder weiß, daß die Danziger Bevölkerung in den vergangenen Jahren mehrmals Volksabstimmungen gefordert hat, und daß sie dem „eigenen" Lande angeschlossen werden möchte. Jedermann hat davon Kenntnis, daß Polen selbst Ansprüche auf den halbautonomen Freistaat erhebt und Krieg für den Fall der Angliederung Danzigs an das Reich angekündigt hat. Jeder kennt die Berichte von den Zuständen auf den Transitwegen durch den Korridor, von verplombten Zügen, Zollschikanen, Gewehrschüssen auf Personenzüge und von den Versuchen polnischer Flak-Batterien, Lufthansamaschinen abzuschießen.

Was als fünftes schlimmer noch als Danzig wirkt, ist die Unterdrückung der deutschen Minderheit in Polen. Das Schicksal der deutschen, die in den abgetrennten Gebieten geblieben und nicht abgewandert sind, gleicht dem der Kosovo-Albaner im Jugoslawien der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts. So wie die Freie Welt im Jahre 1999 glaubt, die Drangsal und Verfolgung der Kosovaren nicht länger tatenlos mit ansehen zu dürfen und deshalb einen Krieg gegen Serbien beginnt, so glaubt auch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung im Jahre 1939, daß sie die Leiden ihrer Landsleute in Polen nicht weiter dulden darf. So folgt sie Hitler zwar mit Bangen, doch auch mit dem Glauben an die „gerechte Sache" in den Krieg.

Ein sechster Grund, der zur Solidarisierung der Bevölkerung bei Kriegsbeginn mit Hitler führt, ist das Bild, das man sich vom Ausland macht. Der sogenannte Friede von Versailles steht im krassen Gegensatz zu den moderaten Friedensschlüssen der Deutschen in den vergangenen hundert Jahren. Die Bedingungen der Friedensschlüsse sind 1815 mit Frankreich, 1866 mit Österreich und 1872 wiederum mit Frankreich ausgehandelt worden und nicht diktiert. Keines der unterlegenen Länder ist je entwaffnet und ausgeplündert worden. Keinem ist nachträglich die Alleinschuld am Kriegsausbruch wie ein Urteilsspruch zudiktiert worden. Keinem der besiegten Völker wurde nach der Niederlage die kollektive Ehre aberkannt. Die Deutschen kennen nach dem Ersten Weltkrieg durchaus noch die Vorgeschichte dieses Krieges im Detail. Sie bewerten Versailles als das, was es nach ihrem Kenntnisstand ohne jeden Zweifel ist: ein Akt der Rache Frankreichs, der Bereicherung Englands, der Naivität Amerikas und ein Judaslohn für das ehemals verbündete Italien, insgesamt ein Rückfall in die Zeit der Barbarei. Großbritannien und Frankreich sind nach dieser Vorgeschichte für die Deutschen von 1939 keine Mächte, denen man noch traut. Wenn Hitler England und Frankreich vor dem Krieg oft unklug vor den Kopf stößt, muß er nicht mit der Kritik

breiter Bevölkerungsschichten im eigenen Lande rechnen. Es sind meist nur Diplomaten, Politiker und hohe Offiziere, die sehen, wohin das alles führen kann.

Ein siebter Faktor ist sicherlich die Erfahrung der Jahre seit dem Krieg. Weder die Sieger noch der Völkerbund haben den besiegten Deutschen von sich aus die Hand zur Versöhnung hingehalten. Viele Siegerstaaten haben statt dessen ihre Versailler Abrüstungsverpflichtungen nicht eingehalten. Frankreich hat zudem in der Zeit, in der Deutschland militärisch so gut wie wehrlos ist, ein Netz von Militärverträgen mit Deutschlands Nachbarstaaten um das Reich gelegt. In der Zeit vor Hitler haben England, Frankreich und Amerika den demokratisch legitimierten Reichsregierungen kein einziges territoriales Zugeständnis eingeräumt, das den Deutschen die Nachkriegsordnung von Versailles hätte erträglich machen können.[257] Vor diesem Hintergrund sind Hitlers Brachialmethoden erst einmal attraktiv geworden. So nimmt es nicht Wunder, daß man in Deutschland 1939 und im Falle Danzigs ganz besonders die Selbsthilfe für eine legitime und probate Form des Umgangs unter Staaten hält. Was aus heutiger Sicht so brachial wirkt, ist für die Menschen in den 30er Jahren nur das konsequente Durchsetzen des Selbstbestimmungsrechts, das den Deutschen zusteht wie allen anderen Völkern. Diese Sicht der Deutschen ist übrigens auch klugen Briten damals durchaus nicht völlig unverständlich. So schreibt Englands Botschafter in Berlin Sir Henderson schon bald nach Kriegsbeginn mit offensichtlichem Bedauern:

> *„Die Nachkriegserfahrung hatte Nazi-Deutschland unglücklicherweise gelehrt, daß man ohne Gewalt oder Androhung von Gewalt nichts erreichen konnte.“* [258]

Fast niemand im Deutschen Reich will 1939 einen neuen Krieg. Die Schrecken des vergangenen sind längst noch nicht vergessen. Doch fast jedermann möchte, daß die ungelösten Probleme mit den Polen bald geregelt werden. Die Mehrheit der Deutschen hofft zunächst auf die deutsch-polnischen Verhandlungen und danach auf Hitlers Methode, mit dem Militär zu drohen. Als der Erfolg versagt bleibt, und Hitler den Befehl zum Angriff gegen Polen gibt, akzeptiert die Mehrheit aller Bürger diesen neuen Krieg, von dem sie bis zuletzt gehofft hat, er bliebe ihr erspart.

Polens Selbsteinschätzung am Vorabend des Krieges

Mit den britisch-französischen Garantieerklärungen im Rücken und im Vertrauen auf den versprochenen Großangriff der Franzosen gegen Deutschland im Falle eines Krieges wiegt sich die polnische Staatsführung im Frühjahr und Sommer 1939 in einer trügerischen Sicherheit. Aus polnischer Sicht sitzt Deutschland in einer Falle zwischen etwa 120 französischen und weiteren englischen Divisionen

[257] Selbst der vorzeitige Abzug der Besatzungstruppen 1930 hat mit der deutschen Zusicherung erkauft werden müssen, bis 1988 Reparationen zu zahlen.
[258] Henderson, Seite 197

im Westen, der starken britischen Kriegsflotte auf den Meeren und 45 polnischen Divisionen im Osten. Außenminister Beck und mit ihm offensichtlich die Mehrheit der Regierung wiegen sich in der Illusion, daß die polnischen Streitkräfte der Wehrmacht überlegen sind, und daß sie die Wehrmacht im Zusammenwirken mit Briten und Franzosen schlagen werden.

Unmittelbar nach den englischen und französischen Garantie- und Hilfsversprechen berichtet Botschafter von Moltke über die polnischen Ansichten zu diesem Thema von Warschau nach Berlin:

> *„In dieser Selbstsicherheit und Überschätzung der eigenen militärischen Stärke, wie sie in der Presse zum Ausdruck kommt, liegt im Hinblick auf den polnischen Nationalcharakter eine Gefahr. Daß es sich hierbei nicht nur um Pressepropaganda handelt, zeigt eine verbürgte Äußerung, die der Vizekriegsminister Gluchowski in einer seriösen Unterhaltung getan hat, wobei er ausführte, die deutsche Wehrmacht sei ein großer Bluff, denn Deutschland fehlen die ausgebildeten Reserven, um seine Verbände aufzufüllen. Auf die Frage, ob er glaube, daß Polen im Ernst Deutschland überlegen sei, antwortete Gluchowski: ‚Aber selbstverständlich'.“* [259]

Gmchowski steht mit dieser Einschätzung der Stärke Polens nicht allein. Am 15. Mai 1939, während der polnisch-französischen Militärverhandlungen in Paris, fragen Mitglieder der französischen Delegation den polnischen Kriegsminister General Kasprzycki, ob die polnischen Grenzbefestigungen einem deutschen Angriff standhalten werden. Er antwortet voll Selbstbewußtsein:

> *„Wir haben keine Befestigungen, denn wir gedenken einen Bewegungskriegzuführen und gleich bei Beginn der Operationen in Deutschland einzufallen.“* [260]

Zwei Wochen vor Beginn des Krieges warnt der französische Außenminister Bonnet den polnischen Botschafter Graf Łukasiewicz vor der Stärke der deutschen Wehrmacht. Auch Łukasiewicz weist die Befürchtungen Bonnets mit der Bemerkung ab:

> *„Im Gegenteil, die polnische Armee wird vom ersten Tage an nach Deutschland eindringen.“*[261]

In Polens Regierungskreisen haben sich offensichtlich Gerüchte über die ablehnende Haltung der Wehrmachtsführung gegenüber Hitlers Angriffsplänen herumgesprochen. Auch das nährt die Siegessicherheit in Polen. 18 Stunden vor Beginn des Krieges versuchen ein schwedischer Vermittler namens Dahlems und ein Diplomat der britischen Botschaft in Berlin in sozusagen letzter Stunde dem polnischen Botschafter Lipski ein weiteres Verhandlungsangebot Hitlers zu überbringen. Lipski macht deutlich, daß er es nicht zur Kenntnis nehmen will und sagt dem Briten:

---

[259] Botschafterbericht vom 28. März 1939 aus Warschau, siehe ADAP, Serie D, Band VI, Dokument 115 und AA 1939 Band 2, Dokument 210
[260] Bonnet, Seite 224
[261] Bonnet, Seite 252

„daß er in keiner Weise Anlaß habe, sich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren. Er kenne die Lage in Deutschland nach seiner fünfeinhalbjährigen Tätigkeit als Botschafter gut. ...Er sei davon überzeugt, daß im Fall eines Krieges Unruhen in diesem Land ausbrechen und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden.“ [262]

Selbst nach dem 23. August, an dem der für Polen so verhängnisvolle deutsch-sowjetische Vertrag geschlossen wird, schätzt Polens Außenminister Beck die Lage seines Landes immer noch nicht richtig ein. Er bewertet den Pakt als eine Verzweiflungstat der Deutschen, die nach seiner Meinung gegenüber den alliierten Polen, Briten und Franzosen in einer schlechten Lage stecken.[263] Beck ist durch die überzogene Selbstdarstellung der polnischen Armee beeinflußt, durch die aufgewühlte Kriegsstimmung der Bevölkerung gebunden und durch die antideutsche Haltung der Medien in Polen so sehr festgelegt, daß ihm nun durch polnisches Verschulden kein Spielraum in der Danzig-Frage offenbleibt. Die wenigen mäßigenden Stimmen, die es trotzdem noch in Polen gibt, verhallen ohne Wirkung. Am 23. August – das soll als Beispiel dienen – erscheint Graf Lubieński, der Kabinettschef des polnischen Außenministers, aus Warschau in Berlin und versucht, die drohende Krise zu entschärfen, indem er seinen Minister als friedens- und verhandlungswillig, doch im Moment nicht handlungsfähig schildert. Lubieński will Zeit für Beck gewinnen. Sein Argument:

„Oberst Beck ist sich über die Lage durchaus im klaren. Er unterschätzt keineswegs die Stärke der deutschen Armee, obwohl Marschall Rydz-Smigly ständig behauptet, er werde sie in einer neuen Schlacht bei Grunwald[264] *in Stücke schlagen. Er kennt ebenfalls die Schwäche der französischen und britischen Armee. Im übrigen bereitet ihm die zwischen Deutschland und der Sowjetunion eingetretene Entspannung große Sorge. Aber Sie müssen auch einsehen, daß die nationale Stimmung in Polen bis zur Weißglut angefacht ist und kein Staatsmann heute das Zauberwort finden kann, um die entfesselten Geister wieder zu beschwichtigen ...“* [265]

Lubieńskis Mission bleibt bedauerlicher Weise ohne Wirkung. Beck zieht keine Konsequenzen. Er verpaßt die Chance, den Status der Stadt Danzig zu Gunsten der dafür angebotenen Garantie der Nachkriegsgrenzen Polens einzutauschen. Letzteres ist immerhin über 20 Jahre lang das Ziel der polnischen Außenpolitik gewesen.

So glaubt in Polen die Mehrzahl der Offiziere, Diplomaten, Politiker und Medienmitarbeiter am Tag vor Kriegsbeginn eher an den Einzug polnischer Truppen in Berlin als an die baldige Eroberung der Hauptstadt Warschau durch die Wehrmacht.

---

[262] Dahlems, Seite 110 und IMT-Protokolle, Band IX, Seite 521
[263] Rassinier, Seite 268
[264] Historische Schlacht bei Tannenberg 1410
[265] Benoist-Méchin, Band 7, Seiten 433 f

Die letzten Vermittlungsvorschläge

Der August 1939 wird zu einem in jeder Hinsicht heißen Monat. Briten, Polen, Russen, Franzosen, Italiener, Deutsche, Amerikaner, Belgier, Schweden und der Heilige Stuhl schüren je nach Interessenlage Feuer oder schleppen Wassereimer; die einen für den Frieden, die anderen für das Selbstbestimmungsrecht des eigenen Volkes oder für die eigene Besitzstandwahrung und letzten Endes die meisten für den Krieg.

Der König der Belgier appelliert im Namen der Oberhäupter vieler kleiner Staaten an Deutsche und an Polen, sich gütlich zu einigen und den Frieden für Europa zu erhalten. Die Bemühungen des Heiligen Vaters vom Mai, die zerstrittenen Mächte zu einer Friedenskonferenz zu rufen, sind bereits beschrieben. Die Italiener stimmen sofort zu. Die Briten, die Franzosen und die Polen winken ab und Deutschland antwortet, dann habe es wohl keinen Zweck. Im August folgt eine Serie weiterer Konferenzversuche. Am 8. August schlägt der schwedische Vermittler Dahlems ein geheimes deutsch-britisch-französisch-italienisches Gespräch über eine friedliche Beilegung der Streitigkeiten vor.[266] Das Deutsche Reich, vertreten durch Minister Göring, sagt sofort zu. England läßt wissen, daß mit einer englischen Antwort erst nach Ablauf einiger Zeit zu rechnen sei. Die Briten und Franzosen verhandeln zu der Zeit mit den Sowjets in Moskau, um ein Dreierbündnis gegen Deutschland abzuschließen. Man kann vermuten, daß London erst den Vertrag mit Moskau in trockenen Tüchern haben will, ehe weitere Gespräche auf dieser Ebene mit Berlin begonnen werden. So werden Zeit und Chance vertan. Am 19. August scheitern die britisch-französisch-russischen Verhandlungen. Dann sind es wieder die Engländer, die mit der deutschen Reichsregierung verhandeln wollen. Das wird noch Thema dieses Buchs an späterer Stelle sein.

Am 22. August bittet Frankreichs Premierminister Daladier US-Präsident Roosevelt, eine Weltfriedenskonferenz nach Washington einzuberufen. Frankreich werde zusagen und Hitler vermutlich absagen. Damit sei wenigstens „die moralische Frage“ dieses Streits geklärt.[267] Das Ergebnis dieses Vorschlags ist nicht überwältigend. Am 24. August schickt Roosevelt eine Friedensbotschaft an Hitler und den polnischen Staatspräsidenten Moscicki. Roosevelt bittet „für eine bestimmte Zeit jegliche Aggression zu unterlassen“ und sich in direkten Verhandlungen zu verständigen.[268] Hitler, der genau das seit 9 Monaten ohne Erfolg versucht, läßt Roosevelt ohne Antwort. Moscicki schreibt zurück, es sei nicht Polen, das hier etwas haben wolle.[269] Kein Wort dabei zu Danzig oder zu den erbetenen exterritorialen Transitwegen.

[266] Dahlems, Seite 48
[267] Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seite 594
[268] British War Bluebook, Documents 124 and 125
[269] Rassinier, Seite 276 zitiert aus Polnisches Weißbuch, Dokument 90

Der letzte noch erwähnenswerte Vermittlungsvorschlag kommt von Mussolini. Am 31. August, dem Tag vor Kriegsbeginn, lädt der „Duce“ die Regierungschefs Deutschlands, Polens, Frankreichs und Englands zu einer Friedenskonferenz für den 5. September ein. Als Hauptverhandlungsthema schlägt er vor, die Bestimmungen des Versailler Vertrages als Ursprung der gegenwärtigen Krise zu überprüfen.[270] Dies ist der erste Vorschlag, der den Ursachen der Kriegsgefahr an ihre Wurzeln geht, doch der Vorschlag kommt zu spät. Der in Versailles gesäte Völkerstreit hätte bei Zeiten von denen aus der Welt geschaffen werden müssen, die ihn eingefädelt haben. Statt dessen versteift man sich in Frankreich und in Polen auf die Versailles-Positionen. England verdirbt mit seiner Garantie für Polen die letzte Chance, daß die Polen sich bewegen. Und man überläßt es Hitler, die Schäden von Versailles über mehrere Jahre Stück für Stück abzutragen, bis er damit soviel Erfolge, Übung und Erfahrung hat, daß er den Krieg mit Polen wagt.

Am Tag des Mussolini-Vorschlags hört die deutsche Funkaufklärung die Weisung des polnischen Außenministers Beck an Lipski in Berlin ab, er solle den neuen deutschen Verhandlungsvorschlag nicht entgegennehmen. Damit ist für Hitler auch dieser an sich gute Vorschlag aus Italien schon ohne Wert, als er von ihm erfährt. Als Hitler von Mussolinis Vorschlag informiert wird, rollen die deutschen Truppen bereits in ihre Ausgangsstellungen für den Angriff gegen Polen vor. Es bleiben bis dahin nicht einmal mehr neun Stunden. Hitler will nach neun Monaten vergeblichen Verhandeins nicht weiter auf der Stelle treten. So geht er auf den Mussolini-Vorschlag nicht mehr ein. Zu spät.

Am Ende der Vielzahl vergeblicher Versuche, den Krieg um Danzig durch Beschwörung oder durch Vermittlung zu verhindern, bleiben nur zwei Staaten, die um die offene Frage ringen, ob Deutschland den in Versailles geschaffenen Streitfall im Alleingang bereinigen darf oder nicht. Es sind Großbritannien und das Deutsche Reich. Im Kern der Auseinandersetzung steht Hitlers fatale Entscheidung, die Tschechei zum Protektorat zu machen. Das hat die englische Regierung so stark empört, daß sie ähnliches kein zweites Mal geschehen lassen will. Infolgedessen kommt es zur Garantie für Polen, und die verleitet die Warschauer Regierung, jede Änderung am Status des Freistaates Danzig zum casus belli zu erklären. Damit kann die Reichsregierung die deutsche Stadt Danzig nicht mehr mit Deutschland wiedervereinigen, ohne daß es Krieg mit Polen gibt. Krieg mit Polen – wenn auch nur um Danzig – heißt damit Krieg mit England. Frankreich spielt dabei nur noch den „Ladeschützen“. So ist aus der Frage „Wiedervereinigung mit Danzig oder nicht“ die Frage „Krieg zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich“ geworden. Und vor allem darum geht es in der letzten Woche vor dem Krieg.

[270] Rassinier, Seite 296

Die letzte Woche vor dem Krieg

Adolf Hitler ist entschlossen, die offene Danzig-Frage, das Problem der Verkehrsanbindung Ostpreußens an das Reich und den Minderheitenschutz für die Deutschen in Polen noch vor dem Winter auf dem Verhandlungswege oder – wenn das nicht möglich ist – mit einem Krieg zu lösen. Die Generalität hat zwar bisher mehrmals gewarnt, daß ein Krieg mit Polen auch Krieg mit England, mit Frankreich und bei längerer Dauer auch den Krieg mit den USA nach sich ziehen werde, und daß ein Zweifrontenkrieg von der Wehrmacht nicht zu gewinnen sei. Aber sie hat auch beraten, daß militärische Operationen, wenn es denn zum Kriege kommen sollte, aufgrund der Klima- und Wetterdaten nicht nach dem 2. September begonnen werden dürften.[271] Die Straßen- und Wegeverhältnisse würden für das Heer und das Flugwetter für die Luftwaffe danach in Osteuropa bald zu schwierig werden. So ist Hitlers Entscheidung nicht frei vom Einfluß dieses Datums.

Mittwoch, der 23. August 1939

Neun Tage vor dem Kriegsausbruch.
Die Sensation der Morgenpresse weltweit ist die Nachricht vom Flug des deutschen Außenministers von Ribbentrop nach Moskau. Es heißt, die deutsche Reichsregierung und die Regierung der Sowjetunion seien übereingekommen, einen Nichtangriffspakt zu schließen. Premierminister Chamberlain, der kurz zuvor vom Scheitern der englischen Bemühungen in Moskau und von Stalins Schwenk erfahren hat, schickt sofort Botschafter Henderson mit einem Brief zu Hitler. Hitler versichert Henderson zunächst seine persönliche Wertschätzung, beklagt sich aber dann über Englands Haltung gegenüber Deutschland in der Danzig-Frage:

> *„Deutschland habe Polen ein anständiges und faires Angebot gemacht:“* [272]
> *„Er (Hitler) sehe keine Möglichkeit auf dem Verhandlungswege, weil er überzeugt sei, daß der Britischen Regierung gar nichts an einer solchen Regelung liege.“*

Henderson entgegnet:

> *„daß das deutsche Angebot zwar erfolgt sei, doch habe es den Charakter eines Diktats gehabt.“*

Hitler kommt zum Grundsätzlichen und bedauert, daß England sich ihm, „der er selbst der größte Freund Englands sein wollte, zum Feinde macht“. Er betont,

> *„daß Deutschland niemals etwas zum Schaden Englands unternommen habe, trotzdem stelle sich England gegen Deutschland.“*

---

[271] v. Below, Seite 190
[272] Dieses und die folgenden Zitate stammen aus der Gesprächsniederschrift ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 200.

Und in Bezug auf Danzig und auf Polen,

> *„daß England den Standpunkt einnehme: lieber Krieg als etwas zum Vorteil Deutschlands.“*

Hendersons Antwort stellt die Dinge britisch dar:

> *„man habe sich nur gegen den Grundsatz der Gewalt gestellt.“*

Hitler droht,

> *„daß er bei dem geringsten polnischen Versuch, noch weiterhin gegen Deutsche oder gegen Danzig vorzugehen, sofort eingreifen werde.“ ... „Bei der nächsten polnischen Provokation werde ich handeln.“*

Da Tätlichkeiten gegen Deutsche in Polen an der Tagesordnung sind und Zwischenfälle an Danzigs Grenzen keine Seltenheit, sagt Hitler damit, daß Deutschland auf dem Sprung ist, Polen anzugreifen. Damit ist dies Gespräch beendet. Hitler hat Botschafter Henderson klargemacht, daß er England die Schuld dafür gibt, daß Verhandlungen mit Polen inzwischen zwecklos sind. Und Henderson hat versucht, Hitler klarzumachen, daß Krieg mit Polen Krieg mit Großbritannien nach sich zieht, auch wenn die Sowjetunion nun nicht mehr auf der Seite Englands steht.



Abb. 13: Sir Nevil Henderson, der britische Botschafter in Berlin

Chamberlains Brief, den Henderson an Hitler übergibt, stellt noch einmal Englands Bündnistreue gegenüber Polen in den Vordergrund, doch er enthält auch zwei Angebote.[273] Das erste ist ein Spiel auf Zeit mit wenig Sinn für die Dramatik jener Krise. Chamberlain schlägt vor, die Verhandlungen mit Polen so lange auszusetzen, bis sich das deutsch-polnische Verhältnis abgekühlt und beruhigt hat. Das zweite Angebot muß Hitler locken. Der britische Premier stellt spätere Verhandlungen in Aussicht, die parallel zur Danzig-Frage „gleichzeitig die

[273] ADAP, Serie D, Band VII – Anlage zu Dokument 200

großen zukünftigen internationalen Beziehungen regeln könnten, einschließlich derer, die England und Deutschland interessieren". Das ist verklausuliert das Angebot, mit der Regelung der Polen-Sache auch das deutsch-englische Verhältnis neu zu arrangieren. Das ist es, was Hitler seit seinem Amtsantritt versucht.

Des weiteren enthält Chamberlains Brief die sehr direkte Warnung, daß ein Krieg zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich ein langer Krieg mit vielen Fronten werde. Tragisch für das deutsche Volk und viele andere Völker ist, daß Hitler die Dimension der Warnung und ihre Konsequenzen nicht erkennt. Großbritannien will und wird den Krieg um eine einzige Ostsee-Hansestadt zum Weltkrieg machen. Es wird die Dominions von Australien über Indien bis Kanada aufbieten, die alte Waffenbrüderschaft zu den USA reaktivieren und den Krieg an Deutschlands weite Flanken tragen, von Norwegen in Nord- bis Griechenland in Südeuropa.

Hitler hat es eilig mit der Antwort. Schon um 18 Uhr des gleichen Tages überreicht er Henderson den Antwortbrief an Chamberlain.[274] Er betont den Wunsch nach Freundschaft mit Großbritannien, beklagt sich über Polen und rollt den Ball mit einem Hinweis auf die Verantwortung für Versailles zurück nach England.

> *„Deutschland", so schreibt Hitler, „hat niemals Konflikte mit England gesucht und sich nie in englische Interessen eingemischt. Es hat sich im Gegenteil – wenn auch leider vergebens – jahrelang bemüht, die englische Freundschaft zu erwerben."*

Soweit Hitlers Antwort auf das Angebot umfassender Verhandlungen. Er wendet sich dann Polen zu und setzt fort:

> *„Deutschland war bereit, die Frage Danzig und die des Korridors durch einen wahrhaft einmalig großzügigen Vorschlag auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen."*

England habe, so argumentiert er, dieses Angebot durch Stimmungsmache gegen Deutschland und durch die Garantieerklärung an die Polen sabotiert. Deutschland werde Druck und Ultimaten auf die deutsche Minderheit in Polen und gegen die Stadt Danzig nicht mehr weiter dulden.

> *„Unabhängig davon müssen und werden die Fragen des Korridors und von Danzig ihre Lösung finden."*

Der Brief endet mit den Sätzen:

> *„Die Frage der Behandlung der europäischen Probleme im friedlichen Sinn kann nicht von Deutschland entschieden werden, sondern in erster Linie von jenen, die sich seit dem Verbrechen des Versailler Diktats jeder friedlichen Revision beharrlich und konsequent widersetzt haben. ... Ich habe Zeit meines Lebens für eine deutsch-englische Freundschaft gekämpft, bin aber durch das Verhalten der britischen Diplomatie – we-*

[274] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 201

nigstens bisher – von der Zwecklosigkeit eines solchen Versuchs überzeugt worden. Wenn sich dies in der Zukunft ändern würde, könnte niemand glücklicher sein als ich.
gez. Adolf Hitler"

Dieser erste Notenaustausch in der letzten Woche vor dem Krieg läßt noch auf Verständigung hoffen. Beide Regierungschefs versichern sich, daß sie Krieg vermeiden wollen. Doch beide verfolgen jeder für sich eine Doppelstrategie, die in sich widersprüchlich ist. Chamberlain will die Lösung der anstehenden Probleme nur auf dem Verhandlungswege dulden, doch den hat er mit seinem Garantieversprechen an die Polen de facto selbst versperrt. Und Hitler will sowohl eine Annäherung an England als auch in der Danzig-Frage nicht weiter auf der Stelle treten. Auch das ist kaum vereinbar.

Hitler steht vor dem „entweder – oder" und er bereitet beides vor: Verhandlungen und Krieg. Am Nachmittag des 23. August läßt er den Wehrmachtsadjutanten Oberst Schmundt kommen und befiehlt ihm, das Oberkommando der Wehrmacht solle den Angriff auf Polen für den 26. August um 4.30 Uhr früh vorbereiten.[275] Nach dem Brief an Chamberlain und der Unterredung mit Schmundt sendet Hitler noch ein Telegramm an Daladier, den französischen Ministerpräsidenten. Er führt darin unter anderem aus:

„Ich hege keinerlei Feindschaft gegen Frankreich. Ich habe persönlich auf Elsaß-Lothringen verzichtet, und ich habe die deutsch-französische Grenze anerkannt. Ich will keinen Konflikt mit Ihrem Lande, und ich wünsche nur gute Beziehungen zu ihm zu unterhalten. Daher ist der Gedanke, daß ich wegen Polen Frankreich bekämpfen müßte, sehr hart für mich. Nun, die polnischen Herausforderungen haben für das Reich eine Lage herbeigeführt, die nicht andauern kann. ... Ich werde Frankreich nicht angreifen. Doch wenn es an dem Konflikt teilnimmt, werde ich bis ans Ende gehen." [276]

Daladiers Antwort geht am 27. August bei Hitler ein.
Zum 23. August gehören noch Außenminister von Ribbentrops Moskauer Verhandlungen mit Stalin und Außenminister Molotow und von Ribbentrops Telefonanruf bei Hitler, in dem er sich grünes Licht für das „Geheime Zusatzprotokoll" holt. Es wird späte Nacht, ehe der Deutsch-Sowjetische Nichtangriffspakt die Unterschriften beider Seiten trägt.

Donnerstag, der 24. August 1939

Acht Tage vor dem Kriegsausbruch.
Um 2 Uhr morgens meldet von Ribbentrop am Telefon aus Moskau dem „Führer" die Unterzeichnung des Vertrags.[277] Hitler schöpft nun wieder Hoffnung, daß

---

[275] v. Below, Seite 182
[276] Bonnet, Seite 274
[277] v. Below, Seite 183

England seine Rolle bei der Unterstützung Polens angesichts der neuen Lage überdenkt, und daß auch Polen eher bereit sein wird, wegen Danzig zu verhandeln.[278]

So wie es in England und Frankreich auf der einen Seite Kräfte gibt, die ein Einlenken der polnischen Regierung begrüßen würden, und andere, die es bevorzugen, die deutsche Machterweiterung durch einen Krieg zu stoppen, so gibt es auch in Deutschland in Hitlers Nähe sowohl Männer, die einen Krieg verhindern wollen, als auch solche, die auf eine Abrechnung mit den Polen drängen. In Berlin ist es ausgerechnet der Außenminister, der offensichtlich bereit ist, die kriegerische Lösung zu riskieren, von Ribbentrop. Ihm entgegen arbeiten sein Staatssekretär von Weizsäcker und der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Marschall Göring. Der Marschall, zugleich Luftfahrtminister und Reichstagspräsident, hat in den Funktionen den gleichen Zugang zum „Führer" wie von Ribbentrop.

Als Göring die Briefe Chamberlains und Hitlers liest, schöpft er Hoffnung auf einen Ausweg aus der inzwischen deutsch-englischen Auseinandersetzung um die Danzig-Polen-Frage. Er sieht eine reale Chance, den Krieg als Ausgang dieser Krise zu verhindern. Doch Göring sieht auch, daß von Ribbentrop Hitler eher zum Kriege drängt, als daß er bremst. So versucht Göring den Außenminister zu umgehen. Er nutzt dazu Gesprächskontakte, die er selbst nach England hat, und den schwedischen Mittelsmann, der am 8. August versucht hatte, eine englisch-deutsch-italienisch-französische Krisenkonferenz zu arrangieren, den Industriellen Dahlems.

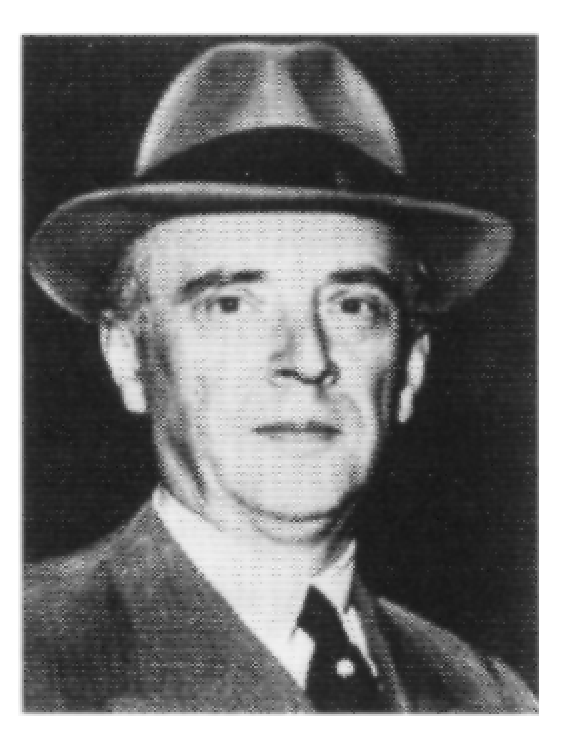


Abb. 14: Der schwedische Friedensvermittler Birger Dahlems

[278] v. Weizsäcker Erinnerungen, Seite 253

Der Marschall ruft den Schweden nach Berlin, legt ihm die inzwischen eingetretene Bedrohlichkeit der Lage dar, bedauert, daß die von ihm vorgeschlagene Vier-Mächte-Konferenz nicht zustande gekommen ist, und bittet ihn, am Folgetag nach London zu fliegen und der englischen Regierung zu übermitteln, daß die deutsche Reichsregierung zu einer deutsch-britischen Verständigung zu kommen wünsche. Göring beteuert, daß er den ganzen Einfluß, den er in der Regierung habe, dazu einsetzen werde, daß eine solche Verständigung gelingt.[279]

In London hält Premier Chamberlain derweilen eine Rede vor dem Unterhaus.[280] Er bestätigt erneut die Bündnistreue der Briten zu den Polen. Er beklagt, daß die deutsche Reichsregierung, statt in Ruhe den Zollinspektorenstreit in Danzig zu erörtern, statt über das Schicksal der deutschen Minderheit in Polen und statt über alle anderen Differenzen zu verhandeln, nun kompromißlos Danzig fordert, während

> *„man in Polen bereit war und allzeit bereit ist, die Differenzen mit Deutschland zu diskutieren."*

Chamberlain weist außerdem das Ansinnen Hitlers, Osteuropa als deutsche Interessensphäre anzuerkennen, mit dem Hinweis von sich, England stehe für die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker.

Die Rede ist aus britischem Selbstverständnis genauso nachvollziehbar, wie sie aus damaliger deutscher Sicht scheinheilig wirkt. Polen ist in der Danzig-Sache inzwischen genauso kompromißlos wie das Deutsche Reich. Und Großbritannien hält sich in „Middle East Asia" und in Afrika selbst seine Interessensphären. Es schert sich wenig um die Freiheit und Unabhängigkeit der kolonial gehaltenen Völker von Indien bis Nigeria. Dennoch, die Rede baut keine neue Hürden auf.

Botschafter Henderson beurteilt das Verhalten der polnischen Regierung offensichtlich anders als sein Regierungschef in London. Am späten Vormittag meldet er per Telegramm ans Foreign Office, was er für das Ergebnis seiner letzten zwei Gepräche mit dem deutschen Kanzler hält:

> *„Mit dem Vertrag mit Rußland in der Hand", so Henderson, „liegt die Initiative nun bei Hitler. Ich erwarte jetzt ein Ultimatum an Polen. Jetzt ist mit Hitler kaum noch zu verhandeln. ... Es war niederschmetternd, weil ich von Anfang der Meinung war, daß die Polen äußerst dumm und nicht weise gehandelt haben. So ist es nun. Vielleicht glaubt die Vorsehung, daß wir erst durch einen Krieg lernen müssen, so etwas nicht wieder zu tun."*[281]

Gegen Mittag wird Hitler eine Meldung des Reichspressechefs auf den Tisch gelegt, wonach noch heute mit der Unterzeichnung eines englisch-polnischen Beistandsvertrags zu rechnen sei. Damit zerstört sich vorerst Hitlers Hoffnung, daß der deutsch-sowjetische Vertragsabschluß von letzter Nacht die Briten dazu

---

[279] Rassinier, Seite 277
[280] British War Bluebook, Document 64
[281] Documents Brit. Foreign Policity, Third Series, Volume VII, Document 257

bewegen könnte, den Polen anzuraten, in der Danzig-Frage einzulenken.[282] Er läßt General Keitel, den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, kommen und fragt ihn, ob man den Angriff gegen Polen noch anhalten und verschieben könne.[283] Er müsse – so Hitler – „Zeit für weitere Verhandlungen gewinnen". Die Sofortanfrage beim Heer bestätigt, daß das möglich ist, und Hitler ordnet an, den Angriff auf einen unbekannten Zeitpunkt zu verschieben. Der „Führer" bevorzugt an diesem Tage, dem 24. August, offensichtlich noch immer eine „Lösung ohne Blutvergießen".

Während des ganzen Tages tauschen die Regierungen in London und Warschau rege Informationen aus. Englands Botschafter in Warschau Sir Kennard telegraphiert nach London, daß die deutschen Klagen über angebliche Mißhandlungen von Minderheitenangehörigen Entstellungen von Tatsachen seien und Übertreibungen.[284] So seien nicht 76.000 Deutsche illegal aus Polen geflohen, sondern höchstens 17.000. Und Kennard beklagt sich über die sehr hohe Zahl an Übergriffen gegen Angehörige der polnischen Minderheit in Deutschland. Wieweit man der Kennard-Darstellung in London angesichts der früheren Unterhausdebatten über die Terrorisierung der ukrainischen und der deutschen Minderheit im neuen Polen Glauben schenkt, ist nicht ersichtlich.

In Paris bemüht man sich inzwischen auf die eigene Art um Frieden.

> *„Die französische Regierung empfiehlt nachdrücklichst der polnischen, sich vor jeder militärischen Reaktion zu hüten und mit einer diplomatischen Aktion zu antworten, wenn der Danziger Senat von sich aus den Anschluß Danzigs an das Deutsche Reich erklären sollte."* [285]

Was wundert, ist, daß Frankreich diesen „Selbstanschluß" nicht als Idee und Kompromiß in die deutsch-englisch-polnische Debatte wirft. Es wirkt vielmehr so, als ob die französische Regierung in dieser hochangespannten Lage lieber wartet, bis Deutschland selbst nach Danzig greift und die Schuld am Kriege übernimmt.

In Washington bleibt alles bei Roosevelts Politik der Quarantäne gegen Deutschland, obwohl der „Hitler-Stalin-Pakt" von letzter Nacht die Lage Polens mit einem Schlag verändert hat. Am frühen Morgen dieses Tages verrät der deutsche Diplomat Herwarth von Bittenfeld in Moskau einem amerikanischen Kollegen den Inhalt des gerade einmal sechs Stunden alten geheimen Zusatzabkommens, das Osteuropa in eine russische Interessensphäre und eine deutsche teilt. Die Trennungslinie teilt auch Polen. Mittags um 12 Uhr kabelt Botschafter Steinhardt den Inhalt des Geheimen Zusatzprotokolls an das Außenministerium in Washington.[286] Nur wenig später kennen Präsident Roosevelt und sein Außenminis-

---

[282] v. Weizsäcker Erinnerungen, Seite 254
[283] Keitel, Seiten 248 f
[284] British War Bluebook, Document 52
[285] Bonnet, Seite 273 und Französisches Gelbbuch, Aktenstück 222
[286] Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seite 592, und Rassinier, Seite 340. Eine Faksimile des Steinhardt-Telegramms enthält Maser, Seiten 63 und 64

ter Hull die heiße Nachricht und damit auch die Gefahr, die Polen ab sofort von Rußland droht. Sowohl Roosevelt als auch Hull unternehmen nichts, um Warschau, London und Paris zu warnen. Statt dessen schickt der Präsident am Abend eine Botschaft an die Regierungen in Warschau und Berlin, man möge eine Lösung der deutsch-polnischen Probleme auf friedlichem Verhandlungswege finden. Eine Warnung noch am gleichen Tage hätte die Polen vielleicht dazu bewegen können, Hitlers Vorschlag vom 28. April zu akzeptieren. Das letzte Hitler-Angebot war ein Freihafen und Wirtschaftsprivilegien in Danzig, die Anerkennung der polnischen Gebietsgewinne von 1920 in Posen, Westpreußen und Südost-Oberschlesien und ein Friedensvertrag für 25 Jahre gegen exterritoriale Wege durch den Korridor und Danzig, das ohnehin nicht polnisch, sondern immer noch Mandatsgebiet des Völkerbundes ist. Eine Warnung an die Briten hätte den Garantievertrag für Polen, der an diesem Tag geschlossen wird, vielleicht verhindert. Doch für Roosevelt ist wichtig, daß Hitler sich im Danzig-Streit verfängt und offensichtlich von geringerer Bedeutung, ob Polen überlebt. Roosevelt schweigt, wie er das auch zwei Jahre später vor dem Überfall auf Pearl Harbor tut.

Polens Beitrag dieses Tages ist, daß es am Vormittag um 11 Uhr die Außengrenzen Danzigs schließt. Die dadurch bald erzeugten Versorgungsschwierigkeiten in der Stadt tragen dazu bei, die Stimmung der Danziger für einen schnellen Anschluß weiter anzuheizen.

Freitag, der 25. August

Sieben Tage vor dem Kriegsausbruch.
Hitler hofft noch immer, daß die polnische Regierung in letzter Stunde einlenkt. Er hat den Angriff der Wehrmacht gegen Polen nach wie vor auf unbestimmte Zeit verschoben. Gegen 8 Uhr startet der schwedische Vermittler Dahlems in Marschall Görings Auftrag mit einer Sondermaschine von Berlin-Tempelhof nach London. Nachmittags gelingt es ihm, zu Außenminister Halifax vorzudringen und Görings Botschaft zu überbringen.

In Berlin jagt inzwischen eine Nachricht die andere, alle für den „Führer" nicht gerade angenehm. Als erstes flattern ihm die Nachtmeldungen von den deutsch-polnischen Grenzen auf den Tisch.[287] Es sind die Berichte von den Zusammenstößen und Handstreichaktionen beider Seiten. Noch immer werden deutsche Bauernhöfe auf der polnischen Seite der Grenze abgebrannt. Deutsche Stoßtrupps vergelten die Brandstiftungen noch in gleicher Nacht auf der Gegenseite. Auch der Flüchtlingsstrom hält weiter an. Polnische Grenztruppen versuchen, die deutschen Flüchtlingsgruppen mit Gewehr- und MG-Feuer von der

---

[287] Benoist-Méchin, Band 7, Seiten 383 f. Die deutschen Vergeltungsmaßnahmen tauchen tags darauf in einer Protestnote der polnischen Regierung an die Reichsregierung wieder auf: ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 330

Grenze wegzutreiben. Deutsche Infanterie dringt auf polnisches Territorium vor und bemüht sich, die Flüchtenden freizukämpfen. Trotzdem sind in der vergangenen Nacht acht Menschen auf der Flucht erschossen worden. Überdies ist wieder ein ziviles Passagierflugzeug auf dem Weg nach Königsberg über der Ostsee von polnischen Flak-Geschützen beschossen worden. Hitler ist empört. Er schreibt spontan an Mussolini und versucht, sich – ohne dies klar anzusprechen – dessen Unterstützung im Streit mit Polen zu versichern:

> *„Das Verhältnis Deutschlands zu Polen“, so Hitler „ist nicht durch das Verschulden des Reichs, sondern wesentlich durch das Zutun Englands seit dem Frühjahr unbefriedigend gewesen und war in den letzten Wochen einfach unerträglich. Die Nachrichten über die Verfolgung der Deutschen in diesem Gebiet sind nicht erfundene Pressemeldungen, sondern nur ein Bruchteil einer erschütternden Wahrheit. ... Die Behauptung der polnischen Regierung, daß sie für die unmenschlichen Vorgänge, für die zahlreichen Grenzzwischenfälle (heute nacht allein 21 polnische Grenzübergriffe), für die Beschießung deutscher Verkehrsflugzeuge ... nicht verantwortlich sei, beweist nur, daß sie die von ihr aufgeputschte Soldateska nicht mehr in der Hand hat. ... Niemand kann unter diesen Umständen voraussagen, was die nächste Stunde bringt. ...“* [288]

Kaum daß der Brief an Mussolini abgegangen ist, erreicht Hitler ein Vorabbericht der deutschen Botschaft London.[289] Es sind das die Auswertung der zwei Reden von Chamberlain und Halifax vor dem Unter- und dem Oberhaus vom Tag zuvor, ein Bild der öffentlichen Meinung, die erste Auswertung der Morgenpresse und die Bestätigung der Unterzeichnung des Englisch-Polnischen Beistandspaktes. Hitler erfährt durch den Bericht, daß das englische Volk nach Beurteilung der Botschaft offensichtlich geschlossen hinter der Regierung steht und daß die Parteien von links bis rechts und auch die Presse die Garantie für Polen für einen „nicht mehr diskutierbaren Punkt der Ehre halten“. Der Bericht hebt allerdings hervor, daß Chamberlain und Halifax in beiden Reden alles vermieden haben, was die gegenwärtige Lage noch verschärfen könnte. Diese Bewertung aus London macht Hitlers bisherige Zuversicht, England könnte Polen zum Schluß doch fallen lassen, schwankend.

Die Aussicht, wegen Danzig und der Transitwege in einen Krieg mit England zu geraten, widerspricht allen Zusicherungen Hitlers an die Generalität, dies werde er schon zu verhindern wissen. Es verträgt sich auch nicht mit seinen strategischen Vorstellungen von einer zukünftigen deutsch-britischen Zusammenarbeit und Freundschaft. So beschließt Hitler noch am Vormittag des 25. August, den Angriff gegen Polen weiter aufzuschieben und England erneut ein Angebot zu machen. Er läßt den ursprünglich für morgen vorgesehenen Angriff nochmals auf

---

[288] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 266
[289] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 287, Eingang in Berlin telefon. voraus 25. August, schriftlich am 26. August

unbestimmte Zeit verschieben.[290] Die Begründung gegenüber Keitel ist wie am Tag zuvor: „Ich brauche Zeit zum Verhandeln". Dann bestellt er den englischen Botschafter Henderson zu sich in die Reichskanzlei.

Um 13.30 Uhr stehen sich die beiden Männer gegenüber. Hitler spricht – nach Hendersons Gesprächsnotiz – „mit ernster Stimme und mit allen Anzeichen der Aufrichtigkeit".[291] Er knüpft an das letzte Gespräch an, in dem Henderson die Hoffnung auf eine deutsch-britische Verständigung geäußert hatte und stellt ein großes, umfassendes Bündnis mit England in Aussicht, wenn erst einmal das deutsch-polnische Problem gelöst sei.[292] Hitler klagt dann über die 21 Grenzzwischenfälle der letzten Nacht und versichert, er werde solche „mazedonischen Zustände" an Deutschlands Ostgrenze in Zukunft nicht mehr dulden. Er bedauert, wenn es bei diesem Streit mit Polen Krieg mit England gäbe. Sofort nach der Lösung der deutsch-polnischen Frage werde er der britischen Regierung ein Vertragsangebot unterbreiten, in dem er den Besitzstand des Britischen Empires garantiere, deutsche Hilfe zusichere, wo immer eine derartige Hilfe benötigt werde, in dem er die Endgültigkeit der deutschen Westgrenze ein weiteres Mal bestätige, und in dem er begrenzte koloniale Forderungen friedlich auszuhandeln wünsche. In der Sache, um die es hier geht, bleibt Hitler hart. Er sagt:

> *„Das Problem Danzig und Korridor muß gelöst werden. " Und er legt nach: „ Wenn die britische Regierung diese Gedanken erwägen würde, so könnte sich daraus ein Segen für Deutschland und auch für das Britische Weltreich ergeben. Wenn sie diese Gedanken ablehnt, wird es Krieg geben."*

Henderson beharrt auf Englands Bündnis mit den Polen und erwidert, das deutsche Bündnisangebot könne erst in Betracht gezogen werden, nachdem die polnische Frage auf dem Verhandlungswege gelöst worden sei. Hitler kontert, daß er seit sechs Monaten versuche, die Danzig-Frage in Gesprächen mit der polnischen Regierung zu klären, daß er Außenminister Beck dazu mehrmals eingeladen und daß der stets abgesagt habe.

Nachdem Henderson gegangen ist, beschleichen Hitler offensichtlich Zweifel, daß er den Engländer hat überzeugen können. Er bringt seine Anliegen noch einmal in sechs Punkten zu Papier und schickt sie Henderson unverzüglich in die Botschaft nach. In Punkt zwei der Liste schlägt Hitler einen Ton an, der so bisher gefehlt hat. Er bittet, daß Großbritannien bei der Rückgewinnung Danzigs und des Korridors behilflich ist.[293] Damit ist der Ball bei England, das nun vermitteln könnte oder Polen drängen, auf die moderaten deutschen Forderungen einzugehen.

---

[290] Keitel, Seite 249
[291] British War Bluebook, Document 69
[292] Die Stichworte aus dem Gespräch sind den Akten des AA entnommen: ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 265 und dem British War Bluebook, Document 69
[293] Benoist-Méchin, Band 7, Seiten 515 f

Die Zweifel, die Hitler an diesem Tag beschleichen, betreffen nicht nur die Haltung Englands. Italien hat inzwischen in mehreren Noten scheibchenweise mitgeteilt, daß es sich an einem Kriege Deutschlands gegen Polen nicht beteiligen werde. Hitler hatte zunächst einkalkuliert, daß Italien Polens Verbündeten Frankreich würde binden können. An diesem Vormittag wird dem „Führer“ endgültig bewußt, daß mit Italien in dieser Hinsicht nun nicht mehr zu rechnen ist. Hitler kennt die italienisch-französischen Informationskanäle und die französisch-britischen, und er weiß, daß man in London genauso schnell von der italienischen Abfuhr an Deutschland erfährt wie in Berlin. Hitler hat wieder einen Trumpf verloren und England einen zugewonnen. Ein Grund weniger für die englische Regierung, der polnischen ein Einlenken in der Danzig-Frage zu empfehlen. So wird die Angriffsoption für Hitler wieder wahrscheinlicher als die Verhandlungslösung. Er bestellt die Generale von Brauchitsch, Keitel und Halder in die Reichskanzlei und entscheidet gegen 15 Uhr, daß Polen am 31. August angegriffen wird, wenn es bis dahin keine andere Lösung gibt.[294] Die endgültige Entscheidung wird deshalb auch erst für den 30. August um 17.00 Uhr anberaumt. Hitler braucht einerseits Zeit zum Verhandeln und darf andererseits den 2. September als militärisch letztmöglichen Angriffstag nicht aus den Augen verlieren. Die Zeit wird knapp.

Um 17.30 Uhr läßt sich der französische Botschafter Coulondre bei Hitler melden. Hitler, von den Nachrichten des Tages noch sehr angespannt, geht auf Coulondre zu und eröffnet das Gespräch:

> *„Angesichts des Ernstes der Lage will ich Ihnen eine Erklärung abgeben, die ich Sie bitte, Herrn Daladier*[295] *zu übermitteln.*
> *Wie ich ihm schon gesagt habe, hege ich keine feindseligen Gefühle gegen Frankreich. Ich habe persönlich auf Elsaß-Lothringen verzichtet und die deutsch-französische Grenze anerkannt. Ich will keinen Konflikt mit ihrem Land. ... Infolgedessen ist mir der Gedanke, daß ich Polens wegen mit Frankreich kämpfen müßte, außerordentlich schmerzlich. Die polnischen Herausforderungen haben jedoch eine Lage für das Reich geschaffen, die nicht länger andauern kann.*
>
> *Ich habe vor mehreren Monaten Polen, als ich die Rückkehr Danzigs und einen schmalen Gebietsstreifen als Verbindung dieser Stadt mit Ostpreußenforderte, außerordentlich vernünftige Vorschläge gemacht. ... Die polnische Regierung hat nicht nur meine Vorschläge zurückgewiesen, sondern sie hat auch die deutschen Minderheiten auf das Schlimmste mißhandelt. ... Frankreich würde so etwas genausowenig dulden wie Deutschland. Diese Dinge haben lange genug gedauert, und auf neue*

[294] Keitel, Seite 250
[295] französischer Ministerpräsident

Herausforderungen werde ich mit Gewalt antworten. Ich lege Wert darauf, es nochmals auszusprechen: Ich wünsche, einen Konflikt mit Ihrem Lande zu vermeiden. Ich werde Frankreich nicht angreifen, aber wenn es in den Konflikt eingreift, so werde ich bis zum Ende gehen. ... Sagen Sie das, bitte, Herrn Daladier von mir.“ [296]

Botschafter Coulondre erwidert:

„Jetzt, da jedes Mißverständnis behoben ist, lege ich Wert darauf, Ihnen mein Ehrenwort als Soldat zu geben, daß Frankreich Polen, falls es angegriffen würde, mit seinen Streitkräften zur Seite stehen wird. Ich kann Ihnen aber gleichfalls mein Ehrenwort geben, daß die Regierung der Französischen Republik bis zum letzten Augenblick alles tun wird, was in ihrer Macht steht, um den Frieden zu bewahren. Sie wird es der polnischen Regierung an Mahnungen zur Vorsicht nicht fehlen lassen.“ [297]

Hitler entgegnet heftig:

„Warum, ja warum haben Sie Polen dann einen Blankoscheck gegeben?'“

Nun rückt der Franzose mit dem eigentlichen Grund für den Krieg heraus, an dessen Schwelle die Welt in diesen Tagen steht:

„Das ist das Ergebnis der Ereignisse des vergangenen 15. März. Die Besetzung Prags hat einen tiefen Eindruck auf die Gemüter in Frankreich gemacht. Sie hat allenthalben ein Gefühl der Unsicherheit hervorgerufen, wodurch Frankreich veranlaßt wurde, seine Bündnisse fester zu knüpfen.“ [298]

Hitler mußte hier – und eigentlich schon lange – erkennen, daß ihm nun die Rechnung für die unrechtmäßige Besetzung der Rest-Tschechei vorgelegt wird. Auf der Rechnung stehen unausgesprochen weitere Posten:

- Die Kündigung von Versailles,
- die Angliederung Deutsch-Österreichs,
- die Häresie der autoritären Staatsform,
- der Machtzuwachs des Reiches in den vergangen sechs Jahren,
- die Aufrüstung der Wehrmacht,
- Hitlers Forderung nach Rückgabe der ehemals deutschen Kolonien und
- der deutsche Wille, zur Vormacht in Ostmitteleuropa aufzusteigen.

Es geht hier nicht mehr allein um Danzig und um Transitwege, also um die Fragen, zu denen man in England in der Vergangenheit meist die Auffassungen der Deutschen geteilt hat. Danzig ist für Großbritannien und Frankreich nun die Hürde, vor der sie das Deutsche Reich zum Stehen oder mit der sie das Reich zum Fallen bringen wollen.

Nach dem Gespräch mit Coulondre trifft Mussolinis Antwort auf Hitlers Brief vom gleichen Morgen ein. Der „Duce“ teilt dem „Führer“ sein volles Verständ-

[296] Benoist-Méchin, Band 7, Seiten 396 f und Französisches Gelbbuch, Dokument 242
[297] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 397 und Französisches Gelbbuch, Dokument 242
[298] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 397 und Französisches Gelbbuch, Dokument 242

nis für die deutsche Haltung gegenüber Polen mit und erkennt an, daß eine so gespannte Lage nicht endlos dauern könne. Aber er schreibt auch, daß Italien nicht kriegsbereit sei, und sich an Auseinandersetzungen mit Polen und dessen Verbündeten bedauerlicher Weise nicht beteiligen könne.[299] Hitler ist bestürzt. Italien verweigert seine Unterstützung. England stärkt weiterhin die Polen, statt sie an den Verhandlungstisch zu drängen, und Frankreich ist fest entschlossen, auf Polens Seite in den Krieg zu ziehen.

Auch zwischen der englischen Botschaft in Warschau und dem Außenministerium in London gehen viele Telegramme hin und her. Um 1 Uhr fordert Halifax aus London Kennard in Warschau auf, die Polen zu ermahnen, „jede Handung zu unterlassen, die sie in die Rolle des Aggressors versetzen könnte."[300] Um 01:20 Uhr telegraphiert Kennard zurück, daß der französische Botschafter dem polnischen Außenminister Beck diese Ermahnung bereits in der vergangenen Nacht übermittelt habe.[301] Um 02.35 Uhr geht ein weiteres Telegramm an Halifax in London. Kennard berichtet, daß er von Außenminister Beck erfahren hat, daß Göring in Berlin versucht hat, mit Lipski ein Gespräch über Polens Haltung zu den deutschen Vorschlägen zu führen. Beck hat dabei offensichtlich mögliche deutsch-polnische Gespräche als einen Bruch von Polens Bündnistreue gegenüber England dargestellt. Und Kennard gibt diese Sicht der Dinge weiter, als wäre sie die seine. Er schreibt im 02.35-Telegramm, daß Göring versucht habe, bei Lipski einen Keil zwischen England und Polen zu treiben.

> *„Herr Beck glaubt, " so setzt der Bericht fort, „ daß die deutsche Regierung jede Anstrengung unternimmt, durch solche Methoden freie Hand im Osten zu bekommen, und er meint, es sollte zur Kenntnis genommen werden, daß sich Polen nicht in eine solche Intrige hineinziehen lassen will."* [302]

Um 14 Uhr schickt Kennard noch eine Einschätzung der Lage an Halifax in London:

> *„... Ich bezweifele ausgesprochen, daß es irgendeinen Nutzen bringt, wenn der polnische Botschafter ein Gespräch mit Hitler sucht. Obwohl ich die Dinge von hieraus natürlich nicht beurteilen kann, scheint es mir doch so zu sein, daß nach Herrn Hitlers Antwort (Brief vom 23.8., Anm. d. Verf.) jedes solches Vorgehen als ein Zeichen von Schwäche angesehen würde und ein Ultimatum provozieren würde."* [303]

Paris und London sind in Sorge, daß der Krieg von Polen statt von Deutschland losgetreten wird. In Warschau bezeichnet man die Gesprächsversuche von deutscher Seite als Intrige, und Kennard zeigt keine Neigung, die Polen zu Gesprächen mit den Deutschen zu bewegen.

---

[299] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument Nr. 271
[300] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 272
[301] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 273
[302] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 263
[303] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 270

Mittlerweile hat der schwedische Vermittler Dahlems in London bei Außenminister Lord Halifax vorgesprochen.[304] Etwa um 18.30 Uhr – also Stunden nach der Unterzeichnung des Polnischen-Britischen Beistandspakts – erklärt Lord Halifax, daß er seit dem Besuch von Henderson bei Hitler heute morgen hoffnungsvoll gestimmt sei. Obwohl er noch keinen genauen Bericht über das Resultat dieser Besprechung erhalten habe, hoffe er, daß die Initiative zur Aufnahme offizieller Verhandlungen eine friedliche Lösung ermöglichen würde. Halifax dankt Dahlems für seine Bemühungen und drückt die Hoffnung aus, daß er dessen Dienste nun nicht mehr brauche.

Dahlems glaubt an einen Durchbruch und ruft um 22.20 Uhr Marschall Göring in der Reichskanzlei an, um zu berichten. Göring wirkt – so Dahlems – sehr nervös. Er erklärt, daß er für jeden Augenblick den Kriegsausbruch befürchtet. Der englisch-polnische Vertrag vom Vormittag, gleichzeitig mit Hendersons Besuch bei Hitler unterzeichnet, werde vom „Führer" als eine ausdrückliche Erklärung Englands dahingehend aufgefaßt, daß es eine friedliche Lösung nun nicht mehr wünsche. Dahlems informiert noch in der gleichen Nacht den Chef der Zentralabteilung des Außenministeriums in London, wie der Vertrag mit Polen auf den deutschen Kanzler wirkt. Der drückt seine Verwunderung darüber aus, daß der Vertrag in Deutschland mißverstanden werde. Dahlems bittet um einen neuen Termin bei Halifax.

An diesem Freitag, eine Woche vor dem Kriegsausbruch, wiederholt die britische Regierung ihren Schachzug vom 23. März des Jahres. Mit ihrer Unterschrift unter den britisch-polnischen Schutzvertrag bekräftigt sie noch einmal ihre Rückendeckung für die Polen. Die Chamberlain-Regierung will damit Hitler daran hindern, Danzig dem Deutschen Reich ohne englisch-polnische Zustimmung anzugliedern. Doch sie muß auch wissen, daß sie bei der nun noch einmal gestärkten Haltung Warschaus Hitler vor die Wahl stellt, auf Danzig und den Schutz der deutschen Minderheit in Polen zu verzichten, oder Krieg zu führen. Mit der englischen Unterschrift unter den britisch-polnischen Vertrag am heutigen Tag dreht Chamberlain den Schlüssel in der Tür zum Konferenzsaal der deutsch-polnischen Verhandlungen noch einmal um.

Sonnabend, der 26. August

Sechs Tage vor dem Kriegsausbruch.
Um 7.50 Uhr fliegt Botschafter Henderson nach London, um Hitlers Vorschlag an die britische Regierung zu überbringen.
Um 11 Uhr gelingt es Dahlems, erneut bei Außenminister Halifax vorzusprechen und ihm die Wirkung des britisch-polnischen Vertrags auf Hitler zu berichten. Dahlems kann den Minister überzeugen, daß Marschall Göring in diesem Au-

[304] Die folgende Gespräche sind wörtlich der schriftlichen Dahlerus-Darstellung entnommen. Siehe Dahlems, Seiten 54 f

genblick auf deutscher Seite die einzige Persönlichkeit von Einfluß ist, die den Frieden jetzt noch retten kann.[305] Der Schwede bittet Halifax, Göring einen Brief zu schreiben und Englands ernsten Willen zu einer friedlichen Lösung zu bestätigen. Dahlems kehrt mit dem erbetenen Schreiben zurück nach Deutschland und übergibt es Göring. Der hält die Botschaft für so wichtig, daß er sofort zu Hitler fährt und ihn davon in Kenntnis setzt. Inzwischen ist es wieder Mitternacht.

Der Brief und Dahlems' mündliche Übermittlung machen Hitler nun für eine Zeitlang glauben, daß England an einer friedlichen Danzig-Lösung interessiert sei, aber bei einer einseitigen gewaltsamen Lösung von deutscher Seite Krieg erklären werde. Des weiteren richtet der Schwede aus, daß Botschafter Henderson am nächsten Morgen mit der offiziellen Antwort der britischen Regierung auf Hitlers Sechs-Punkte-Botschaft in Berlin erscheinen wird.

Kurz nach Mitternacht (27.8.) läßt Hitler Dahlems zu sich in die Reichskanzlei bestellen. Jetzt wird der Schwede vom Vermittler zwischen Göring und der englischen Regierung zum Vermittler zwischen Hitler und den Briten. Die Konferenz zu tiefer Nacht, die nun über eineinhalb Stunden folgt, wird zum Dialog zwischen Hitler und Dahlems.[306] Der auch anwesende Göring schaltet sich erst ganz zum Ende ein. Bemerkenswert dabei ist, daß Außenminister von Ribbentrop nicht hinzugezogen wird, der Hitler bis dahin in Bezug auf Englands Reaktionen offensichtlich falsch beraten hat. Hitler schildert seine und Deutschlands Lage, so wie er sie sieht. Dem folgt ein Zwiegespräch, bei dem Hitler Dahlems nach seinen England-Erfahrungen befragt. Dann setzt der „Führer" wieder zu einem seiner Monologe an. Er schildert die Unschlagbarkeit des deutschen Heeres und der Luftstreitkräfte. Dahlems seinerseits versucht, dem deutschen Kanzler klar zu machen, daß das Deutsche Reich einen Seekrieg gegen die Seemacht England niemals wird gewinnen können. Zum Schluß geht Hitler sehr erregt in seinem Zimmer auf und ab, ehe er plötzlich innehält und zu dem schwedischen Vermittler sagt:

> *„Sie Herr Dahlems, haben meine Auffassung gehört. Sie müssen sofort nach England reisen, um sie der englischen Regierung mitzuteilen. Ich glaube nicht, daß Henderson mich verstanden hat, und ich wünsche aufrichtig, daß eine Verständigung zustande kommt."*

Es wird beschlossen, die Hitler-Position genau zu definieren. Dahlems lernt sie auswendig, um auf dem Flug nach London keine kompromittierenden Papiere mit sich führen zu müssen. Es sind wiederum sechs Punkte, die nun zum Teil schon weiter greifen, als die sechs Punkte, die Hitler Henderson mit auf den Weg gegeben hat:

> *„1. Deutschland wünscht ein Bündnis mit England, das alle Streitfragen politischer oder wirtschaftlicher Art in Zukunft beseitigen soll."*

---

[305] Dahlems, Seite 56
[306] Das folgende Gespräch ist der Dahlerus-Darstellung entnommen. Siehe Dahlems, Seiten 61 ff

Dieses Angebot gilt also unverzüglich und nicht erst nach der Danzig-Lösung, wie es Hitler vorher vorgeschlagen hatte.

> *„2. England wird gebeten mitzuwirken, daß Deutschland Danzig und den Korridor erhält, jedoch mit Ausnahme eines Freihafens in Danzig, der Polen zur Verfügung stehen soll. Polen soll einen Korridor zur Hafenstadt Gdingen erhalten und ganz über diese Stadt und ein hinreichend großes Gebiet um sie herum verfügen..“*

Hier wird nun mit dem Korridor mehr verlangt, als nur die exterritorialen Transitwege. Da Polen bisher auf die von Hitler vorgeschlagene Minimallösung von sich aus nicht eingegangen ist, hofft er, mit Englands Rückendeckung auch den nicht polnisch bewohnten Teil des Korridors für Deutschland heimzuholen. Göring ergreift einen Atlas, reißt ein Kartenblatt heraus und markiert mit einem Rotstift das Gebiet, das nach dem neuen Wunsch zu Deutschland kommen sollte.

> *„3. Deutschland verpflichtet sich, Polens Grenzen zu garantieren.*
> *4. Deutschland wünsche ein Abkommen über Kolonien, über die Rückgabe seiner ehemaligen Besitzungen oder Kompensationen.*
> *5. Deutschland wünsche Garantien über die Behandlung der deutschen Minderheit in Polen.*
> *6. Deutschland verpflichtet sich, das Britische Empire, wo immer es angegriffen werden könnte, mit seiner Wehrmacht zu schützen.“*

Dahlems sagt zu, den neuen Vorschlag so schnell wie möglich in London vorzutragen. Es ist inzwischen Morgen, als Hitler, Dahlems und Göring auseinandergehen.

Am Nachmittag des 26. August, nachdem Halifax Dahlems mit dem Brief an Göring nach Berlin entlassen hatte, empfängt er noch Graf Raczynski, den polnischen Botschafter, und informiert ihn über die Gespräche Hendersons mit Hitler. Dabei gibt er weiter, daß „Hitler nicht die geringste Andeutung gemacht hat, was er als die Lösung der deutsch-polnischen Probleme ansieht.“[307] Hitlers Lösungsvorschlag liegt aber seit dem 24. Oktober vorigen Jahres auf dem Tisch: Danzig und exterritoriale Transitwege gegen Freihafen und Handelsprivilegien in Danzig für die Polen, Grenzgarantien und ein Friedensvertrag für 25 Jahre. Halifax hält das offensichtlich für keinen Lösungsansatz.

Nachzutragen für den 26. August sind noch die französischen Aktivitäten. Früh um 1 Uhr berichtet Botschafter Coulondre aus der deutschen Hauptstadt nach Paris. Er bringt dabei einen gänzlich neuen Vorschlag in die Debatte ein. Coulondre regt an, einen Bevölkerungsaustausch in sämtlichen deutsch-polnischen Grenzgebieten mit gemischter Bevölkerung vorzunehmen, statt der deutschen Danzig-Forderung nachzugeben.[308] Der Vorschlag geht noch am gleichen Tag nach Warschau, wo er die Zustimmung des polnischen Außenministers findet.

[307] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 390
[308] Bonnet, Seite 274

Am gleichen 26. August erhält Präsident Daladier Hitlers Brief, in dem er schreibt, daß Deutschland von sich aus keinen Krieg gegen Frankreich eröffnen werde. Daladier und Außenminister Bonnet verfassen eine Antwort, welche die drei bekannten Positionen wiedergibt: Die Bündnistreue Frankreichs zu Polen, die Beteuerung des Friedenswillens und der Vorschlag, mit Warschau zu verhandeln.[309] Erstaunlich ist, daß der Coulondre-Vorschlag mit dem Bevölkerungsaustausch in diesem Schreiben mit keinem Wort Erwähnung findet. Ansonsten ist der Brief kaum hilfreich. Präsident Daladier ergeht sich in einer langen Folge von Friedensbeteuerungen, die alle meinen: „Wir Franzosen sind friedlich, und wer den Danzig-Status anrührt, ist es nicht.“ Die französische Regierung denkt fünf Tage vor dem Krieg von sich aus nicht daran, das von ihr in Versailles mitgeschaffene deutsch-polnische Problem, den Status des Freistaates Danzig, zur Disposition zu stellen und Polen zu veranlassen, in dieser Sache einzulenken.

An diesem Tage wird im ostpreußischen Kreis Neidenburg eine polnische Kavallerieeinheit bei einem Streifzug durch deutsche Dörfer von den Soldaten einer Königsberger Artilleriebatterie gestellt. 47 Polen fallen im MG-Feuer der dort zum Schutz der deutschen Grenzbevölkerung eingesetzten Batterie.

Sonntag, der 27. August

Fünf Tage vor dem Kriegsausbruch.
In London berät das Kabinett über Hitlers ersten, in sechs Punkten formulierten Vorschlag. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht, daß der für gestern erwartete Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen ausgeblieben ist. Man sieht darin ein Zurückweichen Hitlers vor der eigenen Politik der Unnachgiebigkeit[310], statt es als Entgegenkommen zu bewerten. Sobald Dahlems in London eintrifft, wird er hinzugezogen. Die Herren prüfen Hitlers Offerte Punkt für Punkt. Dann wird vereinbart, daß der schwedische Vermittler an Stelle Hendersons mit der englischen Antwort nach Berlin zu Hitler fliegt, dessen Reaktion darauf sofort nach London übermittelt, damit die Londoner Regierung dann erneut beraten kann. Und es wird beschlossen, daß Henderson erst morgen mit der dann endgültigen und offiziellen Antwort des Kabinetts nach Deutschland folgt. Dieser Modus wird telefonisch von Hitler akzeptiert und Dahlems fliegt nach Deutschland, wo er sofort von Göring in Empfang genommen wird. Es ist inzwischen wieder später Abend.

Göring hält die Antwort aus London für nicht in allen Punkten günstig und besteht darauf, sie Hitler alleine vorzutragen und ihm unter vier Augen vom Nutzen der Reaktion aus London zu überzeugen. Die Antwort bezieht sich strikt auf Hitlers Punkte.[311] Sie lautet zu Punkt 1, daß England grundsätzlich bereit ist,

---

[309] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 324 (franz. Text) und AA 1939 2, Dokument 460 (deutscher Text)
[310] Rassinier, Seite 284
[311] Die folgende englische Antwort ist entnommen aus Dahlems, Seite 78 f.

einen Vertrag mit Deutschland zu schließen, der eine friedliche Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sichert. In Bezug auf Punkt 2, die Bitte bei der Wiedergewinnung von Danzig und dem Korridor zu helfen, steht die englische Regierung einer Lösung der Frage wohlwollend gegenüber und empfiehlt, hierfür direkte Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau. Zu Punkt 3, der deutschen Garantie der zukünftigen Grenzen Polens, besteht die britische Regierung darauf, daß Polens zukünftige Grenzen nicht allein von Deutschland, sondern auch von Rußland, Italien, Frankreich und Großbritannien garantiert werden müssen. Zu Punkt 4, den ausreichenden Garantien für die deutsche Minderheit in Polen, akzeptiert die englische Regierung Deutschlands Forderung und empfiehlt, diese Frage ebenfalls durch direkte Verhandlungen mit Polen zu lösen. Den in Punkt 5 erhobenen deutschen Anspruch auf die spätere Rückgabe der früheren deutschen Kolonien oder auf Ersatz lehnt die englische Regierung zunächst ab, stellt aber spätere Verhandlungen dazu in Aussicht. Das Angebot in Punkt 6, das britische Weltreich im Bedarfsfall militärisch zu unterstützen, wird gleichfalls abgelehnt.

Görings Zweifel an Hitlers positiver Reaktion sind nicht ganz unberechtigt. Schließlich trifft der Vorschlag, die Danzig- und Korridor-Sache deutsch-polnisch zu verhandeln, den wunden Punkt der deutschen Position. Außenminister Beck in Warschau ist in der Danzig-Transitfrage seit Oktober vorigen Jahres nicht einen Schritt auf Deutschland zugegangen. Die britischen und französischen Garantien und Versprechen vom März und Mai und von vor zwei Tagen haben Beck bestärkt, davon nicht abzugehen. Auch der Vorschlag, in der Minderheitenfrage zu verhandeln ist ein Hohn. Polen hat die im Versailler Vertrag unterzeichneten Minderheitenschutzbestimmungen gekündigt und die zwei Minderheitenschutzverträge mit dem Deutschen Reich im eigenen Land nie durchgesetzt. Was sollte die Polen jetzt beflügeln, sich in Bezug auf Danzig, den Korridor und die Minderheiten umzustellen? Göring will versuchen, Hitler mit dieser Antwort der englischen Regierung vom Einmarsch in Polen abzubringen. Als er sich mit der von Dahlems überbrachten Chamberlain-Antwort beim „Führer" meldet, ist es fast Mitternacht.

Der Dahlems-Versuch, die Katastrophe zu verhindern, ist nicht der einzige an diesem Tag. Am Nachmittag erscheint der Kabinettschef des Außenministers Beck, Graf Łubieński, in Berlin und sucht den Vorsitzenden der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Dr. Kleist, auf, einen Beamten im Auswärtigen Amt. Łubieński gelingt es, Dr. Kleist zu überzeugen, daß sein Chef in Warschau nicht mehr „Herr des Verfahrens" ist, und daß die seit Monaten in einen Kriegsrausch versetzte polnische Bevölkerung derzeit keinen Kompromiß zu Danzig dulden werde. Beck, so Graf Łubieński, sehe die Lage Polens durchaus realistisch, doch er brauche Zeit, bis sich die Verhältnisse in Polen abgekühlt und normalisiert hätten.[312] Dr. Kleist

[312] Benoist-Méchin, Band 7, Seiten 433 ff

vermittelt diese Sicht der Dinge sofort an von Ribbentrop, der sich damit noch am gleichen Tag bei Hitler meldet. Es ist schon ein kleines Wunder, daß sich von Ribbentrop, der sonst nicht gerade mäßigend auf Hitler Einfluß nimmt, hier zum Fürsprecher seines polnischen Kollegen macht. Doch auch dieser kleine Hoffnungsfunke für den Frieden verglimmt ganz schnell angesichts der Auswirkungen, die *W* gerade diese in Polen angefachte Stimmung gegenüber Deutschland hat. Nach von Ribbentrops kurzem Vortrag entgegnet Hitler:

> *„Wie ich Herrn Henderson schon gesagt habe, glaube ich gern, daß Beck und Lipski voller guter Absichten sind. Aber sie sind nicht mehr Herr der Lage. Sie sind Gefangene einer öffentlichen Meinung, die durch Übersteigerung ihrer eigenen Propaganda und die Prahlereien der Militärs zur Weißglut gebracht worden ist. Selbst wenn sie verhandeln wollten, wären sie nicht in der Lage dazu. Das ist der eigentliche Kern der Tragödie. Sehen Sie!"* [313]

Hitler reicht von Ribbentrop ein Telegramm, das auf seinem Schreibtisch liegt:

> *„24. August, 13.15 Uhr, Verkehrsflugzeug „ Lufthansa D-ABHF "15 bis 20 Km Entfernung vor Küste Hela in 1500 m Flughöhe durch polnische Flak von etwa 40 km von Küste liegendem polnischen Schiff beschossen. Sprengwolken von acht Schüssen von Maschine beobachtet.*
> *25. August, 12.47 Uhr, Verkehrsflugzeug „Lufthansa D-AHIH" 20 km Entfernung von Heisternest durch polnische Flak beschossen. Schüsse so nahe, daß Detonationen im Flugzeug laut gehört wurden. Unter Fluggästen Staatssekretär Stuckart. ...*
> *25. August, 14.18 und 15.25 Uhr, Wasserflugzeug der Kriegsmarine Pillau auf Höhe von Brösen in weiter Entfernung von Küste beschossen, zweites Mal mit sechs Schuß. Schüsse entweder von Heia oder vom polnischen Schiff abgegeben."*

Hitler bemerkt zu den drei Meldungen:

> *„Wenn wir die Warschauer Regierung auffordern, sie solle sich bei uns entschuldigen, wird sie uns wie gewöhnlich antworten, sie träfe keine Schuld. Das ist reine Anarchie. Was soll man da machen?"*

Von Ribbentrops einziger überlieferter Versuch, Hitler zu bewegen, der polnischen Regierung mehr Zeit zu lassen, ist damit kein Erfolg beschieden.

Am gleichen Tag liegt in London der nächste Bericht aus Warschau vor. Botschafter Kennard teilt mit, wie er die Dinge sieht:

> *„Soweit ich das beurteilen kann, sind die deutschen Behauptungen über die massenhaften Mißhandlungen an Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen grobe Übertreibungen, wenn nicht sogar Fälschungen. ... Jedenfalls handelt es sich dabei schlicht und einfach um deutsche Provokationen im Zusammenhang mit einer Politik, die die zwei Nationen*

[313] Benoist-Méchin, Band 7, Seiten 433 ff

gegeneinander aufgebracht hat. Ich nehme an, daß dies geschieht, um (a) Kriegsstimmung in Deutschland zu entfachen, (b) die öffentliche Meinung im Ausland zu beeindrucken und (c) entweder Niedergeschlagenheit oder offensichtliche Aggressionen in Polen zu provozieren. ...Es gibt keine Anzeichen, daß die zivilen Behörden die Kontrolle über Zustände in Polen verloren haben. ...“ [314]

Montag, der 28. August

Vier Tage vor dem Kriegsausbruch.
Frühmorgens 1.30 Uhr: Göring kommt von Hitler zurück und hat mit der Dahlerus-Botschaft Erfolg gehabt. Hitler hat wider Görings anfängliche Befürchtungen Englands Standpunkt respektiert. Göring berichtet trotz der Schlafenszeit sofort Dahlems über Hitlers Kommentare zur aus London überbrachten Antwort.

> *„Mit Freude“, so Marschall Göring „begrüße Hitler Englands Wunsch, mit Deutschland zu einer friedlichen Abmachung zu gelangen. Der Reichskanzler würde größten Wert darauf legen, ein wirkliches Bündnis zwischen Großbritannien und Deutschland zustande zu bringen und nicht nur einen Vertrag. Hitler respektiere Englands Entschluß, seine Garantie für Polen aufrechtzuerhalten und ebenso die englische Forderung nach internationaler Garantie der polnischen Grenzen durch die fünf Großmächte. Er akzeptiere auch den englischen Vorschlag, die Fragen Korridor und Danzig endgültig durch direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen zu regeln. Hitler habe weiter den Vorschlag der englischen Regierung gebilligt, die Entscheidung über die Kolonien bis zur allgemeinen Demobilisierung und Normalisierung der Lage zu vertagen. Er habe auch seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Engländer bei den damit zusammenhängenden Verhandlungen ihr Bestes tun würden, um eine befriedigende Lösung herbeizuführen.“* [315]

Der Friede scheint gerettet. Immerhin gibt Hitler mit seiner Reaktion zwei Dinge zu erkennen. Zum einen will er, der Beck seit dem 5. Januar immer wieder zu Gesprächen über Danzig und die Transitwege eingeladen hat, noch einmal warten. Was noch bemerkenswerter ist, ist zweitens, sein Einverständnis zu einer Garantie der Grenzen Polens durch England, Frankreich, Italien und die Sowjetunion. Dies Einverständnis läßt darauf schließen, daß sein Interesse an der Eroberung des Nachbarlandes Polen relativ gering ist. Falls er trotzdem eine Annexion in den letzten Monaten in Erwägung gezogen haben sollte, ist er jetzt jedenfalls bereit, Polens Existenz auf Dauer zu achten, wenn er dafür die Freundschaft Großbritanniens gewinnen kann.

---

[314] British War Bluebook, Document 55
[315] Dahlems, Seiten 82 f

Dahlems beeilt sich, die Reaktionen Hitlers und Görings so schnell wie möglich mit Hilfe der englischen Botschaft in Berlin nach London durchzugeben. Er hebt dabei hervor, daß Großbritannien nun Polen überzeugen muß, daß es sofort beginnt, mit Deutschland zu verhandeln. Dahlems übermittelt außerdem, daß es äußerst wichtig ist, daß die offizielle Antwort, die Henderson später überbringen soll, erwähnt, daß England sich verpflichtet, die polnische Regierung zu Verhandlungen mit Deutschland zu bewegen.[316] Gegen Mittag begibt sich Dahlems noch einmal zu Feldmarschall Göring, der sich inzwischen in sein mobiles Hauptquartier westlich von Potsdam begeben hat. Der Schwede lernt dort die Luftwaffengenerale Milch, Jeschonnek, Udet, Bodenschatz und Staatssekretär Körner kennen, die offensichtlich uni sono die Auffassung vertreten, daß ein Krieg vermieden werden müsse.[317]

In London wird derweilen die offizielle Antwort der britischen Regierung auf Hitlers Sechs-Punkte-Angebot zu Ende formuliert. Um 14 Uhr geht ein Telegramm von Lord Halifax an den englischen Botschafter in Warschau Kennard mit dem Auftrag, sofort beim polnischen Außenminister nachzufragen, ob sich die polnische Regierung zu direkten Verhandlungen mit der deutschen bereit erklärt.[318] Im Telegramm steckt ein Schachzug Londons, der unweigerlich zum Kriege führt. Minister Halifax betont in diesem Auftrag an Botschafter Kennard als erstes, daß man in London genau zwischen der Methode der empfohlenen Verhandlung und den Zielen der Verhandlung unterscheide. Man werde die Andeutung der Verhandlungsbereitschaft von polnischer Seite nicht als Zustimmung zu Hitlers Forderungen in irgendeiner Weise mißverstehen. Die Verhandlungen hätten nach den Grundsätzen der Wahrung der wesentlichen Interessen Polens und der Gespräche „auf gleicher Augenhöhe“ zu geschehen. Großbritannien stehe weiter hinter Polen.

Das Telegramm enthält nicht ein einziges Wort zu Danzig und nicht den geringsten Hinweis an die Adresse Warschaus, den Deutschen ein Stück des Weges entgegenzukommen. Die verklausulierte Botschaft lautet, daß die englische Regierung die polnische Verhandlungsbereitschaft nicht als ein Nachgeben in der Danzig-Frage mißverstehen werde und daß Warschau das auch nicht tun sollte. Man erwarte, daß Polen verhandele und nicht mehr. Nach dieser Botschaft kann man in London sicher sein, daß Warschau in Bezug auf Danzig mauert.

Um 16 Uhr trifft die Antwort aus Warschau im Foreign Office ein:

> *„Außenminister Beck ist äußerst dankbar für die vorgeschlagene Antwort an Hitler und ermächtigt seiner Majestät Regierung, die deutsche Regierung zu informieren, daß Polen bereit ist, sofort in direkte Verhandlungen mit dem Reich einzutreten“* [319]

---

[316] Rassinier, Seite 285
[317] Dahlems, Seite 85
[318] British War Bluebook, Document 73
[319] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 420 und Rassinier, Seite 286

Um 17 Uhr tritt Botschafter Henderson mit der Antwort im Gepäck den Rückflug nach Berlin an. Um 22.30 Uhr wird er in der Reichskanzlei protokollarisch mit den Ehren empfangen, die sonst nur Staatsoberhäuptern vorbehalten sind. So groß ist Hitlers Wille, die Bedeutung zu unterstreichen, die er der deutsch-britischen Annäherung beimißt.[320] Ehe Henderson das Antwortschreiben Chamberlains überreicht, tauschen sich die beiden Männer aus.[321] Der Botschafter betont die Bündnistreue Englands zu Polen und erklärt:

> *„Das englische Volk und besonders Mister Chamberlain wünschten eine Verständigung mit Deutschland, brauchten allerdings bei der Durchführung dieser Absicht die Mitwirkung Deutschlands, das versuchen müßte, sich mit den Polen auf friedlichem Wege zu einigen."*

Hitler entgegnet:

> *„daß er durchaus bereit gewesen sei, die schwebenden Fragen mit der Polnischen Regierung auf einer sehr vernünftigen Grundlage zu regeln. ... Jetzt hätten sich die Dinge aber soweit zugespitzt, daß täglich neue Zwischenfälle und neue Gewalttaten gegenüber den Volksdeutschen geschähen. ... Für ihn bestehe die Wahl seiner Möglichkeiten jetzt darin, die Rechte des deutschen Volkes zu verteidigen oder um den Preis einer Einigung mit England aufzugeben. Das sei für ihn keine Wahl, sondern er habe die Pflicht, für die Rechte des deutschen Volkes einzutreten."*

Nach etwa einstündigem Gespräch wird Henderson von Hitler mit der Zusicherung entlassen, er werde die Botschaft Chamberlains sorgfältig studieren und morgen schriftlich Antwort geben. Die erste Durchsicht des Briefes aus London stellt Hitler offensichtlich zunächst zufrieden. Dahlems, der schwedische Vermittler, wird jedenfalls noch um 1.15 Uhr auf Görings Anweisung hin telefonisch aus der Reichskanzlei davon informiert,

> *„daß die Antwort höchst zufriedenstellend wäre und daß nun große Hoffnung bestehe, daß die Kriegsgefahr vorbei sei."* [322]

Am gleichen Tage gibt es noch einen weiteren Hoffnungsschimmer für die deutsche Seite. Mussolini läßt dem Auswärtigen Amt mitteilen, daß das deutsche Anrecht auf Danzig grundsätzlich anerkannt werden müsse, und daß er für alle übrigen Fragen, wie die der Abrüstung, die der Rohstoffversorgung für Deutschland und die der Kolonien, eine Vierer- oder Fünferkonferenz anregen werde.[323]

Dienstag, der 29. August

Drei Tage vor dem Kriegsausbruch.
Ganz Europa liegt im Fieber und trotzdem sieht es in Berlin tagsüber zunächst nach Frieden aus.

---

[320] Rassinier, Seite 287
[321] Das folgende Gespräch ist aufgezeichnet in ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 384
[322] IMT-Vernehmungen, Band IX, Seite 519
[323] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 395

Das Oberkommando der Sowjetischen Streitkräfte gibt die Verstärkung der Truppen an der Westgrenze bekannt.[324] Die Mobilmachungsvorbereitungen in England, Polen, Deutschland, Frankreich, Bulgarien und den Niederlanden laufen weiter; in Polen und Deutschland allerdings bislang inoffiziell. Ungarn macht gegen Rumänien mobil und umgekehrt. Die Grenzen zwischen Italien und Frankreich und die zwischen Frankreich und Deutschland werden von beiden Seiten geschlossen. Italien versetzt seine Luftwaffe in Libyen, Äthiopien, Sardinien und Sizilien in Alarmbereitschaft. Das ägyptische Territorialheer wird mobilgemacht. Spanien läßt seine Pyrenäenfestungen unter Hochdruck in Abwehrbereitschaft versetzen. In der Türkei wird einberufen und die Dardanellenstellungen werden bemannt. In Belgien sind Reservisten für 12 Divisionen und in der Schweiz 100.000 Mann für die Grenztruppen eingezogen worden. Und Irland bestreitet Großbritannien das Recht, in England lebende Iren zum Kriegsdienst heranzuziehen.

Auch die USA – obwohl neutral – machen mit dem Herzen schon mobil. Am frühen Morgen 07.10 Uhr trifft der Abendbericht der deutschen Botschaft aus Washington in Berlin ein. Der dortige Geschäftsträger Thomsen schreibt:

> *„In Militärkreisen ist Stimmung gegenüber Deutschland wesentlich weniger durch Pressehetze beeinflußt, als in breiter Öffentlichkeit. In letzterer gilt Deutschland allgemein als Friedensstörer und Angreifer, der sich weigert, politische Probleme anders als mit Gewalt zu lösen. ... Ich beurteile die Lage wie folgt:*
> *1. Roosevelt hält Neutralität für verwerflich. ...*
> *2. Amerika will militärisch intervenieren,*
> *a. falls England und Frankreich in Gefahr einer Niederlage geraten,*
> *b. voraussichtlich auch falls sichere Aussicht auf englisch-französischen Endsieg besteht. ...“* [325]

Gegen 11 Uhr morgens sehen sich Göring und Dahlems wieder. Der Marschall drückt dem schwedischen Vermittler die Hand und sagt ganz aufgeregt: „Es bleibt Frieden! Der Frieden ist gesichert.“[326]

Inzwischen ist man in der Reichskanzlei dabei, den Antwortbrief der englischen Regierung sorgfältig auszuwerten. Oberflächlich betrachtet stimmt der Schrifttext mit der von Dahlems schon vorher überbrachten Antwort überein.

> *„England teilt den Wunsch nach gegenseitiger Verständigung. Die deutsch-polnischen Vereinbarungen müssen die wesentlichen Interessen Polens sicherstellen.*

[324] Die nachstehenden Mobilmachungsmaßnahmen sind dem Archiv der Gegenwart, Band 1939-1940 entnommen, Seiten 4193-1195
[325] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 378
[326] Dahlems, Seite 88 und IMT-Verhandlungen, Band IX, Seite 519

Polens neue Grenzen sind von fünf Mächten zu garantieren. Die Minderheitenprobleme sollten erst nach einer Phase der Beruhigung verhandelt werden.“[327]

Hitler ist mit alledem offensichtlich einverstanden. Doch der Brief enthält auch drei Passagen, bei denen nicht ersichtlich ist, ob Hitler, Göring und von Ribbentrop erfassen, was sie besagen und was ihre Konsequenzen sind. Da heißt es:

„Seiner Majestät Regierung vertraut darauf, daß der Herr Reichskanzler nicht glauben wird, daß seiner Majestät Regierung, weil sie ihre Verpflichtung gegenüber Polen genau nimmt, aus diesem Grunde nicht bestrebt ist, ihren ganzen Einfluß für das Zustandekommen einer sowohl Deutschland wie Polen befriedigenden Lösung einzusetzen.“

Entkleidet aller Floskeln heißt der Satz:

„Wir hoffen, daß Sie nicht glauben, daß wir uns nicht für eine auch für Deutschland befriedigende Lösung einsetzen werden.“

Man kann den Satz auch noch wie folgt verkürzen:

„Wir hoffen nicht, daß Sie glauben, daß wir nichts für Sie tun.“

Das ist – sorgfältig gelesen – keine Zusage, daß die britische Regierung sich für das Zustandkommen einer für Deutschland befriedigenden Lösung einsetzen werde. Und genau darum hatte Hitler Chamberlain zwei Tage vorher in seinem Brief gebeten. Der Satz – blendend ausgedrückt – erweckt den Anschein britischer Unterstützung für das deutsche Anliegen und sagt dennoch rein gar nichts aus. Tags zuvor hat die gleiche britische Regierung Botschafter Kennard in Warschau angewiesen, dem polnischen Außenminister Beck in der Sache kein Entgegenkommen anzuraten. Nur verhandelt sollte werden. So ist der oben zitierte Satz mit „Seiner Majestät Regierung ...“ im Zusammenhang mit der Kennard-Weisung nichts als eine brillant formulierte Täuschung Hitlers; vielleicht eine Rache des Premiers Chamberlain für Hitlers Wortbruch in Bezug auf die Tschechei.

Die zweite zweifelhafte Passage in diesem Antwortbrief betrifft die Verhandlungsbereitschaft Polens. Da heißt es:

„Seiner Majestät Regierung hat bereits eine definitive Zusicherung von der polnischen Regierung erhalten, daß diese bereit ist, auf dieser Grundlage in Besprechungen einzutreten.“

Der Satz muß Hitler glauben machen, daß sich die polnische Regierung tags zuvor auf Englands Drängen hin bereit erklärt hat, etwas in der Sache zu bewegen. Doch genau das hat die Kennard-Weisung versucht zu unterbinden. Der Kern der englischen Ratschläge an die Polen ist gewesen: „Sprechen ja, bewegen ist von unserer Seite nicht gefordert“, oder in einem Bild gesprochen: „Geht zum Ball, aber laßt das Tanzen“. Die britische Regierung suggeriert mit diesem Satz den nun offenen Verhandlungsweg, den sie in Wirklichkeit durch Botschafter Kennan hat verstellen lassen.

---

[327] AA 1939, Nr. 2, Dokument 463 und ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 3 84 und Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 447

Ein dritter und genauso folgenschwerer Haken in der Antwort aus London ist die Reihenfolge der Voraussetzungen, die nun gelten sollen. Hitler hat einen Freundschaftspakt geboten, wenn England bei der Danzig-Sache hilft. Die britische Regierung antwortet: wenn Deutschland und Polen den Danzig-Streit auf dem Verhandlungsweg gelöst haben, ist England bereit, einen Freundschaftspakt zu schließen. Hitlers Voraussetzung für Deutschlands Einigung mit Polen ist der Freundschaftspakt mit England. Chamberlains Voraussetzung für den Freundschaftspakt mit England ist Deutschlands Einigung mit Polen. Die Briten zeigen Hitler also nach wie vor die verschlossene Tür in Warschau und sagen „Geh hindurch". Hitlers Rechnung oder Hoffnung geht also auch in diesem Punkt nicht auf. Dennoch ist ihm sein Fernziel eines Ausgleichs und eines Freundschaftspakts mit Großbritannien nun wichtiger als das Nahziel Danzig. Er geht auf Chamberlains schwierige Konditionen ein.

Hitler antwortet mit einer Note, in der er als erstes die Bedingungen aus London akzeptiert.[328] Dann wiederholt er noch einmal die Klage gegen die Drangsalierung der Volksdeutschen in Polen und erklärt, daß dieser Zustand nicht weitere Wochen oder auch nur Tage hingenommen werden kann. Hitler fordert in diesem Schreiben die Revision des Versailler Vertrages, soweit er Danzig und den Korridor betrifft und sichert den Fortbestand des Staates Polen unter der Fünf-Mächte-Garantie ansonsten zu. Soweit folgt Hitler den Vorgaben der britischen Regierung. Erst zum Schluß des Briefes baut er eine Hürde auf, über die nun die Briten und die Polen gehen müssen. Er beendet seinen Brief mit der Erwartung, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen nun wirklich binnen 29 Stunden aufgenommen werden:

> *„Die Deutsche Reichsregierung ist unter diesen Umständen damit einverstanden, die vorgeschlagene Vermittlung der Königlich Britischen Regierung zur Entsendung einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit nach Berlin anzunehmen. Sie rechnet mit dem Eintreffen dieser Persönlichkeit für Mittwoch, dem 30. August 1939."* [329]

Das heißt: Verhandlungsbeginn spätestens am Tag danach um 24 Uhr, ohne ein weiteres englisch-polnisches Spiel auf Zeit. Hitler schwankt jetzt offensichtlich zwischen der Hoffnung auf die Vermittlungskünste der Londoner Regierung und der Erwartung, daß die Warschauer Regierung sich nicht bewegen wird.

Der deutsche Kanzler steht in vieler Hinsicht mit dem Rücken an der Wand. Er will so schnell wie möglich von den Briten Taten sehen oder herausfinden, ob er hingehalten wird. Er kann die Mobilmachung und den Aufmarsch der Wehrmacht nicht mehr lange in der Schwebe halten. Entweder müssen die Streitkräfte in absehbarer Zeit zurückgezogen werden oder spätestens am 2. September in Polen einmarschieren. Außerdem will Hitler sich von der polnischen und der

[328] AA 1939 Nr. 2, Dokument 464 und ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 421
[329] AA 1939 Nr. 2, Dokument 464 und ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 421

französischen Presse nicht wieder „weiche Knie“ wie vor drei Wochen attestieren lassen. So muß er den Haltbefehl für die aufmarschierte Wehrmacht bald mit einem Verhandlungserfolg aufwiegen. Und in dieser Situation wohl ganz entscheidend: er kann die drangsalierte deutsche Minderheit in Polen nicht lange weiter ohne Hilfe lassen.

Um 19 Uhr übergibt Hitler seine Antwort an Botschafter Henderson, der sie sofort lesend überfliegt. Henderson ist zunächst erleichtert festzustellen, daß Hitler alle englischen Bedingungen akzeptiert. Die Erleichterung wechselt zur Bestürzung, als er den Schluß des Briefes liest. Henderson macht aus dem Entsetzen über die so kurz gesteckte Frist nicht den geringsten Hehl:[330]

> *„Sie geben dem polnischen Unterhändler 24 Stunden Zeit, um nach Berlin zu kommen. Die Frist ist viel zu kurz. Warum eine solche Übereilung? Das klingt wie ein Ultimatum. “*
>
> *„Aber keineswegs“, entgegnet Hitler. „Dieser Satz unterstreicht nur die Dringlichkeit des Augenblicks. Bedenken Sie, daß es jederzeit zu einem schweren Zwischenfall kommen kann, wenn sich zwei mobilisierte Armeen gegenüberliegen.“*

Henderson beharrt auf seiner Ansicht:

> *„Die Frist ist unzureichend. “*
>
> *„Nein“, so Hitler. „Es ist jetzt eine Woche, daß wir immer dasselbe wiederholen. Wir tauschen unablässig Noten und Antworten aus. Dieses unsinnige Spiel kann nicht ewig weitergehen. ... Denken Sie an die Gewehre, die jeden Augenblick von allein losgehen können. Denken Sie daran, daß mein Volk Tag um Tag blutet.“*

Die Unterredung zwischen beiden Männern ist erregt und zum Schluß unfreundlich heftig. Als Henderson sieht, daß er Hitler nicht zu einer Terminverschiebung bewegen kann, fragt er zum Schluß der Notenübergabe, ob ein polnischer Unterhändler, der nach Berlin käme, freundlich empfangen würde und ob die Verhandlungen auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung geführt würden. Hitler sichert beides zu. Er stellt außerdem in Aussicht, ein neues Angebot für Polen vorzubereiten.

Nach dem Besuch bei Hitler bittet Henderson sofort den polnischen Kollegen Lipski zu sich in die englische Botschaft. Er informiert ihn über das Gespräch mit Hitler und den Inhalt des Briefs an Chamberlain. Der Brite bietet gegenüber seinem polnischen Kollegen alle Überredungskunst auf, zu der er fähig ist, und dringt händeringend auf die sofortige Entsendung eines bevollmächtigten Unterhändlers von Warschau nach Berlin. Dann ruft Henderson seinen französischen und seinen italienischen Botschafterkollegen in Berlin an, setzt sie schnell ins Bild und bittet beide, sie möchten unverzüglich die Regierungen in Paris und Rom anrufen und ihnen eine sofortige Intervention in Warschau anraten. Das

---

[330] Wiedergabe des folgenden Gesprächs nach Benoist-Méchin, Band 7, Seiten 473 f

polnische Außenministerium, so drängt Henderson, sollte schnellstmöglich einen zu Verhandlungen bevollmächtigten Unterhändler nach Berlin entsenden.

Dann erst, um 21 Uhr, wendet sich Henderson per Telegramm an Minister Halifax in London. Er kündigt Hitlers Brief an, den er vor Übersendung noch in Englisch übersetzen lassen will. Vorinformierend – weil die Zeit drängt – weist er darauf hin, daß Hitler morgen, am 30. August, einen bevollmächtigten Unterhändler Polens in Berlin erwartet. Er teilt auch schon mit, daß Hitler die Bedingungen des letzten Halifax-Vorschlages akzeptiert hat, und daß die Note aus Berlin zum Ausdruck bringt, daß die deutschen Vorschläge nie zum Ziele hatten, die vitalen Interessen Polens einzuschränken.[331] Eine Stunde später schickt Henderson die übersetzte Hitler-Antwort hinterher. Im Begleittext zum Hitler-Brief bringt er es auf den Punkt:

> *„Hitler blufft nicht. Er ist bereit loszuschlagen. Die einzige Chance, die wir noch haben, um den Krieg zu verhindern, ist, daß Beck nach Berlin kommt.“* [332]

Henderson ringt offensichtlich ehrlich um den Frieden.

In Warschau beraten derweil Außenminister Beck, Verteidigungsminister Kasprzycki und der Oberbefehlshaber der Streitkräfte Marschall Rydz-Śmigły. Ihr Ergebnis: in der Danzig-Frage wird nicht nachgegeben, und Polen muß der deutschen Forderung militärisch widerstehen. Ein Entschluß zu verhandeln, wie von den Briten dringend angeraten, kommt nicht zustande. Am Nachmittag tritt der Ministerrat zusammen und beschließt, für morgen, den 30. August, die Allgemeine Mobilmachung offiziell bekanntzugeben.[333] Beide Länder, sowohl Polen als auch Deutschland, haben das wegen der demonstrativen Wirkung dieses Schrittes bisher tunlichst unterlassen.

Der französische Botschafter und der englische, die unbedingt verhindern wollen, daß der Krieg im letzten Moment doch noch von Polen provoziert wird, protestieren sofort im polnischen Außenministerium gegen den Beschluß, öffentlich mobil zu machen. In Paris und London erwartet man jetzt Verhandlungen und nicht Eskalation aus Warschau. Wenn Warschau jetzt den Krieg auslöst und nicht Berlin, ist kein Bündnisfall gegeben, und Paris und London hätten völkerrechtlich keine Legitimation, mit Deutschland abzurechnen. Der Protest der zwei Botschafter kann nicht das verhindern, was verhindert werden sollte. Noch um etwa 18 Uhr versichert der polnische Außenminister dem britischen Botschafter Kennard, daß die Generalmobilmachung geheimgehalten werden kann.[334] Doch schon eine Stunde später gibt er zu, daß das nun nicht mehr möglich ist. Außenminister Beck hängt dem Geständnis die schicksalsschwere Frage an:

---

[331] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 490
[332] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 493
[333] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 478
[334] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 475

„Würde Ihrer Majestät Regierung verantworten, die polnische Regierung anzuweisen, eine Maßnahme zu unterlassen, die für die Sicherheit Polens entsscheidend ist und dadurch Polens Existenz gefährden?“ [335]

Nach dem Hitler-Henderson-Gespräch werden fast zeitgleich Marschall Göring in der Reichskanzlei und Sir Ogilvie-Forbes – zweiter Mann an Londons Botschaft – vom Inhalt und Verlauf des Zusammentreffens unterrichtet. Beide sind bestürzt und nehmen nur wenige Minuten nacheinander Verbindung zu Dahlems auf. Beide sind voll Sorge, daß der Streit um die zu kurz gesteckte Frist und die dadurch entstandene Verstimmung die Bereitschaft der englischen Regierung zu weiterer Vermittlung beenden könnte. Ogilvie-Forbes ist Dahlems Ansprechpartner in der britischen Botschaft in Berlin.

Göring ist sehr aufgebracht, gibt Henderson die Schuld an der Verstimmung – was wohl unberechtigt ist –, beklagt sich über die „Unverschämtheit“ der Polen gegenüber Deutschland und erwähnt, daß gerade heute wieder fünf deutsche Flüchtlinge auf dem Weg von Ost nach West bei dem Versuch, die Warthe zu durchschwimmen, vom polnischen Militär erschossen worden seien. Dies habe Hitler sehr erzürnt.[336]

Marschall Göring bittet den Schweden, sofort nach London zu fliegen und der englischen Regierung einen genauen Bericht über die Ereignisse des Abends zu geben, Deutschlands weitere Entschlossenheit zu betonen, zu einer Verständigung zu kommen und mitzuteilen, daß

„Hitler beabsichtige, Polen im Laufe des morgigen Tages eine Note zu übermitteln, die so leichte Bedingungen enthalten würde, daß sie sicherlich von Polen akzeptiert und von der englischen Regierung befürwortet werden könnten.“ [337]

Göring und Dahlems trennen sich um 2 Uhr in der Nacht. Der Schwede informiert, ehe er sich zu Bett begibt, noch Ogilvie-Forbes, damit der schnellstens nach London berichten kann.

Mittwoch, der 30. August

Zwei Tage vor dem Kriegsausbruch.

Morgens um 4 Uhr erhält Henderson aus London die Weisung, der deutschen Reichsregierung mitzuteilen, daß man dabei sei, die deutsche Note sorgfältig zu prüfen und daß man nicht damit rechne, binnen 24 Stunden einen bevollmächtigten Unterhändler aus Warschau nach Berlin zu bekommen. Die Warnung, daß an diesem „letzten“ Tag kein Pole kommen werde, gibt Henderson weder an Außenminister von Ribbentrop noch an Hitler weiter.

---

[335] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 482

[336] Dahlems, Seite 95

[337] Dahlems, Seite 99

Den ganzen Morgen erarbeitet eine Gruppe von Diplomaten und Juristen nach Hitlers Weisungen und Görings Vorschlägen das neue Verhandlungsangebot an die polnische Regierung.

Um 5 Uhr startet Dahlems von Berlin. Um 10.30 Uhr wird er in der Downing Street No. 10 empfangen.[338] Premier Chamberlain hat nach Dahlems' Eindruck offenbar die Grenzen seiner Geduld erreicht und den Glauben an den Nutzen weiterer Verhandlungen verloren.[339] Dahlems beginnt nun, „um die Ecke" zu argumentieren. Er berichtet von den Gewalttätigkeiten der Polen gegen deutsche Flüchtlinge und anderen Grausamkeiten und ergänzt, es sei wichtig, wenn die Deutschen die Gewalttaten der Polen provozierten, die Polen zu überzeugen, daß sie sich nicht zu den Grausamkeiten verleiten ließen und diese unterließen. Dahlems' Argumentation wird akzeptiert. So geht um 17.30 Uhr ein Telegramm aus London an Kennard in Warschau mit dem Auftrag, der polnischen Regierung folgendes zu empfehlen:

> *„Die Atmosphäre könnte sich verbessern, wenn die polnische Regierung folgende Weisung an alle militärischen und zivilen Behörden gibt:*
> 1. *Nicht auf deutsche Flüchtlinge oder Minderheitenangehörige, die Unruhe stiften, zu schießen, sondern sie zu inhaftieren.*
> 2. *Von Gewalttätigkeiten gegen Minderheitenangehörige abzusehen und sie zu verhindern.*
> 3. *Deutsche Minderheitenangehörige, die Polen verlassen wollen, ziehen zu lassen.*
> 4. *Aufhetzende Radiopropaganda einzustellen.*
>
> *Bitte unterrichten Sie Außenminister Beck, daß die britische Regierung bestrebt ist, Hitler jeden Vorwand zu nehmen, zu übertriebenen Maßnahmen zu greifen."* [340]

Das Telegramm ist angesichts der so oft von Kennard bestrittenen polnischen Übergriffe gegen Angehörige der deutschen Minderheit in Polen ein bemerkenswertes Dokument.

Nachdem dieser Punkt abgehandelt ist, interpretiert Dahlems vor Chamberlain und Halifax noch einmal die Einzelheiten der Hitler-Antwortnote mit allen Erläuterungen, die ihm Göring mit auf den Weg gegeben hat. Er vergißt nicht zu erwähnen, daß der deutsche Kanzler angekündigt hat, ein „großzügiges Angebot" für Polen vorzulegen. Hier entschlüpft Chamberlain eine Bemerkung, die nur schwer nachvollziehbar ist, auch wenn sein Mißtrauen gegen Hitler seit der Tschechei sehr wohl begründet ist. Der englische Premier sagt zu Dahlems, er hege den Verdacht, daß die Hitler-Antwort mit den sechs Punkten und der neue Vorschlag für die Polen „eine Finte sei, um Zeit zu gewinnen.[341] Bisher ist es

---

[338] Amtssitz des engl. Premierministers
[339] Dahlems, Seite 101
[340] British War Bluebook, Document 85
[341] Dahlems, Seite 102

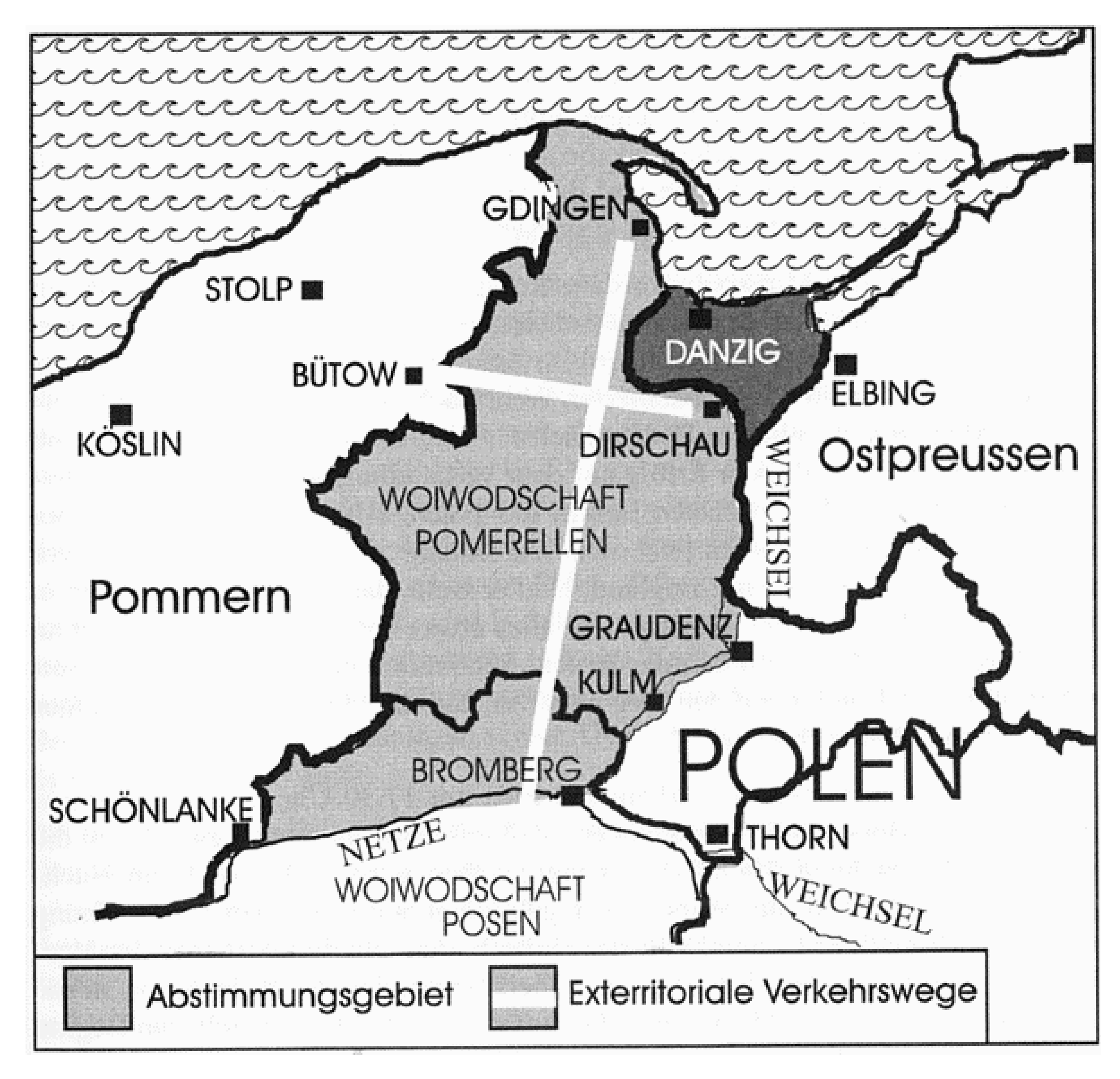
Vorwurf von Chamberlain und Halifax gewesen, daß Hitler die Polen unter Zeitdruck setzt. Nun soll er selbst versuchen, Zeit zu schinden. Das paßt nicht zueinander. Man kann hier nur vermuten, daß Chamberlain seine eigentliche Befürchtung an diesem 30. August versehentlich entschlüpft, daß Hitler so lange warten könnte, bis Polen einen Krieg auslöst. Dann stünde England völkerrechtlich außen vor und hätte keine Legitimation, in einen Krieg mit Deutschland einzutreten. Daß ein Gedanke dieser Art bei Chamberlain nicht aus der Luft gegriffen wäre, zeigt der letzte Schritt der Polen. Sie haben gegen Englands Rat mobilgemacht.

Um 12.40 Uhr informiert Göring telefonisch aus der Reichskanzlei Dahlerus, der noch immer mit den Briten konferiert. Göring kündigt an, daß Hitler höchstwahrscheinlich ein Plebiszit für die Bevölkerung im Korridor vorschlägt, so daß die selbst entscheiden kann, ob ihr Gebiet nun polnisch oder deutsch sein soll. Des weiteren teilt Göring mit, daß ein Auswanderungsrecht für die Minderheiten vereinbart werden soll, die nach der Ziehung neuer Grenzen auch weiter außerhalb des eigenen Volks verbleibt.[342] Göring und Dahlerus bemühen sich vergeblich, die Briten als „Vermittler" anzustoßen, die Polen mit Hilfe dieser Vorschläge zum Verhandeln zu bewegen. Chamberlain entläßt Dahlerus ohne weitere Botschaft an Hitler, von Ribbentrop oder Göring, und der schwedische Vermittler fliegt nach Berlin zurück.

Dort ist mittags der neue Vorschlag für die polnische Regierung fertig. Hitler hat die früheren deutschen Wünsche aus der Zeit seiner demokratischen Vorgängerregierungen weit zurückgefahren. Ost-Oberschlesien und die Provinz Posen sind endgültig abgeschrieben. Auch in Bezug auf Westpreußen und den Korridor hat er die Forderungen, die er noch vor vier Tagen gegenüber Henderson geäußert hat, wieder reduziert. Hitler will offensichtlich die Briten mit einem sehr moderaten Vorschlag überzeugen, so daß die guten Gewissens die Polen drängen können. Dennoch, der neue Vorschlag verlangt mehr für Deutschland als der von Polen ausgeschlagene März-Vorschlag Hitlers. Die Auflistung der deutschen Wünsche und Angebote umfaßt 16 Punkte.[343] Dazu gehören:

- Danzig kehrt heim ins Reich.
- Im nördlichen Korridor soll die Bevölkerung in einer Abstimmung selbst entscheiden, ob das Gebiet polnisch oder deutsch wird.
- Die Hafenstadt Gdingen bleibt dabei auf jeden Fall polnisch.
- Je nach Abstimmungsergebnis im Korridor erhält entweder Deutschland exterritoriale Verkehrswege nach Ostpreußen oder Polen exterritoriale Verkehrswege nach Gdingen.

[342] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 519
[343] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 458



Karte 35: Die deutschen Vorschläge vom 30. August 1939
(wie Karte 33)

- Die in Danzig für Polen gewünschten Sonderrechte werden ausgehandelt und Deutschland gleiche Rechte in Gdingen zugestanden.
- Die Beschwerden der deutschen Minderheit in Polen und die der polnischen Minderheit in Deutschland werden einer internationalen Kommission unterbreitet und von dieser untersucht. Beide Nationen zahlen Entschädigungen an betroffene Geschädigte nach Maßgabe der Kommission.
- Im Falle einer Vereinbarung nach diesen Vorschlägen demobilisieren Polen und Deutschland sofort ihre Streitkräfte.

Der Vertragsvorschlag ist so ausgelegt, daß er sowohl die unglückliche, in Versailles verfügte Abtrennung Ostpreußens vom Deutschen Reich beendet, als auch den freien Zugang Polens zur Ostsee sicherstellt. Außerdem wahrt er das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen polnischen, kaschubischen und deutschen

Bevölkerungsanteile in einer zeitgemäßen Weise. Aber so neuzeitlich und demokratisch die vorgeschlagene Regelung auch ist, für den Vielvölkerstaat Polen mit seinen nicht integrierten Minderheiten birgt er eine ungeheure Sprengkraft. Die ukrainische, die weißrussische und die tschechische Minderheit könnten dem deutschen Beispiel später folgen und das von ihnen ungeliebte Polen ebenfalls mit regionalen Volksabstimmungen verlassen wollen.

Der 30. August, der Mittwoch vor dem Kriegsausbruch, vergeht, ohne daß ein polnischer Unterhändler in Berlin erscheint, um den neuen Verhandlungsvorschlag Hitlers in Empfang zu nehmen. Im Auswärtigen Amt und bei den Soldaten der inzwischen voll aufmarschierten Wehrmacht steigen Spannung und Nervosität. Man ist sich selbst in Hitlers nächster Umgebung nicht klar darüber, ob der „Führer“ Krieg will oder Erfolg auf dem Verhandlungsweg. So hängt an diesem Tage alles an dem nächsten Schritt der Polen. Hitler gibt sich gegenüber Polen skeptisch. Für ihn steht jetzt nicht nur Danzig auf dem Spiel, sondern vor allem sein ersehnter Pakt mit England. Und er weiß, daß er in dieser Hinsicht in der Hand der Polen steckt. Göring sieht alles etwas optimistischer. Er glaubt an eine faire Vermittlungstätigkeit der Briten. Schließlich hat er Dahlems die Botschaft mit nach London auf den Weg gegeben, daß der „Führer“ ein großzügiges Angebot an Polen vorbereitet.[344]

Anstelle eines polnischen Unterhändlers trifft um 17.30 Uhr die Nachricht aus der deutschen Botschaft in Warschau ein, daß seit heute morgen in ganz Polen die Generalmobilmachung öffentlich bekanntgegeben wird.[345] Als auch am Nachmittag noch niemand aus Warschau angekündigt wird, und Hitlers Hoffnung schwindet, bestellt er General von Brauchitsch, den Oberbefehlshaber des Heeres, und General Keitel, den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, in die Reichskanzlei und verschiebt den bisher auf den 31. August festgelegten Beginn des Angriffs gegen Polen noch einmal um 24 Stunden.[346] Neuer X-Tag ist nun der 1. September, Angriffszeit ist 4.45 Uhr. Hitler räumt sich damit selber eine weitere Chance ein, ohne Blutvergießen zum Erfolg zu kommen. Für ihn ist ein Krieg, zwei Tage bevor er ihn eröffnet, offensichtlich noch immer nur der schlechtere von zwei Lösungswegen.

In Warschau ist die polnische Regierung derweil nach wie vor der Überzeugung, daß Hitler blufft und selber in der Klemme steckt.[347] Man hält die letzte Drohung Hitlers, am 26. August in Polen einzumarschieren, nachträglich für ein mißglücktes Einschüchterungsmanöver, dem nun ein zweites folgen wird. Außenminister Beck glaubt, man müsse das nur mit guten Nerven aussitzen. Gerüchte über einen bevorstehenden Aufstand der Wehrmachtsgenerale und die Gewißheit der

[344] Dahlerus, Seite 102
[345] AA 1939 Nr. 1, Dokument 13
[346] v. Below, Seite 191
[347] Rassinier, Seite 292

englischen und französischen Waffenhilfe unterstützen Beck in seinem Glauben. Er ist entschlossen, niemand nach Berlin zu schicken.

Auch aus Paris und Washington kommt an diesem Tage kein Impuls an Polen, das Risiko des Kriegsausbruchs zu mindern. Eher gespenstisch wirkt das, was sich zwischen Washington, Paris und Warschau abspielt. Man beschwört sich gegenseitig, hart zu bleiben. Frankreichs Chef des Außenamtes Leger legt Premierminister Daladier darauf fest, die Polen nicht zu zwingen, mit den Deutschen zu verhandeln.[348] Er tut dies – was ja ungewöhnlich ist – im Beisein des amerikanischen Botschafters Bullitt, was einem Signal an Roosevelt gleichkommt. Ganz ähnliches spielt sich zur selben Zeit in Warschau ab. Dort läßt man den amerikanischen Botschafter Biddle wissen, was die Polen von Hitlers Vorschlag halten und wie es weitergehen soll. Um 19.30 Uhr meldet Biddle aus Warschau an Außenminister Hull in Washington, daß der polnische Außenminister Beck zu Hitlers Verhandlungsangebot „40 mal Nein“ gesagt hat.[349] Noch immer gibt es keine Warnung der Amerikaner an die Polen, daß sie jetzt auch von Osten her bedroht sind. Am späten Abend wird Biddle noch einmal zu Beck bestellt, der ihm die Gründe auseinandersetzt, warum er keine Kompromisse eingeht. Beck sagt auch, daß er nicht gedenkt, einen Verhandlungsführer nach Berlin zu schicken. Beck hat sich mit dem Offenlegen seiner Absicht den Segen Washingtons geholt, da Biddle ihm nicht abrät.

Bei dieser Haltung Polens fällt der Blick unwillkürlich zurück auf England, den Vermittler in der Krise. Um 10 Uhr morgens, kurz vor Dahlems' Ankunft bei Premierminister Chamberlain, geht dort ein Telegramm vom englischen Botschafter Kennard aus Warschau ein.[350] Kennard berichtet, wie er die momentane Lage in Polen sieht, und er teilt mit, was er selbst von Hitlers so kurz anberaumter Frist und von Berlin als Tagungsort für die deutsch-polnischen Gespräche hält. Kennard ist sich sicher, daß Beck nicht nach Deutschland reisen wird, und daß Polen eher kämpfen und untergehen werde, als daß Beck jemanden nach Berlin entsendet. Kennard schreibt, daß die polnische Regierung, welche die deutschen März-Vorschläge ohne die Rückendeckung Englands abgelehnt hat, nun weitergehende deutsche Forderungen unmöglich annehmen könne, wo sie England und Frankreich als Verbündete an ihrer Seite hat. Was Kennard nicht erwähnt, ist, was er Außenminister Beck denn nun geraten hat. Sein Bericht wirkt so, als habe er Beck selbst empfohlen, niemand nach Berlin zu schicken.[351]

---

[348] Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seite 603
[349] Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seite 603
[350] British War Bluebook, Document 84
[351] Der englische Historiker Nicoll behauptet in seinem Buch „Englands Krieg gegen Deutschland“ Seite 187, daß „Botschafter Kennard den polnischen Staatsmännern ständig geraten hat, nicht zu verhandeln, sondern es auf einen Krieg mit Deutschland ankommen zu lassen.“ Nicoll führt allerdings keine Quelle für diese Behauptung an.

Um 19.00 Uhr schickt Halifax das nächste Telegramm nach Warschau. Er weist Kennard an, Beck zu informieren, daß die deutsche Seite die englischen Vorschläge zu direkten deutsch-polnischen Verhandlungen und zur Fünf-Mächte-Garantie angenommen und versichert hat, Deutschland werde die vitalen Interessen Polens respektieren. Doch von den neuen 16 Punkten Hitlers, die er zum Teil schon von Dahlems kennt, wird kein Sterbenswort erwähnt. Statt dessen,

> *„daß es so aussieht, als würde die deutsche Regierung an neuen Vorschlägen arbeiten, und wenn die eintreffen, könne man weitersehen."* [352]

Chamberlain versucht ganz offensichtlich, Hitlers Zeitreserve zu verbrauchen.

Gegen Abend wird auch für die deutsche Seite sichtbar, daß Außenminister Halifax die ganze Frist, die Hitler für eine Friedens- und Verhandlungslösung offenläßt, hat verstreichen lassen, ohne daß er Polen drängt, sofort Gespräche mit den Deutschen aufzunehmen. Um 18.50 Uhr schickt er Henderson in Berlin die Weisung, der deutschen Reichsregierung „nahezulegen, den polnischen Botschafter einzuladen, die neuen deutschen Vorschläge entgegenzunehmen und nach Warschau weiterzuleiten". Halifax unterläuft Hitlers Forderung nach einer sofortigen Aufnahme von Verhandlungen, indem er schreibt:

> *„Wir können der polnischen Regierung nicht raten, daß ein polnischer Unterhändler mit Vollmachten zur Entgegennahme der deutschen Vorschlage nach Berlin kommt."*[353]

Das Unterlaufen ist perfekt, weil Halifax den Brief so spät auf die Reise schickt, daß Hitlers Termin für den Beginn der deutsch-polnischen Gespräche bei Ankunft schon verstrichen ist.

Um 23 Uhr rechnet Außenminister von Ribbentrop in Berlin nicht mehr mit dem Erscheinen eines polnischen Abgesandten. Die von Hitler als „Erwartung" gesetzte Frist ist damit ergebnislos verstrichen. Kurz vor Mitternacht meldet sich dann – zu dieser Stunde völlig unerwartet – Botschafter Henderson, um die gerade erwähnte Antwort seiner Regierung auf Hitlers gestrigen Brief zu überreichen und zu erklären, man habe den Polen nicht zu Gesprächen hier und heute raten können.

So ist der 30. August zum Kräftemessen zwischen Chamberlain und Hitler geworden, statt zum Ringen um den Frieden. Hitler in Berlin hat den ganzen Tag gehofft, daß Chamberlain angesichts der Kriegsgefahr die Polen drängt, auf Deutschland zuzugehen. Nach dem Brief des englischen Premierministers vom 28. August hatte er ja auch davon ausgehen können, daß die Briten nun zwischen den Deutschen und den Polen vermitteln werden. Hitler glaubt, daß die Drohung mit der aufmarschierten Wehrmacht den Polen Beine macht. Er ist sich ziemlich sicher, daß sein sehr moderates Angebot an Polen auch Chamberlain in letzter Stunde auf die deutsche Seite zieht.

---

[352] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 539
[353] British War Bluebook, Document 88

Chamberlain in London hat indessen den Polen nicht den geringsten Wink gegeben, in Bezug auf Danzig und den Korridor die eigene Position zu überdenken. Er versucht statt dessen – mit Noten hin und Noten her – im Interesse Polens Zeit zu gewinnen. Ihm geht es nicht um Danzig und um Minderheitenfragen. Ihm geht es darum, daß Hitler seit drei Jahren mit Drohungen dem Ausland gegenüber durchsetzt, was er für richtig hält. Chamberlain will Hitler „zähmen". So verbaut er eine der letzten Chancen, die der Frieden hat, indem er die Vermittlerei so in die Länge zieht, bis Hitlers „Stichtag" kommt. Chamberlain wartet, bis Hitler das Gesicht oder die Geduld verliert. Er läßt den 30. August mit Friedensbeteuerungen und diplomatischem Taktieren verstreichen, statt im Sinne eines Maklers zielstrebig zu vermitteln. Hitler und Chamberlain sind an diesem Tag auf der Schwelle zum Krieg beide die Gefangenen ihrer Erfahrungen der letzten Jahre. Hitler weiß, daß die Siegermächte dem Deutschen Reich seit 1920 so gut wie keine Zugeständnisse zur Verbesserung der Lage nach dem Krieg gemacht haben. Alles bisher Erreichte ist durch Eigenmächtigkeit oder durch die Androhung von Gewalt erstritten worden. Chamberlain weiß, daß das so gewesen ist, und daß er nun keine weiteren Zugeständnisse unter Drohung dulden darf.

Vielleicht denkt sich mancher Engländer an diesem Tag, was Churchill kurz vor Hitlers Amtsantritt am 24. November 1932 in einer Unterhausrede ausgesprochen hat:

> *„Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas zur Förderung des Friedens zu tun, dann sollte sie die Führung übernehmen und die Frage Danzigs und des Korridors ihrerseits wieder aufrollen, solange die Siegerstaaten noch überlegen sind. Wenn diese Fragen nicht gelöst werden, kann keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehen."* [354]

Der letzte Tag vor Kriegsausbruch, Donnerstag, 31. August

Das soeben erwähnte mitternächtliche Treffen von Botschafter Henderson und Minister von Ribbentrop wird entgegen beider Absicht zum Desaster. Die Nerven der zwei Männer liegen nach so vielen Verhandlungsnächten in der letzten Woche blank. Henderson überreicht die Antwortnote Chamberlains vom 30. August, 18.50 Uhr.[355] Er fügt dem Brief zwei mündliche Erklärungen hinzu. Die erste betrifft die beiderseitige Zurückhaltung, die nun erwartet werde. Er sagt, man könne von der polnischen Regierung nur eine völlige Zurückhaltung erwarten, wenn die Provokationen durch die deutsche Minderheit in Polen aufhörten. Es seien Berichte im Umlauf, nach denen die Deutschen in Polen Sabotageakte verübten, die die schärfsten Gegenmaßnahmen seitens der polnischen Regierung rechtfertigten. Von Ribbentrop verliert die Beherrschung und entgegnet, daß die

---

[354] Kern, Seite 82

[355] Das folgende Gespräch ist der Niederschrift des Chefdolmetschers, Dr. Schmidt, entnommen. Siehe ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 461

unerhörtesten Sabotageakte von den Polen ausgingen. Im Auswärtigen Amt lägen allein Berichte über 200 Morde an Volksdeutschen in Polen vor. Das Gespräch wird frostig.

Als zweites nimmt Henderson Bezug auf die deutsche Forderung nach Erscheinen eines bevollmächtigten Vertreters der polnischen Regierung in Berlin. Henderson erklärt, die britische Regierung sei nicht in der Lage, der polnischen zu empfehlen, auf dieses Verhandlungsverfahren einzugehen. Sie schlage der Reichsregierung vor, den normalen diplomatischen Weg einzuschlagen und die deutschen Vorschläge an den polnischen Botschafter zu übergeben. Dann fragt Henderson von Ribbentrop, ob er ihm die Vorschläge schriftlich aushändigen könne. Von Ribbentrop merkt, daß die englische Regierung ihren Einfluß bei der polnischen bisher offensichtlich nicht genutzt hat, um sie zu sofortigen Verhandlungen zu bewegen.[356] Auch aus Polen ist ja bis zur Stunde kein Verhandlungssignal zu sehen. So kann Ribbentrop sogar vermuten, daß England Polen in der Danzig-Frage freie Hand läßt. Ihm kommt der Verdacht, daß die englische Regierung entgegen aller anders lautenden Beteuerungen in Wirklichkeit kein Interesse mehr daran hat, die Polen zum Einlenken zu bewegen, und daß sie auf Zeit spielt bis Hitler aufgibt oder einen Krieg auslöst. Die Empfehlung Hendersons, den normalen diplomatischen Weg zu beschreiten, klingt nach allem anderen, nur nicht nach englischem Bemühen um eine schnelle Lösung. Von Ribbentrop muß fürchten, daß der „normale Weg“ viel Zeit kosten und wieder am Nein der Polen enden wird. Der deutsche Minister reagiert verärgert. Statt daß er den Versuch wagt, Henderson mit Hitlers 16-Punkte-Vorschlag zu überzeugen, verliest er den Hitler-Vorschlag so schnell, daß Henderson nicht alles verstehen und behalten kann. Zum Schluß sagt von Ribbentrop, die Offerte sei nun – da kein Pole in Berlin erschienen sei – überholt und weigert sich, sie schriftlich auszuhändigen. Die britische Vermittlung – soweit sie eine war – ist damit erst einmal gescheitert.

Henderson verläßt das Auswärtige Amt und eilt, um nichts unversucht zu lassen, in die polnische Botschaft. Er informiert Lipski von dem, was er von Hitlers 16 Punkten aus dem Gespräch mit Ribbentrop behalten hat, daß Deutschland lediglich die Abtretung Danzigs und eine Volksabstimmung im Korridor vorsähen, und daß die Vorschläge insgesamt nicht unvernünftig seien.[357] Angesichts der äußerst kritischen Lage – so drängt Henderson in aller Schärfe – solle Lipski unverzüglich Außenminister von Ribbentrop anrufen und bitten, daß man ihm die neuen deutschen Vorschläge aushändigt. Lipski mauert und erklärt, daß er dies ohne Rücksprache mit Warschau nicht tun könne. Henderson beharrt auf seinem Rat und wird persönlich:

[356] IMT-Verhandlungen, Band X, Seite 311
[357] Henderson, Seite 273

496

„Sie haben vier Monate lang den Mund nicht aufgetan. Das wird man Ihnen vorwerfen, wenn es zum Kriege kommt.“ [358]

Lipski verspricht nun wenigstens, mit seiner Regierung zu telefonieren.

Zur Zeit des mißglückten Ribbentrop-Henderson-Gesprächs – ebenfalls kurz nach Mitternacht – kehrt Dahlems aus London zurück und fährt direkt zu Göring, um ihm zu berichten. Dahlems beurteilt seine Londoner Mission ganz optimistisch. Er vergißt nicht, Englands Wunsch nach direkten deutsch-polnischen Gesprächen zu erwähnen. Görings Neuigkeit für Dahlems sind Hitlers 16 Punkte. Sein Kommentar, nachdem er sie verlesen hat:

„Hitler hat in seinem Wunsch, mit England zu einem Übereinkommen zu gelangen, ein Angebot an Polen ausgearbeitet, das ein großes Entgegenkommen von deutscher Seite bedeutet, das in seiner offensichtlich demokratischen, gerechten und praktisch durchfuhrbaren Art großes Aufsehen erregen muß und das sowohl von Polen als auch von England akzeptiert werden kann.“[359]

Beide Männer, Göring und Dahlems, sind sich bei dem Gespräch einig, in ihrem Ringen um den Frieden nahe am Erfolg zu sein. Dahlems will nun wissen, was bei dem Treffen Ribbentrops mit Henderson herausgekommen ist und ruft von Görings Telefon aus in der Botschaft an. Ogilvie-Forbes[360] informiert ihn vom Desaster des Gesprächs.

Es ist jetzt 2 Uhr morgens. Der Marschall und der Schwede versuchen noch zu retten, was zu retten ist. Göring ermächtigt Dahlems, Ogilvie-Forbes sofort den 16-Punkte-Vorschlag Hitlers telefonisch zu diktieren. Damit soll Hitlers Angebot an Polen doch noch zu Henderson gelangen. Unmittelbar danach informiert Göring Hitler von Ribbentrops verpatzter Notenübergabe. Hitler spricht dem Marschall für dessen schnelles Eingreifen seine Anerkennung aus.[361] Ogilvie-Forbes kann den Hitler-Vorschlag nicht sofort an Botschafter Henderson weiterleiten, weil der sich noch in der polnischen Botschaft aufhält. Er legt die im Telefondiktat niedergeschriebenen 16-Punkte auf Hendersons Schreibtisch und geht zu Bett. Um 9 Uhr findet der Botschafter das Schreiben und kennt nun den vollen Text des Hitler-Angebots. Zeitgleich schickt Göring Dahlerus mit einer Kopie des Textes zu Henderson, damit er sicher ist, daß der Botschafter den richtigen Text in Händen hat. Der nutzt das Erscheinen des schwedischen Vermittlers, ihn zu bitten, den Hitler-Vorschlag so schnell wie möglich in Ogilvie-Forbes' Begleitung zu Lipski in die polnische Botschaft zu überbringen. Um 11 Uhr treffen die beiden Emissäre bei Lipski ein. Die Szene, die nun folgt, hat etwas gespenstisch Unwirkliches.[362] Die Botschaft ist so gut wie leergeräumt.

---

[358] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 575
[359] Dahlerus, Seite 105
[360] Geschäftsträger in der britischen Botschaft während der Abwesenheit des Botschafters
[361] Rassinier, Seite 294
[362] Der folgende Ablauf ist von Dahlerus beschrieben. Siehe Dahlerus, Seite 110, und IMT-Dokumente, Band IX, Seite 521

Die Umzugskisten stehen in der Halle aufgereiht. Das Botschaftspersonal ist damit beschäftigt, die Abreise vorzubereiten. Dahlems liest Lipski in dessen fast leerem Zimmer Hitlers Vorschlag vor, der ja an die polnische Regierung gerichtet ist. Lipski unterbricht nach kurzem Zuhören und erklärt, den Inhalt nicht zu verstehen, und das, obwohl er fließend Deutsch spricht. Der Schwede verläßt den Raum, um eine Abschrift der Hitler-Note zu fertigen und zu übergeben. Derweil eröffnet Lipski dem zurückgebliebenen Ogilvie-Forbes, daß er

> *„keinerlei Anlaß habe, sich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren. Er kenne die Lage in Deutschland. ...Er sei überzeugt, daß hier im Falle eines Krieges Unruhen ausbrechen werden und daß die polnischen Truppen gegen Berlin marschieren werden.“* [363]

Dahlems kommt zurück und händigt Lipski den Hitler-Vorschlag aus. Inzwischen ist es kurz vor 12 Uhr mittags. Beide Emissäre kehren mit Eile in die britische Botschaft zurück und berichten Henderson. Dahlems informiert gleich von der Botschaft aus auch das Außenministerium in London über seine merkwürdige Begegnung mit Botschafter Lipski. Er beschwert sich darüber, daß Polen offensichtlich ganz bewußt jede Verhandlungsmöglichkeit zerstört. Lipski habe ihm gesagt, die deutschen Vorschläge seien nicht einmal erwägenswert. Dahlems ist erregt, weil er erkennt, daß seine Vermittlertätigkeit wahrscheinlich an der Unbeweglichkeit der Polen scheitert. Zum Ende des Berichts betont der Schwede, daß er selbst den deutschen 16-Punkte-Vorschlag für außerordentlich großzügig hält.

In London hält man den Dahlerus-Anruf offensichtlich für ausgesprochen wenig hilfreich. Es folgt postwendend eine Ermahnung von Halifax an Henderson „er möge in Zukunft bitte Personen, die nicht zur englischen Botschaft gehörten, daran hindern, seine Telefonleitung zu benutzen.“[364] Diese an sich lächerliche Ermahnung über eine Telefonbenutzung nährt den Verdacht, daß Außenminister Halifax zu diesem Zeitpunkt keine weiteren Vermittlungsbemühungen mehr wünscht.

Während der vergangenen Stunden ist im Foreign Office wieder ein Bericht des Botschafters in Warschau Kennard eingetroffen.[365] Kennard meldet, daß er tags zuvor mit dem polnischen Außenminister Beck gesprochen habe, und daß der ihm eine schriftliche Antwort auf den englischen Vermittlungsvorschlag bis heute mittag versprochen habe. Beck habe sich sehr erleichtert gezeigt, daß sich die britische Regiemng in keiner Weise für die deutschen Forderungen eingesetzt habe. Kennard spricht hier aus, was von Ribbentrop befürchtet und was Göring im Vertrauen auf Englands „faire“ Vermittlung nicht vermutet. Die englische Regiemng krümmt keinen Finger, um in Polen Verständnis für die deutschen Posi-

[363] Dahlerus, Seite 110, und IMT-Dokumente, Band IX, Seite 521
[364] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VII, Document 589
[365] British War Bluebook, Document 93

tionen anzuregen. England gibt sich nicht die geringste Mühe, den in Versailles selbst geschaffenen Streitpunkt Danzig aus der Welt zu schaffen.

Kurz bevor Dahlems das Außenministerium in London von seiner merkwürdigen Begegnung mit Lipski unterrichtet – etwa 12 Uhr mittags – geht ein Telegramm von dort nach Warschau.[366] Außenminister Halifax fordert Botschafter Kennard auf, zusammen mit seinem französischen Kollegen die polnische Regierung zu ersuchen, der deutschen Reichsregierung zu bestätigen, daß sie „das Prinzip direkter deutsch-polnischer Gespräche akzeptiere". Das ist noch weit entfernt vom Rat, einen zu Gesprächen bevollmächtigten Gesandten nach Berlin zu schicken.

Offensichtlich nur Minuten nach dem Dahlerus-Anruf über das Verhalten Lipskis folgen zwei weitere Weisungen aus London. Henderson in Berlin erhält um etwa 13 Uhr per Telefon den Auftrag, die Reichsregierung davon zu informieren, daß die polnische Regierung nun ihren Botschafter ins Außenministerium schicken werde.[367] Und Kennard in Warschau wird um 13.45 Uhr telegraphisch angewiesen[368], er möge der polnischen Regierung unverzüglich den Rat geben, ihren Botschafter in Berlin zur Reichsregierung zu entsenden. Lipski solle sich dort bereit erklären, neue deutsche Vorschläge entgegen zu nehmen und nach Warschau zu übermitteln. Warschau könne dann ebenfalls Vorschläge vorlegen. Auch dieses Telegramm enthält noch keinen Hinweis auf den von Hitler geforderten, zur Aufnahme von Gesprächen bevollmächtigten polnischen Gesandten. Es wirkt so, als versuchten Chamberlain und Halifax Hitler in diesem Punkt so lange hinzuhalten, bis er schwach wird oder von sich aus mit dem Krieg beginnt.

Henderson begibt sich mit seinem Auftrag sofort ins Außenministerium und informiert Staatssekretär von Weizsäcker von der Neuigkeit aus London. Die Botschaft geht sofort an Hitler weiter, der im Begriff ist, die „Weisung Nr. 1 für die Kriegführung", das heißt den Befehl zum Angriff gegen Polen mit seiner Unterschrift in Kraft zu setzen. Hitler soll nach dieser Ankündigung aus London die Unterschrift noch einmal verschoben haben.[369]

Die zweite Anweisung in gleicher Sache, die von Halifax an Kennard, kreuzt sich mit zwei Depeschen aus Warschau nach London und Berlin. In der ersten vom polnischen Außenminister Beck an den englischen Außenminister Halifax erklärt sich die polnische Regierung zu Gesprächen mit der deutschen Reichsregierung bereit.[370] Diese Nachricht läuft über Kennard und so braucht sie von etwa 12 Uhr mittags bis 18.30 Uhr abends, ehe sie in London vorliegt.

---

[366] British War Bluebook, Document 94
[367] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 509
[368] British War Bluebook, Document 95
[369] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 510. Der Historiker B.-M. gibt allerdings keinen Quellenhinweis zu diesem Sachverhalt.
[370] British War Bluebook, Document 97

Die zweite Depesche geht um 12.40 Uhr direkt per Funk von Beck an Lipski in Berlin, wo sie von der deutschen Funkaufklärung mitgeschnitten und entschlüsselt wird. Zu der Depesche liegen heute zwei offiziell dokumentierte Niederschriften vor. In der polnischen wird Lipski angewiesen, Außenminister von Ribbentrop aufzusuchen und ihm mitzuteilen:

> *„Diese Nacht wurde die polnische Regierung von der britischen von deren Erörterungen mit der deutschen Regierung über die Möglichkeit direkter Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung unterrichtet.*
> *Die polnische Regierung wird den Vorschlag der britischen Regierung in günstigem Sinn erwägen und der britischen Regierung in einigen Stunden eine formelle Antwort zu dieser Frage geben."* [371]

In der Niederschrift des Mitschnitts der deutschen Funkaufklärung hat diese Weisung einen Anhang, der da lautet:

> *„Lassen Sie sich unter keinen Umständen in sachliche Diskussionen ein. Wenn die Reichsregierung mündliche oder schriftliche Vorschläge macht, müssen Sie erklären, daß Sie keinerlei Vollmacht haben, solche Vorschläge entgegenzunehmen oder zu diskutieren, und daß Sie ausschließlich obige Mitteilung Ihrer Regierung zu übermitteln und erst weitere Instruktionen einzuholen haben."* [372]

Für die Echtheit dieser deutschen Dokumentation spricht, daß sich Lipski streng an diese Zusatzweisung hält, und daß sie Kennard in einem Bericht vom gleichen Tag bestätigt.[373]

Mit der Vorlage dieser mitgehörten Weisung bei Hitler, Göring und von Ribbentrop platzt die fast letzte Chance für den Frieden. Es ist jetzt 13 Uhr, noch 16 Stunden bis zum festgesetzten Angriffsbeginn der Wehrmacht gegen Polen. Göring und Dahlems beraten gerade den weiteren Gang der Dinge, als ein Bote die entschlüsselte Lipski-Weisung überbringt.[374] Der Marschall schäumt vor Wut. Er gibt Dahlems ein Exemplar des dechiffrierten Textes. Nach etwa zwei Stunden weiteren Überlegens schlägt der Schwede dem Marschall vor, er möge nun selbst Verhandlungen mit den Briten aufnehmen. Beide Männer sind sich einig, daß Außenminister von Ribbentrop mit seiner Unbeherrschtheit und seiner Bereitschaft, es auf einen Krieg mit Polen ankommen zu lassen, nicht der rechte Mann ist. Beide wissen, daß mit den Polen nun keine so schnelle Verständigung mehr möglich ist, daß sie die Wehrmacht stoppen könnte.

Göring fahrt zu Hitler, um sich neue Gespräche mit der englischen Regierung genehmigen zu lassen. Der „Führer" ist mehr als skeptisch, doch er akzeptiert die Idee des Marschalls. Er billigt sofortige Gespräche Görings mit Henderson und

---

[371] Polnisches Weißbuch, Dokument 110
[372] Dahlems, Seite 112
[373] British War Bluebook, Document 96
[374] Die folgenden Ereignisse sind dem Bericht von Dahlems entnommen. Siehe Dahlems, Seiten 111 f

den Vorschlag, England für Polen mitverhandeln zu lassen. Hitler weiß, daß ihn das nun sichere Ausbleiben eines polnischen Verhandlungsführers sonst zwingen würde, Danzig und die deutsche Minderheit in Polen aufzugeben oder Polen in 14 Stunden anzugreifen. Der Umweg über London ist damit auch seine letzte Chance für eine Verständigung mit England. Hitler ist offensichtlich auch jetzt noch – am Nachmittag vor Kriegsausbruch – bereit, den Polenfeldzug abzublasen. Sonst hätte er Göring in dieser Stunde festgehalten. Die einzige Bedingung, die Hitler mit dem Göring-Henderson-Gespräch verbindet, ist, daß ein Vertreter eines neutralen Staates daran teilnimmt. Das wird dann der Schwede Dahlems sein.

Dahlems eilt derweilen in die englische Botschaft, um dort den Boden zu bereiten. Henderson empfängt ihn freundlich, aber äußert sofort den Verdacht, daß die Deutschen nur wünschten, zwischen England und Polen einen Keil zu treiben. Dahlems zeigt Henderson den entschlüsselten Text der Weisung Becks an Lipski und macht ihm damit deutlich, daß es in dieser hochbrisanten Lage nur noch die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten gäbe, wenn Göring – mit Hitlers Billigung – und Henderson zu einer Verständigung über ein Programm für deutsch-englische Verhandlungen kämen. Dahlems schreibt zu der Begegnung:

> *„Ich bin überzeugt, daß Henderson, obwohl er mir aufmerksam zuhörte, innerlich die ganze Zeit der bestimmten Auffassung war, das Ganze sei ein Intrigenspiel, ein Versuch, Polen und England zu trennen, um Deutschland Gelegenheit zu geben, Polen ungestört anzugreifen.“* [375]

Um 16.30 Uhr kommt die Konferenz mit Henderson, Göring, Dahlems und Ogilvie-Forbes zustande. Göring empfängt Henderson besonders herzlich. Beide bemühen sich offensichtlich, eine günstige Atmosphäre für das anstehende Gespräch zu schaffen. Als man zum Thema kommt, schlägt der deutsche Marschall dem englischen Botschafter vor, Verhandlungen zwischen Deutschland und Großbritannien einzuleiten, bei denen letzteres auch für Polen mitverhandeln sollte. Henderson bleibt reserviert. Er glaubt nicht, daß der Vorschlag Görings zu einer Lösung führt und will ihm deshalb auch nicht folgen.[376] Göring setzt nach und legt dem Engländer das entschlüsselte Chiffretelegramm von Beck an Lipski als Beweis vor, daß Deutschland unter den gegebenen Bedingungen schlecht zu einer Regelung mit Polen kommen könne. Göring kann dabei nicht ahnen, daß die englische Regierung und Kennard vor Ort in Warschau die polnische Blockadehaltung immer noch bestärken. Henderson erklärt sich daraufhin bereit, seiner Regierung den neuen deutschen Vorschlag zu übermitteln. Auch Henderson versucht, ein Anliegen in der Besprechung anzubringen. Er bittet Marschall Göring, die für den gleichen Abend angekündigte Veröffentlichung der 16 Punkte Hitlers über Rundfunk zu verhindern. Henderson – so sein Argument – befürchtet, daß damit die letzte schwache Hoffnung auf ein Zustandekommen deutsch-polni-

---

[375] Dahlems, Seite 119
[376] Henderson, Seite 275

scher Gespräche zerstört würde.[377] Das Gespräch der vier Herren endet kurz vor 19 Uhr, ohne daß Göring etwas Definitives erreicht hätte.

Der Wunsch Botschafter Hendersons, die 16 Punkte Hitlers so lange wie möglich vor der Welt geheimzuhalten, liegt auf der gleichen Linie wie Duff Coopers Bitte an die Redaktionen von DAILY MAIL und DAILY TELEGRAPH, den 16-Punkte Vorschlag Hitlers möglichst negativ zu kommentieren. Der Wunsch zielt offensichtlich auf die Kriegsbereitschaft der Menschen in England, Frankreich und in den USA. Die Beschränkung der deutschen Forderungen auf das Berechtigte und der Vorschlag, die betroffenen Bewohner des Korridors selbst über ihre Zugehörigkeit zu Polen oder Deutschland abstimmen zu lassen, könnte vielen Franzosen, Briten und Amerikanern nicht mehr genügen, um deshalb für die Polen in den Krieg zu ziehen.

Inzwischen, gegen 16 Uhr, sucht Botschafter Lipski um ein Gespräch bei Außenminister von Ribbentrop nach. Der weiß ja seit ein paar Stunden, daß Lipski weder verhandeln noch die deutschen Vorschläge entgegennehmen darf. Um 18.30 Uhr stehen sich die beiden Männer gegenüber.[378] Lipski verliest die polnische Erklärung, die von Ribbentrop bereits aus dem entschlüsselten Telegramm aus Warschau kennt. Der Minister fragt daraufhin, ob der Botschafter verhandeln dürfe. Der verneint. Das Gespräch berührt noch den deutsch-englischen Meinungsaustausch der letzten Tage und Hitlers Erwartung, bis zum Abend des 30. August einen polnischen Verhandlungsbevollmächtigten in Berlin zu sehen. Dann fragt von Ribbentrop Botschafter Lipski ein zweites Mal, ob er verhandeln dürfe. Als der verneint, ist das Gespräch beendet. Weder von Ribbentrop noch Lipski machen den leisesten Versuch, dem Gegenüber einen Weg zu lassen. Beide wissen, daß das den Krieg bedeutet.

So sind um 19 Uhr die beiden letzten Versuche gescheitert und im Sand verlaufen, den Angriffsbeginn der Wehrmacht am 1. September zu verhindern. Gescheitert ist das Bemühen, mit Polen Gespräche über Hitlers 16-Punkte-Vorschlag zu beginnen, und im Sand verlaufen ist der Versuch, mit England statt mit Polen zu verhandeln.

Im Pariser Kabinett toben derweilen Richtungskämpfe. Präsident Daladier vertritt die Meinung, Frankreich müsse gegenüber Deutschland unnachgiebig bleiben.[379] Hitler werde den Kriegsbeginn politisch im eigenen Land nicht überleben. Außenminister Bonnet rät, schnellstens mit Deutschland, Italien, England und Polen über alles zu verhandeln, was Krieg auslösen könnte.[380] Und der französische Botschafter Coulondre in Berlin schreibt tageweise unterschiedlich, mal

---

[377] Henderson, Seite 275
[378] Das folgende Gespräch ist vom Chefdolmetscher Dr. Schmidt protokolliert. Siehe ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 476
[379] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 518
[380] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 514

scharfmachend an Daladier und mal mäßigend an Bonnet. Am 30. August z.B. an den Präsidenten:

> *„Sehr geehrter Herr Präsident!*
> *Die Kraftprobe schlägt zu unseren Gunsten aus. Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß Hitler sich seit fünf Tagen abwartend verhält, die Parteigrößen schwankend geworden sind und die Berichte von einer wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung sprechen. ... Nach wie vor müssen wir festbleiben, festbleiben und nochmals festbleiben. ... Wenn ich recht unterrichtet bin, so beansprucht Hitler Danzig und einen Korridor durch den Korridor. Wir müssen ihn durch unsere feste Haltung davon überzeugen, daß er mit den Methoden, die er bisher angewandt hat, gar nichts mehr bekommen wird. ...“* [381]

Tags darauf am 31. August berät Coulondre Außenminister Bonnet ganz anders:

> *„... Die Deutsche Regierung ist nach sicheren Informationen sehr verärgert darüber, daß sie von Polen keine Antwort erhalten hat. Es steht zu befürchten, daß sie Befehl zum sofortigen Angriff erteilt, wenn sie bis zum Ende des Morgens keine Antwort in Händen hat. ...Es läge ganz im Interesse der polnischen Regierung, unverzüglich nach Berlin mitzuteilen, daß sie die Fühlungnahme gut heiße und Lipski mit sämtlichen notwendigen Instruktionen als Bevollmächtigten zum Verhandeln entsendet. ...“* [382]

So stark der Richtungsstreit im Kabinett, so schwach ist Frankreichs Außenwirkung, als es gilt, die in Versailles eingefädelten Probleme im Konsens mit Polen und dem Deutschen Reich zu lösen.

Ein schon erwähnter Vermittlungsversuch der Franzosen und der Italiener von diesem Tag, dem letzten vor dem Krieg, ist da kaum noch des Beachtens wert. Gegen Mittag schlägt Mussolini – wohl auf früheres Drängen der Franzosen – eine Konferenz vor, die die Schäden von Versailles und alle Streitigkeiten zwischen Italien, England, Frankreich, Polen und Deutschland grundlegend heilen soll.[383] Frankreichs Außenminister Bonnet ist der Auffassung, daß dieser Vorschlag erst zwischen Paris und London abgestimmt werden sollte, ehe Hitler eingeladen wird. So entsteht ein Abstimmungsprozeß bis in den späten Abend. Die englische Regierung hält den Vorschlag Mussolinis für eine Falle und rät, ihn nicht brüsk abzulehnen, sondern vorher eine Demobilisierung der Armeen aller Länder zu verlangen.[384] Die französische Regierung ist um 22 Uhr soweit, der englischen ihren Entschluß mitzuteilen, daß sie Mussolinis Vorschlag für den Fall zustimmt, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen gescheitert seien. London antwortet, daß es seine Entscheidung am nächsten Morgen nach Rom schicken werde. Dann aber rollt die Wehrmacht schon durch Polen. Beide, Briten wie Franzosen, lassen es nun laufen.

---

[381] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 494
[382] Bonnet, Seite 281
[383] Bonnet, Seiten 285 f
[384] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 513

Um 19 Uhr erscheint der italienische Botschafter Dr. Attolico zur Audienz bei Hitler und trägt ihm das Vermittlungsangebot des „Duce“ an.[385] Für Hitler läuft die Zeit. Er kann zu dieser späten Uhrzeit den Anmarsch der deutschen Truppen nicht mehr stoppen. Mit jedem weiteren Tag, den er jetzt hingehalten wird, steigt die Gefahr, daß der Feldzug gegen Polen nicht in Warschau, sondern in Schlamm und Regen stecken bleibt. Die Generalität hat ihn beraten, nicht nach dem 2. September mit einem Feldzug zu beginnen. Das wissen auch die Generale bei den Briten und Franzosen.[386] General Gamelin hat – wie schon erwähnt – damit gerechnet, daß ein deutscher Angriff im Herbst und Winter erfolglos stecken bleiben würde. So steht Hitler an diesem Abend nicht mehr vor der Wahl zwischen Verhandeln oder Krieg, sondern nur noch vor der zwischen dem Verzicht auf Danzig und den Schutz der deutschen Minderheit in Polen oder einem Krieg. Er sieht inzwischen, daß die Briten ihm nicht bei den Polen helfen werden, und daß die Polen unter dem Schutz der Briten nicht verhandeln wollen. Hitler lehnt das späte Angebot des „Duce“ dankend ab.

Eine allerletzte Möglichkeit, die Polen, Briten und Franzosen zu einem Überdenken ihrer Positionen zu bewegen, wird an diesem Tag ganz offensichtlich mit Bewußtsein unterlassen. Roosevelt, der seit sieben Tagen weiß, daß Hitler der Sowjetunion Ostpolen als ihr Interessengebiet zugestanden hat, hüllt sich auch jetzt in Schweigen. Es wird dem Präsidenten der USA nicht schwergefallen sein, sich vorzustellen, daß die polnische Regierung mit diesem, seinem Wissen die Rückgliederung des Freistaates Danzig in das Deutsche Reich dem nun sicheren Verlust Ostpolens vorgezogen hätte. Es klingt schon recht makaber, aber am Morgen dieses letzten Tages vor dem Krieg versichert der amerikanische Botschafter in Paris Bullitt seinem polnischen Kollegen Graf Łukasiewicz, er wisse aus verläßlicher Quelle, daß ein möglicherweise existierendes geheimes Zusatzabkommen zum Hitler-Stalin-Pakt nur die drei baltischen Staaten betreffe, nicht aber Polen.[387]

Hitler muß sich am Abend vor dem Kriege eine große Niederlage eingestehen. Sein Traum vom Vertrag und der Partnerschaft mit England liegt in Scherben. Für ihn sind es die Polen, deren Unnachgiebigkeit den Weg zur Erfüllung seines Traums versperrt. In seiner Verärgerung über diese persönliche Niederlage versteigt sich Hitler zu einem Satz, der seine Kriegslust zu belegen scheint. Als der italienische Botschafter gegangen ist, wendet sich Hitler dem im Raum verbliebenen Staatssekretär Meißner zu und sagt:

---

[385] ADAP, Serie D, Band VII, Dokument 478

[386] Auch der franz. Außenminister Bonnet und der brit. Botschafter Henderson schreiben in ihren Erinnerungen, daß sie damals wußten, daß Hitler den Polenfeldzug aus Witterungsgründen nicht mehr hinausschieben konnte.

[387] Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg, Seite 604, unter Bezug auf den poln. Historiker Jêdrzejewicz in seinem Buch Łukasiewicz, Seite 269

> *„Im Grunde genommen bin ich heilfroh, daß die Polen mein Angebot nicht angenommen haben. Ich habe es gegen meine innere Überzeugung gemacht, aber wenn die Polen es angenommen hätten, wäre ich daran gebunden gewesen.“* [388]

Vielleicht deckt Hitler mit der Bemerkung auf, daß er im Grunde doch schon seit geraumer Zeit den Krieg mit Polen wollte. Vielleicht ist der Ausspruch auch die Schutzbehauptung eines Mannes, dem etwas mißlungen ist, und der dann behauptet, er hätte es gar nicht anders haben wollen. Oder vielleicht ist es der Ausbruch einer inzwischen angestauten Wut gegen die Haltung Polens, die ihm die Heimkehr Danzigs ohne Blutvergießen und eine Partnerschaft mit Großbritannien verdorben hat: also Krieg als Rache für eine außenpolitische Niederlage Hitlers.

Um 21 Uhr gibt der deutsche Rundfunk Hitlers 16-Punkte-Vorschlag bekannt. Zwischen 21 und 22 Uhr überreicht Staatssekretär von Weizsäcker die schriftlichen Ausfertigungen des Hitler-Vorschlags nacheinander an die Botschafter Englands, Frankreichs, Japans und an die Geschäftsträger der USA und der Sowjetunion.

Spät abends muß sich die englische Regierung noch einmal um die Presse kümmern. Der DAILY TELEGRAPH hat in seiner Abendausgabe über die Vermittlungstätigkeit der Londoner Regierung zwischen Warschau und Berlin berichtet. Dabei hat die Zeitung auch erwähnt, daß die polnische Regierung nach Eingang des Verhandlungsangebots aus Deutschland die Generalmobilmachung für die Streitkräfte angeordnet hat, statt das Angebot zu honorieren. Die Abendausgabe des DAILY TELEGRAPH wird beschlagnahmt. Ein Nachdruck, der als Spätausgabe kommt, läßt die Generalmobilmachung in Polen unerwähnt. Nichts in dieser schweren Krise soll Englands Lesern Zweifel kommen lassen.[389]

Der Kriegsausbruch

Am 1. September 1939 um 4.45 Uhr früh tritt die Wehrmacht ohne Kriegserklärung zum Angriff gegen Polen an.

General Keitel als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht rät Hitler, den Krieg an Polen zu erklären, doch der „Führer“ lehnt das ab.[390] Die Gründe Hitlers mögen operativer oder politischer Natur gewesen sein. Der operative liegt in der Überraschung der angegriffenen Polen. Doch das zählt hier wenig, weil die polnischen Streitkräfte bereits mobilisiert und voll aufmarschiert sind, als der

---

[388] Benoist-Méchin, Band 7, Seite 524, der dort Otto Meißner, Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-Hitler, Hamburg 1950, Seite 518 zitiert.
[389] Hedin, Seite 60
[390] Keitel, Seite 251

Krieg beginnt. Der politische mag in der Erfahrung aus dem Ersten Weltkrieg liegen. 1914 hat Deutschland, nachdem zuvor Rußland, Frankreich und England ihre Heere und Flotten mobilgemacht hatten, als erstes Land den Krieg erklärt. Das ist dann in Versailles – neben anderem – als Ausweis der deutschen Kriegsschuld im Sinne des Verursacherprinzips gewertet worden. Das geschlagene Deutsche Reich hat 1919 für diese traditionelle und völkerrechtlich korrekte Handlungsweise einen hohen Preis bezahlen müssen. Im 20. Jahrhundert sind Kriegserklärungen auch durchaus nicht mehr die allgemeine Regel. Japan zum Beispiel eröffnet 1904 den russisch-japanischen Krieg ohne Kriegserklärung gegen Rußland. Polen tut das gleiche 1920 gegenüber der Sowjetunion. Die USA steigen ohne eine Kriegserklärung in den Vietnamkrieg ein. Die NATO-Staaten eröffnen ihre Luftangriffe 1999 gegen Jugoslawien ebenfalls ohne eine Kriegserklärung. Auch Hitler beginnt den Krieg nach sechs Monaten fruchtloser Gesprächsversuche mit der polnischen Regierung ohne Kriegserklärung.

Am 3. September folgen England und Frankreich ihrer Bündnispflicht und erklären ihrerseits den Krieg an Deutschland. Fast das gesamte Commonwealth und einige der französischen Kolonien schließen sich am gleichen Tage an. Am 3. September sind es Australien, Burma, Ceylon, Indien, Jordanien, Kambodscha, Laos, Marokko, Neuseeland, Tunesien und Vietnam. Am 6. folgen die Südafrikanische Union und der Irak und am 10. September Kanada. Chamberlain hat damit sein Versprechen von vor einer Woche wahr gemacht. Der Krieg um die Stadt Danzig und den Korridor ist binnen zweier Tage zu einem Weltkrieg ausgedehnt.

Der Krieg in Polen weitet sich vom ersten Tag an in dreierlei Weise auch auf die Zivilbevölkerung aus. Zum einen wird die polnische Bevölkerung im Kampfgebiet unversehens und ohne deutsche Absicht bei den Gefechten in Mitleidenschaft gezogen. So kommt es schon am ersten Kriegstag bei einem deutschen Luftangriff gegen eine polnische Division infolge schlechter Sicht zu Bombenfehlabwürfen auf die Stadt Wielun. Dabei finden etwa 1.200 unschuldige polnische Zivilpersonen den Tod.[391] Zum zweiten macht die polnische Bevölkerung – zum Teil auch das Militär – von Kriegsbeginn an Jagd auf Deutsche, die noch in Polen leben. In einer Welle von Hausdurchsuchungen, Plünderungen, Verhaftungen, Vertreibungen, Mißhandlungen, Vergewaltigungen und Ermordungen müssen über 5.000 dieser polnischen Staatsbürger mit deutscher Muttersprache ebenfalls ihr Leben lassen.[392] Das größte Blutbad mit etwa 1.000 Morden findet

[391] Die Zahl der Todesopfer von Wielun ist einem polnischen Leserbrief vom 8. August 2001 in der FAZ entnommen.

[392] Rasmus, Seite 144. Die Zahl von über 5.000 Toten stammt von einer Gräberregistrierzentrale in Posen. Die amtliche Zahl des Reichsinnenministeriums von 1940 gibt über 12.000 Tote an. Einzelheiten über die darüber hinaus während der Verschleppungsmärsche ermordeten und umgekommenen Deutschen und die umgebrachten deutschen Wehrpflichtigen im polnischen Heer sind im Buch „Pomerellen-Westpreußen“ von Hugo Rasmus dokumentiert.

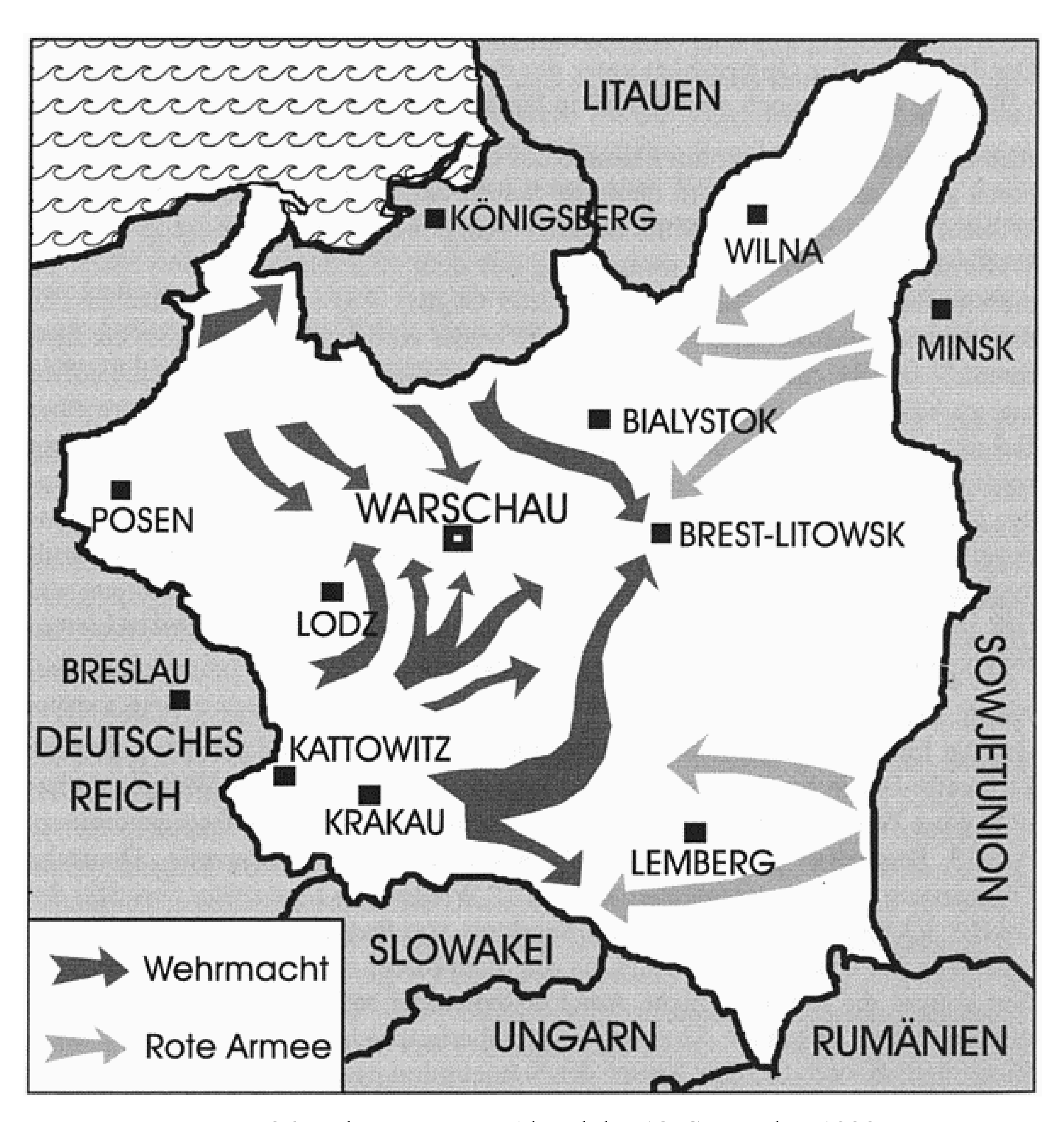
dabei am dritten Kriegstag in der Stadt Bromberg statt. Zum dritten eröffnen polnische Heckenschützen – vor allem in den Städten – sofort nach Abzug der polnischen Truppen ihren Partisanenkampf gegen deutsche Truppen. Das führt zu Reaktionen. So kommt es auch auf diese Weise von Kriegsbeginn an zu harten Auseinandersetzungen zwischen deutschem Militär und polnischer Bevölkerung. Der Tod so großer Opferzahlen unter der deutschen und der polnischen Zivilbevölkerung erzeugt noch einmal Haß in beiden Völkern.

Am 4. September schlägt die Flamme auf den Westen über. Englands Royal Air Force greift mit 16 Bombern deutsche Schiffe an, die auf Reede vor Cuxhaven, Wilhelmshaven und Brunsbüttel liegen.[393] Am 5. beginnen die deutsche U-Boot-Waffe und die Royal Navy ihren Krieg auf dem Atlantik. Beide versenken an diesem Tag die ersten Handelsschiffe ihrer Gegner. Am 6. ergeht deutscherseits die Weisung, französische Handelsschiffe weder zu beschießen noch zu kontrollieren.[394] Die Reichsregierung macht noch immer den Versuch, Frankreich außen vor zu halten. Am 10. verletzt England mit dem Überflug von Bombern über Belgien die Neutralität des kleinen Landes, ein Versuch, auch diesen bislang noch neutralen Staat in den neuen Krieg hineinzuziehen.[395] Ab dem 12. September landen britische Heerestruppen auf dem Kontinent und verstärken die Franzosen. Damit erfüllt England seine Garantien gegenüber Polen, ohne Polen damit auch nur im geringsten zu entlasten. Frankreich zeigt zunächst Bündnistreue und läßt im Westen 80 Divisionen zwischen Schweiz und Nordsee aufmarschieren. Ihnen stehen zunächst nur elf deutsche gegenüber.

Am 6. September berichtet die polnische Tageszeitung EXPRESS PORANNY, daß die französische Armee ins Rheinland einmarschiert, und daß die polnische Luftwaffe Berlin bombardiert.[396] Drei Tage später, am 9., hat die Wehrmacht bereits ganz Westpolen bis zur Linie Fluß Narew-Warschau-Fluß Bug genommen. Am 13. September titelt EXPRESS PORANNY mit der Schlagzeile „Deutsche Offensive in Polen zusammengebrochen.“[397] Wieder drei Tage später berichtet der DAILY EXPRESS aus London, daß Saarlouis von französischen Truppen eingeschlossen ist, was nichts bedeutet, da die Stadt direkt an der Landesgrenze liegt. Nur stimmt die Meldung nicht. Am 17. September setzt sich die polnische Regierung samt Präsident Moscicki und Oberbefehlshaber Rydz-Śmigły nach Rumänien ab, und die Rote Armee der Sowjetunion tritt – ebenfalls ohne Kriegserklärung – von Osten her zum Angriff gegen Polen an. Sie holt ihr ehemaliges Territorium, das ihr nach dem Ersten Weltkrieg durch den „Höchsten Alliierten Rat“ der Sieger zugesprochen worden war, zurück. Die sowjetische Regierung erklärt ihr Handeln vor den ausländischen Regierungen mit folgender Begründung:

[393] KTB-SKL, Seite 39
[394] KTB-SKL, Seite 43
[395] Stegemann, Seite 17
[396] Piekalkiewicz, Seite 139
[397] Piekalkiewicz, Seite 103

„Der polnische Staat hat aufgehört zu existieren, und die Sowjetunion mußte daher die auf polnischem Gebiet lebenden Ukrainer und Weißrussen unter ihren Schutz nehmen.“ [398]



Karte 36: Polens Lage am Abend des 18. September 1939

Am Tag darauf, am 18., hat die Wehrmacht ganz Polen westlich der Curzon-Linie bis auf die Hauptstadt Warschau eingenommen. Am 19. September reagieren die französische und die britische Regierung auf die Kriegsbeteiligung der Sowjets und fordern die russische Regierung auf, die Truppen aus Polen wieder

[398] Piekalkiewicz, Seite 180

abzuziehen. Wenn das unterbleibe, so droht man aus Paris und London, folge automatisch eine Kriegserklärung.[399] Das wars dann. Vier Wochen später nehmen die Briten und Franzosen im geheimen Verbindung zu den Russen auf, um sie doch noch zum Kriege gegen Deutschland einzuladen.

Am 29. September fällt die Hauptstadt Warschau. Polen hat verloren. Paris und London sind in den vier Wochen der Eroberung Polens durch die deutsche Wehrmacht und die Rote Armee der Sowjetunion weder ernstlich militärisch gegen Deutschland vorgegangen, noch haben sie der Sowjetunion den Krieg erklärt.

[399] Piekalkiewicz, Seite 192

TEIL 6

SCHLUSSBETRACHTUNG

Schlußbetrachtung

Englands Beitrag zum Kriegsausbruch

Frankreichs Beitrag zum Kriegsausbruch

Polens Beitrag zum Kriegsausbruch

Der Beitrag der Sowjetunion zum Kriegsausbruch

Der Beitrag der USA zum Kriegsausbruch

Deutschlands Beitrag zum Kriegsausbruch

Bilanz

SCHLUSSBETRACHTUNG

Die Gründe, die zum Zweiten Weltkrieg führen, liegen wie bemalte Glasscheiben aufeinander. Ganz klar sieht man nur das bunte Bild auf dem obersten, zuletzt aufgelegten Glas. Das Bild auf der nächsten, darunter liegenden Scheibe ist noch erkennbar, doch schon erheblich matter. Die Bilder auf den unteren, älteren Glasplatten schimmern nur noch ganz schwach durch, doch ihre Farben und Konturen sind noch immer ein Teil dessen, was man von oben sieht. So zeigt das Oberflächenbild, daß 1939

- Deutschland über Polen herfällt,
- Rußland sich die Hälfte Polens raubt,
- Polen dabei nur das Opfer ist,
- Frankreich und England dem bedrängen Polen helfen
- und die Vereinigten Staaten von Amerika zu guter letzt die Helfer unterstützen und retten.

Doch schon das Bild darunter zeigt den Streit um Danzig, um die Korridorpassage und um das Schicksal der drangsalierten Minderheiten im neuen Staate Polen. Es läßt erkennen, wie Amerikaner, Briten und Franzosen dieses Problem in Versailles erzeugen und die daraus entstehende Kriegsgefahr billigend in Kauf nehmen. Es zeigt die Polen, die als die Erben des Problems ihren nationalen Stolz darauf verwenden zu verhindern, daß der Streit im Einvernehmen und in Frieden mit dem Deutschen Reich beseitigt werden kann. Und es zeigt ein Deutschland, das dieses Einvernehmen sucht und nicht erreicht und zum Schluß den Krieg eröffnet. Aus den unteren Schichten schimmern die vielen und langen Lebensläufe alle jener Völker durch, die 1939 und danach im Zweiten Weltkrieg aufeinanderprallen.

So wie Asher ben Nathan sagt: „Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist“, so ist auch hier entscheidend, welches Volk und welcher Politiker vor Kriegsausbruch und bis hinein in die noch immer nachhallende Geschichte zu den Ursachen des Zweiten Weltkriegs beigetragen hat. Jedes Volk und jeder Politiker, der hier etwas verursacht hat, trägt seinen Teil der Schuld am Zweiten Weltkrieg.

Eine Schlüsselrolle im Ersten und im Zweiten Weltkrieg auf der Gegenseite Deutschlands nehmen Großbritannien und Frankreich ein.

Englands Beitrag zum Kriegsausbruch

Englands Sicherheit und Reichtum beruht über drei Jahrhunderte lang darauf, daß es seinen Nahrungsmittel-, Rohstoff- und Finanzbedarf aus fernen Kolonien und dem Handel zwischen ihnen sicherstellt, und daß es bei Bedarf die Menschen und die Truppen aus den Kolonien zu seinem eigenen Nutzen einsetzt. Um die Sicherheit und diesen Reichtum präventiv zu schützen, treten englische Regierungen seit jeher jeder fremden Macht schon dann entgegen, wenn ihnen der Verdacht kommt, daß sich die fremde Macht für England auf dem Meer und in Europa zur Konkurrenz und zur Gefahr entwickelt.

Nachdem Frankreich 1898 durch Großbritannien als Rivale ausgeschaltet worden ist[1], und Rußland 1905 durch Japan aus dem Feld geschlagen[2], rückt nun das kaiserliche Deutschland mit seinem Wirtschaftswunder, mit dem Flottenbauprogramm und seinen ersten Kolonien in eine Position auf, die man in England für gefährlich hält. Obwohl Deutschland nichts von England fordert – weder Land noch Menschen – trägt ihm der eigene Aufstieg die Gegnerschaft der Briten ein. Vom Boykottvermerk des „Made in Germany“ von 1887 über die Mobilmachung der englischen Flotte wegen eines einzigen kleinen deutschen Kriegsschiffs, das 1911 in Agadir auf Reede geht und „Flagge zeigt“, bis hin zum Schulterschluß mit Frankreich gegen Deutschland, ist Englands präventive Abwehrhaltung konsequent. Doch 1914 verleitet diese präventive Haltung England, die Gelegenheit zum Krieg mit Deutschland zu ergreifen. Die deutsche Bitte an Großbritannien und Frankreich, bei einem Krieg im Osten zwischen Serben, Russen, Habsburgern und Deutschen im Westen Frieden zu bewahren, schlägt England ebenso wie Frankreich aus. Selbst das Angebot der Schonung Belgiens kann England nicht dazu bewegen, sich aus dem Krieg herauszuhalten.

Der Erste Weltkrieg, der dem folgt, bringt England zunächst reiche Ernte. Es erwirbt die Herrschaft über Deutschlands Kolonien und die deutschen Erdölkonzessionen im Irak. Die deutsche Flotte wird zerschlagen. Das Deutsche Reich muß 92 Jahre lang Reparationen an die Siegerstaaten zahlen und Deutschlands Stärke ist für eine lange Zeit gebrochen.

Die englische Begleitmusik ist für die Deutschen genauso bitter wie die Niederlage im Ersten Weltkrieg selbst. Großbritannien vertritt im Rat der Siegerstaaten wie alle seine Alliierten die Behauptung, Österreich und Deutschland hätten den vergangenen Krieg allein verursacht. Es wirft den Deutschen vor, unfähig zu sein, Kolonien zu verwalten. Es gibt vor, den Krieg für Demokratie, Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker geführt zu haben, und es setzt zusammen mit den anderen Siegern durch, daß Deutschland und Österreich ihre

[1] Im Juli 1898 droht England Frankreich mit Krieg und zwingt es, eine Militär- und Forschungsexpedition aus Faschoda im Sudan abzuziehen.
[2] 1905 verliert Rußland mit der Seeschlacht von Tsushima einen Krieg gegen Japan.

Monarchien abschaffen. Dies Paket von Anschuldigungen und Ansprüchen verfestigt das Klischee bei vielen Deutschen, die Briten seien perfide und verlogen. Schließlich, während 1919 britische Politiker den Deutschen Unfähigkeit zur Kolonialherrschaft vorwerfen, schießen britische Soldaten in Amritsar indische Demonstranten nieder. Diese besondere „Fähigkeit" der Engländer zur Kolonialherrschaft kostet 450 Indern an einem Tag ihr Leben[3]. Englands Anspruch, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu vertreten, findet in Irland, Kenia, Ägypten, Indien, Burma und andernorts auf dieser Erde seine offenbare Widerlegung. Und Englands Erklärung, für die Demokratie zu kämpfen und seine Forderung, den deutschen Kaiser und die Fürsten abzusetzen, wirkt für ein Land, das das „gleiche" Wahlrecht knapp 50 Jahre nach dem Deutschen Reich einführt und das sich selbst von Fürsten, Herzögen und Königen regieren läßt, absurd. So werden „die Engländer" nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland nicht als fair, gerecht und friedensliebend angesehen, so wie sie selber gern gesehen werden möchten.

Gleich mit dem „Friedensschluß" von 1919 leistet England seinen ersten verhängnisvollen Beitrag dazu, daß dem Frieden bald der nächste Krieg folgt. Die britische Regierung im Verein mit den anderen alliierten Siegermächten konstruiert eine neue Variante ihrer balance of power für Europa, die auf einem auf Dauer angelegten Konflikt zwischen Deutschland, der Tschechoslowakei und Polen aufbaut. Die in Versailles vorgenommene Eingliederung des Siedlungsraumes von fast fünf Millionen Deutschen in die neugeschaffenen Staaten der Polen und der Tschechen und Slowaken und die Danzig-Pomerellen-Konstruktion sind dazu angelegt, die Deutschen, die Tschechen und die Polen „miteinander zu beschäftigen" und sie im Streit zu halten. Besonders Danzig als Kind von drei geschiedenen Elternteilen, Deutschland, Polen und dem Völkerbund mußte irgendwann zu Konflikten und Veränderungen führen. Neue Kriege sind damit seit Versailles abzusehen. Man hat das in England auch erkannt. Die britischen Regierungen seit 1920 haben diese Kriegsgefahr als Begleiterscheinung ihrer balance of power billigend in Kauf genommen, wenn nicht sogar bewußt erhalten.

Es folgt die Nachkriegszeit, in der Englands Außenpolitik von Landgewinnung auf Bestandserhaltung einschwenkt. Die Sicherung von Eroberungsgewinnen ist nur möglich, wenn die Status-quo-Erhaltung von nun an völkerrechtlich Anerkennung findet und Eroberungen, wie die britischen der letzten zwanzig Jahre im Sudan, in Oranje und Transvaal[4], in Zukunft international geächtet werden. Folglich tritt England fortan für den Frieden in der Welt ein, auch wenn es in den 20er Jahren selbst noch da und dort in China, Rußland und Ägypten weiter militärisch eingreift.

Mit seiner Politik des Status-quo versäumt es England allerdings, die in Versailles und Saint-Germain geschaffenen Störfaktoren selber aus der Welt zu schaf-

---

[3] Kulturfahrplan, Seite 1036
[4] Oranje und Transvaal sind heute Landesteile der Republik Südafrika.

fen. So lassen die Briten die Memel-Frage schleifen, das Danzig-Korridor-Problem bestehen und die Rüstungsfragen ungelöst. Sie ignorieren die Minderheiten-Nöte in Polen, in Frankreich und in der Tschechoslowakei. Sie nehmen Österreichs Anschlußwillen nicht zur Kenntnis, und sie tolerieren Frankreichs Anspruch, daß Deutschlands Grenze dorthin auf Dauer ungeschützt bleibt. Als Deutschland unter Hitler ab 1936 anfangt, die aufgezählten Fragen eine nach der anderen selbst zu lösen, gerät Europa jedes Mal fast an den Rand des Krieges, und England verliert Stück um Stück an Selbstachtung und Gesicht. Schon 1933 beginnt man in England, Deutschland als Aggressor und Friedensstörer zu bezeichnen. Das stimmt bis 1936 nur in soweit, als das Deutsche Reich diese Art von britischer Status-quo-Vorstellung stört. Deutschland fordert zu der Zeit nichts von England oder Frankreich. Der britische Friede des Gewinnerhaltens wird zunächst nicht angetastet. Englands Beitrag zur permanenten Kriegsgefahr ab 1936 besteht darin, daß es die von ihm mitgeschaffenen Störfaktoren von Versailles nicht beseitigt, solange dies in Frieden möglich wäre.

Englands nächster Beitrag ist sein Flottenrüsten. Statt wie vertraglich festgelegt, die Streitkräfte inklusive Flotte auf das „Minimum, das mit der nationalen Sicherheit vereinbar ist“ zurückzuführen, beteiligt sich das Königreich am Rüstungswettlauf zwischen USA und Japan. Das wiederum strahlt auf die Land- und Luftstreitkräfte anderer Staaten ab. Insgesamt betrachtet gibt Großbritannien im Verein mit Deutschlands Nachbarländern dem bis 1936 ungeschützten Deutschen Reich den Rüstungspegel vor, bis zu dem die Reichswehr nachgerüstet werden muß, um Deutschland notfalls verteidigen zu können. Der Pegel der anderen Staaten steht allerdings so hoch, daß Deutschland damit gegenüber einzelnen Nachbarländern selber angriffsfähig wird.

In der Sudetenkrise bemüht sich England erstmals ernsthaft, ein Stück von den Versailler Schäden selber abzutragen. Hitler, der offensichtlich mehr will, als nur die Sudetendeutschen heimzuholen, dankt England diese Hilfe auf der Konferenz von München nicht. Der Diktator hegt, wie sich später zeigt, die Absicht, die ganze Tschechei dem Deutschen Reiche anzugliedern. Doch schon ehe Hitler 1939 sein Verbrechen an der Rest-Tschechei begeht, beginnt England, sich mit voller Kraft auf einen Krieg mit Deutschland einzustellen. Es verdoppelt seinen Wehretat für Rüstung, führt die „Sofortreserve“ für die Flotte[5] und einen „Freiwilligen Nationalen Dienst für die Verteidigung Englands“ ein und drängt der Sowjetunion Kredite für deren Waffenkäufe auf.

Im März 1939 läßt der Diktator Hitler die Tschechei besetzen, und Ungarn annektiert zur gleichen Zeit die Karpato-Ukraine. Nun hätte England einen Grund gehabt, die Freiheit der Tschechen und Ruthenen zu verteidigen und mit dem Deutschen Reich und Ungarn Krieg zu führen. Doch beides unterbleibt. Damit herrscht wieder Friedenspflicht zwischen Großbritannien und Deutschland, es sei

[5] Diese Regelung erlaubt die Einberufung von Reservisten vor der offiziellen Mobilmachung.

denn, England hätte später noch versucht, die Tschechen und Ruthenen zu befreien. Eine solche Absicht hat es nie gegeben.

Englands politische Elite ist es allerdings inzwischen leid, daß die neue deutsche Reichsregierung die Folgen von Versailles Stück für Stück beseitigt, ohne daß die englische Regierung dabei noch wesentlichen Einfluß nehmen kann. Mit der Annexion der Rest-Tschechei ist Hitler dann zu weit gegangen. In London ist man nun nicht mehr bereit, weiteren deutschen Wünschen, und seien sie berechtigt, nachzugeben. Vielmehr soll der nächste Wunsch den Anlaß bieten, dem deutschen Machtzuwachs ein Ende zu bereiten. Kurz nach dem deutschen Einmarsch in die Rest-Tschechei fängt England an, den nächsten Weltkrieg einzufädeln.

Da Hitler in Verträgen gegenüber Frankreich und Italien auf Elsaß-Lothringen und Südtirol verzichtet hat, bleiben als die letzten Altlasten von Versailles nur Danzig, die Korridorpassage, das Los der deutschen Minderheit in Polen und die Kolonien übrig. So schreibt Botschafter Phipps in seinem Schlußbericht, ehe er 1937 von der Botschaft in Berlin nach London heimkehrt:

> *„Hitler will Österreich, dann die Sudeten, dann Memel, den Korridor, Danzig und zum Schluß die verlorenen Kolonien.“* [6]

Sein Nachfolger in Berlin, Henderson, teilt diese Sicht der Dinge. Zu oft hat Hitler bei Chamberlain, bei Halifax und bei ihm selbst die koloniale Frage angeschnitten. So ist es für London wichtig, daß die Revisionen der in Versailles geschaffenen Fakten unterbunden werden, ehe Englands Kriegsgewinne an der Reihe sind. Und vor den späteren Verhandlungen um die früheren deutschen Kolonien steht nur noch Danzig auf der Tagesordnung.

Mit der Tschechei-Eroberung ist es Hitler selbst, der den Briten die Bremse in die Hand gibt, mit der sie ihn zum Stehen bringen können. Und England zieht die Bremse.

Die britische Regierung baut eine Logik auf, die jedermann versteht, und die den Blick vom Kolonialproblem in eine andere Richtung lenkt. England klagt Deutschland an, statt der Angliederung der 1919 abgetrennten Reichsgebiete ein Weltreich in Osteuropa anzustreben. Das ist insofern wahr, als dies die noch geheime Absicht Hitlers ist. Das ist insofern nicht wahr, als das dem deutschen Volk und seiner Wehrmacht fern liegt. Doch der Tschechei-Einmarsch, der deutsche Wirtschaftseinfluß in Südost-Europa und die deutsch-polnischen Verhandlungen um Danzig und den Korridor weisen allesamt in Richtung Osten.

England nutzt die so entstandene Lage, um Deutschland am Danziger Problem ein Hindernis zu bauen, an dem es halten oder springen muß. Die englische Regierung bietet der polnischen eine Garantie gegen Deutschland an, obwohl Deutschland Polen da noch nicht bedroht und obgleich England außerstande ist, Polen in einem Ernstfall zu beschützen. Zu der Zeit verhandelt die deutsche

[6] Henderson, Seite 129

Reichsregierung mit der polnischen Staatsführung um die Rückkehr Danzigs und den Bau von exterritorialen Verkehrsverbindungen zwischen Ostpreußen und dem Reich. Sie bietet dafür die Anerkennung der polnischen Gebietsgewinne von 1919 in Westpreußen und in Posen und die Erhaltung der polnischen Wirtschafts- und Hafenprivilegien in Danzig. Polen, das seit zwei Jahrzehnten um die Anerkennung der Gebietsgewinne ringt, hätte durchaus auch mit Deutschland handelseinig werden können. Doch mit den zwei Garantien und Hilfsversprechen vom 31. März 1939 und vom 25. August hat London Warschau so gut wie jeden Grund genommen, positiv auf die Berliner Wünsche einzugehen.

Somit bleibt Hitler zum Schluß nicht mehr die Wahl zwischen Verhandlungslösung oder Krieg, sondern nur noch die fatale zwischen Verzichten und dem Krieg. Außerdem hat das englische Versprechen „unverzüglich jede in ihrer Macht liegende Unterstützung und Hilfe zu gewähren“[7] die polnische Regierung und die polnische Öffentlichkeit in eine Siegessicherheit versetzt, die sie verleitet hat, den Krieg dem Kompromißweg vorzuziehen. Die Garantien sollten Hitler bremsen, statt dessen mobilisieren sie die Polen.

Daß es London dabei weder um die Unabhängigkeit der Tschechen oder Polen geht, noch um die Menschenrechte und den Frieden, noch um die Freiheit kleiner Völker, zeigt Englands sonstiges Verhalten. Parallel zur deutschen Untat gegenüber der Tschechei erobert Ungarn die Karpato-Ukraine. Zeitgleich marschiert Polen gegen Litauen auf und droht mit Krieg, um die nachträgliche Anerkennung der polnischen Eroberung Wilnas aus dem Jahre 1921 zu erzwingen. Beides rührt die Briten nicht.

Dann verhandelt England mit den Sowjets wegen eines Bündnisses zur Kriegsbeteiligung gegen Deutschland und gesteht den Russen dabei das Interventionsrecht bei den drei kleinen Baltenstaaten zu. Die Freiheit kleiner Völker liegt den Briten also auch nicht so am Herzen. Der Hinweis, daß die Balten schließlich zwei Jahrhunderte Teil des Zarenreichs gewesen sind, wirkt vor den tausend Jahren blaß, die die Tschechei ein Teil des Deutschen Reichs gewesen ist. Dazu kommt, daß England sich bei dem Versuch, ein Bündnis mit den Sowjets einzugehen, einen totalitären Partner ausgesucht hat, der mit der Verfolgung der Nichtkommunisten, mit der Enteignung und Vertreibung seiner Bauern und den „Säuberungen“ in Partei und Militär schon Millionen toter Russen auf dem Konto hat. Wenn England um die Durchsetzung der Menschenrechte in anderen Ländern hätte kämpfen wollen, hätte es dazu sicher nicht die Hilfe des totalitären Moskauer Regimes bemüht. Der Schachzug mit den Polen geht alleine gegen Deutschland, und es geht nicht um edle Motive.

Der letzte und ganz direkte Beitrag Englands zum Ausbruch dieses Krieges ist das Doppelspiel, das die britische Regierung am Ende mit der deutschen Reichs-

[7] Formulierung aus Art 1 des Brit.-Poln.-Beistandspakts vom 25. März 1939

regierung treibt. In der letzten Woche vor Beginn des Krieges vermitteln der britische Premierminister Chamberlain und sein Außenminister Halifax Adolf Hitler den Eindruck, daß sie Interesse an einem britisch-deutschen Bündnis hätten, was sie in Wirklichkeit nicht haben, und daß sie den fairen Makler zwischen Polen und Deutschland spielen wollten. Zur gleichen Zeit läßt Minister Halifax Botschafter Kennard in Warschau dem Sinn nach übermitteln, man verlange von den Polen nur Gespräche, aber kein Entgegenkommen. Auch bei der Weitergabe von Verhandlungsort und Datum lassen die Briten die Deutschen zunächst im falschen Glauben, sie hätten die deutschen Konditionen den Polen anempfohlen. In Warschau raten sie indessen nicht dazu, darauf einzugehen. In Berlin teilen sie das erst mit, als die Wartefrist verstrichen ist. Das Ganze ist ein Doppelspiel der britischen Regierung. Auf der einen Seite versetzt sie Hitler in den Glauben, auch sie wäre an einem deutsch-britischen Bündnis interessiert, und sie könnte bei den Polen fair vermitteln. Die englische Regierung baut so den Schein auf, sie kämpfe für den Frieden. Auf der anderen Seite schafft sie das Szenario, auf dem aus dem deutsch-polnischen Streit der nächste Krieg entbrennt. Sie nimmt der polnischen Regierung mit ihren Garantien zunächst jeden Anreiz zum Verhandeln. Dann macht sie ihr klar, daß sie der deutschen nicht entgegenkommen muß, und zum Schluß behandelt sie die Vermittlung so verzögernd, daß der von Hitler geforderte Beginn der deutsch-polnischen Gespräche platzt. Auch wenn die Briten ihr Verhalten von 1939 damit rechtfertigen, daß sie Verhandlungen unter dem Druck der deutschen Reichsregierung, wie es ihn vorher im Falle der Tschechei gegeben hatte, unterbinden wollten, so bleibt doch als Ergebnis, daß sie dabei auch eine deutsch-polnische Verständigung zuerst im Ansatz und später in der Krise hintertrieben haben.

Die Briten wissen, daß Hitler 1939 vor der Wahl zwischen Verzicht, Verhandlungslösung oder Krieg steht. Sie wissen auch, daß er angesichts seiner Verantwortung für die „abgetrennten“ Deutschen, angesichts der immer prekärer werdenden Lage der deutschen Minderheit in Polen und in Anbetracht der drängenden Forderung der Danziger nach Anschluß an ihr Heimatland so gut wie nicht verzichten kann. Das Deutsche Reich steht in dieser Hinsicht unter dem gleichen moralischen Druck wie die Natostaaten 1999 angesichts der Lage der bedrängten Kosovaren in Jugoslawien. Die Briten können sicher sein, daß Hitler unter diesen Verhältnissen nicht zum Rückzug bläst, und daß er nicht verzichten wird. So verstellen sie den Verhandlungsweg, den sie noch bei den Polen hätten öffnen können. Dabei spielen sie um fünf vor zwölf so lang auf Zeit, bis Hitler handelt und den Krieg eröffnet. England hat – zusammen mit Frankreich – das deutsch-polnische Problem geschaffen und 1939 verhindert, daß es ohne Krieg bereinigt wird. Die britische Regierung hat es dabei mit Geschick verstanden, die Rolle des Vermittlers vorzutäuschen und allseits Frieden anzumahnen. So kann sie „mit sauberer Weste“ in den Krieg eintreten, ehe Deutschlands Flotte weiter anwächst, ehe das Deutsche Reich zur stärksten Macht Europas wird, und ehe die früheren

deutschen Kolonien auf die Tagesordnung kommen. Am 3. September 1939 erklärt Großbritannien dem Deutschen Reich den Krieg.

Nach dem Ersten Weltkrieg ist 1919 in der TIMES zu lesen:

> *„Wenn Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnt, ist dieser Krieg umsonst geführt worden.“*

Nach dem Zweiten Weltkrieg schreibt die SUNDAY CORRESPONDENT in ihrer Ausgabe vom 16. September 1989:

> *„Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir die deutsche Vormachtstellung in Europa nicht akzeptieren können.“*

Frankreichs Beitrag zum Kriegsausbruch

Seit den Tagen König Ludwig XIII. und seines ersten Ministers Kardinal Richelieu – beginnend mit der Eroberung Lothringens seit dem Jahre 1633 – ist es das Ziel aller französischen Regierungen gewesen, die Ostgrenze Frankreichs zum Rhein hin vorzuschieben. Und dieser Drang nach Osten ist mit der Einverleibung Lothringens und des Elsaß beileibe nicht erfüllt. Als Deutschland sich die zwei Provinzen 1871 für ein knappes halbes Jahrhundert zurückerobert, bleibt den Franzosen nicht nur der Wille, sich beide Landesteile bei Gelegenheit zurückzuholen. Der Wunsch nach weiteren deutschen Landesteilen links des Rheins ist damit nicht befriedigt. 1917 – noch im Kriege – läßt sich die französische Regierung in einem Geheimvertrag von den Russen das deutsche Saargebiet zusprechen. In den Versailler Verhandlungen versucht Frankreich dann, das Saarland und Luxemburg zu annektieren und das deutsche Land beiderseits des Rheins als einen eigenen „Rheinstaat“ vom Deutschen Reich zu trennen. Das alles scheitert nur am Einspruch anderer Siegermächte.

Auch nach dem „Friedensschluß“ von Versailles schließt Frankreich keinen echten Frieden mit dem Nachbarn Deutschland. Der sogenannte Friede ächtet Deutschland, läßt es ungewöhnlich hart zur Ader und verwehrt ihm seine Selbstschutzfähigkeit auf Dauer. Solange das geschlagene Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg Frankreichs Hand und Hilfe hätte brauchen können, bleiben die Franzosen unversöhnlich.

Nach dem ersten Kriege schaffen die Franzosen zusammen mit den anderen Siegern die Probleme, an denen sich ein nächster Krieg entzünden muß. Sie verlangen das Selbstbestimmungsrecht für Minderheiten und zerteilen dazu die besiegten Staaten. Dann erzeugen sie sofort und gegen alle selbstgesetzten Regeln neue Minderheiten, die sie gegen deren Willen neugeschaffenen Staaten einverleiben.

So sind Polen und die inzwischen wieder zerfallenen zwei Versailler Kunstgeschöpfe Tschechoslowakei und Jugoslawien nichts anderes als Zerrbilder der gerade untergegangenen Vielvölkerstaaten. Frankreich gehört auch zu den Vätern der Völkerbundsmandate Memelland und Danzig. Mit jedem dieser Völkerbundskonstrukte sichern sich die Franzosen einen Einfluß und ein Präsenzrecht in der Ostsee, in der sie als Nicht-Anrainer-Staat sonst keine natürlichen Interessen zu vertreten haben. Frankreich schafft 1919 die Mehrzahl aller Gründe für den Zweiten Weltkrieg, auch wenn es 1939 Deutschland ist, das einen dieser Gründe zum Anlaß für eine Kriegseröffnung nimmt.

Der Beitrag zum Kriegsausbruch von 1939, den Frankreich zwischen beiden Kriegen leistet, ist dem der Briten ähnlich. Doch Frankreich geht dabei von Anfang an massiv vor. Während die Engländer ihre Saat von Versailles fast zwei Jahrzehnte ohne weiteres Zutun reifen lassen, versucht Frankreich auf vier Wegen, Deutschlands Souveränität und seine äußere Sicherheit zu untergraben. Als erstes erhalten sich die Franzosen unter Verletzung ihrer Abrüstungspflichten für gut anderthalb Jahrzehnte eine vielfache Militärüberlegenheit gegenüber ihren deutschen Nachbarn. Hinzu kommt zweitens, daß die französischen Regierungen von 1927 bis 1933 die Genfer Abrüstungsverhandlungen mit Erfolg blockieren und so verhindern, daß Deutschland wieder selbstschutzfähig wird. Zum dritten nutzt Frankreich Deutschlands Schwäche mehrfach aus und läßt seine Truppen trotz des geschlossenen Friedens in das Deutsche Reich marschieren. Und viertens errichtet Frankreich binnen weniger Jahre eine Mauer von antideutschen Militärverträgen rund ums Deutsche Reich.

Frankreich gelingt es, mit dieser Mauer von Verträgen mit Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, der Sowjetunion und Belgien nicht nur Deutschland und Österreich einzukreisen[8]. Es fügt auch eine Allianz zusammen, die Deutschland 12fach in der Friedensstärke und etwa lOOfach im Kriege überlegen ist, so daß sich Hitler und die Reichswehr ab 1935 beim Aufbau einer neuen Wehrmacht daran orientieren müssen. Frankreich hat es versäumt, die Drohkulisse rund um Deutschland in den Jahren abzubauen, in denen Hitler angeboten hatte, die deutsche Rüstung zu begrenzen. Außerdem baut Frankreich seine Sicherheit auf Militärallianzen auf, ohne dabei einzurechnen, daß es dafür dereinst auch „Sicherheit zurückerstatten“ muß. Und es klinkt sich damit in alle Händel seiner Alliierten ein. Frankreichs Sicherheitsanstrengungen nach dem Ersten Weltkrieg bestehen in summa daraus, Deutschland kleinzuhalten und nicht darin, sich mit den Deutschen zu vergleichen.

Als Hitler den Rest der zerfallenden Tschechoslowakei gegen Völkerrecht und eigene Versprechen im März 1939 zum Protektorat erklärt, nutzt Frankreich die sich bietende Gelegenheit, um weitere Revisionen des Vertrages von Versailles zu

---

[8] Französische Verträge 1919 mit GB, 1920 mit B, 1921 mit P, 1924 mit der CSR, 1926 mit RUM, 1927 mit JUG und 1932 mit der SU

verhindern. Polen steigt aus der Ächtung Englands wegen Teschen plötzlich zu dessen Bündnispartner auf und Frankreich findet damit einen neuen Partner, den es gegen Deutschland aktivieren kann. Die Franzosen, die den polnisch-deutschen Streit um Danzig in Versailles selber mit verursacht haben, nutzen ihren Bündniseinfluß auf die Polen nicht im geringsten dazu, eine Friedenslösung anzusteuern. Sie versuchen nicht einmal im Ansatz, zwischen beiden Kontrahenten zu vermitteln oder gar die Probleme selber anzufassen. Frankreich will Deutschland wegen seines Wiederaufstiegs und wegen der Tschechei-Besetzung in einem neuen Krieg besiegen. Es bestärkt die polnische Regierung deshalb, den deutschen Forderungen gegenüber hart zu bleiben und notfalls einen Krieg um Danzig zu riskieren, und das zu einer Zeit, da die deutsche Reichsregierung immer noch versucht, eine kriegerische Auseinandersetzung mit den Polen zu umgehen.

Im Mai 1939 verspricht der französische Oberbefehlshaber General Gamelin dem polnischen Kriegsminister Kasprzycki, daß Frankreich gemeinsam mit Polen in einen Feldzug gegen Deutschland ziehen werde. Der französische Premierminister Daladier und sein Außenminister Bonnet wissen, daß Gamelin dies Versprechen gegeben hat und nicht beabsichtigt, es auch notfalls einzulösen. Sie lassen die Polen in dem falschen Glauben, daß sie mit Frankreich gemeinsam gegen Deutschland siegen können. Im Mai 1939 sind die Verhandlungsvorschläge der deutschen Reichsregierung in Bezug auf Danzig und die Transitwege noch so bescheiden, daß Polen ohne eigene Territorialverluste hätte Frieden haben können. Es ist Frankreich, das der polnischen Regierung an dieser Wegegabel im Mai 39 nicht zur Normalisierung, nicht zu Verhandlungen und nicht zum Frieden zu einem bislang noch minimalen Preis rät, sondern das Polen mit falschen Versprechungen verlockt, den Weg zum Kriege einzuschlagen.

Das französische Versprechen, im Falle einer Danzig-Auseinandersetzung Deutschland anzugreifen, wiegt deshalb schwerer als die Garantie der Briten, weil 1939 nur die Franzosen über ein Heer verfügen, das in der Lage wäre, Deutschland direkt und unverzüglich anzugreifen. Die Briten mit Flotte und mit Luftstreitkräften – das wissen auch die Polen – könnten nur mittelbar und in einem Krieg von langer Dauer helfen. Polen aber kann einen Krieg nur mit direkter und schneller Hilfe gewinnen und, wenn es schlecht kommt, überstehen. So ist es vor allem die französische Regierung, die Polen mit dem Versprechen des Zweifrontenkrieges gegen Deutschland in den Krieg lockt. Mit solcher „guten Aussicht" hat die polnische Regierung auch kaum noch einen Anreiz, um einen neuen Danzig-Status und um exterritoriale deutsche Transitwege zu verhandeln.

Auch sonst zeigt Frankreich im Jahre 1939 wenig Neigung, dem Frieden eine Chance zu geben. Noch kurz vor dem verhängnisvollen Gamelin-Versprechen vom 17. Mai an Kasprzycki versucht Papst Pius XII. die Konflikte durch Verhandlungen der großen Staaten in Europa auf einer Fünf-Mächte-Konferenz aus der Welt zu schaffen oder zu entschärfen. Frankreichs Premierminister Daladier lehnt es, wie berichtet, ab, an solchen Verhandlungen teilzunehmen. Im frühen

Sommer 1939 sind die Franzosen eher damit beschäftigt, eine französisch-britisch-polnisch-sowjetische Koalition für den Krieg gegen das Deutsche Reich zu arrangieren. Frankreich hofft, bei minimalem eigenem Aufwand mit der Kraft der versammelten Verbündeten Deutschland zu besiegen. Es bemüht sich außerdem, die Schwelle zu einem neuen Weltkrieg so weit abzusenken, daß er auch wahrscheinlich wird. So teilt der französische Außenminister Bonnet der deutschen Reichsregierung am 1. Juli 39 in einer Note mit, daß schon ein deutscher Versuch, den Status quo von Danzig zu verändern, zu einem Krieg mit Deutschland führt[9]. Schon ein Versuch!

Auch als Hitler am 24. August und noch einmal – um 5 vor 12 – am 30. August die Angriffsbefehle für die Wehrmacht aufhebt und damit zeigt, daß er nur Danzig und nicht Polen haben will, bestärkt Frankreich Polen, zur vorgeschlagenen, moderaten Danzig-Regelung Nein zu sagen, wohl wissend, daß das Krieg bedeutet.

Französische Bemühungen, das in Versailles selbst geschaffene Problem des Freistaats Danzig im Konsens mit den Beteiligten zu lösen, unterbleiben. Außer vielen Beteuerungen des eigenen Friedenswillens trägt Frankreich nichts zum Frieden bei. Präsident Daladier ist 1939 genauso kriegsbereit wie Hitler. Der eine scheut nicht vor dem Krieg zurück, wenn er damit Deutschland wieder auf Versailles-Niveau herunterstufen kann. Der andere scheut nicht vor dem Krieg zurück, wenn er damit die letzten Störfaktoren von Versailles beseitigen kann, die Abtrennung Danzigs und Ostpreußens vom Deutschen Reich. Am 3. September 1939 erklärt Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg.

Polens Beitrag zum Kriegsausbruch

Polen ist nicht nur der gestrafte Erbe einer in Versailles übernommenen Last mit einer großen Zahl von ethnischen Minderheiten und vielen zudiktierten Grenzproblemen. Polen, obwohl es nach dem äußeren Anschein als das erste Opfer des Zweiten Weltkriegs dasteht, gehört bei genauerem Betrachten auch zu den ersten Tätern.

Der 1918 wiedererstandene Staat Polen bringt es fertig, in den ersten vier Jahren seiner neuen Existenz Streit und Kriege mit fast allen seinen Nachbarn zu beginnen. 1918, noch vor den Versailler Grenzentscheidungen, nutzt Polen den Waffenstillstand der Siegerstaaten mit dem Deutschen Reich und nimmt im Handstreich die bis dahin deutschen Provinzen Posen und Westpreußen in Besitz. Letztere ist allerdings nicht überwiegend polnisch, und die Annexion des Nordens der Provinz trennt den deutschen Landesteil Ostpreußen vom Rest des Deut-

[9] Paul Karl Schmidt, Seite 74

schen Reiches. Es entsteht der sogenannte Korridor. Auch wenn die Sieger dieses Landstück den Polen später zugestehen, so ist es dennoch Polen, das zuerst die Fakten schafft, das dann eine Volksabstimmung im umstrittenen Land verhindert, und das 1939 eine moderate Lösung für die Verkehrsanbindung Ostpreußens an das Reich als unzumutbar ablehnt. Das Korridor-Problem, von Polen geschaffen und erhalten, wird Polen 1939 zum Verhängnis.

Zum gleichen Stil gehören von 1919 bis 1921 die polnischen Versuche, in Oberschlesien eine Volksabstimmung zu vereiteln, und als das nicht funktioniert, das deutsche Oberschlesien zu erobern. Das Verhalten der Polen im Oberschlesien-Streit trägt nicht unerheblich dazu bei, daß ein Großteil aller Deutschen die Kriegseröffnung Hitlers 1939 als recht und billig akzeptiert, auch wenn sie diesen Krieg mit Polen an und für sich nicht führen möchten.

1920 folgen die Kriege gegen die Sowjetunion und Litauen. Polen mißachtet dabei die polnisch-sowjetische Grenzziehung des „Höchsten Alliierten Rats" der Sieger und annektiert ein Land, in dem mit Mehrheit Weißrussen und Ukrainer leben. Mit diesem Rechtsbruch schafft sich Polen gleich zwei weitere Probleme: die Dauerfeindschaft der Sowjetunion und starke Minderheiten, die es bis 1939 nicht integriert. Polen bezahlt den Angriff gegen Rußland von 1920 mit dem Einmarsch der Roten Armee im September 1939.

Ebenfalls 1920 annektiert Polen in Litauen die Hauptstadt Wilna und ein Gebiet darum herum. Das hätte 1939 wohl kaum noch Folgen, wenn Polen das Land Litauen nach der Eroberung in Ruhe gelassen hätte. Doch 1938 marschiert Polen nochmals mit Truppen an der litauischen Grenze auf und verlangt die völkerrechtliche Anerkennung seiner Annexion von 1920. Die polnische Regierung droht der litauischen mit Krieg, wenn sie die Anerkennung der Eroberung verweigern sollte. Ähnliches passiert 1938 auch den Tschechen. Polnische Streitkräfte marschieren bei Teschen an der tschechischen Grenze auf. Die polnische Regierung verlangt die Abtretung des Teschener Gebietes und droht bei Weigerung mit Krieg. Mit seinen wiederholten Drohungen und Kriegsaufmärschen bricht Polen nicht nur jedes Mal den Kellogg-Pakt, der das verbietet. Es verliert auch sein moralisches Recht auf bessere Behandlung. Auch der Versuch Marschall Piłsudskis von 1933, Frankreich zu einem Angriffskrieg gegen Deutschland zu bewegen, gehört zum Stil der Polen jener Zeit, mit Kriegen aktive Außenpolitik zu machen. So grenzt das Volk der Polen 1939, abgesehen von den Letten und Rumänen, an kein Nachbarvolk, das den Polen gegenüber Skrupel haben müßte, in gleicher Münze heimzuzahlen.

Was Polen 1939 dennoch hätte retten können, ist ein Geflecht von bilateralen und kollektiven Schutzverträgen. Doch auch dieses Dach decken sich die Polen selber ab. Der Kellogg-Pakt wird so oft gebrochen, daß er Polen 1939 nicht mehr sichert. Mit der Teschen-Eroberung von 1938 verliert Polen den Schutz des Litwinow-Protokolls von 1929 und des Polnisch-Sowjetischen Nichtangriffspaktes

von 1932. Mit ihrer vertragswidrigen Mobilmachung gegen Deutschland vom März 1939 als direkte Antwort auf ein deutsches Verhandlungsangebot veranlaßt die polnische Regierung Adolf Hitler, den Deutsch-Polnischen Freundschafts- und Nichtangriffspakt von 1934 aufzukündigen. Auch wenn diese Entscheidung Hitlers völkerrechtlich umstritten ist und als überzogen gilt, so wird sie doch von Polen selber ausgelöst. So schafft Polen bis zum Kriegsausbruch um sich herum einen vertragsfreien Raum, in dem nur noch die Regeln des Stärkeren gelten, wie Polen sie seit 1918 gegenüber fast allen Nachbarstaaten anwendet.

In dieser für Polen so unvorteilhaften Lage trägt es zu zwei Konflikten bei, die zum Schluß den Zweiten Weltkrieg auslösen: die Danzig- und die Minderheitenfrage. Die Danziger Bevölkerung fordert im Rahmen des Selbstbestimmungsrechts der Völker den Anschluß an ihr Mutterland und alle deutschen Nachkriegsregierungen fordern den Anschluß Danzigs an das Reichsgebiet. Polen ist dabei insoweit mit betroffen, als es seit 1920 begrenzte Postrechte, Verkehrs-, Hafen-, Schiffahrts-, Militär- und Zollrechte in der Stadt besitzt. Außerdem ist Polen die diplomatische Außenvertretung des Freistaates Danzig übertragen worden. Deutschland bietet Polen 1939 bei einer Angliederung Danzigs an das Deutsche Reich die Wahrung und Beibehaltung der polnischen Hafen-, Verkehrs- und Schiffahrtsrechte an. Polen seinerseits bietet Danzig die Rückübertragung der diplomatischen Außenvertretungsrechte an den Danziger Senat an. Der Staat Polen würde bei einem Anschluß Danzigs an das Reich also nur noch seine Post- und Zollrechte und ein Munitionsdepot auf der Danziger Westerplatte einbüßen. Das ist der reale Streitwert, der zum Weltkrieg führt. Doch der politische Streitwert hat eine ganz andere Dimension. Die alte Hansestadt mit 97% deutscher Bevölkerung ist für die Polen mit eigenen Wünschen und historischen Erinnerungen befrachtet. Marschall Rydz-Śmigły bringt das am 20. Juli 1939 in einem offiziellen Kommunique so auf den Punkt:

> *„Eine Besetzung Danzigs durch Deutschland würde ein Akt sein, der uns an die Teilung Polens erinnert.“* [10]

So kommt es dann an jenem 26. März 1939, als Botschafter Lipski die Ablehnung der deutschen Vorschläge und Wünsche aus Warschau überbringt, zu der für Polen so verhängnisvollen Erklärung, bei der Lipski droht:

> *„Ich habe die unangenehme Pflicht, daraufhinzuweisen, daß jegliche weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere insoweit sie die Rückkehr Danzigs zum Reich beträfen, den Krieg mit Polen bedeutet.“* [11]

Die polnische Regierung erklärt hier und mehrmals später, daß Polen bei einem Anschluß Danzigs Krieg mit Deutschland führen werde. Sie schafft den Anlaß für den Krieg, indem sie ein lokales, nicht kriegswürdiges Problem, bei dem nicht einmal polnisches Territorium betroffen ist, zum Kriegsanlaß erklärt. Ohne diese vorgezogene Kriegserklärung hätte die Danzig-Frage zu weit geringeren

[10] Documents Brit. Foreign Policy, Third Series, Volume VI, Document 368
[11] IMT-Dokumente, Band XLI, Dokument 208

Kosten geregelt werden können. Polen verlangt ab März 1939 als Preis für Danzig Krieg. Dies ist Polens erster großer Beitrag zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939.

Der zweite große Beitrag Polens zum Kriegsausbruch ist seit langem im Umgang der Polen mit ihren nationalen Minderheiten angelegt. Trotz aller Minderheitenschutzverträge, die geschlossen, gekündigt und meist nicht beachtet werden, ist das Los der Deutschen, Weißrussen und Ukrainer in Polen derart hart, daß die Heimatstaaten dieser Minderheiten fast immer einen Anlaß hatten, zum Schutz der in Polen Unterdrückten einzuschreiten. Ab Mai 1939 nehmen die Verfolgungen und Drangsalierungen der Minoritäten wieder in einer Weise zu, daß eine neue vertragliche Absicherung der Menschen- und Bürgerrechte der deutschsprachigen Bürger Polens unaufschiebbar wird. So überlagert die deutsch-polnische Minderheitenfrage zum Schluß das Danzig-Korridor-Problem und gibt ihm eine eigene, gefährliche Dynamik. Hitler kommt damit unter einen Zeitdruck, der allein mit Danzig und dem Korridor so nicht entstanden wäre. Polens Art, mit seinen 10 Millionen Bürgern fremder Muttersprache umzugehen, ist der Brandbeschleuniger zum Ausbruch des Krieges am 1. September 1939.

Der Beitrag der Sowjetunion zum Kriegsausbruch

Die Außenpolitik Sowjetrußlands nach dem Ersten Weltkrieg hat offensichtlich mindestens drei Wurzeln, und diese sind zum ersten strategische Traditionen als Erbe aus der Zarenzeit, zum zweiten ein Weltmissionswille als Ergebnis der bolschewistischen Revolution und drittens der Drang zur Wiederherstellung von Rußlands alter Größe als Folge des verlorenen Ersten Weltkriegs.

Als erste wird die letztgenannte Wurzel sichtbar. Rußland erleidet zum Ende des verlorenen Krieges viele Landverluste, ähnlich Deutschland, Österreich-Ungarn und dem Reiche der Osmanen. Finnland, die drei Baltenrepubliken und große Teile Weißrußlands und der Ukraine werden souveräne Staaten oder polnische Gebiete. So wohnt der neuen Sowjetunion ein Antrieb inne, sich Gebiete wieder anzueignen, die im alten Zarenreiche unter Rußlands Krone standen. Hier ist der Grund zu suchen, daß sich die Sowjetunion 1939 mit Erfolg bemüht, „Ostpolen“ entweder indirekt auf dem Wege einer Kriegsallianz mit Großbritannien und Frankreich wiederzugewinnen, oder direkt mit der Hilfe Deutschlands. Auch die Finnen, die Balten und die Bessarabier werden 1940 mit der indirekten Hilfe Deutschlands wieder „russisch“.

Die Wurzel, die als zweite nach außenhin erkennbar wird, ist die staatstragende Idee der Sowjetunion, der Bolschewismus oder Kommunismus. Diese Klassenideologie wird in Sowjetrußland als Befreiungslehre für unterdrückte Gesell-

schaftsschichten und für kolonial gehaltene Völker aufgefaßt. Von dieser Lehre geht eine Missionspflicht gegenüber den ausgebeuteten Menschen in den kapitalistischen Staaten und in den Kolonien aus. Lenin hat diesem Missionsdrang mit der Idee vom „Endsieg des Sozialismus über den Kapitalismus“ durch eine „Revolution im Weltmaßstab“ ein außenpolitisches Ziel gesetzt, dem eine große Sprengkraft innewohnt. Dies Ziel bedroht Gesellschaften und Staaten mit anderen Weltanschauungen. Der Konfliktstoff „Ideologie“ wird allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg zur direkten Bedrohung der kapitalistischen Staaten und Kolonialmächte. Vor dem Krieg entzweit der Unterschied der Weltanschauungen nur die Sowjetunion und Deutschland ab 1933. Hitlers Nationalsozialismus als Konkurenzmodell zum Kommunismus wirkt aggressiver auf den sowjetischen Bolschewismus als die bis dahin eher indifferenten Lebens- und Gesellschaftsideen in den anderen kapitalistischen Staaten. So leben das Deutsche Reich und die Sowjetunion seit 1933 in steter latenter Gegnerschaft, allerdings ohne daß das den Zweiten Weltkrieg auslöst.

Zum Kriegsausbruch trägt der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Kommunismus jedoch in indirekter Weise bei. Stalin ist 1939 bereit, an einem Kriege teilzunehmen, um „Ostpolen“ wiederzugewinnen. Das ist die Oberfläche. Darunter liegt als zweite Schicht sein Wille, mit einem neuen Kriege in Europa die Gesellschaften in den kapitalistischen Staaten durch Kriegselend und Kriegsfolgen zu verändern und sie für die Idee des Kommunismus empfänglicher zu machen. Die zwei Ziele Stalins 1939 sind auf kurze Sicht „Ostpolen“ und aufweite Sicht die Ausbreitung des Kommunismus in Westeuropa. So setzt er zunächst auf das „Pferd“ der Briten und Franzosen, die seine Waffenhilfe brauchen. Er ködert beide mit dem Angebot von 120 Divisionen für einen weiteren Krieg mit Deutschland. Er bestätigt sie darin, statt Danzig an das Deutsche Reich zurückzugeben, lieber einen Krieg zu wagen. Als Polen diese Art von Kriegsallianz zunichte macht und als erkennbar wird, daß die Briten und Franzosen den Sowjets die Hauptlast dieses Krieges überlassen wollen, setzt Stalin auf das „Pferd“ der Deutschen. Er sichert Hitler Handlungsfreiheit zu, läßt sich – wenn auch nur verschlüsselt – im Geheimen Zusatzprotokoll die Rückeroberung der verlorenen Randgebiete des alten Zarenreichs genehmigen und streicht dann ohne eigene Opfer „Ostpolen“ ein.

Doch Stalins Rechnung geht zunächst nicht völlig auf. Der deutsche Feldzug gegen Polen ist zu schnell beendet, und es kommt 1939 nicht zu dem erhofften Erschöpfungskrieg der kapitalistischen Staaten Deutschland gegen Frankreich - England. So sind am Ende der Auseinandersetzung um Polen weder die Menschen in den kapitalistischen Staaten reif für eine bolschewistische Revolution, noch kann die Sowjetunion – wie Lenin das vorausgedacht hat – als letzte starke Großmacht in Europa die kapitalistischen Staaten „an der Gurgel packen“, um bei Lenins Bild zu bleiben. Dazu muß die Sowjetunion noch einmal die Seite wechseln und selber furchtbar bluten.

Die dritte Wurzel, von der zuvor die Rede war, ist Rußlands strategische Tradition. Peter der Große hat damit begonnen, Rußland zu einer Seemacht auszubauen. Über ein Jahrhundert sind die Expansionsinteressen des Zarenreichs gegen die Interessen der Japaner in Fernost, der Briten im Mittleren Osten und der Osmanen am Ausgang des Schwarzen Meeres gestoßen. Der Drang zu größerer Weite und zum Handel auf den Meeren hat in Rußland eine lange Tradition. Da hinzu gesellt sich nun der Wille, in den Kolonien fremder Staaten politisch auf die Massen Einfluß zu gewinnen. Handel, Machtentfaltung und „Missionsdrang" brauchen offenen Zugang zu den Meeren und dazugehörend eine Flotte. So beginnt Stalin 1935, die Sowjetunion wieder zu einer Seemacht ersten Ranges mit einer großen Kriegsmarine aufzubauen. Zugang zum Atlantik in Europa bieten die eisfreien Häfen Finnlands und der Baltenstaaten. Da liegt es in der Tradition der Strategie der Russen und in der Logik ihrer Flottenpolitik, daß sie eigene Ostseehäfen brauchen. So muß Stalin dafür sorgen, daß die territoriale Nachkriegsordnung in Europa eine Änderung erfährt. Dazu braucht er die Billigung oder die Lähmung der großen Staaten in Europa, und die erkauft er sich mit Allianzversprechen bei den Briten und Franzosen und dann bei den Deutschen. Auch bei den Verhandlungen mit den Engländern und Franzosen hatte sich Stalin die Interventionsrechte gegenüber Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien als Gegenleistung für seine Waffenhilfe gegen Deutschland zusichern lassen. Stalin will die für Sowjetrußland angestrebten Territorialgewinne im Schatten eines Kriegs erreichen, den Briten, Deutsche und Franzosen miteinander führen. Zu diesem Zwecke kommt der Streit um Danzig und die deutsche Minderheit in Polen gerade recht. Stalin hält seine Gedanken für ein Geheimes Zusatzprotokoll, das ihm „Ostpolen" und die Baltenstaaten sichern soll, so lange vor Hitler und von Ribbentrop geheim, bis diese mit dem Rücken an der Wand den Handel unterschreiben oder vor den Polen weichen müssen.

Die sowjetische Führung versucht kein einziges Mal, bei den Differenzen zwischen den Deutschen und den Polen zu vermitteln und damit dem Frieden eine Chance zu geben. Stalin setzt von Anfang an auf einen Krieg, von dem er annimmt, daß er die territoriale Ordnung Osteuropas zum Vorteil der Sowjetunion verändert.

Der Beitrag der USA zum Kriegsausbruch

Die große Macht, die 1939 noch nicht direkt in den Krieg eingreift, darf hier nicht ausgelassen werden. Die Vereinigten Staaten von Amerika tragen ihre Mitschuld am Desaster von Versailles und daran, daß das Danzig-Korridor-Problem nicht friedlich aus der Welt geschafft wird, ehe es zum Anlaß eines neuen Weltkriegs wird. Doch unter dieser Danzig- und Versailles-Frage liegt ein anderer Grund, der die USA zu Kollisionen mit fremden Staaten treibt. Es ist der An-

spruch der Nordamerikaner auf die Ausbreitung ihrer Macht und ihrer Wertvorstellungen. Begonnen mit der Ausbreitung über den nordamerikanischen Kontinent, fortgesetzt mit dem Herrschaftsanspruch über beide Amerika in der Monroe-Doktrin, weitergeführt mit der „Befreiungseroberung“ der spanischen Kolonien in der Karibik und im Pazifik und der Unterstützung der Briten und Franzosen im Ersten Weltkrieg mündet diese Ausdehnung in einen zweiten großen Krieg, der die Welt von der „Krankheit der drei Schurkenstaaten“ Deutschland, Italien und Japan befreien soll. Die eine Seite dieses Tuns ist der Kreuzzug zum Schütze von Bedrohten, die andere ist die Ausdehnung von Macht, Markt und Moral, wobei die letztere aus der Sicht von Nichtamerikanern vor allem ihre Weltanschauung ist.

So schützen die Amerikaner erst ihre Siedler, dann die Länder Südamerikas und dann die Staaten Westeuropas und im Pazifik. Nordamerika fühlt sich dabei immer auf der Seite der Bedrohten und des Rechts. Als Nebenprodukte bleiben erst ein eroberter Kontinent, dann die Vorherrschaft über Südamerika und der Besitz der ehemals spanischen Kolonien, und nach 1919 als letzter Schritt auf diesem Weg die wirtschaftliche Durchdringung Europas und Chinas durch die USA. Amerika, das hoch verschuldet in den Ersten Weltkrieg geht, steht nach dem Kriege als der größte Gläubigerstaat der Welt da. Es ist nicht auszumachen, ob hier der moralische Anspruch die Machtausdehnung angetrieben hat, oder ob der Machtanspruch die Moral als Etikett mißbraucht hat, oder ob sich beides in den USA auch nur in profitabler Weise zueinanderfügt.

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs stehen sich die USA und Deutschland ohne Streit und Spannung gegenüber. Amerika befindet sich von 1914 bis 1916 nur mit seinem Nachbarn Mexiko in einem bewaffneten Konflikt. Vor seiner Wiederwahl zum Präsidenten verspricht Wilson den Menschen seines Landes, die USA aus dem fernen Krieg in Übersee herauszuhalten. Doch Amerika beliefert die Gegner Deutschlands über See mit Lebensmitteln, Rohstoffen, Munition und Waffen, und Deutschland versucht, die Versorgung seiner Gegner über das Meer ab Februar 1917 mit einem unbeschränkten U-Boot-Krieg zu unterbinden. Als ebenfalls im Februar 1917 das Kaiserliche Rußland in einer Revolution versinkt und als Ostfront gegen Deutschland ausfällt, wird der Krieg der Europäer plötzlich zum Risiko für Staat und Wirtschaft in den USA. Wenn Deutschland über die verbliebenen Gegner siegen sollte, wären alle Außenstände und Kredite in Frankreich und in England verlorene Geschäfte, und die USA wären nach dem Krieg der Europäer noch ärmer als zuvor. Die Gefahr, die Rußlands Niederlage für die Wirtschaft in den USA heraufbeschwört, der unbegrenzte U-Boot-Krieg auf dem Atlantik und ein zunächst geheimes, dann aber doch bekanntgewordenes Unterstützungsangebot der Deutschen an die Mexikaner führen dazu, daß Wilson am 2. April 1917 dem Deutschen Reich den Krieg erklärt und kurz darauf auch Österreich-Ungarn.

Nun steht plötzlich die Industriemacht USA mit ihren Menschenmassen und der großen Kriegs- und Handelsflotte auf der Seite der Briten und Franzosen. Die drei genannten Mächte besiegen Deutschland, Österreich und Ungarn binnen zweier Jahre. Die zwei Fäden, die von hieraus auf den nächsten Krieg zulaufen, sind der Wandel des Deutschlandbildes in den USA und die Schäden, die Wilsons fünf Noten und seine 14 Punkte für die Deutschen nach der Niederlage 1919 hinterlassen.

Kaum daß Amerika 1917 in den Krieg eintritt, beginnen der Präsident sowie die politische Elite und die Presse in den Staaten, sich selbst moralisch auf- und Deutschland abzuwerten. In Amerika spricht man – statt sich ehrlich zum eigenen Vorteil zu bekennen – von den menschlichen Werten, die man nun schützen müsse, und davon, daß „die Welt für die Demokratie sicherer gemacht werden müsse". Deutschlands U-Boot-Krieg wird zum „Krieg gegen alle Nationen" und die „autoritäre Regierung in Deutschland" zur „Herausforderung für die ganze Menschheit". Die deutschen Frontsoldaten sind im Bewußtsein der amerikanischen Öffentlichkeit schon bald „brutale und bluttriefende Hunnen und Vandalen". Der Haß und die Verblendung, deren sich die Amerikaner im Ersten Weltkrieg als Stimulans bedienen, bleibt in vielen Köpfen nach dem Krieg lebendig. Die Regierungen der USA unternehmen zwischen beiden Kriegen nichts, die von ihnen im Ersten Weltkrieg angeheizte antideutsche Stimmung wieder abzubauen. Die Klischees von den „Hunnen" leben in den Medien und den Kinofilmen weiter. So ist das Deutschlandbild geprägt, als sich 14 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg eine neue deutsche Reichsregierung anschickt, die Versailler-Nachkriegsordnung aufzukündigen.

Die Roosevelt-Regierung reagiert sehr bald nach Hitlers Amtsantritt mit einer Schärfe gegen Deutschland, die zwischen souveränen Staaten, die im Zustand gegenseitigen Friedens leben, äußerst ungewöhnlich ist. Die Reaktionen Roosevelts auf Hitler werden in der Geschichtsschreibung in aller Regel allein damit begründet, daß der deutsche Diktator das demokratische System verachtet, die Juden verfolgt und im eigenen Land das Recht gebrochen hat. Doch da sind Zweifel angesagt. Die Mißachtung der Demokratie, antijüdische Politik und Rechtsbrüche sind auch die Markenzeichen von Staaten und Regierungen, mit denen Roosevelt ohne Berührungsängste kollaboriert. So liegt der tiefere Grund für Roosevelts unfreundliche Deutschlandpolitik schon ab dem Frühjahr 1933 offensichtlich in einer Feindlichkeit den Deutschen gegenüber, die er seit dem Ersten Weltkrieg in sich trägt. Da ist nicht auszuschließen, daß Roosevelt 1933 auch gegen jede andere deutsche Reichsregierung vorgegangen wäre, die den Versuch gewagt hätte, Deutschland von den Strafbestimmungen des Versailler Vertrags zu lösen.

Roosevelts Haßgefühle gegenüber Hitler haben auch gewiß nicht dadurch abgenommen, daß der deutsche Diktator auf einem Feld der Politik Erfolg verbucht,

wo er ihn selber gerne hätte. Deutschlands 6,3 Millionen Arbeitslose sind 1936 zum größten Teil zurück in Lohn und Brot, und Roosevelt mit 12,8 Millionen Menschen ohne Job im Jahre 1933 sitzt trotz seines New-Deal -Programms 1938 immer noch auf 10,4 Millionen Arbeitslosen. So wird Hitlers deutscher Weg mit seinem „Wirtschaftswunder“ auch zu einem Popularitätsproblem für Roosevelt im eigenen Land.

Der zweite Faden, der vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg reicht, spult sich von Wilsons vielen „Friedensnoten“ ab. Die USA, die mit Wilsons 14 Punkten 1918 den Anstoß zu einem Verhandlungsfrieden geben, und die danach mit einer ganzen Serie von weiteren Noten darauf bestehen und auch wiederholt versichern, daß diese 14 Punkte zur Basis eines Verständigungsfriedens werden sollen, dulden vom Beginn des Waffenstillstands an, daß Großbritannien, Italien und Frankreich die meisten dieser 14 Punkte übergehen und mißachten. Die USA haben mit ihrer Serie von Noten Deutschland und Österreich-Ungarn gegenüber die Bürgschaft übernommen, daß es einen Frieden nach den Bedingungen der 14 Punkte geben wird. Der amerikanisch-deutsche Notenaustausch über Wilsons 14 Punkte vom Januar bis zum November 1918 gleicht einem Friedensvorvertrag, den die Amerikaner, kaum daß die deutschen, die österreichischen und die ungarischen Truppen ihre Waffen im Vertrauen auf die 14 Punkte niederlegen, nicht mehr halten. Die USA ziehen sich in Versailles aus ihrer moralischen und völkerrechtlichen Pflicht, die Bürgschaft für die vereinbarten Bedingungen einzuhalten, ohne Sang und ohne Klang zurück. Sie lassen eine Nachkriegsordnung in Europa zu, von der sie wissen müssen, daß sie zum nächsten Krieg führt.

In den Folgejahren hüllt sich die amerikanische Nation in ihren Isolationismus und tut so, als trüge sie keine Verantwortung für die in Versailles aufgehäuften Trümmer. So unternehmen die US-Regierungen bis 1939 keinen einzigen wirkungsvollen Schritt, die Minderheitenproblematik für die Millionen deutschen und ungarischen, von ihren Mutterländern abgetrennten Bürger zu lindern oder zu lösen. Amerika will von seiner Bürgschaft für die 14 Wilson Punkte nichts mehr wissen. Die USA versteifen sich viel mehr darauf, den Status quo des Deutschen Reichs ab 1933 festzumauern.

Der Präsident der USA Woodrow Wilson hatte vor dem Waffenstillstand 1918 schriftlich zugesagt, daß bei einem Friedensschluß keine Landesteile gegen den Willen der betroffenen Bevölkerungen geteilt oder fremden Ländern zugeschlagen werden sollten. Genau um diesen Punkt verhandelt das Deutsche Reich seit Jahren, und droht Hitler seit September 1938. Roosevelt sieht jetzt und später nicht, daß hier die USA in Pflicht gewesen wären. Er sieht „Frieden und Gerechtigkeit“ allein in der Bewahrung des Status quo der Ländergrenzen in Europa. Daß das von den Amerikanern selber proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch zu Frieden und Gerechtigkeit gehören, kann Roosevelt in seiner Voreingenommenheit gegen Deutschland nicht erkennen.

Roosevelt malt Hitlers Expansionsdrang an die Wand, noch ehe der Diktator sich zu seiner Absicht, Österreich anzugliedern und die Tschechei zu annektieren, öffentlich geäußert hat. Der amerikanische Präsident setzt seinen „Feldzug“ gegen Deutschland fort, auch als Hitler nacheinander einen Freundschaftsvertrag mit Polen schließt, Frankreich den Besitz von Elsaß-Lothringen garantiert und England mit Vertrag zusichert, die deutsche Flotte bei 35% der britischen zu begrenzen. Erst mit Hitlers Untat an den Tschechen gibt es völkerrechtlich einen Grund, gegen Deutschland Krieg zu führen. Doch beim deutschen Einmarsch in die Tschechei sind Roosevelt die Hände vom US-Kongreß gebunden. So verspricht er Polen, Briten und Franzosen, sie bei einem Krieg gegen Deutschland aktiv zu unterstützen. In London drängt er sogar ganz massiv, den Deutschen beim nächsten Revisionswunsch Einhalt zu gebieten. Roosevelt übersieht dabei, daß es die USA gewesen sind, die in Versailles erst ihr Wort gebrochen und dann den Danzig-Streit geboren haben. Der amerikanische Präsident will 1939 eine Danzig-Einigung verhindern oder Krieg. Sein Botschafter in England Josef Kennedy hat im Dezember 1945 rückblickend auf seine Zeit in London gesagt:

> *„Weder die Franzosen noch die Briten hätten aus der deutsch-polnischen Frage einen Kriegsgrund gemacht, wenn nicht Washington dauernd gebohrt hätte.“* [12]

Deutschlands Beitrag zum Kriegsausbruch

Als erstes springt ins Auge, daß Hitler am 1. September 1939 wegen Danzig einen Krieg eröffnet. Doch das ist nur der Anlaß, aus dem sofort ein Weltkrieg wird. Ohne Vorgeschichte hätten England und Frankreich sich alleine wegen der Danzig- und Transitwege-Frage kaum zugunsten Polens in einen neuen Krieg verwickeln lassen. Der eigentliche deutsche Beitrag liegt in zwei früheren Ereignissen. Es sind dies die Angliederung der Sudetenlande an das Reich im Oktober 1938 und die Besetzung der Tschechei als Rest der im März 1939 zerfallenen Tschechoslowakei. Beide Vorgänge bringen das Ausland in unterschiedlicher Heftigkeit und Schärfe gegen Deutschland auf.

Der Anschluß der Sudetenlande, so sehr er auch in Deutschland als legitim betrachtet wird, kommt letztlich nur zustande, weil Hitler den Anschluß mit der Drohung durchsetzt, anderenfalls Krieg gegen die Tschechoslowakei zu führen. Der Anschluß erfolgt zwar der Form nach im Münchener Abkommen mit der Billigung der Engländer, Italiener und Franzosen, doch das nur, weil sich weder die Tschechen noch die genannten Mächte zu der Zeit in der Lage fühlen, eine Eroberung der Sudetenlande militärisch zu verhindern. In München zwingt Hitler

[12] Tansill, Seite 597

die drei genannten Siegermächte erstmals, eine der Versailler Zwangsmaßnahmen selber aufzuheben. In Paris und London kann man das danach nicht mehr vergeben und vergessen. Der englische Oppositionspolitiker Winston Churchill bezeichnet das Münchner Abkommen trotz der britischen Zustimmung deshalb auch rundheraus als „deutsche Erpressung“. Der Anschluß der Sudetengebiete löst in England und Frankreich eine Welle der Kriegsvorbereitungen und der antideutschen Stimmung aus. Seit der Angliederung – und das ist Monate bevor Hitler die Rest-Tschechei bedroht, und ehe er damit beginnt, die Polen wegen Danzig zu bedrängen – beginnen in London und Paris die Parlamente und die Presse, von Kriegsgefahr in Europa zu reden und zu schreiben. Hitler vermag es nicht, die ehemaligen Siegermächte auf diplomatischem Wege und ohne solche „Erpressungen“ dazu zu bewegen, die letzten Hypotheken von Versailles selbst zu löschen. Statt dessen entfacht er mit der Angliederung der Sudeten eine allgemeine Kriegsbereitschaft gegen Deutschland.

Den zweiten und durchschlagenden Anlaß für den Kriegsausbruch liefert Hitler mit der Besetzung der Tschechei. Er verletzt damit Völkerrecht. Er bricht das gegebene Wort und er verläßt die bislang legitime Linie seiner Außenpolitik, nur deutsche Menschen „heim ins Deutsche Reich“ zu holen. Mit diesen drei Rechts-, Wort- und Politikbrüchen überschreitet Hitler die Grenze dessen, was die Versailler Mächte bereit sind hinzunehmen. Doch in London und Paris fühlt man sich auch diesmal außerstande, militärisch gegen Deutschland vorzugehen. Aber mit der Besetzung Prags reift bei Briten und Franzosen der Entschluß, Hitler und dem Deutschen Reich so schnell wie möglich die Rechnung für die Missetat an der Tschechei zu präsentieren. Die offenen Posten auf der Rechnung heißen:
- Strafe für die Besetzung der Tschechei,
- Wiederherstellung der Machtverhältnisse von Versailles,
- Kündigung des Britisch-Deutschen Flottenabkommens
- britische „balance of power“ und
- französische Vorherrschaft auf dem Kontinent.

Auch wenn sich die letzten beiden Posten gegenseitig ausschließen, so schreibt eben England den einen und Frankreich den anderen auf die Rechnung.

Ohne die Tschechei-Besetzung hätten die Regierungen in Paris und London den Bürgern Frankreichs und Englands kaum erklären können, warum sie der deutschen Stadt Danzig wegen für Polen hätten in den Krieg ziehen sollen. Und ohne die Kriegsermunterungen aus London und Paris hätte die Warschauer Regierung selbst nach einer Friedenslösung suchen müssen. Die zugespitzte Lage im August 1939 hat so nur entstehen können, weil Hitler mit der Besetzung der Tschechei selbst sechs Monate zuvor den Grund zu einem neuen Krieg gegeben hat. Die Regierungen Englands und Frankreichs haben es geschickt verstanden, Hitler mit Hilfe Polens in eine Zwickmühle zu manövrieren, in der er nur auf Danzig verzichten und die deutsche Minderheit in Stich lassen oder Krieg mit Polen führen kann. Die deutsche Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrie-

ges liegt zuerst in der Besetzung der Tschechei und nur nachrangig in der Gewaltlösung der deutsch-polnischen Probleme.

Betrachtet man dagegen den letzten Anlaß, den Streit um Danzig, so sieht man, daß die sachlichen Streitpunkte, um die es dabei geht, nur noch von ganz geringem Umfang sind. Nachdem Hitler der polnischen Regierung die Beibehaltung der bisherigen wirtschaftlichen Privilegien in Danzig zugesichert hat, und nachdem die Polen ihrerseits bereit gewesen sind, die außenpolitische Vertretung Danzigs wieder abzugeben, bleiben nur noch die Zoll- und Postrechte der Polen im Freistaat und ein Munitionsdepot, die beide Seiten von einer Einigung trennen. Von ungleich größerem Gewicht sind die emotionalen Differenzen. Die Danziger Bevölkerung will nach rund 20 Jahren wieder zum eigenen Land gehören dürfen, und die polnische Bevölkerung wertet Danzig als urpolnisch und sieht im Anschluß Danzigs an das Deutsche Reich für Polen eine nationale Niederlage. Gemessen an der geringen Bedeutung der noch offenen sachlichen Streitpunkte und an der Tatsache, daß Hitler den Regierungschefs Englands und Frankreichs mehrmals mitteilt, daß er keinen Krieg mit ihren Ländern wünscht, ist es ein ungeheuerlicher Vorgang, daß die polnische Regierung die Heimkehr Danzigs zum Grund für einen Krieg erklärt, daß Hitler diesen Krieg beginnt und daß Chamberlain und Daladier den Krieg um Danzig binnen zweier Tage zu einem Weltkrieg machen.

Der Anlaß Danzig kann alleine nicht erklären, warum die Regierungen von sechs Nationen mit Vorsatz auf den Krieg zusteuern. Doch auch die deutsche Besetzung der Tschechei reicht nicht zur vollen Deutung dieses Kriegsausbruchs. Die wahren Gründe liegen tiefer.

Bilanz

Der große Krieg, der zwischen 1939 und 1945 ausgetragen wird, hat seine mitteleuropäisch-deutsche, seine mediterran-italienische und seine pazifisch-japanische Dimension. Bei den letztgenannten beiden sind es die ehemaligen Alliierten aus dem Ersten Weltkrieg, die sich auseinandersetzen. Bei der mitteleuropäisch-deutschen Dimension handelt es sich um die Wiederholung oder die Fortsetzung des Ersten Weltkriegs, den die Deutschen erst in Flandern und auf dem Atlantik und dann in Versailles verloren hatten. 1919 bringen alle Sieger ihre Kriegsgewinne heim, die einen deutsche und österreichische Grenzgebiete, die anderen deutsche Kolonien und die dritten deutsche Industriepatente und Reparationen. Die Sieger versäumen es dabei, den Schluß des Krieges in den Anfang eines Friedens umzuwandeln. Sie zementieren einen Zustand, den die besiegten Deutschen und Österreicher nicht auf Dauer dulden können. In Deutschland scheitern letzten Endes alle demokratischen Regierungen vor 1933 an den mittelbaren oder unmittelbaren Folgen der Versailler Lasten und an der Unwilligkeit der Sieger, den Deutschen einen echten Frieden einzuräumen.

Schon als ab 1927 die deutschen Reichsregierungen versuchen, die Selbstschutzfähigkeit ihres Landes in Maßen auf dem Verhandlungswege zu erstreiten, und als sich 1931 die österreichische und die deutsche Regierung um eine Zollunion bemühen, stören sie das, was in der Sicht der Sieger „Friede" ist. Den zwei neuen Republiken Deutschland und Österreich wird 1919 mit den „Taufsprüchen" von Versailles und Saint-Germain in die Wiege gelegt, daß sie auf Dauer halbsouveräne Staaten bleiben oder Friedensstörer werden müssen. Als die neue deutsche Reichsregierung unter Hitler anfängt, die Versailler Nachkriegsordnung Stück um Stück hinwegzuräumen, stört sie demzufolge das, was die Siegermächte für den Frieden halten. Selbst der moderate Start der Hitler-Regierung, die sechsmal von sich aus Angebote zur Rüstungsbegrenzung unterbreitet, ändert daran nichts. Die Status-quo-Veränderungen, die von deutscher Seite vorgeschlagen werden, sind tendenziell Brüche des Versailler Friedens. Daneben zeigt sich, daß Hitler jeder mäßigende Schritt als Schwäche ausgelegt wird. Das erste Beispiel dazu ist sein Vorschlag, die Tumulte vor der Saarabstimmung durch Verzicht auf einen Urnengang und einen freundschaftlichen Vertrag mit Frankreich zu beenden, der die augenblickliche Rechte der Franzosen im Saarbergbau als Dauerlösung festschreibt. Hitlers Mißerfolge am Verhandlungstisch im deutlichen Kontrast zu den Erfolgen, die er mit Handstreich oder Drohung durchsetzt, „erziehen" den Diktator, sich fortan der letzteren Methoden zu bedienen.

Die in Versailles konstruierte Verteidigungsunfähigkeit des Reichs mit einer ungeschützten Rheinlandgrenze gegenüber Frankreich und mit einem Reichsheer, das den Heeren der Nachbarländer 1:12 an Friedensstärke und etwa 1:100 für den Fall des Krieges unterlegen ist, ist angesichts der Einmärsche der Polen, Franzosen, Belgier und Litauer in das Reichsgebiet kein auf die Dauer für die Deutschen hinnehmbarer Zustand. Die Aufrüstung von 51 Friedensdivisionen plus der etwa gleichen Zahl an Reservedivisionen und der rasche Aufbau von Luftstreitkräften für die Zeit, in der das Heer noch nicht voll abwehrfähig ist, erscheint den meisten Bürgern Deutschlands zu der Zeit, da dies geschieht, als Gebot der Stunde und nicht als Omen eines von Deutschland ausgelösten neuen Krieges. Doch für die Siegermächte ist schon die Ankündigung der deutschen Wiederaufrüstung ein Bruch des „Friedens" von Versailles und ein Alarmsignal. Erst recht wird der ab 1935 offenkundige Wehrmachtswiederaufbau in Washington, Paris und London so gesehen.

Frankreich und die USA haben es versäumt, die von Hitler 1933 und 1934 angebotenen Begrenzungen der deutschen Selbstschutzfähigkeit anzunehmen und vertraglich festzuschreiben und dafür mit einer Begrenzung der eigenen Rüstung zu bezahlen. Statt dessen haben weder die Franzosen Teile ihrer Land- und Luftstreitkräfte opfern noch die Amerikaner ihre enorme Marinerüstung bremsen wollen. Jeder hatte „seine guten Gründe". Hitler hat immerhin mit Großbritannien vertraglich eine Unterlegenheit der deutschen Kriegsmarine 1:3 vereinbart

und sich solange vertragsgetreu verhalten, wie er damit rechnen konnte, daß England nicht erneut als Feindstaat auftritt.

Während seiner ersten Herrschaftsjahre erscheint Hitler, was die äußere Sicherheit betrifft, der eigenen Bevölkerung infolge seiner öffentlichen Reden als ein „Mann des Friedens“. Er läßt das deutsche Volk bis zum September 1938 nicht erkennen, daß er bereit ist, die Wehrmacht statt zum Schutz des Reiches auch zur Durchsetzung seiner Ziele einzusetzen. Im Bewußtsein der Bürger und Soldaten dient der Wehrmachtswiederaufbau alleine der Verteidigung des eigenen Landes.

1933 ist die Geschichte – so wie ich glaube – noch ergebnisoffen. Die Entwicklung, wie sie 1939 in den Zweiten Weltkrieg mündet, bestätigt am Ende die Befürchtungen der Siegermächte, die den Deutschen allgemein seit 1919 und Hitler im besonderen seit 1933 unterstellen, auf einen neuen Krieg und auf die Weltherrschaft hingewirkt zu haben. Doch in ihrer Furcht vor Hitler und den Deutschen haben die Siegerstaaten die Szenarien selbst geschaffen, in denen Hitler später zur Gewalt greift, statt die Probleme mit Geduld und langem Atem anzugehen. Auch die Lektion, daß ihm Geduld und langer Atem allein nicht weiterhelfen, lernt Hitler von den Siegermächten.

Das Verbot der Reichsverteidigung im Versailler Vertrag, die zugestandene Minimalarmee, die ungeschützte Rheinland-Grenze, die Angriffe der Polen, Franzosen, Litauer und Belgier auf das Reichsgebiet, die Abtrennung deutscher Landesteile entgegen dem Votum der betroffenen Bevölkerung, die Wegnahme der deutschen Kolonien und Auslandsbesitzungen an Geld, Bergbau- und Erdölkonzessionen, die Umkreisung Deutschlands mit einem Netz von Militärverträgen und nicht zuletzt das französische Gerede vom „Flugzeugträger Tschechoslowakei“ im Rücken Deutschlands sind die Tagesordnungspunkte, die Hitler für die nächsten Jahre für sein Arbeitspensum hält.

Der Diktator hat mit der Besetzung der Tschechei und dem ihr aufgezwungenen Protektorat moralisch, menschlich und völkerrechtlich ein Verbrechen an den Tschechen begangen. Die Siegerstaaten, die dies allesamt verurteilen, greifen hier nicht ein, obwohl sie das Recht und die Möglichkeiten dazu hatten. Nach ihrem Nichtstun herrscht wieder Friedenspflicht. Wenn dies nicht so gewesen wäre, hätten auch andere Staaten das Recht gehabt, jederzeit neue Kriege gegen England oder Frankreich zu entfesseln, um dritte Staaten von den ihnen aufgezwungenen Protektoraten zu befreien oder Kriege anzufangen, um alte Rechnungen zu begleichen. Gleiches Recht für alle.

Trotz dieser Friedenspflicht entzündet sich an Danzig, den exterritorialen Verbindungen nach Ostpreußen und der Behandlung der deutschen Minderheit in Polen sechs Monate danach der Zweite Weltkrieg. Die gegen ihren Willen vom Mutterland getrennte Bevölkerung der Hansestadt Danzig will an Deutschland angeschlossen werden. Die Menschen in Ostpreußen wollen Verkehrswege für den Handel und die Reisen von ihrem eigenen Landesteil in das Hauptgebiet des

eigenen Staates zur Verfügung haben, auf denen sie von polnischen Schikanen in Zukunft unabhängig sind. Und die in Westpreußen, Posen und Ost-Oberschlesien verbliebenen Deutschen wollen frei von Drangsal, Diskriminierung und Verfolgung leben. Die Polen ihrerseits wollen keinen Meter uralten polnischen Gebietes und keines ihrer Rechte opfern, und sie erwarten Loyalität von ihren Bürgern deutscher Muttersprache. Das ist der Streitwert, um den es sich im Frühjahr 1939 handelt.

Hitler ist der subjektiven Ansicht, daß er den Polen bereits sehr weit entgegengegangen ist, als er 1934 die Polenpolitik seiner 16 Vorgängerregierungen verworfen und seither keine Ansprüche mehr auf die Rückgabe von Westpreußen, Posen und Ost-Oberschlesien gestellt hat. Seit dem Dezember 1938 und seinem Teschen-Einverständnis glaubt er außerdem, die deutsch-polnischen Probleme auf der Basis einer Gebietsanerkennung für Westpreußen – Posen – Ost-Oberschlesien gegen Danzig und die exterritorialen Verkehrswege erledigen zu können. Ab dem 24. Dezember 1938 heißt sein Angebot „Anerkennung gegen Danzig plus einen Friedensvertrag für 25 Jahre“. Am 5. Januar 1939 bringt Hitler sein Angebot auf eine neue Kurzform: „Danzig kommt zur deutschen Gemeinschaft und bleibt wirtschaftlich bei Polen“.

Zu dieser Zeit, am 26. Januar 1939, und damit noch bevor Hitler seinen Sündenfall mit der Tschechei begeht und einen Kriegsgrund liefert, schüren der französische Außenminister Bonnet und der Ministerpräsident Daladier in der Pariser Nationalversammlung mit ihren Reden die Glut, auf der sich bald der Krieg entzündet:

> *„Im Falle eines Krieges werden. ... alle Kräfte Großbritanniens Frankreich zur Verfügung stehen und genauso alle Kräfte Frankreichs Großbritannien.“*

Und an die Adresse Polens gerichtet:

> *„..., daß es gelte, den Forderungen gewisser Nachbarn ein kategorisches Nein entgegenzusetzen.“*

Daladier und Bonnet wollen keine Danzig-Lösung und keine Aussöhnung zwischen den Deutschen und den Polen. Beide wollen offensichtlich wieder Krieg mit Deutschland.

Hitler will genauso offensichtlich Danzig und – wenn das geht – keinen Krieg dafür mit Polen; Krieg nur, wenn Polen keine anderen Wege offenläßt. So ist die erste „Führerweisung“ vom 24. November 1938 in Bezug auf Danzig zu verstehen, in der Hitler die handstreichartige Besetzung der Stadt aus dem benachbarten Ostpreußen heraus vorbereiten läßt. Der Weg aus Ostpreußen vermeidet, daß deutsche Truppen polnisches Territorium betreten müssen, und daß es um des Anschlusses willen zu einem Krieg mit Polen kommen muß.

Mit dem deutschen Einmarsch in der Rest-Tschechei hat Deutschland in den Augen der Briten, Franzosen, Amerikaner und Sowjets einen Grund zum Krieg ge-

liefert. Da sie den Kriegsgrund alle nicht dazu benutzen, zur Rettung der Tschechen militärisch einzugreifen, bindet sie danach erneut die Friedenspflicht. Statt dessen pflanzen die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs eine neue Schwierigkeit für Deutschland auf das von ihnen in Versailles gesäte Feld der deutsch-polnischen Differenzen. Sie animieren die dafür empfänglichen Polen, sich auf keine deutschen Wünsche einzulassen, und verhindern damit die Lösung von Problemen, die sie 20 Jahre vorher selbst geschaffen haben. Das muß in der inzwischen angeheizten Spannung zwischen Polen und dem Deutschen Reich so gut wie automatisch einen neuen Krieg entfachen.

Roosevelt verspricht Chamberlain und Daladier Hilfe gegen Deutschland und bestärkt sie, nicht vor einem weiteren Krieg zu scheuen. Chamberlain nimmt den Polen mit seinem Beistandsangebot den letzten Anreiz, auf die deutschen Wünsche einzugehen. Zum Schluß verspielt er mit seiner vorgetäuschten Vermittlungstätigkeit die letzten Zeitreserven Hitlers. Daladier und Gamelin locken die Polen mit dem Versprechen eines französischen Großangriffs gegen Deutschlands Westfront auf einen „Siegespfad", der im Desaster für die Polen endet. Stalin schürt die Kriegsbereitschaft aller Seiten. Und Roosevelt, als er von den sowjetischen „Interessen" an Ostpolen hört, läßt die Polen ungewarnt, damit sie nicht am Ende doch noch Danzig opfern und dadurch einen Krieg verhindern. Polen ist für alle nicht ein Schützling, sondern nur das Mittel, das mit Sicherheit den nächsten Krieg ermöglicht. Aber Polen ist dabei nicht nur das Opfer. Die Qualen, die die Polen „ihren" Deutschen, Weißrussen und Ukrainern antun, wiegen im Sommer 1939 schwerer als das Danzig-Korridor-Problem. Resümierend kann man sagen, daß die hier genannten Akteure – jeder auf seine ganz eigene Weise – den Zweiten Weltkrieg mit angezettelt haben. Mitschuldig an diesem neuen Krieg sind die Regierungen und Staaten, die in Versailles und Saint-Germain die Gründe für den nächsten Krieg geschaffen und später bei Gefahr bewußt verhindert haben, daß die Gründe beseitigt werden konnten. Soweit zu dem, was Asher ben Nathan gemeint hat, als er sagte:

„Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist."

Hitler löst am frühen Morgen des 1. Septembers 1939 die Schüsse der deutschen Wehrmacht gegen die polnische Armee aus und reißt die Welt damit in einen Strudel, der bis heute nachwirkt.

ANHANG

Quellenverzeichnis

Personenverzeichnis

Sachregister

Quellenverzeichnis

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik [zit als ADAP]
Serien C und D, Baden-Baden, 1956/57

Archiv der Gegenwart [zit als Archiv der Gegenwart]
Band 1939-1940, Verlag Archiv der Gegenwart, Wien, 1939 und 1940

Arnaszus, Helmut u. Semaska, Algimantas (dt. u. litauische Autoren) [zit als Arnaszus]
Durch Litauen und ehemaliges Ostpreußen, Mokslas Verlag, Wilna, 1990

Auswärtiges Amt 1939/1940/1941 [zit als AA]
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Weißbuch der Deutschen Regierung, Heymanns-Verlag, Berlin, 1939/40/41

Baumbach, Werner [zit als Baumbach]
Zu spät?, Aufstieg und Untergang der deutschen Luftwaffe, Richard Pflaum Verlag, München, 1949

Baumfalk, Gerhard [zit als Baumfalk]
Tatsachen zur Kriegsschuldfrage, Grabert Verlag, Tübingen, 2000

Bavendamm, Dirk [zit als Bavendamm, Roosevelts Krieg]
Roosevelts Krieg 1937-45, Herbig Verlag, München-Berlin, 1993

Bavendamm, Dirk [zit als Bavendamm, Roosevelts Weg zum Krieg]
Roosevelts Weg zum Krieg, Amerikanische Außenpolitik 1914-1939, Ullstein Verlag, Frankfurt-Berlin, 1989

Below, Nicolaus von [zit als v. Below]
Als Hitlers Adjutant, Pour le Merite Verlag, Selent, 1980

Benoist-Méchin, Jacques (französischer Autor) [zit als Benoist-Méchin]
Auf dem Weg zur Macht 1925-1939, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946, Bände 2 bis 7, Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg-Hamburg, 1965 (Titel der französischen Originalausgabe: Historie de 1' Armee allemande)

Bernhardt, Hans [zit als Bernhardt]
Deutschland im Kreuzfeuer großer Mächte, Verlag K.W. Schütz, Preußisch Oldendorf, 1988

Binder, Gerhart [zit als Binder]
Epoche der Entscheidungen, Eine Geschichte des 20. Jahrhunderts, Seewald Verlag, Stuttgart-Degerloch, 1960

Bonnet, Georges (französischer Autor) [zit als Bonnet]
Vor der Katastrophe, 1938-1939, Greven Verlag, Köln, 1951 (Titel der französischen Originalausgabe: Defénse de la paix. Fin d'un Europe)

British War Bluebook (Englisch) [zit als British War Bluebook]
Documents concerning the German-Polish Relations at the outbreak of Hostilities between Great Britain and Germany, Farrar and Rinehart, New York, 1939

Bross, Werner [zit als Bross]
Gespräche mit Hermann Göring während des Nürnberger Prozesses, Verlagshaus Christian Wolff, Flensburg-Hamburg, 1950

Bundesarchiv/Militärarchiv [zit als BA/MA]
Originalakten zur deutschen Kriegsgeschichte, Freiburg

Bundesministerium der Finanzen [zit als BM Finanzen 27.11.1996]
53003 Bonn, Schreiben VB2-O 1266 B-16/96 v. 27.11.1996 über Finanzielle Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus beiden Weltkriegen

Bundesministerium der Justiz [zit als BM Justiz 22.01.1997]
53170 Bonn, II B4-9250/1 11-251606/96 v. 22.01.1997 über Rechtswirksamkeit der Gerichtsurteile der Siegermächte

Bundeszentrale für politische Bildung [zit als Info BpB]
Informationen zur politischen Bildung, Heft Deutsche und Polen, Nr. 142, Bonn, 1970

Burckhardt, Carl J. (schweizer Autor) [zit als Burckhardt]
Meine Danziger Mission 1937-1939, Verlag Georg D. W. Callwey, München, 1960

Burneleit, Heinz [zit als Burneleit]
Die Vergangenheit bestimmt unsere Zukunft, aus Mitteilungen der Gesellschaft für Kulturwissenschaften, Bietigheim-Baden, Juli 1997

Castellan, Georges (französischer Autor) [zit als Castellan]
Gott schütze Polen, Geschichte des polnischen Katholizismus. 1795-1982, Kerle Verlag, Freiburg, 1983

Churchill, S. Winston (englischer Autor) [zit als Churchill Memoiren]
Memoiren, 1. Band, 1. Buch, Von Krieg zu Krieg. 2. deutsche Ausgabe, Scherz und Goverts Verlag, Stuttgart, 1954

Churchill, S. Winston (englischer Autor) [zit als Churchill Weltkrieg]
Der Zweite Weltkrieg, Gekürzte Ausgabe, Alfred Scherz Verlag, Bern und Stuttgart, 1954

Colvin, Jan (englischer Autor) [zit als Colvin]
Vansittart in Office,Victor Gollancz Ltd., London, 1965

Current History, Historische US-Monatszeitschrift, April 1929 [zit als Current History]

Dahlems, Birger (schwedischer Autor) [zit als Dahlems]
Der letzte Versuch, London-Berlin Sommer 1939, Nymphenburger Verlagshandlung, München, 1948 (Titel der schwed. Originalausgabe: Sista forsöket)

Deighton, Len (englischer Autor) [zit als Deighton]
Blitzkrieg, Hestia Verlag, Bayreuth, 1979

Deutsche Luftwacht (Zeitschrift) [zit als Deutsche Luftwacht]
Ausgabe Luftwehr, Jahresbände 1934-1937, Verlag Mittler und Sohn, Berlin

Dirks, Karl und Janßen, Karl-Heinz [zit als Dirks-Janßen]
Der Krieg der Generäle, Ullstein Verlag, München, 2001

Documents on British Foreign Policy (Englisch) [zit als Documents Brit. Foreign Policy]
Edited by Woodward and Butler, London, Her Majesty's Stationery Office, Second/Third Series

Domams, Max [zit als Domams]
Hitler-Reden und Proklamationen. Band I und II, Verlagsdruckerei Schmidt, Neustadt a. d. Aisch, 1962

Dupuy, R. Ernest and Dupuy, N. Trevor (amerikan. Autoren) [zit als Dupuy and Dupuy]
Encyclopedia of Military History, The second revised edition, Harper & Row Publishers, New York, 1986

Dreessen, Carl [zit als Dreessen]
Die deutsche Flottenrüstung in der Zeit nach dem Vertrag von Versailles bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges und ihre Darstellung und Behandlung im Nürnberger Prozeß von 1945/46, Verlag Mittler, Hamburg-Berlin, 2000

dtv-Atlas zur Weltgeschichte [zit als dtv-Geschichte]
Band 2, Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 1966

dtv-dokumente [zit als dtv-Hitler Weisungen]
Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945, Herausgeber W. Hubatsch, Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 1965

Engdahl, William (amerikanischer Autor) [zit als Engdahl]
Mit der Ölwaffe zur Weltmacht, Dr. Böttiger Verlag, Wiesbaden, 1992 (Titel der amerikanischen Originalausgabe: The History of the Oil Weapon from Sykes-Pikot to The New World Order)

Fischer von Poturzyn, F. A. [zit als Poturzyn]
Luftmacht, Kurt Vowinkel Verlag, Heidelberg Berlin, 1938

Framjois-Poncet, Andre (französischer Autor) [zit als Francois-Poncet]
Botschafter in Berlin 1931-1938, Florian-Kupferberg Verlag, Berlin u. Mainz, 1962 (Titel der franz. Originalausgabe: Souvenirs d'un Ambassade ä Berlin, 1947)

Frost, Holloway H. (amerikanischer Autor) [zit als Frost]
Grand Fleet und Hochseeflotte im Weltkrieg, Vorhut Verlag, Berlin, 1938 (Titel der amerikan. Originalausgabe: The Battle of Jutland)

Fuchs, Werner [zit als Fuchs]
Der neue Polenspiegel, Selbstverlag des Deutschen Ostmarken-Vereins, Berlin, 1930

Führer, Erich (österreichischer Autor) [zit als Führer-Dokumentation]
Justitia Fundamentum Regnorum, Dokumentation von 264 Fällen von Rechtsbeugung durch Justiz, Polizei und Behörden in Österreich in den Jahren 1936/37 zur Vorlage an den Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, Wien, 1937

Fuller, John F. C. (englischer Autor) [zit als Fuller]
Der Zweite Weltkrieg 1939-1945, Humboldt-Verlag, Wien-Stuttgart, 1950 (Titel der engl. Originalausgabe: The Second World War, 1950)

Gaffney, John (amerikanischer Autor) [zit als Gaffney]
Breaking the Silence, Horace Liver Light, New York, 1930

Gamelin, Maurice Gustave (französischer Autor) [zit als Gamelin]
Servir, Le Prologue du Drame, 1930- Aout 1939, Band II Librairie Plon, Paris, 1946

Gebhardt, Bruno als Herausgeber [zit als Gebhardt]
Handbuch der deutschen Geschichte, Bände 4/1 u. 4/2 von Prof. Dr. Erdmann Karl D., Ernst Klett Verlag, Stuttgart, 1973

Gedat, Gustav Adolf [zit als Gedat]
Ein Christ erlebt die Probleme der Welt, Steinkopf Verlag, Stuttgart, 1934

Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939-1945 (Russisch) [zit als Mil. Geschichte UdSSR]
1. und 2. Band, Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der UdSSR, Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1973 (Die Originalausgabe ist unter gleichlautendem russ. Titel herausgegeben)

Geschichte und Geschehen 10 [zit als Klett 1995]
Schulbuch für Gymnasien, Ausgabe N, Ernst Klett-Verlag, Stuttgart, 1995

Görlitz, Walter [zit als Görlitz]
Kleine Geschichte des deutschen Generalstabs, Haude und Spenersche Verlagsbuchhandlung, Berlin, 1967

Grenfell, Russell (englischer Autor) [zit als Grenfell]
Bedingungsloser Haß, Die deutsche Kriegsschuld und Europas Zukunft, Verlag Fritz Schlichtenmayer, Tübingen, 1954 (Titel der englischen Originalausgabe: Unconditional Hatred)

Grimm, Friedrich [zit als Grimm]
Frankreich und der Korridor, Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg, 1939

Güth, Rolf [zit als Güth]
Auftrag – Lehre – Bildung, Erinnerungen an ein Studium generale navale im deutschen Seeoffizierkorps beim Aufbau der Bundesmarine 1955-1979, Selbstverlag, Bad Zwischenahn, 2000

Haffner, Sebastian [zit als Haffner]
Anmerkungen zu Hitler, Kindler Verlag, München, 1978

Halder, Franz [zit als Halder]
Kriegstagebuch, Band I, Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 1962

Halecki, Oskar (polnischer Autor) [zit als Halecki]
Geschichte Polens, Societäts Verlag, Frankfurt/Main, 1970 (Titel der englischen Originalausgabe: A History of Poland)

Hedin, Sven (schwedischer Autor) [zit als Hedin]
Amerika im Kampf der Kontinente, F. A. Brockhaus Verlag, Leipzig, 1943

Henderson, Sir Nevile (englischer Autor) [zit als Henderson]
Failure of a Mission Berlin 1937-39, Hodder and Stoughton Ltd. London, 1940

Hermann, Carl Hans [zit als Hermann]
Deutsche Militärgeschichte, Bernard & Graefe Verlag für Wehrwesen, Frankfurt am Main, 1966

Herwarth von Bittenfeld, Hans [zit als Herwarth]
Zwischen Hitler und Stalin, Propyläen Verlag, Frankfurt-Berlin-Wien, 1982

Heuss, Theodor [zit als Heuss]
Hitlers Weg, Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart-Berlin-Leipzig, 1932, dazu Einleitung Prof. Jäckel zum Nachdruck 1968

Hildebrand, Röhr und Steinmetz [zit als Hildebrand]
Deutsche Kriegsschiffe, Ein Spiegel der Marinegeschichte von 1815 bis zur Gegenwart, Band 6, Köhler Verlag, Herford, 1979

Historische Kommission des polnischen Generalstabes (Polnisch) [zit als Poln. Generalstab]
Die polnischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg, Band I, Teil 1, London, 1951

Hitler, Adolf [zit als Hitler]
Mein Kampf, Verlag Franz Eher, München, 1933

Hoggan, David L. (amerikanischer Autor) [zit als Hoggan]
Der erzwungene Krieg, Verlag der deutschen Hochschullehrerzeitung, Tübingen, 1966

Hoßbach, Friedrich [zit als Hoßbach]
Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934-1938, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen, 1965

Ingrim, Robert (amerikanischer Autor) [zit als Ingrim]
Von Talleyrand zu Molotow, Drei Türme Verlag, Hamburg, 1949 (Titel der englischen Originalausgabe: After Hitler Stalin?)

Institut für Zeitgeschichte [zit als IfZ]
Archiv mit Dokumenten der Zeitgeschichte, München

Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg [zit als IMT]
Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof, Amtlicher Wortlaut in deutscher Sprache, Nürnberg, 1947

Jacobsen, Hans-Adolf [zit als Jacobsen]
1938-1945 Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Wehr und Wissen Verlagsgesellschaft, Darmstadt, 1959

Keitel, Wilhelm [zit als Keitel]
Mein Leben, Herausgeber Werner Maser, Quintessenz Verlag, Berlin, 1998

Kens, Karlheinz und Nowarra, Heinz J. [zit als Kens/Nowarra]
Die deutschen Flugzeuge 1933-1945, J. F. Lehmanns Verlag, München,1977

Kendziora, Alfred [zit als Kendziora]
Abhandlung, Die Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses aus historischer Sicht, Selbstverlag, Lüneburg, 1993

Kern, Erich, als Herausgeber [zit als Kern]
Verheimlichte Dokumente, Was den Deutschen verschwiegen wird?, FZ Verlag, München, 1999

Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht 1940-1945 [zit als KTB-OKW]
Band 1, geführt von Helmut Greiner u. Percy Ernst Schramm, Herausgeber: H. A. Jacobsen

Kriegstagebuch der Seekriegsleitung [zit als KTB-SKL]
1939-1945, Teil A, Band 1, Verlag Mittler und Sohn, Herford u. Bonn, 1988

Kulturfahrplan [zit als Kulturfahrplan]
Herausgeber Werner Stein, Herbig Verlagsbuchhandlung, Berlin, 1963

Kunert, Dirk [zit als Kunert]
Ein Weltkrieg wird programmiert, Ullstein Verlag, Frankfurt-Berlin, 1986

Lloyd George, David (englischer Autor) [zit als Lloyd George]
War Memoirs, Band 1, Verlag Little Brown, Boston

Löwenstein, Hubertus Prinz zu [zit als Löwenstein]
Deutsche Geschichte, Gondrom Verlag, Bindlach, 1990

Magenheimer, Heinz [zit als Magenheimer]
Entscheidungskampf 1941, Osning Verlag, Bielefeld, 2000

Manstein, Erich von [zit als v. Manstein]
Verlorene Siege, Athenäum Verlag, Bonn, 1955

Maser, Werner [zit als Maser]
Der Wortbruch, Hitler, Stalin und der Zweite Weltkrieg, Olzog Verlag, München, 1994

Meier-Welcker [zit als Meier-Welcker]
Seeckt, Bernhard u. Graefe Verlag, Frankfurt am Main, 1967

Messerschmidt, Manfred [zit als Messerschmidt]
Die Wandlung des Deutschlandbildes in der englischen Geschichtsschreibung der letzten 100 Jahre, Zentral-Verlag für Dissertationen Triltsch, Düsseldorf, 1954

Meyers Konversations-Lexikon [zit als Meyers Konversations-Lexikon]
Band 5, Bibliographisches Institut, Leipzig und Wien, 1909

Michaelis, Herbert [zit als Michaelis-Dokumente]
Ursachen und Folgen, XIII. Band, Das Dritte Reich auf dem Weg zum Zweiten Weltkrieg, Dokumenten Verlag, Berlin, 1958

Militärgeschichtliches Forschungsamt [zit als MGFA DR u. 2. WK]
Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bände 1 u. 4, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1975

Militärgeschichtliches Forschungsamt [zit als MGFA Mil. Gesch.]
Deutsche Militärgeschichte, Band 4, Manfred Pawlak Verlagsgesellschaft, Herrsching, 1983

Militärgeschichtliches Forschungsamt [zit als MGFA Marine]
Marine und Marinepolitik 1871-1914, Droste Verlag, Düsseldorf, 1972

Miksche, Ferdinand Otto (tschechisch-französischer Autor) [zit als Miksche]
Das Ende der Gegenwart, Ullstein Verlag, Frankfurt-Berlin, 1990

Müller, Klaus-Jürgen [zit als Müller KJ]
Armee und Drittes Reich 1933-1939, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn, 1987

Nawratil, Heinz [zit als Nawratil]
Schwarzbuch der Vertreibung 1945 bis 1948, Universitas Verlag, München, 2001

Nevis, Allan (amerikanischer Autor) [zit als Nevis]
Henry White. Thirty Years of American Diplomacy, Harper Brothers Publishers, New York, London, 1930

Nicoll, Peter H. (englischer Autor) [zit als Nicoll]
Englands Krieg gegen Deutschland, Grabert Verlag, Tübingen, 1999 (Titel der engl. Originalausgabe: Britains Blunder, 1953)

Nitti, Francesco (italienischer Autor) [zit als Nitti]
Die Tragödie Europas – und Amerika? Frankfurter Societäts Druckerei, Frankfurt a.M, 1924

Noël, Léon (französischer Autor) [zit als Noel]
Der deutsche Angriff auf Polen, Arani-Verlags GmbH, Berlin, 1948

Nolte, Hans-Heinrich als Herausgeber [zit als Nolte]
Der Mensch gegen den Menschen, Überlegungen und Forschungen zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941, Fackelträger Verlag, Hannover, 1992

ODSUN [zit als ODSUN-Dokumente]
Die Vertreibung der Sudetendeutschen, Dokumentation des Sudetendeutschen Archivs, München, 2000

Oertzen, F. W. von [zit als v. Oertzen]
Das ist die Abrüstung, Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg i. O., 1931

Overy, R. J. (englischer Autor) [zit als Overy]
The Air-War 1939-1945, European Publications, London, 1980

Papen, Franz von [zit als v. Papen]
Der Wahrheit eine Gasse, Paul List Verlag, München, 1952

Piekalkiewicz, Janusz (polnischer Autor) [zit als Piekalkiewicz]
Polenfeldzug, Bechtermünz Verlag, 1998

Plieg, Ernst Albrecht [zit als Plieg]
Das Memelland 1920-39, Holzner Verlag, Würzburg, 1962

Ploetz, Karl als Herausgeber [zit als Großer Ploetz]
Der Große Ploetz, Auszug aus der Geschichte, Verlag Ploetz, Freiburg-Würzburg, 30. aktualisierte Auflage, 1986

Ploetz, Karl als Herausgeber [zit als Ploetz 2.WK]
Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939-1945, Verlag Ploetz, Würzburg, 1960

Ploetz, Karl als Herausgeber [zit als Vertrags-Ploetz]
Konferenzen und Verträge, Teil II, Band 4, 1914-59, Verlag Ploetz, Würzburg, 1959

Ploetz, Karl als Herausgeber [zit als Ploetz Volksausgabe]
Auszug aus der Geschichte, Volksausgabe, Verlag Ploetz, Würzburg 1962

Polen (polnische Autoren) [zit als Polnisches Weißbuch]
Weißbuch der polnischen Regierung über die polnisch-deutschen und die polnisch-sowjetischen Beziehungen im Zeitraum von 1933 bis 1939, Basel, 1940

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts [zit als PAAA]
Originalakten des Auswärtigen Amts in Berlin

Potter, Elmar und Nimitz, ehester (amerikanische Autoren) [zit als Potter/Nimitz]
Seemacht. Seekriegsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Bernard u. Graefe Verlag für Wehrwesen, München, 1974 (Titel der amerikan. Originalausgabe: Seapower, A Naval History)

Putzgers F. W. [zit als Putzgers]
Historischer Schulatlas, Verlag Velhagen und Klasing, Bielefeld-Leipzig, 1934

Raeder, Erich [zit als Raeder]
Mein Leben, Bände 1 und 2, Von 1935 bis Spandau 1955, Verlag Fritz Schlichtenmayer, Tübingen, 1957

Rahn, Werner [zit als Rahn]
Vom Revisionskurs zur Konfrontation, in Kleine Schriftenreihe zur Militär- und Marinegeschichte, Verlag Dr. Dieter Winkler, Bochum, 2002

Rasmus, Hugo [zit als Rasmus]
Pommerellen Westpreußen 1919-1939, Herbig Verlagsbuchhandlung, München-Berlin, 1989

Rassinier, Paul (französischer Autor) [zit als Rassinier]
Die Jahrhundertprovokation, Grabert-Verlag, Tübingen, 1998 (3. Aufig.) (Titel der franz. Originalausgabe: Les responsables de la seconde Guerre mondiale, 1967)

Reichsarchiv [zit als Reichsarchiv]
Der Weltkrieg 1914 bis 1918, Zweiter Band, Verlag Mittler und Sohn, Berlin 1925

Ribbentrop, Annette von als Herausgeberin [zit als v. Ribbentrop]
Joachim von Ribbentrop, Zwischen London und Moskau, Druffel Verlag, Leoni am Starnberger See, 1961

Roos, Hans [zit als Roos, Planung Polens]
Die militärpolitische Lage und Planung Polens gegenüber Deutschland vor 1939, in Wehrwissenschaftliche Rundschau Heft 4/1957, Frankfurt

Roos, Hans [zit als Roos, Präventivkriegspläne]
Die „Präventivkriegspläne" Piłsudskis von 1933 in VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE, 3/1955, Seiten 344-363

Roos, Hans [zit als Roos, Polen und Europa]
Polen und Europa, Studie zur polnischen Außenpolitik 1931-1939, J.C.B. Mohr Verlag, Tübingen, 1957

Salewski, Michael [zit als Salewski]
Marineleitung und politische Führung 1931-1935, in Militärgeschichtliche Mitteilungen 2/1971, Hrsg. MGFA

Schliephake, Hanfried [zit als Schliephake]
Wie die Luftwaffe wirklich entstand, Motorbuch Verlag, Stuttgart, 1972

Schmidt, Paul Karl [zit als Paul Karl Schmidt]
Ribbentrops Reise nach Warschau Ende Januar 1939, Darstellung auf Grund persönlicher Erinnerungen und Studien (undatiertes Manuskript im Besitz des Autors)

Schmidt, Paul Otto [zit als Paul Otto Schmidt]
Statist auf diplomatischer Bühne 1923-1945, Athenäum Verlag, Bonn, 1949

Schneider, Hermann [zit als Schneider]
Gedanken zur operativen Lage Polens am 1. September 1939, Militärwissenschaftliche Rundschau, Heft 1942, Verlag Mittler und Sohn, Berlin

Schulze-Dirschau [zit als Schulze-Dirschau]
Oder-Neisse. Muß Deutschland auch verzichten?, Türmer Verlag

Schwarz, Urs (schweizer Autor) [zit als Schwarz]
Strategie Gestern Heute Morgen, Econ Verlag, Düsseldorf Wien, 1965

Shirer, William (amerikanischer Autor) [zit als Shirer]
Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Kiepenheuer und Witsch Verlag, Köln-Berlin, 1961

Siemers, Walter [zit als Siemers]
Dokumentenbuch VI in Sachen des Angeklagten Großadmirals Dr. h.c. Erich Raeder, Hamburg, 1946

Statkus, Vytenis (litauischer Autor) [zit als Statkus]
Lietuvos ginkluotos pajegos 1918-1940, Vydunas Youth Fund, Chicago USA (Titel auf Deutsch: Die Litauischen Streitkräfte)

Stegemann, Wilhelm (schweizer Autor) [zit als Stegemann]
Der neue Weltkrieg, Verlag Berichthaus, Zürich, 1942

Stegemanns, Hermann [zit als Stegemanns]
Geschichte des Krieges, I. Band, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin, 1917

Stern, Klaus/Schmidt-Bleibtreu, Bruno [zit als Zwei-plus-Vier-Vertrag/Prof. Stern]
Zwei-plus-Vier-Vertrag, Partnerschaftsverträge, Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München, 1991

Strobel, Georg W. [zit als Strobel]
Die polnische „Preussenkrankheit“ und ihre politische Instrumentalisierung, in Beilage zu Das Parlament, Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 53/1997

Tansill, Charles Callan (amerikanischer Autor) [zit als Tansill]
Die Hintertür zum Kriege, Droste Verlag, Düsseldorf, 1957 (Titel der amerikan. Originalausgabe: Back Door to War)

Taylor, A. J. P. (englischer Autor) [zit als Taylor]
Die Ursprünge des 2. Weltkrieges, Sigbert Mohn Verlag, Gütersloh, 1962 (Titel der engl. Originalausgabe: The Origins of the Second World War, 1961)

Terraine, John (englischer Autor) [zit als Terraine]
The Right of the Line, The Royal Air Force in the European War 1939-1945, Hodder and Stoughton Verlag, London, 1985

Topitsch, Ernst [zit als Topitsch]
Stalins Krieg, Busse-Seewald Verlag, Herford, 1993

Unsere Geschichte, Band 4 [zit als Diesterweg 1988]
Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt, 1988

Verfassung der Tschechoslowakei (Tschechisch) [zit als Verfassung der CSR]
The Constitution of the Czechoslowac Republic 1920, Politika Verlag, Prag

Vertrag von Versailles, Der [zit alsVertrag von Versailles]
Matthes und Seitz Verlag, München, 1978

Völker, Karl-Heinz [zit als Völker – Dokumente]
Dokumente und Dokumentarfotos zur Geschichte der Deutschen Luftwaffe, in Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bände 8 u. 9, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1967 u. 1968

Völker, Karl-Heinz [zit alsVölker – Luftwaffe]
Die Deutsche Luftwaffe 1933-1939, aus Schriftenreihe des Militärgeschichtlichen Forschungsamts, Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, 1967

Vormann, Nikolaus von [zit als v. Vormann]
So begann der II. Weltkrieg, in (Zeitschrift) Deutsche Geschichte Sept/Okt 1999

Wellems, Hugo [zit als Wellems]
Von Versailles bis Potsdam 1871-1945, v. Hase und Koehler Verlag, Mainz, 1983

Weizsäcker, Ernst von [zit als v. Weizsäcker Erinnerungen]
Erinnerungen, Paul List Verlag, München-Leipzig-Freiburg i. Br., 1950

Weizsäcker, Ernst von [zit als v. Weizsäcker-Papiere]
Weizsäcker-Papiere 1933-1950, Herausgeber Leonidas E. Hill, Propyläen Verlag, Frankfurt-Berlin-Wien, 1974

Weyers, Bruno [zit als Weyers]
Weyers Taschenbuch der Kriegsflotten, Jahrgänge 1922 bis 1935,1939 und 1940, J. F. Lehmanns Verlag, München

Wilson, Woodrow (amerikanischer Autor) [zit als Wilson Dokumente]
Memoiren und Dokumente, Paul List Verlag, Leipzig, 1923

Wilson, Woodrow (amerikanischer Autor) [zit als Wilson Papers]
The Papers of Woodrow Wilson, Volume 45, Herausgeber Arthur Link, Princeton University Press, Princeton, New Jersey, 1984

Wirsching, Andreas [zit als Wirsching]
Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933, in VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE, Sonderdruck aus Heft 3/2001

Personenverzeichnis

Die genannten Lebensdaten beziehen sich meist auf die Zeit der Erwähnung im Buch.

Sachregister

Die mit Schrägstrich getrennten Stichworte erscheinen zweimal im Register. Das zweitgenannte Wort ist noch einmal extra im Alphabet aufgeführt.

Dieses Buch ist
meinem verehrten und lieben Vater
Gerhard Schultze-Rhonhof
gewidmet